

RROP Entwurf 2014 Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie

Zusammenfassung der Anregungen und Bedenken privater Einwender

Themen

A: Allgemein SO: Standort mit Nr. der Detailkarte

B: Beschreibende Darst U: Umweltbericht

E: Erläuterung Z: Zeichnerische Darstellung allgemein

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P001	P001.01	SO 36	Ich betreibe gemeinsam mit 4 weiteren Personen als GbR seit 1998 eine Windkraftanlage (Mühle 8) im Windpark Uthlede. In den ersten 10 Betriebsjahren haben wir 130.000 € Verluste eingefahren. Seit 2009 erzielen wir zwar durchgehend Gewinne, das eingesetzte Kapital wird sich jedoch wahrscheinlich bis zum Ende der Betriebszeit dieser Anlage nicht verzinsen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P001	P001.02	SO 36	Das Betriebs-Grundstück habe ich nur im Vertrauen auf das ausgewiesene Vorranggebiet für Windenergie und damit vor dem Hintergrund eines verlässlichen Standortes für den Betrieb einer Windkraftanlage erworben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P001	P001.03	SO 36	Die bestehende Windkraftanlage mit einer Gesamthöhe von 70 m wird früher oder später ersetzt werden müssen. Ein Ersatz mit einer weiterhin nur 70 m hohen Anlage kommt wegen zu geringer Erträge auf dieser Höhe nicht in Frage. Wenn wir weiterhin an diesem Standort Windstrom erzeugen wollen, müsste eine Anlage mit 100 m Gesamthöhe errichtet werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P001	P001.04	SO 36	Dem steht der Entwurf des RROP 2014 des Landkreises Cuxhaven entgegen. Hiernach befindet sich der Standort nicht mehr in einem Vorranggebiet für Windkraft, was ein Repowering unmöglich machen würde. Des Weiteren würde die Vorgabe, dass in einem Windpark maximal 2 verschiedene Anlagenhöhen existieren dürfen, unser Vorhaben verhindern, da neben den gerade in Errichtung befindlichen Anlagen mit 150 m Höhe, ggfls weiterhin Altanlagen mit 70 m Höhe betrieben werden würden. Eine dritte Anlagenhöhe mit 100 m wäre damit evtl. nicht möglich.	An der Festlegung mit maximal zwei Anlagenhöhen wird aus Gründen des Schutzes des Landschaftsbildes festgehalten. Es geht dabei um optische Höhen, Unterschiede von wenigen Metern, die nicht optisch wahrnehmbar sind, sind nicht relevant. In dem geschilderten besteht jedoch die Möglichkeit, dass die Anlagenbetreiber sich gemeinsam einigen und Anlagen auf eine gemeinsame Höhe repowern, so dass maximal nur noch zwei Anlagenhöhen vorhanden sind.	Nicht zu berücksichtigen
P001	P001.05	SO 36	Die beiden zuvor genannten Vorgaben im RROP würden mir somit keine Möglichkeit mehr bieten, an dem erworbenen Standort wirtschaftlich Windstrom zu erzeugen.	Siehe P1.04	Nicht zu berücksichtigen
P002A	P002/A.0 1	Z	Nicht aktualisiert wurde der Entwurf bezüglich des geplanten Windparks Armstorf, obwohl auch hier der Kläger wegen der Nichtaufnahme in das ROP 2012 beim OVG Erfolg hatte. Vergessen, oder bewusst nicht ausgewiesen?	Der Standort Armstorf entspricht nicht den vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien. Eine Ausweisung als Vorranggebiet ist somit nicht möglich.	Nicht zu berücksichtigen
P002A	P002/A.0 2	Z	Im ROP 2014 fehlt im übrigen auch eine Aussage zu dem denkmalgeschützten Gutshof „Haneworth“ in der Gemeinde Lamstedt, obwohl auch hier eine Klage des Gutsbesitzers Gresens beim Gericht in Lüneburg zu einem Teilerfolg geführt hatte.	Im Entwurf 2015 wird das Gut Haneworth sowie die erfolgreiche Klage beim OVG Lüneburg beachtet.	Nicht zu berücksichtigen
P002A	P002/A.0 3	E 01	Abstände zum Wald In der „beschreibenden Darstellung“ zum ROP 2014 wird von einem einzuhaltenden Abstand zum Wald in einer Räche von 100m gesprochen (bei einer Mindestgröße von 1ha). Woher kommt diese Einschränkung auf die Größe von 1ha? Weder im Waldgesetz noch im Naturschutzgesetz findet man eine derartige Einschränkung.	Es ist richtig, dass es keine gesetzliche Mindestgröße von Wäldern gibt. Aufgrund des Maßstabes des RROP 1:50.000 musste jedoch im Sinne eines pragmatischen Vorgehens eine Mindestgröße von Wäldern festgesetzt werden, um dieses Kriterium zu prüfen. Alle Waldflächen unter 1 ha müssen jedoch dennoch auf nachfolgenden Planungsebenen berücksichtigt werden. Auch Wälder, die nicht im RROP beachtet wurden, können somit Auswirkungen auf mögliche Planungen haben.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002A	P002/A.0 4	E 01	<p>Abstände zur Wohnbebauung</p> <p>Im Abschnitt 4.2.2 wird zur „wohnlichen Nutzung“ bei einer Einzellage ein Abstand von 420m als ausreichend angesehen. Man stützt sich hierbei auf ein Urteil aus einem anderen Bundesland (s. OVG Nordrhein Westfalen, 8 A 276/09), wo in einem Einzelfall das Zweifache der Gesamthöhe einer Windkraftanlage als ausreichend angesehen wurde.</p> <p>In Niedersachsen hat das VG Oldenburg (4 B 1807/98) hingegen einen Abstand des Siebenfachen zwischen einem Wohnbaus und der Windkraftanlage gefordert! In Bayern wurde im Frühjahr dieses Jahres in der Landesbauordnung sogar das Zehnfache (10H-Regelung) festgeschrieben, und zwar generell zum nächstgelegenen Wohnhaus. Und dann begnügt man sich im Landkreis mit einem Mindestabstand von 500m bei einer Einzelanlage?!</p>	<p>Die Rechtsprechung hat sich in den vergangenen 16 Jahren seit dem Urteil von 1998 umfangreich geändert, in mehreren Urteilen wurden auch in höheren Instanzen andere Abstände als ausreichend angesehen. Beispielsweise im herangezogenen Urteil vom OVG Nordrhein-Westfalen.</p> <p>Die Aussage, dass in Bayern eine 10H-Regelung festgeschrieben wurde ist sachlich falsch. Bislang gibt es lediglich einen Entwurf hierzu. Dieser Abstand gilt jedoch nur für Wohngebäude, die der Ortslage zuzuordnen sind. Er gilt nicht für Einzellagen und Splittersiedlungen. Insofern muss dieser Abstand in Relation zum Abstandskriterium für die Ortslage gebracht werden. Der Landkreis sieht hierbei einen Abstand von 1000 Meter als zwingend an. Dieser Abstand geht weit über den gesetzlich geforderten Abstand sowie über Festlegungen von anderen Landkreisen und Regionen in Deutschland hinaus.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P002A	P002/A.0 5	B	<p>Was meint man eigentlich mit einer Einzelanlage? Zur Auslegung dieses unbestimmten Rechtsbegriffs verweist man bewusst oder unbewusst nicht auf die Regelungen im § 35 des Baugesetzbuches zum Bauen im Außenbereich. Das wäre noch eine nachvollziehbare „Klammer“, nein es wird ein Kartenmaterial zugrunde gelegt. Interessant wäre hierbei auch die Frage, wie man die Zulässigkeit eines geplanten Altenteilerhauses eines bereits vorhandenen Boxenlaufstalles an der K28 sieht. Der Standort des Wohnhauses wäre möglicherweise innerhalb der 420-m Pufferzone!</p>	<p>Im Entwurf des RROP 2015 werden die Begriffe der Ortslage und der sonstigen wohnbaulichen Nutzung sowie die Abgrenzung zu den Begrifflichkeiten des Baugesetzbuches näher erläutert. Für die Ermittlung der Abstände wurden amtliche Daten zu Siedlungsflächen zugrunde gelegt, diese wurden gemeinsam mit den Gemeinden geprüft und ggf. angepasst. Häuser, die zum Zeitpunkt der Aufstellung des RROP möglicherweise in Planung waren, jedoch noch nicht gebaut wurden, können nicht beachtet werden. Im Rahmen der Genehmigung von Windkraftanlagen muss jedoch die dann aktuelle Situation beachtet werden. Die vom BImSchG eingeforderten Abstände müssen zwangsweise eingehalten werden.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P002A	P002/A.0 6	B	<p>In der beschreibenden Darstellung wird von einem Mindestabstand zur Ortslage - man meint wohl die geschlossene Bebauung - von 1.000m gesprochen. Warum verweist man nicht auch auf § 34 BauGB, um allen Auslegungsfragen zu begegnen? Dieser Abstand wird im Übrigen in Richtung Westersode beim letzten Haus an der K28 nicht eingehalten.</p>	<p>Der RROP Entwurf 2015 wird eine klare Definition der Begriffe beinhalten.</p> <p>Das angesprochene Haus kann mit der vorliegenden Beschreibung nicht lokalisiert werden. Eine Prüfung der Häuser in diesem Bereich hat jedoch ergeben, dass der Abstand zu diesen eingehalten wird.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002A	P002/A.0 7	A	<p>Abschließend wird zu den allgemeinen Ausführungen mein Unverständnis dahingehend zum Ausdruck gebracht, weshalb wir im Landkreis Cuxhaven überhaupt noch zusätzliche Windparks benötigen.</p> <p>Nach der Vorgabe des Landes Niedersachsen (s. LROP) sind im Landkreis 300 MW vorzuhalten. Vorhanden sind bereits Anlagen mit 500 MW! Weshalb dieses Überangebot an Windkraft? Nur wegen der Interessen der Landwirte und der Investoren, um sich die Taschen vollzustopfen?! Dabei vergisst man offenbar den Gesetzesauftrag nach dem Baugesetzbuch, dem Raumordnungsgesetz und dem Immissionsschutzgesetz, Gesundheit und Natur vor schädlichen Einflüssen zu schützen!</p>	<p>Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P002A	P002/A.0 8	U, SO 12	<p>Windpark Bröckelbeck</p> <p>Zu Ziffer 2.236</p> <p>Es werden die windempfindlichen Vogelarten aufgeführt (z.B. der Uhu, der Kiebitz, der Westenbussart und der Wanderfalke). Nicht erwähnt wurde allerdings der Seeadler, der nachweislich im nordöstlichen Bereich des Balksees einen Horst haben soll (s. diesbezügliche Auskünfte von Landwirten, Jägern und dem Naturschutzbeauftragten des Südkreises, Fritz Bechinger, Wingst). Auch dem Naturschutzamt des Landkreises ist dieser Sachverhalt bekannt. Nach einer Tabelle des DNR zur Abstandsempfehlung beim Vogelschutz in Brandenburg und Sachsen besteht für den Seeadler ein Tabubereich von 3km um den Horststandort herum. Dieser wird zwar wahrscheinlich eingehalten; dennoch sollte nach der vorgenannten Empfehlung ein sogenannter „Restriktionsbereich“ von 3-6 km eingehalten werden. Es scheint mir daher dringend erforderlich zu sein, hier eine Langzeitstudie (Monitoring) anzuordnen, um genauere Erkenntnisse über die Nahrungssuche des Seeadlers zu erhalten. Immerhin befinden sich in unmittelbarer Nähe des Windparks der Kreidensee, der See im Landschaftsschutzgebiet „Hollbecker Berg und Umgebung“ und der Mühlenbach am Baudenkmal, „ehemalige Wassermühle“ an der K28.</p>	<p>Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Die angenommenen Abstände zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten werden im Umweltbericht zum Entwurf RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p> <p>Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPg).</p>	Teilweise zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002A	P002/A.09	U, SO 12	Die vorgenannte Wassermühle taucht im Übrigen auch nicht in der Gesamtbetrachtung nahegelegener Baudenkmäler auf.	Die denkmalgeschützten Objekte des LK Cuxhaven wurden in einem Umfeld bis 300 m vom Plangebiet berücksichtigt. Die ehemalige Wassermühle in der Bröckelbecker Straße in Hemmoor-Westersode liegt außerhalb dieser 300 m. In der Umgebung eines Baudenkmals dürfen Anlagen gem. § 8 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (DSchG ND) nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Die Prüfung, ob ein angrenzendes Bauvorhaben (z.B. auch eine WEA) zu einer Beeinträchtigung des Denkmals (hier: Wassermühle) im Sinne des § 8 DSchG ND führt, obliegt der unteren Denkmalschutzbehörde, das heißt den Gemeinden, denen die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde obliegt, im Übrigen dem LK (§ 19 DSchG ND). Inwieweit eine erhebliche Umweltauswirkung durch das WEG im Umfeld besteht, kann auf Ebene der Regionalplanung nicht ermittelt werden. Eine weitere differenzierte Bewertung erfolgt daher auf der nachgeordneten Zulassungsebene. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P002A	P002/A.10	U, SO 12	Zu Ziffer 2.241 In der Nähe befindet sich in einigen 100m-Entfernung das Naturschutzgebiet NSG Cux 12 „Westerberg und oberes Hackemühlener Bachtal“. Wurde im Entwurf offenbar nicht erwähnt, weil es in der Gemarkung Lamstedt liegt.	Die Prüfung der Natur- und Artenschutzbelange (insb. Schutzgebiete) ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2012) sowie im Rahmen der SUP erfolgt (vgl. Umweltbericht Anhang I Methodik S.15). Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung beinhaltet die Anwendung von Tabubereichen (weiche/harte), in denen die Errichtung und der Betrieb von WEA z. B. aus naturschutzfachlichen oder rechtlichen Gründen abzuwägen oder ausgeschlossen ist. "Harte" Auswahlkriterien für die Festlegung von Vorranggebieten werden beispielsweise in Bezug auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt angewandt. Ein potenzielles Vorranggebiet Windenergienutzung darf einen Mindestabstand von 200 m zu Naturschutzgebieten nicht unterschreiten. Das Naturschutzgebiet Westerberg und oberes Hackemühlener Bachtal liegt außerhalb des Prüfabstandes (ca. 500 m vom Plangebiet entfernt). Potenziell erhebliche Beeinträchtigungen können für das genannte Naturschutzgebiet ausgeschlossen werden und werden daher in dem Prüfbogen Hemmoor-Bröckelbeck nicht aufgeführt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002A	P002/A.1 1	U, SO 12	<p>Zu Ziffer 2.51</p> <p>Hier wird von einem Landschaftsbild mit „mittlerer Bedeutung“ gesprochen. Ich wohne in der Nähe der wirklich reizvollen Hügellandschaft am Waldgebiet „Westerberg“ und kann diese Einstufung für die Verhältnisse in Hemmoor nicht nachvollziehen. Das beigefügte Foto mag diesen Eindruck bestätigen. Es gibt im gesamten Stadtbereich keine vergleichbar schönere und anmutig wirkende Gegend mit Wiesen, leichten Hügeln und Wanderwegen. Und da soll ausgerechnet ein Windpark hineingesetzt werden mit Anlagen bis zu 186m Gesamthöhe! Eine derartige Planung lässt sich auch nicht mit den Bestimmungen der § 7 ff des Naturschutzgesetzes vereinbaren! Da helfen auch keine Ersatzzahlungen weiter! Der Eingriff ist einfach unzulässig!</p>	<p>Die Bedenken werden geteilt. Eine Verzicht auf WEA-Ausweisungen erfolgt deshalb aber nicht. Bei der Prüfung der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft wurden, neben Landschaftsschutzgebieten (LSG), folgende Kriterien berücksichtigt: Unzerschnittene Verkehrsarme Räume (UZVR), geschützte Landschaftsbestandteile nach § 29 BNatSchG und § 22 NAGBNatSchG, Bereiche mit Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft gem. LRP.</p> <p>Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweisen voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Eine Berücksichtigung erfolgt daher auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P002A	P002/A.1 2	U, SO 12	Völlig zu Recht kommt man in der Schlussbetrachtung im Umweltbericht C ja auch zu dem Ergebnis, dass das Wohnen und die windenergieempfindlichen Vogelarten als erheblich eingestuft werden.	<p>Die Aussage des Stellungnehmers wird geteilt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P002A	P002/A.1 3	A	<p>Zu guter letzt möchte ich noch auf eine ärztliche Dokumentation über den sogenannten Infraschall hinweisen (s. Anlage). Die darin enthaltenen Untersuchungsergebnisse „schreien“ geradezu nach größeren Abstandsregelungen, wie das in Bayern bereits praktiziert wird, und zwar zum Schutz der Menschen und der Vogelwelt, wie vorstehend bereits beschrieben.</p>	<p>Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002B	P002/B.0 1	A	Vor Jahrzehnten wurde der Bau von Atomkraftwerken seitens der Industrie und der Politik von einer Propaganda gestützt, die behauptete: Atomstrom sei billig, Atomkraftwerke seien sicher, Gesundheitsrisiken seien beherrschbar. Mittlerweile wissen wir, dass keines der drei Argumente stimmte, und dass gerade wegen der Unbeherrschbarkeit von Sicherheit und Gesundheit die Atomkraftwerke vom Netz genommen werden. Der massenhafte Bau von Windkraftanlagen (WKA) in Deutschland wird erneut von Behauptungen begleitet wie Wind gäbe es ja umsonst, womit suggeriert wird, Windkraft sei billig zu haben, und die gesundheitlichen Risiken seien nicht nennenswert. Beide Argumente sind nicht zutreffend. Im Jahr 2011 wurden nach dem „Eneuerbaren Energiegesetz“(EEG) 16,7 Milliarden Euro an Subventionen in Deutschland gezahlt, Tendenz stark steigend. Ein Großteil dieses Betrags entfällt auf die Subvention von Windstrom, der ohne Subvention nicht rentabel ist.	Die Rentabilität bzw. Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen ist nicht Gegenstand des Aufstellungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.0 2	A	Zur Einschätzung von gesundheitlichen Risiken stützt sich die Regierung auf Bundesinstitute, hier vornehmlich auf das Robert-Koch-Institut (RKI) Berlin. Die Landesregierungen stützen sich auf die jeweiligen Landesämter. In Baden-Württemberg sind das die Landesanstalt für Umwelt, Messungen und Naturschutz Baden-Württemberg (LUBW) und das Landesgesundheitsamt (LGA). Die LUBW und das LGA in Stuttgart haben jüngst ein Faltblatt zum Thema Windenergie und Infraschall (IS) herausgegeben. Beide Institutionen kommen in diesem Flyer zu dem Fazit: „Der von WKA erzeugte Infraschall liegt in deren Umgebung deutlich unterhalb der Wahrnehmungsgrenzen des Menschen. Nach heutigem Stand der Wissenschaft sind schädliche Wirkungen durch Infraschall bei WKA nicht zu erwarten. Verglichen mit Verkehrsmitteln wie Autos oder Flugzeugen ist der von WKA erzeugte Infraschall gering. Betrachtet man den gesamten Frequenzbereich, so heben sich die Geräusche einer WKA schon in wenigen 100 m meist kaum mehr von den natürlichen Geräuschen von Wind und Vegetation ab.“ In dieser Aussage sind drei Argumente enthalten: • Schädliche Wirkungen von Infraschall bei WKA sind nicht zu erwarten • Der von WKA erzeugte Infraschall ist gering • Der gesamte Frequenzbereich, also auch der Infraschallbereich, entspricht schon in wenigen 100 m Entfernung den Hintergrundgeräuschen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P002B	P002/B.0 3	A	Alle drei Argumente sind nicht zutreffend: WKA sind Energiewandler, von denen bis zu 40 % der Windkraft in Strom, der überwiegende Teil der Windkraft in Druckwellen, also Schall, umgewandelt wird. Das bedeutet, dass z.B. bei einer WKA von 3 MW Nennleistung mehr als 1,5 MW Lärm erzeugt wird. Die Lärmkomponente entsteht überwiegend aerodynamisch an den Rotorblättern. Durch die Größe und die Elastizität der Blätter, die langsame Drehzahl und die Eigenfrequenz der Rotorblätter von ca. 16 Hz, emittieren die Rotoren bedeutende Mengen im nichthörbaren Infraschallbereich. Die Rotorblätter der WKA gehören gegenwärtig zu den effektivsten Infraschallerzeugern, die es in der Industrie gibt.	Windenergieanlagen stellen nur einen von vielen Infraschallerzeugern dar. Neben natürlichen Phänomenen wie Gewitter oder Wellen, wird Infraschall auch durch den Verkehr, elektronische Geräte sowie Lüftungen oder Hochspannungsleitungen erzeugt.	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.0 4	A	Daneben entstehen Lärm und IS durch bestimmte Industrien und in den Großstädten. Lärm und IS in Großstädten sind mittlerweile ein ernst zu nehmendes Gesundheitsproblem geworden (Krahe). Im ländlichen Raum und in Kleinstädten ist es überwiegend still bis sehr still. Nennenswerte Quellen für IS gibt es in der Regel nicht.	Dies ist sachlich nicht richtig. Es gibt zahlreiche Quellen für Infraschall, auch in einer Kleinstadt bzw. im ländlichen Raum.	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.0 5	A	Zu den physikalischen Charakteristika des IS gehört es, dass die Schallabsorption durch Mauern, Fenstern und Türen, gering ist. Es baut sich in Innenräumen eine stehende Infraschallwelle auf, die zu einer besonderen Lärmbelastung führt. Gerade der 16 im Innenbereich hat eine besonders nervende Eigenheit. Infraschall hat eine wesentlich größere Reichweite als der hörbare Schall.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P002B	P002/B.0 6	A	Die Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) hat 2004 eine der wenigen Infraschallmessung mit wissenschaftlicher Genauigkeit in der Bundesrepublik durchgeführt. Nach ihrer Berechnungen erreicht ein Infraschall von 2-3 Hz bei Anlagen mit einer Nabenhöhe von 100 m, Flügeldurchmesser 70 m, Leistung 1,5 MW erst in einer Entfernung von 10 — 11 km den Wert der Hintergrundgeräusche von 50 dB(A). Die derzeitigen Planungen sehen auf dem Malscher Bergrücken WKA mit einer Gesamthöhe von 200 m vor. Messungen und Bewertungen zur Ausbreitung von Infraschall von Möller (Dänemark) führten zu ähnlichen Ergebnissen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P002B	P002/B.0 7	A	Es ist auffallend, dass die LUBW und das LGA in ihrer Literaturaufstellung sich auf keine einzige wissenschaftliche Quelle von international anerkannten Institutionen oder auf unabhängige deutsche Fachleute beziehen. Stattdessen wird auf das Material aus anderen Landesämtern, Landes- und Bundesinstitutionen und die veraltete TA Lärm verwiesen. In deren Aussagen wird der Gedanke vertreten, dass der unhörbare Infraschall erst dann gesundheitsschädlich ist, wenn er sich oberhalb der Wahrnehmungsschwelle bewegt. Diese Wahrnehmungsschwelle für Schall < 20 Hz ist keine Gehörschwelle, sondern verursacht Vibrationen auf der Haut. Die Wahrnehmungsschwelle beträgt z.B. bei 3 Hz 120 dB(A). Zum Vergleich, neben einem startenden Düsenflugzeug beträgt der Schalldruck ca. 130 dB(A). Es ist zutreffend, dass bei diesen extremen Schalldrücken die Gesundheit leidet.	Die zugrunde gelegten Quellen von wissenschaftlichen Untersuchungen sind nicht Gegenstand dieses Verfahrens. Das Bundesumweltamt, als zentrale Institution in diesem Bereich, geht nach derzeitigem Kenntnisstand nicht von einer gesundheitlichen Gefährdung durch Infraschall von Windenergieanlagen aus.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002B	P002/B.08	A	In Wohngebieten ist eine dauernde Berieselung durch unterschwelligen Schall, zu erwarten. Deshalb ist zu fragen, welche gesundheitlichen Wirkungen die permanente Einwirkung von Infraschall in Schalldruckbereichen unterhalb der Wahrnehmungsschwelle auslösen?	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.09	A	Hierzu beziehen die LUBW und das LGA mit dem lapidaren Satz Stellung, das sei eben unschädlich. Sie belegen diese Unschädlichkeit aber nicht. Der internationale Kenntnisstand ist jedoch ein anderer. Ich beziehe mich im Nachfolgenden auf die Einschätzung internationaler Experten wie Prof. Atec Seit, USA; Möller, Dänemark; Pedersen, Schweden; die englische Society for Wind Vigilance und die deutschen Professoren Quambusch und Krah und nicht zuletzt auf die unabhängige Expertenkommission beim RKI, u.a. Erwähnenswert ist auch die umfassende Auswertung der internationalen Literatur zum Thema Infraschall und Gesundheit, die Dr. Eckehard Kuck und das Ärzteforum Emissionsschutz (Bad Orb) ausgearbeitet haben (im Internet einsehbar).	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.10	A	Infraschall hat ein anderes Wirkungsspektrum auf den Menschen als der hörbare Lärm.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P002B	P002/B.11	A	Die Gutachter des RKI (Bundesgesundheitsblatt 12/2007) weisen auf Schwingungsübertragungen im niederfrequenten Bereich auf einzelnen Organe und Partien des menschlichen Körpers hin. Der Kopf und die meisten Körperorgane des Menschen haben eine Eigenfrequenz von 30 Hz und kleiner, d. h. sie werden bei Schwingungen im niederfrequenten Bereich zur Resonanz angeregt. Dieses Mitschwingen des Kopfes, des Gehirns, der im Kopf enthaltenen Wahrnehmungsorgane, aber auch anderer Körperorgane, birgt die Gefahr einer gesundheitlichen Schädigung in sich. Deshalb kommen die Experten des RKI zu der wissenschaftlich vorsichtig formulierten Warnung: „Die besondere Qualität von Infraschall bedarf jedoch verstärkter Aufmerksamkeit, da bisher nur wenige gesicherte Erkenntnisse ... über das Auftreten und die Wirkung von Infraschall vorliegen.“ Das RKI empfiehlt verstärkte Forschung auf diesem Gebiet, was in Deutschland bisher leider unterblieb.	Seit 2007 wurden weitere Untersuchungen zu diesem Themenkomplex vorgelegt, unter anderem vom Umweltbundesamt 2014. Nach derzeitigem Kenntnisstand ist eine Gesundheitsgefährdung durch Infraschall von Windenergieanlagen nicht gegeben.	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.12	A	Es gibt mittlerweile zahlreiche Untersuchungen über gesundheitliche Beeinträchtigungen durch Infra- und niederfrequenten Schall (INFS) und eine Vielzahl von betroffenen Bürgern.	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.13	A	In dem erwähnten Bericht des RKI wird eine Auswertung von 98 Literaturquellen (Schust) zum Thema "Infraschall und aurale und extraaurale Wirkungen" (Gehör und Körper betreffend) zitiert. Schust stellt die Wirkungen von Infraschall auf Gehör und Körper nicht in Frage. Die Untersuchungen weisen darauf hin, dass die 18- Immissionen bei kontinuierlicher oder kurzzeitig intensiver Exposition gesundheitliche Schäden verursachen können. In Tierversuchen zeigten sich unspezifische Aktivierungs- und Stressreaktionen bis zu chronischen pathologischen Veränderungen.	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.14	A	In einem Kolloquium "Tieffrequenter Schall und Infraschall", Stuttgart, 2012, zitierte Prof. Krah unter anderem aus der Untersuchung von Pedersen, Göteborg, nach der 50 % und mehr der vom INFS Betroffenen folgende Symptome hatten: Frustration, Einschlafschwierigkeiten, Schlafstörungen, Furcht, Müdigkeit, Druck im Ohr, Kopfschmerzen, Nervosität und Konzentrationsmangel.	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002B	P002/B.1 5	A	Von Wissenschaftlern wurde in England im Jahr 2003 ein Großversuch durchgeführt, an dem 700 Personen teilnahmen. Diesen Personen wurde Musik vorgespielt. In wechselnder Folge enthielt diese Musik mal keinen, mal unhörbaren Infraschall von 17 Hz im unterschweligen Bereich. Anschließend wurde eine Befragung durchgeführt und wissenschaftlich ausgewertet. Es zeigte sich, dass eine signifikante Anzahl, 22 % der Anwesenden, mit akuten Gesundheitsbeschwerden reagierten wie u.a. Beklemmung Reizbarkeit, Übelkeit Furcht Brustdruck. Dieses klare Ergebnis zeigt, dass Infraschall im unhörbaren unterschweligen Bereich akute Gesundheitsbeschwerden auslöst.	Ob Infraschall Gesundheitsbeschwerden auslösen kann oder nicht, ist nicht das Thema. Es ist lediglich die Frage zu klären, ob durch den von Windenergieanlagen verursachten Infraschall Gesundheitsgefährdungen trotz der Mindestabstände ausgehen. Dies ist nach derzeitigen Kenntnisstand zu verneinen.	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.1 6	A	N. Pierpont beschreibt die durch periodischen Infraschall im unterschweligen Bereich ausgelösten Gesundheits- und Krankheitssymptome, die heute mit den Begriffen Wind-Turbinen-Syndrom oder vibroakustisches Syndrom, belegt sind. Sie stellt kurz, aber zutreffend dar, der Infraschall von Windturbinen erzeugt das Wind-Turbinen-Syndrom, wenn Menschen sich längere Zeit im Schallbereich der Windturbinen aufhalten. Zu den Hauptsymptomen gehören: Schlafentzug, Schwindeligkeit, Übelkeit, Kopfschmerzen, Tinnitus, Ohrendruck, Benommenheit, Beeinträchtigung des Sehvermögens, Herzasen, Reizbarkeit, Probleme mit Konzentration und Erinnerungsvermögen, Panikattacken mit Zittern. Sie führt hierzu aus, dass die gefundenen neuronalen Wechselwirkungen einen tragfähigen anatomischen und physiologischen Rahmen für das Wind-Turbinen-Syndrom liefern.	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.1 7	A	Prof. Quambusch, schreibt zu den Gesundheitsschädigungen durch IS: »Es konnte experimentell nachgewiesen werden, dass bestimmte Gehirnschwingungen durch tieffrequenten Schall stimuliert und moduliert werden können. Vieles spricht dafür, dass die von tieffrequentem Schall ausgehenden Einflüsse individuell unterschiedlich registriert werden, es gibt Hinweise auf besondere Sensibilitäten. Beobachtungen verdeutlichen, dass IS Immissionen als Ursachen gesundheitlicher Schäden am ehesten in der Nachbarschaft von WKA zu erwarten sind«.	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.1 8	A	Aus den vorliegenden Untersuchungen wird ersichtlich, dass es besonders empfindlich reagierende und damit für Gesundheitsbeeinträchtigungen besonders disponierte Personen gibt. Es wird berichtet, dass Schwangere, vorgeschädigte und ältere Menschen anfälliger auf IS reagieren.	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.1 9	A	Dr. Kuck beschreibt drei Wirkungsorte von Infraschall im Körper: • Der Vestibularapparat (Gleichgewichtsorgan), Kinetosen durch INFS-Vibrationen, analog der Seekrankheit • Cochlea (Innenohr), physiologische Reaktionen auf INFS und Signalweitergabe an das Gehirn, Beeinflussung der Hör- und Sprachverarbeitung, sensorische Beeinflussung verändert funktionale Prozesse des Gehirns • Körperorgane, die im Bereich der Eigenfrequenz mitschwingen, hier insbesondere die elastische Masse des Gehirns, werden durch eine Überprägung von Fremdschwingungen in seiner Funktionalität gestört.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P002B	P002/B.2 0	A	Diese funktionellen Beeinträchtigungen betreffen mit großer Wahrscheinlichkeit auch viele höher organisierte Tiere, für Pferde sind sie nachgewiesen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P002B	P002/B.2 1	A	Ich möchte diese Aufstellung der Gesundheitsbeeinträchtigungen abschließen mit dem Hinweis, dass auch andauernder hörbarer impulsaltiger Lärm, wie bei den WKA, zu Gesundheitsstörungen führt. M. Nissenbaum, Maine, USA, hat dies für WKA, die von der Bebauung 1,5 km entfernt waren, nachgewiesen.	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.2 2	A	Es ist erfreulich, dass verschiedene hohe Gerichte das Gefahrenpotenzial durch Infraschall erkannt haben. Mittlerweile sind diese beiden Aussagen: »Es ist hinreichend wahrscheinlich, dass Infraschall gesundheitliche Beeinträchtigungen erzeugt.« und »Die TA Lärm ist als Genehmigungsgrundlage dann nicht mehr ausreichend, wenn besondere Schallqualitäten hinzutreten, die sie nicht bewertet, wie Impulsaltigkeit und Infraschall« gerichtlich anerkannt. Das Bundesverwaltungsgericht hat die alleinige Rechtswirksamkeit der TA Lärm für Genehmigungsverfahren in dem Sinne aufgeweicht, dass das gesamte Schädigungspotenzial des imitierten Lärms bewertet werden muss. Dieser Auffassung haben sich mittlerweile eine Reihe von Oberlandesgerichten, z. B. das OLG München, angeschlossen (zitiert nach Prof. E. Quambusch, Jurist).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P002B	P002/B.2 3	A	In Deutschland gibt es zurzeit kein gültiges Mess- und Bewertungsverfahren für Infraschall. In der TA Lärm, die die wesentliche immissionsrechtliche Beurteilungsgrundlage für ein Genehmigungsverfahren darstellt, wird Infraschall nicht berücksichtigt. Das Mitteilungsverfahren für hörbaren Schall nach der TA Lärm ist nicht ausreichend geeignet um vor Lärmbeeinträchtigungen zu schützen. Impulsaltige laute Lärmanteile, die störend und gesundheitsschädigend wirken können, fallen unter den Tisch, da sie gemittelt werden. Der Genehmigungswert, der nach der TA Lärm berechnet wird, hat sich nachweislich in vielen Fällen als deutlich zu niedrig erwiesen, um die Anwohner vor Lärmbeeinträchtigungen zu schützen.	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002B	P002/B.2 4	A	Die einzige Schutzmöglichkeit vor den Beeinträchtigungen durch Lärm und IS besteht gegenwärtig darin, die Mindestabstände zur Besiedlung ausreichend groß zu halten; In der Mehrzahl der zivilisierten Länder ist das bereits geschehen. In den USA gilt ein Mindestabstand von 2,5 km, in England wurde durch ein Gesetz im Jahr 2010 beschlossen dass für WKA von >150 m Höhe der Mindestabstand 3.000 m betragen muss.	Ein Mindestabstand von 2,5 km bis 3 km wäre ein faktisches Aus für die Windenergie. Aufgrund der ausgeprägten Bebauung in Deutschland würden nur noch wenige Flächen verbleiben. Im Landkreis Cuxhaven wurden 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage zugrunde gelegt. Dieser Abstand wird als ausreichend angesehen.	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.2 5	A	In Deutschland hat man bislang behördlicherseits Gesundheitsbedenken wegen des IS weitgehend ignoriert. Die sich auf den Immissionsschutz nach der TA Lärm beziehenden Mindestabstände zur Bebauung von 700 — 1000 m sind eindeutig zu gering, um Anwohner vor einer schädigenden Beeinträchtigung durch hörbaren Lärm und insbesondere durch Infraschall zu schützen.	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.2 6	A	In Dänemark ist als Schutz vor nächtlicher Ruhestörung ein oberer Grenzwert von 20 dB(A) einzuhalten. In Deutschland gilt für reine Wohngebiete nachts ein Wert von 35 dB(A) und für allgemeine Wohngebiete von 45 dB(A). In ruhigen Ortschaften mit nächtlichen Schallwerten von ca. 25 dB(A), werden 35 dB(A) bereits als Störgeräusch wahrgenommen. 45 dB(A) entsprechen einem deutlich wahrnehmbaren Geräusch und es ist gesundheitlich fragwürdig, warum man Menschen in verschiedenen zu bewertende Gruppen, einteilt. Nach dem Immissionsschutzrecht sind Gebiete, die frei von jeder Lärmbelastung sind, besonders schützenswert.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude, die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht denselben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Ortslagen. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen zu wohnen, trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen erlaubt sind, eher hinnehmen muss.	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.2 7	A	Die Mindestabstände sollten medizinischen Begründungen zum Gesundheitsschutz, unter Berücksichtigung der Impulshaltigkeit und des IS-Gehaltes des Schalls der WKA, folgen. Mit nachfolgendem Beispiel möchte ich verdeutlichen, dass in Deutschland die Mindestabstände viel zu gering sind. Nach Berechnungen von Dr. Kuck werden 60db(A) in einem Abstand von 1250m(1000 m, plus Zuschlag von 25% für Gelände und Inversionswetterlagen) m für 1 WKA und 3750 m für 8 WKA, (3000m plus Zuschlag wie oben), erreicht. Ein Schalldruck von 60db(A), der nach Dr. Kuck gerade körperlich nicht mehr verarbeitet wird, ist noch keine Garantie für gesundheitliche Unbedenklichkeit. Zum Schutz der allgemeinen Bevölkerung, unter Berücksichtigung von Schwangeren, älteren und geschädigten Menschen, wird immissionsrechtlich stets eine ausreichende Sicherheit verlangt. Da keine ausreichend gesicherten Erkenntnisse vorliegen wähle ich hier einen Multiplikator von 0,5. Dadurch erhöhen sich Abstände nach Kuck auf 2500-7500m und der Schallpegel wird halbiert auf 30dB(A). Meines Erachtens wären das eine gute Ausgangswerte die sehr wahrscheinlich für den überwiegenden Teil der Bevölkerung einen ausreichenden Schutz bieten könnten.	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.2 8	A	Wie dargelegt, ist es aus medizinischen Gründen geboten, dass der Mindestabstand in Deutschland wesentlich erhöht wird. Auch die Richtwerte, wie sie in England gelten, bei großen Anlagen sind das 3000 m, sind eine gute Bezugsbasis.	Ein Mindestabstand von 2,5 km bis 3 km wäre ein faktisches Aus für die Windenergie. Aufgrund der ausgeprägten Bebauung in Deutschland würden nur noch wenige Flächen verbleiben. Im Landkreis Cuxhaven wurden 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage zugrunde gelegt. Dieser Abstand wird als ausreichend angesehen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P002B	P002/B.2 9	A	Zusammenfassend können wir feststellen, dass sich die Politiker und die Genehmigungsbehörden auf eine Fehlbewertung der gesundheitlichen Belastung durch Infraschall stützen, und dass das deutsche Genehmigungsverfahren auf einer zum Teil veralteten immissionsrechtlichen Grundlage beruht, die den besonderen Gegebenheit der Schallemissionen von WKA nicht gerecht wird. Deshalb liegen ausreichende Gründe für die Annahme vor, dass die Gesundheit der Bürger gegenüber den Schalleinwirkungen der WKA nicht ausreichend geschützt wird. Die Politik sollte möglichst schnell mit einer deutlichen Erhöhung der Mindestabstände reagieren.	Siehe Stellungnahme P002/B.08	Nicht zu berücksichtigen
P002B	P002/B.3 0	A	Der Schutz der Gesundheit wird im Grundgesetz jedem Bürger garantiert. Sie ist unser höchstes Gut, sie sollte von uns Allen eingefordert werden und nicht dem Aktionismus der Energiewende zum Opfer fallen.	Der Schutz der Gesundheit der Bürger wird durch das Regionale Raumordnungsprogramm gewährleistet.	Nicht zu berücksichtigen
P003	P3.1	SO 31	als Grundstückseigentümer, im Planungsgebiet Osten-Isensee, sind wir vom 1. Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramm 2014, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie — 2014, betroffen. Wir begrüßen, dass der Standort Osten-Isensee (Detailkarte31), als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung aufgenommen wurde und fordern eine Überarbeitung der Detailkarte 31 — Osten-Isensee.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P003	P3.2	SO 31	Begründung für die Überarbeitung Im nördlichen Bereich der Detailkarte 31 (Osten-Isensee) wurde eine Teil-Fläche, die kleiner als 1 ha ist, vom Flurstück 23/2, Flur 11, Gemarkung Isensee, als Wald gepuffert. Diese Teil-Fläche, die mit Fichten sehr lückenhaft und schlecht bestockt ist, erfüllt nicht die vollständigen Kriterien, um als Vorbehaltsgebiet oder Vorranggebiet „Wald“ eingestuft zu werden und eine Pufferung zu rechtfertigen. Wir fordern daher eine Streichung des Puffers. Dies hätte zur Folge, dass das Potentialgebiet Nr. 139 nicht mehr separat zu betrachten ist	Ein Vorbehalts- oder Vorranggebiet Wald gibt es im Regionalen Raumordnungsprogramm nicht. Allerdings hat der Landkreis Cuxhaven als weiche Tabuzone "Wald ab 1 ha Größe und Puffer 100" festgelegt. Der angesprochene Fichtenwald ist ein Wald entsprechend des niedersächsischen Waldgesetzes (vgl. § 2 (3) NWaldLG). Der Wald wird in der Pufferung nicht herausgenommen. Dennoch wird die abgetrennte Potentialfläche im Norden im Entwurf 2015 gemeinsam mit der Potentialfläche 009 als ein Vorranggebiet betrachtet.	Nicht zu berücksichtigen
P003	P3.3	SO 31	Einige Grundstücke (ca. 32 ha) im süd-östlichen Bereich der Detailkarte 31, die aufgrund der Abstands — und Tabukriterien für die Windenergie genutzt werden könnten (lt. Potentialkarte 009), sind nicht in der Detailkarte 31 - Osten-Isensee als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung dargestellt. Flächen, die lt. Übertragung von der Potentialkarte 009 in die Detailkarte nicht übernommen wurden, müssen auch als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung ausgewiesen werden. Es liegen keine Gründe für die Nichtberücksichtigung vor.	Die nach Schritt 1 und 2 herausgearbeiteten Potentialflächen wurden in einem dritten Schritt hinsichtlich ihrer Größe sowie anderer, entgegenstehender Belange geprüft. Die herausgefallenen Flächen im Süden des Potentialgebietes sind aus naturschutzfachlicher Sicht nicht für eine Nutzung als Vorranggebiet geeignet. Die Begründung zu den Flächenzuschnitten der Windenergieflächen wird im RROP 2015 ausführlicher dargestellt. Zudem werden für die wichtigsten Tabuzonen zwei Karten erstellt, die im RROP 2015 als Anlage beigelegt werden bzw. im Internet heruntergeladen werden können.	Nicht zu berücksichtigen
P003	P3.4	SO 31	Ich fordere für das weitere Verfahren, eine Berücksichtigung meiner Stellungnahme, mit Überarbeitung der Detailkarte 31 zum Standort Osten-Isensee.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P004		SO 31	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3
P005		SO 31	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3
P006		SO 31	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3
P007		SO 31	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3
P008		SO 31	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3
P009		SO 31	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P010		SO 31	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3
P011	P11.01	SO 31	Als betroffener Anwohner lehne ich die erneute Aufnahme des Flächenvorschlags Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab und mache folgende Bedenken geltend:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P011	P11.02	SO 31	die vorgesehenen Mindestabstände von 420 bzw. 500 m sind viel zu gering bemessen und entsprechen nicht den neuesten wissenschaftlichen Erkenntnissen. Zahlreiche wissenschaftliche Publikationen konnten zeigen, dass die durch Windkraftanlagen verursachte Belästigung (engl.annoyance) multidimensional ist und durch die anhand des Schalldruckpegels gemessene Lärmemission völlig unzureichend beschrieben wird. Die durch Windkraftanlagen verursachte Belästigung wird maßgeblich von Faktoren wie Hintergrundlärm, Sichtbarkeit der Anlage, Anzahl der Anlagen, finanzielle Vorteile, und vor allem der Distanz zur Anlage beeinflusst. Der deutsche Begriff "Belästigung" suggeriert dabei ein eher harmlose Beeinträchtigung, die aber tatsächlich zu messbaren Schlafstörungen und Einschränkungen in der Lebensqualität führt. Die ersten Bundesländer (Bayern, Sachsen) und Staaten der EU tragen diesen Erkenntnissen Rechnung, indem sie als Mindestabstand zu bewohnten Gebäuden das zehnfache der Anlagenhöhe (gemessen bis zur Rotorenspitze) festlegen (Irland, Wind Turbine Regulation Bill 2014) bzw. für zukünftige Planungen diskutieren (Bayern, Sachsen).	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude, die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Das Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht denselben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Ortslagen. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen zu wohnen, trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen stattfinden dürfen, eher hinnehmen muss. Die angesprochenen Regelungen beispielsweise in Bayern und Sachsen, die sich derzeit lediglich als Entwurf in der Diskussion befinden, beziehen diesen 10fachen Abstand lediglich auf Wohngebäude im Siedlungsbereich; zu Einzelgebäuden und Splittersiedlungen muss dieser Abstand nicht eingehalten werden. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung einer Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Auswirkungen auslösen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P011	P11.03	SO 31	Neben den Hauptaspekten der Gesundheitsgefährdung sowie der Natur- und Landschaftszerstörung ist auch der Aspekt der Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden zu berücksichtigen, da diese vielfach der Alterssicherung ihrer Besitzer dienen und teilweise mit erheblichem Aufwand renoviert wurden, auch gefördert und finanziert durch öffentliche Mittel aus dem Dorferneuerungsprogramm. Gepante oder aufgrund der Beeinträchtigungen erzwungene Veräußerungen im Umfeld von Windenergieanlagen sind erheblich schwieriger. Entschädigungsklagen gegen Betreiber und Planungsträger sind bundesweit bereits erfolgreich verlaufen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	
P012		SO 13	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3
P013		SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P014		SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P015		SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P016		SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P017		SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P018		SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P019		SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9
P020		SO 31	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9	Siehe Stellungnahme P29.1 - P29.9

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021a	P21/A.01	B 04	<p><u>1. Rückbau der Windenergieanlagen WEA - Textziffer 04</u></p> <p>Der RROP-Entwurf sieht unter Ziffer 04 einen kompletten Rückbau des Fundamentes vor. Die Festlegung ist hinsichtlich der entstehenden Kosten unverhältnismäßig.</p> <p>Für eine solche Regelung fehlt die Rechtsgrundlage, weil für eine solche Festlegung die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG nicht vorliegen. Auch die Bezugnahme auf die Festlegung im LROP Abschnitt 4.2. Energie Textziffer 01 ist insoweit unzutreffend.</p>	<p>Der Rückbau von Außenbereichsvorhaben nach Betriebsaufgabe ist im BauGB festgeschrieben und wird insofern wohl nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Fundamente, Wegebau, Erschließung sind notwendige Bestandteile des Außenbereichsvorhabens und somit ebenfalls von der Rückbauverpflichtung abgedeckt. Die Aufnahme in das RROP hat damit eher klarstellenden Charakter und bedeutet gegenüber den heutigen Regelungen keine Änderung.</p> <p>Durch die neue Formulierung unter Ziffer 04 der Beschreibenden Darstellung im Entwurf 2015 (Rückbau bis zu einer Tiefe von 2,5m) wird eine Abwägung der verschiedenen Belange zum Rückbau berücksichtigt.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.02	B 04	<p>Das Gesetz sieht nach § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB vor, dass das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen sind. Gemäß § 35 Abs. 5. Satz 3 BauGB soll die Genehmigungsbehörde durch „...nach Landesrecht vorgesehene Baulast oder in anderer Weise die Einhaltung der Verpflichtung nach Satz 2 sicherstellen.“ So wird es üblicherweise auch gehandhabt.</p>	Siehe P21/A.01	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.03	B 04	<p>Somit ist das Fundament grundsätzlich zu entfernen. Es ist jedoch nicht erkennbar weshalb das Fundament, insbesondere bei einer Tiefgründung (Standard in Großteilen des Kreisgebietes) vollständig zu entfernen ist. Um die ursprüngliche Nutzungsfunktion der beanspruchten Flächen (Landwirtschaft) wiederherzustellen, ist es ausreichend das Fundament nur bis zu einer bestimmten Tiefe (1,50m-2m) abzutragen. Darüber hinaus liegt keine schädliche Bodenversiegelung mehr vor. Niederschlagswasser kann eindringen und abfließen. Die landwirtschaftliche Bewirtschaftung der Fläche ist möglich.</p>	Siehe P21/A.01	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.04	B 04	<p>Weiter ist darauf hinzuweisen, dass bei einem vollständigen Rückbau des Fundaments bei Tiefgründungen die „Wiederherstellung der Bodenfunktionen“ nicht gewährleistet wird. Durch einen vollständigen Rückbau wird die um das Fundament bzw. die Stahlbetonpfähle in rund 20 Jahren gewachsene unterirdische Lebensraum- und Bodenstruktur zerstört. Die komplette Herausnahme des Fundaments stellt damit einen erheblich größeren Eingriff in die Natur dar als das Belassen der Pfähle.</p>	Siehe P21/A.01	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.05	B 04	<p>Zusammenfassend ist festzustellen, dass soweit die Windparks im baurechtlichen Außenbereich i.S.v. § 35 BauGB entstehen, keine Veranlassung zu der beabsichtigten Zielfestlegung besteht. Sie wäre zudem mangels Rechtsgrundlage rechtswidrig und abwägungsfehlerhaft.</p>	Siehe P21/A.01	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.06	B 04	<p>Angesichts dessen regt Energiekontor die Streichung dieser Festlegung an, mindestens aber eine Änderung bzw. Ergänzung der Ziffer 4 wie folgt:</p> <p>"Es ist sicherzustellen, dass nach Beendigung des Betriebs eines Windparks die WM vollständig zurückgebaut werden. Dies schließt ausdrücklich auch den Rückbau von Fundamenten <u>bis zu einer Tiefe von 1.50 m-2 m</u>, Kranstellflächen und für die Erschließung der WM erforderlichen Wegflächen mit ein."</p> <p>Dieses betrifft alle oben benannten Windparks.</p>	Siehe P21/A.01	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.07	B 05	<p><u>2. Unterschiedliche Anlagenhöhen - Textziffer 05</u></p> <p>Der RROP-Entwurf sieht vor, dass Windparkflächen mit max. zwei unterschiedlichen Anlagenhöhen realisiert werden können Ziffer 05, Satz 2. Diese Zielfestlegung ist alles andere als sinnvoll und sollte daher, ebenso wie Textziffer 05, Satz 1, nicht als Ziel der Raumordnung mit der Wirkung einer verbindlichen Vorgabe für die Bauleitplanung formuliert werden sondern allenfalls nur als Grundsatz der Raumordnung verabschiedet werden.</p>	<p>An der Festlegung mit maximal zwei Anlagenhöhen wird aus Gründen des Schutzes des Landschaftsbildes festgehalten. Es geht dabei um optische Höhen. Unterschiede von wenigen Metern, die nicht optisch wahrnehmbar sind, sind nicht relevant. Der Landkreis Cuxhaven ist überzeugt, dass sich die Anlagenbetreiber aus Eigeninteresse auf gemeinsame Anlagenhöhen im Zuge eines Repowerings einigen können. Insofern steht die Zielfestlegung einem Repowering nicht im Wege.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.08	B 05	<p>Alle Erfahrungswerte besagen, dass Höhenunterschiede von bis zu 20 m, in vielen Fällen sogar von 35 m und mehr, mit dem bloßen Auge des Betrachters vom Boden aus gar nicht wahrgenommen werden. Allein aufgrund der unterschiedlichen Topographie innerhalb einer Windparkfläche kann es selbst bei nur einem WEA Typ bereits zu unterschiedlichen Höhen kommen, die nicht wahrgenommen werden.</p>	Siehe P21.A07	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021a	P21/A.09	B 05	Insbesondere für Bestandsflächen, in denen bereits zwei WEA Anlagenhöhen existieren, führt diese Regelung zu Einschränkungen für ein Repowering, die eine optimale Ausnutzung der Fläche und des Windangebotes verhindern.	Siehe P21.A07	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.10	B 05	Die zwingende Einhaltung von maximal zwei Anlagenhöhen führt zudem gerade in Flächen mit mehreren Betreibern zu unnötigen Restriktionen, die zu einer Blockade und damit Verhinderung eines Repowerings führen können. Der LK Stade hat beispielsweise im Entwurf des RROP festgelegt dass in Einzelfällen von dem Ziel, dass die WEA eine einheitliche Größe haben sollen, durch eine raumordnerische Vereinbarung abgewichen werden kann.	Siehe P21.A07	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.11	B 05	Der LK Cuxhaven hat bei seiner Abwägung zwischen dem Belang „Landschaftsbild“ gegen den Belang der maximalen Ausschöpfung des Windangebotes nicht berücksichtigt, dass ein „möglichst einheitliches Erscheinungsbild“ der WEA auch durch das Vorhandensein von WEA mit drei oder mehr unterschiedlichen Gesamthöhen gewahrt sein kann. Insbesondere lässt die Festlegung auf maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen offen, wie der Unterschied der Anlagenhöhen in Bezug auf eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes zu definieren ist. Entscheidend ist, ob zwei oder mehr unterschiedliche Anlagenhöhen als „unterschiedlich“ wahrnehmbar sind oder ob sie noch als einheitlich zu beurteilen sind.	Siehe P21.A07	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.12	B 05	Ob bzw. ab welchem Höhenunterschied unterschiedliche Anlagenhöhen zu einer Beeinträchtigung des Landschaftsbildes führen, lässt sich somit nur im Einzelfall feststellen. Die Festlegung, dass auch drei oder mehr unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig sind, führt daher nicht zwangsläufig zu einer wesentlichen Verschlechterung des Landschaftsbildes.	Siehe P21.A07	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.13	B 05	Aus diesem Grund ist uns kein Landkreis in Niedersachsen bekannt, der in seinem RROP eine vergleichbare Zielfestlegung vorgenommen hat. Auf sie sollte unbedingt zur Vermeidung von Einschränkungen der gemeindlichen Planungshoheit bzw. streng genommen zur Herstellung der gemeindlichen Planungshoheit verzichtet werden!	Siehe P21.A07	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.14	B 05	Mindestens sollte eine Änderung der Ziffer 05 erfolgen: "Innerhalb eines Vorranggebietes Windenergienutzung sind maximal drei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig. <u>Von diesem Ziel kann in Einzelfällen abgewichen werden, wenn die unterschiedlichen Anlagenhöhen geringfügig voneinander abweichen und das Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird.</u> "	Siehe P21.A07	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.15	B 05	In der Begründung sollte der LK Cuxhaven klarstellen, dass eine Abweichung von 15 % als geringfügig anzusehen ist, weil eine solche Abweichung der Anlagenhöhen nicht zu einer wesentlichen Verschlechterung des Landschaftsbildes führt:	Siehe P21.A07	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.16	B 05	Dieses betrifft alle oben benannten Windparks, insbesondere folgendes Projekt von Energiekontor: WP Nordleda, dessen Bestands-WEA eine Gesamthöhe von 68 m bzw. 77 m aufweisen und in der mehrere Betreiber vertreten sind.	Siehe P21.A07	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.17	E 01	<u>3. 19 ha Mindestgröße - Begründung Ziffer 1, Arbeitsschritt 3, Seite 15 der Begründung</u> Es wird ausgeführt, dass die Gesamtfläche eines Vorranggebietes die Errichtung von mind. 3 WEA mit 150 m Gesamthöhe ermöglichen müsse. Dafür sei in der Regel eine Fläche von 19 ha erforderlich. Die Festlegung dieser Mindestgröße entbehrt einer fundierten Grundlage! Die WEA-Anzahl in einer Fläche hängt entscheidend vom Zuschnitt der Fläche ab. Bei bestimmten Flächenzuschnitten ist auch bei kleineren Flächen eine ausreichende Größe für mind. 3 WEA gegeben.	Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Konzept, dass Freiräume erhalten werden und große Standorte gebündelt werden. Die Größe von 19 ha ergibt sich aus einer Berechnung des Landkreises, die in der Begründung des RROP dargestellt wird. Kleinere Flächen würden dieses Konzept unterlaufen. Inwieweit andere Landkreise in diesem Punkt andere Konzepte verfolgen, ist für diese Festlegung nicht von Belang. Der Landkreis Cuxhaven muss nur rechtliche Vorgaben einhalten und kann darüber hinaus eigene Planungskonzepte verfolgen, sofern diese nicht den rechtlichen Vorgaben entgegenstehen.	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.18	E 01	In den Bereichen, in denen drei oder mehr WEA geplant und errichtet werden können, sollte und müsste zur Vermeidung von Widersprüchlichkeiten auf das „19 ha-Kriterium“ verzichtet werden.	Siehe P21/A.17	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.19	E 01	Die geplante Windparkfläche Sievern beispielsweise verdeutlicht das: die Windparkfläche Sievern ist im RROP-Entwurf aufgrund ihrer Größe nur noch als „bauleitplanerisch gesichert“ dargestellt obwohl Teilbereiche aufgrund des Abstandes von > 1.000 m zu Ortslagen und Berücksichtigung weiterer Kriterien mit Windenergieanlagen mit > 100 m beplanbar sind. Energiekontor hat bereits Planungen vorgelegt, die in Sievern 3 WEA mit > 100m Gesamthöhe vorsehen, damit sind diese Teilbereiche als Vorranggebiete einzustufen.	Siehe P21/A.17	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021a	P21/A.20	E 01	Dass eine Mindestgröße von 10 ha oder weniger für die Errichtung von mindestens drei WEA ausreichend ist, ist auch in den RROPs anderer Landkreise dargestellt. Der LK Osterholz beispielsweise hat in seinem RROP 2011 bei der Ausweisung von Flächen als Vorranggebiet für Windenergienutzung festgelegt, dass die Vorranggebiete mindestens die Errichtung von drei WEA ermöglichen müssen. Nach Auffassung des Landkreis Osterholz ist die Errichtung von drei WEA möglich, wenn eine zusammenhängende Fläche eine Mindestgröße von 10 ha erreicht oder sich mehrere Flächen auch unterhalb einer Größe von 10 ha im engen räumlichen Zusammenhang zueinander befinden und sich zu einem Standort ergänzen, der die Errichtung von mind. drei WEA ermöglicht (siehe Begründung RROP Landkreis Osterholz 2011, Seite 177).	Siehe P21/A.17	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.21	E 01	Der Landkreis Cuxhaven stellt selber dar, dass „in der Regel“ eine Fläche von 19 ha erforderlich ist. Darzustellen ist daher in der Begründung weiter, dass auch kleinere Potentialflächen einzubeziehen sind, wenn diese nachweislich die Errichtung von mind. drei WEA zulassen und somit als Windparkfläche geeignet sind. Dieses betrifft insbesondere die Projekte Debstedt, Sievern und Wremen.	Siehe P21/A.17	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.22	E 01	<u>4. Definition von Vorsorgeabständen bezogen auf WEA Rotorspitzen - Ziffer 01, Arbeitsschritt 2, Seite 9 und 20</u> Die Vorsorgeabstände, die der Landkreis mit 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zur Wohnbebauung im Außenbereich gewählt hat liegen im Vergleich zu anderen Landkreisen angesichts des 1.000 m Abstandes zu Ortslagen im obersten Rahmen. Ungewöhnlich und aus unserer Sicht fachlich nicht nachvollziehbar ist der Bezug des Abstandes auf die Rotorspitzen der WEA. Charakteristisch für ein RROP ist, dass potenziell geeignete Flächen in einem Maßstab von 1:50.000 ermittelt werden. In diesem Maßstab entspricht 1 mm auf der Karte 50 m in der Realität so dass eine parzellenscharfe Betrachtung durch die Ausweisung im RROP weder möglich noch sinnvoll ist. Zusätzlich ist der sich mit der Windrichtung drehende Rotor kein sinnvoller Bezugspunkt für die Definition von Vorsorgeabständen.	Laut des Urteils vom Bundesverwaltungsgericht vom 21.10.2004 (Az 4 C 3/04) muss sich die gesamte Windenergieanlage, das heißt auch die Flügelspitzen, innerhalb der Grenzen eines Bauleitplanes befinden. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover im Urteil vom 22.09.2011 (4 A 1052/10) analog auf Vorranggebiete in einem Regionalen Raumordnungsprogramm übertragen. Das Argument der Maßstäblichkeit ist insofern hinfällig, da auch ein Flächennutzungsplan nicht parzellenscharf ist, jedoch auch für diesen das Urteil vom Bundesverwaltungsgericht gilt, da dieses im Urteil nicht auf Bebauungspläne abgezielt hat, sondern auf Bauleitpläne. Das Argument der Genauigkeit des Maßstabes ist weiterhin auch deshalb nicht haltbar, da bei einem Heranziehen des Turms oder des Fundaments der Anlage anstatt der Flügelspitze, diese ebenfalls nicht metergenau bestimmt werden können. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover in einem ähnlichen Fall im Urteil vom 30. August 2012 (Az. 12 A 1642/11) wiederholt angewandt. Auch in diesem Fall wurde bestimmt, dass sich die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes befinden müssen. Insofern kann von einer gängigen und rechtsgültigen Rechtsprechung in dieser Thematik ausgegangen werden.	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.23	E 01	Errichtung und Betrieb einer WEA bedeuten für Mensch und/oder Natur in unmittelbarer Nähe immer eine gewisse Beeinträchtigung die über die TA—Lärm, die Rechtsprechung zum maximal zulässigen Schaffenschlag und Regelungen zur „optisch bedrängenden Wirkung“ begrenzt werden. Wird eine Vorrangfläche im Außenbereich für Windenergie ausgewiesen, sollte diese auch möglichst wirtschaftlich zur Erzeugung erneuerbarer Energie genutzt werden. Ecken bzw. Spitzen des Vorranggebietes wären mit modernen WEA (Rotordurchmesser 100-120 m) kaum noch nutzbar. Die Rechtsprechung hat aktuell hierzu keine Stellung bezogen. Das BVerwG (21.10.2004 - 4 C 3.04 - NVwZ 2005, 208) bezog sich in einem Urteil von 2004 lediglich auf einen Bebauungsplan, der natürlich parzellenscharf gefasst ist. Ein Urteil des VG Hannover sieht die Möglichkeit der Übertragung des BVerfG-Urteils auf ein Vorranggebiet. Dieses Urteil ist jedoch nicht rechtskräftig. Insofern kann hier von Seiten des Landkreises definitiv nicht von einer gefestigten Rechtsprechung gesprochen werden.	s. P21/A.22	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.24	E 01	Zusammenfassend ist festzustellen, dass die Festlegung zu einem vermeidbaren Verlust an zu beplanender Fläche führt. Diese Fragestellung ist somit im Zuge der Bauleitplanung zu klären. Dieses betrifft alle oben benannten Windparks.	s. P21/A.22	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021a	P21/A.25	Z	<p><u>5. Abgrenzung / Wegfall von Vorranggebieten aus sonstigen Gründen - Ziffer 1</u></p> <p>Im Entwurf des sachlichen Teilabschnitts Windenergie ist der Wegfall einzelner Gebiete sowie der Flächenzuschnitt von Vorranggebieten nicht nachvollziehbar dargestellt.</p> <p>Anhand der harten und weichen Tabukriterien und den Informationen aus dem Umweltbericht lassen sich die Abgrenzungen der Flächen nicht ausreichend nachvollziehen. Hinzu kommt, dass der Landkreis bis zum 12.08.2014 keine Informationen veröffentlicht oder bereitgestellt hat, die genauere Hinweise auf diese Abgrenzungen geben.</p>	<p>Diesem Argument kann nicht gefolgt werden. Die gesetzlichen Anforderungen an die öffentliche Beteiligung wurden erfüllt. Die Festlegungen in der zeichnerischen Darstellung eines RROP müssen der Verordnung des Landes Niedersachsen folgend im Maßstab 1:50000 erfolgen. Detailliert alle Abgrenzungskriterien für jedes Vorranggebiet offen zu legen ist im Rahmen eines Regionalen Raumordnungsprogramms unverhältnismäßig, zumal es nicht nur um die Darstellung von ausgewiesenen Flächen, sondern auch von Potentialflächen gehen müsste. Sofern im Einzelfall in Stellungnahmen die Abgrenzung von Vorranggebieten kritisiert bzw. in Frage gestellt wurde, wurden die Kriterien im Rahmen der Auswertung offen gelegt. Der Einwendung wird jedoch insoweit gefolgt, dass im RROP 2015 zwei Karten beigelegt werden, die die wichtigsten Tabuzonen darstellen.</p>	Teilweise zu berücksichtigen
P021a	P21/A.26	A	<p>Die öffentlichen Unterlagen erscheinen insofern unzureichend, um als direkt Betroffener eine fachlich fundierte Stellungnahme abgeben zu können. Ohne Kartendarstellung im Maßstab 1:5.000, aus der die Abgrenzungskriterien der Vorranggebiete zweifelsfrei hervorgehen, ist eine Nachvollziehbarkeit nicht gewährleistet und damit die Mindestanforderungen an eine öffentliche Beteiligung nicht erfüllt.</p>	Siehe P21/A.25	Teilweise zu berücksichtigen
P021a	P21/A.27	Z	<p>Teilweise werden Vorranggebiete - bestehende und neue - verkleinert. Wir haben beim Landkreis Cuxhaven die Daten am 17.07.2014 angefragt, die für die Flächenabgrenzungen relevant sind. Die bis dato bereitgestellten Informationen beziehen sich lediglich auf Teile der naturschutzfachlichen Grundlagen. Wir behalten uns daher vor, hier weitere Einwände geltend zu machen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P021a	P21/A.28	Z	<p>Es ist offensichtlich, dass bei der Flächenabgrenzung alte naturschutzfachliche Daten aus den Jahren von vor 2010 berücksichtigt werden. Für alle neuen Windparkflächen und teilweise für Bestandsflächen liegen dem Landkreis umfangreiche und sehr kostspielige aktuelle Untersuchungen vor, die von renommierten Umweltbüros erstellt wurden und bis ins Jahr 2014 reichen. Diese aktuellen Daten müssen beim RROP 2014 Berücksichtigung finden. Daten die älter als 5 Jahre sind, sind üblicherweise als wertlos zu betrachten. Dieses betrifft alle oben benannten Windparks, insbesondere die WP Debstedt und Krempel:</p>	<p>Bei der Aktualität der Daten ist zwischen den verschiedenen Schutzgütern des Naturschutzes und der Landschaftspflege zu differenzieren. Während Daten zu Geologie und Böden durchaus 50 Jahre alt sein können, sind beispielsweise bei Brut- und Gastvögeln Erfassungen und Bewertungen aus den letzten Jahren erforderlich. Seitens der naturschutzfachlichen Beiträge zum Regionalen Raumordnungsprogramm sind vielfach Daten aus der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplans herangezogen worden. Wichtig ist dabei auch eine einheitliche Verfügbarkeit und Aufbereitung für das Gebiet des Landkreises Cuxhaven.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.29	Z	<p>Die Flächenabgrenzung des Windparks Debstedt ist im Entwurf des RROP fehlerhaft dargestellt. Wir bitten Sie, die Flächenabgrenzung zu korrigieren. Eine Pufferung des Gewerbegebietes Debstedt hat mit 500 m anstatt mit 1.000 m zu erfolgen, vergleiche beiliegenden Schriftverkehr (Anlage 1).</p>	<p>Die Flächenabgrenzung ist richtig. Das Gewerbegebiet wurde - wie im angehängten e-Mailverkehr vereinbart - mit 500m gepuffert.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021a	P21/A.30	Z	Das Vorranggebiet des Windparks Krempel ist nach Westen auszudehnen, vergl. Potenzialkarte. Die westliche Abgrenzung der Vorrangfläche gem. RROP-Entwurf ist unbegründet und zu korrigieren	Die Ermittlung der Vorranggebiete erfolgte, wie in der Begründung ausgeführt wurde, analog zur Rechtsprechung des BVerwG in drei Schritten: 1. Im ersten Schritt wurden einheitlich im gesamten Kreisgebiet die harten Tabuzonen abgezogen. 2. Im zweiten Schritt wurden einheitlich im gesamten Kreisgebiet die weichen Tabuzonen abgezogen. 3. Im dritten Schritt wurden alle durch den 1. und 2. Schritt ermittelten Potentialflächen einer Einzelfallabwägung unterzogen (vgl. Begründung S. 11-18). Bei der Abwägung wurden öffentliche Belange, die einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegenstehen, beispielsweise naturschutzfachliche Gründe, zugrunde gelegt. In diesem Schritt sind einige Potentialflächen entfallen, andere Potentialflächen wurden noch einmal im Zuschnitt angepasst. Dadurch ergibt sich, dass die ausgewiesenen Vorranggebiete nicht unbedingt den gleichen Flächenumfang haben, wie die Potentialflächen. Im RROP Entwurf 2015 wird die Erläuterung zu Schritt 3 umfangreicher sein und die Flächenanpassung besser begründet werden.	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.31	Z	Dem Landkreis liegen folgende Unterlagen vor, die nach unserer Auffassung keine ausreichende Berücksichtigung gefunden haben: WP Debestedt: vergleiche Unterlagen - des Genehmigungsantrages nach BImSchG, Az. 63 ImG 18/2013 WP Krempel: vergleiche Unterlagen — des Genehmigungsantrages nach BImSchG, Az. 63 ImG 17/2013 WP Misselwarden: vergleiche Unterlagen - des Genehmigungsantrages nach BImSchG, Az. 63 ImG 8/2013 und - 4. Flächennutzungsplanänderung Land Wursten WP Spieka-Neufeld: vergleiche Unterlagen - 2. Flächennutzungsplanänderung Nordholz - 77. Flächennutzungsplanänderung Stadt Cuxhaven WP Holßel: vergleiche Unterlagen - BImSchG-Genehmigung Az. 63 ImG 11/2010 vom 16.09.2011 Diese Untersuchungen sind zu berücksichtigen. Sie können gerne auf Wunsch gesondert zur Verfügung gestellt werden.	Dem Regionalen Raumordnungsprogramm ist als gutachtlicher Fachplan des Naturschutzes und der Landschaftspflege der Landschaftsrahmenplan zugeordnet. Die in der Einwendung angegebenen Informationen beziehen sich auf die Ebene des Flächennutzungsplans bzw. auf die Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens. In Einzelfällen sind durchaus Informationen aus diesen nachgelagerten Planungs- und Verwaltungsverfahrensebenen herangezogen worden. Teilweise sind diese Informationen jedoch zu detailliert und zu sehr auf den Einzelfall bezogen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021a	P21/A.32	B 01	<p>6. Gebietsfestlegung Repowering - zu den Textziffern 01, 06 und 10</p> <p>6a. Widerspruch zwischen grundsätzlicher Unterscheidung von Vorrangflächen und bauleitplanerisch gesicherten Flächen</p> <p>Der derzeitige Entwurf des RROP 2014 unterscheidet zwischen „Vorranggebieten“ und „bauleitplanerisch gesicherten Gebieten“ für Windenergienutzung mit schwerwiegenden Folgen.</p> <p>Die meisten der Bestands-Windparkflächen sind keine Vorranggebiete mehr, in denen langfristig Windenergienutzung gewünscht wird, sondern nur noch eingeschränkt geduldet.</p> <p>Viele Gemeinden/SG/Stadt haben die Absicht, die bestehenden Flächen für ein Repowering mit höheren Gesamthöhen als bislang zu öffnen. Die entsprechende FNP-Änderung ist teilweise abgeschlossen, vielfach auf den Weg gebracht, teilweise aber auch noch nicht angefangen worden.</p>	<p>Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche erfüllen nicht die Anforderungen des Kriterienkatalogs und kommen daher zunächst einmal gar nicht mehr als Vorrangstandorte in Betracht. Erst durch die Ziel-Ausnahme-Regelung (deren Ergebnis die Darstellung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ist) schafft das RROP die Möglichkeit, die Altstandorte weiterhin zu nutzen und zu repowern. Die Alternative zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wäre eine Streichung und somit eine Reduzierung der Altstandorte auf den Bestandsschutz.</p> <p>Im RROP 2015 wird eine neue Regelung bezüglich des Repowerings getroffen, die ein sinnvolles Repowering von Altanlagen ermöglichen wird.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.33	B 10	<p>Gemäß dem RROP-Entwurf ist für ein Repowering der Bestandwindparks die Anlage 1 mit der Ziffer 10 entscheidend, dort heißt es:</p> <p>"Außerhalb der festgelegten Vorranggebiete Windenergienutzung ist die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung möglich, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im übrigen alle weiteren im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. 2Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sind in der zeichnerischen Darstellung festgelegt. 3Die Höhe der Windenergieanlagen ist an diesen Standorten auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe beschränkt; sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist richtet sich die zulässige Gesamthöhe nach der Höhe der genehmigten Bestandsanlagen. Sofern bei der Errichtung von Windenergieanlagen Gesamthöhen von 100 m überschritten werden, ist ein Mindestabstand von 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzelhäusern einzuhalten."</p>	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.34	B 10	<p>Gemäß dem vorliegenden Entwurf würden die Zahl und Größe der bestehenden Vorranggebiete enorm und unnötig verkleinert werden und ein sinnvolles Repowering im Landkreisgebiet nahezu ausgeschlossen werden.</p> <p>Das gilt insbesondere dann, wenn gemäß den vom Landkreis Cuxhaven gegebenen mündlichen Erläuterungen die im Entwurf jetzt vorliegenden Zielfestlegungen (Textziffern 01, 06 und 10) so zu verstehen sein sollten, dass den Städten und Gemeinden nach Inkrafttreten des geänderten RROP eine Bauleitplanung gemäß der Zielfestlegung in Textziffer 10 Sätze 1 - 4 untersagt sein sollte, Textziffer 10 Satz 3 also entgegen seinem Wortlaut nicht „auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe“ bezogen ist, sondern „auf die in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Zielfestsetzung rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe“ bezogen sein soll.</p>	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.35	B 10	<p>So - im letztgenannten Sinne - hat der Landkreis Cuxhaven - Abteilung Regionalplanung - die entworfenen Zielfestlegungen erläutert Aus dem Wortlaut der genannten Zielfestlegungen selbst unter Berücksichtigung der überflüssigen Zielfestlegung in Textziffer 06 und den Begründungen zu Ziffern 01, 06 und 10 ergibt sich ein solches Verständnis der genannten Zielfestlegungen zwar nicht. Denn sogar die Begründung zu Ziffer 06 letzter Satz verweist auf die Regelungen zum Repowering von Windparkstandorten ohne Vorranggebietsfestlegung gemäß Ziffer 10. Auch die Begründung zu Ziffer 10 (Seite 22 des Entwurfs) entspricht nicht der mündlich durch den Landkreis Cuxhaven mitgeteilten Interpretation der Zielfestlegungen.</p>	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.36	B 10	<p>Sollten sie so gemeint sein, würde nicht nur jegliches Repowering im Landkreis Cuxhaven entgegen den Zielen des LROP unmöglich gemacht werden. Die Zielfestlegungen wären dann auch abwägungsfehlerhaft und unwirksam!</p>	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.37	B 10	<p>Die Städte und Gemeinden dürften nämlich ihre Bauleitpläne (Flächennutzungsplan und Bebauungspläne, vgl. § 1 Abs. 2 BauGB) nicht mehr dem in Ziffer 10 Satz 1 festgelegten Ziel der Raumordnung gem. § 1 Abs. 4 BauGB anpassen, obwohl § 1 Abs. 4 BauGB dies ja gerade verlangt</p>	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.38	B 10	<p>Die Städte und Gemeinden wären überhaupt ab dem Inkrafttreten des geänderten RROP dann anschließend an einer städtebaulich sinnvollen Repowering Planung durch Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplanaufstellung gehindert.</p>	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.39	B 10	<p>Weshalb aber sollte das in Ziffer 10 Satz 1 festgelegte Ziel durch Bauleitplanung bis zum Inkrafttreten des RROP noch verfolgbar sein, anschließend aber nicht mehr? Weshalb sollte der Zufall, ob Repowering-Bauleitplanungen noch vor dem Inkrafttreten des RROP in Kraft gesetzt werden oder nicht darüber entscheiden, wo Bauleitplanungen im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 des RROP-Entwurfs noch erfolgen und wo nicht?</p>	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021a	P21/A.40	B 10	Wenn die Regelung als Stichtagsregelung gemeint wäre, hätten die Gemeinden noch eine begrenzte Zeit, von ihnen für städtebaulich erforderlich im Sinne des §1 Abs. 3 Satz 1 BauGB gehaltene Höhenfestlegungen und damit auch Anhebungen der zulässigen Gesamthöhe zum Zwecke des Repowerings in Kraft zu setzen. Ab dem zufälligen Stichtag des Inkrafttretens der Änderung des RROP 2014 nach dessen Genehmigung durch das zuständige Innenministerium des Landes wäre eine solche Bauleitplanung, auch wenn die jeweilige Gemeinde das städtebauliche Erfordernis im Sinne des § 1 Abs. 3 Satz 1 BauGB unverändert bejaht, nicht mehr zulässig.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.41	B 10	Es kann vom Plangeber des RROP 2014 aber nicht gewollt sein, dass einerseits bisher und bis zum Inkrafttreten des RROP 2014 Planungsfreiheit für die Gemeinden im Rahmen der übrigen Zielfestlegungen (Textziffer 10 Satz 4:1.000 m zu Ortslagen und 500 m Abstand zu Einzelhäusern bei Gesamthöhen von mehr als 100 m besteht bei Einhaltung der gleichen Vorgaben die gleiche Bauleitplanung im Sinne der Textziffer 10 nach deren Inkrafttreten jedoch unzulässig sein soll. Das wäre willkürlich und abwägungsfehlerhaft! Das Inkrafttreten des RROP würde damit nicht nur sinnvolle Bauleitplanungen im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 des Entwurfs des RROP - offenbar doch entgegen seiner Intention - unzulässig machen, es würde auch ein willkürliches Ergebnis zementieren.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.42	B 010	Nach dem Wortlaut der genannten Zielfestlegungen und der dazu jeweils formulierten Begründung des Planentwurfs (zu Textziffern 01, 06 - dort letzter Satz der Begründung - und 10 - vgl. die dortige Begründung insgesamt -) kann die Regelung aber auch nicht in dem vorgenannten Sinne (einer Stichtagsregelung) verstanden werden. Es fragt sich dann aber, weshalb sie mündlich von der Abteilung Regionalplanung im Sitzungstermin am 18.06.14 ausdrücklich so interpretiert worden ist bis hin zu der Aussage, dass Stichtag für die Genehmigung von Flächennutzungsplanänderungen der Städte und Gemeinden mit entsprechenden Höhendarstellungen durch den Landkreis Cuxhaven der Tag des Inkrafttretens der Änderung des RROP sein werde.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.43	B 01, 06,10	6b. Übertragung der Abstandskriterien auf Bestandsflächen Überhaupt ist die nunmehr gewählte Vorgehensweise - Festlegung von Vorranggebieten auf der Grundlage neuer Abstandskriterien einerseits und Festlegung von nur noch bauleitplanerisch gesicherten Bereichen („bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung“) mit erheblichen Einschränkungen der Repowering-Möglichkeiten andererseits - weder sinnvoll, noch geboten. Auf diese Vorgehensweise sollte zu Gunsten der Übernahme aller bestehenden Vorranggebiete, bei denen es sich nicht um einen städtebaulichen Missstand handelt, auch in das RROP 2014 verzichtet werden.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.44	B 01, 06,10	Das gilt selbst dann, wenn die genannten Zielfestlegungen in Textziffer 01, die angesichts von §1 Abs. 4 BauGB überflüssige Zielfestlegung in Textziffer 06 und die Zielfestlegungen in Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 so gemeint sein sollten, wie es ihrem Wortlaut und der im Entwurf vorliegenden Begründung entspricht, die Gemeinden und Städte also auch noch nach dem Inkrafttreten des RROP 2014 Bauleitplanungen in den lediglich „bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung“ im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1, 3 und 4 des RROP-Entwurfs vornehmen dürfen und damit das Repowering in diesen Bereichen im Sinne der Textziffer 10 bauleitplanerisch steuern dürfen.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.45	B 01, 06,10	Es besteht nämlich keine Veranlassung dazu, die lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereiche, die die neuen Abstandskriterien nicht einhalten, nicht als Vorranggebiete darzustellen und nicht die Steuerung der Ausnutzung dann aller Vorranggebiete — der alten und der neuen - der jeweiligen gemeindlichen Bauleitplanung zu überlassen.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.46	B 01, 06,10	Mit einer solchen Vorgehensweise wird nicht angemessen berücksichtigt, dass im Rahmen der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014 zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms fast nichts abwägungsrelevanter als die vorhandenen bauleitgeplanten Windparks in den bisher bereits bestehenden (alten) Konzentrationsflächen sind. Dort haben sich die konkurrierenden Nutzungen (Windenergie, Wohnen und Natur) seit vielen Jahren aufeinander eingerichtet. Die Detailplanung ist regelmäßig durch Bauleitpläne, häufig sogar in Form von Bebauungsplänen erfolgt. Deshalb darf gegenüber den dort konkurrierenden Nutzungen (Wohnen, Natur etc.) auch der alte Abstand der Vorranggebiete zu den schutzwürdigen Nutzungen und auch der Abstand zwischen den Vorranggebieten erhalten bleiben, auch wenn die Ermittlung neuer zusätzlicher Konzentrationsflächen nach neuen Kriterien erfolgt und dabei mit Mindestabständen zu Einzelwohngebäuden im Außenbereich und zu Wohngebieten (von nunmehr 500 m und 1.000 m) geplant wird, die zu den Grenzen bisheriger bereits ausgenutzter Konzentrationsgebiete für Windenergieanlagen nicht eingehalten werden.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021a	P21/A.47	B 01, 06,10	Ein Planungsträger kann also bei der Planung und Festlegung/Darstellung der neu hinzukommenden Konzentrationsflächen andere Abstände anlegen, als seinerzeit bei der Erstplanung und muss nicht Einschnitte in den Altflächenbestand vornehmen, die sich bei Anlegung gleicher Abstandskriterien für bestehende und neu hinzukommende Konzentrationsflächen in diesen Altflächenbestand hinein ergeben würden. Dies haben die Rechtsprechung des Nds. Oberverwaltungsgerichts bereits im Jahr 2005 und das Bundesverwaltungsgericht mit zwei Entscheidungen im Jahr 2008 bereits klargestellt:	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.48	B 01, 06,10	"So hat es [das Berufungsgericht] ausdrücklich darauf hingewiesen, dass die Abwägung auch von dem planerischen Willen geleitet sein kann, bereits vorhandenen Windparks einen gewissen Vorrang dergestalt einzuräumen, dass die entsprechenden Flächen nach Möglichkeit erneut als Konzentrationsflächen ausgewiesen werden und sich unter Berücksichtigung von Mindestabständen im Zweifel auch gegenüber sonstigen in Betracht kommenden Ausweisungsflächen durchsetzen sollten (UA 5. 12). Das Berufungsgericht hat darüber hin aus klargestellt dass es durchaus für die Ausweisung einer Räche als Eignungsgebiet oder sonstige Konzentrationsfläche sprechen mag, wenn diese Räche bereits in der Vorgängerplanung als Eignungsgebiet festgesetzt war und dementsprechend bereits mit Windkraftanlagen bebaut ist oder demnächst werden soll (UA 5. 13f.) (BVerwG, Beschluss vom 23.07.2008 — 4 8 20108 - zum Regionalen Entwicklungsplan Altmark, REP Altmark).	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.49	B 01, 06,10	"Zu Recht beanstandet das Oberverwaltungsgericht vor diesem Hintergrund das schematische Beibehalten eines Abstandes von 1.000 m zu vorhandenen Siedlungsflächen ohne die gebotene Beachtung der jeweiligen örtlichen Besonderheiten. Ein solches Vorgehen ist insbesondere in den Fällen nicht gerechtfertigt, in denen - wie auch das Oberverwaltungsgericht feststellt beispielsweise bereits eine Sonderbaufläche für die Windenergienutzung festgesetzt worden ist oder schon eine Anzahl von Windenergieanlagen konzentriert genehmigt worden ist. Denn in diesen Fällen ist eine detaillierte Untersuchung der Auswirkungen der Windenergieanlagen auf die Besiedlung erfolgt und eine schematische Handhabung des Schutzabstandes nicht sachgerecht" (BVerwG, Urteil vom 24.01.2008—4 CN 2.07-, BauR 2008, 951, 953).	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.50	B 01, 06,10	Vgl. auch Nds. OVG, Urteil vom 08.11.2005 — 1 LB 133104 -: "Der Umstand, dass die Beigeladene die Schutzabstände zu den Wohngebieten/-bereichen bei den Vorranggebieten 9.2, 9.4 und 9.5 verringert hat führt nicht zur Rechtswidrigkeit der Konzentrationsplanung. Dies rechtfertigt sich vielmehr daraus, dass hier bereits Windenergieanlagen zugelassen worden waren, die Umgebung mit anderen Worten durch Anlagen dieser Art schon im gewissen Umfang vorgeprägt war und sich die Darstellung von Vorranggebieten an diesem Ort daher anbot" (vgl. Nds. OW, Urteil vom 08.11.2005 — 1 LB 133104 -).	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.51	B 01, 06,10	Als Zwischenergebnis ist also festzuhalten, dass ein Planungsträger, der eine Konzentrationsplanung für Windenergieanlagen mit Ausschlusswirkung an anderer Stelle im Sinne des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB vornimmt, den Altflächenbestand unangetastet lassen kann und neue Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen mit anderen Abstandskriterien ermitteln und darstellen kann, als diese der Ursprungsplanung zugrunde liegen. Lediglich Altflächenbestand, der einen städtebaulichen und/oder raumordnerischen Missstand darstellt, wäre nicht zu übernehmen. In nahezu allen Fällen, in denen bestehende Vorranggebiete und die in den Flächennutzungsplänen der Städte und Gemeinden dargestellten Konzentrationsflächen für Windenergieanlagen jetzt nur noch zu bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ("bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderhaufflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung") herabgestuft werden, liegt aber ein solcher Missstand gerade nicht vor, weshalb eine Übernahme der Gebiete mit den bestehenden Geltungsbereichen als Vorranggebiet in das RROP 2014 ohne Weiteres möglich wäre und erfolgen sollte und lediglich die neu hinzukommenden Gebiete und Teilbereiche mit den neuen Abstandskriterien abgegrenzt werden müssten und sollten.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.52	B 01, 06,10	Wenn bei dem Landkreis Cuxhaven also die Annahme bestehen sollte, dass gewählte größere Abstände zu konkurrierenden Nutzungen für hinzukommende Vorranggebiete und Erweiterungsflächen auch zur Anwendung dieser Kriterien auf den Altflächenbestand führen müssen und deshalb in den Altflächenbestand hinein Einschnitte zur Vermeidung einer Widersprüchlichkeit der Planung vorzunehmen sind (vgl. z.B. Begründung Seite 17 unten: „Dadurch können nicht alle vier Standorte als Vorranggebiete festgelegt werden, obwohl“) so wäre diese Ausgangsannahme falsch.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.53	B 01, 06,10	Es ist also nicht notwendig, in den Altflächenbestand einzuschneiden, wenn die Planung neuer hinzukommender Gebiete mit einem neuen gegenüber der Vorgängerplanung veränderten Abstandskriterienkatalog erfolgt. Die neu hinzukommenden Gebiete und die Erweiterungen bestehender Gebiete können mit anderen Abständen zu schutzwürdigen Nutzungen geplant werden, als diese der Ursprungsplanung zugrunde liegen, und die bereits vorhandenen und mit Windenergieanlagen bereits bebauten Vorrangstandorte können gleichzeitig unverändert bleiben.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021a	P21/A.54	A	6c. Verletzung des LROP und Einschränkung der kommunalen Selbstbestimmung Die vom Landkreis Cuxhaven jetzt gewählte Vorgehensweise ist mit den übergeordneten Zielfestlegungen im LROP 2012 nicht vereinbar: Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP 2012, Abschnitt 4.2 Energie) sind insoweit folgende Festlegungen getroffen worden, die vom Landkreis Cuxhaven zu beachten wären, mit der gewählten Vorgehensweise aber nicht beachtet werden: Abschnitt 4.2 Energie Textziffer 01 Satz 4 (Zielfestlegung): „Vorhandene Standorte, ..., die bereits für die Energiegewinnung und ... genutzt werden, sind vorrangig zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen“ (vgl. LROP a.a.O.) Mit dieser übergeordneten Zielfestlegung ist der Entwurf der Fortschreibung 2014 des RROP Cuxhaven aus den vorgenannten Gründen nicht vereinbar.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.55	B 01, 06, 10	Textziffer 04 Satz 1 (Zielfestlegung): „Für die Nutzung von Windenergie geeignete raumbedeutsame Standorte sind zu sichern und unter Berücksichtigung der Repowering-Möglichkeiten in den Regionalen Raumordnungsprogrammen als Vorranggebiete oder Eignungsgebiete Windenergienutzung festzulegen“. Nach den Kriterien des vorliegenden Entwurfs der Änderung 2014 des RROP zur Raumbedeutsamkeit (vgl. Begründung zu Ziffer 02: „eine Einzelanlage eine Gesamthöhe von 75 m über Grund überschreitet bzw. wenn mehr als zwei Anlagen errichtet werden sollen“, Seite 20) dürfte es sich bei allen nach dem Entwurf lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereichen um bereits vorhandene raumbedeutsame Windparkstandorte handeln. Diese sind, wie der Status Quo zeigt auch „für die Nutzung von Windenergie geeignete“ Standorte. Repowering Möglichkeiten bestehen jeweils. Auch mit dieser Zielfestlegung ist der Entwurf der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014 des RROP nicht vereinbar.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.56	B 06	Zu Textziffer 06: Die Zielfestlegung „Durch gemeindliche Bauleitpläne sind Flächen für raumbedeutsame Windparks nur auf den vom Landkreis ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergienutzung zu planen“ ist angesichts der Zielfestlegung in Textziffer 01 („Die Vorranggebiete Windenergienutzung sind in der zeichnerischen Darstellung abschließend festgelegt. Die Errichtung raumbedeutsamer Windenergieanlagen ist außerhalb der in der zeichnerischen Darstellung gekennzeichneten Vorranggebiete Windenergienutzung nicht zulässig (Ausschluss wirkung)“ und der Regelung in § 1 Abs. 4 BauGB, wonach die gemeindlichen Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen sind, gänzlich überflüssig.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.57	B 06	Da es in der Begründung hierzu auf Seite 21 des Entwurfs in Satz 3 zudem heißt: „Auf die Regelungen zum Repowering von Windparkstandorten ohne Vorranggebietsfestlegung gem. Ziffer 10 wird hingewiesen“ steht die in Ziffer 06 vorgesehene Zielfestlegung auch nicht im Widerspruch zu der Zielfestlegung in Ziffer 10. Zur Klarstellung sollte allerdings ein Satz 2 mit ungefähr folgendem Wortlaut aufgenommen werden: „Für Zwecke des Repowerings dürfen zum Zwecke der Verfolgung der in Ziffer 10 festgelegten Ziele gemeindliche Bauleitpläne geändert und Bebauungspläne aufgestellt werden“.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.58	B 01, 06, 10	<u>Ergebnis Ziffer 01, 06, 10, Gebietsfestlegung, Repowering:</u> Die gewählte Vorgehensweise ist weder geboten, noch sinnvoll, wegen Verstoßes gegen die übergeordneten Zielfestlegungen des LROP 2012 sogar rechtswidrig und schränkt die gemeindliche Planungshoheit, der die Feinsteuerung des Repowerings überlassen werden kann, unnötig ein.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.59	B 01, 06, 10	Die Unterscheidung zwischen den lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereichen und den Vorranggebieten Windenergienutzung sollte aufgegeben werden.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.60	B 01, 06, 10	Wenn es bei oben genannten Differenzierungen zwischen den lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereichen und den Vorranggebieten bleiben würde, sind zwei Optionen denkbar um den Entwurf der Teilfortschreibung Windenergie auf eine solide Basis zu stellen.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.61	B 01, 06, 10	Option 1.) Eine Klarstellung der Zielfestlegung in Ziffer 10 des Entwurfs erfolgt durch folgende Anfügung eines Satzes 2 in Ziffer 06, dessen erster Satz lautet: „Durch gemeindliche Bauleitpläne sind Flächen für raumbedeutsame Windparks nur auf den vom Landkreis ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergienutzung zu planen“ Satz 2: „Für Zwecke des Repowerings dürfen zum Zwecke der Verfolgung der in Ziffer 10 festgelegten Ziele gemeindliche Bauleitpläne geändert und Bebauungspläne aufgestellt werden“	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021a	P21/A.62	B 01, 06,10	Option 2.) Alternativ ist eine Klarstellung auch in der Ziffer 10 möglich: ¹ Außerhalb der festgelegten Vorranggebiete Windenergienutzung ist die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen <u>gesicherten</u> Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung möglich, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im übrigen alle weiteren im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. ² Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sind in der zeichnerischen Darstellung festgelegt. ³ Die Höhe der Windenergieanlagen ist an diesen Standorten auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe beschränkt; sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist richtet sich die zulässige Gesamthöhe nach der Höhe der genehmigten Bestandsanlagen <u>erfolgt die Höhenfestlegung im Genehmigungsverfahren anhand einer raumordnerischen Beurteilung</u> . ⁵ Sofern bei der Errichtung von Windenergieanlagen Gesamthöhen von 700 m überschritten werden, ist ein <u>Mindestabstand von 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzelhäusern einzuhalten</u> .	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021a	P21/A.63	A	Aus unserer Sicht muss der Entwurf des sachlichen Teilabschnitts Windenergie dringend geändert werden um den weiteren Ausbau der Windenergienutzung zu ermöglichen.	siehe P21.A32	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.01	Z	<u>Fehlende Nachvollziehbarkeit der Flächenabgrenzung</u> Der Entwurf des sachlichen Teilabschnitts Windenergie weist für einige Vorranggebiete Änderungen in der Darstellung der Vorrangzone im Vergleich zum RROP 2012 auf. Anhand der harten und weichen Tabukriterien und den Informationen aus dem Umweltbericht lassen sich nicht in jedem Fall die Abgrenzungen der Flächen ausreichend nachvollziehen.	Die Begründung zu den Flächenzuschnitten der Windenergieflächen wird im RROP 2015 ausführlicher dargestellt. Zudem werden für die wichtigsten Tabuzonen zwei Karten erstellt, die im RROP 2015 als Anlage beigefügt werden bzw. im Internet heruntergeladen werden können.	Zu berücksichtigen
P021b	P21/B.02	Z	Hinzu kommt dass der Landkreis bis zum 05.08.2014 keine Informationen veröffentlicht oder bereitstellt, die genauere Hinweise auf diese Änderungen geben. In Gesprächen mit Kreisrat Jochimsen und Amtsleiter Eickmann in der ersten Jahreshälfte 2014 wurde auch mehrfach betont, dass die Vorrangflächen RROP 2014 den Abgrenzungen aus dem RROP 2012 entsprechen sollen.	Seitens der Verwaltung, und somit auch von Herrn Jochimsen und Herrn Eickmann, wurde stets betont, dass man sich zwar am RROP 2012 orientieren wolle, jedoch auch aktuellen Entwicklungen berücksichtigen werde.	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.03	A	Energiekontor bemängelt die fehlende Transparenz und damit Nachvollziehbarkeit der vorgelegten Planung, da dadurch ein fachlicher Austausch eingeschränkt wird. Die öffentlichen Unterlagen erscheinen insofern unzureichend, um als direkt Betroffener eine fachlich fundierte Stellungnahme abgeben zu können. Ohne Kartendarstellung im Maßstab 1:5.000, aus der die Abgrenzungskriterien der Vorranggebiete zweifelsfrei hervorgehen, ist eine Nachvollziehbarkeit nicht gewährleistet und damit die Mindestanforderungen an eine öffentliche Beteiligung nicht erfüllt.	Siehe P21/A.25	Teilweise zu berücksichtigen
P021b	P21/B.04	Z	<u>Fehlende Aktualität der verwendeten naturschutzfachlichen Daten</u> Im Rahmen der Genehmigungsverfahren und Bauleitplanverfahren für die Projekte: • Windpark Appeln • Windpark Bramstedt • Windpark Lunestedt • Windpark Uthlede • Windpark Odisheim liegen der Genehmigungsbehörde des Landkreises umfangreiche und aktuelle naturschutzfachliche Gutachten aus den entsprechenden Genehmigungsverfahren und Bauleitplanverfahren vor. In allen Fällen wurden mit der UNB des LK abgestimmte umfangreiche (teilw. über mehrere Jahre dauernde) Fachgutachten zu Brutvögel, Rastvögeln und Fledermäusen erstellt. In Einzelfällen wurden auch Raumnutzungsanalysen zu problematischen Fragestellungen erarbeitet und eingereicht	Dem Regionalen Raumordnungsprogramm ist als gutachtlicher Fachplan des Naturschutzes und der Landschaftspflege der Landschaftsrahmenplan zugeordnet. Die in der Einwendung angegebenen Informationen beziehen sich auf die Ebene des Flächennutzungsplans bzw. auf die Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens. In Einzelfällen sind durchaus Informationen aus diesen nachgelagerten Planungsebenen herangezogen worden. Teilweise sind diese Informationen jedoch zu detailliert und zu sehr auf den Einzelfall bezogen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021b	P21/B.05	Z	Es ist anhand der zur Verfügung gestellten Informationen zu Brut- und Gastvögeln zweifelsfrei erkennbar, dass die aktuellen naturschutzfachlichen Erkenntnisse bei den Flächenabgrenzungen im Entwurf nicht berücksichtigt wurden. Bei den Quellenangaben in den Datenblättern fehlen die in den letzten Jahren von uns vorgelegten Fachgutachten zu Vorkommen von Brut- und Gastvögeln.	Im Hinblick auf die Brut- und Gastvögel sind i.d.R. die hier im Januar 2014 vorliegenden Informationen gesammelt worden, an ein externes Gutachterbüro weitergegeben und dort zusammengestellt und bewertet worden. Diese Arbeiten wurden im November 2014 abgeschlossen. Bei der Erstellung des Entwurfs 2015 wird von diesem Stand ausgegangen. Die Datenblätter bezogen sich vermutlich - dies wäre im Einzelfall zu klären - auf den Stand Mai 2012. Bei der Erstellung des Entwurfs 2014 wurde von diesem früheren Stand ausgegangen.	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.06	Z	Lediglich beim Vorranggebiet Odisheim scheinen diese Daten verwendet worden zu sein (Quelle Bios 2011e). Zweifelsfrei lässt sich das aber nicht feststellen. Unklar bleibt auch, weshalb bei Odisheim diese Daten Verwendung gefunden haben, bei den anderen Standorten nicht. Die Vorgehensweise ist vollkommen intransparent und lässt Zweifel an der Rechtskonformität der Vorgehensweise aufkommen.	Im Hinblick auf die Brut- und Gastvögel sind i.d.R. die hier im Januar 2014 vorliegenden Informationen gesammelt worden, an ein externes Gutachterbüro weitergegeben und dort zusammengestellt und bewertet worden. Diese Arbeiten wurden im November 2014 abgeschlossen. Bei der Erstellung des Entwurfs 2015 wird von diesem Stand ausgegangen. - Bei der Erstellung des Entwurfs 2015 wurde bzgl. der Brut- und Gastvögel vom Stand Mai 2012 ausgegangen.	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.07	A	Weiter verweisen wir auf unsere Stellungnahme vom 17.01.2014 im Zuge der ersten Beteiligung zur RROP Teilfortschreibung.	Die Auswertung der angesprochenen Stellungnahme erfolgt unter P21/D	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.08	A	Energiekontor bittet um Verwendung der aktuellen Gutachten und den daraus hervorgehenden Erkenntnissen. Durch die Verwendung nicht aktueller und teilweise widerlegter Untersuchungen steht die Rechtssicherheit des sachlichen Teilabschnitts Windenergie in Frage.	Dem Regionalen Raumordnungsprogramm ist als gutachtlicher Fachplan des Naturschutzes und der Landschaftspflege der Landschaftsrahmenplan zugeordnet. Die in der Einwendung angegebenen Informationen beziehen sich - so ist zu vermuten - auf die Ebene des Flächennutzungsplans bzw. auf die Ebene des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens. In Einzelfällen sind durchaus Informationen aus diesen nachgelagerten Planungsebenen herangezogen worden. Teilweise sind diese Informationen jedoch zu detailliert und zu sehr auf den Einzelfall bezogen.	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.09	SO 01	<u>Zum Vorranggebiet Appeln</u> Das Vorranggebiet Appeln ist in der Entwurfsdarstellung geringfügig nach Westen erweitert und im östlichen Bereich verkleinert worden. Die westliche Erweiterung ist offenbar dem geschuldet, dass der Sportplatz am Rand der Ortschaft Appeln nicht mehr als Siedlungsfläche definiert wird. Dies hat Energiekontor dem Landkreis bereits im Rahmen der Aufstellung des RROP 2012 mitgeteilt, ohne aber Berücksichtigung zu finden. Diese jetzige Änderung wird begrüßt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021b	P21/B.10	SO 01	Die östliche Verkleinerung ist nicht nachvollziehbar, vermutlich ist hier der Horstplatz eines Schwarzstorchbrutpaars im Waldbereich Malse ausschlaggebend. Das Vorkommen ist aber bereits seit Langem bekannt, so dass unklar ist ob nun von einem größeren Schutzabstand oder von einem anderen Brutplatz ausgegangen wird. Trotz mehrfacher Nachfragen sind vom Landkreis Cuxhaven dazu bisher nur Informationen vorgelegt worden, die keinen neuen Sachstand im Vergleich zum RROP 2012 erkennen lassen. Es ist in keiner Weise nachvollziehbar, was zu einer veränderten Abgrenzung führen könnte.	Das Brutvorkommen des Schwarzstorchs in der Malse ist mit dem Mindestabstand von 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten gepuffert worden. Es hat wechselnde Horstbäume gegeben, so dass es zu geringfügigen Änderungen in den Abgrenzungen gekommen ist. - Im Rahmen des nachfolgenden immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens sind kürzlich vier Windenergieanlagen genehmigt worden; die Windenergieanlagen sind zum derzeitigen Zeitpunkt jedoch noch nicht errichtet worden.	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.11	SO 01	Energiekontor hat aufgrund des bekannten Schwarzstorchbrutpaars umfassende Raumnutzungsanalysen durchführen lassen, mit dem Ergebnis, dass der Schwarzstorch den Raum östlich der Malse, in Richtung Windpark, nicht nutzt. Obwohl damit fachlich belegt werden konnte, dass der Windpark nicht im artenschutzrechtlichen Konflikt mit dem Schwarzstorch steht, hat der Landkreis eine Verkleinerung im Osten des Vorranggebiets vorgesehen.	Siehe Ziffer P21/B.10.	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.12	SO 01	Energiekontor ist weiterhin der Auffassung, dass nicht eine Verkleinerung, sondern eine Erweiterung in östliche Richtung die fachlich angemessene Entscheidung ist. Zumindest ist aber die Abgrenzung aus dem RROP 2012 im östlichen Teilbereich zu erhalten, da bereits bei dieser Festlegung der Schutzabstand zu dem Schwarzstorchvorkommen berücksichtigt wurde.	Aufgrund des einheitlichen Abstands der Windparks untereinander von 4.000 m gemäß Kriterienkatalog gibt es am Standort Appeln im Entwurf 2015 kein Vorranggebiet Windenergienutzung. Die Sonderbaufläche Windenergienutzung im Flächennutzungsplan bleibt bestehen. Im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens sind kürzlich vier Windenergieanlagen genehmigt worden; die Windenergieanlagen sind zum derzeitigen Zeitpunkt jedoch noch nicht errichtet worden. - Eine Erweiterung des Windparks in östliche Richtung kommt nicht in Betracht. Siehe Ziffer P21/B.10 und P21/B.11.	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.13	SO 01	Durch die vorgesehenen Änderungen befände sich ein geplanter Windenergieanlagenstandort außerhalb des Vorranggebiets und wäre lediglich über den Flächennutzungsplan der Gemeinde Beverstedt planungsrechtlich gesichert	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.14	SO 01	Bezüglich der Bewertung der Brutvogellebensräume als Nahrungsgebiet für den Schwarzstorch ist anzumerken, dass entsprechend der Bewertungsmethodik des NLWKN nur dem Brutplatz nah gelegene Bereiche, die regelmäßig zur Nahrungssuche genutzt werden, in die Bewertung einzubeziehen sind, Regelmäßig genutzte Nahrungshabitate des Schwarzstorches sind naturnahe Wasserläufe und wasserlauffegleitendes Grünland. Dementsprechend erscheint eine kleinteiligere Abgrenzung der Flächen mit entsprechender Bedeutung als Nahrungshabitat für den Schwarzstorch geboten.	Das Brutvorkommen des Schwarzstorchs in der Malse ist mit dem Mindestabstand von 3.000 m lt. Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten gepuffert worden. Die Zugrundelegung dieser aktuellen fachlichen Mindestabstände ist sachgerecht. Siehe Ziffer P21/B.04.	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.15	SO 04	<u>Zum Vorranggebiet Bramstedt</u> Das Vorranggebiet Bramstedt-Lohe ist in der Entwurfsdarstellung massiv verkleinert worden. Im östlichen Bereich ist ca. ein Drittel des Vorranggebietes nicht mehr dargestellt. Dies ist wahrscheinlich im Rahmen der Kartierung eines Wespenbussardes und eines Rauhfußkauzes zum Atlas deutscher Brutvögel (ADEBAR) in den Jahren 2007-2009 geschuldet. Energiekontor hat im Rahmen der Erfassungen von Brut- und Rastvögeln und Raumnutzungsuntersuchungen zum Verhalten des Schwarzstorches als Nahrungsgast, aus den Jahren 2009/10/11, keinerlei Hinweise auf das Vorkommen eines Wespenbussards gefunden. Im Jahr 2014 sind aufgrund des Hinweises aus der UNB erneut umfangreiche und ergebnislose Untersuchungen zum Wespenbussard vorgenommen worden. Dabei hat sich gezeigt, dass es hier keinen Wespenbussard gibt (s. dazu Anlage 1/ Mail pgg an Herrn Haude, Naturschutzbehörde Landkreis Cuxhaven vom 21.07.2014).	Die als Anlage angesprochene e-Mail wird unter P21/E ausgewertet.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021b	P21/B.16	SO 04	In allen Randbereichen verspringt die neue Außengrenze im Vergleich zum RROP 2012 und dem genehmigten FNP um ca. 50 m nach außen und innen. Dies ist nur anhand nicht nachvollziehbarer Neuinterpretation der Grundlagendaten zu erklären.	Die Grenze der Sonderbaufläche Windenergienutzung der 57. Flächennutzungsplan-Änderung orientiert sich im Wesentlichen an der Grenze des Vorranggebiets Windenergienutzung im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012, das zwischenzeitlich unwirksam geworden ist. Da mit den Arbeiten an der 57. Flächennutzungsplan-Änderung (Aufstellungsbeschluss: 2. Mai 2011) begonnen wurde, bevor das Regionale Raumordnungsprogramm rechtskräftig war (Rechtskraft: 28. Juni 2012), sind Abweichungen nicht besonders verwunderlich. - Zu den Abweichungen zwischen dem Vorranggebiet Windenergienutzung im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 und dem Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms ist anzumerken, dass es hier durchaus Änderungen bei den Daten zum Kriterienkatalog gab; dies ist ja - aufgrund der zeitlichen Differenz - nicht weiter verwunderlich.	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.17	SO 04	Durch die vorgesehenen Änderungen befänden sich zwei geplante Windenergieanlagenstandorte außerhalb des neuen Vorranggebiets und wären lediglich über den Flächennutzungsplan der Gemeinde Hagen im Bremischen planungsrechtlich gesichert	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.18	SO 04	Bezüglich der Bewertung der Brutvogellebensräume als Nahrungsgebiet für den Schwarzstorch ist anzumerken, dass entsprechend der Bewertungsmethodik des NLWKN nur dem Brutplatz nah gelegene Bereiche, die regelmäßig zur Nahrungssuche genutzt werden, in die Bewertung einzubeziehen sind, Regelmäßig genutzte Nahrungshabitate des Schwarzstorches sind naturnahe Wasserläufe und wasserlauftegleitendes Grünland. Dementsprechend erscheint eine kleinteiligere Abgrenzung der Flächen mit entsprechender Bedeutung als Nahrungshabitat für den Schwarzstorch geboten.	Die Bewertung des Schwarzstorchvorkommens in den Beiträgen zum Regionalen Raumordnungsprogramm ist sachgerecht. In den nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren, insbesondere der Ebene der Flächennutzungsplanung und der Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung, mag eine detailliertere Betrachtung angemessen sein; dies soll von hier aus nicht beurteilt werden.	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.19	SO 11	<u>Zum Vorranggebiet Lunestedt-Heerstedt</u> Das Vorranggebiet Lunestedt-Heerstedt wurde in mehreren Teilbereichen verändert und dadurch insgesamt deutlich verkleinert. Während die Herausnahme der geplanten A20-Trasse und Puffer zur Bahnlinie, Freileitungen, Rohrfernleitungen noch grundsätzlich nachvollziehbar sind, lehnen wir jegliche weiteren Änderungen ab. Durch die vorgesehenen Änderungen befänden sich fünf geplante Windenergieanlagenstandorte außerhalb des neuen Vorranggebiets und wären lediglich über den genehmigten Flächennutzungsplan der Gemeinde Beverstedt teilweise planungsrechtlich gesichert	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.20	SO 11	Die WEA 6 liegt allerdings im Gemeindegebiet Loxstedt und ist nicht über einen F-Plan abgesichert. In der Anlage 2 sind die Bereiche ersichtlich, die aus unserer Sicht nochmals überprüft werden sollten.	Die Karte wird prüfend zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.21	SO 11	Auch kleinere Potentialflächen in denen die WEA 4,5,6 und 14 liegen sollten für WEA Standorte nutzbar sein.	Die angesprochenen WEA befinden sich auf Flächen, die nicht dem Planungskonzept des Landkreises Cuxhaven entsprechen. Nach Durchführung des von der Rechtssprechung vorgegebenen Verfahrens ergibt sich als Vorranggebiet lediglich die im RROP Entwurf 2014 dargestellte Fläche.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021b	P21/B.22	SO 11	Für den Teilbereich der WEA 14 hat in der Zwischenzeit eine mit dem LK abgestimmte Waldumnutzung stattgefunden, die scheinbar vom LK nicht berücksichtigt wurde. Vor allem vor dem langjährigen Abstimmungs- und Planungsprozess mit der Gemeinde Beverstedt (F Plan) und dem seit zwei Jahren dauernden Genehmigungsprozess beim LK, der kurz vor dem Abschluss steht ist es nicht nachvollziehbar, warum sich die RROP Vorrangfläche so gravierend ändern soll, dass mehrere WEA Standorte entfallen würden.	Die im RROP 2012 ausgewiesene Vorrangfläche entspricht nicht mehr dem für das RROP 2014 aufgestellten Kriterienkatalog. Den weggefallenen Flächen stehen Tabuzonen entgegen. Durch die neue Regelung zum Repowering im RROP 2015 kann jedoch auch auf bauleitplanerisch gesicherten Flächen eine Weiterentwicklung des Standortes stattfinden.	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.23	SO 36	<u>Zum Vorranggebiet Uthlede</u> Das Vorranggebiet Uthlede wurde in mehreren Teilbereichen verändert und dadurch insgesamt deutlich verkleinert. Im Bereich des Bestandsparks ist das Vorranggebiet bis auf den Bereich, der dem 1000 m Abstandskriterium zur Ortschaft entspricht, gestrichen worden. Im Bereich der im RROP 2012 ausgewiesenen Flächenerweiterung sind nahezu alle Außengrenzen nach innen verlegt worden. Im nördlichen Bereich zwischen den beiden Hochspannungsleitungen, östlich und westlich des Kuhfleetes, ist ein kompletter Teilbereich entfallen. Ebenfalls sind Streifen um die Hochspannungsleitungen aus der Vorrangzone gestrichen worden, dies allerdings auch nicht stringent. Allerdings hat das Gebiet eine südliche Erweiterung in Richtung Landkreis Osterholz, über die L134 hinweg, erfahren. Keine dieser Änderungen ist anhand der veröffentlichten Unterlagen (Ausnahme Hochspannungsleitungen) nachvollziehbar.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Begründung der Auswahl der Vorranggebiete wird in diesem Zuge detaillierter ausgeführt.	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.24	SO 36	Durch die vorgesehenen Änderungen befänden sich fünf im Bau befindliche Windenergieanlagenstandorte außerhalb des neuen Vorranggebiets und wären lediglich über den Flächennutzungsplan (FNP) der Gemeinde Hagen im Bremischen planungsrechtlich gesichert.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.25	SO 36	Der FNP ist soweit das anhand der veröffentlichten Karten nachzuvollziehen ist, zumindest im östlichen Teil zu klein dargestellt.	Für den Entwurf 2015 werden alle rechtsgültigen und vom Landkreis Cuxhaven genehmigten Flächennutzungsplandarstellungen der Samt- und Einheitsgemeinden übernommen	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.26	SO 36	Dieses Vorgehen ist aus unserer Sicht nicht nachvollziehbar, da alle Anlagen erst 2013 eine Genehmigung erhalten haben. Durch den neuen Flächenzuschnitt würden durch notwendige Abstände zu Freileitungen große Teilbereiche nicht mehr für WEA nutzbar und ein späteres Repowering unmöglich.	Durch die neue Regelung zum Repowering im RROP Entwurf 2015 wird eine Weiterentwicklung von bauleitplanerisch gesicherten Flächen ermöglicht.	Zu berücksichtigen
P021b	P21/B.27	SO 30	<u>Zum Vorranggebiet Odisheim</u> Im Rahmen des laufenden Genehmigungsverfahrens wurde von der Unteren Naturschutzbehörde (UNB) des Landkreises eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler gefordert da sich ein seit 2013 bekanntes Vorkommen knapp außerhalb des 6 km Schutzradius um den Windpark befindet. Die Raumnutzungsanalyse wurde vom Gutachterbüro BIOS in Zusammenarbeit mit dem Büro OKOLOGIS durchgeführt. Mitte Juni 2014 wurden die Untersuchungen aufgrund des Brutabbruchs eingestellt. Der Abschlussbericht liegt der Genehmigungsbehörde vor. Da das Seeadler-Vorkommen dem Landkreis seit 2013 bekannt ist ist es verwunderlich, warum dies keine Erwähnung im Umweltbericht findet und das Vorkommen bei der Erarbeitung des Entwurfs folglich nicht berücksichtigt wurde. Bei den Kartierungen wurde unmissverständlich festgestellt dass der Seeadler den Planungsbereich nicht tangiert. Energiekontor bittet darum, die aktuellen Erkenntnisse zum Seeadler und alle weiteren bereits bestehenden Gutachten bei der Abwägung mit zu berücksichtigen, um zu gewährleisten, dass die Teilfortschreibung rechtlich nicht angreifbar wird.	Das Vorkommen des Seeadlers wurde im Umweltbericht zum Entwurf 2014 nicht berücksichtigt, weil das dort dargestellte Vorranggebiet Windenergienutzung - wenn auch sehr knapp - <u>außerhalb</u> des Prüfbereichs von 6.000 m nach den Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten liegt. - Die Bearbeitung des Seeadler-Vorkommens (bzw. der Seeadler-Vorkommen) in den nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren ist sachgerecht; die Raumnutzungsanalyse ist bekannt und wurde auch bei der Erstellung des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms berücksichtigt; das Gebiet ist (weiterhin) als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021b	P21/B.28	Z	<u>Aufnahme des Vorranggebietes Flögel II</u> Energiekontor bittet um die Aufnahme des Vorranggebietes Flögel II in der Samtgemeinde Bederkesa (siehe Lageplan Anlage 3). Das Vorranggebiet entspricht den erforderlichen harten und weichen Abstandskriterien, besitzt ausreichenden Abstand zu den bestehenden Vorranggebieten und ist naturschutzfachlich unbedenklich (Naturschutzfachliche Unterlagen stehen dem Landkreis bereits seit 2010 zur Verfügung).	Bei dem angesprochenen Bereich handelt es sich im Wesentlichen um die Potenzialfläche 019 nach den Entwurf 2014 bzw. die Potenzialfläche 016 nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms. - Der westliche und mittlere Teil der Potenzialfläche kommt als Vorranggebiet Windenergienutzung nicht in Betracht, weil er innerhalb von 4.000 m zum Windpark Flögel-Stüh liegt. Der östliche Teil ist naturschutzfachlich bzw. -rechtlich keinesfalls unbedenklich. So liegt der östliche Teil u.a. innerhalb des 1.500 m-Puffers zu einem Rotmilan-Vorkommen (= Mindestabstand nach den Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten); des Weiteren liegt der östliche Teil in einem wertvollen Fledermauslebensraum.	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.29	A	<u>Allgemeine Punkte</u> Aktuell beabsichtigt die rot-grüne Landesregierung einen massiven Ausbau der Windenergie in Niedersachsen. Dazu soll der Windenergieerlass verbindliche Flächenvorgaben für alle Landkreis vorgeben. Ziel ist dabei der Ausbau der Windenergienutzung auf 20 Gigawatt im Jahr 2050. Der Entwurf des RROP 2014, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, des Landkreises Cuxhaven enthält jedoch einige Hindernisse für den weiteren Ausbau der Windenergie im Landkreis. Die Regelungen zu den Themen Anlagenrückbau und Abstände im Bezug auf Rotorspitzen stellen u.a. Hindernisse dar.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P021b	P21/B.30	B 04	<u>Rückbau der Windenergieanlagen</u> Im Abschnitt 4.2.2 Textziffer 4 des Entwurfs wird der vollständige Rückbau des Fundaments gefordert. Energiekontor erachtet einen vollständigen Rückbau des Fundaments als unverhältnismäßig. Zudem fehlt für eine solche Regelung eine Rechtsgrundlage, da für eine solche Festlegung die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG (verbindliche Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums) nicht vorliegen.	Der Rückbau von Außenbereichsvorhaben nach Betriebsaufgabe ist im BauGB festgeschrieben und wird insofern wohl nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Fundamente, Wegebau, Erschließung sind notwendige Bestandteile des Außenbereichsvorhabens und somit ebenfalls von der Rückbauverpflichtung abgedeckt. Die Aufnahme in das RROP hat damit eher klarstellenden Charakter und bedeutet gegenüber den heutigen Regelungen keine Änderung. Durch die neue Formulierung unter Ziffer 04 der Beschreibenden Darstellung im Entwurf 2015 (Rückbau bis zu einer Tiefe von 2,5m) wird eine Abwägung der verschiedenen Belange zum Rückbau berücksichtigt. Sofern im Einzelfall eine Nachnutzung von Wegeflächen sinnvoll ist, kann dies ausnahmsweise geregelt werden.	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.31	B 04	Es ist nicht erkennbar, weshalb das Fundament, insbesondere bei einer Tiefengründung (im Landkreis Cuxhaven Standard) vollständig zu entfernen ist. Um die ursprüngliche Nutzungsfunktion der beanspruchten Flächen (Landwirtschaft) wiederherzustellen, ist es ausreichend das Fundament nur bis zu einer bestimmten Tiefe (1,50-2m) abzutragen. Wenn ein Fundament einer Windenergieanlage bis 2m unterhalb der Erdoberfläche beseitigt worden ist, was die übliche Anforderung i.S.d. § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB darstellt, liegt keine schädliche Bodenversiegelung mehr vor.	Siehe P21/B.30	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.32	B 04	Weiter ist darauf hinzuweisen, dass bei einem vollständigen Rückbau des Fundaments bei Tiefengründungen die „Wiederherstellung der Bodenfunktionen“ nicht gewährleistet wird. Durch einen vollständigen Rückbau wird die um das Fundament bzw. die Stahlbetonpfähle in rund 20 Jahren gewachsene unterirdische Lebensraum- und Bodenstruktur zerstört. Die komplette Herausnahme des Fundaments stellt damit eine erheblich größere Beeinträchtigung der zu schützenden Bodenfunktionen dar als das Belassen des Fundaments.	Siehe P21/B.30	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021b	P21/B.33	B 04	Angesichts dessen regt Energiekontor eine Änderung bzw. Ergänzung der Ziffer 4 wie folgt an: "Es ist sicherzustellen, dass nach Beendigung des Betriebs eines Windparks die WEA vollständig zurückgebaut werden. Dies schließt ausdrücklich auch den Rückbau von Fundamenten <u>bis zu einer Tiefe von 1.50-2m</u> , Kranstellflächen und für die Erschließung der WM erforderlichen Wegflächen mit ein."	Siehe P21/B.30	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.34	E 01	<u>Definition von Vorsorgeabständen bezogen auf WEA-Rotorspitzen</u> Energiekontor bewertet den Bezug des Abstandes zu Ortslagen und Wohnbebauung im Außenbereich auf die Rotorspitzen als unverhältnismäßig für einen Regionalplan. Die zeichnerische Darstellung des Regionalplans liegt im Maßstab 1:50.000 vor. Eine parzellenscharfe Betrachtung bei der Ausweisung von Potentialflächen ist bei diesem Maßstab weder möglich noch sinnvoll. Diese genaue Betrachtung ist auf Ebene der Bauleitplanung angesiedelt.	Laut des Urteils vom Bundesverwaltungsgericht vom 21.10.2004 (Az 4 C 3/04) muss sich die gesamte Windenergieanlage, das heißt auch die Flügelspitzen, innerhalb der Grenzen eines Bauleitplanes befinden. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover im Urteil vom 22.09.2011 (4 A 1052/10) analog auf Vorranggebiete in einem Regionalen Raumordnungsprogramm übertragen. Das Argument der Maßstäblichkeit ist insofern hinfällig, da auch ein Flächennutzungsplan nicht parzellenscharf ist, jedoch auch für diesen das Urteil vom Bundesverwaltungsgerichts gilt, da dieses im Urteil nicht auf Bebauungspläne abgezielt hat, sondern auf Bauleitpläne. Das Argument der Genauigkeit des Maßstabes ist weiterhin auch deshalb nicht haltbar, da bei einem Heranziehen des Turms oder des Fundaments der Anlage anstatt der Flügelspitze, diese ebenfalls nicht metergenau bestimmt werden können. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover in einem ähnlichen Fall im Urteil vom 30. August 2012 (Az. 12 A 1642/11) wiederholt angewandt. Auch in diesem Fall wurde bestimmt, dass sich die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes befinden müssen. Insofern kann von einer gängigen und rechtsgültigen Rechtsprechung in dieser Thematik ausgegangen werden. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass sich die Anlagenhöhe in der Laufzeit des RROP weiter erhöhen und sich somit die Abstände zu den Anwohnern weiter minimieren würden, wenn nur auf den Turm abgestellt werden würde.	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.35	E 01	Zudem würde die vorgesehene Rotorspitzen-Regelung die Nutzung der Ecken bzw. Spitzen der Vorrangzonen für moderne Anlagen mit einem Rotordurchmesser von 100-120m verhindern und dadurch einer optimalen Raumnutzung im Wege stehen.	siehe P21/B.34	Nicht zu berücksichtigen
P021b	P21/B.36	E 01	<u>Harte Tabukriterien — Puffer von 420 zu Ortslagen und sonstigen wohnbaulichen Nutzungen</u> Im Entwurf werden Ortslagen und sonstige wohnbauliche Nutzungen mit einem Puffer von 420m als harte Tabuzonen festgesetzt. Unter harten Tabukriterien sollen Bereiche erfasst werden, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht mit Windenergieanlagen bebaut werden dürfen. Es ist daher fachlich nicht nachzuvollziehen weshalb ein Puffer, der ein weiches Tabukriterium ist, als hartes Kriterium behandelt wird. Optimal wäre daher die Ortslagen und sonstige wohnbauliche Nutzungen als harte und entsprechend große Abstände zu diesen als weiche Tabuzonen zu betrachten.	Die 2-fache Anlagehöhe ist als harte Tabuzone heranzuziehen, da eine Unterschreitung eine gemäß Rechtsprechung unzulässige optisch bedrängende Wirkung entfaltet. Unabhängig von der harten Tabuzone sieht der Kriterienkatalog einen Siedlungsabstand von 500m zu Einzellagen und 1000m zu Ortslagen vor, der als Vorsorgeabstand als weiche Tabuzone anzusehen ist. In diesen 500 bzw. 1000m ist eine harte Tabuzone als 2-fache Anlagenhöhe bereits enthalten. Die herangezogene WEA ist die größte bekannte Onshore-WEA, die gewählt wurde, um in jedem Fall die optisch bedrängende Wirkung ausschließen zu können. In der Praxis werden die 500 bzw. 1000m weiche Tabuzone die größere Wirkung entfalten.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021b	P21/B.37	B 05	<p>Unterschiedliche Anlagenhöhen</p> <p>Innerhalb eines Windvorranggebietes Windenergienutzung sind laut Entwurf maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig. Hier steht die Frage im Raum, wie denn mit Erweiterungen von Windvorranggebieten umgegangen werden soll, in dem schon zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sind, aber in einer Erweiterung nur der Bau von modernen und größeren WEA wirtschaftlich und energetisch Sinn macht.</p>	<p>An der Festlegung mit maximal zwei Anlagenhöhen wird aus Gründen des Schutzes des Landschaftsbildes festgehalten. Es geht dabei um optische Höhen. Unterschiede von wenigen Metern, die nicht optisch wahrnehmbar sind, sind nicht relevant.</p> <p>In dem geschilderten Fall können alle Anlagen einer Anlagenhöhe gemeinsam auf eine neue Höhe repowert werden.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P021c	P21/C.01		<p>Energiekontor plant in der Gemeinde Beverstedt den Windpark Lunestedt-Heerstedt sowie den Windpark Appeln. Der Baubeginn des Windpark Lunestedt-Heerstedt ist in Abhängigkeit der Genehmigungserteilung für den Spätsommer 2014 vorgesehen. Der Windpark Appeln soll bis zum Ende des Jahres ebenfalls genehmigt werden.</p> <p>Im Rahmen der Überarbeitung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des RROP sind die bisher ausgewiesenen Vorranggebiete in der Gemeinde Beverstedt in Teilbereichen verändert dargestellt. Die Änderungen an den Vorranggebieten sind für Energiekontor zurzeit nicht nachvollziehbar, da der Landkreis keine Informationen veröffentlicht oder bereitstellt, die genauere Hinweise auf diese Änderungen geben. Die konkreten und detaillierten Informationen, die durch die laufenden Genehmigungsverfahren und Bauleitplanverfahren dem Landkreis bekannt sein müssen, sind offensichtlich ebenso wenig berücksichtigt worden wie die Hinweise, die Energiekontor bereits im Januar 2014 im Rahmen der ersten Beteiligung zur RROP Teilfortschreibung an den Landkreis gegeben hat.</p>	<p>Die Begründung zu den Flächenzuschnitten der Windenergieflächen wird im RROP 2015 ausführlicher dargestellt. Zudem werden für die wichtigsten Tabuzonen zwei Karten erstellt, die im RROP 2015 als Anlage beigelegt werden bzw. im Internet heruntergeladen werden können.</p> <p>Alle im Rahmen des Beteiligungsverfahrens eingegangenen Informationen und Hinweise werden sorgfältig geprüft und ggf. berücksichtigt.</p>	Zu berücksichtigen
P021c	P21/C.02-6	SO 11	Siehe Stellungnahme P21/B.09-13	Siehe Stellungnahme P21/B.09-13	Siehe Stellungnahme P21/B.09-13
P021c	P21/C.07	SO 11	<p><u>Zum Vorranggebiet Lunestedt-Heerstedt:</u></p> <p>Das Vorranggebiet Lunestedt-Heerstedt wurde in mehreren Teilbereichen verändert und dadurch insgesamt deutlich verkleinert. Während die Herausnahme der geplanten A20-Trasse noch grundsätzlich nachvollziehbar ist, sind jegliche weitere Änderungen unverständlich. Wie bereits dargelegt ist der Landkreis Cuxhaven nicht willens oder in der Lage zur Aufklärung der veränderten Vorranggebietsgrenzen beizutragen.</p> <p>Durch die vorgesehenen Änderungen befänden sich vier geplante Windenergieanlagenstandorte außerhalb des Vorranggebiets und wären lediglich über den Flächennutzungsplan der Gemeinde Beverstedt planungsrechtlich gesichert.</p>	<p>Im Entwurf 2015 wird die Abgrenzung der Vorranggebiete ausführlicher dargelegt.</p>	Zu berücksichtigen
P021c	P21/C.08	SO 11	<p>Im Rahmen des sogenannten Gegenstromprinzips ist bei der Überarbeitung des RROP der Planungswille der Gemeinden zu berücksichtigen. Wir möchten Sie daher bitten, sich in Ihrer Stellungnahme für den Erhalt des Vorranggebiets Lunestedt-Heerstedt in den Grenzen des zurzeit noch gültigen RROP 2012 auszusprechen. Desweiteren bitten wir Sie sich für die Erweiterung des Vorranggebiets Appeln in östliche Richtung auszusprechen.</p> <p>Die im Laufe der Aufstellung des RROP 2012 vorgenommenen Veränderungen und Verkleinerung der Gebiete sind unserer Auffassung weitestgehend nicht sachgerecht und sollten in dieser Form nicht in den Regionalplan dargestellt werden.</p>	<p>Die Stellungnahme ist an die Gemeinde Beverstedt gerichtet. Die enthaltenden Apelle richten sich nicht an den Landkreis Cuxhaven, sondern an die Gemeinde.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P021c	P21/C.09	SO 11	<p>Unserer Auffassung nach können die nicht nachvollziehbaren Änderungen von Grenzverläufen der Vorranggebiete nicht im Sinne der Gemeinde Beverstedt sein. Möglicherweise entsteht durch diese Veränderungen eine Anpassungspflicht am gemeindlichen Flächennutzungsplan, da der §1(4) BauGB diese Verpflichtung für Ziele der Raumordnung vorsieht. Die Flächennutzungsplanänderungen zu den genannten Windparkvorhaben sind erst in den vergangenen zwei Jahren mit erheblichem Ressourceneinsatz durchgeführt und auch erst in diesem Jahr vom Landkreis Cuxhaven genehmigt worden. Eine erneute Anpassung des FNP wäre mit einem erheblichen finanziellen und zeitlichen Einsatz verbunden, der keinem Ertrag gegenübersteht.</p>	<p>Die Stellungnahme ist an die Gemeinde Beverstedt gerichtet.</p> <p>Die bisherige FNP-Darstellung wird im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung als bauleitplanerisch gesichert übernommen. Eine Anpassung des FNP ist somit nicht erforderlich.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021d	P21/D.01	A	<p>Bestandsschutz für Vorranggebiete</p> <p>Nach der Veröffentlichung des RROP 2012 hat Energiekontor - wie auch dessen Mitbewerber - erhebliche finanzielle Mittel in die Entwicklung der Windenergieprojekte investiert, die auf ausgewiesenen Vorrangflächen zur Realisierung vorgesehen sind. Die im RROP 2012 ausgewiesenen Flächen sind daher ausnahmslos im Rahmen der Teilfortschreibung auszuweisen. Dies gilt auch für die Vorranggebiete „Appeln“ und „Bramstedt“, die zurzeit im Konflikt mit dem Standort eines Drehfunkfeuers der Deutschen Flugsicherung stehen. Da bereits intensiv an der Lösung dieser Problematik gearbeitet wird, ist kein von vorneherein unüberwindliches Hindernis für die weitere Windparkentwicklung gegeben.</p> <p>Der geforderte Bestandsschutz begründet sich mit einem gebotenen Vertrauensschutz für die Investoren, die bereits mit vielen anderen Unwägbarkeiten im Rahmen der Projektentwicklung konfrontiert sind. Ein Regionalplan ist im Regelfall auf eine Gültigkeitsdauer von zehn Jahren ausgelegt, zudem ist die Bearbeitungsdauer der Genehmigungsverfahren seitens des Landkreises Cuxhaven unverhältnismäßig lang. Als Beispiel sei auf den Windpark Lunestedt-Heerstedt verwiesen: Bereits kurz nach der öffentlichen Bekanntmachung des RROP 2012 hat Energiekontor einen Genehmigungsantrag eingereicht, dennoch ist eine abschließende Bescheidung zurzeit nicht absehbar. Abschließend wird darauf hingewiesen, dass bei der Erarbeitung des RROP 2012 die Standorte aus dem vorher gültigen RROP in vergleichbarer Weise übernommen worden sind. Insofern ist auch bei ggf. Anpassungen einzelner Kriterien in jedem Fall die vollumfängliche Übernahme der bisherigen Vorranggebiete in den neuen Plan sicherzustellen.</p>	<p>Der Landkreis Cuxhaven hat ein für das gesamte Kreisgebiet einheitliches Planungskonzept erstellt, mit dem Vorranggebiete für Windenergiegewinnung ausgewiesen wurden, die den Kriterien des Landkreises entsprechen. Windparks, die nicht den aktuellen Kriterien des Landkreises entsprechen, jedoch bereits bauleitplanerisch gesichert sind, wurden als bauleitplanerisch gesicherte Gebiete übernommen. Ein Bestandsschutz ist somit gegeben.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P021d	P21/D.02	A	<p>Windparks in Planung</p> <p>Für folgende Windparks hat Energiekontor Anträge auf Genehmigung beim Landkreis Cuxhaven gestellt:</p> <ul style="list-style-type: none"> - Misselwarden (Repowering), SG Land Wursten - Debstedt (Repowering), Stadt Langen - Krempel (Repowering), Stadt Langen - Lunestedt-Heerstedt, Gemeinde Beverstedt - Odisheim, SG Börde Lamstedt und SG Land Hadeln - Appeln, Gemeinde Beverstedt - Bramstedt, Gemeinde Hagen im Bremischen <p>Für das Repowering des Windparks Spieka-Neufeld (Gemeinde Nordholz) wird zudem in Kürze ein Genehmigungsantrag beim Landkreis Cuxhaven eingereicht.</p> <p>Die laufenden und kurzfristig beginnenden Genehmigungsverfahren für diese Projekte dürfen durch die Teilfortschreibung des RROP 2012 in keinsten Weise, bspw. durch die Verkleinerung der Vorranggebiete, eingeschränkt werden.</p>	<p>Die Aufzählung wird zur Kenntnis genommen. Wie bereits unter P21/D.01 ausgeführt hat der Landkreis Cuxhaven ein einheitliches Planungskonzept aufgestellt. Abweichungen für einzelne Standorte sind nicht möglich. Die Vorranggebiete werden entsprechend der harten und weichen Kriterien ausgewiesen. Bereits bauleitplanerisch gesicherte Gebiete werden entsprechend der Festlegungen der Gemeinden im Rahmen der Bauleitpläne übernommen.</p>	Kenntnisnahme
P021d	P21/D.03	A	<p>Windparks in Realisierung</p> <p>Folgende Windparks realisiert Energiekontor zurzeit im Landkreis Cuxhaven</p> <ul style="list-style-type: none"> - Uthlede, Gemeinde Hagen im Bremischen - Flögeln-Stüh, SG Bederkesa - Debstedt (Rotorblattverlängerung), Stadt Langen <p>Die Realisierung der Windparks darf durch die Teilfortschreibung des RROP 2012 in keinsten Weise eingeschränkt werden.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P021d	P21/D.04	A	<p>Windparks in Betrieb</p> <p>Darüber hinaus betreibt Energiekontor folgende Windparks im Landkreis Cuxhaven</p> <ul style="list-style-type: none"> - Stotel, Gemeinde Loxstedt - Wremen-Grauwallkanal, SG Land Wursten - Misselwarden, SG Land Wursten - Sievern, Stadt Langen - Holßel, Stadt Langen - Debstedt, Stadt Langen - Krempel, Stadt Langen - Spieka-Neufeld, Gemeinde Nordholz - Nordieda, Land Hadeln - Osterbruch, Land Hadeln - Wittgeeste, SG Bederkesa <p>Der Weiterbetrieb der Windparks darf durch die Teilfortschreibung des RROP 2012 der Windparks in keinsten Weise eingeschränkt werden.</p>	<p>Ein Weiterbetrieb von bestehenden Windparks / Windkraftanlagen kann und wird im Regionalen Raumordnungsprogramm nicht eingeschränkt. Alle bestehenden Windparks genießen Bestandsschutz. Durch die neue Regelung zum Repowering im Entwurf 2015 wird zudem eine eingeschränkte Weiterentwicklung von Altstandorten ermöglicht.</p>	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021d	P21/D.05	Z	Erweiterungen bestehender Windparks Energiekontor fordert im Rahmen der Teilfortschreibung des RROP 2012 die räumliche Ergänzung folgender bestehender Vorranggebiete: - Wittgeeste, SG Bederkesa - Appeln, Gemeinde Beverstedt - Holßel, Stadt Langen	Die Erweiterung der angesprochenen Windparks entspricht nicht den Kriterien des Landkreises Cuxhaven. Die Forderung wird abgelehnt.	Nicht zu berücksichtigen
P021d	P21/D.06	Z	Desweiteren fordert Energiekontor die Aufnahme folgender neuer Vorranggebiete: - Flögeln II, SG Bederkesa - Testfeld an der A27, Stadt Langen Die genannten Flächen sind in diesem Schreiben beiliegenden Karten dargestellt.	Die Ausweisung der angesprochenen Windparks entspricht nicht den Kriterien des Landkreises Cuxhaven. Die Forderung wird abgelehnt.	Nicht zu berücksichtigen
P021d	P21/D.07	A	Berücksichtigung kommunaler Planungen Die auf Basis des RROP 2012 aufgestellten oder in Aufstellung befindlichen Flächennutzungspläne sind seitens des Landkreises zu genehmigen. Der Landkreis kann die zur Prüfung vorliegenden Flächennutzungspläne nur dann versagen, wenn diese nicht ordnungsgemäß zustande gekommen sind oder inhaltlich nicht rechtmäßig sind (vgl. § 6 (2) BauGB). Es hat demgemäß eine Prüfung hinsichtlich der Rechtmäßigkeit und nicht hinsichtlich der Zweckmäßigkeit zu erfolgen, eine eigene Abwägungsentscheidung kann der Landkreis nicht treffen. Insofern ist seitens des Landkreises zu prüfen, ob der Abwägungsvorgang fehlerhaft ist oder der FNP inhaltlich unrechtmäßig ist. Maßgeblich ist dabei der Zeitpunkt der Abwägungsentscheidung und somit die zu diesem Zeitpunkt gültigen Rechtsgrundlagen. Darüber hinaus ist der Landkreis im Sinne des Gegenstromprinzips verpflichtet, die gemeindlichen Belange und Planungen bei eigenen Planungen zu berücksichtigen.	Der Umgang mit der Genehmigung von Flächennutzungsplänen ist für die Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht von Relevanz. Die gemeindlichen Belange und Planungen wurden im Rahmen des Gegenstromprinzips berücksichtigt. Alle Standorte, die bereits bauleitplanerisch gesichert sind, wurden - sofern sie nicht den aufgestellten Kriterien für Vorranggebiete entsprechen - als bauleitplanerisch gesichert dargestellt.	Nicht zu berücksichtigen
P021d	P21/D.08	B 10	Repowering Höhenbegrenzung Das gültige RROP regelt unter Punkt 4.2.2 Ziffer 08, dass beim Repowering von Windparks bei der Überschreitung von 100m Gesamthöhe mindestens 500m zu Einzelhäusern und 1.000m zu Ortslagen einzuhalten sind. Energiekontor fordert die Abschaffung dieser Regelung, um auf Bestandsflächen das ökologisch wie ökonomisch sinnvolle Repowering zu ermöglichen. Die Festlegung von im Einzelfall ggf. sinnvollen Höhenbeschränkungen sollte der gemeindlichen Bauleitplanung überlassen sein, da der RROP generell nicht zur Festlegung von maximalen Gesamthöhen geeignet ist.	Im RROP werden keinesfalls Höhenfestlegungen getroffen. Mit der angesprochenen Regelung wurde ein Mindestabstand in Abhängigkeit zu einer bestimmten Höhe festgelegt. Die Regelung zum Repowering wird im Entwurf 2015 angepasst.	zu berücksichtigen
P021d	P21/D.09	E 01	Mindestgröße der Windparkflächen Im RROP 2012 ist festgelegt, dass Vorranggebiete mindestens die Errichtung von fünf Windenergieanlagen mit einer Gesamtbauwerkshöhe von 100m ermöglichen müssen. Dieses Kriterium erscheint aufgrund der technischen Weiterentwicklung zu größeren Anlagentypen nicht als zielführend. Energiekontor fordert daher die Mindestgröße auf 15 ha festzusetzen, was eine Realisierung von Windparks mit zwei bis drei Turbinen der heutigen Größenklassen ermöglicht. Energiekontor hat umfangreiche Erfahrungen mit kleineren Windparkprojekten und schätzt im windreichen Landkreis Cuxhaven auch die ökonomische Umsetzbarkeit als hoch ein. Desweiteren vereinfachen kleinere Windparkprojekte die Beteiligung der ortsansässigen Bürger in Bürgerwindprojekten und führen in der Regel nur zu geringwertigen Eingriffen in die Natur und Landschaft.	Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Konzept, dass Freiräume erhalten werden und große Standorte gebündelt werden. Die Größe von 19 ha ergibt sich aus einer Berechnung des Landkreises, die in der Begründung des RROP dargestellt wird. Kleinere Flächen würden dieses Konzept unterlaufen.	Nicht zu berücksichtigen
P021d	P21/D.10	E 01	Zu berücksichtigender Abstand zwischen den Windparks Energiekontor fordert im Rahmen der Teilfortschreibung die Streichung eines Mindestabstands von Windparks untereinander. Das derzeit gültige RROP sieht hier eine mehrstufige Regelung vor. Die Nichtberücksichtigung des Abstandskriteriums bietet die Möglichkeit die tatsächlich am besten geeigneten Flächen als Vorranggebiete auszuweisen.	Der Abstand der Windparks untereinander soll sicherstellen, dass die Natur und Landschaft, das Landschaftsbild sowie die Menschen vor einer erdrückenden Wirkung durch eine Vielzahl nah beieinander liegender Windparks geschützt werden. Der Landkreis ist dabei im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Windenergie im Landkreis sowie der Windhöflichkeit von den früher vom Land Niedersachsen empfohlenen 5 km abgewichen. Dies ist rechtlich möglich. Im Entwurf des RROP 2015 wird der Abstand der Windparks untereinander einheitlich auf 4km innerhalb des Kreisgebietes festgelegt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P021d	P21/D.11	A	Kartographische Grundlagen Bei der Erarbeitung des RROP 2012 hat sich der Landkreis Cuxhaven als Planungsgrundlage auf ArcGIS Daten gestützt. Tatsächlich ist jedoch im Einzelfall die Nutzungszuordnung nicht kongruent mit der realen Bebauung bzw. Nutzung der Flächen. Dem entsprechend sind teilweise die definierten Abstandskriterien nicht korrekt angewendet worden, was etwa zur nicht sachgerechten Verkleinerung von Vorranggebieten geführt hat. Energiekontor fordert vor diesem Hintergrund eine genauere Prüfung der Planungsgrundlagen und ggf. erforderliche Überprüfungen vor Ort vorzunehmen.	Als Planungsgrundlage für den Entwurf 2014 wurden die ATKIS-Daten zugrunde gelegt. Diese Daten wurden darüber hinaus in Abstimmung mit den Gemeinden aktualisiert und unter Rückgriff auf kommunale Bauleitpläne an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst. Sofern im Beteiligungsverfahren bestimmte Häuser/Straßen als falsch zugeordnet angesprochen wurden, wurden diese vom Landkreis überprüft. Eine pauschale Überprüfung der Daten wird aufgrund des beschriebenen Vorgehens als nicht nötig erachtet.	Nicht zu berücksichtigen
P021e	P21/E.01	SO 04	als Anlage erhalten Sie die Ergebnisse der durchgeführten Untersuchungen zum Wespenbussard. Es wurden 7 Termine während der Brutzeit der Art durchgeführt. In den letzten beiden Wochen wurde die Untersuchungen entsprechend den Anforderungen von Herrn Hennemann (Mail vom 30.06.2014 an Büro Sinning) durchgeführt. Weder aus den Beobachtungen noch aus der Horstsuche ergeben sich Anhaltspunkte für die Anwesenheit des Wespenbussards im Raum. Dementsprechend werden wir die Untersuchungen zum Wespenbussard einstellen. Sollten Sie eine Fortführung der Untersuchungen für erforderlich halten, bitten wir um kurzfristige Rückmeldung. Weiterhin bitten wir um Mitteilung, welche Erkenntnisse zum Vorkommen des Wespenbussards in Ihrem Hause vorliegen. Bei allen durchgeführten avifaunistischen Erfassungen (Brutvogelerfassung März bis Juni 2010, 8 Termine, Rastvogelerfassung August 2009 bis März 2010 10 Termine, Raumnutzungsuntersuchung Schwarzstorch 2010 13 Termine und 2011 ein Termin sowie bei den diesjährigen Erfassungen zum Uhu und zum Wespenbussard gab es keinerlei Anhaltspunkte für die Anwesenheit des Wespenbussard. Wir bedanken uns im Voraus für eine entsprechende Mitteilung und stehen bei Rückfragen gerne zu Ihrer Verfügung.	Das Gutachten wird zur Kenntnis genommen. Die Einstufung und Ausweisung des Vorranggebietes wird noch einmal geprüft.	Zu berücksichtigen
P022	P22.01	Z	Grundsätzlich begrüße ich die „Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie - 2014“. Da jedoch die Potentialfläche Steinau im aktuellen Entwurf nicht enthalten ist, beantrage ich hiermit eine Berücksichtigung der Potentialfläche Steinau als „Vorranggebiet Windenergiegewinnung“ und rege eine Überarbeitung des Entwurfs der „Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie - 2014“. an.	In dem Bereich, in dem im Entwurf 2010 und Entwurf 2011 des Regionalen Raumordnungsprogramms ein Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt war, gibt es weder nach dem Entwurf 2014 noch dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms eine Potenzialfläche. Der angesprochene Bereich liegt in weichen Tabuzonen: Zum einen wirkt sich der 1.000 m-Puffer zur Ortslage Steinau aus; zum anderen gibt es hier einen Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung.	Nicht zu berücksichtigen
P022	P22.02	Z	Ich fordere die Darstellung der Potentialfläche Steinau als Vorranggebiet Windenergiegewinnung“ (Anlage A), wie sie bereits im 1. Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes (RROP) 2012 enthalten war. Die Fläche, liegt in der Gemeinde Steinau (Samtgemeinde Land Hadeln) und befindet sich süd-westlich von Steinau sowie nördlich der Köppeler Straße. Das Gebiet erfüllt die Kriterien für die Ausweisung als Vorranggebiet Windenergiegewinnung (lt. Landkreis Cuxhaven RROP 2014).	Der angesprochene Bereich erfüllt keinesfalls die Kriterien für eine Ausweisung als Vorranggebiet Windenergienutzung. Er liegt in weichen Tabuzonen: Zum einen wirkt sich der 1.000 m-Puffer zur Ortslage Steinau aus; zum anderen gibt es hier einen Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung.	Nicht zu berücksichtigen
P022	P22.03	Z	Die Nutzung des oben genannten Gebietes durch die Windenergie, entspricht dem Wunsch der Flächeneigentümer. Diesem Willen hat der überwiegende Teil der Eigentümer mit seiner Unterschrift der Nutzungsverträge, zur Umsetzung des Windparks durch das Windparkplanungs- und Windparkbetreiberunternehmen wpd, bereits Ausdruck verliehen.	Siehe Ziffer P22.01 und P22.02.	Nicht zu berücksichtigen
P022	P22.04	Z	Sollte vom Plangeber eine ausreichende Begründung für eine Verkleinerung des Gebietes hervorgebracht werden, jedoch die Mindestgröße von 19 ha weiterhin erreicht werden, wäre ich auch mit einem angepassten Flächenzuschnitt für das Potentialgebietes Steinau einverstanden. Folglich wäre das verkleinerte Gebiet in seiner Version als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung“ vom Plangeber darzustellen bzw. auszuweisen.	Siehe Ziffer P22.01 und P22.02.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P022	P22.05	Z	Die Eigentümer sowie das Windparkplanungs- und Windparkbetreiberunternehmen wpd möchten gemeinsam mit den Anwohnern des Windparks Steinau sowie der Gemeinde Steinau einen Windpark realisieren. Hierbei sollten die von dem Landkreis Cuxhaven vorgegebenen Abstandparameter für Wohn- und Einzelbebauung zugunsten der Anwohner erweitert werden. Ich fordere für das weitere Verfahren eine Berücksichtigung meiner Stellungnahme sowie eine Überarbeitung des Entwurfs.	Siehe Ziffer P22.01 und P22.02.	Nicht zu berücksichtigen
P023		Z	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22
P024		Z	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22
P025		Z	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22
P026		Z	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22
P027		Z	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22
P028		Z	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22
P029	P29.01	SO 31	Die Fläche liegt mitten in einem Siedlungsgebiet. Die umliegenden Ostener Ortsteile können nicht einfach zu "sonstigen, wohnbaulichen Nutzungen" bzw. zu Einzelgebäuden definiert werden, sondern bilden zusammenhängende Straßendörfer oder Streusiedlungen, sodass größere Mindestabstände als im Entwurf vorgesehen anzuwenden sind.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P029	P29.02	SO 31	Die vorgesehenen Mindestabstände von 420 bzw. 500 m sind ohnehin viel zu gering bemessen, da sie erhebliche, gesundheitliche Gefährdungen der Anwohner durch Schlagschatteneffekte, Betriebsgeräusche, Ledseleuchtung und Infraschallemissionen der Windanlagen auslösen. In anderen Landkreisen werden teilweise deutlich höhere Mindestabstände zugrunde gelegt, die auch hier anzuwenden sind.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Das Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht den selben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Gemeinden. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen stattfinden dürfen, eher hinnehmen muss. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung einer Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Nicht zu berücksichtigen
P029	P29.03	SO 31	Ein Windpark an der vorgeschlagenen Stelle in Osten-Isensee zerstört das typisches Landschaftsbild entlang der Oste. Der wesentlich von landwirtschaftlicher Nutzung geprägte Charakter der Gegend sollte erhalten bleiben und u.a. auch im Interesse des von Landkreis und Gemeinde geförderten Tourismus besonders geschützt werden.	Es kann nicht davon ausgegangen werden, dass ein Landschaftsbild durch einen Windpark zerstört wird. Im RROP 2014 wird beispielsweise durch Mindestabstände zwischen Windparks sowie der Begrenzung auf maximal zwei Anlagenhöhen Sorge getragen, dass das Landschaftsbild so wenig wie möglich beeinträchtigt wird. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort auch 200 Meter Anlagen gebaut werden.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P029	P29.04	SO 31	Mehrere seltene und geschützte Vogelarten sowie Fledermäuse sind im Plangebiet und dessen Umfeld regelmäßig zu beobachten. Dieser schützenswerte Bestand ist nicht mit Windenergienutzung vereinbar. Die genauen Arten, Zahlen und Standorte sind noch vor Beschlussfassung des RROP sehr viel gründlicher zu untersuchen, als die dem RROP-Entwurf beigefügten, sehr oberflächlichen Anmerkungen zu den einzelnen Vorranggebieten Windenergie es (oftmals auch falsch) leisten.	Seitens des Einwenders werden die seltenen und geschützten Vögel und Fledermäuse nicht näher spezifiziert. - Der angesprochene Bereich gehört zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung bzw. zu Gastvogellebensräumen mit potenzieller Bedeutung; aktuelle Erfassungen und Bewertungen liegen hier nicht vor. Auch im Hinblick auf die Fledermäuse ist die Datengrundlage unzureichend. Von daher kann der Einwendung im Hinblick auf den Untersuchungsbedarf gefolgt werden. Es kann derzeit jedoch nicht die Aussage getroffen werden, dass im angesprochenen Bereich ein Vorranggebiet Windenergienutzung naturschutzfachlich und -rechtlich nicht möglich ist.	Nicht zu berücksichtigen
P029	P29.05	SO 31	Die Fläche für Windenergie Osten-Isensee überschneidet sich am Nordrand immer noch mit einem ausgewiesenen "Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft". Diese Nutzungen sind nicht miteinander vereinbar, sodass das Vorranggebiet Windenergie ohnehin weiter zu verkleinern wäre.	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen
P029	P29.06	SO 31	Neben den Hauptaspekten der Gesundheitsgefährdung sowie der Natur- und Landschaftszerstörung ist auch der Aspekt der Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden zu berücksichtigen. Geplante oder aufgrund der Beeinträchtigungen erzwungene Veräußerungen im Umfeld von Windenergieanlagen sind erheblich schwieriger. Entschädigungsklagen gegen Betreiber und Planungsträger sind bundesweit bereits erfolgreich verlaufen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund erkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P029	P29.07	SO 31	Ein in Osten mit 81,3 % gegen den Windpark ausgegangener Bürgerentscheid sowie das beantragte Weltkulturerbe Schwebefähre wurden zwar vom OVG Lüneburg erstaunlicherweise nicht als Planungskriterium anerkannt, müssen aber für den Landkreis weiterhin als bindend und verpflichtend gelten.	Eine Bürgerbefragung ist kein Kriterium in der Raumordnung	Nicht zu berücksichtigen
P029	P29.08	SO 31	Da der Landkreis Cuxhaven seine Verpflichtung zum Ausweisen zusätzlicher Flächen für die Windenergienutzung ohnehin bereits erfüllt bzw. übererfüllt hat, besteht - auch nach dem Urteil des OVG Lüneburg — keine Verpflichtung und keine Notwendigkeit, die Fläche Osten-Isensee als Vorranggebiet Windenergienutzung in das RROP aufzunehmen.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.	Nicht zu berücksichtigen
P029	P29.09	SO 31	Unter anderen weisen wir darauf hin, dass unsere Häuser direkt an der Zubringer Straße des Windpark liegen würden. Durch den vermehrten Schwerlastverkehr und den weichen Untergrund, den wir hier haben, würden unsere Häuser diese Belastung nicht aushalten. Wenn es zu Schäden kommen sollte werden wir den Landkreis Cuxhaven in den Regress nehmen. Ich bitte um Berücksichtigung meiner Bedenken und Einwände und behalte mir anderenfalls rechtliche Schritte vor.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der Immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Insoweit ist der Landkreis Cuxhaven nicht durch eine Ausweisung eines Vorranggebietes für Schäden an Häusern möglicher Zubringerstraßen entschädigungspflichtig.	Nicht zu berücksichtigen
P030		SO 31	Siehe Stellungnahme P29	Siehe Stellungnahme P29	Siehe Stellungnahme P29
P031		SO 31	Siehe Stellungnahme P29	Siehe Stellungnahme P29	Siehe Stellungnahme P29
P032	P32.01	SO 09	Der geplante Windpark würde unsere Region nicht nur für den Tourismus unattraktiv machen, sondern auch meinen Lebensraum unzumutbar und inakzeptabel beeinträchtigen. Als Anlieger an dem geplanten Vorranggebiet fürchte ich um unzumutbare Immissionen hinsichtlich Lärm und Schattenschlag, wie auch gesundheitsgefährdenden Infraschall mit negativen Folgen für meine Gesundheit und die meiner Familie.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Nicht zu berücksichtigen
P032	P32.02	SO 09	Auch wehre ich mich gegen die Zerstörung der Landschaft und Natur. Die geplante Errichtung der gigantischen WKA stellt einen massiven Eingriff in die bislang intakte Landschaft dar und wird Schäden mit immensen Folgen für Flora und Fauna verursachen. Ich nehme damit Bezug auf diverse - auch dem LK Cuxhaven - vorliegende Stellungnahmen von Fachbehörden (Untere Naturschutzbehörde des LK Stade und des LK Cuxhaven) und Gutachten (Schreiber Umweltplanung, 2013 sowie Bosch & Partner, März 2014).	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P032	P32.03	SO 09	Da hier mit dem Landkreis Stade ein gemeinsames Vorranggebiet ausgewiesen werden soll, ist - auf 214 ha mit 27 Anlagen á 186 m - einer der größten Windparks im Elbe-Weser-Gebiet geplant. Die Kenntnisse der Ergebnisse des Schalltechnischen- und des Schattenwurfgutachtens im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zur Errichtung des geplanten Windparks Oberndorf/Geversdorf werden ebenso ignoriert wie die dichte Wohnbebauung der Ortslagen Neuenschleuse, Portshemm und Oberndorf-Bentwisch.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Der gesamte Bereich rund um die ausgewiesene Fläche wurde zu Fuß intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von maximal 6-7 Häusern festgestellt werden. Diese Einschätzung wird ebenfalls von den Vertretern der Samtgemeinde sowie der Politik geteilt. Die kumulative Wirkung der beiden Windparks auf Stader und Cuxhavener Seite wird im Umweltbericht und im späteren Genehmigungsverfahren berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen
P032	P32.04	SO 09	Da dem Landkreis Cuxhaven die negativen Auswirkungen auf Mensch und Natur nachweislich bereits bekannt sind, wehre ich mich gegen die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung Geversdorf/Oberndorf im Entwurf des RROP 2014 des LK Cuxhaven und den Hinweisen auf anschließende vertiefende Untersuchungen in nachgelagerten Planungsebenen. In der schriftlichen Urteilsbekundung des Urteils des OVG Lüneburg 12. Senat, Urteil vom 14.05.2014, 12 KN 29113, in dem das RROP 2012 für den LK Cuxhaven für unwirksam erklärt wurde, wurde der LK Cuxhaven darauf hingewiesen, dass der Planungsträger in einer noch offenen und nicht abschließend geklärten Lage zur Vermeidung von Risiken auf die Ausweisung bestimmter Flächen als Vorranggebiete verzichten kann, sofern der Windkraftnutzung im Übrigen hinreichend Raum gegeben wird. Die dem Planungsträger zu diesem Zeitpunkt bekannten Gutachten zum Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf hatten einen solchen Schritt mehr als gerechtfertigt. Auch aus diesem Grund ersuche ich Sie, auf die Ausweisung zu verzichten.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P032	P32.05	U, SO 09	<p>Zusätzlich möchten wir zu den Aussagen des Umweltberichtes Teil C auf S. 12 , Zitat: „Bei den Windenergiebereichen sind betriebsbedingte Beeinträchtigungen durch Schadstoffemissionen ausgeschlossen“ folgenden Einwand erheben. Neueste Untersuchungen (Berichterstattung im 3.Programm des NDR vom 9.8. 2014) haben ergeben, dass im Falle eines Brandes, der aus Kohlefasern konstruierten Rotorblätter, großflächig krebserregende Kohlefasern freigesetzt werden. Die gesundheitliche Gefährdung für den Menschen ist vergleichbar mit der Gefährdung durch Asbestfasern. In diesem Zusammenhang scheint der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m sehr fragwürdig.</p>	<p>Dem Anspruch auf Schutz des Menschen wird durch die Abstände der WEG zu Siedlungen hinreichend Rechnung getragen. Die von WEA verursachten Störungen erreichen bei dem vorgesehenen Abstand nicht die Dimension einer erheblichen Beeinträchtigung oder gar einer Gesundheitsgefährdung.</p> <p>Von den WEA geht im Vergleich zu anderen Objekten ein geringes Brandrisiko aus. Die Eintrittswahrscheinlichkeit ist so gering, dass sich daraus keine besonderen regionalplanerischen Maßnahmen (z.B. Festsetzung von Schutzstreifen um Ortschaften) aufdrängen.</p> <p>Von allen Planungsträgern sind Brandschutzaspekte zu beachten und von den Brand- und Katastrophenschutzbehörden vorbeugende Maßnahmen und auch Brandschutzkonzepte zu entwickeln und anzuwenden. Maßnahmen an WEA setzen die Kenntnisse der möglichen Standorte, der Anlagentypen und deren Betriebsweisen voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Erst danach lassen sich die entscheidenden Parameter des Risikos (Brandausbreitung), der Gefahrenerkennung (Meldung) und Gefahrenabwehr (Zugänglichkeit zum Brandherd, Brandbekämpfung) bestimmen. Deshalb erfolgen Regelungen hierzu erst im Anlagengenehmigungsverfahren nach § 6 Abs. 1</p> <p>Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens legen die beteiligten Träger des Brandschutzes die erforderlichen, vorbeugenden Brandschutzmaßnahmen nach geltenden Rechtsvorschriften (z.B. § 14 Niedersächsische Bauordnung, Niedersächsisches Gesetz über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehr (NBrandSchG)) und dem Stand der Technik fest. Hierzu gehören in den WEA Brandmelde- und Selbstlöscheinrichtungen sowie automatische Brems- und Haltevorrichtungen für den Rotor, um ein Schleudern brennender Teil in die Umgebung zu vermeiden.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P032	P32.06	U, SO 09	Außerdem gelangen durch die Rotation der Rotorblätter permanent kleinste Partikel von Getriebeöl in die Umwelt und stellen somit, besonders in Hinblick auf die große Anzahl der Windkraftanlagen eine gesundheitliche Bedrohung für den Menschen dar.	Dem Anspruch auf Schutz des Menschen wird durch die Abstände der WEG zu Siedlungen hinreichend Rechnung getragen. Die von WEA verursachten Störungen erreichen bei dem vorgesehenen Abstand nicht die Dimension einer erheblichen Beeinträchtigung oder gar einer Gesundheitsgefährdung durch Getriebeöl. Ein Aufklärungsdefizit hinsichtlich möglicher gesundheitlicher Beeinträchtigungen durch WEA wird nicht gesehen, die von WEA ausgehenden Beeinträchtigungen und Gefährdungen sind hinreichend bekannt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P032	P32.07	U, SO 09	Des Weiteren möchten wir darauf hinweisen, dass in der Tabelle 2 des Umweltberichtes Teil C unter 2.169 auf S. 49 behauptet wird, dass sich im Umfeld des Plangebietes keine Wohnbebauung befindet und dadurch auch keine Betroffenheit vorhanden ist. Hier möchten wir folgendes einwenden: Unser Haus Laack 32 befindet sich in der Ortschaft Geversdorf- Laack in einem Abstand von ca. 800m zum Plangebiet. Außerdem befinden sich die Ortschaften Bentwisch, Portshemm und Wetterdeich im Umfeld des Plangebietes mit einer Wohnbebauung z.T. unter 500m.	Die Risiken für den Menschen durch die Windenergienutzung sind bereits in großem Umfang bekannt und in Rechtsvorschriften umgesetzt. So regelt die Technische Anlage Lärm (TA-Lärm) das für verschiedene Nutzungen zumutbare Maß der Immissionsbelastung durch Lärm und Licht. Mit dem im Regionalplan festgesetzten Siedlungsabstand von 420 m (Ortschaften und sonst. wohnbauliche Nutzung) ("hartes" Kriterium) bzw. 1.000 m (für Siedlungsflächen und z. B. Einzelhäuser) ("weiches" Kriterium) ergibt sich dabei im Regelfall eine Unterschreitung der TA-Lärm-Werte für allgemeine Wohngebiete bzw. den hier angesprochenen Ortschaften Geversdorf- Laack, Bentwisch, Portshemm und Wetterdeich. Eine optische bedrängte Wirkung ist bei einem Abstand von zweifacher Gesamthöhe oder weniger zwischen WEA und Siedlungsbereichen gegeben (OVG Nordrhein-Westfalen, 8 A2764/09). Die höchste bekannte WEA im LK Cuxhaven hat eine Gesamthöhe von 210 m, so dass ein Abstand von 420 m ausgehend vom potenziellen Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf aufzufassen ist. Ebenso spielt nach aktueller Rechtsprechung die optischen Bedrängung durch WEA bei einem 1.000 m Abstand keine Rolle mehr. Lediglich beim Schattenwurf kann es auch bei diesen Abständen zu erheblichen Belästigungen kommen. Dies ist aber erst festzustellen, wenn Anlagenstandorte und deren Bauhöhen bekannt sind. Im Falle erheblicher Beeinträchtigungen durch die "astronomisch maximal mögliche Beschattungsdauer" von mehr als 30 Stunden pro Jahr oder mehr als x 30 min je Tag (dies entspricht einer tatsächlichen Beschattungsdauer von etwa 8 Stunden pro Jahr) legt die Genehmigungsbehörde Abschaltzeiten fest. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P033	P33.01-04	SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01-04	Siehe Stellungnahme P32.01-04	Siehe Stellungnahme P32.01-04
P033	P33.05	SO 09	Insbesondere die Forschungsergebnisse bezüglich der Kanzerogenität der Carbonfasern im Falle eines Brandes - sie wird mit der Kanzerogenität der Asbestfasern verglichen - fordert geradezu den Verzicht auf die Ausweisung des geplanten Windparks in Geversdorf / Oberndorf in großer Nähe zu Häusern und Höfen links und rechts der Oste.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Die Windparks halten einen ausreichenden Schutzabstand zu Wohngebäuden im Falle eines Feuers ein.	Nicht zu berücksichtigen
P034		SO 09	Siehe Stellungnahme P32	Siehe Stellungnahme P32	Siehe Stellungnahme P32
P035		SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P036		SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P037		SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P038		SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P039		SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P040		SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P041		SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P042		SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P043		SO 09	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04	Siehe Stellungnahme P32.01 - P32.04
P044	P44.01	SO 09	Im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnittes Windenergie des RROP haben wir bereits im Vorlauf mit Vorschlägen und Anregungen Stellung genommen; so im September 2013 zu „Genehmigungen und Genehmigungsverfahren für den Windpark Geversdorf/Oberndorf sowie auf dem Gebiet der Gemeinde Baije“ und im Januar 2014 zu „Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des RROP für den Landkreis Cuxhaven“ Nunmehr geht es wiederum um die Neufestlegung eines der größten Windparks an der Nordseeküste mit 27 Anlagen à 186 m Höhe auf 214 ha (zur Verdeutlichung: der Kölner Dom ist mit 157,38 m 30 m niedriger als eine der Windanlagen; also werden 27 höhere Kölner Dom in die Oste-Niederung gestellt). Die Planungen im LK Stade und somit das Zusammenwirken der auf Cuxhavener Gebiet geplanten Anlagen kann nur in einer Gesamtbetrachtung erfasst werden.	Die kumulative Wirkung der Windparks auf dem Gebiet des Landkreises Stade und des Landkreises Cuxhaven wird im Rahmen der Umweltberichtes sowie im späteren Genehmigungsverfahren behandelt.	Nicht zu berücksichtigen
P044	P44.02	SO 09	Nicht berücksichtigt im vorliegenden Entwurf wurden ausnahmslos alle naturschutzfachlichen und landschaftspflegerischen Erkenntnisse: - Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörden des Landkreises Stade vom 07.08. 2013 und des Landkreises Cuxhaven vom 16.08.2013 zur 7. F-Planänderung der SG Am Dobrock. - Naturschutzfachliche Einwendungen zum geplanten Windpark Geversdorf/Oberndorf-Anmerkungen zum Arten- und Habitatschutz, Schreiber Umweltplanung, Bramsche, 2013 - Begutachtung der Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf / Oberndorf im Landkreis Cuxhaven, Bosch & Partner, Hannover im Auftrag des LK Cuxhaven, Naturschutzamt, März 2014 - Stellungnahme des BUND "Grundsatzpapier RROP 2014 - Neuaufstellung Teilbereich Windkraft" Juli 2014 Die oben genannten Stellungnahmen und Gutachten bestätigen und untermauern die Besonderheit und Sensibilität des ausgewiesenen Gebietes.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P044	P44.03	SO 09	An dieser Stelle möchten wir unsere Enttäuschung und Frustration nicht verhehlen, da bei den sogenannten "Abwägungen" bei der Überarbeitung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie durch die Verwaltung die berechtigten Einwendungen und Vorschläge seitens der Anwohner nicht ansatzweise berücksichtigt wurden. Die besondere Lage des Vorranggebietes Geversdorf/Oberndorf findet keinen Niederschlag im vorliegenden Entwurf.	Alle Einwendungen, gleich ob von Bürgern, Firmen, Gemeinden oder Institutionen werden sorgfältig und umfassend geprüft und abgewogen. Der Landkreis ist jedoch dazu verpflichtet ein für den gesamten Landkreis einheitliches Planungskonzept aufzustellen. Alle Standorte für Windparks werden nach dem gleichen Schema geprüft und alle Anwohner genießen den gleichen Schutz.	Kenntnisnahme
P044	P44.04	SO 09	Der Landkreis Cuxhaven hat der Windenergie bereits substanziell Raum verschafft. Die Festlegung im übergeordneten Landesraumordnungsprogramm, 300 MW Windkraftleistung vorzuhalten ist mit Stand vom Februar 2014 mit 540 MW über erfüllt; wobei die 300 MW auch durch andere regenerative Energietypen erzeugt werden können. Werden bei der Gesamtleistung Photovoltaik und Biogasanlagen hinzugezählt, stellt der Landkreis bereits jetzt — ohne Repowering — 642 MW zur Verfügung.	Die Vorgabe im RROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert der Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Nicht zu berücksichtigen
P044	P44.05	SO 09	Für die Neu-Ausweisung des Vorranggebietes Geversdorf / Oberndorf in einem, aus naturschutzfachlicher Sicht, hochsensiblen Bereich der Ostniederung besteht demnach keine Notwendigkeit. Vielmehr drängt sich die Überlegung auf, ob nicht rein materielle Erwägungen, wie Pachteinahmen für die Bauern, auf deren Flächen die Windanlagen stehen, oder auch Gewerbesteuererinnahmen die Entscheidung für die „Neufestlegung“ maßgeblich beeinflusst haben.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Es wurde ein einheitliches Konzept für den gesamten Landkreis aufgestellt. Die Kriterien wurden transparent dargelegt. Es wurden keine Extrastandorte nur aus monetären Gründen aufgenommen, dies würde dem einheitlichen Konzept widersprechen und zu einer Aufhebung des RROP durch die Gerichte führen.	Nicht zu berücksichtigen
P044	P44.06	SO 09	Bei der Überarbeitung des Themas „Harte und Weiche Tabuzonen“ bleiben die Empfehlungen des Niedersächsischen Landkreistages gänzlich unberücksichtigt in Bezug auf Lage des Gebietes innerhalb mehrerer Naturschutzgebiete und den daraus resultierenden erforderlichen Abständen zu FFH- und Naturschutzgebieten, zu Gewässern und Gewässerkomplexen. Hier fragt sich der mündige Bürger und Wähler, weshalb gewählte Vertreter sich auf Kreistagen treffen, Vorlagen ausarbeiten und diese dann nicht umgesetzt werden.	Wie bereits richtig geschrieben, handelt es sich dabei um allgemeine Empfehlungen. Diese sind nicht rechtlich bindend. Die Auswahl der Kriterien ist jedoch im intensiven Austausch mit Experten und den Fachämtern des Landkreises geschehen.	Nicht zu berücksichtigen
P044	P44.07	SO 09	In unseren Einwendungen im Januar 2014 haben wir unsere eigenen avifaunistischen Beobachtungen aufgelistet, an den Landkreis weitergereicht und darauf hingewiesen, dass mit Schussanlagen im Herbst 2013 eine gezielte Verbrämung der rastenden Wintergäste, vor allem Nonnengänse, vorgenommen wurden. Ebenso wurde durch eine zu frühe Heumahd das erste Gelege der Weihe zerstört. Es liegt hier leider nahe, von einer gezielten "Abarbeitung" der für die Errichtung von WKA im Wege stehenden Probleme zu sprechen.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P044	P44.08	SO 09	Weitere Vogelbestandsaufnahmen mit genauer Orts- und Zeitangabe werden wir aus Schutzgründen der beobachteten Vögel nicht mehr weitergeben. In diesem Jahr haben im vorgesehenen Windpark Waldohreulen, Schleiereulen, Turmfalken, Sperber und Bussard erfolgreich gebrütet; Wachteln und Kiebitze sind ebenso Bewohner wie Weißstorch und Brachvögel als Nahrungsgäste gelistet werden können.	Der Verzicht auf die Angabe von Art, Status, Ort, Datum und Uhrzeit führt dazu, dass eine Einwendung nicht ausreichend geprüft werden kann. Der Einwendung kann demzufolge bei Verzicht auf die erforderlichen Angaben nicht berücksichtigt werden. Ein sehr sorgsamer Umgang mit diesen Informationen ist jedoch erforderlich.	Nicht zu berücksichtigen
P044	P44.09	SO 09	Bei der Bearbeitung des Entwurfes zum RROP 2014 wurden die von Experten geforderten Mindestabstände mit einem 10-fachen der Anlagenhöhe zur vorhandenen Wohnbebauung ignoriert und eigene willkürlich festgelegt, obwohl von gesundheitlicher Schädigung durch Schall, Infraschall, Schattenwurf und Dauergeräusche des Schlages der Rotorblätter auszugehen ist.	Die Abstände wurden nicht willkürlich festgelegt, sondern nach rechtlichen Vorgaben sowie Expertenmeinungen. Die angesprochene 10-H-Regelung, die in Bayern derzeit diskutiert wird, ist fachlich höchst umstritten. Mit den weichen Kriterien von 500 m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung sowie 1000 m zur Ortslage hat der Landkreis Cuxhaven im deutschlandweiten Vergleich hohe Abstände angesetzt. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung einer Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Nicht zu berücksichtigen
P044	P44.10	SO 09	Die bereits vorliegenden Untersuchungen zum Thema „Lärm“ zeigen auf, dass die in der TA-Lärm festgelegten Werte (siehe Genehmigungsverfahren) nicht eingehalten werden können, da es sich um eine geschlossene Ortslage handelt und die Werte für die Allgemeinen Wohngebiete und Kleinsiedlungsgebiete angewandt werden müssen, hier allerdings die Richtwerte für Kern-, Dorf- und Mischgebiete Verwendung finden.	Dieser Belang ist für die Ebene der Raumordnung nicht von Belang, da er sich auf bereits konkrete Anlagen bezieht. Die Einhaltung der in der TA-Lärm festgelegten Werte werden im Genehmigungsverfahren nach BImSchG geprüft.	Nicht zu berücksichtigen
P044	P44.11	SO 09	Völlig außer Acht gelassen sind die Emissionen der Windräder mit Schmier- und Betriebsstoffen. "Bei den regelmäßigen Wartungen müssen meist erhebliche Mengen nachgefüllt werden. Der "Schwund" hat sich in der Zwischenzeit als giftiger Niederschlag auf die Umgebung des Windrads gelegt", führt der BUND aus.	Dieser Belang ist für die Ebene der Raumordnung nicht von Belang, da er sich auf bereits konkrete Anlagen bezieht. Er ist im Rahmen der Genehmigung nach BImSchG zu prüfen.	Nicht zu berücksichtigen
P044	P44.12	SO 09	Ein derart großer Windpark an Land und in unmittelbarer Nähe zu Wohnbebauung existiert bisher nicht (das wurde selbst von den zukünftigen Betreibern attestiert); daher fehlen bisher aussagefähige Statistiken für das Gesundheitsrisiko der Anwohner. In der Begründung zum Entwurf des RROP wird angeführt "... dass auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms noch keine Details hinsichtlich Anzahl und Größe der Windenergieanlagen bekannt sind". Dem Landkreis Cuxhaven und seinen planenden Behörden liegen die Daten der geplanten Höhe und die Anzahl der WKA im Bereich Geversdorf/Oberndorf vor und müssten in den Entwurf entsprechend berücksichtigt werden; Verweise auf eine Verantwortung der unteren Planungsebenen sind unseres Erachtens lediglich vorgebrachte Ablenkungsmanöver der eigenen Verantwortung gegenüber der Wohnbevölkerung und den Belangen des Naturschutzes.	Im Rahmen des RROP wurde ein einheitliches Planungskonzept erstellt, welches den gesamten Landkreis Cuxhaven behandelt. Die Kriterien für dieses Konzept müssen deshalb allgemein gehalten sein und können sich nicht auf bestimmte Anlagenhöhen beziehen. Bei der Aufstellung der harten und weichen Tabuzonen hat sich der LK Cuxhaven an den derzeit höchstmöglichen verfügbaren Anlagenhöhe orientiert.	Nicht zu berücksichtigen
P044	P44.13	SO 09	Bei allem Respekt gegenüber der Überarbeitung des RROPs, erweckt die Vorlage den Eindruck, dass nicht legale Zustände im Nachhinein für die Windparkbetreiber legalisiert werden sollen oder noch klarer ausgedrückt, möglicher Weise wurden den Großinvestoren bei deren Planungen Zugeständnisse gemacht, denen man heute im RROP versucht gerecht zu werden.	Siehe P44.12	Nicht zu berücksichtigen
P044	P44.14	SO 09	Abschließend möchten wir Sie noch einmal auffordern, das überarbeitete Windparkgebiet Geversdorf/ Oberndorf als harte Tabuzone auszuweisen.	Die Fläche entspricht nicht den vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Tabuzonen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P045	P45.01	SO 31	Als betroffener Grundeigentümer und Bewirtschafter eines landwirtschaftlichen Betriebes in Osten-Isensee begrüße ich die erneute Ausweisung des Gebietes Osten-Isensee als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung — ein zeitnahes positives Ergebnis wäre aus meiner Sicht sehr zu begrüßen, da insgesamt schon sehr viel Zeit verstrichen ist.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P045	P45.02	SO 31	Ein Windpark in der eher strukturschwachen Region Osten und Hemmoor würde den zahlreichen Eigentümern zusätzliches Einkommen ermöglichen und ggf. damit auch die Weiterbewirtschaftung dieser landwirtschaftlichen Betriebe sichern. Auch die Gemeinde Osten würde ihre Haushaltsituation über zusätzliche Steuereinnahmen aus dem Windpark zukünftig spürbar verbessern können. Die Finanzlage der Gemeinde Osten und Samtgemeinde Hemmoor ist Ihnen bekannt. Auf die allgemeinen Aspekte der ressourcenschonenden Energiegewinnung möchte ich hier nicht weiter eingehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P045	P45.03	SO 31	Die überwiegende Mehrheit der Landeigentümer hat sich im Rahmen der Beratungen mit wpd onshore GmbH & Co. KG darauf verständigt, dass sie aus ihren Erträgen Mittel zur Verfügung stellen wollen, die gemeinnützigen Einrichtungen, örtlichen Vereinen und Institutionen zu Gute kommen sollen, da sie sich als begünstigte Landeigentümer ihrer gesellschaftlichen Verpflichtung bewusst sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P045	P45.04	SO 31	Eine Berücksichtigung der naturschutzfachlichen Belange - so wpd - ist gewährleistet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P045	P45.05	SO 31	Auch die Ostener Schwebefähre ist aufgrund des Abstandes zum geplanten Wndpark m. E. nicht gefährdet, so auch die Denkmalschutzbehörde im ersten Anlauf zum RROP.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P045	P45.06	SO 31	Vielmehr könnten steigende Steuereinnahmen der Gemeinde und Samtgemeinde gemeinsam mit Ihnen, sehr geehrter Herr Bielefeld, den Spielraum verschaffen, den Erhalt der Schwebefähre und ihre touristische Förderung zu sichern.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P045	P45.07	SO 31	Ich wäre Ihnen dankbar, wenn Sie die weiteren Planungen zum Windpark Osten-Isensee positiv begleiten und die Beratungen im Kreistag zügig zur Verabschiedung des Vorranggebietes für die Windenergiegewinnung in Osten-Isensee führen würden. Gleichzeitig bitte ich Sie, mich über den weiteren Verlauf des Verfahrens zu informieren.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P046		SO 31	Siehe Stellungnahme P45	Siehe Stellungnahme P45	Siehe Stellungnahme P45
P047	P47.01	A	Die erneute Absicht, in dem neu aufgetegten Entwurf des RROP für den Landkreis Cuxhaven Vorrangflächen für Windenergie, auf den Gemeindegebiet Osten-Isensee einen Windenergiepark zu errichten, erfüllt uns mit großer Sorge. Das betroffene so genannte Ostetal mit seiner unübersehbaren hohen Naturqualität hat uns im Jahr 2008 veranlasst hier ein Haus zu erwerben. Dieses wurde und wird durch uns aufwendig saniert und modernisiert. Zur Zeit nutzen wir das Haus als Wochenenddomizil und beabsichtigen es für die Zukunft so herzurichten dass wir es als vollwertigen ersten Wohnsitz und später als Alterswohnsitz zu nutzen. Somit haben wir, davon ausgehend dass die Vorrangfläche Windenergie aus dem RROP 2012 herausgenommen wurde, unser Reetdach mit den Zuschüssen des Dorferneuerungsprogramm, aufwendig neu eindecken lassen.	Kenntnisnahme. Es handelt sich bei einem Hauskauf bzw. dessen Renovierung nicht um einen Belang der Raumordnung.	Kenntnisnahme
P047	P47.02	U, SO 31	Nach umfänglicher Recherche und Konsultation von Anwälten und Naturschutzrechtlern stellen sich nachfolgende Bedenken für das geplante Vorranggebiet auf dem Gemeindegebiet Osten-Isensee dar: <u>1. Naturschutz</u> In dem ergänzenden Naturschutzbericht zum RROP 2014 wird darauf verwiesen, dass die Teilbereiche A und B des Umweltberichtes zum RROP 2012 weiterhin gültig sind. Im Teilbereich C wird das Kapitel C Ziffer 4.2.2 Windenergie durch den Umweltbericht 2014 ersetzt und des Weiteren wurden Änderungen in den Kapiteln 4 bis 7 notwendig. Trotz diesen benannten Änderungen, sind weiterhin in dem RROP 2012 Naturschutz- bzw. Umweltbericht, als auch in dem neuen ergänzenden Umweltbericht 2014 folgende grundlegende Fehler bzw. falsche Bewertungen vorgenommen worden:	Die Teilbereiche A und B im Umweltbericht des RROP 2012 wurden entsprechend den Änderungen des Teilabschnitts Windenergie (Teil C) angepasst. Die Änderungen beziehen sich auf die Kapitel 4.2.2 Windenergie (s. S. 5ff). Die weiteren Ziele und Grundsätze in den Teilbereichen A und B des RROP 2014 sind weiterhin gültig. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P047	P47.03	SO 31	1.1 Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft Im nördlichen Bereich des Vorrangsgebiets für Windenergie befindet sich, wie auch aus dem im Entwurf des RROP 2010 zu entnehmen ist, ein "Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft". Dieses überschneidet sich nach wie vor, mit dem im neuen Entwurf erfassten, leicht verkleinerten Vorrangsgebiet Windenergienutzung. Diese Qualitätsausweisung steht konträr zu dem Erscheinungsbild und den Auswirkungen von Windindustrieanlagen, was somit entgegen der Begründung für ein solches Gebiet steht bzw. ein Widerspruch ist.	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorrangsgebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorrangsgebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorrangsgebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.04	SO 31	Die Fläche des Vorbehaltsgebiets Natur und Landschaft war bereits im letzten RROP von 1990 als „Gebiet mit besonderer Bedeutung für Natur und Landschaft“ ausgewiesen. Die Grundlagen hierfür haben sich in diesem Gebiet mit überwiegend undrainiertem, ursprünglichem Weidecharakter, vielfältiger Vogelwelt (siehe auch Punkt 1.2), neu ausgewiesenen Fahrradrouten u.a. eher verfestigt und verstärkt, sodass dieses Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft mindestens in der vorgeschlagenen Ausdehnung beizubehalten ist.	Siehe P47.03	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.05	SO 31	Es wird vielmehr vorgeschlagen, das Vorbehaltsgebiet aufgrund des sich fortsetzenden, prägenden Charakters der Landschaft nach Südosten und Südwesten zu erweitern, bzw. es - wie bereits an einer kleinen Fläche innerhalb des Vorbehaltsgebiets entlang des Kleinen Wegs erfolgt zu einem Vorrangsgebiet Natur und Landschaft aufzuwerten.	Siehe P47.03	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.06	U, SO 09	1.2 Vogelschutz Die Ausweisung ist fachlich nicht nachvollziehbar begründet. Als Ausschlussgebiete werden Brut- und Rastvogelgebiete nationaler bzw. internationaler Bedeutung genannt. Die Beurteilung der Brut- und Rastvogelgebiete im Hinblick auf ihre Bedeutung erfordert jedoch eine systematische, fachlich saubere Bestandserfassung und Bestandsdaten nicht älter als 5 bzw. 3 Jahre (Wilms, Behm-Berkelmann, Heckenroth 1997, BURDORF, K.; HECKENROTH, H.; SUDBECK, P. 1997).	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2012) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Zusätzliche Datenerhebungen werden erst im Genehmigungsverfahren durchgeführt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P047	P47.07	U, SO 09	Auch wenn jetzt bei dem neuen Entwurf eines RROPs für Vorrangflächen für Windenergie eine weiterführende Untersuchung durch das Büro Bosch & Partner GmbH erfolgt ist, kann aus den vorgelegten Ergebnissen entnommen werden, dass in keiner Weise eine systematisch Abdeckung das gesamte Gebiet erfolgt ist. Die Ausweisung der Vorrangflächen ist in dieser Hinsicht zufällig und willkürlich und widerspricht dem Gleichbehandlungsgrundsatz.	<p>Gemäß LROP Niedersachsen sind für die Nutzung von Windenergie geeignete raumbedeutsame Standorte zu sichern und unter Berücksichtigung der Repowering-Möglichkeiten in den RROP als Vorranggebiete (§8 Abs. 7 Nr. 1 ROG) oder Eignungsgebiete (§8 Abs. 7 Nr. 3 ROG) für Windenergienutzung festzulegen (LROP, Abschnitt 4.2 Energie, Ziffer 04, Satz 1). Das RROP wird einerseits durch das LROP sowie andererseits durch die verschiedenen zu beachtenden fachrechtlichen Regelungen, beispielsweise das Immissionsschutz-, Bau- und Naturschutzrecht, und die dazu ergangene Rechtsprechung begrenzt. Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung beinhaltet die Anwendung von Tabubereichen (weiche/harte), in denen die Errichtung und der Betrieb von WEA z. B. aus naturschutzfachlichen oder rechtlichen Gründen abzuwägen oder ausgeschlossen ist. "Harte" Auswahlkriterien für die Festlegung von Vorranggebieten werden beispielsweise in Bezug auf das Schutzgut Mensch angewandt. Ein potenzielles WEG darf einen Mindestabstand von 420 m zu Ortslagen nicht unterschreiten. Weiterführende Informationen zum methodischen Vorgehen sind dem Anhang I des Umweltberichtes zu entnehmen.</p> <p>Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVP (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Zusätzliche Datenerhebungen werden erst im Genehmigungsverfahren durchgeführt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P047	P47.08	U, SO 09	Darüber hinaus gibt es begründete Hinweise auf eine große avifaunistische Bedeutung des Gebietes in der Gemeinde Osten: Beobachtungen relativ großer Brutvogelbestände von Kiebitz, Bekassine und Rohrweihe durch ausgewiesene Fachleute (s. Pkt 1.2.1).	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Die Erfassungen der Brutvögel aus dem Jahr 2012 beinhalten bereits das Vorkommen von Kiebitz, Weißstorch, Waldohreule, Rohrweihe und Seeadler im Bereich des potenziellen Vorranggebiets Geversdorf/Oberndorf (vgl. Prüfbogen S. 41 im Umweltbericht). Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.09	U, SO 09	Die für Windkraftanlagen angesetzten Pufferbereiche zu ökologisch höherwertigen Flächen (Brut- und Rastvogelgebieten: 200 bzw. 500 m) stellen den unteren Wert, der in der Fachliteratur empfohlenen Mindestabstände dar. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die in wissenschaftlichen Untersuchungen begutachteten Windkraftanlagen und Parks bisher aus weit kleinere Anlagen aufgebaut waren (Gesamthöhen deutlich unter 100m) als heute für das Gebiet bereits projektiert (Gesamthöhen über 180 m!). Es ist also von einer weit größeren Scheuchwirkung der Windkraftanlagen auf Brut- und Gastvögel auszugehen. Von der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG-VSW 2007) wird beispielsweise das 10fache der Anlagenhöhe also 1500 bis 2000 m als Mindestabstand empfohlen.	Je nach Vogelart, Jahreszeit, Aktivität, Nahrungsangebot, Flächennutzung, Witterung, Anzahl der Vogelindividuen und Anlagengröße kann eine potenzielle Beeinträchtigung unterschiedlich groß sein. Unstrittig bilden WEA für einzelne Vogelarten eine tödliche Kollisionsgefahr. Insbesondere für wenig wendige Großvogelarten (z. B. Seeadler, Mäusebussard und Uhu) sowie Flugjäger in der offenen Landschaft (z. B. Rotmilan), welche die Anlagen nicht oder zu spät als Gefahr erkennen, besteht ein generelles Risiko, an WEA zu verunglücken. Die Vogelarten wurden entsprechend der Anwendung der Richtlinie der tierökologischen Abstandskriterien (NLT 2011) berücksichtigt. Demgegenüber sind viele Vogelarten keiner Gefahr durch WEA ausgesetzt, sie brüten und besetzen Reviere in WEG offenbar unbeeinflusst von den WEA. Beispielsweise werden Wiesenbrüter, wie Kiebitze, Wachtelkönig und Wiesenweihe durch WEA nicht vergrämt. Sie suchen gelegentlich von WEA um einige hundert Meter entferntere Brutplätze auf. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren.	Teilweise zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P047	P47.10	U, SO 09	Bei der Ausweisung der Flächen wurden also bewusst Risiken im Bezug auf die Schädigung naturschutzfachlich bedeutender europarechtlich geschützter Artenbestände, also das Risiko eines Biodiversitätsschadens nach EU-Recht eingegangen.	<p>Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt.</p> <p>Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Potenzielle Risiken im Bezug auf die Schädigung naturschutzfachlich bedeutender europarechtlich geschützter Artenbestände, also das Risiko eines Biodiversitätsschadens nach EU-Recht werden somit aufgezeigt.</p> <p>Detailbetrachtungen sowie zusätzliche Datenerhebungen werden erst im Genehmigungsverfahren durchgeführt.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p> <p>Für das potenzielle Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf ist festzustellen, dass eine Betroffenheit bzw. potenziell erhebliche Beeinträchtigung umliegender Vogelbrut- und Vogelrastgebiete mit nationaler/internationaler Bedeutung auszuschließen ist (vgl. S. 41 Umweltbericht). Der Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung Watten und Marschen - Elbe liegt in einer Entfernung von ca. 3.300 m vom Plangebiet.</p> <p>Die angenommenen Abstände zu den Brut- und Rastvogelgebieten werden im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und ggf. angepasst werden.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P047	P47.11	U, SO 09	<p>1.2.1 Ergänzung Vogel- und Fledermausschutz</p> <p>In dem ergänzenden Umweltbericht 2014 für Windenergie, wird nach wie vor eine unvollständige Auswertung des Vorranggebietes Osten-Isensee zugrunde gelegt. Nach Auswertung einer aktuellen ornithologischen Untersuchung ergibt sich folgender Sachverhalt:</p> <p>Entgegen der Einschätzung der vorliegenden Voruntersuchung (Quelle 1), wurde eine Mehrzahl an schützenswerten Vogelarten in dem Bereich der geplanten Windkraftanlage in (Osten/Isensee) festgestellt (siehe Tabelle 1). Zu diesen schützenswerten Arten gehören eine Reihe von Rote Liste Arten, die in Niedersachsen als besonders oder streng geschützt gelten (siehe Quelle 2). Die in der Liste aufgeführten Arten wurden während der Brutsaison festgestellt, was auf eine wahrscheinliche Brut schließen lässt.</p>	<p>Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Für das potenzielle Vorranggebiet Osten-Isensee konnte lediglich das Brutvorkommen des Weißstorchs im Umfeld des Prüfbereichs festgestellt werden.</p> <p>Die angenommenen Abstände zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten werden im Umweltbericht zum Entwurf RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden.</p>	Teilweise zu berücksichtigen
P047	P47.12	U, SO 09	<p>(es folgt eine Tabelle zum Thema gefährdeter bzw. stark gefährdeter Arten im Umkreis des Bauvorhabens)</p> <p>Allein auf Grund dieser hier aufgelisteten Arten, ist die Errichtung eines Windparks in Bezug auf den Naturschutz fragwürdig und erlaubt den Rückschluss, dass die grundsätzlich erforderliche Umweltverträglichkeitsprüfung das Vorranggebiete Osten-Isensee als nicht geeignet einstuft.</p> <p>Zu den zuvor genannten vogelkundlichen Feststellungen werden derzeit weitergehende Untersuchungen vorgenommen und ihre Ergebnisse in fachgerechter Form nachgereicht.</p>	<p>Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Die angenommenen Abstände zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten werden im Umweltbericht zum Entwurf RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden.</p> <p>Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p>	Zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P047	P47.13	U, SO 09	Zudem ist zwingend das Vorkommen von Fledermäusen - regelmäßig von Anwohnern beobachtet - zu überprüfen, da auch diese Tiergruppe durch Windkraftträder besonders gefährdet sind (siehe Quelle 3).	Die in Deutschland und der Region vorkommenden Fledermausarten haben sehr unterschiedliche Lebensraumansprüche und Lebensweisen. Die überwiegende Zahl der Arten hält sich meist in bodennahen Luftschichten auf und ist somit nur einem geringen Kollisionsrisiko bzw. einem Risiko durch das Barotrauma durch WEA (Druckschwankungen in Rotorturbulenzen) ausgesetzt. Sechs Arten (beide Abendsegler, drei Pipistrellus-Arten und die Zweifarbfledermaus) bilden vor allem durch ihr saisonales Zugverhalten, die Abendsegler auch durch ihre Jagdflüge deutlich über Baumkronenniveau eine Risikogruppe. Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen der Fledermäuse bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.14	U, SO 09	1.3. Biotopverbund (Biotopvernetzung) Der Verweis im Entwurf des RROP auf „Natura 2000“ ist nicht ausreichend und die Anforderungen des BNatSchG 5 21 werden nicht umfänglich berücksichtigt.	Die Belange des Biotopverbundes werden durch die Prüfung des Kriteriums der Nationalen Lebensraumachsen berücksichtigt. Eine weitergehende Erhaltung und Entwicklung des Biotopverbundes gem. § 20 BNatSchG ist nicht Aufgabe der Regionalplanung. Nach geltendem Recht ist der Planungsträger der Raumplanung zu einer SUP verpflichtet, nicht jedoch zu weiteren Untersuchungen, die erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz sind. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P047	P47.15	U, SO 09	Die geforderten Kernflächen, Verbindungsflächen und Verbindungselemente sind nicht durch eine Erklärung von zu schützenden Teilen von Natur und Landschaft im Sinne des § 20 Absatz 2 des BNatSchG, durch planungsrechtliche Festlegungen, in Form von langfristigen vertraglichen Vereinbarungen oder andere geeignete Maßnahmen rechtlich gesichert, um so den Biotopverbund dauerhaft zu gewährleisten.	Die Belange des Biotopverbundes werden durch die Prüfung des Kriteriums der Nationalen Lebensraumachsen berücksichtigt. Eine weitergehende Erhaltung und Entwicklung des Biotopverbundes gem. § 20 BNatSchG ist nicht Aufgabe der Regionalplanung. Nach geltendem Recht ist der Planungsträger der Raumplanung zu einer SUP verpflichtet, nicht jedoch zu weiteren Untersuchungen, die erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz sind. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.16	U, SO 09	Es wird nicht beschrieben wie Unbeschadet des § 30 des BNatSchG die oberirdischen Gewässer einschließlich ihrer Randstreifen, Uferzonen und Auen als Lebensstätten und Biotope für natürlich vorkommende Tier- und Pflanzenarten erhalten werden.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig, voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVP (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergienutzung/Repoweringstandorte ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVP). Aktualisierungen verwendeter Daten, u. a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Maßnahmenplanungen sind erst im Rahmen des Anlagengenehmigungsverfahrens relevant. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.17	U, SO 09	Die erforderliche Weiterentwicklung von großräumigen Vernetzungsfunktion, die auf Dauer zu erfüllen sind, sind aus dem Entwurf des RROP nicht eindeutig zu entnehmen.	Die Belange des Biotopverbundes werden durch die Prüfung des Kriteriums der Nationalen Lebensraumachsen berücksichtigt. Eine weitergehende Erhaltung und Entwicklung des Biotopverbundes gem. § 20 BNatSchG ist nicht Aufgabe der Regionalplanung. Nach geltendem Recht ist der Planungsträger der Raumplanung zu einer SUP verpflichtet, nicht jedoch zu weiteren Untersuchungen, die erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz sind. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P047	P47.18	U, SO 09	Des Weiteren wird die auf regionaler Ebene geforderte Erhaltung bzw. Schaffung von Biotopen, in den von der Landwirtschaft geprägten Landschaften, mit den erforderlichen Vernetzung linearen und punktförmigen Elementen, insbesondere Hecken und Feldraine sowie Trittsteinbiotope, nicht in ausreichendem Maße berücksichtigt.	Die Belange des Biotopverbundes werden durch die Prüfung des Kriteriums der Nationalen Lebensraumachsen berücksichtigt. Eine weitergehende Erhaltung und Entwicklung des Biotopverbundes gem. § 20 BNatSchG ist nicht Aufgabe der Regionalplanung. Nach geltendem Recht ist der Planungsträger der Raumplanung zu einer SUP verpflichtet, nicht jedoch zu weiteren Untersuchungen, die erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz sind. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.19	SO 09	<u>2. Mindestabstände von Siedlungen</u> Die vorgeschlagene Fläche liegt unzulässig inmitten von Siedlungsgebiet. Der Ostener Stadtteil Isensee zeichnet sich durch eine zwar dünne, jedoch entlang von Straßen angeordnete, gestreute Siedlungsstruktur sowie weitere Siedlungssplitter aus. Der "Windpark" Osten-Isensee ist für eine Lage zwischen den Straßen Niederkögt und Zehntwege/Großes Wegfährels vorgeschlagen. Der Straßenzug Niederkögt bildet den Südrand des zusammenhängenden Siedlungsgebiets des Ortsteils Isensee. Der Straßenzug Zehntwege (inkl. der Häuser Großes Wegfährels 10, 12, 15 und 17) bildet eine dazu gehörende Streu-/ Splittersiedlung auf halbem Wege zwischen Isensee und den Ortssteilen Osten-Achthöfen und Oberndorf-Niederstrich. Das Zugrundelagen von 500 m - Mindestabständen zu vermeintlichen Einzelhaus- bzw. Einzelhoflagen ist angesichts dieses Siedlungsscharakters nicht statthaft, sondern es sind die planungsüblichen 1000 m (z.T. 1200 oder 1500 m) Mindestabstand zu Siedlungen einzuhalten. Damit ist eine Windindustriefläche an dem vorgeschlagenen Standort nicht möglich.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.20	SO 09	Der bisher geplante Mindestabstand von 500 Metern zu unserem Wohnhaus sowie zu den Nachbarhäusern der Streusiedlungen in den Straßenzügen Zehntwege/Großes Wegfährels und Niederkögt/Kleines Wegfährels ist bau- und planungsrechtlich nicht haltbar und dürfte einer rechtlichen Überprüfung nicht standhalten. Er entstammt lediglich einer politischen Beschlussfassung über einen sog. Kriterienkatalog für das RROP und ist nicht rechtsverbindlich.	Der Mindestabstand von 500m stellt einen Vorsorgeabstand dar, der über die gesetzlichen Forderungen hinaus geht. Im Genehmigungsverfahren nach BImSchG müssen zudem alle Anlagen die immissionsschutzrechtlichen Abstände einhalten.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.21	SO 09	Selbst bei Wohngebäuden in Einzellage ist nach einschlägiger Rechtsprechung ein Abstand von mindestens der dreifachen oder 3,5-fachen Gesamthöhe der Anlagen (inkl. Rotorblättern) einzuhalten. Dieser übersteigt bei Windkraftanlagen der heutigen, höheren Bautypen die 500 m erheblich und dürfte eher bei 750 m liegen. Bei Siedlungen, auch Streusiedlungen und Siedlungssplittern, sind mindestens 1000 m Abstand einzuhalten. Als solche Siedlungen gelten, wie oben dargestellt, auch die Straßenzüge Niederkögt und Zehntwege, sodass hier dieser Abstand zugrunde zu legen ist. (Im Landkreis Emsland, in dem Windenergie wirtschaftlich ebenfalls eine starke Rolle spielt, besteht eine Vorgabe von 800 m Mindestabstand auch zu Einzelhäusern, um die Rechtsposition des Kreises im Falle eventueller Widersprüche und Klagen von vornherein zu stärken)	Der in der gängigen Rechtsprechung geforderte Mindestabstand aufgrund der bedrückenden Wirkung von Windkraftanlagen wird durch die festgelegten Tabuzonen eingehalten, darüber hinaus wurde vom Landkreis Cuxhaven der Mindestabstand aus Vorsorgegründen zusätzlich erhöht. Im Genehmigungsverfahren nach BImSchG werden zudem Grenzwerte aus immissionsschutzrechtlicher Sicht geprüft.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.22	SO 09	Für den Fall der Beibehaltung des nicht vertretbaren 500 m Mindestabstands im RROP kündigen wir hiermit bereits Nachbarklagen und die Sammelklage unserer Straßengemeinschaft an. Diese dürfte nach Einschätzung namhafter Planungsrechtler sehr erfolgversprechend sein.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P047	P47.22	SO 09	<p><u>3. Gesundheitliche Auswirkungen</u></p> <p>Die erheblichen Schallauswirkungen, die Infraschalleinflüsse und die täglich langen Schlagschattendauern durch die Windenergieanlagen auf unser Haus bei so geringen Entfernungen, wie im Entwurf vorgeschlagen, sind nicht zumutbar und nicht hinzunehmen. Sie werden infolge bestehender Schutzvorschriften und angesichts bisheriger Rechtsprechung zu diesem Aspekt umfangreiche, tageszeitliche Abschaltungen der Anlagen zur Folge haben müssen (siehe z.B. Entscheidungen des OVG Oldenburg aus jüngerer Zeit).</p>	<p>Eine Ausweisung einer Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.23	U, SO 09	<p>Die gesundheitlichen Auswirkungen durch Schall und Schlagschatten auch in den ggf. zulässigen, tageszeitlich stark eingeschränkten Laufzeiten der Windkraftanlagen sind im Rahmen der Umweltprüfung zum RROP oder anderweitig weitergehend zu untersuchen (vgl. medizinische Studien der Universität Kiel, u.a.) und dürften zu zusätzlichen Restriktionen für die Anlagen, Schutzmaßnahmen für betroffene Wohnbevölkerung, Entschädigungen bei nachgewiesenen Gesundheitsschädigungen u.a. führen.</p>	<p>Die Risiken für den Menschen durch die Windenergienutzung sind bereits in großem Umfang bekannt und in Rechtsvorschriften umgesetzt. So regelt die Technische Anlage Lärm (TA-Lärm) das für verschiedene Nutzungen zumutbare Maß der Immissionsbelastung durch Lärm und Licht. Mit dem im Regionalplan festgesetzten Siedlungsabstand von 420 m (Ortschaften und sonst. wohnbauliche Nutzung) bzw. 1.000 m (für Siedlungsflächen und z. B. Einzelhäuser) ergibt sich dabei im Regelfall eine Unterschreitung der TA-Lärm-Werte für allgemeine Wohngebiete. Eine optische bedrängte Wirkung ist bei einem Abstand von zweifacher Gesamthöhe oder weniger zwischen WEA und Siedlungsbereichen gegeben (OVG Nordrhein-Westfalen, 8 A2764/09). Die höchste bekannte WEA im LK Cuxhaven hat eine Gesamthöhe von 210 m, so dass ein Abstand von 420 m aufzufassen ist. Ebenso spielt nach aktueller Rechtsprechung die optischen Bedrängung durch WEA bei einem 1.000 m Abstand keine Rolle mehr. Lediglich beim Schattenwurf kann es auch bei diesen Abständen zu erheblichen Belästigungen kommen. Dies ist aber erst festzustellen, wenn Anlagenstandorte und deren Bauhöhen bekannt sind.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				<p>Im Falle erheblicher Beeinträchtigungen durch die "astronomisch maximal mögliche Beschattungsdauer" von mehr als 30 Stunden pro Jahr oder mehr als x 30 min je Tag (dies entspricht einer tatsächlichen Beschattungsdauer von etwa 8 Stunden pro Jahr) legt die Genehmigungsbehörde Abschaltzeiten fest.</p> <p>Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig, voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergienutzung/Repoweringstandorte ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven.</p> <p>Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	
P047	P47.24	SO 09	<p><u>4. Wertminderung</u></p> <p>Durch die Windenergieanlagen wird eine starke Beeinflussung unseres Grundstückes erzeugt, so dass die heutige Qualität unseres Eigentum grundlegend negativ verändert wird. Was zur Folge hat das eine Veräußerung unseres Eigentums nur erheblich unter Wert möglich wäre, daher würden wir die entsprechende Wertminderung bei den Verursachern der eingetretenen Entwicklung (Kreis, Betreiber, Landwirte) einklagen. Urteile in vergleichbaren Fällen aus anderen Regionen Deutschlands lassen entsprechende Klagen, die auch aus unserer Nachbarschaft in größerer Zahl zu erwarten sind, als durchaus erfolgversprechend erscheinen.</p>	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch.</p> <p>Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.25	SO 09	<p>Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde Osten haben bereits im Sommer/Herbst 2009 eigenständig eine Einwohnerbefragung der Ostener Bevölkerung durchgeführt. Hierbei sind über 800 Unterschriften gegen die Ansiedlung eines Windparks auf dem Gebiet Osten / Isensee geleistet worden. Im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Wahlberechtigten entspricht dies einem Votum von mehr als 50 %.</p> <p>Die Unterschriften wurden der Gemeindevertretung sowie dem Landrat/dem Kreistag überreicht und sind weiterhin als Votum zu respektieren.</p>	<p>Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P047	P47.26	SO 09	Die vom 5. - 8. August 2010 nun von der Gemeinde Osten gemäß Niedersächsischer Gemeindeordnung durchgeführte Bürgerbefragung aller Bürgerinnen und Bürger der Gemeinde hatte ein deutliches Votum von 81,8 % gegen die Ausweisung einer Fläche für Windenergieanlagen im Gebiet von Osten-Isensee ergeben. Diese klare demokratische Entscheidung der Bürger der Gemeinde Osten gegen Windkraftenergieanlagen auf dem Gemeindegebiet, kann kreisseitig und kommunalpolitisch nicht übergangen werden.	Eine Bürgerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.27	SO 09	Zusammenfassend ergibt sich der Eindruck, dass der Entwurf des RROPs Vorrangflächen für Windenergie 2014, in seiner Aufstellung und Ausweisung von Vorrangflächen für die Windenergie nicht nach einheitlichen und nachvollziehbaren Kriterien aufgestellt wurde. Diese müssen allgemeine Gültigkeit besitzen. Ausnahmen von der Allgemeingültigkeit im RROP-Entwurf festzuschreiben wird mit hoher Wahrscheinlichkeit später vor Gericht keinen Bestand haben, da es in dieser Richtung bereits eine Vielzahl von eindeutigen Urteilen gibt. Dieser Sachverhalt wurde bereits dem Grundsatzpapier des BUND RROP 2014 "Neuaufstellung Teilbereich Windkraft" aus Juli 2014 dargelegt.	Dem RROP Entwurf 2014 liegen sehr wohl einheitliche, auf das gesamte Kreisgebiet gleich angewendete Kriterien zugrunde.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.28	SO 09	In diesem Papier, welches dem Kreis Cuxhaven vorliegt, wurde auf diverse weitere Fehler bei der Aufstellung des RROPs Vorrangflächen für Windenergie 2014 hingewiesen. Diese sind in Teilen so erheblich, dass durch den BUND darauf verwiesen wird, dass die jetzige Auslegung des Entwurfs mit schweren Abwägungsfehlern behaftet ist und der Entwurf zurückgenommen und überarbeitet werden sollte. Es wird darauf verwiesen, dass eine erforderliche Abwägung zur Ausweisung von Vorrangflächen für Windenergie offensichtlich nicht stattgefunden hat, was bundesweit von Gerichten nicht akzeptiert wird.	Eine Abwägung hat im Entwurf des RROP 2014 sehr wohl nach einheitlichen Kriterien stattgefunden. Die Einwendungen des BUND werden an entsprechender Stelle abgewogen.	Nicht zu berücksichtigen
P047	P47.29	SO 09	Dieser Umstand ist ein Beleg dafür, dass die in dieser Stellungnahme dargestellten Einwände bei der Auswahl des Vorranggebietes Osten-Isensee als Windenergieflächen nicht ausreichend berücksichtigt bzw. beachtet wurden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P047	P47.30	SO 09	Endgültig ergibt sich die Situation, welche aus rechtlichen und fachlichen Gründen (sog. Harte Faktoren) und reinen menschlichen, demokratischen Beweggründen (sog. weiche Faktoren), nur dazu führen kann, dass die Vorrangfläche für Windenergie Osten - Isensee nicht im Entwurf bzw. dem endgültigen Regionale Raumordnungsprogramm verbleiben kann, sondern aus diesem zu streichen ist. Sollte widererwartend doch eine Aufnahme des Vorranggebietes erfolgen, sehen wir es als unausweichlich an gegen diese Entscheidung rechtliche Schritte einzuleiten. Welche wir als Sammelklage mit allen Betroffenen anstreben werden.	Aus Sicht des Landkreises wurde der rechtlich geforderte Abwägungsprozess fehlerfrei durchgeführt. Das Vorranggebiet Osten-Isensee entspricht den einheitlichen Kriterien.	Nicht zu berücksichtigen
P048	P48.01	SO 14	In dem Entwurf vom Juni 2014 des RROP ist angrenzend an die bereits im RROP 2012 ausgewiesene Windvorrangzone Kirchwistedt, in der Gemarkung Ahe (Gemeinde Beverstedt), eine Fläche für Windkraftanlagen vorgesehen. Wir sind Eigentümer in dieser Fläche und möchten Ihnen mitteilen, dass wir die Absicht dieses Gebiet als Vorranggebiet für Windenergie auszuweisen sehr begrüßen. Wir bitten daher die im Entwurf dargestellten Flächen in der Gemarkung Ahe in der im Entwurf vorgesehenen Form als Vorranggebiet auszuweisen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P049	P49	SO 9	Siehe Stellungnahme P32.01-04	Siehe Stellungnahme P32.01-04	Siehe Stellungnahme P32.01-04
P050	P50.01	SO 31	Hiermit spreche ich mich ausdrücklich gegen die Ausweisung des Gebietes Osten-Isensee als Vorranggebiet für Windenergie aus.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P050	P50.02	SO 31	In der Gemeindeabstimmung haben sich 81,3% der Ostener gegen die Ansiedlung von Windrädern ausgesprochen. Ich bitte dies zu berücksichtigen.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P50.03	SO 31	In der erneuten Ausweitung hat sich nichts zum positiven verändert. Jetzt soll der Mindestabstand nur noch lediglich 500m betragen. Ich halte dies für unverantwortlich den Bewohnern der Siedlung gegenüber, die übrigens nicht aus "Einzelhäuser" besteht.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Das Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht den selben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Gemeinden. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen stattfinden dürfen, eher hinnehmen muss. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung einer Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Nicht zu berücksichtigen
P050	P50.04	SO 31	Ich halte es ebenso für unverantwortlich für die Region, in der Nähe der Ostener Schwebefähre Windräder zu errichten, zumal auch der Gemeinderat Ostens dieser Ansicht ist. Ist es möglich, dass der Kreis sich über die Gemeinde hinweg setzen kann? Dies widerspricht meinem demokratischen Verständnis.	Gemäß der Stellungnahmen des Landesamtes für Denkmalpflege und der unteren Denkmalschutzbehörde sind keine wesentlichen Beeinträchtigungen auf die Schwebefähre aufgrund des Abstandes von 2900 m zu befürchten. Im Bereich der Regionalplanung verfügt der Landkreis Cuxhaven über eine eigene Planungshoheit, durch die er im Rahmen geltender Gesetze einheitlich die Windenergie im gesamten Landkreis steuern kann.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P050	P50.05	SO 31	Als an Flora und Fauna interessierte Bürger halte ich gerade dieses ausgewiesene Gebiet für ungeeignet, da durch meine eigene Beobachtung vielerlei schützenswerte Tierarten und Pflanzen dort existieren. Unter anderem nistet ein Rohrweihenpaar dort. Die letzten Kibitze, soweit sie nicht schon durch die Monokultur der Landwirtschaft vernichtet worden sind, haben hier ihre Heimat.	Seitens des Einwenders werden die schützenswerten Tier- und Pflanzenarten nicht näher spezifiziert. - Innerhalb der Potenzialflächen 009 und 139 nach dem Entwurf 2014 bzw. der Potenzialflächen 008 und 122 nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms - einschließlich eines 1.000 m-Puffers zu diesen Flächen - ist hier kein Vorkommen der Rohrweihe bekannt. - Der angesprochene Bereich gehört zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung bzw. zu Gastvogellebensräumen mit potenzieller Bedeutung; aktuelle Erfassungen und Bewertungen liegen hier nicht vor. Auch im Hinblick auf die Fledermäuse ist die Datengrundlage unzureichend. Von daher kann der Einwendung im Hinblick auf den Untersuchungsbedarf gefolgt werden. Es kann derzeit jedoch nicht die Aussage getroffen werden, dass im angesprochenen Bereich ein Vorranggebiet Windenergienutzung naturschutzfachlich und -rechtlich nicht möglich ist.	Nicht zu berücksichtigen
P050	P50.06	SO 31	Ist das Planungssoll für die Ausweitung von Vorranggebieten nicht schon bereits erfüllt? Muss es wirklich noch ein weiteres, von der dortigen Bevölkerung nicht gewünschtes, Gebiet sein?	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Nicht zu berücksichtigen
P050	P50.07	SO 31	Ich bitte nachdrücklich darum, den Willen der Bevölkerung politisch umzusetzen!	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P051	P51	SO 11	In dem Entwurf von Juni 2014 des RROP ist angrenzend an den Windpark Heerstedt-Lohe, in der Gemarkung Wollingst (Gemeinde Severstedt), eine Fläche für Windkraftanlagen vorgesehen. Wir sind Eigentümer in dieser Fläche und möchten Ihnen mitteilen, dass wir die Absicht dieses Gebiet als Vorranggebiet für Windenergie auszuweisen sehr begrüßen. Wir bitten Sie daher die im Entwurf dargestellte Fläche in der Gemarkung Wollingst in der im Entwurf vorgesehenen Form als Vorranggebiet auszuweisen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P052	P52.001	SO 9	im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie riefen Sie in der amtlichen Bekanntmachung vom 12.12.2013 dazu auf, mit Vorschlägen und Anregungen am Aufstellungsverfahren mitzuwirken und u. a. zu bereits eingeleiteten Planungen zu informieren. Hierzu haben wir mit Schreiben vom 16.01.2014 Stellung genommen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P052	P52.002	SO 9	Der nun vorgelegte Entwurf des RROP 2014 für den LK Cuxhaven weist das Vorranggebiet für Windenergie Geversdorf/Oberndorf mit einer Fläche von 110,29 ha (im Umweltbericht 115,3 ha) aus. Es handelt sich dabei um die Neufestlegung eines der 4 größten Vorranggebiete im Landkreis Cuxhaven. In diesem Zusammenhang wird im vorliegenden Entwurf nicht ausreichend deutlich, dass hier gemeinsam mit dem Landkreis Stade einer der größten Windparks an der Küste mit 27 Anlagen á 186m auf 214 ha errichtet werden soll (s. RROP 2013 LK Stade). Kumulative Wirkungen bleiben gänzlich unberücksichtigt.	Die kumulative Wirkung der Windparks auf dem Gebiet des Landkreises Stade und des Landkreises Cuxhaven wird im Rahmen der Umweltberichtes sowie im späteren Genehmigungsverfahren behandelt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.003	SO 9	Das im Entwurf des RROP 2014 ausgewiesene Vorranggebiet für Windenergiegewinnung Geversdorf/Oberndorf befindet sich: • in einem Abstand von 500 m von unserem Grundstück/Wohngebäude. Die Ortslage Oberndorf-Bentwisch wurde bei der Ausweisung verkannt	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Der gesamte Bereich rund um die ausgewiesene Fläche wurde zu Fuß intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von maximal 6-7 Häusern festgestellt werden. Diese Einschätzung wird ebenfalls von den Vertretern der Samtgemeinde sowie der Politik geteilt.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.004	SO 9	• in einem ökologisch sensiblen Bereich der Ostemarsch mit u. a. einem angrenzenden FFH-Gebiet (Oste), dem Naturschutzgebiet (Schnook), der Oste als Vogelzugleitlinie.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.005	SO 9	Im Projektgebiet sind Vogelbrutgebiete mit lokaler und landesweiter Bedeutung, es ist Gastvogellebensraum mit landesweiter Bedeutung. Die Ostemündung ist als bedeutende Zugvogel-Drehscheibe bekannt. Das Gebiet ist sowohl Seeadler- als auch u.a. Weißstorchhabitat mit hoher Landschaftsästhetik. Mit diesen Merkmalen bildet es außerdem einen bedeutenden Korridor zu den Elbemarschen mit dem EU-Vogelschutzgebiet Untereibe.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.006	SO 9	Das Vorkommen streng geschützter Fledermausarten ist hier bedeutend.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.007	SO 9	Zu erwähnen sind u. a. die angrenzenden Vorrang- und Vorbehaltsflächen für Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung.	Im aktuell gültigen Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen und im aktuell gültigen Regionalen Raumordnungsprogramm Landkreis Cuxhaven sind keine Vorrang- und Vorbehaltsgebiete Grünlandbewirtschaftung, -pflege und -entwicklung im angesprochenen Bereich dargestellt. Möglicherweise bezieht sich die Einwendung auf eine frühere Fassung.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.008	SO 9	Aus diesen Gründen wurde der geplante Standort bisher aus naturschutzfachlicher und landschaftspflegerischer Sicht abgelehnt (s. Stellungnahmen der Unteren und Oberen Genehmigungsbehörden bei früheren RROP Verfahren zur geplanten Ausweisung der Vorrangfläche).	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.009	SO 9	Es ist nicht nachzuvollziehen, dass die abschlägigen Entscheidungen der Unteren und Oberen Naturschutzbehörden früherer Verfahren bei der Planung keine Berücksichtigung fanden und finden, obwohl die zu berücksichtigenden naturschutzfachlichen Belange nachweislich mehr und deutlicher geworden sind (s. auch Entwicklung der bestehenden Ausgleichsfläche am Moorstrich für die noch-bestehenden 6 Windräder am Wetterdeich).	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.010	SO 9	Die beigefügte Grafik (s. Anlage) skizziert den naturschutzfachlichen Sachverhalt: Das ausgewiesene Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf ist von mehreren Schutzgebieten direkt umgeben. Der Schutzzweck jedes einzelnen Gebietes, aber insbesondere Ihre Vernetzung ist hierbei zu berücksichtigen.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.011	SO 9	Die ausgewiesene Vorrangfläche in der Osteniederung ist Brut- und Gastvogellebensraum, Nahrungshabitat, Überfliegsraum etc. Aus artenschutzrechtlichen Gründen (u. a. Seeadler, Weißstorch, Rohrweihe, Mäusebussard, Klebt, Turmfalke, Wachtel, Waldohreule, Feldlerche, Graugans, Fledermäuse) ist das Gebiet von Windenergie freizuhalten.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.012	SO 9	Der Entwurf des RROP 2014 setzt die Oste mit einem Abstand von 750m als westliche Grenze des Betrachtungsraumes fest. Im Gegensatz dazu ist dieser Fluss mit seinem gesamten Einzugsgebiet allerdings als zentraler Dreh- und Angelpunkt der Vernetzung und Verdichtung benachbarter Naturräume anzusehen und damit deutlich stärker zu gewichten. Eine sektorale Betrachtung derartiger Kriterien ist dem heutigen Stand der Kenntnis nicht angemessen.	Das weiche Kriterium "Oste und Puffer 750 m", das bei der Erarbeitung des Entwurfs 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms noch zugrunde gelegt worden ist, ist entfallen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.013	SO 9	Die obige kurzgefasste Charakterisierung des relevanten Gebietes ist dem Landkreis Cuxhaven aufgrund diverser vorliegender Gutachten hinlänglich bekannt. Die Ausweisung als neues Vorranggebiet für Windenergiegewinnung im Entwurf des RROP 2014 ist nicht nachzuvollziehen und u. E. vollzugsunfähig.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	zu berücksichtigen
P052	P52.014	SO 9	<u>Änderung aufgrund der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts - Der Windenergie wird substanziiell Raum verschafft</u> Das Ziel der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie ist, das RROP 2012 der aktuellen Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts anzupassen. Der transparente Abwägungsprozess bei der Festlegung der „harten und weichen Tabuzonen“ hat dabei eine besondere Bedeutung, ebenso der Nachweis, der Windenergienutzung „substanziiell Raum zu verschaffen“. Nach § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB können privilegierte Vorhaben (Windparks) an bestimmten Stellen im Planungsraum ausgeschlossen werden, wenn ihnen an anderer Stelle „substanziiell Raum verschafft“ wird. Nach obergerichtlicher Rechtsprechung gelten 0,5 bis 1,2 % der Fläche für Windeneigeanlagen an der Gesamtfläche des Planungsraums als ausreichender Anteil (Anforderungen an die Ermittlung harter Tabuzonen und an "der Windenergie in substanziieller Weise Raum verschaffen". (Wilhelm Söfker, UAN., Hannover).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P052	P52.015	SO 9	Das Landesraumordnungsprogramm hatte gefordert, im LK Cuxhaven 300 MW vorzuhalten. Vor Inkrafttreten des RROP 2012 waren bereits 450 MW installiert. Das RROP 2014 zeigt auf, dass alleine durch das geplante Repowering an den vorhandenen Standorten (1,1 %), ohne die Ausweisung neuer Vorranggebiete, der Windenergie im LK Cuxhaven in einem mehr als ausreichenden Maß substanziiell Raum verschafft wird. Von einer 'Verhinderungsplanung' kann nicht die Rede sein.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.016	SO 9	Der Begründung / Erläuterung des RROP 2014 auf Seite 18 ist zu entnehmen: "... Insgesamt ergeben sich 22 Vorranggebiete Windenergienutzung mit einer Gesamtfläche von 1.502,63 ha. Dies sind 0,73 % bezogen auf die gesamte Landkreisfläche. Werden die bauleitplanerisch gesicherten bestehenden Windparks, die nach Ziffer 10 ... einem Repowering zugänglich sind (dies sind 2.350,94 ha), miteinbezogen, beträgt der Anteil 1,87 % der gesamten Landkreisfläche ..." Für die Neu-Ausweisung des Vorranggebietes „Geversdorf/Oberndorf“ im hoch-sensiblen Bereich der Osteniederung besteht also keine Notwendigkeit.	siehe P52.015	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.017	SO 9	Harte und weiche Tabuzonen - Ausschlusskriterien nicht entsprechend der NLT Empfehlung angepasst Der Kreisausschuss hatte in seiner Sitzung am 26.03.2014 einen Kriterienrahmen bestehend aus sog. harten und weichen Tabuzonen beschlossen, der zuvor im Ausschuss für Regionalplanung und Wirtschaft des LK Cuxhaven am 16.01.2014 vorgestellt und beschlossen wurde. Der Landkreis Cuxhaven hatte sich entschieden, Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können, zur Vermeidung schwerer Abwägungsfehler wie weiche Tabuzonen zu behandeln. Dies trifft besonders auf die Ausschlusskriterien im Bereich Natur und Landschaft zu (RROP 2014 - Entwurf - Begründung/Erläuterung S. 9). Zudem wurde der Kriterienkatalog des RROP 2012 vollständig übernommen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P052	P52.018	SO 9	Die so beschlossenen Puffer liegen sämtlich wesentlich unter den der aktuell vom Niedersächsischen Landkreistag in Abstimmung mit der Nds. Landesregierung empfohlenen Abstände (NLT 2014: Regionalplanung und Windenergie).	Die vom NLT in der Arbeitshilfe Regionalplanung und Windenergie benannten Abstände und Puffer sind nur Empfehlungen, keine rechtlichen Vorgaben. Bei der Erarbeitung der Kriterien sind rechtliche Vorgaben sowie Expertenmeinungen eingeflossen. Das Naturschutzamt des Landkreises war in diesen Prozess stets eingebunden.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.019	U, SO 09	Als Anlage sind ausgewählte Kriterien gegenübergestellt. Der Umweltbericht - Teil C vom 05.06.2014 basiert somit auf den "veralteten" Kriterien, daher ist die Bewertung der Umweltauswirkungen in Zweifel zu ziehen. Dies gilt insbesondere, wenn zudem die Prognosen ohne Berücksichtigung der aktualisierten Untersuchungsergebnisse und der kumulierenden Wirkung von Schutzgebieten getroffen werden.	Gemäß LROP Niedersachsen sind für die Nutzung von Windenergie geeignete raumbedeutsame Standorte zu sichern und unter Berücksichtigung der Repowering-Möglichkeiten in den RROP als Vorranggebiete (§8 Abs. 7 Nr. 1 ROG) oder Eignungsgebiete (§8 Abs. 7 Nr. 3 ROG) für Windenergienutzung festzulegen (LROP, Abschnitt 4.2 Energie, Ziffer 04, Satz 1). Das RROP wird einerseits durch das LROP sowie andererseits durch die verschiedenen zu beachtenden fachrechtlichen Regelungen, beispielsweise das Immissionsschutz-, Bau- und Naturschutzrecht, und die dazu ergangene Rechtsprechung begrenzt. Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung beinhaltet die Anwendung von Tabubereichen (weiche/harte), in denen die Errichtung und der Betrieb von WEA z. B. aus naturschutzfachlichen oder rechtlichen Gründen abzuwägen oder ausgeschlossen ist. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Die im Rahmen der SUP zu bewertenden kumulativen Umweltwirkungen nach Anhang I der Richtlinie über die Prüfung der Umweltauswirkungen bestimmter Pläne und Programme (RL 2001/42 EG) wurden im Umweltbericht dargestellt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				Die Bewertung der kumulativen Umweltwirkungen ist für FFH- und Vogelschutzgebiete gesetzlich vorgeschrieben. Die vorläufigen Ergebnisse sind den Vorprüfungen der FFH- und Vogelschutzgebiete zu entnehmen. Im Rahmen der Vorprüfung der FFH- und Vogelschutzgebiete konnten die kumulativen Wirkungen erheblicher Beeinträchtigungen nicht vollständig ausgeschlossen werden und sind im Genehmigungsverfahren weiterführend zu betrachten. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	
P052	P52.020	U, SO 9	Bzgl. des Vorranggebietes "Geversdorf/Oberndorf" ist daher die FFH-Gebietsvorprüfung für das FFH-Gebiet "Untereibe" DE-2018-331 zweifelhaft.	Für Pläne (oder Projekte), die einzeln oder gemeinsam mit anderen Plänen ein Gebiet des Natura 2000-Netzes erheblich beeinträchtigen können, wird im § 34 BNatSchG die Prüfung der Verträglichkeit dieses Plans festgelegt. Die Aufgabe der FFH-Vorprüfung ist, den Bearbeitungsaufwand für unproblematische Vorhaben zu reduzieren, indem sie evidente Fälle ausscheidet. Die FFH-Vorprüfung erfolgt deshalb i.d.R. überschlägig anhand von vorhandener Unterlagen zum Vorkommen von Arten und Lebensräumen und anhand akzeptierter Erfahrungswerte zur Reichweite und Intensität von Beeinträchtigungen. Die vorläufigen Ergebnisse sind den Vorprüfungen der FFH- und Vogelschutzgebiete zu entnehmen. Im Rahmen der Vorprüfung der FFH- und Vogelschutzgebiete konnten die kumulativen Wirkungen erheblicher Beeinträchtigungen nicht vollständig ausgeschlossen werden und sind im Genehmigungsverfahren weiterführend zu betrachten. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.021	SO 9	Der geforderte Abstand zu Gewässern und Gewässerkomplexen > 10 ha von 1.200 m (NLT 2014) wird bei der Planung nicht berücksichtigt.	Die vom NLT in der Arbeitshilfe Regionalplanung und Windenergie benannten Abstände und Puffer sind nur Empfehlungen, keine rechtlichen Vorgaben. Bei der Erarbeitung der Kriterien sind rechtliche Vorgaben sowie Expertenmeinungen eingeflossen. Das Naturschutzamt des Landkreises war in diesen Prozess stets eingebunden.	
P052	P52.022	SO 9	Der Abstand zum FFH-Gebiet Oste bzw. der Oste beträgt für die Vorranggebiets-Teilfläche Geversdorf/Oberndorf unter 700 m und für die Vorranggebiets-Teilfläche Oederquart-Wetterdeich unter 1.000 m.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.023	U, SO 09	Die Oste ist unbestritten ein Leitkorridor des Vogelzuges. Diese Tatsache sowie der Verlauf des FFH-Gebietes Unterelbe an der Oste und die Entfernung des Windenergiebereichs von nur 720m zu dieser Grenze des FFH-Gebiets neben 3 unmittelbar benachbarten Naturschutzgebieten etc, findet im Umweltbericht bzw. der FFH-Vorprüfung nicht die gebotene Beachtung.	In der Regel können die Leitkorridore des Vogelzuges nicht mit einem angemessenen Aufwand ermittelt werden. In diesem Fall sollten die aufgrund der naturräumlichen und topografischen Verhältnisse zu vermutenden Leitkorridore berücksichtigt werden. Als Leitkorridore des Vogelzuges sind insbesondere die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden großen Flüsse, wie die Oste, und ihre Auen anzusehen (vgl. NLT 2011). Entsprechende Untersuchungen zu Flugkorridoren und Zugvögeln werden im Zuge des Genehmigungsverfahrens durchgeführt. Die Prüfung der Natur- und Artenschutzbelange ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2012, Anhang I) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Das benachbarte FFH-Gebiet Unterelbe liegt im Umfeld von 500 m ausgehend von dem potenziellen Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf. Demzufolge wurde für das betreffende FFH-Gebiet eine FFH-Vorprüfung durchgeführt. Die Vorprüfung hat ergeben, dass für die Erhaltungsziele und den Schutzzweck voraussichtlich keine erheblichen Beeinträchtigungen zu erwarten sind (vgl. Umweltbericht Anhang II, S. 114). Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang, erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.024	U, SO 09	Dem bekannten NLT-Papier 2014 — Entwurf — Stand 21.01.2014 ist hierzu zu entnehmen: "Leitkorridore des Vogelzuges Hinweise auf Leitkorridore des Vogelzuges können sich aus der Lage bedeutender Gastvogellebensräume und aus den Informationen über großräumige Bewegungen zwischen Schlafplätzen von nordischen Gastvogelarten und Kranichen und deren Hauptnahrungsgebieten ergeben. Darüber hinaus können die Leitkorridore des Vogelzuges zumeist nicht mit einem angemessenen Aufwand ermittelt werden. In diesem Fall sollten die aufgrund der naturräumlichen und topografischen Verhältnisse zu vermutenden Leitkorridore berücksichtigt werden. Als Leitkorridore des Vogelzuges sind insbesondere die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden großen Flüsse und ihre Auen anzusehen. Die Kumulationswirkungen geplanter, bestehender, zugelassener und beantragter Anlagen auf die Leitkorridore des Vogelzuges sollten schon auf der vorgelagerten Planungsebene berücksichtigt werden."	Die küstennahen Gebiete, so auch große Teile des LK Cuxhaven, werden größtenteils breitflächig von Vogelzügen überquert. In der Regel können die Leitkorridore des Vogelzuges nicht mit einem angemessenen Aufwand ermittelt werden. In diesem Fall sollten die aufgrund der naturräumlichen und topografischen Verhältnisse zu vermutenden Leitkorridore berücksichtigt werden. Als Leitkorridore des Vogelzuges sind, wie in der Stellungnahme angemerkt, insbesondere die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden großen Flüsse, wie die Oste, und ihre Auen anzusehen (vgl. NLT 2011). Entsprechende Untersuchungen zu Flugkorridoren und Zugvögeln werden im Zuge des Genehmigungsverfahrens durchgeführt. In diesem Kontext werden auch die Austauschbeziehungen zwischen Schlaf- und Nahrungsplätzen untersucht. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.025	U, SO 09	<p>Belange des Artenschutzes hinreichend bekannt (keine artenschutzrechtlichen Ausnahmen)</p> <p>Zur Betrachtung der Belange des Artenschutzes hat die Untere Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven - gem. der Vorgaben des NLT 2014 - "verfahrenskritische Vorkommen planungsrelevanter Arten im Bereich des Regionalplans des Landkreises Cuxhaven" benannt (Umweltbericht —Teil C, 5. 166).</p> <p>Sofern ein Vorkommen dieser Vogelarten mit ihrem artspezifischen Mindestabstand innerhalb der Planfestlegung bekannt ist, ist daher i.d.R. von einer erheblichen Beeinträchtigung auszugehen.</p>	<p>Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Die angenommenen Abstände zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten werden im Umweltbericht zum Entwurf RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden.</p>	Teilweise zu berücksichtigen
P052	P52.026	U, SO 09	<p>Das Vorranggebiet „Geversdorf/Oberndorf“ ist hiervon vielfältig und umfänglich betroffen. Die zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen lautet daher "Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkung bei einem Kriterium (windenergieempfindliche Vogelarten) zu erwarten, sodass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden."</p>	<p>Für das potenzielle Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf wurden folgende windenergieempfindliche Vogelarten im Plangebiet oder im Umfeld identifiziert: Kiebitz, Weißstorch, Waldohreule, Rohrweihe und Seeadler. Die vom Stellungnehmer empfohlene Formulierung "Hinsichtlich der schutzgutbezogenen Beurteilung sind voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen bei einem Kriterium (windenergieempfindliche Vogelarten) zu erwarten, so dass die Umweltauswirkungen schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt werden" ist in identischer Formulierung in der zusammenfassenden Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen enthalten (vgl. Umweltbericht S. 43).</p> <p>Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein. Sofern von Belang erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.027	U, SO 09	Das Themenfeld Windenergie wurde im RROP 2012 mit der gleichen Methodik abgearbeitet wie im RROP 2004 und auch der Entwurf des RROP 2014 wurde ohne durchgängige Anwendung des in Teilen aktualisierten Landschaftsrahmenplans erstellt. Sowohl im Umweltbericht Teil C (s. 5. 6) wie auch im Angang 1 - Methodik (s. 5. 1) des Entwurfs des RROP 2014 wurde bei der Beschreibung des derzeitigen Umweltzustandes die in Teil B des Umweltberichtes RROP 2012 dargestellten Informationsgrundlagen zugrunde gelegt	<p>Eine Integration der Inhalte des LRP in RROPs sind nicht zwingend erforderlich. Für die Darstellung von Potenzialflächen für Windenergienutzung im LK Cuxhaven wurden die Informationen über Natur und Landschaft zu Teilen aus den LRP einbezogen. Das gilt beispielsweise für Informationen zum Landschaftsbild.</p> <p>Raumordnungspläne werden in Niedersachsen für zwei Planungsstufen aufgestellt. Das LROP regelt die großräumigen, d.h. die für das gesamte Land bedeutsamen Nutzungen. Es bildet gleichzeitig den Rahmen für die RROP, die auf den Festlegungen des LROP aufbauen, sie inhaltlich und räumlich konkretisieren und sie um regionale Aussagen ergänzen. Der Integration der LRP-Inhalte in die RROP wird in Niedersachsen eine große Bedeutung zugemessen. RROP bilden mit Landschaftsrahmen- und Landschaftsplan Planungspaare. Der LRP ist der zentrale Naturschutz-Fachplan in Niedersachsen (§ 10 BNatSchG / § 3 NAGBNatSchG). Die Planaussagen basieren auf einer zielorientierten Erfassung und Bewertung der Schutzgüter. Dazu gehören Auswertungen vorhandener Daten, die Luftbildauswertung sowie gründliche Kartierungen im Gelände.</p> <p>Die Darstellungen des LRP sollen in einer eigenen Arbeitskarte in die Gebietskategorien der Raumordnung (Vorranggebiete, Vorsorgegebiete etc.) übersetzt werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.028	U, SO 09	So wurden Umweltauswirkungen im Umfeld eines NSG auch nur dann prognostiziert, wenn "gem. der Informationen des NLWKN zu vorkommenden Arten im relevanten NSG windenergieempfindliche Arten benannte werden" (Umweltbericht Anhang 1 — Methodik 5. 4).	<p>Gemäß LROP Niedersachsen sind für die Nutzung von Windenergie geeignete raumbedeutsame Standorte zu sichern und unter Berücksichtigung der Repowering-Möglichkeiten in den RROP als Vorranggebiete (§8 Abs. 7 Nr. 1 ROG) oder Eignungsgebiete (§8 Abs. 7 Nr. 3 ROG) für Windenergienutzung festzulegen (LROP, Abschnitt 4.2 Energie, Ziffer 04, Satz 1). Das RROP wird einerseits durch das LROP sowie andererseits durch die verschiedenen zu beachtenden fachrechtlichen Regelungen, beispielsweise das Immissionsschutz-, Bau- und Naturschutzrecht, und die dazu ergangene Rechtsprechung begrenzt. Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung beinhaltet die Anwendung von Tabubereichen (weiche/harte), in denen die Errichtung und der Betrieb von WEA z. B. aus naturschutzfachlichen oder rechtlichen Gründen abzuwägen oder ausgeschlossen ist. "Harte" Auswahlkriterien für die Festlegung von Vorranggebieten werden beispielsweise in Bezug auf das Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt, insbesondere in Bezug auf Naturschutzgebiete, angewandt. Ein potenzielles WEG darf einen Mindestabstand von 200 m zu Naturschutzgebieten nicht unterschreiten.</p> <p>Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Dabei wird das Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten geprüft. Das Vorkommen der Gelege in Schutzgebieten ist dabei nicht relevant. Die Textpassage im Kapitel 2.2.2 wird im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 entsprechend überarbeitet und angepasst werden. Weiterführende Informationen zum methodischen Vorgehen sind dem Anhang I des Umweltberichtes zu entnehmen.</p>	Zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.029	U, SO 09	Eine Betrachtung des Schutzgutbereichs Fledermäuse konnte mangels Daten und Informationen gar nicht erfolgen.	Es liegen keine Daten vom LK Cuxhaven in Bezug auf das Vorkommen von Fledermäusen vor. Die Bedenken sind unbegründet. Die in Deutschland und der Region vorkommenden Fledermausarten haben sehr unterschiedliche Lebensraumansprüche und Lebensweisen. Die überwiegende Zahl der Arten hält sich meist in bodennahen Luftschichten auf und ist somit nur einem geringen Kollisionsrisiko bzw. einem Risiko durch das Barotrauma durch WEA (Druckschwankungen in Rotorturbulenzen) ausgesetzt. Sechs Arten (beide Abendsegler, drei Pipistrellus-Arten und die Zweifarbfledermaus) bilden vor allem durch ihr saisonales Zugverhalten, die Abendsegler auch durch ihre Jagdflüge deutlich über Baumkronenniveau eine Risikogruppe. Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.030	U, SO 09	Wie in 2012 soll im RROP 2014 die Berücksichtigung der strikten Regelungen des Menschutzes bewusst auf die Genehmigungsverfahren verlagert werden. Allgemein sollen die "erheblichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft in nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen erfasst werden" (Umweltbericht 5. 2).	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVP (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.031	U, SO 09	So wird auch bei der „Ermittlung des Bestandes und der Umweltauswirkungen des Standortes Geversdorf/Oberndorf im Umweltbericht S. 40ff bzgl. der hier vorhandenen windenergieempfindlichen Vogelarten (Kiebitz, Weißstorch, Waldohreule, Rohrweihe und Seeadler) auf die Prüfung in nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebenen verwiesen.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Datenerhebungen im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.032	U, SO 09	Unerwähnt bleibt an dieser Stelle des Umweltberichts, dass im Rahmen des Genehmigungsverfahrens bereits diverse Gutachten erstellt wurden.	Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden weitere, für ein Gebiet speziell angefertigte Gutachten nicht berücksichtigt. Daneben würden weitere Gutachten weder zu einer anderen Ermessensgrundlage führen noch eine andere Einschätzung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für das potenzielle Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf bewirken. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.033	U, SO 09	Im Umweltbericht Anhang 1 — Methodik 5. 5 ist nachzulesen: ... Gemäß Hinweise des Nds. Landkreistages (2013 und 2014) ist es sinnvoll, auf der Ebene der Regionalplanung eine überschlägige Vorabschätzung der Artenschutzbelange vorzunehmen. Bei dieser Vorabschätzung sind insbesondere Interessenkonflikte mit sog. planungsrelevanten Arten mit einem signifikanten erhöhten Kollisionsrisiko zu berücksichtigen. Diese als "verfahrenskritisch" zu bezeichnenden Arten bedeuten in diesem Zusammenhang, dass in den späteren Planungs- und Zulassungsverfahren bei einer Betroffenheit dieser Arten möglicherweise keine artenschutzrechtlichen Ausnahmen nach §45 Abs. 7 BNatSchG erteilt werden darf. ..."	Die Regionalplanung konkretisiert die Landesplanung (LROP) auf der regionalen Ebene und legt die regional angestrebte räumliche Entwicklung fest. Im RROP wird die angestrebte räumliche und strukturelle Entwicklung der regionalen Planungsräume dargestellt. Die RROP werden aus dem LROP entwickelt. Dabei sind die im LROP für den Planungsraum enthaltenen konkreten Ziele der Raumordnung zu übernehmen bzw. näher festzulegen. Die unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen werden untereinander und gegeneinander abgestimmt und in Einklang gebracht. Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein. Es ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Die Beurteilung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände kann auf dieser Planungsebene jedoch nur eine vorläufige sein. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.034	SO 9	Um dieser misslichen Situation vorzubeugen ist der NLT-Arbeitshilfe (s. NLT/ML (2013): Regionalplanung und Windenergie. Stand 15.11.2013) hierzu zu entnehmen: "Liegen für einzelne Planungsräume so hinreichend genaue Daten vor, dass diese Kriterien bereits auf der Ebene der harten oder weichen Tabuzonen geprüft werden können, ist dies selbstverständlich zulässig. ..." Obwohl "hinreichend genaue Daten" vorliegen, hat der LK Cuxhaven, die Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf ausgewiesen.	Es ist zwar möglich einzelne Standorte herauszunehmen, dies ist jedoch zum einen politisch nicht gewollt und zum anderen würde dies dem einheitlichen Planungskonzept entgegenstehen.	Kenntnisnahme
P052	P52.035	SO 9	In diesem Zusammenhang ist auch das Urteil des OVG Lüneburg 12. Senat, Urteil vom 17.10.2013, 12 KN 277/11 zu berücksichtigen. Im Erläuterungsbericht des Urteils des OVG Lüneburg 12. Senat. Urteil vom 14.05.2014, 12 KN 29113 (112) wurde dem LK Cuxhaven mitgeteilt: ... Der Planungsträger kann in einer noch offenen und nicht abschließend geklärten Lage zur Vermeidung von Risiken auf die Ausweisung bestimmter Flächen als Vorranggebiete verzichten. Er ist nicht verpflichtet, von einer Ausweisung des Gebietes nur dann abzusehen, wenn er bereits auf dieser Planungsstufe erkennt, dass einem Vorhaben dort unüberwindbare Zulassungshindernisse entgegen stehen werden. Er kann sich vielmehr im Rahmen seiner Abwägung auf den Standpunkt stellen, dass eine Zulassung von Vorhaben jedenfalls erhebliche Hemmnisse und Risiken entgegen stehen würden, nicht hinreichend abschätzbar ist, ob und in welcher Weise diese Hindernisse ausgeräumt werden können, und schon diese Umstände zum Anlass nehmen, auf die Ausweisung des Gebiets zu verzichten, sofern er der Windkraftnutzung im übrigen hinreichend Raum gibt ..."	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.	Kenntnisnahme
P052	P52.036	SO 9	Die schriftliche Urteilsbekundung liegt dem LK Cuxhaven seit dem 04.06.2014 vor. Aufgrund der o. geschilderten Sachlage hätte der LK Cuxhaven auf die Ausweisung des Vorranggebietes 'Geversdorf/Oberndorf' im ökologisch hochsensiblen Bereich der Osteniederung demnach verzichten können.	Siehe P52.035	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.037	SO 9	<u>U. a. aus artenschutzrechtlichen Gründen von Windkraft freizuhaltenes Gebiet</u> Trotz der Ablehnung der Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf durch die Genehmigungsbehörden aufgrund naturschutzfachlicher Belange in vorangegangenen Verfahren, wurde die Fläche im RROP 2012 und jetzt im Entwurf des RROP 2014 ausgewiesen. Gemeinsam mit dem Landkreis Stade soll hier einer der größten Windparks an der Küste mit 27 Anlagen á 186 m auf 214 ha enichtet werden.	Die Versagung im Genehmigungsverfahren erfolgte aufgrund unvollständiger Unterlagen, nicht aufgrund naturschutzfachlicher Belange.	Kenntnisnahme
P052	P52.038	SO 9	Die Stellungnahmen im Genehmigungsverfahren verdeutlichten den Beteiligten bereits im Frühjahr 2013 das Vorliegen eines ökologisch hochsensiblen Bereichs der Osteniederung. Die diesbezüglichen Einwendungen und Stellungnahmen sind: 1. Unsere Einwendung zum Genehmigungsverfahren vom 22.09.2013	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.039	SO 9	2. Unsere Vorschläge und Anregungen im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie und Informationen u. a. zu bereits eingeleiteten Planungen mit Schreiben vom 16.01.2014.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.040	SO 9	3. Antrag auf Normenkontrolle wegen des RROP LK Cuxhaven beim OVG Lüneburg, Nds. OVG 12 KN 140/13. Mündliche Verhandlung vom 14.05.2014 vertagt	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.041	SO 9	4. Die Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörden des Landkreises Stade vom 7.8.2013 und des Landkreises Cuxhaven vom 16.8.2013 zur 7. F-Planändewng der SG Am Dobrock verdeutlichen unmissverständlich die großen naturschutzfachlichen Bedenken, die so auch im Genehmigungsverfahren geäußert werden. Die vorgebrachten Bedenken der Behörden sind dem Landkreis Cuxhaven bekannt und werden in diesem Schreiben nicht wiederholt.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.042	SO 9	5. Naturschutzfachliche Einwendungen zum geplanten Windpark Geversdorf/Oberndorf - Anmerkungen zum Arten- und Habitatschutz, Schreiber Umweltplanung, Bramsche, 2013. Dr. Schreiber hat das Gutachten im Auftrag der Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste gefertigt. Es liegt der Genehmigungsbehörde des LK Cuxhaven bereits vor.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.043	SO 9	6. Begutachtung der Anfragsunterlagen zum Windpark Geversdorf / Oberndorf im Landkreis Cuxhaven. Bosch & Partner, Hannover im Auftrag des LK Cuxhaven, Naturschutzamt März 2014. Es liegt der Genehmigungsbehörde des LX Cuxhaven bereits vor.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.044	SO 9	<u>Die naturschutzfachlichen Besonderheiten des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung "Geversdorf/Oberndorf" sind dem LK Cuxhaven bei der Aufstellung des Entwurfs des RROP 2014 hinlänglich bekannt</u> Die o. g. Stellungnahmen und Gutachten bestätigen die Besonderheiten des Gebietes. Insbesondere die "Begutachtung der Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf/Oberndorf im LK Cuxhaven" im Auftrag des Naturschutzamtes des LK Cuxhaven mit Stand März 2014 hätte u.E. die Planungsbehörde zum Anlass nehmen müssen, von einer Ausweisung des Vorranggebietes "Geversdorf/Oberndorf" im Entwurf des RROP 2014 Abstand zu nehmen, denn die Begutachtung ergab u.a. "in vielen Fällen das Eintreten eines artenschutzrechtlichen Verbotstatbestandes"	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.045	SO 9	<u>Storchennest auf unserem Grundstück wird regelmäßig besucht</u> In der Anlage sind Aufnahmen vom 16.04.2014 beigelegt. U.a. die Untere Naturschutzbehörde erhielt wiederholt Kenntnis von den Besuchen der Störche. Damit wird deutlich, dass die Vorrangfläche mitten im Nahrungs- und Brutgebiet der Störche ausgewiesen wurde.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P052	P52.046	SO 9	Siedlungsflächen / weiche Tabuzonen - Abstand zur Wohnbebauung Der Entwurf des RROP 2014 sieht für die weichen Tabuzonen der Siedlungsflächen folgende Puffer vor • Puffer um Ortslagen von insgesamt 1.000 m (md. der 420 m harte Tabuzone) • Puffer um sonstige wohnbauliche Nutzungen, z. B. Einzellagen von insg. 500 m (incl. der 420 m harte Tabuzone). Oberndorf-Bentwisch ist ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil von Oberndorf. Dies geht auch eindeutig aus den vorhandenen Ortsschildern hervor. „Ortstafeln in Deutschland sind nach Anlage 3 zu § 42 Abs. 2 stvo die Verkehrszeichen 310 und 311. sie sind ohne Rücksicht auf Gemeindegrenze und Straßenbaulast dort anzubringen, wo ungeachtet einzelner unbebauter Grundstücke die geschlossene Bebauung auf einer der beiden Seiten der Straße beginnt oder endet, Wikipedia.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Der gesamte Bereich rund um die ausgewiesene Fläche wurde zu Fuß intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von maximal 6-7 Häusern festgestellt werden. Diese Einschätzung wird ebenfalls von den Vertretern der Samtgemeinde sowie der Politik geteilt. Weitere Kriterien wie Ortsschilder oder die Historie sind für die Einstufung ohne Belang.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.047	SO 9	Aus der Zeit um 1775 ist bekannt, dass das Gut Bentwisch zum Kirchspiel Oberndorf gehörte. Die Adelsfamilie Bremer in Cadenberge besaß - neben dem Gut Bentwisch - mehrere Güter auf dem rechten Osteufer, weswegen hier auch eine Fähre u. a. zum Warentransport betrieben wurde. Später befand sich beim Gut auch eine Mühle. Unser Haus stammt aus dem Jahre 1786 und steht in unmittelbarer Nachbarschaft zum Gut Bentwisch.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P052	P52.048	SO 9	Bis in die 70er Jahre hatte Bentwisch eine eigene Infrastruktur (Schule, Gaststätten, Fähre etc.). Heute sind hier das Feuerwehrhaus, der traditionelle Schützenverein Bentwisch, der Brassen Club Bentwisch, Segelverein, Wohnmobilstellplatz, ÖPNV (regelmäßiger Busverkehr) sowie der Spielplatz, was die hier überwiegende wohnbauliche Nutzung unterstreicht. Auf der ca. 3 km langen Strecke am Ostedeich zwischen dem Neuenseer Schleusenfleth und der Oberndorfer Brücke stehen rund 50 Häuser. D.h. ca. alle 60 m ein Haus. Als historisch gewachsene Straßendortsiedlung sind die Häuser hier i.d.R. sehr alt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P052	P52.049	SO 9	Die Dichte der Bebauung in diesem Bereich verdeutlicht auch die Topographischen Karte, Blatt 2220 Cadenberge.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P052	P52.050	SO 9	Oberndorf-Bentwisch weist damit "in größerer Zahl bebaute Grundstücke in einem engen baulichen Zusammenhang" aus. Es ist ein im Zusammenhang bebauter Ortsteil von Oberndorf und somit eine Ortslage. Der in diesem Fall vorzusehende Abstand von 1.000 m zur Wohnbebauung wurde bei der Ausweisung des Vorranggebietes nicht beachtet.	Siehe P52.046	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.051	SO 9	<u>Schall- und Schattenwurfgutachten liegen vor / kumulierende Wirkung des landkreisübergreifenden Windparks bleibt unberücksichtigt</u> "Das Vorranggebiet "Geversdorf/Oberndorf" steift eine Erweiterung eines bestehenden Windparks im unmittelbar angrenzenden Landkreis Stade dar", heißt es im Entwurf des RROP 2014 für den LK Cuxhaven. Das Vorranggebiet "Oederquart-Wetterdeich" wurde im RROP 2013 für den LK Stade neu festgelegt. Der Umweltbericht des RROP LK Stade spricht von einer "Verschiebung" des Altstandortes Wetterdeich. Während auf dem Altstandort auf einer Fläche von 16 ha die installierten 6 Anlagen (ca. 70 m Höhe, insgesamt 6,8 MW) Bestandschutz haben, soll das sich in südöstliche Richtung direkt angrenzende neue Vorranggebiet 112 ha mit 14 Anlagen á 186 m und insgesamt 42 MW umfassen. Es grenzt damit unmittelbar an die Vorrangfläche Windenergienutzung Geversdorf/Oberndorf des Landkreises Cuxhaven - wobei eine der 13 hier geplanten Anlage auf dem Gebiet des Landkreises Stade liegt - und bildet somit einen gemeinsamen landkreisübergreifenden Windpark mit 27 Anlagen 186 m auf 214 ha.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P052	P52.052	SO 9	Bei der "abgeschichteten Vorgehensweise in verschiedenen Prüfschritten" wurde bei der Festlegung des Vorranggebietes nicht auf die kumulative Wirkung eingegangen.	Die kumulative Wirkung der Windparks auf dem Gebiet des Landkreises Stade und des Landkreises Cuxhaven wird im Rahmen der Umweltberichtes des Entwurfs 2015 sowie im späteren Genehmigungsverfahren behandelt.	Kenntnisnahme
P052	P52.053	SO 9	Für das Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf liegen bereits die errechneten Werte aus den Schall- und Schattenwurfgutachten des Genehmigungsverfahrens vor. In einem Umkreis von 500 bis 1.000 m um die Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf - Oederquart-Wetterdeich befinden sich ca. 150 Wohngebäude. Der Grenzwert der TA-Lärm für allgemeine Wohngebiete und Kleinsiedlungsbereiche (nachts 40 dB(A)) wird nahezu an allen Immissionsorten überschritten.	Ist im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren Prüfungsgegenstand.	Kenntnisnahme
P052	P52.054	SO 9	Ebenso werden an fast allen Immissionsorten die zulässigen Beschattungsdauern pro Jahr (30 Stunden) bzw. pro Tag (30 Minuten) - teilweise um ein Vielfaches - überschritten.	Ist im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren Prüfungsgegenstand.	Kenntnisnahme
P052	P52.055	SO 9	Die Werte für unser Wohnhaus, Oberndorf, Bentwisch 12 sind in der nachfolgenden Tabelle aufgelistet. Die Immissionsrichtwerte der TA-Lärm sind hier auch bei der Berücksichtigung als Kerngebiet, Dorfgebiet, Mischgebiet (nachts 45 dB(A)) überschritten: (Die Tabelle enthält folgende Werte: Entfernung Grundstück/Wohnhaus zur Vorrangfläche: 500m; (Schall)-Immissionswerte nachts 45,3 dB(A); Beschattungsdauer pro Jahr / pro Tag in Stunden: 72:71 / 0:48)	Ist im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren Prüfungsgegenstand.	Kenntnisnahme
P052	P52.056	SO 9	Es zeigt sich, dass bereits auf der Teilfläche Geversdorf/Oberndorf die Abstände zur Wohnbebauung deutlich zu gering gewählt worden sind und hier - im Falle des Betriebes - hohe Abschaltzeiten - in den Nachtstunden und zusätzlich tagsüber für durchschnittlich 1,5 Stunden - zu berücksichtigen wären. Der Abwägungsvorgang zur Ausweisung muss auch eine Wirtschaftlichkeitsprüfung beinhalten. Für das Vorranggebiet "Geversdorf/Oberndorf" ist aus den o. g. Gründen die Wirtschaftlichkeit zweifelhaft und somit die Vorrangfläche nicht auszuweisen.	Die Ausweisung der Potentialflächen erfolgt ohne Wirtschaftlichkeitsbetrachtung. Im Übrigen sind bisher ausnahmslos alle Vorrangstandorte von Investoren realisiert worden.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.057	SO 9	Der gigantische landkreisübergreifende Windpark Geversdorf/Oberndorf - Oederquart Wetterdeich befindet sich in einem Abstand von 500 m von unserem Grundstück/Wohnhaus entfernt. Aus vorsorgender gesundheitlicher Sicht bzgl. Lärm (insbesondere tieffrequenter Schall, Infraschall und rhythmisches Rotorblattschlagen), Schattenwurf und die nächtliche Beleuchtung ist sowohl der Abstand der Teilfläche Geversdorf/Oberndorf wie auch die Teilfläche Oederquart-Wetterdeich unakzeptabel.	Ist im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren Prüfungsgegenstand.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.058	SO 9	Aufgrund der gesundheitlichen Schäden, die von den modernen 200 m hohen Anlagen ausgehen, fordern Experten einen Mindestabstand der 10-fachen Höhe zu jeglicher Wohnbebauung (s. Gesundheitsamt der Freien Hansestadt Bremen, 30.4.2013. Außerdem: Länderöffnungsklausel im BauGB — Länderspezifische Mindestabstände für Windenergieanlagen und ihre räumlichen Auswirkungen, BBSR im Bundesamt f. Bauwesen und Raumordnung, Mai 2014)	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P052	P52.059	SO 9	Zusammenfassend ist bzgl. der grundlegenden Standorteignung festzuhalten: Bei der Ausweisung der harten und weichen Tabuzonen sind auch die Abstände zur Wohnbebauung von Bedeutung. Die Abstände sind maßgeblich dafür verantwortlich, ob ein Windpark überhaupt wirtschaftlich betrieben werden kann. Bzgl. der Vorrangfläche Oberndorf/Geversdorf hat das Genehmigungsverfahren gezeigt: • Die Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf hat im Entwurf des RROP 2014 einen Abstand von 500 m von der Wohnbebauung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P052	P52.060	SO 9	• Das schalltechnische Gutachten zeigte, dass +1- 5 dB(A) darüber entscheiden, ob dieser Windpark grundsätzlich komplett nachts abgeschaltet werden muss.	Ist im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren Prüfungsgegenstand.	Kenntnisnahme
P052	P52.061	SO 9	• Das Schattenwurfgutachten hat gezeigt, dass die Grenzwerte 3 bis 4-fach überhöht sind und somit alle Windräder tagsüber ca. 1,5 Stunden ausgeschaltet werden müssen.	Ist im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren Prüfungsgegenstand.	Kenntnisnahme
P052	P52.062	SO 9	• In einem Abstand von 500 bis 1.000 m um den geplanten Windpark befinden sich ca. 150 Wohngebäude. Von einer "Einzelbebauung" kann hier nicht gesprochen werden.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Der gesamte Bereich rund um die ausgewiesene Fläche wurde zu Fuß intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von maximal 6-7 Häusern festgestellt werden. Diese Einschätzung wird ebenfalls von den Vertretern der Samtgemeinde sowie der Politik geteilt.	Kenntnisnahme
P052	P52.063	SO 9	Die Gutachten machen deutlich, dass der Abstand der Vorrangfläche von 500 m zur Wohnbebauung entschieden zu gering ist. Die grundlegende Standorteignung ist somit u.a. bzgl. der Wirtschaftlichkeit nicht gegeben.	Die Wirtschaftlichkeit eines Standortes kann auf Ebene eines RROP nicht betrachtet werden. Um die Wirtschaftlichkeit eines Standortes zu prüfen müssten beispielsweise Höhe und Anzahl der Anlagen feststehen. Dies ist auf Ebene des RROP nicht der Fall.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.064	SO 9	Dies gilt auch für den Mindestabstand der Vorranggebiete für Windenergiegewinnung untereinander von 5 km (s. hierzu NLTIML (2013): Regionalplanung und Windenergie). Auch dies widerspricht einer "grundlegenden Standorteignung".	Bei dem Mindestabstand von 5 km der Windparks untereinander handelt es sich um eine Empfehlung. Von dieser kann abgewichen werden. Gerade in einem windhöffigen Landkreis wie Cuxhaven bietet sich dies an, um das politisch gewollte und gesellschaftlich akzeptierte Ziel der Energiewende umzusetzen.	Nicht zu berücksichtigen
P052	P52.065	SO 9	<u>Kriterien für die Abgrenzung der Vorranggebiete Windenergiegewinnung differieren</u> Beim planerischen Vorgehen sind die Kriterien kreisweit einheitlich anzuwenden, um ein schlüssiges Gesamtkonzept zu erreichen, wie im Erlass des Landes Niedersachsen gefordert. Die Ausweisung des gemeinsamen landkreisübergreifenden Windparks Geversdorf/Oberndorf - Oederquart-Wetterdeich erfolgte nicht nach einheitlichen Kriterien - insbesondere bzgl. der Abstände zur Wohnbebauung.	Die erarbeiteten Kriterien wurden kreisweit einheitlich angewendet. Sie wurden nicht an bestimmten Standorten angepasst oder geändert.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P052	P52.066	SO 9	Auch die Abstände der Vorranggebiete untereinander differieren erheblich. Nachfolgend sind sie tabellarisch gegenübergestellt: (In der Tabelle werden das RROP LK Stade 2013 sowie das RROP LK Cuxhaven Entwurf 2014 bezüglich der Ausschlussgebiete mit Pufferzonen/Weiche Tabuzonen gegenübergestellt. Bezüglich "Siedlungsflächen gem. Bauleitplanung u. tatsächliche Siedlungskörper" weist der LK Stade 800m aus, der LK Cuxhaven macht keine Angaben. Bezüglich Splittersiedlungen / Einzelhäuser im Außenbereich, Gewerbe- und Industrieflächen mit Wohnnutzung" weist der LK Stade 600 m aus, der LK Cuxhaven macht keine Angaben. Bezüglich "Ortslagen" macht der LK Stade keine Angaben, der LK Cuxhaven weist 1000 Meter aus. Bezüglich "Sonstige wohnbauliche Nutzung, z.B. Einzelhäuser" macht der LK Stade keine Angaben, der LK Cuxhaven weist 500 Meter aus. Bezüglich der "Abstände der Vorranggebiete untereinander" weist der LK Stade 4-5 km aus, der LK Cuxhaven weist je nach Umstand verschiedene Entfernungen aus. Bezüglich der "Abstände der Vorranggebiete landesübergreifend" weisen der LK Stade und der LK Cuxhaven jeweils 0 km aus.)	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P052	P52.067	SO 9	Die im LK Stade geforderten Abstände der Windparks untereinander von 4 bis 5 km werden nicht eingehalten. Sowohl der Abstand vom Vorranggebiet Oederquart-Wetterdeich zum Vorranggebiet Balje wie auch der Abstand zum Vorranggebiet Oederquart sind unter 4 km.	Die vom LK Stade eingehaltenen Abstände der Windparks untereinander müssen vom Landkreis Cuxhaven nicht eingehalten werden. Diese Abstände gelten nur für den Landkreis Stade. Im Landkreis Cuxhaven sind nur die im RROP des Landkreises Cuxhaven festgelegten Abstände relevant.	Kenntnisnahme
P052	P52.068	SO 9	Der Entwurf des RROP 2014 des LK Cuxhaven fordert für den Landschaftsraum Ostemarsch einen Abstand von 5 km, der somit ebenfalls zum Vorranggebiet Balje nicht eingehalten wird.	Die Abstände der Windparks untereinander, die im RROP festgelegt wurden, beziehen sich lediglich auf Windparks im Landkreis Cuxhaven. Die Abstandsregelung wird im Übrigen im Entwurf 2015 neu gefasst.	Kenntnisnahme
P052	P52.069	SO 9	Im NLT-Papier vom 6.2.2014 wird ein Mindestabstand zwischen Vorranggebieten von 5 km gefordert.	Bei der Arbeitshilfe des NLT handelt es sich lediglich um eine Empfehlung. In dieser wird auch bereits betont, dass eine Unterschreitung möglich ist.	Kenntnisnahme
P052	P52.070	SO 9	<u>Zusammenfassung</u> In der schriftlichen Urteilsbekundung des Urteils des OVG Lüneburg 12. Senat, Urteil vom 14.05.2014, 12 KN 29113 (112), in dem das RROP 2012 für den LK Cuxhaven für unwirksam erklärt wurde, wurde der LK Cuxhaven darauf hingewiesen, dass der Planungsträger in einer noch offenen und nicht abschließend geklärten Lage zur Vermeidung von Risiken auf die Ausweisung bestimmter Flächen als Vorranggebiete verzichten kann, sofern der Windkraftnutzung im Übrigen hinreichend Raum gegeben wird. Die dem Planungsträger zu diesem Zeitpunkt bekannten Gutachten zum Vorranggebiet "Geversdorf/Oberndorf" hätten einen solchen Schritt mehr als gerechtfertigt. Aus diesem Grund und da wir nachweislich (u.a. Schall- und Schattenwurfgutachten) in einem hohen Maße persönlich betroffen sind, ersuchen wir Sie, auf die Ausweisung zu verzichten.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.	Kenntnisnahme
P053	P53.01	SO 31	Als betroffene Anwohnerin lehne ich die erneute Aufnahme des Flächenvorschlages Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab und mache folgende Bedenken geltend	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P53.02	SO 31	Die Fläche liegt ganz in der Nähe von Achthöfen. Hier stehen mehrere Häuser zusammen, deshalb kann mein Haus nicht als Einzelgebäude erklärt werden. Der Abstand müsste demnach mindestens 1000 m betragen.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige Wohnbauliche Nutzung eingestuften Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Kenntnisnahme
P053	P53.03	SO 31	Die geplanten Mindestabstände von 420 bzw 500 m sind viel zu gering, da sie erhebliche, gesundheitliche Gefährdungen der Anwohner durch Schlagschatteneffekte, Betriebsgeräusche und Infraschallemissionen der Windanlagen auslösen.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude die der sonstigen Wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Das Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht den selben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Gemeinden. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen Wohnbaulichen Lagen trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen stattfinden dürfen, eher hinnehmen muss. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung einer Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P053	P53.04	SO 31	Neben der Gesundheitsgefährdung, sowie der Natur- und Landschaftszerstörung ist die Wertminderung von meinem Grundstück und Gebäude zu berücksichtigen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Nicht zu berücksichtigen
P053	P53.05	SO 31	Geplante oder aufgrund der Beeinträchtigungen erzwungene Veräußerungen im Umfeld von Windenergieanlagen sind erheblich schwieriger. Entschädigungsklagen gegen Betreiber und Planungsträger sind bundesweit bereits erfolgreich verlaufen.	Siehe P53.04	Kenntnisnahme
P054	P54	SO 9	Siehe Stellungnahme P49	Siehe Stellungnahme P49	Siehe Stellungnahme P49
P055	P55.01	SO 31	Als Anwohnerin des Ortes Osten-Altendorf/Isensee erfüllt es mich mit großer Sorge, dass unser Gebiet erneut als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung ausgewiesen wurde.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P055	P55.02	SO 31	Ein Mindestabstand der Windräder von 500m von meinem Wohnhaus empfinde ich als echte Bedrohung.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Das Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht den selben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Gemeinden. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen stattfinden dürfen, eher hinnehmen muss. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung einer Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Kenntnisnahme
P055	P55.03	SO 31	Auch ist es mir unverständlich, dass unsere Häuser als "Einzelgehöfte" bezeichnet werden. Allein in unserem Abschnitt des Wegfährs stehen drei Häuser dicht beieinander, im Abschnitt Zehntwege sind es 4 Häuser. Aus meiner Sicht muss man hier von einer „Streusiedlung“ ausgehen.	Auch eine Streusiedlung zählt als sonstige wohnbauliche Nutzung.	Kenntnisnahme
P055	P55.04	SO 31	Ich bitte dringend darum, den Bürgerentscheid von 2010 gegen die Aufstellung von Windrädern zu akzeptieren. Das ausgewiesene Gebiet hat sich nicht im wesentlichen geändert und wir als direkte Anwohner sind immer noch dagegen!	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen.	Nicht zu berücksichtigen
P056	P56.01	SO 31	Die erneute Absicht einen Windpark auf dem Gemeindegebiet Osten-Isensee zu errichten haben wir mit Bestürzung und großer Sorge zur Kenntnis genommen. Wir lehnen das Vorhaben ab und haben u.a. folgende Bedenken:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P056	P56.02	SO 31	Unser Demokratieverständnis hat durch die Entscheidung des OVG Lüneburg stark gelitten. (81,3% Gegenstimmen und der Antrag die Ostener Schwebefähre als Kulturerbe, keine Planungskriterien). Wir hoffen der Landkreis Cuxhaven fühlt sich dadurch nicht seiner Verantwortung enthoben demokratisch zu entscheiden.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P056	P56.03	SO 31	Die geplanten Mindestabstände von 420 bzw 500 m sind bei der Größe der Windkraftanlagen viel zu gering. Wir befürchten erhebliche gesundheitliche Gefahren für die betroffenen Anwohner durch Schattenschlag, Betriebsgeräusche, Infraschallmissionen sowie "Discoeffekt". Durch eigene chronisch psychische Erkrankung haben wir vor den Gesundheitsrisiken große Angst.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Das Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht den selben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Gemeinden. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen stattfinden dürfen, eher hinnehmen muss. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung einer Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Kenntnisnahme
P056	P56.04	SO 31	Dem Vogelschutz muss bei Entscheidungen ein höheres Gewicht beigemessen werden. Es wird ignoriert, das geschützte Arten in unmittelbarer Nähe des geplanten Windparks ihre Brutplätze haben. Kiebitz, Bekassine (u. andere Schnepfenarten) , Feldlerche, Rohrweihe, Weißstorch, Waldohreule um nur einige wenige zu nennen.	Seitens des Einwenders werden die schützenswerten Tier- und Pflanzenarten nicht näher belegt. - Innerhalb der Potenzialflächen 009 und 139 nach dem Entwurf 2014 bzw. der Potenzialflächen 008 und 122 nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms - einschließlich eines 1.000 m-Puffers zu diesen Flächen - ist hier kein Vorkommen der Rohrweihe bekannt. - In räumlicher Nähe zum Gebiet gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. - Der angesprochene Bereich gehört zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung bzw. zu Gastvogellebensräumen mit potenzieller Bedeutung; aktuelle Erfassungen und Bewertungen liegen hier nicht vor. Auch im Hinblick auf die Fledermäuse ist die Datengrundlage unzureichend. Von daher kann der Einwendung im Hinblick auf den Untersuchungsbedarf gefolgt werden. Es kann derzeit jedoch nicht die Aussage getroffen werden, dass im angesprochenen Bereich ein Vorranggebiet Windenergienutzung naturschutzfachlich und - rechtlich nicht möglich ist.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P056	P56.05	SO 31	Auch Fledermäuse müssen in diesem Zusammenhang erwähnt werden.	Siehe Ziffer P56.04.	Kenntnisnahme
P056	P56.06	SO 31	Eine gründliche Untersuchung kompetenter Ornithologen ist unerlässlich.	Siehe Ziffer P56.04.	Kenntnisnahme
P056	P56.07	SO 31	Die negativen Auswirkungen des geplanten Windparks auf den Tourismus und das beantragte Weltkulturerbe "Schwebefähre" sind nicht zu leugnen. Bereits getätigte Investitionen, auch durch die öffentliche Hand, wären verloren.	Mögliche negative Auswirkungen auf die Schwebefähre wurden aus Sicht des Denkmalschutzes sowohl beim Landkreis, als auch beim Land verneint. Insofern ist nicht ersichtlich, inwieweit getätigte Investitionen verloren gehen würden. Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich Auswirkungen auf den Tourismus haben ist höchst umstritten und zweifelhaft. Es kann nicht allgemeingültig gesagt werden, dass Windenergieanlagen einen negativen Einfluss haben werden. Im Übrigen werden im Landkreis Cuxhaven bereits seit den 90er Jahren Windkraftanlagen errichtet. Eine Auswirkung auf den Tourismus hat sich jedoch bislang nicht gezeigt.	Kenntnisnahme
P056	P56.08	SO 31	Die Natur und Landschaftszerstörung würde eine erhebliche und nachhaltige Minderung der Lebensqualität der Anwohner nach sich ziehen.	Durch das RROP 2014 wird sichergestellt, dass das Landschaftsbild so gering wie möglich beeinträchtigt wird. Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Inwieweit Windenergieanlagen die Lebensqualität beeinflussen, ist von Mensch zu Mensch unterschiedlich und somit ein solch subjektives Argument, dass es in der Raumordnung nicht einfließen kann.	Kenntnisnahme
P056	P56.09	SO 31	Zudem ist eine Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden bis zur Unverkäuflichkeit zu befürchten. Anwohner die wegen der Beeinträchtigung oder sogar gesundheitlicher Schäden durch die Windkraftanlagen, ihr Eigentum veräußern müssten, werden in den Ruin getrieben.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P056	P56.10	SO 31	Wir wohnen bewusst und gerne genau hier, genießen die Lebensqualität und würden es sehr bedauern diesen Standort mit rechtlichen Mitteln verteidigen zu müssen. Wir hoffen, dass unsere Einwände zur Kenntnis genommen werden und würden uns sehr freuen wenn die Vorrangfläche für Windenergie Osten- Isensee aus dem RROP gestrichen wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P057	P57.01	SO 31	Und wieder einmal lehne ich ganz entschieden die erneute Aufnahme des Flächenvorschlages Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab. Und wieder einmal protestiere ich vehement gegen die Industrialisierung eines uralten, noch intakten, für Mensch+Tier, Bauernlandes - eins der letzten Refugien zur Erholung, Erbauung und Sicherheit zum Rückzug.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P057	P57.02	SO 31	Ganz unsäglich erscheint einem die Zumutung, demnächst von 180 m hohen Monstern, die ausserdem noch Krach machen und Schlagschatten werfen, umgeben zu sein. Zum Vergleich - diese unwirklichen Mahnmale einer masslosen Gesellschaft haben die Höhe des Kölner Doms. Dazu kann einem nur noch der Turmbau von Babel einfallen.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Eine Ausweisung einer Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Kenntnisnahme
P057	P57.03	SO 31	Wie soll man je wieder die riesigen Betonklötze aus dem Erdreich herausholen, wenn in späteren Jahren dieser Grössenwahn der Gesellschaft bewusst geworden ist. Wie oft schon haben sich Irrtümer, teils irreversibel, herausgestellt, nur weil alles was machbar ist, auch gemacht wurde.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Bei den Planungen wurde Sorge getragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen.	Kenntnisnahme
P057	P57.04	SO 31	Wird die Menschheit sich eines Tages besinnen auf ein friedliches Leben untereinander ohne Geldgier. Komischerweise denken auch die Landeigentümer nur an das schnelle Geld, anstatt langfristig an einen intakten Grundboden zu denken,	Siehe P57.03	Kenntnisnahme
P057	P57.05	SO 31	Seit 25 Jahren nun bin ich dankbar, in dieser Idylle leben zu dürfen, und es wäre wunderbar, wenn alle anderen, die denken wie ich, es schaffen würden, diesen Zustand zu erhalten.	Siehe P57.03	Kenntnisnahme
P058a	P58/A.01	SO 9	Hiermit erheben wir nachdrücklich erneut Einspruch gegen den Bau des neuen Großwindparks. Seitdem vor unserem Wohnhaus (Wetterdeich 14) 1997 der Windpark errichtet wurde, leiden wir Tag für Tag unter den Auswirkungen dieser lauten Windmühlen, die viel zu dicht an unseren Lebensbereich gesetzt wurden. Wir haben immer wieder bei der zuständigen Baubehörde Eingaben gemacht.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P058a	P58/A.02	SO 9	In der Baugenehmigung ist zwar ausdrücklich darauf hingewiesen worden, dass die Mühlen bei viel Wind und auch besonders nachts, abgeschaltet werden müssen. Obwohl wir immer wieder angemahnt haben, ist das aber niemals passiert. Die Mühlen sind oftmals so laut, dass - trotz doppelter Thermopen-Scheiben, die wir für viel Geld vor unseren Fernstern anbringen lassen mussten - wir aus dem Schlaf gerissen werden und nicht wieder einschlafen können. Die ständige Geräuschbelastung und der Schlafmangel wirken sich so störend aus, dass wir immer nervöser werden. Wenn jetzt ein noch größerer Windpark entstehen soll, wissen wir nicht, wie unser Leben weitergehen soll.	Mögliche Beeinträchtigungen durch bereits bestehende Windparks können auf Ebene der Raumordnung nicht behandelt werden. Bei bestehenden Problemlagen kann die zuständige Immissionsschutzbehörde angesprochen werden. Bei der Ausweisung von Vorranggebieten wurden Abstandskriterien genutzt, die auf gesetzlichen Grundlagen sowie Fachmeinungen basieren und die politisch beschlossen wurden. Der Schutz der Menschen stand dabei im Mittelpunkt. Zudem bedeutet eine Vorranggebietausweisung nicht, dass an dieser Stelle neue oder größere Anlagen gebaut werden können. Die Betreiber müssen hierzu eine Genehmigung beantragen. Im Rahmen des Genehmigungsprozesses müssen dann Gutachten unter anderem zu Immissionen und zum Thema Schattenwurf vorgelegt werden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P058a	P58/A.03	SO 9	Unser Haus können wir unter diesen Bedingungen nicht verkaufen! Keiner kauft eine Immobilie mit einem Windpark vor der Tür, bei der gerade auch noch die Sonnenseite beschallt wird.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Kenntnisnahme
P058a	P58/A.04	SO 9	Wir protestieren daher noch einmal mit Nachdruck gegen den neuen Großwindpark, der unsere schöne Osterlandschaft und unsere Lebensqualität noch mehr zerstören wird.	Der Protest wird zur Kenntnis genommen. Es wird auf die Auswertung der einzelnen Argumente verwiesen.	Kenntnisnahme
P058a	P58/A.05	SO 9	Wir leben sehr umweltbewusst, haben selbst mit Solar-Strom auf unserem Segelboot sehr gute Erfahrungen gemacht und sind daher keinesfalls gegen Ökostrom - auch nicht gegen Windkraft. Wir sind aber der Meinung, daß es genügend Flächen gibt, wo keine Wohnhäuser von den Auswirkungen betroffen werden und wo keine einmalige Landschaft, wie unsere Ostelandschaft zerstört wird.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.	Kenntnisnahme
P058b	P58/B	SO 9	Siehe Stellungnahme P120	Siehe Stellungnahme P120	
P059	P59.01	SO 4	Gegen den geplanten Windpark Bramstedt – Lohe – 053 – Detailkarte 4 oder 1.2.2.4 möchte ich Einwendungen vorbringen: Nach Jahre langem Widerstand gegen diesen sensiblen Windpark - Standort habe ich dem Projekt schließlich vertraglich zugestimmt, nachdem mir die Betreiberfirma Energiekontor Bremen zwei Zugeständnisse gemacht hat: a) Abstand der WEA vom Gehöft min. 1 000 Meter b) Installation von 1 WEA auf einem meiner Grundstücke	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P059	P59.02	SO 4	Inzwischen wurden, ohne dass der Windpark Lohe genehmigt war, mindestens 90 Landschaftsprägende Bäume gefällt und Gebüsch und Hecken vernichtet, angeblich, um den Weg frei zu machen für den Transport von WEA - Flügeln; ich habe diesen Umweltfrevel zur Anzeige gebracht.	Kenntnisnahme. Für die Ebene der Raumordnung ist dies nicht von Belang,	Kenntnisnahme
P059	P59.03	SO 4	Des Weiteren haben sich in der Zwischenzeit wieder Uhus angesiedelt, wovon der Landkreis unterrichtet wurde, bzw. selbst Kenntnis gewonnen hat.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 57. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Hagen im Bremischen ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P059	P59.04	SO 4	Im Besonderen möchte ich auf den Landschaftsrahmenplan 2000 hinweisen, der es in seinen Aussagen zum Standort Lohe eigentlich verbietet, Windkraftanlagen zu installieren; hier einige wenige Stichworte:	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P059	P59.05	SO 4	- Das gesamte Gebiet wird als Landschaftsschutzgebiet ausgewiesen.	Im Landschaftsrahmenplan (2000) ist im angesprochenen Bereich ein "Gebiet, das nach dem Stand der Bearbeitung die Voraussetzungen für ein Landschaftsschutzgebiet (LSG) gemäß § 26 NNatG erfüllt", dargestellt. Derzeit gibt es keine Bestrebungen seitens des Landkreises Cuxhaven, dieses Gebiet als Landschaftsschutzgebiet auszuweisen. - Siehe P59.03.	Kenntnisnahme
P059	P59.06	SO 4	- Es gibt eine große Anzahl von Biotopen, die zur Ausweisung als Naturschutzgebiet reichen; zu erwarten ist, dass eine naturschutzfachliche Sicherung unmittelbar bevorsteht.	Im Landschaftsrahmenplan (2000) ist nördlich und südlich des angesprochenen Bereichs jeweils ein "Gebiet, das nach dem Stand der Bearbeitung die Voraussetzungen für ein Naturschutzgebiet (NSG) gemäß § 24 NNatG erfüllt", dargestellt. Derzeit gibt es keine Bestrebungen seitens des Landkreises Cuxhaven, diese Gebiete als Naturschutzgebiet auszuweisen. Der Abstand dieser Gebiete zur Sonderbaufläche Windenergienutzung beträgt jeweils etwa 200 m. - Siehe P59.03.	Kenntnisnahme
P059	P59.07	SO 4	- Ein großer Bereich wird als Vogelbrutgebiet ausgewiesen.	Im Landschaftsrahmenplan (2000) ist ein Vogelbrutgebiet von kreisweiter Bedeutung dargestellt. - Siehe P59.03.	Kenntnisnahme
P059	P59.08	SO 4	- Der LRP 2000 bezeichnet das Gebiet als vordringlich geeignet zur Anlage eines Biotopverbundsystem, bestehend aus Sümpfen und Mooren, sowie Feucht- und Nassgrünland und Heiden und Magerrasen.	Siehe P59.03.	Kenntnisnahme
P059	P59.09	SO 4	- Das in Frage stehende Gebiet wird als Hauptverbundachse für Gehölzstrukturen, wie Wälder, Gebüsche und Kleingehölze bezeichnet.	Siehe P59.03.	Kenntnisnahme
P059	P59.10	SO 4	- Die Textkarte 7 -2 des LRP 2000 weist das Gebiet als Schwerpunktraum zur Erhöhung des Waldanteils aus, mit besonderer Bedeutung für Au- und Bruchwälder.	Siehe P59.03.	Kenntnisnahme
P059	P59.11	U, SO 04	Die hier aufgeführten 6 Punkte finden wenig Berücksichtigung im Umweltbericht, Teil C des RROP, Teilabschnitt Windenergie. Der Umweltbericht ist daher für den Standort 1.2.2.4. Bramstedt – Lohe zu verwerfen und neu anzufertigen.	Der Prüfbogen für das Plangebiet Bramstedt – Lohe bleibt im Umweltbericht für den RROP 2015 bestehen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P059	P59.12	SO 4	Meine ursprünglichen Bedenken gegen diesen Standort, und die Entwicklungen und Ereignisse der letzten Jahre (Vernichtung von Bäumen und Hecken, ohne dass ein Ausgleichskonzept entwickelt/ nachgereicht wurde; die Ansiedlung von Uhus; und die wenig aussagekräftige Arbeit am Umweltbericht), veranlassen mich, dem Landkreis Cuxhaven oben formulierte Einwendung zur Kenntnis zu bringen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P060	P60.01	SO 02	wir möchten als betroffene Jagdpächter zu der Auslegung des Entwurfes zu einigen Punkten des Umweltberichtes Stellungnahmen abgeben: <u>Allgemeine Hinweise</u> Der Ort Bad Bederkesa ist touristisch stark frequentiert. Dies ist gewollt und zielt auf die im Regionalen Raumordnungsprogramm ausgewiesenen Funktionen als Tourismus- und Erholungsort, neben Wohnen und Arbeiten ab. Bedingt durch den Tourismus wird die Gemarkung stark von Spaziergängern mit Hunden, Joggen, Fahrradfahren und anderen Erholungssuchenden frequentiert. Dies akzeptieren wir ausdrücklich! Die Funktion Bad Bederkesas als Bad und Tourismuszentrum wird durch die Ausweisung eines Windparks, neueren Studien zufolge, deutlich geschwächt (NIT 2014).	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P060	P60.02	SO 02	Die Jagdpächter von Bederkesa bemühen sich seit vielen Jahrzehnten darum, die nicht so vom Tourismus frequentierten Rückzugsgebiete des Wildes frei von Störungen zu halten und sind auch selbst bemüht, unnötige Störungen in den letzten ruhigen Gemarkungsflächen zu vermeiden. Diese ruhigen Gemarkungsbereiche liegen historisch bedingt oft in den Grenzsäumen zu den Nachbargemarkungen. Zu nennen sind hier insbesondere alte Wallhecken und Moorbereiche (Bruchwälder), die für die Tier- und Pflanzenwelt wichtige zu schützende Biotope bilden. Wir erinnern konsequent an die Umsetzung von nicht erfolgten Ausgleichsmaßnahmen, die für erfolgte Bauprojekte beschlossen wurden. Wir fordern nachdrücklich, dass diese Ausgleichsmaßnahmen auch umgesetzt werden. All dies tun wir, um unsere Gemarkung naturnah zu gestalten und für Erholungssuchende positiv zu beeinflussen.	Kenntnisnahme. Die Umsetzung von Ausgleichsmaßnahmen ist nicht Aufgabe der Raumordnung bzw. des RROP. Es steht dem Einwender aber natürlich frei sich direkt mit dieser Problematik an der Landkreis zu wenden.	Kenntnisnahme
P060	P60.03	SO 02	Die Vorgehensweise bei der Ausweisung des Vorranggebietes für die Windenergienutzung scheint in der Gemarkung Flecken Bad Bederkesa einzig auf wirtschaftliche Interessen ausgerichtet zu sein und weist aufgrund der reinen Umsetzung von Abstandsregeln zu Wohngebieten und Einzelgehöften gerade jene Bereiche aus, die bis jetzt als ruhige Rückzugsgebiete der Tierwelt dienen.	Die Kriterien entsprechen rechtlichen Vorgaben, fachlichen Einschätzungen und wurden politisch beschlossen.	Kenntnisnahme
P060	P60.04	SO 02	Im jetzigen Entwurf „kollidiert“ das ausgewiesene Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft in unmittelbarer Nachbarschaft zum Vorranggebiet für Natur und Landschaft mit dem Vorranggebiet für Windenergienutzung. Wie soll sich die Tierwelt im Pastorenmoor in dieser Insellage, umgeben von schallemittierenden und sich bewegenden Windkraftanlagen ungestört entfalten können? Wie soll es jemals in das Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft erweitert werden können?	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letzte eine endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Kenntnisnahme
P060	P60.05	SO 02	In der aktuellen Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie des NLT (2014) werden Abstände zu Vorbehaltsgebieten (= Vorsorgegebiete) ausgewiesen. Im jetzigen Entwurf des RROP liegt der westliche Teil bis auf einen winzigen Bereich im Norden komplett auf dem Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft. Hier muss dem bisherigen Vorbehaltsgebiet ein besonderes Gewicht gegenüber konkurrierenden raumbedeutsamen Nutzungen beigemessen werden. Dies war bereits vorher so und wird jetzt in der Arbeitshilfe des NLT deutlich hervorgehoben (S. 11). Diesbezügliche Hinweise und Anregungen wurden bisher immer ignoriert und sollen hier abermals angeregt werden!	Die Arbeitshilfe des NLT ist nicht rechtlich bindend. Der Landkreis Cuxhaven hat basierend auf rechtlichen Vorgaben und fachlichen Einschätzungen Kriterien erarbeitet, die politisch beschlossen wurden.	Nicht zu berücksichtigen
P060	P60.06	SO 02	Schutzgut Waldflächen >1 ha Die vorgegebenen Mindestabstände werden zwischen dem Pastorenmoor und dem Hohen Moor (= Schulwald) nicht eingehalten. Zwischen beiden Wäldern müssen sich der Mindestabstand von 200 m zum Vorranggebiet Natur und Landschaft und dem Mindestabstand zum Wald von 100 m zu insgesamt 300 m addieren. Dieser Mindestabstand wird jedoch unterschritten und nicht eingehalten.	Die Potenzialfläche 012 verbleibt nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen. Alle im Kriterienkatalog festgelegten Abstände werden eingehalten, einerseits der 200 m-Abstand zum Vorranggebiet Natur und Landschaft, andererseits die 100 m-Abstände zu den Wäldern. Im Zuge der Überprüfung wurde jedoch festgestellt, dass das Vorranggebiet Natur und Landschaft im südlichen Teil etwas zu kleinflächig digitalisiert ist (vermutlich ist der in der DTK50 dargestellte Weg nicht mit erfasst worden). Insoweit beträgt der Abstand des Waldes im Bereich Pastorenmoor und des Waldes im Bereich Hohes Moor lediglich etwa 295 m. Da bei der Erarbeitung des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms konsequent von den Vorranggebieten Natur und Landschaft im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 ausgegangen wird, ist dies nun nicht mehr zu ändern. Eine derartige Geringfügigkeit ist wohl angesichts der Maßstabsebene 1:50.000 auch unbeachtlich.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P060	P60.07	SO 02	In dem Bereich teilt sich zwangsläufig die gewünschte Vorrangfläche für Windenergie in zwei Teilflächen. Die daraus resultierenden negativen Auswirkungen auf die Avifauna werden weiter unten erläutert.	Siehe P60.06.	Kenntnisnahme
P060	P60.08	SO 02	<u>Schutzgut Landschaftsbild</u> Niedersachsen hat im Vergleich der Bundesländer wenig Abstandsregelungen empfohlen. Lediglich min. 1.000 m Abstand zur Wohnbebauung und min. 5.000 m zwischen einzelnen Windparks (Bund Länder Initiative Windkraft). Nach wie vor völlig unzureichend begründet bleibt die generelle Abstandsreduzierung zwischen den Windparks von den in der Landesempfehlung genannten 5 km auf 3 km für unseren Bereich. Das Argument „Wald“, von dem ein vorgeschriebener Mindestabstand einzuhalten ist, wurde genau auf den Kopf gestellt und kurioserweise herangezogen, um einen geringeren Abstand zwischen den Windparks zu begründen. Dies ist eine nicht nachvollziehbare und inakzeptable Begründung.	Bei der Arbeitshilfe des NLT handelt es sich lediglich um eine Empfehlung. In dieser wird auch bereits betont, dass eine Unterschreitung der Abstände untereinander möglich ist. Es handelt sich dabei nicht um eine rechtliche Vorgabe. Gleichwohl wird der Abstand der Windparks untereinander im Landkreis Cuxhaven einheitlich auf 4 km im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P060	P60.09	SO 02	Richtig wäre hier gewesen, Waldgebiete wie Holzburg, das Flögelner Holz, Kieforst, Schweinesöhle, das Kührstedter Holz und die Falle, neben den kleineren Wald- und Moorbereichen wie „Jungs Tannen“, Fuchsberger Moor, Pastorenmoor, Wehlbecksmoor, und kleineren Niedermoorflächen als schützenswerten Biotopverbundsystem zu erkennen, der nicht durch einen Windpark "zerschnitten" werden sollte.	siehe P60.08	Kenntnisnahme
P060	P60.10	SO 02	Hier regen wir an, eine erhöhte Abstandsfestlegung entsprechend der gebietsspezifischen Empfindlichkeit in Erwägung zu ziehen, wonach Waldränder von störenden Nutzungen und von Bebauung freigehalten werden sollen (LROP 2012, 3.2.1 Ziffer 03).	siehe P60.08	Nicht zu berücksichtigen
P060	P60.11	SO 02	Dass der Wald keine wirkliche Sichtbarriere zwischen Windparks von bis zu 200 m Höhe darstellt ist mittlerweile zwischen Ringstedt und Lintig sichtbar und wird auch von Investoren nicht abgestritten.	siehe P60.08	Kenntnisnahme
P060	P60.12	SO 02	Wir weisen auf die seit 2013 vorliegenden Arbeitshilfe zur raumverträglichen Konzentration der Windenergienutzung hin, wonach eine möglichst geringe Beeinträchtigung von Orts- und Landschaftsbild insbesondere ein Mindestabstand zwischen Vorranggebieten Windenergienutzung (5 km) u.a. in der Planung zu berücksichtigen ist (vgl. NLT 2013).	siehe P60.08	Kenntnisnahme
P060	P60.13	SO 02	Der bereits bestehende Windpark Flögeln unterschreitet diesen Abstand zum Planungsgebiet.	siehe P60.08	Kenntnisnahme
P060	P60.14	U, SO 02	<u>Schutzgut Avifauna</u> Vorliegende Kartierungen haben das bekannte Vorkommen des Seeadlers u. E. immer noch unzureichend untersucht. Es wurde vom NLWKN eine erneute Untersuchung seiner Flugbewegungen während der Brut- und Aufzuchtzeit gefordert. Dies ist nicht erfolgt, weil das Seeadlerpaar die begonnene Brut abgebrochen hat. Die Seeadler vom Löh überfliegen, und das ist durch umfangreiche Beobachtungen auch des Seeadlerbetreuers A. CORDSMEIER (2013) belegt, regelmäßig über die geplante Windparkfläche, um zur Aufzuchtzeit zu seinen Nahrungshabitaten im Norden zu gelangen.	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Zu tiefergreifenden Untersuchungen ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen im konkreten Genehmigungsverfahren. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P060	P60.15	U, SO 02	Die im Zwischenbericht von BIOS & ÖKOLOGIS (Juni 2014) dargelegte Voraussetzung einer Aufzuchtzeit war nicht gegeben und kann nicht durch Vorgehensweisen aus anderen Bundesländern mit unterschiedlichen Biotopstrukturen kompensiert werden.	Zu tiefergreifenden Untersuchungen ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen zusätzliche Untersuchungen im konkreten Genehmigungsverfahren. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P060	P60.16	SO 02	Die ausgelegte Windparkform stellt hinsichtlich der Gefährdung von Zugvögeln und der Seeadler einen "trägerischen Durchflugskorridor" dar, weshalb von einer erhöhten Beeinträchtigung durch Vogelschlag auszugehen ist. Die Windenergieanlagen sollten möglichst in einer kompakten Parkform angeordnet sein. Die Anordnung der jetzigen Parkform in zwei getrennte Teile mit einer trägerischen "Gasse" werden auch in dem Zwischenbericht von BIOS & ÖKOLOGIS (Juni 2014) als höhere Beeinträchtigung durch Greifvogelschlag angesehen. Die Forderung ist hier sehr deutlich, keine "zerfranzen" sondern kompakte Windparklachen auszuweisen	Der angesprochene Bereich bezieht sich auf das im Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms dargestellte Vorranggebiet. Im Entwurf 2015 ist das Vorranggebiet Windenergienutzung etwas größer; die "Gasse" somit etwas schmaler. Das angesprochene Problem ist in nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren zu lösen, v.a. durch eine geschickte Anordnung der Standorte der Windenergieanlagen. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen.	Nicht zu berücksichtigen
P060	P60.17	SO 02	Die Auswirkungen durch Schallemissionen (Infraschall) auf die Tierwelt ist für solch sensible Brutgebiete unzureichend erforscht. Hier müssen zu starke visuelle und akustische Beeinträchtigungen zu besonders geschützten Biotopen bzw. zum Schutz bestimmter Teile von Natur und Landschaft entsprechend §§ 20-30 BNatSchG ausgeschlossen und nötige Abstandsregeln überprüft und fachlich begründet werden.	Im Hinblick auf die Auswirkungen von tieffrequentem Schall auf die Tierwelt besteht augenscheinlich in der Tat noch Forschungsbedarf. Mit der Erstellung des Entwurfs 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen.	Kenntnisnahme
P060	P60.18	SO 02	"Der größte Teil der heimischen Flora und Fauna kann nur in bestimmten, artspezifisch festgelegten Biotoptypen existieren, die nicht durch Zerstückelung und Flächenverkleinerung auf (...) isolierte Inselnflächen reduziert sind" (JEDICKE 1994). Wir müssen einer Verinselung naturnaher Lebensräume entgegenwirken.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P061	P61.01	U, SO 02	Wir möchten zu der Auslegung des Entwurfes zu einigen Punkten des Umweltberichtes Stellungnahmen abgeben: <u>Allgemeine Hinweise</u> Der Ableitung des Kriteriums "Umfeld" kann grundsätzlich nicht gefolgt werden, weil das Umfeld nur die vorgegebenen Mindestabstände der Schutzgüter (Mindestabstand zum Wald = 100 m und Umfeld = 100 m) umfasst und deshalb die Schutzgüter im Umfeld gar nicht vorkommen können.	Der Regionalplan muss sich im Rahmen geltender Rechtsvorschriften bewegen und öffentliche und private Belange gegeneinander und untereinander abwägen. Der Mindestabstand als Bewertungskriterium für die spezifischen potenziellen Empfindlichkeiten der Schutzgüter gegenüber WEG nimmt Bezug auf das Umfeld eines jeden Plangebiets bzw. eines jeden Schutzguts. Für die windenergieempfindlichen Vogelarten wird ein Vorkommen im Radius des Mindestabstand und des Prüfabstands geprüft. Beide Abstände entsprechend dem Umfeld des Plangebiets. Die Ableitung der Umfeldler ist der Tab 2. 2 im Anhang I des Umweltberichtes zu entnehmen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichtes für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P061	P61.02	U, SO 02	Hier wird noch nicht einmal als Umfeld der Bereich außerhalb eines Mindestabstands gesehen.	Der Regionalplan muss sich im Rahmen geltender Rechtsvorschriften bewegen und öffentliche und private Belange gegeneinander und untereinander abwägen. Der Mindestabstand als Bewertungskriterium für die spezifischen potenziellen Empfindlichkeiten der Schutzgüter gegenüber WEG nimmt Bezug auf das Umfeld eines jeden Plangebiets bzw. eines jeden Schutzguts. Für die windenergieempfindlichen Vogelarten wird ein Vorkommen im Radius des Mindestabstand und des Prüfabstands geprüft. Beide Abstände entsprechend dem Umfeld des Plangebiets. Die Ableitung der Umfelder ist der Tab 2. 2 im Anhang I des Umweltberichts zu entnehmen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P061	P61.03	U, SO 02	<u>Schutzgut Vorranggebiete Natur und Landschaft</u> Die Betroffenheit ist falsch dargestellt. Im eigentlichen Plangebiet nicht vorhanden, aber außerhalb des Mindestabstandes vom Plangebiet fast vollständig umschlossen, ist im Umfeld mit "ja" zu beantworten. Die Definition für das "Umfeld" eines Schutzgutes sollte angemessen erfolgen.	In dem Umfeld des Vorranggebiets für Natur und Landschaft von 200 m liegt keine potenzielles Vorranggebiet für Windenergienutzung. Der Sachverhalt ist in dem Prüfbogen zum potenziellen Vorranggebiet Bederkesa/Alfstedt korrekt dargestellt (vgl. S. 13 Umweltbericht). Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P061	P61.04	U, SO 02	Ferner gilt zu berücksichtigen, dass in der aktuellen Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie des NLT für das Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft ein Abstand entsprechend der gebietsspezifischen Empfindlichkeit vorzusehen ist. In dem vorliegenden Entwurf des RROP wird aber noch das Vorranggebiet Windenergie über das Vorbehaltsgebiet für Natur und Landschaft geplant!	In dem Umweltbericht Teil C -Teilfortschreibung Windenergie werden ausschließlich Vorranggebiete für Natur und Landschaft in Bezug auf eine potenziell erhebliche Beeinträchtigung durch das potenzielle Vorranggebiet Windenergienutzung bzw. potenzielle Repoweringstandorte geprüft. Das potenzielle Vorranggebiet für Windenergie Bederkesa-Alfstedt liegt nahe eines Vorranggebiets Natur und Landschaft (Abstand ca. 200 m). Die Vorranggebiete Windenergienutzung und Natur und Landschaft überlagern sich demnach nicht. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P061	P61.05	U, SO 02	<p><u>Schutzgut Waldflächen > 1 ha</u></p> <p>Die Betroffenheit ist falsch dargestellt, aber außerhalb des Mindestabstandes sind größere Waldflächen vorhanden (Kührstedter Holz, Pastorenmoor, Jungs Tannen, Hohes Moor oder Schulholz und Brunstannen) wobei das Pastorenmoor vom Plangebiet fast vollständig umschlossen ist. Auch Wälder < 1 ha können wertvolle Biotope darstellen.</p>	<p>Wald ist kein eigenes Schutzgut gem. § 2 Abs. 1 Satz 2 UVPG. Waldflächen werden dem Schutzgut Tiere, Pflanzen, biologische Vielfalt zugeordnet. Der Waldflächenanteil im LK Cuxhaven beträgt durchschnittlich lediglich etwa 8,6 %. Waldflächen nach § 2 des Nieders. Waldgesetzes (NWaldLG) ab einer Größe von 1 ha sollen daher aufgrund ihrer Funktion für das Klima, die Erholung und als Lebensraum von WEA freigehalten werden. Zum Schutz der Waldränder gilt dies auch für einen Puffer von 100 m.</p> <p>Eine formale Betroffenheit von Waldflächen > 1 ha im Plangebiet und im Umfeld kann demnach ausgeschlossen werden.</p> <p>Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P061	P61.06	U, SO 02	<p><u>Schutzgut geschützte Biotope § 30 BNatSchG bzw. §24 NAGBNatSchG-Biotope</u></p> <p>Die Betroffenheit ist falsch dargestellt. Im näheren Umfeld des Plangebietes gibt es zwei geschützte Biotope, die berücksichtigt werden müssen, weil es sich dabei nicht um Ödland oder sonstige naturnahe Flächen gemäß § 22 Abs. 4 Satz 2 NAGBNatSchG handelt und somit keine Mindestfläche berücksichtigt werden muss.</p>	<p>In dem Umweltbericht werden ausschließlich erhebliche Auswirkungen hinsichtlich der nach § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG geschützten Biotope ab einer Fläche von 5 ha prognostiziert, sofern eine Flächeninanspruchnahme dieser Biotope, die mit dem einer Zerstörung der für die biologische Vielfalt relevanten geschützten Flächen einhergeht, durch die Planfestlegung erfolgt. In dem Umfeld der gem. § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG geschützten Biotope von 200 m liegt keine potenzielles Vorranggebiet für Windenergienutzung. Der Sachverhalt ist in dem Prüfbogen zum potenziellen Vorranggebiet Bederkesa/Alfstedt korrekt dargestellt (vgl. S. 13 Umweltbericht). Die geschützten Biotope befinden sich in einer Entfernung von mehr als 3000 m vom Plangebiet am Bederkesaer See. Eine erhebliche Beeinträchtigung der Biotope kann somit ausgeschlossen werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P061	P61.07	U, SO 02	<p><u>Schutzgut Seltene Böden</u></p> <p>Die jetzige Planfläche überstreicht großräumig im südlichen Bereich den dort anstehenden Gley-Podsol. Hier sollte der Bereich in dieser Planungsebene nach Prüfung bereits generell ausgeschlossen werden und nicht wie vorgeschlagen erst in der nächste Planungs- bzw. Zulassungsebene geprüft werden. Investoren werden hier zur Planung veranlasst, obwohl ersichtlich ist, dass der dort vorhande Boden eine Bebauung mit Windenergieanlagen (WEA) ausschließt.</p>	<p>Die hier angesprochenen Gley-Podsol Böden gehören zu den seltenen Böden (gem. Landkreis Cuxhaven: selten; Niedersachsen: durchschnittlich). Diese kommen jedoch nur in zwei randlichen Bereichen des potenziellen Vorranggebiets Bederkesa/Alfstedt vor. Der Umgang mit den genannten Böden ist abhängig von der konkreten Standortwahl für die WEA. Die genaue Standortfestlegung ist jedoch nicht Gegenstand der SUP, sondern Teil des Genehmigungsverfahrens. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens ist dann ggf. zu klären, ob neben Bau und Betrieb Bodenschutzmaßnahmen - etwa gegen Winderosion - angemessen sind oder entsprechende Bereiche ausgespart werden können. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P061	P61.08	U, SO 02	<p><u>Schutzgut Landschaftsbild</u></p> <p>Für eine aussagekräftige Beurteilung bezüglich vorhandener Biotopvernetzungen für bestimmte Arten ist eine Biotoptypenkartierung unerlässlich. Für viele Fragestellungen und dazugehörige Stellungnahmen kann auf eine korrekte Darstellung nicht verzichtet werden. Eine Karte verschafft die nötige Übersicht und die möglichen Verflechtungen und Beziehungen der Biotope untereinander. Dies ist für die Bewertung von erheblicher Bedeutung. Die mir bisher bekannte Karte der Biotoptypen (regionalplan & uvp, 13. Sep. 2012) ist in vielen Punkten schlichtweg falsch und sehr unvollständig.</p>	<p>Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig, voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVP (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergienutzung/Repoweringstandorte ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVP). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: Biotoptypen) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P061	P61.09	U, SO 02	Zum Beispiel sind Wallhecken als gesetzlich geschützte Landschaftselemente nur lückenhaft kartiert, das heißt, dass ganze Wallhecken nicht kartiert wurden und insbesondere im Bereich des Plangebietes Wallhecken deutlich verkürzt und falsch in Lage und Richtung dargestellt wurden.	Der Umweltbericht berücksichtigt geschützte Landschaftsbestandteile. Wallhecken sind geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG bzw. § 22 NAGBNatSchG bzw. gelten nach § 30 BNatSchG und § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG als geschützte Biotoptypen. Gemäß den Daten des LK Cuxhavens befinden sich geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG weder im potenziellen Vorranggebiet noch im Umfeld. Die Bewertung der Umweltwirkungen betrachtet die geschützten Biotope ab einer Mindestgröße von 5 ha. Wallhecken liegen i. d. R. unter diesem Wert. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG bzw. § 22 NAGBNatSchG) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P061	P61.10	U, SO 02	Ebenso fehlen im unmittelbaren Bereich der Planflächen Einzelbäume und ein eventuell gesetzlich zu schützendes Sumpfbüsch nach § 30 BNatSchG und § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG bzw. eine Baumgruppe links des Weges zwischen Pastorenmoor und Jungs Tannen wurde gar nicht erfasst.	Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P061	P61.11	U, SO 02	<p>Alle Mängel der Biotoptypenkarte lassen sich in diesem Rahmen nicht beschreiben. Soweit für uns nachprüfbar, legen u. a. falsch ausgewiesene Grünlandflächen den Schluss nahe, dass hier eine völlig veraltete Erhebungsgrundlage verwendet wurde. Hier geben wir den Hinweis, dass diese Karte nicht als Grundlage für eine Bewertung und zur Ausweisung eines Vorranggebietes herangezogen werden sollte.</p>	<p>Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig, voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergienutzung/Repoweringstandorte ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: Biotoptypenkartierung) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P061	P61.12	U, SO 02	<p>Sollten diese alten Biotoptypenkartierungen auch zur Einstufung des Landschaftsbildes herangezogen worden sein, ist die Einstufung als "Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung" ohnehin stark anzuzweifeln. Einen Zweifel an der richtigen Einstufung hegen wir auch deshalb, weil die Prägung des Landschaftsbildes im Umfeld des Vorranggebietes durch Wallhecken und kleinere Landschaftselemente vielfältig gegliedert ist und durch seine Eigenart und Schönheit eine sehr hohe Wertstufung hat.</p>	<p>Bei der Prüfung der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft wurden, neben Landschaftsschutzgebieten (LSG), folgende Kriterien berücksichtigt: Unzerschnittene Verkehrsarme Räume (UZVR), geschützte Landschaftsbestandteile nach § 29 BNatSchG und § 22 NAGBNatSchG, Bereiche mit Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft gem. LRP. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation bzw. zum Landschaftsbild werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweisen voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Eine Berücksichtigung erfolgt daher auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P061	P61.13	U, SO 02	<p><u>Schutzgut windenergieempfindliche Vogelarten</u></p> <p>Der dem Jagdrecht unterliegende Seeadler (<i>Haliaeetus albicilla</i>) wird in Niedersachsen auf der „Roten Liste“ geführt und als stark gefährdet eingestuft. Die Bederkesaer Jagdpächter haben bereits im Jahr 2010 in ihrem Einwand im Rahmen des RROP gegen die Ausweisung des Vorranggebietes Windenergienutzung auf die belegbare Existenz des Seeadlers im Plangebiet verwiesen. Auch nach ergänzenden mündlichen und schriftlichen Hinweisen (unsere Stellungnahme vom 20. Juli 2012) über die nachgewiesene Existenz des Flugweges der Seeadler zu ihrem Nahrungshabitat im Bereich Bederkesaer See hat das Gutachten (Planungsbüro Peter Stelzer GmbH) außer Acht gelassen.</p>	<p>Je nach Vogelart, Jahreszeit, Aktivität, Nahrungsangebot, Flächennutzung, Witterung, Anzahl der Vogelindividuen und Anlagengröße kann eine potenzielle Beeinträchtigung unterschiedlich groß sein. Unstrittig bilden WEA für einzelne Vogelarten eine tödliche Kollisionsgefahr. Insbesondere für wenig wendige Großvogelarten (z. B. Seeadler, Mäusebussard und Uhu) sowie Flugjäger in der offenen Landschaft (z. B. Rotmilan), welche die Anlagen nicht oder zu spät als Gefahr erkennen, besteht ein generelles Risiko, an WEA zu verunglücken. Die Vogelarten wurden entsprechend der Anwendung der Richtlinie der tierökologischen Abstandskriterien (NLT 2011) berücksichtigt. Die angenommenen Abstände zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten werden im Umweltbericht zum Entwurf RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden.</p> <p>Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. Flugwege des Seeadlers, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen detaillierte Kartierungen im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p>	Teilweise zu berücksichtigen
P061	P61.14	U, SO 02	<p>Aktuelle Erfassungsdaten hätten bei der Unteren Naturschutzbehörde erfragt werden müssen, damit aus heutiger Sicht auf den Flugweg des Seeadlers zu seinem nördlichen Nahrungshabitat Rücksicht hätte genommen werden können. Diese Thematik wurde ja aufgrund weiterer Hinweise auf Flugrouten nun erneut untersucht, konnte jedoch keine anderen belastbaren Ergebnisse liefern (vgl. hierzu auch die Methodendiskussion im BIOS-Gutachten vom Juni 2014, S.34), weil es einen Brutabbruch gegeben hat und demzufolge keine Aufzuchtzeit stattfand.</p>	<p>Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P061	P61.15	U, SO 02	Ein früheres Brutvorkommen der Sumpfohreule im Pastorenmoor konnte im vergangenen Jahr nicht bestätigt werden. Grundsätzlich eignet sich der Bereich jedoch für diese geschützte Art.	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: Avifauna, Brutvorkommen) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P061	P61.16	U, SO 02	Zusammenfassend betrachtet, gehen wir davon aus, dass die vollständige Bestandsaufnahme des derzeitigen Umweltzustandes erhebliche Veränderungen in der Bewertung des Raumes, insbesondere für die Bedeutung der Greifvögel, ergeben wird.	Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: Avifauna, Brutvorkommen) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P061	P61.17	U, SO 02	<u>Fledermausvorkommen</u> In Niedersachsen kommen zur Zeit 19 Fledermausarten vor, mindestens 10 davon in dem betroffenen Gebiet der geplanten Windkraftanlagen.	Die in Deutschland und der Region vorkommenden Fledermausarten haben sehr unterschiedliche Lebensraumansprüche und Lebensweisen. Die überwiegende Zahl der Arten hält sich meist in bodennahen Luftschichten auf und ist somit nur einem geringen Kollisionsrisiko bzw. einem Risiko durch das Barotrauma durch WEA (Druckschwankungen in Rotorturbulenzen) ausgesetzt. Sechs Arten (beide Abendsegler, drei Pipistrellus-Arten und die Zweifarbfledermaus) bilden vor allem durch ihr saisonales Zugverhalten, die Abendsegler auch durch ihre Jagdflüge deutlich über Baumkronenniveau eine Risikogruppe. Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen der Fledermäuse bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Eine detaillierte Auseinandersetzung	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	
P061	P61.18	U, SO 02	Nach dem Bundesnaturschutzgesetz vom 29. 07. 2009, in Kraft getreten am 01. 03. 2010, sind alle Fledermausarten besonders und streng geschützt. Daher ist es verboten, diese Tiere während der Fortpflanzungs-, Aufzucht-, Überwinterungs- und Wanderungszeiten erheblich zu stören, so dass sich dadurch der Erhaltungszustand der lokalen Population verschlechtert. Es ist erwiesen, dass auch in Niedersachsen eine erhebliche Anzahl dieser Tiere durch WEA zu Tode kommt.	Die in Deutschland und der Region vorkommenden Fledermausarten haben sehr unterschiedliche Lebensraumansprüche und Lebensweisen. Die überwiegende Zahl der Arten hält sich meist in bodennahen Luftschichten auf und ist somit nur einem geringen Kollisionsrisiko bzw. einem Risiko durch das Barotrauma durch WEA (Druckschwankungen in Rotorturbulenzen) ausgesetzt. Sechs Arten (beide Abendsegler, drei Pipistrellus-Arten und die Zweifarbfledermaus) bilden vor allem durch ihr saisonales Zugverhalten, die Abendsegler auch durch ihre Jagdflüge deutlich über Baumkronenniveau eine Risikogruppe. Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen der Fledermäuse bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P061	P61.19	U, SO 02	Die Kolonie des Großen Abendseglers im Kührstedter Holz muss einen besonderen Schutz genießen. Diese stark gefährdete Art nutzt hauptsächlich den freien Luftraum als Jagdgebiet und verunglückt daher durch WEA besonders oft. "Eine Betroffenheit von Fledermäusen muss vor einer Zulassung der Anlagen geklärt werden; die Klärung kann nicht erst Gegenstand eines Gondelmonitorings nach Zulassung der Anlagen sein (...). Es kann nämlich zum einen dem Vorhabensträger ein Gondelmonitoring nur bei belegten Anhaltspunkten für eine entscheidungserhebliche Betroffenheit von Fledermäusen auferlegt werden. Zum anderen kann die nachträgliche Beschränkung des Anlagenbetriebs die Wirtschaftlichkeit der Anlagen in Frage stellen." (aus: NLT Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie, Stand 21. Januar 2014, Entw.)	Die in Deutschland und der Region vorkommenden Fledermausarten haben sehr unterschiedliche Lebensraumansprüche und Lebensweisen. Die überwiegende Zahl der Arten hält sich meist in bodennahen Luftschichten auf und ist somit nur einem geringen Kollisionsrisiko bzw. einem Risiko durch das Barotrauma durch WEA (Druckschwankungen in Rotorturbulenzen) ausgesetzt. Sechs Arten (beide Abendsegler, drei Pipistrellus-Arten und die Zweifarbfledermaus) bilden vor allem durch ihr saisonales Zugverhalten, die Abendsegler auch durch ihre Jagdflüge deutlich über Baumkronenniveau eine Risikogruppe. Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen der Fledermäuse bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P061	P61.20	SO 02	Aus der Sicht der Jägerschaft sollte der Standort wegen der vorhandenen artenschutzrechtlichen Hemmnisse und der Gefährdung des Schutzgutes Natur und Landschaft nicht ausgewiesen werden.	Wie aufgezeigt wurde, stehen dem Vorranggebiet keine artenschutzrechtlichen Hemmnisse auf regionaler Ebene entgegen. Eine Gefährdung des Schutzgutes Natur und Landschaft ist nicht gegeben.	Nicht zu berücksichtigen
P062	P62.01	SO 31	als betroffener Anwohner lehne ich die erneute Aufnahme des Flächenvorschlags Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab und mache folgende Bedenken geltend:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P062	P62.02	SO 31	Ein geplanter Windindustriepark wird unser Leben nachhaltig negativ beeinflussen und nach anerkannten, wissenschaftlich belegten Erkenntnissen (und Abhandlungen) mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit krank machen. Ich Sorge mich um die Gesundheit meiner ganzen Familie. Lärm und Infraschall werden uns beeinträchtigen und schädigen.	Eine Ausweisung eines Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Kenntnisnahme
P062	P62.03	SO 31	Die Fläche liegt mitten in einem Siedlungsgebiet. Die umliegenden Ostener Ortsteile können nicht einfach zu "sonstigen, wohnbaulichen Nutzungen" bzw. zu Einzelgebäuden definiert werden, sondern bilden zusammenhängende Straßendörfer oder Streusiedlungen, sodass größere Mindestabstände als im Entwurf vorgesehen anzuwenden sind.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen
P062	P62.04	SO 31	Ein Windpark an der vorgeschlagenen Stelle in Osten-Isensee zerstört das typische, einzigartige, schutzenswerte Landschaftsbild entlang der Oste. Der wesentlich von landwirtschaftlicher Nutzung gepragte Charakter der Gegend sollte erhalten bleiben und u.a. auch im Interesse des von Landkreis und Gemeinde geförderten Tourismus besonders geschützt werden.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Aufstellung der Kriterien für die Erarbeitung der Vorranggebiete basiert auf rechtlichen Grundlagen und geschah in Zusammenarbeit mit den Fachämtern des Landkreises. Die Kriterien stellen den politischen Willen des Landkreises dar. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. So wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				<p>Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort auch 200 Meter Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzgeld gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.</p> <p>Inweitweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.</p>	
P062	P62.05	SO 31	Windindustrieflächen gefährden und zerstören diese wertvolle Landschaft und sprengen alle Maßstäbe bezüglich der vorhandenen, gewachsenen Gebäudestruktur.	Siehe P62.04	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P062	P62.06	SO 31	Die vorgesehenen Mindestabstände von 420 bzw. 500 m sind ohnehin viel zu gering bemessen, da sie erhebliche, gesundheitliche Gefährdungen der Anwohner durch Schlagschatteneffekte, Betriebsgeräusche und Infraschallemissionen der Windanlagen auslösen.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Das Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht den selben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Gemeinden. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen stattfinden dürfen, eher hinnehmen muss. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung einer Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Kenntnisnahme
P062	P62.07	SO 31	In anderen Landkreisen werden teilweise deutlich höhere Mindestabstände zugrunde gelegt, die auch hier anzuwenden sind.	Bei der Bestimmung der Kriterien können nur objektive Gründe zugrunde gelegt werden. Abstände aus anderen Landkreisen sind für den LK Cuxhaven nicht verpflichtend.	Nicht zu berücksichtigen
P062	P62.08	SO 31	Ich lebe mit meiner Familie bewusst auf dem Land. Geräusche von umliegenden Bauernhöfen und Erntemaschinen gehören selbstverständlich zum Landleben – aber eben nicht die Dauerbeschallung bei Tag und bei Nacht durch Windindustrieanlagen.	Siehe P62.06	Kenntnisnahme
P062	P62.09	SO 31	Mehrere seltene und geschützte Vogelarten sowie Fledermäuse sind im Plangebiet und dessen Umfeld regelmäßig zu beobachten. Dieser schützenswerte Bestand ist nicht mit Windenergienutzung vereinbar.	Seitens des Einwenders werden die seltenen und geschützten Vogelarten nicht näher belegt. - Der angesprochene Bereich gehört zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung bzw. zu Gastvogellebensräumen mit potenzieller Bedeutung; aktuelle Erfassungen und Bewertungen liegen hier nicht vor. Auch im Hinblick auf die Fledermäuse ist die Datengrundlage unzureichend. Von daher kann der Einwendung im Hinblick auf den Untersuchungsbedarf gefolgt werden. Es kann derzeit jedoch nicht die Aussage getroffen werden, dass im angesprochenen Bereich ein Vorranggebiet Windenergienutzung naturschutzfachlich und - rechtlich nicht möglich ist.	Kenntnisnahme
P062	P62.10	SO 31	Die genauen Arten, Zahlen und Standorte sind noch vor Beschlussfassung des RROP sehr viel gründlicher zu untersuchen, als die dem RROP-Entwurf beigefügten, sehr oberflächlichen Anmerkungen zu den einzelnen Vorranggebieten Windenergie es (oftmals auch falsch) leisten.	Siehe P62.09.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P062	P62.11	SO 31	Die Fläche für Windenergie Osten-Isensee überschneidet sich am Nordrand immer noch mit einem ausgewiesenen "Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft". Diese Nutzungen sind nicht miteinander vereinbar, sodass das Vorranggebiet Windenergie ohnehin weiter zu verkleinern wäre.	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen
P062	P62.12	SO 31	Neben den Hauptaspekten der Gesundheitsgefährdung sowie der Natur- und Landschaftszerstörung ist auch der Aspekt der Wertminderung von Grundstücken und Gebäuden zu berücksichtigen. Geplante oder aufgrund der Beeinträchtigungen erzwungene Veräußerungen im Umfeld von Windenergieanlagen sind erheblich schwieriger. Entschädigungsklagen gegen Betreiber und Planungsträger sind bundesweit bereits erfolgreich verlaufen. Wie ich aus persönlichen Gesprächen mit Betroffenen aber von Architekten-Kollegen, u.a. Bausachverständigen aus der Praxis weiß, bedingt die Nähe zur Windindustrie im Grunde für alle Häuser eine erheblichen Wertminderung bis hin zur Unverkäuflichkeit bei Umzug. Ich befürchte, dass das Haus meiner Familie, welches auch Teil unserer Alterssicherung ist, im Falle der Errichtung des Windindustrieparks erheblich an Wert verliert. Sollte der Windindustriepark realisiert werden, sind wir gezwungen den Wertverlust auf Basis von (Sachverständigen) dokumentierten Vergleichsfällen einzuklagen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Kenntnisnahme
P062	P62.13	SO 31	Ein bei uns in Osten mit 81,3 % gegen einen Windpark ausgegangener Bürgerscheid sowie das beantragte Weltkulturerbe Schwebefähre wurden zwar vom OVG Lüneburg erstaunlicherweise nicht als Planungskriterium anerkannt, müssen aber für den Landkreis weiterhin als bindend und verpflichtend gelten. Diese bedeutsame Auszeichnung gilt es im Interesse des gesamten Landkreises zu erreichen.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen.	Kenntnisnahme
P062	P62.14	SO 31	Als Fördermitglied und als Steuerzahler in Niedersachsen, kann ich nicht verstehen, dass hier bereits bezahlte Fördermittel für die Sanierung der Fähre durch die Errichtung von Windindustrieanlagen zunichte gemacht werden sollen.	Die Schwebefähre wird durch mögliche Windkraftanlagen nicht beeinträchtigt. Dies wurde sowohl von der Denkmalschutzbehörde des Landkreises, als auch von der Denkmalschutzbehörde des Landes festgestellt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P062	P62.15	SO 31	Da der Landkreis Cuxhaven seine Verpflichtung zum Ausweisen zusätzlicher Flächen für die Windenergienutzung ohnehin bereits erfüllt bzw. übererfüllt hat, besteht - auch nach dem Urteil des OVG Lüneburg - keine Verpflichtung und keine Notwendigkeit, die Fläche Osten-Isensee als Vorranggebiet Windenergienutzung in das RROP aufzunehmen.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Kenntnisnahme
P063	P63.01	U	Hiermit möchten wir gegen die Änderungen des RROP 2014 (Teilabschnitt Windenergie) für den Landkreis Cuxhaven mit den unten aufgeführten Gründen Einspruch einlegen. <u>Allgemein</u> Die in vielen Textpassagen vorkommenden Schachtelsätze und Fremdwörter werden auch nach mehrmaligen Lesen nicht richtig verstanden. Für uns betroffenen Bürger ist eine Auseinandersetzung mit dem Windkraft-Thema in dieser umständlichen Sprache schwierig. Einige Betroffene verlieren wohl schon beim Lesen den Mut einen Einspruch einzulegen. Hier ein Beispiel am Anfang Seite 1 Prognose: "Für allgemein, strategische oder räumliche nicht konkrete Festlegungen, die nur eine mittelbare Relevanz hinsichtlich voraussichtlich erheblicher Umweltauswirkungen aufweisen, werden die Umweltauswirkungen im Wesentlichen verbal-argumentativ bewertet. Textlich und kartografisch hinreichend konkreter Planfestlegungen, mit hoher Wahrscheinlichkeit erhebliche - nachteilige - Umweltauswirkungen hervorrufen können, werden entsprechend der Planungsebene spezifisch und raumbezogen bewertet....." Hierzu noch eine Zwischenbemerkung eines Kreistagsabgeordneten aus der Börde Lamstedt bei der Kreissitzung zu diesem Thema: „Gelesen habe ich alles nur verstanden habe ich wenig!“ Wir danken Ihm für die ehrliche Aussage. Wir bitten um eine einfachere und verständlichere Sprache.	Der Einwand ist teilweise nachvollziehbar. Die angesprochenen Textpassagen wurden überarbeitet. Komplexe Sachverhalte bedingen jedoch häufig längere Formulierungen mit Fachbegriffen. Die genannte Textpassage werden im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 überarbeitet werden.	Teilweise zu berücksichtigen
P063	P63.02	B 04	<u>Fortschreibung Teilabschnitt Windenergie 2014 Umweltbericht - Teil C - Seite 3:</u> <u>Ziel: vollständiger Rückbau</u> Hier wird ein vollständiger Rückbau nach Beendigung des Betriebes festgeschrieben. Zu welchem Zeitpunkt ist das Betriebsende der WKAs und wann ist der vollständige Rückbau zu tätigen und wer bestimmt das und wer kommt dafür auf? Wir bitten um eine feste Zeitraumangabe.	Der Rückbau von Außenbereichsvorhaben nach Betriebsaufgabe ist im BauGB festgeschrieben und wird insofern wohl nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Fundamente, Wegebau und Erschließung sind notwendige Bestandteile des Außenbereichsvorhabens und somit ebenfalls von der Rückbauverpflichtung abgedeckt. Die Aufnahme in das RROP hat damit eher klarstellenden Charakter und bedeutet gegenüber den heutigen Regelungen keine Änderung. Durch die neue Formulierung unter Ziffer 04 der "Beschreibenden Darstellung" im Entwurf 2015 (Rückbau bis zu einer Tiefe von 2,5m) wird eine Abwägung der verschiedenen Belange zum Rückbau berücksichtigt.	Kenntnisnahme
P063	P63.03	B 04	Der vollständige Rückbau ist nach unserer Meinung unrealistisch. Die Kosten in 20 oder 30 Jahren für das Ausheben und Entfernen des bis zu 10 m tiefen Betoneisenfundaments bzw. der bis 20m tiefen Betonpfähle sind nicht einzuschätzen. Nach heutigem Stand der Technik sehr energetisch aufwendig d. h. sehr teuer. Wir bitten um eine realistische Einschätzung des Rückbaus mit einer Tiefenangabe.	Siehe P63.02	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P063	P63.04	B 04	<p>Weitere Anmerkungen von uns:</p> <p>Warum sollte man gute, von der Bevölkerung akzeptierte Windstandortflächen nach dem Ende der Betriebsgenehmigungen der WKAs zurückbauen. In Zukunft brauchen wir diese Flächen noch dringlicher als heute. In 15-20 Jahren soll der regenerative Stromanteil möglichst über 50 % liegen. Wo soll der Strom herkommen, wenn wir diese Flächen wieder aufgeben. Gute Windstandorte sollte man langfristig sichern - weniger gute Standorte wie z. B. in unmittelbarer Nähe zu Wohnbebauungen sollte man gar nicht erst planen bzw. in Erwägung ziehen.</p>	<p>Vorrangstandorte für Windenergie werden nicht aufgehoben, nur weil die Genehmigung der Anlagen erlischt. Von den Gemeinden werden Flächennutzungspläne aufgestellt, die auf den betreffenden Flächen Windkraftanlagen zulassen. Es ist somit problemlos möglich im Rahmen eines Repowerings nach 15-20 Jahren Altanlagen durch neue, moderne Anlagen zu ersetzen.</p>	Kenntnisnahme
P063	P63.05	U	<p><u>Fortschreibung Teilabschnitt Windenergie 2014 Umweltbericht - Teil C - Seite 3:</u> <u>Grundsatz: Anlagen gleicher Art - Ziel: maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen Auswirkungen des Grundsatzes und des Zieles auf die Umwelt.</u></p> <p>Sie bewerten im Text die gleiche Art der Anlagen hinsichtlich der Anzahl der Flügel, Drehrichtung, Farbgebung und gleicher Höhen für die Beeinträchtigung des Landschaftsbild als positiv. Hier ist das Wort positiv irreführend. Mit dieser Formulierung sind wir nicht einverstanden. Der Eingriff der mit bis zu 200m hohen WEA in das Landschaftsbild ist grundsätzlich negativ. Eine leichte Reduzierung der o. g. Faktoren sind für die Beeinträchtigung des Landschaftsbild kaum relevant. (Erst verschandelt man die Landschaft mit Windkraftträgern und dann freut man sich über den Gleichlauf der Rotoren!)</p>	<p>Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweisen (technische Bedingungen) voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Eine Berücksichtigung erfolgt daher auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Die Formulierung im Teil C, S. 3 des RROP 2014 meint keine vollständige Vermeidung der anlagebedingten Beeinträchtigungen des Landschaftsbildes, sondern eine Minderung der Beeinträchtigungen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens durch die Aufstellung gleicher Anlagentypen, gleichgeschaltete Drehrichtung etc.. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Kenntnisnahme
P063	P63.06	B 10	<p><u>Fortschreibung Teilabschnitt Windenergie 2014 Umweltbericht - Teil C - Seite 3-4:</u> <u>Ziel: Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch gesicherten Bereichen.</u></p> <p>Bei diesem Text fehlt eine weitere Erklärung - hier handelt es sich wahrscheinlich um die alten Windstandortflächen. Sind die Gesamthöhen in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegt?</p>	<p>Die maximale Anlagenhöhe ist in der Regel in der gültigen Bauleitplanung festgelegt. Sofern von den Gemeinden keine maximale Anlagenhöhe festgelegt wird, wird diese im Rahmen des Genehmigungsprozesses vom Landkreis Cuxhaven festgelegt.</p>	Kenntnisnahme
P063	P63.07	B 10	<p>Der folgende Absatz ist nicht so zu akzeptieren:</p> <p>"Sofern bei der Errichtung von Windenergieanlagen Gesamthöhen von 100 m überschritten werden, ist ein Mindestabstand von 1000m zu Ortslagen und 500m zu Einzelhäusern einzuhalten."</p> <p>Das würde bedeuten das die Abstandsregelung einer WKA von 100m Höhe genau so groß wären wie bei einer 200m oder vielleicht in Zukunft bei 300m Gesamthöhen-Anlagen. Mit der Gesamthöhe ändern sich Schall, Schatten, Reflexionen, Infraschall usw. erheblich. Hier bitten wir um eine genaue Angabe der Abstände zu Wohnbebauungen im Verhältnis zu den Gesamthöhen der WKAs - wie z.B. einer Formel: Gesamthöhe mal Faktor X.</p>	<p>Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.</p>	zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P063	P63.08	U, SO 31	<p>Weitere Einsprüche und Unklarheiten zum Standort Osten-Isensee</p> <p><u>Tabelle ab Seite 129</u></p> <p>Nummer 2.631: Das bei Ihnen in der Tabelle unter „Schutzgut“: Menschen, einschließlich der menschlichen Gesundheit ist entgegen Ihrer Aussage im Umfeld vorhanden und haben voraussichtlich erhebliche Umweltauswirkungen.</p>	<p>Im Umfeld (Prüfabstand) des potenziellen Vorranggebiets Osten-Isensee ist keine Wohnbebauung vorhanden. Die Angaben auf S. 129 Nr. 2.631 sind korrekt.</p> <p>Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung beinhaltet die Anwendung von Tabubereichen (weiche/harte), in denen die Errichtung und der Betrieb von WEA z. B. aus naturschutzfachlichen oder rechtlichen Gründen abzuwägen oder ausgeschlossen ist. "Harte" Auswahlkriterien für die Festlegung von Vorranggebieten werden beispielsweise in Bezug auf das Schutzgut Mensch angewandt. Ein potenzielles WEG darf einen Mindestabstand von 420 m zu Ortslagen nicht unterschreiten. Mit dem im Regionalplan festgesetzten Siedlungsabstand von 420 m (Ortschaften und sonst. wohnbauliche Nutzung) ("hartes" Kriterium) bzw. 1.000 m (für Siedlungsflächen und z. B. Einzelhäuser) ("weiches" Kriterium) ergibt sich dabei im Regelfall eine Unterschreitung der TA-Lärm-Werte für allgemeine Wohngebiete (vgl. Anhang I im Umweltbericht). Die höchste bekannte WEA im LK Cuxhaven hat eine Gesamthöhe von 210 m, so dass ein Abstand von 420 m aufzufassen ist. Ebenso spielt nach aktueller Rechtsprechung die optischen Bedrängung durch WEA bei einem 1.000 m Abstand keine Rolle mehr. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P063	P63.09	U, SO 31	Nummer 2.635: Es haben sich in diesem Jahr weitere Weißstörche im Umfeld angesiedelt. Der Schwarzstorch wurde in der Nähe des Plangebietes gesichtet und auch fotografiert. Kiebitze, Seeadler und Roter Milan sind hier oft zu sehen werden aber nicht erwähnt.	<p>Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2012) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Der Weißstorch wurde in dem Jahr als Brutvogel (4 Brutpaare) im Umfeld des Plangebiets erfasst.</p> <p>Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Innerhalb der artspezifischen Mindest- und Prüfabstände (vgl. Umweltbericht, Anhang I, S. 6, Tab. 2-1) ist kein Vorkommen von Kiebitz, Seeadler oder Rotmilan dokumentiert. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG).</p> <p>Die angenommenen Abstände zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten werden im Umweltbericht Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und ggf. angepasst werden.</p>	Teilweise zu berücksichtigen
P063	P63.10	U, SO 31	Nummer 2.639: Ein >1 ha Waldstück ist mitten im Plangebiet vorhanden.	<p>Der Waldflächenanteil im LK Cuxhaven beträgt durchschnittlich lediglich etwa 8,6 %. Waldflächen nach § 2 des Nieders. Waldgesetzes (NWaldLG) ab einer Größe von 1 ha sollen daher aufgrund ihrer Funktion für das Klima, die Erholung und als Lebensraum von WEA freigehalten werden. Zum Schutz der Waldränder gilt dies auch für einen Puffer von 100 m. Für das potenzielle Vorranggebiet Osten-Isensee werden die Abstandskriterien eingehalten. Eine formale Betroffenheit von Waldflächen > 1 ha im Plangebiet und im Umfeld kann demnach ausgeschlossen werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P063	P63.11	U, SO 31	Nummer 2.641: Zugvögel-Korridore sind vorhanden. Von dem EU-Vogelschutzgebiet Nordkehdingen zu den nächtlichen Rastgebieten Hohes Moor bei Oldendorf und dem großen Tister Bauernmoor geht eine Flugachse genau über das Plangebiet Isensee. Vor allem im Winter sind täglich in beiden Richtungen große Schwärme von Zugvögeln zu sehen.	Das Europäische Vogelschutzgebiet (VSG) Unterelbe liegt zu Teilen im LK Cuxhaven. Nordkehdingen als Teil dieses VSG befindet sich bereits im LK Stade. Die küstennahe Gebiete, so auch große Teile des LK Cuxhaven, werden größtenteils breitflächig von Vogelzügen überquert. Vogelzuggeschehen am bzw. über dem WEG Osten-Isensee ist daher nicht auszuschließen. Jedoch kann nicht jeder Vogelzugkorridor die Errichtung von WEA verhindern, da ansonsten WEA fast überall unzulässig wären. Das würde der gesetzlich angeordneten Privilegierung solcher Anlagen im Außenbereich widersprechen (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB). Entsprechende Untersuchungen zu Flugkorridoren und Zugvögeln werden im Zuge des Genehmigungsverfahrens durchgeführt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P063	P63.12	U, SO 31	Nummer 2.648: Das Plangebiet ist ein unzerschnittener verkehrsarmer Raum. Es gehen keine öffentlichen Straße hier durch. Ein Vorangebiet für drei große WEA würde die Landschaft zerschneiden und dadurch massiv verändern und zerstören.	Bei der Prüfung der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft wurden folgende Kriterien berücksichtigt: Landschaftsschutzgebieten (LSG), geschützte Landschaftsbestandteile nach § 29 BNatSchG und § 22 NAGBNatSchG, Bereiche mit Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft gem. LRP und unzerschnittene verkehrsarme Räume (UZVR). Im Landkreis Cuxhaven gibt es insgesamt vier unzerschnittene verkehrsarme Räume bzw. große zusammenhängende Räume zwischen 60 und 120 km ² . Das potenzielle Vorranggebiet Osten-Isensee liegt außerhalb eines UZVR. Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweisen voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Eine Berücksichtigung erfolgt daher auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P063	P63.13	U, SO 31	Nummer 2.651: Kultur- und Baudenkmale im Umfeld vorhanden. Außer der Schwebefähre die im weiteren Umfeld liegt, sind auf auf einer Karte weitere Baudenkmäler markiert.	Die denkmalgeschützten Objekte des LK Cuxhaven wurden in einem Umfeld bis 300 m vom Plangebiet (potenzielles Vorranggebiet Osten-Isensee) berücksichtigt. Die Schwebefähre sowie weitere Baudenkmäler (z.B. denkmalgeschützte Wohn-/Wirtschaftsgebäude oder Scheunen) liegen außerhalb dieser 300 m. Gemäß der Stellungnahmen des Landesamtes für Denkmalpflege und der unteren Denkmalschutzbehörde sind keine wesentlichen Beeinträchtigungen auf die Schwebefähre aufgrund des Abstandes von 2900 m zu befürchten. In der Umgebung eines Baudenkmals dürfen Anlagen gem. § 8 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (DSchG ND) nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Die Prüfung, ob ein angrenzendes Bauvorhaben (z.B. auch eine WEA) zu einer Beeinträchtigung des Denkmals im Sinne des § 8 DSchG ND führt, obliegt der unteren Denkmalschutzbehörde, das heißt den Gemeinden, denen die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde obliegt, im Übrigen dem LK (§ 19 DSchG ND). Inwieweit eine erhebliche Umweltauswirkung durch das WEG im Umfeld besteht, kann auf Ebene der Regionalplanung nicht ermittelt werden. Eine weitere differenzierte Bewertung erfolgt daher auf der nachgeordneten Zulassungsebene. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P063	P63.14	SO 31	Schwebefähre Bei der Realisierung des Windparks Osten-Isensee wäre das technische Baudenkmal Schwebefähre Osten-Hemmoor längerfristig gefährdet. Die mögliche Auszeichnung zum Weltkulturerbe wäre nicht mehr möglich - eine touristische Weiterentwicklung würde gestoppt und die Zukunft der Schwebefähre sehr ungewiss.	Gemäß der Stellungnahmen des Landesamtes für Denkmalpflege und der unteren Denkmalschutzbehörde sind keine wesentlichen Beeinträchtigungen auf die Schwebefähre aufgrund des Abstandes von 2900 m zu befürchten.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P063	P63.15	SO 31	Wertverlust von Haus und Hof Es ist hinlänglich bekannt, dass Häuser, Wohnungen und Resthöfe in der Nähe von Windindustrieflächen an Wert verlieren. Bei einer Realisierung würde der Wert unseres Hauses um bis zu 40 % verlieren.(Quelle: RDM) Aus diesen Gründen käme eine Flächennutzungsplanänderung einer Enteignung ohne finanzielle Entschädigung gleich. Eine Enteignung ist nach dem Grundgesetz nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Eine Entschädigungsklage gegen die Betreiber werden wir falls die WKA gebaut werden veranlassen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Kenntnisnahme
P063	P63.16	A	Was wir noch im Entwurf vermissen: Richtfunkstrecken: In einem früheren Planentwurf (1996) zu einer Windvorrangfläche wurden wichtige Richtfunkstrecken die hier vorhanden sind berücksichtigt. Bei Ihrem neuen Entwurf sind sie nicht eingezeichnet. Wir bitten Sie vorrangige Richtfunkstrecken darzulegen und bei dem neu geplanten Vorranggebiet mit den entsprechenden Abständen zu berücksichtigen.	Die Richtfunkstrecken werden bereits im Landesraumordnungsprogramm nicht mehr aufgeführt. Für die Raumordnung sind diese auch in soweit nicht von Belang, da die Abstände zu diesen von der Höhe der konkreten Anlagen abhängig sind. Diese Höhe ist jedoch auf Ebene der Raumordnung noch nicht bekannt. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG werden die Richtfunkstrecken jedoch beachtet.	Kenntnisnahme
P063	P63.17	A	Zubringerstraßen Die Landstraße L113 ist ziemlich marode und wird immer schlechter. Teilweise sind Geschwindigkeitsbegrenzungs-Verkehrsschilder aufgestellt. Eine Erschließung und Bebauung der großen WEA könnte nur über diese Straße erfolgen. Die Vorstellung von dem Transport der überdimensionierten Bauteile und das Einbringen der großen Fundamente mit geschätzten über 1000 Betonmischer-Lkws gäbe der Landstraße und dessen Brücken den Rest. Wer trägt die Kosten bei der nachweislichen Schädigung durch WKA-Transporte an Straßen bzw. an unseren Häuser.	Im Rahmen des RROP werden lediglich Standorte ausgewiesen, die sich vorrangig für die Windenergienutzung anbieten. Dies bedeutet nicht, dass auf diesen Flächen auch tatsächlich Windenergieanlagen gebaut werden müssen. Inwieweit die Infrastruktur für den Bau von WEA ausreichend ist, kann erst im Rahmen der Bauleitplanung bzw. der Genehmigung geklärt werden. Auf Ebene der Regionalplanung kann nicht jede einzelne Straße untersucht werden, ob diese als Zubringer geeignet ist.	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.01	SO 12	Gegen das Regionale Raumordnungsprogramm werden hinsichtlich der Flächenausweisung des Windparks Hemmoor-Bröckelbeck Bedenken vorgebracht. Das Gebiet entspricht nicht der Verordnung des LROP 2012. Dort heißt es unter: "2.1. Entwicklung der Siedlungsstruktur 01 In der Siedlungsstruktur sollen gewachsene, das Orts- und Landschaftsbild, die Lebensweise und Identität der Bevölkerung prägende Strukturen sowie siedlungsnah Freiräume erhalten und unter Berücksichtigung der städtebaulichen Erfordernisse weiterentwickelt werden." Das Landschaftsbild wird durch einen Windpark nachhaltig zerstört.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Die Frage, ob einzelne Windanlagen eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes darstellen, kann erst in der Bauleitplanung abschließend geklärt werden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P064a	P64/A.02	SO 12	In aktuellem Kartenmaterial z.B. Falk 2014/2015 ist die K29 bei Bröckelbeck als „Landschaftlich schöne Strecke – Touristenstraße“ gekennzeichnet. Ein Windpark ist weithin zu sehen und würde dieses schöne Landschaftsbild auch über die Grenzen von Bröckelbeck zerstören.	Siehe P64.A01	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.03	SO 12	"3.1.1 Elemente und Funktionen des landesweiten Freiraumverbundes, Bodenschutz 01 ¹ Die nicht durch Siedlungs- oder Verkehrsflächen in Anspruch genommenen Freiräume sollen zur Erfüllung ihrer vielfältigen Funktionen insbesondere bei der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen, dem Erhalt der Kulturlandschaften, der landschaftsgebundenen Erholung sowie der Land- und Forstwirtschaft erhalten werden. ² In den Regionalen Raumordnungsprogrammen sollen klimaökologisch bedeutsame Freiflächen gesichert und entwickelt werden. ³ In diesen Gebieten sollen Planungen und Maßnahmen zu einer Verminderung des Ausmaßes der Folgen von Klimaänderungen beitragen. ⁴ Die Freiräume sind zu einem landesweiten Freiraumverbund weiterzuentwickeln. ⁵ Die Funktionsvielfalt des landesweiten Freiraumverbundes ist zu sichern und zu entwickeln. 02 ¹ Die weitere Inanspruchnahme von Freiräumen für die Siedlungsentwicklung, den Ausbau von Verkehrswegen und sonstigen Infrastruktureinrichtungen ist zu minimieren. ² Bei der Planung von raumbedeutsamen Nutzungen im Außenbereich sollen – möglichst große unzerschnittene und von Lärm unbeeinträchtigte Räume erhalten, – naturbetonte Bereiche ausgespart und – die Flächenansprüche und die über die direkt beanspruchte Fläche hinausgehenden Auswirkungen der Nutzung minimiert werden." <u>Die Fläche, auf dem ein Windpark Hemmoor-Bröckelbeck entstehen soll, ist Teil eines Freiraumes. Diese Fläche ist</u>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.04	SO 12	Auf einer Informationsveranstaltung der Stadt Hemmoor, auf der auch der Investor des Windparks anwesend war, wurde erwähnt, dass nach der Bauphase die Wege mit einem Großkieselstein aufgefüllt werden sollen, damit nicht so viel Staub aufgewirbelt wird, wenn die großen Lkws zur Anlage fahren müssen. Diese Art der Befestigung kann jedoch von Radfahrern, Joggern, Reitern und Hundebesitzern nicht genutzt werden. Eine landschaftsgebundene Erholung kann also nicht mehr gesichert werden, da die Zuwegung zum Windpark quer durch das Erholungsgebiet verläuft.	Die Erschließung und Infrastruktur einzelner Windkraftanlagen ist Thema der Bauleitplanung. Dies kann auf der Ebene der Regionalplanung nicht abgehandelt werden.	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.05	SO 12	Des Weiteren sollen von Lärm unbeeinträchtigte Räume erhalten bleiben. Außer Landwirtschaft ist in diesem Gebiet keine Industrie angesiedelt. Es ist ein reines Wohngebiet mit Weide- und Ackerflächen sowie Teichen und Waldflächen. Eine Lärmbelastung ist bisher nicht gegeben. Dieses würde sich durch einen Windpark erheblich ändern.	Eine Ausweisung einer Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.06	SO 12	"03 ¹ Siedlungsnah Freiräume sollen erhalten und in ihren ökologischen, sozialen und wirtschaftlichen Funktionen gesichert und entwickelt werden. ² Bei regionalen oder überregionalen Erfordernissen sind siedlungsnah Freiräume in den Regionalen Raumordnungsprogrammen als Vorranggebiete Freiraumfunktionen festzulegen." Die ausgewiesene Fläche für einen evtl. Windpark Hemmoor-Bröckelbeck ist so ein siedlungsnaher Freiraum und sollte in ihrer jetzigen Funktion erhalten bleiben.	Die Landesvorgaben wurden bei der Auswahl der Vorrangstandorte berücksichtigt. Bei der ausgewiesenen Fläche handelt es sich jedoch nicht um ein ausgewiesenes Vorranggebiet Freiraumfunktion.	Nicht zu berücksichtigen
P064a	P64/A.07	SO 12	"3.1.2 Natur und Landschaft 01 Für den Naturhaushalt, die Tier- und Pflanzenwelt und das Landschaftsbild wertvolle Gebiete, Landschaftsbestandteile und Lebensräume sind zu erhalten und zu entwickeln. 02 ¹ Zur nachhaltigen Sicherung von heimischen Tier- und Pflanzenarten und deren Populationen einschließlich ihrer Lebensräume und Lebensgemeinschaften sowie zur Bewahrung, Wiederherstellung und Entwicklung funktionsfähiger ökologischer Wechselbeziehungen ist ein landesweiter Biotopverbund aufzubauen. ² Darin sollen wertvolle, insbesondere akut in ihrem Bestand bedrohte Lebensräume erhalten, geschützt und entwickelt sowie untereinander durch extensiv genutzte Flächen verbunden werden. 03 ¹ Geschädigte und an naturnaher Substanz verarmte Gebiete" Der Naturhaushalt, die Tier- und Pflanzenwelt und das Landschaftsbild werden durch einen Windpark nachhaltig zerstört.	Die Kriterien entsprechen rechtlichen Vorgaben sowie Expertenmeinungen und sind der politische Wille des Landkreises Cuxhaven. Das Naturschutzamt war in der Erarbeitung der Kriterien eingebunden. Eine solche Gefahr besteht somit nicht.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P064a	P64/A.08	SO 12	Den Anfang des nächsten Satzes „Geschädigte und an naturnaher Substanz verarmte Gebiete“ habe ich bewusst mitkopiert, weil dieses Gebiet das genaue Gegenteil ist. Hier ist eine Tier- und Pflanzenwelt vorhanden, die es zu erhalten gilt.	<p>Alle naturschutzfachlichen Belange auf Flächen, die für eine Windkraftnutzung ausgewiesen werden, werden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens geprüft. Der Detaillierungsgrad nimmt dabei auf jeder Ebene zu, da auf jeder Ebene konkretere Informationen zur geplanten Nutzung bekannt sind. So können beispielsweise Auswirkungen einzelner Anlagen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft werden, da die Anlagenkonfigurationen erst im Zuge der Genehmigung nach BImSchG bekannt sind.</p> <p>1. Auf Ebene der Regionalplanung werden in einem ersten Schritt harte und weiche Tabuzonen basierend auf Gesetzen, rechtlichen Vorgaben, Empfehlungen und fachlichen Einschätzungen festgelegt, die dafür Sorge tragen, dass die Natur, die Landschaft, die Menschen und die Tierwelt geschützt werden.</p> <p>2. Die Potentialflächen, die sich durch die Tabuzonen ergeben, werden im Rahmen einer naturschutzfachlichen Einschätzung vertiefend vom Naturschutzamt des Landkreises Cuxhaven geprüft.</p> <p>3. Auf Gemeindeebene wird bei der Aufstellung der Bauleitpläne die jeweilige Fläche erneut detaillierter geprüft. Unter anderem muss verpflichtend ein Umweltbericht erstellt werden.</p> <p>4. Auf der Genehmigungsebene muss von den Anlagenbetreibern mittels Gutachten nachgewiesen werden, dass von den konkreten Anlagen keine schädlichen Einflüsse auf Schutzgüter ausgehen.</p>	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.09	SO 12	Der Investor dieses Windparks hat selbst Gutachten erstellen lassen und darin aufgezeigt, dass dort u. a. 96 Abendsegler, 235 Breitflügelfledermäuse, 69 Zwergfledermäuse und 32 Raauhautfledermäuse leben. Es wurden 462 Fledermauskontakte gezählt.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.10	SO 12	In dem vom Investor erstellten Gutachten „Artenschutzrechtliche Prüfung“ wurden 129 Vogelarten festgestellt u.a. die nach der roten Liste Niedersachsen gefährdeten Arten: Rebhuhn, Kiebitz, Flussregenpfeifer, Uhu, Heidelerche, Feldlerche, Rauchschwalbe und Gartenrotschwanz.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.11	SO 12	Der Lebensraum der unzähligen anderen Vogel- und Tierarten die dort leben oder überfliegen (Kranich, Uhu usw.) ist zu erhalten.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P064a	P64/A.12	SO 12	Der vom Aussterben bedrohte Seeadler ist in Bröckelbeck, sein Horst ist in Ellerbruch. Ich selbst habe ihn in der Nacht vom 03.08. auf den 04.08.2014, als er aus Richtung des geplanten Windparks unser Haus Richtung Balksee überquert hat, gesehen. Entgegen der Annahme im Gutachten nutzt der Seeadler die Teiche und Fischteiche südlich des geplanten Windparks und würde so mit dem Windpark kollidieren. Bilder von im Windpark geköpften Seeadlern und anderen Vögeln sind übrigens im Internet unter „Youtube“ zu sehen (z.B. Vogel vs Windrad).	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.13	SO 12	Es sollte alles getan werden, um diesen Lebensraum für die Tiere zu erhalten und evtl. weiterzuentwickeln, anstatt ihn durch einen Windpark zu vernichten. Die Nähe zum Waldgebiet Westerberg macht diese Fläche so besonders.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.14	SO 12	Die in der öffentlichen Auslegung zum Bebauungsplan Nr. H 67 „Windpark Hemmoor-Bröckelbeck“ genannten Ausgleichsflächen liegen fast alle in den Gemarkungen Warstade und Basbeck, ca. 4 / 5 km vom möglichen Windpark entfernt.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.15	SO 12	"3.2 Entwicklung der Freiraumnutzungen 3.2.1 Landwirtschaft, Forstwirtschaft, Fischerei 02 ¹ Wald soll wegen seines wirtschaftlichen Nutzens und seiner Bedeutung für die Umwelt und für die Erholung der Bevölkerung erhalten und vermehrt werden. ² Seine ordnungsgemäße Bewirtschaftung soll nachhaltig gesichert werden. ³ In waldarmen Teilräumen sollen Waldflächen vergrößert und der Waldanteil erhöht werden. 03 ¹ Wald soll durch Verkehrs- und Versorgungstrassen nicht zerschnitten werden. ² Waldränder sollen von störenden Nutzungen und von Bebauung freigehalten werden." Auch hier wird wieder auf die Bedeutung des Waldes für die Umwelt und die Erholung der Bevölkerung hingewiesen. Die ausgewiesene Fläche liegt zwischen dem großen Waldgebiet Westerberg und einer kleineren Waldfläche. Gerade das macht den Reiz der leicht hügeligen Landschaft aus. Die ausgewiesene Fläche liegt an 2 Waldrändern!	Der Erholungswert der Landschaft entfällt durch die Ausweisung eines Vorranggebiet für Windenergienutzung nicht. Waldflächen sowie ein Abstand von 100m zu diesen werden von der Windkraft freigehalten.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P064a	P64/A.16	SO 12	<p>"3.2.3 Landschaftsgebundene Erholung</p> <p>01 ¹Die Voraussetzungen für Erholung und Tourismus in Natur und Landschaft sollen in allen Teilräumen gesichert und weiterentwickelt werden. ²Gebiete, die sich aufgrund ihrer Struktur, Ungestörtheit und Erreichbarkeit für die landschaftsgebundene Erholung eignen, sollen für diese Nutzung erschlossen werden. ³Soweit mit dem jeweiligen Schutzzweck vereinbar, soll eine Zugänglichkeit auch in den nach Naturschutzrecht geschützten Gebieten gewährleistet werden, damit diese Gebiete für das Naturerleben und die Vermittlung umweltbezogener Informationen an die Öffentlichkeit genutzt werden können. ⁴In Gebieten mit geringer landschaftlicher Strukturvielfalt sollen landschaftspflegerische Maßnahmen dazu beitragen, dass die Voraussetzungen für die Erholungsnutzung verbessert werden. ⁵Durch die Nutzung von Natur und Landschaft für Erholung und Tourismus sollen die ökologischen Funktionen des Naturhaushalts und das Landschaftsbild nicht beeinträchtigt werden."</p> <p>Auch hier wird noch einmal darauf hingewiesen, dass das Landschaftsbild für Erholung und Tourismus nicht beeinträchtigt werden soll. Der Landkreis Cuxhaven bemüht sich darum als Feriengebiet zu gelten. Die Gemeinde Wingst, als staatlich anerkannter Erholungsort, wäre von Windkraftanlagen, die nach dem Willen des Investors 186 m hoch werden sollen, ebenso in ihrem Landschaftsbild beeinträchtigt, wie die Samtgemeinde Lamstedt. Beide Gemeinden grenzen unmittelbar an den geplanten Windpark. Die Gemeinde Lamstedt hat übrigens beschlossen, Windkraftanlagen nur bis zu einer Höhe von 100 m zuzulassen. Auch die Stadt Hemmoor brüstet sich damit Touristengebiet zu sein. Windkraftanlagen mit einer angedachten Höhe von 186 m sind auch von der Stadt Hemmoor aus gut zu sehen und dem Tourismus nicht förderlich.</p>	<p>In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Aufstellung der Kriterien für die Erarbeitung der Vorranggebiete basiert auf rechtlichen Grundlagen und geschah in Zusammenarbeit mit den Fachämtern des Landkreises. Die Kriterien stellen den Willen des Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. So wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen.</p> <p>Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzgeld gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.</p> <p>Inweitweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.</p>	Kenntnisnahme
P064a	P64/A.17	SO 12	Alles in allem entspricht die ausgewiesene Fläche nicht den Anforderungen der Verordnung LROP 2012 und ist damit unzulässig.	Wie aufgezeigt widerspricht das Vorranggebiet nicht den Zielen des LROP 2012.	Nicht zu berücksichtigen
P064b	P64/B.01	SO 12	<p>Aufgrund des Grundsatzpapiers des BUND zum ROP 2014 des Landkreises Cuxhaven und dem dort aufgezeigten Exkurs „Geld für die Gemeinden“ füge ich noch einmal mein Konzept für einen Rundwander- und Fahrradweg bei. Das Konzept habe ich am 29.10.2010 der Samtgemeinde Hemmoor sowie nachrichtlich dem Landkreis Cuxhaven – Agentur für Wirtschaftsförderung Cuxhaven übersandt.</p> <p>Ich bitte auch diese Alternative zum ROP 2014 – Teilabschnitt Windpark Hemmoor-Brückelbeck zu prüfen.</p>	<p>Das Konzept wird zur Kenntnis genommen. Es ist jedoch aus Sicht der Regionalplanung auch dann umsetzbar, wenn ein Windpark an dieser Stelle errichtet wird. Da das Konzept für die Raumordnung keine Relevanz hat, wird es nicht weiter behandelt. Dem Einwender wird empfohlen sich mit diesem Konzept noch einmal bei der Samtgemeinde Hemmoor bzw. bei den politischen Gremien vorzustellen.</p>	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P064b	P64/B.02	SO 12	Konzept für einen Rundwander- und Fahrradweg 1.) Bericht zur Landschaft Die Landschaft ist abwechslungsreich, leicht hügelig mit Wald- Geest- und Mooregebieten. Am Rand liegen Dörfer, das Feriengebiet Wingst und die Stadt Hemmoor. Es ist eine leise Schönheit, die sich ihren Charme erhalten hat. Es finden sich weder Industrien, Fabriken noch Windkraftträder in unmittelbarer Nähe.	Siehe P64/B.01	Kenntnisnahme
P064b	P64/B.03	SO 12	2.) Der Weg Der Weg ab Hemmoor-Westersode führt durch grüne Wiesen und Felder bis hin zum Waldgebiet Westerberg. Von dort bietet sich einem ein phantastischer Blick über die gesamte Region bis hin zur Wingst. Hier könnte sich der Wanderer entscheiden, ob es ein „Spaziergang“ werden soll, in dem er den nächsten Weg zurück nach Westersode wandert. (Hier gabeln sich fast 2 Wege, die noch ca. 70 Meter durch ein neues Stück Weg verbunden werden müssten). Weiter wandert es sich am Wald entlang und wieder bietet sich eine weitere Alternative: durch den Wald Richtung Lamstedt zu wandern. Bleibt man dem Rundwanderweg treu, läuft es sich zwischen Feldern nach Varrel. Nach einem kurzen Stück (ca. 100 m) auf der Landstraße (K29) führen die Wirtschaftswege Richtung Balksee. Hier wäre wünschenswert, wenn es einen direkten Fahrradweg von Varrel über Bröckelbeck zur Wingst geben würde. Besteht hierzu nicht die Möglichkeit, müssten die Wege um den Balksee mit seiner herrlichen Moorlandschaft genutzt werden. In Oppeln kann direkt zum Balksee und seinem Aussichtsturm abgebogen werden. In der Wingst könnte der vorhandene Fahrradweg entlang der Kreisstraße K21 bis Weißenmoor genutzt werden. Von da führt ein Feldweg durch die Wiesen zu den "3-Bergen" bis zurück nach Westersode. Der Weg könnte beim Kreidesee enden. Entlang des Weges sollten kleine Holzhütten, wie sie in der Börde Lamstedt bereits vorhanden sind, gebaut werden, die dem Wanderer Schutz bieten. Auch das Melkhus in der Wingst sollte mit einbezogen werden. Zu überlegen wäre, ob noch ein weiteres in Varrel oder Bröckelbeck entstehen könnte.	Siehe P64/B.01	Kenntnisnahme
P064b	P64/B.04	SO 12	3) Besonderheiten Als besonderen Service für Wanderer könnte ein Leih-Handy gegen Gebühr (z.B. 20,- EUR) angeboten werden. Mit diesem Handy erhält man die Option bei Bedarf mit einem PKW von einer der am Weg ausgewiesenen Stationen abgeholt zu werden. Diese Handys (es könnten gebrauchte, ausgediente Handys sein) müssten wie Handys für Kinder programmiert werden, so dass nur bestimmte Nummern angerufen werden können. Dieser Service könnte von den Hotels und Touristenbüro's der Wingst und Hemmoor angeboten werden. Wird der Service nicht genutzt, wird die Leihgebühr (fast) zurückerstattet. Der Weg müsste gut ausgeschildert werden, um bei den vielen Wirtschaftswegen um den Balksee herum den richtigen Weg zu finden. Wünschenswert wären ebenfalls die längst überfälligen Fahrradwege entlang der Kreisstraße (K21) zwischen Lamstedt und der Wingst sowie der Kreisstraße (K 29) zwischen Hemmoor-Westersode und Mittelstenahe. Auf einen evtl. geplanten Windpark in Bröckelbeck sollte schon im Vorfeld verzichtet werden, denn welcher Wanderer wandert schon gerne 3 Kilometer mit einem Pfeifen im Ohr. In Regionen, die mehr zu bieten haben (z.B. Centerparks) mögen Windkraftträder den Tourismus nicht stören, jedoch hat diese Gegend außer der Nähe zu Bremerhaven und Cuxhaven doch kaum Zugkräftiges zu bieten. Bei einer Werbung für den Rundwanderweg, sollte auf unsere Weite der Landschaft, die herrliche Ruhe und die leicht zu bewältigenden Höhenunterschiede hingewiesen werden. Auch für Kinder und nicht so geübte Wanderer oder Radfahrer ist diese Strecke zu empfehlen. Die Idylle und Stille dieser Gegend sollte herausgearbeitet werden. Zudem müsste in einen solchen Rundwander- und Fahrradweg nur geringfügig investiert werden und auch die Einheimische Bevölkerung würde in den Genuss dieses Erholungsweges kommen.	Siehe P64/B.01	Kenntnisnahme
P064c	P64/C.1	SO 12	Im Nachgang zu meinem Schreiben vom 13.08.2014 bitte ich noch folgendes zu berücksichtigen: Auf der gestrigen Informationsveranstaltung der CDU und des Bürgerforums in Hemmoor bzgl. des Windparks Bröckelbeck teilte der 1. Kreisrats, Herr Jochimsen mit, dass die Abstandsregelung zu einzelnen Häusern 450 m und zur Ortslage 1 km beträgt. Wir bitten diese Abstandsregelung von 1 km zur Ortslage auch bei unserem Ortsteil Bröckelbeck anzuwenden. Bröckelbeck ist ein Ortsteil mit einer langen Geschichte, wir haben unser eigenes Wahrzeichen „die Bröckelbecker Mühle“, wir haben unseren eigenen Friedhof mit Glockenturm und wir haben ein Vereinsleben, unser Schützenverein besteht 110 Jahre. Jedes Jahr beantragen wir beim Landkreis eine Genehmigung für die Durchführung von Festumzügen, die vom Heerweg bis zur Bröckelbecker Straße 2 und zur Varreler Dorfstraße Haus Nr. 39 führt. Mittelpunkt in unserem Ort ist der Heidepark zwischen den Straßen K 29 und K 21. Hier findet jedes Jahr ein Gottesdienst sowie das jährliche Heideblütenfest statt. Spätestens ab Dorfmitte, Bröckelbecker Straße 1 (Heinrich) sollte ein Abstand von mindestens 1 km eingehalten werden. Dieses ist in dem Entwurf zum ROP 2014 m. E. nicht gegeben (vorhandener Abstand ca. 850m). Für das Grundstück zwischen Bröckelbecker Straße 16 und Bröckelbecker Straße 18 soll bereits eine Bauvoranfrage gestellt worden sein.	Bröckelbeck entspricht nicht den Kriterien einer Ortslage, wie sie für das RROP 2014 zugrunde gelegt wurden. Die Historie sowie die Durchführung von Festivitäten hat für die Einstufung keinen Belang.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P065	P65.01	SO 31	wir sind Betroffene des im RROP vorgesehenen Vorranggebiets Windenergienutzung Osten-Isensee und machen gegen diesen Flächenvorschlag folgende Bedenken geltend: <u>Vorbemerkung</u> Die Wiederaufnahme dieses vom Landkreis Cuxhaven im RROP 2012 nicht berücksichtigten Flächenvorschlag Osten-Isensee überrascht und befremdet. Auch das Urteil des OVG Lüneburg (Normenkontrollklage) musste keineswegs zu einer erneuten Berücksichtigung der Fläche Osten-Isensee im Planentwurf führen.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.	Kenntnisnahme
P065	P65.02	SO 31	Zum einen hat der Landkreis seine Verpflichtung zu zusätzlichen Flächenausweisungen für Windenergie mit dem RROP 2012 bereits (über)erfüllt.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtssprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Kenntnisnahme
P065	P65.03	SO 31	Zum anderen besteht kein Rechtsanspruch auf die Verwirklichung jeder von der Verwaltung einmal vorgeschlagenen Eignungsfläche.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P065	P65.04	SO 31	Es ist zwar – auch rechtlich – nicht nachvollziehbar, dass das OVG Lüneburg den Ostener Bürgerentscheid und das beantragte Weltkulturerbe Schwebefähre als nicht planungsrelevant bewertet. Der Landkreis ist jedoch nicht verpflichtet, die Fläche daraufhin nun in das RROP aufzunehmen, sondern kann dies auch mit Hilfe einer Reihe „harter Tabu-Kriterien“ (s.unten) weiterhin und konsequenterweise unterlassen.	Der Landkreis sieht die Fläche Osten-Isensee sehr wohl als geeignet an. Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Eine Herausnahme dieser Fläche ist somit nicht vorgesehen.	Nicht zu berücksichtigen
P065	P65.05	SO 31	<u>Zum Flächenvorschlag Nr. 31 „Osten-Isensee“</u> Wie bereits die Vorlage zum RROP 2010/12, so enthält auch der Entwurf zum RROP 2014, Teilabschnitt Windenergie, erneut Planungsmängel und -fehler, die zum Ausscheiden der Fläche Osten-Isensee führen müssen: 1. Die Fläche wurde zwar am Nordrand u.a. wegen eines bestehenden Waldes richtigerweise verkleinert. Sie überschneidet sich jedoch immer noch mit einer im RROP 2012 ausgewiesenen Fläche „Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft“. Diese beiden Nutzungen sind nicht miteinander vereinbar, sodass das Vorranggebiet Windenergienutzung mindestens bis zur Straße Großes Wegfährels weiter zu verkleinern wäre, wenn nicht die nachfolgenden Gründe ohnehin zu einer Streichung der Fläche führen müssten.	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere eine endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen
P065	P65.06	SO 31	2. Erhebliche Bedenken bzw. deutlicher Widerspruch wird gegen den unlauteren Versuch im Begründungs-/Erläuterungsteil erhoben, ortslagenähnliche Ortsteile nunmehr nur noch als „sonstige wohnbauliche Nutzungen“ zu definieren und damit einem geringeren Mindestabstand zu Vorrangflächen für Windenergie unterlegen zu können. Hier ist die frühere Unterscheidung zwischen Ortslagen und Einzelgebäuden wiederherzustellen und der in der gegenüber der früheren Fassung gestrichene Satz „Darüber hinaus wurden nach einer Einzelfallbetrachtung die Ortslagen um die Bereiche ergänzt, die in einer größeren Zahl bebaute Grundstücke in einem engen baulichen Zusammenhang aufweisen“ so oder in ähnlichem Sinne wieder aufzunehmen.	Eine ausführlichere Definition der Begriffe Ortslage und sonstige wohnbauliche Nutzung wird im RROP Entwurf 2015 vorgenommen. Diese Einteilung wird beibehalten, alte Regelungen werden nicht neu aufgegriffen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P065	P65.07	SO 31	Die in der Region durchaus typischen, entlang Landes-, Kreis- oder Gemeindestraßen angeordneten Ortsteile (gemäß StVO zumeist mit grünen Ortsteilschildern gekennzeichnet) sind von ihrem Charakter und ihrem Status her deutlich mehr als „sonstige, wohnbauliche Nutzungen“ und können nicht einfach der früheren Kategorie Einzelgebäude angegliedert werden und diese damit umfangreich erweitern.	Siehe P65.06	Nicht zu berücksichtigen
P065	P65.08	SO 31	Das vorgeschlagene Vorranggebiet Windenergienutzung liegt inmitten von Siedlungsgebiet, unmittelbar angrenzend an die Ostener Ortsteile Isensee, Achthöfen, Fünfhausendorf und Kranenweide. Dem Plangebiet nächstgelegene Straßenzüge wie Niederkögt, Zehntwege, Großes Wegfährels und Achthöfen/Kranenweide (entlang der L 113) werden in der Raumplanung und in der Siedlungsgeographie als Straßendörfer, Streusiedlungen oder Siedlungssplitter bezeichnet und definiert.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuften Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Kenntnisnahme
P065	P65.09	SO 31	Die im RROP-Entwurf erfolgte Einstufung der zahlreichen, dortigen Wohngebäude früher als Einzellagen und jetzt als sonstige, wohnbauliche Nutzungen entspricht nicht der Realität und ist nicht haltbar.	Die Einstufung basiert auf den amtlichen Daten und wurde in Absprache mit den Samt- und Einheitsgemeinden vorgenommen.	Kenntnisnahme
P065	P65.10	SO 31	Auch die Gemeinde Osten hat in ihrer Stellungnahme zum RROP (vgl. Gemeinderatsbeschluss vom 30.7.2014) ausführlich auf den das Plangebiet umgebenden Siedlungscharakter hingewiesen.	Die Stellungnahme der Gemeinde Osten wurde zur Kenntnis genommen. Sie hat sich jedoch nicht an den vom Landkreis Cuxhaven dargelegten Kriterien für eine Ortslage orientiert.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P065	P65.11	U, SO 31	Die dem RROP-Entwurf beigefügte Bewertung der Einzelstandorte durch die Fa. Bosch und Partner spricht erstaunlicherweise von „keiner Wohnnutzung im Plangebiet oder im Umfeld“. Diese Aussage ist grob falsch und stellt einen erheblichen Planungsmangel dar. Bereits an der fraglichen 500 m – Abstandslinie befinden sich rund um die Vorrangfläche über 30 Wohngebäude, sowie im nahen Umfeld dazu zahlreiche weitere.	Im Umfeld (Prüfabstand) von 500 m ist keine sonstige wohnbauliche Nutzung zum potenziellen Vorranggebiets Osten-Isensee vorhanden. Die Angaben auf S. 129 Nr. 2.631 sind korrekt. Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung beinhaltet die Anwendung von Tabubereichen (weiche/harte), in denen die Errichtung und der Betrieb von WEA z. B. aus naturschutzfachlichen oder rechtlichen Gründen abzuwägen oder ausgeschlossen ist. "Harte" Auswahlkriterien für die Festlegung von Vorranggebieten werden beispielsweise in Bezug auf das Schutzgut Mensch angewandt. Ein potenzielles WEG darf einen Mindestabstand von 420 m zu Ortslagen nicht unterschreiten. Mit dem im Regionalplan festgesetzten Siedlungsabstand von 420 m (Ortschaften und sonst. wohnbauliche Nutzung) ("hartes" Kriterium) bzw. 1.000 m (für Siedlungsflächen und z. B. Einzelhäuser) ("weiches" Kriterium) ergibt sich dabei im Regelfall eine Unterschreitung der TA-Lärm-Werte für allgemeine Wohngebiete (vgl. Anhang I im Umweltbericht). Die höchste bekannte WEA im LK Cuxhaven hat eine Gesamthöhe von 210 m, so dass ein Abstand von 420 m aufzufassen ist. Ebenso spielt nach aktueller Rechtsprechung die optischen Bedrängung durch WEA bei einem 1.000 m Abstand keine Rolle mehr. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P065	P65.12	SO 31	Das Zugrundelegen von 500 m – Mindestabständen zu vermeintlichen Einzellagen oder „sonstigen, wohnbaulichen Nutzungen“ ist angesichts dieses Siedlungscharakters nicht möglich, sondern es sind mindestens die planungsüblichen 1000 m Mindestabstand zu Ortslagen einzuhalten.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P065	P65.13	SO 31	3. Generell sind die im RROP als Planungskriterium festgelegten Mindestabstände von 420 m („hart“) bzw. 500 m („weich“) zu sonstigen wohnbaulichen Nutzungen als inakzeptabel gering zu bewerten. Der Entwurf bemüht hierfür ein Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen, das jedoch falsch interpretiert und daher unzulässig zur Festlegung geringer Abstände benutzt wird. Das OVG NRW hat zwar in einem konkreten Fall die „optisch bedrängende Wirkung“ einer Windenergieanlage in zweifacher Anlagengesamthöhe zu einem Wohnobjekt konstatiert, jedoch nie ausgeführt, dass eine solche Wirkung in größerer Distanz nicht mehr gegeben ist.	Der Abstand zur Wohnbebauung von 500 m bezieht sich nur auf Wohngebäude die der sonstigen wohnbaulichen Nutzung zuzuordnen sind. Dabei handelt es sich in der Regel um Einzelgebäude, Gehöfte sowie Splittersiedlungen außerhalb des eigentlichen Siedlungsgebietes. Das Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht den selben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Gemeinden. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen stattfinden dürfen, eher hinnehmen muss. Auch die angesprochenen Regelungen beispielsweise in Bayern und Sachsen, die sich derzeit lediglich als Entwurf in der Diskussion befinden, beziehen diesen 10fachen Abstand lediglich auf Wohngebäude im Siedlungsbereich; zu Einzelgebäuden und Splittersiedlungen muss dieser Abstand nicht eingehalten werden. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung einer Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Kenntnisnahme
P065	P65.14	SO 31	Bundesweit geben zahlreiche andere Abstandserlasse, Verordnungen, Empfehlungen und auch Urteile deutlich höhere Mindestabstände vor (z.B. 3-fache, 3,5-fache Anlagenhöhe und höher). Um kreisseitig nicht erneut planungsrechtlich angreifbar zu sein, wird dringend empfohlen, sich z.B. an der bislang schon oft rechtlich maßgebenden „Arbeitshilfe Naturschutz und Windkraft“ des Niedersächsischen Landkreistags (also Ihres Verbandes!) oder an dem aktuell in Vorbereitung befindlichen Windkrafterlass des niedersächsischen Umweltministeriums zu orientieren.	Siehe P65.13	Kenntnisnahme
P065	P65.15	SO 31	4. Die erheblichen Betriebsgeräusche, Infraschalleinflüsse und Schlagschattendauern durch Windenergieanlagen auf unser Haus bei so geringen Entfernungen , wie im Entwurf vorgeschlagen, sind nicht zumutbar und nicht hinzunehmen. Sie werden infolge bestehender Schutzvorschriften zu umfangreichen, tages- und nachzeitlichen Abschaltungen der Anlagen führen müssen, was wiederum deren Wirtschaftlichkeit in Frage stellt.	Eine Ausweisung einer Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P065	P65.16	SO 31	Hauptbetroffene Anlieger bezüglich des Schattenwurfs wären die Grundstücke Großes Wegfährels 10, 12, 15 und 17 sowie Zehntwege 1-3 im Westen des Plangebiets und der Straßenzug Niederkögt-Süd in dessen Osten. Alle Genannten beabsichtigen, die Einhaltung der maximal hinzunehmenden Betriebszeiten durchzusetzen.	Siehe P65.15	Kenntnisnahme
P065	P65.17	SO 31	Die gesundheitlichen Gefährdungen durch die o.g. Einflüsse sind inzwischen weitgehend bekannt und wissenschaftlich belegt. Auch sie machen das Kriterium eines 500 m –Mindestabstands zu sonstigen wohnbaulichen Nutzungen unmöglich und werden im RROP unzureichend gewürdigt.	Siehe P65.15	Kenntnisnahme
P065	P65.18	SO 31	5. Mit einer Baugenehmigung des Landkreises Cuxhaven haben wir in den Jahren 2006/07 eine erhebliche Geldsumme in den Neubau des seit 1992 in unserem Eigentum befindlichen Wohnhauses investiert und dieses als in Kürze ersten Wohnsitz hergerichtet. Die vorgeschlagene Windenergiefläche in unzumutbarer Nähe macht einen Verbleib so unattraktiv und gesundheitlich bedenklich, dass wir einen Umzug erwägen würden.	Siehe P65.15	Kenntnisnahme
P065	P65.19	SO 31	Da eine Veräußerung des Objekts infolge der stark belastenden Faktoren durch die Windenergieanlagen nur erheblich unter Wert möglich wäre, würden wir die entsprechende Wertminderung bei den Verursachern der eingetretenen Entwicklung (Anlagenbetreiber, Planungsbehörde, Grundeigentümer der Anlagenstandorte) geltend machen. Urteile in vergleichbaren Fällen aus anderen Regionen Deutschlands lassen entsprechende Klagen, die auch aus unserer Nachbarschaft in größerer Zahl zu erwarten sind, als durchaus erfolgversprechend erscheinen.	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.</p>	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P065	P65.20	U, SO 31	6. Bezüglich naturschutzrechtlicher, insbesondere vogelkundlicher Belange wird die Bewertung von Bosch und Partner erheblich in Frage gestellt, die sowohl im Plangebiet als auch im Umfeld außer möglicherweise dem Weißstorch keine windenergieempfindlichen Vogelarten feststellt. In der Realität sind sowohl im Plangebiet als auch im Umfeld seltene, bedrohte und geschützte Vogelarten wie Kiebitz, Bekassine, Eisvogel Rohrweihe, u.a. regelmäßig zu beobachten.	<p>Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Der Weißstorch wurde in dem Jahr als Brutvogel (4 Brutpaare) im Umfeld des Plangebiets erfasst.</p> <p>Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Innerhalb der artspezifischen Mindest- und Prüfabstände (vgl. Umweltbericht, Anhang I, S. 6, Tab. 2-1) ist kein Vorkommen von Kiebitz, Bekassine, Eisvogel oder Rohrweihe dokumentiert. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG).</p> <p>Die angenommenen Abstände zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten werden im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und ggf. angepasst werden.</p>	Teilweise zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P065	P65.21	U, SO 31	Gerade ein wie eine Enklave mitten im Plangebiet liegendes, größeres Waldgebiet (von Bosch und Partner vermutlich wegen des eingehaltenen 100m-Waldabstands nicht erwähnt und „wegdefiniert“) und die umliegenden, verbliebenen Weiden sind Aufenthaltsort, möglicherweise auch Brutstätte solcher und anderer Vogelarten.	Der Waldflächenanteil im LK Cuxhaven beträgt durchschnittlich lediglich etwa 8,6 %. Waldflächen nach § 2 des Nieders. Waldgesetzes (NWaldLG) ab einer Größe von 1 ha sollen daher aufgrund ihrer Funktion für das Klima, die Erholung und als Lebensraum von WEA freigehalten werden. Zum Schutz der Waldränder gilt dies auch für einen Puffer von 100 m. Für das potenzielle Vorranggebiet Osten-Isensee werden die Abstandskriterien eingehalten. Eine formale Betroffenheit von Waldflächen > 1 ha im Plangebiet und im Umfeld kann demnach ausgeschlossen werden. Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2012) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna (Brutvogelvorkommen) erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Der Weißstorch wurde in dem Jahr als Brutvogel (4 Brutpaare) im Umfeld des Plangebiets erfasst. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P065	P65.22	U, SO 31	Dies ist vor dem Inkrafttreten des RROP und nicht, wie von Bosch und Partner vorgeschlagen, erst „auf der nachgelagerten Planungs- bzw. Zulassungsebene“ näher zu prüfen.	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna (Brutvogelvorkommen) erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Der Weißstorch wurde in dem Jahr als Brutvogel (4 Brutpaare) im Umfeld des Plangebiets erfasst. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Detaillierte Untersuchungen (Vorkommen potenzieller windenergieempfindlicher Vogelarten in den benachbarten Waldflächen) werden im Genehmigungsverfahren durchgeführt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P065	P65.23	U, SO 31	Für weitere Details zu vogelkundlichen Aspekten verweisen wir auf die Ausführungen in der Stellungnahme von Herrn Sven und Frau Barbara Miller (Zehntwege 1, 21756 Osten) und schließen uns dieser an.	Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden weitere, für ein Gebiet speziell angefertigte Gutachten oder Vogelbeobachtungen Dritter nicht berücksichtigt. Detaillierte Untersuchungen (Vorkommen potenzieller windenergieempfindlicher Vogelarten in den benachbarten Waldflächen) werden im Genehmigungsverfahren durchgeführt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P065	P65.24	SO 31	Wir bitten um Berücksichtigung der dargestellten Einwände und folgerichtig um erneute Herausnahme des Flächenvorschlags Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung aus dem Entwurf des RROP. Wir möchten – nicht als „Drohgebärde“, sondern zu Ihrer Information hinsichtlich des erforderlichen Zeitfaktors – darauf hinweisen, dass wir anderenfalls beabsichtigen, rechtliche Schritte gegen die Planungsbehörde einzuleiten und ggf. bis zu höchststrichterlichen Instanzen zu verfolgen.	Der Landkreis sieht die Fläche Osten-Isensee sehr wohl als geeignet an. Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Eine Herausnahme dieser Fläche ist somit nicht vorgesehen.	Nicht zu berücksichtigen
P066	P66.01	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.01	Siehe Stellungnahme P29.01	Siehe Stellungnahme P29.01
P066	P66.02	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.02	Siehe Stellungnahme P29.02	Siehe Stellungnahme P29.02
P066	P66.03	SO 31	Die Nähe zur Windindustrie führt für unser Haus zu einer erheblichen Wertminderung bis hin zur Unverkäuflichkeit. Wir befürchten, dass unser Haus, welches auch ein Teil unserer Alterssicherung ist, im Falle der Errichtung des Windparks erheblich an Wert verliert.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Kenntnisnahme
P066	P66.04	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.08	Siehe Stellungnahme P29.08	Siehe Stellungnahme P29.08
P066	P66.05	SO 31	Wir fordern die Kreisverwaltung und den Kreistag auf den Bürgerwillen der Gemeinde Osten (siehe 1.800 Unterschriften in 3 Gemeinden im Jahre 2009 und der Bürgerbefragung von 2010) zu übernehmen und die o. g. Vorrangfläche für Windenergie aus dem Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms zu streichen.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen.	Kenntnisnahme
P066	P66.06	SO 31	Die Errichtung eines Windparks in Osten-Isensee gefährdet die Auszeichnung der Schwebefähre zum Weltkulturerbe. Diese bedeutsame Auszeichnung gilt es im Interesse des gesamten Landkreises zu erreichen. Darum erheben wir gegen diese Planung, als Bürger Einspruch!	Die Schwebefähre wird durch mögliche Windkraftanlagen nicht beeinträchtigt. Dies wurde sowohl von der Denkmalschutzbehörde des Landkreises, als auch von der Denkmalschutzbehörde des Landes festgestellt.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.01	SO 2	Gegen die Ausweisung einer Windparkfläche in der Gemarkung Bederkesa-Alfstedt als Vorranggebiet machen wir Einwände geltend und lehnen die Ausweisung ab. Begründung Dem Anliegen einiger Vereine in Bad Bederkesa den bereits bei der ersten Auslegung des Regionalen Raumordnungsprogramms 2004 genannte Windpark abzulehnen haben sich rd. 1.300 Personen angeschlossen. Sie alle sind getragen von der festen Überzeugung, dass ein Windpark der geplanten Art in unmittelbarer Nähe des Kurortes Bad Bederkesa nicht aufgestellt werden darf, weil er die Lebensgrundlage der Bevölkerung Bad Bederkesas in hohem Maße gefährdet.	Eine Unterschriftenliste kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.02	SO 2	Diese Lebensgrundlage ist die Erholungslandschaft für Naherholungssuchende und Urlauber. Diese Landschaft ist ein wesentliches Standbein für das Wohlergehen der heimischen Wirtschaft, sichert viele Arbeitsplätze und ist deshalb in besonderem Maße schützenswert.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Aufstellung der Kriterien für die Erarbeitung der Vorranggebiete basiert auf rechtlichen Grundlagen und geschah in Zusammenarbeit mit den Fachämtern des Landkreises. Die Kriterien stellen den Willen der Politik dar. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. So wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort auch 200 Meter Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzgeld gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.03	SO 2	Nicht von ungefähr ist Bad Bederkesa als Zentraler Ort mit den Funktionen W/A/E/T (Wohnen, Arbeit, Erholung, Tourismus) im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 ausgezeichnet.	Dies ist richtig. Diese Zuordnung trifft jedoch ebenfalls auf weitere Gemeinden im Landkreis zu, in deren Gebiet ebenfalls Windparks entstehen. Der Landkreis sieht diese Ausweisung auch nicht als Widerspruch an.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.04	SO 2	<u>Baurechtliche wirtschaftliche Privilegierung der Windkraftanlagen contra Schutzwürdigkeit der Landschaft</u> Windkraftanlagen dürfen im Außenbereich errichtet werden, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen. Die Nutzung dieser Privilegierung ist vor allem deshalb attraktiv, weil die Subventionierung der Anlagen und das durch das EEG garantierte Recht der Einspeisung zu weit über den Marktpreis liegenden Preisen führt. Die Privilegierung stößt jedoch dann auf Grenzen im geltenden Recht, wenn eine Landschafts- und Naturhaushaltszerstörung durch Nah- und Fernwirkung der Anlagen zu erwarten ist.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Die Frage, ob einzelne Windanlagen eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes darstellen, kann erst in der Bauleitplanung abschließend geklärt werden.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.05	SO 2	Es geht also nicht nur um Geräusch und Lichtemissionen im näheren Umfeld allein, sondern auch um die Frage, ob die Privilegierung gem. § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB, auch die Fernwirkung der Anlagen umfasst. Dies ist nicht der Fall, Rücksicht ist zu nehmen auf Landschaftspläne und auf das Gebot der Vermeidung und des Ausgleichs von Eingriffen in Natur und Landschaft (§ 1 Abs. 6, § 1a BauGB).	Siehe P67/A.04	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.06	SO 2	Wohl auch aus diesem Grund hat das Niedersächsische Ministerium für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz in seinen Empfehlungen an die Träger der Regionalplanung vom 26.01.2004 auf S. 1 aufgeführt „... bestehende oder geplante Nutzungen vor Beeinträchtigungen, die von WKA ausgehen können, zu schützen. Hierzu zählen insbesondere Auswirkungen ... auf Erholungsfunktionen, z. B. durch Beeinträchtigung des Landschaftsbildes“.	Siehe P67/A.04	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.07	SO 2	Die besondere Gewichtung der Windenergienutzung, die der Gesetzgeber durch den Privilegierungstatbestand des § 35 Abs. 3 BauGB geschaffen hat, „... zwingt nicht dazu jede Fläche, die grundsätzlich für die Windenergienutzung geeignet erscheint, als Vorrang- oder Eignungsgebiet festzulegen (Vgl. Empf. S. 2) .	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.08	SO 2	Im RROP ist Bad Bederkesa Zentraler Ort mit der Vorrangfunktion „Erholung“ und „Tourismus“.	Dies ist richtig. Diese Zuordnung trifft jedoch ebenfalls auf weitere Gemeinden im Landkreis zu, in deren Gebiet ebenfalls Windparks entstehen. Der Landkreis sieht diese Ausweisung aus nicht als Widerspruch an.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.09	SO 2	Der Verschönerungsverein Bederkesa von 1896 e.V. ist daher entschieden der Auffassung, dass zu den öffentlichen Belangen, neben den im RROP dargestellten, auch „die natürliche, der Erholung dienende, und die nicht verunstaltete Landschaft“ (§35 Abs. 3 BauGB) gehört. Siehe auch LROP (Entwurf 2014)	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Die Frage, ob einzelne Windanlagen eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes darstellen, kann erst in der Bauleitplanung abschließend geklärt werden.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.10	SO 2	Des Weiteren ist ein Eingriff in die Landschaft unzulässig, wenn die Beeinträchtigungen nicht zu vermeiden oder nicht kompensierbar sind (§ 15 Abs. 5 BNatSchG). Den hier geplanten Vorhaben, die das Landschaftsbild in drastischem Maße beeinträchtigen, stehen also landschafts- und naturschützende Normen entgegen	Siehe P67/A.09	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.11	SO 2	Denn eigentlich ist ein Windpark grundsätzlich mit den Zielen des Naturschutzes nicht vereinbar. Das Bundesnaturschutzgesetz bestimmt diese Ziele in den §§ 1 und 2, das Landesnaturschutzgesetz regelt die behördliche Durchführung in den §§ 1 und 2. Insbesondere wird der Schutz, die Pflege und Entwicklung der Leistungsfähigkeit des Naturhaushalts, sowie die Erhaltung seiner Vielfalt und Eigenart auch im Hinblick auf die Verantwortung für künftige Generationen gefordert.	<p>Alle naturschutzfachlichen Belange auf Flächen, die für eine Windkraftnutzung ausgewiesen werden, werden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens geprüft. Der Detaillierungsgrad nimmt dabei auf jeder Ebene zu, da auf jeder Ebene konkretere Informationen zur geplanten Nutzung bekannt sind. So können beispielsweise Auswirkungen einzelner Anlagen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft werden, da die Anlagenkonfigurationen erst im Zuge der Genehmigung nach BImSchG bekannt sind.</p> <p>1. Auf Ebene der Regionalplanung werden in einem ersten Schritt harte und weiche Tabuzonen basierend auf Gesetzen, rechtlichen Vorgaben, Empfehlungen und fachlichen Einschätzungen festgelegt, die dafür Sorge tragen, dass die Natur, die Landschaft, die Menschen und die Tierwelt geschützt werden.</p> <p>2. Die Potentialflächen, die sich durch die Tabuzonen ergeben, werden im Rahmen einer naturschutzfachlichen Einschätzung vertiefend vom Naturschutzamt des Landkreises Cuxhaven geprüft.</p> <p>3. Auf Gemeindeebene wird bei der Aufstellung der Bauleitpläne die jeweilige Fläche erneut detaillierter geprüft. Unter anderem muss verpflichtend ein Umweltbericht erstellt werden.</p> <p>4. Auf der Genehmigungsebene muss von den Anlagenbetreibern mittels Gutachten nachgewiesen werden, dass von den konkreten Anlagen keine schädlichen Einflüsse auf Schutzgüter ausgehen.</p>	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.12	SO 2	Der ausgewiesene Windpark „Bederkesa-Alfstedt“ mit seinen Windkraftanlagen mit Höhen von 200m verstößt gegen diese Bestimmungen.	Siehe P67/A.10	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.13	SO 2	Es wäre schon vom Landkreis Cuxhaven bei der 1. Ausweisung als Vorranggebiet zu prüfen gewesen, ob die Folgen des Eingriffs in die Landschaft vermeidbar sind. Ein Eingriff im Sinne des § 14 Abs. 1 BNatSchG ist in diesem Fall anzunehmen, da es sich um ein neues Vorranggebiet handelt und die Landschaft als Erholungslandschaft bisher keine Windkraftanlagen aufweist.	Dass die Realisierung von Windenergieanlagen einen schwerwiegenden Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist unstrittig. - Es besteht ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens in Deutschland über den Ausstieg aus der Kernenergie und die Notwendigkeit der Transformation der Energieversorgung in ein System, dass zum Schutz des Klimas künftig nahezu vollständig ohne fossile Brenn- und Treibstoffe auskommt. Die Windenergie als kostengünstige, etablierte Technologie bildet lt. Niedersächsischem Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz das Kernstück der Energiewende im Stromsektor.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.14	SO 2	Im Hinblick auf die vorhandene Landschaft am Standort, ist die Fernwirkung verheerend. (Seeblick und Seerundweg, Ausblick von der Mühle).	Durch die Realisierung von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild weitgehend zerstört, möglicherweise auch noch im Bereich des Bederkesaer Sees und der Bederkesaer Mühle. Da eine Wiederherstellung und landschaftsgerechte Neugestaltung des Landschaftsbildes nicht möglich sein werden, wird - in nachgelagerten Planungs- und Verwaltungsverfahren - eine Ersatzzahlung festzulegen sein.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.15	SO 2	Die Beeinträchtigung ist zudem in diesem Fall bei Durchführung der Vorhaben nicht vermeidbar. Die dann geforderten Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen sind ebenfalls als Kompensation nicht möglich, da diese Maßnahmen „ohne Preisgabe wesentlicher Landschaftselemente das optische Beziehungsgefüge in dem betroffenen Landschaftsraum“ nicht fortführen können. (Quambusch, S. 638, Baurecht 2003) Die Kompensation in Geld hilft weder der Landschaft noch den Bürgern.	Durch die Realisierung von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild weitgehend zerstört. Da eine Wiederherstellung und landschaftsgerechte Neugestaltung des Landschaftsbildes nicht möglich sein werden, wird - in nachgelagerten Planungs- und Verwaltungsverfahren - eine Ersatzzahlung festzulegen sein.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.16	SO 2	Mithin gilt das Abwägungsgebot, ob die Belange und Interessen, ein solches Gebiet auszuweisen und damit z.B. der PNE Wind AG den Bau eines solchen überdimensionierten Windparks zu ermöglichen, ein größeres Gewicht haben, als das Interesse eines Kurortes an einer intakten Landschaft.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Es wurde ein einheitliches Konzept für den gesamten Landkreis aufgestellt. Die Kriterien wurden transparent dargelegt. Die Auswirkungen auf das Landschaftsbild wurden unter P67/A.02 ausgeführt. Ob ein Windpark negative Auswirkungen auf den Tourismus hat ist sehr umstritten. Insoweit erscheint es nicht ersichtlich, dass ein Windpark in Bederkesa dem Kurort schaden würde.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.17	SO 2	Wir fordern insoweit, dass das RROP bei der Ausweisung des Vorranggebietes alle in Betracht kommenden Belange berücksichtigt und bei der Abwägung von rechtlich und vor Ort zu treffenden Annahmen ausgeht.	Alle Belange wurden in die Abwägung eingestellt. Alle Potentialflächen werden für das RROP 2015 intensiv auf ihre Eignung geprüft.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.18	SO 2	Der Kreis ist u. E. gebunden, der Landschaftspflege aber auch den Funktionen des Zentralen Ortes besonderes Gewicht beizumessen und beabsichtigte Eingriffe zu minimieren. Davon kann nach dem jetzt vorliegenden Entwurf nicht ausgegangen werden.	Es wird auf die Ausführungen zu den einzelnen Argumenten verwiesen. Der Landkreis Cuxhaven ist sehr wohl der Ansicht, dass alle für die Raumordnung relevanten Belange bei der Planung berücksichtigt wurden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.19	U, SO 2	Die vom Landkreis selbst festgelegte Funktion „Erholung“ und „Tourismus“ macht es erforderlich, auch in diesem Planungsstadium im Umweltbericht die landespflegerischen Belange und die Raumordnungsfunktionen abzuwägen und nicht erst dann, wenn durch Ausweisung des Vorranggebietes quasi Baurecht geschaffen ist. Der Konflikt ist inzwischen wissenschaftlich bewiesen und muss daher auch bei einer Teilfortschreibung berücksichtigt werden.	Im RROP des LK Cuxhaven sind keine Vorrang- oder Vorbehaltsgebiete für Erholung ausgewiesen. Die im RROP 2012 enthaltenen Kategorien "Standort besondere Entwicklungsaufgabe Tourismus" und "Standort besondere Entwicklungsaufgabe Erholung" nehmen Bezug auf Ortschaften. Hier sind die touristischen Einrichtungen besonders zu sichern, räumlich zu konzentrieren und zu entwickeln. Wohngenuzte Siedlungsbereiche kommen für die Errichtung von WEA nicht in Betracht. Einer Windenergienutzung im potenziellen Vorranggebiet Bederkesa-Alfstedt stehen touristische Belange aus Sicht der Regionalplanung diesem nicht entgegen. In der Region stehen bereits an zahlreichen Stellen WEA. Veränderungen im touristischen Verhalten - etwa durch Meidung dieser Gebiete - sind wie in anderen, vom Tourismus stärker besuchten Regionen, bisher nicht festzustellen (Günther W. & B. Zahl 2004). Befragungen in Urlaubsgebieten zeigen, dass nur ein geringer Anteil von Urlaubsgästen sich gegen eine Urlaubsregion entscheiden würde, weil dort WEA stehen. Ob sich diese Haltung dann auch in einer konkreten Standortentscheidung niederschlägt ist offen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.20	SO 2	Die einfache Abgrenzung nach Abstandswerten 500 m oder 1000 m zur Wohnbebauung ist unzureichend. Ebenso die Pufferzonen von nur 100 oder 200 m.	Die Kriterien wurde nach rechtlichen Vorgaben sowie Expertenmeinungen und in Rücksprache mit dem Naturschutzamt festgelegt. Der Schutz der Bürger hat dabei eine hohe Priorität gehabt. Der Landkreis sieht die Kriterien daher nicht als zu gering an.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.21	SO 2	Welche Kriterien sind unvoreingenommen abzuwägen? 1.- Windenergie und wirtschaftliche Aspekte 2.- Kriterien der schutzwürdigen Landschaft und Natur 3.- Ungestörte Landschaft als kulturelles und menschliches Anliegen 4.- Art. 20a GG 5.- Prinzip der Verhältnismäßigkeit	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.22	SO 2	1. Wird durch die Genehmigung von Windparks eine Erholungslandschaft in einem Maße beeinträchtigt, dass hierin ein Eingriff in den Bestand eingerichteter und ausgeübter Fremdenverkehrsbetriebe zu sehen ist, so ist auch hier der Gesichtspunkt privater Belange berührt. Die SG Bederkesa verfügt über 2246 Betten inkl. Camping- und Bootsliegeplätze und weist rd. 324.000 Übernachtungen auf, davon 72.000 in Bad Bederkesa selbst. Hinzu kommen die gastronomischen Betriebe mit teils überregionaler Bedeutung. Wesentliche Teile des Einzelhandels sind indirekt betroffen. Wir schätzen den Umsatz nur der Gäste auf über 20 Mio. € p.a. Investitionen mit öffentlichen Mitteln in Radwege, Moortherme, innerörtlichen Straßenausbau und Ausbau Seerundweg Bootstege kennzeichnen die wirtschaftliche Abhängigkeit der im übrigen strukturschwachen Region. Auch die Bemühungen den Status „Bad“ zu erhalten durch Investitionen in den Kurpark machen dies deutlich. Diese Belange sind um so schützenswerter, als neuere Untersuchungen die negativen Auswirkungen für den Tourismus belegen. (Kieler Institut für Tourismus und Bäderforschung , NIT)	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.23	SO 2	Der pure Beschluss des Kreistages, wegen des hohen Waldanteils könnten sogar die Abstände zwischen den Parks verkürzt werden, ist bei der Überarbeitung in Frage zu stellen, insofern steht bei der 5 km Abstandsempfehlung des Landes Niedersachsen der Standort insgesamt in Frage. Der Beschluss des Kreistages ist nicht rechtssicher. Dies ist auch dem Landkreis bewußt !	Wie schon richtig festgestellt handelt es sich bei dem 5 km Abstandswert lediglich um eine Empfehlung, bei der jedoch auch explizit gesagt wurde, dass Ausnahmen möglich seien. Dennoch wird der Abstand der Vorranggebiete Windeinergienutzung innerhalb des Landkreises einheitlich auf 4 km gesetzt. Der 3 km Abstand in waldreichen Gemeinden entfällt somit.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.24	SO 2	2. Der Begriff schützenswerte Landschaft ist sicherlich schwer fassbar. Wenn aber, wie im Fall Bederkesa-Alfstedt, Gemeinderäte 2004 noch einstimmig, Vertreter der Vereine, Gastronomie, Fremdenverkehrsvereine sowie bisher über 1.300 Bürger in Bederkesa und Alfstedt die Landschaft vor Ort als schutzwürdig empfinden, und durch solche Eingriffe gefährdet sehen, so ist die Wahrnehmung hinreichend objektiv. An der schützenswerten Landschaft hat sich nichts geändert, ausschließlich an der Interessenslage einzelner.	Die Frage, ob eine Landschaft schützenswert ist, richtet sich alleine nach rechtlichen Vorgaben und objektiven Kriterien. Bei der Erstellung des RROP 2014 war sowohl das Naturschutzamt intensiv eingebunden, als auch ein Umweltbüro. Insoweit ist der Landkreis der Ansicht, dass von einem objektiven Ergebnis gesprochen werden kann.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.25	SO 2	Es sei hier noch einmal auf die Begründung der Ablehnung dieses Standortes 2004 durch den Flecken Bederkesa und die Samtgemeinde hingewiesen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.26	SO 2	Hinzu kommt, dass bei der vom Flecken Bederkesa durchgeführten Bürgerbefragung zum RROP 2012 73 % und damit die große Mehrheit der Bevölkerung gegen die Ausweisung des Standortes votiert haben. Das Votum der Bürger in dieser Eindeutigkeit sollte auch ein Landkreis nicht einfach ignorieren.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.27	SO 2	3. Die Natur als funktionsfähiger Lebensraum für Tiere und Pflanzen ist ein unwiederbringliches Schutzgut angesichts des überwiegend durch menschliche Einflüsse bedingten Artenrückgangs. Folglich kann es nur um die Frage gehen, inwieweit diese Landschaft um Bad Bederkesa und seinen See und Höhenrücken diese Eingriffe verträgt. Genetisch hat der Mensch eine Präferenz für Landschaften, in denen Baumgruppen und freie Flächen abwechseln. 200 m hohe Türme mit beleuchteten Rotoren entsprechen nicht seinem Wohlempfinden, insbesondere dann nicht, wenn die ungestörte Landschaft, wie in Bederkesa, eine Funktion hat, den Menschen Entlastung und Erholung zu vermitteln. Dies wird auch in der Begründung der Planungsgruppe Grün zum F-Planentwurf eingeräumt. „Die Eingriffe sind gravierend“	Windkraftanlagen sind vom Gesetzgeber als privilegiert im Außenbereich eingestuft worden. Rechtlich wären somit überall im Außenbereich Windkraftanlagen möglich, sofern keine öffentlichen Belange dem entgegenstehen. Mit dem einheitlichen Planungskonzept verfolgt der Landkreis unter anderem das Ziel einer Bündelung der Windkraftanlagen auf möglichst wenigen, großen Standorten. Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes wird somit begrenzt. Dennoch können Eingriffe in die Landschaft nicht komplett ausgeräumt werden. Diese müssen jedoch im Zuge des Genehmigungsverfahrens kompensiert werden. Die Alternative wäre, dass der Landkreis auf die Steuerung verzichtet. In diesem Fall könnten theoretisch überall im Außenbereich Windkraftanlagen entstehen und das Landschaftsbild und die Erholung wären noch massiver beeinträchtigt.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.28	SO 2	Die Wirkungen der Industrialisierung, ihre Ballung und die Belastung durch Lärm und Straßenverkehr sollen ja gerade gemildert werden. Folglich muss eine Landschaft zu dieser Erholung beitragen. Nicht von ungefähr wird diese Bedeutung in der Naturschutzgesetzgebung hervorgehoben (§ 59 BNat SchG. Aber auch LRP 2014 Entwurf.)	Siehe P67/A.15. - Es gibt einen Entwurf 2014 des Landschaftsrahmenplans. Gemeint ist hier vermutlich die im Internet-Geoportal bereitgestellte Karte zum Landschaftsbild. Zu beachten sind hier auch die Erläuterungen zu dieser Karte.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.29	U, SO 2	Unzureichend ist erneut eine Darstellung der Beeinträchtigung des geplanten Windparks auf den Naturhaushalt der speziell in diesem Gebiet vorkommenden Lebensräume. Die von PNE Wind in Auftrag gegebenen Untersuchungen sind fehlerhaft und daher untauglich. Es fehlen bei der Erfassung von Tier- und Pflanzenarten, insbesondere solche, die nach „Roten Listen“ im Bestand bedroht sind.	Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Die Prüfung der Natur- und Artenschutzbelange ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Dazu erfolgte die Erfassung und Bewertung zu erwartender Auswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter und damit eine Gesamteinschätzung zur Verträglichkeit des Planvorhabens. Darüber hinaus sind auch alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu Biotopen und konkreten Arten berücksichtigt (z.B. Erlass über tierökologische Abstandskriterien, s. NLT 2011). Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang, erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. Die Planverfahren von der Standortbestimmung von WEA in der Raumordnung bis zur Anlagenplanung nach dem BImSchG tragen dazu bei, vermeidbare Risiken soweit wie möglich zu vermeiden oder zu minimieren und entsprechen so dem Vermeidungsgrundsatz gem. §13 BNatSchG. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.30	U, SO 2	Auf den Seeadler und die Sumpfohreule wurde bereits frühzeitig hingewiesen, ohne dass dies berücksichtigt wurde.	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Die Kartierung erfasste das Brutvorkommen von Seeadler, Weißstorch, Kranich und Kiebitz im Umfeld des potenziellen Vorranggebiets Bederkesa-Alfstedt. Es ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen der windenergieempfindlichen Vogelarten bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.31	U, SO 2	Die Existenz eines brütenden Seeadlerpaares und seiner Flugrouten zu den Nahrungshabitaten kann nun niemand ernsthaft in Frage stellen. Sie sind daher bei der Fortschreibung zu berücksichtigen.	Das Brutvorkommens des Seeadlers ist gemäß den Kartierungen (Stand: Mitte 2012) belegt und wird im Genehmigungsverfahren für das potenzielle Vorranggebiet Bederkesa/ Alfstedt berücksichtigt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.32	U, SO 2	Nach unserer Kenntnis grenzen naturnahes Feuchtgrünland, kleinflächig ausgeprägter Moorbirken- Bruchwald und Moorheidereste an den mit Wallhecken durchzogenen, reliefierten Planungsraum an oder ragen dort hinein. Eine Schutzwürdigkeit nach § 30,Ziff. 3 u. 4 BNatG ist hier im Einzelfall gegeben. Einige geschützte Wallhecken sind schlicht nicht aufgeführt.	Im Plangebiet weder im Umfeld des potenziellen Vorranggebiets Bederkesa-Alfstedt kommen geschützte Biotoptypen (Feuchtgrünland oder Wallhecken) vor. Wallhecken sind geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG bzw. § 22 NAGBNatSchG bzw. gelten nach § 30 BNatSchG und § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG als geschützte Biotoptypen. Gemäß den Daten des LK Cuxhavens befinden sich geschützte Biotoptypen gem. § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG weder im potenziellen Vorranggebiet noch im Umfeld. Die Bewertung der Umweltwirkungen betrachtet die geschützten Biotope ab einer Mindestgröße von 5 ha. Wallhecken liegen i. d. R. unter diesem Wert. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: geschützte Biotoptypen nach § 30 BNatSchG und § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.33	U, SO 2	Wir kennen unsere Gemarkung und halten die avifaunistischen Ergebnisse für fehlerhaft. Dies ist dem Landkreis bekannt.	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.34	U, SO 2	Brutvögel: Seeadler (seit 2006 brütend im Raum Alfstedt-Kührstedt) Weißstorch (mehrere Bruten in umliegenden Dörfern) Graugans (umliegende Seen und Geeste-Niederung) Kranich (mehrere Bruten in umliegenden Mooren und Feuchtgebieten) Waldohreule (Fichtenwald im Planungsgebiet) Sumpfohreule (2010/11 auf Moorheidefläche brütend) Rebhuhn ,mehrere Kiebitzpaare	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Die Kartierung erfasste das Brutvorkommen von Seeadler, Weißstorch, Kranich und Kiebitz im Umfeld des potenziellen Vorranggebiets Bederkesa-Alfstedt. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.35	U, SO 2	Rastvögel: See-, Fischadler, Kranich (NO – SW – Zugroute) Grau-, Bläss-, Saat- und Nonnengans Höcker- Sing- und Zwergschwan (Wintergäste) Rotmilan, Korn- und Wiesenweihe Waldschnepfen, Bekassine	Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu zählen auch die Vogelrastgebiete mit internationaler und nationaler Bedeutung. Die Einteilung von Vogelrastgebieten nach ihrer Bedeutung wird vom NLWKN vorgenommen. Inwiefern das Vorkommen einzelner Gastvogelarten für die Bewertung des Gebiets eine Bedeutung hat, ist an dieser Stelle nicht Gegenstand der Untersuchung. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.36	U, SO 2	Singvögel: Feldlerche, Neuntöter, Braunkehlchen, gelegentlich auch Raubwürger und Grauammer	Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Die genannten Vogelarten gehört i. d. R. zu den von Kollisionsrisiken an WEA kaum betroffenen Arten (z. B. Raubwürger: 2001 – 2012: 1 Totfund in Deutschland). Inwiefern das Vorkommen einzelner Singvögel für die Bewertung des Gebiets eine Bedeutung hat, ist an dieser Stelle nicht Gegenstand der Untersuchung. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.37	U, SO 2	Alle Fledermausarten stehen unter besonderem Schutz . Viele Arten leben in diesem Bereich (vgl auch regionalplan und uvp) allein 10 der in Niedersachsen vorkommenden Arten.	<p>Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen der Fledermäuse bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.38	U, SO 2	Auch die im Kührstedterholz vorhandene Abendseglerkolonie wurde nicht berücksichtigt obwohl dem Landkreis bekannt.	<p>Die in Deutschland und der Region vorkommenden Fledermausarten haben sehr unterschiedliche Lebensraumsansprüche und Lebensweisen. Die überwiegende Zahl der Arten hält sich meist in bodennahen Luftschichten auf und ist somit nur einem geringen Kollisionsrisiko bzw. einem Risiko durch das Barotrauma durch WEA (Druckschwankungen in Rotorturbulenzen) ausgesetzt. Sechs Arten (beide Abendsegler, drei Pipistrellus-Arten und die Zweifarbfledermaus) bilden vor allem durch ihr saisonales Zugverhalten, die Abendsegler auch durch ihre Jagdflüge deutlich über Baumkronenniveau eine Risikogruppe. Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen der Fledermäuse bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.39	U, SO 2	Nicht nur die heimischen Arten werden aus ihrem Lebensraum vertrieben, sondern auch von und in ihre Winterquartiere in südliche Breiten durchziehende Arten werden durch die WEA besonders gefährdet (aus Gutachten von Meyer und Rahmel GbR-2006).	Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen der Fledermäuse bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.40	SO 2	4. Nach Art. 20a GG hat der Staat die natürlichen Lebensgrundlagen zu schützen. Damit gibt die Verfassung eine Wertentscheidung vor, die bei der Anwendung des Rechts zu beachten ist. Es ist unstreitig, dass die Wertentscheidung ein allgemeines Verschlechterungsverbot beinhaltet. Die Verfassung verlangt also, das Landschaftsbild gem. § 35 Abs. 3 Nr. 5 BauGB und §14 Abs. 1 BNatSchG zu schützen, soweit es als Ressource Erholungs- und Ruheraum anerkannt ist.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzgeld gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.41	SO 2	Ohnehin darf ein Eingriff nach § 15 Abs. 5 BNatSchG nicht zugelassen werden, wenn die Beeinträchtigung nicht zuzumuten ist, was hier zutrifft.	Eine unzumutbare Beeinträchtigung ist nicht gegeben.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.42	SO 2	Der pure Umstand, dass Bederkesa in den letzten Jahren zum BAD und KURORT entwickelt wurde, lässt an dieser Ressource Landschaft als Erholungsraum keinen Zweifel zu. Die Landschaftsbildzerstörung lässt sich im Fall Bederkesa keinesfalls durch eine 3 km Betrachtung bewerten. Hier sind 10 km erforderlich.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Aufstellung der Kriterien für die Erarbeitung der Vorranggebiete basiert auf rechtlichen Grundlagen und fachlichen Einschätzungen und geschah in Zusammenarbeit mit den Fachämtern des Landkreises. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. So wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort auch 200 Meter Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzgeld gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.43	SO 2	Es ist ein leichtes dies vor Ort nachzuvollziehen, da vom Standort der denkmalgeschützten und als beleuchteter Landmarkpoint markanten Mühle bereits jetzt alle 5 Windparks der Samtgemeinde teils wegen ihrer Höhe und Beleuchtung landschaftszerstörend wirksam sind. Ein weiterer Standort nun noch die Mühle überragender Standort ist unzumutbar und wie dargelegt auch nicht im öffentlichen Interesse.	Die Mühle in Bederkesa ist von außerhalb nicht wahrnehmbar. Insoweit kann sie nicht als markante Landmarke angesehen werden. Seitens der unteren Denkmalschutzbehörde wurden die dargestellten Belange nicht vorgetragen. Insoweit wird vom Landkreis keine Beeinträchtigung gesehen.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.44	SO 2	5. Das Prinzip der Verhältnismäßigkeit Nun wird methodisch versucht, das Störpotential der Windkraftanlage durch Entfernungsmaßstäbe, die jedoch nur Empfehlungen sind, zu relativieren. Abstände von 100, 500 oder 1000 m schließen nicht aus, dass die Anlagen zum Bestandteil einer Landschaftsverfremdung werden. (Höhenrücken, Mühle, Kirche, See) Insofern sind nach Entfernungsmetern formulierte, standardisierte Abstandsregelungen nicht nachvollziehbar und geeignet. Hinzu kommt, dass in diesem Fall die eigenen Vorgaben nicht eingehalten wurden. (Wald)	Im RROP Entwurf 2015 werden die Abstände der Windparks untereinander einheitlich auf 4 km festgelegt. Das Kriterium "waldreich" entfällt. Die konkreten Auswirkungen einzelner Anlagen auf das Landschaftsbild werden im Genehmigungsverfahren nach BImSchG geprüft. Auf Ebene der Raumordnung sind pauschale Abstandsregelungen möglich und aufgrund der Maßstabsebene auch unumgänglich.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.45	U, SO 2	Methodisch fraglich ist auch das visuelle Empfindlichkeitsprüfverfahren, hier ist ein 10km Radius zu bewerten .	Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen der Fledermäuse bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.46	SO 02	Wie kann eine Planung erneut einbezogen werden, die 2004 aus den hier aufgeführten Gründen abgelehnt wurde? (vgl. Stellungnahme des Fleckens und der Samtgemeinde)	Die ausgewiesene Fläche entspricht allen Kriterien des Landkreises Cuxhaven.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.47	SO 02	Je mehr der Tourist und Naherholungssuchende unsere hier typische Landschaft sucht, umso stärker werden die Störpotentiale erlebt. Also auch Riesenanlagen in 1 – 3 km Entfernung beeinträchtigen das Erlebnis einer unversehrten Landschaft.	Das Erlebnis der Landschaft ist subjektiv von Person zu Person unterschiedlich. Das vom Landkreis Cuxhaven erstellte Planungskonzept begrenzt die Landschaftsbildbeeinträchtigung jedoch.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.48	SO 02	Hinzu kommt in Bederkesa, dass der südwestliche Höhenrücken (eiszeitliche Stauchmoräne) durch Baugebiete jüngerer Zeit erschlossen ist und noch wird. In der Literatur ist vielfältig ein Wertverlust der Immobilien in der Nähe von sichtbaren Windkraftanlagen nachgewiesen worden; die Gutachterschätzungen liegen bei 30 %. Dies bedeutet, bezogen auf rd. 100 betroffene neue Einfamilienhäuser, einen Wertverlust von 7,5 Mio. Euro,(und betroffen sind weit mehr).	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.49	SO 02	Auch das Argument, die vorhandene Landschaftsrahmenplanung stünde einer Ausweisung als Vorranggebiet nicht im Wege, ist nur dann gültig, wenn sie die Gegebenheit vor Ort, vor dem Hintergrund des Vorhabens, ausreichend beleuchtet. Dies ist aber dann nicht der Fall, wenn die gravierende Wirkung des Eingriffs in die Landschaft durch die Aufstellung der WEA in seiner Fernwirkung nicht beurteilt wird.	Auf Ebene der Raumordnung kann nur eine pauschale Betrachtung stattfinden. Durch das aufgestellte Planungskonzept wird die Beeinträchtigung der Landschaft begrenzt. Im Rahmen der Genehmigung nach BImSchG werden jedoch die Auswirkungen auf das Landschaftsbild genauer untersucht.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.50	SO 02	Mit dem Beispiel Wittgeeste ist dies nun jedoch vor Ort möglich. Diese Windfarm zeigt nun deutlich die Fernwirkung auf Bad Bederkesa und den See, der nun auch von der anderen Seite in kürzerer Entfernung zusätzlich belastet werden soll.	Siehe P67/A.49	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.51	SO 02	Nach den uns vorliegenden Informationen hat die Firma PNE Wind AG Cuxhaven für neue oder bereits einmal abgelehnte Vorranggebiete Verträge mit den Landbesitzern geschlossen. Diese Verträge sind in mehrfacher Hinsicht geeignet, weitere zunächst nicht bauplanungsrelevante Fragen aufzuwerfen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.52	SO 02	So ist offensichtlich die Frage des „Transportes“ der erzeugten Energie völlig ungeklärt, zumal die EWE auf einer Sitzung vor Kommunalvertretern im Waldschlösschen Bad Bederkesa erläutert hat, dass die erforderlichen Kapazitäten nicht zur Verfügung stehen. Eine Erdverkabelung sei völlig unwirtschaftlich und koste 20 x soviel wie Hochspannungsleitungen (Nordwestzeitung 25.02.04). Es ist daher vorab zu prüfen, ob und wie der Energietransport von neuen Standorten gewährleistet und zu regeln ist. Neue Hochspannungsleitungen sind nicht ausgewiesen.	Die Abnahme des Stroms ist nicht Gegenstand der Raumordnung. Die EWE hat mitgeteilt, dass ein anderer Energieversorger über die Stromabnahme im Gespräch ist.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.53	SO 02	Zwar wird darauf hingewiesen, dass nach Ablauf ein kompletter Rückbau auch der Fundamente zu erfolgen hat, dies ist aber wohl ziemlich unrealistisch (vgl Aussage Leonhard) denn nach wie vor wird in den Verträgen mit den Grundeigentümern unterstellt, dass z.B. die Pfähle im Boden verbleiben können. Ein kompletter Rückbau ist daher durchsetzbar sicherzustellen.	Die Regelung zum Rückbau wird für den Entwurf 2015 überarbeitet.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.54	SO 02	<u>Zusammenfassend bleibt festzuhalten:</u> 1. Der Ausweisung des Vorranggebietes Windenergie im Raum der Gemarkung Bad Bederkesa und angrenzend stehen die eigenen Ziele des RROP 2012 entgegen.	Dies ist wie dargelegt nicht richtig.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.55	SO 02	2. Auch § 35 BauGB in seiner ausführlich dargelegten Einschränkung einer Privilegierung ist nicht hinreichend geeignet, das Vorranggebiet im RROP auszuweisen und damit Rechtsansprüche der Betreiber und Grundstückseigner abzuleiten.	Öffentliche Belange stehen einer Ausweisung des Vorranggebietes nicht entgegen.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.56	SO 02	3. Bei der geforderten Abwägung haben Landschaft und Natur für einen Kurort Bad Bederkesa Vorrang vor den Interessen der Windenergieerzeugung, da dies auch an anderer Stelle der Gemeinde möglich ist und in der Planausweisung und Realisierung ja auch geschieht. (Köhlen, Wittgeeste, Flögeln, Ringstedt.)	Die Belange des Natur- und Landschaftsschutzes wurden über die festgelegten Tabuzonen ausreichend berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.57	SO 02	4. Das Gemeinwohl und die wirtschaftlichen Interessen der Bevölkerung sowie die Belange des Tourismus und der Naherholung sind bei der Prüfung der Verhältnismäßigkeit zu berücksichtigen und schließen das Vorhaben in der geplanten Dimension an dem vorgesehenen Standort aus.	Die Samtgemeinde kann im Rahmen der Bauleitplanung selbst die maximale Anlagenhöhe festlegen und somit die Planung nach ihren Vorstellungen anpassen.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.58	SO 02	5. Wegen der Sensibilität des Standortes ist schon auf der Ebene der Regionalen Raumordnung abzuwägen, soweit Fakten bekannt sind, die einer Ausweisung entgegenstehen. Landschaftsbild des Höhenrückens und des Sees, Denkmalsschutz der Mühle, streng geschütztes Seeadlerbrutpaar müssen einer Ausweisung entgegenstehen. Wenn weiche Kriterien so eindeutig sind, kann der Standort kein Vorranggebiet sein.	Zum Landschaftsbild: Durch die Realisierung von Windenergieanlagen wird das Landschaftsbild weitgehend zerstört. Da eine Wiederherstellung und landschaftsgerechte Neugestaltung des Landschaftsbildes nicht möglich sein werden, wird - in nachgelagerten Planungs- und Verwaltungsverfahren - eine Ersatzzahlung festzulegen sein. - Zum Seeadler-Vorkommen: Innerhalb des 3.000 m-Puffers zum Vorranggebiet Windenergienutzung nach dem Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms gibt es keinen Seeadler-Horst; insoweit wird der Mindestabstand von 3.000 m lt. den Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten eingehalten. Allerdings liegt das in den genannten Entwürfen dargestellte Vorranggebiet Windenergienutzung jeweils vollständig innerhalb des Prüfbereichs von 6.000 m lt. den Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten.	Nicht zu berücksichtigen
P067a	P67/A.59	SO 02	6. Das Naturschutzamt des Landkreises hat zu den bei der Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms „verschobenen“ Einwänden („erfolgt im Rahmen der Bauleitplanung“) rechtlich nachprüfbar, Stellung zu beziehen, bzw. diese Einwände nunmehr bei der Überarbeitung zu beachten.	Alle Einwendungen, auch naturschutzfachliche, werden sorgsam geprüft und fließen ggf. in die weitere Planung ein.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067a	P67/A.60	SO 02	Das Brutpaar der Seeadler ist nun ausreichend dokumentiert und es ist nachweisbar, dass während der Aufzuchtzeit der Jungen die Nahrungsrouten zu den nördlichen Seen durch das Gebiet des Windparks Bederkesa Alfstedt führen. Sowohl der Adlerbeauftragte Herr Göhrke, als auch der Adlerbeauftragte des Landkreises Herr Cordsmeyer haben das beweisbar dargelegt. Die Ergebnisse der dem Landkreis vorliegenden Beobachtungen während der Aufzucht 2013 sind eindeutig. Diese Ergebnisse wurden von der staatlichen Vogelschutzwarte Hannover als belastbar bezeichnet. Die Qualität dieser Sichtungen wurde vom VV auch in diesem Jahr wieder belegt, denn im Gegensatz zu Bios sind Brutabbruch und Neuverpaarung von den Mitgliedern des VV im März/April 2014 dokumentiert worden. Die Ergebnisse liegen ebenfalls dem Kreis vor. Die Mutmaßungen in BIOS Zwischenbericht sind schlicht unzulässig und durch Fakten widerlegt.	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. Hierbei handelt es sich nicht um Mutmaßungen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, das im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung bleibt nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor; diese ist lt. Weisung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz jedoch erforderlich. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, nicht gegeben.	Kenntnisnahme
P067a	P67/A.61	SO 2	Der VV Bad Bederkesa lehnt den Windenergiestandort Bad Bederkesa-Alfstedt nachdrücklich ab und bittet auf seine Ausweisung aus den dargelegten Gründen zu verzichten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067b	P67/B.01	U, SO 2	<p>Zu der im Umweltbericht(bosch & partner) Teil C aufgeführten Tabelle zum Standort Bederkesa/ Alfstedt machen wir Einwände geltend.</p> <p>Diese Tabelle ist teils interpretationsbedürftig und weist u. E. eine Reihe von Fehlern auf. Sie ist schon deshalb kaum zu interpretieren, da nicht klar ist, wie das Umfeld definiert ist. Offensichtlich gehen die Planer von verschiedenen Umfelddefinitionen aus.</p>	<p>Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Zusätzliche Datenerhebungen werden erst im Genehmigungsverfahren durchgeführt.</p> <p>Der Regionalplan muss sich im Rahmen geltender Rechtsvorschriften bewegen und öffentliche und private Belange gegeneinander und untereinander abwägen.</p> <p>Der Mindestabstand als Bewertungskriterium für die spezifischen potenziellen Empfindlichkeiten der Schutzgüter gegenüber WEG nimmt Bezug auf das Umfeld eines jeden Plangebiets bzw. eines jeden Schutzguts. Für die windenergieempfindlichen Vogelarten wird ein Vorkommen im Radius des Mindestabstand und des Prüfabstands geprüft. Beide Abstände entsprechend dem Umfeld des Plangebiets. Die Ableitung der Umfeld der Tab 2. 2 im Anhang I des Umweltberichts zu entnehmen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P067b	P67/B.02	U, SO 2	<p>Zu 1 Allgemeine Informationen</p> <p>1.4 Der Regionalplan weist das Gebiet bisher unter anderem als Vorranggebiet für Natur und Landschaft aus. Laut 1.5 nun nur noch als Vorranggebiet für Windkraft. Sind damit die anderen Vorrangfunktionen entfallen? Was ist die Begründung dafür? Die bisherigen Funktionen können nicht ohne Abwägung und Änderung des RROP 2012 entfallen.</p>	<p>Im RROP 2014 ist das potenzielle Vorranggebiet Bederkesa/ Alfstedt nicht als Vorranggebiet für Natur und Landschaft ausgewiesen. Das potenzielle Vorranggebiet für Windenergie Bederkesa-Alfstedt liegt nahe eines Vorranggebiets Natur und Landschaft (Abstand ca. 200 m). Die Vorranggebiete Windenergienutzung und Natur und Landschaft überlagern sich demnach nicht. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067b	P67/B.03	U, SO 2	<p>Zu 2. Ermittlung und Bewertung der Umweltauswirkungen</p> <p>2.26 windenergieempfindliche Vogelarten</p> <p>Die Existenz windenergieempfindlicher Vogelarten wird bestätigt. Insbesondere das verfahrenskritische Vorkommen des planungsrelevanten Seeadlerrevierpaares ist hinreichend belegt. Sowohl die Untersuchungen dieses Ausschusses des Verschönerungsvereins, der Adlerschutzbeauftragten des Landes und des Landkreises Cuxhaven während der vergangenen Brutperioden belegen die Gefährdung der Nahrungsrouten während der Aufzuchtphase der Jungadler.</p>	<p>Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Der Seeadler gehört zu den von Kollisionsrisiken an WEA stark betroffenen Vogelarten (2001 – 2012: 69 Tötungen in Deutschland). Er gilt als bedrohte, besonders störungssensible Vogelart, auf die bei der Ausweisung von WEG verstärkt Rücksicht genommen werden muss (vgl. NLT 2014). Detaillierte Untersuchungen zum Seeadler in diesem Gebiet sind im Genehmigungsverfahren einzubeziehen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P067b	P67/B.04	U, SO 2	<p>Es ist bereits auf der Ebene des Regionalplans sinnvoll die Artenschutzbelange zu berücksichtigen, wenn... keine artenschutzrechtlichen Ausnahmen nach § 45 Abs.7 BNatSchG erteilt werden kann. (LROP 2014)</p>	<p>Die Regionalplanung konkretisiert die Landesplanung (LROP) auf der regionalen Ebene und legt die regional angestrebte räumliche Entwicklung fest. Im RROP wird die angestrebte räumliche und strukturelle Entwicklung der regionalen Planungsräume dargestellt. Die RROP werden aus dem LROP entwickelt. Dabei sind die im LROP für den Planungsraum enthaltenen konkreten Ziele der Raumordnung zu übernehmen bzw. näher festzulegen. Die unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen werden untereinander und gegeneinander abgestimmt und in Einklang gebracht.</p> <p>Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange nach § 44 BNatSchG bzw. einer artenschutzrechtlichen Ausnahmen nach § 45 Abs.7 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein. Es ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Die Beurteilung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067b	P67/B.05	U, SO 2	Die immer wieder geforderten neuen Gutachten ändern nichts an der Existenz und Gefährdung des örtlichen Revierpaares. Dies ist der Naturschutzbehörde belegbar bekannt und sollte dazu führen dieses „Eignungsgebiet“ als ungeeignet auszuschließen.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig, voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergienutzung/Repoweringstandorte ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: Seeadler Brutvorkommen) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Für das Plangebiet Bederkesa/ Alfstedt wurde bereits eine voraussichtlich erhebliche Beeinträchtigung hinsichtlich der vorkommenden windenergieempfindlichen Vogelarten im Umweltbericht Teil C zum RROP 2014 festgestellt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067b	P67/B.06	U, SO 2	2.29 Vorranggebiet für Natur und Landschaft weder im Plangebiet noch im Umfeld erhalten. Diese Aussage ist falsch.	Im RROP 2014 ist das potenzielle Vorranggebiet Bederkesa/ Alfstedt nicht als Vorranggebiet für Natur und Landschaft ausgewiesen. Das potenzielle Vorranggebiet für Windenergie Bederkesa-Alfstedt liegt nahe eines Vorranggebiets Natur und Landschaft (Abstand ca. 200 m). Die Vorranggebiete Windenergienutzung und Natur und Landschaft überlagern sich demnach nicht. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067b	P67/B.07	U, SO 2	2.30 Waldflächen > 1 ha weder im Plangebiet noch im Umfeld vertreten. Diese Aussage ist falsch. Allein das Pastorenmoor als Wald vom Plangebiet umschlossen ist 13 ha groß.	Der Waldflächenanteil im LK Cuxhaven beträgt durchschnittlich lediglich etwa 8,6 %. Waldflächen nach § 2 des Nieders. Waldgesetzes (NWaldLG) ab einer Größe von 1 ha sollen daher aufgrund ihrer Funktion für das Klima, die Erholung und als Lebensraum von WEA freigehalten werden. Zum Schutz der Waldränder gilt dies auch für einen Puffer von 100 m. Für das potenzielle Vorranggebiet Bederkesa-Alfstedt werden die Abstandskriterien eingehalten. Eine formale Betroffenheit von Waldflächen > 1 ha im Plangebiet und im Umfeld kann demnach ausgeschlossen werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067b	P67/B.08	U, SO 2	Hinzu kommen Drangstedter Wald, Kührstedter Holz und Waldstücke in Alfstedt und Jungs Tannen jeweils nur 100m entfernt.	Der Waldflächenanteil im LK Cuxhaven beträgt durchschnittlich lediglich etwa 8,6 %. Waldflächen nach § 2 des Nieders. Waldgesetzes (NWaldLG) ab einer Größe von 1 ha sollen daher aufgrund ihrer Funktion für das Klima, die Erholung und als Lebensraum von WEA freigehalten werden. Zum Schutz der Waldränder gilt dies auch für einen Puffer von 100 m. Für das potenzielle Vorranggebiet Bederkesa-Alfstedt werden die Abstandskriterien eingehalten. Eine formale Betroffenheit von Waldflächen > 1 ha im Plangebiet und im Umfeld (Drangstedter Wald, Kührstedter Holz und Waldstücke in Alfstedt und Jungs Tannen) kann demnach ausgeschlossen werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067b	P67/B.09	U, SO 2	Die Umweltauswirkungen sind gravierend und schon auf der Regionalplanebene zu berücksichtigen. Mindestens eine Kipphöhe einer Anlage ist als Abstand zum Wald zu berücksichtigen.	Der Waldflächenanteil im LK Cuxhaven beträgt durchschnittlich lediglich etwa 8,6 %. Waldflächen nach § 2 des Nieders. Waldgesetzes (NWaldLG) ab einer Größe von 1 ha sollen daher aufgrund ihrer Funktion für das Klima, die Erholung und als Lebensraum von WEA freigehalten werden. Zum Schutz der Waldränder gilt dies auch für einen Puffer von 100 m. Für das potenzielle Vorranggebiet Bederkesa-Alfstedt werden die Abstandskriterien eingehalten. Eine formale Betroffenheit von Waldflächen > 1 ha im Plangebiet und im Umfeld (Drangstedter Wald, Kührstedter Holz und Waldstücke in Alfstedt und Jungs Tannen) kann demnach ausgeschlossen werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067b	P67/B.10	U, SO 2	2:31 Geschützte Biotopie nicht vorhanden Diese Aussage ist falsch. Im Pastorenmoor befindet sich ein geschütztes Biotop.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig, voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergienutzung/ Repoweringstandorte ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven. Weder im potenziellen Vorranggebiet Bederkesa/ Alfstedt noch im Umfeld sind geschützte Biotopie gem. § 30 BNatSchG vorhanden. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: geschützte Biotopie gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067b	P67/B.11	U, SO 2	<p>2.41 Landschaftsbild.</p> <p>Hier ist die Betroffenheit für ein Landschaftsbild mit mittlerer Bedeutung konzidiert, aber im Umfeld steht ein -- . Das ist ebenfalls so nicht akzeptabel, da gerade das Umfeld des Standortes Bad Bederkesa ein Landschaftsbild mit höchster Bedeutung aufweist. Naturschutzgebiete der Fleckenhölzer, See und FHH Gebiet Holzburgerwald.</p>	<p>Bei der Prüfung der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft wurden, neben Landschaftsschutzgebieten (LSG), folgende Kriterien berücksichtigt: Unzerschnittene Verkehrsarme Räume (UZVR), geschützte Landschaftsbestandteile nach § 29 BNatSchG und § 22 NAGBNatSchG, Bereiche mit Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft gem. LRP. Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft (hier Betrachtung der Wertigkeit im Umfeld des Plangebiets) kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweise voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Weiterhin müssten u. a. Sichtverstellungen durch die Topographie und die Nutzungsstruktur berücksichtigt werden, was im Zusammenhang mit den konkreten Anlagestandorten zu betrachten ist. Eine derartig differenzierte Betrachtung kann auf der Ebene des Regionalplanes nicht erfolgen, so dass eine abschließende Beurteilung im vorliegenden Umweltbericht nicht möglich ist. Durch die Aufnahme dieses Kriteriums mit den Bereichen mit mittlerer, hoher und sehr hoher Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft ist jedoch gewährleistet, dass die Betroffenheit im Bereich der Planfestlegungen dokumentiert wird, so dass bereits ein Hinweis für die Berücksichtigung auf den nachgeordneten Ebenen gegeben werden kann. Eine umfassende Berücksichtigung der Wirkungen auf das Landschaftsbild erfolgt daher auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P067b	P67/B.12	U, SO 2	<p>Die Landschaftsbildauswirkungen eines Windparks mit Höhen von 200m sind gerade an diesem Standort sehr gravierend und auf der Regionalplanebene zu berücksichtigen.</p>	<p>Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweisen voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Eine detaillierte Berücksichtigung erfolgt daher auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067b	P67/B.13	U, SO 2	2.42 Kultur und sonstige Sachgüter. Im Umfeld vorhanden ist ,anders als aufgeführt, die auch nachts angestrahlte Windmühle ein Denkmal und dieses Denkmal wird beschädigt durch die räumliche Nähe der 200m hohen WKA.	In der Umgebung eines Baudenkmals dürfen Anlagen gem. § 8 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (DSchG ND) nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Die Prüfung, ob ein angrenzendes Bauvorhaben (z.B. auch eine WEA) zu einer Beeinträchtigung des Denkmals (hier: Wassermühle) im Sinne des § 8 DSchG ND führt, obliegt der unteren Denkmalschutzbehörde, das heißt den Gemeinden, denen die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde obliegt, im Übrigen dem LK (§ 19 DSchG ND). Inwieweit eine erhebliche Umweltauswirkung durch das WEG im Umfeld besteht, kann auf Ebene der Regionalplanung nicht ermittelt werden. Eine weitere differenzierte Bewertung erfolgt daher auf der nachgeordneten Zulassungsebene. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067b	P67/B.14	U, SO 2	Die Mühle ist zudem ein Landmark für den gesamten Seerundweg.	In der Umgebung eines Baudenkmals dürfen Anlagen gem. § 8 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (DSchG ND) nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Die Prüfung, ob ein angrenzendes Bauvorhaben (z.B. auch eine WEA) zu einer Beeinträchtigung des Denkmals (hier: Wassermühle) im Sinne des § 8 DSchG ND führt, obliegt der unteren Denkmalschutzbehörde, das heißt den Gemeinden, denen die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde obliegt, im Übrigen dem LK (§ 19 DSchG ND). Inwieweit eine erhebliche Umweltauswirkung durch das WEG im Umfeld besteht, kann auf Ebene der Regionalplanung nicht ermittelt werden. Eine weitere differenzierte Bewertung erfolgt daher auf der nachgeordneten Zulassungsebene. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067b	P67/B.15	U, SO 2	Zu 3. Berücksichtigung der Ergebnisse der Umweltprüfung 3.2 Gründe für die Wahl des geprüften Bereichs, Alternativen Die Methode der Auswahl ist bekannt. Damit ist jedoch nicht sichergestellt, dass konfliktarme Räume ermittelt wurden. Das Beispiel Bederkesa/Alfstedt beweist in eklatanter Weise das Gegenteil. Der Raum ist gerade nicht konfliktarm.	Die Methode des Umweltberichts wurde auch zur Bewertung der potenziell erheblichen Umweltauswirkungen im potenziellen Vorranggebiet für Windenergie Bederkesa-Alfstedt angewandt. Im Ergebnis der zusammenfassenden Einschätzung der Umweltauswirkungen wird von einer potenziell erheblichen Beeinträchtigung des Gebiets Bederkesa-Alfstedt schutzgutübergreifend ausgegangen und weist damit auf mögliche Konflikte hin. Eine Detailbetrachtung der Konflikte erfolgt im Genehmigungsverfahren. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067b	P67/B.16	U, SO 2	Die Konflikte bestehen 1. hinsichtlich des Zieles „Erhalt des Erholungswertes der Landschaft“ (LROP Ziele Abs 07) Bad Bederkesa ist als Zentraler Ort für Erholung und Freizeit ausgewiesen.	Im LROP wird zum Aspekt Erholung und Tourismus angegeben, dass die Voraussetzungen in Natur und Landschaft in allen Teilräumen gesichert und weiterentwickelt werden sollen. Bei regionalen oder überregionalen Erfordernissen sind siedlungsnah Freiräume in den RROP als Vorranggebiete Freiraumfunktionen festzulegen. Diese Erfordernisse treffen jedoch für den LK Cuxhaven nicht zu. Im RROP sind dementsprechende Vorranggebiete nicht ausgewiesen. Die im RROP 2012 enthaltenen Kategorien "Standort besondere Entwicklungsaufgabe Tourismus" und "Standort besondere Entwicklungsaufgabe Erholung" nehmen Bezug auf Ortschaften (wie z.B. Otterndorf, Altenbruch, Wremen, Hechthausen). In diesen Standorten sind die touristischen Einrichtungen besonders zu sichern, räumlich zu konzentrieren und zu entwickeln. Wohngenutzte Siedlungsbereiche kommen für die Errichtung von WEA nicht in Betracht. Einer Windenergienutzung im Gebiet Bederkesa/ Alfstedt stehen touristische Belange aus Sicht der Regionalplanung diesem nicht entgegen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067b	P67/B.17	U, SO 2	2. Denkmalschutz . Denkmalsgeschützte Mühle auf dem Höhenrücken.	Die denkmalgeschützten Objekte des LK Cuxhaven wurden in einem Umfeld bis 300 m vom Plangebiet berücksichtigt. Die Galerieholländer-Mühle im Mühlenweg 9 in Bad Bederkesa liegt in einer Entfernung von über 2.300 m vom Plangebiet und somit außerhalb dieser 300 m. In der Umgebung eines Baudenkmals dürfen Anlagen gem. § 8 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (DSchG ND) nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Die Prüfung, ob ein angrenzendes Bauvorhaben (z.B. auch eine WEA) zu einer Beeinträchtigung des Denkmals (hier: Wassermühle) im Sinne des § 8 DSchG ND führt, obliegt der unteren Denkmalschutzbehörde, das heißt den Gemeinden, denen die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde obliegt, im Übrigen dem LK (§ 19 DSchG ND). Inwieweit eine erhebliche Umweltauswirkung durch das WEG im Umfeld besteht, kann auf Ebene der Regionalplanung nicht ermittelt werden. Eine weitere differenzierte Bewertung erfolgt daher auf der nachgeordneten Zulassungsebene. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067b	P67/B.18	U, SO 2	3. Landschaftsbild. Landschaftsbildzerstörung wertvoller Gebiete der landschaftsbezogenen Erholung	Bei der Prüfung der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft wurden, neben Landschaftsschutzgebieten (LSG), folgende Kriterien berücksichtigt: Unzerschnittene Verkehrsarme Räume (UZVR), geschützte Landschaftsbestandteile nach § 29 BNatSchG und § 22 NAGBNatschG, Bereiche mit Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft gem. LRP. Das potenzielle Vorranggebiet Bederkesa/ Alstedt liegt in einem Bereiche mit mittlerer Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft. Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der konkreten Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweisen voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Eine Berücksichtigung erfolgt daher auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067b	P67/B.19	U, SO 2	3.4 Umweltprüfung auf nachfolgenden Planungsebenen Die Umweltauswirkungen der Schutzgüter gemäß § 9 Abs.1 ROG müssen dann nicht auf den nachgeordneten Planungsebenen konkretisiert werden, wenn bereits auf der Regionalplanungsebene klar ist, dass der Standort nicht „geeignet“ sondern ungeeignet ist, weil z.B. die Erholungslandschaft zerstört wird oder artenschutzrechtliche Ausnahmegenehmigungen nach § 45 Abs 7 BNatSchG nicht erteilt werden können.	Mit der durchgeführten SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete/Repoweringstandorte für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert dabei ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Zusätzliche Datenerhebungen (z. B. schutzgutspezifische Kartierungen u. Erfassungen) werden erst im Genehmigungsverfahren durchgeführt, so dass eine Beurteilung potenzieller Beeinträchtigungen der Schutzgüter gem. § 9 Abs. 1 ROG ist auf der Ebene der Regionalplanung nur eine vorläufige ist. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067b	P67/B.20	U, SO 2	Die dem Ort Bad Bederkesa zugewiesenen Funktionen Erholung und Tourismus stehen dem entgegen und das ist bereits bei der Aufstellung des Regionalplanes hinreichend bekannt.	<p>Im LROP wird zum Aspekt Erholung und Tourismus angegeben, dass die Voraussetzungen in Natur und Landschaft in allen Teilräumen gesichert und weiterentwickelt werden sollen. Bei regionalen oder überregionalen Erfordernissen sind siedlungsnah Freiräume in den RROP als Vorranggebiete Freiraumfunktionen festzulegen. Diese Erfordernisse treffen jedoch für den LK Cuxhaven nicht zu. Im RROP sind dementsprechende Vorranggebiete nicht ausgewiesen. Die im RROP 2012 enthaltenen Kategorien "Standort besondere Entwicklungsaufgabe Tourismus" und "Standort besondere Entwicklungsaufgabe Erholung" nehmen Bezug auf Ortschaften (wie z.B. Otterndorf, Altenbruch, Wremen, Hechthausen). In diesen Standorten sind die touristischen Einrichtungen besonders zu sichern, räumlich zu konzentrieren und zu entwickeln. Wohngenutzte Siedlungsbereiche kommen für die Errichtung von WEA nicht in Betracht. Einer Windenergienutzung im Gebiet Bederkesa/ Alfstedt stehen touristische Belange aus Sicht der Regionalplanung diesem nicht entgegen.</p> <p>In der Region stehen bereits an zahlreichen Stellen WEA.</p> <p>Veränderungen im touristischen Verhalten - etwa durch Meidung dieser Gebiete - sind wie in anderen, vom Tourismus stärker besuchten Regionen, bisher nicht festzustellen (Günther W. & B. Zahl 2004). Befragungen in Urlaubsgebieten zeigen, dass nur ein geringer Anteil von Urlaubsgästen sich gegen eine Urlaubsregion entscheiden würde, weil dort WEA stehen. Ob sich diese Haltung dann auch in einer konkreten Standortentscheidung niederschlägt ist offen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P067b	P67/B.21	U, SO 2	Eine Berücksichtigung auf dieser Ebene spart erhebliche Kosten bei den potentiellen Developern der Windparks und der öffentlichen Hand. (Vgl auch die Ausführungen des BUND zu dieser Auslegung)	Mit der durchgeführten SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete/Repoweringstandorte für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert dabei ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Eine detaillierte Einschätzung voraussichtlich erheblicher Beeinträchtigungen erfordern Kenntnisse der konkreten Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweisen voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt. In diesem Zusammenhang erfolgen i. d R. genaue Kartierungen (z.B. Vogelarten) und Erfassungen, die erst im Genehmigungsverfahren durchgeführt werden. Eine Beurteilung potenzieller Beeinträchtigungen der Schutzgüter gem. § 9 Abs. 1 ROG ist auf der Ebene der Regionalplanung nur eine vorläufige ist. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P067b	P67/B.22	U, SO 2	Der Verschönerungsverein ist daher der Auffassung, dass der Umweltbericht keineswegs geeignet ist, den Standort Bederkesa /Alfstedt als Eignungsgebiet für Windkraft auszuweisen.	Im Rahmen der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete/Repoweringstandorte für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Entscheidung über die Eignung potenzieller Vorranggebiete ist nicht Aufgabe der SUP. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P068	P68.01	SO 32	Unsere Häuser befinden sich in Bülkau, Landmark-Nord 7 – 8. Sie sind zu der WEA11 nur 456m entfernt und die Geräusche sind zeitweise sehr laut. Hiermit möchten wir gegen eine neue Genehmigung oder eine Erweiterung des Windparks Osterbruch unsere Einwende erheben:	Kenntnisnahme. Auf die Argumente der Stellungnahme wird im weiteren eingegangen.	Kenntnisnahme
P068	P68.02	SO 32	- Abstände zum Ort u. Einzelbebauungen werden nicht eingehalten.	Die Abstände zur Wohnbebauung wurden zugrunde gelegt. Dies ist unter anderem der Grund dafür, dass der Standort nicht mehr als Vorranggebiet ausgewiesen wird, da er nicht den Kriterien des Landkreises entspricht. Im Zuge des Gegenstromprinzips wurde der Standort jedoch als bauleitplanerisch gesichert übernommen. Durch die neue Regelung zum Repowering im Entwurf 2015 wird jedoch festgelegt, dass bei einem Repowering der Altanlagen ein Mindestabstand zur Wohnbebauung eingehalten werden muss.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P068	P68.03	SO 32	- Bei Repowering des Windparks Osterbruch wollen die Betreiber höhere Windkraftanlagen von ca.190m aufbauen, die das Ortsbild und die Umgebung stark beeinträchtigen.	Im Genehmigungsverfahren für das Repowering müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Kenntnisnahme
P068	P68.04	SO 32	- Für diese Höhen sind Blinkfeuer einzurichten, die in der Nacht störend auf die Bewohner einwirken.	Die Blinkfeuer sind gesetzlich vorgeschrieben. Der Landkreis hat keinen Einfluss hierauf.	Kenntnisnahme
P068	P68.05	SO 32	- Laut Betreibern des Windparks sind die Anlagen bei der jetzigen Höhe (100m) nicht mehr rentabel und ein Repowering zu teuer.	Dieser Einwand betrifft keine Inhalte des RROP 2014. Zu unternehmerischen Belangen kann der Landkreis sich nicht äußern.	Nicht zu berücksichtigen
P068	P68.06	SO 32	- Ortsteil Osterbruch Nubhusen ist keine Einzelbebauung sondern ein Straßenort und somit sind die Mindestabstände von 500m nicht ausreichend.	Die Einstufung ist nebensächlich, da der Standort auch andere Kriterien des Landkreises nicht einhält. Er wird deshalb nicht mehr als Vorranggebiet ausgewiesen.	Nicht zu berücksichtigen
P068	P68.07	SO 32	- Zwischen Osterbruch Nubhusen und Bülkau Landmark Nord sind laut Zeichnung „Weiche Tabuzonen“. Dürfen dort Windkraftanlagen gebaut werden?	Die gesamte Fläche des Windparks Osterbruch/Kehdingbruch entspricht nicht den vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien. Im Zuge des Gegenstromprinzips wird der Standort jedoch im Zuge einer Ziel-Ausnahme-Regelung als bauleitplanerisch gesichert übernommen. Mit dem RROP Entwurf 2015 wird eine Regelung geschaffen, die es erlaubt auch in bauleitplanerisch gesicherten Bereichen unter Einschränkungen Windkraftanlagen zu errichten. Dabei wird dem Umstand Rechnung getragen, dass an diesen Standorten bereits Vorbelastungen herrschen und ein Repowering von Altstandorten politisch und gesellschaftlich gewünscht ist.	Kenntnisnahme
P068	P68.08	SO 32	Warum werden Menschen in Dörfern bevorzugt und Menschen die in Einzelhäusern wohnen nicht. Nach dem Grundgesetz sind wir doch alle gleich. - Grundgesetz Artikel 1 - 1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt - Grundgesetz Artikel 3 - (1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich	Das Wohnen außerhalb der vorgesehenen Siedlungsbereiche kann nicht den selben Schutz genießen, wie das Wohnen innerhalb der Gemeinden. Mit der Entscheidung in solchen sonstigen wohnbaulichen Lagen trifft man eine bewusste Entscheidung, dass dort Einschränkungen (bspw. in Sachen Infrastruktur, Erreichbarkeiten, ÖPNV Anbindung) gegeben sind. Dies gilt auch dafür, dass man nachteilige Auswirkungen von Nutzungen, die rechtlich nur außerhalb von Siedlungsbereichen stattfinden dürfen, eher hinnehmen muss. Dies widerspricht auch nicht dem Grundgesetz.	Kenntnisnahme
P069	P69.01	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.01	Siehe Stellungnahme P29.01	Siehe Stellungnahme P29.01
P069	P69.02	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.02	Siehe Stellungnahme P29.02	Siehe Stellungnahme P29.02

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P069	P69.03	SO 31	- Ein Windpark an der vorgeschlagenen Stelle in Osten-Isensee stört das typische Landschaftsbild entlang der Oste. Die Aufstellung industriell anmutender Anlagen in den bisher diskutierten Dimensionen ist ein vermeidbarer grober Einschnitt. Genau das Fehlen sämtlicher industriellen Großanlagen sollte als erhaltenswert für diese Region gelten.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Aufstellung der Kriterien für die Erarbeitung der Vorranggebiete basiert auf rechtlichen Grundlagen und Expertenmeinungen und geschah in Zusammenarbeit mit den Fachämtern des Landkreises. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. So wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort auch 200 Meter Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzgeld gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Kenntnisnahme
P069	P69.04	SO 31	- Auf meinen Spaziergängen beobachte ich Kiebitze, Weißstörche (für die ich in Zusammenarbeit mit meinen Nachbarn 4 Nistgelegenheiten aufgestellt habe), Graureiher, verschiedene Gänse, Kormorane, Falken, Bussarde, Schwanzmeisen, Eulen und andere Vögel die ich nicht einwandfrei bestimmen kann- sowie des Nachts Fledermäuse. Dieser schützenswerte Bestand ist durch Windenergienutzung unter Umständen gefährdet.	Seitens des Einwenders werden die schützenswerten Vogelarten nicht näher belegt. - In räumlicher Nähe zum Gebiet gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. - Der angesprochene Bereich gehört zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung bzw. zu Gastvogellebensräumen mit potenzieller Bedeutung; aktuelle Erfassungen und Bewertungen liegen hier nicht vor. Auch im Hinblick auf die Fledermäuse ist die Datengrundlage unzureichend. Es kann derzeit jedoch nicht die Aussage getroffen werden, dass im angesprochenen Bereich ein Vorranggebiet Windenergienutzung naturschutzfachlich und -rechtlich nicht möglich ist.	Kenntnisnahme
P069	P69.05	SO 31	Trotz der intensiven Landwirtschaft im Umfeld haben sich einige Nischen herausgebildet insbesondere die Vielfalt in den kleinen unberührten und weitestgehend ungenutzten Waldstückchen im Planungsgebiet sehe ich hier als bedroht.	Siehe P69.04.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P069	P69.06	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.05		
P069	P69.07	SO 31	- Da es sich bei den Betreibergesellschaften nicht um Anwohnerinitiativen handelt, sondern hier ein profitables Geschäftsfeld erschlossen werden soll ist mir grundsätzlich schleierhaft warum diejenigen Hausbesitzer/-Bewohner die von den Windanlagen unmittelbar betroffen sind nicht von vornherein für die zu erwartenden Wertminderungen/ Einbußen der Wohnqualität entschädigt werden sollen. Hier scheint der Grundsatz zu gelten: Gewinne privatisieren und Nachteile/ Verluste sozialisieren.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Nicht zu berücksichtigen
P069	P69.08	SO 31	Ich wohne hier zur Miete und habe mir diese Gegend wegen der anderswo kaum noch zu findenden Ruhe und Einsamkeit gewählt. Sollten die Windanlagen mein subjektives Wohlbefinden stören, was zu erwarten ist, kann ich auch woanders hinziehen- im Gegensatz aber zu den Nachbarn, die z.T. Ihre gesamten Ersparnisse in eine hiesige Immobilie gesteckt haben.	Siehe P69.07	Nicht zu berücksichtigen
P069	P69.09	SO 31	- Ein in Osten mit 81,3 % gegen den Windpark ausgegangener Bürgerentscheid sowie das beantragte Weltkulturerbe Schwebefähre sollten für den Landkreis weiterhin im eigenen Interesse als bindend und verpflichtend angesehen werden- jedenfalls wenn der Landkreis die Interessen seiner Bewohner/ Mitglieder und demokratische Grundsätze berücksichtigt. Notfalls sollte dies auch juristisch gegen die Anforderungen der Windparkbetreibergesellschaften im Sinne der Bürger durchgefochten werden.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Die Schwebefähre wird durch mögliche Windkraftanlagen nicht beeinträchtigt. Dies wurde sowohl von der Denkmalschutzbehörde des Landkreises, als auch von der Denkmalschutzbehörde des Landes festgestellt.	Kenntnisnahme
P069	P69.10	SO 31	Auch wenn ich den Kampf mancher Initiativen gegen die Windmühlen zum Teil für egoistisch bis hysterisch halte und ich mich eher als Befürworter und Unterstützer der EEGen- und auch der Windkraft- sehe, mache ich hauptsächlich folgende Einschränkungen geltend: Solange es offensichtlich ist, dass die sogenannte Energiewende von den bisher profitierenden Unternehmen ausgebremst wird, kein schlüssiges Gesamtkonzept kommuniziert wird, die Bürger nur Nachteile und höhere Kosten haben (eeg Umlage, Steuern auf Solarenergienutzung) und solange die zu erwartenden Energieernten weder abgeführt noch gespeichert werden können, sehe ich es vorläufig nicht als nötig an, weitere Anlagenparks in Bürgernähe zu errichten.	Die subjektive Einschätzung über die Ausgestaltung der Energiewende kann kein Belang für die Raumordnung sein. Die Energiewende ist politisch gewollt und gesellschaftlich akzeptiert. Der Landkreis Cuxhaven muss sich an geltende Gesetze und Verordnungen halten. Auf die angesprochenen möglichen Probleme bei der eeg Umlage etc. hat der Landkreis keinen Einfluss.	Kenntnisnahme
P069	P69.11	SO 31	Zudem stehen offenbar haufenweise Altanlagen herum, die erst einmal repowert werden könnten um eine höhere Effizienz zu erzielen.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Um die Vorgaben, die sowohl auf Bundes-, als auch Landesebene erhoben werden, erfüllen zu können müssen sowohl alte Standorte repowert werden, als auch neue Standorte geschaffen werden.	Kenntnisnahme
P069	P69.12	SO 31	Siehe Stellungnahme P29.08	Siehe Stellungnahme P29.08	Siehe Stellungnahme P29.08
P069	P69.13	SO 31	Ich bitte um Berücksichtigung meiner Bedenken und Einwände und behalte mir anderenfalls eine Abstimmung mit dem Umzugswagen vor.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P070	P70.01	SO 02	Gegen den geplanten Windpark Bederkesa/ Alfstedt mache ich folgende Einwände geltend: <u>1. Aus Naturschutzsicht:</u> Die Seeadlerproblematik ist nach wie vor ungeklärt, weil die kürzlich vorgelegte BIOS Studie (Zwischenbericht) keine neuen Erkenntnisse ergeben hat, damit ihren Auftrag verfehlt und unzulässige Schlüsse gezogen hat.	Wie unter P67/A.60 ausgeführt, bleibt eine abschließende Klärung nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten.	Nicht zu berücksichtigen
P070	P70.02	SO 02	Erläuterung: Im Zwischenbericht der Firma BIOS der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler im Umfeld des geplanten Windparks Kührstedt/Alfstedt vom Juni 2014, wird auf Seite 34 im Abschnitt Methoden ausgeführt: "...wurden weitere spezifische Anforderungen der niedersächsischen Vogelwarte (NLWKN & AG Adlerschutz Niedersachsen 2013, aufgestellt Dezember2013) berücksichtigt, nach denen der Schwerpunkt der Untersuchungen in der Aufzuchtzeit der Jungvögel liegen muss, weil nur in dieser Phase mit einer entsprechenden Flugfrequenz bei der Nahrungsbeschaffung zu rechnen ist." Die Vorgaben bzw. Empfehlungen "setzen damit ein erfolgreiches Brutgeschehen voraus, um anhand der während dieser Gesamtzeit gemachten Beobachtungen belastbare Rückschlüsse auf eine mögliche Beeinträchtigung des näher untersuchten Gebiets durch die geplante Windkraftnutzung ziehen zu können." Wie bekannt liegt Brutabbruch vor, so dass die Firma BIOS über die Aufzuchtphase keine eigenen Beobachtungen hat. Für diesen entscheidungsrelevanten Zeitraum verwendet Herr Schikore von der Firma BIOS unter anderem ausgerechnet Ergebnisse der Firma R+UVP aus dem Jahr 2013, die er in seinem unabhängigen Gutachten überprüfen sollte.	Wie unter P67/A.60 ausgeführt, bleibt eine abschließende Klärung nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten.	Nicht zu berücksichtigen
P070	P70.03	SO 02	Erschwerend kommt noch hinzu, dass die Firma R+UVP die Beobachtungszeiten für ihr Gutachten falsch gewählt hat, so dass sie keinen Überflug über das geplante Windparkgebiet festgestellt hatte.	Wie unter P67/A.60 ausgeführt, bleibt eine abschließende Klärung nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten.	Nicht zu berücksichtigen
P070	P70.04	SO 02	Ferner verwendet BIOS für seine Prognose Ergebnisse einer Studie der Firma Ökologis (12/ 2013 im Auftrag PNE). Diese Studie ist kaum als unabhängig zu bezeichnen. Da sie unveröffentlicht ist, liegen keine Angabe zu Umfang und Untersuchungszeitraum vor.	Wie unter P67/A.60 ausgeführt, bleibt eine abschließende Klärung nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten.	Nicht zu berücksichtigen
P070	P70.05	SO 02	Der vorgelegte Zwischenbericht beinhaltet daher keine Erkenntnisse, die nicht schon vor Beginn der Analyse Ende 2013 bekannt waren. Der eigentliche Zweck der Studie ist bisher nicht erfüllt.	Wie unter P67/A.60 ausgeführt, bleibt eine abschließende Klärung nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten.	Nicht zu berücksichtigen
P070	P70.06	SO 02	Der Nachweis, der Seeadler fliege nicht über den geplanten Windpark, wurde nicht erbracht. Im Gegenteil. Es liegen ausreichend Erkenntnisse für die Unvereinbarkeit von diesem Windpark und Seeadler vor.	Wie unter P67/A.60 ausgeführt, bleibt eine abschließende Klärung nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P070	P70.07	SO 02	<p><u>2. Aus Gründen der kommunalen Baukultur:</u></p> <p>Der deutsche Städte- und Gemeindebund hat in seinen Leitlinien beschlossen:</p> <p>„ ... Auch der massive Ausbau von Windenergieanlagen steht mit der gleichzeitigen qualitativen Baukultur im Spannungsverhältnis. Ziel muss es sein, die mit der Energiewende verbundenen Herausforderungen mit einer guten Gestaltung sowie der Wahrung des Denkmal- und Landschaftsschutzes in Einklang zu bringen“</p> <p>Kritik:</p> <p>Gerade das Landschaftsbild ist durch den geplanten Windpark massiv beeinträchtigt und hat erhebliche Nachteile für Tourismus und Bewohnerinnen und Bewohner der Samtgemeinde Bederkesa.</p>	<p>In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Aufstellung der Kriterien für die Erarbeitung der Vorranggebiete basiert auf rechtlichen Grundlagen und Expertenmeinungen und geschah in Zusammenarbeit mit den Fachämtern des Landkreises. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. So wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen.</p> <p>Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort auch 200 Meter Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben.</p> <p>Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzgeld gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird. Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P070	P70.08	SO 02	<p><u>3. Aus wirtschaftlichen Gründen:</u></p> <p>Deutschland erwirtschaftet zur Zeit einen Energieüberschuss, der ins Ausland exportiert wird. Es ist daher aus wirtschaftlicher Sicht nicht zu verstehen, dass ausgerechnet so nahe bei einem Moorheilbad ein Windpark dieser Größe entstehen soll, der wirtschaftlich nur den Landbesitzern zugutekommt und für alle übrigen Leute ein massiver Nachteil ist.</p>	<p>Das RROP dient als Entwicklungsstrategie für einen längeren Zeitraum. Im Zuge der Energiewende sollen Erneuerbare Energien den Atomstrom ersetzen. Auch wenn also derzeit ein Energieüberschuss besteht, so wird es doch in Zukunft nötig sein, eine umfassende Versorgung auch über Windkraftanlagen sicherzustellen. Der Landkreis Cuxhaven nimmt seine Verpflichtung für eine saubere und sichere Energieversorgung in Cuxhaven und Deutschland ernst. Betreiberstrukturen werden über das RROP nicht festgelegt. Es ist auch möglich, dass von Bürgergesellschaften Windkraftanlagen errichtet werden, durch die ansässige Bürger profitieren. Doch auch Abhängig vom Betreiber profitieren die Gemeinden stets über Steuern von den Windkraftanlagen, dies kommt letztlich auch den Bewohnern zugute.</p>	Kenntnisnahme
P070	P70.09	SO 02	<p>Für die Wertschöpfung Windenergie gibt es außerhalb der Samtgemeinde noch genügend andere Flächen, die nicht so ortsnah sind.</p>	<p>Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P070	P70.10	SO 02	<p><u>4. Aus Bürgersicht:</u></p> <p>Der deutsche Städte- und Gemeindebund hat in seinen Leitlinien weiterhin beschlossen, dass Bürgerinnen und Bürger sowie Vereine über den Umgang mit der Landschaft mit einbezogen werden.</p> <p>Kritik:</p> <p>Trotz vieler Gegenstimmen, die bei einer Bürgerbefragung deutlich wurden und trotz Ablehnung durch den Verschönerungsverein wird der Windpark geplant. Dies widerspricht der oben genannten Leitlinie, dass möglichst viele in einen Dialog treten.</p>	<p>Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Unabhängig davon ist die Meinung der Bürger für den Landkreis sehr wichtig. Deshalb erfolgt im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eine intensive Auseinandersetzung mit allen Belangen und Sorgen.</p>	Kenntnisnahme
P070	P70.11	SO 02	<p>Eine Bewohnerin aus Alfstedt sagte gestern resigniert zu mir: „der Windpark macht meine ganze Wohnqualität zunichte, aber die machen ja doch was sie wollen. Die Natur wird geschützt, wo bleibt der Menschenschutz.“</p>	<p>Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Der Schutz des Menschen spielte in der Erarbeitung der Kriterien eine gewichtige Rolle.</p>	Kenntnisnahme
P070	P70.12	SO 02	<p>Aus diesen Gründen darf der geplante Windpark Bederkesa/ Alfstedt nicht gebaut werden.</p>	<p>Wie dargelegt ist der Landkreis der Ansicht, dass der Windpark gebaut werden darf.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P071	P71.01	Z	hiermit lege ich Widerspruch gegen den Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 ein. Da es von unserer Rot-Grünen Landesregierung vorgesehen ist, die Windenergie an Land weiter massiv auszubauen („Windenergieerlass“), ist es mir unverständlich, dass ein Standort wie Nordleda, der seit vielen Jahren problemlos läuft, gestrichen werden soll.	Der Standort Nordleda wird nicht gestrichen. Dies kann ein Regionales Raumordnungsprogramm auch nicht bewirken, da dieser Standort bauleitplanerisch gesichert ist und Bestandsschutz genießt. Gleichwohl ist es richtig, dass dieser Standort nicht mehr als Vorranggebiet ausgewiesen ist. Die Ursache hierfür liegt darin, dass Nordleda nicht mehr den aktuellen Kriterien für die Ausweisung eines Vorranggebietes entspricht. Allerdings wird der Standort als bauleitplanerisch gesichert eingestuft. Im Entwurf 2015 wird eine Regelung getroffen, die es ermöglicht, Anlagen auch an lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereichen zu repowern. Eine Weiterentwicklung des Standortes ist somit möglich.	Kenntnisnahme
P071	P71.02	Z	Entgegen aller Berichterstattung in der Tagespresse ist die Akzeptanz in der Bevölkerung gegeben.	Siehe P71.01	Kenntnisnahme
P071	P71.03	Z	Für unsere Gemeinde ist der Wegfall der Gewerbesteuer und die finanzielle Unterstützung der Vereine und Verbände in unserem Dorf von Seiten der Windparkgesellschaft von besonderer Tragweite.	Siehe P71.01	Kenntnisnahme
P071	P71.04	Z	Ebenso trifft es auch die Landverpächter, denn die Pachteinnahmen tragen zur Erhaltung der Höfe bei und werden wieder investiert. So profitiert auch die heimische Wirtschaft vom Windpark. Wird dieser Investitionskreislauf unterbrochen, sieht es in unserem Dorf im wahrsten Sinne des Wortes „zappenduster“ aus, denn auch die Straßenbeleuchtung wird vom Windpark finanziert.	Siehe P71.01	Kenntnisnahme
P072	P72.01	SO 09	mit unserem Schreiben vom 16.1.2014 haben wir Hinweise und Anregungen - insbesondere zur Ausweisung eines Vorrangstandortes „Geversdorf/Oberndorf“ - hinsichtlich der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven bereits mitgeteilt und begründet. Im vorliegenden Entwurf des RROP 2014 für den Landkreis Cuxhaven wird dieser Standort als Vorranggebiet für Windenergie in der zeichnerischen Darstellung gegenüber der Ausweisung im RROP 2012 nahezu unverändert dargestellt und in der Begründung/Erläuterung (S.18) wird das Vorranggebiet „Geversdorf/Oberndorf“ mit einer Fläche von 110,97 ha ausgewiesen. Diese Entscheidung hat den Entfall von sieben anderen Potentialflächen zur Folge.	Es ist zwar richtig, dass im Entwurf 2014 für das Vorranggebiet Geversdorf-Oberndorf in der Summe sieben andere Potentialflächen entfallen sind, diese bilden jedoch vier jeweils zusammenhängende Potentialflächen. Diese sind wiederum auch aus anderen Gründen, beispielsweise aus naturschutzfachlicher Sicht bzw. aufgrund von Abständen zu anderen Vorranggebieten, nicht umsetzbar.	Kenntnisnahme
P072	P72.02	SO 09	Die anschließende Argumentation, dass, um im Bereich der Osteniederung die negativen Auswirkungen auf das Landschaftsbild möglichst gering zu halten, ein gemeinsamer Standort mit den Landkreis Stade gegenüber der Entwicklung eines einzelnen neuen Standortes auf einer der weggefallenen Potentialflächen bevorzugt wird, ist nicht schlüssig.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P072	P72.03	SO 09	Was hier geplant wird, ist ein Großwindpark, der den Bereich die Osteniederung technisch derart überprägt, dass bei der Realisierung von einer Industriezone gesprochen werden muss.	Der Begriff der Industriezone existiert weder im Bauplanungs- noch im Raumordnungsgesetz. Es gibt keine gesetzliche Maximalgröße für ein Vorranggebiet. Das im RROP Entwurf 2014 festgelegte Vorranggebiet entspricht allen vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien.	Nicht zu berücksichtigen
P072	P72.04	SO 09	Was hier erreicht werden soll, ist also eindeutig nicht die Schonung der Osteniederung sondern das Ermöglichen eines landkreisübergreifenden Windparks.	Die Osteniederung wird dadurch geschützt, dass in diesem Bereich nicht im Landkreis Cuxhaven und im Landkreis Stade jeweils ein großer Windpark, d.h. zwei große Windparks, sondern ein zusammenhängender Windpark errichtet wird.	Kenntnisnahme
P072	P72.05	SO 09	Zusätzlich ist der Hinweis, dass es sich bei dem Standort „Geversdorf/Oberndorf“ um eine Erweiterung eines bestehenden Windparks im unmittelbar angrenzenden Landkreis Stade handelt, nicht nachvollziehbar, denn bislang umfasst der bestehende angrenzende Windpark des LK Stade nur ca. 15 ha. Zusätzlich mit den angrenzenden Vorrangflächen auf Stader und Cuxhavener Seite wären es letztendlich ca. 215 ha.	Die Fläche des im RROP 2013, Rechtskraft seit 08.01.2015, des Landkreises Stade ausgewiesenen Vorranggebietes Oederquart-Wetterdeich beträgt 112 ha. Die Fläche ist somit größer als die des Vorranggebietes Geversdorf-Oberndorf (110,29 ha). Insoweit kann von einer Erweiterung gesprochen werden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P072	P72.06	SO 09	Dass in diesem Zusammenhang nicht von Erweiterung geredet werden kann, wird am RROP Stade 2013, das z. Zt. noch nicht von der oberen Planungsbehörde genehmigt ist, deutlich, denn dort findet keine genaue Festlegung statt, ob es sich um „Verschiebung, Vergrößerung oder Neufestlegung“ handelt.	Aus der Begründung des RROP 2013 des Landkreises Stade wird deutlich, dass es sich bei dem Vorranggebiet Oederquart-Wetterdeich um eine Neufestlegung handelt, da die ehemalige Fläche weggefallen ist.	Nicht zu berücksichtigen
P072	P72.07	E 01	Der Landkreis ist angehalten zur raumverträglichen Konzentration der Windenergienutzung mit einer möglichst geringe Beeinträchtigung von Orts- und Landschaftsbild auch folgenden Aspekt zu berücksichtigen: „Bündelung von WEA durch eine Mindest-/Maximalgröße der Vorranggebiete Windenergienutzung“ (s. NLT (2014) Regionalplanung Windenergie). Eine Minimalgröße wird demnach auch auf S. 15 Begründung/Erläuterung angegeben „Die Gesamtfläche eines Vorranggebietes muss die Errichtung von mindestens drei Anlagen mit 150 m Gesamthöhe ermöglichen“. Eine „Maximalgröße“ wird weder in der Erläuterung noch in der Begründung des RROP 2014 festgelegt, wäre jedoch zum Schutz von Gebieten mit hoher Landschaftsbildeinheit sinnvoll. „Windenergieanlagen beeinträchtigen das Landschaftsbild in der Regel erheblich. Die Beeinträchtigungen sind umso schwerer, je höher die Bedeutung des betroffenen Landschaftsbildes ist, je mehr Anlagen errichtet werden und je höher diese sind“ (s. Charakterisierung und Bewertung des Landschaftsbildes, LK Cuxhaven, Naturschutzamt, 4/2013).	Es besteht rechtlich keine Verpflichtung eine Mindest- oder Maximalgröße für Vorranggebiete festzulegen. Die vom Landkreis Cuxhaven festgelegte Mindestgröße soll sicherstellen, dass das Landschaftsbild nicht durch eine Vielzahl kleiner Standorte beeinträchtigt wird, sondern sich die Anlagen auf möglichst wenige große Standorte konzentrieren. Das Ziel des Landkreises ist es, dass die Vorranggebiete angesichts des Potentials für Windenergie bestmöglich genutzt werden. Durch die festgelegten Kriterien und somit aus fachlichen Gründen sind die Vorranggebiete bereits in ihrer Größe limitiert. Eine weitere numerische Vorgabe wird deshalb nicht als sinnvoll erachtet.	Nicht zu berücksichtigen
P072	P72.08	E 01	Der Hinweis „um im Bereich der Osteniederung (...) die Errichtung von Windenergieanlagen zu ermöglichen ...“ (S.17 Begründung) suggeriert, dass es sich bei der die Ausweisung jeder nur möglichen Potentialfläche um eine unbedingte Notwendigkeit handelt. Dem wäre zu widersprechen. Im Landes-Raumordnungsprogramm (LROP) ist im Abschnitt 4.2. „Energie“ unter Ziffer 04 festgelegt, dass im Landkreis Cuxhaven Vorranggebiete mit mindestens 300 MW installierter Leistung vorzuhalten sind. Im Landkreis Cuxhaven sind z. Zt. Windkraftanlagen mit einer Gesamtleistung von etwa 540 MW installiert (energymap.info 2/2014). Der Landkreis Cuxhaven erfüllt demnach die Vorgabe des LROP in fast doppeltem Umfang. Eine Ausweisung neuer Vorranggebiete ist demnach nicht zwingend.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Nicht zu berücksichtigen
P072	P72.09	E 01	Mit der Förderung des Ausbaus der Windenergie an Land leiste der Landkreis Cuxhaven seinen Beitrag zur Energiewende (S. 5 Begründung /Erläuterung), ist darüber hinaus eine pauschale Aussage, mit der nicht die Notwendigkeit des geplanten enormen Zubaus von Windenergie im Landkreis gerechtfertigt werden kann.	Siehe P72.08	Nicht zu berücksichtigen
P072	P72.10	E 01	Es ist eher Zurückhaltung geboten, denn ohne die Realisierung des Netzausbaus nimmt die Abschaltung von Windkraftanlagen aufgrund von Netzengpässen drastisch zu. So seien laut einer Studie im Auftrag des Bundesverbandes Windenergie e.V. allein im Jahr 2010 über 150 Gigawattstunden Strom ungenutzt verloren gegangen. In Norddeutschland verzeichneten einige Windparks Ausfälle von nahezu 25 % des Jahresenergieertrags (www.windkraftanlage.de). Man kann davon ausgehen, dass sich dieser Wert durch den starken Zubau von Windkraftkraftanlagen in den darauffolgenden Jahren sogar noch erhöht hat. Die Spitzenposition im Bundesländervergleich hat nach wie vor Niedersachsen inne (Zubau 2012: 356 Megawatt, 152 Windenergieanlagen).	Das RROP dient als Entwicklungsstrategie für einen längeren Zeitraum. Im Zuge der Energiewende sollen Erneuerbare Energien den Atomstrom ersetzen. Auch wenn also derzeit ein Energieüberschuss besteht, so wird es doch in Zukunft nötig sein eine umfassende Versorgung auch über Windkraftanlagen sicherzustellen. Diesbezüglich wird von Seiten der Netzbetreiber zur Behebung der Netzengpässe derzeit der Netzausbau vorangetrieben. Auch der Landkreis Cuxhaven nimmt seine Verpflichtung für eine saubere und sichere Energieversorgung in Cuxhaven und Deutschland ernst.	Kenntnisnahme
P072	P72.11	E 01	Auch den obergerichtlichen Vorgaben, der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen, kann bereits durch das geplante Repowering an vorhandenen Standorten entsprochen werden.	Siehe P72.08	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P072	P72.12	SO 09	Eine Ausweisung des Vorrangstandortes Geversdorf/Oberndorf in einem ökologisch sensiblen Bereich der Ostemarsch mit einem angrenzenden FFH-Gebiet (Oste), dem Naturschutzgebiet (Schnook) sowie der Oste als Vogelzuglinie ist weder zu vertreten noch erforderlich.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Das ausgewiesene Vorranggebiet widerspricht nicht den aufgestellten Kriterien. Eine Herausnahme einer einzelnen Fläche aus sonstigen Gründen würde dem einheitlichen Planungskonzept für den gesamten Landkreis zuwiderlaufen.	Nicht zu berücksichtigen
P072	P72.13	E 01	Hinsichtlich der Ermittlung von harten und weichen Tabuzonen hat sich der Landkreis Cuxhaven mangels klarstellender Rechtsprechungen entschieden, Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können, zur Vermeidung von Abwägungsfehlern wie weiche Tabuzonen zu behandeln. Dies trifft besonders auf die Ausschlusskriterien im Bereich Natur und Landschaft zu (Begründung/Erläuterung S. 9, RROP 2014).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P072	P72.14	E 01	Darüber hinaus wurde der Kriterienkatalog des RROP 2012 grundsätzlich übernommen, mit dem Ergebnis, dass die beschlossenen Puffer deutlich unter denen der aktuellen NLT-Empfehlung liegen. Es ist nicht nachvollziehbar, warum der Landkreis Cuxhaven die als Arbeitshilfen konzipierten und allgemein akzeptierten Empfehlungen des aktuellen NLT ignoriert. Tatsächlich hat die Arbeitshilfe „Regionalplanung und Windenergie“/Empfehlungen des NLT zu den weichen Tabuzonen (Stand 6.2.2014) bereits vorgelegen, als der Landkreis aufrief, mit Vorschlägen und Anregungen am Aufstellungsverfahren mitzuwirken.	Das NLT Papier ist lediglich eine Empfehlung und hat keine rechtlich bindende Wirkung. Insoweit kann von diesen Kriterien abgewichen werden. Das NLT Papier diene dennoch als Grundlage für die Erstellung der Kriterien, diese wurden jedoch aufbauend auf weiteren Verordnungen, Gesetzen und fachlichen Einschätzungen angepasst. Der Kriterienkatalog wurde politisch vom Kreistag beschlossen.	Kenntnisnahme
P072	P72.15	U, SO 09	Auch im Umweltbericht (Teil C) werden nicht die aktuellen Kriterien zugrunde gelegt, was dazu führt, dass die Bewertung der Umweltauswirkungen fehlerhaft sind.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Die Festlegung von Vorranggebieten für die Windenergienutzung beinhaltet die Anwendung von Tabubereichen (weiche/harte), in denen die Errichtung und der Betrieb von WEA z. B. aus naturschutzfachlichen oder rechtlichen Gründen abzuwägen oder ausgeschlossen ist. Die Prüfung der Natur- und Artenschutzbelange ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2012) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Dazu erfolgte die Erfassung und Bewertung zu erwartender Auswirkungen auf die verschiedenen Schutzgüter und damit eine Gesamteinschätzung zur Verträglichkeit des Planvorhabens. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P072	P72.16	U, SO 09	Im Umweltbericht – Teil C wird unter 2. „Ermittlung Bestand und Bewertung der Umweltauswirkungen“ den Standort Geversdorf/Oberndorf betreffend davon ausgegangen, dass hinsichtlich „Wohnen“ weder im Plangebiet noch im Umfeld „Betroffenheit“ besteht. Es befindet sich jedoch im Umfeld Bebauung, für die als Ortslage der Puffer von insgesamt 1.000 m vorgesehen ist.	Dem Anspruch auf Schutz des Menschen wird durch die Abstände der WEG zu Siedlungen hinreichend Rechnung getragen. Mit dem im Regionalplan festgesetzten Siedlungsabstand von 420 m (Ortschaften und sonst. wohnbauliche Nutzung) ("hartes" Kriterium) bzw. 1.000 m (für Siedlungsflächen und z. B. Einzelhäuser) ("weiches" Kriterium) ergibt sich dabei im Regelfall eine Unterschreitung der TA-Lärm-Werte für allgemeine Wohngebiete. Es wurden die festgesetzten Abstände berücksichtigt, eine Anpassung erfolgt an dieser Stelle nicht.	Nicht zu berücksichtigen
P072	P72.17	U, SO 09	Hinsichtlich des Landschaftsbildes wird „mittlere sowie hohe Bedeutung“ bestätigt, des Weiteren werden windenergieempfindliche Vogelarten verzeichnet. Unter 4. „Zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen“ sind also gegenüber der jetzigen Fassung zwei weitere Kriterien hinzuzählen.	Der Sachverhalt Landschaftsbild zum potenziellen Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf wird angepasst. Die Bewertung der Flächeninanspruchnahme von Landschaftsbildern mit mittlerer sowie hoher Bedeutung wird im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 bei den Ergebnissen der Umweltprüfung (Pkt. 3.4) berücksichtigt werden. Auf die zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen hat die Anpassung aufgrund der Gewichtung der Kriterien (vgl. Methodik zum Umweltbericht) jedoch keine Auswirkungen.	Zu berücksichtigen
P072	P72.18	E 01	Auf S. 7 der Begründung/Erläuterung wird hinsichtlich der Ermittlung von harten Tabuzonen für Siedlungsflächen das OVG Nordrhein-Westfalen herangezogen: „Eine optische bedrängende Wirkung ist bei einem Abstand von zweifacher Gesamthöhe oder weniger zwischen Windenergieanlagen zweifelsfrei gegeben (OVG Nordrhein-Westfalen 8 A 2764/09)“. Tatsächlich geht es in diesem Fall aber darum, dass der Senat des OVG hierbei davon ausgeht, dass lediglich ein Abstand, der mindestens das Dreifache der Gesamthöhe beträgt, meist unproblematisch ist, was für Abstände, die darunter liegen, nicht zutrifft.	In dem Urteil ist das OVG Nordrhein-Westfalen der gängigen Rechtsprechung zur optisch bedrängenden Wirkung gefolgt. Beim einem Abstand des Dreifachen der Gesamtanlagenhöhen wird dies als unproblematisch gesehen. Ein Abstand, der das Zweifache unterschreitet, ist in der Regel meist problematisch. Für dazwischen liegende Abstände muss eine Einzelfallprüfung durchgeführt werden. Die Rechtsprechung wurde somit für die Ermittlung der harten Tabuzone übertragen; es muss ein Mindestabstand der zweifachen Anlagenhöhe eingehalten werden. Auch darüber hinaus kann der Mindestabstand eine optisch bedrängende Wirkung erzeugen, da dies jedoch vom Einzelfall abhängig ist, kann dies nicht pauschal für eine harte Tabuzone zugrunde gelegt werden. Der Landkreis Cuxhaven hat jedoch über diese von der Rechtsprechung geforderten Abstände hinausgehende Vorsorgeabstände durch die weichen Tabuzonen von 500m und 1000m festgelegt, die für die Ermittlung der Vorranggebiete eine viel entscheidendere Bedeutung haben.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P072	P72.19	E 01	Grundsätzlich halten wir die vom Landkreis vorgesehenen Abstände zur Wohnbebauung für zu gering und weisen vorsorglich darauf hin, dass periodische, unterschwellige und dauerhafte Immissionen durch WEA sich gesundheitsgefährdend auswirken.	Im Rahmen der Erstellung des RROP stehen noch keine Anlagenhöhen fest. Die Höhe einer Anlage hat jedoch großen Einfluss auf die Immissionen. Sofern ein Betreiber eine Anlage errichten möchte, muss er beim Landkreis Cuxhaven einen Genehmigungsantrag einreichen. Dieser umfasst auch Gutachten zum Thema Lärm und Schattenwurf. Somit wird sichergestellt, dass gesetzliche Grenzwerte eingehalten werden.	Kenntnisnahme
P072	P72.20	E 01	Insbesondere bei einer extremen gesundheitlichen Vorbelastung, wie sie in unserem Falle besteht.	siehe P72.19	Kenntnisnahme
P072	P72.21	SO 09	Die bereits vorliegenden Schall- und Schattenwurfgutachten für den Standort Geversdorf/Oberndorf machen deutlich, dass die Abstände eindeutig zu gering sind.	Gutachten für bestimmte Anlagenkonfigurationen sind für die Raumordnung nicht relevant. Mit den aufgestellten Kriterien wird sichergestellt, dass ein Vorsorgeabstand zur Wohnbebauung eingehalten wird, der allen rechtlichen Grundlagen entspricht. Inwieweit eine bestimmte Anlage bzw. mehrere Anlagen dann im Detail die gesetzlichen Grenzwerte in Bezug auf Schall und Schatten einhalten, kann auch auf Ebene der Regionalplanung nicht geklärt werden, sondern lediglich im Rahmen der Genehmigung.	Nicht zu berücksichtigen
P072	P72.22	SO 09	Die kumulative Wirkung durch den sich anschließenden Windpark auf Stader Seite ist hier noch gar nicht einbezogen, muss jedoch zum Schutz von Anwohnern – die nächstgelegene Windkraftanlage zu unserem Grundstück ist in ca. 800 m Entfernung geplant – unbedingt berücksichtigt werden und in die Einschätzung der Umweltbelastung durch diesen Standort mit einfließen.	Die kumulative Wirkung der beiden Windparks auf Stader und Cuxhavener Seite wird im Umweltbericht des RROP Entwurfs 2015 und im späteren Genehmigungsverfahren berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen
P072	P72.23	SO 09	Ergebnisse über tatsächliche Belastungen von Windparks der geplanten Größenordnung sind noch unzureichend vorhanden. Hierzu sei jedoch angemerkt, dass der Schalleistungspegel bei einer Referenzgeschwindigkeit von 10m/s in 10 m Höhe bei einer Anlage Enercon 82 bei 104 dB(A), bei einer „modernen“ Anlage Enercon 101 jedoch bereits bei 106 dB(A) liegt. Die Zunahme der Schallimmissionen hinsichtlich einer steigenden Anzahl von Windkraftanlagen wird deutlich, wenn man von Folgendem ausgeht: Während um eine einzelne Windkraftanlage Typ E 82 in einem Abstand von 780 m 35db(A) erreicht werden, so benötigt man bei drei Windkraftanlagen desselben Typs bereits einen Abstand von 1120 m, um auf 35 dB(A) zu kommen (vergl. Angaben des Herstellers Enercon).	Im Rahmen des RROP werden lediglich Standorte ausgewiesen, die sich vorrangig für die Windenergienutzung anbieten. Die maximale Höhe der Anlagen wird von der Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung festgelegt, hierauf hat das RROP keinen Einfluss. Im RROP werden keine Anlagen geplant. Ob weiterhin eine bestimmte Anlage gebaut werden darf, entscheidet sich im Genehmigungsprozess. Im Rahmen dieses müssen Gutachten zum Thema Immissionen und Schattenwurf vorgelegt werden.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P072	P72.24	E 01	<p>Bezüglich vorsorgender Abstandregelung zur Wohnbebauung verweisen wir auch auf die Stellungnahme zur Errichtung von Windkraftanlagen (Stand: 30.04.2013) Referat Umwelthygiene – Gesundheitsamt Freie und Hansestadt Bremen: „Vor dem Hintergrund verschiedener, nicht zufriedenstellend geklärter Aspekte halten wir es aus vorsorgender gesundheitlicher Sicht für erforderlich, bei Errichtung von modernen Windkraftanlagen (WKA) einen Abstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung einzuhalten, der in Metern das Zehnfache der Nabenhöhe der Anlage beträgt. (...) Fazit: Solange keine konkreten wissenschaftlich begründeten Ergebnisse zu den noch offenen Fragen vorliegen, ist aus gesundheitlicher Sicht eine vorsorgende Abstandsregelung erforderlich, die die Größe einer Anlage und den daraus resultierenden Belästigungsgrad berücksichtigt.“</p> <p>(http://www.gesundheitsamt.bremen.de/sixcms/media.php/13/3_Umwelt_Stellungnahme+Windkraftanlagen_gs.pdf) Siehe auch: „Gesundheitsgefährdung durch Infraschall. Wie ist der internationale Stand des Wissens?“ Dr. Med. B. Voigt, Facharzt für Arbeitsmedizin.</p>	<p>Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayerischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.</p>	Kenntnisnahme
P072	P72.25	SO 09	<p>Dem Landkreis Cuxhaven sind die Besonderheiten des Planungsgebietes Oberndorf-Geversdorf, die selbstverständlich auch für das Stader Vorranggebiet Oederquart/Wetterdeich gelten, bekannt. Die Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörden des Landkreises Stade vom 7.8.2013 und des Landkreises Cuxhaven vom 16.8.2013 zur 7. F-Planänderung der SG Am Dobrock liegen dem Landkreis vor. Sie verdeutlichen, dass ein Windpark „Geversdorf/Oberndorf“ aus naturschutzfachlicher Sicht äußerst bedenklich und letztendlich nicht genehmigungsfähig ist. Diese Einschätzung deckt sich mit den Stellungnahmen der Genehmigungsbehörden, die bereits im Jahr 2004 aus Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes diesen Standort abgelehnt haben.</p>	<p>Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.</p>	Kenntnisnahme
P072	P72.26	SO 09	<p>Ebenso ist dem Landkreis das Gutachten „Naturschutzfachliche Einwendungen zum geplanten Windpark Geversdorf/Oberndorf - Anmerkungen zum Arten- und Habitatschutz“ von Dr. Matthias Schreiber vom 16.12.2013 bekannt.</p>	<p>Siehe P72.25.</p>	Kenntnisnahme
P072	P72.27	SO 09	<p>Des Weiteren liegt vor: Begutachtung der Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf/Oberndorf im Landkreis Cuxhaven. Bosch&Partner, Hannover im Auftrag des LK Cuxhaven, Naturschutzamt. März 2014.</p>	<p>Siehe P72.25.</p>	Kenntnisnahme
P072	P72.28	SO 09	<p>In der schriftlichen Urteilsbekundung des Urteils des OVG Lüneburg 12. Senat, Urteil vom 14.05.2014, 12 KN 29/13, in dem das RROP 2012 für den LK Cuxhaven für unwirksam erklärt wurde, wurde der LK Cuxhaven darauf hingewiesen, dass der Planungsträger in einer noch offenen und nicht abschließend geklärten Lage zur Vermeidung von Risiken auf die Ausweisung bestimmter Flächen als Vorranggebiete verzichten kann, sofern der Windkraftnutzung im Übrigen hinreichend Raum gegeben wird. Die dem Planungsträger zu diesem Zeitpunkt bekannten Gutachten zum Vorranggebiet „Geversdorf/Oberndorf“ hätten einen solchen Schritt mehr als gerechtfertigt.</p>	<p>Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P072	P72.29	SO 09	Die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung „Geversdorf/Oberndorf“ im Entwurf des RROP 2014 des LK Cuxhaven verbunden mit den Hinweisen auf anschließende vertiefende Untersuchungen in nachgelagerten Planungsebenen ist nicht akzeptabel.	<p>Alle naturschutzfachlichen Belange auf Flächen, die für eine Windkraftnutzung ausgewiesen werden, werden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens geprüft. Der Detaillierungsgrad nimmt dabei auf jeder Ebene zu, da auf jeder Ebene konkretere Informationen zur geplanten Nutzung bekannt sind. So können beispielsweise Auswirkungen einzelner Anlagen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft werden, da die Anlagenkonfigurationen erst im Zuge der Genehmigung nach BImSchG bekannt sind.</p> <p>1. Auf Ebene der Regionalplanung werden in einem ersten Schritt harte und weiche Tabuzonen basierend auf Gesetzen, rechtlichen Vorgaben, Empfehlungen und fachlichen Einschätzungen festgelegt, die dafür Sorge tragen, dass die Natur, die Landschaft, die Menschen und die Tierwelt geschützt werden.</p> <p>2. Die Potentialflächen, die sich durch die Tabuzonen ergeben, werden im Rahmen einer naturschutzfachlichen Einschätzung vertiefend vom Naturschutzamt des Landkreises Cuxhaven geprüft.</p> <p>3. Auf Gemeindeebene wird bei der Aufstellung der Bauleitpläne die jeweilige Fläche erneut detaillierter geprüft. Unter anderem muss verpflichtend ein Umweltbericht erstellt werden.</p> <p>4. Auf der Genehmigungsebene muss von den Anlagenbetreibern mittels Gutachten nachgewiesen werden, dass von den konkreten Anlagen keine schädlichen Einflüsse auf Schutzgüter ausgehen.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P072	P72.30	SO 09	Wir weisen darauf hin, dass unser Haus in Geversdorf, Laack 34, das für Kurz- und Langzeiterholung genutzt wird, auch gerade im Hinblick auf die kumulierenden Wirkungen des geplanten kreisübergreifenden Großwindparks für diese Nutzung nicht mehr geeignet wäre.	Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, dies bedeutet jedoch nicht, dass ein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses besteht. Die Möglichkeit ein Haus zu nutzen ist subjektiv geprägt. Einige Menschen haben keine Probleme mit Windkraftanlagen, andere stören sich an diesen. Ein persönliches Wohlbefinden ist jedoch kein Belang der Raumordnung.	Kenntnisnahme
P072	P72.31	SO 09	Wir können nicht nachvollziehen, dass ein gigantischer Windpark von mind. 27 WEA von 186 m Höhe im Gebiet Geversdorf/Oberndorf ausgewiesen wird, das im RROP 2012, Beschreibende Darstellung, S. 9, gemäß LROP 2.1.04 als Standort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Erholung festgelegt wurde. An diesem Standort sind die natürliche Eignung der umgebenden Landschaft für Erholung und Freizeit, die Umweltqualität, die Ausstattung mit Erholungsinfrastruktur sowie das kulturelle Angebot zu sichern und zu entwickeln.	Die Entwicklungsaufgabe Erholung steht der Ausweisung eines Vorranggebietes nicht entgegen.	Kenntnisnahme
P072	P72.32	SO 09	Die Interseite von Geversdorf verspricht auch aktuell noch, dass sie sich mit dieser Entwicklungsaufgabe identifizieren. Hervorgehoben werden beschauliche Stille, reine Luft, erholsame Wanderungen, „heile“ Welt, ein Paradies für seltene Pflanzen- und Vogelarten (http://www.geversdorf-oste-touristik.de/).	Die Entwicklungsaufgabe Erholung steht der Ausweisung eines Vorranggebietes nicht entgegen. Auch bei Errichtung von Windkraftanlagen ist weiterhin eine hohe Lebensqualität gegeben. Seltene Pflanzen- und Vogelarten werden selbstverständlich durch die aufgestellten Kriterien geschützt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P072	P72.33	SO 09	Auch hat sich Geversdorf/Oberndorf erfolgreich am niedersächsischen Leader-Wettbewerb beteiligt. (Für den Zeitraum von 2007 bis 2013 hatte dieses Förderprogramms zwei Millionen Euro für die Region Kehdingen-Oste vorgesehen.) Die Ziele der Leader-Förderung und die allgemeinen Bestimmungen dürften bekannt sein. Wir heben hier nur die dauerhafte und nachhaltige Tragbarkeit der Maßnahmen und Projekte sowie Steigerung der Attraktivität der Region und Verbesserung der Lebensqualität hervor. Es dürfte schwierig sein, diese Ziele mit den Planungen für Großwindparks zu vereinbaren.	Im aktuellen Regionalen Entwicklungskonzept Kehdingen-Oste heißt es im Vorwort: " Mit Herzblut arbeiten Aktive für den Erhalt und die Entwicklung ihrer Region: ...dort wird gemeinschaftlich investiert, damit sich die Windräder drehen..." Die SWOT-Analyse ergab: "Als größte Stärken der Region wurden ...die Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen...identifiziert" Also kann davon ausgegangen werden, dass Windenergienutzung mit den LEADER Zielen vereinbar ist.	Kenntnisnahme
P072	P72.34	SO 09	Ebenso möchten wir einwenden, dass bereits die Ausweisung dieses Sondergebiets für Windenergie unser Eigentum rechtswidrig verletzt. Ein Forschungsprojekt der Universität Frankfurt am Main, durchgeführt von Prof. Dr. J. Hasse, kommt zu dem Schluss, dass WEA in der Nähe von Wohngebieten die Lebensqualität der Anwohner nachhaltig verschlechtern. Als Folge der Beeinträchtigung der Lebensqualität sinke der Verkehrswert der Immobilien signifikant.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Kenntnisnahme
P072	P72.35	SO 09	Immobilienmakler bestätigen im Rahmen der Studie Werteverluste bei Immobilien in Höhe von durchschnittlich 20 bis 30% bei der Errichtung von WEA mit Einfluss auf Wohngebiete. In Einzelfällen drohe sogar die völlige Unverkäuflichkeit. Schließlich bedeutet der Bau eines Windparks die Errichtung einer großflächigen Industrieanlage mit schädlichen Veränderungen der Lebensqualität in bisher nicht abschätzbarem Ausmaß. Maßnahmen mit enteignender Wirkung dieser Art müssten eine Entschädigung enthalten.	Siehe P72.34	Kenntnisnahme
P072	P72.36	SO 09	Aus allen genannten Gründen ersuchen wir Sie, auf die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergie „Geversdorf/Oberndorf“ im RROP 2014 des Landkreises Cuxhaven zu verzichten.	Auf eine Ausweisung des Vorranggebietes wird nicht verzichtet. Es wird auf die Ausführungen zu den einzelnen Argumenten verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P073	P73.01	SO 30	ich bitte dringlichst zu berücksichtigen, dass in dem Planungsgebiet des Windparks Stinstedt-Odisheim nachweislich mehrere Seeadler, Rot Milane, Kraniche und Weihen ihren Lebensraum haben! Bildnachweise sind vorhanden.	Seitens des Einwenders werden die genannten Vogelarten nicht näher belegt. - Es sind keine Vorkommen von Seeadler, Rotmilan, Kranich, Wiesenweihe und Rohrweihe bekannt, bei denen die Mindestabstände lt. Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten nicht eingehalten werden. Das nächstgelegene hier bekannte Vorkommen des Seeadlers ist etwa 6,0 bis 6,1 km entfernt, das nächstgelegene hier bekannte Vorkommen des Rotmilans ist etwa 3,8 bis 3,9 km entfernt, das nächstgelegene hier bekannte Vorkommen des Kranichs ist etwa 2,7 bis 2,8 km entfernt, das nächstgelegene hier bekannte Vorkommen der Wiesenweihe ist etwa 2,1 bis 2,2 km entfernt, das nächstgelegene hier bekannte Vorkommen der Rohrweihe ist etwa 2,8 bis 2,9 km entfernt.	Kenntnisnahme
P073	P73.02	SO 30	Ferner gebe ich zu bedenken, dass das Brut-und Rastgebiet des Kranichs, Ahleener Moor, in unmittelbarer Nähe liegt.	Seitens des Einwenders werden die genannten Brut- und Rastgebiete nicht näher belegt.	Kenntnisnahme
P074	P74.01	Z	bei der Betrachtung der Übersichtskarte (zeichnerische Darstellung S.3) kann man den Eindruck gewinnen, dass der Landkreis Cuxhaven nicht mehr als Wohnraum von den Politikern gewollt wird, was sich auch auf große Flächen im Landkreis Stade übertragen lässt. Weite Gebiete werden für viele Bewohner nahezu unbewohnbar. Große Teile der verbrauchten Landschaft werden zu industrialisierten Gewerbegebieten bestimmt. Naturnahe Grundstücke fallen fort.	Im Entwurf des RROP 2014 werden 22 Vorranggebiete mit einer Gesamtfläche von 1.502,83 ha ausgewiesen. Dies entspricht 0,73 % der Gesamtfläche des Landkreises. Auch in Bezug auf Gewerbeflächen weist der Landkreis im deutschlandweiten Vergleich einen äußerst geringen Wert auf. Insoweit kann aus Sicht des Landkreises kaum davon gesprochen werden, dass eine Wohnnutzung nicht mehr gewollt ist.	Nicht zu berücksichtigen
P073	P74.02	SO 09	Als Anwohner in der Nähe der Landkreisgrenze zwischen Stade und Cuxhaven erheben wir Einwendungen gegen die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung „Geversdorf/Oberndorf“ im Entwurf des RROP 2014 des LK Cuxhaven. Da keine Sichtbarkeitsanalysen und keine gemeinsame Übersichtskarte von Stade und Cuxhaven vorliegen, befürchten wir eine optische Bedrängung. Schon heute sind im Norden die Krummendeicher und schleswig-holsteinischen WKA, im Nordwesten die von Balje, im Westen die Altbestände vom Wetterdeich und im Osten die Oederquarter WKA zu sehen. Die drei neuen blinkenden Oederquarter WKA mit einer Höhe um 150 m überragen jetzt schon alle Gebäude und Bäume.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Diesen Kriterien liegen rechtliche Vorgaben und Urteile, beispielsweise zu der Thematik der optischen Bedrängung zugrunde. Mit den vom Landkreis aufgestellten Kriterien wird der Bürger bestmöglich geschützt. Natürlich ist es aber individuell verschiedenen, ob eine Windkraftanlage als bedrängend oder gar als normaler Bestandteil der Landschaft gesehen wird.	Kenntnisnahme
P074	P74.02	SO 31	Als Anwohner in der Nähe der Landkreisgrenze zwischen Stade und Cuxhaven erheben wir Einwendungen gegen die Ausweisung des Vorranggebietes für Windenergiegewinnung Osten-Isensee im Entwurf des RROP 2014 des LK Cuxhaven. Da keine Sichtbarkeitsanalysen und keine gemeinsame Übersichtskarte von Stade und Cuxhaven vorliegen, befürchten wir eine optische Bedrängung. Schon heute sind im Norden die Krummendeicher und schleswig-holsteinischen WKA, im Nordwesten die von Balje, im Westen die Altbestände vom Wetterdeich und im Osten die Oederquarter WKA zu sehen. Die drei neuen blinkenden Oederquarter WKA mit einer Höhe um 150 m überragen jetzt schon alle Gebäude und Bäume.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Diesen Kriterien liegen rechtliche Vorgaben und Urteile, beispielsweise zu der Thematik der optischen Bedrängung zugrunde. Mit den vom Landkreis aufgestellten Kriterien wird der Bürger bestmöglich geschützt. Natürlich ist es aber individuell verschiedenen, ob eine Windkraftanlage als bedrängend oder gar als normaler Bestandteil der Landschaft gesehen wird.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P073	P74.03	SO 09	Werden im Südwesten und Süden auch noch WKA gebaut, sind wir auch aufgrund der geringen Abstände der Vorranggebiete für WKA untereinander ohne Ausweichmöglichkeit von alten und neuen WKA umzingelt.	Siehe P74.02	Kenntnisnahme
P074	P74.03	SO 31	Werden im Südwesten und Süden auch noch WKA gebaut, sind wir auch aufgrund der geringen Abstände der Vorranggebiete für WKA untereinander ohne Ausweichmöglichkeit von alten und neuen WKA umzingelt.	Siehe P74.02	Kenntnisnahme
P074	P74.04	SO 31	Speziell zum Windpark Geversdorf/Oberndorf (und Oederquart Wetterdeich) liegen bereits Umweltdaten vor, die im Zusammenhang mit dem NLT (2011): Naturschutz und Windenergie gegen eine Ausweisung als Vorranggebiet sprechen.	Der angesprochene Bereich Geversdorf/Oberndorf ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	zu berücksichtigen
P075	P75.01	SO 31	Als betroffene Anwohner lehnen wir die erneute Aufnahme des Flächenvorschlags Osten-Isensee für ein Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf des RROP ab. Wir haben uns bewußt vor ca. 20 Jahren ein Haus gekauft. Dieses in den letzten Jahren mühevoll renoviert und restauriert. Ein kleines grünes Biotop rundherum aufgebaut. Also viel Liebe, Geld und Eigenleistung reingesteckt. Für uns ist es unsere Altersabsicherung. Sollten wir unser Haus, aus was auch immer für einen Grund verkaufen müssen, würde das unseren finanziellen Ruin bedeuten. Denn wer kauft schon ein Haus mit im Hintergrund „drehenden Windrädern“. Entschädigungsklagen gegen Betreiber und Planungsträger sind bundesweit bereits erfolgreich verlaufen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Kenntnisnahme
P075	P75.02	SO 31	Nicht außer acht zulassen sind auch die gesundheitlichen Gefährdungen durch Betriebsgeräusche, Schlagschatteneffekte und Infraschallemissionen. Die dafür vorhergesehenen Mindestabstände sind ohnehin viel zu gering bemessen.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Die Kriterien wurden nach rechtlichen Vorgaben, Urteilen und Expertenmeinungen aufgestellt. Der Landkreis geht deshalb davon aus, dass diese Abstände ausreichend bemessen sind.	Nicht zu berücksichtigen
P075	P75.03	SO 31	In anderen Vorranggebiete wurde deutliche höhere Mindestabstände zugrunde gelegt als bei uns (420m bzw. 500 m).	Die Abstände richten sich danach, ob es sich um eine sonstige wohnbauliche Nutzung oder aber um eine Ortslage handelt. Bei ortslagen, das heißt Gebiete, die tatsächlich für das Wohnen vorgesehen sind, werden höhere Abstände zugrunde gelegt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P075	P75.04	SO 31	Die umliegenden „Straßenzüge, Streusiedlungen und Splittersiedlungen“ können auch nicht einfach als „sonstige, wohnbauliche Nutzungen bzw Einzelgebäuden“ abgeändert werden, um dadurch die Mindestabstände zu kürzen!	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Der gesamte Bereich rund um die ausgewiesene Fläche wurde zu Fuß intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von maximal 6-7 Häusern festgestellt werden. Diese Einschätzung wird ebenfalls von den Vertretern der Samtgemeinde sowie der Politik geteilt.	Nicht zu berücksichtigen
P075	P75.05	SO 31	Ein Windpark an der vorgeschlagenen Stelle in Osten-Isensee zerstört nicht nur das typische Landschaftsbild entlang der Oste, sondern zersört auch viele Lebensräume von seltenen und schützenswerten Vogelarten. Die genauen Arten und Vielfalten müssten noch wesentlich genauer untersucht werden.	Eine Ausweisung einer Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. In diesem Zusammenhang erfolgen auch ein avifaunistisches Gutachten. Bei der Ausweisung der Vorranggebiete selbst erfolgte eine enge Zusammenarbeit mit dem Naturschutzamt. Gebiete, in denen seltene und schützenswerte Vögel beheimatet sind, wurden bereits im Vorfeld ausgeschlossen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P075	P75.06	U, SO 31	Der in den RROP-Entwurf beigefügten Anmerkungen sind oftmals oberflächlich und falsch dargestellt. Z.B. verschiedene Weißstorchnester, auch mit Brutpaaren, wurden nicht berücksichtigt.	Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Vom NLT (Stand Oktober 2014) wird für Brutpaare des Weißstorks ein Mindestabstand von 1000 m (Prüfbereich: 2000 m) angegeben. Gemäß der vorliegenden Kartierung von 2012 gibt es im entsprechenden Umfeld des potenziellen Vorranggebiets Osten-Isensee 4 Weißstorch-Brutpaare, welche bei der Bewertung der Umweltauswirkungen berücksichtigt wurden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P075	P75.07	SO 31	Die Fläche für die Windenergie Osten-Isensee überschneidet sich teilweise immer noch mit einem ausgewiesenen „Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft“. Das Vorranggebiet müsste sowieso noch weiterhin verkleinert werden.	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere eine endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.01	A	zum geplanten „regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven (Fortschreibung Windkraft)“ habe ich folgende Anmerkungen und Anregungen und erhebe Einsprüche. Auf meine Eingaben zum RROP 2012 habe ich keine Eingangsbestätigung erhalten und wurde auch nicht zur öffentlichen Erörterung eingeladen. Ich bitte sie, mich diesmal rechtzeitig zu informieren, damit ich meine Anregungen mündlich erläutern kann.	Im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eines RROP gehen eine Vielzahl von Einwänden ein. Den Empfang jeder einzelnen Stellungnahme zu bestätigen, wäre mit einem sehr großen Aufwand verbunden. Der Landkreis sieht es als wichtiger an, die eingegangenen Stellungnahmen umfassend und intensiv zu prüfen. Es besteht aber natürlich immer die Möglichkeit schriftlich oder telefonisch nachzufragen, ob eine Stellungnahme eingegangen ist. Eine Erörterung der Öffentlichkeit ist gesetzlich nicht vorgeschrieben. Es handelt sich dabei um eine freiwillige Maßnahme des Landkreises. Sofern ein solcher Termin abgehalten wird, wird die Öffentlichkeit über die Zeitungen sowie die Internetseite des Landkreises informiert.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.02	A	Der Entwurf soll in erster Linie Windparks als Ausschlussstandorte ausweisen. Dies ist ausdrücklich zu begrüßen, da so für die erneuerbaren Energien ein einheitliches und geordnetes Verfahren vorgesehen wird. Im begleitenden Text, sowie aus der öffentlichen Diskussion erscheint es aber, dass ohne übergeordnete Leitlinien alle Flächen, die nicht durch einschlägige Vorschriften ausgeschlossen sind, jetzt als geeignet gelten. Dies widerspricht dem Gedanken, die Windparks ordnend und den Landschaftlichen Gegebenheiten entsprechend auszurichten. Die vorherigen Raumordnungsprogramme und die daraus folgenden Bestimmungen wurden nicht angepasst sondern wurden übergangen und der Vertrauensschutz für die Einwohner verletzt.	Im Entwurf des RROP 2014 werden so genannte Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung festgelegt. Das bedeutet, dass raumbedeutsame Windenergieanlagen nur auf diesen Flächen errichtet werden dürfen. Diese Flächen nehmen insgesamt 0,73 % des gesamten Kreisgebietes ein. Dieser Wert zeigt bereits, wie sorgsam man mit dieser Thematik umgegangen ist. Es kann somit keineswegs davon die Rede sein, dass nur alle Flächen, die den einschlägigen Vorschriften widersprechen, ausgeschlossen wurden. Der Landkreis ist dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gefolgt und hat die Ausweisung der Vorranggebiete wie in der Erläuterung dargelegt vollzogen. Dabei wurde durchaus ein ordnender Grundgedanke zugrunde gelegt. Die Grundgedanken der Ausweisung der Vorranggebiete haben sich im Gegensatz zu den vergangenen Regionalen Raumordnungsprogrammen auch nicht verändert. Neu ist lediglich die Unterscheidung der Kriterien in hart und weich.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.03	A	Das Landesraumordnungsprogramm schreibt vor: Niedersachsen hat als Nordseeranrainer und Flächenland natürliche Standortvorteile zur verstärkten Nutzung der Windenergie im Binnenland und auf dem Meer. Dieses Potenzial soll unter Abwägung mit anderen öffentlichen Belangen wie Schutz der Bevölkerung, Siedlungsentwicklung, Tourismus, Schifffahrt, Fischerei und Naturschutz genutzt werden. Die Raumordnung hat mit ihrem Auftrag gemäß § 1 NROG sicherzustellen, dass bei der Planung, dem Bau und Betrieb von Anlagen zur Windenergienutzung die öffentlichen Belange und die Entwicklungsmöglichkeiten des Landes und seiner Teilräume ausgewogen berücksichtigt und miteinander in Einklang gebracht werden. Nicht hinnehmbare Beeinträchtigungen sind vorsorgend mit planerischen Möglichkeiten zu verhindern. Diese Vorsorge ist im vorgelegten RROP nicht erfüllt. Von den planerischen Möglichkeiten wird kein Gebrauch gemacht.	Die Vorsorge und die Abwägung der verschiedenen Belange hat sehr wohl stattgefunden. Ansonsten wäre auch ein weitaus höherer Teil des Kreisgebietes als Vorranggebiet ausgewiesen worden. Der Kriterienkatalog entspricht allen rechtlichen Vorschriften und spiegelt die Expertenmeinungen wider. Der Landkreis hat ganz bewusst seine planerischen Möglichkeiten genutzt große Teile des Landkreises als für die Windenergie ungeeignet auszuweisen.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.04	E 01	Das LROP führt weiter aus: Das Potenzial der zur Nutzung der Windenergie geeigneten Flächen ist weitgehend ausgeschöpft. Als geeignet gelten Standorte, an denen ein Referenzertrag von mindestens 60% erzielt werden kann. Künftig wird nicht die Erschließung neuer Flächen im Vordergrund stehen, sondern die effektive Nutzung planerisch abgestimmter Flächen durch Repowering-Maßnahmen. Das vom LK Cuxhaven vorgelegte RROP trägt dem keine Rechnung. Es ist vordringlich auf die Ausweisung von neuen Flächen ausgelegt. Das Vorgehen, den gesamten Landkreis nur nach Ausschlussgründen zu beurteilen, ist keine Planung. Es fehlt offenbar an Abwägung.	Wie dargelegt hat der Landkreis Cuxhaven bei der Ausweisung der Vorranggebiete sehr wohl eine Planung betrieben. Die Abwägung hat durch die Ausschlusskriterien stattgefunden. Die Kritik, dass das Repowering im Entwurf 2014 stark eingeschränkt wird, ist sachlich richtig. Der Entwurf 2015 wird eine Regelung enthalten, die ein Repowering von Altstandorten ermöglichen wird.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.05	E 01	Für den Landkreis hat die Landesregierung im Landesraumordnungsprogramm einen Beitrag an Windkraft vorgesehen, der schon jetzt im Landkreis Cuxhaven bei weitem übererfüllt wird. Auch der geplante Windkraft-Erlass der neuen Landesregierung stellt keine Anforderungen, die nicht schon heute erfüllt sind. Das gilt sowohl für die erzeugte Leistung wie auch für den Flächenanteil. Die bestehenden sowie die bauplanungsrechtlich gesicherten Windfarmen reichen dafür voll und ganz aus.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.06	E 01	Unter Berücksichtigung von Repowering sowie der Erweiterung bestehender Parks besteht daher kein Anlass, neue Windparks auszuweisen. Wie Windfarmbetreiber aussagen, wird in der Nordsee bald mehr Strom erzeugt, als von allen Atomkraftwerken zusammen.	Siehe P76.05	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.07	E 01	Das Ziel, an günstigen Standorten Energie zu erzeugen ist erfüllt und für die Allgemeinheit besteht kein weiterer Bedarf. Lediglich Einzelinteressen der Besitzer und Betreiber werden durch zusätzliche Windparks öffentlich gefördert.	Siehe P76.05	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.08	A	Die Vorstellung Gewerbesteuereinnahmen zu erzielen ist nur in Einzelfällen richtig. Für die meisten Windparks wird durch Bilanzgestaltung und Weiterverkauf nur mäßige bis keine Steuern fällig.	Gewerbesteuereinnahmen sind für die Ausweisung von Vorranggebieten nicht relevant.	Kenntnisnahme
P076	P76.09	A	Während die Gewinne nur wenigen zugute kommen, bleiben der Allgemeinheit und den betroffenen Anwohnern nur die Nachteile. Dies ist bei der Planung zu berücksichtigen.	Mit dem RROP werden die Ziele der Energiewende umgesetzt. Der Landkreis Cuxhaven strebt eine saubere und sichere Energieversorgung in Cuxhaven und in ganz Deutschland an. Insoweit profitiert die Allgemeinheit sehr wohl durch die Windkraftanlagen. Durch seine windhöffige Lage direkt an der Nordsee kommt dem Landkreis Cuxhaven eine bedeutende Rolle bei der Energiewende zu.	Kenntnisnahme
P076	P76.10	A	Bei dem Bau von Windpark werden neuartige Strukturen in die Landschaft eingebracht. Sie überprägen die Identität des Raums und sind schädlich für den Tourismus, von dem die Region lebt.	Die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf den Tourismus sind stark umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.11	E 01	Die Ausweisung von neuen Windparks über das Repowering sowie sinnvolle Erweiterung von bestehenden Parks ist abzulehnen. Die vorliegende Planung dient vorrangig dem wirtschaftlichen Privat-Interesse und geht durch die damit verbundenen - nicht ausgleichbaren- Beeinträchtigungen zu Lasten von Natur, Landschaft und Menschen.	Wie ausgeführt ist die Energiegewende ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Beeinträchtigungen zu Lasten von Natur, Landschaft und Mensch sind somit ausgeschlossen.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.12	E 01	Insbesondere die Regelung, zwischen den Windparks generell einen Abstand von 4 km einzuhalten widerspricht den Richtlinien des Landes, die einen Abstand von 5 km vorsehen. Eine Regel, für die es nur Ausnahmen gibt, wird insgesamt verletzt und so nicht als Regel des Landes anerkannt. Dies widerspricht den Vorschriften des Landes.	Bei den 5 km Abstand der Windparks untereinander handelt es sich lediglich um eine Empfehlung, nicht um eine gesetzliche Vorgabe. Eine Unterschreitung dieses Abstandes ist somit rechtlich möglich. Das OVG Lüneburg hat auch bereits einen Abstand von 3,5 km als zulässig angesehen (1 LA 28/03). Im Entwurf 2015 wird der Abstand der Windparks untereinander innerhalb des Kreisgebietes einheitlich auf 4 km festgesetzt.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.13	E 01	Speziell die Ausnahme im RROP, dass in einigen „waldreichen“ Gebieten nur 3 km Abstand ausreichen, ist unbegründet und nicht nachvollziehbar. Bäume werden im Landkreis bis zu 35m hoch und können Windräder mit eine Höhe von 150m bis 200m nicht verdecken.	Im Entwurf 2015 wird der Abstand der Windparks untereinander im Landkreis Cuxhaven auf einheitlich 4 km gesetzt.	Zu berücksichtigen
P076	P76.14	E 01	Tatsachen können nicht durch politischen Beschluss geändert werden. Die Sichtbarkeit von WEAs ist nicht abwägbar. Nur der subjektive Eindruck auf den Menschen kann beurteilt werden.	Siehe P76.13	Kenntnisnahme
P076	P76.15	B 05	Innerhalb eines Windparks werden neuerdings 2 verschiedene Höhen zugelassen. Dies widerspricht explizit früheren Regeln und Absprachen, in denen innerhalb eines Parks gleichartige Anlagen hinsichtlich Höhe und Ausführung zu verwenden sind.	Im Zuge eines Regionalen Raumordnungsprogramms werden keine Absprachen getroffen. Auch ist ein Regionales Raumordnungsprogramm nicht an Grundsätze und Ziele von vergangenen Raumordnungsprogrammen gebunden. In einem Regionalen Raumordnungsprogramm wird der politische Wille festgehalten, wie der Raum geordnet werden soll. In diesem Fall wurde bereits im RROP 2012 das Ziel eingeführt, dass in einem Windpark zwei Höhen zulässig sind. Diese Thematik wird auch in der Begründung zu Ziffer 05 ausgeführt. So wurden einige Windparks in zeitlichen Abständen realisiert. Mit einer Regelung, die nur eine Höhe erlaubt, wäre in diesen Windparks ein Repowering ausgeschlossen.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.16	B 05	Ich erkenne hier ein Schlupfloch, das beispielsweise am Windpark Bederkesa Alfstedt der Flecken Bederkesa eine Beschränkung auf 100m festlegt, Alfstedt/Kührstedt jedoch 200m zulässt und so die Entscheidung von Bederkesa ausgehebelt wird. Also wiederholt: Die Höhen müssen Einheitlich pro Windpark gelten und ausschließlich von Kreis festgelegt werden.	Im Rahmen des RROP dürfen rechtlich keine Höhen festgelegt werden. Dies obliegt der Planungshoheit der Gemeinden. Diese legen in Bauleitplänen die maximale Anlagenhöhe fest.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.17	Z	Im neuen Entwurf des RROP2014 sind viele Flächen aus dem vorangegangenen RROP2012 herausgenommen worden. Sie werden nicht mehr als Vorrangstandorte Windkraft gewertet. Sie werden nur als bauleitplanerisch gesichert bezeichnet. Bedeutet dies, dass diese Gebiete nicht mehr als geeignet betrachtet werden können. Sie sind lediglich als Altlasten einzustufen?	Im Entwurf des RROP 2014 wird zwischen Vorranggebieten sowie bauleitplanerisch gesicherten Bereichen unterschieden. Die Vorranggebiete entsprechen den vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien. Auf diesen Flächen ist eine Windenergienutzung uneingeschränkt möglich. Bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen handelt es sich um Flächen, die nicht mehr den aktuellen Kriterien entsprechen, die jedoch bereits bauleitplanerisch (FNP oder B-Plan) gesichert sind. Diese Flächen genießen einen Bestandsschutz. Auf diesen ist laut Entwurf 2014 ein Repowering nur stark eingeschränkt möglich. Im Entwurf 2015 wird jedoch eine neue Regelung ein Repowering auf bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ermöglichen	Kenntnisnahme
P076	P76.18	B 10	Ist zum Beispiel ein Repowering der Windfarmen in Land Wursten nicht mehr zulässig?	Ein Repowering auf Flächen, die nur bauleitplanerisch gesichert sind, richtet sich nach Ziffer 10. In der Regel bedeutet dies, dass eine weitere Höhenentwicklung ausgeschlossen ist. Wie bereits ausgeführt wurde, wird im RROP Entwurf 2015 eine neue Regelung festgelegt, die ein Repowering ermöglicht. Gerade für die Windparks angrenzend zum Nationalpark Wattenmeer wird eine spezielle Regelung geschaffen, die Sorge trägt, dass die Barrierewirkung der Anlagen nicht zunimmt.	Kenntnisnahme
P076	P76.19	B 10	Aus heutiger Sicht – insbesondere bei den extrem gestiegenen Höhen der WEAs- wären diese Windfarmen schon wegen der Nähe zum Nationalpark Wattenmeer nicht genehmigungsfähig.	Siehe P76.18	Kenntnisnahme
P076	P76.20	SO 29	Stellt das Gebiet Nord-Leda keinen Windpark mehr dar, sondern nur noch eine Reihe von kleinen Einzelgenehmigungen?	Im RROP Entwurf 2014 wurde für den Windpark Nordleda die Darstellung der Bebauungspläne übernommen. Im Entwurf 2015 wird bei allen bauleitplanerisch gesicherten Bereichen die Darstellung nach gültigem Flächennutzungsplan übernommen.	Kenntnisnahme
P076	P76.21	SO 21	Ist Lintig-Meckelstedt nicht bauleitplanerisch gesichert? Die hohen WEAs stehen doch schon.	Der Standort ist bauleitplanerisch gesichert. In der Detailkarte wurde dies nicht dargestellt, da dass Vorranggebiet deckungsgleich mit dem bauleitplanerischen Bereich ist.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.22	U, SO 21	Im Umweltbericht wird der Park als erheblich für windenergieempfindliche Vogelarten bezeichnet. Das gesicherte Vorkommen von Kranich und Seeadler werden nicht erwähnt.	Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Vom NLT (Stand Oktober 2014) wird für Brutpaare des Kranichs ein Mindestabstand von 500 m, für den Seeadler von 3000 m (Prüfbereich: 6000 m) angegeben. Gemäß der vorliegenden Kartierung von 2012 bestehen weder im potenziellen Repoweringgebiet Lintig-Meckelstedt noch im entspr. Umfeld Brutvorkommen von Kranich oder Seeadler. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.23	SO 08	Wieso wird für Flögeln geplant? Auch hier stehen schon neue Windmühlen. Im Windpark Flögeln/Stüh liegt ein wertvoller Fledermauslebensraum. In Fledermausgebieten sind 200m Abstand zu den Wäldern einzuhalten.	Im Windpark Flögeln-Stüh ist das Repowering erst kürzlich abgeschlossen worden. Das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren zum Repowering ist hier nicht Gegenstand. - Der nördliche und der östliche Teil der Potenzialfläche 034 entfallen u.a. aufgrund der Bedeutung als wertvoller Fledermauslebensraum; diese Teilflächen sind im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiete Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.24	U, SO 08	Schwerer wiegt hier die Tatsache, dass die besonders geschützten Seeadler im Bereich Flögelner See – Halemer/ Dahlemer See häufig anzutreffen sind. Nach öffentlichen Aussagen von Experten der Firma BIOS (H. Schikore) liegt hier eine große Gefährdung vor.	Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT als Bewertungsgrundlage verwendet. Der Seeadler gehört zu den von Kollisionsrisiken an WEA stark betroffenen Vogelarten. Er gilt als bedrohte, besonders störungssensible Vogelart, auf die bei der Ausweisung von WEG verstärkt Rücksicht genommen werden muss. Gemäß der tierökologischen Abstandskriterien (NLT 2014) wird ein Mindestabstand von 3.000 m zum Horst und ein Prüfbereich von 6000 m empfohlen. Gemäß der vorliegenden Kartierung von 2012 sind keine Brutpaare im potenziellen Repoweringgebiet selbst, noch im Umfeld dessen vorhanden. Zu tiefergreifenden Untersuchungen ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen die Belange des artenschutzbezogenen Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.25	U, SO 08	Dies widerspricht der Angabe des Umweltberichts, der hier keine Beeinträchtigung erkennen will.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung potenzieller Repoweringstandorte (bzw. neuer potenzieller Vorranggebiete) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Zusätzliche Datenerhebungen werden erst im Genehmigungsverfahren durchgeführt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.26	U, SO 08	Eine mögliche Bedrohung wird nur für Pflanzen und den Fischotter untersucht. Seeadler und Uhu fehlen in der Abwägung.	Die Stellungnahme bezieht sich nicht auf den Umweltbericht zur Teilfortschreibung des RROP Cuxhavens 2014. Es wurden die regionale Bedeutung erlangenden Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt und methodisch einheitlich für alle potenziellen Vorranggebiete/Repoweringgebiete angewandt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Die angenommenen Abstände zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten werden im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und ggf. angepasst werden. So ist das Brutvorkommen des Uhus innerhalb des Prüfbereichs entsprechend in die Bewertung eingeflossen. der Ermittlung und Bewertung der potenziellen Umweltauswirkungen für das potenzielle Repoweringgebiet Flögeln-Stüh berücksichtigt.	Teilweise zu berücksichtigen
P076	P76.27	SO 08	Dieser Windpark hätte nie genehmigt werden dürfen. Zumindest ist das Repowering mit der Erhöhung der Windmühlen falsch gewesen. Daher ist hier die Laufzeit des Parks auf ein Minimum zu begrenzen.	Im Windpark Flögeln-Stüh ist das Repowering erst kürzlich abgeschlossen worden. Das immissionsschutzrechtliche Genehmigungsverfahren zum Repowering ist hier nicht Gegenstand.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.28	SO 08	Auch müssen Schlüsse auf andere noch nicht abgeschlossenen Verfahren gezogen werden. Man darf den Betreibern und den Gemeinden nicht überlassen, welche Gutachten/Gutachter zu welchen Fragen Stellung nehmen. Dies muss von Seiten des LK veranlasst werden.	Gutachten, die dem Landkreis Cuxhaven vorgelegt werden, werden in Bezug auf die Methodik und die Ergebnisse der Planungsebene entsprechend kritisch überprüft. So wurden in der Vergangenheit durchaus auch Gutachten abgelehnt, da diese nicht geltenden Standards entsprechen.	Kenntnisnahme
P076	P76.29	SO 16	Einen Sonderfall stellt hier der Windpark Köhlen Brockoh dar. Es wird als gesichert vorgestellt. Es gibt aber weder ein gültiges RROP, das hier einen Windpark vorsieht, noch eine Baugenehmigung. Sogar der Bau von Zuwegungen ist untersagt. Wie kann man dann von gesichert reden.	Die Fläche Köhlen-Brockoh wurde im RROP 2012 als Vorranggebiet ausgewiesen. Die Gemeinde Bederkesa hat im Zuge der kommunalen Anpassungspflicht einen Flächennutzungsplan aufgestellt, der im September 2013 Rechtskraft erlangt hat. Der Standort ist somit sehr wohl bauleitplanerisch gesichert.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.30	SO 16	Neben der 3km Anstandsregelung sind auch Naturschutzbelange kritisch zu bewerten. Der gesamte Bereich des RROP2012 wird hier als gesichert betrachtet, obwohl es deutliche Änderungen gegeben hat, bzw. noch von der UNB wegen Vogelschutz zu erwarten sind. Von gesichert kann daher nicht gesprochen werden.	Unter bauleitplanerisch gesicherten Flächen werden im RROP Entwurf 2014 alle Flächen verstanden, die im Rahmen einer rechtsgültigen Bauleitplanung von den Gemeinden festgelegt wurden. Im Entwurf 2015 werden alle rechtsgültigen und vom Landkreis Cuxhaven genehmigten Flächennutzungspläne zugrunde gelegt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.31	SO 08	Der Windpark enthält Waldgebiete größer als ein Hektar. Er widerspricht damit den Absichten der Landesregierung, die den Wald frei von WEAs halten will. Der Windpark muss insgesamt erneut auf den Prüfstand gestellt werden.	Der Wald in diesem Bereich wurde bei der Ausweisung des Vorranggebietes beachtet. Aus diesem Grund ist das Vorranggebiet Flögeln-Stüh im Vergleich zur Ausweisung von 2012 im Entwurf 2014 um wesentliche Teile verkleinert worden. Die im Entwurf 2014 als Vorranggebiet entfallenen Teile der Fläche sind bereits bauleitplanerisch gesichert und werden aus diesem Grund als bauleitplanerisch gesichert übernommen. Dennoch muss der Wald natürlich bei einem möglichen Repowering berücksichtigt werden.	Kenntnisnahme
P076	P76.31	SO 16	Der Windpark enthält Waldgebiete größer als ein Hektar (wie auch der Windpark Flögeln Stüh). Er widerspricht damit den Absichten der Landesregierung, die den Wald frei von WEAs halten will. Der Windpark muss insgesamt erneut auf den Prüfstand gestellt werden.	Der Wald in diesem Bereich wurde bei der Ausweisung des Vorranggebietes beachtet. Köhlen-Brockoh stellt keinen Vorrangstandort dar, sondern ist nur bauleitplanerisch gesichert. Dennoch muss der Wald natürlich bei einem möglichen Repowering berücksichtigt werden.	Kenntnisnahme
P076	P76.32	SO 02	Bederkesa ist als Grundzentrum für Wohnen, Arbeiten, Tourismus und Erholung vorgesehen. Diese nur wenigen Zentren vorbehaltene Kombination erfordert auch besonderen Schutz im RROP. Diesem Ziel dienen auch die örtlichen Naturschutzgebiete, die Bestimmungen für den Bederkesaer See sowie die Entwicklung der Baugebiete vornehmlich in südlicher Richtung. Der Windparks bei Bederkesa/Alfstedt widerspricht dem. Es ist unverzichtbar, dass der Landkreis hier regelnd mit einer Höhenbegrenzung eingreift.	Diese Zuordnung trifft ebenfalls auf weitere Gemeinden im Landkreis zu, in deren Gebiet ebenfalls Windparks entstehen. Der Landkreis sieht diese Ausweisung auch nicht als Widerspruch an. Durch die aufgestellten Kriterien wird ein umfassender Schutz gewährleistet. Darüber hinaus wird auch im Rahmen der Genehmigung der Anlagen selbst sichergestellt, dass keine schädlichen Auswirkungen auftreten.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.33	SO 02	Alle Erfahrungen bei bereits existierenden Windfarmen zeigen: Die Bürger haben mit einem Wertverlust der Immobilien zu rechnen. Neue Bauplätze im betroffenen Gebiet sind praktisch unverkäuflich. (z.B. in Alfstedt). Gerade Familien mit jüngeren Kindern siedeln sich nicht an. (siehe Prof. Dr. Quambusch: Öffentliches Baurecht. Die Zerstörung der Landschaft durch Windkraftanlagen, ua.).	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch.</p> <p>Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.</p> <p>Inwieweit Windkraftanlagen einen Einfluss auf die Wohnstandortwahl haben ist fraglich. Die Untersuchungen beispielsweise vom Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung oder der Wüstenrotstiftung haben andere Kriterien als zentral für die Wohnstandortwahl herausgearbeitet. Zu nennen ist beispielweise die Infrastruktur oder gute Schulen für die Kinder.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.34	SO 02	Grundlage beim Umgang mit Windkraftanlagen in der Planung ist die bundesgesetzliche Einstufung selbiger als privilegierte Vorhaben (§ 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB). Dies gibt Windkraftanlagen ein sehr starkes Gewicht im Verhältnis zu anderen Fachbelangen. In § 35 BauGB sind jedoch auch Einschränkungen dargestellt, die der Windkraft keine Garantie auf Umsetzung zugestehen und die bei weiteren Planungen zu beachten sind: So darf z. B. eine Beeinträchtigung von Belangen des Naturschutzes und der Landschaftspflege, des Bodenschutzes, des Denkmalschutzes und der natürlichen Eigenart der Landschaft und ihres Erholungswertes sowie eine Verunstaltung von Orts- und Landschaftsbildern nicht vorliegen (§ 35 Abs. 3 S. 1 Nr. 5 und S. 3 BauGB).	<p>Alle benannten Belange wurden im Zuge der drei Prüfschritte (Harte Tabuzonen, Weiche Tabuzonen, Abwägung der Potentialflächen mit entgegenstehenden Belangen) umfassend abgearbeitet. Die vom Landkreis aufgestellten Kriterien stellen sicher, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen.</p>	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.35	SO 02	Als eins der wichtigsten Argumente gegen den Windpark Bederkesa Alfstedt ist das bisher weitgehend ungestörte Landschaftsbild zu nennen.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Aufstellung der Kriterien für die Erarbeitung der Vorranggebiete basiert auf rechtlichen Grundlagen und Expertenmeinungen und geschah in Zusammenarbeit mit dem Naturschutzamt. Insofern ist der Landkreis der Ansicht, dass durch den Entwurf des RROP 2014 keine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes entsteht. Gleichwohl wird diese Frage jedoch auch im Zuge der Genehmigung der einzelnen Anlagen auch noch einmal intensiv geprüft.	Kenntnisnahme
P076	P76.36	SO 02	Es sind negative Auswirkungen für den Bereich Wohnen (Ziel des RROP) und Tourismus (Ziel des RROP) zu erwarten. Die Beeinträchtigungen umfassen vor allem die großräumigen Auswirkungen auf die landschaftlichen Gegebenheiten und den im hohen Maße landschaftsabhängigen Erholungswert.	Negative Auswirkungen auf den Bereich Wohnen werden durch die aufgestellten Kriterien, insbesondere der Abstand zur Wohnbebauung, verhindert. Diese Thematik wird jedoch auch im Rahmen der Genehmigung einzelner Windkraftanlagen umfassen bearbeitet. Die Betreiber der Anlagen müssen in diesem Zuge Gutachten bspw. zu Schallimmissionen vorlegen. Die Bürger werden durch den Entwurf des RROP 2014 umfassen geschützt. Die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf den Tourismus sind stark umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist. Inwiefern Windkraftanlagen einen Einfluss auf den Erholungswert haben kann nicht nachvollzogen werden, da diese auf privaten Flächen stehen die auch vorher nicht zugänglich waren. Die Frage nach der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes wurde in P76.35 beantwortet.	Kenntnisnahme
P076	P76.37	SO 02	Das höchste Gut unserer Erholungslandschaften ist die Landschaft selbst, ihre Eigenheit, Unverwechselbarkeit, Artenvielfalt und Natürlichkeit. So sieht z.B. der Deutsche Touristenverband (2013) mit Sorge, dass im dicht besiedelten Deutschland zunehmend auch hochwertige Flächen für die Energiegewinnung umgewidmet werden, die bisher der Erholung und dem naturverträglichen Tourismus vorbehalten waren.	Siehe P76.35 und P76.36	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.38	SO 02	Verschiedene Studien haben den Einfluss von WEAs auf den Tourismus untersucht. Neue Ergebnisse werden diametral gegenteilig interpretiert. Der überwiegende Teil der Befragten fühlte sich nicht beeinträchtigt. Dabei ist zu beachten, dass Touristen, die sich schon heute entscheidend beeinträchtigt fühlten nicht befragt werden konnten. Nur zwischen etwa 8% (Mecklenburg) und 26% (Mittelgebirge) der Befragten sagten, sie würden Gebiete mit Sicht auf Windkraft aktiv meiden. Einerseits wird dies als Verträglichkeit verstanden. Andererseits stellen diese Zahlen für den Tourismus ein schweres Problem dar. Wenn auch nur 8% der Besucher ausbleiben, verursacht dies einen immensen Verdienstaustausfall in der Tourismusbranche. Entsprechend besorgt zeigen sich deren Dachverbände.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Kenntnisnahme
P076	P76.39	SO 02	Bederkesa ist wirtschaftlich fast vollständig auf naturnahen, naturverträglichen Tourismus ausgerichtet. Der Branche geht es heute schon nicht besonders gut. Für viele Betriebe ist der zu erwartende Umsatzrückgang von 8-26% der Unterschied zwischen Wirtschaftlichkeit und Insolvenz.	Siehe P76.38	Kenntnisnahme
P076	P76.40	SO 02	Der Blick von der denkmalgeschützten Bederkesaer Windmühle wird schon durch die bestehenden Windfarmen in Flögeln, das Offshore-Testgebiet, die Parks in Meckelstedt und Ringstedt sowie den projektierten Park in Köhlen Brockoh stark eingeschränkt. Das Landesraumordnungsprogramm schreibt für die Küstenregion ausdrücklich vor, dass es keine Beeinträchtigung des freien Horizonts geben darf.	Im Landesraumordnungsprogramm gibt es zwar einen entsprechenden Grundsatz, der jedoch kein Ziel darstellt, allerdings ist Bederkesa kein Küstenort, sondern Landschaftsraum Bederkesa-Geest.	Kenntnisnahme
P076	P76.41	SO 02	Gerade der Touristenort Bederkesa ist auf eine intakte und unverbaute Naturlandschaft angewiesen. Ein Windpark Bederkesa Alfstedt würde den letzten freien Blick in die Ferne verderben und zunichte machen.	Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes wird durch das einheitliche Planungskonzept so gering wie möglich gehalten. Die Samtgemeinde kann darüber hinaus im Rahmen der Bauleitplanung eine Maximalhöhe der Windkraftanlagen festlegen.	Kenntnisnahme
P076	P76.42	SO 02	Für den Windpark Bederkesa/Alfstedt wurde gegen weitere zahlreiche Belange aus Sicht von Naturschutz und Raumprogramm verstoßen. Im Windpark liegt ein engmaschiges Heckensystem, das geschützt werden muss.	Dass die Realisierung von Windenergieanlagen einen schwerwiegenden Eingriff in Natur und Landschaft darstellt, ist unstrittig. - Es besteht ein breiter gesellschaftlicher und politischer Konsens in Deutschland über den Ausstieg aus der Kernenergie und die Notwendigkeit der Transformation der Energieversorgung in ein System, dass zum Schutz des Klimas künftig nahezu vollständig ohne fossile Brenn- und Treibstoffe auskommt. Die Windenergie als kostengünstige, etablierte Technologie bildet lt. Niedersächsischem Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz das Kernstück der Energiewende im Stromsektor. - Die im Gebiet vorhandenen Wallhecken unterliegen einem direkten gesetzlichen Schutz durch § 29 BNatSchG i.V.m. § 22Abs. 3 NAGBNatSchG.	Kenntnisnahme
P076	P76.43	SO 02	Die Sicherung kulturgeprägter Ökosysteme im engen Bereich und ihre Entwicklung für größere Zonen des Windparks wurde im Landschaftsrahmenplan Cuxhaven für dies Gebiet vorgeschrieben, sie entfällt offenbar, dabei stellt sie ein Kulturelles Sachgut dar.	Diese Aussage bezieht sich augenscheinlich auf die Karte VII des Landschaftsrahmenplans (2000); aus diesen Darstellungen lässt sich nicht ableiten, dass das Gebiet als Vorranggebiet Windenergienutzung ungeeignet ist.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.44	SO 02	Im selben Plan wird die Windparkfläche als Vorsorgegebiet Erholung ausgewiesen. D.h. hier müssen Tourismus und Erholung Vorrang haben.	Der Erholungswert der Landschaft entfällt durch die Ausweisung eines Vorranggebiet für Windenergienutzung nicht. Der Tourismus wird nicht geschädigt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.45	SO 02	Die Fläche wird für eine Kompensationsmaßnahme geeignet eingestuft. Dies sollte bestehen bleiben.	Die Aussage bezieht sich augenscheinlich auf die Textkarte 8-3 "Bereiche mit besonderer Eignung für Kompensationsflächen bzw. -maßnahmen" des Landschaftsrahmenplans (2000). Besonders geeignet war - nach damaliger Einschätzung - der Bereich mit dem Bodentyp "Gley, überdeckt von Niedermoor", der einen mittleren Grundwasserstand von 2-4 dm unter Geländeoberfläche aufweist; dieser Bereich liegt nur zu einem nachrangigen Teil innerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms. - Derzeit sind innerhalb des Vorranggebietes Windenergienutzung nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms keine Kompensationsflächen bekannt.	Kenntnisnahme
P076	P76.46	SO 02	Teile des Parks liegen im Landschaftsschutzgebiet und müssen aus der Planung entfernt werden.	Dies ist nicht zutreffend. Keine Teilfläche dieses Vorranggebietes Windenergienutzung nach dem Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms liegt innerhalb des Landschaftsschutzgebietes. Landschaftsschutzgebiete sind nach dem Kriterienkatalog den weichen Tabuzonen zugeordnet; hier gibt es somit keine Potenzialfläche.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.47	SO 02	Weitere Teile werden als mögliches Landschaftsschutzgebiet (Stichwort LS231810) im alten Rahmenplan 2000 eingestuft. Dies sollte erfolgen und diese Bereiche ebenfalls aus dem Windpark genommen werden. Selbst im vorliegenden RROP wird dies Gebiet als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft eingestuft. Dem muss Rechnung getragen werden. Dieser Windpark enthält selbst nach der Umplanung noch streng geschützte Gebiete.	Es ist zutreffend, dass der überwiegende westliche Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung nach dem Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms im Landschaftsrahmenplan (2000) als "Gebiet, das nach dem Stand der Bearbeitung die Voraussetzungen für ein Landschaftsschutzgebiet (LSG) gemäß § 26 NNatG erfüllt" dargestellt ist. Auch die Darstellung als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 ist zutreffend; dies gilt ebenfalls insbesondere für den westlichen Teil des Vorranggebietes Windenergienutzung. Dieses belegt erhebliche Wertigkeiten im Hinblick auf Natur und Landschaft, führt jedoch nicht dazu, dass diese Teilflächen nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung in Betracht kämen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.48	SO 02	Im „Löhbush“, früher in der „Falle“, brüten regelmäßig Seeadler. Der Windpark liegt in der Verbindung der Futtergebiete Polder Bramel/Glies und Flögelner See/ Dahlemer See. Seeadler sind besonders geschützt und sind sehr gefährdet in Bezug auf Vogelschlag an Windmühlen. Das Vorkommen des Seeadlers ist unstrittig und wurde in mehreren Studien untersucht. Dem Landkreis liegen ausreichend Informationen des NLWKN, des Landesadlerbeauftragten Görke, des Adlerbetreuers für den Löhbush Cordsmeier, des Verschönerungsvereins Bederkesa, von Betreiberseite vorgelegten Gutachten und mehr sowie aus eigenen Erkenntnissen vor.	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, das im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung bleibt nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor; diese ist lt. Weisung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz jedoch erforderlich. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, nicht gegeben.	Kenntnisnahme
P076	P76.49	SO 02	Der Seeadler gehört zu den streng geschützten Arten. Im Wege der nachvollziehbaren Abwägung ist den Belangen des Vogelschutzes der Vorzug zu geben. (siehe z.B. BayVGH 30.6.05). Dies gilt auch für Vogelschutzgebiete, die noch nicht förmlich unter Schutz gestellt wurden (z.B. VG Ansbach, VG Stuttgart). An der Planung des Windparks Bederkesa-Alfstedt kann daher nicht festhalten werden.	Siehe P76.48. - Ein Vergleich mit faktischen Europäischen Vogelschutzgebieten verbietet sich; derartige Verhältnisse sind hier nicht annähernd gegeben.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.50	U, SO 02	Der Umweltbericht, den der LK hierzu vorlegt ist ungeeignet. Er ist weitgehend falsch. Z.B. werden Waldflächen, geschützte Gebiete und international bedeutsame Vogelrastgebiete in der Umgebung negiert. Es entsteht der Eindruck, die vorhergehende Diskussion des RROP 2012 wurde nicht berücksichtigt und kaum faktische Fehler korrigiert.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVP (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Der Umweltbericht Teil C ist geeignet. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.51	U, SO 02	In der Beantwortung der Einwände gegen das RROP 2012 wurden seitens des LK bezüglich des Seeadlers ausgeführt, „Darüber hinaus erfolgt eine Berücksichtigung im Zuge des Umweltberichts.“ Dies ist offenbar nicht geschehen.	Der Seeadler gehört zu den von Kollisionsrisiken an WEA stark betroffenen Vogelarten. Er gilt als bedrohte, besonders störungssensible Vogelart, auf die bei der Ausweisung von WEG verstärkt Rücksicht genommen werden muss. Gemäß der tierökologischen Abstandskriterien (NLT 2014) wird ein Mindestabstand von 3.000 m zum Horst und ein Prüfbereich von 6000 m empfohlen. Im Prüfbogen des Umweltberichts zum RROP 2014 zum potenziellen Vorranggebiet Bederkesa-Alfstedt wurde zur Ermittlung der voraussichtlichen erheblichen Umweltauswirkungen das Vorkommen zweier Seeadler-Brutpaare innerhalb des Prüfbereichs berücksichtigt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.52	U, SO 02	Der Umweltbericht verneint die Existenz von Landschaftsschutzgebieten, geschützter Landschaftsbestandteile, UNZERSCHNITTENER VERKEHRSARMER RÄUME, und erkennt nur ein mittleres Landschaftsbild. Alle diese Angaben sind falsch. Sie können kaum den Standpunkt der Fachleute des LK widerspiegeln.	Bei der Prüfung der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft wurden, neben Landschaftsschutzgebieten (LSG), folgende Kriterien berücksichtigt: Unzerschnittene Verkehrsarme Räume (UZVR), geschützte Landschaftsbestandteile nach § 29 BNatSchG und § 22 NAGBNatschG, Bereiche mit Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft gem. LRP. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.53	SO 2	Die Gründung der 186m hohen Anlagen geschieht wegen des schlechten Baugrunds durch teilweise 40m lange Pfähle. Bei den WEA, die im Wasserschutzgebiet liegen, kann dadurch das Oberflächenwasser, das stark Nitratbelastet ist, in tiefere Grundwasserschichten eindringen. Spätestens beim geplanten vollständigen Rückbau muss mit dieser Möglichkeit gerechnet werden. Ein hydrogeologische Gutachten ist daher vor Genehmigung vorzulegen.	Um negative Einfüsse auf das Grundwasser zu verhindern, müssen im Rahmen der Genehmigung einzelner Anlagen Gutachten vorgelegt werden. Dies hat jedoch für die Raumordnung keine Relevanz, da keine einzelnen Anlagen ausgewiesen werden.	Nicht zu berücksichtigen
P076	P76.54	SO 2	Der notwendige Wegebau für schwere Maschinen wird in letzter Zeit zunehmend durch ortsfremdes, wiederaufgearbeitetes Material gesichert. Z.B. Bauschutt ist in der Regel schadstoffbelastet. Eine Beimischung von geringer belastetem Material zur geringfügigen Unterschreitung von Grenzwerten ist problematisch. Gerade im Wasserschutzgebiet muss ein gänzlich unbelastetes Wegebaumaterial vorgeschrieben werden.	Es dürfen nur gesetzlich zulässige Baumaterialien verwendet werden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P076	P76.55	SO 2	Infraschall: Es gibt inzwischen zahlreiche Studien, die den Einfluss von Infraschall auf Säugetiere und selbst Vögeln und Fischen belegen. Entsprechende Studien zur möglichen Belastung der Menschen liegen noch nicht im gleichen Maße vor. Eine entsprechende Belastung des Menschen liegt aber nahe, wie Messungen aus Dänemark und den Niederlanden ergeben. Deshalb wird ein Abstand von WEA zur Wohnbebauung im Flachland von 2km empfohlen (siehe z.B. Pereira, Laufer ua.). Eine Standortplanung sollte daher substantiell das Infraschallthema schon im Vorfeld klären.	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Kenntnisnahme
P077	P77.01	SO 31	Eine erneute Aufnahme des Flächenvorschlag Osten / Isensee lehne ich als Anwohner und Bürger für ein Vorranggebiet zur Nutzung von Windenergie, wie es im Entwurf Juni 2014 des RROP vorgesehen ist ab und mache folgende Einwände gelten. <u>Volksentscheid</u> Es gab für diesen Raumordnungsplan einen Bürgerentscheid von 81 % gegen die Ansiedlung von Windparks auf dem Gebiet Osten/ Isensee. Bei einer eigenständigen Bürgerbefragung der Gemeinde Osten sind über 800 Unterschriften gegen die Windparks geleistet worden. Im Verhältnis zur Gesamtzahl aller Wahlberechtigten entspricht das ein Votum von mehr als 70 %. Die Unterschriften wurden der Gemeindevertretung sowie dem Landrat und dem Kreistag überreicht. Diese klare demokratische Entscheidung des Bürgers der Gemeinde Osten gegen die Windkraftanlagen auf dem Gemeindegebiet, kann kreisseitig und kommunalpolitisch nicht übergangen werden. Die Entscheidung der Bürger sollte respektiert werden, da sich das Volk, die Bewohner gegen die Windkraftanlagen in diesem Gebiet entschieden haben.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P077	P77.02	SO 31	<u>Tourismus / Urlaub / Erholungsgebiet</u> Der Ausschluss dieses Gebietes für die Errichtung von WKA begründet sich insbesondere mit der Schutzwürdigkeit zur Erhaltung des Tourismus, da dieser einen hohen Stellenwert für die Gemeinde hat. Hinzukommt das Osten auf Grund der Schwebefähre als Weltkulturerbe durch den Tourismus geprägt ist, auch Osten Isensee ist ein Touristen, Erholungs- und Urlaubsgebiet. Entlang der Oste führen Radwanderwege die sehr intensiv genutzt – befahren werden.	Die Auswirkungen von Windkraftanlagen auf den Tourismus sind stark umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist. Die Schwebefähre wird durch mögliche Windkraftanlagen nicht beeinträchtigt. Dies wurde sowohl von der Denkmalschutzbehörde des Landkreises, als auch von der Denkmalschutzbehörde des Landes festgestellt.	Nicht zu berücksichtigen
P077	P77.03	SO 31	Durch die Windkraftanlagen mit ihren Rotorblättern würden diese Nah und Fernerholungsgebiet sehr beeinträchtigen, allein wegen ihrer Größe und der Parkausdehnung, (Ein WKA steht selten alleine auf dem Feld.) da diese höher werden sollen 400m und mehr, dies bedeutet realistisch, sie sind höher als der Eiffelturm (324m) und höher als der Berliner Fernsehturm incl. der Aussichtsplattform. (368m)	Die derzeit höchsten Windkraftanlagen sind 200m hoch. Die in der Stellungnahme angesprochenen Werte sind unrealistisch. Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Eine Gefährdung des Nah- und Fernerholungsgebietes wird somit nicht gesehen.	Nicht zu berücksichtigen
P077	P77.04	SO 31	<u>Gesundheit</u> Ebenfalls sprechen gegen die Windkraftträder die gesundheitlichen Beeinträchtigungen durch Emissionen. Die Schlagschatten und das nächtliche Blinken in Form von Lichterketten und durch die Zahl der Anlagen, führen zu Konzentrationsschwäche, Leistungsmindern, rasche Ermüdung, Ablenkung der Aufmerksamkeit. Da es als ein Stressor zu beurteilen ist und dies zu depressiven Verstimmungen, Kopfschmerzen, Herz- Kreislaufprobleme, Schlafstörungen, Unruhe, Nervosität, Reizbarkeit, Angstzustände führt.	Die aufgeführten Belange sind Gegenstand der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung nach BImSchG. Auf raumordnerischer Ebene ist dies nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen
P077	P77.05	SO 31	Außerdem werden die Geräusche und die angeblich nicht wahrzunehmenden Schallwellen im Gehirn verarbeitet und sie beeinflussen die auditive Verarbeitung und die Funktion des Stammhirns. Abgesehen davon kann man nicht beurteilen wie es sich auf Kinder, Schwangere oder chronisch Kranken auswirkt, das ist ungeklärt. Die Schallemission bei diesen Anlagen sind 102 Dezibel, Lärm am Rande (5m) einer Verkehrsstrasse liegt bei 80db.	Siehe P77.04	Nicht zu berücksichtigen
P077	P77.06	SO 31	Mit der angestrebten Anlagengröße werden neben der Turmhöhe auch die Rotorradien vergrößert, ein modernes WKA hat die doppelte Spannweite eines Jumbojets erreicht.	Im Rahmen des RROP werden keine Anlagenhöhen festgelegt. Es werden lediglich Flächen ausgewiesen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P077	P77.07	SO 31	<u>Siedlungsgebiet</u> Ein weiteres Kriterium gegen die Windkraftanlagen ist, sie werden in Siedlungsgebiet gebaut, grenzen somit an Siedlungsgebiete. Die umliegenden Ostener Ortsteile können nicht einfach als sonstige wohnbauliche Nutzung, oder als Mischgebiet, oder als Einzelgebäude definiert werden, sondern sie bilden zusammenhängende Strassendörfer oder sie sind Streusiedlungen.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Osten-Isensee wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. Der Ortstermin erfolgte durch Vertreter des Landkreises Cuxhaven. Der gesamte Bereich rund um den geplanten Windpark wurde sowohl zu Fuß, als auch mit dem Auto intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuften Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von einigen wenigen Häusern festgestellt werden. Das Kriterium von mindestens 10 Anwesen für die Einstufung als Ortslage wird in keinem der untersuchten Bereiche erfüllt.	Nicht zu berücksichtigen
P077	P77.08	SO 31	Daher sind die Mindestabstände größer einzuhalten und dem Entwurf entsprechend (450m – 500 m) definitiv zugerung. Bei der geplanten Größe dieser Anlagen gilt es ein Mindestabstand von mindestens 1500m einzuhalten. Um die Schutzwürdigkeit der betroffenen Gebiete / Anwohner zu gewähren sollte ein Mindestabstand von mindestens 1500 m gewährleistet sein, dies ist nicht geben. Diese Regelung gilt Bundeseinheitlich, somit auch für Osten/ Isensee.	Es gibt weder einen bundesweit einheitlichen Mindestabstand zu Windkraftanlagen, noch einen landesweiten Abstand. Insoweit gibt es keine rechtliche Verpflichtung, einen größeren Abstand einzuhalten.	Nicht zu berücksichtigen
P077	P77.09	SO 31	Durch die Windenergie wird eine starke Beeinflussung des Immobilienwerts erzeugt, so dass die heutige Qualität des Eigentums grundlegend negativ verändert. Was zur Folge hat das eine Veräußerung des Eigentums nur erheblich unter Wert möglich wäre, daher würden wir die entsprechende Wertminderung bei den Verursachern Betreiber, Landwirt, Kreis einklagen und geltend machen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P077	P77.10	SO 31	<p><u>Natur / Landwirtschaft</u></p> <p>Wir sind ein Touristengebiet und leben mit der Natur im Einklang. Es würden dadurch Wald und Wildtierbestände gefährdet, dies ist eine Störung der Brut und Nistgebiete.</p>	<p>Alle naturschutzfachlichen Belange auf Flächen, die für eine Windkraftnutzung ausgewiesen werden, werden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens geprüft. Der Detaillierungsgrad nimmt dabei auf jeder Ebene zu, da auf jeder Ebene konkretere Informationen zur geplanten Nutzung bekannt sind. So können beispielsweise Auswirkungen einzelner Anlagen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft werden, da die Anlagenkonfigurationen erst im Zuge der Genehmigung nach BImSchG bekannt sind.</p> <p>1. Auf Ebene der Regionalplanung werden in einem ersten Schritt harte und weiche Tabuzonen basierend auf Gesetzen, rechtlichen Vorgaben, Empfehlungen und fachlichen Einschätzungen festgelegt, die dafür Sorge tragen, dass die Natur, die Landschaft, die Menschen und die Tierwelt geschützt werden.</p> <p>2. Die Potentialflächen, die sich durch die Tabuzonen ergeben, werden im Rahmen einer naturschutzfachlichen Einschätzung vertiefend vom Naturschutzamt des Landkreises Cuxhaven geprüft.</p> <p>3. Auf Gemeindeebene wird bei der Aufstellung der Bauleitpläne die jeweilige Fläche erneut detaillierter geprüft. Unter anderem muss verpflichtend ein Umweltbericht erstellt werden.</p> <p>4. Auf der Genehmigungsebene muss von den Anlagenbetreibern mittels Gutachten nachgewiesen werden, dass von den konkreten Anlagen keine schädlichen Einflüsse auf Schutzgüter ausgehen.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P077	P77.11	SO 31	<p>Hinzukommt diese Flächen sind landwirtschaftliche Nutzflächen. Und es geht hier auch um die Erhaltung der Biosphäre und um nachhaltige Nutzung der Landwirtschaft. Es liegt hier ein Nutzungskonflikt vor.</p>	<p>Ein Nutzungskonflikt liegt keineswegs vor. Zum einen bedeutet eine Ausweisung als Vorranggebiet nicht, dass an dieser Stelle auch tatsächlich Windenergieanlagen entstehen müssen. Aus einem Regionalen Raumordnungsprogramm entstehen keine Bauverpflichtungen. Zum anderen können landwirtschaftliche Flächen, auf denen Windenergieanlagen stehen, zu einem großen Teil weiter rund um die Anlage herum genutzt werden.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P077	P77.12	SO 31	Dann muss der Umweltbericht 2014 überarbeitet werden, denn dieser ist fehlerhaft und unvollständig. Die Fläche Osten/Isensee überschneidet sich am Nordrand immer noch mit einem ausgewiesenen „Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft“	Ein Vorbehaltsgebiet ist für die Ausweisung der Vorranggebiete auf Ebene der Raumordnung nicht relevant. Als weiche Tabuzone wurden lediglich Vorranggebiete des Regionalen Raumordnungsprogramms zugrunde gelegt, die der Windenergie entgegenstehen. Der Unterschied zwischen Vorbehaltsgebieten und Vorranggebieten ist, dass letztere ein endabgewogenes Ziel der Raumordnung darstellen und im Rahmen der Bauleitplanung nicht weggewogen werden können. Im Rahmen der Bauleitplanung muss das Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft natürlich dennoch von der Gemeinde berücksichtigt werden.	Nicht zu berücksichtigen
P077	P77.13	SO 31	Es wurden eine Mehrzahl an schützenswerten Arten in dem geplanten Gebiet festgestellt. Zu den schützenswerten Arten gehören eine Reihe von Rote Liste, die in Niedersachsen als besonders oder streng geschützt gelten. Die in der Roten Liste aufgeführten Arten wurden während der Brutsaison festgestellt, was auf eine wahrscheinliche Brut schließen lässt. Es sind hier der Weißstorch zu Hause, ebenso die Waldohreule, Feldlerche, Bekassine, Kiebitz sowie Rohrweihe, Fledermäuse, Milan und viele andere. Daher ist die Errichtung eines Windparks in der Natur und zum Schutz dieser fragwürdig.	Seitens des Einwenders werden die schützenswerten Tier- und Pflanzenarten nicht näher belegt. - In räumlicher Nähe zum Gebiet gibt es fünf Weißstorch-Vorkommen, die jedoch allesamt über 1.000 m [Mindestabstand] entfernt sind; der Weißstorch-Horst in Osten-Achthöfen ist mit etwa 1.100 m der nächstgelegene Horst. - Innerhalb der Potenzialflächen 009 und 139 nach dem Entwurf 2014 bzw. der Potenzialflächen 008 und 122 nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms - einschließlich eines 1.000 m-Puffers zu diesen Flächen - ist hier kein Vorkommen der Rohrweihe bekannt. - Innerhalb der Potenzialflächen 009 und 139 nach dem Entwurf 2014 bzw. der Potenzialflächen 008 und 122 nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms - einschließlich eines 1.500 m-Puffers zu diesen Flächen - ist hier kein Vorkommen des Rotmilans bekannt. - Der angesprochene Bereich gehört zu mehreren Vogelbrutgebieten mit potenzieller Bedeutung bzw. zu Gastvogellebensräumen mit potenzieller Bedeutung; aktuelle Erfassungen und Bewertungen liegen hier nicht vor. Es kann derzeit jedoch nicht die Aussage getroffen werden, dass im angesprochenen Bereich ein Vorranggebiet Windenergienutzung naturschutzfachlich und - rechtlich nicht möglich ist.	Kenntnisnahme
P077	P77.14	A	Was auch mal zu bedenken wäre, wäre die Investoren, dazu zubringen, in Leitungen der vorhandenen Offshore Anlagen zum Festland zu investieren, damit wäre vielen geholfen, so würden die Windkraftträder dann auch einen effektiven Nutzen bringen, statt stetig neue Parks zu bauen.	Eine solche Verpflichtung kann nicht durch das RROP vorgegeben werden. Dies müsste politisch forciert werden.	Nicht zu berücksichtigen
P078	P78.01	SO 30	wir als SPD-Fraktion im Rat der Samtgemeinde Börde Lamstedt möchten zum Entwurf des RROP folgende Stellungnahme zum Standort Odisheim/Stinstedt abgeben: Die SPD-Fraktion im Rat der Samtgemeinde Börde Lamstedt hat keine Bedenken gegen die Ausweisung eines Windparks am Standort Odisheim/Stinstedt. Wir unterstützen daher den Beschluss des Rates der Gemeinde Stinstedt auf Änderung des Flächennutzungsplanes für die Errichtung eines Windparks Odisheim/Stinstedt mit einer Gesamthöhe der Windenergieanlagen von 186m.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P078	P78.02	SO 30	Grundsätzlich ist aus unserer Sicht eine höchstmögliche, umweltverträgliche Effizienz eines Windparkstandortes im Sinne der Zielsetzung des EEG anzustreben. Naturschutzrechtliche Belange in Bezug auf Schutzgut Tiere, Pflanzen und biologische Vielfalt sind auf der nachgelagerten Planungs- und Zulassungsebene detailliert zu prüfen und zu bewerten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079	P79.01	SO 35	mit der Überarbeitung des zur Zeit gültigen RROP unter Berücksichtigung „harter“ und „weicher“ Standortfaktoren ist die Vorrangfläche für Windenergie in Sellstedt aus dem RROP herausgefallen. Die vier errichteten Anlagen haben jedoch Bestandsschutz.	Dies ist richtig. Bereits gebaute Anlagen genießen einen Bestandsschutz.	Kenntnisnahme
P079	P79.02	SO 35	Es ist Ihnen bekannt, dass der Bürgerverein Gegenwind Sellstedt e.V. nachweisen konnte, dass in dem Landschaftspflegerischen Begleitplan, der ursprünglich zum Bauantrag erstellt worden war, wesentliche avifaunistische Belange falsch dargestellt worden waren. Wir waren von Anfang an davon überzeugt, dass dieser Windpark niemals hätte gebaut werden dürfen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P079	P79.03	SO 35	Wir verweisen daher nochmals auf unser Schreiben vom 17.10.10, in dem wir folgendes dargestellt hatten: „Inzwischen sind seit Jahren vier WKA in Betrieb und stellen nicht nur für viele Sellstedter Bürger eine erhebliche Beeinträchtigung ihrer Wohn- und Lebensqualität dar, sondern sie bedrohen auch nach wie vor zahlreiche Tiere, die unter Artenschutz stehen, insbesondere Fledermäuse, Greifvögel, Kiebitze, Zwerg- und Singschwäne, Gänsearten und Kraniche. Die FFH- und Naturschutzgebiete rund um den Sellstedter See, Silbersee, Bülter See, Apeler See und die angrenzenden Niederungen entwickeln sich zunehmend zu Refugien für seltenste Vogelarten, die durch keine weiteren Windräder, auch nicht durch das Repowering der vorhandenen Windparks, gefährdet werden dürfen. Seit Monaten sind rund um Sellstedt, vor allem in den Niederungen der Rohr, der Grove und der Geeste große Trupps von Kranichen zu beobachten, deren Zahl stetig zunimmt.“	In Schiffdorf-Sellstedt wurde kein neues Vorranggebiet ausgewiesen, diese Fläche gilt auch nicht als bauleitplanerisch gesichert. In der Konsequenz bedeutet dies, dass der Standort faktisch ausläuft. Die Windenergieanlagen haben einen Bestandsschutz, es ist rechtlich nicht möglich diese einfach zurückzubauen. Allerdings wird im RROP Entwurf 2014 auch sichergestellt, dass keine Weiterentwicklung der Anlagen möglich ist. Dies wird sich auch im Entwurf 2015 nicht ändern.	Kenntnisnahme
P079	P79.04	SO 35	An dieser Beschreibung hat sich nichts geändert. Im Gegenteil, die Anzahl der Vögel und Vogelarten erhöht sich stetig. So waren im letzten Spätsommer / Herbst jeden Abend in der Rohrniederung ca. 200 Kraniche auf der einen Seite der Rohr und gleichzeitig 350-400 Kiebitze auf der anderen Seite der Rohr bei der Nahrungssuche zu beobachten.	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P079	P79.05	SO 35	An einem der letzten sonnigen Sonntage im Oktober fand in Wehdel ein Tontaubenschießen statt, die Schüsse hatten zur Folge, dass die Kraniche immer wieder aufflogen und verstört in alle Richtungen auseinander flogen, versuchten, wieder eine Formation zu bilden, jedoch jeder Schuss wieder zur panikartigem Flugverhalten führte. Die Vögel bereiteten sich aber bereits auf den Abflug in die Winterquartiere vor und mussten Kräfte sammeln, das Tontaubenschießen hat sie völlig verstört.	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P079	P79.06	SO 35	Inzwischen sind außer in starken Frostperioden ganzjährig Kraniche zu sehen und zu hören, wenn auch nicht in so großer Zahl. Es scheint mindestens zwei Brutpaare zu geben, eines ist um die Rohrniederung zu beobachten, das andere um den Polder Gies. Abends fliegen alle Kraniche nach wie vor in Richtung Sellstedter See.	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P079	P79.07	SO 35	Um die Weihnachtstage 2013 haben ca. 2.500 – 3.000 Gänse die gesamte Rohrniederung „abgegrast“, einige Fotos hängen wir diesem Schreiben an, das wir Ihnen auch als Mail zukommen lassen werden. Für die Singschwäne war dann in dieser Saison kaum noch Nahrung übrig, sie haben sich nicht so lange aufgehalten wie sonst und sind in Richtung Sellstedter See längere Zeit beobachtet worden.	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P079	P79.08	SO 35	Die Kiebitze dürften wiederum kaum Bruterfolge in diesem Jahr gehabt haben durch das Walzen der in Frage kommenden Flächen im frühen Sommer. Aber auch sie sind nach wie vor zahlreich zu beobachten.	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P079	P79.09	SO 35	Für die Fledermäuse war die Witterung zur Aufzucht von Nachwuchs wohl positiv. Außer Abendseglern und Breitflügelfledermäusen sind auch vermehrt wieder Zwergfledermäuse unterwegs. Eine Studie der Leibniz-Universität Hannover sagt aus, dass die Windräder jedes Jahr Zehntausende Fledermäuse töten. Wir fordern daher nochmals eine Abschaltung der Windkraftanlagen, wenn die Tiere aktiv sind.	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P079	P79.10	SO 35	In unserem Schreiben vom 17.10.10 heißt es weiter: "Die Kraniche sind jeden Morgen und jeden Abend zu hören, oft auch zu sehen und scheinen die Nächte am Sellstedter See zu verbringen. Die Interaktionen zwischen den Seen sind täglich zu beobachten, bei Nebel fliegen die Vögel so niedrig, dass die vier WKA in Sellstedt immer wieder eine Bedrohung darstellen und sicherlich auch schon zu Verlusten geführt haben.	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P079	P79.11	SO 35	Die ehemaligen Klärteiche im Vorranggebiet sind nach wie vor Lebens- und Nahrungsraum von unzähligen Fröschen, Fledermäusen, Libellen, Schwalben, seltenen Enten und vielen anderen schützenswerten Tieren und Pflanzen, zum Teil ist die Anlage bereits als Biotop unter Schutz gestellt worden.	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P079	P79.12	SO 35	Mit der Fortschreibung des RROP muss unbedingt sichergestellt werden, dass die Feuchtwiesen und die noch verbliebenen Wallhecken in der Rohrniederung erhalten bleiben, damit der Lebensraum für Wiesenbrüter, Störche, Greifvögel, Fledermäuse, Lurche, Insekten bewahrt wird.	Siehe P79.03	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P079	P79.13	SO 35	Auf keinen Fall darf es zu einem Repowering des Windparks Sellstedt kommen ! Jeder weitere Eingriff in dieses Gebiet wäre ein Verstoß gegen den Artenschutz !"	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P079	P79.14	SO 35	Auch diese Fakten sind immer noch gültig. Angesichts des Verlustes des Landschaftsschutzgebietes auf Bremerhavener Gebiet durch den Bau des IKEA-Komplexes wird die Rohrniederung noch mehr zum Refugium für alle o.g. Tiere werden. Deshalb fordern wir, dass außer dem Bestandsschutz keine weiteren Genehmigungen erteilt werden.	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P079	P79.15	SO 35	Wir möchten auch nachdrücklich nochmals auf die erhebliche Schallbelastung ab ca. Windstärke 4 - 5 hinweisen. Je nach Windrichtung sind entweder das „alte Dorf“ in Richtung Krummvordel oder aber die Bahnhofstrasse bis weit in die Siedlung Richtung Mühlenweg betroffen. Wir bezweifeln, dass die zulässigen Schallwerte noch eingehalten werden. Der Abstand der Anlagen zur Wohnbebauung ist viel zu gering. Auch das hatten wir von Anfang an bemängelt, leider ohne Erfolg.	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P079	P79.16	SO 35	Da ein Abriss von bestehenden Anlagen auf dem Klageweg nur unter erheblichem zeitlichen Aufwand und unter erheblichen Kosten möglich ist, und selbst bei Erfolg nicht umgesetzt wird, wie in Lamstedt, werden wir wohl mit den vier Anlagen leben müssen. Aber mehr geht nicht!	Siehe P79.03	Kenntnisnahme
P080	P80.01	SO 12	hiermit möchte ich mich gegen den für Hemmoor - Bröckelbeck geplanten Windpark aussprechen und dies im folgendem begründen. Ich bin -als gebürtiger Hamburger- vor 15 Jahren aus dem Hamburger Umland nach Hemmoor - Bröckelbeck gezogen und habe hier das gefunden, wovon viele insbesondere in der heutigen Zeit träumen. NATUR, RUHE und eine intakte Nachbarschaft. So kann man in der heutigen hektischen Zeit abschalten, nach Feierabend und hat auch Lust sich noch in der Gemeinschaft einzubringen. Die derzeitigen Pläne des Windparks und besonders die extreme Höhe haben mich aus diesen Träumen gerissen und in der Realität ankommen lassen. Nun stellt sich für mich in erster Linie die Frage: Warum brauchen wir hier diesen Windpark und wem nutzt er ?	Die Bundesrepublik Deutschland hat politisch die Energiewende beschlossen. Diese ist auch gesellschaftlich akzeptiert und gewollt. Um die mit der Energiewende in Verbindung stehenden Ziele zu erreichen, müssen die Erneuerbaren Energien weiter ausgebaut werden. Als besonders windhöffiger Landkreis hat Cuxhaven dabei seit den 1990er Jahren eine Vorreiterrolle eingenommen und die Windenergie umfassend gefördert. Der Landkreis hat im nun vorliegenden RROP 2014 Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.	Nicht zu berücksichtigen
P080	P80.02	SO 12	Sicher bin auch ich kein Freund der Atomenergie und unterstütze die Energiewende. So ist ein Ausbau der Offshore-Windenergie und Solarenergie für die Bevölkerung meiner Meinung nach am geringsten belastend.	Die Energiewende kann nur in einem Mix aus verschiedenen Erneuerbaren Energien funktionieren. Wie ausgeführt ist der Landkreis Cuxhaven ein besonders windhöffiger Standort, die Windenergie hat deshalb eine besondere Bedeutung. Aufgrund der Anzahl der Sonnenstunden ist die Solarenergie hingegen im Landkreis weniger effizient. Die Offshore-Windenergie wird durch den Entwurf des RROP 2014 explizit weiter gefördert.	Kenntnisnahme
P080	P80.03	SO 12	Außerdem sind nach meiner Kenntnis im Landkreis Cuxhaven die (bei gleichmässiger, gerechter Verteilung) geforderten 300 MB mit aktuell 500 MB schon fast verdoppelt. Warum muss also in einem Bereich wie Bröckelbeck auf Krampf noch ein Windpark und dann mit diesen Magaasmaßen entstehen?	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtssprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P080	P80.04	SO 12	Wem nützt dieser Windpark ? In erster Linie wohl doch dem Betreiber, der aber Jahrzehnte Förderungen aus unser aller Steuergeldern einstreichen kann.	Der Windpark nützt fraglos den Betreibern insofern, als das dieser einen Gewinn erzeugt. Zugleich profitiert jedoch auch die Gesellschaft über Steuereinnahmen durch die Gewinne der Unternehmen und dadurch, dass das politisch gewollte und gesellschaftlich akzeptierte Ziel der Energiewende weiter vorangetrieben wird. Zudem entstehen durch die Windenergie Arbeitsplätze. Zuletzt profitieren auch die Gemeinden selbst von den Windparks und somit letztlich auch die Bürger. Der Landkreis Cuxhaven ist eher strukturschwach, die Windenergie nimmt deshalb in der lokalen und regionalen Wirtschaft eine wichtige Rolle ein.	Kenntnisnahme
P080	P80.05	U, SO 12	Die Gutachten zum Landschaftsbild und auch zur Tier-und Pflanzenwelt halte ich für sehr geschönt im Sinne des Genehmigungsverfahrens. Ein solches Landschaftsbild sucht im Bereich des Landkreises Cuxhaven seines gleichen und würde durch diesen MeGa-Windpark völlig zerrissen.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Zusätzliche Datenerhebungen werden erst im Genehmigungsverfahren durchgeführt. Bei der Prüfung der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft des potenziellen Vorranggebiets Hemmoor-Bröckelbeck wurden, neben Landschaftsschutzgebieten (LSG), folgende Kriterien berücksichtigt: Unzerschnittene Verkehrsarme Räume (UZVR), geschützte Landschaftsbestandteile nach § 29 BNatSchG und § 22 NAGBNatschG, Bereiche mit Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft gem. LRP. Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweisen voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Eine Berücksichtigung erfolgt daher auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Insgesamt werden die Umweltauswirkungen für das potenzielle Vorranggebiet Hemmoor-Bröckelbeck voraussichtlich schutzgutübergreifend als erheblich eingeschätzt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P080	P80.06	SO 12	Seit ich in Bröckelbeck wohne , habe ich festgestellt, dass sich verschiedenste Tierarten angesiedelt haben und eine hohen Bestand haben. Insbesondere Greifvogelarten überfliegen regelmässig Bröckelbeck und nutzen den Bereich Westerberg-Balksee als Brut-und Jagdrevier.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme
P080	P80.07	SO 12	Auch der Seeadler wurde nachweislich schon bei uns gesehen und fliegt auch in Richtung des geplanten Windparks.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme
P080	P80.08	SO 12	Auch hat sich im letzten Jahr ein Storchenpaar auf unserem Hof angesiedelt und wurde erst durch die Erneuerung der Hochspannungsleitungen Richtung Wingst vertrieben. Das Nest wurde aber bereits wieder von Einzeltieren besichtigt.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme
P080	P80.09	SO 12	Das Vogel- und auch Fledermausmonitoring liegt bereits zu weit zurück und ist überholt.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme
P080	P80.10	SO 12	In Gesprächen mit der Familie, Freunden und Bekannten über das Thema Windpark Bröckelbeck herrscht völliges Unverständnis, wie man einen solchen Bereich überhaupt ins Auge fassen kann. Alle kommen immer gerne hierher um uns zu besuchen und auch die Idylle zu geniessen und das touristische Angebot unserer Region zu nutzen. Jedesmal sind alle begeistert und komme gerne wieder, umso unverständlicher ist für sie nachzuvollziehen, warum hier mit Druck solch ein Mega-Projekt entstehen soll, wo es doch mittlerweile genügend umwelt- und naturschonendere Energiegewinnungsmöglichkeiten gibt, die sogar ausgebrems werden (Offshore), da der Bedarf zur Zeit garnicht gesehen wird.	Wie bereits ausgeführt wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Diese wurden einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.	Kenntnisnahme
P080	P80.11	SO 12	Im letzten Jahr wurde u.a. im Bereich Westersode/Bröckelbeck aktiv durch Bürger an der Dorferneuerung mitgearbeitet und Pläne für die Zukunft vorangetrieben, damit unsere Heimat für uns und nachfolgende Generationen attraktiv und lebenswert bleibt. Nun soll dies alles durch einen Mega-Windpark, der sogar weit über die Grenzen Hemmoors zu sehen sein wird, über den Haufen geworfen. Ausgleichsflächen irgendwo im Landkreis nützen hier niemanden etwas.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Nicht zu berücksichtigen
P080	P80.12	SO 12	Auch die Gesundheitsfolgen sind insbesondere bei immer höher werdenden Anlagen mit Langzeitstudien noch garnicht belegbar und beruhen allenfalls auf Hochrechnungen.	Fundierte Belege für das Gegenteil liegen nicht vor.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P080	P80.13	SO 12	Ferner ist für viele Einwohner rund um den geplanten Windpark, das selbstbewohnte Eigenheim auch eine Altersvorsorge in der Hoffnung hier möglichst lange wohnen und später nötigenfalls eine Pflege zu finanzieren. Ein Windpark dieses Ausmaßes würde zu einem erheblichen Wertverlust der Immobilien führen. Wer ersetzt diesen Wertverlust?	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund erkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Nicht zu berücksichtigen
P080	P80.14	SO 12	Auch unsere Kinder haben schon gesagt, dass sie unter diesen Voraussetzungen, nach Beendigung der Ausbildung/Studium nicht daran denken wieder nach Hemmoor bzw. Bröckelbeck ziehen wollen und ihre Kinder hier großziehen.	Eine Wohnortentscheidung wird von einer Vielzahl von Gründen geprägt, beispielsweise verfügbare Arbeitsplätze, Infrastruktur, Verwandte. Die Gewichtung dieser verschiedenen Kriterien ist dabei subjektiv und von Mensch zu Mensch unterschiedlich. Aus diesem Grund kann dies nicht in die Raumordnung einfließen.	Kenntnisnahme
P081	P81.01	SO 04	Der geplante Windpark liegt in einem rund zehn Quadratkilometer Gebiet, das bisher nicht durch befestigte Wege erschlossen wurde und relativ ungestört ist. Die Gackauniederung, in der ein Großteil des Windparks entstehen soll und den Raum komplett durch schneiden würde, ist unter L 2618-01 als landschaftsschutzwürdig eingetragen.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 57. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Hagen im Bremischen ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P081	P81.02	U, SO 4	Das Gebiet ist aufgrund der nachgewiesenen "planungsrelevanten Arten" nach dem Artenschutz für Windenergieanlagen (WEA) ungeeignet. Begründung: Im Umweltbericht zur Fortschreibung des RROP Teilabschnitt Windenergie Teil II C zu 1.2.2.4 Standort Bramstedt wird auf Seite 23 von einer "erheblichen Umweltauswirkung bei einem Kriterium" ausgegangen. Das Planungsbüro Bosch und Partner führt dazu die auch in 2014 erfolgreiche Brut des Wespenbussards an.	Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Der Abstand zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten wird im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG).	Teilweise zu berücksichtigen
P081	P81.03	SO 04	Keine Erwähnung finden weitere relevante windenergieempfindliche Vogelarten wie Uhu, Kranich, Weiß- und Schwarzstorch, Rohrweihe und Rotmilan, die im Umfeld des Plangebiets brüten und das Gebiet zur Nahrungssuche nutzen.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 57. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Hagen im Bremischen ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P081	P81.04	SO 04	Im Sommer des vergangenen Jahres (2013) wurde ein Uhu-Nachweis bei der unteren Naturschutzbehörde eingereicht, der Kadaver eines Jungvogels wurde im Oktober 2013 vom Amt gesichert. Auch in 2014 erfolgte eine Brut des Uhu im Loher Wald, drei Jungtiere sind dem Landkreis gemeldet worden.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 57. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Hagen im Bremischen ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P081	P81.05	SO 04	Weiter brütet der Kranich am Harrendorfer Grenzgraben, südöstlich vom geplanten Windpark. In diesem Jahr (2014) mit erfolgreicher Brut und Aufzucht von drei Jungtieren. Zur Zeit halten sich täglich 9 Kraniche in der Gackau-Niederung/Harrendorfer Grenzgraben auf.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 57. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Hagen im Bremischen ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P081	P81.06	SO 04	Der Weißstorch, der sowohl in Stubben, wie in Bokel in 2014 erfolgreich gebrütet hat, hält sich regelmäßig im Plangebiet auf.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 57. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Hagen im Bremischen ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P081	P81.07	SO 04	Der Schwarzstorch nutzt die Gackau-Niederung als Nahrungsgebiet, ebenso der Rotmilan. Beide Arten brüten im Bereich des Giehler Baches bei Lübberstedt. Es ist für diese Arten kein weiter Weg bis zum Plangebiet.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 57. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Hagen im Bremischen ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P081	P81.08	SO 04	Die Rohrweihe nutzt das Plangebiet ebenfalls. Im Atlas der Brutvögel in Niedersachsen und Bremen 2005- 2008 (Herausgeber NWLKN Heft 48, Hannover 2013) wurde die Rohrweihe kartiert, weshalb ihr Vorkommen in der Kartierung des Plangebietes nicht mehr erwähnt wird, kann nicht nachvollzogen werden.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 57. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Hagen im Bremischen ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P081	P81.09	SO 04	Zwei Bussardpaare, ebenfalls mit erfolgreicher Brut sowie ein Brutpaar der Wachtel am Harrendorfer Grenzgraben zeigt die Bedeutung der Gackau-Niederung für eine Vielzahl von Vogelarten.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 57. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Hagen im Bremischen ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P081	P81.10	SO 4	Weitere Bemerkungen zum Plangebiet: Das WEA-Vorranggebiet in Bramstedt (Lohe) wurde um einen Teilbereich verkleinert. Die Verkleinerung soll auf die im April 2014 (!) genehmigte Flächennutzungsplanänderung (FN) Nr. 57 der Gemeinde Hagen jedoch keine Auswirkung hinsichtlich der Größe haben. Als Grund nennt der Landkreis das "Gegenstromprinzip", das hier jedoch nicht greift. Es war nicht der ausgesprochene Wille der Gemeinde, den FNP auf zu stellen, sondern erfolgte auf Antrag und Drängen der Investorfirma, die selbstverständlich dafür die Kosten trug. Dies ist auch daran ersichtlich, dass die Stellungnahme der Gemeinde Hagen (Vorlage-Nr: 149/ 2014 -2016 vom 16.07.2014), zum Plangebiet nur aus einem Obersatz besteht: "Im Rahmen des sogenannten Gegenstromprinzips ist bei der Überarbeitung des RROP der Planungswillen der Gemeinde zu berücksichtigen, sofern dieser den Zielen der Raumordnung nicht entgegensteht." Es fehlt jede weitere Begründung der Gemeinde Hagen, worin ein eigenständiges Interesse der Gemeinde, an der Einhaltung der F-Planung bestehen würde. Ein solches Interesse besteht auch de facto nicht, da es sich ausschließlich um das Interesse der Investorenfirma handelt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P081	P81.11	SO 4	Weshalb der F-Plan ohne weiteren Einwände im April 2014 durch den Landkreis genehmigt worden ist, obwohl das Uhu- und Wespenbussardvorkommen im Plangebiet bekannt war, kann nicht nachvollzogen werden. Ein "gewisser Vertrauensschutz" ist durch einen F-Plan für die Investorfirma nicht gegeben, denn eine Baugenehmigung kann erst nach Abschluss sämtlicher Behördenprüfungen erteilt, aber auch versagt werden. Während eines laufenden Genehmigungsverfahrens nach Bundesimmissionsschutzgesetz kann grundsätzlich keine Aussage über die abschließende Genehmigungsfähigkeit eines beantragten Vorhabens getroffen werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P081	P81.12	SO 4	Vertrauensschutz kann die Investorfirma auch nicht dadurch erlangen, wenn bereits Ausgaben getätigt wurden. Tatsächlich hat die Investorfirma ihre Pachtverträge mit den Eigentümern abgeschlossen, als das RROP 2012 noch nicht einmal zur Diskussion stand. Ebenfalls zahlt sie seit zwei Jahren Abschläge auf die bald zu erwartenden Pachterträge. Der Vertrauensschutz der Fa. Windenergie Kontor AG könnte auch durch die Vorfälle im Winter 2012/13 weggefallen sein. Wie dem Landkreis Cuxhaven bekannt ist, hatte die Gemeinde Bramstedt auf Geheiß der Investorenfirma mehr als 100 Eichen und Buchen gefällt, darunter Teile einer kartierten Wallhecke. Vermutlich wurden mit der Fäll-Aktion die für die Errichtung von Windenergieanlagen störenden und hier ansässigen Fledermäuse vergrämt oder vernichtet. Ebenso rodete der Bauhof der Gemeinde Bramstedt etliche 100 Meter Feldhecken und ein kartiertes Feldgehölz. Der damalige Bürgermeister von Bramstedt hatte in einer öffentlichen Ratssitzung den Auftrag der Rodungsarbeiten durch die Investoren eingeräumt. Der einzige, der von den Rodungsarbeiten profitierte war die Investorenfirma.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P081	P81.13	SO 4	Wer ohne Genehmigung massiv in Natur und Landschaft eingreifen lässt und Brutreviere von Fledermausarten, die ihren Planungen entgegenstehen, rechtswidrig beseitigen lässt, kann keinen "Vertrauensschutz" für sein Vorhaben geltend machen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P081	P81.14	SO 4	Weiter verweise auf meine umfangreiche Stellungnahme zum RROP 2012 vom 14.09.2010.	Alle in der Stellungnahme vom 14.09.2010 aufgeführten Aspekte wurden im Zuge des Verfahrens zum RROP 2012 umfassend geprüft, ausgewertet und abgewogen. Im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung zum RROP 2014 wurde dem Verweis gefolgt und die Stellungnahme vom 14.09.2010 im Hinblick darauf geprüft, ob durch Veränderungen (bspw. in der Rechtsprechung oder durch neue Erkenntnisse in Bezug auf die Windempfindlichkeit bei bestimmten Vogelarten) eine Neubewertung der aufgeführten Aspekte notwendig ist. Dies ist nicht der Fall. Insoweit können aus dieser Stellungnahme keine neuen Erkenntnisse in den Planungsprozess einfließen. Für die Auswertung Auswertung und Abwägung wird auf die Informationsvorlage 178/2011 verwiesen.	Kenntnisnahme
P082	P82.01	SO 09	Im Rahmen der Neuaufstellung des RROP bitten wir um die Einstellung des Genehmigungsverfahrens für die Vorrangfläche Geversdorf/Oberndorf im RROP 2014, da die aktuelle Rechtsprechung hierfür von einer Festlegung als "harte Tabuzone" ausgeht. Die Fläche würde somit einer Windenergienutzung nicht zur Verfügung stehen.	Es ist nicht nachvollziehbar, wieso die aktuelle Rechtsprechung für diese Vorrangfläche von einer harten Tabuzone ausgehen sollte. Der Landkreis Cuxhaven hat die Ausschlusskriterien nach aktueller Rechtsprechung aufgestellt. Das Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf stellt weder eine harte Tabuzone, noch eine weiche Tabuzone dar.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P082	P82.02	SO 09	Der geplante Windpark würde unseren Lebensraum unzumutbar und inakzeptabel beeinträchtigen. Unser Haus am Wetterdeich liegt nur 500 m vom geplanten Vorranggebiet entfernt. Wir befürchten unzumutbaren Lärm und Schattenschlag wie auch gesundheitsgefährdenden Infraschall.	Eine Ausweisung einer Vorranggebietes bedeutet nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen. Der Schutz der Bürger ist bei der Erstellung des RROP maßgeblich gewesen.	Kenntnisnahme
P082	P82.03	SO 09	Sind die Infraschalluntersuchungen von behördlicher Seite z.B Gesundheitsbehörde begleitet worden ? Die Anhaltswerte — zulässige Grenzwerte — sind gegenüber 2011 wieder erhöht worden. Ist das hier berücksichtigt worden?	Die Infraschalluntersuchungen finden nicht auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms statt, sondern erst wenn die genauen Standorte der Anlagen feststehen im Genehmigungsverfahren gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz.	Nicht zu berücksichtigen
P082	P82.04	SO 09	In einem Umkreis von 500 bis 1000 um die Vorrangflächen "Gevendorf/Oberndorf und Oederquart/Wetterdeich" befinden sich ca. 150 Wohngebäude. Ohne die kumulative Wirkung der beiden Windparks zu berücksichtigen, wird alleine der Grenzwert, TA- Lärm in nahezu allen Immissionswerten überschritten.	Wie bereits ausgeführt bedeutet ein Vorranggebiet nicht, dass dort auch Windenergieanlagen verwirklicht werden müssen. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens müssen die Betreiber Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass keine schädlichen Auswirkungen bspw. im Bereich der Immissionen entstehen.	Nicht zu berücksichtigen
P082	P82.05	SO 09	Ebenso werden die zulässigen Beschattungsdauern teilweise um ein vielfaches überschritten.	Diese Thematik wird nicht auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms abgearbeitet, sondern erst im Rahmen der Genehmigung nach BImSchG.	Nicht zu berücksichtigen
P082	P82.06	SO 09	Es zeigt sich, dass die Abstände zur Wohnbebauung deutlich zu gering gewählt worden sind und damit hohe Abschaltzeiten die Wirtschaftlichkeit dieses Windparks in Frage stellen.	Die Thematik der Abschaltzeiten wird nicht auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogrammes behandelt, sondern erst im Rahmen der Genehmigung.	Nicht zu berücksichtigen
P082	P82.07	SO 09	Im Erläuterungsbericht des Urteils des OVG-Lüneburg v. 14.05.2014 steht unter anderem, "das man schon diese Abstände zum Anlass nehmen kann um auf die Ausweisung des Gebietes zu verzichten, sofern er der Windenergienutzung im Übrigen hinreichend Raum gibt". Es ist wohl unstrittig, dass das Soll der Energiegewinnung im Landkreis Cuxhaven durch Windkraftanlagen bei weitem erfüllt ist.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtssprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt. Das vom Landkreis Cuxhaven aufgestellte einheitliche Konzept wird nicht durch die Herausnahme eines einzelnen Standortes außer Kraft gesetzt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P082	P82.08	SO 09	Aufgrund der gesundheitlichen Schäden, die von den modernen 200m hohen Anlagen ausgehen, fordern Experten einen Mindestabstand der 10fachen Höhe zu jeglicher Wohnbebauung. In einigen Bundesländern ist das schon umgesetzt worden und auch das Land Niedersachsen denkt darüber nach (siehe NEZ v. 13.8.14)	Die angesprochenen Regelungen beispielsweise in Bayern und Sachsen, die sich derzeit lediglich als Entwurf in der Diskussion befinden und noch nicht umgesetzt wurden, beziehen diesen 10fachen Abstand lediglich auf Wohngebäude im Siedlungsbereich; zu Einzelgebäuden und Splittersiedlungen muss dieser Abstand nicht eingehalten werden. In Niedersachsen ist ein 10facher Abstand kein Thema. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung eines Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Nicht zu berücksichtigen
P082	P82.09	SO 09	Wir wehren uns auch gegen die Zerstörung von Landschaft und Natur in diesem sensiblen Gebiet der Ostemarsch mit angrenzenden FFH-Gebieten, dem Naturschutzgebiet Schnook und der Oste als Vogelzugleitlinie. (siehe anhängende Karte). Die Belange des Artenschutzes sind Ihrer Behörde hinlänglich bekannt Siehe Stellungnahmen der Unteren Naturschutzbehörde LK Cuxhaven und Gutachten Dr. Schreiber v. 2013 und Begutachtung Bosch + Partner, sowie das Grundsatzpapier RROP 2014 vom BUND.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	zu berücksichtigen
P082	P82.10	SO 09	Das Storchennest auf unserem Grundstück Wetterdeich 6 wurde zuerst 2013 und auch seit dem 23. März 2014 regelmässig besucht (siehe Fotos im Anhang). Die Störche sind den ganzen Sommer über auf Nahrungssuche auf den umliegenden Äckern und Wiesen. Damit wird deutlich, dass die Vorrangfläche mitten in einem Storchengebiet ausgewiesen wurde und damit der vorgeschriebene Abstand nicht eingehalten wird.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Zu berücksichtigen
P082	P82.11	SO 09	Aus diesen von uns erwähnten Gründen, ersuchen wir Sie auf die Ausweisung des Vorranggebietes "Geversdorf/Oberndorf" zu verzichten.	Auf eine Ausweisung des Vorranggebietes wird nicht verzichtet. Es wird auf die Ausführungen zu den einzelnen Argumenten verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen
P083	P83.01	SO 31	als Eigentümerin einer kleinen, aber feinen Immobilie am Großen Wegfährels 17 erhebe ich Einwände gegen die erneute Ausweisung des Flächenplanes Osten-Isensee. Ich habe das kleine Rettdachhäuschen 2006 als Ferienhaus und späteren Alterswohnsitz erworben. In Ihren schönen Landkreis wollte ich wegen der Natur und Ruhe ziehen. Inzwischen habe ich bereits jede Menge Geld an den Landkreis gezahlt, auch teilweise äußerst fragwürdige Dinge. Wie unter anderem für eine 6.500,-€ teure Kläranlage für ein 63 qm großes Ferienhaus. Nebenan gült der Bauer regelmässig — ungeklärt! Aber ich schweife ab. Daran wird mein „heiliger“ Zorn sichtbar.	Dies wird zur Kenntnis genommen. Für die Raumordnung ist dies jedoch ohne Belang.	Kenntnisnahme
P083	P83.02	SO 31	Es geht um der Errichtung von Windkraftträdern in einer Entfernung von 500m zu meinem Häuschen. Damit ist es mit Ruhe und Natur vorbei.	Es wird zur Kenntnis genommen, dass die WEA subjektiv als Störung wahrgenommen werden. Der Landkreis hat jedoch Kriterien aufgestellt, die auf geltendem Recht, Empfehlungen sowie fachlichen Einschätzungen basieren. Der Abstand zur Wohnbebauung wird deshalb als ausreichend erachtet.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P083	P83.03	SO 31	<p>Ich bin entschieden dagegen:</p> <p>— da wir eine Streusiedlung und keine „Häuser mit Einzellage“ sind, eine Siedlung mit ausgesprochen guter Nachbarschaft, die wieder einmütig gegen die Errichtung von Windrädern so nah an ihren Häusern sich wehren wird. Nötigenfalls auch gerichtlich!</p>	<p>Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Der gesamte Bereich rund um die ausgewiesene Fläche wurde zu Fuß intensiv erkundet und geprüft, für die Dokumentation wurden in allen fraglichen Bereichen Fotos angefertigt. Als Ergebnis wird festgehalten, dass die Einstufung der Siedlungslagen im Entwurf des RROP 2014 als richtig angesehen wird. Die als sonstige wohnbauliche Nutzung eingestuft Bereiche erfüllen nicht die Kriterien einer Ortslage. Es konnten lediglich punktuell Ansammlungen von maximal 6-7 Häusern festgestellt werden. Diese Einschätzung wird ebenfalls von den Vertretern der Samtgemeinde sowie der Politik geteilt.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P083	P83.04	SO 31	<p>— Da die gesundheitlichen Folgen des Betriebes der Windräder nicht einschätzbar sind.</p>	<p>Mögliche nachweisbare Gesundheitsgefährdungen sind Bestandteil der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P083	P83.05	SO 31	— Da es in dem ausgewiesenen Gebiet viele schützenswerte Tierarten gibt	<p>Alle naturschutzfachlichen Belange auf Flächen, die für eine Windkraftnutzung ausgewiesen werden, werden im Rahmen eines mehrstufigen Verfahrens geprüft. Der Detaillierungsgrad nimmt dabei auf jeder Ebene zu, da auf jeder Ebene konkretere Informationen zur geplanten Nutzung bekannt sind. So können beispielsweise Auswirkungen einzelner Anlagen auf Ebene der Regionalplanung nicht geprüft werden, da die Anlagenkonfigurationen erst im Zuge der Genehmigung nach BImSchG bekannt sind.</p> <p>1. Auf Ebene der Regionalplanung werden in einem ersten Schritt harte und weiche Tabuzonen basierend auf Gesetzen, rechtlichen Vorgaben, Empfehlungen und fachlichen Einschätzungen festgelegt, die dafür Sorge tragen, dass die Natur, die Landschaft, die Menschen und die Tierwelt geschützt werden.</p> <p>2. Die Potentialflächen, die sich durch die Tabuzonen ergeben, werden im Rahmen einer naturschutzfachlichen Einschätzung vertiefend vom Naturschutzamt des Landkreises Cuxhaven geprüft.</p> <p>3. Auf Gemeindeebene wird bei der Aufstellung der Bauleitpläne die jeweilige Fläche erneut detaillierter geprüft. Unter anderem muss verpflichtend ein Umweltbericht erstellt werden.</p> <p>4. Auf der Genehmigungsebene muss von den Anlagenbetreibern mittels Gutachten nachgewiesen werden, dass von den konkreten Anlagen keine schädlichen Einflüsse auf Schutzgüter ausgehen.</p>	Kenntnisnahme
P083	P83.06	SO 31	— Da ich für eine Belebung unserer schönen Region bin und nicht die letzten Touristen und erholungssuchenden Ferienhausbesitzer vertreiben will.	<p>Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird.</p> <p>Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.</p>	Kenntnisnahme
P083	P83.07	SO 31	— Da ich nach wie vor überzeugt bin, dass wir in einer Demokratie leben und 81,3% der Ostener gegen die Windräder gestimmt haben.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P083	P83.08	SO 31	— Da das Soll für die Ausweisung von Windenergie bereits vom Landkreis erfüllt worden ist.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Nicht zu berücksichtigen
P083	P83.09	SO 31	— Da das Häuschen Wegfährels meine "Altersabsicherung" ist und es wesentlich an Wert verlieren würde.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Kenntnisnahme
P083	P83.10	SO 31	Abschließend möchte ich nochmals generell an den Landkreis Cuxhaven appellieren, den Aspekt der Neubürger/Zugezogenen/Ferienhausbesitzer als Bereicherung zu sehen und nicht nur, wie es ein Mit-Ostener Mitbürger auf einer Versammlung richtig sagte, „wir können die vielen Hamburger und Konsorten doch nicht immer nur melken! Ich als Milchbauer muss das wissen!“ Dem kann ich nur zustimmen, auch wenn ich keine Hamburgerin bin, sondern eine Rheinländerin. Ich denke, in mehrfacher Hinsicht kann man gut voneinander profitieren.	Der Landkreis Cuxhaven sieht alle Neubürger als Bereicherung. Es ist nicht ersichtlich, inwieweit das RROP dagegen sprechen würde.	Kenntnisnahme
P083	P83.11	SO 31	Der Wert von Lebensqualität ist unmessbar. Diese Region hat viele Voraussetzungen für Lebensqualität. Nur wird diese gerade durch unbesonnene Massnahmen zumindest eingeschränkt aus der Motivation des schnellen Geldes heraus. Vernichten wir doch nicht dieses große Gut, das wir in unserem Landkreis haben.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Dabei geht es nicht um schnelles Geld, sondern um die Umsetzung der Energiewende. Eine hohe Lebensqualität wird im Landkreis Cuxhaven auch weiterhin gegeben sein.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P083	P83.12	SO 31	Ich bin generell nicht gegen alternative Energiegewinnung, auch nicht gegen Windkraft. Aber es gibt genügend ausgewiesene Flächen im Kreis, deren Anwohner mit der Ansiedlung von Windrädern einverstanden sind und deren Gebiete nicht so nah an touristischen Attraktionen wie die Ostener Schwebelfähre liegt. Ist es nicht möglich das Gut der „Lebensqualität“ zu erhalten und auch dadurch Einnahmen zu erzielen? Ich für meinen Teil rühre kräftig die Werbetrommel für den Landkreis Cuxhaven als Ferien- und Erholungsgebiet.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden.	Kenntnisnahme
P084	P84.01	A	wie Ihnen bekannt ist, setzt sich der Landesverband Landschaftsschutz Niedersachsen e.V. seit Jahren für den Schutz von Natur und Landschaft und den Erhalt der Heimat ein. Zur Fortschreibung des RROP des Landkreises Cuxhaven macht der LLS folgende Anregungen und Bedenken geltend: Das derzeit gültige RROP wurde in 2012 nach ausführlicher Beratung verabschiedet und sollte eine unkontrollierte Verspargelung der Landschaft abwenden. Die darin ausgewiesenen Standorte sind bis heute noch nicht alle genehmigt bzw. bebaut. Nach aktueller Rechtsprechung sind sogar einige Standorte hinfällig. Wo schon Windkraftanlagen errichtet wurden, sollen diese Bestandsschutz haben. Die Überarbeitung des RROP unter Berücksichtigung "harter" und "weicher" Standortfaktoren soll nun Rechtssicherheit bringen.	Kenntnisnahme. Dies ist richtig wiedergegeben.	Kenntnisnahme
P084	P84.02	A	Der LLS hatte mit Schreiben vom 16.09.2010 auch zum jetzt gültigen RROP Anregungen und Bedenken eingereicht, die an Aktualität letztlich nichts verloren haben.	Alle in der Stellungnahme vom 16.09.2010 aufgeführten Aspekte wurden im Zuge des Verfahrens zum RROP 2012 umfassend geprüft, ausgewertet und abgewogen. Im Zuge der Öffentlichkeitsbeteiligung zum RROP 2014 wurde dem Verweis gefolgt und die Stellungnahme vom 16.09.2010 im Hinblick darauf geprüft, ob durch Veränderungen (bspw. in der Rechtsprechung oder durch neue Erkenntnisse in Bezug auf die Windempfindlichkeit bei bestimmten Vogelarten) eine Neubewertung der aufgeführten Aspekte notwendig ist. Dies ist nicht der Fall. Insoweit können aus dieser Stellungnahme keine neuen Erkenntnisse in den Planungsprozess einfließen. Für die Auswertung Auswertung und Abwägung wird auf die Informationsvorlage 178/2011 verwiesen.	Kenntnisnahme
P084	P84.03	A	Da die Offshore-Projekte ins Stocken geraten sind, übt die Windkraftlobby inzwischen massiven Druck auf die Landesregierung und sicherlich auch auf die Genehmigungsbehörden aus, um weitere Standortflächen an Land zu generieren.	Ein Druck seitens der Windkraftlobby gegenüber dem Landkreis Cuxhaven besteht nicht. Die Kriterien zur Ausweisung von Vorranggebieten wurden nach aktuellen rechtlichen Vorgaben und fachlichen Einschätzungen aufgestellt und politisch beschlossen. Diese Kriterien wurden einheitlich auf das gesamte Landkreisgebiet angewandt.	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.04	A	Die Politik sieht angesichts leerer Kassen in Ländern und Gemeinden in erster Linie nur noch eine Einnahmequelle in der Ausweisung weiterer Flächen, die „ökologisch“ gedachte Energiewende wird zum »ökonomischen« Abschöpfen von Steuergeldern beim Stromverbraucher umfunktioniert.	Es ist richtig, dass die Windparks über Steuern zur Finanzierung der Gemeindehaushalte beitragen können. Hiervon profitieren jedoch auch die Bürger. Gleichwohl geschieht die Ausweisung von Windkraftstandorten nicht aus dem Argument des maximalen Profits heraus. Im Landkreis wurde ein einheitliches Planungskonzept mit Kriterien aufgestellt, die die Bürger und die Natur schützen. Die Politik hat sich dabei bewusst gegen die Forderungen einiger Unternehmen gestellt, durch geringere Kriterien mehr Standorte zu schaffen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P084	P84.05	A	Der Stromverbraucher zahlt über das EEG nicht nur an die Stromerzeuger und über die Herstellungskosten etlicher Produkte, die durch das EEG verteuert werden sondern die Politik investiert darüber hinaus Milliarden von Steuergeldern in den Ausbau von Infrastruktur zugunsten der Windparkbetreiber. Es ist also damit zu rechnen, dass man sich mit den im aktuellen Entwurf des RROP ausgewiesenen Flächen nicht zufrieden geben wird.	Die Bundesrepublik Deutschland trägt Sorge dafür, dass innerhalb des gesamten Bundesgebietes eine Versorgungssicherheit gegeben ist. Bedingt durch die politisch gewollte und gesellschaftlich akzeptierte Energiewende ist es notwendig, sowohl Erneuerbare Energien auszubauen, als auch neue Stromleitungen zu bauen, die den erzeugten Strom aus den windhöffigen Gebieten im Norden in industriell geprägte Gebiete bspw. in Süddeutschland liefern. Hiervon profitiert jeder Bürger, da nur so zum einen ermöglicht wird alle Atomkraftwerke auf Dauer abzuschalten und zum anderen den Produktionsstandort Deutschland aufrecht zu erhalten. Die Finanzierung von Infrastruktur, sowohl direkt als auch indirekt, durch die öffentliche Hand ist somit sinnvoll. Zufahrtsstraßen zu einzelnen Windkraftanlagen müssen jedoch von den Unternehmen selbst gezahlt werden. Forderungen nach weiteren Standorten sind stets gegeben, sowohl von den Unternehmen, als auch teilweise von der lokalen Politik und von Bürgern. Der Landkreis Cuxhaven hat jedoch ein für das gesamte Landkreisgebiet einheitliches Gesamtkonzept entwickelt, von dem nicht abgewichen wird.	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.06	A	Daher ist es dringend geboten, den Ausbau der Windenergie im Landkreis Cuxhaven endlich zu deckeln. Die bereits errichteten Windparks sind mehr als genug, der Landkreis hat sein SOLL schon lange erfüllt.	Die Vorgabe im RROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtssprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P084	P84.07	E 01	Es wird höchste Zeit, dass angesichts der enormen Höhe der heutigen Anlagen die Abstandsregelung zu jeglicher Wohnbebauung mindestens auf 2000m bzw. auf das 10fache der Anlagenhöhe festgesetzt wird, damit die Wohn- und Lebensqualität der Bewohner anliegender Häuser nicht völlig zunichte gemacht wird. Bayern hat diesen Beschluß bereits gefasst, Baden Württemberg wird sich voraussichtlich anschließen.	Die angesprochene Regelung in Bayern, die sich derzeit lediglich als Entwurf in der Diskussion befindet, bezieht diesen 10fachen Abstand lediglich auf Wohngebäude im Siedlungsbereich; zu Einzelgebäuden und Splittersiedlungen muss dieser Abstand nicht eingehalten werden. Der Landkreis Cuxhaven setzt als Abstand zur Ortslage 1000 Meter fest. Bei den im Landkreis Cuxhaven derzeit gängigen Anlagen von 140 Metern entspricht dies einem 7fachen Abstand. Selbst bei einer Anlagenhöhe von 200 Metern wäre dieser Abstand das 5fache der Anlagenhöhe. Eine solche Regelung wird daher als ausreichend erachtet, da auch in der Rechtsprechung deutlich geringere Abstände als ausreichend betrachtet werden. Im Übrigen bedeutet eine Ausweisung eines Vorranggebietes nicht, dass auch tatsächlich an dieser Stelle Windenergieanlagen gebaut werden. Hierzu muss ein Antrag nach Bundes-Immissionsschutzgesetz eingereicht werden. Im Genehmigungsverfahren müssen die Betreiber der Windenergieanlagen umfangreiche Gutachten einreichen, die aufzeigen, dass die Anlagen den gesetzlichen Vorgaben genügen und diese keine schädlichen Umwelteinflüsse auslösen.	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.08	A	Die Schallbelastung durch das Wummern der Rotoren, aber auch die optisch erdrückende Wirkung, belasten viele Menschen im Landkreis, gesundheitliche Folgen durch Infraschall bleiben unberücksichtigt, soll es angeblich nicht einmal geben.	Eine optisch bedrängende Wirkung wird durch die festgelegten harten Tabuzonen ausgeschlossen. Der Landkreis Cuxhaven erfüllt mit diesen die rechtlichen Vorgaben. Im Genehmigungsverfahren müssen Anlagenbetreiber Gutachten vorlegen, die sicherstellen, dass von den Windenergieanlagen keine schädlichen Auswirkungen ausgehen.	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.09	E 01	Wir fordern, dass der Landkreis bei der Festlegung der Windkraftstandorte die daraus resultierenden international bekannten Gesundheitsgefahren berücksichtigt. Dieses wird aufgrund der immer höher werdenden Anlagen mit entsprechend mächtigeren Rotoren wichtiger als je zuvor. Auch aus diesem Grund sind größere Abstände zu jeder Wohnbebauung unverzichtbar.	Bei der Ausstellung der harten und weichen Tabuzonen hat der Landkreis Cuxhaven alle rechtlichen Vorgaben eingehalten. Über die Vorgaben hinaus hat der Landkreis Vorsorgeabstände festgelegt. Eine Gesundheitsgefährdung durch Windkraftanlagen bei Einhaltung der rechtlichen Vorgaben ist nicht bekannt. Im Rahmen der Genehmigung nach BImSchG müssen dennoch die Betreiber umfangreiche Gutachten vorlegen, die aufzeigen, dass eine Gefährdung für Schutzgüter nicht gegeben ist.	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.10	A	Warum benachteiligt die Politik die Menschen in Norddeutschland? Bürger, die Ruhe suchen, lassen sich hier gar nicht erst nieder, andere ziehen entnervt weg. Die demographischen Probleme werden damit noch verstärkt.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P084	P84.11	A	Das EEG, die Energiewende und die damit verbundenen neuen Bauvorschriften zwingen insbesondere ältere Menschen zum Verkauf ihrer Häuser. Die Nähe zu Windparks mindert den Wert der Immobilien bis hin zur Unverkäuflichkeit, ein weiterer Verlust, den die Bürger hinnehmen müssen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung eines Grundstückes oder Hauses. Aus diesem Grund erkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts keinen Entschädigungsanspruch an. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.12	A	Die vielen versprochenen Arbeitsplätze sind bis heute nicht entstanden, die Mehrzahl der Arbeitsverhältnisse war befristet bzw. über Leiharbeit geregelt, Hunderte von Arbeitsplätzen wurden bereits wieder abgebaut, einige Unternehmen sind in die Insolvenz gegangen oder haben geplante Projekte begraben. Investitionen in Infrastruktur waren zum Teil vergeblich, also verschwendete Steuergelder.	Dies ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.13	A	Die Bürger im Landkreis Cuxhaven haben durch die schon bestehenden Windparks hinreichend Opfer gebracht. Die Ruhe in der Landschaft ist verloren gegangen, es gibt kaum noch ein Blickfeld ohne Rotoren. Blickt man vom Wasser auf die Küste, sieht man Windräder wie an einer Perlenschnur aufgereiht, nun soll möglicherweise auch der Blick auf das Meer und den Horizont noch zerstört werden.	Der Gesetzgeber, die Bundesrepublik Deutschland, hat sich bewusst dafür entschieden, dass Windkraftanlagen im Außenbereich privilegiert sind. Dies bedeutet, dass normalerweise überall außerhalb der Ortschaften Windkraftanlagen möglich wären, sofern öffentliche Belange (z.B. der Naturschutz) dem nicht entgegenstehen. Die Energiewende ist in Deutschland politisch gewollt und auch gesellschaftlich akzeptiert. Der Landkreis Cuxhaven hat als besonders windhöffiger Standort dabei eine besondere Verantwortung, um eine stabile und sichere Energieversorgung zu gewährleisten. Der Landkreis Cuxhaven ist sich jedoch zugleich auch der besonderen Verantwortung gegenüber der Natur und den Menschen im Landkreis bewusst. Um somit eine, rechtlich mögliche, "Verspargelung" der Landschaft zu verhindern, wurde ein einheitliches Planungskonzept für den gesamten Landkreis erstellt, welches die Windenergie auf möglichst große Standorte konzentriert. Zudem wurden Kriterien aufgestellt, die sicherstellen, dass sowohl die Natur und die Bürger geschützt werden, als auch das Landschaftsbild möglichst so gering wie möglich beeinträchtigt wird.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P084	P84.14	A	Ein "Arbeitskreis" der Landesregierung unter Umweltminister Wenzel besteht aus vierzehn Windkraftlobbyisten und zwei Naturschützern, keiner vertritt in diesem Kreis die Rechte und Interessen der Bürger. Der Ausverkauf der Landschaft wird eingeläutet. Naturschützer werden mit Geldzuwendungen für die Aufwertung verbliebener Flächen in Kompromisse gelockt (siehe IKEA in Bremerhaven, ein Landschaftsschutzgebiet wurde geopfert...). Die Bürger dürfen "Bedenken" äußern, wenn sie direkt als Anlieger betroffen sind. In den meisten Fällen gilt Pech gehabt. Das Gemeinwohl fällt unter den Tisch.	Siehe P84.13	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.15	A	Es ist „Sale“, Landschaftsschlussverkauf. Windparkstandorte im Cuxland sind ausverkauft! Schluss mit weiteren Windparks! Und dort, wo Windparks errichtet sind, die nach heutigen Kriterien nicht mehr genehmigungsfähig wären, darf es auch keinen Ausbau mehr geben, ein Bestandsschutz ist schon schlimm genug. Was verboten ist, kann man nicht „ein bisschen“ erlauben!	Wie bereits dargelegt, wird in Deutschland eine Energiewende betrieben und der Windkraft wurde eine Privilegierung zugesprochen. Eine Verhinderung von Windkraftanlagen ist somit rechtlich nicht möglich und politisch und gesamtgesellschaftlich nicht gewollt. Mit dem einheitlichen Planungskonzept und den Kriterien wird jedoch sicher gestellt, dass die Bürger und die Natur geschützt werden. Altstandorte, die nicht den aktuellen Kriterien entsprechen, werden für den RROP Entwurf 2015 intensiv auf entgegenstehende Belange geprüft. Hierbei ist jedoch auch zu beachten, dass in diese Standorte bereits Investitionen getätigt wurden und eine Gewöhnung an die Standorte seitens vieler Bürger und der Natur besteht. Zudem gibt es seitens der Gemeinden und seitens vieler Bürger ein starkes Interesse daran, diese Standorte fortzuführen. Diese unterschiedlichen Belange werden im Rahmen des RROP Entwurfs 2015 miteinander abgewogen.	Kenntnisnahme
P084	P84.16	A	Die Windparkplaner hassen Fledermäuse, Seeadler, Rotmilan und anderes unter Artenschutz stehendes Getier, weil deren Rechte höher bewertet werden als die der Menschen. Mit NABU und BUND hat die Natur immerhin eine Lobby, die mitreden darf. Naturschutz und Artenvielfalt gegen die Interessen der Windindustrie — ein Spagat, wenn sie andererseits die Windkraft befürworten, wie die Naturschutzverbände es tun.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P084	P84.17	A	Insbesondere Seeadler und Fledermäuse führen zu Problemen bei der Windparkgenehmigung. Umfangreiche Gutachten führen je nach Auftraggeber zu unterschiedlichen Ergebnissen.	Es ist richtig, dass avifaunistische Belange einen hohen Stellenwert bei der Genehmigung von Windkraftanlagen einnehmen. Alle im Rahmen der Genehmigung eingereichten Gutachten müssen den gesetzlichen Standards entsprechen; zum Teil werden Gutachten durch das Naturschutzamt zurückgewiesen, sofern diese nicht den methodischen Standards entsprechen.	Kenntnisnahme
P084	P84.18	A	Bei Fledermäusen könnten neue Forschungsergebnisse dazu führen, dass bestehende Anlagen grundsätzlich pausieren müssen, wenn die Tiere aktiv sind.	Für die Errichtung neuer Windkraftanlagen muss stets ein Genehmigungsantrag nach Bundesimmissionsschutzgesetz gestellt werden. Im Zuge dieses Verfahrens werden verschiedene Belange, unter anderem auch der Naturschutz, geprüft. Soweit schützenswerte Fledermausarten in dem entsprechenden Gebiet leben bzw. jagen werden die Anlagenbetreiber zu gewissen Abschaltzeiten verpflichtet. Dieses Vorgehen ist jedoch nicht neu, sondern bereits seit Jahren der Standard.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P084	P84.19	SO 35	Am Polder Glies brüten Seeadler. Vogelkundler am Polder Glies haben beobachtet, dass in diesem Jahr die begonnene Brut abgebrochen wurde, wie auch in Kührstedt. Als Ursache werden Ultraleichtflugzeuge aus Kührstedt als Störfaktoren vermutet. Könnte es vielleicht möglich sein, dass hier auch mutwillig auf andere Weise gestört wurde.	Der Windpark in Schiffdorf-Sellstedt wurde nicht als Vorranggebiet und auch nicht als bauleitplanerisch gesicherter Bereich ausgewiesen. Dieser Windpark hat nur noch einen Bestandsschutz und wird auslaufen.	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.19	SO 2	Bei Kührstedt brüten Seeadler. Vogelkundler am Polder Glies haben beobachtet, dass in diesem Jahr die begonnene Brut abgebrochen wurde, wie auch in Kührstedt. Als Ursache werden Ultraleichtflugzeuge aus Kührstedt als Störfaktoren vermutet. Könnte es vielleicht möglich sein, dass hier auch mutwillig auf andere Weise gestört wurde.	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, dass im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung bleibt nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor; diese ist lt. Weisung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz jedoch erforderlich. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, nicht gegeben.	Kenntnisnahme
P084	P84.20	A	Das Weltnaturerbe Wattenmeer und wunderschöne Natur- und Landschaftsschutzgebiete machen das Cuxland einzigartig für Bewohner und Touristen. Retten Sie diesen Schatz und bewahren Sie das Cuxland vor weiteren Beeinträchtigungen.	Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen. Ein bestmöglicher Schutz der Landschaft wird sichergestellt.	Kenntnisnahme
P084	P84.21	A	Der LLS fordert: • Keine weiteren Windkraft-Standorte im Cuxland	Siehe P84.06	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.22	A	• Abstand zu jeglicher Wohnbebauung: mindestens 2000m bzw. die 10fache Anlagenhöhe	Siehe P84.07	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.23	A	• Landschafts- und Naturschutzgebiete sowie Wälder müssen unangetastet bleiben	Dies wird durch die vom Landkreis aufgestellten Tabuzonen gewährleistet.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P084	P84.24	A	• Abschaltregelungen bei Fledermausvorkommen	Dies kann im Rahmen der Regionalen Raumordnungsprogramms nicht bestimmt werden. Dieser Aspekt wird jedoch im Rahmen einer Genehmigung nach BImSchG behandelt.	Nicht zu berücksichtigen
P084	P84.25	A	• Verbot von Windkraftanlagen bei Seeadlervorkommen	Dies wird durch die vom Landkreis aufgestellten Kriterien gewährleistet.	Kenntnisnahme
P085a	P85/A.01	SO 2	ich bin Eigentümer der Grundstücke Bederkesa Flur 27 Flurstücke 25 und 24 im folgenden Pastorenmoor. Gegen die Ausweisung des Vorranggebietes Bederkesa /Alstedt bestehen meine Bedenken im Wesentlichen fort, insofern verweise ich auf meine Stellungnahme vom 15.1.2014 (Anlage als Bestandteil dieser Einwände)	Die angesprochene Stellungnahme wird unter P85/C ausgewertet.	Kenntnisnahme
P085a	P85/A.02	SO 2	Sie wird zusätzlich gestützt durch die Neufassung des Landesraumordnungsprogramms (im Entwurf), das den Erhalt des Erholungswertes der Landschaft ausdrücklich als Ziel der Raumordnung (Ziele 07) hervorhebt.	Der Erholungswert der Landschaft entfällt durch die Ausweisung eines Vorranggebiet für Windenergienutzung nicht. Es handelt sich beim Erholungswert um ein subjektives Empfinden, das nicht objektiv in die Planung eingestellt werden kann.	Kenntnisnahme
P085a	P85/A.03	SO 2	Vorranggebiete mit Freiraumfunktion (Ziff 3 Abs 03) werden gar nicht ausgewiesen. Hier wäre gerade der Bereich Bad Bederkesa mit dem FHH Gebiet Wald und See Höhenrücken und Landschaft zwischen den Wäldern Drangstedt u Kührstedter Holz Gebiete, die nach Zi 312 –Natur u Landschaft - als wertvoll zu erhalten sind, nun aber durch den zusätzlichen Ausweis des Windparks Bederkesa gefährdet werden.	Der Erholungswert der Landschaft entfällt durch die Ausweisung eines Vorranggebiet für Windenergienutzung nicht. Es handelt sich beim Erholungswert um ein subjektives Empfinden, das nicht objektiv in die Planung eingestellt werden kann.	Kenntnisnahme
P085a	P85/A.04	SO 2	Der Blick von der denkmalgeschützten Mühle zeigt bereits heute die gravierende Zerstörung des Landschaftsbildes durch die im 10 km Radius aufragenden Türme der Windparks Wittgeeste , Ringstedt u Flögel. Deshalb darf das Pastorenmoor nicht auch noch „ zugestellt“ werden, da es sich hier um einen wertvollen Teil der Erholungslandschaft handelt.	Der Erholungswert der Landschaft entfällt durch die Ausweisung eines Vorranggebiet für Windenergienutzung nicht. Es handelt sich beim Erholungswert um ein subjektives Empfinden, das nicht objektiv in die Planung eingestellt werden kann.	Kenntnisnahme
P085a	P85/A.05	SO 2	Die wesentlichen Zielaussagen der Neufassung des Landesraumordnungsprogramms und die Umsetzung in Vermeidung von Landschaftsbildzerstörung wertvoller Gebiete und landschaftsgebundener Erholung werden im ausgelegten RROP nicht berücksichtigt. Dies ist bei der Ausweisung von „ Eignungsgebieten“ aber erforderlich aus der Sicht des LROP. Vgl auch NLT Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie vom 21.01.2014)	Der Erholungswert der Landschaft entfällt durch die Ausweisung eines Vorranggebiet für Windenergienutzung nicht. Es handelt sich beim Erholungswert um ein subjektives Empfinden, das nicht objektiv in die Planung eingestellt werden kann.	Kenntnisnahme
P085a	P85/A.06	SO 2	Auch der Hinweis auf die vollständige Rückbauverpflichtung ist zwar angeführt, wird aber wie schon im Diskussionsbeitrag von Herrn Leonhard anlässlich der Vorstellung der Neufassung des RROP ausgeführt, faktisch nicht möglich sein. Hier hat der Landkreis Vorkehrungen zu treffen, dass durch die Aufgabe der Höhenbegrenzung ein Rückbau auch technisch möglich ist.	Der Rückbau von Außenbereichsvorhaben nach Betriebsaufgabe ist im BauGB festgeschrieben und wird insofern wohl nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Fundamente, Wegebau und Erschließung sind notwendige Bestandteile des Außenbereichsvorhabens und somit ebenfalls von der Rückbauverpflichtung abgedeckt. Die Aufnahme in das RROP hat damit eher klarstellenden Charakter und bedeutet gegenüber den heutigen Regelungen keine Änderung. Durch die neue Formulierung unter Ziffer 04 der "Beschreibenden Darstellung" im Entwurf 2015 (Rückbau bis zu einer Tiefe von 2,5m) wird eine Abwägung der verschiedenen Belange zum Rückbau berücksichtigt. Sofern im Einzelfall eine Nachnutzung von Wegeflächen sinnvoll ist, kann dies ausnahmsweise geregelt werden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085a	P85/A.07	SO 2	Hiervon sind meine Grundstücke besonders betroffen. Sie sind im Übrigen auch Überfluggebiet beider Seeadler aus dem Löhbusch mehrfach durch Fotos und Zeugenaussagen dokumentiert.	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, das im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung bleibt nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor; diese ist lt. Weisung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz jedoch erforderlich. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, nicht gegeben.	Kenntnisnahme
P085a	P85/A.08	SO 2	Ebenfalls ist die Brut einer Sumpfohreule in den freien Flächen des Moores in Vorjahren durch Zeugen belegt.	Seitens des Einwenders wird das Vorkommen der Sumpfohreule nicht näher belegt. - Innerhalb der Potenzialfläche 014 nach dem Entwurf 2014 bzw. der Potenzialflächen 012 nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms - einschließlich eines 1.000 m-Puffers zu diesen Flächen - ist hier kein Vorkommen der Sumpfohreule bekannt.	Nicht zu berücksichtigen
P085a	P85/A.09	SO 2	Das Gebiet liegt auch im Flugkorridor vieler Gänsearten während der herbstlichen Züge von den nördlich gelegenen Seen nach Süden.	Seitens des Einwenders werden die Angaben zu den Gastvögeln bzw. Zugvögeln nicht näher spezifiziert und belegt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085a	P85/A.10	SO 2	Trotz anderslautender Beschlüsse im alten nicht rechtsgültigen RROP 2012 ist auch die Reduktion der Abstände zwischen den Windparks nicht rechtssicher und daher wieder auf 5 km zu erweitern.	Der Abstand der Windparks untereinander soll sicherstellen, dass die Natur, die Landschaft, das Landschaftsbild sowie die Menschen vor einer erdrückenden Wirkung durch eine Vielzahl nah beieinander liegender Windparks geschützt werden. Der Landkreis ist dabei im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Windenergie im Landkreis sowie der Windhöflichkeit von den früher vom Land Niedersachsen empfohlenen 5 km abgewichen. Dies ist rechtlich möglich. Im Entwurf des RROP 2015 wird der Abstand der Windparks untereinander einheitlich auf 4 km innerhalb des Kreisgebietes festgelegt.	Nicht zu berücksichtigen
P085a	P85/A.11	SO 2	Die „Abwägung“ waldreiches Gebiet ist, wie auch inzwischen deutlich im Umfeld zu sehen, insbesondere beim Windpark Flögeln/Stüh und seiner Höhen, unzureichend. Die kompletten Rotoren sind in Bederkesa von fast allen Standorten waldüberragend sichtbar.	Siehe P85.A10	Nicht zu berücksichtigen
P085b	P85/B.01	A	Eine Standortplanung sollte substantiell das Infraschallthema abarbeiten. Ein Verzicht halte ich für fehlerhaft. <u>Begründung:</u> Trotz der immer wieder behaupteten Aussage, der Infraschall habe keinen Einfluss auf die Wohnbevölkerung ist vielfältig in der Literatur die Infraschallproblematik bei Tieren erforscht und belegt. Studien zu Großsäugern, Vögeln, Fischen dürften Ihnen bekannt sein. Die Auswirkungen auf Menschen werden negiert oder als unerforscht bezeichnet. Ich muss aber voraussetzen, dass Ihnen Veröffentlichungen zu diesem Thema vorliegen (Quambusch, Laufer, Alves Pereira, Branco oder Nina Pierport).	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Nicht zu berücksichtigen
P085b	P85/B.02	E 01	Die Auswirkungen auf Menschen werden negiert oder als unerforscht bezeichnet. Ich muss aber voraussetzen, dass Ihnen Veröffentlichungen zu diesem Thema vorliegen (Quambusch, Laufer, Alves Pereira, Branco oder Nina Pierport). Sie alle empfehlen 2 km Abstand zu Wohngebäuden.	Siehe P85/B.01	Nicht zu berücksichtigen
P085b	P85/B.03	E 01	Die behördlichen Hinweise auf VDI-DIN-ISO Vorschriften sind untauglich, wie auch die umfangreich vorliegenden Messungen in Dänemark und Holland belegen.	Siehe P85/B.01	Nicht zu berücksichtigen
P085b	P85/B.04	E 01	Der politisch gesetzte Abstand von 1000 m oder weniger ist weder abgewogen noch belegbar gerechtfertigt. Eine Standortplanung hat aber dies im Vorfeld zu berücksichtigen.	Der Mindestabstand von 1000m stellt einen Vorsorgeabstand dar. Rechtlich wäre aufgrund des Bundes-Immissionsschutzgesetzes bzw. der optisch bedrängenden Wirkung nur ein viel geringerer Abstand notwendig. Der Abstand ist das Ergebnis einer Abwägung zwischen einerseits dem Ziel die Bürger im Landkreis vorsorgend zu schützen und andererseits die gesellschaftlich gewollte und politisch beschlossene Energiewende umzusetzen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085c	P85/C.01	A	<p>1. Nach der Ablehnung der Windparkplanung an gleicher Stelle im Jahre 2004 und der darauf hin erfolgten Nichtausweisung im Regionalen Raumordnungsprogramm habe ich im Vertrauen auf diese Entscheidung die oben genannten Grundstücke in der Grösse von rd. 13 ha erworben. Sie haben einen hohen landschaftlichen und naturräumlichen Wert, der bereits den Vorbesitzer K.Heuer veranlasst hat, dieses Gelände von der Kirchengemeinde zu erwerben und damit vor der Kultivierung zu schützen. Dieser Wert war ebenfalls Motiv meines Kaufes im Jahre 2007 nach dem Tod von Heuer.</p> <p>Die nunmehr erneut initiierte Planung umschließt das Pastorenmoor von allen Seiten und mindert damit seinen Wert, sowohl objektiv wie subjektiv, dramatisch. Bei Realisierung der Planung, ist diese Wertminderung auszugleichen und wird von mir ggfls als Schadensersatz geltend gemacht.</p>	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch.</p> <p>Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P085c	P85/C.02	SO 02	<p>2. Die der Planung zugrundeliegende naturräumliche Karte ist fehlerhaft und entspricht nicht den örtlichen Gegebenheiten. Es ist davon auszugehen, dass die erforderlichen Korrekturen Einfluss auf die Ausweisung haben. Nur einige Beispiele, hier nicht vollständig. Sie zeigen aber die mangelhafte Arbeit der Planer des Windparkprojektierers als Grundlage der Planung eines so landschaftsprägenden Industrieparks und unterstreichen die im Bauausschuss der Gemeinde Bad Bederkesa erhobene Forderung nach einer UVP, der ich mich ausdrücklich anschliesse.</p> <ul style="list-style-type: none"> • An der Gemeindegrenze zu Alfstedt verläuft in ganzer Breite meiner Grundstücke ein geschützter Wall mit alten Eichen und Königsfarnbestand. • Obwohl sonst Wälle ausgewiesen sind, ist dieser nicht dargestellt, dito an der Seite zu Jungs Tannen der Wall parallel zum Pastorenmoor. • Die Flächen zu Jungs Tannen sind als Grünland dargestellt, obwohl seit Jahren Maisacker, die Ausgleichsfläche Baugebiet Hof Eckhoff als Acker etc. 	<p>Es ist nicht klar ersichtlich, welche Karte hier gemeint ist - ob aus dem Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms oder aus nachfolgenden Planungen und Genehmigungsverfahren. - Sofern die für die Detailkarte 2 der Zeichnerischen Darstellung des Entwurfs 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms verwendete Digitale Topografische Karte 1:50.000 gemeint ist, ist festzustellen, dass diese Karte vom Landesamt für Geoinformation und Vermessung Niedersachsen herausgegeben wird und von dort seitens des Landkreises Cuxhaven bezogen worden ist. Für den angesprochenen Bereich hat die Digitale Topografische Karte 1:50.000 den Stand 2010 (Ausgabejahr). Dies ist auch derzeit (Mai 2015) noch der letzte erhältliche Stand.</p>	Kenntnisnahme
P085c	P85/C.03	SO 02	<p>3. Die die Vorrangflächen umschließende gestrichelte 60-m Linie im Planentwurf der Gemeinde ist um meine Grundstücke herum nicht zulässig, da damit die Pufferzone reduziert wird. Die Gemeinde begründet das mit dem Hinweis auf den Landkreis, der dies als zulässig und zweckdienlich bezeichnet. Die Pufferzone bezieht sich aber auch und vor allem auf den Luftraum.</p>	<p>Die gemeindliche Planung ist mit der Kommune abzustimmen. Die Vorrangfläche wurde mit den Kriterien des Landkreises abgestimmt.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P085c	P85/C.04	SO 02	<p>Das gleiche gilt übrigens für die Pufferzonen um die Waldgebiete</p>	<p>Die gemeindliche Planung ist mit der Kommune abzustimmen. Die Vorrangfläche wurde mit den Kriterien des Landkreises abgestimmt.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P085c	P85/C.05	SO 02	Das Vorranggebiet ist neu so auszuweisen, dass die WKA mit allen Komponenten im Gebiet liegen und nicht darüber hinaus ragen.(Vgl dazu die vorliegende Urteile), Dies gilt umso mehr, als mein Land von 3 Seiten durch Rotoren eingeschränkt wäre.	Der Landkreis weist Vorranggebiete aus. Zudem wird erstmals im RROP festgelegt, dass die gesamte Anlage inklusive Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes liegen muss. Nach diesen Vorgaben müssen sich neu zu errichtende Anlagen richten.	Kenntnisnahme
P085c	P85/C.06	SO 02	Der gleiche Hinweis erfolgte von Frau Mathilde Jung für den Bereich Jungs Tannen, die sich ausdrücklich anschließt.	Siehe P85/C.05	Kenntnisnahme
P085c	P85/C.07	SO 02	4. Der Bereich zwischen Pastorenmoor und Jungs Tannen mit seinen geschützten Wällen, deren Zerstörung z.T. erst ab ca. 2000 geschah (Vgl. seinerzeit Ortstermin mit dem Naturschutzamt Cuxhaven, Frau Norda) ist wichtigstes Bindeglied zwischen den beiden Wäldern für alle Wildtiere, Vögel und vor allem der dort jagenden Fledermäuse. Es ist auch Rastplatz der Kraniche. Aktuelle Fotos können beigebracht werden.Zwischen die Pufferzone A Pastorenmoor und die Pufferzone B Jungs Tannen noch trotz der naturräumlichen Gegebenheiten vor Ort eine Windparkzone auszuweisen, zerstört die Landschaft dort komplett. Dies hat in Teilen offensichtlich auch der Landkreis Cuxhaven so gesehen, siehe die anliegende Karte in der dieser Bereich zu Recht als möglicherweise konfliktträchtig angesehen wurde. Eine Ausweisung als Vorrangfläche hat in diesem Bereich zu unterbleiben.	Die Potenzialfläche 014 nach dem Entwurf 2014 bzw. die Potenzialfläche 012 nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms liegt vollständig in einem Gastvogellebensraum mit (lediglich) allgemeiner Bedeutung. Über eine Bedeutung als Rastgebiet des Kranichs liegen hier keine Informationen vor.	Kenntnisnahme
P085c	P85/C.08	A	5. Die in den Nutzungsverträgen vom Projektentwickler mit den Grundstückseigentümer vereinbarte Rückbauverpflichtung abgesichert durch eine Bürgschaft über 75 000 € ist völlig unzureichend, da der Rückbau der hier geplanten Anlagen der 3 MW Klasse nach heutigen Werten € 165 000,-beträgt .Als Nachbar gehe ich davon aus, das mit dem Ausweis der Flächen als Vorrangflächen auch die Rückbauverpflichtung eindeutig und kostendeckend geregelt wird ,um meine Grundstücke zu schützen.	Die Rückbauverpflichtung ist Gegenstand der Bimsch-Genehmigung.	Nicht zu berücksichtigen
P085c	P85/C.09	SO 02	Wegen der hohen irreversiblen Schäden für meine Flächen, des Naturraumes u. Landschaftsbildes und der Wohn u. Freizeitfunktion Bederkesas , ausgewiesen als Zentraler Ort für eben diese Funktionen, sollte der Windparkausweis aufgegeben werden. Dies dürfte aus öffentlichem Interesse umso leichter sein, als die Samtgemeinde ja 4 weitere Windparks ausgewiesen hat und dieser daher nicht erforderlich und damit auch nicht im öffentlichen Interesse ist.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis hat Kriterien beschlossen, die einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt wurden. Dieses Gesamtkonzept kann nicht durch die Herausnahme einer einzelnen Fläche aufgehoben werden. Zudem können nur öffentliche Belange zu einer Herausnahme einer Fläche führen. Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P086	P86.01	SO 02	Gegen den Entwurf bestehen erhebliche Bedenken. Die Planung bereitet den Weg für die Inanspruchnahme von Natur und Landschaft weit über das bereits erfolgte und erforderliche Maß hinaus.	Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die dazu beitragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen.	Nicht zu berücksichtigen
P086	P86.02	SO 02	Begründet wird diese Inanspruchnahme u.a. mit den Erfordernissen der "Energiewende". Die dafür auf den Landkreis entfallende LROP-Zielvorgabe von mindestens 300 MW installierter Leistung ist mit derzeit ca. 500 MW aber mehr als reichlich erfüllt.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert der Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch fachliche Einschätzungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt. Zuletzt muss betont werden, dass die Windenergie ein privilegiertes Vorhaben im Sinne des Baugesetzbuches ist. Dies bedeutet, dass Windenergieanlagen im Außenbereich gebaut werden dürfen, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Würde der Landkreis Cuxhaven im Regionalen Raumordnungsprogramm keine Vorranggebiete für Windenergie ausweisen, würde dies bedeuten, dass im gesamten Landkreis im Außenbereich unkontrolliert Windenergieanlagen entstehen könnten.	Nicht zu berücksichtigen
P086	P86.03	SO 02	Die vorliegende Planung dient vorrangig dem wirtschaftlichen Privat-Interesse und geht durch die damit verbundenen - nicht ausgleichbaren - Beeinträchtigungen zu Lasten von Natur, Landschaft und Menschen.	Der Landkreis Cuxhaven hat Tabuzonen für die Ausweisung der Vorranggebiete aufgestellt, die Beeinträchtigungen von Natur, Landschaft und Menschen verhindern. Diese Kriterien basieren auf rechtlichen Vorgaben und fachlichen Einschätzungen und wurden von der Politik beschlossen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P086	P86.04	SO 02	Besonders gravierend würde sich die Planung auf die (ja wohl zwei!!) Wind-"Parks" Bederkesa Alfstedt auswirken.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzgeld gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Nicht zu berücksichtigen
P086	P86.05	SO 2	Rund 3/4 aller Bürgerinnen und Bürger sprechen sich einer Gemeinde-Umfrage zufolge gegen dieses Vorhaben aus.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen. Gleichwohl werden die im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung vorgebrachten Belange und Sorgen der Bürger intensiv geprüft und die Ergebnisse fließen in den weiteren Prozess ein.	Nicht zu berücksichtigen
P086	P86.06	SO 02	Diese "Parks" (zwischen Parks soll doch ein Mindestabstand eingehalten werden??), so ist die begründete Befürchtung, würden eine Landschaftsbildzerstörung und industriell geprägte Kulisse für den Kur- und Badeort Bad Bederkesa bewirken und seine derzeitige Attraktivität und Wohnqualität nachhaltig empfindlich stören und verringern.	Der Landkreis Cuxhaven ist der Ansicht, dass es sich um eine zusammenhängende Fläche handelt. Insoweit ist kein Abstand einzuhalten. In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P086	P86.07	SO 02	Falls aus nicht ersichtlichen Gründen an der Planung Bederkesa-Alfstedt festgehalten werden muss, sollte ihre Rechtswirksamkeit mit einem Moratorium versehen werden, d.h. Karenzzeit von mindestens fünf Jahren, um verlässlich zu klären, ob sich die Planung mit dem Lebensraum des hier ansässigen Seeadlers verträgt. Mit zeitlicher Einschränkung soll ja auch im Falle Mulsum wegen des möglichen Mineralabbaus verfahren werden	Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, das im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung bleibt nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor; diese ist lt. Weisung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz jedoch erforderlich. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, nicht gegeben.	Kenntnisnahme
P087	P87.01	B	Anregungen zum Regionalen Raumordnungsprogramm (RROP) für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie - Entwurf Juni 2014 Anregung 1 und 1a siehe Anregung 11 und 11a	Ausführungen siehe P87.11 und P87.12	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P087	P87.02	B 02	<p>Anregung 2 Einzelfallbeurteilung (zu Beschreibende Darstellung S.5) Die Passage Ziff 02 [neu] "Die Raumbedeutsamkeit von Windenergieanlagen ist im Einzelfall zu beurteilen." ist zu streichen</p> <p>Grund: Genau diese Beurteilung ist eine Aufgabe der Regionalplanung, zumal die Standortdarstellung nMv. BD Ziff 01 (neu) Satz 1 abschließend ist. Ziff. 05 [neu] Satz 3 "Sofern die Gemeinde von ihrem Recht auf Höhenfestlegung im Rahmen der Bauleitplanung keinen Gebrauch macht, erfolgt die Höhenfestlegung im Baugenehmigungsverfahren anhand einer raumordnerischen Beurteilung." reicht völlig aus.</p> <p>Hinweis: Dieses v.g. Recht hat die Gemeinde ohnehin, seine Wahrnehmung darf aber nicht zu einer Verhinderungsplanung führen. Siehe deshalb auch Anregung 07!</p>	<p>Die Ziffern 02 und 05 des RROP Entwurfs 2014 sind unabhängig voneinander zu sehen. In Ziffer 02 wird geregelt, dass die Raumbedeutsamkeit nicht pauschal von einer bestimmten Höhe abhängig ist, sondern stets im Einzelfall durch die Regionalplanung geprüft werden muss. In der Regel geht der Landkreis Cuxhaven ab einer Höhe von 75 Metern bzw. bei mehr als 2 Anlagen von einer Raumbedeutsamkeit aus.</p> <p>Die Ziffer 05 besagt, dass die Regionalplanung die maximal zulässige Höhe von Windkraftanlagen festlegt, sofern die Gemeinden dies nicht im Rahmen der Bauleitplanung festlegen.</p> <p>Durch Ziffer 02 wird also eine bzw. mehrere bestimmte Anlagen mit einer spezifischen Höhe bezüglich der Raumbedeutsamkeit geprüft, durch Ziffer 05 wird selbst eine Höhe für eine oder mehrere Anlagen festgelegt. Die Bestimmungen schließen sich somit nicht aus, sondern beziehen sich auf unterschiedliche Sachverhalte.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P087	P87.03	B 07	<p>Anregung 3 §13 BNatSchG (zu Beschreibende Darstellung S.5) Die Passage 07 "Die Vorranggebiete für Windenergienutzung sind hinsichtlich der Leistungsausbeute optimal zu nutzen. Eine gleichmäßige Verteilung und optimale Aufstellung der Windkonverter auf den zur Verfügung stehenden Flächen innerhalb eines Vorranggebietes Windenergienutzung ist sicherzustellen." ist nicht zu streichen.</p> <p>Grund: Dies stellt sicher, daß §13 BNatSchG Rechnung getragen wird. Zur besonderen Landschaftsbildrelevanz sog. Schwachwindläufer s.a. http://www.igsz.eu/WEK/Athen2006/14_Ewec2006fullpaper_II.pdf</p>	<p>Eine solche Zielfestlegung ist auf Ebene der Raumordnung nicht notwendig. Seitens der Investoren besteht ein höchststeigenes Interesse, die Vorranggebiete optimal zu nutzen.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P087	P87.04	B 04	<p>Anregung 4 Rückbau (zu Beschreibende Darstellung S.5) Ergänze hinter 04 [neu] Satz 2 "Dies schließt ausdrücklich auch den Rückbau von Fundamenten, Kranstellflächen und für die Erschließung der Windenergieanlagen erforderlichen Wegflächen mit ein." den Satz "Kabel sind ab dem nächsten vor einem jeweiligen Windenergiekonverter installierten Sammel-/Verteilerpunkt zurückzubauen, soweit die nicht aus vernünftigem Grund für spätere Erschließungen verwendet werden können."</p> <p>Grund: Kabel, vor allem außerhalb von Wegetrassen, die der Erschließung einer Windkraftanlage oder eines Windparks dienen, sind im Einzelfall darauf hin zu prüfen, ob Perspektiven für spätere Erschließungen gegeben sind.</p> <p>Hinweis: Dies wäre im Einzelantragsverfahren vom Antragsteller spätestens bis zum Rückbautermin nachzuweisen, vorher gilt die Rückbaupflicht auch für Kabel.</p>	<p>Der Rückbau von Außenbereichsvorhaben nach Betriebsaufgabe ist im BauGB festgeschrieben und wird insofern wohl nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Fundamente, Wegebau und Erschließung sind notwendige Bestandteile des Außenbereichsvorhabens und somit ebenfalls von der Rückbauverpflichtung abgedeckt. Die Aufnahme in das RROP hat damit eher klarstellenden Charakter und bedeutet gegenüber den heutigen Regelungen keine Änderung.</p> <p>Durch die neue Formulierung unter Ziffer 04 der "Beschreibenden Darstellung" im Entwurf 2015 (Rückbau bis zu einer Tiefe von 2,5m) wird eine Abwägung der verschiedenen Belange zum Rückbau berücksichtigt. Sofern im Einzelfall eine Nachnutzung von Wegeflächen sinnvoll ist, kann dies ausnahmsweise geregelt werden.</p>	Kenntnisnahme
P087	P87.05	B 05	<p>Anregung 5 Anlagenhöhen (zu Beschreibende Darstellung S.5) Streiche in 05 [neu] den Satz "Innerhalb eines Vorranggebietes Windenergienutzung Windparks sind maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen zulässig."</p> <p>Grund: Es kommt auf die Synthese von Landschaftsrelief und Anlagenhöhen an, wie sich ein Windpark ideal in einer Landschaft einpaßt. Ein "Zwei-Höhen-Limit" ist hier v.a. im Sinne einer landschaftssensiblen kommunalen Bauleitplanung kontraproduktiv.</p>	<p>Die Festlegung von maximal zwei Anlagenhöhen wird aus Gründen des Schutzes des Landschaftsbildes vorgenommen. Es geht dabei um die optische Wirkung, Unterschiede von wenigen Metern, die nicht optisch wahrnehmbar sind, sind nicht relevant.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P087	P87.06	B 06	<p>Anregung 6 Bauleitplanung (zu Beschreibende Darstellung S.6) Ersetze in Ziff. 06 [neu] "Durch gemeindliche Bauleitpläne sind Flächen für raumbedeutsame Windparks nur auf den vom Landkreis ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergienutzung zu planen." durch "Im Falle gemeindlicher Bauleitplanung dürfen Flächen für Windparks nur auf den im Regionalen Raumordnungsplan dargestellten ausgewiesenen Vorranggebieten beplant werden."</p> <p>Gründe: - "sind zu planen" widerspricht zum einen der Tatsache, daß es keine gemeindliche Planungspflicht zumindest im Bereich der Bebauungspläne gibt und zum anderen plant man keine Fläche, sondern man beplant sie. - Der Landkreis weist keine Flächen aus. Der Regionalen Raumordnungsplan weist de jure Flächen nicht aus, er stellt sie dar. Eine Ausweisung von Flächen hier idR nur durch im Zuge der Planungshoheit aufgestellte Bebauungspläne erreicht.</p>	<p>Die Gemeinden müssen ihre Bauleitplanung an die Ziele der Raumordnung anpassen. Insoweit ist die Formulierung "sind zu planen" richtig gewählt. Des Weiteren weist der Landkreis sehr wohl Flächen für Windenergienutzung aus und stellt sie nicht nur dar. Die Ausweisung eines Vorranggebietes stellt ein Ziel der Raumordnung dar, welches von den Gemeinden beachtet werden muss. Eine andere Nutzung ist auf diesen Flächen ausgeschlossen.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P087	P87.07	B 10	<p>Anregung 7 Einzelfallprüfung (zu Beschreibende Darstellung S.6) Streiche in Ziff. 10 [neu] ", wenn das Orts und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im übrigen alle weiteren im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden."</p> <p>Grund: Dies war bereits in der jeweilig angesprochenen Planung (vgl. §1 Abs.7 BauGB) zu prüfen und durch Festsetzungen im jew. Plan zu sichern.</p>	<p>Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche erfüllen nicht die Anforderungen des Kriterienkatalogs und kommen daher zunächst einmal gar nicht mehr als Vorrangstandorte in Betracht. Erst durch die Ziel-Ausnahme-Regelung (deren Ergebnis die Darstellung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ist) schafft das RROP die Möglichkeit, die Altstandorte weiterhin zu nutzen und zu repowern. Die Alternative zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wäre eine Streichung und somit eine Reduzierung der Altstandorte auf den Bestandsschutz. Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.</p>	Zu berücksichtigen
P087	P87.08	A	<p>Anregung 8 u.a. Nächtlicher Vogelzug (allgemeiner Aspekt zum Verfahren) - Es ist in den Untersuchungsergebnissen eine umfassende Aussage über nächtliche Aktivitäten fliegender Tiere incl. Zugvögel anhand entsprechender Untersuchungen (Monitoring über zwei Zugperioden mittels Radar, z.B. Merlin-System der Fa. Detect) nachzuweisen. - Fehlen für solch eine Aussage einschlägige Untersuchungen, sind diese Untersuchungen vor (!) der Feststellung des RROP nachzuholen.</p> <p>Grund: Die verfügbaren Unterlagen bzw. deren Aussagen (v.a. zu Wechselwirkungen zwischen Windkraftanlagen und Fledermäusen bzw. Vögeln) sind oft lückenhaft und nicht hinreichend ausgearbeitet. Eine dahingehend abschließende Beurteilung ist insoweit nicht möglich. Im Hinblick auf die Vorranggebiete ist aufgrund unzureichender Daten daher nicht möglich. H Vgl auch Mabey, T. J., Cooper, B. A., Plissner, J. H., Young, D. P., Nocturnal Bird Migration Over an Appalachian Ridge at a proposed Power Project, Bull. Wildlife Soc. 34(3), Bethesda 2006; Gauthreaux, S. A. Jr., Suggested Practices for Monitoring Bird Populations, Movements and Mortality in Wind Resource areas, Clemson University, Proc. Nat. Avian-Wind Power Planning Meeting, Denver (Col) 1994; Anderson, R. L., Tom, J., Neumann, N., Noone, J., Maul, D. (alle California Energy Commission), Avian Risk Assessment Methodology, Proc. Nat. Avian-Wind Power Planning Meeting, Denver (Col) 1994.</p>	<p>Für den Entwurf des RROP 2015 hat der Landkreis Cuxhaven alle den Tabuzonen zugrunde liegenden Daten aktualisiert. Eine rechtliche Verpflichtung über die vorliegenden Daten hinaus weitere Daten zu ermitteln besteht auf Ebene der Regionalplanung nicht.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P087	P87.09	A	<p>Anregung 9 (allgemeiner Aspekt zum Verfahren) Ziff. 6.1 (rot) aus http://www.igsz.eu/ROPS-EE/ROPS-Anregungen-3-TK-g1.pdf ist v.a. hinsichtlich der Flächen bzw. deren Mindeststrahlen (r) um einen jew. Vorrangstandort, aus denen eine Sichtbarkeitsanalyse erforderlich ist, sinngemäß umzusetzen, wobei der Worst Case bei einer Windenergiekonverter-Gesamthöhe von 250m (marktavist VESTAS 200) anzusetzen ist.</p> <p>Grund: Eine ausreichend dimensionierte nachvollziehbare Landschaftsbeeinflussungsanalyse fehlt hier, es muß gelten $r > 15$ km. Siehe auch http://wek.tilmankluge.de/WKZ-1b.pdf</p>	<p>Eine Sichtbarkeitsanalyse kann auf Ebene der Regionalplanung nicht durchgeführt werden, da die Anlagenspezifikation noch nicht bekannt ist. Durch die Festlegung der 19ha Mindestgröße, der maximal 2 unterschiedlichen Höhen sowie der 4km Abstandsregelung der Windparks untereinander wird jedoch eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes reduziert.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P087	P87.10	A	<p>Anregung 10 Abwägung v.a. iVm Landschaftsbild (allgemeiner Aspekt zum Verfahren)</p> <p>Die Beeinflussung des Landschaftsbildes (vgl. Anregung 9) muß gegen andere abwägungsrelevante Belange pro gepl. Vorrangstandort jeweils substantiell und dahingehend, daß die Anforderungen des §1 Abs.7 BauGB erfüllt sind, nachvollziehbar abgewogen werden.</p> <p>Hinweis: Abschichtungen (serielle Ausschlussverfahren) erfüllen die Ansprüche an solche Abwägungen nicht. Siehe hierzu auch Ausführungen zur Abwägung unter http://www.igsz.eu/ABW/1c_ppt_2k.pdf</p>	<p>Die Beeinflussung des Landschaftsbildes kann erst endgültig bewertet werden, wenn die genauen Anlagenspezifikationen feststehen. Dies kann somit erst im Genehmigungsverfahren geschehen. Die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes wird dennoch wie ausgeführt durch verschiedene Festlegungen verringert. Zudem wird das Schutzgut Landschaft im Umweltbericht behandelt.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P087	P87.11	A	<p>Anregung 11 Impulshaltigkeit, Infraschall (allgemeiner Aspekt zum Verfahren)</p> <p>Die Auswirkungen des Infraschalles und Impulshaltigkeiten, der von WKA zumindest potentiell ausgehen kann, sind zu beschreiben und ihre Auswirkungen sind in die Abwägung der relevanten Belange substantiell einzustellen.</p> <p>Gründe: Die Auswirkungen bzw. Schallausbreitungen sind ihrer physikalischen Natur nach so weiträumig, daß sie auf regionalplanerischer Ebene Berücksichtigung finden müssen.</p> <p>Hinweise: Hierbei ist die individuell bewußte Wahrnehmung der Emissionen v.a. im Bereich des Infraschalles durch jew. Betroffene keine Voraussetzung für eine Schädigung oder Beeinträchtigung. Vgl. auch Saccorotti, G. et al, Seismic Noise by Wind Farms: A Case Study from the VIRGO Gravitational Wave Observatory, Cascina (It.) 2011.</p> <p>Anmerkung: Es ist tatsächlichen Gründen unverständlich, warum dieser Aspekt in der Planung nirgends behandelt wird.</p>	<p>Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Umweltbundesamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage wird der Schutz der Bevölkerung gewährleistet.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P087	P87.12	A	<p>Anregung 11a dB Zuschlag (allgemeiner Aspekt zum Verfahren)</p> <p>Bei einer immissionskriterienbezogenen Standortabsicherung ist in die hier nach dem Stand der Technik anzusetzenden Worst-Case-Emission ein Zuschlag von drei Dezibel zu dem ansonsten zu erwartenden Wert zu integrieren. Die immissionskriterienbezogene Standortabsicherung ist pauschalisierten Standardmindestentfernungen zu immissionsbetroffenen Objekten und Flächen vorzuziehen.</p> <p>Gründe: Vgl. auch BayVGH v. 15.10. 2012 - 22 CS 12.2110, 22 CS 12.2111. Dieser Zuschlag dient aber selbst dann dem Ziel der Vermeidung einschlägig möglicher Schädigungen oder beeinträchtigungen von Mensch und Tier durch impulshaltigen Schall selbst dann, wenn nicht regelmäßig von einer Impulshaltigkeit von WKA ausgegangen werden kann (vgl. hierzu auch OVG Lüneburg v. 12.07.2013 - 12 LA 174/12). Aus der Rechtsprechung ergibt sich, daß einschlägige Emissionen spezifisch von Anlagenfabrikat und Standorteigenschaften abhängen.</p>	<p>Der Immissionsschutz ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens und nicht der Raumordnung.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P087	P87.13	A	<p>Es wird zwar anzunehmen, daß beim Vollzug des RegFNP regelmäßig sichergestellt wird, daß ein Grad der Ton-, Impuls oder Infraschallhaltigkeit von WKA erzeugter Geräuschemissionen jeweils nach Maßgabe lokaler Vorrangstandortverhältnisse und bzw. in Interaktion miteinander nach Maßgabe des Anlagenfabrikates immissionsmäßig so weit minimiert ist, daß das Unterbleiben durch die entsprechenden Emissionen bewirkter Schäden an bzw. Beeinträchtigungen von Mensch und Tier zumindest im allgemeinen gesichert ist.</p> <p>Dies muß jedoch schon in der ersten Stufe vorbereitender Planung (Regionalplan, Flächennutzungsplan) in hinreichendem Maße berücksichtigt werden (s.o.)</p>	<p>Der Immissionsschutz ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens und nicht der Raumordnung. Im RROP Entwurf 2014 wurden ausreichende Vorsorgeabstände zugrunde gelegt.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P087	P87.14	A	Diese Erfordernis ergibt sich vor allem im Sinne der Vorsorge daraus, daß im späteren Vollzug des RROP (Genehmigungsverfahren) nur dann, wenn Zweifel an der Richtigkeit jeweilig dahingehender Nachweise bestehen, daß eine geplante Windkraftanlage typenbedingt keine schädlichen Umwelteinwirkungen hervorruft (...) eine weitere Begutachtung (auch durch konkrete Messungen, die dann dem Genehmigungsverfahren und nicht der Anlagenüberwachung zuzurechnen wären) zu veranlassen wäre (vgl. VG Darmstadt v. 2. Februar 2011 6 K 877/09.DA).	Immissionsschutzrechtliche Fragen werden im Genehmigungsverfahren geklärt.	Nicht zu berücksichtigen
P087	P87.15	A	Hinweise: Unter Impulshaltigkeit versteht man ein amplitudenartiges Geräusch, das schnell ansteigt und wieder rapide abfällt. Literatur u.a.: http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/1103.full.pdf http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/2003-Mack-Auk.pdf http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/2011-06-30_0505300.pdf http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/1175856669.pdf http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/1216650836.pdf http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/AnimalBehavior.pdf http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/Freeman_Angela.pdf http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/httpwww.animalvoice.comgiraffe.pdf http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/Karlsen+-+Sand+1986+Detection+of+Infrasound+by+the+Atlantic+Cod.pdf http://www.rrop-cux.tilmankluge.de/INF/POULAIN_2014_hippo_amphibious.pdf Die Inhalte der v.g. Fundstellen werden Ihnen zur Kenntnis mit der Bitte um Beachtung im Sinne der Anregung 11 und 11a gegeben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P087	P87.16	A	Es gibt zudem dahingehend zahlreiche weitere Publikation, die leider nicht als Volltext zugänglich sind. Folgend eine Auswahl. - von Muggenthaler, E. (2000): Infrasonic and low-frequency vocalizations from Siberian and Bengal tigers. The Journal of the Acoustical Society of America 108 (5): 2541-2541 - Lyndaker Lindsey, S., Bennett, C. L., Fried, J. J.; Pritchard, J. K. (1993): Functional analysis of infrasound in the okapi (Okapia johnstoni): mother-infant communication. American Association of Zoologica Parks and Aquariums Annual Conference Proceedings, pp.299-305 - Payne, R. S. (2004): The role of infrasounds in maintaining whale herds. The Journal of the Acoustical Society of America 115 (5): 2554-2554 - Clark, C. W. & Ellison, W. T. (1993): Bioacoustics of baleen whales: From infrasonics to complex songs. The Journal of the Acoustical Society of America 94 (3): 1830-1830. - Clark, C. W. (2004): Baleen whale infrasonic sounds: Natural variability and function. The Journal of the Acoustical Society of America 115 (5): 2554-2554 - Reidenberg, J. S. & Laitman, J. T. (2004): Anatomy of infrasonic communication in baleen whales: Divergent mechanisms of sound generation in mysticetes and odontocetes. The Journal of the Acoustical Society of America 115 (5): 2556-2556 - Kreithen, M. L. & Quine, D. B. (1979): Infrasound detection by the homing pigeon: A behavioral audiogram. Journal of Comparative Physiology 129 (1): 1-4 - Quine, D. B. (1982): Infrasounds: a potential navigational cue for homing pigeons. Avian navigation. Springer Berlin Heidelberg, pp. 373-376 - Moss, R. & Lockie, I. (1979): Infrasonic components in the song of the Capercaillie Tetrao urogallus. Ibis 121 (1): 95-97 - Lieser, M., Berthold, P. & Manley, G. A. (2005): Infrasound in the capercaillie (Tetrao urogallus). Journal of Ornithology 146 (4): 395-398 - Lieser, M., Berthold, P. & Manley, G. A. (2006): Infrasound in the flutter jumps of the capercaillie (Tetrao urogallus): apparently a physical by-product. Journal of Ornithology 147 (3) 507-509 - Freeman, A. R. & Hare, J. F. (2011): Infrasound in the flutter-jump display of Capercaillie (Tetrao urogallus): signal or artefact? Journal of Ornithology 152 (3): 815-816 - Kämper, G. & Dambach, M. (1979): Communication by infrasound in a non-stridulating cricket. Naturwissenschaften 66 (10): 530-530	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P088a	P88/A.01	E 01	Die Regionalplanung stellt für den Ausbau Windenergie an Land einen der wichtigsten Faktoren dar. Die Ausweisung von Vorrangflächen (Konzentrationszonen) ermöglicht den Trägern der Regionalplanung eine gezielte Steuerung des Zubaues neuer Windenergieanlagen (WEA) im Kreisgebiet und gibt den Planern von Windenergieprojekten Rechts- und Planungssicherheit. Daraus resultiert aber auch eine Verantwortung für einen sinnvollen und zielgerichteten Umgang mit den Werkzeugen der Raumordnung. Einige niedersächsische Landkreise sind in der jüngeren Vergangenheit ihren diesbezüglichen Aufgaben nicht sorgfältig genug nachgekommen, so dass einige RROPs nicht den gesetzlichen Ansprüchen genügen und vom OVG Lüneburg für ungültig erklärt wurden. Dies wurde zumeist damit begründet, dass die Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabukriterien (Tabuzonen) bei der Ermittlung von Windvorrangflächen nicht fachgerecht erfolgt ist. Harte Kriterien sind Bereiche, in denen aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen die Errichtung von Windenergieanlagen nicht möglich ist. Hier ist eine Abwägung nicht möglich. Bei den weichen Kriterien handelt es sich um Abstände, die der Abwägung und damit der fachlichen und politischen Diskussion zugänglich sind. Diese Unterscheidung ist von größter Wichtigkeit: Die Kommunalpolitik - insbesondere die Kreistagsabgeordneten - müssen sich klarmachen, dass die Entscheidung über die Anlegung der weichen Tabukriterien allein von ihnen getroffen wird und insoweit stets mehrere Lösungen möglich sind, die der Windenergienutzung entweder mehr oder weniger Raum geben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P088a	P88/A.02	A	Der Entwurf des RROP 2014 des Landkreises Cuxhaven enthält überwiegend Hindernisse für den weiteren Ausbau der Windenergie im Landkreis. Diese resultieren z.B. aus Regelungen zu Themen wie Anlagenrückbau, die nunmehr erfolgte Abstellung von Abständen auf die Rotorspitzen der WEA und vor allem den Ausschluss von aus unserer Sicht sinnvollen Repoweringstandorten.	Die einzelnen Punkte werden im weiteren Verlauf detailliert ausgeführt und werden auch an diesen Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme
P088a	P88/A.03	B 04	<u>Rückbau der WEA</u> Im Entwurf des RROP 2014 wird der vollständige Rückbau der WEA nach Beendigung des Betriebes als Ziel der Raumordnung formuliert (Textziffer 04 Satz 1). Im nachfolgenden Satz wird nach dem vorliegenden Entwurf wiederum als Ziel der Raumordnung festgelegt: "Dies schließt ausdrücklich auch den Rückbau von Fundamenten, Kranstellflächen und für die Erschließung der Windenergieanlagen erforderlichen Wegflächen mit ein "(Entwurf Textziffer 04 Satz 2). Für eine solche Regelung fehlt eine Rechtsgrundlage, weil für eine solche Festlegung die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Nr. 2 ROG (verbindliche Vorgaben zur Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Raums) nicht vorliegen. Auch die erfolgte Bezugnahme auf die Festlegungen im LROP Ziff. 4.2. Textziffer 01 ist insoweit unzutreffend.	Der Rückbau von Außenbereichsvorhaben nach Betriebsaufgabe ist im BauGB festgeschrieben und wird insofern wohl nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Fundamente, Wegebau und Erschließung sind notwendige Bestandteile des Außenbereichsvorhabens und somit ebenfalls von der Rückbauverpflichtung abgedeckt. Die Aufnahme in das RROP hat damit eher klarstellenden Charakter und bedeutet gegenüber den heutigen Regelungen keine Änderung. Durch die neue Formulierung unter Ziffer 04 der "Beschreibenden Darstellung" im Entwurf 2015 (Rückbau bis zu einer Tiefe von 2,5m) wird eine Abwägung der verschiedenen Belange zum Rückbau berücksichtigt. Sofern im Einzelfall eine Nachnutzung von Wegeflächen sinnvoll ist, kann dies ausnahmsweise geregelt werden.	Kenntnisnahme
P088a	P88/A.04	B 04	Die Regelung ist auch weder erforderlich, noch sinnvoll. Wenn die als Ziel der Raumordnung geplanten Windenergieanlagen im baurechtlichen Außenbereich gem. § 35 BauGB errichtet werden, enthält § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB als Zulässigkeitsvoraussetzung bereits eine Verpflichtungserklärung, das Vorhaben nach dauerhafter Aufgabe der zulässigen Nutzung zurückzubauen und Bodenversiegelungen zu beseitigen. Gemäß § 35 Abs. 5 Satz 3 BauGB soll die Genehmigungsbehörde lldurch nach Landesrecht vorgesehene Bau/ast oder in anderer Weise die Einhaltung der Verpflichtung nach Satz 2... sicherstellen" (§ 35 Abs. 5 Satz 3 BauGB). Das geschieht bekanntlich auch. Der Bundesgesetzgeber hat damit den (ausschließlichen) Weg gewiesen, wie im Falle der Errichtung von Windenergieanlagen im baurechtlichen Außenbereich im Sinne des BauGB die Sicherung des Anlagenrückbaus zu erfolgen hat.	Siehe P88/A.03	Kenntnisnahme
P088a	P88/A.05	B 04	Dazu gehört es eben auch, Bodenversiegelungen zu beseitigen. Nicht jede Kranstellfläche und Wegefläche stellt aber zwingend auch eine Bodenversiegelung dar. Zudem gibt es reihenweise "für die Erschließung der Windenergieanlagen erforderliche Wegeflächen", die bereits vor der Windenergienutzung und auch während der Windenergienutzung die Zuwegungen zu den angrenzenden landwirtschaftlichen Grundstücken darstellten und von dem landwirtschaftlichen Verkehr benutzt werden.	Siehe P88/A.03	Kenntnisnahme
P088a	P88/A.06	B 04	Soweit das landwirtschaftliche Wegenetz für die Erschließung von Windparks verbessert (ausgebaut und besser befestigt) worden ist, legen die Landwirte zum Teil größten Wert darauf, dass dieser Zustand auch nach der Windenergienutzung erhalten bleibt. Auch solche Wegesflächen wären allerdings von dem Wortlaut der von Ihnen beabsichtigten Festlegung erfasst.	Siehe P88/A.03	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P088a	P88/A.07	B 04	Der vollständige Rückbau einschließlich des vollständigen Fundamentrückbaus würde zudem über die vom Bundesgesetzgeber in § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB getroffene Regelung hinausgehen. Wenn ein Fundament einer Windenergieanlage bis 2 m unterhalb der Erdoberfläche beseitigt worden ist, was die übliche Anforderung LS.d. § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB darstellt, liegt keine schädliche Bodenversiegelung mehr vor. Niederschlagswasser kann dann eindringen und abfließen.	Siehe P88/A.03	Kenntnisnahme
P088a	P88/A.08	B 04	Fundamenteile, die tiefer als 2 m unterhalb der Erdoberfläche verbleiben, stellen keine Bodenversiegelung dar, sondern wirken wie Gesteinsbrocken in der jeweiligen Tiefe. Deshalb kann es ja wohl auch keinesfalls gewollt sein, dass die in vielen Fällen gerade in den Marschgebieten gerammten bis zu 30 m langen Betonpfähle, auf denen das eigentliche Fundament der jeweiligen Windenergieanlage ruht, mit einem entsprechenden kaum vorstellbaren technischen Aufwand und entsprechenden Kosten wieder aus dem Boden geborgen werden sollen.	Siehe P88/A.03	Kenntnisnahme
P088a	P88/A.09	B 04	Das würde vermutlich auch einen deutlich größeren Eingriff in die Natur verursachen, als sich das bloße Belassen der Pfähle dauerhaft auf die Natur auswirken könnte. Soweit die Windparks im baurechtlichen Außenbereich LS.d. 9 35 BauGB entstehen, besteht also überhaupt keine Veranlassung zu der beabsichtigten Zielfestlegung. Sie wäre zudem mangels Rechtsgrundlage rechtswidrig und aus den genannten Gründen auch eklatant abwägungsfehlerhaft.	Siehe P88/A.03	Kenntnisnahme
P088a	P88/A.10	B 04	Soweit in Umsetzung Ihres RROP (gem. § 1 Abs. 4 BauGB) die kreisangehörigen Städten und Gemeinden Bebauungspläne zur Steuerung der Windenergienutzung aufstellen, werden die Vorhaben bekanntlich anschließend in einem Bebauungsplangebiet gem. § 30 BauGB (und nicht im baurechtlichen Außenbereich gem. 9 35 BauGB) errichtet. Solange ein solcher Bebauungsplan nicht aufgehoben wird, ist die erneute Nutzung des jeweiligen Standortes durch Windenergieanlagen gem. § 30 BauGB aber ja auch weiterhin zulässig. Auch die innergebietsliche Erschließung wird in diesen Fällen bekanntlich in der Regel durch den jeweiligen Bebauungsplan durch entsprechende Festsetzungen geregelt. Es ist nicht geboten, für ein Bebauungsplangebiet als Ziel der Raumordnung eine Festlegung zu treffen, die als Wind park zunächst dort errichteten Windenergieanlagen vollständig einschließlich Fundament und Erschließung zurückzubauen, wenn anschließend eine Folgenutzung erfolgen soll. Insoweit können die Städte und Gemeinden bekanntlich in städtebaulichen Verträgen mit den Vorhabenträgern die Beseitigung von Bodenversiegelungen nach Beendigung der Nutzung regeln, dann aber auch flexibel reagieren, wenn die Einrichtungen insgesamt oder teilweise weiter genutzt werden sollen.	Siehe P88/A.03	Kenntnisnahme
P088a	P88/A.11	B 04	Die von Ihnen unter Textziffer 04 vorgesehene Festlegung findet sich daher auch in keinem anderen Raumordnungsplan bundesweit, also auch in keinem anderen RROP in Niedersachsen. Soweit für eine entsprechende Regelung ein Bedürfnis besteht (innerhalb des baurechtlichen Außenbereichs gem. § 35 BauGB), ist eine sinnvollere und abschließende Regelung in § 35 Abs. 5 BauGB bereits getroffen worden, soweit für die Regelung kein Bedürfnis besteht und die Regelung zu unnötigen und ungewollten Bindungen führen würde (innerhalb von Bebauungsplangebietem gem. § 30 BauGB), wäre die Festlegung abwägungsfehlerhaft. Insgesamt fehlt es auch an einer Rechtsgrundlage. Auf die Festlegung sollte daher ersatzlos verzichtet werden.	Siehe P88/A.03	Kenntnisnahme
P088a	P88/A.12	E 01	<u>Harte Tabukriterien - Puffer von 420m zu Ortslagen / sonstigen wohnbaulichen Nutzungen</u> Wie bereits erwähnt, stellen harte Tabukriterien (o. "Tabuzonen") ausschließlich Bereiche dar, die aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen nicht mit WEA bebaut werden dürfen. Zum Einen ist nicht nachzuvollziehen, dass im Entwurf des RROP ein Puffer, der per definitionem eigentlich ein sog. "weiches" Tabukriterium ist, zu einem "harten" Kriterium gemacht wird, und zum Anderen, warum zur Festlegung ausgerechnet eine WEA herangezogen wird, die gar nicht mehr hergestellt wird (Hersteller "Fuhrländer" ist seit 2013 insolvent) und die für die Windzonen im Landkreis gar keine Typenprüfung gehabt hätte.	Die 2fache Anlagehöhe ist als harte Tabuzone heranzuziehen, da eine Unterschreitung eine gemäß Rechtsprechung unzulässige optisch bedrängende Wirkung entfaltet. Unabhängig von der harten Tabuzone sieht der Kriterienkatalog einen Siedlungsabstand von 500m zu Einzellagen und 1000m zu Ortslagen vor, der als Vorsorgeabstand als weiche Tabuzone anzusehen ist. In diesen 500 bzw. 1000m ist eine harte Tabuzone als 2fache Anlagenhöhe bereits enthalten. Die herangezogene WEA ist die größte bekannte Onshore-WEA, die gewählt wurde, um in jedem Fall die optisch bedrängende Wirkung ausschließen zu können. Die Wahl ist also keinesfalls willkürlich. In der Praxis werden die 500 bzw. 1000m weiche Tabuzone die größere Wirkung entfalten, sodass von einer gegen Windenergie gerichteten Auswahl der herangezogenen WEA keine Rede sein kann.	Nicht zu berücksichtigen
P088a	P88/A.13	E 01	Für das Bestreben des Landkreises, den größtmöglichen Abstand zu Wohngebieten zu generieren, hätte es genügt, zusätzlich zu den für sich ausgeschlossenen Siedlungsgebieten und Einzelhäusern einen entsprechend großen "weichen" Tabubereich zu definieren.	Siehe P88/A.12	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P088a	P88/A.14	E 01	Das im RROP-Entwurf gewählte Vorgehen wirkt dagegen willkürlich und gegen den Ausbau der Windenergie gerichtet und widerspricht dem vom Landkreis gewählten Vorsatz " ...Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können, zur Vermeidung schwerer Abwägungsfehler wie weiche Tabuzonen zu behandeln" (s. S. 9, Begründung / Erläuterung).	Siehe P88/A.12	Nicht zu berücksichtigen
P088a	P88/A.15	E 01	Hinzukommt das beim Bezug auf die Ortslagen der Entwurf auf die Datenbestände von ATKIS zurückgreift. Der Begriff "Ortslage" unterscheidet hier nicht, ob es ein reines Wohngebiet, mit hohem Schutzstatus, oder ein 10 ha großes Industriegebiet mit nahezu keinem Schutzanspruch ist. Hierzu ist eine weitere Differenzierung geboten, da die Errichtung von WEA in Industriegebieten durchaus möglich ist.	Wie im Rahmen der Erläuterung auf Seite 7 ausgeführt wurde, wurde zwar auf ATKIS-Daten zurückgegriffen, allerdings nur auf die Daten in Bezug auf Wohnbebauung. Diese Daten wurden darüber hinaus in Abstimmung mit den Gemeinden aktualisiert und unter Rückgriff auf kommunale Bauleitpläne an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst. Die Abstände wurden somit nur bei Flächen zugrunde gelegt, die dem Wohnen dienen bzw. die eine besondere Prägung für die Siedlungsstruktur darstellen (z.B. Krankenhäuser).	Kenntnisnahme
P088a	P88/A.16	E 01	<u>Natur und Landschaft</u> Auch weiche Kriterien müssen sich aufgrund ihrer grundrechtsgestaltenden Wirkung sachlich rechtfertigen lassen, sie müssen zudem dem Gleichbehandlungsgrundsatz und dem Verhältnismäßigkeitsgebot gerecht werden. Gesetzlich geschützte Biotope sind, betrachtet man den Katalog der Biotope in § 30 BNatSchG, gegenüber den Auswirkungen von WEA weitgehend unempfindlich.	Gesetzlich geschützte Biotope sind in § 30 BNatSchG normiert; dort ist eine umfangreiche Liste an - i.d.R. natürlichen oder naturnahen - Biototypen aufgeführt. Die Größe der gesetzlich geschützten Biotope ist sehr unterschiedlich; im Zuständigkeitsbereich der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven liegt sie zwischen 0,01 ha und 44,43 ha (auf der Basis der derzeit erfassten und benachrichtigten gesetzlich geschützten Biotope). Die Lage und Größe ist übrigens im Kartendienst "Schutzgebiete und -objekte" im Internet-Geoportal des Landkreises Cuxhaven ersichtlich. Lediglich gesetzlich geschützte Biotope mit einer Flächengröße von über 5 ha sind im Kriterienkatalog den weichen Tabuzonen zugerechnet. Diese +/- großflächigen gesetzlich geschützten Biotope sind in ihrer Qualität mit Naturschutzgebieten vergleichbar. Da die im Kreisgebiet vorkommenden Biototypen wie Moore, Sümpfe, Röhrichte, Großseggenrieder, seggen- und binsenreiche Nasswiesen usw. usf. vielfach die zugehörige Pflanzen- und Tierwelt aufweisen, sind sie keineswegs als gegenüber Windenergieanlagen unempfindlich einzuschätzen.	Nicht zu berücksichtigen
P088a	P88/A.17	E 01	Im Gegenteil - es lässt sich durchaus sagen, dass die Verstärkte Nutzung der Windenergie den Biotopen mindestens mittelbar förderlich ist. Daher drängt sich eine Rechtfertigung für den Puffer von 200 m, um ohnehin schon große Biotope von min. 5 ha Fläche nicht auf.	Siehe P88/A.16.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P088a	P88/A.18	E 01	Die Begriffe "Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung" und "Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung" stellen unbestimmte Rechtsbegriffe dar. Dass sie von Fall zu Fall und je nach Interessenlage auch manipulativ angewendet werden können, dürfte heute allgemeiner Stand der Erkenntnis sein. Daher ist bedauerlich, dass den Unterlagen nicht explizit zu entnehmen ist, nach welchen Einzelkriterien genau die Gebiete bestimmt worden sind.	Die Begriffe "Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung" und "Gastvogellebensraum mit internationaler bzw. nationaler Bedeutung" sind keinesfalls unbestimmte Rechtsbegriffe. Wesentliche Grundlagen zur Bewertung der Vogelbrutgebiete stellen die Veröffentlichungen von BEHM et al. (2013) ["Verfahren zur Bewertung von Vogelbrutgebieten in Niedersachsen. 3. Fassung, Stand 2013"] und von KRÜGER et al. (2013) ["Quantitative Kriterien zur Bewertung von Gastvogellebensräumen in Niedersachsen. 3. Fassung, Stand 2013"] dar. Ein wesentliches Problem der Planungspraxis ist, dass in Gutachten vielfach nicht korrekt nach diesen Methodenstandards verfahren wird. Dies führt dann zu Nachforderungen seitens der Unteren Naturschutzbehörde, die Verzögerungen in den Planungen und Verwaltungsverfahren nach sich zieht. Insofern wären Unterlagen, die den o.g. Methodenstandards entsprechen, eine große Hilfe. - Dass diese Methodenstandards manipulativ angewendet werden können, ist ein geradezu ungeheuerlicher und absurder Vorwurf. Sofern die Methodenstandards vollumfänglich (!) angewendet werden, kann es allenfalls in einzelnen Fällen zu "Grenzfällen" kommen.	Nicht zu berücksichtigen
P088a	P88/A.19	E 01	Zu diesem aktuellen Stand der Erkenntnisse zählen auch die positiven Entwicklungen in Bezug auf die Populationen von Vogelarten. Die als kollisionsgefährdet angesehenen Arten wie z.B. der Seeadler oder der Weißstorch vermehren sich sehr stark. Gleichzeitig ist bei den Wiesenbrütern, wie der Feldlerche oder dem Kiebitz, die durch den Klimawandel und die Landwirtschaft bedroht werden, festzustellen, dass die vermutete Störungsempfindlichkeit kaum gegeben ist und diese Vögel sich im nahen Umfeld der WEA ansiedeln.	Seeadler und Weißstorch weisen im Bereich des Landkreises Cuxhaven in den letzten Jahren eine positive Bestandsentwicklung auf; als "sehr starke Vermehrung" ist dies aber sicherlich nicht zu bezeichnen. - Wenn sich der Status von einzelnen Arten in den Roten Listen ändert, fließt dies auch in die Bewertungsmethoden ein. - Hiervon unabhängig sind die artenschutzrechtlichen Bestimmungen einzuhalten. - Im Hinblick auf die Feldlerche und den Kiebitz ist leider im Bereich des Landkreises Cuxhaven in den letzten Jahren eine negative Bestandsentwicklung zu verzeichnen. Die Feldlerche wird gemeinhin nicht zu den windenergiesensiblen Arten gerechnet, der Kiebitz hingegen schon. Im Hinblick auf den Kiebitz gibt es unterschiedliche Studien.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P088a	P88/A.20	E 01	<u>Definition von Vorsorgeabständen bezogen auf WEA-Rotorspitzen</u> Die Vorsorgeabstände, die der Landkreis mit 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zur Wohnbebauung im Außenbereich gewählt hat, liegen im Vergleich zu anderen Landkreisen angesichts des 1000 m Abstandes zu Ortslagen im obersten Rahmen. Ungewöhnlich und aus unserer Sicht fachlich nicht nachvollziehbar ist der Bezug des Abstandes auf die Rotorspitzen der WEA.	Laut des Urteils vom Bundesverwaltungsgericht vom 21.10.2004 (Az 4 C 3/04) muss sich die gesamte Windenergieanlage, das heißt auch die Flügelspitzen, innerhalb der Grenzen eines Bauleitplanes befinden. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover im Urteil vom 22.09.2011 (4 A 1052/10) analog auf Vorranggebiete in einem Regionalen Raumordnungsprogramm übertragen. Das Argument der Maßstäblichkeit ist insofern hinfällig, da auch ein Flächennutzungsplan nicht parzellenscharf ist, jedoch auch für diesen das Urteil vom Bundesverwaltungsgerichts gilt, da dieses im Urteil nicht auf Bebauungspläne abgezielt hat, sondern auf Bauleitpläne. Das Argument der Genauigkeit des Maßstabes ist weiterhin auch deshalb nicht haltbar, da bei einem Heranziehen des Turms oder des Fundaments der Anlage anstatt der Flügelspitze, diese ebenfalls nicht metergenau bestimmt werden können. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover in einem ähnlichen Fall im Urteil vom 30. August 2012 (Az. 12 A 1642/11) wiederholt angewandt. Auch in diesem Fall wurde bestimmt, dass sich die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes befinden müssen. Insofern kann von einer gängigen und rechtsgültigen Rechtsprechung in dieser Thematik ausgegangen werden.	Nicht zu berücksichtigen
P088a	P88/A.21	E 01	Charakteristisch für ein RROP ist, dass potenziell geeignete Flächen in einem Maßstab von 1:50.000 ermittelt werden. In diesem Maßstab entspricht 1 mm auf der Karte 50 m in der Realität, so dass eine parzellenscharfe Betrachtung durch die Ausweisung im RROP weder möglich noch sinnvoll ist.	Siehe P88/A.20	Nicht zu berücksichtigen
P088a	P88/A.22	E 01	Zusätzlich ist der sich mit der Windrichtung drehende Rotor kein sinnvoller Bezugspunkt für die Definition von Vorsorgeabständen (siehe Anlage). Hiermit geht ein Verlust von nutzbaren Flächen einher, dem kein Gewinn im Immissionsschutz gegenübersteht, jedoch die Frage nach der Schaffung des substantiellen Raumes für die Windenergie aufwirft.	Siehe P88/A.20	Nicht zu berücksichtigen
P088a	P88/A.23	E 01	Errichtung und Betrieb einer WEA bedeuten für Mensch und/oder Natur in unmittelbarer Nähe immer eine gewisse Beeinträchtigung die über die TA-Lärm, die Rechtsprechung zum maximal zulässigen Schattenschlag und zur "optisch bedrängenden Wirkung" zum Schutz vor Belästigungen begrenzt werden.	Siehe P88/A.20	Nicht zu berücksichtigen
P088a	P88/A.24	E 01	Wird eine Vorrangfläche im Außenbereich für Windenergie ausgewiesen, sollte diese auch möglichst wirtschaftlich zur Erzeugung erneuerbarer Energie genutzt werden. Am Beispiel einer schematischen Darstellung kann man die Auswirkungen der Rotorspitzen-Regelung deutlich erkennen. Die Ecken bzw. Spitzen des VR wären mit modernen WEA (Rotordurchmesser 100-120m) kaum noch nutzbar.	Siehe P88/A.20	Nicht zu berücksichtigen
P088a	P88/A.25	E 01	Die Rechtsprechung hat aktuell hierzu keine Stellung bezogen. Das BVerwG (21.10.2004 - 4 C 3.04 - NVwZ 2005, 208) bezog sich in einem Urteil von 2004 lediglich auf einen Bebauungsplan, der natürlich parzellenscharf gefasst ist. Ein Urteil des VG Hannover sieht die Möglichkeit der Übertragung des BVerfG-Urteils auf ein VR. Dieses Urteil ist jedoch nicht rechtskräftig. Insofern kann hier definitiv nicht von einer gefestigten Rechtsprechung die Rede sein.	Siehe P88/A.20	Nicht zu berücksichtigen
P088a	P88/A.26	B 01, 06, 10	<u>Ausschluss eines sinnvollen Repowerings</u> Mit der Vorstellung des Entwurfs des RROP wird das Repowering im Landkreisgebiet effektiv ausgeschlossen, da fast sämtliche Flächen nicht mehr als Windvorranggebiet ausgewiesen werden.	Das Thema Repowering wird im nächsten Entwurf berücksichtigt und die Regelung hierzu angepasst.	Zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P088a	P88/A.27	B 01, 06,10	Das gilt insbesondere dann, wenn gemäß den vom Landkreis Cuxhaven gegebenen mündlichen Erläuterungen die im Entwurf jetzt vorliegenden Zielfestlegungen (Textziffer 01, 06 und 10) so zu verstehen sein sollten, dass den Städten und Gemeinden nach Inkrafttreten des RROP eine Bauleitplanung gemäß der Zielfestlegung in Textziffer 10 Sätze 1 - 4 untersagt sein sollte, Textziffer 10 Satz 3 also entgegen seinem Wortlaut nicht "auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe" bezogen ist, sondern "auf die in der zum Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses RROP rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe" bezogen sein soll.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.28	B 01, 06,10	So - im letztgenannten Sinne - hat der Landkreis Cuxhaven die entworfenen Zielfestlegungen erläutert. Aus dem Wortlaut der genannten Zielfestlegungen selbst unter Berücksichtigung der überflüssigen Zielfestlegung in Textziffer 06 und den Begründungen zu Ziffern 01, 06 und 10 ergibt sich ein solches Verständnis der genannten Zielfestlegungen zwar nicht. Denn sogar die Begründung zu Ziffer 06 letzter Satz verweist auf die Regelungen zum Repowering von Windparkstandorten ohne Vorranggebietsfestlegung gemäß Ziffer 10. Auch die Begründung zu Ziffer 10 entspricht nicht der mündlich durch den Landkreis Cuxhaven mitgeteilten Interpretation der Zielfestlegungen.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.29	B 01, 06,10	Sollten Sie so gemeint sein, würde nicht nur jegliches Repowering im Landkreis Cuxhaven entgegen den Zielen des LROP unmöglich gemacht werden. Die Zielfestlegungen wären dann auch abwägungsfehlerhaft und unwirksam. Die Städte und Gemeinden dürften nämlich ihre Bauleitpläne (Flächennutzungsplan und Bebauungspläne, vgl. 9 1 Abs. 2 BauGB) nicht mehr dem in Ziffer 10 Satz 1 festgelegten Ziel der Raumordnung gem. 9 1 Abs. 4 BauGB anpassen, obwohl 9 1 Abs. 4 BauGB dies ja gerade verlangt.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.30	B 01, 06,10	Die Städte und Gemeinden wären überhaupt ab dem Inkrafttreten des RROP dann anschließend an einer städtebaulichen sinnvollen Repowering-Planung durch Flächennutzungsplanänderung und Bebauungsplanaufstellung gehindert.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.31	B 01, 06,10	Weshalb aber sollte das in Ziffer 10 Satz 1 festgelegte Ziel durch Bauleitplanung bis zum Inkrafttreten des RROP noch verfolgbar sein, anschließend aber nicht mehr? Weshalb sollte der Zufall, ob Repowering-Bauleitplanungen noch vor dem Inkrafttreten des RROP in Kraft gesetzt werden oder nicht, darüber entscheiden, wo Bauleitplanungen im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 des RROP-Entwurfs noch erfolgen und wo nicht?	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.32	B 01, 06,10	Das Inkrafttreten des RROP würde damit nicht nur sinnvolle Bauleitplanungen im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 des Entwurfs des RROP- offenbar doch entgegen seiner Intention - unzulässig machen, es würde auch ein willkürliches Ergebnis zementieren. Das kann nicht gewollt sein und würde auch zu einem erheblichen Abwägungsmangel führen.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.33	B 01, 06,10	Selbst dann aber, wenn die genannten Zielfestlegungen in Textziffer 01, die angesichts von 9 1 Abs. 4 BauGB vollkommen überflüssige Zielfestlegung in Textziffer 06 und die Zielfestlegungen in Textziffer 10 Sätze 1 bis 4 so gemeint sein sollten, wie es Ihrem Wortlaut und der im Entwurf vorliegenden Begründung entspricht, die Gemeinden und Städte also auch noch nach den Inkrafttreten des RROP Bauleitplanungen in den lediglich "bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung" im Sinne der Textziffer 10 Sätze 1, 3 und 4 des RROP- Entwurfs vornehmen dürfen und damit das Repowering in diesen Bereichen im Sinne der Textziffer 10 bauleitplanerisch steuern dürfen, wäre die gesamte vom Landkreis Cuxhaven vorgesehene Vorgehensweise nicht sinnvoll.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.34	B 01, 06,10	Es würden sich im Verhältnis zum Potential auf dem Kreisgebiet wenige zum Teil kleine Vorranggebiete ergeben und ein großer Bereich lediglich bauleitplanerisch bereist gesicherter Gebiete für die Windenergienutzung, obwohl dort ganz überwiegend ein Repowering ebenfalls möglich ist, ausgeschlossen werden.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.35	B 01, 06,10	Das ist im Übrigen auch mit dem übergeordneten Zielfestlegungen im LROP2012 nicht vereinbar: Im Landesraumordnungsprogramm Niedersachsen (LROP 2012, Abschnitt 4.2 Energie) sind insoweit folgende Festlegungen getroffen, die vom Landkreis Cuxhaven zu beachten wären, insoweit aber nicht beachtet werden:	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.36	B 01, 06,10	Abschnitt 4.2 Energie Textziffer 01 Satz 4 (Zielfestlegung): "Vorhandene Standorte, ..., die bereits für die Energiegewinnung und ... genutzt werden, sind vorrangig zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen" (vgl. LROP a.a.O.). Mit dieser übergeordneten Zielfestlegung ist der Entwurf des RROP überhaupt nicht vereinbar.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.37	B 01, 06,10	Textziffer 04 Satz 1 (Zielfestlegung): "Für die Nutzung von Windenergie geeignete raumbedeutsame Standorte sind zu sichern und unter Berücksichtigung der Repowering Möglichkeiten in den Regionalen Raumordnungsprogrammen als Vorranggebiete oder Eignungsgebiete Windenergienutzung festzulegen". Mit dieser übergeordneten Zielfestlegung ist, weil es sich bei zahlreichen nach dem Entwurf lediglich bauleitplanerisch gesicherten Bereichen um grundsätzlich geeignete bereits vorhandene raumbedeutsame Standorte handelt, der Entwurf des RROP überhaupt nicht vereinbar.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P088a	P88/A.38	B 01, 06,10	Textziffer 04 Satz 6 (Grundsatz der Raumordnung): "Soweit in einem Teilraum raumbedeutsame Einzelanlagen für die Windenergienutzung außerhalb von Vorrang- und von Eignungsgebieten Windenergienutzung errichtet und deren Standorte für Repowering-Maßnahmen nicht raumverträglich sind, sollen im Einvernehmen mit den betroffenen Gemeinden, Grundeigentümern und Projektbetreibern in den Regionalen Raumordnungsprogrammen geeignete, zusätzliche Vorrang- oder Eignungsgebiete Windenergienutzung ausschließlich für Repowering-Maßnahmen festgelegt werden". Eine entsprechende Planung erfolgt überhaupt nicht.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.39	B 01, 06,10	Textziffer 04 Satz 7 (Zielfestlegung): "Für die zusätzlichen Vorrang- und Eignungsgebiete Windenergienutzung, die nur für Repowering-Maßnahmen genutzt werden sollen, ist der Abbau von Altanlagen in einem raumordnerischen Vertrag zwischen dem Träger der Regionalplanung, den Standortgemeinden, den Grundeigentümern und den Rechteinhabern der Altanlagen näher festzulegen". Eine entsprechende Vorgehensweise erfolgt überhaupt nicht.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.40	B 01, 06,10	Ein Repowering im Rahmen der bestehenden Flächennutzungs- oder Bebauungspläne mit den eingetragenen Höhenbegrenzungen von meist 100 m ist weder ökologisch, ökonomisch noch genehmigungsrechtlich sinnvoll. Doch gerade unter den Aspekten der Anliegerentlastung wäre ein Repowering im Landkreis besonders sinnvoll.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.41	B 01, 06,10	Die neu festgelegten Abstandsregelungen sollten aus unserer Sicht bei Repowering-Flächen nicht greifen, da ansonsten in deren Status als Windvorranggebiet und damit in den Bestandsschutz eingegriffen wird. Eine Erfüllung der TA-Lärm oder der immissionsschutzrechtliche Abstände wird davon nicht berührt.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088a	P88/A.42	B 01, 06,10	Die oben angeführten Aspekte sollten bei der weiteren Diskussion des RROP Cuxhaven berücksichtigt werden, um vermeidbare Fehler zu verhindern und einen weiteren Ausbau der Windenergie zu ermöglichen.	Siehe P88/A.26	Zu berücksichtigen
P088b	P88/B.01	E 01	Siehe Stellungnahme P88/A.01	Siehe Stellungnahme P88/A.01	Siehe Stellungnahme P88/A.01
P088b	P88/B.02	A	Siehe Stellungnahme P88/A.02	Siehe Stellungnahme P88/A.02	Siehe Stellungnahme P88/A.02
P088b	P88/B.03	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.26	Siehe Stellungnahme P88/A.26	Siehe Stellungnahme P88/A.26
P088b	P88/B.04	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.27	Siehe Stellungnahme P88/A.27	Siehe Stellungnahme P88/A.27
P088b	P88/B.05	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.28	Siehe Stellungnahme P88/A.28	Siehe Stellungnahme P88/A.28
P088b	P88/B.06	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.29	Siehe Stellungnahme P88/A.29	Siehe Stellungnahme P88/A.29
P088b	P88/B.07	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.30	Siehe Stellungnahme P88/A.30	Siehe Stellungnahme P88/A.30
P088b	P88/B.08	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.31	Siehe Stellungnahme P88/A.31	Siehe Stellungnahme P88/A.31
P088b	P88/B.09	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.32	Siehe Stellungnahme P88/A.32	Siehe Stellungnahme P88/A.32
P088b	P88/B.10	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.33	Siehe Stellungnahme P88/A.33	Siehe Stellungnahme P88/A.33
P088b	P88/B.11	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.34	Siehe Stellungnahme P88/A.34	Siehe Stellungnahme P88/A.34
P088b	P88/B.12	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.35	Siehe Stellungnahme P88/A.35	Siehe Stellungnahme P88/A.35
P088b	P88/B.13	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.36	Siehe Stellungnahme P88/A.36	Siehe Stellungnahme P88/A.36
P088b	P88/B.14	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.37	Siehe Stellungnahme P88/A.37	Siehe Stellungnahme P88/A.37
P088b	P88/B.15	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.38	Siehe Stellungnahme P88/A.38	Siehe Stellungnahme P88/A.38
P088b	P88/B.16	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.39	Siehe Stellungnahme P88/A.39	Siehe Stellungnahme P88/A.39
P088b	P88/B.17	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.40	Siehe Stellungnahme P88/A.40	Siehe Stellungnahme P88/A.40
P088b	P88/B.18	B 01, 06,10	Siehe Stellungnahme P88/A.41	Siehe Stellungnahme P88/A.41	Siehe Stellungnahme P88/A.41

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P088b	P88/B.19	E 01	Zur Anregung: Aufsplittung der Abstände zu Wohnbebauungen in Regelungen auf a) der Ebene der weichen Tabukriterien und b) der Ebene der Potenzialflächenbewertung	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P088b	P88/B.20	E 01	Der pauschale Abstand von 1.000 Metern als weiches Tabu soll gestrichen werden und durch die folgenden beiden weichen Tabukriterien ersetzt werden: • 500 m um Ortslagenflächen auf der Ebene der Tabuflächenbewertung als weiches Tabukriterium im gesamten Planungsraum anwenden	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P088b	P88/B.21	E 01	• 650 m um Ortslagenflächen auf der nachgelagerten Ebene der Potenzialflächenbewertung anwenden für alle Bereiche in mindestens 650 m Abstand zu Bereichen, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche).	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P088b	P88/B.22	E 01	Raumordnerische Begründung Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregung 1 verwiesen. Diese gelten übertragend.	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P088b	P88/B.23	E 01	Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag jedoch - entgegen der in der Begründung zur Anregung dargelegten Rechtslage - meinen, dass weiche Tabukriterien nicht räumlich differenziert angewendet werden dürfen, so steht dies einer Konzeptänderung mit gleichen Ergebnissen wie bei Anregung dennoch nicht entgegen.	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P088b	P88/B.24	E 01	Denn dann kann man gemäß der obigen Alternative zur Anregung schlicht eine Aufsplittung der Abstände zu Wohnbebauungen in Regelungen auf a) der Ebene der weichen Tabukriterien und b) der Ebene der Potenzialflächenbewertung vorsehen.	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P088b	P88/B.25	E 01	Auf der Ebene der weichen Tabukriterien wählt man dann ein weniger weitreichendes Kriterium (500m), dass man daher sachgerecht im ganzen Planungsraum anwenden kann, ohne dass man dadurch in Teilräumen mit besonderen Abwägungsbedingungen - hier: Bestandsbereiche - zu große und nicht zu rechtfertigende Tabuflächen kreiert.	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P088b	P88/B.26	E 01	Auf der Ebene der Potenzialflächen kann man dann räumlich differenziert weitergehende Abstände (650 oder 1.000 Meter) nur für diejenigen Teilbereiche außerhalb der Bestandsbereiche vorsehen.	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P088b	P88/B.27	E 01	Das korrespondiert für den zweiten Schritt mit den eigenen Planungsansätzen der unteren Landesplanungsbehörde für Abstände zwischen Windparks. Insoweit wird hier schon alleine deswegen wohl seitens der unteren Landesplanungsbehörde Cuxhaven nicht behauptet werden, dass dieser Ansatz raumordnerisch unzulässig sein.	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P088b	P88/B.28	E 01	Im Ergebnis kann man damit in gleicher Weise die Bestandsgebiete weiterhin im RROP darstellen, wie bei der Anregung 1. Einziger Unterschied, ist dass der weitergehende Puffer von 650 Metern (alternativ 1.000 m) in einer anderen systematischen Stufe im Auswahlprozess für die RROPVorranggebiete angewendet wird.	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P088b	P88/B.29	E 01	Zur geplanten Einschränkung der Repoweringmöglichkeiten hat das BVerwG im seinem Beschluss 4 BN 65.09 vom 29.03.2014 wie folgt Position bezogen: "In der Rechtsprechung des Senats ist geklärt, dass vorhandene Windenergieanlagen als Tatsachenmaterial bei der Abwägung zu berücksichtigen sind (Beschluss vom 23. Juli 2008 a.a.O. juris Rn. 7). Werden Grundstücke mit vorhandenen Windenergieanlagen beim Zuschnitt der Konzentrationsflächen nicht berücksichtigt, sind die Betreiber auf den Bestandsschutz für ihre Anlagen beschränkt. Der Planungsträger hat daher das Interesse der Betreiber, ältere Anlagen durch effizientere neue Anlagen zu ersetzen und diese dabei gegebenenfalls auch neu anzuordnen (Repowering), in der Abwägung zu berücksichtigen (Urteil vom 24. Januar 2008 a.a.O. Rn. 17). Die Beschränkung der Nutzungsmöglichkeiten eines Grundstücks muss vom Planungsträger als ein wichtiger Belang privater Eigentümerinteressen in der Abwägung der öffentlichen und der privaten Belange beachtet werden (vgl. auch zur gemeindlichen Bauleitplanung Urteil vom 31. August 2000 - BVerwG 4 CN 6.99 - BVerwGE 112, 41 <49>; Beschlüsse vom 26. August 2009 - BVerwG 4 BN 35.09 - BauR 2010, 54 und vom 16. Januar 1996 - BVerwG 4 NB 1.96- Buchholz 406.11 91 BauGB Nr. 88 5.38)."	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P088b	P88/B.30	E 01	Die oben angeführten Aspekte sollten bei der weiteren Diskussion des RROP Cuxhaven berücksichtigt werden, um vermeidbare Fehler zu verhindern und einen weiteren Ausbau der Windenergie zu ermöglichen.	Siehe P88/A.26	Kenntnisnahme
P089a	P89/A		Siehe Stellungnahme P88/A	Siehe Stellungnahme P88/A	Kenntnisnahme
P089b	P89/B		Siehe Stellungnahme P88/B	Siehe Stellungnahme P88/B	Kenntnisnahme
P090	P90	SO 31	Siehe Stellungnahme P29	Siehe Stellungnahme P29	Kenntnisnahme
P091a	P91/A		Siehe Stellungnahme P88/A	Siehe Stellungnahme P88/A	Kenntnisnahme
P091b	P91/B		Siehe Stellungnahme P88/B	Siehe Stellungnahme P88/B	Kenntnisnahme
P092	P92.01-29		Siehe Stellungnahme P88/B.1-29	Siehe Stellungnahme P88/B.1-29	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P092	P92.30	Z	In diesem Zusammenhang ist darauf hinzuweisen, dass die im RROP vom 28.10.1994 festgestellte Vorrangfläche seit 1995 mit jetzt zu repowernden Windkraftanlagen bebaut ist. Diese Vorrangfläche ist im Zuge der Digitalisierung von Kartenmaterial an westlicher Seite um bis zu 70 m verkleinert worden. Bei öffentlichen Auslegungen konnte diese Verkleinerung wegen des großen Maßstabes nicht festgestellt werden. Der Fehler in der Kartierung wurde im Jahre 2012 erkannt. Im Zuge des neuen RROP sollte dieser Fehler korrigiert und die ursprüngliche Vorrangfläche von 1995 wieder aufgenommen werden.	Diese Einwendung kann nicht nachvollzogen werden. Mit Datum 28.10.1994 gibt es kein Amtsblatt des Landkreises Cuxhaven; im Amtsblatt vom 27.10.1994 ist kein Regionales Raumordnungsprogramm veröffentlicht worden. Es ist kein Standort angegeben worden, so dass auch hierüber keine Recherche möglich ist. - Von der Jahresangabe 1994 her liegt ein Standort an der Wurster Küste nahe; hier sind jedoch weder im Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms noch im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms Vorranggebiete Windenergienutzung dargestellt.	Nicht zu berücksichtigen
P092	P92.31		Siehe Stellungnahme P88/B.30	Siehe Stellungnahme P88/B.30	Kenntnisnahme
P093	P93		Siehe Stellungnahme P92	Siehe Stellungnahme P92	Kenntnisnahme
P094	P94		Siehe Stellungnahme P88/A	Siehe Stellungnahme P88/A	Kenntnisnahme
P095	P95		Siehe Stellungnahme P88/B	Siehe Stellungnahme P88/B	Kenntnisnahme
P096	P96		Siehe Stellungnahme P92	Siehe Stellungnahme P92	Kenntnisnahme
P097	P97		Siehe Stellungnahme P88/B	Siehe Stellungnahme P88/B	Kenntnisnahme
P098	P98		Siehe Stellungnahme P88/A	Siehe Stellungnahme P88/A	Kenntnisnahme
P099	P99.01	Z	wir, die EWC, sind einer der Betreiber der Windenergieanlagen des Testfeldes Langen-Neuenwalde. Die Umsiedlung der Windenergieanlagen vom Offshore Testfeld Cuxhaven-Groden wurde in der Vergangenheit zwischen den Betreibern der einzelnen Windenergieanlagen und dem Land Niedersachsen vereinbart, da der alte Testfeldstandort einer neuen Nutzung wie insbesondere Hafenbaumaßnahmen zugeführt werden sollte.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P099	P99.02	Z	Im Sinne einer sicheren Planung des verlagerten Offshore-Testfeldes, sind wir sehr daran interessiert, dass auch der neue Standort des Testfelds im Regionalplan planerisch abgesichert wird und folglich das Testfeld im neuen Regionalen Raumordnungsprogramm 2014 (RROP 2014) von einem Vorranggebiet überdeckt wird, um somit andere, der Windenergienutzung entgegenstehende Nutzung, an diesem Standort auszuschließen.	Die Ausweisung eines Vorranggebietes ist an dieser Stelle nicht möglich, da die Fläche nicht den vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien entspricht. Der Standort wird jedoch beschreibend in die Erläuterung des RROP Entwurfs 2015 aufgenommen, mit dem Hinweis dass das Testfeld durch eine Verlagerung entstanden ist und Bestandsschutz hat.	Zu berücksichtigen
P099	P99.03	Z	Im aktuell gültigen Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 (RROP 2012) wird der bisherige Standort des Offshore-Testfeldes am Standort in Cuxhaven-Groden durch eine zeichnerische Darstellung als Windvorranggebiet festgelegt sowie die Verlagerung dieses Standortes durch das Ziel 4.2.2.03 als „Arbeitsauftrag“ an die Regionalplanung näher bestimmt. Im neuen RROP 2014 sind sowohl die zeichnerische Festlegung am Standort Cuxhaven-Groden als auch textliche Festlegung ersatzlos gestrichen. Da dieser Standort mit der Verlagerung aufgegeben wird, ist die Nicht-Behandlung des Standortes Cuxhaven-Groden im RROP 2014 nachvollziehbar.	Siehe P99.02	Zu berücksichtigen
P099	P99.04	Z	Jedoch finden sich im neuen RROP 2014 für das neue Offshore-Testfeld in Langen-Neuenwalde keinerlei Festlegungen. Es gibt weder eine zeichnerische noch eine textliche Festlegung und auch in der Begründung/Erläuterung sowie im Umweltbericht des neuen RROP 2014 findet der neue Standort keine Erwähnung.	Siehe P99.02	Zu berücksichtigen
P099	P99.05	Z	Unseres Erachtens sollte jedoch die Besonderheit des Testfeldes trotz des neuen Standortes weiterhin durch entsprechende Festlegungen gewürdigt und der im RROP 2012 formulierte „Arbeitsauftrag“ im neuen RROP ausgeführt werden. Eine komplette Nicht-Behandlung dieses Standortes im gesamten RROP 2014 ist nicht hinzunehmen. Insbesondere ist hierbei auch auf das aus dem RROP 2012 weitergeführte Ziel unter der neuen Nummer 4.2.2.11 im RROP 2014 hinzuweisen, welches eine besondere Sicherung und Entwicklung des Offshore-Wirtschaftsstandortes Cuxhaven fordert. Für die Weiterentwicklung der Offshore-Wirtschaft bedarf es entsprechender Räume, die ein Testen von Offshore-Windenergieanlagen ermöglichen. Somit lässt sich auch aus dem RROP 2014 heraus, dass eine planerische Sicherung des neuen Standorts von großer Bedeutung ist.	Siehe P99.02	Zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P099	P99.06	Z	In der zum RROP 2014 zugehörigen Potentialflächenanalyse zur Identifizierung möglicher Flächen für eine Windenergienutzung (dokumentiert in der Begründung/Erläuterung zum RROP 2014) ist der neue Standort des Offshore-Testfeldes in Langen-Neuenwalde untersucht worden. Nach der Ableitung und Begründung der harten und weichen Tabuzonen und Übertragung dieser in die Örtlichkeit (Arbeitsschritte 1 und 2) stellt sich dieser Standort als mögliche Potentialfläche für eine Windenergienutzung dar – unter der Bezeichnung 004 „Langen Bederkesa“ mit einer Größe von 230,41 ha (s. nachfolgendes Bild).	Es ist richtig, dass der neue Standort des Offshore-Testfeldes eine Potentialfläche darstellt. Allerdings befindet diese sich in den 4 km Abstandsradien anderer Windparks und ist somit im Zuge des dritten Schrittes nicht als Vorranggebiet darstellbar.	Kenntnisnahme
P099	P99.07	Z	Somit ist eine generelle Eignung des Standortes Langen-Neuenwalde als Standort für Windenergieanlagen durch die Potentialflächenanalyse dokumentiert. Rechtliche und planerische-konzeptionelle Gründe, die einer Windenergienutzung an diesem Standort entgegen stehen können somit ausgeschlossen werden.	Siehe P99.06	Kenntnisnahme
P099	P99.08	Z	Auch das im RROP 2012 genannten Ziel 4.2.2.04, dass der neue Standort für das zu verlagernde Offshore-Testfeld den Kriterien für die Ausweisung der Vorranggebiete Windenergienutzung entsprechen muss, ist somit erfüllt.	Siehe P99.06	Kenntnisnahme
P099	P99.09	Z	Allerdings ist die identifizierte Potentialfläche 004 innerhalb des Arbeitsschritts 3 (Anwendung von Kriterien wie Abstände der Vorranggebiete untereinander, Flächengrößen, naturschutzfachliche Anforderungen sowie Festlegungen des Regionalen Raumordnungsprogramms) aus Abstandsgründen verworfen worden. Dieses ist – wie nachfolgend erläutert – nicht nachzuvollziehen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P099	P99.10	Z	Der Abstand zum Vorranggebiet Flögeln-Stüh (Potentialfläche 39 bzw. Detailkarte 8) beträgt ca. 2,5 km. Der Abstand zum bauleitplanerisch gesicherten Bereich Langen-Debstedt (Potentialfläche 93 bzw. Detailkarte 18 beträgt ca. 4,2 km). Somit wird sowohl der von der obersten Raumordnungsbehörde empfohlene Abstand von Windparks untereinander von fünf Kilometern als auch der vom Landkreis Cuxhaven abgeleitete Abstand von vier Kilometern nicht eingehalten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P099	P99.11	Z	Jedoch unterscheidet sich das geplante neue Offshore-Testfeld in seiner Natur als Testfeld für Offshore-Windenergieanlagen von der Natur der übrigen Vorrangstandorte als Standorte für Onshore-Windenergieanlagen und es sollte somit seiner Sonderrolle Rechnung getragen werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P099	P99.12	Z	Da der von der obersten Raumordnungsbehörde genannte Abstand von Windparks untereinander sich als Empfehlung versteht, ist eine Sicherung des Standortes als Testfeld möglich.	Der Abstand von 5 km seitens des Landes ist nur als Empfehlung zu verstehen. Der Landkreis Cuxhaven hat jedoch für das gesamte Kreisgebiet politisch einen Abstand von 4 km von Windparks untereinander festgelegt. Diesen müssen Vorranggebiete untereinander einhalten.	Nicht zu berücksichtigen
P099	P99.13	Z	Insbesondere impliziert auch die in der Begründung genannte Bedeutung der Windkraft für die Wirtschaft eine notwendige Unterschreitung sowohl des fünf Kilometer Abstandes als auch des in der Begründung genannten, vom Landkreis Cuxhaven abgeleiteten Abstandes von vier Kilometern für das Testfeld.	Siehe P99.12	Nicht zu berücksichtigen
P099	P99.14	Z	Ferner wurde bereits im Ziel 4.2.2.04 des RROP 2012 eine Ausnahmeregelung für das Offsho-re-Testfeld bezüglich der Unterschreitung von Abständen zu anderen Windparke festgelegt. Da in diesem Ziel auch festgelegt ist, dass das neue Testfeld den Bau und Betrieb weiterer Windenergieanlagen ermöglichen soll und ferner in der dazugehörigen Begründung auf die Unterstützung der Entwicklung der Offshore-Branche im Landkreis hingewiesen wird, ist es nötig, das neue Testfeld durch die Ausweisung eines Vorranggebiets planerisch zu sichern und somit zukünftig den Absichten des RROP 2012 Rechnung zu Tragen.	Eine Ausweisung des Testfeldes als Vorranggebiet ist aufgrund der bereits ausgeführten Gründe nicht möglich. Der Standort wird dennoch in der Erläuterung des RROP Entwurfs 2015 abgesichert.	Teilweise zu berücksichtigen
P099	P99.15	Z	Weiterhin ermöglicht die vom Landkreis zu tätigende planerische Abwägung zum neuen Regionalplan Windenergie und die gesetzten (o.g.) Ziele eine Unterschreitung des Abstandes von Windparks untereinander und damit ein Miteinander des neuen Offshore-Testfeldes zum Standort Flögeln-Stüh sowie Langen-Debstedt.	Siehe P99.14	Teilweise zu berücksichtigen
P099	P99.16	Z	Auch die weiteren Aspekte des Arbeitsschritts 3 – Flächengröße, naturschutzfachliche Anforderung sowie Festlegungen des Regionalen Raumordnungsprogramms – können unseres Erachtens nicht zum Ausschluss der identifizierten Potentialfläche am Standort Langen-Neuenwalde führen.	Siehe P99.14	Teilweise zu berücksichtigen
P099	P99.17	Z	Die Potentialfläche mit der Bezeichnung 004 ist eine der mit Abstand am größten identifizierten Potentialflächen im gesamten Landkreis Cuxhaven. Gerade eine derartig große Fläche, kann optimal zu den Zielen des RROP 2012 sowie RROP 2014 einen großen Teil beitragen, regenerative Energien auszubauen.	Siehe P99.14	Teilweise zu berücksichtigen
P099	P99.18	Z	Die Eignung der Potentialfläche 004 bezüglich naturschutzfachlicher Anforderungen lässt sich anhand der vorliegenden Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz positiv dokumentieren. So wird eine Genehmigung nur erteilt, wenn alle Anforderungen erfüllt sind und somit auch seitens des Natur- und Artenschutz keine Bedenken bestehen.	Siehe P99.14	Teilweise zu berücksichtigen
P099	P99.19	Z	Auch die Festlegungen des Regionalen Raumordnungsprogramms stehen einer Windenergienutzung auf der Potentialfläche 004 nicht entgegen. Das aktuell gültige RROP 2012 (s. nachfolgendes Bild) zeigt eine generelle Eignung des Standortes Langen-Neuenwalde – bei Außerachtlassung der verankerten Ausschlusswirkung von Windenergie außerhalb von dargestellten Vorranggebieten.	Siehe P99.14	Teilweise zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P099	P99.20	Z	So liegt das neue Offshore-Testfeld in einem Vorbehaltsgebiet Landwirtschaft (gelbliche Färbung) und wird teilweise Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft (grüne Schraffur) überlagert. Eine Festlegung dieser Bereiche als Windvorrangstandort widerspricht nicht den durch das RROP 2012 in 3.2.1.1.03 (VG Landwirtschaft) bzw. 3.1.2.08 (VG Natur und Landschaft) gesetzten Zielen bzw. Grundsätzen, da die Eignung und Bedeutung der Gebiete durch eine Windenergienutzung nicht eingeschränkt werden. Somit weist das RROP 2012 auf eine Eignung dieses Offshore-Testfeld-Standortes als Vorrangstandort Windenergie hin.	Siehe P99.14	Teilweise zu berücksichtigen
P099	P99.21	Z	Somit muss unseres Erachtens die Potentialfläche 004 auch nach Anwendung des Arbeitsschritts 3 der Potentialflächenanalyse als Vorranggebiet ergeben. Daraus folgert sich eine Ausweisung des Standortes als Vorranggebiet Windenergienutzung.	Siehe P99.14	Teilweise zu berücksichtigen
P099	P99.22	Z	Sollte – wider Erwarten – das Offshore-Testfeld in Langen-Neuenwalde nicht als eigenständiges Vorranggebiet Windenergienutzung in das neue RROP 2014 aufgenommen wird, sollten zumindest die textlichen Darstellungen des RROP 2014 eine Ausnahmeregelung von der im Ziel 4.2.2.1 festgelegten Ausschlusswirkung eröffnen. Testfelder sollten dieser Ausschlusswirkung nicht unterliegen. Nur so ist es den Kommunen möglich, den Standort des Offshore-Testfelds als Sondergebiet Windenergie im entsprechenden Flächennutzungsplan festzulegen und diesen so planerisch abzusichern, dass an dieser Stelle keine andere Nutzung angesiedelt werden kann.	Siehe P99.14	Teilweise zu berücksichtigen
P099	P99.23	Z	Insgesamt möchten wir mit dieser Stellungnahme zum Ausdruck, dass wir zum o.a. Entwurf des RROP 2014 einen dringenden Überarbeitungsbedarf bezüglich des Offshore-Testfeldes sehen. Das neue Testfeld in Langen-Neuenwalde sollte Eingang in das RROP 2014 finden und unserer Empfehlungen entsprechend umgesetzt werden.	Siehe P99.14	Teilweise zu berücksichtigen
P100	P100.01	U, SO 31	zu dem ausgelegten Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014, Fortschreibung sachlicher Teilabschnitt Windenergie, nehmen wir wie folgt Stellung: <u>1. Zum Umweltbericht - Teil C. Nr. 1.2.2.9 Standort Geversdorf/Oberndorf</u> Nr. 4: Zusammenfassende Einschätzung der Erheblichkeit der Umweltauswirkungen Wir stellen fest, dass die Einschätzung des Umweltberichts, die Umweltauswirkungen eines verwirklichten Windparks im Plangebiet Geversdorf/Oberndorf seien erheblich, ausschließlich auf den Bestand von windenergieempfindlichen Vogelarten zurückzuführen sein soll. Diese Einschätzung ist auf einer derzeit systematisch nicht korrekten Bestandsbeschreibung getroffen worden.	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.02	U, SO 31	<u>a. Keine Differenzierung von Plangebiet/Umfeld bei Artenvorkommen</u> Im Gegensatz zu anderen Plangebieten (z. B. Standort Wremen Grauwalkkanal) findet in der Rubrik "Voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkungen" zum Plangebiet Geversdorf/Oberndorf keine Unterscheidung statt, ob eine Vogelart im Plangebiet selbst oder im Umfeld des Plangebietes vorkommt.	Die Vorgehensweise zur Ermittlung des Bestands und Bewertung der Umweltauswirkungen ist in allen Prüfbögen des Umweltberichts einheitlich vorgenommen worden. In dem Prüfbogen zum potenziellen Vorranggebiet Geversdorf-Oberndorf wird für windenergieempfindlichen Vogelarten im Umweltbericht zum RROP 2014 auch angegeben, ob Brutvorkommen im potenziellen Plangebiet oder im Umfeld dessen vorkommen. Der Kiebitz kommt im potenziellen Vorranggebiet sowie im Umfeld vor. Weißstorch, Waldohreule, Seeadler und Rohrweihe kommen im Umfeld vor. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P100	P100.03	U, SO 31	Die fehlende Differenzierung in dieser Rubrik ist so geeignet, das Plangebiet in einem höheren Umweltweft erscheinen zu lassen als es in Wirklichkeit ist. Der Umweltbericht ist deswegen zu korrigieren.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVP (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Der Umweltbericht Teil C ist geeignet und wird an dieser Stelle nicht korrigiert. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.04	U, SO 31	Das ist auch geboten, weil der Ersteller des Umweltberichts, die Firma bosch & partner GmbH, umfangreiches Detailwissen über die Artenvorkommen im und außerhalb des Plangebietes hat. Denn bosch & partner GmbH liegen die Gutachten vor, die im Rahmen des Genehmigungsverfahrens für den geplanten Windpark Geversdorf/Oberndorf eingereicht wurden und hat dazu selbst Stellung genommen.	Aus Gründen der Vergleichbarkeit wurden weitere, für ein Gebiet speziell angefertigte Gutachten nicht berücksichtigt. Daneben würden weitere Gutachten weder zu einer anderen Ermessensgrundlage führen noch eine andere Einschätzung der voraussichtlichen Erheblichkeit der Umweltauswirkungen für das potenzielle Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf bewirken. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.05	U, SO 31	<u>b. Zurechnung von Artenvorkommen trotz Kenntnis von gegenteiligen Gutachten</u> i. zur Walddohreule: Lt. Gutachten, die sowohl dem Landkreis als auch dem Gutachter bosch & partner GmbH vorliegen, kommen Walddohreulen im Plangebiet nicht vor. Im NLT-Papier ist ein zusätzlicher artspezifischer Radius zur Untersuchung der Walddohreule nicht genannt. Die zusätzliche Einführung eines solchen Radius in der Methodik (Anhang 1 zum Umweltbericht) ohne nähere Begründung ist zweifelhaft.	Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Der Abstand zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten wird im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden. Für die Walddohreule wird durchaus eine Abstandsempfehlung in der Arbeitshilfe Naturschutz und Windenergie des NLT (2014) gegeben. Der Mindestabstand beträgt danach 500 m und der Prüfbereich 1.000 m vom potenziellen Vorranggebiet/Repoweringgebiet. Gem. der Kartierung (2012) befindet sich ein Brutpaar der Walddohreule im innerhalb des Mindestabstands und ein Brutpaar innerhalb des Prüfbereichs des potenziellen Vorranggebietes Geversdorf/Oberndorf.	Teilweise zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P100	P100.06	U, SO 31	Da auch in den bisherigen Stellungnahmen von bosch & partner zu den im BImSchG Verfahren eingereichten Gutachten die Walddohreule nie als problematische und wertgebende Art thematisiert wurde, ist diese in der Nennung als wertgebende Art in der Umweltbericht-Abwägung, die als Art nicht einmal im Planbereich vorkommt, zu streichen.	Auch wenn die Walddohreule nicht direkt im potenziellen Vorranggebiet Greversdorf/Oberndorf brütet, müssen die Brutvorkommen im Umfeld des Gebiets auf den weiteren Planungs- und Zulassungsebenen berücksichtigt werden. Sofern von Belang erfolgen tiefgreifende Untersuchungen zur Walddohreule im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen die Belange von artbezogenem Naturschutz regeln. Die Art wird nicht gestrichen. In der Zusammenfassung der Umweltwirkungen bleibt die Einschätzung einer potenziell erheblichen Beeinträchtigung hinsichtlich der windenergieempfindlichen Brutvogelarten und im Kontext weiterer betroffener Schutzgüter in Bezug auf das potenzielle Vorranggebiet Greversdorf/Oberndorf bestehen (vgl. § 3 und § 14g Abs. 2 Nr 5 UVPG). Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.07	U, SO 31	ii. Zum Seeadler: Da diese Art im Plangebiet nicht vorkommt und durch Gutachten bereits belegt ist, dass innerhalb des Umfeld keine Gefährdung des Seeadlers und dessen Nahrungshabitate gegeben ist, ist dieses Wissen im Umweltbericht zu berücksichtigen und der Seeadler zumindest als nicht betroffene Art zu kennzeichnen.	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. Entwurf RROP 2015) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Auch wenn der Seeadler nicht direkt im potenziellen Vorranggebiet Greversdorf/Oberndorf brütet, müssen die Brutvorkommen im Umfeld des Gebiets auf den weiteren Planungs- und Zulassungsebenen berücksichtigt werden. In der Zusammenfassung der Umweltwirkungen bleibt die Einschätzung einer potenziell erheblichen Beeinträchtigung hinsichtlich der windenergieempfindlichen Brutvogelarten und im Kontext weiterer betroffener Schutzgüter in Bezug auf das potenzielle Vorranggebiet Greversdorf/Oberndorf bestehen (vgl. § 3 und § 14g Abs. 2 Nr 5 UVPG). Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P100	P100.08	U, SO 31	Im Ergebnis ist zudem die Schlussfolgerung erheblicher Umweltauswirkungen zu relativieren und in der entsprechenden Rubrik mit Verweis auf vorliegende Gutachten zu kennzeichnen.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVP (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten wurden berücksichtigt. Eine Anpassung der Beurteilung der potenziellen Umweltauswirkungen wird nicht vorgenommen. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.09	E 01	<u>2. Zur Beschreibenden Darstellung sowie zur Begründung/Erläuterung, Nr. 4.2.2 Windenergie</u> <u>a. Nr. 01: Rotoren sollen innerhalb der festgelegten Vorranggebiete bleiben</u> i. Keine gefestigte Rechtsprechung, fehlerhafte rechtliche Annahme der Verwaltung in Sitzung vom 18.06.2014 Während der Sitzung des Planungsausschusses wurde vom Leiter der Planungsabteilung, Herrn Eickmann, auf eine gefestigte Rechtsprechung verwiesen, die fordere, dass Rotoren von Windkraftanlagen auch die in einem Regionalplan festgelegten Gebietsgrenzen einhalte. Diese Aussage ist nicht richtig. Zur Notwendigkeit der Einhaltung von Windvorranggebietsgrenzen, die in Regionalplänen festgelegt werden, durch WEA-Rotoren gibt es keine gefestigte Rechtsprechung.	Laut des Urteils vom Bundesverwaltungsgericht vom 21.10.2004 (Az 4 C 3/04) muss sich die gesamte Windenergieanlage, das heißt auch die Flügelspitzen, innerhalb der Grenzen eines Bauleitplanes befinden. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover im Urteil vom 22.09.2011 (4 A 1052/10) analog auf Vorranggebiete in einem "Regionalen Raumordnungsprogramm" übertragen. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover in einem ähnlichen Fall im Urteil vom 30. August 2012 (Az. 12 A 1642/11) wiederholt angewandt. In diesem Fall wurde bestimmt, dass sich die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes befinden müssen. Insofern kann von einer gängigen und rechtsgültigen Rechtssprechung in dieser Thematik ausgegangen werden. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass sich die Flügellängen in der Laufzeit des RROP weiter vergrößern. Dies würde bedeuten, dass sich die Abstände zu den Anwohnern weiter minimieren, wenn nur auf den Turm abgestellt werden würde.	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.10	E 01	Die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichts vom 21.10.2004, Az. 4 C 3/04, betrifft ausschließlich die Bauleitplanung von Gemeinden, nicht die Regionalplanung.	Siehe P100.09	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.11	E 01	Die Entscheidung des VG Hannovers vom 22.09.2011, die die Entscheidung des BVerwG argumentationslos auf Regionalpläne überträgt, ist noch nicht rechtskräftig, sondern angefochten. Mit Blick auf die grundsätzliche Regelung, dass Bauleitplanung parzellenscharf zu sein habe, die Regionalpläne aber wegen anderer Regelungsaufgaben aber grundsätzlich nicht, ist die Zulässigkeit einer solchen Übertragung durch das VG Hannover zweifelhaft.	Siehe P100.09	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.12	E 01	Jedenfalls liegt derzeit ein Abwägungsausfall der Verwaltung vor, die eine Rechtslage annimmt, die so nicht gegeben ist.	Siehe P100.09	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P100	P100.13	E 01	ii. Bisherige gegenteilige Behördenpraxis des Landkreises Cuxhaven Nicht in Betracht gezogen wurde bei der Festlegung die bisherige gegenteilige Behördenpraxis des Landkreises Cuxhaven, die forderte, dass der Turm vollständig im Vorranggebiet liegen müsse, der Rotor aber die Windvorranggebietsgrenze nicht einhalten müsse. Eine solche Änderung der Behördenpraxis hätte den Entfall von bereits beantragten Windkraftanlagen zur Folge, die nicht mehr vollständig in das Windvorranggebiet verschoben werden können. Das in die frühere Behördenpraxis gesetzte Vertrauen würde zu einem Vermögensschaden bei den Planern führen.	Es gibt keinen rechtlichen Zwang an Regelungen aus alten Raumordnungsprogrammen festzuhalten. Dem Landkreis steht es frei die Ordnung des Raumes neu zu gestalten. Diese Regelung greift jedoch erst für neue Anträge, nicht für Anträge die bereits vor dem Entwurf des RROP 2014 beantragt wurden.	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.14	E 01	iii. Keine raumplanerische Notwendigkeit für eine solche Festlegung Das gelegentliche Überstreichen der Luftbereichsgrenze eines Windvorranggebietes durch Rotorblätter verletzt weder den Regelungszweck von § 35 Abs. 3 BauGB noch das Ziel der Raumordnung „Ausschluss von Windenergieanlagen an anderer Stelle“.	Siehe P100.09	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.15	E 01	Sinn und Zweck des RROP-Ziels ist, den übrigen Außenbereich von WKA freizuhalten und Windenergieausbau mit einem ausgewogenen Gesamtkonzept zu steuern. Weder dem Zweck der Freihaltung des Außenbereichs noch dem Gesamtkonzept, das die öffentlichen Belange berücksichtigt, schadet es, wenn gelegentlich Rotorblattspitzen über die Luftgebietsgrenzen streichen.	Siehe P100.09	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.16	E 01	Stattdessen wird durch die Möglichkeit, den Turm an der Gebietsgrenze zu errichten, die optimale Nutzung des Windvorranggebietes hinsichtlich der Leistungsausbeute erreicht (deren Regelung bedauerlicherweise als Ziel der Raumordnung gestrichen wurde).	Siehe P100.09	Nicht zu berücksichtigen
P100	P100.17	B 04	<u>b. Nr. 04: Vollständiger Rückbau der Windkraftanlagen inklusive Fundament als Ziel der Raumordnung</u> i. Das als Ziel der Raumordnung formulierte Gebot, Windkraftanlagen inklusive des vollständigen Fundaments zu entfernen, verstößt gegen das Verhältnismäßigkeitsprinzip. Das genannte Ziel, die Bodenfunktion wiederherzustellen, ist auch mit dem umweltschonenderen und finanziell weniger einschneidendem Mittel der partiellen Abtragung des Fundamentes zu erreichen.	Der Rückbau von Außenbereichsvorhaben nach Betriebsaufgabe ist im BauGB festgeschrieben und wird insofern wohl nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Fundamente, Wegebau und Erschließung sind notwendige Bestandteile des Außenbereichsvorhabens und somit ebenfalls von der Rückbauverpflichtung abgedeckt. Die Aufnahme in das RROP hat damit eher klarstellenden Charakter und bedeutet gegenüber den heutigen Regelungen keine Änderung. Durch die neue Formulierung unter Ziffer 04 der "Beschreibenden Darstellung" im Entwurf 2015 (Rückbau bis zu einer Tiefe von 2,5m) wird eine Abwägung der verschiedenen Belange zum Rückbau berücksichtigt.	Teilweise zu berücksichtigen
P100	P100.18	B 04	Was der Planungsträger unter Bodenfunktion verstanden wissen will, wird in der Begründung des Entwurfes nicht weiter ausgeführt. Jedenfalls darf angenommen werden, dass die Durchleitung von Wasser durch den Boden, die Grundlage für Vegetation durch eine Humusschicht und — im Bereich des landwirtschaftlich geprägten Umfelds — die Bewirtschaftung des Bodens wieder möglich sein muss. All diese Bodenfunktionen können durch eine Entsiegelung und eine partielle Abtragung des Fundamentes sowie Aufschütten von Muttererde erreicht werden.	Siehe P100.17	Teilweise zu berücksichtigen
P100	P100.19	B 04	Dass der im Boden verbleibende Teil eines nur partiell abgetragenen Fundamentes — der einem im Boden liegenden Felsen gleichgestellt werden kann — eine Beeinträchtigung darstellen kann, wird vom Planungsträger weder ausgeführt noch begründet. Demgegenüber steht der aufwändige Eingriff in tiefe Schichten des Erdreiches bei der vollständigen Entfernung von Fundamenten, insbesondere von Tiefgründungsfundamenten.	Siehe P100.17	Teilweise zu berücksichtigen
P100	P100.20	A	Wir bitten darum, den Entwurf des Regionalplans hinsichtlich der oben genannten Punkte zu überarbeiten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P101	P101.01	A	die Windpark Nordleda GmbH ist Komplementärin der Windpark Nordleda GmbH & Co Betriebs KG und betreibt im Windpark Nordleda zusammen mit der PNE Wind AG 33 Windkraftanlagen. Im Zuge der Planungen für ein Repowering des Windparks wurden seitens unserer Firma bereits mit der überwiegenden Anzahl der Grundstückseigentümer neue Nutzungsverträge geschlossen.	Das Thema Repowering wird im nächsten Entwurf berücksichtigt und die Regelung hierzu angepasst.	Kenntnisnahme
P101	P101.02	B 10	Mit dem vorliegenden Entwurf zur Änderung des RROP konterkariert der Landkreis Cuxhaven die selbst gesetzten Ziele des Ausbaus der Windenergie. Bezeichnender Weise wurde nunmehr der Passus bzgl. der optimalen Nutzung der Repoweringmöglichkeiten ersatzlos gestrichen. Bestehende und akzeptierte „Windparkflächen“ de facto (aus wirtschaftlichen Gründen, die sicherlich nicht mehr näher erläutert werden müssen) für ein Repowering zu blockieren, bedeutet zudem Verhinderung von wirtschaftlicher Entwicklung und greift in bestehendes Eigentum ein.	Siehe 101.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P101	P101.03	A	Zu dem ausgelegten Entwurf des RROP nehmen wir daher wie folgt Stellung und bitten, diese Anregungen bzw. diese Stellungnahme den Entscheidungsgremien / -trägern — so wie rechtlich ohnehin zwingend geboten — in vollem Umfang vorzulegen (keine unzulässige verkürzte Wiedergabe). Gegenstand dieses RROP-Entwurf sind Regelungen, die — wenn sie in Kraft treten — zu massiven negativen Auswirkungen auf die Nutzung der Windkraft im Landkreis Cuxhaven und insbesondere auf bestehenden Standorte führen.	Siehe 101.01	Kenntnisnahme
P101	P101.04	Z	So ist u.a. vorgesehen a) viele bisher im RROP dargestellte Vorranggebiete aufgrund neuer Kriterien ganz oder teilweise zu streichen (nur noch Fortbestand der Bauleitplandarstellung erlaubt),	Siehe 101.01	Kenntnisnahme
P101	P101.05	B 10	b) eine zielförmige textliche Höhenregelung (weiterhin) vorzusehen, nach der Anlagen mit einer Höhenentwicklung von über 100 Metern erst ab 1.000 m Entfernung zu Ortslagen zulässig sein sollen.	Siehe 101.01	Kenntnisnahme
P101	P101.06	Z	Von diesen stringenten Regelungen wird auch der Windpark Nordleda massiv negativ betroffen sein. Hier sieht der Entwurf des RROP die komplette Streichung des bisherigen Vorranggebietes vor und zudem würde dort bei einem Repowering die regionalplanerische Höhenbegrenzung auf nur 100 Meter greifen. Eine wirtschaftlich angemessene und notwendige Höhe von über 100 Metern für ein mittelfristiges Repowering per FNP-Änderung wäre ausgeschlossen, wenn das RROP so wie im Entwurf vorgesehen in Kraft treten würde.	Siehe 101.01	Kenntnisnahme
P101	P101.07	SO 29	Die Existenz der Windpark Nordleda GmbH wäre durch das RROP dementsprechend perspektivisch mehr als gefährdet.	Siehe 101.01	Kenntnisnahme
P101	P101.08	SO 29	Dieser seit 1997 ortsansässige Windpark Nordleda - hat - wie viele andere durch den Entwurf des RROP betroffene etablierte Windparks auch - eine recht hohe lokale Akzeptanz, - generiert hohe Steuereinnahmen für die öffentliche Hand in unserer Region, - stärkt die Wirtschaftskraft und die privaten Einkommen in unserer Region, - stabilisiert über die Pachteinnahmen und Gewinnbeteiligungen die hiesigen Landwirtschaftlichen Betriebe und damit auch die dörflichen Siedlungen, - zeichnet für positive lokale und regionale Beschäftigungseffekte (Wartung, Verwaltung etc.) verantwortlich und - trägt über regelmäßige Spenden an lokale Einrichtungen und Vereine zum Sozialleben in den örtlichen Gemeinschaften bei.	Siehe 101.01	Kenntnisnahme
P101	P101.09	SO 29	Die hohe Akzeptanz für den Windpark wurde durch den einstimmigen Beschluss des Gemeinderates vor einigen Tagen mehr als deutlich bestätigt.	Siehe 101.01	Kenntnisnahme
P101	P101.10	SO 29	<u>Daher beantragen wir,</u> 1. die derzeit als Vorranggebiet ausgewiesene Fläche des Windpark Nordleda auch weiterhin als Vorrangfläche auszuweisen.	Der Windpark Nordleda entspricht nicht den neuen vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien. Eine Ausweisung als Vorranggebiet ist deshalb nicht möglich. Die Darstellung als bauleitplanerisch gesicherter Bereich stellt bereits eine Ziel-Ausnahme dar und ist somit mehr als eigentlich rechtlich möglich ist.	Nicht zu berücksichtigen
P101	P101.11	B 10	2. Den pauschalen Abstand von 1.000 Metern als weiches Tabukriterium zu streichen und durch die folgenden beiden weichen Tabukriterien zu ersetzen: • 500 Meter für Bereiche, die bereits im geltenden RROP als Vorranggebiet für die Windenergie oder in aktuell geltenden FNPs als Windkraftkonzentrationszone dargestellt sind (Bestandsbereiche). • 650 Meter für die sonstigen Bereiche außerhalb der Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche).	Siehe 101.01	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P101	P101.12	B 04	3. Die Verpflichtung zum vollständigen Rückbau der Fundamente von Windkraftanlagen nach Beendigung des Betriebes durch eine technisch und wirtschaftliche Regelung zu ersetzen.	Der Rückbau von Außenbereichsvorhaben nach Betriebsaufgabe ist im BauGB festgeschrieben und wird insofern wohl nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Fundamente, Wegebau und Erschließung sind notwendige Bestandteile des Außenbereichsvorhabens und somit ebenfalls von der Rückbauverpflichtung abgedeckt. Die Aufnahme in das RROP hat damit eher klarstellenden Charakter und bedeutet gegenüber den heutigen Regelungen keine Änderung. Durch die neue Formulierung unter Ziffer 04 der "Beschreibenden Darstellung" im Entwurf 2015 (Rückbau bis zu einer Tiefe von 2,5m) wird eine Abwägung der verschiedenen Belange zum Rückbau berücksichtigt.	Zu berücksichtigen
P102	P102.01	SO 05	Unser Büro plant derzeit die Realisierung des Windparks Bramstedt-Wittstedt (4 x E-1 01 und 1 x E-82 mit 166 m Gesamthöhe) entsprechend der Erweiterung des Vorranggebietes gemäß RROP 2012. Hierzu wurde von der Gemeinde Hagen im Bremischen eine aufwändige FNP-Änderung über einen Zeitraum von 2 Jahren durchgeführt. Am 19. Februar 2014 wurde der Salzungsbeschluss vom Rat der Gemeinde gefasst und somit die Planreife nach dem BauGB erreicht.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P102	P102.02	SO 05	Seit Dezember 2013 läuft das Genehmigungsverfahren nach BImSchG. Nach den aktuellen Unterlagen zur Nachbesserung des RROP's (Entwurf 2014) würde sich der Standort einer WKA nicht mehr innerhalb der Vorrangfläche befinden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P102	P102.03	SO 05	Aus diesem Grunde nehmen wir zum Entwurf des RROP 2014 wie folgt Stellung: - Die aktuelle 58. Änderung des FNP der Gemeinde Hagen ist nicht dargestellt und muss als bauleitplanerisch gesicherter Bereich" im Sinne des RROP-Entwurfs 2014 gelten. Insofern besteht aus unserer Sicht an dieser Stelle Handlungs- bzw. Nachbesserungsbedarf auf Ihrer Seite in dem Sinne, dass die Darstellung des o.g. FNP's im RROP Entwurf zu übernehmen ist.	Für den RROP Entwurf 2015 werden alle politisch beschlossenen und vom Landkreis genehmigten FNP-Änderungen in Bezug auf Windkraft zugrunde gelegt.	Kenntnisnahme
P102	P102.04	SO 05	Im südwestlichen Bereich wurde die Vorrangfläche gegenüber dem RROP 2012 und 2006 stark eingeschränkt. Dies entzieht sich unserem Verständnis und unseres Erachtens auch den Zielen der Politik, welche ursächlich für die Neuauflage des RROP verantwortlich waren. Wir bitten um Darlegung der Gründe, die zu einer Verkleinerung der Vorrangfläche geführt haben.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Begründung der Auswahl und des Flächenzuschnitts der Vorranggebiete wird in diesem Zuge detaillierter ausgeführt.	Zu berücksichtigen
P102	P102.05	SO 05	Offensichtlich wurde das Kriterium für Wald neu angewendet. Seit Jahren hat sich jedoch an der Situation vor Ort nichts geändert. Das vorhandene Gehölz (Birkenbruchwald) wurde auch in früheren Genehmigungsverfahren bewusst nicht als Wald im Sinne der Waldgesetze (BWaldG und NWaldLG) eingestuft.	Es ist nicht eindeutig ersichtlich, auf welchen Wald bzw. welches Gehölz sich die Einwendung bezieht. Da es hier jedoch um den Standort Bramstedt-Wittstedt handelt, liegt es nahe, dass es sich um den westlich der Potenzialfläche 075 nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms gelegenen Wald mit dem Biotoptyp "Birken- und Kiefernwald entwässerter Strandorte" handelt. Dieser Wald weist eine Flächengröße von 1,75 ha auf; die Wald-Eigenschaft kann nicht ernsthaft in Frage gestellt werden. Da hier die Sukzession eine Rolle spielt, kann nicht ausgeschlossen werden, dass sich der Sachverhalt vor 10 oder 15 Jahren anders dargestellt hat.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P102	P102.06	SO 05	Die Erfassungen der Fledermäuse, Brutvögel und Biotope lassen darüber hinaus keine Anhaltspunkte erkennen, die einen Abstand zu den vermeintlichen Waldflächen erforderlich machen.	Es ist nicht ersichtlich, welche Erfassungen hier gemeint sind. - Das weiche Kriterium "Waldflächen ab einer Größe von 1 ha und Puffer 100 m" ist anzuwenden, soweit es sich um eine Waldfläche handelt. - Mit der Erstellung des Entwurfs 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen.	Nicht zu berücksichtigen
P102	P102.07	SO 05	Wir beantragen deshalb die Situation für den konkreten Einzelfall und unter Berücksichtigung der für das BImSchG-Verfahren relevanten fachlichen Gutachten erneut zu bewerten und an den gegenwärtigen Kenntnisstand anzupassen.	Siehe P102.06.	Nicht zu berücksichtigen
P102	P102.08	SO 05	Darüber hinaus sind in dem betreffenden Bereich zwei Windkraftanlagen seit 2007 in Betrieb.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P102	P102.09	SO 05	Im nordwestlichen Bereich der Vorrangfläche wurde der Zuschnitt der Vorrangfläche gegenüber dem PROP 2012 verändert und - soweit erkennbar - geringfügig verkleinert. Von der Verkleinerung der Fläche wäre der Standort der geplanten WKA 2 betroffen, was eine Umplanung des Standortes bzw. des gesamten Aufstellungskonzeptes zur Folge hätte. Wir bitten um Darlegung der Gründe, die zu einer Änderung der Vorrangfläche geführt haben.	Bei der herausgefallenen Fläche im Nordwesten handelt es sich um ein Vorranggebiet Leitungstrasse. Vorranggebiete nach dem Regionalen Raumordnungsprogramm stehen als weiche Tabuzone einer Windenergienutzung entgegen.	Kenntnisnahme
P102	P102.10	SO 05	Die 40. Änderung des FNP der Gemeinde Hagen für den WP Bramstedt (Jahr 2006) ist nicht dargestellt und muss als „bauleitplanerisch gesicherter Bereich“ im Sinne des RROP-Entwurfs gelten.	Für den Entwurf des RROP 2015 werden alle rechtsgültigen und vom Landkreis Cuxhaven genehmigten Flächennutzungspläne zugrunde gelegt.	Kenntnisnahme
P102	P102.11	SO 05	Die beantragte WKA 5 im südlichen Bereich wäre noch dem vorliegenden Entwurf 2014 nicht mehr genehmigungsfähig, obwohl die Planreife noch BauGB seit Februar 2014 gegeben ist.	Das BauGB ist für die Raumordnung nicht anzuwenden.	Nicht zu berücksichtigen
P102	P102.12	A	Wir beantragen den Bestandsschutz für die laufende Planung und das Genehmigungsverfahren für die geplante Erweiterung um 5 Windkraftanlagen gemäß der im Februar abgeschlossenen Bauleitplanung der Gemeinde Hagen im Bremischen, wie es bereits für die meisten anderen laufenden Planungen im Landkreis sichergestellt wurde. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Antragsbearbeitung aufgrund der vorherrschenden Personalengpässe nicht fristgerecht erfolgt, ist die Planungs und Investitionssicherheit durch die Vorlage des Entwurfs für uns nicht mehr gegeben.	Ein Bestandsschutz für laufende Planungen und Genehmigungsverfahren ist nicht Aufgabe der Regionalplanung.	Nicht zu berücksichtigen
P102	P102.13	A	Im Übrigen gefährdet die Vorgehensweise an dieser Stelle die Wirtschaftlichkeit des Projektes in Gänze, das im Gegensatz zu anderen Projekten mit hohen Fixkosten, wie z.B. der 10,5 km langen Netzanschlussstraße leben muss. Das setzt eine Mindestanzahl von WKA einfach voraus.	Der Landkreis Cuxhaven weist lediglich Vorranggebiete für Windenergienutzung aus. Der Landkreis Cuxhaven setzt im RROP keine Höhen fest oder eine bestimmte Anlagenzahl. Die Frage, ob ein Standort für ein Unternehmen wirtschaftlich lohnend ist, kann nicht von der Raumordnung beantwortet werden. bezüglich des Zuschnitts der Fläche wird auf die weiteren Ausführungen verwiesen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P103	P103.01	A	<p>Mit öffentlicher Bekanntmachung vom 26.06.2014 hat der Landkreis Cuxhaven die Eröffnung des Verfahrens zur Beteiligung der Träger öffentlicher Belange sowie die öffentliche Auslegung des Entwurfs zur Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven einschließlich des Umweltberichtes bekannt gegeben. Anregungen und Bedenken dazu können ab dem 03.07.2014 bis zum 17.08.2014 vorgebracht werden. Der Entwurf zur Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie berührt die Interessen der ENERCON GmbH, so dass wir auf diesem Wege die Möglichkeit zur Stellungnahme nutzen möchten:</p> <p><u>I.</u></p> <p>Die ENERCON GmbH plant auf dem Gebiet des Landkreises Cuxhaven u.a. auf den unter IV. genannten Flächen die Errichtung von Windenergieanlagen. Darüber hinaus ist die ENERCON GmbH als Hersteller von Windenergieanlagen betroffen. Die Windenergienutzung leistet nicht nur einen bedeutenden Beitrag zum Klimaschutz, sie bietet vor allem für den ländlichen Raum erhebliche Standortvorteile und Wertschöpfungsmöglichkeiten. Zugleich werden hochqualifizierte Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen, wie dies die Erfolgsgeschichte des Unternehmens ENERCON in eindrucksvoller Weise aufzeigt. ENERCON ist das führende deutsche Unternehmen im Bereich der Entwicklung und Herstellung von Windenergieanlagen. Es wurden für Herstellung, Planung, Betrieb und Wartung von ENERCON - Windenergieanlagen in den vergangenen Jahren mehr als 14.000 Arbeitsplätze, davon allein mehr als 10.000 Arbeitsplätze in Deutschland, geschaffen. Vor diesem Hintergrund verwundert es sehr, dass keine andere Form der Erneuerbaren Energien in der Öffentlichkeit so brisant diskutiert wird wie die Windenergie. Oft werden Sachverhalte falsch dargestellt oder bewusst falsch und irreführend argumentiert. Häufig entstehen Konflikte aufgrund falscher oder fehlender Informationen über geplante Projekte und wären durch angemessene Öffentlichkeitsbeteiligung mit sorgfältiger Aufklärung vermeidbar.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P103	P103.02	E 01	<p><u>II.</u></p> <p>Gemäß der Begründung zum sachlichen Teilabschnitt Windenergie werden 0,73 % der Landkreislfläche als Vorranggebiete zur Windenergienutzung ausgewiesen. Unter Berücksichtigung der Bestandswindparks außerhalb von Vorranggebieten erhöht sich dieser Flächenanteil zwar auf 1,87 %, jedoch entsprechen diese Bestandswindparks nicht den Kriterien der Regionalplanung und sind daher nur sehr begrenzt für die Errichtung moderner Windenergieanlagen verfügbar.</p>	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert. Durch die neue Formulierung wird eine Weiterentwicklung der Altstandorte ermöglicht.	Kenntnisnahme
P103	P103.03	E 01	Grundsätzlich ist zu begrüßen, dass damit der Landkreis Cuxhaven der Windenergienutzung Raum verschaffen möchte. Allerdings kommt damit der Landkreis Cuxhaven nicht den in anderen Bundesländern wie Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen und Brandenburg bereits bestehenden und für Niedersachsen diskutierte Vorgaben der Bundesländer auf Ausweisung von 2 % der Landesfläche zur Nutzung der Windenergie nach.	Als Landkreis in Niedersachsen muss sich Cuxhaven nur nach dem Bundesgesetzen sowie den Gesetzen des Landes Niedersachsen richten. Auf beiden Ebenen wird keine derartige Vorgabe getroffen. Diskussionspapiere, die nicht endgültig abgestimmt sind, können nicht zur Grundlage einer Planung gemacht werden.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.04	E 01	Aus unserer Sicht wäre es auch im Landkreis Cuxhaven möglich, den für eine Nutzung mit modernen Windenergieanlagen zur Verfügung stehenden Flächenanteil durch eine Überarbeitung der angewandten harten und weichen Tabukriterien sowie einer geänderten Abwägung der Potentialflächen zu vergrößern. Insbesondere die folgenden, in der Begründung zum Sachlichen Teilregionalplan aufgeführten Kriterien sind noch zu überprüfen:	Die Punkte werden im weiteren Verlauf näher ausgeführt und an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme
P103	P103.05	E 01	<ul style="list-style-type: none"> Ein pauschaler Ausschluss von Naturschutzgebieten, Landschaftsschutzgebieten, Biotopen, Vogelbrutgebieten und Waldflächen und Vorranggebieten Natur und Landschaft samt Puffer als Tabukriterium wäre nicht angemessen. Vielmehr bedarf es einer Prüfung im Einzelfall. 	Die weichen Tabuzonen stellen Flächen dar, die entsprechend der planerischen Vorstellungen des Landkreises nicht durch Windenergie genutzt werden sollen. Sie entsprechen dabei dem politischen Willen. Die aufgeführten Tabuzonen stellen allesamt sensible Bereiche dar, weshalb sie für eine Nutzung ausgeschlossen werden. Eine Einzelfallbetrachtung ist weder gewollt, noch ist sie auf Ebene eines Regionalen Raumordnungsprogramm zweckdienlich. Auf dieser Maßstabsebene kann nur eine pauschale Betrachtung stattfinden. Dies ist zweckdienlich, da der Windenergie substanziell Raum geschaffen wird.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.06	E 01	Sofern das Naturschutzgebiet dem Schutz von Tier- und Pflanzenarten dient, die mit der Nutzung der Windenergie verträglich sind, wäre ein Ausschluss dieser Flächen unangemessen.	Siehe P103.05	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P103	P103.07	E 01	Zwar wird ausweislich der Begründung des sachlichen Teilabschnitts die Errichtung von Windenergieanlagen nicht ausgeschlossen, jedoch wird dies als Ausnahmefall angesehen. U.E. ist jedoch eine unvoreingenommene Einzelfallprüfung geboten unter Berücksichtigung des Schutzzwecks des jeweiligen Gebiets. Es dürften dadurch zahlreiche NSG, LSG und insbesondere Waldflächen zu ermitteln sein, die für eine Windenergienutzung verträglich wären.	Siehe P103.05	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.08	E 01	Gerade die Nutzung von Waldflächen ist in anderen Bundesländern üblich und hat sich bewährt. Wälder galten lange Zeit als Landschaftselemente, die einen ertragreichen Betrieb von WEA aufgrund ihrer Wind-Barriere-Funktion und der dadurch erzeugten Turbulenzen ausschlossen. Dies lag insbesondere an der technischen Ausstattung der WEA mit geringen Nabenhöhen und Rotordurchmessern. Durch die Weiterentwicklung zu z.B. Nabenhöhen größer 120 m können turbulenzarme Luftschichten erreicht werden; zudem strömt der Wind in größeren Höhen konstanter. In Kombination mit größeren Rotordurchmessern kann an hohen WEA ein erheblicher Mehrertrag an Strom erzielt werden. Eine Beeinträchtigung von Flora und Fauna im Wald wird ebenfalls verringert, da durch die hohen WEA auch der Abstand zwischen der nach unten gerichteten Rotorspitze und dem darunter liegenden Baumkronendach vergrößert wird. Es wäre u.E. fehlerhaft, Waldflächen pauschal als Tabuzone auszuschließen. Vielmehr ist auch hierbei die Schutzfunktion und naturschutzfachliche Wertigkeit des jeweiligen Waldgebiets zu bewerten.	Ob und wie Waldflächen in anderen Bundesländern für Windenergieanlagen genutzt werden, kann nicht unkritisch als Maßstab für den Landkreis Cuxhaven übernommen werden. Zu beachten ist, dass Niedersachsen eine besondere Verantwortung für Waldflächen hat, da Niedersachsen im bundesweiten Vergleich walدارm ist. Aus diesem Grund haben sich sowohl der Niedersächsische Landkreistag, als auch das Landwirtschaftsministerium klar gegen eine Nutzung von Waldflächen für Windenergie ausgesprochen. Auch im Landesraumordnungsprogramm werden die Sicherung und Förderung des Waldes grundsätzlich gefordert. Als walddarmer Teilraum in einem walddarmen Bundesland hat der Wald für den Landkreis Cuxhaven eine besondere Bedeutung. Der Waldanteil in Cuxhaven beträgt 8,58%. Aus diesem Grund enthält das RROP 2012 das Ziel, dass der Wald sowie die Waldränder von Bebauung freizuhalten sind. Weiterhin bestehen seitens des Landkreises erhebliche Bedenken gegenüber Windkraftanlagen im Wald. So müssen hierzu Wege in den Wald gebaut werden, Flächen innerhalb des Waldes geschaffen werden und es besteht eine Brandgefahr. Da zugleich große Flächen außerhalb von Waldflächen für die Windenergie zur Verfügung stehen, wird im Landkreis Cuxhaven kein Handlungsdruck gesehen, etwas an dem Ziel des Schutzes des Waldes zu ändern.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.09	E 01	Ebenso verhält es sich mit der Festlegung einer pauschalierten Tabuzone von 100 m um eine Waldfläche größer 1ha. Innerhalb dieser zu den „weichen Tabukriterien“ gehörenden Pufferzone wäre eine Windenergienutzung aus rechtlichen und tatsächlichen Gründen zwar generell möglich, in der Begründung zum sachlichen Teilregionalplan wird diese Pufferzone jedoch durchgängig für die Windenergienutzung ausgeschlossen. Um der Windenergie substanziell Raum zu verschaffen ist eine Einzelfallprüfung in diesem Fall angemessen.	Diese Ansicht ist faktisch falsch. Die 100m Pufferzone ergibt sich aus den Vorgaben des LROP 2012 sowie des RROP 2012. Letzteres legt als Ziel fest, dass bei bauleitplanerischen Verfahren sowie raumbedeutsamen Verfahren zu einem Wald ein Abstand von 100 Metern eingehalten werden muss.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.10	E 01	● Die um die vorgenannten Gebiete gezogenen Puffer sind naturschutzfachlich nicht gerechtfertigt. Es dürfte im Einzelfall ein Schutzpuffer um ein besonders schützenswertes NSG oder Vogelschutzgebiet sinnvoll sein, jedoch rechtfertigt dies keine pauschalen Abstände.	Siehe P103.05	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.11	E 01	● Im Rahmen der Abstände zur Wohnbebauung wird zwischen Ortslagen und sonstigen wohnbaulichen Nutzungen unterschieden. Wie sich bereits aus den für die einzelnen Bereiche differenzierten Grenzwerten nach TA-Lärm ergibt, werden Einzelhäuser im Außenbereich als deutlich weniger schutzbedürftig eingestuft als u.a. allgemeine oder reine Wohngebiete. Hinzu kommt, dass die Windenergienutzung gemäß § 35 Abs.1 Nr.5 BauGB im Außenbereich privilegiert ist, Wohnnutzung hingegen nicht. Insofern ist es u.E. richtig, zu Einzelhäusern im Außenbereich einen geringeren Schutzabstand anzusetzen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P103	P103.12	E 01	Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben sich jedoch durch den im Entwurf der Änderung des sachlichen Teilabschnitts verwendeten Begriff der Ortslagen. Dieser Begriff ist nicht weiter definiert. Es könnten hiernach auch mehrere Wohnhäuser des Außenbereichs u.U. als Ortslagen definiert werden, obwohl sie nach TA-Lärm als Außenbereich zu werten wären. Wir schlagen daher zur Vermeidung von Fehlinterpretationen vor, auf den beplanten Innenbereich der BauNVO abzustellen.	Eine ausführlichere Definition des Begriffes der Ortslage wird im RROP Entwurf 2015 vorgenommen. Die vom Landkreis Cuxhaven gewählten Abstände sind Vorsorgeabstände zu baulichen Nutzungen und insofern unabhängig vom Immissionsschutz.	Kenntnisnahme
P103	P103.13	E 01	<ul style="list-style-type: none"> Vorranggebiete für die Gewinnung von oberflächennahen Rohstoffen stehen nicht pauschal einer Windenergienutzung entgegen. Insbesondere Sandabbauflächen können sehr gut durch eine Windenergienutzung ergänzt werden. Durch die Regionale Planungsgemeinschaft Magdeburg wurden daher bewusst auch Vorrangflächen zum Sandabbau als Windeignungsgebiete ausgewiesen. Der Rohstoffabbau erfolgt über einen langen Zeitraum und nimmt in der Regel nicht die gesamte Vorrangfläche gleichzeitig in Anspruch. Der Betrieb von Windenergieanlagen erfolgt hingegen nur zu einem beschränkten Zeitraum. In Abstimmung mit dem Abbauberechtigten lassen sich daher der Rohstoffabbau und die Windenergienutzung koordinieren. Hinzu kommt, dass durch den Rohstoffabbau bereits ein erheblicher Eingriff in Natur und Landschaft erfolgt, die zusätzliche Nutzung durch Windenergieanlagen ist demgegenüber lediglich ein geringer zusätzlicher Eingriff. 	Vorranggebiete stellen Ziele der Raumordnung dar. Vorranggebiete werden im Raumordnungsgesetz als Gebiete definiert, "die für bestimmte raumbedeutsame Funktionen oder Nutzungen vorgesehen sind und andere raumbedeutsame Nutzungen in diesem Gebiet ausschließen, soweit diese mit den vorrangigen Funktionen oder Nutzungen nicht vereinbar sind" (§ 8 (7) Satz 1 ROG). Ein Eingriff durch den Aufbau von Windkraftanlagen stellt eine Beeinträchtigung des Rohstoffabbaus dar und würde somit der Vorranggebietsausweisung zuwider laufen.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.14	E 01	<ul style="list-style-type: none"> Die Festlegung einer Mindestgröße von 19 ha pro Vorranggebiet erscheint wenig sinnvoll. Vielmehr ist im Einzelfall zu prüfen, ob eine Potentialfläche nach raumordnerischen Gesichtspunkten verträglich ist. Die Flächengröße ist daher zweitrangig. 	Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Konzept, dass Freiräume erhalten werden und große Standorte gebündelt werden. Die Größe von 19 ha ergibt sich aus einer Berechnung des Landkreises, die in der Begründung des RROP dargestellt wird. Kleinere Flächen würden dieses Konzept unterlaufen.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.15	E 01	Ebenfalls ist nicht sinnvoll, dass mindestens eine Anzahl von 3 Windenergieanlagen realisierbar sein muss. Die Festlegung eines Vorranggebiets ist vielmehr von der Struktur der jeweiligen Potentialfläche abhängig. Danach kann auch die Errichtung von weniger als 3 Windenergieanlagen und/oder eine Fläche von weniger als 19 ha sinnvoll sein.	Die Mindestanzahl von drei Anlagen dient ebenfalls dazu, Bündelungen zu erreichen und Freiräume zu erhalten. Zum Schutze des Landschaftsbildes möchte der Landkreis Cuxhaven keine Kleinstandorte ausweisen.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.16	E 01	Ob und inwieweit im Rahmen der Regionalplanung der Windenergienutzung der von der Rechtsprechung geforderte substanzielle Raum verschafft wird, ist anhand des vorhandenen Potentials zu ermitteln. Das im Landkreis Cuxhaven vorhandene Potential sollte vor dem Hintergrund der vorgenannten Anmerkungen jedoch im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie nochmals ermittelt und ordnungsgemäß abgewogen werden. Anderenfalls droht die Gefahr, dass der als Vorranggebiete zur Windenergienutzung vorgesehene Flächenanteil den Anforderungen der Rechtsprechung an die Schaffung eines substantiellen Raums für die Windenergie nicht genügt.	Die Frage, ob der Windenergie substanziell Raum geschaffen wurde, wurde ordnungsgemäß geklärt. Für den RROP Entwurf 2015 wird dies jedoch ebenfalls, auch in Hinblick auf die neue Regelung zum Repowering, geprüft.	Kenntnisnahme
P103	P103.17	E 01	Aufgrund ungenutzter Erweiterungspotentiale (siehe Kap. IV) möchten wir anregen, bei der Auswahl und Bewertung von Flächenpotentialen aktuelle Erkenntnisse in die Untersuchung mit einzubeziehen. Gerade aufgrund der Langwierigkeit eines Regionalplanverfahrens ist eine vorausschauende Planung zwingend erforderlich. Im Hinblick auf naturschutzfachliche Konflikte sind aktuelle Daten und Ergebnisse zweckdienlich. Unzählige Untersuchungen wurden in den letzten Jahren von Planern, Vorhabenträgern und Betreibern von Windenergieanlagen gemacht und die Ergebnisse in Form von Gutachten den Behörden zur Verfügung gestellt. Aus diesem Datenpool können nützliche Erkenntnisse gezogen werden, so zeigen Monitorings u.a. auf, dass entgegen früherer Annahmen nur einige wenige Vogelarten an WEA kollisionsgefährdet sind.	Im Hinblick auf die Brut- und Gastvögel sind i.d.R. die hier im Januar 2014 vorliegenden Informationen gesammelt worden, an ein externes Gutachterbüro weitergegeben und dort zusammengestellt und bewertet worden. Diese Arbeiten wurden im November 2014 abgeschlossen. Bei der Erstellung des Entwurfs 2015 wird von diesem Stand ausgegangen. - Im Hinblick auf die als besonders empfindlich gegenüber Windenergieanlagen einzustufenden Arten werden v.a. die Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten herangezogen.	Kenntnisnahme
P103	P103.18	A	Maßnahmen zur Minimierung von naturschutzfachlichen Beeinträchtigungen sind machbar und sollten schon während der Planungsphase erörtert und ausgearbeitet werden.	Dies ist erfolgt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P103	P103.19	B 05	<u>III.</u> Ausweislich der Beschreibenden Darstellung der Ziele der Raumordnung ist unter "05" die Möglichkeit der Festsetzung von Höhenbegrenzungen durch die Gemeinden möglich. Dies ist jedoch nur in Ausnahmefällen städtebaulich gerechtfertigt und unterliegt sehr hohen, von der Rechtsprechung formulierten Hürden. Ferner erachten wir die Festsetzung von Höhenbegrenzung der Windenergienutzung nicht förderlich, da dadurch gerade moderne Windenergieanlagen ausgeschlossen werden. Das zur Verfügung stehende Windpotential könnte nicht optimal genutzt werden.	Die Festlegung der Höhen durch die Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung ergibt sich aus der kommunalen Planungshoheit. Die Gemeinden können über die Höhenfestlegung ihren Planungsabsichten Ausdruck verleihen.	Kenntnisnahme
P103	P103.20	B 05	Sofern die Gemeinden im Rahmen der Bauleitplanung keine Höhenbegrenzungen festlegen, soll eine Höhenbegrenzung im Genehmigungsverfahren im Rahmen einer raumordnerischen Beurteilung erfolgen. Dies suggeriert, dass dadurch eine indirekte Höhenbegrenzung durch die Genehmigungsbehörden verhängt werden kann. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die Raumverträglichkeit wird bereits durch die Ausweisung als Vorranggebiet auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms festgestellt. Eine Höhenbegrenzung kann sich im Genehmigungsverfahren nur in Ausnahmefällen aufgrund naturschutzfachlicher Belange oder Belange der Flugsicherheit ergeben, nicht jedoch erfolgt eine erneute raumordnerische Beurteilung.	Auf Ebene der Regionalplanung werden in einem ersten Schritt lediglich Flächen ausgewiesen, die potentiell für die Nutzung von Windkraftanlagen in Frage kommen. Dabei stehen auf dieser Ebene noch keine Konfigurationen einzelnen Anlagen fest. Insoweit wird im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht über die Raumverträglichkeit einzelner Anlagen entschieden. Die Höhenfestlegung durch den Landkreis erfolgt, wenn die Gemeinden darauf verzichten, im Rahmen der Bauleitplanung eine maximale Höhe festzulegen. Der Landkreis prüft im Rahmen dieser Festlegung verschiedene Belange wie bspw. die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes oder die Auswirkungen auf Baudenkmäler, die im Rahmen des RROP ohne genaue Anlagenspezifikationen nicht zu prüfen waren. Dieses Vorgehen ist rechtlich zulässig.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.21	B 09	Gemäß Ziel der Raumordnung „09“ ist zu den dort genannten Vorranggebieten der Schutzbereich des Drehfunkfeuers VOR Weser zu berücksichtigen. Ob und inwieweit jedoch dieses VOR Weser überhaupt zu berücksichtigen ist, ist sehr umstritten. Nach der jüngsten Entscheidung des VG Oldenburg ist dies jedenfalls nicht der Fall, da das VG Oldenburg eine Störung der Radaranlagen der DFS verneint (5 B 34/13).	Die Regelung in Ziffer 09 der Beschreibenden Darstellung wird für den Entwurf 2015 angepasst.	Zu berücksichtigen
P103	P103.22	B 09	Ferner liegt uns eine Bestätigung der DFS vor, dass bis spätestens Herbst 2015 das VOR Weser deinstalliert wird.	Siehe Stellungnahme P103.21	Zu berücksichtigen
P103	P103.23	SO 15	<u>IV. Zu berücksichtigende Flächen</u> 1. Kirchwistedt-Altewistedt Nr. 15 Der vorliegende Entwurf zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014, sieht den Vorrangstandort Kirchwistedt-Altewistedt (Detailkarte Nr. 15) auf insgesamt 116,56 ha erweitert. Der zum Zeitpunkt der Rechtskraft dieser Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms bestehende bauplanerisch gesicherte Bereich beträgt 44,56 ha.	Die Sonderbaufläche Windenergienutzung in der 14. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Beverstedt weist eine Flächengröße von 65,65 ha auf. Das Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms hatte eine Flächengröße von 116,56 ha. Das Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms weist eine Flächengröße von 101,93 ha auf; aufgrund des 4.000 m-Puffers der Sonderbaufläche Windenergienutzung Appeln liegt die Flächengröße etwas niedriger.	Kenntnisnahme
P103	P103.24	SO 10	2. Heerstedt-Lohe Nr. 10 Der vorliegende Entwurf zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014, sieht den Vorrangstandort Heerstedt-Lohe (Detailkarte Nr. 10) auf insgesamt 62,08 ha erweitert. Der zum Zeitpunkt der Rechtskraft dieser Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms bestehende bauplanerisch gesicherte Bereich beträgt 53,29 ha.	Die Sonderbaufläche Windenergienutzung in der 11. Flächennutzungsplan-Änderung der Gemeinde Beverstedt weist eine Flächengröße von 78,53 ha auf. Das Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms hatte eine Flächengröße von 62,08 ha. Das Vorranggebiet Windenergienutzung im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms weist eine Flächengröße von 68,37 ha auf.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P103	P103.25	SO 15	Wir begrüßen die im Entwurf vorgesehenen Erweiterungen an den bereits bestehenden Vorrangstandorten Kirchwistedt-Altewistedt, da aufgrund der Vorbelastung mit jeweils 9 Bestandsanlagen zusätzliche Windenergieanlagen keinen wesentlichen Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild mehr darstellen werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P103	P103.25	SO 10	Wir begrüßen die im Entwurf vorgesehenen Erweiterungen an dem bereit bestehenden Vorrangstandort Heerstedt-Lohe, da aufgrund der Vorbelastung mit jeweils 9 Bestandsanlagen zusätzliche Windenergieanlagen keinen wesentlichen Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild mehr darstellen werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P103	P103.26	SO 10	Die ENERCON GmbH als Betreiber der Bestandsanlagen plant in Eigenregie die Erweiterung in Heerstedt-Lohe mit bis zu 4 E-82 mit 138,38 m Nabenhöhe. Planungen und Genehmigungsunterlagen wurden in den letzten 4 Jahren auf Basis des RROP 2010 ausgearbeitet. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Beverstedt wurden seinerzeit die Änderungen der Teil-Flächennutzungspläne angeschoben, die jedoch aufgrund der VOR Weser Problematik ausgesetzt werden mussten.	Kenntnisnahme. Das RROP 2010 war lediglich ein Entwurf.	Kenntnisnahme
P103	P103.26	SO 15	Die ENERCON GmbH als Betreiber der Bestandsanlagen plant in Eigenregie die Erweiterung in Kirchwistedt-Altewistedt mit 9 (+2) Windenergieanlagen des Typs E-101 mit 149 m Nabenhöhe. Planungen und Genehmigungsunterlagen wurden in den letzten 4 Jahren auf Basis des RROP 2010 ausgearbeitet. In Zusammenarbeit mit der Gemeinde Beverstedt wurden seinerzeit die Änderungen der Teil-Flächennutzungspläne angeschoben, die jedoch aufgrund der VOR Weser Problematik ausgesetzt werden mussten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P103	P103.27	SO 10	Durch die bereits in den Gebieten getätigten Planungsleistungen verfügen wir über Planungserfahrungen mit beiden Vorrangstandorten, die für die raumordnerische Ausweisung und Festlegung der Vorrangstandorte bedeutend sein könnten. Im Rahmen der Fortschreibung des Windenergieerlasses des Landes Niedersachsen wird unter anderem der Missstand diskutiert, dass nicht alle raumordnerisch ausgewiesene Flächen schlussendlich auch tatsächlich für die Windenergie genutzt werden können. Zusätzlich zu berücksichtigende Belange wie z.B. Artenschutz, Eigentumsverhältnisse, Radarverträglichkeit, etc. können einer Nutzung entgegenstehen, so dass im Genehmigungsverfahren Flächen wegfallen. Vor diesem Hintergrund möchten wir frühzeitig im Rahmen der förmlichen Beteiligung folgende Hinweise und Änderungsvorschläge geben:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P103	P103.27	SO 15	Durch die bereits in den Gebieten getätigten Planungsleistungen verfügen wir über Planungserfahrungen mit beiden Vorrangstandorten, die für die raumordnerische Ausweisung und Festlegung der Vorrangstandorte bedeutend sein könnten. Im Rahmen der Fortschreibung des Windenergieerlasses des Landes Niedersachsen wird unter anderem der Missstand diskutiert, dass nicht alle raumordnerisch ausgewiesene Flächen schlussendlich auch tatsächlich für die Windenergie genutzt werden können. Zusätzlich zu berücksichtigende Belange wie z.B. Artenschutz, Eigentumsverhältnisse, Radarverträglichkeit, etc. können einer Nutzung entgegenstehen, so dass im Genehmigungsverfahren Flächen wegfallen. Vor diesem Hintergrund möchten wir frühzeitig im Rahmen der förmlichen Beteiligung folgende Hinweise und Änderungsvorschläge geben:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P103	P103.28	SO 10	● Durch beide Gebiete verlaufen 110-kV-Hochspannungsfreileitungen, zu denen Abstände einzuhalten sind. Im RROP Entwurf 2014 ist lediglich die Fläche der Hochspannungsleitung selbst als Tabuzone ausgeschlossen. Das stellt die tatsächliche Planungssituation jedoch nicht korrekt dar, denn bei den heutigen modernen Anlagen mit einer Gesamthöhe von etwa 200 m sind durchschnittlich 160 m Abstand zu den Hochspannungsleitung einzuhalten und dies nur unter der Voraussetzung, dass schwingungsdämpfende Maßnahmen an der Hochspannungsfreileitung vorgenommen werden. Ansonsten würde sich der Abstand auf mehr als 300 m erhöhen.	Im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramm können lediglich die Leitungen selbst dargestellt werden. Ein Puffer um diese Leitungen kann nicht berücksichtigt werden, da dieser - wie richtig festgestellt wurde - von der jeweiligen Anlagenhöhe abhängig ist. Diese ist jedoch auf Ebene des RROP nicht bekannt. Dieser Belang wird im Rahmen der Genehmigung nach Bundes-Immissionsschutzgesetz behandelt.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.28	SO 15	● Durch beide Gebiete verlaufen 110-kV-Hochspannungsfreileitungen, zu denen Abstände einzuhalten sind. Im RROP Entwurf 2014 ist lediglich die Fläche der Hochspannungsleitung selbst als Tabuzone ausgeschlossen. Das stellt die tatsächliche Planungssituation jedoch nicht korrekt dar, denn bei den heutigen modernen Anlagen mit einer Gesamthöhe von etwa 200 m sind durchschnittlich 160 m Abstand zu den Hochspannungsleitung einzuhalten und dies nur unter der Voraussetzung, dass schwingungsdämpfende Maßnahmen an der Hochspannungsfreileitung vorgenommen werden. Ansonsten würde sich der Abstand auf mehr als 300 m erhöhen.	Siehe P103.28	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.29	SO 10	Für die beiden Vorrangstandorte bedeutet dies, dass ein erheblicher Anteil an der im Entwurf ausgewiesenen Fläche für die Windenergie nicht nutzbar ist und eine Tabuzone übrig bleibt, obwohl diese Fläche als Vorrangstandort für die Windenergie im Regionalplan ausgewiesen wird. Der für den Landkreis Cuxhaven für die Windenergie dargestellte Flächenanteil von 0,73 % bzw. 1,87 % ist somit falsch (siehe auch unsere Anmerkungen in Kap. II).	Siehe P103.28	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P103	P103.29	SO 15	Für die beiden Vorrangstandorte bedeutet dies, dass ein erheblicher Anteil an der im Entwurf ausgewiesenen Fläche für die Windenergie nicht nutzbar ist und eine Tabuzone übrig bleibt, obwohl diese Fläche als Vorrangstandort für die Windenergie im Regionalplan ausgewiesen wird. Der für den Landkreis Cuxhaven für die Windenergie dargestellte Flächenanteil von 0,73 % bzw. 1,87 % ist somit falsch (siehe auch unsere Anmerkungen in Kap. II).	Siehe P103.28	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.30	SO 15	<ul style="list-style-type: none"> In Kirchwistedt-Altewistedt bleibt beispielsweise durch die unvermeidlichen Abstände zur Hochspannungsfreileitung und der Einhaltung von 100 m Pufferzone zum Wald ein nicht unerheblicher Flächenanteil des Vorrangstandortes ungenutzt. Eine Lösung könnte eine Einzelfallbetrachtung sein, die z.B. zur Aufgabe hat, den pauschalen Abstand von 100 m zwischen WEA-Standort und Wald zu überprüfen. Am Vorrangstandort Kirchwistedt-Altewistedt ließe sich die ansonsten ungenutzte Vorrangfläche mit mindestens einem weiteren WEA-Standort beplanen (siehe hierzu Karte im Anhang - WEA 11- Neu), wenn die Abstandsvorgabe zum Wald unterschritten werden könnte. 	Für den RROP Entwurf 2014 wurde ein einheitliches Planungskonzept erarbeitet. Die aufgestellten harten und weichen Tabuzonen werden im gesamten Landkreis einheitlich angewandt. Eine Unterschreitung von Tabuzonen im Einzelfall ist nicht möglich und würde gegen das einheitliche Planungskonzept verstoßen.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.31	SO 15	Im Übrigen möchten wir an dieser Stelle anmerken, dass wir bei unserer Planungsarbeit die Erfahrung gemacht haben, dass eine genaue Abgrenzung zur Waldkante über die gebräuchlichen raumbezogenen Informationssysteme nicht möglich ist. Die im Entwurf 2014 dargestellten Abstandsangaben zu Wald sind u.E. unscharf und ungenau. Insbesondere für diesen konkreten Fall regen wir eine Einzelfallprüfung an.	Alle Waldflächen liegen im GIS-System des Landkreises in ihrer Flächenabgrenzung vor. Die über 1 ha großen Waldflächen wurden mit einem Abstand von 100 m gepuffert, dabei muss jedoch die Maßstäblichkeit eines RROPs beachtet werden. Im Übrigen sind auch Flächen unter 1 ha für die weitere Bauleitplanung relevant.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.32	SO 10	<ul style="list-style-type: none"> Durch die Nähe zu Einzelhäusern ist der im Entwurf vorgesehene Vorrangstandort in Heerstedt-Lohe mit max. 4 WEA bereits schalltechnisch ausgelastet, obwohl ausreichend Fläche zur Verfügung stünde. Für mehr WEA könnten die gesetzlich vorgegebenen Schall- und Schattenwerte nicht eingehalten werden bzw. es wären möglicherweise Abschaltungen an WEA Standorten erforderlich. Das heißt, dass ein erheblicher Anteil der derzeit im RROP 2014 dargestellten Fläche frei bleibt von WEA, was wiederum den für die Windenergie zur Verfügung gestellten Flächenanteil durch den Landkreis Cuxhaven verfälscht (Kap. II) 	Die maximale Auslastung eines Windparks ist von der Frage, ob der Landkreis Cuxhaven der Windenergie substanziell Raum gibt, zu trennen. Die Aufgabe der Landkreise ist es, im RROP ausreichend Flächen darzustellen, auf denen die Windenergie tatsächlich genutzt werden kann. Dies ist in Bezug auf den Vorrangstandort Heerstedt-Lohe der Fall. Der Landkreis Cuxhaven muss jedoch nicht sicherstellen, dass die ausgewiesenen Flächen auch maximal möglich ausgenutzt werden können.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.33	SO 10	<ul style="list-style-type: none"> Im Raumordnungsverfahren für den Entwurf 2014 ist bei beiden Vorrangstandorten ein erheblicher Anteil an geeignetem Windpotential unbeachtet geblieben. Der Standort Heerstedt Lohe könnte auf insgesamt ca. 460 ha erweitert werden (siehe hierzu unsere Potentialkarten im Anhang). 	Das Kartenmaterial wurde geprüft. Die dargestellten und gewünschten Erweiterungsflächen entsprechen nicht den vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien. Eine Erweiterung der beiden Vorrangstandorte ist somit nicht möglich.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.33	SO 15	<ul style="list-style-type: none"> Im Raumordnungsverfahren für den Entwurf 2014 ist bei beiden Vorrangstandorten ein erheblicher Anteil an geeignetem Windpotential unbeachtet geblieben. Der Standort Kirchwistedt-Altewistedt könnte auf insgesamt ca. 300 ha erweitert werden (siehe hierzu unsere Potentialkarten im Anhang). 	Siehe P103.33	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.34	SO 10	<ul style="list-style-type: none"> Um den Vorrangstandort Heerstedt-Lohe sinnvoll auszunutzen und nicht aufgrund schalltechnischer Probleme Fläche ungenutzt liegen zu lassen, wäre es u.E. sinnvoll, den Vorrangstandort Heerstedt-Lohe weiter in südlicher Richtung auszudehnen, wo sich über 300 ha für den Ausbau des Windparks eignen. Darunter fällt insbesondere der gesamte süd-südöstliche Bereich zwischen den Ortschaften Döhren, Heyerhöfen, Wehldorf, Osterndorf und Wollingst (1000-m-Abstand zu den Ortschaften ist berücksichtigt). 	Siehe P103.33	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.35	A	Bereits bekannte Planungsabsichten sollten bei der Entstehung der Gebietskulisse miteinfließen, so z.B. der Verlauf der geplanten Küstenautobahn A 20. Windenergieanlagen und infrastrukturelle Einrichtungen bedeuten einen technischen Eingriff in unsere Umwelt. Durch die Errichtung und den Betrieb einer Autobahn wird der Umwelt wesentlich mehr Schaden zugefügt als durch die Errichtung und den Betrieb von Windenergieanlagen. Um die Eingriffe in die Natur und Landschaft jedoch insgesamt gering zu halten, sind WEA räumlich mit vorhandenen Infrastruktureinrichtungen zu bündeln.	Siehe P103.33	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.36	SO 10	<ul style="list-style-type: none"> Das im Anhang beigefügte Kartenmaterial gibt Auskunft über Lage und Ausmaß der Erweiterungsmöglichkeiten und über unseren Planungsstand mit WEA Konfiguration. 	Siehe P103.33	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.36	SO 15	<ul style="list-style-type: none"> Das im Anhang beigefügte Kartenmaterial gibt Auskunft über Lage und Ausmaß der Erweiterungsmöglichkeiten und über unseren Planungsstand mit WEA Konfiguration. 	Siehe P103.33	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P103	P103.37	SO 14	3. Kirchwistedt-Ahe Nr. 14 Der vorliegende Entwurf zur Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven, Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014, weist den Vorrangstandort Kirchwistedt-Ahe (Detailkarte Nr. 14) auf insgesamt 33,19 ha aus.	Im RROP Entwurf 2015 wird der Abstand der Windparks untereinander einheitlich auf 4 km innerhalb des Kreisgebietes festgesetzt. Durch diese neue Abstandsregelung kann das Vorranggebiet Kirchwistedt-Ahe nicht mehr als Vorranggebiet ausgewiesen werden. Da diese Fläche auch nicht bauleitplanerisch gesichert ist, entfällt sie im RROP Entwurf 2015.	Kenntnisnahme
P103	P103.38	SO 14	Wir begrüßen ferner die Ausweisung dieses Vorranggebietes zur Windenergienutzung zwischen Kreisgrenze und Ahe. Jedoch wird mit dem Zuschnitt dieses Vorranggebiets das vorhandene Potential nicht ausgeschöpft. Die Abgrenzung des Vorranggebietes erschließt sich uns nicht. Insbesondere sehen wir eine Ergänzung der Vorrangfläche um einen Bereich direkt angrenzend an die im RROP des LK-Osterholz-Scharmbeck im Jahre 2011 neu ausgewiesenen Flächen (Erweiterung in südöstlicher Richtung), siehe auch Karte „Harte und weiche Tabuzonen, Stand 6. Juni 2014“. Hierdurch ließen sich beide Vorrangflächen landkreisübergreifend noch besser verschmelzen und die Nutzung der Windenergie entsprechend räumlich steuern.	Siehe P103.37	Kenntnisnahme
P103	P103.39	Z	4. Wellen Auch im Bereich Wellen ließe sich entsprechend der Karte „Harte und weiche Tabuzonen, Stand 6. Juni 2014“ eine Windparkfläche mit ca. 3 Windenergieanlagen errichten. Wir bitten auch diese Fläche noch einmal zu überprüfen um der Windenergie substanziellen Raum zu verschaffen.	Die Potentialfläche nördlich von Wellen ist unter 19 ha groß und entfällt somit im dritten Schritt der Vorranggebietsbestimmung. Die Fläche nordöstlich von Wellen befindet sich im 4 km Puffer des Windparks Kirchwistedt-Altwestedt und ist somit ebenfalls nicht als Vorranggebiet ausweisbar.	Kenntnisnahme
P103	P103.40	SO 35	5. Sellstedt-Schiffdorf Im Übrigen möchten wir darum bitten, an den bestehenden Windenergieanlagen in der Gemarkung Sellstedt, Gemeinde Schiffdorf, über eine Erweiterung nachzudenken. Wie bereits erwähnt, sind Erweiterungsmöglichkeiten an bereits bestehenden Windparks zu begrüßen, da aufgrund der Vorbelastung durch Bestandsanlagen zusätzliche Windenergieanlagen keinen wesentlichen Eingriff in das Orts- und Landschaftsbild mehr darstellen. Aufgrund der bereits bestehenden Vorbelastung durch die Windenergieanlagen und des weitläufigen, überwiegend ackerbaulich geprägten Geländes scheint es nur vernünftig, die Windenergienutzung an diesem Standort zuzulassen. Durch Berücksichtigung aller für die Windenergie erforderlichen Abstandskriterien ergibt sich eine beachtliche Potentialfläche, die Flächen in den Gemarkungen Donnern und Wehdel einbezieht.	Im Bereich von Sellstedt befinden sich keine Potentialflächen, die den vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien entsprechen. Eine Erweiterung des bestehenden Windparks ist somit nicht möglich.	Nicht zu berücksichtigen
P103	P103.41	A	Darüber hinaus sollte hier auch der Aspekt der Wertschöpfungsmöglichkeit nicht außer Acht gelassen werden. Der Ausbau der Windenergie im ländlichen Raum hat erhebliche positive Auswirkungen insbesondere auf die Grundstückseigentümer und landwirtschaftlichen Betriebe. Direkte und indirekte Zahlungen aus der Windenergienutzung tragen dazu bei, die ländlichen Strukturen zu erhalten, zu sichern und den heutigen Möglichkeiten anzupassen. Es kann sich daraus eine spürbare Verbesserung in der Situation der ländlichen Räume, speziell bei den landwirtschaftlichen Betrieben, entwickeln.	Dieser Aspekt wird im Rahmen der Ziel-Ausnahme-Regelung bei der Übernahme von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in die Abwägung eingestellt. Bei der Bestimmung der Vorranggebiete ist dieses Thema jedoch nicht relevant.	Kenntnisnahme
P103	P103.42	A	Darüber hinaus bietet ein Windpark auch Wertschöpfungsmöglichkeiten für die Gemeinden und Nicht-Grundstückseigentümer. So können durch Einnahmen z.B. durch Gewerbesteuer, Verpachtung von Gemeindeflächen, durch Auftragsvergabe an Regionalbetriebe für Bau-, Pflanz- und Pflegemaßnahmen die Gemeinden vor leeren Haushaltskassen bewahrt werden. Das im Anhang beigefügte Kartenmaterial gibt Auskunft über Lage und Ausmaß der Erweiterungsmöglichkeiten.	Dieser Aspekt wird im Rahmen der Ziel-Ausnahme-Regelung bei der Übernahme von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen in die Abwägung eingestellt. Bei der Bestimmung der Vorranggebiete ist dieses Thema jedoch nicht relevant.	Kenntnisnahme
P103	P103.43	A	Wir möchten Sie bitten, unsere oben genannten Vorschläge, Hinweise und Anmerkungen wohlwollend im Rahmen der Änderung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven zu berücksichtigen. Wir würden es sehr begrüßen, wenn das weitere Verfahren zur Aufstellung eines sachlichen Teilabschnitts trotz der u.E. notwendigen Anpassungen zügig fortgesetzt wird, um zeitnah auch für den Landkreis Cuxhaven Rechtssicherheit in Form von verbindlichen Zielen der Raumordnung zu erreichen. Aus unserer Sicht wäre eine Steuerung der Windenergienutzung auf Regionalplanebene der Akzeptanz der Windenergie sehr förderlich. Gerne möchten wir unsere Erfahrungen aus mittlerweile 30 Jahren Planungstätigkeit im Bereich der Windenergienutzung einbringen und stehen gerne unterstützend im weiteren Verfahren zur Aufstellung des sachlichen Teilabschnitts zur Verfügung.	Das Verfahren wird so zügig wie möglich betrieben. Dem Landkreis ist es jedoch wichtig alle Stellungnahmen objektiv, kritisch und umfassend zu prüfen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P104	P104.01	SO 31	als Windparkbetreiber sind wir, die wpd WIndpark Nr. 301 GmbH & Co. KG, vom 1. Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramm 2014 Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014, betroffen. Im vorliegenden Entwurf (Juni 2014), wurde offensichtlich versucht, die vom OVG Lüneburg gerügten Mängel (vgl. OVG Lüneburg 12 KN 244/12) zu berücksichtigen, die Aufstellung und Unterscheidung von harten und weichen Kriterien ist schlüssig dargestellt. Harte und weiche Tabukriterien sind in den Arbeitskarten dargestellt und werden zu Potentialflächen verschnitten. Aus den Potentialflächen wurden schließlich Vorranggebiete für Windenergiegewinnung entwickelt.	Dies ist sachlich richtig wiedergegeben.	Kenntnisnahme
P104	P104.02	SO 31	Wir begrüßen, dass der Standort Osten-Isensee (Detailkarte 31), zumindest teilweise, wieder als Vorranggebiet für Windenergiegewinnung aufgenommen wurde. An diesem Beispiel Osten-Isensee (Potentialflächen 009 und 139) bzw. Detailkarte 31 legen wir wie folgt dar, dass die Herleitung der Vorranggebiete für Windenergiegewinnung aber in Teilen nicht schlüssig ist. Wir hoffen, dass es sich hierbei nur um handwerkliche Fehler handelt.	Die Argumente werden im Weiteren detailliert vorgestellt und an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme
P104	P104.03	SO 31	Auf der folgenden Seite ist links ein Ausschnitt der Arbeitskarte (lt. Regionales Raumordnungsprogramm — sachlicher Teilabschnitt Windenergie Harte und weiche Tabuzonen — Stand: 6. Juni 2014) mit harten und weichen Tabukriterien, für den Bereich nördlich von Osten (Gemarkungen Isensee und Altendorf) in der Samtgemeinde Hemmoor dargestellt. Die harten Tabuzonen sind in violett, die weichen Tabuzonen in orange gefärbt. Deutlich erkennbar sind drei Weißflächen (011, 139, 009), die aufgrund von weichen Tabuzonen voneinander getrennt sind.	Die Karte wird zur Kenntnis genommen.	Kenntnisnahme
P104	P104.04	SO 31	Die weichen Tabuflächen wurden unserer Ansicht nach, teilweise falsch eingetragen. Auf der rechten Seite ist ein ähnlicher Kartenausschnitt mit der Verschneidung der Potentialflächen zu sehen.	Die Argumente werden im Weiteren detailliert vorgestellt und an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme
P104	P104.05	SO 31	<u>I. Fälschliche Pufferung eines Waldstücks < 1 ha auf einer Teilfläche des Flurstücks 2312.</u> Flur 11, Gemarkung Isensee In der Gemarkung Isensee, Flur 11, Flurstück 23/2 wird ein Teil des Flurstücks als frühere Sonderkultur (ca. 40 jährige Fichtenkultur) genutzt. Zahlreiche Bäume sind bereits abgängig. (Siehe Anlage 1, Fotos Nr. 1 + Nr. 2) Die Fläche in der Größe von ca. 9.620 m ² (Länge 294,20m, Breite 32,70m) erfüllt selbst bei vollständiger Größenberücksichtigung nicht die Anforderungen um eine Pufferung „Wald“ zu rechtfertigen, da Wald erst ab einer Größe von 10.000 m ² als weiche Tabuzone zu puffern ist. Zudem müsste noch zusätzlich eine zentrale Fläche von 430 m ² in Abzug gebracht werden, die nicht mit Bäumen bewachsen ist und als Lagerfläche genutzt wird.	Der angesprochene Fichtenwald ist ein Wald entsprechend des niedersächsischen Waldgesetzes (vgl. § 2 (3) NWaldG). Nach Bemessung des Naturschutzamtes des Landkreises Cuxhaven ist der Wald über 1 ha groß. Der Wald wird in der Pufferung nicht herausgenommen.	Nicht zu berücksichtigen
P104	P104.06	SO 31	Wir fordern das teil-bewachsene Gebiet aus dem o. g. Flurstück nicht als Wald > 1 ha einzustufen und verweisen auf den Entwurf des LK Cuxhaven RROP 2012. Hier wurde diese Fläche, den Tatsachen entsprechend, nicht als (Vorbehaltsgebiet) Wald eingestuft und somit auch nicht „gepuffert“.	Siehe P104.5	Nicht zu berücksichtigen
P104	P104.07	SO 31	Die teil-bewachsene Fläche wurde auch bereits von Seiten des Landkreises Cuxhaven (Herr Fokuhl — Leiter GIS-Service, Natur- und Artenschutz, Landschaftsplanung) auf die Eigenschaft als Wald hin untersucht: Lt. Protokoll — Erörterungstermin Private Einwender RROP 2012 / 15.09.2011 - Seite 7/40 "Die Waldfläche ist zu klein, um im RROP dargestellt zu werden. Dies ist mit der Maßstäblichkeit des Planwerkes zu begründen"	Mit modernen GIS-System können mittlerweile auch kleinere Flächen dargestellt und berücksichtigt werden.	Kenntnisnahme
P104	P104.08	SO 31	Bei der Erörterung der Anregungen und Bedenken (RROP 2012) zu dem Gebiet Osten-Isensee wurde unter Nr. 73 unter Auswertung/Anmerkung folgende Stellungnahme vermerkt: "Ein knapp 5 ha großes Waldstück wurde (mittig) berücksichtigt. Kleineres Gehölz im Norden ist kein Vorbehaltsgebiet Wald und wird aufgrund der geringen Größe nicht gepuffert" Die Beschlussempfehlung lautet hierzu: "Nicht zu berücksichtigen"	Siehe P104.07	Kenntnisnahme
P104	P104.09	SO 31	Wir verweisen ferner auf die Informationsvorlage 162/2011, Anlage Teil 1: Hier wird unter Anregungen und Bedenken die Stellungnahme der Gemeinde Osten aufgeführt: Gemeinde Osten "auf die Waldfläche (ca. 1 ha) in Isensee (Flurstück 23/2) Flur 11, Gemarkung Isensee wird hingewiesen. Abstände der WEA's von mindestens 100 m werden gefordert". Auswertung/Anmerkung der Verwaltung — Landkreis Cuxhaven: "Ebenfalls im nördlichen Bereich ist eine kleine langgestreckte Waldfläche vorhanden. Die Waldfläche ist zu klein, um als Vorbehaltsgebiet Wald berücksichtigt zu werden." Beschlussempfehlung - Landkreis Cuxhaven: "Kenntnis genommen." Die Situation vor Ort hat sich seit dieser Beurteilung bis dato nicht verändert.	Siehe P104.07	Kenntnisnahme
P104	P104.10	SO 31	Im Weiteren beziehen wir uns auf den Umweltbericht der Fortschreibung des RROP LK Cuxhaven 2014 -Teilabschnitt Windenergie, unter 1.2.2.31 wird der Standort Osten-Isensee wie folgend beurteilt: Ermittlung Bestand und Bewertung der Umweitauswirkungen - Schutzgut Waldfläche > 1ha - "weder im Plangebiet noch im Umfeld vorhanden".	Siehe P104.07	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P104	P104.11	SO 31	Wir fordern daher eine Streichung des Puffers. Dies hätte zur Folge, dass das Potentialgebiet Nr. 139 nicht mehr separat zu betrachten ist, sondern mit dem wegfallenden Puffer und der Potentialfläche 009 gemeinsam das Vorranggebiet Osten Isensee mit einer Größe von ca. 163 ha bilden würde.	Unabhängig davon, dass der Fichtenwald weiterhin als Wald gewertet und gepuffert wird, wird im Entwurf 2015 die Potentialfläche 139 der Potentialfläche 009 zugeordnet und die Fläche als ein gemeinsames Vorranggebiet gesehen.	Kenntnisnahme
P104	P104.12	Z	Sollte der Landkreis Cuxhaven zu einer abweichenden, aus unserer Sicht nicht nach vollziehbaren, Einschätzung kommen, fordern wir die Berücksichtigung des Potentialgebietes 139 (6,23 ha) als Vorranggebiet für die Windenergie. Das Potentialgebiet Nr. 139 ist in unmittelbarer Nähe zu dem Potentialgebiet Nr. 009 (Detailkarte 31), und beide Flächen bilden eine Einheit. Der Arbeitsschritt 3 (lt. Begründung / Erläuterung, Entwurf Stand Juni 2014, Seite 1 1ff) wurde bei dem Potentialgebiet Nr. 139 nicht richtig durchgeführt und muss zu einer weiteren Berücksichtigung des Potentialgebietes Nr. 139 führen. Die Potentialfläche Nr. 139 wäre nicht aufgrund des Kriteriums der Mindestflächengröße von 19 ha auszuschließen, da die Potentialfläche Nr. 139, zusammen mit dem Potentialgebiet 009, das Kriterium der Mindestflächengröße erfüllt.	Dem Einwand wird gefolgt. Die Potentialflächen 139 und 009 werden im RROP Entwurf 2015 als ein gemeinsames Gebiet betrachtet.	Zu berücksichtigen
P104	P104.13	SO 23	Eine ähnliche Situation liegt u.a. an dem Standort Uthlede (Detailkarte 23) vor, wobei hier auch die Zusammenlegung von Gebieten erfolgte und 1 Vorranggebiet aus den Einzelgebieten wurde.	Siehe P104.12	Zu berücksichtigen
P104	P104.14	SO 31	<u>II. Nicht nachvollziehbare Beschneidung der Potenzialfläche 009 bei der Übernahme in das Vorranggebiet für Windenergiegewinnung Osten-Isensee, Detailkarte 31</u> Wie oben dargestellt, halten wir die Potentialfläche 009 für nicht korrekt dargestellt, da sie falsch gepuffert und damit verkleinert wurde. In der Detailkarte 031 sind die Potentialflächen 011 und 139 gar nicht und die Potentialfläche nur verkleinert enthalten. Für die Verkleinerung findet sich keine Begründung. In der dem Entwurf beigelegten Übersichtskarte - Regionales Raumordnungsprogramm - Sachlicher Teilabschnitt Windenergie Potentialflächen (Stand Juni 2014) Landkreis Cuxhaven - hat das Gebiet (Nr. 009) noch eine Größe von 147,77 ha. Die Größe (gerundet 147,8 ha) wird in dem Umweltbericht (unter 1.2.2.31) auch richtigerweise übernommen. Die Darstellung auf der Übersichtskarte im Umweltbericht passt aber mit einer Größe von 115,5 ha nicht zum Textteil. Im Folgenden sind die Potentialgebiete (011, 139, 009) und das Vorranggebiet für Windenergiegewinnung — Osten-Isensee, lt. Detailkarte Nr. 31, nebeneinander dargestellt.	Die nach Schritt 1 und 2 herausgearbeiteten Potentialflächen wurden in einem dritten Schritt hinsichtlich ihrer Größe sowie anderer, entgegenstehender öffentlicher Belange geprüft. Die herausgefallenen Flächen des Potentialgebietes sind aus naturschutzfachlicher Sicht nicht für eine Nutzung als Vorranggebiet geeignet. Die Begründung zu den Flächenzuschnitten der Windenergieflächen wird im RROP 2015 ausführlicher dargestellt. Zudem werden für die wichtigsten Tabuzonen zwei Karten erstellt, die im RROP 2015 als Anlage beigelegt werden bzw. im Internet heruntergeladen werden können.	Kenntnisnahme
P104	P104.15	SO 31	Die Detailkarte Nr. 31, Standort Osten-Isensee RROP 2014 — Entwurf Stand Juni 2014 — Vorranggebiet für Windenergiegewinnung, weist für das Vorranggebiet Wind nur eine Größe von 115,51 ha auf. Deutlich sichtbar ist, dass im Südosten der Detailkarte Nr. 31, im Vergleich zur Potentialfläche 009, eine ca. 32 ha große Fläche fehlt. Zur Verdeutlichung haben wir diese fehlende Teilfläche in der nebenstehenden Karte rot dargestellt.	Siehe P104.14	Kenntnisnahme
P104	P104.16	SO 31	In der Beschreibung und Erläuterung des Arbeitsschrittes 3 (Begründung/Erläuterung — RROP 2014) gibt es keinen Hinweis warum diese Teilfläche gestrichen wurde. Die Arbeitsschritte werden ansonsten sehr detailliert aufgeführt, daher hätte auch eine Streichung einer immerhin rund 32 ha großen Teilfläche erläutert werden müssen.	Siehe P104.14	Kenntnisnahme
P104	P104.17	SO 31	Auch im Aufstellungsprozess des RROP 2012 wurde zwischen dem 1. Entwurf und dem am 10.10.2011 dem Ausschuss für Regionalplanung und Wirtschaft vorgelegten Vorlage, diese Streichung vorgenommen und nur wage begründet. Vorsorglich weisen wir daher daraufhin, dass der Standort Osten-Isensee durch eine intensive landwirtschaftliche Nutzung geprägt ist, sowohl auf den Ackerflächen als auch auf den Grünlandflächen. (Siehe auch beigelegte Fotos Anlage 2: Nr. 3 - 6)	Die Ausprägung der Grünland-Biototypen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass nunmehr die gesamte Potenzialfläche 008 im Entwurf 2015 als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt wird. Feucht- und Nassgrünland, feuchtes Extensivgrünland, halbruderaler Gras- und Staudenfluren feuchter Standorte und Rohrglanzgras-Röhricht sind hier nicht mehr vorhanden.	Kenntnisnahme
P104	P104.18	SO 31	Auf dem Ackerland wird Getreide und Mais angebaut. Die vorhandene Struktur erlaubt eine intensive Nutzung, es gibt keine Einschränkungen aufgrund von Feuchtigkeit oder Bodenstruktur etc.	Kenntnisnahme. - Die Potenzialfläche 008 wird überwiegend durch den Bodentyp "Typische Flussmarsch#", im nördlichen Teil durch den Bodentyp "Typische Organomarsch" geprägt. Die Potenzialfläche 112 wird vollständig durch den Bodentyp "Typische Organomarsch" geprägt. Der Bodentyp "Typische Organomarsch" weist die bodenkundliche Feuchtestufe "stark feucht (9)" auf. Der mittlere Grundwasserstand liegt hier bei 2-4 dm unter Geländeoberfläche.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P104	P104.19	SO 31	Das Grünland in dem nicht berücksichtigten Gebiet wird als Mähweide, Standweide und überwiegend als Grünland mit mehrmaliger Mahd, intensiv landwirtschaftlich genutzt. Die vorhandene Struktur erlaubt das Grünland mit landwirtschaftlichen Geräten zu befahren und eine mehrmalige Mahd durchzuführen. Der geerntete Aufwuchs wird an die Nutztiere der landwirtschaftlichen Betriebe verfüttert und bildet eine wichtige Futtergrundlage für die landwirtschaftlichen Betriebe. In dem Bereich gibt es keine unproduktiven landwirtschaftlichen Flächen. Diese Flächen unterliegen vollumfänglich einer intensiven landwirtschaftlichen Nutzung und somit ist dieser Bereich genau wie die restliche Räche als Vorranggebiet für die Windenergie zu berücksichtigen.	Siehe P104.17.	Kenntnisnahme
P104	P104.20	SO 31	Die o. g. Teil-Fläche unterliegt keiner besonderen Schutzzone, die einer Windparkplanung entgegensteht.	Siehe P104.17.	Kenntnisnahme
P104	P104.21	SO 31	In dem Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven 2012 ist keine Darstellung für eine besondere Schutzzone in dem kompletten Gebiet vorhanden. Die Bereiche sind nicht als gesetzlich geschützte Biotope etc. eingestuft. Die Fläche steht uneingeschränkt unter intensiver landwirtschaftlicher Nutzung.	Siehe P104.17.	Kenntnisnahme
P104	P104.22	SO 31	Im aktuellen Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Hemmoor ist keine Darstellung als gesetzlich geschütztes Biotop oder gesetzlich geschützter Landschaftsbestandteil vorhanden (vgl. Flächennutzungsplan - 2002, Samtgemeinde Hemmoor).	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P104	P104.23	SO 31	Im Umweltbericht (unter 2.640) wird festgestellt, dass es weder im Plangebiet, noch im Umfeld geschützte Biotope lt. § 30 BNatSchG bzw. § 24 NAGBNatSchG. Biotope vorhanden sind. Wir schließen uns dieser Feststellung an.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P104	P104.24	SO 31	<u>III. - Abwägung der privaten Interessen der Grundeigentümer</u> Die Nutzung der genannten Potentialfläche Osten-Isensee durch die Windenergie entspricht dem Wunsch der betroffenen Grundstückseigentümer. Diesem Willen hat der überwiegende Teil der Eigentümer mit seiner Unterschrift der Nutzungsverträge zur Umsetzung des Windparks durch das Unternehmen wpd, bereits Ausdruck verliehen. So bestehen für ca. 90 % des Gebietes für eine Windparkplanung erforderliche Verträge zur Nutzung der Grundstücke durch die wpd. Die jährlichen Pachtzahlungen der Windkraftbetreiber tragen zum Fortbestand von landwirtschaftlichen Familienbetrieben bei, in Einzelfällen kann dieser dadurch gesichert werden. Dieses private Interesse ist bei der Abwägung zu berücksichtigen (OVG Bautzen, Urt. V. 07.04.2005 — 1 D 2/03 — juris RZ. 86).	Die wirtschaftlichen Interessen der Grundstückseigentümer wurden berücksichtigt.	Kenntnisnahme
P104	P104.25	SO 31	Wir fordern eine Überarbeitung der Detailkarte 31, unter Berücksichtigung unserer Stellungnahme. In Anlage 3 und nebenstehend findet sich das „Vorranggebiet für Windenergiegewinnung“, in der Form und Größe (ca. 163 ha), wie es sich bei konsequenter Berücksichtigung der Kriterien ergeben würde. Sofern, die in Anlage 3 und auch nebenstehend aufgeführte Fläche, keine vollständige Berücksichtigung als Vorranggebiet für Windenergiegewinnung findet, sehen wir die Anforderungen an eine rechtmäßige Abwägung nicht gegeben. Somit würde dieses RROP an einem grundlegenden Abwägungsmangel leiden (vgl. OVG Lüneburg 12 KN 244/12).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P105a	P105/A	SO 31	Siehe Stellungnahme P104	Siehe Stellungnahme P104	Siehe Stellungnahme P104
P105b	P105/B	Z	Siehe Stellungnahme P107/A	Siehe Stellungnahme P107/A	Siehe Stellungnahme P107/A
P105c	P105/C	Z	Siehe Stellungnahme P107/B	Siehe Stellungnahme P107/B	Siehe Stellungnahme P107/B
P106a	P106/A.0 1	SO 39	die swb CREA plant Im Auftrag der WN Windnutzungsgesellschaft mbH ein sogenanntes Repowering des Windparks Wremen-Schottwarden. Geplant ist, die zehn derzeit von der WN Windnutzungsgesellschaft mbH betriebenen Anlagen durch vier leistungsfähigere neue Anlagen zu ersetzen, die von der WN Windnutzungsgesellschaft mbH betrieben werden sollen. Der bestehende Windpark befindet sich auf einer Fläche, die gemäß dem derzeit gültigen Flächennutzungsplan von der Gemeinde als sonstiges Sonderbaugebiet (SO) mit der Zweckbestimmung „Windpark“ ausgewiesen ist. Der bestehende Bebauungsplan enthält eine verbindliche Begrenzung für die Anlagenhöhe, diese darf 55m nicht übersteigen. Gegenwärtig läuft ein Verfahren zur Änderung der Bauleitplanung. Es ist beabsichtigt, die Höhenbegrenzung auf 100m anzuheben.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P106a	P106/A.0 2	SO 39	Der Entwurf für die Änderung des RROP 2014 sieht vor, dass das bisher im Regionalen Raumordnungsprogramm, Teilabschnitt Windenergie, vorgesehene Windvorranggebiet Wremen Schottwarden entfällt und die Nutzung der Windenergie auf der Fläche künftig nur noch im Rahmen der bestehenden Bauleitplanung zulässig sein soll, insbesondere soll eine in der Bauleitplanung geregelte Höhenbegrenzung Bestand haben (4.2.2 Ziff. 10 der beschreibenden Darstellung sowie Detailkarte 39).	Siehe P106/A.01	Kenntnisnahme
P106a	P106/A.0 3	SO 39	Die für Wremen-Schottwarden nach derzeitiger Bauleitplanung maximal zulässige Höhe lässt ein energiewirtschaftlich sinnvolles Repowering des Windparks wirtschaftlich nicht zu. Das "Einfrieren" der Rahmenbedingungen, insbesondere der Höhenbegrenzung, durch die Änderung des RROP 2014 verhindert jegliche Entwicklungsmöglichkeit für die Nutzung der Windkraft auf der Fläche	Siehe P106/A.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P106a	P106/A.04	SO 39	Der von WN Windnutzungsgesellschaft mbH betriebene Windpark besteht seit 1990. Die Bauleitplanung stellte seinerzeit auf dem damaligen Stand der Technik entsprechende Anlagen ab. Die Höhenbegrenzung von 55m ließ zum damaligen Zeitpunkt die Errichtung von Anlagen mit einer Höhe zu, die damals einen wirtschaftlichen Betrieb des Windparks ermöglichte. Eine heutige Neuerrichtung eines Windparks mit solch kleinen Anlagen entspricht nicht mehr dem Stand der Technik.	Siehe P106/A.01	Kenntnisnahme
P106a	P106/A.05	SO 39	So sind auch Anlagen in der Leistungsklasse, wie sie derzeit im Windpark Wremen-Schottwarden betrieben werden, mit dem Blick auf das Kosten/Nutzen-Verhältnis wirtschaftlich nicht mehr vertretbar. Der wirtschaftliche Betrieb eines Windparks, der das Rechtsregime des EEG nutzt, setzt selbst an windstarken küstennahen Standorten heute voraus, dass Anlagen mit einer Höhe von mindestens 100-150 Meter errichtet werden.	Siehe P106/A.01	Kenntnisnahme
P106a	P106/A.06	SO 39	Eine Anpassung der Bauleitplanung an die aktuellen Bedürfnisse eines Windparks durch die Gemeinde ist aber nach der beabsichtigten Änderung des RROP 2014 nicht mehr möglich, eine weitere Nutzung der Fläche wird in der Folge nach Außerbetriebnahme der bestehenden Anlagen nicht möglich sein, die Fläche wird künftig faktisch einer Windkraftnutzung vollständig entzogen.	Siehe P106/A.01	Kenntnisnahme
P106a	P106/A.07	SO 39	Der faktische Entzug der Windkraftnutzung widerspricht für die Fläche Wremen-Schottwarden dem mit der Änderung des RROP 2014 verfolgten Ziel, Bestandsflächen auch künftig eine Entwicklungsmöglichkeit zu bieten, die über den reinen, über die Genehmigung vermittelten und auf die konkreten Anlagen und deren Standorte bezogenen Immissionsschutzrechtlichen Bestandsschutz hinausgehen.	Siehe P106/A.01	Kenntnisnahme
P106a	P106/A.08	SO 39	Auch wird dem Ziel widersprochen, mit der Änderung des RROP 2014 dem Gegenstromprinzip Rechnung zu tragen, indem dem Willen der Gemeinden entsprochen wird, auf den Bestandsflächen weiterhin Windparks entwickeln zu können.	Siehe P106/A.01	Kenntnisnahme
P106a	P106/A.09	SO 39	In der Begründung des Entwurfs zur Änderung des RROP 2014 heißt es ausdrücklich, es solle durch die Teilfortschreibung auch auf den Bestandsflächen, die nach der Änderung nicht mehr als Vorrangflächen geführt werden, eine über den "Weiterbetrieb" bestehender Anlagen hinausgehende Entwicklung ermöglicht werden (Begründung/Erläuterung zu 4.2.2 Windenergie, zu Ziff. 10). Durch diese, zusätzlich zu den künftigen Vorranggebieten für die Entwicklung von Windparks zur Verfügung stehenden Flächen solle überdies ein wichtiger Beitrag zu Erzeugung regenerativer Energie und zum Klimaschutz im Landkreis erreicht werden. Diese Ziele werden für die Fläche Wremen-Schottwarden gerade nicht erreicht, wenn - wie geplant - die Rahmenbedingungen für die Windkraftnutzung auf der Fläche auf einen nicht mehr zeitgemäßen Stand eingefroren werden.	Siehe P106/A.01	Kenntnisnahme
P106a	P106/A.10	SO 39	Die Anhebung der Höhenbegrenzung auf 100m ist rechtlich zulässig, es stehen keine nicht abwägbaren Belange, wie von der Samtgemeinde Land Wursten in der am 21.07.2014 verabschiedeten 2. Änderung des Flächennutzungsplanes dargestellt, als rechtliche Hindernisse einer Anhebung entgegen.	Siehe P106/A.01	Kenntnisnahme
P106a	P106/A.11	SO 39	Die im Entwurf des RROP 2014 als harte Tabukriterien gewählten Abstände zu Ortslagen und Wohnbebauungen halten wir sachlich für verfehlt, da unter Immissionsschutzgesichtspunkten "Ortslagen" je nach Nutzung durchaus unterschiedlichen Schutzanspruch genießen.	Eine ausführlichere Definition des Begriffes der Ortslage wird im RROP Entwurf 2015 vorgenommen. Die vom Landkreis Cuxhaven gewählten Abstände sind Vorsorgeabstände zu baulichen Nutzungen und insofern unabhängig vom Immissionsschutz.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P106a	P106/A.1 2	SO 39	Auch sehen wir keinen Grund dafür, die relevanten Abstände ab der Rotorblattspitze zu ermitteln. Dem Verlust an nutzbarer Fläche korrespondiert kein „Mehr“ an Immissionsschutz, so dass es insoweit an einem tragfähigen Grund fehlt.	Laut des Urteils vom Bundesverwaltungsgericht vom 21.10.2004 (Az 4 C 3/04) muss sich die gesamte Windenergieanlage, das heißt auch die Flügelspitzen, innerhalb der Grenzen eines Bauleitplanes befinden. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover im Urteil vom 22.09.2011 (4 A 1052/10) analog auf Vorranggebiete in einem Regionalen Raumordnungsprogramm übertragen. Das Argument der Maßstäblichkeit ist insofern hinfällig, da auch ein Flächennutzungsplan nicht parzellenscharf ist, jedoch auch für diesen das Urteil vom Bundesverwaltungsgerichts gilt, da dieses im Urteil nicht auf Bebauungspläne abgezielt hat, sondern auf Bauleitpläne. Das Argument der Genauigkeit des Maßstabes ist weiterhin auch deshalb nicht haltbar, da bei einem Heranziehen des Turms oder des Fundaments der Anlage anstatt der Flügelspitze, diese ebenfalls nicht metergenau bestimmt werden können. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover in einem ähnlichen Fall im Urteil vom 30. August 2012 (Az. 12 A 1642/11) wiederholt angewandt. Auch in diesem Fall wurde bestimmt, dass sich die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes befinden müssen. Insofern kann von einer gängigen und rechtsgültigen Rechtsprechung in dieser Thematik ausgegangen werden.	Nicht zu berücksichtigen
P106a	P106/A.1 3		Siehe Stellungnahme P88/A	Siehe Stellungnahme P88/A	Siehe Stellungnahme P88/A
P106b	P106/B.0 1	Z	die swb CREA GmbH hatte seiner Zeit bei der Erarbeitung des Teilplanes Windenergie zum RROP 2012 gegenüber dem Landkreis bereits die vorgenannte Fläche in der Samtgemeinde Bad Bederkesa im Bereich Ankelohe als mögliche Windvorrangfläche ins Gespräch gebracht. Die Fläche wurde dann aber durch die Raumplanung des LK Cuxhaven nicht berücksichtigt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P106b	P106/B.0 2	Z	Wir beantragen hiermit, die Fläche Ankelohe gemäß anliegendem Lageplan in die Planungen als Windvorrangfläche aufzunehmen.	Die Fläche entspricht nicht dem vom Landkreis Cuxhaven erarbeiteten einheitlichen Planungskonzept.	Nicht zu berücksichtigen
P106b	P106/B.0 3	Z	Im Entwurf der Begründung zum RROP 2014 ist die Fläche farblich als weiche Tabuzone gekennzeichnet. Aus unserer Sicht ist die von uns vorgeschlagene vorgenannte Fläche, auf der wir voraussichtlich sieben WEA planen können, allerdings aus Sicht des Landschafts- und Naturschutzes als günstig zu beurteilen. Dies haben wir durch ein ökologisches Gutachterbüro vorgeprüft (2012 und Aktualisierung in 2014; s. nachfolgende Tabelle).	Im Entwurf 2014 zum Regionalen Raumordnungsprogramm und im Entwurf 2015 zum Regionalen Raumordnungsprogramm ist die vom Einwender kartografisch dargestellte Fläche weit überwiegend in weichen Tabuzonen gelegen. Ein kleiner Randbereich liegt möglicherweise auch in harten Tabuzonen; möglicherweise liegt die Potenzialfläche 284 (Flächengröße: 0,16 ha) nach dem Entwurf 2014 bzw. die Potenzialfläche 308 (Flächengröße: 0,16 ha) nach dem Entwurf 2015 ebenfalls in der vom Einwender kartografisch dargestellten Fläche. - Bei den weichen Tabuzonen spielen der 1.000 m-Puffer zu Ortslagen und der 500 m-Puffer zu sonstiger wohnbaulicher Nutzung eine Rolle; entscheidend ist jedoch ein Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung. Die maßgebliche Art ist hier der Zwergschwan.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P106b	P106/B.0 4	Z	Sollte die Fläche vom Landkreis aus naturschutzfachlichen Gründen als weiche Tabuzone eingeordnet worden sein, bitten wir Sie insoweit, um Einsicht in die Unterlagen oder deren Übersendung, aus denen sich diese Einordnung ergibt. Rechtlich unüberwindbare Belange stehen nach unserer Kenntnis der Ausweisung der Fläche nicht entgegen, die Abstände zur relevanten Wohnbebauung werden eingehalten.	Siehe P106/B.03. - Dem Einwender sind in früheren Jahren bereits Umweltinformationen bereitgestellt worden; dies wäre auch für den letzten Stand der Daten möglich. - Die Abstände zu Ortslagen und sonstiger wohnbaulicher Nutzung werden in Randbereichen nicht eingehalten.	Kenntnisnahme
P106b	P106/B.0 5	Z	Die Abstände zu den Windnutzungsflächen Odisheim/Stinstedt und Lintig/Meckelstedt sind zwar geringer als 4km (Zweifel an diesem Abstandskriterium einmal außen vor gelassen). Die Fläche liegt allerdings in einer Gemeinde mit höherem Waldanteil (der Waldanteil der Gemeinde Bad Bederkesa beträgt ca. 15%). In der Begründung zum Entwurf des RROP 2014 heißt es auf S. 16, in Gemeinden mit höherem Waldanteil (10%) könne der Abstand zwischen den Windparks auf drei Kilometer reduziert werden. Dieser Abstand wird im vorliegenden Fall eingehalten.	Im weiteren Planverfahren wird der Abstand der Windparks innerhalb des Kreisgebietes auf einheitlich 4 km gesetzt. Der Abstand von 3 km in waldreichen Gemeinden wird aufgrund rechtlicher Hemmnisse entfallen.	Nicht zu berücksichtigen
P106b	P106/B.0 6	E 01	Im Übrigen haben wir hinsichtlich der Ermittlung der Flächenkulisse Bedenken, da den harten Tabukriterien Abstände zugrundegelegt werden, die uns zum Teil nicht sachgerecht erscheinen.	Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch fachliche Einschätzungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Sie werden somit als sachgerecht angesehen.	Nicht zu berücksichtigen
P106b	P106/B.0 7	E 01	Auch die Art und Weise, in der die Belange von Natur und Landschaft berücksichtigt werden, sind nicht sachgerecht.	Der Landkreis Cuxhaven ist der Ansicht, dass die Art und Weise, wie die Belange von Natur und Landschaft berücksichtigt wurden, sachgerecht ist.	Nicht zu berücksichtigen
P106b	P106/B.0 8	A	Wir teilen die Bedenken, die in der Stellungnahme des BWE dargelegt werden und machen uns diese ausdrücklich zu Eigen.	Siehe Stellungnahme 93 bei den Trägern öffentlicher Belange	Kenntnisnahme
P106b	P106/B.0 9	A	Gern würden wir Ihnen auch in einem persönlichen Gespräch unsere Vorinformationen und Planungen zur Kenntnis bringen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P106b	P106/C		Siehe Stellungnahme P88/A		
P107a	P107/A.0 1	A	wir nehmen Bezug auf den aktuellen Entwurf der "Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms [RROP] für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie - 2014 (Stand Juni 2014)" und nehmen in Bezug auf das Potentialgebiet Steinau wie folgt Stellung: Als Windparkbetreiber sind wir, die wpd Windpark Nr. 303 GmbH & Co. KG, vom 1. Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie —2014, betroffen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P107a	P107/A.0 2	Z	Es wurden bereits Dispositionen im Vertrauen auf die erneute Aufnahme dieses Gebietes in das RROP getätigt, Insbesondere wurden Nutzungsverträge mit Grundstückseigentümern in diesem Gebiet abgeschlossen, Planungsleistungen erbracht und Genehmigungsverfahren vorbereitet.	Bereits im RROP 2012 wurde Steinau nicht als Vorranggebiet aufgenommen. Es gab somit keinerlei Grund anzunehmen, dass auf dieser Fläche Windkraftanlagen errichtet werden können. Mögliche Investitionen auf Verdacht durch einen Investor spielen für ein gesamtheitliches Planungskonzept keine Rolle.	Nicht zu berücksichtigen
P107a	P107/A.0 3	Z	Aus den Unterlagen zum aktuellen Entwurf des RROP (Stand Juni 2014) ist nicht ersichtlich, warum das Potentialgebiet (lt. Arbeitsschritt 2 RROP 2014) gestrichen wurde. Aus Sicht von wpd werden alle harten und weichen Tabukriterien eingehalten. Auch die Anwendung des 3. Arbeitsschrittes führt nicht zu einer Streichung des Potentialgebietes Steinau.	Die von der Firma wpd vorgelegte Fläche Steinau entspricht nicht den vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Kriterien. Teile des Gebietes sind durch die Abstände zur Wohnbebauung erfasst (1000m zur Ortslage, 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung). Ein Teil des Gebietes ist ein Gastvogellebensraum mit nationaler oder internationaler Bedeutung.	Nicht zu berücksichtigen
P107a	P107/A.0 4	Z	Als Begründung für die Streichung des Gebietes wurden im alten Entwurf des RROP aus April 2011 verschiedene Punkte aufgeführt, die seinerzeit mit im Rahmen einer Stellungnahme der wpd umfassend relativiert widerlegt werden konnten. So konnte damals bereits widerlegt werden, dass das Potentialgebiet Steinau weder in einem Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung liegt, noch zu einem Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung gehört. Auch lagen keine Kompensationsflächen innerhalb / im Bereich des Potentialgebietes.	In Bezug auf naturschutzfachliche Belange verweise ich auf die umfangreiche Stellungnahme des Landkreises Cuxhaven im Rahmen der Verwaltungsrechtssache Wpd Windpark Nr. 301 GmbH & Co. KG / Landkreis Cuxhaven 12 KN 244/2012 vom 10.04.2014, die Ihnen vorliegt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P107a	P107/A.0 5	Z	Auch aktuell sprechen weiterhin keine zwingenden naturschutzfachlichen Argumente gegen eine Ausweisung des Potentialgebietes als Vorranggebiet für Windenergiegewinnung. Schutzgebiete liegen in ausreichend großen Entfernungen zum Potentialgebiet. Laut aktueller Datenlagen der Umweltkarten des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (2006 bzw. 2010, ergänzt 2013; siehe Screenshots anbei) liegen für den Bereich auch keine Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung, die mit einem Puffer von 200 m im aktuellen Entwurf als weiche Tabuzone im RROP berücksichtigt werden. Auch liegen laut aktueller Datenlage des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz (2006) keine Anzeichen für ein Vogelrastgebiet mit internationaler und / oder nationaler Bedeutung vor, welches laut aktuellem Entwurf mit 500 m zu puffern wäre.	In Bezug auf naturschutzfachliche Belange verweise ich auf die umfangreiche Stellungnahme des Landkreises Cuxhaven im Rahmen der Verwaltungsrechtssache Wpd Windpark Nr. 301 GmbH & Co. KG / Landkreis Cuxhaven 12 KN 244/2012 vom 10.04.2014, die Ihnen vorliegt.	Nicht zu berücksichtigen
P107a	P107/A.0 6	U	Die im Umweltbericht zu erfolgende Einschätzung möglicher erheblicher Umweltauswirkungen und deren Bewertung ist stets überschlägig. Die Beurteilung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVP (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergienutzung (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die zusammenfassende Eignung eines potenziellen Vorranggebiets bzw. potenziellen Repoweringstandort aus naturschutzfachlicher Sicht, ist in den Prüfbögen dem Punkt 4 zu entnehmen. Die Beurteilung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände ist eine vorläufige. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P107a	P107/A.0 7	E 01	Dabei ist eine Bewertung auf Basis der stark vorsorgeorientierten pauschalen Abstandsempfehlung nicht zielführend. Einerseits sind sie weder durch den aktuellen Stand des Wissens noch durch die Rechtsprechung gedeckt. Allein das Vorkommen von geschützten Individuen im Eingriffsbereich erfüllt die Voraussetzungen für das Eintreten des Verbotstatbestands nach § 44 BNatSchG nicht. Und auch allein durch die Unterschreitung der Schutzabstände lässt sich keine signifikante Erhöhung des allgemeinen Lebensrisikos ableiten. Lediglich das Eintreten der besagten Erhöhung wird wahrscheinlicher.	Mit der Erstellung des Entwurfs 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen. - Die artenschutzrechtlichen Verbote der §§ 44 ff. BNatSchG gelten in der Regionalplanung nicht unmittelbar. Eine Festlegung bei diesen Planungen, die wegen entgegenstehender artenschutzrechtlicher Verbote nicht vollzugsfähig ist, wäre jedoch unwirksam. Insofern ist bereits auf der Planungsebene des Regionalen Raumordnungsprogramms die Beachtung der artenschutzrechtlichen Voraussetzungen erforderlich. - Bei der Erarbeitung des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms werden die in den Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten genannten Abstandsempfehlungen für die als besonders empfindlich gegenüber Windenergieanlagen einzustufenden Arten herangezogen (Ausnahme: Kiebitz).	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P107a	P107/A.08	A	Auch ein arttypisches Verhaltensmuster wie das Fliegen in Höhe des Rotorenbereichs löst für sich genommen nicht die signifikante Erhöhung des Kollisionsrisikos aus. Ausschlaggebend ist zusätzlich für die grundsätzlich kollisionsgefährdeten Arten eine gegenüber der "Normallandschaft" überdurchschnittliche Nutzung des Gefahrenbereichs.	Das Tötungsverbot ist dann verletzt, wenn das Tötungsrisiko durch ein Vorhaben "signifikant", d.h. in qualitativ "deutlicher", "abzeichnender" bzw. "bedeutsamer" Weise erhöht wird. Der Signifikanzansatz des Bundesverwaltungsgerichts ist inzwischen flächendeckend von der obergerichtlichen Rechtsprechung übernommen worden.	Nicht zu berücksichtigen
P107a	P107/A.09	Z	Auf eine überdurchschnittliche Nutzung lassen das Vorhandensein besonderer Funktionsräume wie Flugkorridore oder Nahrungshabitate von essentieller Bedeutung schließen, die seitens der Fachgutachter nur durch räumlich und zeitlich intensivere Untersuchungen abzugrenzen sind. Untersuchungen, die diese Anforderungen erfüllen und damit entsprechende Schlussfolgerungen für die Gebiete zulassen, sind im bisherigen Verfahren bislang aber nicht durchgeführt worden. Solche sind auch nach ständiger Rechtsprechung zu § 44 BNatSchG für den Ausschluss von Gebieten für die Windkraftnutzung absolut erforderlich.	Siehe P107/A.07 und P107/A.08.	Nicht zu berücksichtigen
P107a	P107/A.10	Z	Erst wenn innerhalb der projekt- und artspezifischen Bewertung eine deutliche / signifikante / mit hoher Wahrscheinlichkeit Betroffenheit (hier fehlt es leider juristische und fachlich an einer allgemeinen Bezugsgröße) nachgewiesen werden konnte, die weder vermieden noch vermindert werden kann, sind geeignete Maßnahmen (vorgezogener Ausgleichsmaßnahmen, FCS-Maßnahmen) vorzuschlagen.	Siehe P107/A.07 und P107/A.08.	Nicht zu berücksichtigen
P107a	P107/A.11	Z	Darüber hinaus besteht für die im Bereich des Potentialgebietes auch schon zum Entwurf des RROP aus April 2011 thematisierten Arten kein erhöhtes Konfliktpotential in Zusammenhang mit der Planung von Windenergieanlagen.	Siehe P107/A.07 und P107/A.08.	Nicht zu berücksichtigen
P107a	P107/A.12	Z	Da aus unserer Sicht keine naturschutzfachlichen und sonstigen Gründe gegen eine Aufnahme der Fläche in den aktuellen Entwurf der „Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven - Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie - 2014“ sprechen, beantragen wir hiermit die Wiederaufnahme des Potentialgebietes als "Vorranggebiet für Windenergiegewinnung - Steinau"	Die Fläche Steinau stellt kein Potentialgebiet nach Kriterien des Landkreises Cuxhaven dar. Eine Aufnahme als Vorranggebiet ist somit nicht möglich. Beispielhaft zu benennen sind hierbei die Abstände zur Wohnbebauung und ein Gastvogellebensraum.	Nicht zu berücksichtigen
P107a	P107/A.13	Z	Sofern das Potentialgebiet Steinau keine Berücksichtigung als Vorranggebiet für die Windenergie findet, sehen wir die Anforderungen an eine rechtmäßige Planung und Abwägung nicht gegeben. Somit würde dieses RROP an einem grundlegenden Abwägungsmangel leiden (vgl. OVG Lüneburg 12 KN 244/12).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P107a	P107/A.14	Z	Wir gehen davon aus, dass die Planung korrigiert wird. Für Rückfragen stehen wir Ihnen jederzeit sehr gerne zur Verfügung. Bitte senden Sie uns eine Eingangsbestätigung unserer Stellungnahme.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.01	SO 31	zu 1. Allgemeine Kriterien Nach Aussage der Vertreter des Landkreises lagen keine neuen naturschutzfachlichen Erkenntnisse, Gutachten o. ä. vor, die zu einer neuen Bewertung der Gebiete, zur Überarbeitung des RROP und letztendlich zur Verkleinerung des Gebietes Osten-Isensee sowie zur Streichung des Gebietes Steinau führten. Auch auf erneute Nachfrage wurde seitens der Vertreter des Landkreises bestätigt, dass keine neuen Erkenntnisse als die auf der Internetseite des Landkreises zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden naturschutzfachlichen Informationen in die Überarbeitung mit eingeflossen seien.	Die Einwendung bezieht sich auf den freiwilligen Erörterungstermin im Rahmen der Aufstellung des RROP 2012 am 15.09.2011. Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.01	Z	zu 1. Allgemeine Kriterien Nach Aussage der Vertreter des Landkreises lagen keine neuen naturschutzfachlichen Erkenntnisse, Gutachten o. ä. vor, die zu einer neuen Bewertung der Gebiete, zur Überarbeitung des RROP und letztendlich zur Verkleinerung des Gebietes Osten-Isensee sowie zur Streichung des Gebietes Steinau führten. Auch auf erneute Nachfrage wurde seitens der Vertreter des Landkreises bestätigt, dass keine neuen Erkenntnisse als die auf der Internetseite des Landkreises zu diesem Zeitpunkt zur Verfügung stehenden naturschutzfachlichen Informationen in die Überarbeitung mit eingeflossen seien.	Die Einwendung bezieht sich auf den freiwilligen Erörterungstermin im Rahmen der Aufstellung des RROP 2012 am 15.09.2011. Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P107b	P107/B.0 2	SO 31	zu 2. Detailkarte 2 - Vorranggebiet Osten-Isensee: zu 2 b) Im Kartendienst zu Schutzgebieten und -objekten des LK Cuxhaven (online unter: http://www.cuxland-gis.landkreis-cuxhaven.de/gis/schutz-natur/viewer.htm) werden weder aktuell (Stand: 22.09.2011) noch im Zeitraum vor dem 15.09.2011 gesetzlich geschützte Biotope bzw. gesetzlich geschützte Landschaftsbestandteile dargestellt, die eine Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung im südöstlichen Bereich begründen würden (siehe Anhang 1 + 2). Ferner wurde im Rahmen der Biotopkartierung der wpd (Juni 2011), die das Vorranggebiet aus dem RROP-Entwurf (April 2011) mit einem Puffer von 500 m abdeckt, ein Großteil der Fläche, die im aktuellen Entwurf nicht mehr Bestandteil des Vorranggebietes Windenergienutzung ist, als Biotoptyp „Acker“ sowie „Intensivgrünland“ (DRACHENFELS, O. v., 2011) erfasst. Geschützte Biotope / Landschaftsbestandteile, die einer Eignung der Fläche als Windvorranggebiet entgegenstehen würden, konnte dagegen nicht ermittelt werden. Entgegen der zu Punkt 1 getroffenen Aussage seitens der Vertreter des Landkreises, wurde hier auf eine neue Datenlage verwiesen, die sich aus den Erkenntnissen der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes für den Landkreis Cuxhaven ergeben hat und letztendlich zur Verkleinerung des Vorranggebietes Windenergienutzung in diesem Bereich führte.	Die Ausprägung der Grünland-Biotoptypen hat sich in den letzten Jahren verschlechtert, so dass nunmehr die gesamte Potenzialfläche 008 im Entwurf 2015 als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt wird. Feucht- und Nassgrünland, feuchtes Extensivgrünland, halbruderale Gras- und Staudenfluren feuchter Standorte und Rohrglanzgras-Röhricht sind hier nicht mehr vorhanden.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.0 3	SO 31	Der erforderliche Umweltbericht hat die nach gegenwärtigem Wissensstand vorhandenen Angaben zu enthalten, § 5 Abs. 3 NROG. Daher kann und soll er auch im Laufe des Verfahrens durch neue Erkenntnisse ergänzt werden. Im Ergebnis muss er aber als wesentlicher Bestandteil des RROP auch die sich aus dem Gesetz ergebenden Angaben enthalten (vgl. Anlage 1 zum NROG). Hierzu gehören dann aber auch nachvollziehbare Angaben, woher die Erkenntnisse gewonnen wurden. Grundlage können aber nur zutreffende, aktuelle Angaben, also Angaben aus verlässlichen und entsprechend NLT (2011) und somit dem Standard durchgeführte Untersuchungsergebnisse sein. Wenn sich während des Verfahrens neue Erkenntnisse ergeben, müssen diese aber auch nachvollziehbar veröffentlicht werden, denn nur so kann auch die Öffentlichkeit ordnungsgemäß und effektiv informiert werden. Gerade wenn zwischen Auslegung und mündlichem Erörterungstermin neue Erkenntnisse aufgetaucht sind, die für die Entscheidung der Regionalplanung entscheidend sein können, so müssen diese auch veröffentlicht werden, so dass eine effektive Auseinandersetzung damit möglich ist. Andernfalls würde die Erörterung in gewisser Weise ins Leere laufen, wenn die von der Folge Betroffenen sich hiermit nicht auseinandersetzen können.	Kenntnisnahme. - Siehe P107/B.02.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.0 4	SO 31	Da im Rahmen des Erörterungstermins seitens der Vertreter des Landkreises keine genauen Angaben u. a. zur Kartierungsmethodik, -zeitpunkt sowie zur Begründung der flächenscharfen Abgrenzung der südöstlichen Tabufläche gemacht werden konnten, bitten wir um eine Stellungnahme hinsichtlich dieser nicht abschließend geklärten Punkte sowie um erneute Prüfung dieser Bereiche. wpd steht hier jederzeit für Rückfragen sowie eine Gebietsbegehung zur Verfügung.	Kenntnisnahme. - Siehe P107/B.02.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.0 5	SO 31	Zu beachten ist zudem zunächst auch, dass bei der Erstellung des RROP kein Such- und Erhebungsverfahren zur Erfassung jeglicher denkbarer Umweltauswirkungen gefordert ist, das weit über den vor der Einführung der Umweltprüfung notwendigen Rahmen bezüglich der Heranziehung von Informationen und Abwägungsmaterial hinausginge (vgl. Arbeitshilfe NROG). Zwar ist selbstverständlich, dass eine vollständige Umweltprüfung stattzufinden hat. Andererseits soll diese Prüfung aber auch dem Raster und Detaillierungsgrad der Ebene angemessen sein. So wie von der Regionalplanung nicht gefordert werden kann, dass sie jegliche Auswirkung untersucht, genauso wenig kann sie von sich aus zu weitgehende Untersuchungen anstellen und Ergebnisse in ihre Abwägung miteinfließen lassen, die erst auf einer späteren, sozusagen untergeordneten und weniger grobmaschigen Ebene, also im direkten Genehmigungsverfahren berücksichtigt bzw. erlangt werden müssten.	Kenntnisnahme. - Siehe P107/B.02.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.0 6	SO 31	Abschließend wurde am 15.09.2011 im Rahmen des Erörterungstermins und wird hiermit erneut seitens wpd der Antrag auf Wiederaufnahme des südöstlichen Bereiches, der im aktuellen Entwurf des RROP für den LK Cuxhaven nicht mehr Bestandteil des Vorranggebietes Windenergienutzung Osten-Isensee ist, zu Protokoll gegeben. Eine detaillierte Untersuchung der vor allem unter 2 b aufgeführten Gründe sollte im Zuge des Genehmigungsverfahrens erfolgen.	Kenntnisnahme. - Siehe P107/B.02.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P107b	P107/B.07	Z	zu 3. Detailkarte 5 - Vorranggebiet Steinau: Anmerkungen wpd zu 3 b+c) In den Karten zu den Vogelbrutgebieten mit nationaler Bedeutung und den Gastvogellebensräumen mit internationaler/nationaler Bedeutung (online unter: http://www.landkreis-cuxhaven.de/index.php?La=1&sNavID=1779.140&mNavD=1779.11&object=txl1779.870.1&kat=&quo=1&sub=0) werden im Bereich des ehemaligen Vorranggebietes Windenergienutzung (RROP-Entwurf April 2011) unter Berücksichtigung eines 500 m Puffers weder aktuell (Stand: 22.09.2011) noch im Zeitraum vor dem 15.09.2011 Gastvogellebensräume mit nationaler Bedeutung und / oder Vogelbrutgebiete mit landesweiter Bedeutung dargestellt, die eine Streichung des Vorranggebietes Windenergienutzung Steinau begründen würden (siehe Anhang 3 + 4).	Es geht hier doch um den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms - und nicht um den Entwurf 2010 bzw. den Entwurf 2011 des Regionalen Raumordnungsprogramms. - Im Entwurf 2014 zum Regionalen Raumordnungsprogramm und im Entwurf 2015 zum Regionalen Raumordnungsprogramm ist die vom Einwender benannte Fläche weit überwiegend in weichen Tabuzonen gelegen. - Bei den weichen Tabuzonen spielen der 1.000 m-Puffer zu Ortslagen (v.a. zur Ortslage Steinau) und der Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung die entscheidende Rolle; beim Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung ist die maßgebliche Art der Zwergschwan.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.08	Z	Entgegen der zu Punkt 1 getroffenen Aussage seitens der Vertreter des Landkreises, wurde hier auf eine neue Datenlage verwiesen, die sich aus den Erkenntnissen der Fortschreibung des Landschaftsrahmenplanes für den Landkreis Cuxhaven ergeben hat und letztendlich zur Streichung des Vorranggebietes Windenergienutzung führte. Im Rahmen des Erörterungstermins konnten seitens der Vertreter des Landkreises keine Aussagen getroffen werden, ob die Erfassungen der Avifauna gemäß den erforderlichen Vorgaben (NLT, 2011) durchgeführt wurden. Ferner ist unklar, warum die Fläche erst in der aktuellen Beschlussvorlage (September 2011) und nicht bereits im RROP Entwurf (April 2011) aufgrund neuer Erkenntnisse zu Gastvogellebensräumen mit nationaler Bedeutung gestrichen wurde. Da die Erhebungen zur Gastvogelerfassung gemäß NLT (2011) wöchentlich von Juli bis April durchgeführt werden müssen, hätte zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des RROP-Entwurfs im April 2011 bereits eine nationale Bedeutung abgeleitet werden können und das Vorranggebiet Windenergienutzung gestrichen werden müssen. Wir bitten um Stellungnahme hinsichtlich dieser nicht abschließend geklärten Punkte, bitten um Einsicht! Zustellung des Abschlussberichtes zur Gast-/ Brutvogelerfassung, aufgrund derer das Vorranggebiet Windenergienutzung Steinau gestrichen wurde sowie um erneute Prüfung der Unterlagen. wpd steht hier jederzeit für Rückfragen sowie eine Gebietsbegehung zur Verfügung.	Siehe P107/B.07.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.09	Z	Ferner sei an dieser Stelle erneut angemerkt, dass im Rahmen der von wpd beauftragten Gastvogeluntersuchungen der Zwergschwan, welcher bei der „Auswertung! Anmerkung“ zu „Einwendungen privater“ (online unter: http://www.landkreis-cuxhaven.de/media!custom!17791446_1.PDF?1315809543) als ausschlaggebender Grund für die Streichung des Vorranggebietes Windenergienutzung Steinau angeführt wird, im gesamten Untersuchungsgebiet (2 km um Vorranggebietsgrenzen) nicht nachgewiesen wurde. Die Untersuchungen wurden/ werden nach den Anforderungen gemäß NLT durchgeführt.	Siehe P107/B.07.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.10	Z	Um Einwendungen zu berücksichtigen, müssen diese auch entsprechend fundiert dargelegt und nachgewiesen werden. Insofern ist die Regionalplanung gehalten, die im Rahmen des Verfahrens vorgebrachten Einwendungen zu prüfen und auch zu hinterfragen, bevor diese entsprechende weitreichende Folgen haben können.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.11	Z	zu c) Es ist richtig, dass zum Zeitpunkt der Stellungnahme von der für die Flurneuordnung zuständigen Behörde eine Gesamtfläche von 3 ha als Kompensationsfläche u.a. für Maßnahmen im Rahmen der Flurneuordnung in dem Vorranggebiet Windenergienutzung Steinau bzw. in unmittelbarer Nähe vorgesehen war. Diese Einschätzung der Flurbereinigungsbehörde ist aktuell nicht mehr gegeben. Die 3 ha teilten sich auf in eine Fläche von 2 ha, die aufgrund einer „Verlagerung“ einer anderen, für eine andere Maßnahme bereits durchgeführten Kompensationsmaßnahme in dieses Gebiet verlegt werden sollte. Von der „Verlagerung“ der Kompensationsfläche wird nun — nach unserem Kenntnisstand — seitens Flurneuordnungsbehörde Abstand genommen. Es gab weiterhin die Absicht von Seiten der Flurneuordnungsbehörde eine Fläche von 1 ha als Kompensationsfläche im Rahmen der Flurbereinigung in das Vorranggebiet Windenergienutzung Steinau bzw. in unmittelbare Nähe anzulegen. Hier gibt es zum jetzigen Zeitpunkt und — nach unserem Kenntnisstand — von Seiten der Flurneuordnungsbehörde die Bestrebung andere Standorte, die sich nicht im Vorranggebiet Windenergienutzung Steinau bzw. in unmittelbarer Nähe liegen, als Kompensationsfläche und -maßnahme der Flurneuordnung zu benennen.	Siehe P107/B.07.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.12	Z	Wenn im Laufe des Verfahrens aktuelle Entwicklungen bzw. neue Erkenntnisse berücksichtigt werden, dann müssen aber auch neue Entwicklungen in sämtliche Richtungen, also auch die für die Ausweisung des Gebietes sprechen, berücksichtigt werden und in die Abwägung mit einbezogen werden.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P107b	P107/B.1 3	Z	In Bezug auf beide Punkte - C 2. und C 3. - ist zu beachten, dass die Prüfung, die die Regionalplanung durchführt nur im erforderlichen Rahmen erfolgen muss und hierbei dem Detaillierungsgrad der Planung angemessen sein soll. Zudem sollte hier beachtet werden, dass hier (scheinbare) Ergebnisse von Gutachten, deren Durchführung nicht den Anforderungen des NLT (2011) entsprechen, verwendet und berücksichtigt werden. Andererseits stehen diesen Erkenntnissen, zwar ältere, aber den Anforderungen entsprechende Gutachten sowie noch nicht fertiggestellte, ebenfalls den Anforderungen entsprechende Gutachten entgegen, die die geltend gemachten Bedenken nicht stützen können. Aus diesem Grund sollte bedacht werden, ob es hier nicht zutreffender und verhältnismäßig wäre, wenn die endgültige Entscheidung, über die Zulässigkeit von WEA auf diesen Flächen erst im Genehmigungsverfahren getroffen werden würde.	Mit der Erstellung des Entwurfs des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen. - Die artenschutzrechtlichen Verbote der §§ 44 ff. BNatSchG gelten in der Regionalplanung nicht unmittelbar. Eine Festlegung bei diesen Planungen, die wegen entgegenstehender artenschutzrechtlicher Verbote nicht vollzugsfähig ist, wäre jedoch unwirksam. Insofern ist bereits auf der Planungsebene des Regionalen Raumordnungsprogramms die Beachtung der artenschutzrechtlichen Voraussetzungen erforderlich. - Siehe P107/B.07.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.1 4	Z	Unabhängig von den vorgebrachten Bedenken in Bezug auf den Gastvogelraum ist es aber so, dass eine Berücksichtigung der Umwelterwägungen, wie sie sich nach der abschließenden Bewertung des Umwelterichts darstellen, nicht bedeutet, dass bei der Annahme des RROP stets die Planungsalternative mit den geringsten Umweltauswirkungen zu wählen ist. Dies wird auch ausdrücklich in der vom Ministerium für Ernährung Landwirtschaft, Verbraucherschutz und Landesentwicklung herausgegebene Arbeitshilfe festgestellt. Weiter heißt es, dass den Umwelterwägungen im Abwägungsprozess materiell kein anderes Gewicht zukommt als es vor Einführung der Umweltprüfung der Fall war. Vielmehr sind alle maßgeblichen Belange und widerstreitenden Interessen gegeneinander und untereinander pflichtgemäß abzuwägen.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P107b	P107/B.1 5	Z	Abschließend wurde am 15.09.2011 im Rahmen des Erörterungstermins und wird hiermit erneut seitens wpd der Antrag auf Wiederaufnahme des Vorranggebietes Windenergienutzung Steinau in den RROP Cuxhaven zu Protokoll gegeben. Da die von wpd beauftragten faunistischen Gutachten aktuell noch erstellt werden, sollte eine detaillierte Untersuchung der unter 3 b+c aufgeführten Gründe erst im Zuge des Genehmigungsverfahrens erfolgen.	Siehe P107/B.13 und P107/B.07.	Nicht zu berücksichtigen
P107b	P107/B.1 6	A	D) Ergebnis Sollten unsere bereits im Erörterungstermin und nun erneut in dieser Stellungnahme angesprochenen Punkte im weiteren Verfahren nicht berücksichtigt werden und damit auch nicht entsprechend in die Abwägung mit einbezogen werden, werden wir im Nachgang unverzüglich die Einleitung eines Normenkontrollantrags prüfen und auch anstrengen.	Der Landkreis Cuxhaven hat ein einheitliches Planungskonzept mit harten und weichen Tabuzonen entwickelt, welches sicherstellt, dass alle öffentlichen und privaten Belange in die Planung einfließen. Sollte die Ausweisung der Vorranggebiete dennoch nicht akzeptiert werden, steht natürlich immer der Klageweg offen.	Kenntnisnahme
P108	P108.01	SO 27	Der textlichen Begründung des RROP Landkreis Cuxhaven auf Seite 22 f. lässt sich entnehmen, dass das ehemalige Vorranggebiet Nr. 27 (Nordholz/Cappel-Neufeld) nicht mehr die Anforderungen der aktuellen Ausschlusskriterien erfüllt und deshalb im Zuge der Teilfortschreibung nicht mehr als Vorranggebiet übernommen werden könne. Der Flächennutzungsplan der Gemeinde Nordholz, dessen 2. Änderung am 07.04.2013 durch den Landkreis genehmigt wurde, enthält allerdings das Sondergebiet Windenergie Nordholz-Cappel nach wie vor.	Das Vorranggebiet entspricht nicht den aktuellen Kriterien des Landkreises Cuxhaven. Da diese Fläche jedoch, wie richtig dargestellt wurde, im Flächennutzungsplan dargestellt ist, wurde der Windpark als Ziel-Ausnahme-Regelung übernommen, um eine Entwicklung dieser Fläche auf in Zukunft zu ermöglichen.	Kenntnisnahme
P108	P108.02	SO 27	Für dieses Gebiet soll regionalplanerisch nunmehr die Regel gelten, dass bei einem Repowering die Anlagenhöhe auf jene der Bestandsanlagen beschränkt ist, da die Gemeinde Nordholz in ihrer Bauleitplanung keine maximale Höhenbeschränkung vorgesehen hat. Dies vorangestellt, beantrage ich im Namen meiner Mandantin, im Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, auf dem Gebiet Nordholz/Cappel Neufeld (Detailkarten-Nr. 27) ein Vorranggebiet Windenergie Nordholz/Cappel-Neufeld entsprechend der als Anlage beigefügten und farblich markierten Fläche festzusetzen, die der Festlegung im Flächennutzungsplan der Gemeinde entspricht.	Eine Ausweisung als Vorranggebiet ist nicht möglich, da diese Fläche nicht den Kriterien des Landkreises entspricht. Durch die geänderte Regelung in Bezug auf das Repowering im RROP Entwurf 2015 wird dennoch eine eingeschränkte Weiterentwicklung des Windparks möglich sein.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.03	B 10	Darüber hinaus beantrage ich, in der Teilfortschreibung des RROP für den Landkreis Cuxhaven 2014 im Abschnitt 4.2.2 Windenergie Ziff. 10 S. 3 wie folgt zu fassen: „Die Höhe der Windenergieanlagen ist an diesen Standorten auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe beschränkt; sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist, erfolgt die Höhenfestlegung im Baugenehmigungsverfahren anhand einer raumordnerischen Beurteilung.“	Das Thema Repowering wird im nächsten Entwurf berücksichtigt und die Regelung hierzu angepasst.	Zu berücksichtigen
P108	P108.04	A	Der vorliegende Entwurf der Teilfortschreibung des RROP Landkreis Cuxhaven 2014 wird den Anforderungen an eine sachgerechte Abwägung gem. § 7 Abs. 2 RROG im Fall der hier vorgesehenen Festsetzung von Konzentrationszonen mit Ausschlusswirkung gem. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB bisher nicht gerecht.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.05	A	Regionalpläne bzw. deren sachliche Teilpläne sind, soweit wie im vorliegenden Fall in ihnen Ziele der Raumordnung enthalten sind, in materiell rechtlicher Hinsicht als Rechtsvorschriften zu qualifizieren. Sie enthalten generelle Regelungen in Gestalt von planerischen Vorgaben, die wegen der damit verbundenen Beachtens- und Anpassungspflicht die öffentlichen Planungsträger binden und sich im Einzelfall über Raumordnungsklauseln, wie sie in § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB enthalten sind, auch auf das Verhältnis zwischen Bürger und öffentlicher Hand auswirken (vgl. BVerwG, U. v. 25.11.1993, NVwZ 1994, 1213).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.06	A	Die sachliche Teilfortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms Landkreis Cuxhaven in seinem Teil „Windenergienutzung“ ist in Bezug auf die formulierten Ziele zur Windenergienutzung in Form der Ausweisung von Vorranggebieten als Rechtsvorschrift im Range unter dem Landesgesetz im Sinne von § 47 Abs. 1 Nr. 2 VwGO einzustufen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.07	A	Gem. § 7 Abs. 2 RROG sind bei der Aufstellung der Raumordnungspläne die öffentlichen und privaten Belange, soweit sie auf der jeweiligen Planungsebene erkennbar und von Bedeutung sind, gegeneinander und untereinander abzuwägen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.08	E 01	Soll eine planerische Entscheidung die Wirkungen des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB auslösen - hiernach stehen öffentliche Belange einem Vorhaben zur Nutzung der Windenergie in der Regel entgegen, soweit hierfür eine Ausweisung an anderer Stelle erfolgt ist - so hat das Bundesverwaltungsgericht ein detailliertes und in seinen einzelnen Prüfungsschritten zwingendes Verfahren zur Flächenermittlung und Planaufstellung vorgegeben (vgl. BVerwG, U. v. 13.12.2012—4 CN 1/11; vgl. auch schon BVerwG, U. v. 17.12.2002—4 C 15101; BVerwG, 6. v. 15.09.2009 - 4 BN 25/09). Dieses Prüfprogramm wird von den Oberverwaltungsgerichten — insbesondere auch vom OVG Niedersachsen — auch hinsichtlich der Aufstellung von Regionalen Raumordnungsprogrammen und deren Teilplänen angewandt (vgl. hierzu OVG Niedersachsen, U v 28.08.2013 — 12 KN 22/10 U v 28.08.2013 — 12 KN 146/12, NuR 2013, 812f.; OVG Rheinland-Pfalz, U. v. 16.05.2013—1 C 11003/12; OVG Nordrhein-Westfalen, U. v. 01.07.2013 —2 D 46/12.NE; OVG Weimar, U. v. 26.03.2014—1 N 676/12).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.09	E 01	Nach dieser Rechtsprechung verlangt das Abwägungsgebot im Fall der Festsetzung von Vorranggebieten mit Ausschlusscharakter gem. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB die Entwicklung eines schlüssigen gesamtplanerischen Konzepts, das sich auf die gesamte Planregion erstreckt; hierbei muss die planerische Entscheidung nicht nur Auskunft darüber geben, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen wird, sondern auch deutlich machen, welche Gründe es rechtfertigen, den übrigen Planungsraum von Windenergieanlagen freizuhalten (vgl. BVerwG, U. v. 13.12.2012—4 CN 1/11 — zitiert nach juhs, Rn. 9). Denn die mit der Festlegung von Konzentrationszonen verbundene Kontingentierung der Anlagenstandorte berührt die verfassungsrechtliche Eigentumsgarantie (Geßner in: Brandt, Jahrbuch Windenergie recht 2013, 5. 16). Bei der Kontingentierung handelt es sich um eine Inhalts- und Schrankenbestimmung des Eigentums (Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG (Geßner a.a.O.)), weshalb insbesondere auch der Gleichheits- und Verhältnismäßigkeitsgrundsatz zu beachten sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.10	E 01	Die sorgfältig zu dokumentierende Ausarbeitung dieses schlüssigen planerischen Gesamtkonzeptes erfolgt nach der Rechtsprechung nun abschnittsweise (vgl. zum Folgenden: BVerwG, U. v. 13.12.2012—4 CN 1/11): In einem ersten Arbeitsschritt sind diejenigen Bereiche als „Tabuzonen“ zu ermitteln, die für die Nutzung der Windenergie nicht zur Verfügung stehen. Hierbei sind zunächst die „harten Tabuzonen“ auszusondern. Der Begriff der harten Tabuzonen dient der Kennzeichnung von Gebietsteilen, die für eine Windenergienutzung, aus welchen Gründen auch immer, schlechterdings nicht in Betracht kommen, also aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen schlechthin ungeeignet sind. Mit dem Begriff der weichen Tabuzonen sollen dagegen die Bereiche des Gebiets erfasst werden, in denen nach dem Willen der Gemeinde aus unterschiedlichen Gründen die Errichtung von Windenergieanlagen von vornherein ausgeschlossen werden soll. Der Plangeber hat daher seine Entscheidung für weiche Tabuzonen zu rechtfertigen; dafür muss er zunächst aufzeigen, wie er die eigenen Ausschlussgründe bewertet — also kenntlich machen, dass er hier einen Bewertungsspielraum hat und die Gründe für seine Wertung offen legen (Geßner, a.a.O., S. 19). Der Plangeber schließt diese Flächen also aufgrund eigenen Wollens durch selbst gesetzte, abstrakte und für den gesamten Planungsraum einheitlich anzuwendende Kriterien aus.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.11	E 01	Nach dem Abzug der harten und weichen Tabuzonen von der Gesamtplanungsfläche verbleibt jener Raum, der für die Nutzung der Windenergie in Betracht kommen könnte, aber mit anderen Nutzungsinteressen konkurriert (die sogenannten Potentialflächen). Diese Potentialflächen sind nun in einem nächsten Schritt in Beziehung zu konkurrierenden Nutzungsansprüchen zu setzen und diese konkurrierenden Ansprüche sind dann miteinander und gegeneinander abzuwägen. Sind auch jene Flächen von den Potenzialflächen abgezogen, auf denen sich konkurrierende Nutzung nach der Abwägung durchsetzt, so verbleiben am Ende die Konzentrationszonen. Schließlich ist in einem letzten Schritt das durch das Vorstehende Vorgehen erreichte Ergebnis daraufhin zu überprüfen, ob mit dieser Planung der Windenergie substantiell Raum gegeben wird, ob also das Anliegen erreicht wird, der Windenergienutzung an geeigneten Standorten eine reelle Chance zu geben, die ihrer Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB gerecht wird (vgl. BVerwG, U. v. 17.12.2002 — 4 C 15/01; BVerwG, U. v. 13.03.2003 — 4 C 4/02; BVerwG, U. v. 13.12.2012 — 4 CN 1/11 — zitiert nach juris, Rn. 12).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.12	E 01	Wann der Windenergie substantiell Raum verschafft wird im Sinne der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts, ist bisher nicht eindeutig beantwortet. In seinem Urteil vom 13.12.2012 (4 CN 1/11 — zitiert nach juris, Rn. 18 f.) führt der entscheidende Senat aus, dass die Frage nach der substantiellen Raumverschaffung nicht ausschließlich nach dem Verhältnis zwischen der Größe der im Plan dargestellten Konzentrationsfläche und der Größe derjenigen Potentialflächen beantworten werden könne, die sich nach Abzug der harten Tabuzonen von der Gesamtheit der Flächen ergebe. Das Bundesverwaltungsgericht geht davon aus, dass dem Verhältnis der Flächen zueinander lediglich Indizwirkung beigemessen werden kann und führt wörtlich aus: „Je geringer der Anteil der ausgewiesenen Konzentrationsflächen ist, desto gewichtiger müssen die gegen eine weitere Ausweisung von Vorranggebietsprechenden Gesichtspunkte sein, damit es sich nicht um eine unzulässige „Feigenblauplanung“ handelt“.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.13	E 01	Bei der Beurteilung im Einzelfall, ob der Windenergie im Planungsgebiet substantiell Raum verschafft wird, wenden die Gerichte unterschiedliche Maßstäbe an: So hat der dritte Senat des Hessischen Verwaltungsgerichtshofs den Vergleich zwischen der Größe der Konzentrationsflächen und der Größe der Gesamtfläche des Planungsgebiets indizielle Bedeutung beigemessen. Wörtlich führt der Hessische VGH aus (U. v. 25.03.2009 3 C 594/08.N — zitiert nach juris, Rn. 77): „Anlässlich des nur geringen Prozentsatzes der Flächenausweisung für eine Konzentrationsfläche für die Ansiedlung von Windenergieanlagen (lediglich 1,38%), obgleich sich das Gemeindegebiet der Antragsgegnerin nach Ihre eigenen Untersuchungen für die Ansiedlung derartiger Anlagen an mehreren Stellen grundsätzlich eignet, wäre sie verpflichtet gewesen, die von ihr in der Standortuntersuchung Windenergieanlagen aufgestellten Abstandswerte erneut zu überprüfen und diese einer erneuten und differenzierten Bewertung zu unterziehen.“	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.14	E 01	Der VGH Baden-Württemberg und das VG Hannover haben dagegen das Verhältnis der Größe der ausgewiesenen Konzentrationsflächen zu der Größe der Potentialflächen, die sich nach Abzug der harten Tabuzonen ergeben, als besonders aussagekräftiges Kriterium angesehen (VGH Baden-Württemberg, U. v. 09.10.2012 — 8 S 1370/11; VG Hannover, U. v. 24.11.2011 — 4 A 4927/09 — zitiert nach juris, Rn. 66). Das VG Hannover (a.a.O., Rn. 67) geht davon aus, dass schon ein Flächenanteil der Konzentrationsflächen von "weniger als 4%" an den Potentialflächen nach Abzug der harten Tabuzonen als "sehr niedrig" einzustufen ist. Es ging davon aus, dass bei einer Gewährung eines Flächenanteils in diesem Verhältnis von etwa 4% der Windenergie nicht substantiell Raum verschafft werde, der ihrer Privilegierung nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB gerecht werde. In der Literatur (Gatz, Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, 1. Aufl., Rn. 98 f.) wird die Auffassung vertreten, dass der Windenergie erst dann substantiell Raum gegeben werde, wenn die Konzentrationszonen zumindest 1/5 (also 20%) der Potentialflächen nach Abzug der harten Tabuzonen ausmachen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.15	E 01	Stellt die Planungsbehörde nach Durchführung der ersten Planungsschritte fest, dass der Windenergie nicht substantiell Raum gegeben wird, muss der Abwägungsvorgang noch einmal überprüft und im Zweifel wiederholt werden, d.h. die Potentialflächen und/oder die weichen Tabuflächen müssen erneut abgewogen und daraufhin in den Blick genommen werden, ob eine Veränderung dahingehend erfolgen kann, dass der Windenergie nunmehr durch Erweiterung der Konzentrationsflächen substantiell Raum gegeben wird (BVerwG, B. v. 15.09.2009 — 4 BN 25/09; Tyczewski, BauR 2014, 934, 936).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.16	E 01	Die gesetzlichen Anforderungen an den konkreten Abwägungsvorgang hat die Rechtsprechung wie folgt definiert (vgl. OVG Berlin-Brandenburg, U. v. 21.09.2007 — 10 A 9/05 — zitiert nach juris — Nr. 42): „Danach ist das Abwägungsgebot (erst) dann verletzt, wenn eine Abwägung überhaupt nicht stattfindet, wenn in die Abwägung an Belange nicht eingestellt wird, was nach Lage der Dinge in sie eingestellt werden muss, wenn die Bedeutung der betroffenen Belange verkannt wird oder wenn der Ausgleich zwischen den durch die Planung berührten Belangen in einer Weise vorgenommen wird, der zur Gewichtigkeit einzelner Belange außer Verhältnis steht.“	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.17	E 01	Gemessen an diesen rechtlichen Voraussetzungen stellt sich das Vorgehen des Landkreises mit Blick auf den konkreten Abwägungsvorgang samt Abwägungsergebnis derzeit als rechtlich fehlerhaft dar. Dies führt schließlich auch dazu, dass der Windenergie im Ergebnis nicht substantiell Raum gegeben wird und damit ihre Privilegierung gem. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB bei der Festsetzung der Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung gern. § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB verkannt wurde.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.18	E 01	Zunächst lässt sich die Begründung zu Nr. 4.2:2 Windenergie Ziffer 01, Satz 1 (Seite 6 der Begründung) befürchten, dass die planaufstellende Behörde die oben dargestellten Anforderungen an den Planungsprozess hinsichtlich des schrittweisen Vorgehens verkannt hat. Wörtlich heißt es insoweit in der Begründung auf Seite 6: "So ist es zwingend erforderlich," Soweit die planaufstellende Behörde versucht, mit dieser Schilderung in der Begründung zur Teilfortschreibung des RROP das Erfüllen der Anforderungen der neuesten Rechtsprechung zu dokumentieren, schlägt dieser Versuch fehl: Zunächst lässt die Schilderung in der Begründung befürchten, dass die planaufstellende Behörde eine Vermischung der verschiedenen — und nach der Rechtsprechung sauber zu trennenden — Arbeitsschritte vorgenommen hat. Insbesondere gibt die planaufstellende Behörde nicht zu erkennen — und hat es dementsprechend auch nicht dokumentiert —, dass der Abwägungsvorgang insbesondere in der Frage besteht, welche Potentialflächen in Abwägung mit entgegenstehenden und widerstreitenden Nutzungsmöglichkeiten tatsächlich als Vorhabengebiet der Windenergie ausgewiesen werden sollen. Die Behörde führt hier wörtlich aus, dass die nach den Schritten eins und zwei "verbleibenden Restflächen" (Potentialflächen) in Vorranggebiete Windenergienutzung "umgesetzt" werden. Dies lässt befürchten, dass die planaufstellende Behörde davon ausging, ihre Hauptabwägungsleistung finde in der Bestimmung der weichen Tabuzonen statt und die nach Abzug der weichen Tabuzonen verbleibenden Potentialflächen müssten dann nur noch in Vorranggebiete "umgesetzt" werden.	Durch den Abzug der harten (1. Schritt) und weichen Tabuzonen (2. Schritt) hat der Landkreis Cuxhaven lediglich Potentialflächen ermittelt. Im dritten Arbeitsschritt (siehe Seite 11f. der Erläuterung) wurde eine Abwägung dieser Potentialflächen vorgenommen. Wie auf Seite 16-18 ausgeführt wird, hat eine Abwägung der verschiedenen Belange (Mindestgröße, entgegenstehende öffentliche Belange, Abstände zu anderen Windparks etc.) stattgefunden. Erst nach Durchführung dieser Abwägung wurden die Vorranggebiete festgelegt und es wurde geprüft, ob der Windenergie substantiell Raum geschaffen wird. Im RROP Entwurf 2015 wird dieser Sachverhalt jedoch deutlicher herausgestellt. Zudem wird für jede einzelne bauleitplanerische gesicherte Fläche eine Abwägung durchgeführt. Der Missverständliche Satz auf S. 6 der Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 angepasst.	Zu berücksichtigen
P108	P108.19	E 01	Dies ist allerdings so nicht richtig: die Behörde hat faktisch zweifach abzuwägen. Zunächst hat sie die weichen Tabuzonen auszusondern, also jene Flächen, auf denen nach Auffassung der planaufstellenden Behörde von vornherein Windenergienutzung nicht stattfinden soll. Die daraufhin verbleibenden Potentialflächen sind erneut zu anderen möglichen Nutzungen in Beziehung zu setzen und in einer eigenen Abwägungsentscheidung für jede Fläche hat die Behörde dann festzulegen, welche Potentialflächen tatsächlich zu Vorrangflächen Windenergie gemacht werden sollen. Als gegen das Interesse an einer Windenergienutzung abzuwägende andere Belange zählen dabei etwa: Ausweisung einer Potentialfläche als Wasserschutzgebiet Zone III, die Freihaltung als Sicherheitsbereich für Erholung oder oberflächennahen Rohstoffabbau, Schutzbedürftige Bereiche Bodenerhaltung (Gatz Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, 2013, Rn. 684). Der Unterschied der beiden Abwägungsschritte besteht darin, dass der Plangeber im Rahmen der Ausscheidung der weichen Tabuzonen einheitliche, abstrakte und für den gesamten Planungsraum geltende Kriterien anzuwenden hat, nach denen eine Ausweisung als Vorranggebiet ausscheiden soll.	Siehe 108.18	Zu berücksichtigen
P108	P108.20		In der Potentialflächenabwägung sind dann die einzelnen Potentialflächen mit ihren örtlichen Besonderheiten in den Blick zu nehmen und es ist flächenspezifisch im Einzelfall abzuwägen. Hat dementsprechend der Plangeber bei Arbeitsschritt 2 bewusst darauf verzichtet, ein bestimmtes Kriterium von vornherein pauschal für den Planungsraum als weiches Tabukriterium zugrunde zu legen, vergrößert dies den Abwägungsaufwand auf Stufe 3 (vgl.: Nds. Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Arbeitshilfe Regionalplanung und Windenergie, 2013, S.5).	Siehe 108.18	Zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.21	E 01	Dass sich die planaufstellende Behörde der Bedeutung des Aufeinanderfolgens und der klaren Abgrenzung der einzelnen Arbeitsschritte nicht bewusst war und dies faktisch vermengt hat, ergibt sich auch aus der weiteren Planbegründung, in der die einzelnen Arbeitsschritte detailliert dargestellt werden: So zieht die Behörde aus den insgesamt von ihr nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen ermittelten 346 Potentialflächen (vgl. Seite 11 Begründung) zunächst jene Flächen ab, die kleiner sind als 7.850 qm, da diese Grundfläche nach Berechnung der planaufstellenden Behörde von einer Windenergieanlage mit 50m Rotorlänge mindestens benötigt werde. Bei dieser — von der Behörde unterstellten — Flächengröße handelt es sich allerdings — wie sich aus der Begründung der Behörde selbst ergibt — faktisch entweder um eine harte Tabuzone, wenn man da von ausgeht, dass eine Errichtung von Windenergieanlagen auf kleineren Flächen aus tatsächlichen Gründen unmöglich ist, oder um eine weiche Tabuzone, wenn die Behörde aus nachvollziehbaren Erwägungen auf einer kleineren Fläche die Errichtung einer Windenergieanlage — für den gesamten Planungsraum einheitlich und abstrakt — ausschließen will.	Tabuzonen sind diejenigen Bereiche, die entweder aus rechtlichen oder tatsächlichen Gründen ausgeschlossen sind bzw. Flächen die nach den planerischen Vorgaben des Landkreises von einer Windkraftnutzung freigehalten werden sollen (siehe BVerwG 4 CN 1.11). Die vom Landkreis Cuxhaven festgelegte Mindestgröße von 19 ha stellt aber keine Fläche an sich dar; kann also gar nicht nach der Definition des BVerwG als Tabuzone gelten. Dieses Kriterium kann erst in die Abwägung einfließen, wenn nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen die Potentialflächen feststehen. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Konzept, dass Freiräume erhalten werden und große Standorte gebündelt werden. Die Größe von 19 ha ergibt sich aus einer Berechnung des Landkreises, die in der Begründung des RROP Entwurfs 2014 dargestellt wird. Kleinere Flächen würden dieses Konzept unterlaufen, da sonst eine Bündelung nicht möglich wäre.	Kenntnisnahme
P108	P108.22	E 01	Jedenfalls ist das Größenkriterium ein Tabukriterium und seine Verankerung auf Arbeitsstufe 3 im Rahmen der Potentialflächenanalyse verfehlt; dementsprechend erfolgt auch keine flächenspezifische Analyse, sondern die deshalb auszuscheidenden Flächen werden — ohne weitere Begründung — numerisch aufgezählt.	Siehe P108.21	Kenntnisnahme
P108	P108.23	E 01	Selbst wenn man davon ausginge, dass die Verortung der entsprechenden Flächen im Rahmen der Potenzialflächen zulässig wäre, wird mangels flächenbezogener Begründung nicht hinreichend deutlich, dass die Behörde abgewogen hat, welche Gründe sie in die Abwägung auf beiden Seiten eingestellt hat und aus welchen Gründen die Interessen an einer anderweitigen Nutzung jenen an der Ausweisung eines Vorranggebietes vorgehen.	Im RROP Entwurf 2015 wird die Abwägung im dritten Arbeitsschritt - inklusive der Ausscheidung zu kleiner Flächen - deutlicher und ausführlicher dargestellt.	Zu berücksichtigen
P108	P108.24	E 01	Noch deutlicher wird dieses Ergebnis mit Blick auf die Festlegung durch die planende Behörde, dass eine - in ihrem Diktum - „Potentialfläche“ dann wegfallen soll, wenn sie nicht eine Fläche von 19 ha und größer aufweist. Zu den Beweggründen für eine diesbezügliche Planung führt die planaufstellende Behörde aus: (Begründung, Seite 15)	Siehe P108.21	Kenntnisnahme
P108	P108.25	E 01	All diese Erwägungen mögen im Einzelfall zutreffen oder auch nicht, sie sind jedoch an dieser Stelle nicht richtig verortet: Die Abwägungen, welche die planaufstellende Behörde hier zur Mindestgröße eines Vorranggebietes vornimmt, führen dazu, dass die Mindestgröße als sogenanntes weiches Tabukriterium zu behandeln ist. Denn die Behörde hat hier aus planerischen Gesichtspunkten dargelegt, warum abstrakt und im gesamten Planungsraum auf kleineren Flächen keine Windenergieanlagen errichtet werden sollen und hat hierzu auf den aus ihrer Sicht notwendigen Mindestabstand sowie auf das planerische Konzept hingewiesen, im Landkreis Cuxhaven nur Windparks mit einer Mindestgröße von drei Anlagen zu zulassen. Damit hat die Behörde klargestellt, warum nach ihrem planerischen Konzept kleinere Flächen nicht als Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen. Allerdings findet eine flächenspezifische Abwägung — wie sie die Abwägung der Potentialflächen eigentlich erfordert — hier nicht statt. Dies wäre auch wenig sinnvoll, da Flächen entweder größer oder kleiner als 19 ha sein können. Für eine Abwägung im Einzelfall ist kein Raum, was verdeutlicht, dass es sich hier um eine abstrakte Festlegung handelt, die eigentlich im Rahmen der weichen Tabuzonen zu treffen ist Die Begründung (S. 16) beschränkt sich insoweit auch auf eine numerische Aufzählung der entfallenden Flächen, ohne dies für jede Fläche einzeln zu begründen.	Siehe 108.18	Zu berücksichtigen
P108	P108.26	E 01	Schließlich ist es auch nicht etwa egal, ob Flächen als "weiche Tabuzonen" ausgeschieden werden, oder ob sie im Rahmen der Abwägung bei den Potentialflächen in Konkurrenz mit anderen Nutzungsarten ausscheiden. Dies ergibt sich zunächst daraus, dass der Abwägungsprozess auf beiden Stufen ein jeweils unterschiedlicher ist: Auf Stufe 2 (weiche Tabuzonen) wird entschieden und abgewogen, ob eine Fläche als Potentialfläche zur Verfügung stehen soll. Im Rahmen der Potentialflächenanalyse erfolgt dann die Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsansprüchen hinsichtlich der einzelnen Potentialflächen. Diese Abwägungsprozesse haben eine unterschiedliche Zielrichtung und sind deshalb entsprechend der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts und deren Unterteilung in bestimmte Arbeitsschritte auch strikt zu trennen.	Siehe 108.18	Zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.27	E 01	Darüber hinaus wirkt sich die falsche Einordnung zwischen weichen Tabuzonen und der Potentialflächenanalyse auch mit Blick, darauf aus, ob der Windenergie substantiell Raum gegeben wurde: Setzte man hierfür die bestehenden Potentialflächen mit jenen Flächen in Relation, die letztlich als Vorranggebiete ausgewiesen werden, so hängt der Prozentsatz in erheblicher Art und Weise davon ab, welche Flächen als Potenzialflächen zur Verfügung stehen und welche Flächen schon vorher ausscheiden. Mit einer Erhöhung oder Verringerung der Potentialflächenzahl wird damit auch das endgültige Ergebnis bei der Frage beeinflusst, ob der Windenergie substantiell Raum gegeben wurde. Dieses Konzept hat die planaufstellende Behörde bisher allerdings, wie schon gezeigt, verfehlt.	Siehe 108.18	Zu berücksichtigen
P108	P108.28	E 01	In der Dokumentation des planerischen Vorgehens entlang der Vorgaben des Bundesverwaltungsgerichts hinsichtlich der Einhaltung von Planungsschriften (vgl. Begründung des RROP, Seite 6) wird noch ein weiteres Missverständnis der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts durch die planaufstellende Behörde offenbar, das erneut zeigt, dass die Behörde bisher nicht ausreichend zwischen der Frage unterschieden hat, ob ein Gebiet als weiche Tabuzone von vornherein auszuschneiden ist, oder ob dieses im Rahmen der Potentialflächenanalyse in die Abwägung mit konkurrierenden Nutzungsmöglichkeiten einzustellen ist. Wörtlich führt die planaufstellende Behörde in ihrer Begründung aus (Seite 6):	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.29	E 01	Dies ist so nicht richtig: Kommt die planaufstellende Behörde am Ende zum Ergebnis, dass der Windenergienutzung durch die verbleibenden Vorranggebiete nicht substantiell Raum gegeben und verschafft wurde, ist nicht nur der Arbeitsschritt zwei mit veränderten weichen Tabuzonen zu wiederholen - vielmehr ist dann das Auswahlkonzept nochmals zu überprüfen und ggf. zu ändern (vgl. BVerwG, 8. v. 15.09.2009 - 4 BN 25/09 - zitiert nach juris, Rn. 8), d.h. die Potentialflächen und die weichen Tabuflächen müssen erneut in Blick genommen und ggf. verändert werden (Tyczewsky, BauR 2014, 934, 936). Es ist also nicht so, dass bei der Erkenntnis, dass der Windenergie nicht substanziell Raum gegeben wurde, nur die Auswahl der weichen Tabuzonen einer kritischen Würdigung unterzogen werden müsste. Auch der Planungsschritt drei, wonach die Potentialflächen erneut kritisch daraufhin zu überprüfen sind, ob sich die Windenergie auf einigen von ihnen nicht doch gegenüber konkurrierenden Nutzungen durchsetzen kann, ist in einem solchen Fall essentiell. Kurz gesagt; Es müssen beide Abwägungsvorgänge (jener, der zur Aussonderung der weichen Tabuzonen führt und jener, der zur Abwägung mit konkurrierenden Nutzungen bei den Potentialflächen führt) in einem solchen Fall einer kritischen Überprüfung unterzogen werden.	Dem Einwand wird gefolgt. Die zitierte Passage wird im Entwurf 2015 angepasst.	Zu berücksichtigen
P108	P108.30	E 01	Soweit die Behörde noch anführt (vgl. Seite 6 der Planbegründung), man habe sich an der Arbeitshilfe Regionalplanung und WindenergiV des Niedersächsischen Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sowie des Niedersächsischen Landkreistages orientiert, ändert dies nichts: Von den bundesrechtlichen Anforderungen an einen fehlerfreien Abwägungsvorgang kann auch eine Arbeitshilfe eines Landesministeriums mit Empfehlungscharakter nicht dispensieren.	Siehe P108.29	Zu berücksichtigen
P108	P108.31	E 01	Über die Fehler im Planungskonzept hinaus ist auch die Bestimmung der harten Tabuzonen rechtsfehlerhaft erfolgt; insbesondere liegt ein Verstoß gegen die bundesverwaltungsgerichtliche Rechtsprechung zu den Voraussetzungen harter Tabuzonen (BVerwG, U. v. 13.12.2012—4 CN 1/11) vor.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.32	E 01	Laut Seite 7 der Planbegründung zählt die planaufstellende Behörde im Arbeitsschritt 1 insbesondere "Ortslagen und Puffer 420 m" zu den harten Tabuzonen. Zur Begründung dieser harten Tabuzone wird ausgeführt (Seite 7). Es ist daran zu erinnern, dass harte Tabuzonen nur solche Flächen sind, die für eine Windenergienutzung, aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen nicht in Betracht kommen, mithin schlechthin ungeeignet sind. Diese Voraussetzung ist bei hier von der planaufstellenden Behörde als harte Tabuzone eingeordnete "Ortslage und Puffer 420 m" nicht gegeben. Dass eine Windenergieanlage aus tatsächlichen Gründen nicht enger als 420 m an eine Ortschaft heranrücken und dort gebaut werden könnte, ist nicht ersichtlich. Windenergieanlagen können auch in geringerer Entfernung als 420 m zur Wohnbebauung tatsächlich errichtet werden.	Die 2fache Anlagehöhe ist als harte Tabuzone heranzuziehen, da eine Unterschreitung eine gemäß Rechtsprechung unzulässige optisch bedrängende Wirkung entfaltet. Unabhängig von der harten Tabuzone sieht der Kriterienkatalog einen Siedlungsabstand von 500m zu Einzellagen und 1000m zu Ortslagen vor, der als Vorsorgeabstand als weiche Tabuzone anzusehen ist. In diesen 500 bzw. 1000m ist eine harte Tabuzone als 2fache Anlagenhöhe bereits enthalten. Die herangezogene WEA ist die größte bekannte Onshore-WEA, die gewählt wurde, um in jedem Fall die optisch bedrängende Wirkung ausschließen zu können.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.33	E 01	<p>Auch rechtliche Gründe stehen einer Errichtung von Windenergieanlagen in der Pufferzone nicht derart entgegen, dass sie eine harte Tabuzone rechtfertigen würden. Es gibt kein rechtliches Verbot dass dazu führen würde, dass in jedem Fall innerhalb einer gewissen Zone um einen Ort herum Windenergieanlagen unzulässig wären. Dies wird auch in der Rechtsprechung so gesehen; das OVG Nordrhein-Westfalen führt insoweit wörtlich aus (OVG Nordrhein-Westfalen, U. v.01.07.2013—2 D 46/12.NE — zitiert nach juris, Rn. 56):</p> <p>„Immissionsschutzrechtliche begründete Mindestabstände zu Siedlungsbereichen sind in der Regel dem Spektrum weicher Tabuzonen zuzurechnen, jedenfalls wenn sie zumindest auch der Verwirklichung des Vorsorgegrundsatzes des § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 2 BImSchG dienen. Immissionsschutzrechtlich bedingte harte Tabuzonen können nur ausnahmsweise solche Flächen sein, in denen der Betrieb von Windkraftanlagen absehbar unüberwindbar - zwangsläufig und auf Dauer - zum Nachteil der Nachbarschaft gegen § 5 Abs. 1 S. 1 Nr. 1 BImSchG — oder gegen das bauplanungsrechtliche Gebot der Rücksichtnahme - verstoßen wird. Um dies festzustellen, kann die Gemeinde nicht regelhaft pauschal auf Mindestabstände zu Siedlungsflächen zurückgreifen und diese als harte Tabuzonen klassifizieren. Mindestabstände als solche sagen über die konkrete immissionsschutzrechtliche Realisierbarkeit einer Windenergienutzung in der Regel nichts Entscheidendes aus.“</p> <p>So wird dies auch in der weiteren Rechtsprechung der Oberverwaltungsgerichte beurteilt (vgl. OVG Rheinland-Pfalz, U. v. 16.05.2013 - 1 C 11003/12 - zitiert nach juris, Rn. 38; Bayrischer VGH, B. v. 21.01.2013 - 22 CS 12.2297 - zitiert nach juris, Rn. 24).</p>	Die harte Tabuzone zur Ortslage ergibt sich nicht aus immissionsschutzrechtlichen Gesichtspunkten, sondern aus der Rechtsprechung zur optisch bedrängenden Wirkung. Insoweit ist das zitierte Urteil nicht relevant.	Nicht zu berücksichtigen
P108	P108.34	E 01	<p>Es ist hier nicht erkennbar, dass jedes denkbare Vorhaben wegen Verstoßes gegen immissions- oder nachbarschützende Rücksichtnahmeregelungen innerhalb eines Radius von 420 m um bestimmte Siedlungsbereiche unzulässig wäre. Auf der Ebene des Flächennutzungsplanes - und erst recht im RROP - stehen weder Standorte noch Anlagentypen fest; es lässt sich deshalb eine konkrete Berechnung nach TA Lärm nicht anstellen (vgl. Goßner in: Brandt, Jahrbuch Windenergierecht 2013, S. 25). Die Festlegung eines Mindestabstandes zu Siedlungsbereichen ist deshalb nur im Rahmen weicher Tabuzonen möglich. Dies hat die planaufstellende Behörde hier nicht beachtet, indem sie eine Pufferzone von 420 m um Siedlungsbereiche als harte Tabuzone festgesetzt hat - hierfür gelten die gleichen Erwägungen wie für die Ortslage und den dort vorgesehenen Puffer.</p>	Siehe P108.32	Nicht zu berücksichtigen
P108	P108.35	E 01	<p>Die planaufstellende Behörde verfehlt auch mit der Festlegung der harten Tabuzone „Autobahn und Abstand von 40 m“ die Anforderungen an ein schlüssiges Gesamtkonzept. Auf Seite 6 ihrer Planbegründung führt die planaufstellende Behörde aus:....</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.36	E 01	<p>Soweit die Planbegründung ausführt, Autobahnen und ein Abstand von 40 m seien deshalb als harte Tabuzone eingeordnet worden, weil eine Bebauung beidseits des Fahrbahnrandes gem. § 9 des Bundesfernstraßengesetzes bzw. § 24 des Niedersächsischen Straßengesetzes durch Windenergieanlagen nicht in Betracht komme, überzeugt dies — insbesondere mit Blick auf das eben dargestellte wörtliche Zitat hinsichtlich der Ausnahmeregelungen — nicht: § 9 Abs. 1 Bundesfernstraßengesetz bestimmt zwar, dass längs der Bundesfernstraßen Hochbauten jeder Art in einer Entfernung bis zu 40 m zu Bundesautobahnen und bis zu 20 m bei Bundesstraßen nicht errichtet werden dürfen. Allerdings regelt § 9 Abs. 8 Fernstraßengesetz, dass die oberste Landesstraßenbaubehörde im Einzelfall Ausnahmen von den Verboten des Absatzes 1 zulassen kann, wenn die Durchführung der Vorschrift im Einzelfall zu einer offenbar nicht beabsichtigten Härte führen würde und die Abweichung mit den öffentlichen Belangen vereinbar ist oder wenn Gründe des Wohls der Allgemeinheit die Abweichung erfordern. Ausnahmen können mit Bedingungen und Auflagen versehen werden.</p> <p>Damit regelt auch das Bundesfernstraßengesetz und das dort verankerte Bauverbot eine Ausnahmebestimmung. Es ist also nicht so, dass dort Bauten — also auch Windenergieanlagen — absolut rechtlich ausgeschlossen wären. Deshalb ist die Tabuzone nicht hart, sondern weich. Mit der Einordnung als harte Tabuzone widerspricht die planaufstellende Behörde auch ihrer einer Seite zuvor selbst aufgestellten Regel, dass sobald in der jeweiligen Rechtsgrundlage ein Ausnahmetatbestand eingeräumt werde, das Kriterium als weich behandelt werde. Dasselbe gilt auch für das Niedersächsische Straßengesetz, dort ist in § 24 Abs. 7 eine fast dem Bundesfernstraßengesetz wortgleiche Klausel mit Ausnahmebestimmung enthalten.</p>	An der Einstufung als harte Tabuzone wird festgehalten. Bei einer Unterschreitung des Abstandes würden die Rotoren der Anlagen über die Autobahn ragen und es könnte Eiswurf direkt auf die Autobahn geben. Aus diesem Grund ist aus Sicht des Landkreises eine Ausnahme für Windkraftanlagen nahezu ausgeschlossen. Der Abstand stellt somit faktisch eine harte Tabuzone dar.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.37	E 01	Fehlerhaft — nach den eigenen Maßstäben der planaufstellenden Behörde — ist schließlich auch die Zuordnung der Wasserschutzgebiete zu den harten Tabuzonen. Zwar bestimmt § 51 WHG, dass die Landesregierung durch Rechtsverordnung Wasserschutzgebiete festsetzen kann. In diesen Wasserschutzgebieten können gem. § 52 Abs. 1 WHG, soweit der Schutzzweck dies erfordert, bestimmte Handlungen verboten oder für nur eingeschränkt zulässig erklärt werden oder die Eigentümer und Nutzungsberechtigten von Grundstücken verpflichtet werden, bestimmte auf das Grundstück bezogene Handlungen vorzunehmen oder zu unterlassen. Hierzu zählen insbesondere auch die Durchführung von Bauvorhaben (vgl. Czychowski/WReinhardt, Wasserhaushaltsgesetz, 2010, § 52, Rn. 21 f.). Die planaufstellende Behörde verkennt allerdings, dass gem. § 52 Abs. 1 S. 2 durch die zuständige Behörde von Verboten, Beschränkungen sowie Duldungs und Handlungspflichten nach Satz 1 eine Befreiung erteilt werden kann, wenn der Schutzzweck nicht gefährdet wird oder überwiegende Gründe des Wohls der Allgemeinheit dies erfordern. Dies Befreiungsmöglichkeit trägt der Tatsache Rechnung, dass es im Einzelfall Verhältnisse geben kann, die bei einer Güterabwägung der privatrechtlichen Grundstücksnutzung den Vorrang vor dem Wasserschutz einräumen, solange der Gesetzeszweck des WHG erreicht werden kann (vgl. etwa: VGH Baden-Württemberg, ZWI! 1995, 86). Nach § 52 Abs. 1 S. 3 muss die zuständige Behörde sogar eine Befreiung erteilen, wenn der verfassungsrechtliche Eigentumsschutz dies gebietet (BVerwG, NVwZ 2003, 1117). Es ist also nicht so, dass die Errichtung von Bauwerken in Wasserschutzzonen gem. § 51 WHG absolut und unter allen Umständen ausgeschlossen wären; auch hier sieht das Gesetz Ausnahmen und Befreiungsmöglichkeiten vor. Deshalb ist die Anordnung als harte Tabuzone — gemessen an den eigenen Kriterien der planaufstellenden Behörde — nicht nachvollziehbar.	Als harte Tabuzone wurde lediglich die Wasserschutzzone 1 (Nahbereich um die Entnahmestelle) eingestuft. Diese beträgt 10 m im Kreis um die Entnahmestelle. Das Windkraftanlagen ausnahmsweise in diesem Bereich zugelassen werden ist aus Gründen des Grundwasserschutzes nahezu ausgeschlossen. Aus diesem Grund wird an der Einstufung als harte Tabuzone festgehalten.	Nicht zu berücksichtigen
P108	P108.38	SO 27	Das von meiner Mandantin für Repowering-Vorhaben vorgesehene bisherige Vorranggebiet Nordholz/Cappel-Neufeld wird in der aktuellen Teilfortschreibung nicht mehr als Vorranggebiet übernommen, da es - laut der Planbegründung, S. 22 - nicht mehr die Anforderungen der aktuellen Ausschlusskriterien erfüllt. Es ist hier zu konstatieren, dass das bisherige Vorranggebiet Nordholz/Cappel-Neufeld auch in der Teilfortschreibung des RROP weiterhin als Vorranggebiet Windenergie festzusetzen und auszuweisen ist, was oben auch beantragt wurde. Die nunmehr angelegten Ausschlusskriterien, die einer Ausweisung des Gebietes als Vorranggebiet entgegenstehen könnten, verletzen in ihrer bisherigen Fassung das Gebot gerechter Abwägung, § 7 Abs. 2 ROG mit den Anforderungen, die ihm die Rechtsprechung im Rahmen der Konzentrationsplanung mit Ausschlusswirkung gemäß § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB zugemessen hat. Im Ergebnis sprechen also keine Kriterien gegen die Ausweisung des Gebietes als Vorranggebiet.	Die Fläche erfüllt nicht die Kriterien des Landkreises Cuxhaven. Unter anderem befindet sich auf dieser Fläche ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung. Diese weiche Tabuzone entspricht dem gerichtlichen vorgegebenen Prüfschema. Durch die neue Regelung zum Repowering im RROP Entwurf 2015 wird dennoch eine Entwicklung des Standortes möglich sein.	Nicht zu berücksichtigen
P108	P108.39	E 01	Zunächst gilt dies für den von der planaufstellenden Behörde als weiche Tabuzone vorgesehenen "Puffer um Ortslagen" von 1000 m. In seiner jetzigen Ausformung ist eine planerische Rechtfertigung für eine solch pauschale und weitgehende Tabuzone nicht zu erkennen. Mit dieser sehr pauschalen Regelung werden die durchaus unterschiedlichen Strukturen im Plangebiet nicht berücksichtigt; alle Ortslagen werden mit einer solch pauschalen Abstandsregelung ohne die Möglichkeit der Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten "über einen Kamm geschoren".	Bei dem Kriterium Ortslage und Puffer von 1000 m handelt es sich um eine weiche Tabuzone. Wie vom Einwender selbst im Rahmen dieser Stellungnahme P 108 herausgearbeitet, müssen die Tabuzonen einheitlich nach dem selben Maß angewendet werden. Auf Basis der ersten beiden Arbeitsschritte ist eine Berücksichtigung örtlicher Besonderheiten, wie selbst vorher vom Einwender festgestellt, gar nicht möglich. Der Puffer von 1000 m entspricht dabei einem Vorsorgeabstand, um die Bürger zu schützen.	Nicht zu berücksichtigen
P108	P108.40	E 01	Zudem wird das Interesse an einem sinnvollen und nachhaltigen Repowering außer acht gelassen, wenn dieser Puffer von 1000 m unbesehen und ohne Berücksichtigung des Einzelfalls Anwendung findet. Repowering wird damit in vielen Fällen unmöglich gemacht. Der Planungssträger hat jedoch das Interesse der Betreiber, ältere Anlagen durch effizientere neue Anlagen zu ersetzen und diese dabei gegebenenfalls auch neu anzuordnen (Repowering), in der Abwägung mit entsprechendem Gewicht zu berücksichtigen (BVerwG, B. v. 29.03.2010 — 4 BN 65/09, juris, Rn. 9; Scheidler, Errichtung und Betrieb von Windkraftanlagen aus öffentlich-rechtlicher Sicht, GewArch Beilage Nr. 03/2011, 117, 133). Die Abstandsregelung sollte daher bei - ggf. regionalplanerisch gekennzeichneten - Repowering-Flächen nicht angewandt werden. Die Einhaltung der Richtwerte nach TA-Lärm für Lärm bzw. nach den entsprechenden Regelwerk für Geräusche oder aus dem Gebot der Rücksichtnahme heraus einzuhaltende Abstand des Dreifachen der Anlagenhöhe wegen ansonsten "erdrückender Wirkung" kann im immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren geprüft werden.	Das Thema Repowering wird im nächsten Entwurf berücksichtigt und die Regelung hierzu angepasst.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.41	E 01	Die Festlegung eines Mindestabstandes von 4 Kilometern zwischen den einzelnen Windparks im RROP 2014 erweist sich ebenso als abwägungsfehlerhaft gemäß § 7 Abs. 2 ROG. Zunächst ist die Festlegung eines Mindestabstandes von 4 Kilometern zwischen den einzelnen Windparks nicht aus raumordnerischer Sicht erforderlich: Die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Nordrhein- Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland, Schleswig-Holstein und Thüringen empfehlen aus landesplanerischer Sicht einen solchen Mindestabstand zwischen Windeignungsgebieten nicht (vgl. Bund-Länder-Initiative Windenergie, Überblick zu den landesplanerischen Abstandsempfehlungen für die Regionalplanung zur Ausweisung von Windenergiegebieten, Mai 2013). Hiervon weicht die planaufstellende Behörde erheblich ab, indem sie einen Mindestabstand von 4 Kilometern annimmt. Dieser wird allerdings nicht begründet; vielmehr nimmt die planaufstellende Behörde lediglich auf die Empfehlung des Landes Bezug (5 Kilometer Abstand) und erklärt, warum sie von dieser abweicht (Begründung, S. 16). Erst weiter unten lässt sich aus einem Umkehrschluss der Äußerungen zu dem 3-Kilometer-Kriterium in bewaldeten Gebieten schlussfolgern, dass es vor allem um das Störpotential aufgrund sonst nicht freien Sicht geht, das dem 4-Kilometer-Abstandsregelung zugrunde liegt.	Der Abstand der Windparks untereinander soll sicherstellen, dass die Natur, die Landschaft, das Landschaftsbild sowie die Menschen vor einer erdrückenden Wirkung durch eine Vielzahl nah beieinander liegender Windparks geschützt werden. Der Landkreis ist dabei im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Windenergie im Landkreis sowie der Windhöffigkeit von den früher vom Land Niedersachsen empfohlenen 5 km abgewichen. Dies ist rechtlich möglich. Die Begründung zum Abstand wird im RROP Entwurf 2015 ergänzt.	Kenntnisnahme
P108	P108.42	E 01	Darüber hinaus bestehen erhebliche Zweifel, ob eine abstrakt-generelle Festlegung eines Mindestabstandes zwischen Windparks erforderlich und damit auch mit Blick auf die Art. 14 GG beschränkende Wirkung der Konzentrationsplanung gemäß § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB verhältnismäßig ist. Wie schon dargestellt, nimmt die überwiegende Zahl der Bundesländer eine solche Festlegung nicht vor. Es erscheint mit Blick darauf rechtlich geboten, eine solche abstrakte Festlegung eines Mindestabstandes zwischen Windeignungsgebieten nicht vorzunehmen und vielmehr eine Steuerung über den Einzelfall anzustreben. Es mag Strukturen und landschaftliche Prägungen geben, die im Einzelfall die Festlegung eines Mindestabstandes notwendig machen. Eine generelle Festlegung allerdings verletzt das Gebot gerechter Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 ROG. Meine Mandantin ist von dieser Entscheidung auch direkt betroffen, da der WP Nordholz/Cappel-Neufeld kleiner 4 Kilometer nördlich eines Windparks in der Samtgemeinde Wursten liegt.	Festlegungen in anderen Bundesländern sind für die Regionalplanung in Niedersachsen nicht relevant. Der Landkreis Cuxhaven ist - im Gegensatz zu anderen Gebieten in Deutschland - relativ flach; die Windenergieanlagen sind somit deutlicher zu sehen. Aus Gründen des Schutzes der Landschaft und des Landschaftsbildes wurde deshalb vom Landkreis Cuxhaven ein Mindestabstand festgelegt.	Nicht zu berücksichtigen
P108	P108.43	E 01	Schließlich ist auch die Festlegung von Vogelbrutgebieten nationaler Bedeutung und eine Pufferzone von 200 Metern um diese derzeit nicht abwägungsfehlerfrei; insbesondere die Einordnung als weiche Tabuzone überzeugt nicht. Die Arbeitshilfe „Regionalplanung und Windenergie“ vom Nds. Landkreistag und dem Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz geht davon aus, dass für das entsprechende Gebiet "ggf. eine veränderte Abstandsfestlegung entsprechend der gebietsspezifischen Empfindlichkeit (Einzelfallbetrachtung, 3. Arbeitsschritt)" zu erfolgen hat. Damit ist gesagt, dass sich die Vogelbrutgebiete in ihrer Empfindlichkeit einer verallgemeinerungsfähigen Gefährdungsanalyse durch Windehergieanlagen entziehen. Dies liegt einerseits am entsprechenden Zuschnitt des jeweiligen Gebietes, den dort vorkommenden Arten und ihrer jeweiligen Gefährdungsstufe sowie der durch das entsprechende Ökosystem bedingten Besonderheiten. Kein Vogelbrutgebiet gleicht in seinem ökologischen Haushalt dem anderen. Deshalb kommt eine pauschale Festlegung eines Mindestpuffers von 200 Metern im Rahmen einer weichen Tabuzone nicht in Betracht bzw. erweist sich als abwägungsfehlerhaft. Vielmehr ist hier im Rahmen der Potentialflächenanalyse für jedes betroffene Gebiet selbständig anhand der oben skizzierten, von unterschiedlichen Faktoren abhängigen, Gefährdungslage zu entscheiden, ob hier Windenergienutzung vorrangig zugelassen werden kann oder nicht. Es mag Vogelbrutgebiete geben, wo dies möglich ist; in anderen ist es unter Umständen aufgrund des erheblichen naturschutzfachlichen Schutzbedarfes ausgeschlossen. Eine solche Einzelfallbetrachtung ist hier im Rahmen der Potentialflächenanalyse (3. Schritt) für das jeweilige Gebiet geboten; pauschale Festlegungen verletzen das Gebot gerechter Abwägung gemäß § 7 Abs. 2 ROG.	Zur Ermittlung der Potentialflächen wurde ein einheitliches Planungskonzept aufgestellt, welches das gesamte Kreisgebiet betrachtet. Eine Einzelfallabschätzung bestimmter Tabuzonen ist im Zuge der ersten beiden Arbeitsschritte auf der Maßstabsebene der Regionalplanung schlicht nicht möglich. Dies stellt jedoch auch keinen Abwägungsfehler dar. Die weichen Tabuzonen sind die Flächen, die der Landkreis Cuxhaven planerisch und politisch von Windkraftnutzungen freihalten möchte.	Nicht zu berücksichtigen
P108	P108.44	E 01	Insoweit lauten die landesplanerischen Empfehlungen etwa Bayern, Nordrhein Westfalen und Sachsen auf Mindestabstände verzichtet. In Schleswig-Holstein und dem Saarland ist dies einzelfallabhängig, andere Bundesländer machen es von den jeweils in den Gebieten lebenden Arten abhängig. Die hier getroffene pauschale Regelung wird der Vielfalt und dem daraus folgenden unterschiedlichen Schutzbedarf der Vogelbrutgebiete nicht gerecht. Die Regelung ist deshalb in ihrer jetzigen Form nicht als weiches Tabukriterium in den endgültigen RROP aufzunehmen.	Eine Festlegung in anderen Bundesländern kann nicht als Argument dafür dienen eine Tabuzone anzupassen bzw. nicht anzupassen. Die weichen Tabuzonen stellen den planerischen und politischen Willen des Landkreises Cuxhaven dar.	Nicht zu berücksichtigen
P108	P108.45	B 10	Die Regelung der planaufstellenden Behörde zum Repowering in 4.2.2 Windenergie - Ziff. 10, S. 3, wonach die Höhe der Windenergieanlagen an schon als Sondergebiet festgelegten Standorten auf die in der rechtsgültigen Bauleitplanung festgelegte Gesamthöhe beschränkt ist und, sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist, sich die zulässige Gesamthöhe der Höhe der genehmigten Bestandsanlagen richtet, ist abwägungsfehlerhaft und verstößt gegen das Gebot gerechter Abwägung gem. § 7 Abs. 2 ROG.	Das Thema Repowering wird im nächsten Entwurf berücksichtigt und die Regelung hierzu angepasst.	teilweise zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.46	B 10	Zunächst ist festzuhalten, dass für eine derart gestaltete Höhenbeschränkung auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms keine planerische Rechtfertigung besteht. Raumordnerische Gründe für eine Höhenbeschränkung auf die Höhe der Bestandsanlagen lassen sich nicht finden. Diese müssten sich aus den der Raumordnung zugrunde liegenden Zielen ergeben. Aufgaben und Leitvorstellung der Raumordnung bestimmt § 1 ROG: Raumordnung gibt der gemeindlichen Bauleitplanung als Mittlerin gegenüber den privaten Investoren und den Fachplanungen die räumlichen Entwicklungslinien vor, in deren Rahmen Grund und Boden genutzt oder für Raumfunktionen gesichert werden soll (Runkel in: Spannowsky/Runkel/Goppel, Raumordnungsgesetz, 2010, § 1, Rn. 48). Damit einher geht die Funktion der Raumordnung, bestimmte Nutzungen räumlich zu bündeln und Raumfunktionen sowie Raumnutzungen zu sichern (Runkel, a.a.O., Rn. 50). Solche raumordnerischen Gründe lassen sich für die Beschränkung der Höhen im Falle eines Repowerings auf die Höhe der Bestandsanlagen — für den Fall, dass die Kommune keine bauleitplanerische Regelung getroffen hat - nicht feststellen. Anders gesagt: Die Regelung der Höhenbeschränkung auf die Höhe der Bestandsanlagen ist im Falle einer fehlenden bauleitplanerischen Entscheidung der Kommune schlicht nicht erforderlich und damit unverhältnismäßig.	Siehe P108.45	teilweise zu berücksichtigen
P108	P108.47	B 10	Zu beachten ist darüber hinaus, dass die Raumordnung lediglich die Leitlinien der räumlichen Entwicklung vorgeben soll, welche die Kommunen in Ausübung ihrer kommunalen Planungshoheit dann im Einzelnen durch Flächennutzungspläne und Bebauungspläne ausfüllen. Dieses System wird hier hinsichtlich der Höhenbeschränkung bei den schon bestehenden Gebieten in sein Gegenteil verkehrt: Dass die Kommune im jeweiligen Fall gerade keine Höhenbeschränkung in ihren kommunalen Bauleitplänen vorgesehen hat, lässt darauf schließen, dass sie eine solche Höhenbeschränkung nicht für erforderlich hielt, da die zulässige Höhe der entsprechenden Windenergieanlagen im Genehmigungsverfahren umfassend und rechtssicher beurteilt werden kann. Unter Berücksichtigung dieses Aspektes hielt es die Kommune offensichtlich nicht für erforderlich, eine Höhenbeschränkung in ihre kommunale Bauleitplanung aufzunehmen. In einem solchen Fall stellt sich die - hier vorgesehene - Beschränkung der Neuanlagen auf die Höhe der Bestandsanlagen als durch raumordnerische Gründe nicht gerechtfertigt dar. Was die Kommune nicht festgelegt hat - obschon sie es könnte - sollte nicht durch die Raumordnung vorgegeben werden, sondern dem Genehmigungsverfahren vorbehalten bleiben, um die Systematik von Bauleitplanung und Raumordnung zu wahren.	Siehe P108.45	teilweise zu berücksichtigen
P108	P108.48	B 10	Dementsprechend sehen die landesplanerischen Empfehlungen für die Länder Bayern, Brandenburg, Hamburg, Hessen, Mecklenburg-Vorpommern, Rheinland-Pfalz, Saarland und Sachsen-Anhalt eine solche Höhenbeschränkung nicht vor. Andere Bundesländer empfehlen dies nur im Einzelfall. Weiterhin lässt die bisherige Begründung des Entwurfes (Seite 22) befürchten, dass die planaufstellende Behörde im Wege der Abwägung die auch aus Art. 14 GG folgenden Interessen des Anlagenbetreibers in die Abwägung nicht ausreichend einbezogen hat. Es ist anerkannt, dass neuere Anlagen aufgrund des zwischenzeitlichen technologischen Fortschritts über eine deutlich höhere Leistung verfügen (so: Gatz Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, 2013, Rn. 496; Söfker, ZfBR, 2008, 14). Hinzu kommt, dass der Wind in größeren Höhen konstanter weht, weshalb Höhenbegrenzungen zu Lasten des Ertrages gehen (so: Gatz, a.a.O., Rn. 103). Es ist deshalb zu berücksichtigen, dass eine Höhenbeschränkung als Inhalts- und Schrankenbestimmung im Sinne des Art. 14 Abs. 1 S. 2 GG anzusehen ist, die sich nur dann als rechtmäßig erweist, wenn sie verhältnismäßig ist und wenn die erhebliche Berührung pdvatrechtlicher Interessen im Rahmen der Abwägung überhaupt erkannt wurde.	Siehe P108.45	teilweise zu berücksichtigen
P108	P108.49	E 10	Dies ist hier ausweislich der Begründung nicht der Fall. In dieser heißt es (auf Seite 22): ... Diese Begründung lässt nicht ausreichend erkennen, dass die Interessen — insbesondere die privatnützigen Interessen am Repowering — in genügendem Maße in die Abwägung eingestellt worden sind; Die vorgesehene Regelung im RROP mit einer Beschränkung der Anlagenhöhe auf jene der Bestandsanlagen führt zu einer unverhältnismäßigen Einschränkung des Repowerings und macht dieses an vielen Stellen nur schwer möglich, ohne dass dafür eine Rechtfertigung bestünde. Die insoweit angeführten Gründe auf Seite 22 tragen die planerische Entscheidung nicht: Das "Gegenstromprinzip", wonach dem planerischen Willen der Gemeinde Rechnung getragen werden soll, rechtfertigt die Höhenbeschränkung auf die Höhe der Bestandsanlagen nicht. Der Gemeinde wäre es jederzeit unbenommen, selbst eine Höhenbeschränkung in ihrer Bauleitplanung festzulegen - sie ist die orts nächste Planungseinheit, die die örtlichen Verhältnisse nicht nur regeln soll, sondern auch über die entsprechende Kompetenz kraft Ortskenntnis verfügt - anhand der örtlichen Gegebenheiten, welche sie am besten beurteilen kann - eine vertretbare Anlagenhöhe festzusetzen. Tut sie dies nicht, besteht auch keine Notwendigkeit für die Raumordnungsbehörde als übergeordnete Einheit dies zu tun. Die zulässige Anlagenhöhe kann dann dem Genehmigungsverfahren im Einzelfall überantwortet werden. Nur dies stellt sich als - auch mit Blick auf Art. 14 GG und die privatnützigen Interessen an einer Nutzung - auch in einer bestimmten Höhe wegen des dort kräftiger wehenden Windes - verhältnismäßige Lösung dar.	Siehe P108.45	teilweise zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.50	SO 27	Meine Mandantin ist auch konkret von der geplanten Regelung zum Repowering in Ziff. 10 betroffen: Sie plant ein Repowering im Windpark Nordholz/Cappel-Neufeld, wo jetzt schon ein Sondergebiet ausgewiesen ist (vgl. Detailkarte Nr. 27). Sie wäre von der dort geplanten Höhenbeschränkung auf Höhe der Bestandsanlagen konkret betroffen. Deshalb beantrage ich für meine Mandantin, dass Ziff. 10 S. 3 dahingehend geändert wird, dass, sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist, die Gesamthöhe im Baugenehmigungsverfahren anhand einer raumordnerischen Beurteilung im Einzelfall bestimmt wird.	Siehe P108.45	teilweise zu berücksichtigen
P108	P108.51	E 01	Schließlich wird durch die derzeit vorgesehene Planung der Windenergie auch nicht substantiell Raum gegeben, wie dies durch die Rechtsprechung mit Blick auf die Privilegierung gem. § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB verlangt wird. Dies gilt schon deshalb, weil die Frage, ob der Windenergie nunmehr substantiell Raum verschafft wird, von der oben dargestellten fehlerhaften Vorgehensweise und Einordnung einiger Gebiete als harte und weiche Tabuzonen "infiziert" ist. Hierzu führt das OVG Nordrhein-Westfalen (U. v. 01.07.2013 - 2 D 46112.NE - zitiert nach juris, Rn. 41) wörtlich aus: "So bleibt im Unklaren, ob und in welchem Umfang bereits auf der ersten Stufe des Planungsprozesses, in der Phase der Suchraumfindung, abwägender Entscheidungen gefordert waren. Damit konnte die Antragsgegnerin auch ihre (weitere) Abwägung über die Ausfall und den Zuschnitt von Konzentrationszonen im Rahmen der zweiten Planungsphase nicht rechtmäßig steuern und nicht hinreichend präzise, schlüssig - ausgewogen entscheiden, ob sie dem mit Energie... substantiell Raum verschafft." Eine ähnliche Situation liegt auch hier vor: Durch die oben aufgeführten Fehler im Planungsvorgang muss die Abwägung zwangsläufig beeinträchtigt worden sein - mit dem Ergebnis, dass die Behörde aufgrund dieses bisher fehlerhaften Abwägungsvorganges nicht hinreichend sicher sagen kann, ob sie der Windenergie wirklich substantiell Raum verschafft hat. Diese Frage kann nämlich nur aufgrund einer bis zu diesem dritten Schritte fehlerfreien Abwägung beantwortet werden. Daran fehlt es allerdings hier.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P108	P108.52	E 01	Doch selbst, wenn man vom Ergebnis der Behörde selbst ausgeht (vgl. Seite 18 der Begründung), ist zu konstatieren, dass die Behörde der Windenergie bisher nicht substantiell Raum verschafft hat. Wörtlich führt die Behörde hier aus: „Insgesamt ergeben sich 22 Vorranggebiete Windenergienutzung mit einer Gesamtfläche von 1.502,83 ha. Dies sind 0,73% bezogen auf die gesamte Landkreisfläche oder 2,05% bezogen auf die Landkreisfläche abzüglich der harten Tabuzonen.“ Mit diesem Wert von 2,05% liegt die planaufstellende Behörde deutlich unter den vom VG Hannover als deutlich zu gering beurteilten Prozentsatz von 3,625 % (VG Hannover, U. v. 2 4.11.2011 - 4 A 4927/09 - zitiert nach juris, Rn. 67 f.). Von den in der Literatur avisierten 20% (Gatz Windenergieanlagen in der Verwaltungs- und Gerichtspraxis, 1. Aufl., Rn. 98 f.) ist dieser Prozentsatz noch deutlich weiter entfernt.	Bei der Frage ob der Windenergie substanziell Raum verschafft wurde, können keine allgemeinen Prozentwerte oder Größenangaben zugrunde gelegt werden. Es kommt immer auf den Einzelfall an.	Kenntnisnahme
P108	P108.53	E 01	Zwar ist zu berücksichtigen, dass ein bloßer Prozentsatz keinen endgültigen Aufschluss über die Frage verschafft, ob der Windenergie substantiell Raum gegeben wurde. Es gilt allerdings ebenso zu beachten, dass - je mehr sich das Verhältnis zwischen den bei der Anwendung harter Tabubereiche verfügbaren Potentialflächen und den nach dem Planungskonzept ermittelten Konzentrationsflächen zu deren Ungunsten verschiebt, sich die Planung eine immer kritischere Prüfung ihrer Rechtfertigung gefallen lassen muss (Geßner in: Brandt, Jahrbuch Windenergierecht 2013, Seite 22). Diese Anforderungen hat die plangebende Behörde bisher nicht beachtet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P108	P108.54	E 01	<p>Dies gilt schließlich auch mit Blick darauf, dass die Behörde die bisher bauleitplanerisch gesicherten bestehenden Windparks nach Ziff. 10 ihres Entwurfes mit einbezogen hat und das Ergebnis nunmehr 5,26% Landkreisfläche abzüglich der harten Tabuzonen beträgt. Zum einen ist dieses Ergebnis noch deutlich von den in der Literatur für sinnvoll gehaltenen 20% entfernt. Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass nach der bisherigen Konzeption für die schon bestehenden Windparks eine Höhenbeschränkung vorgesehen wurde.</p> <p>Dabei ist anerkannt, dass der Flächenvergleich eines "Ausgleichsfaktors" bedarf, wenn die Konzentrationsflächen mit einer Höhenbegrenzung für Windenergieanlagen belegt sind (Gatz, a.a.O., Rn. 103). Denn Höhenbegrenzungen gehen - wie schon unter 5. umfassend dargelegt - zu Lasten des Ertrages und damit zu Lasten der Interessen der privaten Eigentümer, die auch durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützt sind. Deshalb ist der Umstand der Höhenbegrenzung für die Frage, ob der Windenergienutzung substantiell Raum gegeben wird, gebührend zu berücksichtigen (Gatz, a.a.O.). Unter Berücksichtigung dessen lässt sich nach alledem und insbesondere nach Betrachtung des Abwägungsvorganges nicht feststellen, dass Windenergie substantiell Raum gegeben worden ist. Hierzu wäre insbesondere die Höhenbegrenzungsregelung der Ziff. 10 für das Repowering einer nochmaligen kritischen Würdigung (eines "Gegenchecks", vgl. Geßner, a.a.O.) zu unterziehen. Darüber hinaus sind diverse Gebiete, darunter auch das Gebiet Nordholz/Cappel-Neufeld, einer kritischen Begutachtung dahingehend zu unterziehen, ob sie nicht doch - unter Abänderung der Tabukriterien sowie unter Abänderung der Abwägung im Rahmen der Potentialflächenanalyse - als Windvorranggebiete ausgewiesen werden können.</p>	Bei der Frage ob der Windenergie substantiell Raum verschafft wurde, können keine allgemeinen Prozentwerte oder Größenangaben zugrunde gelegt werden. Es kommt immer auf den Einzelfall an.	Kenntnisnahme
P108	P108.55	SO 27	Für das Gebiet Nordholz/Cappel-Neufeld sind nach alledem die Voraussetzungen zur Festsetzung eines Vorhabengebietes gegeben. Es ist antragsgemäß festzusetzen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.0 1	Z	Hiermit beantragen wir die Ausweisung eines zusätzlichen Vorranggebietes Windenergienutzung in der Gemeinde Osten im Altendorfer Moor.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.0 2	Z	Die Ausweisung der Vorrangflächen für Natur- und Landschaft im Regionalen Raumordnungsprogramm ist in der vorliegenden Darstellung sachlich falsch. Sie entspricht nicht den tatsächlichen Gegebenheiten im Altendorfer Moor.	Es geht hier doch um den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms - und nicht um den Entwurf 2010 bzw. den Entwurf 2011 des Regionalen Raumordnungsprogramms. - Insofern sind die im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 dargestellten Vorranggebiete Natur und Landschaft nicht Gegenstand des Entwurfs 2014; bei dem Entwurf 2014 geht es um den sachlichen Teilabschnitt Windenergienutzung. Es ist nicht erkennbar, dass die Darstellung der Vorranggebiete Natur und Landschaft im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 in irgendeiner Form nicht korrekt wäre.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109a	P109/A.0 3	Z	Die Kriterien des Landkreises für die Ausweisung von Vorrangflächen für Natur und Landschaft sind hier nicht sachgerecht angewendet worden. Bei fachlicher und sachgerechter Prüfung dieser Fläche in der Gemeinde Osten lässt sich stattdessen hier ein zusätzliches Vorranggebiet Windenergienutzung darstellen.	Es geht hier doch um den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms - und nicht um den Entwurf 2010 bzw. den Entwurf 2011 des Regionalen Raumordnungsprogramms. - Insoweit sind die im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 dargestellten Vorranggebiete Natur und Landschaft nicht Gegenstand des Entwurfs 2014; bei dem Entwurf 2014 geht es um den sachlichen Teilabschnitt Windenergienutzung. Es ist nicht erkennbar, dass die Darstellung der Vorranggebiete Natur und Landschaft im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 in irgendeiner Form nicht korrekt wäre. - Das Altendorfer Moor ist durch eine Reihe von harten und weichen Tabuzonen geprägt; es verbleiben die Potenzialflächen 089, 090, 100, 107, 128, 129, 303, 330. Die Flächengröße der Potenzialflächen liegt jeweils unter 19,00 ha. Die Potenzialflächen 090, 129 und 303 liegen in räumlicher Nähe zueinander; sie weisen zusammen eine Flächengröße von 18,83 ha auf, somit nur knapp unter 19,00 ha. Die Potenzialfläche 089 hat eine Flächengröße von 13,43 ha, also deutlich unter 19,00 ha. Diese Gebiete sind - trotz der Flächengröße von unter 19,00 ha - einer naturschutzfachlichen Prüfung unterzogen worden. Es sind jeweils voraussichtlich gravierende Konflikte zu erwarten; die Flächen sind als Vorranggebiet Windenergienutzung voraussichtlich ungeeignet.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109a	P109/A.04	Z	Nicht angemessen und nicht richtig ist es, das Altendorfer Moor weitgehend mit harten und weichen Tabuzonen zu belegen.	Im Altendorfer Moor kommen eine Vielzahl von harten und weichen Kriterien zum Tragen; im nördlichen Altendorfer Moor ist der weit überwiegende Teil harten Tabuzonen zuzurechnen, die aus den 420 m-Puffern zu Ortslagen und sonstiger wohnbaulicher Nutzung resultieren; im südlichen Altendorfer Moor ist ein erheblicher Teil harten Tabuzonen zuzurechnen; die ebenfalls aus den 420 m-Puffer zu Ortslagen und sonstiger wohnbaulicher Nutzung herrühren. Dazu kommen die Bundesstraße 495 mit Anbauverbots- und Anbaubeschränkungszone, die Hochspannungsleitung, die Vorranggebiete Rohstoffgewinnung mit einem Puffer von 100 m, die Waldflächen ab einer Größe von 1 ha mit einem Puffer von 100 m, die 1.000 m-Puffer zu Ortslagen und die 500 m-Puffer zu sonstiger wohnbaulicher Nutzung, das Natura 2000-Gebiet mit einem Puffer von 500 m, das Naturschutzgebiet mit einem Puffer von 200 und die Vorranggebiete Natur und Landschaft mit einem Puffer von 200 m. - Mit der Erstellung des Entwurfs des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen.	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.05	Z	Die von uns eingebrachten Argumente und Hinweise zu der tatsächlichen Nutzung und zu den Entwicklungschancen im Altendorfer Moor - unser Antrag vom 16.12.2013 - wurden nicht angemessen berücksichtigt.	Die Unterlagen wurden geprüft. - Siehe P109/A.04.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.06	Z	Die von uns für die Windenergienutzung beantragte Fläche wurde für den Entwurf zur Änderung des RROP nicht angemessen und sachgerecht geprüft.	Die Unterlagen wurden geprüft. - Siehe P109/A.04.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.07	Z	Wir beantragen deshalb erneut, die von uns eingebrachten aktuellen Daten und Stellungnahmen zu berücksichtigen, das Altendorfer Moor als Potenzialfläche in den RROP aufzunehmen und einer sachlichen und fachgerechten Prüfung für die Nutzung der Windenergie zu unterziehen.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.08	Z	<u>Begründung:</u> Als Gründe für die Eignung von Osten-Altendorf führen wir insbesondere an: 1. Die Darstellung im Altendorfer Moor für den Vorrang für Natur und Landschaft basiert auf veralteter Datenlage.	Es geht hier doch um den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms - und nicht um den Entwurf 2010 bzw. den Entwurf 2011 des Regionalen Raumordnungsprogramms. - Insoweit sind die im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 dargestellten Vorranggebiete Natur und Landschaft nicht Gegenstand des Entwurfs 2014; bei dem Entwurf 2014 geht es um den sachlichen Teilabschnitt Windenergienutzung. Es ist nicht erkennbar, dass die Darstellung der Vorranggebiete Natur und Landschaft im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 in irgendeiner Form nicht korrekt wäre.	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.09	Z	2. Aufgrund der tatsächlichen Nutzung ist in weiten Teilen im Altendorfer Moor die Darstellung als Vorranggebiet für Natur und Landschaft nicht begründbar.	Siehe P109/A.08.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109a	P109/A.1 0	Z	3. Aktuelle Daten zur Brutvogelerfassung lassen die Einschätzung zu, dass die Windenergienutzung hier mit den Kriterien des Landkreises vereinbar wäre.	Mit den aktuellen Daten zur Brutvogelerfassung wird vermutlich auf das Gutachten "Erfassung und Bewertung des Brutvogelbestandes 2012 im Bereich des Projektgebietes Windpark Altendorfer Moor, LK Cuxhaven" Bezug genommen, dass von der BIOS Osterholz im September 2012 erstellt worden ist. Das Gutachten ergab durch (nur) drei Erfassungstermine den Nachweis von 53 Vogelarten. Im Gutachten selbst wird ausgesagt, dass es nicht den Methodenstandards für systematische Brutvogeluntersuchungen von SÜDBECK et al. (2005) entspricht; im Ergebnis handelt es sich vielmehr um eine Übersichtskartierung, die das Artenspektrum weitgehend vollständig sowie Status und Häufigkeitsverhältnisse zumindest der Offenlandarten mit hoher Genauigkeit angibt. Im Gutachten wird ebenfalls ausgesagt, dass sich Konflikte auch aus regelmäßigen Vorkommen von Großvogelarten wie z.B. von Weißstorch, Rohrweihe und Kranich ergeben können. - Die Feststellung, dass die Bedeutung als Vogelbrutgebiet unterhalb der Schwelle der nationalen Bedeutung bleibt, ist korrekt. Durch das Gutachten wird - durch (nur) drei Erfassungen - eine lokale Bedeutung nachgewiesen, eine regionale Bedeutung als möglich erachtet. - Wie im Gutachten nicht ausgeschlossen, sind mehrere Großvogel-Vorkommen von wesentlicher Bedeutung (Weißstorch, Seeadler, Kranich).	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.1 1	Z	4. Die Windenergienutzung ist auch mit dem geplanten und genehmigten Torfabbau und mit der geplanten Vernässung und Hochmoorentwicklung verträglich.	Eine Windenergienutzung wäre nicht mit den genehmigten Torfabbauvorhaben und der rechtsverbindlich geregelten Kompensation verträglich.	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.1 2	Z	5. Ergänzend weisen wir darauf hin, dass die Voraussetzungen für eine Hochmoorentwicklung bei den aktuellen Planungen aufgrund der bestehenden Eigentumsverhältnisse und der Bodenbeschaffenheit für die Hochmoorentwicklung nicht optimal sind. Dagegen bestünde in einem Gesamtkonzept mit Naturschutz, Torfwerk, Grundstückseigentümern und Windenergienutzung die Möglichkeit, ein langfristig großflächiges und zusammenhängendes Hochmoor entwickeln zu können.	Eine Windenergienutzung wäre nicht mit den genehmigten Torfabbauvorhaben und der rechtsverbindlich geregelten Kompensation verträglich. - Es kann dahinstehen, ob die Kompensation für die genehmigten Torfabbauvorhaben als optimal zu bezeichnen ist - oder nicht.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.1 3	Z	Außerdem ist es uns wichtig darauf hinzuweisen, dass der Windpark im Altendorfer Moor aus einer Initiative der Grundstückseigentümer entstanden ist, als Bürgerwindpark konzipiert wird und eine breite Zustimmung in der Gemeinde erfährt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.1 4	Z	Bereits im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung für die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven — Entwurf 2010 — haben wir mit Datum vom 14.9.2010 eine Stellungnahme für die Ausweisung eines Vorranggebietes Windenergie beantragt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.1 5	Z	Mit Datum vom 16.12.2013 hatten wir für die Änderung des RROP — rechtzeitig — die Prüfung dieser Fläche für die Windenergienutzung beantragt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.1 6	Z	Eine tatsächliche und sachgerechte Auseinandersetzung mit den von uns vorgelegten Daten und Gutachten ist bislang nicht erfolgt.	Alle Unterlagen die im Rahmen einer Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangen sind, sowohl beim RROP 2012, als auch beim jetzigen Entwurf, werden umfangreich geprüft, untersucht und abgewogen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109a	P109/A.17	Z	Diese Missachtung der von uns vorgelegten Argumente und Daten ist sachlich nicht begründbar. Vorsorglich weisen wir darauf hin, dass wir hierin auch einen Verfahrensfehler bei der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms sehen.	Siehe P109/A.16	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.18	Z	Deshalb beantragen wir erneut, im Verfahren zur Änderung des RROP 2014 die Eignung des Altendorfer Moor für die Windenergienutzung zu prüfen. (Anlage 1 - Lageplan)	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.19	Z	<u>1. Tatsächliche Nutzung der Vorrangflächen für Natur und Landschaft</u> Die tatsächliche Nutzung stimmt in weiten Teilflächen im Altendorfer Moor nicht mit der Darstellung der Vorrangfläche für Natur und Landschaft im aktuellen RROP 2012 und im Entwurf zum RROP 2014 überein.	Weder im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 noch im Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms ist die tatsächliche Nutzung dargestellt.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.20	Z	Der Landkreis hat als weiche Tabuzonen Kriterien für den Schutz von Natur und Landschaft aufgestellt. Danach sollen Landschaftsschutzgebiete, Naturschutzgebiete, Natura 2000-Gebiete, Nationalparks, gesetzlich geschützte Biotope, Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung, Vogelrastgebiete und Waldflächen die Windenergienutzung nicht zulassen. Mit Ausnahme von zwei kleinen Waldflächen, von denen auf der über 500 ha großen Fläche ein genügend großer Abstand eingehalten werden kann, sind die vom Landkreis aufgestellten Schutzgebiete im Altendorfer Moor nicht anzutreffen. Die vom Landkreis selbst aufgestellten Kriterien lassen eine Darstellung einer Vorrangfläche für Natur und Landschaft im Altendorfer Moor nicht zu.	Das ist nicht korrekt. Siehe P109/A.04.	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.21	Z	Die Vorrangfläche für Natur und Landschaft ist auch nicht auf Grund der tatsächlichen Schutzwürdigkeit der Flächen begründbar. Auf Teilen der Flächen, die als Vorranggebiet für Natur und Landschaft ausgewiesen sind, wird Intensive Grünlandwirtschaft betrieben mit Entwässerung und Gülle-Ausbringung. Eine andere Teilfläche dient der Forstwirtschaftlichen Nutzung. Diese Flächen erfüllen nicht die Kriterien des Landkreises für Vorranggebiete für Natur und Landschaft.	Es geht hier doch um den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms - und nicht um den Entwurf 2010 bzw. den Entwurf 2011 des Regionalen Raumordnungsprogramms. - Insoweit sind die im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 dargestellten Vorranggebiete Natur und Landschaft nicht Gegenstand des Entwurfs 2014; bei dem Entwurf 2014 geht es um den sachlichen Teilabschnitt Windenergienutzung. Es ist nicht erkennbar, dass die Darstellung der Vorranggebiete Natur und Landschaft im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 in irgendeiner Form nicht korrekt wäre. - Im Vorranggebiet Natur und Landschaft südlich der B 495 im Altendorfer Moor wird nur ein Flächenanteil von - grob geschätzt - etwa 20 % landwirtschaftlich genutzt. Auf den nicht landwirtschaftlichen genutzten Flächen - grob geschätzt etwa 80 % - kommen die Biotoptypen "Nadelforst (...)", "Birken- und Kiefernwald entwässerter Standorte", "Wollgras-Stadium von Hoch- und Übergangsmooren" sowie "Gehölzjungwuchs oder sonstige Vegetation auf entwässertem Moor" sowie "Abtorfungsbereich" vor. Auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen sind es die Biotoptypen "Feucht- und Nassgrünland", "Mesophiles Grünland" und "Artenarmes Grünland feuchter Moorstandorte (...)".	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109a	P109/A.2 2	Z	Die Herleitung der Schutzwürdigkeit der Flächen aus dem Nds. Moorschutzprogramm ist im Altendorfer Moor nicht zulässig. Vielmehr ist hier vor Ort und anhand aktueller Daten die tatsächliche Nutzung und die tatsächliche Schutzwürdigkeit zu prüfen, bevor hier aufgrund vorhandener Pläne und auf Grundlage einer veralteten Datenlage eine Schutzwürdigkeit angenommen wird.	Das Moorschutzprogramm mit Teil I von 1981, Teil II von 1986 und der Ergänzung von 1994 legt die naturschutzfachlichen Zielvorstellungen für den Schutz und die Entwicklung der niedersächsischen Hochmoore fest [Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen, Erläuterungen zu Ziffer 3.1.2 - Natur und Landschaft - Zu Ziffer 05, Satz 1]. - Seitens des Landes Niedersachsen sind neue naturschutzfachliche Zielvorstellungen in Vorbereitung, bisher jedoch nicht verbindlich.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.2 3	Z	<u>2. Aktuelle Daten zum Brutvogelbestand</u> Auch aktuelle Daten zur Brutvogeluntersuchung stehen nicht im Widerspruch zur Windenergienutzung im Altendorfer Moor.	Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.2 4	Z	Ein Gutachten von dem Büro BIOS aus Osterholz-Scharmbeck vom September 2012 zur Brutvogeluntersuchung im Altendorfer Moor kommt in einer zusammenfassenden Bewertung des Projektgebietes zu der Einstufung als Brutvogellebensraum von lokaler Bedeutung - ggf. unter Berücksichtigung weiterer Potentiale, von regionaler Bedeutung. Diese Einstufung ist das Ergebnis einer flächendeckenden Bestandsaufnahme in der Brutsaison 2012. Dabei wurde das gesamte Artenspektrum aufgenommen. Mit dieser Einstufung bleibt die Gebietsbewertung unterhalb der Schwelle, die bei der Restriktionsanalyse für Vorranggebiete im RROP eine Windkraftnutzung ausschließt.	Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.2 5	Z	Nach den aktuellen Daten zum Altendorfer Moor wäre der Bau eines Windparks also mit den Kriterien des Landkreises für die Windenergienutzung geeignet. Das Gutachten von BIOS vom September 2012 ist diesem Schreiben beigelegt (Anlage 2 - Brutvogeluntersuchung).	Siehe P109/A.03, P109/A.04 und P109/A.10.	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.2 6	Z	<u>3. Verträglichkeit der Windenergienutzung mit Torfabbau und Hochmoorentwicklung</u> Die Eignung der Fläche in Osten-Altendorf für die Windenergienutzung ergibt sich insbesondere auch aus einer kleinräumigen Betrachtung der verschiedenen Einzelflächen im Altendorfer Moor. Im Altendorfer Moor sind Flächen zu finden, die — in unterschiedlicher Abstufung — das Potential für eine Hochmoorentwicklung haben. Durch die forstwirtschaftliche Nutzung auf zwei Waldflächen und die intensive landwirtschaftliche Nutzung mit Entwässerung und Ausbringung von Gülle begründen diese Flächen aber noch lange keine Schutzwürdigkeit und fallen nicht unter Gebiete, die eine Einstufung rechtfertigt, als Zitat: "für den Naturschutz wertvolle Gebiete mit herausragender Bedeutung", so wie dies in den Kriterien des Landkreises dargelegt ist.	Siehe P109/A.11.	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.2 7	Z	Bei sachgerechter Bewertung der Teilflächen ist das Altendorfer Moor ausreichend großflächig genug, um auf den landwirtschaftlich genutzten Flächen die Windenergienutzung zu ermöglichen.	Siehe P109/A.03.	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.2 8	Z	Auch der genehmigte Torfabbau steht der Windenergienutzung nicht entgegen. Die aktuell genehmigten Flächen sind kleinräumig genug, um auf den benachbarten landwirtschaftlich genutzten Flächen die Windenergienutzung zuzulassen.	Siehe P109/A.11.	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.2 9	Z	Selbst ein weiterer Torfabbau, der erwogen wird und aus Gründen einer langfristigen Moorentwicklung sogar befürwortet werden kann, ließe sich mit der Windenergienutzung vereinbaren.	Siehe P109/A.11. - Vorranggebiete Rohstoffgewinnung nach dem Regionalen Raumordnungsprogramm sind im Kriterienkatalog aus weiches Kriterium aufgeführt (einschließlich eines Puffers von 100 m).	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.3 0	Z	Auch die geplante Vernässung im Altendorfer Moor steht der Windenergienutzung nicht entgegen. In einem abgestimmten Konzept, ließen sich Vernässung, Pufferzonen und Windenergienutzung vereinbaren. Dieses würde der Hochmoorentwicklung nicht entgegenstehen — sondern, im Gegenteil, sogar wünschenswerte Pufferzonen ermöglichen.	Siehe P109/A.11.	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.3 1	Z	<u>4. Optimierung der Hochmoorentwicklung in einem Gesamtkonzept</u> Aktuell stehen einer großflächigen und zusammenhängenden Hochmoorentwicklung die Eigentumsverhältnisse im Altendorfer Moor entgegen. Im Rahmen eines Gesamtkonzeptes ließe sich im Altendorfer Moor aber eine Flächenarrondierung umsetzen, die entgegen der aktuellen Planungen ein großflächiges und vor allem zusammenhängende Moorgebiet ermöglichen würde. (Anlage 3 - Moorentwicklung-aktueller Planungsstand)	Siehe P109/A.11.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109a	P109/A.3 2	Z	Auf Druck des Landkreises wurde die Vernässung auf den in den letzten Jahren abgetorften Flächen eingeleitet. Dieses behindert ein Gesamtkonzept im Altendorfer Moor. Aber auch dann, wenn die Vernässung auf den abgetorften Flächen abgeschlossen ist, verbleiben ausreichend landwirtschaftlich genutzte Flächen für die Windenergienutzung. Im Zusammenhang mit der Windenergienutzung bestehen weiterhin gute Voraussetzungen, über eine Arrondierung von Flächen langfristig ein großflächiges und zusammenhängendes Mooregebiet zu entwickeln.	Die Umsetzung der rechtsverbindlich geregelten Kompensation für den Torfabbau war überfällig.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.3 3	Z	<u>5. Klimaschutz und wirtschaftliche Entwicklung der Region</u> Die Maßnahmen zur Hochmoorentwicklung dienen gleichermaßen dem Umweltschutz wie auch dem Klimaschutz. Optimiert wird dieses noch, wenn die Nutzung der Windenergie durch die Einsparung fossiler Energien bei der Stromerzeugung den CO ₂ Ausstoß vermindert.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.3 4	Z	Wenn dann gleichzeitig die Nutzung der Windenergie dazu führt, dass weitere Flächen renaturiert und zusätzliche Flächen aus der intensiven landwirtschaftlichen Nutzung genommen und extensiv genutzt werden, dann befördert und verstärkt die Windenergienutzung in der Region den Klimaschutz und die Hochmoorentwicklung.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.3 5	Z	Ergänzend ist anzuführen, dass der im Altendorfer Moor geplante Windpark als Bürgerwindpark konzipiert wird, der vorrangig zur regionalen Stromversorgung genutzt werden soll und die wirtschaftliche Entwicklung der Region stärken wird. Getragen und unterstützt wird dieser Windpark von über 50 Grundstückseigentümern. In der Bevölkerung findet dieser Windpark eine breite Zustimmung.	Die betriebsinterne Organisationsform eines Windparks stellt keinen raumordnerischen Belang dar.	Kenntnisnahme
P109a	P109/A.3 6	Z	<u>6. Ausschlussgebiete und Abstände</u> Ausschlussgebiete stehen einer Windenergienutzung im Altendorfer Moor nicht entgegen. Die Mindestabstände zur Wohnbebauung, zu anderen Nutzungen (wie dem Torfabbau), zu schützenswerten Flächen (wie Waldgebieten und wie bereits vermässen und naturschutzfachlich hochwertigen Flächen) und zu anderen Windparks können eingehalten werden. Weitere Gegebenheiten liegen nicht vor, die eine Windenergienutzung ausschließen würde.	Die angesprochene Fläche wird durch den 4 km Abstand zum Vorranggebiet Osten-Isensee ausgeschlossen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet ist somit nicht möglich.	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.3 7	Z	<u>Fazit</u> Auch das Altendorfer Moor ist für die Windenergienutzung geeignet und deshalb im Rahmen der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven — Teilabschnitt Windenergie 2014— als Potenzialfläche aufzunehmen und auf die Eignung für die Windenergienutzung zu prüfen.	Siehe P109/A.36	Nicht zu berücksichtigen
P109a	P109/A.3 8	Z	Wir beantragen deshalb, im Rahmen der Änderung Regionalen Raumordnungsprogramms — Teilabschnitt Windenergie 2014— das Altendorfer Moor in der Gemeinde Osten als Vorranggebiet Windenergienutzung aufzunehmen.	Siehe P109/A.36	Nicht zu berücksichtigen
P109b	P109/B.0 1	Z	<u>1 Einleitung</u> <u>1.1 Aufgabenstellung</u> Die Firma Bürgerenergie Altendorf verfolgt die Planung und den Bau eines Windparks (WP) im Altendorfer Moor (Landkreis Cuxhaven). Dieser Planung liegt ein Konzept zugrunde, über eine enge Einbindung der Grundstückseigentümer die räumliche Trennung des WP und dessen Einwirkungsbereich von einem zu renaturierenden Abtorfgebiet u.a. durch Flächentausch und Integration von Kompensationsflächen zu realisieren. Dadurch soll einerseits der Umfang möglicher Beeinträchtigungen im Vorfeld vermieden bzw. verringert und damit die Konfliktsituation entschärft werden. Zugleich soll eine bessere Ausgangsposition für die Wiedervernässung des Moores geschaffen werden. Bisher fehlen die raumordnerischen Voraussetzungen für die Realisierung des Projektes. Die u.a. für die Berücksichtigung bei einer Fortschreibung des RROP erforderlichen Planungsgrundlagen sollten mit der vorliegenden Erfassung und Bewertung des Projektgebietes als Brutvogellebensraum erarbeitet und bereitgestellt werden. Die Ergebnisse dienen auch der Konkretisierung der konzeptionellen Ansätze v.a. hinsichtlich der Verbindung mit der Moorrenaturierung.	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10. - Wichtige Aussage in diesem Absatz: "Bisher fehlen die raumordnerischen Voraussetzungen für die Realisierung dieses Projektes."	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109b	P109/B.0 2	Z	<p>1.2 Gebietsbeschreibung</p> <p>Abgeleitet von den naturräumlichen Verhältnissen und dem aus Voruntersuchungen (IfaB 1995) bekannten Artenspektrum wurde ein etwa 530 ha umfassendes Untersuchungsgebiet (UG) abgegrenzt. Dieses gliedert sich in einen Grünland- und einen Moorkomplex (s. Karte 1), deren Teilflächen 360 ha bzw. 170 ha einnehmen. Der Moorkomplex setzt sich divers und z.T. ineinander verschachtelt aus noch aktuell in Abtorfung befindlichen Torftagebauflächen, Degenarations- und ersten Renaturierungsflächen sowie einer aufgeforsteten Teilfläche zusammen. Das UG liegt im Altendorfer Moor, das zum nördlichen Kehdinger Moor gehört, dem größten deutschen Marschenmoor. Kennzeichnend ist seine besondere Lage zwischen dem Hochland von Elbe und Oste und den daraus abzuleitenden schwierigen Entwässerungsverhältnissen. Die Torfe sind auf anstehenden Marschentonen aufgewachsen. Das Moor ist heute vollständig entwässert, großflächig abgetorft und kultiviert. Im UG herrscht eine standortgemäße Grünlandnutzung vor.</p> <p>Naturräumlich gehört das UG zur Oste-Marsch und dem übergreifenden Naturraum Watten und Marschen. Zuständige Gebietskörperschaften sind die Samtgemeinde Hemmoor und der Landkreis Cuxhaven. Im unmittelbar benachbarten Landkreis Stade grenzen die beiden Samtgemeinden Nordkehdingen und Drochtersen an.</p>	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.0 3	Z	<p>Beschreibung der Vogellebensräume</p> <p>Der Vogellebensraum setzt sich im UG nach dem Gliederungsschema von Flade (1994) aus vorwiegend offenem Binnenländischem Feuchtgrünland und einem halboffenen degenerierten Regenmoor zusammen. Das Binnenländische Feuchtgrünland ist größtenteils tiefgründig entwässert. Lediglich in Randbereichen zum unkultivierten Moor-Komplex finden sich feuchtere staunasse Teilbereiche. Ein bewegtes Relief mit Kuppen und Mulden ist auf die Abtorfung zurückzuführen. Größere Straßen liegen nur randlich, ansonsten ist der Erschließungsgrad vergleichsweise gering. Direkte Zuwegungen ohne Querverbindungen erfolgen lediglich vom südwestlich angrenzenden Siedlungsbereich. Wege und Gräben sind z.T. von Büschen oder Gehölzen gesäumt. Die Bewirtschaftung des Grünlandes ist intensiv, vorwiegend als mehrschürige gedüngte Wiese mit frühem Nutzungsbeginn vor Anfang Juni. Teilflächen werden beweidet. Im Südosten wird auf größeren Ackerparzellen Mais angebaut. Darüber hinaus gliedern einzelne Gehölze und Aufforstungen das Nutzungsmosaik.</p>	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.0 4	Z	<p>Das halboffene degradierte Regenmoor ist auf etwa einem Drittel noch in Abtorfung. Diese Flächen sind offen, weitgehend vegetationslos und tiefgründig entwässert. Ansonsten setzt sich der Moorkomplex aus verschiedenen Degradationsstadien mit mehr oder weniger dichter Bewaldung zusammen. Eine Teilfläche am Nordostrand wurde nach Abtorfung aufgeforstet. Gehölzarme Flächen mit moortypischer Vegetation fehlen weitgehend. Im Übergang zum Grünland finden sich einzelne Grünlandbrachen, die im Zuge der Kultivierung „gekuhlt“ wurden. Durch das Aufgraben der Marschentone und die Vermischung mit Torf wurde die gewachsene Bodenstruktur zerstört. Hier grenzen z.T. wiedervernässte Teilflächen an. Einzelne kleine überwachsene Moorgewässer beschränken sich auf diesen Bereich.</p>	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.0 5	Z	<p>1.3 Material und Methode</p> <p>Erfassung der Brutvorkommen</p> <p>Als Grundlage für die Beschreibung und Bewertung der Brutvogelgemeinschaft wurde in der Brutsaison eine flächendeckende Bestandserfassung durchgeführt. Dabei wurde das gesamte Artenspektrum aufgenommen. Gefährdete, streng zu schützende und eingriffsbezogen empfindliche Arten wurden quantitativ erfasst. Die drei Erfassungstermine entsprechen nicht den Methodenstandards für systematische Brutvogeluntersuchungen von SÜDBECK et al. (2005). Im Ergebnis liegt eine Übersichtskartierung vor, die das Artenspektrum weitgehend vollständig sowie Status und Häufigkeitsverhältnisse zumindest der Offenlandarten mit hoher Genauigkeit angibt. Die Kartierungen erfolgten zur Zeit der höchsten Aktivität der Vögel sowohl in den frühen Morgenstunden (Reviergesang) als auch am späteren Vormittag (Reviergesang Rohrsänger) zur Erfassung balzender Greifvögel (z.B. Rohrweihe). Die Brutbestandserfassung ist im Wesentlichen eine Kartierung von Revier anzeigendem Verhalten (insbesondere stetiger Reviergesang der Männchen, Batzverhalten verpaarter Individuen) und direkten Hinweisen auf die Brut (z. B. den Nestbau) sowie das Füttern oder Führen von Jungvögeln. Entsprechend der Methodik (s. SÜDBECK et al. 2005) bestätigte Reviere werden der Brutpopulation zugeordnet und neben Hinweisen auf Brutverdacht sowie direkten Brutnachweisen bei der Darstellung und Bewertung der Ergebnisse gleich behandelt.</p>	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10. - Wichtige Aussagen in diesem Absatz: "Die drei Erfassungstermine entsprechen nicht den Methodenstandards für systematische Brutvogeluntersuchungen für SÜDBECK et al. (2005). Im Ergebnis liegt eine Übersichtskartierung vor, die das Artenspektrum weitgehend vollständig sowie Status und Häufigkeitsverhältnisse zumindest der Offenlandarten mit hoher Genauigkeit angibt."	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109b	P109/B.0 6	Z	<p>Bewertung als Brutvogellebensraum</p> <p>Die Bewertung des Brutvogellebensraumes erfolgt in der Regel nach dem standardisierten Bewertungsverfahren der Staatlichen Vogelschutzwarte Niedersachsen (WILMS et al. 1997). Dieser Bewertung liegen als Kriterien zur Einstufung von Vogelbrutgebieten der aktuelle Gefährdungsgrad der Arten, die Größe des erfassten Bestandes und die Anzahl gefährdeter Arten einer untersuchten Fläche zugrunde. Der Bestand sollte nach standardisierten feldornithologischen Methoden erfasst worden sein (s. SÜDBECK et al. 2005).</p> <p>Die Brutvogelarten werden entsprechend ihrer Häufigkeit in dem zu bewertenden Gebiet und ihrem Gefährdungsgrad (= Rote Liste-Kategorien 1-3) Punktwerte zugeordnet. Die Summen der Punktwerte werden anschließend auf eine Standardfläche von 1 km² normiert. Dieses Verfahren lässt sich optimal für Untersuchungsflächen einer Größe von 80-200 ha anwenden. Die Abgrenzung von zu bewertenden Gebieten sollte sich jedoch unabhängig davon an den landschaftlichen Gegebenheiten orientieren.</p> <p>Anhand festgelegter Schwellenwerte erfolgt abschließend die Einstufung als lokal, regional, landesweit oder national bedeutender Brutvogellebensraum (s. Tabelle 2). Bei diesem Verfahren wird der Gefährdungsgrad der Region (Watten und Marschen), des Landes Niedersachsen und Deutschlands differenziert und damit der natürlichen Artverbreitung sowie ihrer naturräumlichen Gefährdung Rechnung getragen.</p>	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.0 7	Z	<p>2 Ergebnisse der Untersuchung</p> <p>2.1 Zusammensetzung der BruWogelgemeinschaft</p> <p>Insgesamt konnten im Untersuchungszeitraum für das Altendorfer Moor 53 Vogelarten nachgewiesen werden. Davon umfasste die Brutvogelgemeinschaft 38 Arten. Weitere 10 Arten brüteten wahrscheinlich außerhalb und nutzten das UG als Nahrungshabitat. Während des Heimzuges, der die Brutperiode zeitlich bis in den Juni hinein überlagert, konnten im Rahmen der Brutvogelerfassung 5 Arten als Gastvögel festgestellt werden. Die Zusammensetzung des Artenspektrums sowie Status Gefährdungs- und Schutzsituation der Arten sind in Tabelle 5 im Anhang dargestellt. Entsprechend der Zusammensetzung und Struktur des UG (vgl. Kapitel 1.2) setzt sich die Brutvogelgemeinschaft vergleichsweise artenreich zusammen. Die mit deutlichem Abstand häufigste Brutvogelart ist mit 26 Paaren die bestandsgefährdete Feldlerche, deren Häufigkeit den hohen Anteil des Offenlandes und dessen besondere Qualität dokumentiert. In der Häufigkeit folgen mit dem Kiebitz (18 Paare) eine weitere Offenlandart und die Dorngrasmücke, die den Brutvogellebensraum halboffenes Regenmoor repräsentiert.</p>	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10. Wichtige Aussage in diesem Absatz: "Entsprechend der Zusammensetzung und Struktur des UG (...) setzt sich die Brutvogelgemeinschaft vergleichsweise artenreich zusammen." - Die Anzahl von 18 Brutpaaren des Kiebitz ist beeindruckend hoch (...) und hätte wohl artenschutzrechtliche und -fachliche Auswirkungen).	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.0 8	Z	<p>Binnenländisches Feuchtgrünland</p> <p>Die planungsbezogen störepfindliche Gruppe der Offenlandarten ist im UG mit den 4 bestandsgefährdeten Arten Kiebitz, Feldlerche, Braunkehlchen und Wiesenpieper sowie dem Schwarzkehlchen vertreten. Mit der Feldlerche stellt diese Gruppe auch die häufigste und damit dominante Art der Vogelgemeinschaft. Nachweise von Leitarten und weiteren z.T. lebensraumtypischen spezialisierten Arten ergeben einen hohen Strukturwert für diesen Brutvogellebensraum. Die Brutvorkommen der bestandsgefährdeten Offenlandarten Feldlerche, Wiesenpieper und Braunkehlchen verteilen sich über den gesamten Grünland-Komplex. Die Kiebitzpaare verteilen sich geklumpt im Nordwestlichen und südöstlichen Randbereich in</p> <p>Abhängigkeit der Feuchteverhältnisse, aber auch der Lage von Maisäckern, die als Schlupflebensraum genutzt werden. Auffällig sind Abstände zum Siedlungsbereich von Altendorf, aber auch zu Gehölzkulissen, die eine potenzielle Gefahr durch Deckungs- und Ansitzmöglichkeiten natürlicher Feinde der Bodenbrüter darstellen (S. Karten 1-3).</p>	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.0 9	Z	<p>Halboffenes degeneriertes Regenmoor</p> <p>Von der Brutvogelgemeinschaft degenerierter Regenmoore konnte von den spezialisierten Leitarten lediglich der Brachvogel als Nahrungsgast festgestellt werden. In Abhängigkeit des Sukzessionsstadiums traten noch die bestandsgefährdeten Arten Krickente, Wasserralle, Gartenrotschwanz, Feldschwirl und Neuntöter als Brutvögel auf, die bis auf den Gartenrotschwanz nur mit 1-2 Paaren nachgewiesen werden konnten. Ansonsten dominierten die allgemein verbreiteten Singvogelarten Dorngrasmücke, Zilpzalp und Baumpieper in diesem Brutvogellebensraum. Das hier nachgewiesene Artenspektrum ist im Vergleich zu den Offenlandarten i.d.R. weniger störepfindlich.</p>	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109b	P109/B.1 0	Z	3 Bewertung der Ergebnisse 3.1 Bewertung des Brutvogellebensraumes Aftendorfer Moor Grünlandkomplex Eine Bewertung der Vorkommen bestandsgefährdeter Brutvogelarten nach der Standardbewertungsmethode von WPLMS et al. (1997) ergibt für den Grünlandkomplex im Aftendorfer Moor die Einstufung als Brutvogellebensraum lokaler Bedeutung (s. Tabelle 3). In die Bewertung gehen Brutvorkommen von sechs bestandsgefährdeten Arten ein. Auch die Bewertung für die Region Watten und Marschen basiert auf diesem Spektrum. Aus lokaler Sicht vorrangig wertbestimmend sind aktuell die Lebensraumqualitäten für die Offenlandarten Braunkehlchen, Feldlerche, Kiebitz und Wiesenpieper.	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.1 1	Z	Hochmoor-Degenerationskomplex Für den in Abtorfung befindlichen bzw. brachliegenden Degenerationskomplex ergab die Bewertung die Einstufung als Brutvogellebensraum lokaler Bedeutung. Auch dieser Bewertung liegen Brutvorkommen von sechs bestandsgefährdeten Arten zugrunde. Wertbestimmend für die derzeitige lokale Bedeutung sind vorrangig die Strukturen und Qualitäten für die moortypischen Arten Krickente und Feldschwirl.	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.1 2	Z	Weitere Bewertungsaspekte Bei den Punktezahlen ist von einem Mindestwert auszugehen, da nachtaktive Arten methodisch bedingt nicht vollständig erfasst werden konnten. Außerdem kann nicht aus geschlossen werden, dass im Halboffenland einzelne Paare/Reviere insbesondere von störfähigen Arten übersehen wurden. Zu diesem Artenspektrum gehören z.B. Neuntöter und Feldschwirl. Für das Offenland gehen wir davon aus, dass mindestens 80 % der Brutvorkommen der nachgewiesenen Arten erfasst werden konnten. Weiterhin wertbestimmend sind die Vorkommen der 4 gemäß Anhang 1 der EU-Vogel schutzrichtlinie besonders zu schützenden Arten Kranich, Weißstorch, Rohrweihe und Neuntöter. Kranich, Rohrweihe und Weißstorch treten anscheinend regelmäßig als Nahrungsgäste auf und brüten in der Nachbarschaft. Dieses Artenspektrum repräsentiert vorrangig die Brutvogelgemeinschaft naturnaher, nur in Teilen extensiv genutzter Moore und Röhrichte, für deren Schutz im betroffenen Raum eine besondere Verantwortung besteht.	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10. - Wichtige Aussagen in diesem Absatz: "Weiterhin wertbestimmend sind die Vorkommen der 4 gemäß Anhang 1 der EU-Vogelschutzrichtlinie besonders zu schützenden Arten Kranich, Weißstorch, Rohrweihe und Neuntöter. Kranich, Rohrweihe und Weißstorch treten anscheinend regelmäßig als Nahrungsgäste auf und brüten in der Nachbarschaft." - Hinzu käme noch der Seeadler, vermutlich ab 2013 oder 2014 (... also nach Erstellung des BIOS-Gutachtens). - In den Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten werden angegeben: Weißstorch: Mindestabstand 1.000 m, Prüfbereich 2.000 m - Rohrweihe: Mindestabstand 1.000 m - Seeadler: Mindestabstand 3.000 m, Prüfbereich 6.000 m - Kranich: Mindestabstand 500 m.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.1 3	Z	4 Zusammenfassende Bewertung und Hinweise zum Konfliktpotenzial Die Bewertung des Projektgebietes als Brutvogellebensraum ergab sowohl für den größeren Grünlandkomplex als auch für den Hochmoor-Degenerationskomplex lokale Bedeutung. Diese Einstufung entspricht auch der Bewertung von Altdaten aus dem Jahr 1991, die dem aktuellen Landschaftsrahmenplan zugrunde lagen (IfaB 1995). Das wertbestimmende Artenspektrum ist trotz der Ausweitung der Abtorfung zumindest im Grünlandbereich weitgehend identisch. Lediglich die Bekassine konnte aktuell nicht mehr nachgewiesen werden. Es ist nicht auszuschließen, dass Einzelvorkommen dieser Art methodisch bedingt übersehen wurden. Andererseits kann das lokale Brutvorkommen auch aufgrund der Gebietsentwicklung durch Intensivierung der Nutzung und Absenkung der Wasserstände erloschen sein. Westlich benachbart konnte Aland (2005) die Art jedoch noch als Brutvogel mit 5 Paaren nachweisen.	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.1 4	Z	Unter Einbeziehung potenziell zu erwartender Vorkommen, z.B. nachaktiver Arten wie der Wachtel, erscheint auch eine höhere Einstufung als regional bedeutsamer Brutvogellebensraum möglich.	Kenntnisnahme. - Siehe P109/A.10.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109b	P109/B.1 5	Z	Auch unter Berücksichtigung des Potenzials bzw. der Defizite einer Übersichtskartierung bleibt die Gebietsbewertung unterhalb der Schwelle, die z.B. bei der Restriktionsanalyse für Vorranggebiete im RROP Windkraftnutzungen ausschließt. Ausschlusskriterium war hierfür die Einstufung mindestens nationaler Bedeutung von Brutvogellebensräumen. Dementsprechend können raumplanerische Konflikte mit dem geplanten Vorhaben aus avifaunistischer Sicht ausgeschlossen werden.	Mit der Erstellung des Entwurfs des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen. - Die Ermittlung der harten Tabuzonen stellten den Arbeitsschritt 1 dar, die Ermittlung der weichen Tabuzonen stellt den Arbeitsschritt 2 dar. Für die sich durch diese Arbeitsschritte ergebenden Potenzialflächen ergeben sich weitere Anforderungen an Vorranggebiete, die nicht von allen Potenzialflächen erfüllt werden können; in diesem sich anschließenden Arbeitsschritt 3 spielen auch naturschutzfachliche Anforderungen, die die jeweilige Fläche betreffen und nicht von den Tabuzonen abgedeckt wurden, eine Rolle. - Der Schluss, dass raumplanerische Konflikte ausgeschlossen werden können, ist nicht zutreffend, insbesondere unter Berücksichtigung der Ausführungen zum Artenschutz unter P109/B.012.	Nicht zu berücksichtigen
P109b	P109/B.1 6	Z	Die Länder-Arbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (LAG-VSW 2007) empfiehlt jedoch für Brutvogellebensräume ab der Einstufung regionaler Bedeutung Pufferzonen, die in der Breite der 10-fachen Anlagenhöhe, mindestens jedoch 1.200 m entsprechen. Dieser Aspekt ist dann relevant und genauer zu betrachten, wenn eine eingehende Untersuchung zu einer entsprechenden Bewertung kommt.	Kenntnisnahme. - Inzwischen gibt es eine neue Fassung aus 2015 der Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.1 7	Z	Konflikte können sich auch aus regelmäßigen Vorkommen von Großvogelarten wie z.B. von Weißstorch, Rohrweihe und Kranich ergeben, deren Raumnutzung im weiteren Planungsverlauf genauer untersucht und hinsichtlich der jeweiligen Empfindlichkeiten und Betroffenheit berücksichtigt werden muss. Für die Brutplätze dieser relevanten Arten werden für WEA Abstände von mindestens 1.000 m für fachlich erforderlich gehalten (LAG-VSW 2007).	Kenntnisnahme. - Siehe P109/B.12.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.1 8	Z	Weitere Konflikte können sich art- und gruppenspezifisch sowie aufgrund geplanter Renaturierungen im Hochmoorbereich ergeben.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.1 9	Z	Grünlandkomplex Für die wertbestimmenden Arten im Grünlandkomplex stellen Bau und Betrieb von WEA aufgrund der vergleichsweise hohen artspezifischen Empfindlichkeiten das größte Konfliktpotenzial dar. Bei den meisten Arten ist von Meideverhalten gegenüber den technischen Anlagen als Kulisse bzw. den Geräuschemissionen und optischen Reizen auszugehen. Bei den bestandsgefährdeten Arten darf man nicht von nennenswerten Ausweichmöglichkeiten ausgehen, da i.d. R. Lebensraumqualitäten und -strukturen bestandslimitierend sind. Somit wird sich voraussichtlich für diese Gruppe der höchste Kompensationsbedarf ergeben.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.2 0	Z	Moorkomplex Unabhängig vom geplanten Bauvorhaben ist für das derzeitige Abtorfungsgebiet eine Renaturierung vorgesehen, die entsprechend der Abbaugenehmigung unmittelbar nach Abschluss der Abtorfungsarbeiten umzusetzen ist. Hochmoorrenaturierung und Flächennutzungen durch Windenergieanlagen schließen sich aufgrund der Zielsetzungen des Naturschutzes grundsätzlich aus. Möglicherweise lassen sich hier Lösungen finden, die im Zusammenhang mit dem geplanten Bauvorhaben über Flächentausch und -arrondierung günstigere Ausgangsbedingungen und Flächenzuschnitte für die Hochmoorrenaturierung bereitstellen.	Kenntnisnahme. - Wichtige Aussagen in diesem Absatz: "Unabhängig vom geplanten Bauvorhaben ist für das derzeitige Abtorfungsgebiet eine Renaturierung vorgesehen, die entsprechend der Abbaugenehmigung unmittelbar nach Abschluss der Abtorfungsarbeiten umzusetzen ist. Hochmoorrenaturierung und Flächennutzungen durch Windenergieanlagen schließen sich aufgrund der Zielsetzungen des Naturschutzes grundsätzlich aus."	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P109b	P109/B.2 1	Z	Auch in diesem Zusammenhang sind Pufferzonen für empfindliche Arten fachlich erforderlich (vgl. LAG-VSW 2007). In diesen Pufferzonen sollte bei Begrenzung auf extensive Nutzung auch eine Wasserstandsanhhebung erfolgen. Wahrscheinlich lassen sich damit auch Kompensationserfordernisse z.B. für den Kiebitz und andere Offenlandarten ausgleichen.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P109b	P109/B.2 2	Z	Wenn durch den Vorhabensträger die Renaturierungsfläche vergrößert werden kann, ließe sich auch auf diesen Flächen eine Kompensation des zu erwartenden Lebensraumverlustes für Offenlandarten umsetzen.	Kenntnisnahme.	Kenntnisnahme
P110a	P110/A.0 1	Z	hiermit beantragen wir die Windenergie-Potentialflächen 101, 102 und 145 als Vorranggebiet Windenergienutzung in das Regionale Raumordnungsprogramm mit aufzunehmen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P110a	P110/A.0 2	Z	<u>Stellungnahme:</u> Die Potentialflächen 101, 102 und 145 sind aufgrund der zu geringen Größe in dem Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramm für den Landkreis Cuxhaven nicht aufgenommen worden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P110a	P110/A.0 3	Z	Die Fläche 101 mit einer Größe von 13,43 ha erlaubt jedoch unter Berücksichtigung aller planungsrelevanten Kriterien die Errichtung von drei Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe bis zu 200 m (Anhang). Ein Ausschluss dieser Fläche aufgrund zu geringer Flächengröße ist daher nicht aufrecht zu erhalten. Die Aufnahme der Fläche in die RROP Fortschreibung wird daher beantragt.	Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Konzept, dass Freiräume erhalten werden und große Standorte gebündelt werden. Die Größe von 19 ha ergibt sich aus einer Berechnung des Landkreises, die in der Begründung des RROP dargestellt wird. Kleinere Flächen würden dieses Konzept unterlaufen. Die 19 ha Mindestgröße wird auf das gesamte Landkreisgebiet einheitlich angewendet.	Nicht zu berücksichtigen
P110a	P110/A.0 4	Z	Die Potentialflächen 102 und 145 werden lediglich von der B 494 und der 110 kV Freileitung durchtrennt. Fasst man die Flächen zusammen, entsteht eine Potentialfläche mit 27,7 ha.	Aufgrund der Entfernung zwischen den Einzelflächen, können diese nicht als einheitlicher Windpark angesehen werden. Zudem befinden sich die Potentialflächen innerhalb des 4km Puffers zum Vorrangstandort Osten-Isensee.	Nicht zu berücksichtigen
P110a	P110/A.0 5	Z	Auch das Amt für Bauaufsicht und Regionalplanung des Landkreises Cuxhaven sieht weder eine Bundesstraße noch eine Freileitung als trennende Elemente von Vorranggebieten für Windenergienutzung.	Siehe P110/A.04	Nicht zu berücksichtigen
P110a	P110/A.0 6	Z	Vielmehr handelt es sich hier sogar um ein Gebiet mit einer bestehenden Vorbelastung, das für Windenergie genutzt werden kann, um gleichzeitig Gebiete mit geringerer Vorbelastung freizuhalten.	Siehe P110/A.04	Nicht zu berücksichtigen
P110a	P110/A.0 7	Z	Auch in diesen zusammengefassten Flächen ist die Errichtung von drei Windenergieanlagen unter Einhaltung aller planungsrelevanten Vorgaben möglich.	Siehe P110/A.04	Nicht zu berücksichtigen
P110a	P110/A.0 8	Z	Bei der Frage, ob Teilflächen zu einer Gesamfläche zusammengefasst werden können, bestehen grundsätzlich Ermessensspielräume. Ebenso wie die Flächen 102 und 145 zusammengefasst werden können, wäre auch ein Zusammenschluss dieser Flächen mit der Fläche 101 möglich.	Siehe P110/A.04	Nicht zu berücksichtigen
P110a	P110/A.0 9	Z	Um die Wirkung der geplanten WEA auf die Landschaft und den Raum zu verdeutlichen, sind Visualisierungen erstellt worden (Anhang), die zeigen, dass die Flächen zusammengekommen einen Windpark ergeben würden.	Siehe P110/A.04	Nicht zu berücksichtigen
P110a	P110/A.1 0	Z	Auch die Aussage, dass im Landkreis Cuxhaven größere Vorrangflächen bevorzugt werden, um eine möglichst hohe Stromausbeute zu erlangen, ist unser Meinung nach für den Ausschluss der von uns beantragten Flächen nicht relevant, da die im LROP vorgesehenen 300 MW von den zur Zeit geplanten 500 MW deutlich überschritten werden.	Siehe P110/A.04	Nicht zu berücksichtigen
P110a	P110/A.1 1	Z	Unter Beachtung der Schutzansprüche von Mensch und Natur entspricht das beantragte Plangebiet den Vorgaben des RROP. Für die Gemeinde Osten stellt die hier beantragte Vorrangfläche (sowohl 102+145, sowie 101, 102+145) eine deutlich geringere Belastung dar als umliegende Flächen, die in der Abwägung mit den hier beantragten Flächen konkurrieren würden.	Bei der Bewertung, welche Potentialfläche in diesem Bereich für die Windkraftnutzung am besten geeignet ist, ist der Landkreis Cuxhaven zum Ergebnis gekommen, dass dies die Fläche Osten-Isensee ist. Auch naturschutzfachlich ist diese Fläche für die Windkraftnutzung geeignet.	Nicht zu berücksichtigen
P110a	P110/A.1 2	Z	Der Abstand zu den Siedlungsflächen ist in den hier beantragten Gebieten besonders hervorzuheben. Durch die dünne Besiedlung werden weniger Menschen durch die Windkraftanlagen beeinträchtigt und die Belastungen der Bewohner in den Ortslagen durch die großen Abstände signifikant reduziert.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P110a	P110/A.1 3	Z	In dem am 30.07.2014 vom Gemeinderat der Gemeinde Osten gefassten Beschluss wird die hier vorgebrachte Stellungnahme deshalb einstimmig unterstützt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P110a	P110/A.1 4	Z	Aufgrund der hier vorgebrachten Argumente beantragen wir die Ausweisung der Flächen 102 und 145 als ein zusammengefasstes Vorranggebiet Windenergienutzung.	Siehe P110/A.04	Nicht zu berücksichtigen
P110a	P110/A.1 5	Z	Darüber hinaus beantragen wir, die Fläche 101 wegen des räumlichen Zusammenhangs zur Fläche 102+145 ebenso auszuweisen.	Siehe P110/A.04	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P110b	P110/B.0 1	Z	wie mit Hr. Boße von Naturstrom besprochen hat die Eigentümerin Frau Exner durch einen Gutachter festgestellt, dass ihr ererbtes Haus (ursprünglich Schröder) baufällig und sogar einsturzgefährdet ist. Deshalb wird es früher oder später abgerissen. Frau Exner wird dieses Gebäude aufgeben	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P110b	P110/B.0 2	Z	Wir beantragen daher, das Flurstück mit diesem Gebäude so zu bewerten, als wenn kein Gebäude mehr darauf stehen würde und die Potentialfläche Nr. 102 bzw. 145 für Windenergie dementsprechend zu vergrößern.	Siehe P110/A.04	Nicht zu berücksichtigen
P111a	P111/A.0 1	E 01	1. Harte und weiche Tabuzonen Die vorgesehenen Vorranggebiete, zu denen künftig der Bereich des im BImSchG Genehmigungsverfahren befindlichen Windparks Köhlen-Brockoh nicht mehr gehören soll, beruhen auf der Anwendung eines Kriterienrahmens bestehend aus harten und weichen Tabuzonen. Die Herleitung der harten und weichen Tabuzonen und ihr Zusammenspiel werden in der Begründung dargelegt. Es wird deutlich, dass sich der Landkreis bemüht, als harte Tabuzonen nur die Bereiche anzusehen, in denen rechtliche Festlegungen die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) absolut ausschließen.	Dies ist sachlich richtig wiedergegeben.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.0 2	E 01	1, Harte Tabuzonen Die Behandlung eines Puffers von 420 m um Ortslagen und sonstige wohnbauliche Nutzungen wie etwa Einzellagen als harte Tabuzone ist durch rechtliche Festlegungen im vorstehenden Sinne nicht gedeckt.	Die 2fache Anlagehöhe ist als harte Tabuzone heranzuziehen, da eine Unterschreitung eine gemäß Rechtsprechung unzulässige optisch bedrängende Wirkung entfaltet. Unabhängig von der harten Tabuzone sieht der Kriterienkatalog einen Siedlungsabstand von 500m zu Einzellagen und 1000m zu Ortslagen vor, der als Vorsorgeabstand als weiche Tabuzone anzusehen ist. In diesen 500 bzw. 1000m ist eine harte Tabuzone als 2fache Anlagenhöhe bereits enthalten. Die herangezogene WEA ist die größte bekannte Onshore-WEA, die gewählt wurde, um in jedem Fall die optisch bedrängende Wirkung ausschließen zu können. Die Wahl ist also keinesfalls willkürlich.	Nicht zu berücksichtigen
P111a	P111/A.0 3	E 01	a) Zwar geht die Rechtsprechung zur sog. optisch bedrängenden Wirkung von WEA davon aus, dass diese bei einem Abstand von zweifacher Gesamthöhe oder weniger gegeben ist, jedoch ist es verfehlt, als Maßstab die z.Zt. höchste WEA mit einer Gesamthöhe von 210m zu wählen. Es können durchaus erheblich niedrigere WEA zum Einsatz kommen mit der Folge, dass auch bei geringeren Abständen — bei einer WEA mit einer Gesamthöhe von 100 m etwa bei einem Abstand von 200 m und mehr — der in der Begründung allein angesprochene Gesichtspunkt der optisch bedrängenden Wirkung nicht zwingend gegen die Zulässigkeit der WEA spricht.	Siehe P111/A.02	Nicht zu berücksichtigen
P111a	P111/A.0 4	E 01	Abgesehen davon kommt es auch bei geringen Abständen immer auf den Einzelfall, z.B. auf bauliche Anlagen oder Bäume und Gehölze zwischen dem Wohngebäude und der WEA, an, so dass grds. bezweifelt werden muss, dass sich aus der sog. optisch bedrängenden Wirkung eine harte Tabuzone ableiten lässt.	In dem zitierten Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen wurde festgestellt, dass bei einer Unterschreitung eines Abstandes der zweifachen Gesamtanlagenhöhe eine optisch bedrängende Wirkung anzunehmen ist. Aus diesem Grund hat der Landkreis die zweifache Anlagenhöhe zugrunde gelegt, da bei dieser im Einzelfall (unter Berücksichtigung des Einzelfalls) eine optisch bedrückende Wirkung ausgeschlossen werden kann. Ein geringerer Abstand ist nach der Rechtsprechung, wie ausgeführt, jedoch nicht möglich.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111a	P111/A.0 5	E 01	b) Zusätzlich ist die Anknüpfung der Tabuzone an den Begriff der „Ortslage“ problematisch. Abstandsfordernungen leiten ihre Rechtfertigung stets aus dem Schutz vor Immissionen ab, sei es im engen Sinne z.B. vor Lärm oder, weiter gefasst, vor optisch bedrängender Wirkung. Ob ein und ggf. welcher Abstand im Hinblick auf den Schutz vor Immissionen zwingend geboten ist, hängt immer von der Schutzwürdigkeit des konkreten Schutzobjekts ab. Daher knüpfen die TA Lärm, die DIN 18005 und andere dem Lärmschutz dienende Regelungen bei der Bestimmung des Schutzanspruchs nie allein an den Begriff der Ortslage oder den Begriff des Innenbereichs an, sondern stellen auf Nutzungsarten bzw. durch bestimmte Nutzungen geprägte Gebietstypen ab. Der Begriff der Ortslage als solcher steht immissionsschutzrechtlich nicht für einen bestimmten Schutzanspruch, er verhält sich dazu vielmehr indifferent. Dann aber ist der Begriff, weil er nicht für bestimmte Schutzansprüche gegenüber Immissionen steht, nicht geeignet als Anknüpfungspunkt für die Bestimmung harter — oder auch weicher — Tabuzonen.	Eine ausführlichere Definition des Begriffes der Ortslage wird im RROP Entwurf 2015 vorgenommen. Die vom Landkreis Cuxhaven gewählten Abstände sind Vorsorgeabstände zu wohnbaulichen Nutzungen und insofern unabhängig vom Immissionsschutz.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.0 6	E 01	Der Entwurf greift auf die Datenbestände des ATKIS zurück. Nach ATKIS sind Ortslagen „im Zusammenhang bebaute Flächen“, deren Fläche entweder mindestens 10 ha umfasst oder aber 10 Anwesen. Der Begriff unterscheidet demnach nicht danach, ob es sich um ein 10 ha großes Industriegebiet handelt, das (nahezu) keinen Schutzanspruch gegenüber Immissionen für sich beanspruchen kann, oder um ein reines Wohngebiet. Soll ein Windpark in der Nähe der Ortslage „Industriegebiet“ errichtet werden, würde vorliegend der gleiche harte (oder weiche) Abstand gefordert werden, wie wenn es um die Errichtung eines Windparks in der unmittelbaren Nachbarschaft zur Ortslage „reines Wohngebiet“ ginge. Der hier gewählte, vom Immissionsschutz abgekoppelte „Ortslagen“-Begriff erscheint daher grds. ungeeignet als Anknüpfungspunkt für letztlich dem Immissionsschutz dienende Abstandsregeln.	Siehe P111.A05	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.0 7	E 01	Danach ist festzustellen, dass die harten Tabuzonen deutlich umfangreicher angenommen werden, als sie tatsächlich sind. Dies gilt auch für den Bereich Köhlen-Brockoh.	Siehe P111.A05	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.0 8	E 01	2. Weiche Tabuzonen Weiche Tabuzonen werden nach allgemeinem Verständnis gebildet, um dem Vorsorgegrundsatz entsprechend Schutzgüter schon im Vorfeld schädlicher Umwelteinwirkungen und sonstiger Gefahren, erheblicher Nachteile und Belästigungen vor den möglichen nachteiligen Auswirkungen von WEA zu schützen. Die Rechtsprechung hat anerkannt, dass der Träger der Raumordnung bei Aufstellung des RROP vorsorgend tätig werden kann. Allerdings bedürfen auch die der Vorsorge dienenden weichen Tabuzonen, da sie Inhalt und Schranken des durch Art. 14 Abs. 1 GG geschützten Eigentums bestimmen, der sachlichen Rechtfertigung und hinreichenden Bestimmtheit; der Verhältnismäßigkeitsgrundsatz gilt auch insoweit. Vor diesem Hintergrund begegnen auch einige der weichen Tabuzonen erheblichen rechtlichen Bedenken.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.0 9	E 01	a) Siedlungsflächen aa) Auch hier gilt, dass der vorliegend verwendete „Ortslagen“-Begriff als Anknüpfungspunkt für den dem vorbeugenden Immissionsschutz dienenden Puffer-Abstand von 1000m nicht geeignet ist. Auch Vorsorgewerte dürfen ihres sachlichen Bezuges zum Immissionsschutz nicht völlig entkleidet werden. Mit dem Puffer von 1000 m um Ortslagen unabhängig von deren immissionsschutzrechtlicher Schutzbedürftigkeit wird dieser Bezug aufgegeben.	Siehe P111.A05	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.1 0	E 01	Industriegebiete oder Gewerbegebiete werden genauso geschützt wie sensible reine Wohngebiete. Bereiche, die nach den üblichen immissionsschutzrechtlichen Kriterien dem Außenbereich zuzurechnen wären, werden nun Teil der Ortslage, was dazu führt, dass ein Siedlungsbereich, der nach Immissionsschutzrecht einen Schutzanspruch gegen über Lärm von 60/45 dB(A) hat, nun so behandelt wird wie ein reines Wohngebiet mit dem Schutzanspruch 50/35 dB(A). Dies lässt sich sachlich nicht rechtfertigen. Auch Vorsorgeregelungen müssen sich am Gleichbehandlungsgrundsatz messen lassen, der es eben auch untersagt, wesentlich Ungleiches gleich zu behandeln. Die daraus erwachsenden Nachteile für die Betreiber von Windparks, die Grundeigentümer der WEA-Standorte und die Gemeinden können ganz erheblich sein.	Siehe P111.A05	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111a	P111/A.1 1	E 01	Entsprechend kritisch ist der Puffer von 500 m um bewohnte Einzellagen im Außenbereich zu sehen. Der Immissionsschutz, selbst der vorbeugende Immissionsschutz verlangt derartige Puffer nicht. Je nach WEA-Typ und -Größe sind auch wesentlich geringere Abstände zwischen der bewohnten Einzellage im Außenbereich und WEA vor dem Hintergrund des § 5 Abs. 1 Nr. 1 (Gefahrenabwehr) und 2 (Vorsorge) BImSchG genehmigungsfähig.	Es ist richtig, dass, je nach Anlagenkonfiguration, kleinere Abstände aus immissionsschutzrechtlichen Gründen möglich sind. Allerdings stellen die Abstände Vorsorgeabstände dar, die unabhängig vom Immissionsschutz sind. Auf Ebene der Regionalplanung steht die Größe einer Windenergieanlage noch nicht fest. Es muss somit von einem Worst Case ausgegangen werden, der einheitlich für das gesamte Landkreisgebiet zugrunde gelegt wird.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.1 2	E 01	bb) Neu ist der Ansatz, die Puffer-Abstände nicht mehr vom WEA-Turm zu messen, sondern von der Rotorblattspitze. Begründet wird dies damit, dass im Rahmen des vorbeugenden Immissionsschutzes für die wohngenutzten Bereiche so ein ausreichender Schutz gewährleistet werden könne; Ortslagen dienten gegenüber Außenbereichslagen vorrangig dem Wohnen, so dass ein höherer Schutzanspruch bestehe (vgl. S. 9 der Begründung).	Laut des Urteils vom Bundesverwaltungsgericht vom 21.10.2004 (Az 4 C 3/04) muss sich die gesamte Windenergieanlage, das heißt auch die Flügelspitzen, innerhalb der Grenzen eines Bauleitplanes befinden. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover im Urteil vom 22.09.2011 (4 A 1052/10) analog auf Vorranggebiete in einem Regionalen Raumordnungsprogramm übertragen. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover in einem ähnlichen Fall im Urteil vom 30. August 2012 (Az. 12 A 1642/11) wiederholt angewandt. In diesem Fall wurde bestimmt, dass sich die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes befinden müssen. Insofern kann von einer gängigen und rechtsgültigen Rechtsprechung in dieser Thematik ausgegangen werden. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass sich die Flügellängen in der Laufzeit des RROP weiter vergrößern. Dies würde bedeuten, dass sich die Abstände zu den Anwohnern weiter minimieren, wenn nur auf den Turm abgestellt werden würde.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.1 3	E 01	Interessant sind die Ausführungen, weil nun doch explizit die Verknüpfung zum vorbeugenden Immissionsschutz hergestellt wird. Allerdings verkennt der Entwurf weiterhin, dass Ortslage nicht zugleich Wohnen und nicht zugleich höherer Schutzanspruch bedeutet. Die Schlussfolgerungen sind so einfach, wie sie sind, eben auch falsch (s.o.).	Siehe P111/A.12	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.1 4	E 01	Das Abstellen auf die Rotorblattspitze bedeutet eine Verschiebung der bisherigen Vorranggebietsgrenzen zu Lasten der Windenergienutzung. Dem so bewirkten erheblichen Verlust an Vorranggebietsfläche steht kein auch nur annähernd gleichwertiger Gewinn an mehr Immissionsschutz gegenüber.	Siehe P111/A.12	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.1 5	E 01	Rückt eine WEA 50 m näher an einen Immissionsort heran, verändert dies den Beurteilungspegel dort nahezu nicht. Dafür gehen wichtige Flächen für die Windenergienutzung verloren, dies zum Teil auch bei bestehenden Windparks in Vorranggebieten, die infolge des neuen Ansatzes Fläche verlieren.	Siehe P111/A.12	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.1 6	E 01	Da erhebliche öffentliche und private Belange für die Windenergienutzung sprechen und die Belange der potenziell Betroffenen zum einen bereits durch das BImSchG geschützt sind und zum anderen durch das Abstellen auf die Rotorblattspitze nicht spürbar befördert werden können, erscheint die Vorgabe unverhältnismäßig.	Siehe P111/A.12	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.1 7	E 01	In diesem Zusammenhang sei darauf hingewiesen, dass das Kriterium Rotorblattspitze durchaus ambivalent ist, und zwar in dem Sinne, dass dann, wenn die Rotorblattspitze die kürzeste Entfernung zum Immissionsort hat, der Rotorkreis von dort aus nicht zu sehen ist und Schattenwurf etc. ausscheidet. Ist der Rotorkreis demgegenüber vom Immissionsort aus voll zu sehen, ist der Abstand der Rotorblattspitzen zum Immissionsort am größten.	Siehe P111/A.12	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.1 8	E 01	b) Natur und Landschaft Auch weiche Kriterien müssen sich aufgrund ihrer grundrechtsgestaltenden Wirkung sachlich rechtfertigen lassen, sie müssen zudem dem Gleichbehandlungsgrundsatz und dem Verhältnismäßigkeitsgebot gerecht werden.	Die Argumente werden im weiteren detailliert vorgestellt und an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111a	P111/A.1 9	E 01	aa) Gesetzlich geschützte Biotop sind, betrachtet man den Katalog der Biotop in § 30 BNatSchG, gegenüber den Auswirkungen von WEA weitgehend unempfindlich. Im Gegenteil - es lässt sich durchaus sagen, dass die verstärkte Nutzung der Windenergie den Biotop mindestens mittelbar förderlich ist. Daher drängt sich eine Rechtfertigung für den Puffer von 200 m, zumal um ohnehin schon große Biotop von mind. 5 ha Fläche nicht auf.	Gesetzlich geschützte Biotop sind in § 30 BNatSchG normiert; dort ist eine umfangreiche Liste an - i.d.R. natürlichen oder naturnahen - Biotoptypen aufgeführt. Die Größe der gesetzlich geschützten Biotop ist sehr unterschiedlich; im Zuständigkeitsbereich der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven liegt sie zwischen 0,01 ha und 44,43 ha (auf der Basis der derzeit erfassten und benachrichtigten gesetzlich geschützten Biotop). Die Lage und Größe ist übrigens im Kartendienst "Schutzgebiete und -objekte" im Internet-Geoportal des Landkreises Cuxhaven ersichtlich. Lediglich gesetzlich geschützte Biotop mit einer Flächengröße von über 5 ha sind im Kriterienkatalog den weichen Tabuzonen zugerechnet. Diese +/- großflächigen gesetzlich geschützten Biotop sind in ihrer Qualität mit Naturschutzgebieten vergleichbar. Da die im Kreisgebiet vorkommenden Biotoptypen wie Moore, Sümpfe, Röhrichte, Großseggenrieder, seggen- und binsenreiche Nasswiesen usw. vielfach die zugehörige Pflanzen- und Tierwelt aufweisen, sind sie keineswegs als gegenüber Windenergieanlagen unempfindlich einzuschätzen.	Nicht zu berücksichtigen
P111a	P111/A.2 0	E 01	bb) Die Begriffe „Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung“ und „Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung“ stellen unbestimmte Rechtsbegriffe dar. Dass sie von Fall zu Fall und je nach Interessenlage auch manipulaüv angewandt werden können, dürfte heute allgemeiner Stand der Erkenntnis sein. Daher ist bedauerlich, dass den Unterlagen nicht explizit zu entnehmen ist, nach welchen Einzelkriterien genau die Gebiete bestimmt worden sind.	Die Begriffe "Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung" und "Gastvogellebensraum mit internationaler bzw. nationaler Bedeutung" sind keinesfalls unbestimmte Rechtsbegriffe. Wesentliche Grundlagen zur Bewertung der Vogelbrutgebiete stellen die Veröffentlichungen von BEHM et al. (2013) ["Verfahren zur Bewertung von Vogelbrutgebieten in Niedersachsen. 3. Fassung, Stand 2013"] und von KRÜGER et al. (2013) ["Quantitative Kriterien zur Bewertung von Gastvogellebensräumen in Niedersachsen. 3. Fassung, Stand 2013"] dar. Ein wesentliches Problem der Planungspraxis ist, dass in Gutachten vielfach nicht korrekt nach diesen Methodenstandards verfahren wird. Dies führt dann zu Nachforderungen seitens der Unteren Naturschutzbehörde, die Verzögerungen in den Planungen und Verwaltungsverfahren nach sich zieht. Insofern wären Unterlagen, die den o.g. Methodenstandards entsprechen, eine große Hilfe. - Dass diese Methodenstandards manipulativ angewendet werden können, ist ein geradezu ungeheuerlicher und absurder Vorwurf. Sofern die Methodenstandards vollumfänglich (!) angewendet werden, kann es allenfalls in einzelnen Fällen zu "Grenzfällen" kommen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111a	P111/A.2 1	A	Wir beantragen, in die Unterlagen, die zur Bestimmung und Abgrenzung der o.a. Gebiete verwendet wurden - einschließlich der Aufzeichnungen und Protokolle, die Auskunft über die Zusammensetzung und die konkreten Erwägungen und Empfehlungen des beratenden Expertengremiums (vgl. S. 10 der Begründung)-, Einsicht nehmen zu dürfen.	Dem Einwender können entgeltlich Umweltinformationen bereitgestellt werden.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.2 2	SO 16	Dies gilt umso nachdrücklicher, als unsere Mandantin zwar aus dem Entwurf ersehen kann, dass der Bereich des von ihr zur Zeit entwickelten Windparks Köhlen-Brockoh nicht mehr als Vorranggebiet vorgesehen ist, weil es sich nach Auffassung des Landkreises um ein "Vogelbrutgebiet von nationaler Bedeutung" handele. Jedoch lässt sich den Unterlagen nicht entnehmen, welche Vogelarten zu dieser Einstufung geführt haben. Anfragen unserer Mandantin an den Landkreis Cuxhaven vom 07.07.2014 und vom 16.07.2014, welcher Sachverhalt zu der Bewertung des Gebietes B 2419.007 als national bedeutsam führt und wie dieses Gebiet abgegrenzt ist, wurden vom Landkreis bisher nicht beantwortet.	Es ist nicht bekannt, dass eine Anfrage vom Juli 2014 unbeantwortet geblieben wäre. - Möglicherweise ist die Anfrage mit Schreiben vom 6. August 2014 beantwortet worden [Schreiben an PNE WIND AG, z.Hd. Herrn Kottke, Cuxhaven zu "Köhlen-Brockoh"].	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.2 3	E 01	Wir halten mithin fest dass gegen einige weiche Tabuzonen bzw. die ihnen zugrunde liegenden Kriterien und ihre Handhabung rechtliche Bedenken bestehen. Insbesondere gilt dies für die Kriterien, die die Siedlungsflächen und die zu ihnen einzuhaltenden Abstände betreffen, aber auch die Handhabung der Kriterien „Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung“ und „Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung“ - generell wie im konkreten Fall des Windparks Köhlen-Brockoh.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.2 4	E 01	Der „Ortslagen“-Begriff, die Pufferabstände und das Kriterium „Rotorblattspitze“ beschränken die Windenergienutzung ohne sachlich hinreichende Rechtfertigung zusätzlich. Zweifel bestehen auch im Hinblick auf das Gleichbehandlungs- und das Verhältnismäßigkeitsgebot. Das Potenzialflächenangebot ist danach größer als in den Unterlagen angegeben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.2 5	E 01	II. Auswahl der Vorranggebiete aus den Potenzialflächen Anhand der ausgelegten Unterlagen lässt sich die Auswahl der Vorranggebiete aus den Potenzialflächen nicht genau nachvollziehen. Ebenso wenig lässt sich konkret nachvollziehen, aus welchen Gründen genau einige Gebiete nicht mit ausgewählt wurden. Das Verfahren „leidet“ insoweit nicht an übergroßer Transparenz. Eine weitergehende Stellungnahme zum Arbeitsschritt 3 im Allgemeinen und im Besonderen ist daher zur Zeit im Grunde nicht möglich.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Begründung der Auswahl der Vorranggebiete wird in diesem Zuge detaillierter ausgeführt.	Zu berücksichtigen
P111a	P111/A.2 6	U, SO 16	In Anbetracht der Brisanz, den der Wegfall des Vorranggebiets am Standort Köhlen-Brockoh für unsere Mandantin hätte, hat sie die planungsgruppe grün gmbh gebeten, anhand der Angaben im Umweltbericht — Teil C des RROP — Teilabschnitt Windenergie — (Bosch und Partner, Stand 5.6.2014), anhand des avifaunistischen Gutachtens zum Windpark Köhlen-Brockoh, regionalplan & uvp, Dezember 2012, der Überprüfung eines Rohrweihen-Brutvorkommens im Plangebiet und dessen 3 km-Umfeldes durch Ökologis, Stand Juli 2014, und unter Berücksichtigung der Abstimmungen mit der UNB im Rahmen des Genehmigungsverfahrens (63 ImG 30/2012) zu beurteilen, ob der Standort Köhlen-Brockoh eine nationale Bedeutung als Brutvogellebensraum besitzt. In dem als Anlage beigefügten Gutachten kommt das Büro zu dem Ergebnis, dass es nach den vorliegenden Erkenntnissen keine Anhaltspunkte für die Bewertung des Standortes Köhlen-Brockoh als Brutvogellebensraum nationaler Bedeutung gibt. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Ausführungen im Gutachten.	Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Der Abstand zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten wird im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden. Die Einteilung von Vogelbrutgebieten nach ihrer Bedeutung (hier: nationale Bedeutung) wird vom NLWKN vorgenommen. Die Überprüfung dieser Kategorien ist nicht Aufgabe der Regionalplanung bzw. der SUP. Inwiefern Brutvorkommen der Wiesenweihe für die Bewertung des Gebiets eine Bedeutung hat, ist an dieser Stelle nicht Gegenstand der Untersuchung. Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerWG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG).	Teilweise zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111a	P111/A.2 7	SO 16	Danach besteht bis auf weiteres kein belastbarer Grund, den Bereich des Windparks Köhlen-Brockoh künftig nicht mehr als Vorranggebiet auszuweisen. Wir beantragen daher, den in Rede stehenden Bereich als Vorranggebiet auszuweisen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.2 8	B 01	III. Ziele und Grundsätze in Kap. 4.2.2 Windenergie Zu Ziffer 01: Satz 2 bestimmt, dass WEA außerhalb der Vorranggebiete nicht zulässig seien. Den Erläuterungen dazu ist zu entnehmen, dass dies nur dann der Fall ist, wenn die WEA inklusive des Fundaments und der vom Rotor überstrichenen Flächen vollständig innerhalb der Vorranggebietsfläche liegt.	Laut des Urteils vom Bundesverwaltungsgericht vom 21.10.2004 (Az 4 C 3/04) muss sich die gesamte Windenergieanlage, das heißt auch die Flügelspitzen, innerhalb der Grenzen eines Bauleitplanes befinden. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover im Urteil vom 22.09.2011 (4 A 1052/10) analog auf Vorranggebiete in einem "Regionalen Raumordnungsprogramm" übertragen. Das Argument der Maßstäblichkeit ist insofern hinfällig, da auch ein Flächennutzungsplan nicht parzellenscharf ist. Das Urteil vom Bundesverwaltungsgericht gilt allerdings auch für den Flächennutzungsplan, da es sich nicht auf Bebauungspläne bezieht, sondern auf Bauleitpläne. Das Argument der Genauigkeit des Maßstabes ist weiterhin auch deshalb nicht haltbar, da bei einem heranziehen des Turms oder des Fundaments der Anlage anstatt der Flügelspitze, diese ebenfalls nicht metergenau bestimmt werden können. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover in einem ähnlichen Fall im Urteil vom 30. August 2012 (Az. 12 A 1642/11) wiederholt angewandt. In diesem Fall wurde bestimmt, dass sich die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes befinden müssen. Insofern kann von einer gängigen und rechtsgültigen Rechtsprechung in dieser Thematik ausgegangen werden. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass sich die Flügellängen in der Laufzeit des RROP weiter vergrößern. Dies würde bedeuten, dass sich die Abstände zu den Anwohnern weiter minimieren, wenn nur auf den Turm abgestellt werden würde.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.2 9	B 01	Damit weicht der Landkreis von der seit langem — nicht nur von ihm — geübten Praxis ab, der zufolge es entscheidend darauf ankam, dass der WEA-Turm vollständig innerhalb des Vorranggebiets steht. Eine Verpflichtung, so zu verfahren, besteht für den Landkreis als Träger der Raumordnung nicht. Es steht ihm frei zu bestimmen, dass die Vorranggebietsgrenzen von den WEA-Türmen einschließlich den Fundamenten als den eigentlichen stationären Bauteilen der WEA einzuhalten sind. Lediglich wenn im RROP nichts weiter dazu ausgeführt ist, geht Rechtsprechung vereinzelt davon aus, dass dann auch die von den Rotorblättern überstrichene Fläche innerhalb des Vorranggebiets liegen muss.	Siehe P111.A28	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.3 0	B 01	Gründe, die für diese Regelung sprechen, werden in der Begründung zu Ziff. 01 Satz 2 nicht genannt. Sie sind auch nicht ersichtlich. Der Immissionschutz wird nicht dadurch signifikant verbessert, dass die WEA insgesamt im Vorranggebiet liegt. Für die Frage, ob die WEA optisch bedrängend wirkt, kommt es auf die Windrichtung im Verhältnis zum zu betrachtenden Immissionsort an und nicht darauf, ob die WEA 50 m weiter vorne oder hinten steht. Auf den Lärmschutz wirken sich 50 m mehr oder weniger angesichts der ohnehin einzuhaltenden Abstände ebenfalls nicht aus. Grenzabstandsrechtliche Bestimmungen der NBauO sind unabhängig von der Regelung im RROP zu beachten.	Siehe P111.A28	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111a	P111/A.3 1	B 01	Diesem Befund steht gegenüber, dass dann, wenn die Rotorkreisflächen ebenfalls vollständig im Vorranggebiet liegen müssen, in erheblichem Umfang WEA-nutzbare Fläche verloren geht. Dies stünde wiederum den Zielen des Landkreises, nämlich angesichts der besonders hohen Bedeutung des Landkreises für die Erzeugung von Windenergie den Ausbau der Windenergie an Land zu fördern und so seinen Beitrag für die Energiewende zu leisten (vgl. S. 5 der Begründung), deutlich entgegen.	Siehe P111.A28	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.3 2	B 01	Namens und im Auftrag unserer Mandantin schlagen wir daher folgende Formulierung für Ziff. 01 Satz 2 vor: „Die Errichtung der Fundamente raumbedeutsamer Windenergieanlagen ist außerhalb der in der zeichnerischen Darstellung gekennzeichneten Vorranggebiete Windenergienutzung nicht zulässig (Ausschlusswirkung).“	Siehe P111.A28	Nicht zu berücksichtigen
P111a	P111/A.3 3	E 01	Unbestimmt ist und bleibt die Reichweite der Vorranggebietsdarstellung, denn der erläuternde Hinweis, „ausschlaggebend ist die Mitte der Umgrenzungslinie“, dürfte in der Praxis mehr Fragen aufwerfen als beantworten.	Diese ist über ein GIS-System zweifelsfrei zu ermitteln. Gemeint ist die halbe Strichstärke.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.3 4	B 04	Zu. Ziff. 04: Verlangt wird der vollständige Rückbau der WEA-Fundamente. Zunächst ist fraglich, was unter „Fundament“ verstanden werden soll. Sofern auch Tiefengründungen gemeint sind, die von Fall zu Fall erforderlich sind und bedeuten, dass ca. 30 m lange Pfähle in den Boden eingebracht werden, auf die sich dann das eigentliche Fundament stützt, ginge dies deutlich über das aus Gründen des Umweltschutzes Gebotene hinaus.	Der Rückbau von Außenbereichsvorhaben nach Betriebsaufgabe ist im BauGB festgeschrieben und wird insofern wohl nicht grundsätzlich in Frage gestellt. Fundamente, Wegebau und Erschließung sind notwendige Bestandteile des Außenbereichsvorhabens und somit ebenfalls von der Rückbauverpflichtung abgedeckt. Die Aufnahme in das RROP hat damit eher klarstellenden Charakter und bedeutet gegenüber den heutigen Regelungen keine Änderung. Durch die neue Formulierung unter Ziffer 04 der "Beschreibenden Darstellung" im Entwurf 2015 (Rückbau bis zu einer Tiefe von 2,5m) wird eine Abwägung der verschiedenen Belange zum Rückbau berücksichtigt.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.3 5	B 04	Der Eingriff in Natur und Landschaft, der mit dem Rückbau verbunden wäre, wenn er denn technisch überhaupt leistbar ist, wäre erheblich und stünde in keinem Verhältnis zum Ertrag für den Schutz des Bodens und des Wasserhaushalts. Denn die Pfähle stören die Bodenfunktionen nicht erheblich. Die Materialien, aus denen die Pfähle bestehen, sind nicht boden- oder grundwassergefährdend. Das Risiko, dass unterschiedliche Grundwasserschichten miteinander verbunden werden, würde durch die Entfernung der Pfähle erst befördert. Sollten durch die Pfähle im Einzelfall nachteilige Auswirkungen auf die Bodenfunktionen verbleiben, wären diese im Rahmen der Eingriffsregelung in den Blick zu nehmen und zu kompensieren.	Siehe P111/A.34	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.3 6	B 04	Im Übrigen dient das Rückbaugesuch in erster Linie dem Schutz des Landschaftsbildes und im Übrigen dem öffentlichen Interesse, die Flächen nach Nutzungsaufgabe wieder land- oder forstwirtschaftlich oder zu Erholungszwecken nutzen zu können. Die Reinheit der tieferen Bodenschichten ist nicht das primäre Ziel des Gesetzgebers.	Siehe P111/A.34	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.3 7	B 04	Schließlich stünden die Kosten des Rückbaus auch der tiefer in den Boden eingebrachten Fundamenteile außer Verhältnis zu den positiven Effekten für die Umwelt.	Siehe P111/A.34	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.3 8	B 04	Daher schlagen wir für unsere Mandantin vor, Ziff. 04 Satz 2 nicht als Ziel der Raumordnung auszubilden, sondern allenfalls als Grundsatz, der noch der Abwägung zugänglich ist.	Siehe P111/A.34	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.3 9	B 04	Dies machte auch hinsichtlich des Wegerückbaus Sinn, denn es ist ohne weiteres denkbar, dass Wegeflächen nach Einstellung des Windparkbetriebs anderen sinnvollen Zwecken zugänglich gemacht werden können. Ein Ziel der Raumordnung ginge — ohne nachvollziehbaren Grund — daher zu weit.	Siehe P111/A.34	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111a	P111/A.4 0	B 06	<p>Zu Ziff. 06:</p> <p>Die Regelung verpflichtet die Gemeinden, Windparks nur innerhalb der Grenzen der Vorranggebiete auszuweisen. Damit schränkt das RROP die Planungshoheit für die örtliche Ebene über Gebühr ein, da selbst die sog. Feinsteuerung in räumlicher Hinsicht ausgeschlossen wäre. Dabei mag es sich im Einzelfall ergeben, dass sich kleinere Änderungen des räumlichen Zuschnitts, die die Ziele der Raumordnung und damit die Grundzüge der Planung nicht berühren, im Bauleitplanverfahren als sinnvoll erweisen. Wenn in Ziff. 05 den Gemeinden die Bestimmung der Höhen überlassen bleibt, gibt es keinen Grund, ihnen eine Feinsteuerung in räumlicher Hinsicht zu verwehren; z.B. um zuzulassen, dass die Rotorblätter auch außerhalb der Vorranggebietsgrenzen möglich sind.</p>	<p>Laut des Urteils vom Bundesverwaltungsgericht vom 21.10.2004 (Az 4 C 3/04) muss sich die gesamte Windenergieanlage, das heißt auch die Flügelspitzen, innerhalb der Grenzen eines Bauleitplanes befinden. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover im Urteil vom 22.09.2011 (4 A 1052/10) analog auf Vorranggebiete in einem "Regionalen Raumordnungsprogramm" übertragen. Das Argument der Maßstäblichkeit ist insofern hinfällig, da auch ein Flächennutzungsplan nicht parzellenscharf ist. Das Urteil vom Bundesverwaltungsgericht gilt allerdings auch für den Flächennutzungsplan, da es sich nicht auf Bebauungspläne bezieht, sondern auf Bauleitpläne. Das Argument der Genauigkeit des Maßstabes ist weiterhin auch deshalb nicht haltbar, da bei einem Heranziehen des Turms oder des Fundaments der Anlage anstatt der Flügelspitze, diese ebenfalls nicht metergenau bestimmt werden können. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover in einem ähnlichen Fall im Urteil vom 30. August 2012 (Az. 12 A 1642/11) wiederholt angewandt. In diesem Fall wurde bestimmt, dass sich die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes befinden müssen. Insofern kann von einer gängigen und rechtsgültigen Rechtsprechung in dieser Thematik ausgegangen werden. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass sich die Flügellängen in der Laufzeit des RROP weiter vergrößern.</p> <p>Dies würde bedeuten, dass sich die Abstände zu den Anwohnern weiter minimieren, wenn nur auf den Turm abgestellt werden würde.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P111a	P111/A.4 1	B 10	<p>Zu Ziff. 10:</p> <p>Die Regelung knüpft an den Befund an, dass einige alte Vorranggebiete, die heute Windparks beherbergen, die aktuellen Kriterien für Vorranggebiete nicht mehr erfüllen. Diese Altgebiete sollen nicht gänzlich „hinten runterfallen“, das „Angebot“, das der Landkreis mit der Ziff. 10 insoweit unterbreitet, ist indes allenfalls gut gemeint, aber nicht gut gemacht.</p>	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.4 2	B 10	Unsere Mandantin plant den Windpark Köhlen-Brockoh an einem Standort, der bislang als Vorranggebiet ausgewiesen war, nun aber nur noch auf der Grundlage vorhandener Bauleitpläne der Windenergienutzung zugeführt werden können soll. Aus Sicht unserer Mandantin ist dies nicht akzeptabel.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.4 3	B 10	Zum einen bestehen konkrete Anhaltspunkte dafür, dass der Windpark bei richtiger Anwendung der harten und weichen Tabukriterien den Status eines Vorranggebiets auch nach den aktuellen Kriterien erhalten könnte. Nach diesseitigem Kenntnisstand handelt es sich nicht um einen Brutvogellebensraum von nationaler Bedeutung.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.4 4	B 10	Unabhängig davon lassen es das Raumordnungsrecht und die dazu ergangene Rechtsprechung des OVG Lüneburg nach wie vor zu, Altstandorten eine Sonderstellung dadurch einzuräumen, dass sie zu Vorranggebieten erklärt werden, auch wenn sie die aktuellen Kriterien für Vorranggebiete nicht erfüllen. Die Begründung verweist auf S. 5, wenn auch in einer durchgestrichenen Textpassage, selbst und zu Recht auf die Entscheidung des OVG Lüneburg vom 9. Oktober 2008 — 12 KN 35/07 — (vgl. auch OVG Lüneburg, Urt. v. 17. Juni 2012 — 12 KN 80/12 —). Besteht demnach die Möglichkeit, sollte dieser Weg auch gegangen werden. Denn nur so erhalten die betroffenen Unternehmen, aber auch die betroffenen Gemeinden hinreichende Planungssicherheit für die Zukunft.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111a	P111/A.4 5	B 10	Den insoweit angesprochenen öffentlichen und privaten Belangen, die für die Fortführung des Standorts als Vorranggebiet sprechen, stehen keine gleichgewichtigen öffentlichen und privaten Belange gegenüber, die für das Herausfallen aus dem sicheren Vorranggebietsstatus sprechen. Natur und Umwelt stehen einer Realisierung von WEA am Standort nicht zwingend entgegen. Die Belange der Anwohner werden geschützt, zum einen dadurch, dass das BImSchG entsprechend hohe Schutzstandards normiert und durchsetzt. Niemand muss befürchten, unzumutbarem Immissionen ausgesetzt zu sein. Zum anderen dadurch, dass die voranschreitende Technik auch stets Verbesserungen beim Immissionsschutz mit sich bringt. Schließlich wären die Gemeinden in der Lage, mit den Mitteln der Bauleitplanung (vgl. Ziff. 05 Satz 3) die Feinststeuerung so vorzunehmen, dass den Besonderheiten der lokalen Ebene Rechnung getragen werden kann.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.4 6	B 10	Wir beantragen daher für unsere Mandantin, die alten Vorranggebiete, in denen Windparks betrieben werden oder zumindest in Planung sind, wiederum als Vorranggebiete in das RROP aufzunehmen.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.4 7	B 10	Festzustellen ist danach, dass es rechtlich einwandfrei möglich ist, den Bereich Köhlen-Brockoh wiederum zu einem Vorranggebiet zu erklären. Dann sprechen die besseren Gründe dafür, entsprechend zu verfahren.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.4 8	B 10	Satz 1 der Ziff. 10 schafft die Möglichkeit, entgegen den Zielen insbesondere in Ziff. 01, WEA auch dort zu errichten, wo dies durch entsprechende, in Kraft getretene Bauleitpläne vorgesehen ist. Satz 1 spricht insoweit von rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und -gebieten. In der Begründung ist davon die Rede, dass so auch bereits getätigte Investitionen gewürdigt werden könnten. Rechtliche Unsicherheit geht von dieser Regelung insoweit aus, als fraglich ist, was unter „rechtsgültig“ zu verstehen ist. Was ist mit Bauleitplänen, die unerkantet unwirksam sind? Soll die Gemeinde die Möglichkeit haben, etwaige Mängel eines rechtsunwirksamen Bauleitplans in einem ergänzenden Verfahren nach § 214 Abs. 4 BauGB zu heilen mit der Folge, dass der rückwirkend in Kraft gesetzte Bauleitplan die Errichtung von WEA dann wieder gem. Satz 1 deckt? Kann die Gemeinde ihre Bauleitpläne überhaupt ändern, ohne die Wirkung des Satzes 1 aufs Spiel zu setzen? Von einer möglichen Änderung der Bauleitpläne ist in Ziff. 10 nichts zu lesen. Satz 3 spricht dafür, dass die Gemeinden ihre Bauleitpläne nicht mehr ändern dürfen, wenn sie die Wirkung des Satzes 1 erhalten wollen.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.4 9	B 10	Abgesehen davon, dass die Regelung in Ziff. 10 eine Vielzahl von Fragen aufwirft, die die Rechtssicherheit des hier vom Landkreis gewählten Weges Zweifel aussetzt, liegt eine ganz erhebliche Beschränkung der Planungshoheit der Gemeinden darin, dass sie die Bauleitpläne, folgt man Satz 3, auf ewig in Stein meißelt, soweit es um die Höhe der WEA geht. Wodurch ist dies, zumal angesichts des ja durchaus unterschiedlichen Alters der Bauleitpläne, gerechtfertigt? Zumal doch in den „echten“ Vorranggebieten die Gemeinden die max. Gesamthöhe der WEA selbst festlegen und auch ggf. wieder ändern können.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.5 0	B 10	Will man in Sachen „Altvorranggebiete“ Rechtssicherheit für alle Beteiligten schaffen, gibt es zwei wirklich rechtssichere Wege: Man erklärt entweder die Altvorranggebiete zu Vorranggebieten und wendet auf sie u.a. Ziff. 05 an. Oder man eröffnet entsprechend dem Grundgedanken der Ziff. 10 eine eigene Gebietskategorie, lässt aber den Gemeinden die Möglichkeit, in Grenzen bauleitplanerisch zur Feinststeuerung in räumlicher Hinsicht und hinsichtlich der Höhe der WEA und generell zur „Reparatur“ möglicherweise fehlerhafter Bauleitpläne planerisch tätig zu werden.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.5 1	B 10	Für beide Wege spricht, dass für den Umgang mit Altstandorten/-vorranggebieten diejenige Ebene maßgeblich zuständig wäre, die seit Jahren die Erfahrungen mit den Windpark und etwaigen Konflikten um die Windenergienutzung hat, also z.B. auch die Betroffenheit von Anwohnern durch höhere WEA beurteilen kann.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.5 2	B 10	Dass es rechtlich möglich ist, die gemeindliche Ebene mit eigenen Steuerungskompetenzen auszustatten bzw. diese bei ihr zu lassen, folgt schon daraus, dass der Landkreis keine Raumordnungsplanung zum Teilgebiet Windenergienutzung betreiben muss; er kann dies allein den Gemeinden überlassen. Dann aber ist es allemal zulässig, den Gemeinden partiell eigene Regelungsräume zu belassen.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.5 3	B 10	Unsere Mandantin spricht sich daher dafür aus, einen der beiden aufgezeigten Wege zu beschreiten, jedenfalls aber mehr Rechtssicherheit dadurch zu erreichen, dass mehr Planungskompetenz bei den Gemeinden verbleibt.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.5 4	B 10	Eine mögliche Formulierung der Ziff. 10 könnte wie folgt lauten: „Außerhalb der festgelegten Vorranggebiete Windenergienutzung ist die Errichtung von Windenergieanlagen innerhalb des Geltungsbereichs von Bauleitplänen, die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieser Teilfortschreibung des RROP bekanntgemacht sind und Sonderbauflächen und Sondergebiete für Windenergienutzung darstellen bzw. festsetzen, möglich, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im Übrigen alle weiteren im Einzelfall noch zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden. Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche sind in der zeichnerischen Darstellung festgelegt. Die Festlegung der maximal zulässigen Gesamtanlagenhöhe über Grund erfolgt durch die Gemeinden als Träger der Bauleitplanung. Sofern in der Bauleitplanung keine Höhe festgelegt ist, erfolgt die Höhenfestlegung im Genehmigungsverfahren anhand einer raumordnerischen Beurteilung.“	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111a	P111/A.5 5	E 01	IV. Fazit Der ausgelegte Entwurf leidet an diversen Mängeln. Die harten und weichen Tabuzonen sind zum Teil rechtswidrig. Dies betrifft insbesondere die Tabuzonen zwischen Siedlungsflächen und Vorranggebieten.	Kenntnisnahme. Die einzelnen Argumente wurden an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.5 6	E 01	Die Regelungen zur Lage der WEA einschließlich der Rotorblattspitzen im Vorranggebiet und zum vollständigen Rückbau der WEA-Fundamente und der Wege nach Beendigung des Windparkbetriebs sind zum Teil nicht durchführbar, zum Teil führen sie zu Belastungen und Einschränkungen, die nicht durch Sachgründe von entsprechendem Gewicht getragen sind.	Kenntnisnahme. Die einzelnen Argumente wurden an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.5 7	B 10	Die Planungshoheit der Gemeinden wird ohne Not erheblich eingeschränkt (vgl. Ziff. 6 und 10).	Kenntnisnahme. Die einzelnen Argumente wurden an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.5 8	B 10	Die Regelungen Altstandorte/-vorranggebiete betreffend sind zu restriktiv und zudem nicht hinreichend rechtssicher. Will man die Altstandorte/-vorranggebiete nicht zu Vorranggebieten erklären, wäre Ziff. 10 so auszugestehen, dass die Gemeinden jedenfalls in gewissen Grenzen regelungsbefugt bleiben, insbesondere im Hinblick auf die zulässige Höhe von WEA.	Das Thema Repowering wird im nächsten Entwurf berücksichtigt und die Regelung hierzu angepasst.	Kenntnisnahme
P111a	P111/A.5 9	SO 16	Was den Standort Köhlen-Brockoh betrifft, liegen die Voraussetzungen für eine Vorranggebietsausweisung vor. Wir beantragen daher die Änderung der vorgelegten RROP Planung auch und in erster Linie insoweit.	Die Kriterien für eine Ausweisung als Vorranggebiet sind nicht erfüllt. Dem Standort Köhlen-Brockoh steht die weiche Tabuzone "Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung mit Puffer 200m" entgegen.	Nicht zu berücksichtigen
P111b	P111/B.0 1	SO 16	1. Anlass Im Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogrammes 2014 vom Juni 2014 ist der Standort Köhlen-Brockoh nicht mehr als Vorranggebiet für die Windenergienutzung dargestellt. Nach den Aussagen in der Begründung / Erläuterung erfüllt der Standort nicht mehr die Anforderungen der aktuellen Ausschlusskriterien und kann daher im Zuge der Teilfortschreibung nicht mehr übernommen werden. Unter Berücksichtigung der harten Ausschlusskriterien ist am Standort Köhlen-Brockoh die Errichtung von Windenergieanlagen möglich. Die Fläche befindet sich aber innerhalb der Flächen, die vom Landkreis Cuxhaven als weiche Tabuzonen gewertet werden. Im Umweltbericht - Teil C des RROP —Teilabschnitt Windenergie — des Landkreises Cuxhaven (Bosch und Partner, Stand 05.06.2014, wird ausgeführt, dass ein Vogelbrutgebiet (B2419-007) mit nationaler Bedeutung im Plangebiet und im Umfeld vorliegt. Aus der beschreibenden Darstellung sowie der Begründung / Erläuterung mit Umweltbericht ist nicht erkenntlich, welche Vogelvorkommen zu dieser Einstufung führen. Anfragen des Vorhabenträgers an den Landkreis Cuxhaven, welcher Sachverhalt zu der Bewertung des Gebietes B 2419.007 als national bedeutsam führt und wie dieses Gebiet abgegrenzt ist, wurden vom Landkreis Cuxhaven bis zum 06.08.2014 nicht beantwortet. Mit Schreiben vom 06.08.2014, Az. 67-1.5 wurde vom Landkreis Cuxhaven Informationen zu Brutvögeln in der Umgebung des Windparks Köhlen-Brockoh zur Verfügung gestellt. In der vorliegenden Stellungnahme soll beurteilt werden, ob der Standort Köhlen-Brockoh eine nationale Bedeutung als Brutvogellebensraum besitzt.	Mit der Erstellung des Entwurfs 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen. - Im Bereich der Sonderbaufläche Windenergienutzung Köhlen-Brockoh befindet sich im im Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms zu einem kleinen Teil eine harte Tabuzone, weit überwiegend jedoch eine weiche Tabuzone. - Die harte Tabuzone resultiert aus der Hochspannungsleitung, die weiche Tabuzone weit überwiegend aus einem Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung mit einem Puffer von 200 m, zu einem kleinen Teil aus einer Waldfläche über 1 ha mit einem Puffer von 100 m. Im Bereich der Sonderbaufläche Windenergienutzung Köhlen-Brockoh gibt es keine Potenzialfläche, folglich kann hier auch kein Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt werden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111b	P111/B.0 2	SO 16	<p>2. Datengrundlage</p> <p>Beurteilungsgrundlage für diese Stellungnahme sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Schreiben des Landkreises Cuxhaven vom 06.08.2014 • die Angaben im Umweltbericht - Teil C des RROP —Teilabschnitt Windenergie — des Landkreises Cuxhaven (Bosch und Partner, Stand 05.06.2014) • die vorhabenbezogen durchgeführten avifaunistischen Erfassungen- Avifaunistisches Gutachten zum Windpark Köhlen, Landkreis Cuxhaven, regionalplan & uvp, Dezember 2012 • die Überprüfung eines Rohrweihen-Brutvorkommens im Plangebiet und dessen 3 km Umfeld, Erfassung 2014 von Ökologis, Juli 2014 sowie • die Abstimmungen mit der Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens (63 ImG 30/2012) für den Windpark Köhlen. 	<p>In dem angesprochenen Schreiben vom 6. August 2014 wurde für eine Reihe von Vogelbrutgebieten die Bedeutung mitgeteilt, auch für das maßgebliche Vogelbrutgebiet. Dieses Gebiet B2419/007 "Brockoh" ist ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate ein Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung; mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate [Wiesenweihe] handelt es sich um ein Vogelbrutgebiet mit nationaler Bedeutung. Auf dem beigegeführten Tabellenblatt ist die Anzahl der Brutpaare für die einzelnen Arten aufgeführt, so u.a. 1 Brutpaar der Wiesenweihe, 1 Brutpaar der Rohrweihe, 10 Brutpaare des Kiebitzes, 1 Brutpaar des Großen Brachvogels, 1 Brutpaar der Waldohreule und 18 Brutpaare der Feldlerche; des Weiteren ist für die Arten Wespenbussard, Wiesenweihe und Rotmilan die Bedeutung als Nahrungshabitat verzeichnet. In dem Schreiben vom 6. August 2014 wurde darauf hingewiesen, dass die Zahl der Vorkommen des Großen Brachvogels (deutlich) höher liegt. Auf das einige Monate zuvor bekannt gewordene Vorkommen des Seeadlers in etwa 3,4 bis 3,5 km Entfernung wurde ebenfalls hingewiesen.</p>	Kenntnisnahme
P111b	P111/B.0 3	SO 16	<p>3. Bestandssituation</p> <p>3.1 AVIFAUNISTISCHES GUTACHTEN (REGIONALPLAN & UVP, DEZEMBER 2012)</p> <p>Die Bewertung der Brutvogellebensräume entsprechend der Ergebnisse der durchgeführten avifaunistischen Untersuchung (regionalplan & uvp 2012) ist als Anlage beigelegt. Danach wird mit Ausnahme des Teilgebietes 5 Brockoh in den Teilgebieten maximal eine regionale Bedeutung erreicht. Für das Teilgebiet 5 Brockoh wird im avifaunistischen Gutachten eine landesweite Bedeutung angegeben. Diese Einstufung ist methodisch nicht korrekt. Bei korrekter Anwendung der Bewertungsmethodik wird eine landesweite Bedeutung erreicht, wenn nach der RL des Landes Niedersachsen 16 Punkte erreicht oder überschritten werden. Im Teilgebiet 5 Brockoh wird mit dem Endpunktwert von 10,2 der erforderliche Wert unterschritten. Demensprechend wird für alle Teilgebiete maximal eine regionale Bedeutung festgestellt.</p>	<p>Die als Anlage beigelegte Bewertung der Brutvogellebensräume (regionalplan & uvp 2012) wird zur Kenntnis genommen. Es handelt sich dabei um einen 6 Seiten umfassenden Auszug aus der avifaunistischen Untersuchung, vor allem um die Bewertungstabellen zu den einzelnen Teilflächen. Auf eine eigene Auswertung der Anlage wird verzichtet, da im vorliegenden Gutachten P111/B nur das ausgeführte Ergebnis der Untersuchung angezweifelt wird und das komplette Gutachten von regionalplan & uvp nicht Bestandteil der Einwendung ist.</p>	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111b	P111/B.0 4	U, SO 16	<p>3.2 UMWELTBERICHT ZUM ENTWURF RROP 2014 (BOSCH UND PARTNER, JUNI 2014)</p> <p>Im Umweltbericht - Teil C des RROP - Teilabschnitt Windenergie - des Landkreises Cuxhaven (Bosch und Partner, Stand 05.06.2014) werden folgende windempfindliche Vogelarten am Standort Köhlen-Brockoh genannt:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Rohrweihe (Plangebiet: 1 Brutpaar) • Großer Brachvogel (Plangebiet: 1 Brutpaar) • Kiebitz (Plangebiet 1 Brutpaar, artspezifischer Radius innerhalb Mindestabstand (500m): 8 Brutpaare, innerhalb Prüfbereich (500-1.000m): 3 Brutpaare) • Waldohreule (artspezifischer Radius innerhalb Mindestabstand (500m): 1 Brutpaar) • Wiesenweihe (artspezifischer Radius innerhalb Mindestabstand (1.000m): 1 Brutpaar, innerhalb Prüfbereich (1.000-2.000m): 1 Brutpaar) <p>Die vorgenannten Arten sind mit Ausnahme der Wiesenweihe im avifaunistischen Gutachten (regionalplan & uvp, Dezember 2012) und der dort durchgeführten Bewertung berücksichtigt. Dementsprechend ist zu vermuten, dass die Bewertung des Standortes Köhlen-Brockoh als national bedeutsamer Brutvogellebensraum auf Grund der benannten Wiesenweihenvorkommen vorgenommen wurde.</p>	<p>Gemäß der Kartierung der Avifauna von Mitte 2012 befindet sich ein Brutpaar der Wiesenweihe innerhalb des Mindestabstands von 1.000 m und ein Brutpaar innerhalb des Prüfbereichs (1.000 bis 3.000 m). Unspezifische, nicht weiter erläuterte Hinweise zu umweltbezogenen Schutzgütern können im Zuge der SUP nicht berücksichtigt werden.</p> <p>Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Der Abstand zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten wird im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden. Dies gilt auch für das potenzielle Vorranggebiet Köhlen-Brockoh. Zu tiefergreifenden Untersuchungen ist die Regionalplanung nicht verpflichtet.</p>	Teilweise zu berücksichtigen
P111b	P111/B.0 5	U, SO 16	<p>Im Rahmen der vorhabenbezogenen Kartierungen kam während der Hauptdurchzugszeiten der Wiesenweihe Anfang Mai und August (vgl. SÜDEBECK et al. 2005) in 2010 zu zwei Beobachtungen im UG (regionalplan & uvp, Dezember 2012). Bei der Abstimmung mit der Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven im Rahmen des Genehmigungsverfahrens wurde dem Vorhabenträger von der Naturschutzbehörde mitgeteilt, dass Hinweise aus 2012 vorliegen, die besagen, dass im westlichen Randbereich des UG ein Wiesenweihenpaar gebrütet haben soll bzw. mehrfach Wiesenweihen im UG beobachtet wurden (telefonische Information der UNB Landkreis Cuxhaven vom 05.06.2013). In den weiteren Abstimmungen konnten diese Hinweise nicht konkretisiert und bestätigt werden. Aufgrund dessen wurde von Seiten des Landkreises Cuxhaven bei einem Termin am 13.01.2014 bestätigt, dass ein Brutvorkommen für die Windparkfläche ausgeschlossen wird.</p>	<p>Gemäß der Kartierung der Avifauna von Mitte 2012 befindet sich ein Brutpaar der Wiesenweihe innerhalb des Mindestabstands von 1.000 m und ein Brutpaar innerhalb des Prüfbereichs (1.000 bis 3.000 m). Unspezifische, nicht weiter erläuterte Hinweise zu umweltbezogenen Schutzgütern können im Zuge der SUP nicht berücksichtigt werden.</p> <p>Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Die angenommenen Abstände zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten werden im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und ggf. angepasst werden. Dies gilt auch für das potenzielle Vorranggebiet Köhlen-Brockoh. Zu tiefergreifenden Untersuchungen ist die Regionalplanung nicht verpflichtet.</p>	Teilweise zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111b	P111/B.0 6	U, SO 16	Im Bereich des NSGs „Langes Moor“ (min. 3 km nördlich) wird ein Brutrevier, laut Auskunft der UNB des Landkreises Cuxhaven, vermutet. Die am 05.06.2013 von der Naturschutzbehörde gegebenen Hinweise beruhen auf einer falschen Interpretation einer bei der Naturschutzbehörde gefertigten Karte. Dementsprechend ist festzustellen, dass 1. Kein Wiesenweihenbrutpaar innerhalb des 1.000m Radius um den Standort Köhlen Brockoh vorkommt 2. Das von der Naturschutzbehörde vermutete Wiesenweihenbrutpaar im Naturschutzgebiet Langes Moor mehr als 3 km vom Standort Köhlen-Brockoh entfernt liegt Die im Umweltbericht diesbezüglich getroffenen Aussagen sind zu berichtigen.	Gemäß der Kartierung der Avifauna von Mitte 2012 befindet sich ein Brutpaar der Wiesenweihe innerhalb des Mindestabstands von 1.000 m und ein Brutpaar innerhalb des Prüfbereichs (1.000 bis 3.000 m) des potenziellen Vorranggebiets Köhlen-Brockoh. Unspezifische, nicht weiter erläuterte Hinweise zu umweltbezogenen Schutzgütern können im Zuge der SUP nicht berücksichtigt werden. Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P111b	P111/B.0 7	SO 16	3.3 SCHREIBEN DES LANDKREISES CUXHAVEN VOM 06.08.2014 Im Schreiben des Landkreises Cuxhaven vom 06.08.2014 wird ausgeführt, dass das Vogeleibutgebiet B 241 9-007 „Brockoh“, das annähernd die komplette Vorrangfläche Windenergie Köhlen-Brockoh aus dem RROP 2012 umfasst, ohne Berücksichtigung der Nahrungshabitate ein Vogelbrutgebiet mit regionaler Bedeutung ist. Damit wird die Bewertung aus dem avifaunistischen Gutachten (regionalplan & uvp, Dezember 2012) bestätigt. Mit Berücksichtigung der Nahrungshabitate (Wiesenweihe) handelt es sich nach den Aussagen des Landkreises Cuxhaven um ein Vogeleibutgebiet nationaler Bedeutung.	Kenntnisnahme. - Siehe P111/B.02.	Kenntnisnahme
P111b	P111/B.0 8	SO 16	3.4 BESONDERE BERÜCKSICHTIGUNG DER NAHRUNGSHABITATE AUSGEWÄHLTER ARTEN Gemäß der Fachveröffentlichung des NLWKN zur Bewertung der Vogellebensräume (Behm, K & T. Krüger: Verfahren zur Bewertung von Vogelbrutgebieten in Niedersachsen, 3. Fassung, Stand 2013) wird unter Ziffer 2.4 ausgeführt, dass die Nahrungshabitate ausgewählter Arten besondere Berücksichtigung finden und zusätzlich zu dem bekannten Punktwertverfahren der Brutplätze gesondert bewertet werden. Die Bewertung der Nahrungshabitate dieser Arten führt abhängig von der Art ohne weitere Differenzierung zu landesweiter oder nationaler Bedeutung. In Tab. 4 sind die entsprechenden Arten aufgeführt. Die Fachveröffentlichung führt hierzu weiter aus: „Für die auf Grund Ihrer besonderen Gefährdung ausgewählten Greifvogelarten (s. Tab 4) werden die Bruthabitate einschließlich der nahe gelegenen Bereiche, die regelmäßig zur Nahrungssuche genutzt werden, bewertet.“ (Seite 61). Bei den Nahrungshabitaten der Wiesenweihe ist die nationale Bedeutung gegeben. Bei der Wiesenweihe ist weitere Voraussetzung ein stetig genutztes Nahrungshabitat.	Kenntnisnahme. - Siehe P111/B.02.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P111b	P111/B.09	SO 16	Betrachtet man die Fachkonvention „Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten“ der LÄNDERARBEITSGEMEINSCHAFT DER VOGELSCHUTZWARTEN (LAG VSW) - Entwurf, 75.05.2074 — wird bei der Wiesenweihe ein Prüfbereich von 3 km angegeben. Dieser Prüfbereich beschreibt Radien um geplante WEA, innerhalb derer zu prüfen ist, ob Nahrungshabitate, Schlafplätze oder andere wichtige Habitate der betreffenden Art (Artengruppe) vorhanden sind, die regelmäßig angeflogen werden. „Die Größe der Prüfbereiche orientiert sich an der Dimension des sog. Homerange, also dem Bereich, der von den betroffenen Individuen regelmäßig genutzt wird. Für seine Abgrenzung wurden artspezifische Telemetriestudien, langjährige Beobachtungsreihen und die aktuelle Einschätzung von Artexperten herangezogen“ (LAG VSW 2014). Dies bedeutet, dass die regelmäßig genutzten Nahrungshabitate der Wiesenweihe in einer Entfernung von bis zu 3 km liegen. Wenn Nahrungsflächen in größerer Entfernung genutzt werden, handelt es sich bei regelmäßiger Nutzung um eine Ausnahmesituation oder um eine zufällige Nutzung, die nicht mit einer nationalen Bedeutung zu belegen ist.	Der genannte Entwurf der "Abstandsempfehlungen für Windenergieanlagen zu bedeutsamen Vogellebensräumen sowie Brutplätzen ausgewählter Vogelarten" liegt hier nicht vor. Inzwischen ist auch die endgültige Fassung veröffentlicht. - In den Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten (2015) wird ausgesagt, dass die empfohlenen Mindestabstände zu Brutvorkommen WEA-sensibler Arten anhand von artspezifischen Telemetriestudien, Funktionsraumanalysen, langjährigen Beobachtungen und der Einschätzung von Artexperten ermittelt wurden. Im Hinblick auf die Größe der Prüfbereiche wird ausgesagt, dass diese sich an der Dimension der sogenannten Homerange orientiert, also dem Bereich, der von den betroffenen Individuen regelmäßig genutzt wird; für die Abgrenzung wurden artspezifische Telemetriestudien, langjährige Beobachtungsreihen und die aktuelle Einschätzung von Artexperten herangezogen. Diese methodischen Aussagen gelten generell. Für die Wiesenweihe beträgt der Mindestabstand 1.000 m, der Prüfbereich 3.000 m. - Für die Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms ist die Bedeutung des Vogelbrutgebiets - siehe P111/B.02 - und die Einhaltung der Mindestabstände der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten entscheidend. Die Erstellung von Raumnutzungsanalysen ist nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren zuzuordnen.	Kenntnisnahme
P111b	P111/B.10	SO 16	Die Ergebnisse der durchgeführten avifaunistischen Untersuchungen mit zwei Beobachtungen 2010 im UG kam während der Hauptdurchzugszeiten der Wiesenweihe Anfang Mai und August (regionalplan & uvp, Dezember 2012) belegen ebenfalls, dass der Standort Köhlen-Brockoh kein regelmäßig genutzter Nahrungsraum ist. Die Hauptdurchzugszeit nach Südbeck et. al. sind Ende April bis Mitte Mai. Die Brutgebiete werden Ende Juli bis Mitte August verlassen. Während der eigentlichen Brutzeit wurde die Wiesenweihe nicht festgestellt.	Die Bedeutung als Vogelbrutgebiet ist für den angesprochenen Raum dokumentiert. - Für die Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms ist die Bedeutung des Vogelbrutgebiets - siehe P111/B.02 - und die Einhaltung der Mindestabstände der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten entscheidend. Die Erstellung von Raumnutzungsanalysen ist nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren zuzuordnen.	Kenntnisnahme
P111b	P111/B.11	SO 16	Betrachtet man das Umfeld des von der Naturschutzbehörde vermuteten Brutplatzes im NSG Langes Moor, ist festzustellen, dass das gesamte Umfeld des NSG mit relativ kleinstrukturierten Grünlandflächen geprägt ist, die eine bessere Habitateignung als Nahrungsgebiet für die Wiesenweihe aufweisen als der Standort Köhlen-Brockoh. Dementsprechend ist hier ein ausreichendes Nahrungsangebot im unmittelbaren Umfeld des von der Naturschutzbehörde vermuteten Brutplatzes gegeben. Eine Ausnahmesituation mit ungeeigneten Nahrungsflächen im Umfeld des Brutplatzes, die dazu führen kann, dass Wiesenweihen regelmäßig Nahrungsflächen aufsuchen, die weiter als 3 km vom Brutplatz entfernt sind, ist nicht erkennbar. Das Gegenteil ist der Fall. Bei der Überprüfung eines Rohrweihen-Brutvorkommens im Plangebiet und dessen 3 km Umfeld, Erfassung 2014 von Ökologis, Juli 2014, konnte am Standort Köhlen-Brockoh keine Wiesenweihe festgestellt werden. Es gibt nach den vorliegenden Erkenntnissen keine Anhaltspunkte für die Bewertung des Standortes Köhlen-Brockoh als Brutvogellebensraum nationaler Bedeutung.	Es ist nicht nachvollziehbar, woher die Aussage stammt, dass der Brutplatz der Wiesenweihe im Langes Moor vermutet wird. In den Beiträgen des Naturschutzamtes zur Erstellung des Entwurfs 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird diese Aussage nicht getroffen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P112	P112.01	A	wir nehmen Bezug auf die Stellungnahme unserer Mandantin zum Entwurf der Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014 vom 29. Juli 2014. Wir teilen in diesem Zusammenhang zunächst mit, dass wir für die wpd Windpark Nr. 301 GmbH & Co. KG auch im Rahmen der weiteren Entwurfsplanung zum Regionalen Raumordnungsprogramm des Landkreis Cuxhaven vertretungsberechtigt sind. Die ordnungsgemäße Bevollmächtigung ist Ihnen bekannt. In der zuvor genannten Stellungnahme hat unsere Mandantin bereits auf handwerkliche Fehler und Unklarheiten im Zusammenhang mit dem Vorranggebiet „Osten-Isensee“ im derzeitigen Entwurf des von Ihnen aufzustellenden (Teil-)Regionalplans hingewiesen. Wir weisen in diesem Zusammenhang auf weitete rechtliche Unklarheiten im Rahmen des Planentwurfs hin. Im Einzelnen:	Die Argumente werden im weiteren detailliert vorgestellt und an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme
P112	P112.02	E 01	<u>1. Fehlerhafte Planungskonzeption</u> Auf S. 6 der Begründung zur Fortschreibung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie 2014 heißt es: „Aus diesem Grund können Kriterien nur als hart eingestuft werden, wenn rechtliche Festlegungen die Errichtung von Windenergieanlagen absolut ausschließen. Sobald in der jeweiligen Rechtsgrundlage ein Ausnahmetatbestand eingeräumt wird, wird das Kriterium als weich behandelt.“ Diese Aussage hinsichtlich der Einordnung eines Kriteriums als „hart“, ist unzutreffend. Ein hartes Tabukriterium liegt nicht nur vor, wenn rechtliche Festlegungen die Errichtung von Windenergieanlagen ausschließen, sondern ein Kriterium ist auch als „hart“ zu beurteilen, wenn dies aus tatsächlichen Umständen folgt. Zudem ist unzutreffend, dass pauschal davon ausgegangen werden kann, dass, wenn eine Rechtsgrundlage vorhanden ist, die einen Ausnahmetatbestand einräumt, ein Kriterium als weich zu beurteilen ist. Insbesondere bei artenschutzrechtlichen Bestimmungen ist es umstritten, inwieweit diese überhaupt ein hartes Tabukriterium darstellen (vgl. OVG Münster, Ur. v. 01.07.2013—2 D46/12.NE—juris Rz. 60: „nicht unterschiedslos als harte Tabuzonen handhaben“).	Dass ein Kriterium als hart anzusehen ist, wenn rechtliche oder tatsächliche Gründe vorliegen, wird auf Seite 5 ausgeführt. Das Wort tatsächlich wird im Satz auf Seite 6 ergänzt. Es ist richtig, dass die Einstufung von Kriterien von verschiedenen Gerichten ganz unterschiedlich gehandhabt wird. Aus Gründen der Rechtssicherheit wird jedoch empfohlen alle Kriterien, die eine Ausnahme zulassen, als weich zu definieren.	Kenntnisnahme
P112	P112.03	E 01	Grundsätzlich ist jedenfalls bei entsprechender Sachverhaltsaufklärung die Einschlägigkeit eines Verbots fraglos auch ein striktes Planungshindernis. So stellt es sich zumindest dar, wenn bspw. Verbotsbestimmungen des § 44 BNatSchG verletzt sind und keine objektive Befreiungslage besteht. Schon im Tatbestand einer Verbotsnorm ist zu klären, ob die nachteiligen Auswirkungen des Vorhabens ggf. durch aus fachlicher Sicht geeignete Vermeidungs oder Schutzmaßnahmen im vorliegenden Einzelfall unterhalb der für die Einschlägigkeit eines Verbots relevante Signifikanz- bzw. Erheblichkeitsschwelle gehalten werden können (vgl. OVG Münster, Ur. v. 20.11.2012—8A252/10—juris Rz. 110).	Selbst wenn eine Ausnahme unwahrscheinlich ist, muss das Kriterium als weich eingestuft werden. Dies hat jedoch keine negativen Konsequenzen, da die damit verbundene Fläche sowohl bei einem harten, als auch bei einem weichen Kriterium aus der weiteren Betrachtung entfällt.	Kenntnisnahme
P112	P112.04	E 01	Dies ist zwar für eine Regionalplanung auf der relativ abstrakten Planungsstufe ein anspruchsvolles Prüfungsprogramm, jedenfalls ist im Rahmen von Verbotstatbeständen grundsätzlich zu prüfen, ob konkrete Anhaltspunkte für objektive Gefährdungslagen oder generelle Planungshindernisse vorhanden sind und diese sind im Einzelfall aufzuklären. Anderenfalls ist generell von einem Abwägungsfehler auszugehen.	Siehe P112.03	Kenntnisnahme
P112	P112.05	E 01	Unrichtig ist auch die folgende Aussage der Begründung: „Eine fälschlich als „hart“ eingestufte Tabuzone ist von der Abwägung ausgeschlossen worden, obwohl sie hätte in die Abwägung eingestellt werden müssen. Eine fälschlich als „weich“ eingestufte Tabuzone vermittelt lediglich den Eindruck, in einem Punkt planerisch konzeptionellen Einfluss nehmen zu können, indem dies gar nicht möglich ist, dies stellt den deutlich geringeren Abwägungsfehler dar.“ Richtig ist vielmehr, dass die Aussonderung von harten Tabuzonen vollständig ohne Eintritt in den Abwägungsvorgang stattfindet. Insofern kann auch nicht der Fehler in der Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabuzonen als ein relativ geringerer oder schwererer Abwägungsfehler angesehen werden, grundsätzlich ist die fehlerhafte Unterscheidung zwischen weichen und harten Tabuzonen als Fehler der Planungskonzeption zu werten, der die entsprechende Planungsentscheidung insgesamt rechtswidrig und unwirksam werden lässt.	Ein fälschlicherweise als hart eingestuftes Kriterium stellt einen erheblichen Abwägungsfehler dar, der zur Unwirksamkeit des RROP führen kann. Eine Einstufung als weiche Tabuzone würde keinen erheblichen Abwägungsfehler darstellen, da die betreffende Fläche trotzdem aus der weiteren Betrachtung ausgeschlossen wird.	Kenntnisnahme
P112	P112.06	E 01	<u>2. Unrichtige Anwendung von Tabukriterien</u> In der derzeitigen Entwurfsfassung ist lediglich zu erkennen, welche Potenzialflächen im Einzelnen zur Verfügung stehen und im Rahmen der weiteren Abwägung als Windvorranggebiete ausgewiesen werden sollen. Die grundsätzliche Planungskonzeption ist in diesem Sinne nur geeignet, Potenzialflächen kategorisierenden und pauschalen Kriterien zu unterwerfen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P112	P112.07	E 01	Soweit auf S. 16 der Begründung Abstände von Windparks untereinander definiert werden, wird hier erneut der Fehler gemacht, abstrakte Abstandskriterien, die faktisch Tabukriterien darstellen, im Einzelfall anzupassen. Im Rahmen der Planungskonzeption ist dies unzulässig. Das OVG Lüneburg hat in der Entscheidung zum aufgehobenen RROP 2012 dazu ausgeführt: „Bedenklich erscheint auch, wie der Antragsgegner bei der Bildung von Abständen der Windparks untereinander und bei der Freihaltung vorgegangen ist Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sind die Tabukriterien abstrakt zu definieren und einheitlich anzulegen. Für eine differenzierte ortsbezogene Anwendung der Restriktionskriterien ist bei der Ermittlung der Potenzialflächen kein Raum. Die Betrachtung der konkreten örtlichen Verhältnisse erfolgt erst auf der nächsten Stufe, wenn es darum geht, für die jeweilige Potenzialfläche im Wege der Abwägung zu entscheiden, ob sich auf ihr die Windenergie oder eine andere Nutzung durchsetzen lässt [mit Verweis auf Bundesverwaltungsgericht, Beschluss vom 15.09.2009, 4 BN 25.09].“	Im RROP Entwurf 2015 wird ein einheitlicher Abstand der Windparks untereinander innerhalb des Kreisgebietes von 4 km festgelegt.	Kenntnisnahme
P112	P112.08	E 01	Insofern ist unzutreffend, dass diese deutlich als weiches Tabukriterium zu qualifizierende Vorgabe in die Potenzialflächenauswahl transferiert und modifiziert wird. Bei einer solchen Gebietsauswahl hat die Anwendung des Tabukriteriums schon rechtslogisch nichts zu suchen.	Das Kriterium des Abstandes der Windparks untereinander kann auf Ebene der ersten beiden Schritte schlicht nicht beachtet werden. Der Abstand der Windparks untereinander kann erst zugrunde gelegt werden, wenn nach dem ersten und zweiten Schritt die Potentialflächen ermittelt wurden.	Kenntnisnahme
P112	P112.09	E 01	<u>3. Mangelnde Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabukriterien</u> Auf S. 9 werden zudem im Bereich der „Infrastruktur“ Flugplatzflächen und militärische Anlagen als weiche Tabuzonen definiert. Es ist nicht einleuchtend, inwieweit diese Bereiche nicht zwingend von der Nutzung mit Windenergie freigehalten werden müssen. Auch hier wird deutlich, dass die Vorgaben des OVG Lüneburg (a. a. O., Rz. 107) nicht eingehalten werden. Dort heißt es: „Davon abgesehen genügt die Planung den an sie zu stellende Anforderungen auch deshalb nicht, weil sich der Planungsträger den Unterschied zwischen harten und weichen Tabuzonen nicht bewusst machen, sondern ihn auch dokumentieren muss.“	Zu Flugplatzflächen zählen neben den Start- und Landebahnen auch dem Flugbetrieb dienende Flächen und Infrastruktur. Auf diesen Flächen können theoretisch Windkraftanlagen erreicht werden. Die Begründung wird im Entwurf 2015 ergänzt und in Bezug auf die Tabuzonen weiter ausgeführt.	Zu berücksichtigen
P112	P112.10	E 01	Es ist völlig unklar, inwieweit Flugplatzflächen oder militärische Anlagen tatsächlich zur Windenergienutzung in Frage kommen können, dies ist im Übrigen auch nicht dokumentiert.	Siehe P112.09	Zu berücksichtigen
P112	P112.11	SO 31	<u>4. Fehlende Dokumentation der Entwurfsentwicklung</u> Die fehlende Dokumentation wirkt sich auch auf die derzeitige Grenzziehung des Vorranggebiets „Osten-Isensee“ aus. Wie bereits in der Stellungnahme unserer Mandantin vom 29. Juli 2014 in tatsächlicher Hinsicht dargestellt, ergibt sich keine nachvollziehbare Begründung für die entsprechende Grenzziehung insbesondere im südöstlichen Bereich sowie hinsichtlich der zu Unrecht berücksichtigten und als Ausschlussgebiet angesehenen Waldfläche.	Die Ermittlung der Vorranggebiete erfolgte, wie in der Begründung ausgeführt wurde, analog zur Rechtsprechung des BVerwG in drei Schritten: 1. Im ersten Schritt wurden einheitlich im gesamten Kreisgebiet die harten Tabuzonen abgezogen. 2. Im zweiten Schritt wurden einheitlich im gesamten Kreisgebiet die weichen Tabuzonen abgezogen. 3. Im dritten Schritt wurden alle durch den 1. und 2. Schritt ermittelten Potentialflächen einer Einzelfallabwägung unterzogen (vgl. Begründung S. 11-18). Bei der Abwägung wurden öffentliche Belange, die einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegenstehen, beispielsweise naturschutzfachliche Gründe, zugrunde gelegt. In diesem Schritt sind einige Potentialflächen entfallen, andere Potentialflächen wurden noch einmal im Zuschnitt angepasst. Dies ist auch in Osten-Isensee im südöstlichen Bereich der Fall. Der angesprochene Wald ist über 1 ha und wird somit durch die weiche Tabuzone erfasst.	Kenntnisnahme
P112	P112.12	SO 31	Es ist nicht erkennbar, dass die Planungskonzeption bereits innerhalb des Entwurfszustandes in ein Stadium vorgerückt ist, in dem bereits einzelfallbezogene Abwägungen stattgefunden haben, die die entsprechende Grenzziehung begründen könnten.	Siehe P112.13	Kenntnisnahme
P112	P112.13	SO 31	Insoweit ist vor dem Hintergrund der gesamträumlichen Planungskonzeption überhaupt nicht nachvollziehbar, welche Begründungen der derzeitigen Grenzziehung im Entwurf zugrunde liegen.	Die Erläuterung zum 3. Schritt wird im Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen.	Zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P112	P112.14	SO 31	Im Rahmen der Potentialflächenfestlegung sind jedenfalls ausschließlich diejenigen Gebietsbereiche ausfindig zu machen, die für die Windenergienutzung geeignet erscheinen, was sich aus Anlegen der harten und weichen Tabukriterien ergibt. Erst anschließend folgen weitere Planungsschritte, die in den Planaufstellungsunterlagen dokumentiert werden müssen.	Siehe P112.13	Zu berücksichtigen
P112	P112.15	SO 31	Die derzeitige Entwurfsfassung erklärt den von der Potentialfläche abweichenden Zuschnitt des Vorranggebiets Ostensees nicht, so dass bereits aus rechtlichen Gründen ein Abwägungsfehler mindestens indiziert ist.	Die Erläuterung zum 3. Schritt wird im Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen.	Zu berücksichtigen
P113	P113.01	SO 24	Unsere Mandantin betreibt auf dem Gebiet der Samtgemeinde Land Wursten den Windpark Midlum. Der Windpark besteht aus 70 Windenergieanlagen vom Typ Enercon E-40 mit einer Gesamthöhe von jeweils 52 m; es handelt sich somit um einen der größten Windparks Deutschlands. Der Windpark Midlum wurde vom Landkreis Cuxhaven mit Baugenehmigung vom 16.03.1998 genehmigt und im Jahr 1999 in Betrieb genommen. Der rechtsgültige Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Land Wursten aus dem Jahr 2011, legt für den nördlichen Teilbereich der Windfarm eine Höhenbeschränkung von unter 55 m über Grund fest, im südlichen Bereich des Parks wird die Höhe der Anlagen auf unter 100 m über Grund begrenzt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P113	P113.02	SO 24	Dem zuletzt offenliegenden Entwurf des regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven — sachlicher Teilabschnitt Windenergie — Stand Juni 2014 („RROP 2014“) ist zu entnehmen, dass der Bereich des Windparks Midlum zukünftig nicht mehr als Vorranggebiet Windenergienutzung festgelegt sein soll. Die Errichtung von Windenergieanlagen in diesem Bereich ist somit gemäß Ziff. 4.2.2 10 innerhalb des rechtsgültigen Flächennutzungsplangebietes nur möglich, wenn das Orts- und Landschaftsbild nicht wesentlich verschlechtert wird und im Übrigen alle weiteren im Einzelfall zu prüfenden rechtlichen Vorschriften eingehalten werden.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.03	SO 24	Zudem ist die Höhe der Windenergieanlagen in diesem Bereich auf die im Flächennutzungsplan festgelegten Gesamthöhen beschränkt. Gemäß Ziff. 4.2.2 07 des Entwurfs des RROP 2014 soll der Windpark Midlum in seiner Nutzungsdauer bis 2030 befristet sein, um einen eventuellen Abbau der Schwermetallagerstätten in diesem Gebiet auf lange Sicht nicht zu erschweren oder zu verhindern. Eine bauleitplanerische Festsetzung von Windparks und damit auch die Änderung des geltenden Flächennutzungsplans — insbesondere für ein Repowering — ist der Samtgemeinde außerhalb von Vorranggebieten nach Ziffer 4.2.2 06 des RROP 2014 nicht mehr möglich.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.04	SO 24	Namens und in Vollmacht der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG nehmen wir zum Entwurf des RROP 2014 wie folgt Stellung und tragen insbesondere die im Folgenden näher dargelegten Einwände vor. Der bisherige Entwurf des RROP 2014 berücksichtigt in keiner Weise die berechtigten Interessen der Betreiberin des Windparks Midlum, insbesondere mit Blick auf ein naheliegendes Repowering (1.). Auch die landesplanerischen Vorgaben zur Ermöglichung eines Repowerings werden nicht beachtet (2.). Schließlich wird den planerischen Zielen der Samtgemeinde Land Wursten nicht im erforderlichen Ausmaß Rechnung getragen (3.). Der Standort des bestehenden Windparks Midlum ist auch im RROP 2014 — wie bisher — als Vorranggebiet für die Windenergienutzung auszuweisen. Auch die zeitliche Befristung der Zulässigkeit des Windparks ist insoweit zu ändern, als zumindest ein Zeitrahmen vorzusehen ist, indem eine sinnvolle Nachnutzung des Bestandparks möglich ist.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.05	SO 24	Hierzu im Einzelnen: <u>1. Einwände der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG</u> Der Windpark Midlum wurde im Jahr 1999 in Betrieb genommen. Er besteht aus 70 Windenergieanlagen vom Typ Enercon E-40 mit einer Nennleistung von jeweils 500 kW. Insgesamt ist somit eine Nennleistung von 35 MW am Standort Midlum installiert. Die Windenergieanlagen genießen auf Grund der Baugenehmigung jedenfalls bis ins Jahr 2030 Bestandsschutz. Für die Betreiberin ist gleichwohl fraglich, ob ein Weiterbetrieb des Parks in der bestehenden Form auch nach dem Jahr 2019 wirtschaftlich sinnvoll und möglich ist. Auf Grund des steigenden Alters der Windenergieanlagen und der erhöhten Anforderungen an die Standsicherheitsnachweise ab diesem Zeitpunkt kann nicht ohne weiteres davon ausgegangen werden, dass ein wirtschaftlich tragfähiger Weiterbetrieb des Windparks möglich ist.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.06	SO 24	Durch die jetzt geplanten Änderungen des RROP 2014 werden der Betreiberin zudem sämtliche Entwicklungsmöglichkeiten genommen. Insbesondere ein Repowering, also das Ersetzen der bestehenden Altanlagen durch neue und deutlich leistungsstärkere Anlagen., würde durch die Regionalplanung ausgeschlossen. Das bedeutet zugleich, dass an einem der windhöufigsten Onshore Standorte in ganz Deutschland technisch längst veraltete Windenergieanlagen weiterbetrieben werden müssen. So wird die Möglichkeit der optimalen Ausnutzung des Windangebots und der Effizienzsteigerung durch ein Repowering mit modernen Anlagen verhindert.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.07	B 07	Zudem wird durch eine — nicht erforderliche — zeitliche Befristung bis zum Jahr 2030 ein bestehender Windpark zur Einstellung des Betriebs gezwungen. Dies stellt einen massiven Eingriff in den eingerichteten und ausgeübten Gewerbebetrieb der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG dar, der von der Betreiberin nicht hingenommen werden wird.	Die Befristung ergibt sich auch aus der Sicherung der Schwermetalllagerstätten durch das LROP 2008	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P113	P113.08	B 07	Im Ergebnis machen wir im Auftrag der Betreiberin daher Einwendungen gegen die zeitliche Befristung des Windparks in Ziffer 4.2.2 07 des RROP 2014 (a.) sowie die Aufhebung des bestehenden Vorranggebietes für die Windenergienutzung am Standort Midlum (b.) geltend.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P113	P113.09	E 07	<u>a. Keine zeitliche Befristung bis 2030</u> In Ziffer 4.2.2 07 wird im RROP 2014 bestimmt, dass der Windpark hinsichtlich seiner Nutzungsdauer bis 2030 befristet ist, um einen eventuellen Abbau der Schwermineralagerstätten auf lange Sicht nicht zu erschweren oder zu verhindern. Die Begründung zu dieser Festlegung verweist hinsichtlich des Zeitraums lediglich auf das Zielabweichungsverfahren aus dem Dezember 2006.	Die Befristung ergibt sich auch aus der Sicherung der Schwermineralien durch das LROP 2008	Kenntnisnahme
P113	P113.10	E 07	Zur Richtigstellung ist zuerst darauf hinzuweisen, dass — ausweislich der Begründung des RROP 2014 — der Landkreis Cuxhaven derzeit offensichtlich annimmt, dass die gesamte Schwermineralagerstätte durch ein Vorranggebiet Rohstoffabbau überplant ist. Dies trifft jedoch so nicht zu, vielmehr ist lediglich ein kleiner Teilbereich im Norden des Gebiets als Vorranggebiet nach § 8 Abs. 7 Nr. 1 ROG festgelegt, der überwiegende Teil ist lediglich als Vorbehaltsgebiet gemäß § 8 Abs. 7 Nr. 2 ROG ausgewiesen. Damit tritt der Schwermineralienabbau in weiten Teilen des Windfeldes nach den rechtsgültigen planerischen Festlegungen hinter die im RROP 2012 als Vorranggebiet festgelegte Windenergienutzung zurück.	Die Befristung ergibt sich auch aus der Sicherung der Schwermineralien durch das LROP 2008	Kenntnisnahme
P113	P113.11	B 07	Aus Sicht der Betreiberin ist eine Befristung der Nutzungsdauer des Windparks bis zum Jahr 2030 nicht erforderlich, da derzeit nicht absehbar ist, dass die Schwermineralvorkommen tatsächlich ab diesem Zeitpunkt ausgebeutet werden sollen. Von entsprechenden Planungen ist hier jedenfalls nichts bekannt.	Die Befristung ergibt sich auch aus der Sicherung der Schwermineralien durch das LROP 2008	Kenntnisnahme
P113	P113.12	E 07	Eine Abwägung zwischen dem Interesse der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG an einem wirtschaftlichen Weiterbetrieb des Windparks und gegebenenfalls einem Repowering der bestehenden Anlagen und der Sicherung des Rohstoffabbaus hat bislang offensichtlich nicht stattgefunden.	Die Befristung ergibt sich auch aus der Sicherung der Schwermineralien durch das LROP 2008	Kenntnisnahme
P113	P113.13	E 07	Weshalb die Befristung der Nutzungsdauer des Windparks bis 2030 für erforderlich gehalten wird, ist der Begründung zum Entwurf des RROP 2014 nicht zu entnehmen. Weiterhin ist in der Begründung nicht ausgeführt, inwieweit der Abbau von Schwermineralien das Interesse an der Windenergienutzung überwiegen sollte.	Die Befristung ergibt sich auch aus der Sicherung der Schwermineralien durch das LROP 2008	Kenntnisnahme
P113	P113.14	B 07	Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass sich der Windpark Midlum auf einer Fläche von mehr als 200 ha erstreckt und nicht anzunehmen ist, dass dieser gesamte Bereich gleichzeitig bergbaulich genutzt werden wird. Es ist daher aus Gründen der Verhältnismäßigkeit geboten, die zeitliche Befristung der Nutzungsdauer des Windparks — soweit diese überhaupt erforderlich ist — zumindest in Abschnitten zu vollziehen und auf diesem Wege eine Staffelung der zeitlichen Befristung festzulegen.	Die Befristung ergibt sich auch aus der Sicherung der Schwermineralien durch das LROP 2008	Kenntnisnahme
P113	P113.15	B 07	Namens der Betreiberin regen wir an, den südlichen Teilbereich, der sich für ein Repowering in besonderer Weise eignen würde, da hier die Gemeinde bereits jetzt eine Höhenentwicklung von bis zu 100 m für möglich hält, von der zeitlichen Befristung auszunehmen, beziehungsweise die zeitliche Befristung zumindest soweit zu verlängern, dass ein Repowering wirtschaftlich sinnvoll durchgeführt werden kann.	Die Befristung ergibt sich auch aus der Sicherung der Schwermineralien durch das LROP 2008	Kenntnisnahme
P113	P113.16	SO 24	<u>b. Erhaltung des Vorranggebietes am Standort Midlum</u> Gemäß Ziffer 4.2.2 01 des RROP 2014 sind die Vorranggebiete Windenergienutzung in der zeichnerischen Darstellung abschließend festgelegt. Die Detailkarte 24 zum RROP 2014 weist den Windpark Midlum nur noch als bauleitplanerisch gesicherten Bereich, nicht mehr als Vorranggebiet Windenergienutzung aus. Nach den hier vorliegenden Unterlagen, insbesondere der Begründung zum Entwurf des RROP 2014, ist für uns nicht nachvollziehbar, weshalb das Gebiet des Windparks Midlum in Zukunft kein vorrangig geeignetes Areal für die Ansiedlung von Windenergieanlagen darstellen sollte. Gegen die Aufhebung des im RROP 2012 noch ausgewiesenen Vorranggebietes Windenergienutzung sprechen insbesondere folgende Überlegungen:	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P113	P113.17	SO 24	• Zunächst wurde bei Aufstellung des RROP 2014 die Fläche des Windparks Midlum zutreffend als Potenzialfläche für die Windenergienutzung bestimmt, d.h. der Standort liegt nicht in einer harten oder weichen Tabuzone, sondern wurde im Zuge der Abwägung mit anderen Belangen als Vorranggebiet ausgeschieden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P113	P113.18	SO 24	Aus der Begründung zum Entwurf des RROP 2014 ergibt sich aus dem „Zwischenergebnis Arbeitsschritt 3“, dass alleiniger Grund für die geplante Aufhebung des Vorranggebietes der Umstand sein soll, dass die Abstände zwischen den Bestandsparcs Dorum-Sachsendingen, Holßel/Neuenwalde, Langen-Krempel und Midlum sich gegenseitig durch Unterschreitung der „erforderlichen Abstände“ behinderten.	Dies ist richtig wiedergegeben. Die Vorranggebiete müssen entsprechend des Planungskonzepts einen Mindestabstand von 4 km untereinander aufweisen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P113	P113.19	SO 24	Die Begründung verweist hierbei auf die Landesempfehlung der obersten Raumordnungsbehörde, die einen Abstand von 5 km zwischen Windparks empfiehlt. Allerdings nennt die Begründung ausdrücklich auch die Möglichkeit von Ausnahmen im Einzelfall. Es sei zu berücksichtigen, dass es sich bei der Landesempfehlung nicht um eine gesetzliche, zwingend zu beachtende Vorgabe handelt, sondern lediglich um eine Planungsempfehlung. Zugunsten der Windenergie kann im Einzelfall der Abstand zwischen Windparks also geringer ausfallen. Ob vorliegend Gründe für eine solche Ausnahme gegeben sind und ob sie bei der Aufstellung des Entwurfs des RROP 2014 Berücksichtigung gefunden haben, ist der Begründung nicht zu entnehmen.	Der Abstand der Windparks untereinander soll sicherstellen, dass die Natur, die Landschaft, das Landschaftsbild sowie die Menschen vor einer erdrückenden Wirkung durch eine Vielzahl nah beieinander liegender Windparks geschützt werden. Der Landkreis ist dabei im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Windenergie im Landkreis sowie der Windhöflichkeit von den früher vom Land Niedersachsen empfohlenen 5 km abgewichen. Im Entwurf des RROP 2015 wird der Abstand der Windparks untereinander einheitlich auf 4 km innerhalb des Kreisgebietes festgelegt. Ein geringerer Abstand für bestimmte Windparks, wie gefordert, ist im Zuge des einheitlichen Planungskonzepts nicht möglich	Kenntnisnahme
P113	P113.20	SO 24	Sollte eine solche Betrachtung des Einzelfalls für Midlum noch nicht stattgefunden haben, ist dies zwingend nachzuholen, da das RROP 2014 andernfalls rechtsfehlerhaft wäre. Liegen im Einzelfall nämlich sachliche Gründe für eine Beibehaltung der Vorranggebiete auch bei geringeren Abständen vor, ist die Festlegung geringerer Abstände gerechtfertigt und unter Umständen sogar geboten.	Siehe P113.19	Nicht zu berücksichtigen
P113	P113.21	SO 24	● Sachliche Gründe für die Beibehaltung des Vorranggebiets sind hier gegeben: Angesichts der hohen Dichte von Windparks rund um Midlum lassen sich die Vorstellungen der obersten Raumordnungsbehörde zur Einhaltung solcher Abstände in diesem Teil des Landkreises Cuxhaven ohnehin nicht verwirklichen. Die Planung geht an insoweit an der Realität vorbei.	Siehe P113.19	Nicht zu berücksichtigen
P113	P113.22	SO 24	Weiterhin wäre in Erwägung zu ziehen, ob die drei Windparks Holßel/Neuenwalde, Langen-Kreppe und Midlum unter raumordnerischen Gesichtspunkten nicht als ein Windpark anzusehen sind, dessen Teile lediglich durch die Autobahn A 27 und das Waldstück „Schiffshöhe“ getrennt wird. Als Vergleich bietet sich der Standort Heerstedt-Lunestedt (Detailkarte 11 zum RROP 2014) an. Dort werden einzelne Teilbereiche des Parks durch eine Hochspannungsleitung und eine Eisenbahntrasse getrennt. Trotz des dadurch entstehenden räumlichen Abstandes von ca. 600-700 m zwischen den Parkteilen wird Heerstedt-Lunestedt als ein Windpark betrachtet.	Die angesprochenen Windparks werden vom Landkreis Cuxhaven nicht als einzelner einheitlicher Windpark angesehen.	Nicht zu berücksichtigen
P113	P113.23	SO 24	● Aus der Begründung zum RROP 2014 ergibt sich, dass das bestehende Vorranggebiet Midlum aufgehoben wird, weil der Windpark ohnehin eine befristete Nutzungsdauer bis 2030 habe. Den umliegenden Windparks wird daher offenbar ein langfristigeres Potential zugemessen. Der Windpark Midlum ist zeitlich nur befristet zulässig, weil unter der Oberfläche des Windfeldes Rohstoffe — konkret: Schwerminerale — lagern. Diese Lagerstätte ist im RROP 2012 weit überwiegend als Vorbehaltsgebiet festgelegt, im äußersten nördlichen Teil des Windparks auch als Vorranggebiet für Schwermineralvorkommen. Allerdings ist hier genau zu prüfen, ob dieses Rohstoffvorkommen der Windenergienutzung tatsächlich entgegensteht. Nach unserer Einschätzung ist eine Befristung des Windparks [Ende des Satzes fehlt bereits im Original]	Die Befristung ergibt sich aus dem LROP 2008 und somit aus einer landesplanerischen Bestimmung.	Nicht zu berücksichtigen
P113	P113.24	SO 24	● Während die Begründung zum RROP 2014 diese Befristung der Zulässigkeit des Windparks Midlum bis 2030 als Grund für die Aufhebung des Vorranggebietes angibt, bleibt eine ganze Reihe von Gründen, die für ein Beibehalten des Vorranggebietes Windenergienutzung am Standort Midlum sprechen, völlig außer Betracht. Der Windpark Midlum wurde bereits im Jahre 1999 in Betrieb genommen, es handelt sich damit um einen langjährigen und akzeptierten Standort für die Windenergienutzung. Im näheren Bereich ist Midlum der größte zusammenhängende Windpark, der auf einer Fläche von über 200 ha 70 Windenergieanlagen versammelt. Einzige Betreiberin ist die TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG, so dass unter diesem Gesichtspunkt ideale Voraussetzungen für ein Repowering des Standorts bestehen.	Wie bereits ausgeführt kann nur eines der Vorranggebiete in diesem Bereich als Vorranggebiet aufgrund der Abstände untereinander ausgewiesen werden. Der Landkreis Cuxhaven hat sich dafür entschieden jene Fläche als Vorranggebiet auszuweisen, die das größtmögliche Potential für die Windenergie bietet. Die anderen Flächen werden jedoch als bauleitplanerisch gesichert übernommen. Durch die neue Regelung im RROP Entwurf 2015 wird auch auf diesen Flächen ein Repowering möglich sein.	Kenntnisnahme
P113	P113.25	SO 24	Ohne Berücksichtigung bleibt im Entwurf des RROP 2014 bislang die Akzeptanz, die einem Repowering an einem seit vielen Jahren bestehenden Windpark von der Öffentlichkeit entgegengebracht wird.	Diese Akzeptanz stellt auch nicht unmittelbar einen raumordnerischen Belang dar.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P113	P113.26	SO 24	Der Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Land Wursten ermöglicht jedenfalls im südlichen Teilbereich des Windparks Midlum die Errichtung von höheren Windenergieanlagen und damit ein Repowering. Aus Sicht der Samtgemeinde Land Wursten ist ein Repowering und damit der Erhalt des Windparks Midlum also gewollt.	Ein Repowering in bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wird durch den RROP Entwurf 2015 ermöglicht.	Kenntnisnahme
P113	P113.27	SO 24	Die Bauleitplanung der Samtgemeinde Land Wursten wird vom Landkreis Cuxhaven in die Überlegungen zum RROP 2014 offensichtlich gar nicht einbezogen. Damit liegt aber ein Verstoß gegen das in § 1 Abs. 3 ROG normierte Gegenstromprinzip vor.	Die Bauleitplanung wird sehr wohl einbezogen, aus diesem Grunde wird die Fläche im RROP im Zuge einer Ziel-Ausnahme als bauleitplanerisch gesichert ausgewiesen. Die Alternative wäre gewesen, diesen Standort komplett herauszunehmen.	Nicht zu berücksichtigen
P113	P113.28	SO 24	Keinen Einfluss auf die planerischen Überlegungen des Landkreises Cuxhaven hat bislang zudem der Umstand, dass der Windpark Midlum sich unmittelbar an der Bundesautobahn A 27 befindet, der Standort also durch die Verkehrsanlage vorgeprägt ist und als deutlich weniger beeinträchtigend für das Landschaftsbild anzusehen ist als andere Windparks in der Umgebung.	Bei der Abwägung welches der Gebiete in diesem Bereich als Vorranggebiet ausgewiesen werden soll, wurde die Frage zugrunde gelegt, welche Fläche das höchste Potential für die Windenergienutzung bietet.	Nicht zu berücksichtigen
P113	P113.29	SO 24	Der Windpark Midlum hat auch im regionalen Vergleich sehr gute Gegebenheiten im Hinblick auf die Abstände zu Siedlungsbereichen: Im Umkreis von einem Kilometer um das Vorranggebiet Midlum im RROP 2012 befinden sich lediglich die „Alte Siedlung“ als einzige Ortslage östlich von Midlum und die beiden landwirtschaftlichen Betriebe an der Kransburger Straße südlich bzw. südwestlich des Windparks als Siedlung im Außenbereich. Aufgrund dieses Kriteriums würde es genügen, das Vorranggebiet aus dem RROP lediglich minimal zu verkleinern.	Wie bereits ausgeführt kann nur eines der Vorranggebiete in diesem Bereich als Vorranggebiet aufgrund der Abstände untereinander ausgewiesen werden. Durch die neue Regelung zum Repowering im RROP 2015 können jedoch auch die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche weiter entwickelt werden.	Kenntnisnahme
P113	P113.30	SO 24	• Private und wirtschaftliche Interessen der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG werden im Rahmen der Abwägung bisher überhaupt nicht beachtet. Hier ist jedenfalls das Interesse der Betreiberin an einem Weiterbetrieb des Parks auf regionalplanerisch gesicherter Basis bzw. am Erhalt der Entwicklungsmöglichkeiten des Parks für ein Repowering in die Abwägung einzustellen.	Diese Interessen sind in die Erarbeitung des Entwurfs 2015 eingeflossen. Die neue Regelung zum Repowering in diesem Entwurf ermöglicht eine Weiterentwicklung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen.	Kenntnisnahme
P113	P113.31	SO 24	Durch die gegenwärtig geplante Aufhebung des bestehenden Vorranggebietes Windenergienutzung besteht die Gefahr, dass der Weiterbetrieb des Windparks bereits in wenigen Jahren aus wirtschaftlichen Gründen unmöglich wird.	Siehe P113.30	Kenntnisnahme
P113	P113.32	SO 24	Im Ergebnis hat der Plangeber bei der Aufhebung des Vorranggebietes Windenergienutzung somit wesentliche und in die Abwägung einzustellende Belange nicht berücksichtigt, weshalb ein Abwägungsausfall vorliegt und die Aufhebung des Vorranggebietes Windenergienutzung am Standort Midlum rechtsfehlerhaft ist. Das im RROP 2012 noch festgelegte Vorranggebiet Windenergienutzung für den Bereich des Windparks Midlum ist daher auch im RROP 2014 zu erhalten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P113	P113.33	SO 24	<u>2. Fehlende Beachtung der Ziele des Landesregionalordnungsprogramms Niedersachsen</u> Der Entwurf des RROP 2014 wird in der zuletzt offengelegten Form auch nicht den Zielen des Landesregionalordnungsprogramms Niedersachsen („LROP“) gerecht. Im LROP ist unter Ziffer 4.2 ausdrücklich vorgesehen, dass die Nutzung einheimischer Energieträger und erneuerbarer Energien unterstützt wird. Insbesondere die Windenergie soll danach raumverträglich ausgebaut werden. Wörtlich heißt es: „Vorhandene Standorte, Trassen und Verbundsysteme, die bereits für die Energiegewinnung und Verteilung genutzt werden, sind vorrangig zu sichern und bedarfsgerecht auszubauen.“ (Hervorhebungen durch den Unterzeichner)	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.34	SO 24	Die Aufhebung des bestehenden und integrierten Standortes Midlum widerspricht dieser Vorgabe vollständig.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.35	SO 24	Auch die Vorgaben des LROP zum Repowering in Ziffer 4.2 04 werden im RROP 2014 nicht berücksichtigt. Danach sind für die Nutzung von Windenergie geeignete raumbedeutsame Standorte zu sichern und „unter Berücksichtigung der Repowering-Möglichkeiten in den regionalen Raumordnungsprogrammen als Vorranggebiete oder Eignungsgebiete Windenergienutzung festzulegen.“	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.36	SO 24	Die Repowering-Möglichkeiten des Windparks Midlum und der umliegenden Parks werden ausweislich der Begründung zum RROP 2014 überhaupt nicht in Betracht gezogen. Dabei erkennt der Landkreis Cuxhaven, dass gerade ein 15 Jahre alter Standort mit technisch längst überholten Windkraftanlagen, der auf einer Fläche von über 200 ha besteht, ausgezeichnete Möglichkeiten für ein Repowering bietet.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P113	P113.37	SO 24	Bei einer entsprechenden Berücksichtigung im RROP 2014 Ziffer 4.2 04 Satz 6 des LROP ist sogar für nicht raumverträgliche Einzelanlagen die Möglichkeit vorgesehen, in den regionalen Raumordnungsprogrammen geeignete, zusätzliche Vorrang- oder Eignungsgebiete Windenergienutzung ausschließlich für Repowering-Maßnahmen festzulegen.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.38	SO 24	Wenn dies aber vom Landesplangeber sogar für Einzelanlagen gewollt wird, dann muss die Berücksichtigung der Repowering-Möglichkeiten für einen Betreiber, insbesondere bei einem großen zusammenhängenden Standort wie Midlum, zwingend Berücksichtigung finden.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.39	SO 24	Diese landesplanerischen Vorgaben setzt das RROP 2014 derzeit in keiner Weise um. Für den Standort Midlum bedeutet das, dass auch aufgrund dieser Vorgaben des LROP weiterhin ein Vorranggebiet Windenergienutzung beibehalten werden muss und die Möglichkeiten für ein Repowering gewahrt werden müssen.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.40	SO 24	<u>3. Berücksichtigung der Belange der Samtgemeinde Land Wursten.</u> Die TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG als Betreiberin des Windparks Midlum schließt sich den Ausführungen der Samtgemeinde Land Wursten zum Entwurf des RROP 2014 in vollem Umfang an.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.41	SO 24	Insbesondere der Hinweis der Samtgemeinde, dass durch die derzeitige regionale Raumordnungsplanung des Landkreises Cuxhaven der Samtgemeinde langfristig ca. 20 bis 30% des gesamten Gewerbesteueraufkommens verloren gehen würden, sind als ein wesentlicher Punkt in die weiteren Planungen einzustellen.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.42	SO 24	Die Stellungnahme der Samtgemeinde Land Wursten unterstreicht im Übrigen den bauleitplanerisch bereits geäußerten Willen der Gemeinde, den Standort Midlum nicht nur zu erhalten, sondern ein raumverträgliches Repowering dort zu ermöglichen. Diese kommunale Willensbildung sollte der Landkreis Cuxhaven durch eine fehlerhafte regionalplanerische Festlegung nicht unmöglich machen.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P113	P113.43	SO 24	<u>4. Erforderliche Änderungen des Entwurfs des RROP 2014</u> Um die Interessen der TREF Wind Midlum GmbH & Co. KG als Betreiberin des Windparks Midlum angemessen zu berücksichtigen, ist das RROP 2014 wie folgt zu ändern: • Zunächst ist die zeitliche Befristung der Zulässigkeit des Windparks bis zum Jahr 2030 aufzuheben, bzw. ist hier eine verhältnismäßige Befristungsregelung vorzusehen, die zumindest eine sinnvolle Nachnutzung des Bestandsparks und insbesondere ein Repowering ermöglicht. Der Betreiberin muss die Möglichkeit erhalten bleiben, den Windpark zu repowern und die neuen Anlagen für einen wirtschaftlich sinnvollen Zeitraum zu betreiben.	Die zeitliche Befristung ergibt sich aus dem LROP 2008. Durch die neue Regelung zum Repowering im Entwurf 2015 können auch bauleitplanerisch gesicherte Bereiche weiterentwickelt werden.	Kenntnisnahme
P113	P113.44	SO 24	• Der Standort des bestehenden Windparks Midlum ist auch im RROP 2014 - wie bisher - als Vorranggebiet für die Windenergienutzung auszuweisen, so dass nicht nur der Weiterbetrieb der veralteten Bestandsanlagen möglich ist, sondern auch ein Repowering des Parks. Der Samtgemeinde Land Wursten muss - den entsprechenden gemeindlichen Planungswillen vorausgesetzt - die Möglichkeit erhalten bleiben, ihre Flächennutzungsplanung an die Erfordernisse eines Repowerings mit modernen Windenergieanlagen anzupassen.	Siehe P113.43	Kenntnisnahme
P113	P113.45	A	Sollte das RROP 2014 nicht entsprechend diesen Ausführungen angepasst werden und ein ökologisch und ökonomisch sinnvolles Repowering des Windparks Midlum ausschließen, wird unsere Mandantin Rechtsbehelfe gegen das Raumordnungsprogramm einlegen.	Siehe P113.43	Kenntnisnahme
P113	P113.46	A	Neben den hier dargelegten planungsrechtlichen Fragen prüft unsere Mandantin auch die Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen gegenüber dem Landkreis Cuxhaven, falls das im RROP 2012 noch festgelegte Vorranggebiet tatsächlich aufgehoben werden sollte.	Der Rechtsweg steht dem Unternehmen natürlich immer offen. Vorsorglich weisen wir jedoch darauf hin, dass das Bundesverwaltungsgericht zu dieser Thematik insofern Stellung genommen hat, als das eine Entschädigungspflicht bei einem Wegfall eines Vorranggebietes aus einem Regionalplan nicht gesehen wird.	Kenntnisnahme
P114	P114.01	E 01	Die vorgesehenen Vorranggebiete beruhen auf der Anwendung eines Kriterienrahmens bestehend aus harten und weichen Tabuzonen. Die Herleitung der harten und weichen Tabuzonen und ihr Zusammenspiel werden in der Begründung dargelegt. Es wird deutlich, dass sich der Landkreis bemüht, als harte Tabuzonen nur die Bereiche anzusehen, in denen rechtliche Festlegungen die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) absolut ausschließen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P114	P114.02-20	E 01	Siehe Stellungnahme P111.2-20		
P114	P114.21	E 01	Danach halten wir fest, dass gegen einige weiche Tabuzonen bzw. die ihnen zugrunde liegenden Kriterien und ihre Handhabung rechtliche Bedenken bestehen. Insbesondere gilt dies für die Kriterien, die die Siedlungsflächen und die zu ihnen einzuhaltenden Abstände betreffen.	Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Sie werden somit sehr wohl als sachgerecht angesehen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P114	P114.22	E 01	Der „Ortslagen“-Begriff, die Pufferabstände und das Kriterium „Rotorblattspitze“ beschränken die Windenergienutzung ohne sachlich hinreichende Rechtfertigung.	Es wird nicht weiter dargelegt, welche Schwierigkeiten im Ortslagenbegriff gesehen werden. Der Landkreis hat bei der Bestimmung von Ortslagen auf ATKIS-Daten zurückgegriffen. Diese Daten wurden darüber hinaus in Abstimmung mit den Gemeinden aktualisiert und unter Rückgriff auf kommunale Bauleitpläne an die tatsächlichen Gegebenheiten angepasst. Laut des Urteils vom Bundesverwaltungsgericht vom 21.10.2004 (Az 4 C 3/04) muss sich die gesamte Windenergieanlage, das heißt auch die Flügelspitzen, innerhalb der Grenzen eines Bauleitplanes befinden. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover im Urteil vom 22.09.2011 (4 A 1052/10) analog auf Vorranggebiete in einem Regionalen Raumordnungsprogramm übertragen. Das Argument der Maßstäblichkeit ist insofern hinfällig, da auch ein Flächennutzungsplan nicht parzellenscharf ist, jedoch auch für diesen das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts gilt, da dieses im Urteil nicht auf Bebauungspläne abgezielt hat, sondern auf Bauleitpläne. Das Argument der Genauigkeit des Maßstabes ist weiterhin auch deshalb nicht haltbar, da bei einem Heranziehen des Turms oder des Fundaments der Anlage anstatt der Flügelspitze, diese ebenfalls nicht metergenau bestimmt werden können. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover in einem ähnlichen Fall im Urteil vom 30. August 2012 (Az. 12 A 1642/11) wiederholt angewandt. Auch in diesem Fall wurde bestimmt, dass sich die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes befinden müssen. Insofern kann von einer gängigen und rechtsgültigen Rechtsprechung in dieser Thematik ausgegangen werden.	Kenntnisnahme
P114	P114.23	E 01	Zweifel bestehen auch im Hinblick auf das Gleichbehandlungs- und das Verhältnismäßigkeitsgebot. Das Potenzialflächenangebot ist danach größer als in den Unterlagen angegeben.	Die Bestimmung der Potentialflächen geschah auf Basis der vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Kriterien. Die im RROP Entwurf 2014 dargelegten Potentialflächen entsprechen den Kriterien.	Kenntnisnahme
P114	P114.24	E 01	Anhand der ausgelegten Unterlagen lässt sich die Auswahl der Vorranggebiete aus den Potenzialflächen nicht genau nachvollziehen. Ebenso wenig lässt sich konkret nachvollziehen, aus welchen Gründen genau einige Gebiete nicht mit ausgewählt wurden. Das Verfahren „leidet“ insoweit nicht an übergroßer Transparenz. Eine weitergehende Stellungnahme zum Arbeitsschritt 3 im Allgemeinen und im Besonderen ist uns daher zur Zeit nicht möglich.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Begründung der Auswahl der Vorranggebiete wird in diesem Zuge detaillierter ausgeführt.	Zu berücksichtigen
P114	P114.25	SO 29	An dieser Stelle gleichwohl der Hinweis: Konkret geht es unserer Mandantin um das Gebiet des Windparks Nordleda. Der Windpark ist nicht als Vorranggebiet festgelegt. Grund dafür wird die Anwendung der harten und weichen Tabuzonen für Siedlungsflächen sein, insbesondere die Anwendung des „Ortslagen“-Begriffs.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P114	P114.26	SO 29	Abgesehen davon, dass wir die Anwendung des Begriffs für rechtswidrig halten, würde man im Hinblick auf den Windpark Nordleda selbst dann zu einem anderen, für unsere Mandantin günstigeren Ergebnis kommen, wenn man den „Ortslagen“-Begriff des Entwurfs zugrunde legte.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P114	P114.27	SO 29	Denn es wurden Bereiche als „Ortslage“ angesehen, die auch nach den AKTIS-Kriterien keine Ortslage ist. Dies gilt z.B. für den nordwestlichen Teil von Ostergehren. Die Fläche der ausgewiesenen Ortslage beträgt ca. 6,4 ha und kann somit nach AKTIS-Kriterien nicht zur Einstufung als Ortslage führen.	Die angesprochene Siedlung wurde im Zuge einer Ortsbegehung geprüft. Vor Ort wurden 10 Anwesen, das abgetrennte Anwesen im Osten von Ostergehren nicht mitgezählt, mit jeweils eigenen Hausnummern gezählt. Somit ist das Kriterium der Ortslage erfüllt. Diese Einschätzung wird auch von der Stadt Cuxhaven geteilt, die, wie auch die anderen Gemeinden, bei der Überprüfung der Siedlungsflächen eingebunden war. Die 10 Anwesen entsprechen auch den vorliegenden Daten beim Landkreis Cuxhaven.	Nicht zu berücksichtigen
P114	P114.28	SO 29	Bleibt das Kriterium „10 Anwesen“. Zwar befinden sich nach dem Kataster zehn verschiedene Grundstückseigentümer in diesem Gebiet. Allerdings kann das östliche Anwesen (Jankautzki) nicht dazugezählt werden, da es durch eine Weide von dem Bebauungszusammenhang getrennt wird. Nach der AKTIS-Definition wird die Ortslage „zur Feldlage oder zu Waldflächen ... in der Regel durch die Grenzen der bebauten Grundstücke unter Einbeziehung der Hofraumflächen und Hausgärten gebildet.“ Die Weide ist indes weder Hofraumfläche noch Hausgarten.	Siehe P114.27	Nicht zu berücksichtigen
P114	P114.29	SO 29	Ebenfalls nicht „Ortslage“ im Sinne der AKTIS-Kriterien können eindeutig im Außenbereich liegende Hofstellen sein, selbst wenn z.B. an der Straße Osterende/K 9 mehrere allein im Außenbereich liegende Hofstellen, getrennt durch Grünland etc., aufeinander folgen.	Die Einschätzung der Siedlungsflächen rund um den Windpark Nordleda wurde bei einem Ortstermin geprüft. Es bestehen keine Anhaltspunkt von der bisherigen Einschätzung abzuweichen.	Nicht zu berücksichtigen
P114	P114.30	SO 29	Der Landkreis muss sich überlegen, ob er die Privilegierung dieser Betriebe im Außenbereich dadurch in Frage stellen will, dass er sie immerhin in einem RROP, das ja für den Bereich der Bauleitplanung nicht ohne Bedeutung ist, in eine „Ortslage“ einbezieht.	Siehe P114.29	Nicht zu berücksichtigen
P114	P114.31-44	B 10	Siehe Stellungnahme P111.28-41	Siehe Stellungnahme P111.28-41	Siehe Stellungnahme P111.28-41
P114	P114.45	SO 29	Unsere Mandantin betreibt den Windpark Nordleda in einem solchen Altgebiet, das nicht mehr Vorranggebiet sein soll. Aus Sicht unserer Mandantin ist dies nicht akzeptabel. Zum einen bestehen konkrete Anhaltspunkte dafür, dass der Windpark bei richtiger, nämlich am Immissionsschutz ausgerichteter Anwendung des Begriffs „Ortslage“ ganz oder zumindest in erheblichen Teilen den Status eines Vorranggebiets auch nach den aktuellen Kriterien erhalten könnte. Zu diesem Ergebnis käme man bereits dann, wenn man die Kriterien für die „Ortslage“ nach AKTIS anwenden würde. Denn dann würden sich weitaus größere Bereiche, weil nicht Teil einer „Ortslage“, als Einzellagen darstellen, zu denen „nur“ 500 m Abstand zu halten wäre.	Der Begriff der Ortslage ist unabhängig vom Immissionsschutz. Im RROP Entwurf 2015 wird dieser Begriff näher definiert. Die Einschätzung der Siedlungsdaten rund um den Windpark wurden im Zuge eines Ortstermines geprüft. Es gibt keinen Anhaltspunkt an der bisherigen Einschätzung eine Änderung vorzunehmen.	Nicht zu berücksichtigen
P114	P114.46	SO 29	Wir beantragen für unsere Mandantin, dass gemeinsam mit ihr überprüft wird, ob und ggf. in welchen Teilen der Windpark Nordleda bei richtiger Anwendung der richtigen Begriffe Vorranggebietsstatus hat.	Eine Prüfung wurde wie bereits ausgeführt vom Landkreis Cuxhaven durchgeführt.	Nicht zu berücksichtigen
P114	P114.47	B 10	Unabhängig davon lassen es das Raumordnungsrecht und die dazu ergangene Rechtsprechung des OVG Lüneburg nach wie vor zu, Altstandorten eine Sonderstellung dadurch einzuräumen, dass sie zu Vorranggebieten erklärt werden, auch wenn sie die aktuellen Kriterien für Vorranggebiete nicht erfüllen. Die Begründung verweist auf S. 5, wenn auch in einer durchgestrichenen Textpassage, selbst und zu Recht auf die Entscheidung des OVG Lüneburg vom 9. Oktober 2008 — 12 KN 3 5/07 — (vgl. auch OVG Lüneburg, Urt. v. 17. Juni 2012 — 12 KN 80/12 —). Besteht demnach die Möglichkeit, sollte dieser Weg auch gegangen werden. Denn nur so erhalten die betroffenen Unternehmen, aber auch die betroffenen Gemeinden hinreichende Planungssicherheit für die Zukunft: die Unternehmen hinsichtlich ihrer bisherigen Investitionen und der künftig geplanten Investitionen in neue Technik, die Gemeinden in Bezug auf die Gewerbesteuerereinnahmen.	Der Landkreis hat für das gesamte Kreisgebiet ein einheitliches Planungskonzept aufgestellt. Dieses Konzept würde durch Ausnahmen aufgeweicht und wäre rechtlich nicht mehr haltbar. Aus diesem Grund wird der Landkreis nicht vom Gesamtkonzept abweichen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P114	P114.48	B 10	Den insoweit angesprochenen öffentlichen und privaten Belangen, die für die Fortführung der Altgebiete als Vorranggebiete sprechen, stehen keine gleichgewichtigen öffentlichen und privaten Belange gegenüber, die für das Herausfallen aus dem sicheren Vorranggebietsstatus sprechen. Natur und Umwelt haben sich an den Altstandort angepasst. Die Umgebung ist bereits vorbelastet, was für die fortdauernde Nutzung spricht. Die Belange der Anwohner werden geschützt, zum einen dadurch, dass das BImSchG entsprechend hohe Schutzstandards normiert und durchsetzt. Niemand muss befürchten, unzumutbaren Immissionen ausgesetzt zu sein. Zum anderen dadurch, dass die voranschreitende Technik auch stets Verbesserungen beim Immissionsschutz mit sich bringt. Schließlich wären die Gemeinden in der Lage, mit den Mitteln der Bauleitplanung (vgl. Ziff. 05 Satz 3) die Feinsteuerung so vorzunehmen, dass den Besonderheiten der lokalen Ebene Rechnung getragen werden kann.	Bisherige Vorranggebiete, die nicht den vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien entsprechen, müssten normalerweise komplett herausfallen und wären somit auf den Bestandsschutz reduziert. Erst durch eine Ziel-Ausnahme-Reglung ist es möglich solche Altstandorte als bauleitplanerisch gesichert auszuweisen. Durch die neue Regelung zum Repowering im Entwurf 2015 wird sichergestellt, dass bauleitplanerisch gesicherte Gebiete aus weiterentwickelt werden können.	Kenntnisnahme
P114	P114.49	B 10	Wir beantragen daher für unsere Mandantin, die alten Vorranggebiete, in denen Windparks betrieben werden, wiederum als Vorranggebiete in das RROP aufzunehmen.	Siehe P114.48	Nicht zu berücksichtigen
P114	P114.50	B 10	Möglich wäre es im Einklang mit der Rechtsprechung auch, für die Altstandorte besondere Abstandskriterien zu entwickeln, die dann bei der Vorranggebietsfestlegung zur Anwendung kämen, etwa keine oder geringere Vorsorgeabstände als diejenigen, die für bislang nicht für die Windenergieerzeugung genutzte Bereiche gelten sollen.	Siehe P114.48	Nicht zu berücksichtigen
P114	P114.51	B 10	Auch insoweit rechtfertigen die Gewöhnung und Anpassung von Natur und Umwelt an die Vorbelastung wie auch die schutzwürdigen Belange der die Windparks betreibenden Unternehmen am Erhalt und an der Fortentwicklung ihrer Gewerbebetriebe wie auch die Belange der Gemeinden und der Allgemeinheit entsprechende Differenzierungen.	Siehe P114.48	Nicht zu berücksichtigen
P114	P114.52	B 10	Festzustellen ist danach, dass es rechtlich einwandfrei möglich ist, die Altstandorte wie den Windpark Nordleda wiederum zu Vorranggebieten zu erklären. Dann sprechen die besseren Gründe dafür, entsprechend zu verfahren. Für Nordleda gilt dies in besonderem Maße, da der Weg, den Ziff. 10 aufzeigt, letztlich nicht praktikabel und auskömmlich ist.	Siehe P114.48	Nicht zu berücksichtigen
P114	P114.53-58		Siehe Stellungnahmen P111.48-53	Siehe P114.48	Kenntnisnahme
P114	P114.59	A	Ließe man dies nicht zu, wäre, um dies konkret zu sagen, der Windpark Nordleda nicht mehr zukunftsfähig. Der Bebauungsplan weist je WEA eine genaue, räumlich umschriebene Standfläche aus. Blicke es dabei, stünde fest, dass bei Beibehaltung der Standorte ein vernünftiges, weil wirtschaftlich sinnvolles Repowering nicht möglich wäre. Denn zum einen wären höhere Anlagen, die ein Repowering an sich voraussetzt, nicht möglich, zum anderen wären selbst gleichhohe — nicht wirtschaftlich zu betreibende — WEA nicht möglich, da diese längere Rotorblätter haben, was eine Neukonfiguration des Windparks zwingend erforderlich machte, aber angesichts des engen Korsetts, das der Bebauungsplan insoweit anlegt, nicht möglich wäre.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P114	P114.60	A	WEA der neuesten Generation — high tec sozusagen — indes (vorsichtig ausgedrückt) suboptimal in einem Windpark aufzustellen, wenn es andernorts bessere Möglichkeiten gibt, wird keinem Unternehmen in den Sinn kommen. Jeder Investor wird sagen: „Hier gehe ich nicht hin!“ Damit ist aber nicht nur die Planungshoheit der Gemeinden berührt, sondern zugleich auch deren Finanzhoheit betroffen.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P114	P114.61	B 10	Es liegt daher im Interesse der Unternehmen wie der Gemeinden und damit auch der Bürgerinnen und Bürger, Altstandorte zukunftsfähig, d.h. auch in wirtschaftlicher Hinsicht repowerbar zu machen, dabei immer im Blick habend, dass WEA der neuesten Generation durch bessere, sprich: immissionsärmere Technik eben auch Vorteile für die Umwelt bringen.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P114	P114.62	B 10	Das bedeutet zugleich, dass die Regelung des Satzes 4 keinen Bestand haben kann. WEA mit einer Gesamthöhe von erheblich mehr als 100 m sind heute Standard, wenn es um das Repowern von Altstandorten geht. Satz 4 führt dazu, dass Repowern, blicke es bei den Ansätzen des Entwurfs, im Windpark Nordleda unmöglich ist.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P114	P114.63	B 10	Und dies, obwohl höhere WEA im Einklang mit dem BImSchG zu genehmigen wären, also Anwohner keine Rechtsbeeinträchtigungen hinzunehmen hätten, und obwohl die Gemeinde bereit wäre, höhere WEA in geringerer Entfernung zu schutzwürdigen Siedlungsbereichen zuzulassen.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P114	P114.64	B 10	Nach diesseitiger Auffassung ist es nicht Aufgabe des Landkreises, dieses Ergebnis den Unternehmen und Gemeinden zu diktieren. Ziff. 10 muss daher zugunsten der Gemeinden flexibilisiert werden.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P114	P114.65-68		Siehe Stellungnahme P111.54-57	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P114	P114.69	B 10	Die Regelungen Altstandorte betreffend sind zu restriktiv und zudem nicht hinreichend rechtssicher. Ein vernünftiges Repowering lässt die Regelung in Ziff. 10 nicht zu. Will man die Altstandorte nicht zu Vorranggebieten erklären, wäre Ziff. 10 so auszugestalten, dass die Gemeinden jedenfalls in gewissen Grenzen regelungsbefugt bleiben, insbesondere im Hinblick auf die zulässige Höhe von WEA.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P115a	P115/A.0 1	E 01	Die vorgesehenen Vorranggebiete, zu denen der im BImSchG-Genehmigungsverfahren befindliche Windpark Kührstedt-Alfstedt nur noch mit Abstrichen gehören soll, beruhen auf der Anwendung eines Kriterienrahmens bestehend aus harten und weichen Tabuzonen. Die Herleitung der harten und weichen Tabuzonen und ihr Zusammenspiel werden in der Begründung dargelegt. Es wird deutlich, dass sich der Landkreis bemüht, als harte Tabuzonen nur die Bereiche anzusehen, in denen rechtliche Festlegungen die Errichtung von Windenergieanlagen (WEA) absolut ausschließen.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	Kenntnisnahme
P115a	P115/A.0 2-20	E 01	Siehe Stellungnahme P111.2-20	Siehe Stellungnahme P111.2-20	Siehe Stellungnahme P111.2-20
P115a	P115/A.2 1	E 01	Dies gilt umso nachdrücklicher, als unsere Mandantin zwar aus dem Entwurf ersehen kann, dass der Bereich des von ihr zur Zeit entwickelten Windparks Kührstedt-Alfstedt grds. weiter als Vorranggebiet vorgesehen ist, allerdings mit einigen Flächenverlusten, insbesondere im Bereich zwischen den beiden „Flügeln“. Jedoch lässt sich den Unterlagen nicht im Detail entnehmen, was genau Grund für diese Änderung gewesen ist.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Begründung der Auswahl der Vorranggebiete sowie deren Flächenzuschnitt wird in diesem Zuge detaillierter ausgeführt.	Kenntnisnahme
P115a	P115/A.2 2	E 01	Wir halten mithin fest, dass gegen einige weiche Tabuzonen bzw. die ihnen zugrunde liegenden Kriterien und ihre Handhabung rechtliche Bedenken bestehen. Insbesondere gilt dies für die Kriterien, die die Siedlungsflächen und die zu ihnen einzuhaltenden Abstände betreffen, aber auch die Handhabung der Kriterien „Vogelbrutgebiete nationaler Bedeutung“ und „Vogelrastgebiete internationaler und nationaler Bedeutung“ — generell wie im konkreten Fall des Windparks Kührstedt-Alfstedt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P115a	P115/A.2 3	E 01	Siehe Stellungnahme P111.23	Siehe Stellungnahme P111.23	Siehe Stellungnahme P111.23
P115a	P115/A.2 4	SO 02	II. Auswahl der Vorranggebiete aus den Potenzialflächen Anhand der ausgelegten Unterlagen lässt sich die Auswahl der Vorranggebiete aus den Potenzialflächen nicht genau nachvollziehen. Ebenso wenig lässt sich konkret nachvollziehen, aus welchen Gründen genau einige Gebiete nicht mehr oder mit anderem Zuschnitt wie beim Standort Kührstedt-Alfstedt ausgewählt wurden. Das Verfahren „leidet“ insoweit nicht an übergroßer Transparenz. Eine weitergehende Stellungnahme zum Arbeitsschritt 3 im Allgemeinen und im Besonderen ist daher zur Zeit im Grunde nicht möglich.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Begründung der Auswahl der Vorranggebiete wird in diesem Zuge detaillierter ausgeführt.	Kenntnisnahme
P115a	P115/A.2 5	SO 02	In Anbetracht der gravierenden Folgen, die der Wegfall eines Teils der Vorranggebietsflächen am Standort Kührstedt-Alfstedt für unsere Mandantin hätte, hat sie das Büro BIOS gebeten, anhand verfügbarer Unterlagen zu beurteilen, ob es belastbare Gründe für die Flächenreduzierung am Standort Kührstedt-Alfstedt aus avifaunistischer Sicht gibt. Dahinter steht die Vermutung, dass Grund für die Flächenreduzierung ein im Jahr 2010 festgestelltes Vorkommen des Kranichs (Brutverdachtsangabe regionalpian & uvp 2012) in einem kleinen Moorbirkenwäldchen im Zentrum zwischen den „Flügeln“ war.	Die Reduzierung der Potenzialfläche 014 im Bereich des Pastorenmoors bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt für den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird im Hinblick auf die Potenzialfläche 012 bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt für den Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms 2015 nicht wiederholt. Es wird der Aussage des Gutachters gefolgt, dass kein aktuelles Vorkommen des Kranichs vorhanden ist und der Bereich das Pastorenmoors nicht (bzw. nicht mehr) als geeignetes Bruthabitat des Kranichs anzusehen ist.	zu berücksichtigen
P115a	P115/A.2 6	SO 02	Das Büro BIOS kommt in seiner als Anlage beigefügten aktuellen Begutachtung zu dem Ergebnis, dass der Moorbirkenwald nicht als geeignetes Bruthabitat des Kranichs bzw. Habitat für die erfolgreiche Aufzucht von Jungen gelten kann; ein aktuelles Vorkommen ist auszuschließen. Der offenbar angesetzte Abstand des Vorranggebietes von 500 m um den ehemaligen Kranich-Brutverdachtsplatz führt nicht dazu, dass sich ein Brutplatz hier etablieren werde. Der Brutverdacht 2010 sollte daher nicht mehr als Restriktion für die Abgrenzung als Vorranggebiet für die Windenergienutzung herangezogen werden. Wegen der Einzelheiten verweisen wir auf die Ausführungen im Gutachten.	Siehe P115/A.25. - Das angesprochene Gutachten wird unter P115/B ausgewertet.	Zu berücksichtigen
P115a	P115/A.2 7	SO 02	Unsere Mandantin schließt sich den gutachterlichen Empfehlungen an und beantragt, das Vorranggebiet mindestens in der Flächenausstattung wieder auszuweisen, wie dies im RROP 2012 der Fall war.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P115a	P115/A.2 8	SO 02	Dafür sprechen auch die erheblichen Investitionen, die unsere Mandantin im Vertrauen auf den Bestand des Vorranggebiets bisher getätigt hat.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P115a	P115/A.2 9	SO 02	Insgesamt besteht danach bis auf weiteres kein belastbarer Grund, die Fläche des Vorranggebiets gegenüber der Ausdehnung laut RROP 2012 im Bereich des Windparks Kührstedt-Alfstedt zu reduzieren. Der Kranich-Brutverdachtsplatz reicht zur Begründung der Reduzierung nicht aus.	Siehe P115/A.25.	Zu berücksichtigen
P115a	P115/A.3 0-43		siehe Stellungnahme P111.28-41	siehe Stellungnahme P111.28-41	siehe Stellungnahme P111.28-41
P115a	P115/A.4 4-45		Siehe Stellungnahme P111.44-45	Siehe Stellungnahme P111.44-45	Siehe Stellungnahme P111.44-45
P115a	P115/A.4 6	Z	Unsere Mandantin würde es daher begrüßen, wenn die alten Vorranggebiete, in denen Windparks betrieben werden oder zumindest in Planung sind, wiederum als Vorranggebiete in das RROP aufgenommen würden.	Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche erfüllen nicht die Anforderungen des Kriterienkatalogs und kommen daher zunächst einmal gar nicht mehr als Vorrangstandorte in Betracht. Erst durch die Ziel-Ausnahme-Regelung (deren Ergebnis die Darstellung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ist) schafft das RROP die Möglichkeit, die Altstandorte weiterhin zu nutzen und zu repowern. Die Alternative zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wäre eine Streichung und somit eine Reduzierung der Altstandorte auf den Bestandsschutz.	Nicht zu berücksichtigen
P115a	P115/A.4 7-57		Siehe Stellungnahme P111. 48-58	Siehe Stellungnahme P111. 48-58	Siehe Stellungnahme P111. 48-58
P115a	P115/A.5 8	SO 02	Was den Standort Kührstedt-Alfstedt betrifft, liegen die Voraussetzungen für den Beibehalt der bisherigen Vorranggebietsausweisung, ggf. auch für eine Vergrößerung der Gebietsgröße vor.	Siehe P115/A.25.	Zu berücksichtigen
P115b	P115/B.0 1	SO 02	Im Rahmen der Überarbeitung des Regionalen Raumordnungsprogramms LK Cuxhaven, Teilabschnitt Windenergie, wurde die Abgrenzung des Vorranggebietes Bederkesa-Alfstedt geändert. Dabei wurde für den zentralen Teil der bisherigen Abgrenzung (RROP 2012, Detailkarte 2) ein im Jahr 2010 festgestelltes Vorkommen des Kranichs (Brutverdachtsangabe in REGIONALPLAN & UvP 2012) zugrunde gelegt und um die zeichnerische Darstellung dieses Vorkommens ein Mindestabstand von 500 m gelegt, weswegen in diesem Bereich mögliche Stelflächen für Windenergieanlagen (WEA) entfallen (vgl. Abb. 1). In dieser Stellungnahme werden aktuelle Erkenntnisse zur Zusammensetzung der Brutvogelfauna (insbesondere bezüglich des Kranichs) im Planungsraum dargelegt und eine Bewertung zur Neuabgrenzung des Vorranggebietes aus naturschutzfachlicher Sicht abgeleitet.	Siehe P115/A.25.	Zu berücksichtigen
P115b	P115/B.0 2	SO 02	Aussagen vorhandener Gutachten: Anlässlich einer im größeren Maßstab durchgeführten Potenzialeinschätzung hinsichtlich der Wertigkeiten für die Avifauna des Planungsraumes wurde für die nähere Umgebung keine besondere Eignung für Brutvorkommen des Kranichs prognostiziert. Aufgrund des hohen Anteils von Maisanbau im Gebiet wurde bestenfalls eine lokale Bedeutung für das Rastgeschehen von Kranichen angenommen (BIOS 2009). Dies hat sich jedoch bis heute nicht bestätigt, die Bedeutung für rastende Kraniche liegt noch unter der Schwelle der lokalen Bedeutung (eig. Feststellung, Daten in REGIONALPLAN & UvP 2012, Bios 2012, 2014).	Siehe P115/A.25.	Zu berücksichtigen
P115b	P115/B.0 3	SO 02	REGIONALPLAN & UVP (2012) geben in ihrem Gutachten zur Avifauna im betreffenden Planungsraum ein brutzeitliches Vorkommen der streng geschützten Vogelart Kranich für das Jahr 2010 an. Im Zeitraum vom 18.3. bis 3.8.2010 führten sie 7 Erfassungstermine zur Aufnahme des Brutvogelbestandes durch. Danach rechtfertigte die Beobachtungslage bis April 2010 (2x paarweise Nahrung suchende Kraniche im Umfeld eines als geeignet erscheinenden Moorbirkenwaldes) die Wertung als Brutverdacht. Ein Brutnachweis konnte allerdings nicht erbracht werden Aufgrund der Erkenntnisse weiterer Erfassungstermine nach April 2010 wird in jedem Fall eine erfolgreiche Brut ausgeschlossen. Das potenzielle Bruthabitat (Moorbirkenwald) wurde im August 2010 trocken vorgefunden, erwies sich also eher als ungeeignet für den Kranich. Dennoch wurde aufgrund der artspezifischen fachlichen Empfehlungen zur Interpretation der Befunde von Brutvogelerfassungen (vgl. SÜDBECK u. a. 2005) völlig zu Recht der Brutverdacht für ein Kranichpaar angenommen und zeichnerisch mittig für den Moorbirkenbestand dargestellt Dieses Kranich-Vorkommen hat insofern auch Eingang in die kreisweite Zusammenstellung bewerteter Vogellebensräume im Landkreis Cuxhaven gefunden wonach südwestlich von Bedekesa ein lokal bedeutsamer Brutvogellebensraum liegt (vgl. Bios 2012).	Siehe P115/A.25.	zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P115b	P115/B.0 4	U, SO 02	Der Umweltbericht zur Entwurfsfassung des überarbeiteten Regionalen Raumordnungsprogramms Stand 6/2014 greift diese Brutverdachtsangabe ebenfalls auf und stellt sie im Rahmen der Ermittlung von Bestand und Bewertung der Umweltauswirkungen mit der Bezeichnung „1 Brutpaar im artspezifischen Radius innerhalb des Mindestabstandes“ dar (Bosch & PARTNER 2014). Man bezieht sich hierbei offensichtlich auf die aktuelle naturschutzfachliche Empfehlung des Mindestabstandes von WEA zu Brutvorkommen des Kranichs von derzeit 500 m (NLT 2014) Dieser Umstand wird als voraussichtliche erhebliche Umweltauswirkung eingeschätzt (Bosch & PARTNER 2014) Wie diese Auswirkung konkret aussehen könnte (Aufgabe oder Verlagerung des Brutplatzes?, Gefahr des Vogelschlags?) wird nicht dargelegt.	Je nach Vogelart, Jahreszeit, Aktivität, Nahrungsangebot, Flächennutzung, Witterung, Anzahl der Vogelindividuen und Anlagengröße kann eine potenzielle Beeinträchtigung unterschiedlich groß sein. Unstrittig bilden WEA für einzelne Vogelarten eine tödliche Kollisionsgefahr. Insbesondere für wenig wendige Großvogelarten (z. B. Seeadler) sowie Flugjäger in der offenen Landschaft (z. B. Rotmilan), welche die Anlagen nicht oder zu spät als Gefahr erkennen, besteht ein generelles Risiko, an WEA zu verunglücken. Für Kraniche ist eine Kollisionsgefährdung auch trotz nächtlicher Flugaktivität gering. Gründe sind u.a. dass die Nahrungssuche (anders als bei Greifvögeln) zu Fuß erfolgt, der Wechsel zwischen Nahrungsflächen im bekannten Revier erfolgt, in welchem Windfelder auch im Nahbereich der WEA durchfliegen werden und die Altvögel während der 8-wöchigen Jungenaufzucht bis zum Flügge sein selten fliegen. Auch brüten Kraniche relativ dicht an WEA. Jedoch ergeben sich durch Bau, Erschließung, Wartung usw. Störungen, die zu einer Lebensraumentwertung führen können. Mit dem angesetzten Mindestabstand gem. NLT 2014 von 500 m zu Brutvorkommen des Kranichs können etwaige Beeinträchtigungen reduziert, bzw. ausgeschlossen werden (Langgemach & Dürr 2014). Zu tiefergreifenden Untersuchungen ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen die Belange des artenschutzbezogenen Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P115b	P115/B.0 5	SO 02	In der Brutsaison 2013 wurde innerhalb des Planungsraumes eine Nachkartierung planungsrelevanter Brutvogelarten durchgeführt. Dabei konnten während 17 Termine von Mitte März bis Mitte Juli 2013 keine Anzeichen für ein Fortbestehen bzw. ein Vorkommen des Kranichs gefunden werden (REGIONALPLAN & UvP 2013). Auch während 12 Termine von Ende Januar bis Mitte Mai 2014 anlässlich einer Raumnutzungsanalyse zum Seeadler im Planungsraum (vgl. Bios 2014) sowie während drei gezielter Termine (20.3., 12.4., 14.5.2014) zur Aktualisierung / Überprüfung des Datenbestandes zu den im Gebiet siedelnden Brutvogelarten konnten keinerlei Hinweise auf ein aktuelles Brutvorkommen des Kranichs mehr gewonnen werden (eig. Feststellungen). Bei dieser Überprüfung wurde der Moorbirkenbestand zweimal gezielt aufgesucht und hinsichtlich einer Ansiedlung des Kranichs untersucht (12.4., 14.5., vgl. Fotodokumentation Abb. 2 und 3).	Siehe P115/A.25.	Zu berücksichtigen
P115b	P115/B.0 6	SO 02	Bei einer zusätzlichen letzten Kontrolle am 11.7.2014 stellte sich das potenzielle Bruthabitat als trockener Moorbirkenwald mit eingestreuten Waldkiefern einer Strauchschicht aus Faulbaum und Eberesche sowie einer Krautschicht aus Heidelbeere Farnen Pfeifengras weiteren Sußgrasern Binsen und Himbeeren dar was ebenfalls auf einen stark entwässerten degenerierten Moorstandort hinweist (eig. Feststellung)	Siehe P115/A.25.	Zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P115b	P115/B.07	SO 02	Bewertung des Standorts hinsichtlich seiner Bedeutung als Lebensraum für den Kranich Der durch trockenen Moorbirkenwald zu charakterisierende degenerierte Moorstandort (Flurbezeichnung „Pastorenmoor“) inmitten einer von intensivem Maisanbau geprägten Kulturlandschaft ist nicht (bzw. nicht mehr) als geeignetes Bruthabitat des Kranichs anzusehen. Ein aktuelles Vorkommen wird definitiv ausgeschlossen. Auch stellen die unmittelbar umgebenden intensiv genutzten Mais- und Grünlandflächen kein geeignetes Habitat für die erfolgreiche Aufzucht von Jungen dar.	Siehe P115/A.25.	Zu berücksichtigen
P115b	P115/B.08	SO 02	Die Vorstellung, dass bei Einhaltung eines naturschutzfachlich empfohlenen Mindestabstandes von WEA zu einem Kranichbrutplatz (500 m, vgl. NLT 2014) sich ein solcher hier etablieren könnte, ist aufgrund der aktuellen Befunde und nicht zuletzt aufgrund der Konstellation der verbleibenden Vorrangflächen als äußerst unwahrscheinlich anzusehen. Letztere Flächen wurden einen solchen (potenziellen) Brutplatz in einem 3h-Kreis umschließen und im Falle einer Bebauung mit WEA könnten diese dann mögliche erhebliche Stör- bzw. Gefahrenquellen darstellen.	Siehe P115/A.25.	Zu berücksichtigen
P115b	P115/B.09	SO 02	Im Falle des Vorliegens eines günstigen Kranich-Bruthabitats (deckungsreicher, von Wasser umgebener Brutplatz und insektenreiche Nahrungsflächen) in Randlage zu einem geplanten Windpark ist der naturschutzfachlich empfohlene Mindestabstand zu rechtfertigen und dürfte als Maßnahme zur Vermeidung eines erheblichen Eingriffs geeignet sein. Im vorliegenden Fall jedoch sollte aufgrund der beschriebenen Sachverhalte dieses Kriterium nicht mehr als Restriktion bei der Abgrenzung als Vorranggebiet für die Windenergiegewinnung herangezogen werden.	Siehe P115/A.25.	Zu berücksichtigen
P116	P116.01	A	1. Sie haben auch im Rahmen des jetzigen Entwurfs des RROP 2014 kein gesamtträumliches schlüssiges Planungskonzept vorgelegt. Die Tatsachen, die für die negative Wirkung der planerischen Darstellung ins Feld geführt werden, sind nicht korrekt mit dem Anliegen abgewogen der Windenergienutzung an geeigneten Standorten eine ausreichende Chance zu geben.	Aus Sicht des Landkreises wurde ein schlüssiges gesamtträumliches Planungskonzept vorgelegt.	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.02	A	Die Rechtsprechung (Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg mit Urteil vom 24.02.2011, Az.: OVG 2 A2.09 und insbesondere BVerwG; sowie Urteil des Nds. OVG v. 14.05.2014, Az.: 12 KN 244/12 und 12 KN 29/13) hat bekanntlich strenge Maßstäbe aufgestellt, wie die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 S. 3 BauGB und ein schlüssiges Planungskonzept überhaupt herbeigeführt werden kann. Die planerische Entscheidung muss bekanntlich nicht nur Auskunft darüber geben, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen wird, sondern auch deutlich machen, welche Gründe es rechtfertigen, den übrigen Planungsraum von Windenergieanlagen freizuhalten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P116	P116.03	E 01	Die auf der Ebene des Abwägungsvorganges angesiedelte Ausarbeitung eines Planungskonzeptes vollzieht sich daher abschnittsweise. Dabei lassen sich dem Tabuzonen in zwei Kategorien einteilen, nämlich in Zonen, in denen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen schlechthin ausgeschlossen ist (sogenannte "harte" Tabuzonen) und in Zonen, in denen die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen zwar tatsächlich und rechtlich möglich ist, in denen nach den städtebaulichen Vorstellungen, die die Gemeinde oder Plangeber anhand eigener Kriterien entwickelt hat, aber keine Windenergieanlagen aufgestellt werden sollen ("weiche" Tabuzonen).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P116	P116.04	E 01	Nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen sollten dann sogenannte Potentialflächen verbleiben, die für die Darstellung von [Satzende fehlt bereits im Original] Danach sind auf der Ebene des Abwägungsvorganges in einem mehrstufigen Verfahren zunächst die "harten" und die "weichen" Tabuzonen zu ermitteln. Anschließend hat in Bezug auf die verbleibenden sogenannten Potential-Flächen eine Abwägung der Windenergienutzung mit den konkurrierenden öffentlichen Belangen nachvollziehbar zu erfolgen. Abschließend ist auf der Ebene des Abwägungsergebnisses zu prüfen, ob der Windenergie in substantieller Weise Raum geschaffen wurde. Es handelt sich dabei nach Auffassung der Rechtsprechung um eine zwingend zu beachtende Prüfungsreihenfolge für den Plangeber.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P116	P116.05	E 01	2. Dieses zugrunde gelegt, ist (auch) Ihr aktuelles Abwägungsergebnis nicht nachvollziehbar. Sie haben als Plangeber zwar formal, d.h. unter Heranziehung der Bezeichnung von "harten" und "weichen" Tabuzonen und letztlich verbleibenden Potentialflächen formal die geforderte Reihenfolge bei Errichtung des RROP eingehalten, die das Bundesverwaltungsgericht in ständiger Rechtsprechung vorgibt. Aus der Begründung des jetzigen Entwurfs ergibt sich aber grade nicht nachvollziehbar, weshalb Sie als Plangeber die möglichen Flächen jeweils in "harte" oder eben "weiche" Tabuzonen eingeordnet haben und warum die jetzt als Potentialflächen ausgewählten Flächen gegenüber anderen Flächen geeignet sind für die Windenergienutzung.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Auswahl der harten und weichen Tabuzonen wird umfangreich begründet werden.	zu berücksichtigen
P116	P116.06	E 01	Es wird der Eindruck erweckt, die aktuellen Potentialflächen werden willkürlich ausgewählt, wiederum andere werden ohne nachvollziehbare Abwägung, als Potentialflächen ausgeschlossen. Der Begründung des jetzigen Entwurfs kann nicht entnommen werden, weshalb die ausgewählten Potentialflächen den Vorzug erhalten haben vor den abgeschmetterten Flächen. Erwägungen, welche die positive Standortzuweisung tragen, fehlen nahezu völlig.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Begründung der Auswahl der Vorranggebiete wird in diesem Zuge detaillierter ausgeführt.	zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116	P116.07	E 01	Dabei ergibt sich aus der Planbegründung auch nicht, dass Sie sich auf der ersten Stufe des Planungsprozesses den Unterschied zwischen harten und weichen Tabuzonen bewusst gemacht haben und ihn dokumentieren. Als harte Tabuzonen bezeichnen Sie nur die Flächen, die in rechtlicher Hinsicht für die Nutzung von Windenergie ausgeschlossen sind. Allerdings handelt es sich bei harten Tabuzonen auch um Flächen, auf denen die Windenergienutzung aus tatsächlichen und nicht nur aus rechtlichen Gründen ausgeschlossen ist. Zwar ergibt sich aus dem Wortlaut, dass Sie als Planträger zwischen harten und weichen Tabuzonen unterschieden haben, es ist jedoch nicht klar, weshalb Sie diese Unterscheidung in dieser Form gewählt haben.	Siehe P116.05	zu berücksichtigen
P116	P116.08	E 01	Gleiches gilt für die Auswahl an "weichen" Tabuzonen. Diese Tabuzonen sind zu den Flächen zu rechnen, die einer Berücksichtigung im Rahmen der Abwägung zugänglich sind. Zwar dürfen sie nach Auffassung der Rechtsprechung anhand einheitlicher Kriterien ermittelt und vorab ausgeschlossen werden, dann müssen aber diejenigen Belange abgewogen werden, die im Einzelfall für und gegen die Nutzung einer Fläche für die Windenergie sprechen.	Siehe P116.05	zu berücksichtigen
P116	P116.09	E 01	Die Entscheidung für weiche Tabuzonen müssen Sie als Plangeber rechtfertigen. Dazu müssen Sie aufzeigen, wie Sie die eigenen Ausschlussgründe bewertet haben, d.h. kenntlich machen und insbesondere erkennen lassen, dass Sie einen Bewertungsspielraum haben und die Gründe für die Wertung offenlegen.	Siehe P116.05	zu berücksichtigen
P116	P116.10	E 01	Dem jetzigen Entwurf kann aber nicht entnommen werden, daß Sie als Plangeber einen Bewertungsspielraum erkennen. Insbesondere sind die Gründe für die getroffenen Wertungen nicht oder nur sporadisch zu erkennen.	Siehe P116.05	zu berücksichtigen
P116	P116.11	E 01	3. Auch im jetzigen Entwurf - wie zuvor im RROP 2012 - arbeiten Sie wieder mit so genannten "Pufferzonen". Dabei orientieren Sie sich aber wieder nicht an der maßgeblichen Fragestellung, ob es sich insoweit jeweils um rechtliche bzw. tatsächliche Ausschlussgründe handelt oder nicht. Zum einen legen Sie dar, Sie hätten auch sämtliche Tabuzonen, die nicht von vorne herein in rechtlicher Hinsicht ausgeschlossen sind, als "weiche" Tabuzonen gewertet und dem Abwägungsergebnis zugrunde gelegt. In Ihrem RROP finden sich aber wiederum durchgängig Abstandsregelungen zu verschiedenen Kategorien (Infrastruktur, Natur und Landschaft, Wasserwirtschaft, ...) die nicht erkennen lassen, ob es sich dabei um tatsächliche oder rechtliche Ausschlussgründe handelt oder nicht.	Siehe P116.05	zu berücksichtigen
P116	P116.12	E 01	Auch die Bildung der Abstände von Windparks untereinander lässt nicht erkennen, ob bei der jeweiligen Abstandsbildung tatsächliche oder rechtliche Hindernisse zugrunde gelegt wurden und ob diese möglicherweise im Rahmen des Abwägungsprozesses überwindbar sind. Sie legen dar, für die Abstände der Windparks untereinander sähe die Landesempfehlung der Obersten Raumordnungsbehörde 5 km vor. Hierbei handelt es sich aber lediglich um eine Empfehlung, so dass Sie grundsätzlich einen Mindestabstand zwischen den Windparks von 4 km festlegen.	Der Abstand der Windparks untereinander soll sicherstellen, dass die Natur, die Landschaft, das Landschaftsbild sowie die Menschen vor einer erdrückenden Wirkung durch eine Vielzahl nah beieinander liegender Windparks geschützt werden. Der Landkreis ist dabei im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Windenergie im Landkreis sowie der Windhöflichkeit von den früher vom Land Niedersachsen empfohlenen 5 km abgewichen. Dies ist rechtlich möglich. Im Entwurf des RROP 2015 wird der Abstand der Windparks untereinander einheitlich auf 4 km innerhalb des Kreisgebietes festgelegt.	Kenntnisnahme
P116	P116.13	E 01	Bei der Oste-Niederung soll aber aufgrund der besonderen Empfindlichkeit des Landschaftsraumes wiederum ein Mindestabstand von 5 km eingehalten werden, außerdem soll in einem Puffer von 750 m rechts und links der Oste kein neuer Windpark ausgewiesen werden. In Gebieten mit im Landkreis durchschnittlich höheren Waldanteil (über 10 %) ist zu Gunsten der Windenergie nur ein Mindestabstand von 3 km einzuhalten. Der Mindestabstand von Windparkstandorten zu Standorten in Nachbarlandkreisen beträgt dagegen nur 2 km.	Im RROP Entwurf 2015 wird ein einheitlicher Abstand der Windparks untereinander innerhalb des Kreisgebietes von 4 km festgelegt.	zu berücksichtigen
P116	P116.14	E 01	Hier ist erkennbar, daß Sie als Plangeber wiederum nicht die strenge Stufenfolge einhalten. Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts sind die Tabukriterien abstrakt zu definieren und einheitlich anzulegen. Für eine differenzierte "ortsbezogene" Anwendung der Restriktionskriterien ist bei der Ermittlung der Potentialflächen grundsätzlich kein Raum. Die Betrachtung der konkreten örtlichen Verhältnisse erfolgt daher erst auf der nächsten Stufe, wenn es darum geht, für die jeweilige Potentialfläche im Wege der Abwägung zu entscheiden, ob sich aus ihr die Windenergie oder eine andere Nutzung durchsetzen soll.	Siehe P116.13	zu berücksichtigen
P116	P116.15	E 01	Auch Ihre jetzige Begründung lässt nicht hinreichend erkennen, dass Sie diese Stufenfolge beachtet haben, sondern Sie wenden auch hier wiederum konkrete ortsbezogene Ermittlungen im Rahmen der Ermittlung der Potentialflächen an, wofür kein Raum ist.	Siehe P116.13	zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116	P116.16	E 01	4. Der gesamte Landkreis ist nach der Aussage des Plangebers flächendeckend bezüglich der Ausweisung neuer Vorrangstandorte anhand der vorgenannten Kriterien untersucht worden. Dabei wurden zunächst 346 neue Flächen ermittelt. Von diesen Flächen sind 324 wiederum aus verschiedenen Gründen entfallen; es verbleiben somit noch 22 Flächen. Dieses ergibt gerade einmal 0,73 Prozent der Landkreisfläche. Zwar spricht die zu nutzende Fläche nicht per se für eine Verhinderungsplanung, bei allerdings lediglich 0,73 Prozent, die der Windenergienutzung zur Verfügung gestellt werden, spricht doch sehr viel für eine reine Feigenblattplanung, so daß der Windenergie entgegen der Auffassung der Planer nicht in substantieller Weise im Landkreis Raum beschafft wird.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Begründung der Auswahl der Vorranggebiete wird in diesem Zuge detaillierter ausgeführt.	zu berücksichtigen
P116	P116.17	Z	5. Nicht unbekannt dürfte mittlerweile sein, daß unsere Mandantin die Errichtung von Windenergieanlagen schwerpunktmäßig im ehemaligen Vorranggebiet Armstorf anstrebt. Im Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms von Oktober 2009 und Juli 2010/April 2011 war die Fläche Armstorf als Vorranggebiet für die Windenergienutzung noch vollständig enthalten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P116	P116.18	Z	Unter damaliger laufender Nummer 27 A wurde dabei auch das potentielle Vorranggebiet Armstorf-Tannenkaamp untersucht. Das Gebiet wird bis heute überwiegend als Acker, Einsaatgrünland oder artenarmes Grünland genutzt. Gleichzeitig gilt der westliche Teil (westlich Beekenweg) wohl als Gastvogellebensraum mit landesweiter Bedeutung. Im Oktober 2008 seien dort bis zu 720 Kraniche nachgewiesen worden. Der östliche Teil (östlich Beekenweg) gehöre zu einem Vogelbrutgebiet mit potentieller Bedeutung; im LRP 2000 sei hier ein Vogelbrutgebiet mit kreisweiter Bedeutung dargestellt. Die Fläche galt daher zunächst als bedingt geeignet als Vorrangstandort für die Windenergiegewinnung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P116	P116.19	Z	Unsere Mandantin hat durch Vorlage von Gutachten dargelegt, daß die Fläche in Armstorf als Vorrangfläche für die Nutzung von Windenergie geeignet ist. Spürbare Konflikte sind nicht zu erwarten, insbesondere besteht kein Konflikt zur Avifauna. Wir gehen davon aus, daß die Gutachten unserer Mandantschaft noch in Ihrem Hause vorliegen und bei Bedarf eingesehen werden können. Da es sich bei der Fläche im übrigen um Ackerland bzw. artenarmes Grünland handelt, ist auch ein Konflikt mit dem Gut Landschaft nicht zu erwarten.	Im Rahmen der Erarbeitung des Entwurfs 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms gab es hier die Potenzialfläche 028. Diese ist seinerzeit aufgrund einer naturschutzfachlichen Beurteilung entfallen; dies wird auch aus der Begründung / Erläuterung zum Entwurf 2014 deutlich. Im Rahmen der Erarbeitung des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms gibt es hier keine Potenzialfläche, statt dessen eine weiche Tabuzone, die aus einem Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung resultiert. Die maßgebliche Art für den Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung ist der Zwergschwan. Für die Art Kranich weist der Gastvogellebensraum eine landesweite Bedeutung auf.	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.20	Z	Unsere Mandantin beantragt daher weiterhin, die Fläche Armstorf als Vorranggebiet für die Windenergienutzung auszuweisen. Wir halten es für abwägungsfehlerhaft, sollte die Fläche nicht als Vorrangfläche im neuen RROP 2014 ausgewiesen werden.	Siehe P116.19.	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.21	B 01	6. Auf Grundlage der Vorranggebiete Windenergienutzung der vorangegangenen Fassungen des Regionalen Raumordnungsprogrammes wurde bereits eine Vielzahl von Windparks genehmigt und errichtet. Mehrere dieser Parks erfüllen nach Ihrer Auffassung nicht mehr die Anforderungen der aktuellen Ausschlusskriterien und sollen daher im Zuge der Teilfortschreibung nicht mit übernommen werden. Aus Ihrer Begründung ist nicht erkennbar, dass Sie sich im Rahmen der Abwägung mit den damit verbundenen Konsequenzen für die Eigentümer und Betreiber der Anlagen befasst haben.	Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche erfüllen nicht die Anforderungen des Kriterienkatalogs und kommen daher zunächst einmal gar nicht mehr als Vorrangstandorte in Betracht. Erst durch die Ziel-Ausnahme-Regelung (deren Ergebnis die Darstellung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ist) schafft das RROP die Möglichkeit, die Altstandorte weiterhin zu nutzen und zu repowern. Die Alternative zu den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wäre eine Streichung und somit eine Reduzierung der Altstandorte auf den Bestandsschutz.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116	P116.22	B 01	Insofern wird auch nicht erläutert, weshalb diese Gebiete nicht mehr geeignet sein sollen, um dort Windenergieanlagen zu betreiben. Insbesondere wurde dabei nicht die bereits vorhandene Vorbelastung der Flächen berücksichtigt. Da die Windenergieanlagen dort bereits seit Jahren betrieben werden, ist sowohl das Landschaftsbild entsprechend vorbelastet, als auch haben sich Bevölkerung und Avifauna sowie Fauna an die bestehenden Anlagen angepasst.	Siehe P116.21	Kenntnisnahme
P116	P116.23	B 01	Sie haben auch nicht berücksichtigt, dass diese Gebiete weiterhin genutzt werden können im Rahmen des so genannten repowerings. Wir halten es für äußerst abwägungsfehlerhaft, wenn entsprechende bereits vorbelastete Gebiete nicht mehr im neuen Entwurf aufgenommen werden. Entgegen dem Vertrauensschutz der Eigentümer und Betreiber der Anlagen bestehen wird von Ihnen im Rahmen der Abwägung nicht berücksichtigt [Satz bereits im Original fehlerhaft].	Durch die neue Regelung zum Repowering im RROP Entwurf 2015 wird eine Weiterentwicklung von bauleitplanerisch gesicherten Flächen ermöglicht.	zu berücksichtigen
P116	P116.24	E 01	7. Wie bereits zuvor dargelegt, ist auch im jetzigen Entwurf des RROP nicht hinreichend dokumentiert, wie es zu der Entscheidung kam, welche Potentialflächen für die Darstellung als Vorranggebiete für die Windenergienutzung ausgewählt wurden und weshalb andere Flächen nicht mehr als Vorranggebiete ausgewiesen werden sollen.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Begründung der Auswahl der Vorranggebiete wird in diesem Zuge detaillierter ausgeführt.	zu berücksichtigen
P116	P116.25	E 01	Die Potentialflächen sollen zu den ihnen konkurrierenden Nutzungen in Beziehung gesetzt werden, d.h., die öffentlichen Belange, die gegen die Ausweisung eines Landschaftsraumes als Konzentrationszone sprechen, sind mit dem Anliegen, der Windenergienutzung an geeigneten Standorten eine Chance zu geben, abzuwägen. Dieser Abwägungsvorgang für die Ausweisung von Vorrangflächen im Falle des Regionalen Raumordnungsprogrammes sind nicht nachvollziehbar. Es liegt daher ein erheblicher Abwägungsmangel vor.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Begründung der Auswahl der Vorranggebiete wird in diesem Zuge detaillierter ausgeführt.	zu berücksichtigen
P116	P116.26	E 01	Nicht nachvollziehbar ist auch die Entscheidung des Plangebers, Waldflächen ab einer Größe von 1 ha von Windenergieanlagen freizuhalten. Es ist mittlerweile bundesweit gängige Praxis Windenergieanlagen auch in Waldgebieten zu genehmigen, insbesondere wenn es sich nicht um Wald mit besonderer Schutz- und Erholungsfunktion handelt. Der Planer hat hier formal die Errichtung von Windenergieanlagen ausgeschlossen, ohne hinreichend zu unterscheiden, ob es sich um schützenswerte Waldgebiete handelt.	Die Frage ob und wie Waldflächen in anderen Bundesländern für Windenergieanlagen genutzt werden, kann nicht in einem solch unkritischen Maße stattfinden. Zu beachten ist, dass Niedersachsen eine besondere Verantwortung für Waldflächen hat, da Niedersachsen im bundesweiten Vergleich waldarm ist. Aus diesem Grund haben sich sowohl der Niedersächsische Landkreistag, als auch das Landwirtschaftsministerium klar gegen eine Nutzung von Waldflächen für Windenergie ausgesprochen. Auch im Landesraumordnungsprogramm werden eine Sicherung und Förderung des Waldes grundsätzlich gefordert. Als waldarmer Teilraum in einem waldarmen Bundesland hat der Wald für den Landkreis Cuxhaven eine besondere Bedeutung. Aus diesem Grund enthält das RROP 2012 das Ziel, dass der Wald sowie die Waldränder von Bebauung freizuhalten sind. Diesem Ziel sowie den Empfehlungen vom NLT sowie dem Landwirtschaftsministerium wird nicht durch eine Änderung des Kriteriums widersprochen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116	P116.27	E 01	a) Ein Abwägungsmangel liegt auch darin, daß der der Plangeber bei gleichen Sachverhalten unterschiedliche Maßstäbe angewandt hat. So hat er andere Flächen als Vorranggebiet ausgewiesen, obwohl es sich bei diesen ebenfalls um Vogelbrutgebiete mit landesweiter Bedeutung handeln soll - wie das Gebiet Armstorf.	Mit der Erstellung des Entwurfs 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen. - Die Vogelbrutgebiete mit nationaler Bedeutung sowie die Gastvogellebensräume mit internationaler bzw. nationaler Bedeutung sind im Kriterienkatalog den weichen Tabuzonen zugerechnet. - Das Gebiet Armstorf ist nicht wegen "eines angeblichen Vogelbrutgebietes von lokaler Bedeutung" entfallen. Vielmehr ist hier die hohe Bedeutung als Gastvogellebensraum entscheidend.	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.28	SO 30	b) Im Hinblick auf dass Vorranggebiet Windenergienutzung "Odisheim/Stinstedt" ist nachgewiesen, dass es sich bei der Fläche um ein Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung unter Berücksichtigung als Nahrungshabitat handelt. Es ist ein Weißstorch-Nahrungshabitat, das sich in ca. 1,5 km Entfernung zur Eingriffsfläche befindet. Trotz dieses bestehenden Konfliktpotentials wurde die Fläche als Vorranggebiet für die Windenergienutzung ausgewiesen mit der Begründung, Vogelbrutgebiete mit landesweiter Bedeutung seien nach dem Kriterienkatalog keine Ausschlussgebiete. Detaillierte Untersuchungen und Kartierungen sollen im Zuge des Genehmigungsverfahrens erfolgen.	Siehe Stellungnahme P116.27	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.29	Z	Die Fläche Armstorf wird demgegenüber für nicht geeignet eingestuft. Die Eingriffsfläche im Gebiet 'Odisheim/Stinstedt' ist auch nur 1,5 Km vom Nahrungshabitat des Schwarzstorchs entfernt, während die Eingriffsfläche Armstorf über 3,7 Km entfernt von einem Sammelplatz des Kranichs ist. Es ist nicht nachvollziehbar und ergibt sich aus der Begründung des RROP nicht, weshalb Sie einerseits Gebiete für die Windenergienutzung für geeignet halten, obwohl es sich nachweislich um Vogelbrutgebiete handelt und andererseits dieses Kriterium als Ausschlusskriterium ansieht.	Siehe Stellungnahme P116.27	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.30	S 30	Ebenfalls findet sich im Hinblick auf das Vorranggebiet Windenergienutzung "Odisheim/Stinstedt" der Hinweis, im westlichen Teil liege eine landesweite Bedeutung für Brutvögel vor, insbesondere durch Vorkommen von Scharzkehlchen, Feldlärche und Wiesenpieper. Hier sind Sie der Auffassung, Vogelbrutgebiete mit landesweiter Bedeutung seien nach dem Kriterienkatalog keine Ausschlussgebiete. Ein erheblicher Einfluss von Windenergieanlagen auf Wiesenvögel sei nicht nachweisbar, weshalb diese Anregung nicht zu berücksichtigen und das Gebiet insgesamt als Vorranggebiet geeignet sei.	Siehe Stellungnahme P116.27	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.31	SO 31	c) Gleiches gilt für das Vorranggebiet Windenergienutzung "Hemmoor/Isensee". Auch hier soll es sich um Vogelbrutgebiet mit landesweiter Bedeutung handeln. Es ist gleichzeitig Weißstorch-Nahrungshabitat. Die Horste befinden sich nach Kenntnis unsere Mandantin in ca. 2 km Entfernung. Daneben ist ein Vorkommen von Wiesenvögeln, wie z.B. dem Kiebitz, zu erwarten.	Der Sachverhalt im Hinblick auf das Vorranggebiet Windenergienutzung "Osten-Isensee" (... die Abgrenzung ist im Entwurf 2014 und im Entwurf 2015 unterschiedlich) ist mit dem Sachverhalt bei der weichen Tabuzone im Bereich Armstorf nicht vergleichbar. Im Hinblick auf das Gebiet Armstorf ist nicht das Vogelbrutgebiet, sondern der Gastvogellebensraum von entscheidender Bedeutung.	Kenntnisnahme
P116	P116.32	SO 31	Auch hier ist wiederum ein erheblicher Abwägungsmangel erkennbar. Im Vorranggebiet Hemmoor/Isensee ist ein Brutgebiet des Weißstorchs in nur 2 km Entfernung vorhanden. Im Vorranggebiet Armstorf ist ein mögliches Nahrungshabitat des Kranichs über 3,7 km von der eigentlichen Eingriffsfläche entfernt. Gleiches gilt im Übrigen für die vorhandenen Kiebitze. Im Hinblick auf das Vorkommen des Kiebitzes in dem Vorranggebiet Hemmoor/Isensee wird angenommen, ein erheblicher Einfluss von Windenergieanlagen auf Wiesenvögel sei nicht nachweisbar. Daher wird die Fläche im aktuellen Entwurf des RROP als Vorrangfläche ausgewiesen, obwohl dort erhebliche Konflikte zu erwarten sind.	Siehe 116.31.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116	P116.33	SO 02	d) Das Gebiet "Bederkesa/Alfstedt" bleibt ebenfalls als Windvorranggebiet für die Windenergienutzung ausgewiesen. Die Ausweisung erfolgte trotz eines hohen Konfliktpotentials. So grenzt im Süden dieser Fläche ein wertvoller Fledermauslebensraum an. Das nordöstlich zu dieser Fläche gelegene Pastorenmoor weist geschützte Biotope bzw. geschützte Landschaftsbestandteile auf. Aufgrund der strukturreichen Landschaft ist eine erhöhte Empfindlichkeit hinsichtlich faunistischer Funktionsbeziehungen anzunehmen. Aus den Unterlagen geht nicht hervor, weshalb der Antragsgegner dieses Gebiet für geeignet als ein Vorranggebiet hält, obwohl im Süden ein wertvoller Fledermauslebensraum angrenzt. Auch ist nicht erkennbar, weshalb im Rahmen des Abwägungsvorgangs die Windenergienutzung Vorrang vor der Avi-Fauna erhält.	Der Sachverhalt im Hinblick auf das Vorranggebiet Windenergienutzung "Bederkesa/Alfstedt" (... die Abgrenzung ist im Entwurf 2014 und im Entwurf 2015 unterschiedlich) ist mit dem Sachverhalt bei der weichen Tabuzone im Bereich Armstorf nicht vergleichbar. Im Hinblick auf das Gebiet Armstorf ist nicht das Vogelbrutgebiet, sondern der Gastvogellebensraum von entscheidender Bedeutung.	Kenntnisnahme
P116	P116.34	SO 12	e) Auch die Ausweisung des Gebietes "Hemmoor-Bröckelbeck" bleibt rätselhaft. In das nördliche Gebiet dieser Fläche ragt ein Brutvogellebensraum regionaler Bedeutung.	Ein Vogelbrutgebiet regionaler Bedeutung wird durch die harten und weichen Tabuzonen nicht erfasst und steht der Ausweisung eines Vorranggebietes auf Regionaler Ebene somit nicht entgegen. Gleichwohl muss dieses natürlich auf den nachfolgenden Planungsebenen berücksichtigt werden.	Kenntnisnahme
P116	P116.35	SO 16	f) Die Fläche "Köhlen-Brockoh" soll ebenfalls als Vorrangfläche ausgewiesen werden. In ca. 400 m Entfernung nördlich der Fläche und etwa 1,9 km südlich dieser Fläche entfernt befinden sich Brutvogellebensräume mit offenem Status. Im Bereich der Geeste sind Nahrungshabitate des Kranichs erfasst worden. Trotzdem hat der Plangeber diese Fläche als Windvorranggebiet für die Windenergienutzung ausgewiesen.	Die Fläche des Windparks Köhlen-Brockoh wird im RROP Entwurf 2014 nicht als Vorranggebiet ausgewiesen, da dieses nicht den Kriterien des Landkreises entspricht. Es wurde jedoch als bauleitplanerisch gesichert übernommen, um dem Gegenstromprinzip Rechnung zu tragen.	Kenntnisnahme
P116	P116.36	SO 16	Das angeblich bestehende Nahrungshabitat des Kranichs für eine Weidefläche Armstorf haben Sie dagegen offenbar zum Anlass genommen, die Fläche als Windvorranggebiet wieder aus dem RROP herauszunehmen. Es sei noch einmal darauf hingewiesen, dass der Abstand der Eingriffsfläche Armstorf zu dem angeblich bestehenden Nahrungshabitat des Kranichs ca 3,7 km beträgt. Dagegen befindet sich der Brutvogellebensraum und das Nahrungshabitat des Kranichs hinsichtlich der Fläche "Köhlen-Brockoh" lediglich in 400 m Entfernung bzw. 1,9 km Entfernung. Trotz einer wesentlich geringeren Entfernung von Brutvogellebensräumen und Nahrungshabitaten zur Eingriffsfläche hat der Plangeber dort eine Windvorrangfläche ausgewiesen.	Im Rahmen der Erarbeitung des Entwurfs 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms gab es hier die Potenzialfläche 028. Diese ist seinerzeit aufgrund einer naturschutzfachlichen Beurteilung entfallen; dies wird auch aus der Begründung / Erläuterung zum Entwurf 2014 deutlich. Im Rahmen der Erarbeitung des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms gibt es hier keine Potenzialfläche, statt dessen eine weiche Tabuzone, die aus einem Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung resultiert. Die maßgebliche Art für den Gastvogellebensraum mit nationaler Bedeutung ist der Zwergschwan. Für den Kranich weist der Gastvogellebensraum eine landesweite Bedeutung auf. - Die Bedeutung auf der Fläche selbst ist entscheidend. Das Lange Moor ist sogar einem Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung zuzurechnen. Die maßgebliche Art für den Gastvogellebensraum mit internationaler Bedeutung ist der Kranich. Für die Arten Zwergschwan, Singschwan, Blässgans und Graugans weist der Gastvogellebensraum eine nationale Bedeutung, für die Art Saatgans eine landesweite Bedeutung auf.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116	P116.37	SO 21	g) Die Fläche "Lintig-Meckelstedt" soll ebenfalls als Windvorranggebiet ausgewiesen werden, obwohl das Gebiet inmitten eines Vogelbrutgebietes und eines Gastvogellebensraums mit lokaler Bedeutung liegt.	Der Sachverhalt im Hinblick auf das Vorranggebiet Windenergienutzung "Lintig/Meckelstedt" nach dem Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. im Hinblick auf die Sonderbaufläche Windenergienutzung "Lintig/Meckelstedt" nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms ist mit dem Sachverhalt bei der weichen Tabuzone im Bereich Armstorf nicht bzw. nur bedingt vergleichbar. Im Hinblick auf das Gebiet Armstorf ist nicht das Vogelbrutgebiet, sondern der Gastvogellebensraum von entscheidender Bedeutung; die Bedeutung liegt hier beim Gebiet "Armstorf" weitaus höher als beim Gebiet "Lintig/Meckelstedt"; das Gebiet "Lintig/Meckelstedt" liegt in einem Gastvogellebensraum mit lokaler Bedeutung.	Kenntnisnahme
P116	P116.38	SO 07	h) Das Gebiet "Dorum-Sachsendingen" soll ausgewiesen werden, obwohl das gesamte Gebiet ein Brutvogelgebiet mit landesweiter Bedeutung darstellt und ein Weißstorchhorst sich in nur 2 km Entfernung zum Standort befindet. Die Fläche des Windparks wird vom Weißstorch auch als Nahrungshabitat genutzt. Auch hier ist wiederum nicht nachvollziehbar, weshalb dieser Standort erweitert bzw. neu ausgewiesen werden soll, dagegen der Standort Armstorf mit einem gutachterlich belegten geringen Konfliktpotential als Vorranggebiet abgelehnt wird.	Der Sachverhalt im Hinblick auf das Vorranggebiet Windenergienutzung "Dorum-Sachsendingen" nach dem Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. im Hinblick auf die Sonderbaufläche(n) Windenergienutzung "Dorum-Sachsendingen" nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms ist mit dem Sachverhalt bei der weichen Tabuzone im Bereich Armstorf nicht bzw. nur bedingt vergleichbar. Im Hinblick auf das Gebiet Armstorf ist nicht das Vogelbrutgebiet, sondern der Gastvogellebensraum von entscheidender Bedeutung; die Bedeutung liegt hier beim Gebiet "Armstorf" weitaus höher als beim Gebiet "Dorum-Sachsendingen"; das Gebiet "Dorum-Sachsendingen" liegt etwa zur Hälfte in einem Gastvogellebensraum mit lokaler Bedeutung.	Kenntnisnahme
P116	P116.39	E 01	Insgesamt ist daher das (neue) Planungskonzept des RROP 2014 nicht nachvollziehbar und beinhaltet erhebliche Abwägungsmängel. Bestehende Vogelbrutgebiete sowie Nahrungshabitate werden bei vielen Flächen nicht zum Anlass genommen, diese aus dem RROP 2014 herauszunehmen. Andere Flächen wiederum, insbesondere das ehemalige Vorranggebiet Armstorf, entfallen aufgrund eines angeblichen Vogelbrutgebietes von lokaler Bedeutung.	Mit der Erstellung des Entwurfs 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen. - Die Vogelbrutgebiete mit nationaler Bedeutung sowie die Gastvogellebensräume mit internationaler bzw. nationaler Bedeutung sind im Kriterienkatalog den weichen Tabuzonen zugerechnet. - Das Gebiet Armstorf ist nicht wegen "eines angeblichen Vogelbrutgebietes von lokaler Bedeutung" entfallen. Vielmehr ist hier die hohe Bedeutung als Gastvogellebensraum entscheidend.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116	P116.40	A	Das Planungskonzept des Antragsgegners ist daher insgesamt nicht nachvollziehbar. Es wird der Eindruck erweckt, der Plangeber versucht seine bereits im RROP 2012 ausgewählten Vorrangflächen zu halten unter mißglückter Anwendung der vom BVerwG aufgestellten Prüfungsreihenfolge.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P116	P116.41	Z	Wie bereits dargelegt, ist es nicht nachvollziehbar, weshalb Sie das Gebiet in Armstorf nicht als Vorrangfläche für die Windenergie ausgewiesen haben. Des Weiteren ist auch das Gebiet der Gemeinde Wanna für die Windenergienutzung geeignet. Die Gemeinde Wanna und die Samtgemeinde Hadeln sprechen sich nach wie vor für die Ausweisung von Vorranggebieten und für die Nutzung von Windenergie auf ihrem Gebiet in Westerwanna aus. Hier haben die Gemeinde Wanna und die Samtgemeinde auch bereits beabsichtigt, den bestehenden Flächennutzungsplan im Ortsteil Westerwanna zu ändern.	Die angesprochenen Flächen entsprechen nicht den vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Kriterien. Die Flächen befinden sich innerhalb des 4 km Abstandes zu anderen Windparks.	Kenntnisnahme
P116	P116.42	Z	Raumbedeutsame Planungen oder andere tatsächliche wie rechtliche Gründe stehen einer Verlegung des Windvorranggebietes und zwar Richtung Westen nicht entgegen. Unsere Mandantin hat auch bereits mit den Betreibern der im Windvorranggebiet betriebenen Windenergieanlagen "Hohe Geest" verbindlich vereinbart, dass die dort noch stehenden vier Windenergieanlagen ersatzlos zurückgebaut werden und in westliche Richtung vom Ortsteil Westerwanna verlegt werden. Etwaige Abstandsregelungen zu jetzt noch bestehenden Windvorrangstandorten sind daher auch nicht mehr zu beachten, so dass auch ein flächenmäßig größerer Vorrangstandort in Richtung Westen ausgewiesen werden könnte.	Die Potentialfläche in Westerwanna liegt zum größten Teil innerhalb des 4 km Puffers des Windparks Langen-Krempel. Selbst wenn die bisherigen 4 Anlagen aufgegeben werden würden, wäre die verbleibende Potentialfläche in Westerwanna unter 19 ha und somit nicht als Vorranggebiet ausweisbar.	Kenntnisnahme
P116	P116.43	Z	Namens und in Vollmacht unserer Mandantin wird daher beantragt, das Gebiet in Westerwanna als Vorrangfläche für die Windenergienutzung auszuweisen.	Die Ausweisung als Vorranggebiet kommt aus den genannten Gründen nicht in Frage.	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.44	Z	9. Unsere Mandantin wie auch die Gemeinde Geversdorf regen an, die Fläche Geversdorf/Wingst als Vorrangfläche für die Windenergienutzung auszuweisen. Sie haben im jetzigen Entwurf des ROP die Fläche Geversdorf/Oberndorf als Windvorranggebiet ausgewählt, infolge dessen entfällt durch die bestehende Konkurrenzsituation das von unserer Mandantin begehrte Gebiet in Geversdorf/Wingst. Die Fläche Geversdorf/Wingst ist aber, insbesondere in avifaunistischer Hinsicht, wesentlich besser als Vorrangfläche geeignet, als die Fläche Geversdorf/Oberndorf.	Die Fläche Geversdorf-Oberndorf wurde bereits bauleitplanerisch gesichert und löst somit einen 4 km Abstandspuffer aus. Die angesprochene Fläche kann somit nicht als Vorranggebiet ausgewiesen werden.	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.45	Z	Dieser Auffassung ist auch die Gemeinde Geversdorf. Wir überreichen in der Anlage die Niederschrift über die 9. öffentliche Sitzung des Gemeinderates am Donnerstag, 26.09.2013, unter Ziff. 6 der Tagesordnung "Regionales Planordnungsprogramm - hier: Änderungsverfahren zur Ausweisung eines Windparks auf dem Gebiet der Gemeinde Geversdorf (An der Ackerwettern)". Der Gemeinderat hat in dieser Sitzung mehrheitlich beschlossen, ein vollständiges Änderungsverfahren des Raumordnungsprogramms mit der Zielrichtung durchzuführen, dass auf dem Gebiet der Gemeinde Geversdorf (An der Ackerwettern) eine Fläche zur Erstellung eines Windparks entsprechend der ursprünglichen Ausweisung im Entwurf des RRO ausgewiesen wird.	Siehe P116.44	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.46	Z	Die Fläche Geversdorf/Wingst wird derzeit überwiegend als Acker-, Einsaatgrünland oder artenarmes Grünland genutzt. Die landwirtschaftlichen Eigentümer dieser Flächen stehen einer Ausweisung derselben für die Nutzung von Windenergie positiv gegenüber und haben bzw. werden mit unserer Mandantin entsprechende Pachtverträge abschließen.	Siehe P116.44	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.47	SO 31	Im Übrigen wurde in der Fläche Geversdorf/Oberndorf das Vorkommen vom Seeadler bestätigt. Es ist derzeit noch völlig ungelöst und auch aus den Planunterlagen nicht ersichtlich, wie eine Ausweisung der Fläche Geversdorf/Oberndorf trotz des vorhandenen Seeadlers zustande kommen soll.	Kenntnisnahme. - Der angesprochene Bereich "Geversdorf/Oberndorf" ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt.	Kenntnisnahme
P116	P116.48	Z	Für die Fläche Geversdorf/Wingst besteht das "Seeadler-Problem" nicht. Die bisher nicht vorgenommene Ausweisung dieses Gebietes im jetzigen RROP sollte daher korrigiert und die Fläche als Windvorrangfläche ausgewiesen werden.	Siehe P116.44	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.49	Z	Nebenbei hätte die Ausweisung des neuen Windvorranggebietes in Geversdorf auch eine Entlastung des Gemeindekerns im Hinblick auf den (erheblichen) landwirtschaftlichen Verkehr zur Folge. Nach Kenntnis unserer Mandantin muss der gesamte landwirtschaftliche Verkehr zur Nutzung seiner Flächen das Gemeindegebiet Geversdorf durchqueren. Sollte das benannte Gebiet als Windvorranggebiet ausgewiesen und daher auch neu erschlossen werden, würde es auch insgesamt zu einer Umleitung des Verkehrs kommen, so dass das Gemeindegebiet Geversdorf in dieser Hinsicht befriedet werden würde.	Siehe P116.44	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.50	Z	Unserer Mandantin ist nicht unbekannt, dass in der benachbarten Gemeinde Oberndorf derzeit die Errichtung von Windenergieanlagen (Windpark Portshemm) geplant wird. Dieser Standort ist aber nicht realisierbar, da naturschutzfachliche Gründe sowie ein erheblicher Widerstand der Anlieger gegen eine Ausweisung sprechen. Die Fläche birgt daher ein ganz erhebliches Konfliktpotential, so dass die Errichtung und der Betrieb von Windenergieanlagen dort nicht mehr realisiert werden kann nach Kenntnis unserer Mandantin.	Siehe P116.44	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P116	P116.51	Z	Die benannte Fläche in der Gemeinde Geversdorf/Wingst ist dagegen sowohl in naturschutzfachlicher Hinsicht als auch in Bezug auf die Akzeptanz in der Bevölkerung unkritisch. Es wird daher beantragt, ein Windvorranggebiet im Bereich der Gemeinde Geversdorf, Richtung Wingst im neuen Entwurf des RROP aufzunehmen. Gerne lassen wir Ihnen Kartenmaterial über den genauen Bereich der begehrten Fläche zukommen.	Siehe P116.44	Nicht zu berücksichtigen
P116	P116.52	A	Abschließend möchten wir darauf hinweisen, dass unsere Mandantin bereits das RROP 2012 erfolgreich im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens vor dem OVG Lüneburg angefochten hat. Wie ausgeführt, sind wir der Auffassung, dass auch der jetzige Entwurf nicht den Vorgaben, die vom Bundesverwaltungsgericht und dem Nds. Oberverwaltungsgericht angewandt wurden, genügen. Wir sind daher zuversichtlich, dass auch ein weiteres Normenkontrollverfahren gegen den jetzigen Entwurf erfolgreich sein wird.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.0 1	SO 17	Zu dem ausgelegten Änderungsentwurf 2014 des RROP, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, nehmen wir namens und in Vollmacht unseres Mandanten Stellung. Der Schwerpunkt der Einwendung betrifft dabei die geplante Festsetzung des Vorranggebietes mit dem Standort Lamstedt / Mittelstenahe (vgl. Detailkarte 17). Im Ergebnis regen wir an, den Entwurf nach Maßgabe dieser Stellungnahme zu überarbeiten.	Die Argumente werden im weiteren detailliert vorgestellt und an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.0 2	SO 17	Wir beantragen, das geplante Vorranggebiet für Windenergienutzung am Standort Lamstedt/Mittelstenahe (Nr. 17) ersatzlos zu streichen. Unser Mandant ist als Eigentümer des zwischen Mittelstenahe und Lamstedt gelegenen denkmalgeschützten historischen Guts Haneworth negativ durch die geplante Festsetzung des Vorranggebietes für Windenergienutzung mit dem Standort Lamstedt/Mittelstenahe sowie den in Ziffer 10 vorgesehenen Schutz bauleitplanerisch gesicherter Gebiete betroffen.	Die Argumente werden im weiteren detailliert vorgestellt und an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.0 3	B 10	Der vorliegende Entwurf ist aus den folgenden Gründen zu ändern: <u>I. Ziffer 10 des Entwurfs: unzulässiger Bestandsschutz</u> Ziffer 10 des Entwurfs sieht vor, dass auch außerhalb der festgelegten Vorranggebiete - und damit als Ausnahme zur Ausschlusswirkung - die Errichtung von Windenergieanlagen unter bestimmten Voraussetzungen in bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten möglich sein soll. Ein solcher bauleitplanerisch gesicherter Bereich ist auch südöstlich des Gutes Haneworth in der zeichnerischen Darstellung festgelegt.	Bestehende Windparks, die nicht den aktuellen Kriterien des Landkreises entsprechen, werden als bauleitplanerisch gesichert ausgewiesen. Dies geschieht im Rahmen einer Ziel-Ausnahme-Regelung, die rechtlich möglich ist.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.0 4	B 10	Zum einen verstößt diese Regelung gegen das bundesgesetzlich vorgeschriebene Anpassungsgebot in § 1 Abs. 4 BauGB (dazu im Folgenden unter 1.). Zum anderen steht es im Widerspruch zu Ziffer 01 des Entwurfs und der damit erforderlichen abwägungsfehlerlosen Gesamtplanung (dazu im Folgenden unter 2.).	Siehe P117/A.03	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.0 5	B 10	<u>1. Verstoß gegen § 1 Abs. 4 BauGB</u> Der Entwurf beabsichtigt mit dieser Ziffer 10, die Anpassungspflicht aus § 1 Abs. 4 BauGB zu umgehen. Dies ist unzulässig. Nach § 1 Abs. 4 BauGB sind Bauleitpläne den Zielen der Raumordnung anzupassen. Dies beinhaltet auch die Pflicht, im Fall bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung eine Anpassung an die geänderte Raumordnungsplanung vorzunehmen (Battis, in: Battis/Krautzberger/Löhr, BauGB Kommentar, 12. Aufl. 2014, § 1, Rn. 42).	Ein solcher Widerspruch wird nicht gesehen. Vielmehr ist die Berücksichtigung der bauleitplanerisch gesicherten Bereiche vor dem Hintergrund des Gegenstromprinzips zu sehen. Der Landkreis Cuxhaven ist verpflichtet, Planungen der Gemeinden zu berücksichtigen.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.0 6	B 10	Die in Ziffer 10 vorgesehene Umgehung widerspricht dieser bundesgesetzlichen Regelung und ist damit unwirksam.	Siehe P117/A.05	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.0 7	B 10	<u>2. Widerspruch zu Ziffer 01</u> Des Weiteren stehen die unter Ziffer 01 und unter Ziffer 10 formulierten Ziele der Raumordnung in einem unvereinbaren Zielkonflikt: Soweit nach Ziffer 10 auch Windkraftanlagen außerhalb der geplanten Vorranggebiete zulässig sein sollen, steht dies der Annahme eines schlüssigen Gesamtkonzeptes, welches die Vorranggebiete mit Ausschlusswirkung nach Ziffer 01 begründen sollen, entgegen.	Die Darstellung von bauleitplanerisch gesicherten Bereichen stellt eine Ziel-Ausnahme-Regelung dar und ist somit rechtlich erlaubt.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.0 8	SO 17	<u>II. Vorrangfläche Lamstedt/Mittelstenahe</u> Die Ausweisung der Vorrangfläche Lamstedt/Mittelstenahe ist rechtsfehlerhaft. Eine Herausnahme der bisherigen Vorrangfläche Lamstedt/Mittelstenahe aus der neuen Planung sowie ein Unterlassen der Ausweisung der geänderten Fläche sind einerseits landesraumordnerisch unproblematisch möglich und andererseits geboten, weil die Fläche für eine Fortführung der Windenergienutzung nicht zur Verfügung steht.	Die Fläche Lamstedt/Mittelstenahe entspricht im Westen und Süden den Kriterien des Landkreises Cuxhaven und kann somit als Vorranggebiet ausgewiesen werden. Der östliche Teil der Fläche entspricht nicht mehr den aktuellen Kriterien, wird aber im Zuge der Ziel-Ausnahme-Regelung als bauleitplanerisch gesichert übernommen.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.0 9	SO 17	Insoweit verweisen wir hinsichtlich des ehemaligen Vorrangflächenzuschnitts zur Vermeidung von Wiederholungen auf unsere als Anlage 1 beigefügte Stellungnahme vom 02.03.2004 im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur damaligen Neuaufstellung für den sachlichen Bereich Windenergie des RROP 2004 sowie auf unsere Stellungnahme vom 17.09.2010 zur Änderung des RROP 2010, Anlage 2.	Die angesprochenen Stellungnahmen werden unter P117/B und P117/C behandelt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P117a	P117/A.10	SO 17	Die mangelnde Eignung der Flächen zur Nutzung durch Windenergie ergibt sich aus denkmalschutzrechtlichen (dazu im Folgenden unter 1.), landschaftsplanerischen (dazu im Folgenden unter 2.) und naturschutzfachlichen Gründen (dazu im Folgenden unter 3.). <u>1. Denkmalschutzrecht</u> In der Rechtsprechung des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts ist geklärt, dass die Kollisionslagen zwischen Denkmalschutz und Windenergienutzung auch regionalplanerisch relevant sind und die Eignung von Vorrangflächen großflächig in Frage stellen kann. Der vorliegende Planungsentwurf kommt dieser Maßgabe noch nicht einmal in Ansätzen nach.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.11	E 01	Zunächst ist der in der Begründung des RROP 2014 zu 4.2.2 enthaltene Kriterienkatalog für Ausschlussgebiete insoweit unvollständig. Der Belang des Denkmalschutzes ist weder als hartes noch als weiches Tabukriterium benannt. Damit liegt ein fehlerhaftes Auswahlkonzept vor.	Der Denkmalschutz kann nicht als Kriterium angeführt werden, da ein möglicher Abstand stets individuell von der Art des Denkmals abhängig ist. Ein pauschaler Abstand lässt sich somit auf regionalplanerischer Ebene nicht festlegen. Allerdings muss der Denkmalschutz auf den nachfolgenden Planungsebene berücksichtigt werden.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.12	E 01	Des Weiteren liegt ein beachtlicher Abwägungsausfall vor. Der Planungsentwurf berücksichtigt abwägungsfehlerhaft nicht, dass insbesondere der Umgebungsschutz eines Denkmals als relevanter Belang in die Planung einzustellen ist. Dies verwundert insbesondere deshalb, weil der Schwebefähre Oste als technisches Baudenkmal sogar eine Relevanz für ein Vorranggebiet in einer weitaus größeren Entfernung beigemessen worden war.	Siehe P117/A.11	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.13	U, SO 17	An dieser Stelle sei darauf verwiesen, dass auch im Rahmen der Umweltprüfung das denkmalgeschützte Gut Haneworth nicht als Kultur- und Sachgut in den Steckbrief des Umweltberichts (5. 74) aufgenommen worden ist.	Die denkmalgeschützten Objekte des LK Cuxhaven wurden im Entwurf des RROP 2014 in einem Umfeld bis 300 m vom Plangebiet berücksichtigt. Das Gut Haneworth liegt außerhalb dieser 300 m. Unter Berücksichtigung des Urteils (12 LB 170/11) vom 23.08.2012 des OVG Lüneburg wird für das Gut Haneworth ein Abstand von 550 m erhoben. Die Prüfung der Umweltwirkungen auf das Gut Haneworth unter Berücksichtigung eines Abstandes von 550 m wird im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 geprüft werden. In der Umgebung eines Baudenkmals dürfen Anlagen gem. § 8 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz (DSchG ND) nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Die Prüfung, ob ein angrenzendes Bauvorhaben (z.B. auch eine WEA) zu einer Beeinträchtigung des Denkmals im Sinne des § 8 DSchG ND führt, obliegt der unteren Denkmalschutzbehörde, das heißt den Gemeinden, denen die Aufgaben der unteren Bauaufsichtsbehörde obliegt, im Übrigen dem LK (§ 19 DSchG ND). Inwieweit eine erhebliche Umweltauswirkung durch das WEG im Umfeld des Gut Haneworth besteht, kann auf Ebene der Regionalplanung nicht ermittelt werden. Die Reichweite des allgemeinen Umgebungsschutzes lässt sich nicht pauschal in Form bestimmter Maßangaben ausdrücken, sondern richtet sich nach der Wirkung des Denkmals. Eine weitere differenzierte Bewertung erfolgt daher auf der	Teilweise zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				nachgeordneten Zulassungsebene. Hier können auch Sichtachsen, Blickachsen (punktuell) und das Panorama als Qualitäten herangezogen werden.	
P117a	P117/A.1 4	SO 17	Bei abwägungsfehlerloser Berücksichtigung des Denkmalschutzes des Gutes Haneworth wäre die Festsetzung des Vorranggebietes Lamstedt/Mittelstenahe nicht möglich gewesen. Denn ganz wesentliche Flächenanteile des geplanten Vorranggebietes sind aus Gründen des Denkmalschutzes (8 NDSchG und § 35 BauGB) einer Nutzung nicht zugänglich. Eine Errichtung und Nutzung von Windkraftanlagen auf diesen Flächen stellt eine Beeinträchtigung des Denkmals dar und ist damit objektiv rechtswidrig.	Dieser Sichtweise wird nicht gefolgt. Die Eignung der gesamten Fläche wird aus Denkmalschutzgründen bislang nicht in Frage gestellt. Von Seiten der Rechtsprechung wurden bislang nur zwei Einzelanlagen als rechtswidrig angesehen. Die Fläche des Windparks wird im Entwurf 2015 im Bereich des rechtskräftigen Urteils reduziert. Bezogen auf die zweite Anlage wäre eine Feinsteuerung auf der Genehmigungsebene zu veranlassen, sobald das zweite Urteil rechtskräftig ist.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.1 5	SO 17	Ob insoweit auch eine Verletzung unseres Mandanten in seinem subjektiven Recht auf Umgebungsschutz verletzt ist, kann letztlich dahingestellt bleiben. Denn bereits die objektiv-rechtlich unzulässige Errichtung und Nutzung von Windkraftanlagen begründet die Ungeeignetheit der Flächen.	Siehe P117/A.14	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.1 6	SO 17	Dass eine solche Beeinträchtigung vorliegt, geht aus den — aus der gerichtlichen Auseinandersetzungen bekannten — Fachgutachten, u.a. von Herrn Prof. Dr. Hasse vom 3.10.2005 nebst Ergänzungen vom 23.08.2005 und vom 21.01.2010, von Herrn Dr. Beck vom 28.05.2007 und vom 23.02.2010, von Herrn Prof. Dr. Klaffke vom 29.09.2005, sowie insbesondere aus der fachlichen Stellungnahme des für die Bewertung nach ständiger Rechtsprechung des OVG Lüneburg vornehmlich berufenen Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege, hier diejenigen vom 02.04.2004 und die klarstellende aktualisierte Stellungnahme des Landesamt vom 15.10.2008, hervor.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.1 7	SO 17	Das Niedersächsische Landesamt für Denkmalpflege vertritt die Auffassung, dass eine Beeinträchtigung des Denkmals vorliege. Die Windenergieanlagen führten aufgrund ihrer Dominanz zu einer eklatanten Beeinträchtigung des bewusst geformten, den Denkmalwert ausmachenden Landschaftsbildes (siehe OVG Lüneburg, Urteil vom 23. August 2012 — 12 LB 170/11, 5. 14 f.). Das Landesamt schlug u.a. vor, einen Abstand zum Denkmal in der Größe des Zehnfachen der Anlagenhöhe vorzusehen. Die ggf. verbleibenden Flächen, auf denen die Errichtung von Windkraftanlagen nicht aus denkmalschutzrechtlichen Gründen ausgeschlossen sein könnten, rechtfertigen die Ausweisung nicht und begründeten im Übrigen ein gänzlich anderes Vorranggebiet, welches nicht Gegenstand der vorliegenden Planungsabwägung wäre.	Das Gericht ist dieser Auffassung nicht gefolgt und hat lediglich die Genehmigung von zwei Anlagen aufgehoben. Ein pauschaler Abstand aus Denkmalschutzgründen zum Gut Haneworth wurde vom Gericht nicht als notwendig erachtet.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.1 8	SO 17	Daher stellt sich die vorliegende Ausweisung des Vorranggebiets Lamstedt/Mittelstenahe im Ergebnis als fehlerhaft dar und ist einzustellen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.1 9	SO 17	Schließlich stellte auch der mögliche Einwand, dass dieser Konflikt auf der nachfolgenden Ebene gelöst werden könne und ein Konflikttransfer daher zulässig sei, dieses Ergebnis nicht in Frage. Denn ein Konflikttransfer ist nicht möglich: Dies belegt zum einen die Realität, die dadurch gekennzeichnet ist, dass bereits bei den vergangenen Genehmigungen für die Errichtung von Windkraftanlagen im Vorranggebiet Lamstedt/Mittelstenahe dem Umgebungsschutz keine Rechnung getragen wurde.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.2 0	SO 17	Zum anderen verblieben im Fall einer Beachtung der denkmalrechtlichen Vorgaben nicht mehr ausreichend Teilflächen im Vorranggebiet, die für eine Windkraftnutzung tatsächlich geeignet wären.	Es gibt keine denkmalrechtlichen Vorgaben, die das Vorranggebiet in Gänze ausschließen würden. Dies wurde auch in der Rechtsprechung zum Gut Haneworth nicht so gesehen.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.2 1	SO 17	<u>2. Landschaftsschutz</u> Von der Ausweisung des Vorranggebiets Lamstedt/Mittelstenahe ist ferner aus Gründen des Landschaftsschutzes abzusehen. Wir verweisen insofern auf das Ihnen bekannte Gutachten von Herrn Prof. Dr. Nohl sowie dessen als Reaktion auf die Entscheidung des OVG Lüneburg vom 26.03.2009 gefertigte Stellungnahme, beigelegt als Anlage 3.	Die angesprochene Reaktion von Herrn Prof. Dr. Nohl wird unter P117/D ausgewertet.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P117a	P117/A.2 2	U, SO 17	Die Lamstedter Endmoräne wird im Rahmen des Planungsentwurfs nicht in ihrer unverwechselbaren und einzigartigen Landschaftskonstellation erfasst und damit nicht entsprechend im Rahmen der Abwägung bewertet. Der Umweltbericht enthält zum Vorranggebiet Lamstedt/Mittelstenahe in dieser Hinsicht keine Bewertung (S. 74). Dieser Abwägungsfehler ist auch erheblich, da er sich auf das Abwägungsergebnis auswirkt.	Durch das Repowering werden bereits durch WEA vorbelastete Bereiche in Anspruch genommen. Dadurch wird auch die Inanspruchnahme bisher ungenutzter Landschaftsbereiche vermieden. Die flächenmäßig in Anspruch genommenen WEG sind auch keineswegs intakte, hochwertige Ökosysteme, sondern vorbelastet (durch bereits bestehende WEG). Daher ist es im Wege von Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen vorstellbar, dass mit der Windenergienutzung die Qualität des Ökosystems im Sinne einer "Rückkehr zur Natur" sogar verbessert wird. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P117a	P117/A.2 3	SO 17	<u>3. Naturschutz</u> Die bezeichnete Vorrangfläche ist auch aus Gründen des Naturschutzes ungeeignet. Die Planung erkennt, dass ornithologischen Belange die Flächeneignung verhindern. Wir verweisen insofern auf die als Anlage 4 beigefügte ornithologische Stellungnahme des anerkannten Fachgutachters Bernd Koop aus dem April 2004.	Das angesprochene Gutachten stammt aus dem Jahre 2004 und basiert auf Untersuchungen aus 1996, 2001 und 2002. Aus Sicht des Landkreises Cuxhaven ist das Gutachten somit veraltet. Bei der Ermittlung und Prüfung der Vorranggebiete Windenergienutzung sind aktuelle Erfassungen und Bewertungen eingeflossen.	Nicht zu berücksichtigen
P117a	P117/A.2 4	SO 17	Diese Bedeutung der Flächen des geplanten Vorranggebiets Lamstedt/Mittelstenahe für Vögel ist auch bereits aus den Vorplanungen zur „Küstenautobahn A 22“ bekannt. Im Rahmen der Untersuchung der Trassenvarianten floss in die Umweltverträglichkeitsstudie ein, dass die nunmehr als Vorranggebiet Lamstedt/Mittelstenahe vorgesehenen Flächen regional bedeutsame Gast- und Brutvogelgebiete sind. Wir verweisen insofern auf die als Anlage 5 beigefügte Karte der zu untersuchenden Varianten, in der das bezeichnete Vogelgebiet verzeichnet ist.	Die als Anlage 5 beigefügte Karte ist von mäßiger bis schlechter Qualität; es ist keine Quelle angegeben. Für den vermutlich/wahrscheinlich der Kategorie "Regional bedeutsame Gast- und Brutvogelgebiete" zuzurechnenden Bereich liegen hier keine entsprechenden Informationen vor. Es wäre interessant, die zugrunde liegenden Erfassungen und Bewertungen zu erfahren. - Der mit der Kategorie "Regional bedeutsame Gast- und Brutvogelgebiete" bezeichnete Bereich überschneidet sich augenscheinlich nur geringfügig bzw. randlich mit dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe" nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms; mit der Sonderbaufläche Windergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe" ist die Überschneidung jedoch augenscheinlich groß.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.2 5	SO 17	Des Weiteren sind die Auswirkungen auf Großvögel, insbesondere Kraniche, unzureichend berücksichtigt.	Siehe P117/A.24.	Kenntnisnahme
P117a	P117/A.2 6	SO 17	Die Ausweisung des Standortes Lamstedt/Mittelstenahe als Vorranggebiet für die Windenergienutzung steht deshalb in unmittelbarem Widerspruch zu den Feststellungen des OVG Lüneburgs und stellt eine unseren Mandanten belastende Nutzung dar. Die Planung ist insofern einzustellen.	Siehe P117/A.24. - Augenscheinlich gibt es nur eine geringfügige bzw. randliche Überlagerung mit dem Vorranggebiet Windenergienutzung "Lamstedt/Mittelstenahe" nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms.	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.0 1	SO 17	Der geplante Standort Nr. 9 „Lamstedt/Mittelstenahe“ ist für Windkraftnutzung wegen zahlreicher entgegenstehender öffentlicher und privater Belange ungeeignet. Seine Ausweisung ist daher weder möglich noch ist sie nötig, um dem Verdikt der „Verhinderungsplanung“ zu entgehen. Auch ohne die geplante Ausweisung verschafft die Planung der Windkraftnutzung unter Berücksichtigung der gesetzgeberischen Grundentscheidung zur Windenergienutzung hinreichend Raum	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Eine Begründung, welche öffentlichen und privaten Belange entgegenstehen erfolgt im Weiteren und wird an den entsprechenden Stellen ausgewertet.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P117b	P117/B.0 2	SO 17	1. Landesraumordnungsprogramm 1994 erfordert Ausweisung nicht Der Landkreis erfüllt die durch das Landes-Raumordnungsprogramm Niedersachsen 1994 vorgegebenen Mindestleistungsgrenzen von 300 Megawatt auch ohne die geplante Ausweisung des Vorrangstandortes Nr. 9 unproblematisch. Nach den Leistungsschätzungen in der Fortschreibung wird eine Leistung von insgesamt 467 MW erreicht werden. Ohne die Ausweisung der Fläche Nr. 9 verbleibt eine Gesamtleistung von 417 MW. Bedenken ergeben sich insoweit auch nicht unter dem Gesichtspunkt, dass es sich bei den Kapazitätsangaben in den Detailkarten 1 bis 17 nicht um verbindliche Zielvorgaben, sondern um geschätzte Werte handelt. Denn ausweislich Absatz 6 der Ziffer 3.5 der beschreibenden Darstellung sollen die Vorrangstandorte hinsichtlich der Leistungsausbeute möglichst optimal genutzt werden. Da dies zugleich im Interesse der WKÄ-Betreiber liegt, ist es realistisch (mindestens) die geschätzten Werte aus den Detailkarten zugrunde zu legen.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung konzentriert möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Kenntnisnahme
P117b	P117/B.0 3	SO 17	2. Rechtsprechung des BVerwG zur plauerischen Steuerung der WKA-Nutzung erlaubt und gebietet Herausnahme des geplanten Standortes Nr. 9 Die Fortschreibung des RROP kollidiert auch ohne die geplante Ausweisung des Vorrangstandortes Nr. 9 nicht mit dem Verbot der „Verhinderungsplanung“ (dazu a.). Die erlaubte und gebotene Berücksichtigung gegenläufiger öffentlicher und privater Abwägungsbelange zwingt vielmehr dazu, die für eine Windkraftnutzung ungeeignete Fläche nicht zugunsten einer solchen Nutzung planerisch vorzusteuern (dazu b.).	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven hat ein umfangreiches Planungskonzept aufgestellt, dem Kriterien basierend auf aktueller Rechtsprechung, rechtlichen Vorgaben sowie Expertenmeinungen zugrunde liegen. Dieses Konzept wurde einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt. Eine Herausnahme einzelner Flächen und somit ein Abweichen vom einheitlichen Konzept ohne sachlichen Grund wird deshalb abgelehnt.	Kenntnisnahme
P117b	P117/B.0 4	SO 17	a. Keine Verhinderungsplanung bei Herausnahme der Fläche Nr. 9 Das RROP in seiner fortgeschriebenen Form würde auch bei der gebotenen Herausnahme der ungeeigneten Fläche Nr. 9 nicht dem Verdikt der „Verhinderungsplanung“ unterfallen. Das BVerwG hat in seinen Gmndsatzurteilen vom 17. 12.2002 (4 C 15.01., z.B. BauR 2003, 828 ff.) zur Flächennutzungsplanung sowie vom 13.03.2003 (4 C 4.02, BauR 2003, 1165 11: 4 C 3.02, BauR 2003, 1172 ff.) zur Regionalplanung herausgearbeitet, welchen Abwägungsanforderungen die planerische Steuerung der Windenergienutzung unterliegt. Danach ist geklärt, dass Plangebern eine gezielte, rein negative „Verhinderungsplanung“ verwehrt ist, er vielmehr die Entscheidung des Gesetzgebers, Windenergieanlagen im Außenbereich zu privilegieren beachten und für die Windenergienutzung im Plangebiet in substantieller Weise „Raum schaffen“ muss (BVerwG, Urt. v. 13.03.2003, 4 C 4M2, BauR 2003, 1165 ff., 1167). Zugleich ist geklärt, dass eine Planung nicht schon deshalb abwägungsfehlerhaft ist, weil bei einer großzügigeren Ausweisung von Standorten der Windenergienutzung die in Klimaschutzabkommen festgelegten nationalen Reduktionsziele schneller erreichbar wären (BVerwG, a.a.O., 1168 ff.). Schließlich ist geklärt, dass es Trägern der Regionalplanung nicht verwehrt ist, die Windenergienutzung im gesamten Außenbereich einzelner Gemeinden auszuschließen (BVerwG, a.a.O., S. 1165, LS 5). Hieran gemessen genügt die Fortschreibung des RROP den rechtlichen Mindestanforderungen an eine zugleich positiv und negativ steuernde Regionalplanung auch ohne die geplante Fläche Nr. 9. Denn nach der Fortschreibung sollen — ohne die Fläche Nr. 9 — immerhin 16, z.T. großflächige Vorrangflächen mit einer realistischen Leistung von mindestens 417 MW ausgewiesen werden. Dies verschafft der Windenergienutzung (zumindest) hinreichend Raum und steht nicht einmal ansatzweise im Verdacht einer „Verhinderungsplanung“.	Siehe P117/B.03	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P117b	P117/B.0 5	SO 17	5. Notwendigkeit der Herausnahmegewegen Ungeeignetheit der Flächen für WKA Nutzung In seinem die Flächennutzungsplanung betreffenden Grundsatzurteil vom 17.12.2002 hat das BVerwG (a.a.O., 831) herausgearbeitet, dass es sich verbietet, § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB einseitig unter dem Aspekt der Förderung der Windenergienutzung zu betrachten. Demzufolge hat es den Gemeinden — bis zur Grenze der „Verhinderungplanung“ — die Befugnis eingeräumt, das Interesse an der Windenergienutzung nach den zum Abwägungsgebot entwickelten Grundsätzen zurückzustellen, wenn hinreichend gewichtige städtebauliche Belange dies rechtfertigen (a.a.O., S. 829 LS 4). Zugleich hat das BVerwG in nun schon ständiger Rechtsprechung entschieden, dass bauleitplanerische Festsetzungen, die für die vorgesehene Nutzungsart aus tatsächlichen oder rechtlichen Gründen ungeeignet sind, unwirksam sind. Hieraus lässt sich auch für die regionalplanerische Ebene die Verpflichtung ableiten, im Rahmen der gebotenen Abwägung zum einen die Geeignetheit der Flächen zu überprüfen und zum anderen entgegenstehende öffentliche und private Belange mit den Interessen an der Windenergienutzung abzuwägen. Tut man dies vorliegend, zwingt dies zur Herausnahme der geplanten Fläche Nr. 9.	Der Landkreis Cuxhaven hat ein einheitliches Planungskonzept mit harten und weichen Tabuzonen entwickelt, welches sicherstellt, dass alle öffentlichen und privaten Belange in die Planung einfließen. Im weiteren Verfahren wird die Begründung des RROP 2014 insoweit ergänzt, dass für jeden bauleitplanerisch gesicherten Bereich individuell die entgegenstehenden Belange aufgeführt werden.	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.0 6	SO 17	aa. Kollision mit Abwägungs- und Ausschlusskriterien der Anlage 1 Die geplante Vorrangfläche Nr. 9 kollidiert bereits mit den in der Anlage 1 zur Begründung (Kriterienrahmen) dargestellten Abwägungs- und Ausschlusskriterien. Die vorgesehene Leistungserweiterung und „Repowering“-Möglichkeit steht zunächst nicht im Einklang mit den hierfür in Ziffer 6 der Anlage 1 festgelegten Kriterien. Danach kommt eine Erhöhung u.a. innerhalb der Mindestabstandsflächen nicht in Betracht. Abzustellen ist insoweit auf den aktuellen Erlass des Niedersächsischen Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 26.01.2004 und die dort genannten Abwägungskriterien für Abstandsflächen. Die in Ziffer 3 der Anlage 1 angegebenen Mindestabstände entsprechen diesen aktuellen Vorgaben nicht mehr. Die geplante Fläche Nr. 9 hält danach die gebotenen Mindestabstände zum Gutshof Haneworth sowie zu weiterer Wohnbebauung bei weitem nicht ein.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Die im RROP 2014 vorgegeben Kriterien werden vom Vorranggebiet vollständig eingehalten.	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.0 7	SO 17	Die Planung hält zudem den zwischen zwei raumbedeutsamen Vorrangflächen nötigen Mindestabstand von 5 km ein. Der Abstand zwischen der geplanten Fläche Nr. 9 sowie der ebenfalls geplanten weiteren Fläche Nr. 17 „Armstorf“ beträgt nur ca. 3.300 m. Zu Recht macht sich die Entwurfsbegründung den insoweit auf Seite 33 zitierten Kreisausschussbeschluss nicht zu eigen, sondern belässt es bei einem Zitat der Begründung, der zu folge es eine Sondersituation „im Hinblick auf das vorhandene Geländerehef und die Bewaldung“ gebe. Diese Begründung ist unzutreffend. Angesichts der vorgesehenen Anlagenhöhen von 140 Metern spielen die genannten, offenkundig nur vorgeschobenen Argumente des Ausschusses vor dem Hintergrund der von der Rechtsprechung entwickelten Kriterien ersichtlich keine Rolle	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Die im RROP 2014 dargestellte Fläche des Vorranggebietes entspricht den festgelegten Abständen der Windparks untereinander.	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.0 8	SO 17	Eine „Repowering“-Möglichkeit scheidet nach den Kriterien der Ziff. 6 der Anlage 1 ferner u.a. dann aus, wenn eine besondere Beeinträchtigung der Vielfalt und Eigenart von Natur und Landschaft auftritt. Das ist bei der geplanten Fläche Nr. 9 der Fall. Der für sie festgestellte visuelle Empfindlichkeitswert im 5 km-Radius berücksichtigt zu Unrecht nur die visuellen Beeinträchtigungen, die von den vorn „Repowering“ betroffenen Flächenteilen ausgehen. Auch kann das für die Empfindlichkeitsbeurteilung verwendete Modell im Fall der Fläche Nr. 9 keine zutreffenden Ergebnisse erzielen. Hierzu werden wir ergänzend und vertiefend vortragen, sobald uns ein von unserem Mandanten bei Herrn Prof. Dr. Nohl in Auftrag gegebenes Gutachten vorliegt.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Sie hat für das RROP 2014 keine Relevanz	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.0 9	SO 17	Schließlich handelt es sich bei maßgeblichen Teilen der geplanten Fläche Nr. 9 um Vogelrast- bzw. brutgebiete von nationaler, zumindest aber landes- bzw. kreisweiter Bedeutung. Auch vor diesem Hintergrund handelt es sich um ein Ausschlussgebiet. Hinsichtlich der Details können wir auf die aus Ihrem Hause stammende Stellungnahme der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises zur 22. Änderung des F-Plans in der erneuten Beteiligung der Träger öffentlicher Belange gern. § 4 Abs. 1 und § 3 Abs. 2 BauGB sowie auf die Stellungnahme des Niedersächsischen Landesamtes für Ökologie vom 19.09.2002 zur selben Planung verweisen.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Im RROP 2014 sind Vogelbrutgebiete von nationaler bzw. internationaler Bedeutung als Kriterium für die Windkraftnutzung ausgeschlossen. Die im RROP 2014 ausgewiesene Fläche weist keine dieser angesprochenen Gebiete auf.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P117b	P117/B.1 0	SO 17	bb. Weitere entgegenstehende öffentliche und private Belange Mit den geplanten Anlagen sind erhebliche Lärmimmissionen ebenso verbunden wie Schattenschlag und weitere Belastungen für die Menschen in Lamstedt. Das Landschaftsbild wird erheblich und nachteilig verändert, ohne dass dies hinreichend ausgeglichen werden kann. Damit wird zugleich die Attraktivität des Ortes sinken, die Gmndstückspreise werden fallen und der Ort flur Urlauber und Erholungssuchende unattraktiv werden.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Um negative Beeinträchtigungen auf die angesprochenen Aspekte zu verhindern hat der Landkreis Cuxhaven für das RROP 2014 ein einheitliches Planungskonzept mit einem umfassenden Kriterienkatalog aufgestellt. Das Thema der Lärmimmissionen sowie des Schattenschlags werden im Rahmen der BImSchG-Genehmigung behandelt.	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.1 1	SO 17	Die Planung berücksichtigt insbesondere auch den hohen Wert des Gutes Haneworth als Kulturdenkmal nicht ausreichend und hält nicht die erforderlichen Abstände zum Gutshof ein. Das Gutshaus, der Park, der Laubengang am ehemaligen Rosengarten, der Brunnen und die Einfriedung erfüllen die Voraussetzungen einer Unterschutzstellung nach dem NDSchG und unterfallen daher der Verbotsbestimmung des § 8 NDS.chG. Danach dürfen in der Umgebung eines Baudenkmals Anlagen nicht errichtet, geändert oder beseitigt werden, wenn dadurch das Erscheinungsbild des Baudenkmals beeinträchtigt wird. Das wäre vorliegend im Falle der raumordnerisch dann vorgegebenen optimalen Kapazitätsausnutzung der Vorrangfläche der Fall. Berücksichtigte man hingegen die aus „Ensembleschutzgründen“ nötigen Mindestabstände, würden die Restflächen der Vorrangflächen mit verschiedenen weiteren Abwägungskriterien der Planung kollidieren	Ein pauschaler Abstand zum Gut Haneworth lässt sich weder aus der Rechtsprechung noch aus geltenden Gesetzen ableiten. Ob das Erscheinungsbild eines Denkmals beeinflusst wird, lässt sich erst im Einzelfall beurteilen. In diesem Sinne wurden gerichtlich auch lediglich zwei Anlagen als rechtswidrig eingestuft, nicht jedoch der gesamte Windpark ansich.	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.1 2	SO 17	Hinsichtlich der Einzelheiten zur denkmalschutzrechtlichen Problematik erlaube ich mir, auf die in Ihrem Hause bereits vorhandenen internen Schriftwchschl im Rahmen des immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahrens sowie den weiteren Schriftwechsel zwischen Kreis, Bezirksregierung und Landesamt zu verweisen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P117b	P117/B.1 3	SO 17	Die Nähe der Vorrangfläche zum Gutshof Haneworth führt zudem wegen der Empfindlichkeit von Pferden gegenüber der Windkraftnutzung zu einer konkreten Gefährdung des dortigen Pferdezüchtbetriebes und gefährdet damit zugleich meinen Mandanten in seiner Existenz.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Der Landkreis Cuxhaven hat bei der Erstellung des RROP 2014 im Rahmen der Kriterienaufstellung ausreichende Abstände festgesetzt, um negative Beeinträchtigungen auszuschließen. Eine Empfindlichkeit von Pferden bei Abständen, die über den gesetzlich geforderten Abständen für Menschen hinausgehen, kann nicht als raumordnerischer Belang in die Planung einfließen.	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.1 4	SO 17	Herausnahme nicht durch „Vertrauensschutzgesichtspunkte“ unmöglich Zu Unrecht werden ausweislich Ziffer 2 der Anlage 1 des Planungsentwurfs die im derzeitigen RROP ausgewiesenen Vorrangstandorte aus „Vertrauensschutzgesichtspunkten“ nicht mehr grundsätzlich in Frage gestellt. Zu einer derartigen Überprüfung besteht aus den vorstehend genannten Gründen nicht nur in der Sache aller Anlass, sie ist mangels „Vertrauensschutzes“ auch nicht unmöglich. Ein schutzwürdiges Vertrauen in die bisherige Planung gibt es nicht. Die Planung der Vorhabensträger laufen bereits erheblich länger als die derzeitige Ausweisung existiert. Die Planung ist unabhängig hiervon gem. § 35 Abs. 1 Nr. 6 BauGB privilegiert und das Genehmigungsverfahren daher von der Existenz einer positiven regionalplanenschen und bauleitplanerischen Vorsteuernug unabhängig.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Bestehende Windparks genießen Bestandsschutz. Im Rahmen des Gegenstromprinzips hat der Landkreis Cuxhaven zudem alle bauleitplanerisch gesicherten Flächen als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen.	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.1 5	SO 17	Unabhängig vom tatsächlichen Fehlen eines schutzwürdigen Vertrauens hätte die derzeitige Ausweisung im aktuellen RROP ein solches auch gar nicht begründen können, da das derzeitige RROP nichtig ist und daher keinerlei Wirkung entfaltet. Es entspricht in vielfacher Hinsicht nicht den oben kurz aufgezeigten Abwägungsmaßstäben aus den zitierten Grundsatzurteilen des BVerwG. Das belegen beispielsweise die oben zitierten Stellungnahmen Ihrer Unteren Naturschutzbehörde sowie des NLÖ zur Vogelschutzproblematik.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Sie hat keine Relevanz für das RROP 2014.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P117b	P117/B.1 6	SO 17	So weist Herr Märkle von Ihrer Unteren Naturschutzbehörde in seiner Stellungnahme zur 22. F-Plan-Änderung einleitend indirekt daraufhin, dass die Belange des Naturschutzes und der Landschaftspflege im regionalen Raumordnungsprogramm nicht ausreichend berücksichtigt worden sind und sich daher die Notwendigkeit weiterer Untersuchungen ergebe. „Erklärend“ merkt Herr Märkle an, dass im Rahmen der Fortschreibung des (aktuellen) regionalen Raumordnungsprogramms „nur auf die seinerzeit vorhandenen Informationen zurückgegriffen werden konnte“. Seine weitere Stellungnahme belegt (ebenso wie diejenige des NLÖ), dass er den Standort im Wesentlichen aus vor allem ornithologischen Gründen für ungeeignet hält. Die ausführliche Stellungnahme liegt Ihnen vor. Sie muss hier daher nicht näher zitiert werden. Bezeichnend und auch für die derzeitige Fortschreibung auf raumordnerischer Ebene ist jedoch folgende Einschätzung (S. 2): “In Anbetracht der erheblichen Wertigkeiten des betroffenen Landschaftsraumes dürfte ein aus naturschutzfachlicher/landschaftspflegerischer Sicht vorgeschlagener Minimierungsstandort“ in begrenzter Entfernung zu dem bisher geplanten Standort weiterhin durch das regionale Raumordnungsprogramm gedeckt sein.“ Oder klarer: Die aktuelle Ausweisung ist für die vorgesehene Nutzung aus naturschutzfachlichen Gründen ungeeignet.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Die Stellungnahme ist nicht mehr aktuell. Die aktuelle Sichtweise des Naturschutzamtes zum im RROP 2014 ausgewiesenen Standort wird im Rahmen der Auswertung der Stellungnahme des Naturschutzamtes behandelt.	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.1 7	SO 17	Diese Einschätzung wird auch durch aktuellere Untersuchungen im laufenden B-Plan Verfahren nicht widerlegt, sondern eher noch gestärkt.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Untersuchungen zu einem B-Plan Verfahren von 2014 sind nicht mehr aktuell. Bei der Aufstellung des RROP 2014 wurden alle aktuellen Daten berücksichtigt, diese sind bei der naturschutzfachlichen Einschätzung der Standorte sowie bei der Erstellung des Umweltberichtes eingeflossen.	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.1 8	SO 17	Aus diesen und weiteren Untersuchungen ergibt sich, dass das derzeitige regionale Raumordnungsprogramm hinsichtlich seiner die Windenergienutzung betreffenden Passagen nichtig ist und daher eine — hier auch im übrigen nur unterstellte - Eignung zur Begründung von Vertrauensschutz nicht aufweist.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Sie hat für das RROP 2014 keine Relevanz	Nicht zu berücksichtigen
P117b	P117/B.1 9	SO 17	Bereits aus den vorstehenden, aus Zeitgründen bislang nur kurssonschen Ausführungen ergibt sich die rechtliche Notwendigkeit, die bislang vorgesehene Fläche Nr. 9 aus der Planung herauszunehmen.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2004. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven hat ein umfangreiches Planungskonzept aufgestellt, dem Kriterien basierend auf aktueller Rechtsprechung, rechtlichen Vorgaben sowie Expertenmeinungen zugrunde liegen. Dieses Konzept wurde einheitlich auf das gesamte Kreisgebiet angewandt. Eine Herausnahme einzelner Flächen und somit ein Abweichen vom einheitlichen Konzept ohne sachlichen Grund wird deshalb abgelehnt.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.0 1	B 02	1. Die in Ziffer 02 des Kapitels 4.2.2 (Windenergie) in Satz 2 in Zielqualität enthaltene Ausschlusswirkung außerhalb festgesetzter Vorrangflächen ergibt sich aus dem Gesetz und bedarf u.E. keiner eigenständigen Regelung. Gleiches gilt für die Ziffern 10 und 11 des Entwurfes.	Die Stellungnahme bezieht sich auf den RROP Entwurf 2010. Insofern ist dieser Einwand nicht mehr gültig, da die beschreibende Darstellung im Entwurf 2014 eine andere ist.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.0 2	B 02	Unabhängig hiervon weicht der Wortlaut der Entwurfsformulierung des Satzes 2 des Ziels 2 in Ziffer 4.2.2 vom Wortlaut des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB ab. Die bundesrechtlich gesteuerte Reichweite des Planungsvorbehalts kann durch den Regionalplan nicht verändert werden, so dass die Ausschlusswirkung des RROP niemals weiter reichen kann als nach § 35 Abs. 3 5. 3 BauGB (Ausschluss „in der Regel“). Die weitergehende Formulierung im Entwurf würde das Regel-Ausnahme-Verhältnis aus § 35 Abs. 3 5. 3 BauGB verkennen und das RROP unwirksam machen (vgl. jüngst OVG Lüneburg, Urteil vom 28.01.2010, 12 KN 65/07, Rdnr. 46, hier zitiert nach juris)	Die Stellungnahme bezieht sich auf den RROP Entwurf 2010. Insofern ist dieser Einwand nicht mehr gültig, da die beschreibende Darstellung im Entwurf 2014 eine andere ist.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.0 3	A	2. Wegen der bundesrechtlich raumordnungsrechtlich und über § 35 Abs. 3 BauGB vorgegebenen Wirkung halten wir in den Ziffern 04 und 05 der Ziffern 4.2.2 des Entwurfes enthaltenen Ausnahmen von der Ausschlusswirkung für unwirksam. Sie sprengen das vorgegebene Regel-Ausnahme-Verhältnis.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Dieser Passus ist im RROP 2014 nicht enthalten.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P117c	P117/C.0 4	B 07	3. Die in Ziffer 13 der Ziffer 4.2.2 enthaltene Befristung der Nutzungsdauer des Windparks Midlum halten wir für unwirksam und genehmigungsrechtlich nicht umsetzbar.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Der Passus ist nicht unwirksam. Er begründet sich auf dem Vorbehaltsgebiet für Rohstoffgewinnung. Die Gewinnung von Schwermetallen als öffentlicher Belang hat ein höheres Gewicht als die Nutzung des Gebietes für Windenergienutzung. Im Übrigen war diese Regelung bereits im RROP 2010 enthalten und wurde auch in dieser Form genehmigt.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.0 5	B 02	4. Die in der Begründung zu Ziffer 4.2.2 in Absatz 2 (Seite 34) aufgeführte Erwägung, die vorhandenen Altstandorte würden im Rahmen des Vertrauensschutzes übernommen, hält rechtlicher Überprüfung nicht stand. Vertrauensschutz wird im verfassungsrechtlich ausreichenden Maße über die Reichweite des Bestandsschutzes vorhandener Genehmigungen gewährleistet (vgl. zum Fortgelten des Bestandsschutzes bei nachträglichem Entfall der Vorrang- bzw. Eignungsflächenfestsetzung für schon genehmigte Anlagen: OVG Lüneburg, Urt. v. 28.01.2010, 12 KN 65/07, Rdnr. 38, hier zitiert nach juris). In planungsrechtlicher Hinsicht ergeben sich zudem raumordnungsrechtlich keine normierten Vertrauensschutzgesichtspunkte, wie sie sich etwa in den § 39 BauGB für das Recht der Bauleitplanung (sog. „Planungsschadensrecht“) finden (so jüngst auch OVG Lüneburg, Urt. v. 28.01.2010, 12 KN 65/07, Rdnr. 40 m.w.N.). Insoweit ist zudem zu beachten, dass die Vorrangflächenfestsetzung innergebietslich in Teilen keine abschließend positive Standortzuweisung enthalten, Vertrauensschutz mithin für Anlagenbetreiber — anders als eine positive Festsetzung in einem Bebauungsplan — allenfalls eingeschränkt gewähren könnte. Schließlich ist hinsichtlich der schon genehmigten Windparks innerhalb der schon jetzt existenten Vonangfläche daran zu erinnern, dass diese Genehmigungen von unserem Mandanten angefochten worden sind, daher keine Bestandskraft erlangt haben und einen Vertrauensschutz insoweit ohnehin nicht vermitteln können.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Dieser Passus ist im RROP 2014 nicht enthalten. Unabhängig davon werden im RROP 2014 Standorte, die nicht mehr den aktuellen Kriterien entsprechen, die jedoch bereits bauleitplanerisch gesichert sind, als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen. Dies erfolgt im Zuge einer Ziel-Ausnahme-Regelung und dient dazu das im LROP geforderte Repowering von Altstandorten zu ermöglichen. Zudem wird mit dieser Regelung das Gegenstromprinzip eingehalten, indem Planungen der Gemeinden einbezogen werden, sowie die Interessen von Privaten geschützt und etablierten Standorten ein Fortbestehen ermöglicht.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.0 6	B 10	5. Für eine ordnungsgemäße raumordnungsrechtliche Abwägung ist es unabdingbar, die aktuellen Erkenntnisse zur Eignung bzw. zur Ungeeignetheit der Altstandorte in die Abwägung ebenso einzubeziehen wie ein konkret zu ermittelndes Interesse an einer erneuten zukünftigen Nutzung nach dem Ende der Betriebsdauer schon errichteter Anlagen (vgl. dazu jüngst OVG Lüneburg, Urt. v. 28.01.2010, 12 KN 65/07, Rdnr. 53). Insoweit ist aus aktueller Perspektive unter Beachtung der Vorgaben zwingenden Rechts und aller Anforderungen an eine ordnungsgemäße Abwägung zu prüfen, ob sich die von der Ausschlusswirkung erfassten Maßnahmen und Nutzungen innerhalb der Konzentrationsflächen auch tatsächlich durchsetzen können (vgl. z.B. BVerwG, Urt. v. 17.12.2002 — 4 C 15.01 — BVerwGE 117, 287; ferner weitere Nachweise in OVG Lüneburg, Urt. v. 28.01.2010 — 12 KN 65/07 –, Rdnr. 36, hier zitiert nach juris).	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Im zweiten Entwurf des RROP 2014 wird für jeden Standort, der im Zuge der Ziel-Ausnahme übernommen wird eine differenzierte Abwägung mit allen Belangen durchgeführt.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.0 7	SO 17	6. Dies zugrundegelegt, erweist sich eine Übernahme der Vorrangfläche Lamstedt/Mittelstenahe in eine zukünftige Regionalplanung als rechtsfehlerhaft. Im Einzelnen: a. Eine Herausnahme der bisherigen Vorrangfläche Lamstedt/Mittelstenahe aus der neuen Planung ist einerseits landesraumordnerisch unproblematisch möglich und andererseits geboten, weil die Fläche für eine Fortführung der Windenergienutzung nicht zur Verfügung steht. Insoweit verweisen wir hinsichtlich des derzeitigen Vorrangflächenzuschnitts zur Vermeidung von Wiederholungen auf unsere als Anlage 1 höchst vorsorglich noch einmal beigefügte Stellungnahme vom 02.03.2004 im Rahmen des Beteiligungsverfahrens zur damaligen Neuaufstellung für den sachlichen Bereich Windenergie.	Die angesprochenen Stellungnahme wird unter P117/B ausgewertet.	Kenntnisnahme
P117c	P117/C.0 8	SO 17	ferner hinsichtlich der die Flächeneignung verhindernden ornithologischen Belange auf die als Anlage 2 beigefügte ornithologische Stellungnahme des anerkannten Fachgutachters Bernd Koop aus dem April 2004 und die Tatsache, dass die Samtgemeinde die auch von ihr gesehenen Konfliktpotenziale zum Anlass für noch nicht abgeschlossene umfangreiche ornithologische Untersuchungen gemacht hat,	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Das angesprochene Gutachten stammt aus dem Jahre 2004 und basiert auf Untersuchungen aus 1996, 2001 und 2002. Aus Sicht des Landkreises ist das Gutachten somit veraltet. Bei der Ermittlung und Prüfung der Vorranggebiete sind aktuelle Daten und Untersuchungen eingeflossen.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.0 9	SO 17	ferner hinsichtlich der Belange des Landschaftsschutzes auf das Ihrem Haus aus dem damaligen Verfahren bekannte Gutachten von Herrn Prof. Dr. Nohl sowie dessen als Reaktion auf die Entscheidung des OVG Lüneburg vom 26.03.2009 gefertigte Stellungnahme, beigefügt als Anlage 3.	Die angesprochene Stellungnahme wird unter P117/D ausgewertet.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P117c	P117/C.1 0	SO 17	b. Hinsichtlich der Ungeeignetheit ganz wesentlicher flächenanteile des geplanten Vorranggebietes aus Gründen des Denkmalschutzes (§ 8 NDSchG und § 35 BauGB) verweisen wir auf die Ihrem Haus aus den gerichtlichen Auseinandersetzungen bekannten fachgutachten, u.a. von Herrn Prof Dr. Hasse vom 31.05.2005 nebst Ergänzungen vom 23.08.2005 und vom 21.01.2010, Herrn Dr. Beck vom 28.05.2007 und vom 23.02.2010, Herrn Prof. Dr. Klaffke vom 29.09.2005, sowie insbesondere auf die fachlichen Stellungnahme des für die Bewertung nach ständiger Rechtsprechung des OVG Lüneburg vornehmlich berufenen Niedersächsischen Landesamt für Denkmalpflege, hier diejenigen vom 02.04.2004 und die klarstellende aktualisierte Stellungnahme des Landesamt vom 15.10.2008.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P117c	P117/C.1 1	SO 17	Der raumordnerischen Bedeutung dieser Stellungnahmen steht im Ergebnis auch nicht der Umstand entgegen, dass das OVG Lüneburg in seinem Normenkontrollurteil 26.03 .2009 die Geeignetheit der Vorrangfläche im derzeitigen Zuschnitt nicht in frage stellen mochte und einen Konflikttransfer auf die Genehmigungsebene für möglich gehalten hat. Denn insoweit hat das OVG offenbar übersehen, dass unter Beachtung der weiteren Zielfestlegungen des Regionalplans zu bedenken war, dass Anlagen im Radius zwischen 500 und 1.000 m zum Denkmal (= äußerster Rand des geschützten historischen Parks) dann unter Beachtung der Kriterien des Landesamtes für Denkmalpflege - und losgelöst von den weiteren einschränkenden Kriterien - durchgängig nur eine Gesamthöhe von unter 50 m hätten aufweisen dürfen. Da Windkraftanlagen einer solch geringen Bauhöhe am Markt nicht mehr verfügbar sind und zudem auch nicht mehr wirtschaftlich betrieben werden könnten, wäre diese Teilflächen mit einem Flächenanteil von über 40 % der Gesamtfläche des Vorranggebiets für eine Windkraftnutzung tatsächlich nicht geeignet, die Gesamtfläche mithin unwirksam.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Ein pauschaler Abstand zum Gut Haneworth lässt sich weder aus der Rechtssprechung noch aus geltenden Gesetzen ableiten. Ob das Erscheinungsbild eines Denkmals beeinflusst wird, lässt sich erst im Einzelfall beurteilen. In diesem Sinne wurden gerichtlich auch lediglich zwei Anlagen als rechtswidrig eingestuft, nicht jedoch der gesamte Windpark ansich.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.1 2	E 01	7. Die Ausführungen in der Entwurfsbegründung zu den Abständen benachbarten Windparks erscheinen widersprüchlich und insgesamt nicht überzeugend. Unklar bleibt zunächst das Verhältnis des in Absatz 5 der Begründung zu Kapitel 4.2.2 (S. 34) aufgeführten Mindestabstands von 2 Kilometern zu den in Absatz 7 des Entwurfs aufgeführten differenzierenden Regelung von Mindestabständen zwischen 3 und 5 Kilometern. Das ist klarzustellen.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Im zweiten Entwurf des RROP 2014 wird der Abstand der Windparks untereinander innerhalb des Kreisgebietes auf einheitlich 4 km festgesetzt.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.1 3	E 01	Hinsichtlich der beabsichtigten Abweichung bzgl. der Mindestabstände von den Empfehlungen der obersten Raumordnungsbehörde (Erlass des Ministeriums für den ländlichen Raum, Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vom 26.01.2004 — Az. 303-32346/8.1) überzeugt die Entwurfsbegründung nicht. Zutreffend ist zwar, dass es sich um keine rechtlich abschließende und bindende Vorgabe der obersten Raumordnungsbehörde handelt. Eine Abweichung von der Empfehlung bedarf indes einer tragfähigen Begründung, die vorliegend bislang fehlt. Denn die geplante Unterschreitung dieser Mindestabstände wird mit der Bedeutung der Windkraft für die Wirtschaft und die Nutzung regenerativer Energien begründet. Diese „Begründung“ ließe sich für jeden Standort in ganz Deutschland und insbesondere auch für jeden Standort in Niedersachsen gleichermaßen anführen. Es fehlen im Entwurf kreisgebietsbezogene Erwägungen, die zu dem einen inhaltlichen Kontext zu den hinter den Empfehlungen stehenden Schutzziele insbesondere Landschaftsschutz haben. Derartige Gründe sind — gerade wegen der weiträumigen Sichtbarkeit der Anlagen im flachen Kreisgebiet — auch in der Sache nicht ersichtlich.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Im RROP 2014 wird die Abweichung vom empfohlenen Wert erläutert. Da es sich bei dem Wert jedoch nur um eine Empfehlung und eben nicht um einen bindenden oder gesetzlich vorgeschriebenen Wert handelt ist eine ausführliche Begründung nicht notwendig.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.1 4	E 01	Insoweit ist ergänzend daran zu erinnern, dass das Abstandskriterium von 5 km zwischenraumbedeutsamen Windparks vom OVG Lüneburg - in seiner Rechtsprechung für die Küstenregion sogar gefordert worden ist (vgl. Urteil vom 21.07.1999— 1 L 5203/96, hier zitiert nach juris), - losgelöst davon die Anwendung dieses Kriteriums in der Planung vom OVG Lüneburg bislang — soweit ersichtlich — durchgängig akzeptiert worden ist (vgl. z.B. das schon zitierte Urteil des OVG vom 28.01.2010 — 12 KN 65/07-, Rdnr. 37; davor z.B. Urteil vom 09.10.2008 — 12 KN 35/07 -, hier zitiert nach juris) und - andersherum dem Unterzeichner kein Urteil des OVG Lüneburg bekannt ist, das eine Unterschreitung dieser Abstände behandelt und juristisch gebilligt hätte. Vor diesem Hintergrund erscheint es aus Sicht des Unterzeichners hochgradig riskant und fehleranfällig, an der im Entwurf enthaltenen Konzeption festzuhalten.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. In einem zweiten Entwurf des RROP 2014 wird ein einheitlicher Abstand von 4 km innerhalb des Kreisgebietes festgesetzt werden. Die Unterschreitung des empfohlenen Wertes erklärt sich dadurch, dass dem Landkreis Cuxhaven aufgrund seiner besonderen Lage und der Windhöufigkeit eine zentrale Rolle bei der Energiewende zu kommt. Dies wird auch vom Land Niedersachsen so gesehen; im LROP werden regelmäßig für den Landkreis Cuxhaven die höchsten Werte bei der Erzeugung von Windenergie festgeschrieben. Ein rechtliches Risiko wird bei einer Unterschreitung einer nicht rechtlich bindenden Empfehlung angesichts dieser Argumente nicht gesehen.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P117c	P117/C.1 5	E 01	Unabhängig hiervon krankt der Entwurf daran, dass er die Kriterien nur auf das Kreisgebiet selbst bezieht, die teils zu geringen Abstände zu Windparks in benachbarten Kreisen aber ausblendet.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Der Landkreis Cuxhaven hat ein einheitliches Planungskonzept für das Gebiet des Landkreises erstellt. Der Landkreis kann nur für das eigene Gebiet planen, insofern können sich auch die Kriterien nur auf das Kreisgebiet beziehen.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.1 6	E 01	8. In der Rechtsprechung des Niedersächsischen Obergerichts ist geklärt, dass die Kollisionslagen zwischen Denkmalschutz und Windenergienutzung auch regionalplanerisch relevant sind und die Eignung von Vorrangflächen großflächig in Frage stellen kann. Der in der Begründung zu 4.2.2 enthaltene Kriterienkatalog für Ausschlussgebiete erscheint insoweit unvollständig. Auch in den sich anschließenden Ausführungen zu einzelfallbezogenen weiteren Erwägungen findet sich im Entwurf nichts. Es erscheint unwahrscheinlich, dass es nach den bisherigen Urteilen des OVG Lüneburg zur Kollision zwischen Denkmälern und Windkraftanlagen im gesamten Kreis keine regionalplanerisch relevanten Konfliktlagen geben soll.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Der Passus ist nicht unwirksam. Er begründet sich auf dem Vorbehaltsgebiet für Rohstoffgewinnung. Die Gewinnung von Schwermetallen als öffentlicher Belang hat ein höheres Gewicht als die Nutzung des Gebietes für Windenergienutzung. Im Übrigen war diese Regelung bereits im RROP 2010 enthalten und wurde auch in dieser Form genehmigt.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.1 7	A	9. Die Planung verstößt gegen die SUP-RL und die UVP-RL sowie die zu ihren Umsetzungen erlassenen Vorschriften des nationalen Rechts der Umweltprüfung. Der Entwurf des Umweltberichts wird den rechtlichen Vorgaben insoweit bei weitem nicht gerecht. Für den hier im Fokus stehenden Teilbereich Windenergie etwa verweist der Entwurf auf Seite 61 pauschal auf frühere Überlegungen zu Vorfassungen des RROP, die zudem nicht aktualisiert worden sind. Hinsichtlich neuer Standorte und der Erweiterungsstandorte verweist der Entwurf ausschließlich auf die pauschalen Ausschlusskriterien und Prüferfordernisse in nachgeordneten Verfahren. Auch das ist offensichtlich zu wenig.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Die Stellungnahme ist für das RROP 2014 nicht von Relevanz; für dieses wurde ein neuer Umweltbericht erstellt.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.1 8	A	10. Auch die kurzen Abarbeitungen der planbezogenen Anforderungen an eine FFH-VP auf Seite 63 des Entwurfs sind fehlerhaft. Sie verweisen pauschal auf angeblich schon erfolgte Untersuchungen, fehlende Kumulationseffekte und Anforderungen in nachgeordneten Verfahren. Das ist auch unter Berücksichtigung ebenenspezifischer Konkretisierungsgrade und auf sie bezogener geschichteter Prüferfordernisse bei weitem unzureichend und verfehlt die europarechtlichen Anforderungen, wie sie etwa im Herzmuschelfischereiuurteil des EuGH vom 07.09.2004 sowie im Westumfahrung-Halle-Urteil des BVerwG vom 17.01.2007 im Einzelnen dokumentiert sind.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Die Stellungnahme ist für das RROP 2014 nicht von Relevanz; für dieses wurde ein neuer Umweltbericht erstellt.	Nicht zu berücksichtigen
P117c	P117/C.1 9	A	11. In den Medien wird in diesen Tagen von aufgeregten Debatten innerhalb der Gemeinden und Samtgemeinden zu Inhalten der von dort abzugebenden Stellungnahmen und der Einflüsse von Bürgerbefragungen auf diese Stellungnahmen berichtet. Insoweit weisen wir nur höchst vorsorglich darauf hin, dass den gemeindlichen Stellungnahmen und gemeindlichen Bauleitplänen in der Regionalplanung keine verbindliche Wirkung zukommt und der Kreis insoweit lediglich gehalten ist, die gemeindlichen Wünsche nach dem in § 1 Abs. 3 ROG/7 Abs. 3 NROG verankerten Gegenstromprinzip zu berücksichtigen. Der Kreis darf sich aber von diesen Wünschen nicht abhängig machen, sondern muss die Standorte bzw. deren Ausschluss eigenständig und nach Maßgabe der dazu entwickelten Rechtsprechungskriterien nachvollziehbar begründen (vgl. dazu jüngst OVG Lüneburg, Urt. v. 28.01.2010 — 12 KN 65/07, Rdnr. 43, hier zitiert nach juris). Vor diesem rechtlichen Hintergrund erweisen sich die Diskussionen in den Gemeinden dazu aus Sicht des Unterzeichners als wenig zielführend.	Die Einwendung bezieht sich auf den Entwurf des RROP 2010. Für das RROP 2014 wurde ein einheitliches Planungskonzept mit harten und weichen Kriterien erarbeitet. Flächen, die diesen Kriterien nicht entsprechen wurden nicht als Vorranggebiet ausgewiesen. Der Landkreis muss jedoch im Zuge des Gegenstromprinzips die Planungen der Gemeinden beachten. Zudem müssen die Belange Privater in die Planung mit einbezogen werden. Aus diesem Grunde wurden alle bereits bauleitplanerisch gesicherten Flächen als bauleitplanerisch gesicherter Bereich übernommen.	Nicht zu berücksichtigen
P117d	P117/D.0 1	SO 17	Das Bundesverwaltungsgericht hat mit seinem Urteil vom 13. 12. 2001 (Az: 4 C 3.01) klar gestellt, dass eine Verunstaltung des Landschaftsbildes vorliegt, wenn das Vorhaben grob unangemessen ist. Bei privilegierten Vorhaben heißt das inhaltlich, dass eine Verunstaltung nur dann vorliegt, wenn mit dem Vorhaben in eine Umgebung eingegriffen wird, die wegen ihrer Schönheit oder ihrer Funktion besonders schutzwürdig ist. Dann nämlich stehen dem Vorhaben öffentliche Belange entgegen. Die Besonderheiten der WKA (Höhe, Rotorbewegungen, Standort) allein können bei privilegierten Vorhaben also laut Urteil noch nicht zur Verunstaltung des Landschaftsbildes führen.	Bei dieser Einwendung handelt es sich um Anmerkungen zum Urteil des Niedersächsischen Obergerichts vom 26.03.2009. Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P117d	P117/D.0 2	SO 17	Die öffentlichen Belange greifen aber nicht nur dann, wenn ein Vorhaben in oder an bestehenden Naturschutz- und Landschaftsschutzgebieten errichtet werden soll. Die förmliche Unterschutzstellung kann selbst bei privilegierten Vorhaben auch fehlen (BVerwG, Urteil vom 73. 4. 1984 (Az.: 4 C 69.80) Entscheidend ist die landschaftsästhetische Qualität im Eingriffsgebiet.	Bei dieser Einwendung handelt es sich um Anmerkungen zum Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 26.03.2009. Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P117d	P117/D.0 3	SO 17	Auf dieser Argumentation, dass eine Verunstaltung des Landschaftsbildes nur im Zusammenwirken von belastendem Vorhaben und schutzwürdiger Landschaft entstehen kann, bauen alle meine Gutachten auf und damit auch das Lamstädter (vgl. dort die Einleitung in Kapitel 3). Wenn ich daher in den „Folgerungen“ (Kapitel 8) zu dem zusammenfassenden Ergebnis komme, „dass die Landschaft im weiteren wie im engeren ästhetischen Wirkraum des vorgesehenen Windparks von herausragender ästhetischer Qualität ist, und dass mit dem Höhenzug der Lamstedter Endmoräne eine einzigartige, unverwechselbare Landschaftskonstellation vorliegt“ (5. 37), dann ist in Bezug auf diesen Einzelfall genau die im Urteil des BVerwG vom 13. 12. 2001 geforderte besondere Schönheit der Landschaft am Gut Haneworth belegt. Der Eingriff durch die Errichtung der WKA bei Gut Haneworth ist damit als grob unangemessen einzustufen, das Landschaftsbild ist verunstaltet.	Bei dieser Einwendung handelt es sich um Anmerkungen zum Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 26.03.2009. Im Regionalen Raumordnungsprogramm werden lediglich Vorranggebiete für Windenergienutzung ausgewiesen. Ob und inwieweit von Einzelanlagen eine "Verunstaltung" des Landschaftsbildes hervorgerufen wird, muss im Genehmigungsverfahren der Anlagen bzw. wie in diesem Fall vor Gericht geklärt werden.	Kenntnisnahme
P117d	P117/D.0 4	SO 17	Es ist aber mit dem Windpark Lamstedt-Mittelstenahe nicht nur das Landschaftsbild verunstaltet sondern insbesondere mit der geomorphologisch einzigartigen Lamstedter Endmoräne auch die natürliche Eigenart der Landschaft im Eingriffsgebiet erheblich beeinträchtigt. Damit wird in dem Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 26. 3. 2009 ein weiterer öffentlicher Belang nicht berücksichtigt, der jedoch nach dem BauGB einem privilegierten Vorhaben entgegen gehalten werden muss. Das Urteil weist also in landschaftsästhetischer Hinsicht gravierende Mängel auf.	Bei dieser Einwendung handelt es sich um Anmerkungen zum Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 26.03.2009. Mögliche Mängel des angesprochenen Urteils sind nicht Gegenstand des RROP 2014.	Nicht zu berücksichtigen
P117d	P117/D.0 5	SO 17	Vorbelastung Bezüglich der Vorbelastungen im Eingriffsgebiet ist anzumerken, dass in der heutigen Bundesrepublik keine Eingriffsgebiete in der Größenordnung von ca. 320 km ² wie in Lamstedt ausgewiesen werden könnten, die frei von Vorbelastungen wären. Es kommt nicht darauf an, ob Vorbelastungen vorhanden sind, sondern wie sie sich ästhetisch in die Landschaft einfügen. Freiheit von Vorbelastungen (z.B. Freileitungen) ist nicht einmal ein Kriterium für die Ausweisung von Naturschutzgebieten! Im Falle des Windparks Lamstedt-Mittelstenahe hatte ich klar gestellt, »dass aufgrund dieser Anordnung der Freileitungen ein großer ‚leitungsfreier‘ Bereich im Zentrum des Planungsraums liegt, der sich im Westen bis weit über seine Grenze hinaus erstreckt.« (S. 14) Des Weiteren hatte ich in meinem Gutachtens darauf hingewiesen, »dass im Vergleich mit vielen anderen Kulturlandschaften Deutschlands ... sich freilich die Zahl beeinträchtigender Einrichtungen wie auch die dadurch hervorgerufene Beeinträchtigungsintensität im vorwiegend agrarisch bestimmten Planungsraum in Grenzen (hält).« (S. 14) Auch dieses relativ wenig belastete Landschaftsbild nimmt das Urteil des NOVerwG nicht zur Kenntnis. Hier muss man schon von einer Landschaftsblindheit der Richter sprechen.	Bei dieser Einwendung handelt es sich um Anmerkungen zum Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 26.03.2009. Im Regionalen Raumordnungsprogramm werden lediglich Vorranggebiete für Windenergienutzung ausgewiesen. Ob und inwieweit von Einzelanlagen eine "Verunstaltung" des Landschaftsbildes hervorgerufen wird, muss im Genehmigungsverfahren der Anlagen bzw. wie in diesem Fall vor Gericht geklärt werden. Mögliche Mängel des angesprochenen Urteils sind nicht Gegenstand des RROP 2014.	Nicht zu berücksichtigen
P117d	P117/D.0 6	SO 17	Visuelle Empfindlichkeit Über das vom Landkreis Cuxhaven verwendete Verfahren zur Ausweisung neuer WKA-Standorte sowie der Höhenfestlegung kann ich eigentlich nichts sagen, da ich es nicht kenne. Ob es sich hier um die Anlehnung an ein Verfahren handelt, das von mir 1993 im Auftrag des Ministeriums für Umwelt, Raumordnung und Landwirtschaft des Landes NRW zur Ermittlung des Kompensationsumfangs für zugelassene mastenartige Eingriffe entwickelte wurde, kann ich aufgrund des im Urteil des NDVerwG erwähnten Begriffs der „visuellen Empfindlichkeit“ nicht beurteilen. Der Begriff kommt gelegentlich in der landschaftsästhetischen Literatur vor. Sollte hier aber ein Zusammenhang bestehen, verweise ich auf das von mir 2004 verfasste Papier: »Anmerkungen zum methodischen Vorgehen bei der Berücksichtigung landschaftsästhetischer Belange im Rahmen von Windparkprojekten«.	Bei dieser Einwendung handelt es sich um Anmerkungen zum Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 26.03.2009. Im Regionalen Raumordnungsprogramm werden lediglich Vorranggebiete für Windenergienutzung ausgewiesen. Eine Höhenfestlegung wird im RROP nicht vorgenommen, insofern wird im Rahmen des RROP auch nicht die visuelle Empfindlichkeit geprüft, dies geschieht im Rahmen des BImSchG-Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen
P117d	P117/D.0 7	SO 17	Dass aber so willkürliche und in ihrer Entstehung offenbar nicht nachvollziehbare Flächenprozentsätze wie 40% und 40-60% sehr hoher oder hoher visueller Empfindlichkeit zu Abwägungszwecken herangezogen werden, ist mehr als sonderbar. Falls Sie diesen Merkwürdigkeiten weitest nachgehen wollen, sollten Sie vielleicht darauf achten, ob in der Begründung „abwägungserhebliche Angaben“ fehlen. Denn diese werden nach §10 des NROG unbedingt verlangt.	Siehe P117/D.06	Nicht zu berücksichtigen
P117d	P117/D.0 8	A	Nichtzulassung der Revision Bedenkt man, dass der einzelne Bürger LA. kein Recht hat wegen der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes in seiner Gemeinde und damit in seinem alltäglichen Lebensumfeld zu klagen, und dass folglich die öffentliche Hand eine besondere Sorgepflicht für ihre Bürger in dieser Angelegenheit zu übernehmen hätte, dann ist unverständlich, dass nicht wenigstens ein betroffener Bürger alle Rechtsmittel ausschöpfen kann, wenn sich die eigene Gemeinde und der eigene Landkreis gegen ihn wenden.	Bei dieser Einwendung handelt es sich um Anmerkungen zum Urteil des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 26.03.2009. Diese Einwendung hat keine Relevanz für die Raumordnung.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118a	P118/A.0 1	A	<u>L.</u> Die Bekanntmachung z.B. in der NEZ vom 26.06.2014 über die Änderung entspricht nicht den rechtlichen Anforderungen, da keinerlei Angaben zu den wesentlichen Beeinträchtigungen gemacht wurden. Es wird lediglich darauf hingewiesen, dass der Entwurf mitsamt Begründung und Umweltbericht ausliegt und auch im Internet bekannt gemacht wurde. Damit ist die Bekanntmachung nicht ausreichend und entspricht nicht den gesetzlichen Anforderungen. Bereits aus diesem Gesichtspunkt ist die Auslegung zu wiederholen, vgl. zuletzt OVG Rheinland Pfalz, Urteil vom 12.05.2014 — 1 C 11159/13, DVbL 2014 5. 1011 ff..	Kenntnisnahme. Es erfolgt eine neue Offenlage des Entwurfes 2015, bei der dies berücksichtigt wird.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.0 2	E 01	<u>II. Grundsätzliche Bedenken</u> Das Regionale Raumordnungsprogramm des Landkreises Cuxhaven, Teilabschnitt Windenergie aus dem Jahr 2012 ist durch zwei Entscheidungen des OVG Lüneburg vom 14.05.2014 z. B. in der Sache 12 KN 29/13 aufgehoben worden. In den Urteilsgründen, insbesondere der Entscheidung des OVG Lüneburg vom 14.05.2014 in der Sache 12 KN 29/13 ist umfassend dargelegt worden, dass bereits die formalen Kriterien bei der Aufstellung eines entsprechenden Regionalen Raumordnungsprogrammes nicht beachtet worden. Gleichwohl ist in weitem Umfang ohne Änderung der Argumentation das hiesige Regionale Raumordnungsprogramm mit der selben Begründung aufgestellt worden.	Die sich durch die Urteile des OVG Lüneburg ergebenden Anforderungen wurden vollständig im Entwurf des RROP 2014 umgesetzt. Das vom Gericht benannte Drei-Schritte-Modell wurde vom Landkreis eingehalten. Dass das Vorgehen im Entwurf des RROP 2014 dem Vorgehen des RROP 2012 stark ähnelt liegt daran, dass das Gericht nicht den Planungsprozess insgesamt kritisiert hat. Der Hauptkritikpunkt ist, dass im Verfahren zum RROP 2012 die Kriterien nicht in die Kategorien hart und weich unterschieden wurden.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.0 3	U	Beispielhaft wird darauf hingewiesen, dass sich aus dem Umweltbericht Seite 175 ergibt, dass der Umweltbericht Teilbereiche A und B aus dem RROP 2012 ohne Änderung übernommen wird und weiterhin gültig sein soll. Bereits dies ist unzutreffend, da aufgrund der oben genannten Entscheidungen offensichtlich strukturell gearbeitet bzw. argumentiert wurde.	Die Teilbereiche A und B im Umweltbericht des RROP 2012 wurden entsprechend den Änderungen des Teilabschnitts Windenergie (Teil C) angepasst. Die Änderungen beziehen sich auf die Kapitel 4.2.2 Windenergie (s. S. 5ff). Die weiteren Ziele und Grundsätze in den Teilbereichen A und B des RROP 2012 sind weiterhin gültig. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P118a	P118/A.0 4	A	Das dortige RROP 2012 ist komplett aufgehoben und kann daher nicht übernommen werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.0 5	U	Die dort genannten Fehler sind wiederholt worden, beispielhaft wird auf den Umweltbericht verwiesen, in dem ausdrücklich auf Blatt 176 wiedergegeben wird, dass verbleibende Probleme im nachgeordneten Verfahren gelöst werden, obwohl bereits bekannt ist, dass diese Probleme bestehen, so insbesondere Blatt 170 unterer Seitenabschnitt. Dort wird mitgeteilt, dass 35 Flächen ausgewiesen werden mit erheblichen Umweltauswirkungen, ohne dass diese gelöst werden.	Aufgrund des Planungsprozesses zur Identifikation der Windenergiebereiche sowie der Tatsache, dass es sich bei diesen Planbereichen hier vornehmlich um Bestandsflächen für die Erweiterung bzw. das Repowering handelt, ist für diese Bereiche davon auszugehen, dass eine vergleichsweise geringe Konfliktdichte besteht, die im nachgeordneten Genehmigungsverfahren gelöst werden kann. Die Beurteilung potenziell erheblicher Umweltauswirkungen kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118a	P118/A.0 6	U	Es bleibt zudem darauf hinzuweisen, dass ausdrücklich keinerlei Daten über die Schutzgüter Landschaft und Fledermäuse betrachtet wurden, obwohl sehr offensichtlich ist, dass Windenergieanlagen das Landschaftsbild erheblich beeinträchtigen (können).	Bei der Prüfung der Auswirkungen auf das Schutzgut Landschaft wurden, neben Landschaftsschutzgebieten (LSG), folgende Kriterien berücksichtigt: Unzerschnittene Verkehrsarme Räume (UZVR), geschützte Landschaftsbestandteile nach § 29 BNatSchG und § 22 NAGBNatschG, Bereiche mit Bedeutung für Vielfalt, Eigenart und Schönheit für Natur und Landschaft gem. LRP. Eine differenzierte Betrachtung der Belange des Schutzguts Landschaft kann auf der Ebene des Regionalplans nicht erfolgen. Dies setzt die Kenntnisse der möglichen Standorte von WEA, der Anlagentypen und deren Betriebsweisen voraus, die innerhalb der WEG derzeit nicht bekannt sind. Eine Berücksichtigung erfolgt daher auf den nachgeordneten Planungs- und Zulassungsebenen. Die in Deutschland und der Region vorkommenden Fledermausarten haben sehr unterschiedliche Lebensraumanprüche und Lebensweisen. Die überwiegende Zahl der Arten hält sich meist in bodennahen Luftschichten auf und ist somit nur einem geringen Kollisionsrisiko bzw. einem Risiko durch das Barotrauma durch WEA (Druckschwankungen in Rotorturbulenzen) ausgesetzt. Sechs Arten (beide Abendsegler, drei Pipistrellus-Arten und die Zweifarbfledermaus) bilden vor allem durch ihr saisonales Zugverhalten, die Abendsegler auch durch ihre Jagdflüge deutlich über Baumkronenniveau, eine Risikogruppe. Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen der Fledermäuse bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118a	P118/A.07	SO 2	<u>III.</u> Die generellen Einwendungen werden im Folgenden am Beispiel des Vorranggebietes 2 Bad Bederkesa Alfstedt dargestellt. Diese Fläche stammt vollständig aus dem RROP 2012 und ist 1:1 übernommen worden. Eine bauleitplanerische Absicherung dieser Fläche existiert nicht, Windenergieanlagen existieren ebenfalls nicht, genau so wenig wie entsprechende Genehmigungen.	Wie bereits ausgeführt, wurden die Tabuzonen als solche nicht vom Gericht beanstandet, sondern lediglich, dass der Landkreis nicht zwischen harten und weichen Tabuzonen unterschieden hat. Die Methodik, die das Gericht vorgeschrieben hat, wurde umgesetzt. Die Tabuzonen wurden jedoch nicht geändert, sodass das Vorranggebiet wie schon 2012 ausgewiesen wurde.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.08	SO 2	<u>1. Landesraumordnungsprogramm</u> Wie zutreffend in der beabsichtigten Begründung erwähnt, ist eine Neuausweisung von bisher unbelasteten Flächen wie in diesem Fall nicht erforderlich, da bereits mehr MW Nennleistung installiert sind als vom Landesraumordnungsprogramm vorgesehen.	Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglichst zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert das Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung sowie der gängigen Expertenmeinung. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.09	E 01	<u>2.</u> Bezüglich der harten Tabukriterien wird zutreffend zitiert, wie diese zustande kommen sollen, allerdings wird nicht zutreffend dargelegt, was diese beinhalten, insbesondere die Abstände zu Autobahnen und Bundes- und Landstraßen widersprechen den gesetzlichen Vorgaben, so dass es eben keine harten Tabukriterien sind. Wald fehlt vollständig.	Die Abstände zu Autobahnen und Bundes- und Landesstraßen entsprechen sehr wohl den gesetzlichen Vorgaben. Waldflächen ab einer Größe von 1 ha sowie ein Puffer von 100 m zu diesen wird als weiche Tabuzone ausgeschlossen.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.10	E 01	<u>3.</u> Bezüglich weicher Tabukriterien wird um Ortslagen insgesamt 1000 m als Puffer incl. der harten Tabuzone angerechnet für wohnbauliche Nutzungen, für sonstige Lagen insgesamt 500 m. Die Begründung darin liegt allein in der Unterscheidung, dass im Rahmen des vorbeugenden Immissionsschutzes für die wohngenutzten Bereiche ein ausreichender Schutz gewährleistet sein muss und Außenbereichsanlagen weniger geschützt sind.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.11	E 01	Die Festlegung erfolgt gerade nicht im Hinblick auf den Schall, die Anzahl oder Größe der Windenergieanlagen. Dies ist offensichtlich widersprüchlich, da die Festlegung der harten Tabukriterien anhand der größten marktgängigen Anlage erfolgte und mit dem zweifachen Gesamthöhenabstand gewählt wurde. Lärmtechnisch ist bei einem Schallleistungspegel von einer einzigen Anlage von 106 d3(A) der nächtliche Lärmgrenzwert von 45 dB(A) erst sicher in einem Abstand von knapp 600 m zu erreichen; bei Anlagen mit größeren Lärmpegeln mit erheblich größeren Abständen.	Das Thema Schall von einzelnen Anlagen wird im Rahmen des BImSchG-Genemigungsverfahren geprüft.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.12	E 01	Da eine Differenzierung zwischen Innen- und Außenbereich gerade nicht stattfinden soll, kann nur auf das Schutzgut Mensch im Übrigen, also die optisch bedrängende Wirkung oder der gesetzlich festgesetzte Lärmschutz zurückgegriffen werden. Da Windenergieanlagen zur gewerblichen Stromerzeugung offensichtlich nur sinnvoll sind, wenn sie 24 Stunden am Tag das ganze Jahr hindurch theoretisch laufen dürfen und die als antizipiertes Sachverständigengutachten zu betrachtenden Werte der TA-Lärm unabdingbar sind, ist eine Unterschreitung dieser Werte nicht möglich. Vor diesem Hintergrund ist es unmöglich und in sich widersprüchlich, einen Abstand von 500 m vorzusehen, was etwa dem 2,3 fachen der Gesamthöhe entspricht.	Rechtlich ist lediglich ein Mindestabstand des zweifachen der Anlagenhöhe aufgrund der optisch bedrängenden Wirkung vorgeschrieben. Dieser Mindestabstand wird durch die Kriterien des Landkreises gesichert. Darüber hinaus gehende Belange wie Schallschutz oder Beschattung sind von der Anlagenkonfiguration abhängig und werden im jeweiligen BImSchG-Genemigungsverfahren geprüft.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.13	E 01	Da die Rechtsprechung gleichzeitig festgelegt hat, dass bei mehreren Anlagen eine optisch bedrängende Wirkung auftritt, wenn in einem Winkel > 60° mehrere Anlagen zu sehen sind bis zu einem Abstand der 4fachen Gesamthöhe. Hier sind Windparks, also Flächen mit mehr als einer Anlage geplant, so dass wenigstens vom 3fachen Gesamthöhenabstand, mithin hier also 630 m auszugehen ist.	Siehe P118/A.12	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118a	P118/A.1 4	E 01	Zudem ist der Komplex nicht vollständig als Konflikt erfasst worden, so dass auch deshalb entsprechend der angegebenen Urteile die beabsichtigte Planung unzulässig ist.	Der Komplex ist sehr wohl als Konflikt erfasst worden. Der Landkreis Cuxhaven ist bei der Festlegung der Mindestabstände auch vom Worst Case ausgegangen, um eine Beeinträchtigung der Wohnbevölkerung weitgehend zu minimieren.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.1 5	E 01	Die Festlegung, dass Flugplatzflächen und militärischen Anlagen nur jeweils mit ihrer Fläche ausgespart werden, ist gleichfalls in sich widersprüchlich, da selbstverständlich im Landeanflugbereich sowie im Radarbereich die Errichtung von Windenergieanlagen grundsätzlich ausgeschlossen ist.	Diese Balange sind von der Anlagenkonfiguration abhängig und können somit erst auf BImSchG-Genehmigungsebene berücksichtigt werden.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.1 6	E 01	Diese Widersprüchlichkeit ergibt sich auch bei Landschaftsschutzgebieten, da selbstverständlich Windenergieanlagen optisch weiter wirken als ihre Baukörper und damit Landschaftsschutzgebiete vollständig zerstört sein können, wenn sie in der Nachbarschaft errichtet wurden.	Eine Beeinträchtigung der Landschaft ist bei der Errichtung von Windkraftanlagen unvermeidlich. Durch die Regelungen des Landkreises (Mindestabstand der Windparks untereinander, maximal zwei verschiedene Anlagenhöhen, Bündelung von Standorten) wird diese Beeinträchtigung jedoch soweit wie möglich minimiert.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.1 7	E 01	Es ist unzulässig in gesetzlich geschützten Biotopen Windenergieanlagen zu errichten, eine Begrenzung auf Flächen > 5 ha ist gesetzlich nicht vorgesehen und wird nicht begründet.	Gesetzlich geschützte Biotope sind in § 30 BNatSchG normiert; dort ist eine umfangreiche Liste an - i.d.R. natürlichen oder naturnahen - Biototypen aufgeführt. Die Größe der gesetzlich geschützten Biotope ist sehr unterschiedlich; im Zuständigkeitsbereich der Unteren Naturschutzbehörde des Landkreises Cuxhaven liegt sie zwischen 0,01 ha und 44,43 ha (auf der Basis der derzeit erfassten und benachrichtigten gesetzlich geschützten Biotope). Die Lage und Größe ist übrigens im Kartendienst "Schutzgebiete und -objekte" im Internet-Geoportal des Landkreises Cuxhaven ersichtlich. Lediglich gesetzlich geschützte Biotope mit einer Flächengröße von über 5 ha - einschließlich eines Puffers von 200 m - sind im Kriterienkatalog den weichen Tabuzonen zugerechnet. Diese +/- großflächigen gesetzlich geschützten Biotope sind in ihrer Qualität mit Naturschutzgebieten vergleichbar. In Einzelfällen spielen gesetzlich geschützte Biotope mit einer Flächengröße von unter 5 ha eine Rolle in der im Arbeitsschritt 3 vorgenommenen naturschutzfachlichen Beurteilung. I.d.R. ist die Berücksichtigung kleinflächiger gesetzlich geschützter Biotope den nachfolgenden Planungen und Verwaltungsverfahren überlassen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118a	P118/A.18	E 01	Waldflächen sind von der Nutzung von Windenergieanlagen ausgeschlossen und sollen dies nach der Mitteilung der Landesregierung Niedersachsen z.B. NWZ vom 11.08.2014 auch bleiben, so auch der bisherige Entwurf der Landesregierung zur Planung und Genehmigung von Windenergieanlagen an Land in Niedersachsen und Hinweise für die Zielsetzung und Anwendung (Windenergieerlass) Entwurfsstand 21.07.2014.	Es ist richtig, dass in Niedersachsen keine Windkraftanlagen im Wald stehen sollen. Als waldarmer Landkreis hat Cuxhaven eine besondere Verantwortung für die Wälder, weshalb diese Empfehlung auch umgesetzt wurde. Bereits im RROP 2012 wurde bestimmt, dass Wälder von Bebauung freigehalten werden müssen. Auch bei der Bestimmung der Vorranggebiete wurde dies umgesetzt. So wurden Waldflächen ab 1 ha sowie ein Puffer von 100 m um diese als weiches Kriterium bestimmt. Natürlich können auch Waldgebiete unter einem Hektar als Wald zählen. Aufgrund des Maßstabes musste jedoch eine Mindestgröße festgelegt werden. Auf den nachgelagerten Planungsebenen bzw. im Genehmigungsprozess muss jedoch das Ziel des RROP 2012 eingehalten werden, dass Waldflächen sowie Waldränder, unabhängig von der 1 ha Größe, von der Bebauung freizuhalten sind.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.19	E 01	Allerdings sind Waldgebiete nach dem Waldgesetz bereits solche, die größer als 1/2 ha sind, so dass die Kriterienwahl nicht mit der Gesetzeslage übereinstimmt.	Siehe P118.18	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.20	E 01	Letztlich belegt die Feststellung auf Seite 9 der beabsichtigten Begründung unten, dass der Landkreis weiterhin nicht bereit ist, die Rechts- und Gesetzeslage umzusetzen. Ausschlusskriterien können vermeintlich nicht zusortiert werden und werden als weiche Kriterien behandelt, sie werden aber nicht definiert.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.21	E 01	<u>4.</u> Den dritten Schritt der Rechtsprechung die tatsächlichen Abwägung der Kriterien wird nicht begangen und sogar auf Seite 10 der beabsichtigten Begründung als unzulässig dargestellt. Bereits aus diesem Gesichtspunkt ist die Gesamtplanung zu überdenken.	Die Rechtsprechung fordert im dritten Schritt die ermittelten Potentialflächen mit entgegenstehenden Belangen abzuwägen und zu prüfen, ob der der Windenergie substanziell Raum geschaffen wird. Dies wird vom Landkreis Cuxhaven auch in dieser Form durchgeführt.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.22	E 01	Letztlich halt der Landkreis diese Argumentation selbst nicht durch, da er jedenfalls bei der Flächengröße dann doch durch flüssige Argumentationen für Anlagen von 150 m Gesamthöhe auf ein Erfordernis von mindestens 19 ha kommt. Warum nicht auch für die anderen Kriterien?	Die 19 ha Mindestgröße wurden erst bei der Abwägung im dritten Schritt zugrunde gelegt, sie stellt keine harte oder weiche Tabuzone dar.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.23	E 01	<u>5.</u> Im Landkreis Cuxhaven sollen weiterhin ein 3fach unterschiedlicher Mindestabstand zwischen zwei Windparks liegen, da in Gebieten mit im Landkreisdurchschnitt höherem Waldanteil über 10 % zugunsten der Windenergie nur ein Mindestabstand von 3 km einzuhalten ist, vermeintlich sei die Sicht weniger frei. Dies gilt für die Gemeinden Beverstedt, Hagen sowie die neu zu gründende Stadt Geestland. Im weiteren Gebiet soll grundsätzlich 4 km gelten, in der Oste-Niederung 5km. Bei einer Gesamthöhe von wenigstens 150 m ist eine Verdeckung durch Wald, der bestenfalls knapp 30 m hoch ist, nicht möglich, jedenfalls nicht in einer Entfernung von unter 5 km. Waldsiedlungen sind auch in den Gemeinden Beverstedt, Hagen und der Stadt Geestland nicht vorhanden. Die Wälder sind grundsätzlich von Besiedlung und jeder sonstigen Nutzung mit einem dauerhaften Aufenthalt von Menschen frei. Es ist daher nicht erkennbar, weshalb den Menschen eine dichtere Zerstörung des Landschaftsbildes zugemutet wird als andernorts, obwohl das Landschaftsbild dort gerade eine deutlich höhere Bedeutung hat und eine höhere Wertigkeit.	Der Einwand wird aufgegriffen. Im weiteren Planungsprozess wird der Abstand der Windparks untereinander innenhalb des Landkreises auf einheitlich 4 km festgelegt werden.	zu berücksichtigen
P118a	P118/A.24	E 01	Weshalb die Kreisgrenze mit einem Nachbarabstand von nur 2 km belegt wird, ist gleichfalls nicht begründet, da die Kreisgrenze optisch nicht wahrnehmbar ist.	Siehe P118/A.23	zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118a	P118/A.2 5	E 01	Das RROP folgt auch nicht durchgängig den gewählten Kriterien, weil auf Seite 17 der beabsichtigten Begründung dann doch weitere Flächen ohne nähere Begründung gestrichen werden, die sich im Umfeld des Flughafens Nordholz befinden.	Die Ermittlung der Vorranggebiete erfolgte, wie in der Begründung ausgeführt wurde, analog zur Rechtsprechung des BVerwG in drei Schritten: 1. Im ersten Schritt wurden einheitlich im gesamten Kreisgebiet die harten Tabuzonen abgezogen. 2. Im zweiten Schritt wurden einheitlich im gesamten Kreisgebiet die weichen Tabuzonen abgezogen. 3. Im dritten Schritt wurden alle durch den 1. und 2. Schritt ermittelten Potentialflächen einer Einzelfallabwägung unterzogen (vgl. Begründung S. 11-18). Bei der Abwägung wurden öffentliche Belange, die einer Ausweisung als Vorranggebiet entgegenstehen, beispielsweise naturschutzfachliche Gründe, zugrunde gelegt. In diesem Schritt sind einige Potentialflächen entfallen, andere Potentialflächen wurden noch einmal im Zuschnitt angepasst.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.2 6	E 01	<u>IV. Naturschutzgesichtspunkte</u> Wie bereits dargelegt ergibt sich aus dem Umweltbericht, dass Landschaft als Kriterium und Fledermäuse nicht bewertet wurden. Allerdings findet sich auf Seite 17 der beabsichtigten Begründung das Potentialflächen aus naturschutzfachlicher Beurteilung nicht als Vorranggebiete in Betracht kommen, da diese Gebiete Bedeutung für die Avifauna und Fledermäuse haben.	Mit der Erstellung des Entwurfs des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen. - Die Ermittlung der harten Tabuzonen stellten den Arbeitsschritt 1 dar, die Ermittlung der weichen Tabuzonen stellt den Arbeitsschritt 2 dar. Für die sich durch diese Arbeitsschritte ergebenden Potenzialflächen ergeben sich weitere Anforderungen an Vorranggebiete, die nicht von allen Potenzialflächen erfüllt werden können; in diesem sich anschließenden Arbeitsschritt 3 spielen auch naturschutzfachliche Anforderungen, die die jeweilige Fläche betreffen und nicht von den Tabuzonen abgedeckt wurden, eine Rolle. So wurde zu allen Potenzialflächen, die als Vorranggebiet Windenergienutzung in Betracht kommen, die Bedeutung für das Landschaftsbild und die Bedeutung als Fledermauslebensraum betrachtet.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.2 7	SO 2	Wie kommt es zu dieser Erkenntnis bzw. warum werden dann die bekannten Probleme etwa bei der hier betroffenen Fläche nicht ebenfalls berücksichtigt.	Siehe P118/A.26.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118a	P118/A.2 8	E 01	1. Für die hier betroffene Potentialfläche, auf Seite 17 der beabsichtigten Begründung als Potentialfläche 14 bezeichnet, sollen 3 weitere Flächen entfallen, die im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 als Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft festgelegt wurden. Diese Kriterien sind bisher nicht als Kriterien genannt, werden nun aber aufgeführt. Weshalb?	Weder durch die Darstellung eines Vorranggebietes Windenergienutzung noch durch die Darstellung eines Bauleitplanerisch gesicherten Bereichs Windenergienutzung entfällt ein Vorbehaltsgebiet Natur und Landschaft nach dem Regionalen Raumordnungsprogramm 2012. - Sofern das Schutzgut von Natur und Landschaft, das zur Darstellung eines Vorbehaltsgebietes Natur und Landschaft im Regionalen Raumordnungsprogramm 2012 geführt hat, gar nicht oder wenig empfindlich gegenüber Windenergieanlagen ist, gibt es auch keinen oder nur einen vernachlässigbaren Konflikt. - Die Bedeutung der Sätze "Diese Kriterien sind bisher nicht als Kriterien genannt, werden nun aber aufgeführt. Weshalb?" erschließt sich nicht.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.2 9	E 01	2. Weshalb werden naturschutzfachliche Gesichtspunkte, die im Bezug auf die Potentialfläche 14 dem Landkreis sowohl aus einem Genehmigungsverfahren als auch aus einem Aufstellungsverfahren zum Flächennutzungsplan bzw. zu Bebauungsplänen bekannt sind, nicht berücksichtigt? Die Argumentation ist offensichtlich widersprüchlich.	Mit der Erstellung des Entwurfs des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen. - In den nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren, insbesondere der Ebene der Flächennutzungsplanung und der Ebene der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung, erfolgt eine detailliertere Betrachtung als auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms. Von daher muss nicht jedes Detail, dass auf den nachfolgenden Ebenen eine Rolle spielt, bereits auf der Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms bekannt bzw. einbezogen werden.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.3 0	E 01	3. Im Übrigen ergibt sich aus Seite 18 der beabsichtigten Begründung, dass auch Windparks festgesetzt werden, die dem Kriterienkatalog nicht vollständig entsprechen(?!), nur weil sie bauleitplanerisch gesichert sind. Dies ist kein Kriterium, da das ROG vorsieht, dass das regionale Raumordnungsprogramm der langfristigen Steuerung dient und damit gerade nicht auf die bestehende Planung Rücksicht nehmen muss, sondern diese zukünftig lenken soll.	Windparks, die nicht mehr den aktuellen Kriterien des Landkreises Cuxhaven entsprechen, werden als bauleitplanerisch gesichert übernommen. Dies geschieht im Rahmen einer rechtlich möglichen Ziel-Ausnahme-Regelung. Jeder einzelne Standort wird dabei einer Einzelfall-Abwägung unterzogen, ob öffentliche Belange einer Übernahme entgegenstehen. Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche dienen auch dazu, die sowohl bundespolitisch, als auch landesplanerisch geforderten Potentiale des Repowerings zu ermöglichen.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.3 1	E 01	Ab Seite 21 werden Gesichtspunkte des Landschaftsbildes, Landschaftsschutzes und der optischen Beeinträchtigungen betrachtet, die bei der Auswahl der Kriterien keine Rolle spielen und dann doch Einfluss auf die Planung haben.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118a	P118/A.3 2	E 01	<u>V.</u> Im Übrigen fehlt ein Hinweis auf die Länderöffnungsklausel und die von der Landesregierung mitgeteilte Absicht, bis zum Ende des Jahres 2014 in einen so genannten Windenergieerlass einheitliche Abstandsvorgaben zu Gebäuden mit Wohnnutzung zu erlassen.	Das Land Niedersachsen hat sich bewusst dafür entschieden von der so genannten Länderöffnungsklausel keinen Gebrauch zu machen und keinen einheitlichen Mindestabstand festzulegen. Vielmehr wurde festgestellt, dass dies von einer Vielzahl an Faktoren im Einzelfall abhängig ist.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.3 3	E 01	In diesem Zusammenhang weist auch die Landesregierung darauf hin, dass das NLT-Papier, „Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von Windkraftanlagen“, herausgegeben vom niedersächsischen Landkreistag, in der zur Zeit gültigen Fassung 2014 als Abwägungskriterium zu betrachten ist. Dies ist hier in vielfacher Hinsicht unterblieben. Dies gilt nicht nur für das Schutzgut Mensch, auch für das Schutzgut Natur.	Es ist nicht ersichtlich, woher diese Aussage der Landesregierung stammen soll. Der NLT ist unabhängig von der Landesregierung sowie den Fachministerien. Die Veröffentlichungen des NLT sind somit stets nur Empfehlungen. Aus diesen ergibt sich weder ein Umsetzungszwang, noch müssen diese abgewogen werden. Der Landkreis Cuxhaven hat sich aber natürlich mit diesen Empfehlungen auseinandergesetzt und sie - teilweise aufgrund der tatsächlich vor Ort herrschenden Gegebenheiten - angepasst umgesetzt.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.3 4	U, SO 02	<u>VI.</u> Ausweislich des Umweltberichts Teil C ist der hier betroffene Windpark Bederkesa Alfstedt mit der Potentialnummer 2 ungeeignet, da erhebliche Umweltauswirkungen im Hinblick auf Wohnen und windenergieempfindliche Vogelarten zu erwarten sind, so dass die Umweltauswirkungen schutzübergreifend als erheblich eingeschätzt werden. Die Fläche hat daher nach der übrigen Argumentation zu entfallen.	Das RROP des LK Cuxhaven ist ein übergeordnetes zusammenfassendes und rahmensetzendes Planwerk. Eine detaillierte Auseinandersetzung erfolgt im Zuge des Genehmigungsverfahrens. Die Beurteilung potenziell erheblicher Umweltauswirkungen kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P118a	P118/A.3 5	SO 02	In diesem Zusammenhang darf auch auf die umfassende Stellungnahme der Mandanten im Rahmen des Flächennutzungsplanaufstellungsverfahrens sowie des Bebauungsplanverfahrens verwiesen werden, die in der Anlage nochmals beigelegt werden.	Die angesprochenen Stellungnahmen werden unter P118/B, P118/C und P118/D behandelt.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.3 6	SO 02	Darüber hinaus bestätigt die entsprechende Abstimmung der Anwohner mit einem Votum weit jenseits einer 2/3 Mehrheit, dass die betroffene Fläche gegen die weitere Konzeption der Gemeinde Bad Bederkesa verstösst und zu erheblichen Beeinträchtigungen des Schutzgutes Mensch, Natur und Kultur- und Sachgüter führt.	Eine Einwohnerbefragung kann nicht als objektives Kriterium in den Planungsprozess einfließen.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.3 7	SO 02	Auch die Stellungnahme des Gutachtens in Hinblick auf den Adler ist bestätigt worden.	Es erschließt sich nicht, auf welches Gutachten Bezug genommen wird.	Kenntnisnahme
P118a	P118/A.3 8	SO 02	Die betroffene Fläche ist daher ungeeignet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P118b	P118/B.0 1	SO 02	Die im Rahmen der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung ausliegenden Unterlagen zum Bebauungsplan Nr. 12 Windpark Bederkesa-Alfstedt genügen offensichtlich nicht, um tatsächlich eine Öffentlichkeitsbeteiligung über die wesentlichen Auswirkungen der beabsichtigten Planung durchzuführen. Ausweislich der Begründung soll die Öffentlichkeitsbeteiligung dazu dienen, den Umfang des Umweltberichts inhaltlich abzustimmen, damit der Bebauungsplan zeitnah nach Inkrafttreten des RROP wirksam wird, so Seite 3 der beabsichtigten Begründung. Dies ist offensichtlich unzutreffend. Zum einen ist das RROP des Landkreises Cuxhaven bereits in Kraft getreten zum zweiten sind teilweise Angaben über die Auswirkung der beabsichtigten Planung im Detail vorhanden, im weiten Umfang werden jedoch Erkenntnisse, die offensichtlich vorliegen, nicht berücksichtigt. Darüber hinaus handelt es sich offensichtlich nicht um die Begründung für den beabsichtigten Bebauungsplan Nr. 12 Bederkesa Alfstedt. Zeichnerisch wird eine Fläche von etwa 63,4 ha zur Errichtung von 8 Windenergieanlagen vorgesehen, laut Begründung, so insbesondere Seite 3, soll es sich um Anlagen der 3 MW-Klasse handeln und diese 200 m Gesamthöhe aufweisen. An an derer Stelle, so insbesondere Seite 18, wird jedoch mit 14 Windenergieanlagen argumentiert. Was soll nun gelten?	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz, da es sich auf die kommunale Bauleitplanung bezieht.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118b	P118/B.0 2	SO 02	Einerseits liegt eine Biotopkartierung vermeintlich der betroffenen Fläche einschließlich eines 1000m-Umkreises aus dem Jahr 2012 vor, welche vorsieht, dass je nach Ausprägung der Biotope, diese nicht überplant werden sollen, andererseits bezieht sich die beigelegte Karte nicht auf die hier betroffene Fläche. Soweit die hier betroffene Fläche jedoch identisch ist mit der Biotopkartierung, werden sämtliche Biotope überplant.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz, da es sich auf die kommunale Bauleitplanung bezieht.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.0 3	SO 02	An anderer Stelle der beabsichtigten Begründung wird davon ausgegangen, dass geschützte Pflanzen nicht kartiert worden sind, weil entsprechende Kartierungen fehlen. Biotope umfassen auch geschützte Pflanzen! Es fehlen Angaben zu optischen und akustischen Beeinträchtigungen des beabsichtigten Windparks. Für eine frühzeitige Bürgerbeteiligung liegen daher in keiner Form ausreichend Unterlagen vor.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz, da es sich auf die kommunale Bauleitplanung bezieht.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.0 4	SO 02	Des Weiteren darf darauf hingewiesen werden, dass am 10.10.2012 das Rathaus der Samtgemein Bederkesa geschlossen war, so dass die Unterlagen nicht eingesehen werden konnten. Die Frist ist damit nicht eingehalten worden, so dass die Öffentlichkeitsbeteiligung in jedem Fall zu wiederholen ist.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz, da es sich auf die kommunale Bauleitplanung bezieht.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.0 5	SO 02	I. Verstoß gegen höherrangige Planungen Die beabsichtigte Planung verstößt offensichtlich gegen den bisher geltenden Flächennutzungsplan der Samtgemeinde und auch gegen die im Rahmen der zeitgleich ausliegenden 48. Änderung des Flächennutzungsplanes vorgesehen Fläche. Zwar soll die Fläche identisch sein mit der dortigen Ausweisung, dies ist jedoch unzutreffend. Ausweislich der Planzeichnung und der Begründung ist diese Fläche um einen 60 m breiten Streifen größer als die im Flächennutzungsplan vorgesehe Fläche. Zur Begründung wird darauf hingewiesen, dass die Rotorblätter über die im Flächennutzungsplan ausgewies Fläche hinausragen soll, damit die Fläche vollständig ausgenutzt werden kann. Dies ist rechtlich unzulässig. Windenergieanlagen sind Bauwerke, deren sämtliche Bauteile ZU berücksichtigen sind, also insbesondere auch die Rotorblätter, vgl. BVerwG, Entscheidung vom 21.10.2004, 4 C 3.04; ständige Rechtsprechung.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz, da es sich auf die kommunale Bauleitplanung bezieht. Im Übrigen legt der RROP Entwurf 2014 fest, dass auch die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes sein müssen; die Rechtsprechung wird somit eingehalten.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.0 6	SO 02	Im Übrigen würde bei der beabsichtigten Planung nicht nur gegen höherrangige Planungsfestsetzungen verstoßen werden, wenn denn der Flächennutzungsplan entsprechend geändert würde, zudem würde auch gegen höherrangiges Recht verstoßen. In der beabsichtigten Planung werden Anlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m vorgesehen. Bei der offensichtlich beabsichtigen Platzierung am Rande der betroffenen Fläche, müsste der Abstand von der Rotorspitze gerechnet den dreifachen Gesamthöhenabstand zu jeglicher nächstgelegener Wohnbebauung einhalten. Da bereits die Abgrenzung des Flächennutzungsplanes lediglich einen Abstand von 500 m zu fast allen Wohngebäuden einhält, ist offensichtlich bei einer weiteren Reduzierung um 60 m der bereits aus dem BImSchG einzuhaltende Mindestabstand unterschritten. Planungsrechtlich erfolgen hier Festsetzungen, die offensichtlich gesetzeswidrig sind. Die beabsichtigte Planung verstößt daher sowohl gegen den beabsichtigten Flächennutzungsplan in der Form der 48. Änderung wie auch gegen das BImSchG, vgl. BVerwG Urteil vom 21.10.2004; 4 C 3.04 und VG Hannover, Urteil vom 22.09.2011; 4 A 1052/10. Darüber hinaus ist die beabsichtigte Begründung auf Seite 3 offensichtlich unzutreffend, da der B-Plan größer ist als der F-Plan, nicht anders herum.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz. Das Vorranggebiet SO 02 hält die Abstände zur Wohnbebauung ein, eine Festlegung von einzelnen Anlagen erfolgt nicht auf Ebene der Regionalplanung.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.0 7	SO 02	II. Fehlende Abstimmung mit der Nachbargemeinde Ausweislich der Planzeichnung und teilweise auch ausweislich der übrigen ausliegenden Unterlagen zu der beabsichtigten Planung ist die hier betroffene Fläche ein Teil eines Gesamtwindparks mit der Gemeinde Flecken Bad Bederkesa und der Gemeinde Drangstedt. Gleichwohl fehlt es offensichtlich an einer Abstimmung. Insgesamt weckt die ausliegende beabsichtigte Begründung nebst Nebenanlagen den Eindruck, dass überhaupt nicht unterschieden wird zwischen den drei betroffenen Flächen. Ohne weitere Begründung wird davon ausgegangen, dass in dem hier betroffenen Bereich Anlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m zulässig sind, insgesamt 8 Stück, oder 14 (?) . In der angrenzenden Fläche der Gemeinde Flecken Bad Bederkesa hingegen, sollen Anlagen mit 185 m Gesamthöhe zulässig sein, so die Festsetzung im dortigen beabsichtigten Bebauungsplan Nr. 52. Für den angrenzenden Bereich der Gemeinde Drangstedt sind keine Höhengaben vorgesehen! Es fehlt also offensichtlich an der gesetzlich notwendigen Abstimmung mit der Nachbargemeinde, was hier insbesondere deshalb mehr als erstaunt, da alle zur selben Samtgemeinde gehören. Eine Auseinandersetzung mit den unterschiedlichen Höhengaben bzw. einer fehlenden Höhengabe fehlt überhaupt. Bereits aus diesem Gesichtspunkt ist die beabsichtigte Planung wegen gravierender Abwägungsmängel unzulässig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118b	P118/B.08	SO 02	III. Fehlende inhaltliche Festsetzung Ausweislich der beabsichtigten Begründung handelt es sich bei den Festsetzungen des beabsichtigten B-Plans um eine detailliertere Regelung zur Steuerung der Errichtung von Windenergieanlagen gegenüber der beabsichtigten 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bederkesa. Allerdings fehlt es an einer entsprechenden detaillierten Regelung. Art und Maß der baulichen Nutzung werden weder zeichnerisch noch textlich in irgendeiner Form festgesetzt oder in die Abwägung einbezogen. Es fehlt offensichtlich überhaupt an einer eigenen planerischen Entscheidung der Gemeinde Kührstedt.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.09	SO 02	Zwar findet sich am Rande der Planzeichnung und textlich der Hinweis, dass 8 Anlagen der 3 MW Klasse errichtet werden sollen, allerdings sind weder entsprechende Standorte, Baufenster oder ähnliches festgesetzt, ebenso wenig die maximal zulässige Gesamthöhe von 200 m, mit der jedenfalls argumentiert wird. Wie es zu dieser Festsetzung kommt ist ebenfalls völlig offen. Da gleichzeitig an anderer Stelle von 14 Windenergieanlagen ausgegangen wird, wird darauf hingewiesen, dass weder 8 noch 14 Anlagen aufgrund der planungsrechtlich vorzusehenden Mindestabstände der Anlagen untereinander bei einer Gesamthöhe von 200 m möglich sind. Es ist ein Mindestabstand vom 3fachen Rotordurchmesser zwischen den Anlagen aus physikalischen Gesichtspunkten einzuhalten, wobei in Hauptwindrichtung ein Abstand von dem 5fachen Rotordurchmesser vorzusehen ist. Nach dieser Vorgabe benötigen Anlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m mindestens 17 ha Fläche pro Anlage. Bei lediglich 63,4 ha zur Verfügung stehender Fläche ist offenkundig, dass weder 8 noch 14 Anlagen auf dieser Fläche errichtet werden können. Die Argumentation bzw. die beabsichtigte Begründung deckt daher in keiner Form die beabsichtigten Festsetzungen, die tatsächlich auch nicht getroffen werden.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.10	SO 02	Eine Festsetzung im Hinblick auf die Nennleistung erweist sich zudem als widersprüchlich mit der beabsichtigten Begründung. Warum dürfen nur 3 MW errichtet werden, nicht 7,5 MW oder mehr? 3 MW Nennleistungen können von Anlagen unter 100 m Gesamthöhe erreicht werden, so dass nicht erkennbar ist, weshalb die doppelte Gesamthöhe festgesetzt wird. Da mit der Festsetzung der Gesamthöhe im erheblichen Umfang Eingriffe in das Landschaftsbild, in die Natur und erhebliche optische Auswirkungen für Menschen, Kultur- und Sachgüter verbunden sind, sind derart widersprüchliche Festsetzungen unzulässig. Aufgrund der bestehenden Abwägungsdefizite ist die beabsichtigte Planung unzulässig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.11	SO 02	IV. (fehlende) Umweltprüfung Eine Umweltprüfung gibt es bisher nicht. Eine Stellungnahme dazu kann aus dem Grunde nicht erfolgen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.12	SO 02	V. Immissionen und Emissionen von Windenergieanlagen Das beabsichtigte Vorhaben setzt zwischen 8 und 14 Windenergieanlagen bis zu 200 m Gesamthöhe voraus. Es ist allgemein bekannt, dass Windenergieanlagen im großen Umfang Lärm emittieren und rotierenden Schlagschatten verursachen. Darüber hinaus ist die ab einer Gesamthöhe von 100 m aus Flugsicherheitsgründen erforderliche Tages- und Nachtkennzeichnung als optische Beeinträchtigung offensichtlich. Daneben stellt die kontinuierliche Bewegung der Rotorblätter einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild dar, der sich auch auf Kultur- und Sachgüter sowie den Menschen auswirkt. An einer Abwägung dieser wesentlichen Konflikte fehlt es völlig, es fehlt sogar an jeglichen Angaben insoweit. Im Hinblick auf den Schall wird nicht einmal das Konfliktpotential erkannt. Es wird lediglich mitgeteilt, dass eine Schallprognose erstellt werden soll, allerdings findet keine Abwägung im Hinblick auf eine vorsorgende Planung statt. Vielmehr lässt die beabsichtigte Begründung erkennen, dass das Konfliktpotential unbeachtet bleiben soll, da darauf hingewiesen wird, dass Windenergieanlagen auch schallreduziert betrieben werden können und eine Schattenabschlagautomatik Stand der Technik ist, so dass eine Abwägung entbehrlich ist. Dies ist offensichtlich unzutreffend. Planerisch ist eine Festsetzung zu finden bzw. das Konfliktpotential zu lösen, da sowohl die Festsetzung eines Windparks erforderlich macht, dass die dort errichteten Windenergieanlagen kontinuierlich ihre Nennleistung erbringen können, also ohne Reduzierungen in irgendwelcher Art laufen können, während andererseits die Wohn- und Arbeitsbevölkerung sowie die touristische Entwicklung nicht gefährdet werden darf. Vor diesem Hintergrund ist eine Planung mit einem schallreduzierten Betrieb offensichtlich unzulässig. Er verstößt gegen das Abwägungsgebot gem. § 11f. BauGB.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 werden keine Einzelanlagen festgesetzt, sondern Vorranggebiete. Hierzu wurden Kriterien aufgestellt, die sicherstellen, dass diese Gebiete ausreichende Schutzabstände aufweisen. Die Auswirkungen einzelner Anlagen in Bezug auf Schattenschlag und Immissionen werden nicht auf der Ebene der Regionalplanung behandelt, sondern im Rahmen des Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118b	P118/B.1 3	SO 02	<p>VI. Beeinträchtigung des Landschaftsbildes</p> <p>Im Hinblick auf die Beeinträchtigung des Landschaftsbildes befinden sich einige Anhaltspunkte in der beabsichtigten Begründung sowie den weiter ausliegenden Unterlagen. Es ist allerdings offensichtlich unzutreffend, dass eine Vorbelastung durch die L120 besteht, da diese nicht erkennbar ist, wie die wellige Fläche mit einem Höhenunterschied von mehr als 9 m zahlreichen strukturierenden Wallhecken, kleine Gehölzinseln, Wäldern und mehreren Feuchtgebieten in einer Mischung von Grünland und Ackerland sich als abwechslungsreiche Landschaft darstellt. Die Straße ist schlicht fast nirgends zu erkennen. Auch die angeführte Vorbelastung durch den Windpark in Flögeln und den weiteren Windpark in Ringstedt bestätigt, dass hier offensichtlich die gesetzlich bestehenden Erfordernisse der Berücksichtigung von Konfliktpotential und deren Lösung im Wege der Abwägung nicht erkannt wurde. Gerade weil Windenergieanlagen im weiten Umkreis im norddeutschen Tiefland die Landschaft optisch beeinträchtigen, sind Mindestabstände von 5 zwischen zwei Wind- Parks einzuhalten, um den freien Blick auf die Landschaft wei terhin zu gewährleis Dies gilt einerseits als landesrechtli_ die Vorgabe Erlass vom 26.01.2004, bestätigt durch OVG Lüneburg 7 ME 170/07 und wird andererseits von der Ständigen Rechtsprechung des zuständigen OVG Lüneburg, Entscheidungen vom 14.09.2000, 1 K 514/98 und vom 28.04.2004, 1 KN 155/03 und vom 08.11.2005, 1 LB 133/04, bestätigt. Schon aus diesem Gesichtspunkt ist die beabsichtigte Ausweisung eines weiteren Windparks völlig unzulässig.</p>	<p>In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Aufstellung der Kriterien für die Erarbeitung der Vorranggebiete basiert auf rechtlichen Grundlagen und fachlichen Einschätzungen und geschah in Zusammenarbeit mit dem Naturschutzamt. Insofern ist der Landkreis der Ansicht, dass durch den Entwurf des RROP 2014 keine Verunstaltung der Landschaft verursacht wird. Gleichwohl wird diese Frage jedoch auch im Zuge der Genehmigung der einzelnen Anlagen auch noch einmal intensiv geprüft. Bei dem 5km Abstand von Windparks untereinander handelt es sich um eine Empfehlung, keine rechtliche Vorgabe. Von diesem Abstand kann der Träger der Regionalplanung in seinen Vorgaben abweichen. Im weiteren Verfahren wird ein einheitlicher Abstand der Windparks untereinander von 4km innerhalb des Kreisgebietes festgelegt.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.1 4	SO 02	<p>Es wird zudem darauf hingewies dass die textliche Darstellung in der beabsichtigten Begründung identisch ist mit der textlichen Darstellung zur beabsichtigten 48. Änderung des Flächennutzungsplans der Samtgemeinde Bederkesa, so dass es an einer detaillierten Planung offensichtlich fehlt.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.1 5	SO 02	<p>Darüber hinaus steht sie im Widerspruch zu der Darstellung der ebenfalls ausliegenden Untersuchung über die Avifauna der PNE Wind AG, Peter-Henlein Straße 2-4, 27472 Cuxhaven die insbesondere auf Seite 5 zu der Erkenntnis gelangt, dass es sich um eine hochwertige, kleinräumig strukturierte, artenreiche und damit aus optischen Gesichtspunkten wertvolle Landschaft handelt. Die Einstufung der Landschaft mit einem mittleren Wert ist damit offensichtlich unzutreffend und widerspricht den weiteren ausliegenden Unterlagen.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Die angesprochene Untersuchung und die damit verbundene Einstufung bezieht sich somit auf ein anderes Verfahren und ist für die Aufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht von Belang, da für dieses ein eigener Umweltbericht erstellt wurde.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.1 6	SO 02	<p>Auch die in Bezug genommene Visualisierung ist offensichtlich nicht auf das hier betroffene Planvorhaben zu beziehen. Zum einen ist sie technisch sehr imperfekt gestalt zum anderen ist sie falsch, da dort Anlagen von 200 m nicht berücksichtigt wurden.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.1 7	SO 02	<p>Wie bereits dargestellt hat jeder Anwohner bereits aus den gesetzlichen Vorgaben des BImSchG einen Schutzanspruch des dreifachen Gesamthöhenabstandes um vor optischen Beeinträchtigungen geschützt zu werden. Dieser hält das beabsichtigte Vorhaben offensichtlich nicht ein. Die Auswirkungen der aus Flugsicherheitsgründen erforderlichen Tages- und Nachtkennzeichnung sind vollständig unberücksichtigt geblieben.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118b	P118/B.1 8	SO 02	Da fest steht, dass Windenergieanlagen bis zu einem Umkreis der 15fachen Gesamthöhe das Landschaftsbild vollständig zerstören, vgl. VG Stade Urteil vom 13.01.2005; 2 A 941/93, findet keine umfassende Berücksichtigung der mit dem beabsichtigten Vorhaben in Verbindung stehenden Beeinträchtigung statt, so dass eine umfassende Stellungnahme nicht erfolgen kann. Allerdings wird darauf hingewiesen, dass die auf Seite 18 vorgenommene Kompensationsmaßnalimenberechnung für das Landschaftsbild von bis zu 38 ha sich offensichtlich nicht auf das hier betroffene Verfahren bezieht, da dort 14 Anlagen angenommen werden und davon ausgegangen wird, dass je Anlage 2,7 ha erforderlich sind bzw. 1,9 ha bei sichtverschatteten Bereichen. Eine Darstellung entsprechender Bereiche findet nicht statt. Die beabsichtigte Planung ist daher unzulässig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.1 9	SO 02	VII. Denkmalschutz In der beabsichtigten Begründung werden lediglich Bodendenkmäler berücksichtigt. Es wird auf eine Faustformel des niedersächsischen Ministeriums hingewiesen, die jedoch sinnlos ist, da es sich dabei nicht um die Fachbehörde handelt. Das zuständige Landesamt für Denkmalpflege sieht sich in keiner Form an diese Faustformel gebunden, sondern stellt klar, dass eine Landschaftsbildveränderung durch die Errichtung eines Windparks einen Eingriff in die Sichtbeziehung zu Bau- und Kulturdenkmälern führt und dies aus denkmalschutzrechtlichen Gesichtspunkten unzulässig ist. Da im betroffenen Bereich mehrere Gebäude unter Denkmalschutz stehen und zudem auch deren Beziehung zur umgebenden Landschaft Teil des Schutzes sind, hätte eine konkrete Abwägung erfolgen müssen. Selbstverständlich ist auch eine pauschalierte Abwägung möglich, allerdings nicht mehr auf der Ebene eines Bebauungsplanes. Es wird darauf hingewiesen, dass bei UNESCO Weltkulturerbe-Einrichtungen auch ein Abstand von 15 km (Beispiel: Windenergieanlage im Wirkbereich der Wartburg in Eisenach) als zu gering betrachtet werden kann, da es eben auf die konkrete optische Situation ankommt, dazu fehlen hier jegliche Angaben. Die Auslassung als solche stellt eine rechtswidrige Verletzung der §§ 1 und 2 BauGB dar.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz. Bezogen auf den Denkmalschutz gibt es keinen rechtlich vorgegebenen Abstand zu Denkmälern, es handelt sich dabei stets um eine Einzelfallbetrachtung. Dies ist auf der Ebene der Regionalplanung nicht möglich, sondern kann nur im Zuge der Bauleitplanung behandelt werden.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.2 0	SO 02	VIII. Umweltprüfung/UVS Weder eine Umweltprüfung noch überhaupt eine Prüfung im Sinne des UVPG sind bisher durchgeführt worden noch beabsichtigt. Es fehlt dazu an jeglichen Angaben. Neben der Betroffenheit der in der beabsichtigten Begründung aufgeführten Güter ist darauf hinzuweisen, dass im Hinblick auf das konkrete Vorhaben unter Berücksichtigung der konkreten Angaben, hier also der „Anzahl“ der konkreten Standorte, von welcher Art von Windenergieanlagen, die Betroffenheit der Güter Schutzgüter zu problematisieren sind entsprechend den Kriterien des UVGP. Daran fehlt es vollständig. Eine Auslassung stellt eine rechtswidrige Verletzung auch der eigenen Rechte der Einwender als Betroffene des Schutzgutes Mensch sowie als Eigentümer von Kultur- und Sachgütern dar. Die Einwender können damit unmittelbar eigene, verletzte Rechte geltend machen. Die Auslassung ist daher rechtswidrig, die beabsichtigte Planung daher unzulässig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.2 1	SO 02	IX. Eingriff in Natur Ausweislich der beabsichtigten Begründung soll es eine Biotopkartierung im Jahr 2012 gegeben haben, die dem betroffenen Bereich einschließlich eines 1000-m Umkreis erfasst. Es wird darauf hingewiesen, dass die dortigen Angaben rein tatsächlich unzutreffend sind. Eine Waldfläche im Pastorenmoor fehlt. Die Wallhecken in der beigelegten Karte fehlen. Obwohl dort erwähnt wird, dass Biotope je nach Ausprägung nicht überplant werden wollen, findet keinerlei Berücksichtigung der Biotope statt.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Die Biotopkartierung bezieht sich somit auf das entsprechende Verfahren. Für die Aufstellung des RROP Entwurf 2014 wurden eigene Untersuchungen durchgeführt.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.2 2	SO 02	Entsprechend den geltenden Regelungen zur planungsrechtlichen Steuerung von Windenergieanlagen zusammengefasst in dem so genannten NLT-Papier, „Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von Windkraftanlagen“, herausgegeben vom niedersächsischen Landkreistag, sind folgende Abstände pauschal zu den hier betroffenen Biotopen einzuhalten: (es folgt ein Auszug aus dem NLT-Papier)	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Bei den Abständen im NLT-Papier handelt es sich um Empfehlungen. Die vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien basieren auf rechtlichen Vorgaben sowie fachlichen Einschätzungen und Abstimmungen mit dem Naturschutzamt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118b	P118/B.2 3	SO 02	Gewässer 2. Ordnung sowie Überschwemmungsgebiete sind vollständig frei zu halten, darüber hinaus ist ein Kipphöhenabstand einzuhalten, um eine Überplanung auszuschließen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Bei der Erstellung des RROP Entwurfs 2014 wurden vom Landkreis eigene Kriterien aufgestellt, die allesamt eingehalten werden. Überschwemmungsgebiete und Fließgewässer 1. Ordnung sind dabei als weiche Tabuzonen gefasst, die einer Windkraftnutzung entgegenstehen. Fließgewässer 2. Ordnung müssen im Rahmen der weiteren Planungsebenen beachtet werden.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.2 4	SO 02	Zu Waldflächen ist auch nach der jüngsten Ergänzung des LROP 2012 weiterhin mindestens ein Abstand von 200 m einzuhalten.	Ein solcher Abstand ergibt sich aus dem LROP des Landes Niedersachsen nicht. Dieses empfiehlt lediglich einen Abstand von 100 Metern. Im RROP Entwurf 2014 wird dies, wie bereits im RROP 2012, als Ziel übernommen.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.2 5	SO 02	Offensichtlich ist den Erstellern selbst bekannt, dass die Biotopkartierung Defizite aufweist, da zumindest geschützte Pflanzen nicht aufgeführt wurden. Was war denn Gegenstand der Biotopkartierung. Die Untersuchung ist völlig unzureichend. Eine umfassende Stellungnahme kann daher nicht erfolgen, da die Defizite umfassend sind.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.2 6	SO 02	a) Da die Darstellung im Hinblick auf das Schutzzut Gut Fauna weitgehend wortidentisch ist mit der gleichzeitig ausliegenden beabsichtigten 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bederkesa wird umfassend auf das dort Vorgetragene verwiesen und dies auch hier zu eigen gemacht. Eine nach den gültigen Regelungen durchgeführte Kartierung der Fauna hat nicht stattgefunden. Die Angaben in der beabsichtigten Begründung sind zudem widersprüchlich, da auf Seite 12 angegeben wird, dass der Kranich als Brutpaar einen Abstand von 80 m zur nächstgelegenen Windenergieanlage toleriert, andererseits bei seinen Flugrouten Windenergieanlagen weiträumig meidet bzw. aufgrund seiner mangelnden Geschwindigkeit zum Schlagopfer wird. Selbstverständlich muss ein brütendes Kranichpaar zu den Nahrungshabitaten fliegen, befindet sich dann also auf den Zug- bzw. Flugwegen, die freizuhalten sind. Eine entsprechende Berücksichtigung hat nicht stattgefunden. Schon aus diesem Gesichtspunkt ist erkennbar, dass die Argumentation defizitär und widersprüchlich ist.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.2 7	SO 02	b) Das in Bezug genommene Gutachten, das von /für PNE Wind AG, Peter-Henlein-Straße 2-4, 27472 Cuxhaven (in welchem Bereich?) in den Jahren 2009 und 2010 durchgeführt wurde, genügt nicht, um eine UVS oder einen Umweltbericht für das hier betroffene Vorhaben abzugeben bzw. eine Grundlage dafür zu bilden. Zum einen sind die Daten veraltet, da die Untersuchungen mehr als 3 Jahre alt sind. Zum anderen haben sich in dieser Zeit aufgrund der Errichtung von Windenergieanlagen andernorts und der nach der bisherigen auch umgesetzten Planung der Samtgemeinde Bederkesa durchgeführten naturnahen Entwicklung zur Umsetzung touristischer Konzepte erhebliche Änderungen in der Zusammensetzung der auch bisher sehr artenreichen Fauna im betroffenen Bereich ergeben. Diese sind selbstverständlich unberücksichtigt geblieben.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118b	P118/B.2 8	SO 02	Gleichwohl ergibt sich bereits aus dem vorliegenden Gutachten, dass ein artenreiches Spektrum an streng geschützten Brut- und Rastvögeln die Fläche nutzen. Zur Zeit sind im erheblichen Umfang ziehende Gänse und Kraniche beinahe täglich zu beobachten. Erstaunlicherweise findet sich überhaupt kein Hinweis auf Gänse in dem vorliegenden Gutachten. In diesen Tagen sind sie zu hunderten in dem betroffenen Bereich anzutreffen bzw. überfliegen diesen auf ihren Zugrouten. Nach der Ahus-Konvention geschützte Zugvögel sind auch in ihren Zugkorridoren geschützt, dies ist übersehen worden.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt (inzwischen Stadt Geestland). - Die Potenzialfläche 012 nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms gehört nach den hier derzeit vorliegenden Daten überwiegend zu einem Vogelbrutgebiet mit allgemeiner Bedeutung; der nördliche Teil gehört zu einem Vogelbrutgebiet mit lokaler Bedeutung. - Die Potenzialfläche 012 nach dem Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms gehört nach den hier vorliegenden Daten überwiegend zu einem Gastvogellebensraum mit allgemeiner Bedeutung. - Seitens des Einwenders werden die schützenswerten Vogelarten nicht näher spezifiziert. Ohne weitere Angaben zu Art, Status, Ort, Datum und Uhrzeit kann die Einwendung nicht ausreichend geprüft werden.	Kenntnisnahme
P118b	P118/B.2 9	SO 02	Ausweislich des avifaunistischen Gutachtens, das in etwa 100 ha nebst einem Umfeld untersucht hat, ist der betroffene Bereich, so Seite 9, bereits aus dem Aspekt der Brutvögel als Gebiet mit lokaler Bedeutung anzusehen. Nach dem geltenden NLT-Papier ist daher eine Ausweisung als Windpark unzulässig. Da Rastvögel im weiten Umfang fehlen, hat eine Einstufung insoweit nicht stattgefunden. Bereits die geringen vorhandenen Daten sprechen jedoch gegen das beabsichtigte Vorhaben, sodass dies fallen zu lassen ist bzw. die Planung rechtswidrig ist.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt (inzwischen Stadt Geestland). - Das NLT-Papier hat empfehlenden Charakter; es ist nicht verbindlich. Im Kriterienkatalog des Landkreises Cuxhaven sind lediglich Vogelbrutgebiete mit nationaler Bedeutung sowie Gastvogellebensräume mit nationaler bzw. internationaler Bedeutung den weichen Tabuzonen zugeordnet. - Mit der Erstellung des Entwurfs des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen. Die Ermittlung der harten Tabuzonen stellen den Arbeitsschritt 1 dar, die Ermittlung der weichen Tabuzonen stellt den Arbeitsschritt 2 dar. Für die sich durch diese Arbeitsschritte ergebenden Potenzialflächen ergeben sich weitere Anforderungen an Vorranggebiete, die nicht von allen Potenzialflächen erfüllt werden können; in diesem sich anschließenden Arbeitsschritt 3 spielen auch naturschutzfachliche Anforderungen, die die jeweilige Fläche betreffen und nicht von den Tabuzonen abgedeckt wurden, eine Rolle.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
				So wurde zu allen Potenzialflächen, die als Vorranggebiet Windenergienutzung in Betracht kommen, auch die Bedeutung als Vogelbrutgebiet bzw. die Bedeutung als Gastvogellebensraum betrachtet. In diesem Arbeitsschritt fließen also auch die Informationen zu Vogelbrutgebieten mit landesweiter, regionaler bzw. lokaler Bedeutung ein; entsprechendes gilt für die Gastvogellebensräume.	
P118b	P118/B.3 0	SO 02	c) Fledermäuse Im Rahmen eines privat für die Firma PNW Wind AG im Frühjahr/Sommer 2010 in einem unbekannten Planungsraum durchgeführten Gutachten zur Fledermausbedeutung des dort untersuchten Raumes (7) der jedenfalls teilweise identisch mit dem hier betroffenen Bereich ist, hat sich ergeben, dass 9 streng geschützte Fledermausarten dort angetroffen wurden, die ein erhebliches Schlagopferisiko eingehen. Schon aus diesem Gesichtspunkt ist der betroffene Bereich offensichtlich nicht geeignet.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt (inzwischen Stadt Geestland). - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.3 1	SO 02	Das in Bezug genommene mögliche Monitoring ist unzulässig. Nach der ständigen Rechtsprechung sind streng geschützte Arten vor jeder Steigerung eines Tötungsrisikos zu schützen, vgl. BVerwG, Entscheidung vom 14.07.2011 zum AZ: 9 Å 12.10, so dass als Kompensation die Festsetzung eines Monitoring (welches?) für einen begrenzten Zeitraum weitere Schlagopfer in Kauf nimmt, was unzulässig ist, vgl. auch OVG Lüneburg, Entscheidung vom 18.04.2011 zum AZ: 12 ME 274/10. Es kommt dabei nicht darauf an, ob die Tiere durch die Anlagen selbst getötet werden oder durch von diesen erzeugten Luftverwirbelungen oder anderen Auswirkungen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.3 2	SO 02	d) Die Auswirkung auf jagdbares Wild ist nicht berücksichtigt worden. Schon aus den Auslassungen und den gering vorhandenen Zahlen ist jedoch erkennbar, dass das beabsichtigte Vorhaben unzulässig ist.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.3 3	SO 02	X. Fehlende Gutachten Ausweislich der ausliegenden Unterlagen sind im Hinblick auf zwei wesentliche Aspekte Gutachten, die von der PNW Wind AG in Auftrag gegeben wurden, übernommen worden. Aus zwei Hinweisen in der beabsichtigten Begründung ergibt sich des weiteren, dass ein städtebaulicher Vertrag abgeschlossen wurde; abgeschlossen werden soll (?), um mögliche Kompensationsmaßnahmen und/oder damit verbundene Kosten abzuwälzen. Es wird darauf hingewiesen, dass zwar im Rahmen eines vorhabenbezogenen Bebauungsplanes Investoren die Kosten für Planungsschritte übernehmen können, ein solcher liegt hier jedoch nicht vor. Des weiteren ist es unzulässig, durch einen städtebaulichen Vertrag an Stelle einer Festsetzung im Bebauungsplan bzw. zu dessen Ergänzung oder Feinsteuerung abzuschließen, vgl. OVG Lüneburg, Urteil vom 08.03.2012 12 LB 244/10. Darüber hinaus besteht insoweit der Verdacht der Korruption. Die beabsichtigte Planung ist daher bereits aus diesem Gesichtspunkt vollkommen unzulässig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.3 4	SO 02	XI. Landwirtschaft Konzentrationszonen für Windenergieanlagen sind nicht gleichzeitig rechtlich für die Landwirtschaft verwendbar, vgl. OLG Celle, Entscheidung vom 14.11.1011, 7 W 58/11. Ausweislich der Entscheidung des BGH Beschluss vom 24.04.2009 - BLw 21/ 08; zuvor OLG Oldenburg (Lexetius.com/2009,1199), hebt die Nutzung von Flächen als Windpark rechtlich die landwirtschaftliche Nutzung auf. Die landwirtschaftliche Nutzung wird daher rechtlich für den gesamten Bereich der Flächen aufgehoben. Im konkreten Fall hat dieser Gesichtspunkt bisher keine Rolle in der Abwägung bzw. im Verfahren gespielt. Da die Flächen hier für die Landwirtschaft durch höherrangige Festsetzungen vorgesehen sind, ist aus diesem Gesichtspunkt die beabsichtigte Planung unzulässig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118b	P118/B.3 5	SO 02	Im übrigen wird eine Pufferzone von 60 m um die beabsichtigten Flächen herum nicht für die Landwirtschaft festgesetzt, so dass mehrere ha Land der landwirtschaftlichen Nutzung planungsrechtlich entzogen werden, ohne dass es dafür eine Kompensationsmaßnahme gibt.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.3 6	SO 02	Zum zweiten benötigt der erhebliche Eingriff in das Landschaftsbild, der bereits aus sich heraus erkennbar ist und der noch unbekannt große Eingriff in die Natur, die Avifauna und die Umwelt erhebliche Mengen an Ausgleichsflächen, da der Eingriff nur vermieden werden kann, wenn er nicht stattfindet. Aus naturschutzrechtlichen Gesichtspunkten ist die Errichtung von Windenergieanlagen in dem Bereich offensichtlich unzulässig. Sollte sie dennoch planungsrechtlich festgesetzt werden, stellt dies einen Verstoß gegen naturschutzrechtliche Bestimmungen dar, ist planungsrechtlich aber bereits aus anderen Gesichtspunkten auszugleichen. Sofern dies erfolgt, sind neben den Ausgleichsflächen für die Versiegelung, die Anlage verschiedener Straßen und Zuwegungen, die Tiefgründung, die aufgrund des Untergrunds erforderlich ist und den Eingriff in das Landschaftsbild mindestens etwa 54 ha Fläche der landwirtschaftlichen Nutzung zu entziehen. Da rechtlich zudem der gesamte Windpark, also weitere 106 ha der landwirtschaftlichen Nutzung entzogen werden, stellt dies einen erheblichen Eingriff in die sehr knappe Ressource der landwirtschaftlich nutzbaren Flächen im Landkreis Cuxhaven dar. Ausweislich der Mitteilungen der Landwirtschaftskammer und zwischenzeitlich auch des Ministerpräsidenten des Landes Niedersachsen, so NWZ vom 27.07.2012, ist eine weitere Verknappung landwirtschaftlicher Flächen nicht im Sinne der Landesstrategie und baurechtlich nicht vorgesehen. Es wird zudem darauf verwiesen, dass mit dem Eingriff in die Landwirtschaft auch alle darauf rechtlich bezogenen Regelungen, z. B. im Hinblick auf die Jagd, die Flächenprämien, das Höferecht, das Erbrecht, die steuerliche Begünstigung, den qualifizierten Flächennachweis etc. entfallen. Schon vor diesem Hintergrund ist eine Abwägung mit den Eingriffen in die Landwirtschaft von erheblicher Bedeutung.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.3 7	SO 02	XII. Kompensationsflächen Angaben zu notwendigen Kompensationsflächen fehlen im Detail. Auf Seite 18 der beabsichtigten Begründung werden Kompensationsmöglichkeiten dargestellt, wobei keine eindeutige Festlegung stattfindet. Die Begründung bezieht sich auf zwei Bebauungspläne, die Ortsangabe ist zeichnerisch nicht festgelegt. Eine Auseinandersetzung kann daher nicht erfolgen. Es wird darauf hingewiesen, dass ohne detaillierte Angabe der Kompensationsflächen der Größe und der dort vorzunehmenden Kompensationen der beabsichtigte Bebauungsplan unzulässig und rechtswidrig ist.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118b	P118/B.3 8	SO 02	XIII. ZUSAMMENFASSUNG: Der beabsichtigte Bebauungsplan Nr. 12 Windpark Bederkesa-Alfstedt ist als undeklariertes Vorhabenbezogener Bebauungsplan rechtswidrig. Die im Zuge der frühzeitigen Öffentlichkeitsbeteiligung dargelegten Unterlagen sind im weiten Umfang identisch mit den gleichzeitig ausliegenden Unterlagen zur beabsichtigten 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bederkesa, so dass auf die dort gemachten Einwendungen im vollen Umfang Bezug genommen wird. Die ausliegenden Karten sind unzutreffend, möglicherweise veraltet, in jedem Fall falsch. Die Relation zu den umgesetzten touristischen Konzepten der Samtgemeinde Bederkesa wie der Gemeinde Kührstedt sind nicht erwähnt. Die bestehende touristische Infrastruktur und die beabsichtigten bzw. planungsrechtlich bereits festgesetzten Wohngebiete sowie die Einrichtung zur naturnahen Erholung werden weder erwähnt noch in ihrer Relation zu dem hier beabsichtigten Vorhaben genannt. Die sich im Rahmen des Ratsbeschlusses aus dem Jahr 2004 ergebende Konfliktlage wird durch das beabsichtigte Vorhaben noch gesteigert, da wesentlich größere Windenergieanlagen geplant sind, ohne dass dafür Kriterien genannt werden. Es fehlt an Festsetzungen, so dass eine Auseinandersetzung nicht möglich ist. Bereits aus avifaunistischen Gesichtspunkten und zum Schutz der Fledermäuse ist in der sehr wertvollen Landschaft die Errichtung eines Windparks ausgeschlossen. Die Belange der Anwohner, der Naherholungssuchenden und der dort arbeitenden Bevölkerung wie der Landwirte sind nicht berücksichtigt worden. Da zudem formal die Auslegungsfrist nicht eingehalten wurde, ist das beabsichtigte Vorhaben aufzugeben oder zumindest mit ausreichender Datengrundlage erneut auszulegen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118c	P118/C.0 1-03	SO 02	Siehe Stellungnahme P118.B01-03	Siehe Stellungnahme P118.B01-03	Siehe Stellungnahme P118.B01-03

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118c	P118/C.0 4	SO 02	Hier fehlt es offensichtlich an jedem Verständnis für das Verfahren. Ausdrücklich, so Seite 3 der beabsichtigten Begründung fehlt es an jeder eigenständigen Abwägung. Dies drückt sich auch darin aus, dass die beabsichtigte Begründung weitestgehend identisch ist im Sinne von wortidentisch mit der gleichzeitig ausliegenden frühzeitigen Bürgerbeteiligung zum beabsichtigten B-Plan Nr. 12 der Gemeinde Kürstedt. Da keine eigene Erwägung und Planung stattfindet, ist das Verfahren verkannt worden, so dass von vorne herein es unzulässig ist. Dies wird auch deutlich darin, dass bezüglich des Schutzbereichs Wasser in der beabsichtigten Begründung ein Textbaustein genannt wird, der offensichtlich nichts mit der Realität zu tun hat, da die dort gemeinten Bereiche nicht abgedeckt sind. Gleiches ergibt sich auf Seite 4 im Hinblick auf die Argumentation bezüglich Schall. In ein noch zu erstellendes Schallpegelprognosegutachten sollen alle vorhandenen und geplanten WEA eingebracht werden. Im betroffenen Bereich sind im weiten Umkreis keine WEA vorhanden!	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118c	P118/C.0 5	SO 02	Die Festsetzung auf Seite 3 der beabsichtigten Begründung, in Drangstedt würden keine WEA errichtet, entbehrt jeder Rechtsgrundlage. Die Festsetzungen können sich grundsätzlich nur innerhalb des beabsichtigten Plangebietes und in jedem Fall nur innerhalb des eigenen Gemeindegebietes befinden, also innerhalb des Flecken Bederkesa. Festsetzungen für eine andere Gemeinde können nicht getroffen werden. Im konkreten Fall ist die Darstellung auf Seite 3 der beabsichtigten Begründung auch offensichtlich unzutreffend, da in der gleichzeitig ausliegenden beabsichtigten 48. Änderung des flächennutzungsplanes eine Fläche in Drangstedt für die Errichtung von Windenergieanlagen vorgesehen ist, so dass demnach über eine planungsrechtliche Zulässigkeit für die Errichtung von Windenergieanlagen besteht.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118c	P118/C.0 6	SO 02	Es wird zudem völlig verkannt, dass Festsetzungen nur innerhalb des beabsichtigten Plangebietes erfolgen können, nicht außerhalb. Die überlappende Festsetzung Landwirtschaft und Windpark betrifft allerdings nur den Bereich innerhalb des Bebauungsplanes. Gleichwohl sollen jeweils 60 m außerhalb des beabsichtigten B-Plangebietes zusätzlich als Rotorüberstreiffläche festgesetzt werden. Dies ist offensichtlich rechtswidrig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz. Im Übrigen legt der RROP Entwurf 2014 fest, dass auch die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes sein müssen; die Rechtsprechung wird somit eingehalten.	Nicht zu berücksichtigen
P118c	P118/C.0 7	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.04	Siehe Stellungnahme P118/B.04	Siehe Stellungnahme P118/B.04
P118c	P118/C.0 8-10	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.05-07	Siehe Stellungnahme P118/B.05-07	Siehe Stellungnahme P118/B.05-07
P118c	P118/C.1 1	SO 02	III. Fehlende inhaltliche Festsetzung Ausweislich der beabsichtigten Begründung handelt es sich bei den Festsetzungen des beabsichtigten B-Plans um eine detailliertere Regelung zur Steuerung der Errichtung von Windenergieanlagen gegenüber der beabsichtigten 48. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bederkesa. Allerdings fehlt es an einer entsprechenden detaillierten Regelung. Art und Maß der baulichen Nutzung werden weder zeichnerisch noch textlich in irgendeiner Form festgesetzt oder in die Abwägung einbezogen. Es fehlt offensichtlich überhaupt an einer eigenen planerischen Entscheidung der Gemeinde Flecken Bad Bederkesa.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118c	P118/C.1 2-14	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.09-11	Siehe Stellungnahme P118/B.09-11	Siehe Stellungnahme P118/B.09-11
P118c	P118/C.1 5	SO 02	V. Fehlende Unterlagen Es fehlt an jeglichen Unterlagen, die sich mit den konkreten Auswirkungen der hier beabsichtigten Planung auseinandersetzen. Sowohl die Auswirkungen im Hinblick auf Immissionen, Landschaftsbildbeeinträchtigung, die Avifauna, die FFH-würdigen Pflanzen- und Bodenbestandteile beziehen sich nicht auf das konkrete Vorhaben. Sie sind auch nicht im Auftrage der Gemeinde Flecken Bederkesa erstellt worden. Sie entsprechen nicht den Vorgaben des NLT-Papieres und rühren nicht auf wie auch immer gearteten Abwägungen oder Entscheidungen der Gemeinde. Sie sind vollkommen unabhängig von ihr erstellt worden.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118c	P118/C.1 6	SO 02	<p>VI. Immissionen und Emissionen von Windenergieanlagen</p> <p>Das beabsichtigte Vorhaben setzt zwischen 6 und 14 Windenergieanlagen bis zu 200 m Gesamthöhe voraus. Es ist allgemein bekannt, dass Windenergieanlagen im großen Umfang Lärm emittieren und rotierenden Schlagschatten verursachen. Darüber hinaus ist die ab einer Gesamthöhe von 100 m aus Flugsicherheitsgründen erforderliche Tages- und Nachtkennzeichnung als optische Beeinträchtigung offensichtlich. Daneben stellt die kontinuierliche Bewegung der Rotorblätter einen erheblichen Eingriff in das Landschaftsbild dar, der sich auch auf Kultur- und Sachgüter sowie den Menschen auswirkt. An einer Abwägung dieser wesentlichen Konflikte fehlt es völlig, es fehlt sogar an jeglichen Angaben insoweit. Im Hinblick auf den Schall wird nicht einmal das Konfliktpotential erkannt. Es wird lediglich mitgeteilt, dass eine Schallprognose erstellt werden soll, allerdings findet keine Abwägung im Hinblick auf eine vorsorgende Planung statt. Vielmehr lässt die beabsichtigte Begründung erkennen, dass das Konfliktpotential unbeachtet bleiben soll, da darauf hingewiesen wird, dass Windenergieanlagen auch schallreduziert betrieben werden können und eine Schattenabschlagautomatik Stand der Technik ist, so dass eine Abwägung entbehrlich ist. Dies ist offensichtlich unzutreffend. Planerisch ist eine Festsetzung zu finden bzw. das Konfliktpotential zu lösen, da sowohl die Festsetzung eines Windparks erforderlich macht, dass die dort errichteten Windenergieanlagen kontinuierlich ihre Nennleistung erbringen können, also ohne Reduzierungen in irgendwelcher Art laufen können, während andererseits die Wohn- und Arbeitsbevölkerung sowie die touristische Entwicklung nicht gefährdet werden darf. Vor diesem Hintergrund ist eine Planung mit einem schallreduzierten Betrieb offensichtlich unzulässig. Er verstößt gegen das Abwägungsgebot gem. § 1ff. BauGB.</p> <p>Am Beispieldes Hofes Biberhorst wird drauf hingewiesen, dass es dort zu einer unzulässigen Situation aus akustischen und optischen Gründen kommen wird und zudem Infraschall im gesundheitsschädigenden Maße auftreten wird.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Gemeinde Kührstedt. Im Rahmen des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 werden keine Einzelanlagen festgesetzt, sondern Vorranggebiete. Hierzu wurden Kriterien aufgestellt, die sicherstellen, dass diese Gebiete ausreichende Schutzabstände aufweisen. Die Auswirkungen einzelner Anlagen in Bezug auf Schattenschlag und Immissionen werden nicht auf der Ebene der Regionalplanung behandelt, sondern im Rahmen des BImSchG-Genehmigungsverfahrens.	Nicht zu berücksichtigen
P118c	P118/C.1 7	SO 02	<p>VII. Größe</p> <p>Hier sind zwei Teilflächen geplant, die zusammen 41,1 ha groß sein sollen. Sie haben keinen Zusammenhang und sind auch nicht nur durch eine Straße oder ähnliches getrennt. Sie wirken optisch wie zwei getrennte Windparks. Sie unterschreiten je einzeln die Mindestvorgabe für die Errichtung eines Windparks von 30 ha im Land Niedersachsen. Da ihr Abstand untereinander ausreicht, um optisch zwei Windparks entstehen zu lassen, sind sie unzulässig. Der Abstand unterschreitet den zum Schutz des Landschaftsbildes erforderlichen Abstand von 5 km und auch den im bisher nicht wirksamen RROP des Landkreises Cuxhaven festgesetzten Abstand. Da zudem die Mindestgröße nicht erreicht wird, ist die Planung offensichtlich unzulässig. In diesem Zusammenhang muss darauf hingewiesen werden, dass Anlagen der hier geplanten Größe je einzeln 12 — 17 ha Fläche erfordern, so dass erkennbar ist, dass auch je einzeln ein Windpark nicht errichtet werden kann. Die Festsetzung von 6 Standorten ist bereits aus diesem Gesichtspunkt unmöglich.</p>	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz. Es wird jedoch darauf hingewiesen, dass es keine Mindestvorgabe von 30 ha seitens des Landes Niedersachsen gibt. Auch bei der angesprochenen Abstandsregelung handelt es sich lediglich um eine Empfehlung, der Landkreis Cuxhaven kann in seiner Festlegung von dieser abweichen.	Nicht zu berücksichtigen
P118c	P118/C.1 8-23	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.13-18	Siehe Stellungnahme P118/B.13-18	Siehe Stellungnahme P118/B.13-18
P118c	P118/C.2 4	SO 02	Es soll eine Freileitung existieren, die nicht existiert, da es sich um ein Erdkabel handelt.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118c	P118/C.2 5-40	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.19-34	Siehe Stellungnahme P118/B.19-34	Siehe Stellungnahme P118/B.19-34
P118c	P118/C.4 1	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.36	Siehe Stellungnahme P118/B.36	Siehe Stellungnahme P118/B.36
P118c	P118/C.4 2	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.35	Siehe Stellungnahme P118/B.35	Siehe Stellungnahme P118/B.35
P118c	P118/C.4 3-44	SO 02	Siehe Stellungnahme P118/B.37-38	Siehe Stellungnahme P118/B.37-38	Siehe Stellungnahme P118/B.37-38
P118d	P118/D.0 1	SO 02	Ausweislich der ausliegenden Unterlagen ist Anlass der 84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bad Bederkesa das RROP des Landkreises Cuxhaven aus dem Jahr 2012. Dieses ist allerdings nicht wirksam, da es zurzeit u. a. beim OVG Lüneburg, Az. 12 KN 244/12 angegriffen wurde.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118d	P118/D.0 2	SO 02	Es soll sich um eine Teilfortschreibung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bederkesa handeln, damit Verzögerungen beim Ausbau der Windenergie vermieden werden. Dies ist rechtlich, wie tatsächlich nicht verständlich, da es sich gleichzeitig nur um die frühzeitige Bürgerbeteiligung handelt, wesentliche Aspekte also nicht ausliegen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.0 3	SO 02	Es wird darauf hingewiesen, dass ein weiterer Ausbau der Windenergie durch Bereitstellung weiterer Flächen gegen die höherrangigen Vorgaben und gegen gesetzliche Bestimmungen verstößt. Ein flächenintensiver Ausbau von Windenergie ist im Land Niedersachsen nicht erwünscht. Bisher ungenutzten Freiflächen sollen nach dem LROP 2008 bzw. der Fortschreibung gerade auch im Hinblick auf den Energiebericht des Jahres 2012 nicht stattfinden.	Bei der Energiewende handelt es sich um ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Vorhaben. Ein Ausbau der Windenergie ist sowohl vom Bund, als auch vom Land Niedersachsen sehr wohl gewünscht. Eine Nutzung von bisherigen Freiflächen für Windkraftanlagen wird durch das LROP nicht ausgeschlossen. Bei der Erarbeitung des RROP 2014 wurden alle Gesetze und gerichtlichen Vorgaben sowie die aktuelle Rechtsprechung beachtet.	Kenntnisnahme
P118d	P118/D.0 4	SO 02	Aus diesem Missverständnis heraus ist offensichtlich der grundsätzlich fehlerhafte Ansatz des Verfahrens zu verstehen. Zwar liegt eine als Begründung bezeichnete Unterlage nebst einer Planzeichnung aus, allerdings enthält diese weder die erforderlichen Gutachten, noch einen Umweltbericht, noch tatsächlich konkrete Angaben. Dies ist insbesondere im Bereich der vermeintlichen Umweltprüfung sehr deutlich, in der gerade nicht die Karten mit einer standortbezogenen Darstellung der einzelnen Brutreviere vorhanden sind.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.0 5	SO 02	Auch wird auf ein vermeintliches Parallelverfahren verwiesen, allerdings ist dies bei einer frühzeitigen Bürgerbeteiligung gerade nicht möglich, zumal entscheidende Kriterien und Auswirkungen der beabsichtigten Planung nicht ausliegen. Da es weder Angaben zu den beabsichtigten Immissionen, noch zur Darstellung von möglichen Eingriffen, samt Kompensationen gibt, ist eine Stellungnahme dazu nicht möglich. Die öffentliche Auslegung ist daher zu wiederholen, damit eine Beteiligung der Öffentlichkeit auch tatsächlich erfolgen kann. Ist der Umweltbericht nun ein Umweltbericht oder was sonst?	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.0 6	SO 02	1. Verstoß gegen höherrangiges Recht Ausweislich der eigenen Begründung ist die Fläche bisher vollkommen unbelastet. Es gibt keine Bebauung. Es ist ein landwirtschaftlich genutzter Bereich mit mehreren Waldflächen, sowie strukturierter Landschaft, lediglich nördlich befindet sich die Landesstraße L 120.	Die ausgewiesene Fläche des Vorranggebietes SO 02 entspricht den vom Landkreis aufgestellten Kriterien. Die angesprochenen Aspekte stehen einer Nutzung der Fläche für Windkraftnutzung nicht im Wege.	Kenntnisnahme
P118d	P118/D.0 7	SO 02	1. Landes raumordnungsprogramm Ausweislich des LROP 2008, was in der Form der Fortschreibung vom 24. September 2012 erneut bestätigt wurde, sind Freiflächen frei zu halten. Bezüglich der Entwicklung der räumlichen Struktur des Landes ist festgelegt, dass eine „... nachhaltige räumliche Entwicklung die Voraussetzung für umweltgerechten Wohlstand...“ darstellt. Dabei sollen die Funktionsfähigkeit der Raum- und Siedlungsstruktur sowie der Infrastruktur gesichert und durch Vernetzung verbessert werden und die Raumansprüche bedarfsorientiert, funktionsgerecht, Kosten sparend und umweltverträglich befriedigt werden, was bedeutet, dass die natürlichen Lebensgrundlagen gesichert und die Umweltbedingungen verbessert werden, belastende Auswirkungen auf die Lebensbedingungen von Menschen, Tieren und Pflanzen vermieden oder vermindert werden sollen, was auch bedeutet, dass die Produktions- und Arbeitsbedingungen in der Land- und Forstwirtschaft zu verbessern sind und die Umwelt, die ökologische Vielfalt, die Schönheit und der Erholungswert der Landschaft zu erhalten und zu verbessern sind, so unter 1.1 des LROP 2008.	Bei den zitierten Aussagen des LROP handelt es sich nicht um Ziele, sondern um Grundsätze, die lediglich beachtet werden müssen. Bei der Erstellung des RROP 2014 wurden diese Grundsätze umfassend beachtet. Das Ziel des Landkreises ist es ja gerade mit dem RROP einen sogenannten Wildwuchs von Windkraftanlagen und somit einer überdimensionierten Inanspruchnahme von Freiflächen zu verhindern. Für die Ermittlung der Vorranggebiete wurden Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an sozial- und umweltverträglichen Standorten entstehen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118d	P118/D.08	SO 02	Des Weiteren ist verbindlich festgelegt unter 3.1, die Entwicklung eines landesweiten Freiraumverbundes und seiner Funktionen. 3.1.1 definiert, die nicht durch Siedlungs- und Verkehrsflächen in Anspruch genommenen Flächen als Freiräume. Freiräume sollen zur Erfüllung ihrer vielfältigen Funktionen insbesondere bei der Sicherung der natürlichen Lebensgrundlagen dem Erhalt der Kulturlandschaft und der landwirtschaftsgebundenen Erholung (!) sowie der Land- und Forstwirtschaft erhalten werden. 3.1.1.012 sieht verpflichtend vor, dass die Freiräume zu einem landesweiten Freiraumverbund weiterzuentwickeln sind, die Funktionsvielfalt des Freiraumverbundes ist zu sichern und zu entwickeln!	Mit der Erstellung des Entwurfs des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen. Die Ermittlung der harten Tabuzonen stellen den Arbeitsschritt 1 dar, die Ermittlung der weichen Tabuzonen stellt den Arbeitsschritt 2 dar. Für die sich durch diese Arbeitsschritte ergebenden Potenzialflächen ergeben sich weitere Anforderungen an Vorranggebiete, die nicht von allen Potenzialflächen erfüllt werden können; in diesem sich anschließenden Arbeitsschritt 3 spielen auch naturschutzfachliche Anforderungen, die die jeweilige Fläche betreffen und nicht von den Tabuzonen abgedeckt wurden, eine Rolle. Im Hinblick auf das Thema Freiraumverbund/Biotopverbund gibt es jedoch noch keine detaillierte Planung für das gesamte Kreisgebiet (... lediglich grobe Aussagen in der Textkarte 4-2 des Landschaftsrahmenplans 2000).	Kenntnisnahme
P118d	P118/D.09	SO 02	Darüber hinaus ist gern. 3.1.2 festgestellt, dass für den Naturhaushalt, die Tier- und Pflanzenwelt und das Landschaftsbild wertvolle Gebiete, Landschaftsbestandteile und Lebensräume zu erhalten und zu entwickeln sind, dies gilt insbesondere zur nachhaltigen Sicherung von heimischen Tier- und Pflanzenarten und deren Population, deren Lebensräume und Lebensgemeinschaften ggf. wiederherzustellen und zu entwickeln sind. Dabei sind bei raumbedeutsamen Planungen und Maßnahmen die Schutzerfordernisse der Gebiete mit international, national oder landesweit bedeutsamen Biotopen, Gebiete mit Vorkommen international, national und landesweit bedeutsamer Arten und mit landesweiter Bedeutung für den Moorschutz zu beachten. Entsprechend sind Naturschutzgebiete, Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für Natur und Landschaft oder Vorrang- und Vorbehaltsgebiete für die Pflege und Entwicklung dieser Räume auszusparen sowie ausreichende Puffer zu NATURA-2000 Gebieten zu bewahren, so 3.1.3.	Wie bereits ausgeführt, wurden für die Ermittlung von Vorranggebieten Kriterien aufgestellt, die Sorge tragen, dass Windenergieanlagen nur an umweltverträglichen Standorten stehen. Dies bedeutet, dass wertvolle Lebensräume sowie Puffer zu diesen bereits durch die Kriterien ausgeschlossen werden. Alle angesprochenen Gebiete sind in das planerische Konzept des Landkreises eingeflossen.	Kenntnisnahme
P118d	P118/D.10	SO 02	Im Hinblick auf Wald ist auch im neuen LROP 2012 unter Abschnitt 4.2 Nr. 4 ausdrücklich ergänzt worden „Wald soll wegen seiner vielfältigen Funktion, insbesondere wegen seiner klima- und ökologischen Bedeutung nicht für die Nutzung von Windenergie in Anspruch genommen werden“. Sollen Flächen zwischen Waldflächen in Anspruch genommen werden, gelten strenge Maßstäbe, die hier nicht einmal ansatzweise erwähnt werden. Schon vor diesem Hintergrund ist die Gesamtfläche ungeeignet. Auch aus den stark verkürzten Darstellungen auf Seite 11 ff. der Begründung ergibt sich, dass hier die Wechselbeziehung zwischen Wald und Halboffenland bzw. Offenland zu einer hohen ökologischen Wertigkeit führt und insbesondere auch in Hinblick auf das Landschaftsbild es sich um einen wertvollen Bereich handelt. Die Argumentation dazu wird im einzelnen unten vertieft.	Den Vorgaben des LROP wird seitens des Landkreises gefolgt. Als weiches Kriterium wurde Wald über 1 ha sowie ein Schutzpuffer von 100m zu diesem festgelegt. Somit wird Wald sowie Waldränder von einer Nutzung für Windkraft ausgeschlossen. Inwieweit Wälder unter 1 ha innerhalb eines Vorranggebietes betroffen sind, wird im Rahmen der Bauleitplanung behandelt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118d	P118/D.1 1	SO 02	<p>2. NLT-Papier</p> <p>Vor diesem Hintergrund sind die auf Seite 8 zitierten Vorgaben, wo bei Anlagen über 100 m zu Wohngebieten 1000 m Abstand einzuhalten ist und zu Einzelhäusern 500 m, wobei 2 km Abstand zu einem weiteren Windpark ausreicht, obwohl selbst das regionale Raumordnungsprogramm des Landkreis Cuxhaven 3 km im Bereich Bederkesa und sonst 4 km vorsieht, vollkommen rechtswidrig und auch abwegig. Es wird darauf hingewiesen, dass bei 200 m hohen Anlagen schon aus optischen Gesichtspunkten ein Mindestabstand von 600 m zu jedem Einzelhaus einzuhalten ist, wobei aus planerischen Gesichtspunkten von einem Mindestabstand der 4-fachen Gesamthöhe, also 800 m auszugehen ist, vgl. OVG Lüneburg als verbindlich betrachtet worden vgl. zusammenfassend BVerwG Urteil v. 21.20.2004 4 C 2. 04, DVBL 2005, 379 ff.. Zwar wird an einer Stelle das sogenannte NLT-Papier, „Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von Windkraftanlagen“, herausgegeben vom niedersächsischen Landkreistag, Seite 5 erwähnt, allerdings nicht, um die planerische Steuerung von Windenergieanlagen nach einheitlichen Kriterien im gesamten Land durchführen zulassen. Auf diese Kriterien ist die beabsichtigte Planung nur ausschnittsweise eingegangen. Da das angegriffene RROP des Landkreises Cuxhaven dem LROP 2012 des Landes Niedersachsen offensichtlich widerspricht, ist das höherrangige Recht gültig und zu beachten. Im Hinblick auf das NLT-Papier hätte zumindest eine Erwähnung und eine Auseinandersetzung mit den dortigen Kriterien stattfinden müssen, was völlig unterblieben ist. Schon aus diesem Gesichtspunkt ist die beabsichtigte Planung so unzulässig.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa.</p> <p>In Bezug auf Abstände zur Wohnbebauung hat der Landkreis Kriterien auf Basis von rechtlichen Vorgaben, aktueller Rechtsprechung sowie fachlichen Einschätzungen aufgestellt.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.1 2	SO 02	<p>II. Fehlende planungsrechtliche Erwägungen</p> <p>Entsprechend den gültigen Vorgaben ist nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgericht die Ausweisung eines Sondergebietes Windenergie mit gleichzeitiger Ausschlusswirkung des gesamten restlichen Samtgemeindegebietes von der Errichtung solcher Anlagen nur möglich, wenn das gesamte Samtgemeindegebiet nach gleichmäßigen Kriterien durchforstet wird, die aufgrund eines schlüssigen Gesamtkonzeptes aufgestellt wurden, das auf das gesamte Samtgemeindegebiet nach einheitlichen Kriterien unter Beachtung der geltenden Rechtsordnung und des höherrangigen Planungsrechts unter Abwägung aller Belange angewendet wird. Bei der Planung von Standorten für Windenergieanlagen sind die gültigen Verwaltungsvorgaben in Niedersachsen zu beachten, die zusammengefasst im so genannten NLT-Papier, „Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von Windkraftanlagen“, herausgegeben vom niedersächsischen Landkreistag dargestellt werden. Dabei sind insbesondere die Abstandsvorgaben zum Natur- und Landschaftsbildschutz zu beachten, vgl. auch 5. 12 des NLT Papiers. Die dort genannten Abstandsvorgaben sind in der ständigen Rechtsprechung, insbesondere auch des OVG Lüneburg als verbindlich betrachtet worden vgl. zusammenfassend BVerwG Urteil v. 21.20.2004 4 C 2. 04, DVBL 2005, 379 ff. Die Rechtslage und auch die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts ist offensichtlich verkannt worden, die gerade nicht eine grundsätzliche Förderung der Windenergie verlangt und schon gar nicht, dass diese anderen Aspekten vorgeht.</p> <p>Daran fehlt es hier vollständig. Es wird auch übersehen, dass ein RROP keine ausreichende Grundlage dafür bietet, nur eine Fläche zu betrachten. Im Gegenteil ist eine detaillierte Überprüfung insbesondere hier notwendig, weil im RROP derartige Untersuchungen fehlten, vgl. Gerichtsentscheidung des niedersächsischen OVG, zuletzt Urteil vom 08.05.2012, 12 L3 265/10.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa.</p> <p>Der Landkreis Cuxhaven hat bei der Aufstellung des RROP 2014 die Vorgaben für die Erarbeitung eines schlüssigen Gesamtkonzeptes beachtet.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.1 3	SO 02	<p>Zudem ist auf Seite 7 der Begründung eine Fläche im Gebiet Drangstedt bezeichnet, die nicht in der Planzeichnung vorkommt. Sollte sie auch ausgewiesen werden? Welchen Zusammenhang hat sie mit der 84. Änderung des Flächennutzungsplanes, da die Begründung in keiner Form auf sie eingeht?</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.1 4	SO 02	<p>Es ist nicht erkennbar, woher die Festlegung stammt, dass 185 m Gesamthöhe für einen Teilbereich in Bederkesa und Drangstedt gelten, während 200 m Gesamthöhe für Kührstedt und Alfstedt gilt? Eine Darlegung der gefundenen Kriterien oder eine Abgrenzung findet nicht statt.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.1 5	SO 02	<p>Auch die Argumentation hinsichtlich der möglichen Anzahl der Anlagen und ihrer Auswirkungen ist ohne jeden Rechtsgrund. Anlagen der hier vorgesehenen Größenordnung benötigen zwischen 12 und 17 ha Flächen. Bei 106 ha zur Verfügung stehender Fläche sind 14 Anlagen damit in keinem Fall zu realisieren. 3 MW Anlagen hingegen benötigen keine Gesamthöhe über 100 m, da auch solche mitunter 100 m Gesamthöhe existieren. Andererseits existieren Anlagen bis zu 7,5 MW Leistung bei einer Größe von etwa 150 m. Es fehlt daher an einem erforderlichen schlüssigem Konzept in der beabsichtigten Planung, die so unzulässig ist.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118d	P118/D.1 6	SO 02	III. Verstoß gegen europäische Regelungen Der Bereich ist vollständig unbelastet. Er fällt unter den Schutz der EURL (Ruhiges Gebiet) . Die beabsichtigte Fläche liegt im Einzugsbereich von zwei Natura 2000 bzw. FFH-Flächen nördlich von Bederkesa und nördlich von Eimlohe. Es bestehen Wechselbeziehungen zwischen den hier betroffenen Waldflächen und den dortigen FFH-Flächen und ihrem Schutz. Sie werden nicht einmal erwähnt! Da wegen der bestehenden weiteren Windenergieparks im betroffenen Bereich die bisherigen Wechselbeziehungen verändert wurden, hätte eine Berücksichtigung stattfinden müssen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Alle für die regionale Ebene relevanten naturschutzfachlichen Belange wurden bei der Aufstellung des RROP Entwurfs 2014 beachtet.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.1 7	SO 02	Obwohl angegeben wurde, dass eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht erforderlich sind, fehlt es daran vollständig. Zum Teil handelt es sich zudem um avifaunistische wertvolle Bereiche von nationaler Bedeutung. Eine Abwägung mit der Betroffenheit hat nicht stattgefunden. Ein entsprechendes Abweichungsverfahren gemäß Artikel 6 der FFH-Richtlinien hat nicht stattgefunden. Die beabsichtigte Ausweisung ist daher unzulässig, da das so genannte NLT—Papier bereits Pauschal einen Mindestabstand der 10- fachen Gesamthöhe, hier also wenigstens 2.000 m für erforderlich hält, daran fehlt es. Die Fläche würde dann entfallen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Für den RROP Entwurf 2014 wurde ein Umweltbericht erstellt und alle im Rahmen des einheitlichen Planungskonzeptes aufgestellten Kriterien eingehalten.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.1 8	SO 02	IV. Verstoß gegen gesetzliche Vorschriften Zwar wird erkannt, dass eine Umweltprüfung und ein Umweltbericht erforderlich ist. Darin fehlt es jedoch bzw. er verweist auf Daten, die nicht vorgelegt werden, sodass eine Stellungnahme nicht erfolgen kann. Obwohl unter 3.4 vorgesehen ist, dass naturschutzfachliche Planungen und Vorgaben im Rahmen des Umweltberichtes erfolgen, fehlt es an solchen vollständig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.1 9	SO 02	Die Vorgaben der so genannten Umweltverträglichkeitsprüfungsrichtlinie sind nicht einmal erwähnt worden. Insoweit darf auf die Angaben im bereits genannten NLT-Papier verwiesen werden. Die Auslassung stellt als solche einen derart gravierenden Verstoß gegen höherrangiges Recht dar, dass eine Unzulässigkeit der bisherigen beabsichtigten Planung offenkundig ist.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.2 0	SO 02	V. Verstoß gegen die bisherige Planung der Samtgemeinde Die bisherige Ausrichtung der Samtgemeinde sieht eine derart intensive Nutzung von Windenergieanlagen nicht vor. Ausweislich der allgemeinen Darstellungen sollen 5 Windparks im Bereich der Samtgemeinde errichtet werden, wobei die beiden vorhandenen Windparks in Ringstedt und Flögeln als Vorbelastung angesehen werden, die weitere Windparks gestatten. Dies widerspricht sowohl den gesetzlichen Vorgaben, als auch der bisherigen Planung der Samtgemeinde. Gerade um eine landschaftliche Vorbelastung zu vermeiden gilt weiterhin in Niedersachsen das so genannte 5 km-Gebot, d.h. ein Mindestabstand von 5 km zwischen zwei Windparks ist einzuhalten. Vor diesem Hintergrund müsste die Fläche entfallen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Es gibt keine gesetzliche Vorgabe, die einen Abstand von 5 km der Windparks untereinander vorschreibt. Es gibt lediglich eine Empfehlung, von welcher abgewichen werden kann. Der Landkreis Cuxhaven wird im weiteren Verfahren den Abstand der Windparks untereinander im Kreisgebiet auf einheitlich 4 km festsetzen.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.2 1	SO 02	Des Weiteren liegen die Schwerpunkte der Samtgemeinde bisher auf dem Aspekt, naturnahe Erholung, touristische Einrichtungen und sieht unter anderem auch die Errichtung von Wohnbauflächen im Bereich Hof Eckhoff vor. Diese Wohnbauflächen sind zu dicht an der hier beabsichtigten Fläche geplant, sodass der daraus entstehende Konflikt im Hinblick auf optische und akustische Beeinträchtigungen nicht gelöst wird.	Durch die aufgestellten Kriterien im RROP 2014 wird sichergestellt, dass ein ausreichender Abstand zur Wohnbebauung eingehalten wird. Ein Windpark steht dem Schwerpunkt der Samtgemeinde nicht entgegen. Windkraftanlagen haben keinen nachweislichen negativen Effekt auf Erholung und Tourismus.	Kenntnisnahme
P118d	P118/D.2 2	SO 02	Zudem widerspricht die Planung einem Ratsbeschluss aus dem Jahr 2004.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.2 3	SO 02	vgl. Stellungnahme P118/B.34	vgl. Stellungnahme P118/B.34	vgl. Stellungnahme P118/B.34
P118d	P118/D.2 4	SO 02	vgl. Stellungnahme P118/B.36	vgl. Stellungnahme P118/B.36	vgl. Stellungnahme P118/B.36

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118d	P118/D.2 5	SO 02	VIII. Denkmalschutz Die Aspekte des Denkmalschutzes sind nur im Hinblick auf Bodendenkmäler berücksichtigt, jedoch nicht auf vorhandene Bau- und Kulturdenkmäler. Ausweislich der Begründung soll es keine Kultur- und Sachgüter geben, dies ist offensichtlich unzutreffend. Nimmt man die Anlagen mit einer Höhe von 200 m haben eine entsprechende raumbedeutsame optische Wirkung, die auch auf denkmalgeschützte Bereiche wirkt. Aufgrund der notwendigen Tages- und Nachtkennzeichnung ist eine Sichtbarkeit auch bei schlechter Sicht und während der Nacht gegeben, sodass sie in den optischen Einwirkungsbereich der Kultur- und Baudenkmäler in der Umgebung einfließen. Eine entsprechende Auseinandersetzung fehlt vollständig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. In Bezug auf die Raumordnung gibt es keine gesetzlich vorgeschriebenen Abstände zur Wohnbebauung. Insofern ist der Denkmalschutz immer ein Aspekt, der im Einzelfall behandelt werden muss.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.2 6	SO 02	VIII. Gewässer, fehlende Erschließung Im konkreten Fall werden Gewässer zweiter Ordnung überplant, ohne dass im Hinblick auf die notwendigen Abstandsflächen es zu einer Auseinandersetzung mit den erkennbaren Konflikten kommt.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Das Bundesnaturschutzgesetz fordert in § 61 lediglich Abstände zu Fließgewässern 1. Ordnung sowie zu stehenden Gewässern, die im Rahmen des RROP 2014 eingehalten werden.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.2 7	SO 02	Die fehlende Erschließung ist zudem nicht berücksichtigt worden. Die einzig vorhandene nördlich verlaufende Landesstraße ist als Erschließung offensichtlich nicht geeignet. Erschließungsanlagen, die 100-Tonnen Fahrzeuge tragen können, was erforderlich ist zur Errichtung von Windenergieanlagen, sind nicht vorhanden. Weitere Erschließungsanlagen für Kabel etc., Umspannwerke etc. sind ebenfalls nicht vorhanden.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.2 8	SO 02	Der Brandschutz ist offensichtlich ebenso wenig gesichert, weil Windenergieanlagen mit einer Gesamthöhe von 200 m regelmäßig nicht gelöscht werden können.	Dies ist kein Kriterium der Raumordnung. Durch die Abstände zur Wohnbebauung wird jedoch sichergestellt, dass in einem möglichen Feuerfall keine Schäden und Gefahren entstehen.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.2 9	SO 02	Die Anbindung an das Stromnetz ist ebenfalls nicht gesichert, da keinerlei entsprechende Leitungen im Umkreis vorhanden sind. Die Auslassung ist bereits rechtswidrig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Die Schaffung eines Netzanschlusses betrifft die Errichtung des Windparks und nicht die raumordnerische Ebene.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.3 0	SO 02	IV. Schall und Schatten Nur im Rahmen der vermeintlichen Umweltprüfung werden kurz die für Anwohner wie andere Menschen bedeutsamen Immissionen Schall und Schatten von WEÄ dargestellt. Da jedoch Anlagen schallreduziert betrieben werden können bzw. abgeschaltet werden können, werden Konflikte im Hinblick auf Schall und Schatten nicht gesehen. Planungsrechtlich findet keine Abwägung statt, es wird lediglich auf die gesetzlichen bzw. untergesetzlichen Orientierungswerte der TA-Lärm abgestellt. In diesem Zusammenhang muss allerdings darauf hingewiesen werden, dass für die besonderen Lärmimmissionen, die von Windenergieanlagen, insbesondere auch aus größerer Höhe ausgehen, aktualisierte Regelungen getroffen werden und diese auch planungsrechtlich zu berücksichtigen sind. Der Arbeitsausschuss Geräuschimmissionen, Grundlagen, Ermittlung und Beurteilung des Normenausschusses Akustik, Lärminderung und Schwingungstechnik (MALS) überarbeitet aktuell die DIN 45680:1997-3 um die besondere Problematik der WEA besser abzubilden.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Lärm- und Schallimmissionen von Windkraftanlagen werden im Rahmen der Genehmigung bearbeitet.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.3 1	SO 02	Nach den gültigen Regelungen sind bei Prognoseplanungen bzw. bei Planungsentscheidungen im Dorf und Außenbereichsgebieten nachts ein maximaler Lärmpegel von 43 dB(A) zulässig. An einer Auseinandersetzung mit diesem Konfliktpotenzial ist nicht einmal gedacht worden, sodass die beabsichtigte Planung bereits aus diesem Gesichtspunkt unzulässig ist. Darüber hinaus ist inzwischen mit wissenschaftlich fundierter Sicherheit Infraschall unter bestimmten Gesichtspunkten zu berücksichtigen. Auch dieser wird in die überarbeitete DIN mit einbezogen, da davon auszugehen ist, dass bis zu einem Abstand von 1.500 m Infraschall gesichert auftritt. Er ist daher mit in die Abwägung einzubeziehen. Daran fehlt es bisher vollständig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118d	P118/D.3 2	SO 02	<p>X. Landschaftsbild</p> <p>Es steht wissenschaftlich fest, dass Windenergieanlagen bis zum einem Abstand von der 15fachen Gesamthöhe das Landschaftsbild vollständig zerstören, vgl. VG Stade, Urteil vom 13.01.2005; 2 A 941/93. Da es sich hier um einen vollständig unbelasteten Bereich handelt, ist also von einem entsprechend großen Kompensationsbedarf auszugehen. Da zusätzlich auch bei schlechter Sicht und während der Nachtzeit durch die erforderliche Tages- und Nachtkenzeichnung aus Flugsicherheitsgründen eine dauerhafte Beeinträchtigung des Landschaftsbildes gegeben ist, ist von einer zusätzlichen Beeinträchtigung auszugehen. In einem bisher unvorbelastetem Bereich ist ein derartiger Eingriff unzulässig.</p>	<p>In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Aufstellung der Kriterien für die Erarbeitung der Vorranggebiete basiert auf rechtlichen Grundlagen und Expertenmeinungen und geschah in Zusammenarbeit mit dem Naturschutzamt. Insofern ist der Landkreis der Ansicht, dass durch den Entwurf des RROP 2014 keine Verunstaltung der Landschaft verursacht wird. Gleichwohl wird diese Frage jedoch auch im Zuge der Genehmigung der einzelnen Anlagen auch noch einmal intensiv geprüft..</p>	<p>Kenntnisnahme</p>
P118d	P118/D.3 3	SO 02	<p>Es hat keinerlei Abwägung stattgefunden, weshalb Anlagen bis zu einer Gesamthöhe von 100 m, die im Landkreis Cuxhaven Standard sind, nicht errichtet werden können. Anlagen mit einer Leistung von 3 MW sind auch in dieser Größenordnung unproblematisch vorhanden. Da der Bereich nicht in einem so genannten windhöffigen Gebiet liegt, ist auch eine Wirtschaftlichkeit in jeder Größenordnung mit gleicher Sicherheit gegeben.</p>	<p>Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.</p>	<p>Nicht zu berücksichtigen</p>

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118d	P118/D.3 4	SO 02	Aufgrund der ebenen, niedrig strukturierten, weiten Fläche, ist der Blick auf den weiten Horizont eines der markanten Bestandteile des betroffenen Landschaftsbildes. Dies gilt auch für die angrenzenden Dörfer Drangstedt, Kührstedt, Alfstedt und Bederkesa. Dieser Blick wird durch die sich bewegenden Rotoren und die blinkenden Nachtkennzeichnungen für 24 Stunden das gesamte Jahr über nunmehr zerstört. Dies gilt auch für Naherholung suchende Radtouristen und Spaziergänger. Schon vor diesem Hintergrund ist die Unzulässigkeit gegeben, da nach den Vorgaben des LROP eine derartige Beeinträchtigung unzulässig ist.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzgeld gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Kenntnisnahme
P118d	P118/D.3 5	SO 02	Diese Beeinträchtigung kann nicht ausgeglichen werden. Rechtlich ist pro Anlage wenigstens ein Ausgleich zur Größe von 4 ha land wirtschaftlicher Fläche erforderlich. Zu diesen Flächen kommen die Flächen, die aufgrund der Beeinträchtigung der Fauna und der Versiegelung bewirkt werden. Eine Anrechnung ist dabei Unzulässig. Vor diesem Hintergrund ist erkennbar, dass zusätzlich ein erheblicher Eingriff in die Landwirtschaft stattfindet, da neben der Fläche des Windparks weitere 56 ha Ausgleichsfläche für die Landwirtschaft verloren gehen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.3 6	SO 02	XI. Eingriff in die Natur Ausweislich der Seiten 11 ff. der Begründung hat eine Kartierung der Brut-, Rastvögel und der Fledermäuse stattgefunden. Diese wird nicht in ihren Ergebnissen mitgeteilt. Es steht allerdings fest, dass im erheblichen Umfang streng geschützte Arten, sowohl neun Arten Fledermäuse so Seite 19 der Begründung, wie auch im größeren Umfang Brut- und Rastvögel den Bereich als Brut- und Nahrungshabitat als Zugkorridor verwenden oder dort zwischen Brut- und Jagdgebiet wechseln. Die Kartierung hat nicht entsprechend den Vorgaben des so genannten NLT-Papiers bzw. den Vorgaben der Rechtsprechung stattgefunden.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Die Methodik der Durchführung einer Kartierung im Rahmen der Bauleitplanung ist für die Raumordnung nicht von Belang.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118d	P118/D.3 7	SO 02	Die Mitteilung, dass laut Umweltministerium Niedersachsens keine Information über wertvolle Bereiche für Brut- und Rastvögel im Bereich vorhanden sind, überrascht nicht, da das Umweltministerium derartige Informationen nicht sammelt, sehr wohl aber die staatlichen Vogelwarte. Dort sind Informationen bekannt. Der Kranichbrutplatz ist bekannt und ebenso wie die Weißstorchbrutplätze in der Kartierung nicht bestätigt werden konnte, obwohl gesicherte Erkenntnis in den vergangenen Jahren, wie auch in diesem Sommer erfasst sind. Gleiches gilt für den Horst des Seeadlers. Insoweit darf auf die in der Anlage 1 beigefügte Dokumentation verwiesen werden.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa (inzwischen Stadt Geestland). - Das Ministerium für Umwelt, Energie und Klimaschutz stellt umfangreiche Informationen bereit (... im Hinblick auf Vogelbrutgebiete und Gastvogellebensräume bzgl. des Landkreises Cuxhaven leider bei weitem nicht vollständig). - Die Staatliche Vogelschutzwarte im Niedersächsischen Landesbetrieb für Wasserwirtschaft, Küsten- und Naturschutz sammelt Informationen zu Brut- und Gastvögeln und stellt ebenfalls Informationen bereit (... im Hinblick auf Vogelbrutgebiete und Gastvogellebensräume bzgl. des Landkreises Cuxhaven ebenfalls leider bei weitem nicht vollständig). - Die Reduzierung der Potenzialfläche 014 im Bereich des Pastorenmoors bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt für den Entwurf 2014 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird im Hinblick auf die Potenzialfläche 012 bei der Abgrenzung des Vorranggebietes Windenergienutzung Bederkesa/Alfstedt für den Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms 2015 nicht wiederholt. Es wird der Aussage des Gutachters gefolgt, dass kein aktuelles Vorkommen des Kranichs vorhanden ist und der Bereich das Pastorenmoors nicht (bzw. nicht mehr) als geeignetes Bruthabitat des Kranichs anzusehen ist.	Kenntnisnahme
P118d	P118/D.3 8	SO 02	Ausweislich der Unterlagen handelt es sich bei der betroffenen Fläche um einen für Fledermäuse mit hoher Bedeutung ausgestatt. Gebiet, dass auch für das Zugverhalten von großer Bedeutung ist. Bezüglich der Rast- und Brutvögel muss die Begründung selbst feststellen, dass Schlagopfer wahrscheinlich sind. Hinsichtlich der dort betroffenen Arten ist ein Schlagopfer unzulässig, vgl. BverwG Entscheidungen vom 09.07.1008 zum AZ: 9 A 14.07, vom 13.05.2009 zum ÄZ: 9 A 73.07 und vom 14.07.2011 zum AZ: 9 Ä 12.10.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa (inzwischen Stadt Geestland). - Siehe P118/B.30.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.3 9	SO 02	Allein die Existenz der Greifvögel, der Kraniche, der Schleiereulen, der großen Brachvögel und der Fledermäuse verhindert die Überplanung mit einem Windpark, da ganz offensichtlich der Bereich vollkommen ungeeignet ist. Die Tötung streng geschützter Arten ist nicht hinnehmbar, nicht einmal eine Steigerung des Kollisionsrisikos, welches allgemein bekannt ist und in der Rechtsprechung bestätigt wird, OVG Bautzen, Urteil vom 22.06.2006 — 1 3 707/01; OVG Koblenz, Urteil vom 16.03.2006, 1A 10884/05; OVG Lüneburg, Urteil vom 12.11.2008 — 12 LC 72/07; OVG Magdeburg, Urteil vom 21.01.2008 — 2 L 126/07; OVG Magdeburg, Urteil vom 23.07.2009 — 2 L 302/06, ZNER 2009, 312; OVG Münster, Urteil vom 11.09.2007 — 8 A 2697/06; OVG Münster, Beschluss vom 23.08.2007 — 7 D 71/06; OVG Münster, Urteil vom 30.07.2009 — 8 A 2358/08; OVG Weimar, Urteil vom 29.05.2007 — 1 K01054/03; OVG Weimar, Beschluss vom 29.01.2009 — 1 ED — 346/08. VG Berlin, Urteil vom 04.04.2008 — 10 A 15.08; VG Cottbus, Urteil vom 13.12.2007 — 3 K 1923/03; VG Halle Urteil vom 25.11.2008 — 2 Ä4/07, ZNER 2009, 64; VG Minden, Urteil vom 10.03.2010 — 11 K 53/09 ZNER 2010, 192; VG Stuttgart, Urteil vom 03.05.2005, NuR 2005, 673.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa (inzwischen Stadt Geestland). - Der Verzicht auf die Angabe von (Art.) Status, Ort, Datum und Uhrzeit führt dazu, dass eine Einwendung nicht ausreichend geprüft werden kann. Die Einwendung kann demzufolge bei Verzicht auf die erforderlichen Angaben nicht berücksichtigt werden. Ein sehr sorgsamer Umgang mit diesen Informationen ist jedoch erforderlich.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118d	P118/D.4 0	SO 02	Im Übrigen sind die folgenden streng geschützten Arten unberücksichtigt geblieben: Brutvögel: Seeadler (seit 2006 brütend im Raum Älfstedt/Külrstedt) Weißstorch (mehrere Bruten in umliegenden Dörfern) Graugans (umliegende Seen und Geeste-Niederung) Kranich (mehrere Bruten in umliegenden Nooren und feuchtgebieten) Waldohreule (Fichtenwald im Planungsgebiet) Sumpfohreule (2010/11 auf Noorheidefläche brütend) Durchzügler und Rastvögel: Seeadler, Fischadler, Kranich (N0-SW-Zugroute) Grau- Bläss-, Saat- und Nonnengans Höcker—, Sing— und Zwergschwan (Wintergänse in Niederungen und auf derGeest) Rotmilan, Korn- und Wiesenweihe Waldschnepfen, Bekassine Singvögel: Feldlerche, Neuntöter, Braunkehlchen, gelegentlich auch Raubwürger und Grauammer.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP- Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa (inzwischen Stadt Geestland). - Der Verzicht auf die Angabe von (Art,) Status, Ort, Datum und Uhrzeit führt dazu, dass eine Einwendung nicht ausreichend geprüft werden kann. Die Einwendung kann demzufolge bei Verzicht auf die erforderlichen Angaben nicht berücksichtigt werden. Ein sehr sorgsamer Umgang mit diesen Informationen ist jedoch erforderlich.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.4 1	SO 02	Durchziehende Fledermäuse sind nicht berücksichtigt worden, obwohl diese auf dem Weg von und in ihre Winterquartiere in südliche Breiten durch die WEÄ besonders gefährdet werden (aus Gutachten von Meyer und Rahmel GbR 2006)	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP- Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa (inzwischen Stadt Geestland). - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.4 2	SO 02	Des Weiteren verlangt bereits das NLT-Papier, die in der Anlage 1 angeregten Schutzabstände bei ungenauen Kenntnissen aus Vorsorgegesichtspunkten. Berücksichtigt man zudem, dass die Vogelkartierung auch darunter leidet, dass nur Offenland- und Halboffenlandarten berücksichtigt wurden, da sehr viel Wald das Gelände strukturiert, ist erkennbar, dass die hohe Diversität nicht vollständig berücksichtigt wurde.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP- Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa (inzwischen Stadt Geestland). - Das NLT-Papier hat empfehlenden Charakter; es ist nicht verbindlich. - Mit der Erstellung des Entwurfs des Regionalen Raumordnungsprogramms 2014 bzw. des Entwurfs 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms wird der Windenergie im Rahmen eines schlüssigen, den gesamten Planungsraum betrachtenden Konzepts substantiell Raum verschafft. Auf Ebene des Regionalen Raumordnungsprogramms darf keine einzelfallbezogene Änderung bei den harten und weichen Tabuzonen erfolgen. Die Ermittlung der harten Tabuzonen stellen den Arbeitsschritt 1 dar, die Ermittlung der weichen Tabuzonen stellt den Arbeitsschritt 2 dar. Für die sich durch diese Arbeitsschritte ergebenden Potenzialflächen ergeben sich weitere Anforderungen an Vorranggebiete, die nicht von allen Potenzialflächen erfüllt werden können; in diesem sich anschließenden Arbeitsschritt 3 spielen auch naturschutzfachliche Anforderungen, die die jeweilige Fläche betreffen und nicht von den Tabuzonen abgedeckt wurden, eine Rolle.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P118d	P118/D.4 3	SO 02	Es sind Waldflächen übersehen worden, der Wald am Pastorenmoor nicht zeichnerisch dargestellt ist und vollständig überplant wurde.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Im RROP werden Waldflächen ab 1 ha sowie ein 100 Meter Puffer zu diesen für die Windkraft ausgeschlossen. Kleinere Waldflächen werden im Rahmen der Bauleitplanung behandelt.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.4 4	SO 02	Ausweislich der ständigen Rechtsprechung, insbesondere auch des niedersächsischen OVG, zuletzt Urteil vom 08.05.2012, 12 LB 265/10 ist die „Wegplanung“ eines Vorrangstandorts für Windenergieanlagen unproblematisch möglich, auch wenn bzw. gerade wenn das Gebiet im RROP ausgewiesen wurde. Diese gilt insbesondere bei Erkenntnissen, die erst nachträglich für die konkrete planerische Festlegung zu Tage treten, wie in diesem Fall. Ausweislich der Begründung des RROP des Landkreises Cuxhaven ist eine detaillierte Überprüfung der einzelnen Standorte erforderlich, insbesondere im Hinblick auf die Avifauna.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.4 5	SO 02	Da ein Umweltbericht bisher nicht erstellt worden ist, der eine Überprüfung insbesondere der Brut- und Gastvögel, der Fledermaus und eine Bewertung des Landschaftsbildes, sowie eine spezielle artenschutzrechtliche Prüfung vornimmt, ist eine umfassende Stellungnahme bisher nicht möglich, da entsprechende Daten entweder nicht vorliegen oder jedenfalls nicht öffentlich bekannt gemacht wurden, was unzulässig ist. Die Beteiligung der Öffentlichkeit hat erneut nach Vorliegen der entsprechenden Daten zu erfolgen.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz. Für das RROP 2014 wurde ein Umweltbereich erstellt.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.4 6	SO 02	XII. Kompensationsfläche Kompensationsflächen werden zwar textlich erwähnt, zeichnerisch jedoch überhaupt nicht. Die Größe oder die ungefähre Erforderlichkeit wird nicht näher dargelegt, sodass insoweit eine Stellungnahme unmöglich ist.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P118d	P118/D.4 7	SO 02	XIII. Zusammenfassung Die beabsichtigte 84. Änderung des Flächennutzungsplanes der Samtgemeinde Bederkesa berücksichtigt weder die Belange der Menschen, der Kultur- und Sachgüter, der Landwirtschaft, des Landschaftsschutzes, des Naturschutzes, noch die Interessen und Planungen zum Schutz der sich dort erholenden und lebenden Menschen, ebenso wie die planungsrechtlichen Vorgaben des BauGB und der höherrangigen planungsrechtlichen Regelungen, insbesondere des LROP 2008, 2012 des Landes Niedersachsen und die Verwaltungsvorgaben des Landes Niedersachsen zur Planung von Windparks. Es verstößt zudem gegen europäisches Recht. In vielfacher Hinsicht fehlen entscheidende Unterlagen, sodass eine ausreichende Information der Öffentlichkeit ebenfalls unterblieben ist und Stellungnahmen nicht abgegeben werden können. Zudem wird darauf verwiesen, dass am 10.10.2012 das Rathaus nicht zugänglich war, sodass die öffentlich ausliegenden Unterlagen nicht eingesehen werden konnten. Eine ausreichende Öffentlichkeitsbeteiligung ist nicht erfolgt, die erwähnte 2. Fläche auf Seite 7 der beabsichtigten Begründung ist nicht in der Begründung enthalten und auch nicht in der geplanten Darstellung. Die beabsichtigte Planung ist daher so unzulässig.	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP Entwurf 2014 sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Der Inhalt dieser Einwendung ist für die Raumordnung nicht von Relevanz.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.001	E 01	<u>1. Überschreitung der oberen Grenze des „substantiellen Raums“ für Windenergie im Landkreis</u> Das Bundesverwaltungsgericht hat in seinem Urteil vom 24.01.2008, Az. 4 CN 2.07 aus § 35 Abs.1 Bundesbaugesetz abgeleitet, dass der Windenergie planerisch „substantieller Raum“ zu verschaffen sei. Diese Rechtsfigur wurde vom Bundesverwaltungsgericht mit dem Ziel geschaffen, eine sogenannte Verhinderungsplanung zu unterbinden. Das gilt nicht nur für die Flächennutzungspläne der Gemeinden, sondern erst recht für die Raumplanung der Landkreise und Länder, da größere Gebiete betreffend. Im vorliegenden Fall stellt sich jedoch zweifellos nicht die Frage einer Verhinderungsplanung. Im Gegenteil: Es geht um eine Planung, die das zulässige Maß eines zu „substantiellen Raums“ für die Windenergie weit überschreitet.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.002	E 01	Was unter dem Begriff des substantiellen Raumes für Windenergie zu verstehen ist, bedarf hierzu der Auslegung. Ein Raum ist durch Ausdehnung und Begrenztheit gekennzeichnet. Das gilt auch für einen „substantiellen“ Raum. Das Ausmaß eines „substantiellen Raums“ ergibt sich somit aus seiner Untergrenze und Obergrenze. Das Bundesverwaltungsgericht hat in dem vorstehend zitierten Urteil vom 24.01.2008 zutreffend darauf hingewiesen, dass der Planungsträger im Hinblick auf die gebotene Förderung der Windenergienutzung nicht gehalten ist, der Windenergie „bestmöglich“ Rechnung zu tragen. Hieraus folgt, dass es eine obere Grenze des „substantiellen“ Raumes für die Windenergie gibt, die nicht nur aus den geografischen und klimatischen Bedingungen folgt.	Die vorliegende Interpretation der Rechtsprechung wird nicht geteilt. Die Begriffe Obergrenze und Untergrenze wurden im Zusammenhang mit der Forderung substantiellen Raum zu schaffen in der Rechtsprechung nicht verwendet. Das BVerwG fordert in Bezug auf den substantiellen Raum, dass weder eine "Alibi"-Planung vorgenommen wird, d.h. Flächen ausgewiesen werden, die letztlich nicht für eine Windkraftnutzung in Frage kommen, noch eine "Feigenblatt"-Planung, das heißt eine bewusste Verhinderungsplanung, vorgenommen wird. Die Frage, wann der Windenergie substantiell Raum geschaffen wird wurde jedoch bewusst in der Rechtsprechung des BVerwG offen gelassen. Dies ist vom Einzelfall und den Gegebenheiten vor Ort abhängig und kann nicht abstrakt bestimmt werden. Insoweit folgt aus der Rechtsprechung des BVerwG auch, dass es weder eine Untergrenze noch eine Obergrenze geben kann, sondern lediglich den substantiellen Raum, der nicht unterschritten werden darf, der jedoch individuell bestimmt werden muss. (vgl. BVerwG Urteil vom 17. Dezember 2002 Az. 4 C 15.01; BVerwG Urteil vom 20. Mai 2010 Az. 4 C 7.09)	Kenntnisnahme
P119	P119.003	E 01	Bei der Raumplanung muss der Plangeber sich somit die untere und obere Grenze des „substantiellen Raums“ für die Windenergie bewusst machen, sie festlegen und die Berücksichtigung dieser Grenzen im Rahmen seines Entscheidungsprozesses dokumentieren. Eine Dokumentation ist deshalb erforderlich, weil andernfalls eine gerichtliche Überprüfung dieser unverzichtbaren Grundlage der planerischen Entscheidung überhaupt nicht möglich wäre. Die Ermittlung und Dokumentation der oberen Grenze des „substantiellen Raumes“ für die Windenergie ist denklogisch den nachfolgenden planerischen Entscheidungen (z.B. die Festlegung von Tabuzonen) vorgelagert und für die weitere Planung unabdingbar. Denn wenn die obere Grenze des substantiell für die Windenergie geschaffenen Raumes schon erreicht oder gar überschritten ist, besteht kein Raum mehr für die Ausweisung weiterer (Vorrang-) Gebiete für die Windenergienutzung. Wird die Grenze dennoch (weiter) durch die Planung überschritten, wird der Windenergie rechtswidrig im Übermaß Raum verschafft.	Die vorliegende Interpretation entspricht nicht dem geforderten rechtlichen Vorgehen des BVerwG. Dieses fordert ein methodisches Vorgehen in drei Schritten ein. Im ersten Schritt werden die so genannten harten und weichen Tabuzonen definiert und einheitlich an den Planungsraum angelegt, um Potentialflächen zu ermitteln. Im zweiten Schritt wird für die ermittelten Potentialflächen eine ortsbezogene Einzelfallprüfung vorgenommen, in dem die Flächen mit konkurrierenden Belangen abgewogen werden. Im dritten Schritt wird geprüft, ob der Windenergie substantiell Raum geschaffen wird. Sofern dies nicht Fall ist, muss sowohl die Abwägung in Schritt 2, als auch die Auswahl der weichen Tabuzonen geprüft werden. Dieses methodische Vorgehen erfordert es somit eben nicht, wie vom Einwender gefordert, bereits im Vorfeld eine Grenze für den substantiell zu schaffenden Raum festzulegen. Dies ist auch vor dem Hintergrund nicht möglich, dass es keine obere Grenze für den substantiell zu schaffenden Raum gibt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung								
P119	P119.004	E 01	<p>Der Landkreis hat bei der Aufstellung des Entwurfs für das RROP Windenergie 2014 die Frage einer Obergrenze des substantiellen Raums für die Windenergie im Landkreis unberücksichtigt gelassen und folglich hierzu auch nichts dokumentiert. Das ist ein grober Fehler bei der Planaufstellung bzw. -Begründung.</p> <p>Dieser Fehler könnte nur dann unschädlich sein, wenn im Gebiet des Landkreises die untere Grenze des „substantiellen Raumes“ für die Windenergie offensichtlich noch nicht erreicht wäre. Aber auch diese Feststellung und ihre Grundlage müsste dokumentiert werden.</p> <p>Dem Landkreis ist jedoch positiv bekannt, dass die Vorgaben des Landesraumordnungsprogramms Niedersachsen (LROP) für den Landkreis Cuxhaven betreffend die regenerativen Energien – auch der Windenergie - weit überschritten sind.</p>	Siehe P119.002	Kenntnisnahme								
P119	P119.005	E 01	<p>Die Überschreitung der Vorgaben des übergeordneten Landesraumordnungsprogramms resultiert dabei keineswegs aus nur planerisch ermöglichten zukünftigen Installationen von Windenergieanlagen, sondern ergibt sich aus der schon jetzt installierten Leistung.</p> <p>Nach Ziff. 4.2. Rn. 04 des LROP Niedersachsen in der Fassung vom 24.09.2012 sollen im Landkreis Cuxhaven geeignete Standorte für die Nutzung der Windenergie mit einer Leistung von mindestens 300 MW festgelegt werden. Ein Ausgleich ist auch mit sonstigen Anlagen erneuerbarer Energien möglich, die nach § 35 Abs. 1 BauGB im Außenbereich zulässig sind (z.B. Solarstrom-, Biogasanlagen).</p> <p>Im Landkreis Cuxhaven sind nach den Angaben unter www.energiemap.info derzeit installiert (Stand August 2014):</p> <table><tr><td>Windkraft, 510 Anlagen:</td><td>540 MW</td></tr><tr><td>Solarstrom, 3.855 Anlagen:</td><td>79 MW</td></tr><tr><td>Biogas, 75 Anlagen:</td><td>31 MW</td></tr><tr><td>Gesamt.</td><td>650 MW</td></tr></table> <p>Da die Anlagenbetreiber häufig vorschriftswidrig die Fertigstellung von Anlagen verspätet melden, dürfte die tatsächlich installierte Leistung sogar etwas höher liegen.</p>	Windkraft, 510 Anlagen:	540 MW	Solarstrom, 3.855 Anlagen:	79 MW	Biogas, 75 Anlagen:	31 MW	Gesamt.	650 MW	<p>Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert der Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt. Zuletzt muss betont werden, dass die Windenergie ein privilegiertes Vorhaben im Sinne des Baugesetzbuches ist. Dies bedeutet, dass Windenergieanlagen im Außenbereich gebaut werden dürfen, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Würde der Landkreis Cuxhaven im Regionalen Raumordnungsprogramm keine Vorranggebiete für Windenergie ausweisen, würde dies bedeuten, dass im gesamten Landkreis im Außenbereich unkontrolliert Windenergieanlagen entstehen könnten.</p>	Kenntnisnahme
Windkraft, 510 Anlagen:	540 MW												
Solarstrom, 3.855 Anlagen:	79 MW												
Biogas, 75 Anlagen:	31 MW												
Gesamt.	650 MW												
P119	P119.006	E 01	<p>Die vom LROP vorgegebene elektrische Leistung der vorbezeichneten Anlagen im Landkreis wird durch die schon jetzt installierte Leistung somit um 117% übertroffen. Wenn man von den vorgegeben 300 MW die nach dem LROP als Ausgleich zulässigen Biogas- und Solarstromanlagen abzieht, verbleiben als Vorgabe nach dem LROP für die Windenergie noch (300 MW – 79 MW – 31 MW =) 190 MW. Die schon jetzt im Landkreis Cuxhaven installierte Windenergieleistung übertrifft die Leistung, mit der die Anforderungen des LROP schon erfüllt wären, somit um 285% (!).</p>	Siehe P119.005	Kenntnisnahme								
P119	P119.007	SO 09	<p>Für den Windpark Oberndorf/Geversdorf sind 13 Windenergieanlagen des Typs Enercon E 101 mit einer Leistung von je 3 MW geplant bzw. beantragt, insgesamt somit eine Installationsleistung von 39 MW (ohne Berücksichtigung des auf dem Gebiet des Landkreis Stade geplanten angrenzenden Teils des industriellen Großwindparks). Die installierte Leistung im Landkreis würde sich allein durch den Zubau der 13 Anlagen auf 579 MW Windenergie bzw. 689 MW einschließlich der zum Ausgleich heranzuziehenden Solar- und Biogasanlagen erhöhen. Damit wäre die Vorgabe des LROP um 130% (!) übertroffen bzw. die für die Windenergie nach dem LROP geforderte Mindestleistung von 190 MW sogar um 305% (!). Ergänzend wird darauf hingewiesen, dass der Anteil der Stromerzeugung aus Wind, Biogas und Fotovoltaik bundesweit nicht einmal 20% erreicht, im Landkreis Cuxhaven jedoch ca. 80% (!). Auch dies ist ein klares Indiz dafür, dass hier ein belastendes Übermaß dieser in vielfältiger Weise Natur und Umwelt belastenden Energiearten festzustellen ist.</p>	Siehe P119.005	Kenntnisnahme								

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.008	E 01	Die Überschreitung der planerischen Vorgaben des LROP um mehrere 100 Prozent indiziert, dass schon jetzt ein ganz erhebliches Übermaß an Windenergieanlagen installiert ist und damit der Bereich des substantiellen Raums für die Windenergie überschritten ist. Jegliche Planungen im Landkreis für eine Vergrößerung bzw. Vermehrung der Flächen zur Windenergienutzung entbehren daher - derzeit - der Rechtsgrundlage.	Siehe P119.005	Kenntnisnahme
P119	P119.009	E 01	Die maßlose Überschreitung der oberen Grenze, bis zu der ein „substanzieller Raum“ für die Windenergie in zulässiger Weise besteht, liegt auf der Hand. Die industrielle Windkrafterzeugung hat schon jetzt durch die merkwürdige Melange von naiv-idealistischer Politideologie und der Raffgier von Finanzinvestoren zu Lasten der Stromkunden und Steuerzahler ein gefährlich erdrückendes Maß angenommen, das geeignet ist, die gewachsenen zivilisatorischen Grundlagen der Gesellschaft, die Natur und Lebensgrundlagen im Landkreis zu beschädigen.	Siehe P119.002	Kenntnisnahme
P119	P119.010	E 01	Zusammenfassend ist festzustellen, dass der Planaufsteller verkannt hat (oder verkennen wollte), dass die Grenzen des der Windenergie im Landkreis zuzumessenden Raumes festzustellen und zu beachten sind, bevor sich überhaupt die Frage der Ausweisung weiterer Vorrangflächen stellt, und daher hierzu auch nichts dokumentiert worden ist. Eine Überschreitung des Planziels im LROP 2012 um mehr als 100% verstößt zweifellos gegen das Übermaßverbot. Angesichts der Offensichtlichkeit der Maßlosigkeit der Überschreitung des zulässigen Maßes könnte im vorliegenden Fall sogar auf eine Festlegung der oberen Grenze des der Windenergie zuzumessenden Raumes (z.B. Mindestinstallationsleistung regenerative Energie 300 MW + 10%) verzichtet werden. Die Mühe der Aufstellung des RROP 2012, wie nunmehr auch des hier betroffenen RROP 2014, hätte sich der Landkreis somit sparen können mit der schlichten und wahren Feststellung, dass der Windenergie schon im Übermaß ein mehrfaches des zulässigen „substantiellen Raums“ eingeräumt worden ist. Um es ganz deutlich zu sagen: Ist in einem Landkreis der Windenergienutzung schon übermäßig Raum überlassen worden, dann ist die noch nicht hierfür verbrauchte Fläche rechtlich wie eine „harte Tabuzone“ zu behandeln.	Siehe P119.002	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.011	A	<u>2. Missachtung der Zielvorgaben des ROG, LROP und RROP</u> 2.1. Der Teilabschnitt RROP 2014 würde auch nach der entsprechenden beabsichtigten „Änderung“ des RROP 2012 des Landkreises gegen Ziele des ROG und das LROP verstoßen. Ziele der Raumordnung sind gemäß § 2 Abs. 1 ROG ausgeglichene soziale, infrastrukturelle, wirtschaftliche, ökologische und kulturelle Verhältnisse. Dabei ist die nachhaltige Daseinsvorsorge zu sichern, nachhaltiges Wirtschaftswachstum und Innovation sind zu unterstützen. Entwicklungspotenziale sind zu sichern und Ressourcen nachhaltig zu schützen. Demographischen, wirtschaftlichen, sozialen sowie anderen strukturverändernden Herausforderungen ist Rechnung zu tragen, auch im Hinblick auf den Rückgang und den Zuwachs von Bevölkerung. Auf einen Ausgleich räumlicher und struktureller Ungleichgewichte zwischen den Regionen ist hinzuwirken.	Der Landkreis Cuxhaven sieht die Ziele des §2 Abs. 1 ROG als eingehalten an.	Kenntnisnahme
P119	P119.012	A	Entsprechend den Vorgaben des LROP enthält das RROP 2012 im allgemeinen Teil die Ziele der Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen der Siedlungsbereiche, des dauerhaften Schutzes der natürlichen Lebensgrundlagen und Lebensräume von Pflanzen und Tieren, der Sicherung und Weiterentwicklung der naturräumlichen, regionalen und der siedlungsstrukturellen und kulturellen Vielfalt. Angesichts des Bevölkerungsrückgangs im Landkreis von ca. 1 % p. a. (= > 1.800 Personen) soll auch dieser ungünstigen Entwicklung bei allen Planungen entgegengewirkt werden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P119	P119.013	A	Als besondere Standortvorteile des Landkreises werden im RROP 2012 insbesondere die "hohe Landschafts- und Lebensqualität mit der Lage an der Nordsee" betont. In weiterer Umsetzung dieser Ziele werden für die besondere Entwicklungsaufgabe Tourismus u. a. ausdrücklich der Standort Oberndorf und für die besondere Entwicklungsaufgabe Erholung die Standorte Oberndorf und Geversdorf festgelegt. Wörtlich heißt es dort zu diesen Standorten: "In diesen Standorten sind die natürliche Eigenart der umgebenden Landschaft für Erholung und Freizeit, die Umweltqualität, die Ausstattung mit Erholungsinfrastruktur sowie das kulturelle Angebot zu sichern und zu entwickeln. Durch die Realisierung von touristischen Großprojekten dürfen historisch wertvolle Kulturlandschaften sowie gewachsene Siedlungs-, Versorgungs- und Nutzungsstrukturen nicht wesentlich beeinträchtigt und der Erholungswert der Landschaft nicht gefährdet werden."	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P119	P119.014	A	Auch die Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Freiraumstrukturen und Freiraumnutzungen sind im RROP 2012 geregelt. So heißt es: "Die Inanspruchnahme von Freiräumen für ... Infrastruktureinrichtungen ist zu minimieren. Die Standorte mit besonderer standörtlicher Eignung sollen als Zielraum für naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt werden."	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.015	SO 09	Es ist bekannt, dass im Landkreis, insbesondere aber in der betroffenen Region des Landkreises, somit auch in der Samtgemeinde am Dobrock (hier insbesondere in den Gemeinden Geversdorf und Oberndorf) seit langer Zeit ein Bevölkerungsrückgang festzustellen ist, der Folge eines in der Region mangelnden Wirtschaftswachstums ist. Der geplante Großwindpark (mit dem auf dem Gebiet des Landkreises Stade geplanten Windpark) würde keinen einzigen neuen Arbeitsplatz im Einzugsgebiet des Windparks bzw. im Gemeindegebiet schaffen. Sicher ist jedoch, dass die Industrieanlage eine Entwicklung des Tourismus und Fremdenverkehrs im Bereich der von Naturschönheiten geprägten Osteniederung massiv behindern und absehbar zu einem wirtschaftlichen Niedergang dieses Erwerbszweigs mit Verlust von Arbeitsplätzen führen würde.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Kenntnisnahme
P119	P119.016	SO 09	Weitere Folge der Errichtung des Großwindparks würde sein, dass im näheren und weiteren Umfeld der gigantischen Windenergieanlagen die Grundstückspreise massiv sinken. Die damit einhergehende faktische Enteignung eines erheblichen Bevölkerungskreises dürfte die Höhe eines zweistelligen Millionenbetrages erreichen. Bei nicht wenigen Grundstückseigentümern würde der Schaden eine sechsstellige Höhe erreichen. Auch wenn dies kein entschädigungspflichtiger enteignungsgleicher Eingriff im Rechtssinne sein sollte (was angesichts der Gigantomanie der bekannten Planungen keineswegs sicher ist), so ist dies doch ein erheblicher Eingriff in die ökonomische/soziale Lage der Betroffenen.	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund erkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Kenntnisnahme
P119	P119.017	SO 09	Schon jetzt sind die Grundstückspreise für bebaute Grundstücke in der Region recht niedrig. Immobilienbesitz ist jedoch bekanntlich der beste Schutz vor Altersarmut, da die Renten häufig nicht für ein auskömmliches Leben im Alter reichen. Angesichts der demografischen Entwicklung werden die Renten mit Sicherheit in den kommenden Jahrzehnten stark sinken. Neben den Renten werden und sind eigene Wohnimmobilien zunehmend der zweite Grundpfeiler des sozialen Schutzes der Bevölkerung vor Armut. Dies gilt insbesondere für eine älter werdende Gesellschaft. Gerade ältere Menschen im ländlichen Raum sind häufig darauf angewiesen, ihre Immobilie zu veräußern oder zu vermieten und in ein regionales Zentrum umzuziehen, sobald sie physisch nicht mehr in der Lage sind, sich wegen der weiten Wege weiter selbst zu versorgen und am sozialen Leben teilzunehmen. Bei Errichtung des Großwindparks würden diese Möglichkeiten wegen gesunkener Immobilienpreise (sofern sich überhaupt ein Käufer findet) oder Unvermietbarkeit der Immobilie nicht mehr bestehen bzw. erheblich beeinträchtigt werden. Diese ökonomischen/sozialen Nachteile für die Bevölkerung werden in der Planung nicht einmal ansatzweise berücksichtigt, obwohl dies gemäß § 2 ROG zu den wesentlichen Zielen der Raumplanung gehört.	Siehe P119.016	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.018	SO 09	Darüber hinaus würde der monströse Großwindpark weitere unerwünschte Folgen für die in seinem Einzugsgebiet betroffenen Gemeinden und deren Einwohner haben. Es ist absehbar, dass die Tendenz zur Abwanderung sich verstärken wird. Als weitere Folge würde der Wohnimmobilienbau zurückgehen mit nachteiligen Auswirkungen auf Handwerk und Bauwirtschaft, Handel und Dienstleistungen. Gerade diese Erwerbszweige sind jedoch im ländlichen Raum im Hinblick auf die Arbeitsplätze von erheblicher Bedeutung. Weitere Folge wäre dann auch noch ein Rückgang der Steuereinnahmen, insbesondere der Gewerbesteuer.	Der Landkreis Cuxhaven hat für die Erstellung des Entwurfs des RROP 2014 ein einheitliches Planungskonzept aufgestellt. Die festgelegten Kriterien für dieses Konzept stellen sicher, dass die Beeinträchtigungen so gering wie möglich gehalten werden. Durch Kriterien wie bspw. Abstände zur Wohnbebauung wird sichergestellt, dass keine unzumutbaren Auswirkungen auf Bürger entstehen. Insoweit sieht der Landkreis keine Gefahr, dass die Errichtung des Windparks Geversdorf-Oberndorf zu einer zunehmenden Abwanderung führen wird. Zudem muss beachtet werden, dass der Windpark durch Gewerbeeinnahmen den kommunalen Haushalt unterstützt und somit die Attraktivität der Region erhalten werden kann.	Kenntnisnahme
P119	P119.019	SO 09	Von erheblicher Bedeutung ist auch, dass die betroffenen Gemeinden keine wirtschaftlichen Vorteile durch Gewerbesteuereinnahmen aufgrund der Errichtung der industriellen Windenergieanlagen einplanen können. Windparks werden weitgehend mit Krediten finanziert. Folge ist, dass wegen der regelmäßig langen Laufzeit der Kredite während des Tilgungs- und Zinszeitraums keine Gewinne anfallen. Die Gewerbesteuer ist eine Gewinnsteuer. Die Gesamtgemeinde am Dobrock bzw. die zu ihr gehörenden Gemeinden können daher absehbar für viele Jahre (die Regel sind zehn Jahre) nicht mit Gewerbesteuereinnahmen rechnen. Aber selbst wenn Gewerbesteuern anfallen würden, so würden die Gemeinden lediglich einen Bruchteil der Steuer erhalten, da die Betreiber ihren Sitz nicht im Gemeindegebiet haben, sondern in Cuxhaven.	Die Windenergieanlagen haben eine Laufzeit von in der Regel 20 Jahren. Insoweit wird nicht die Gefahr gesehen, dass die Anlagen keine Gewinne über Gewerbesteuern abwerfen. Die Erfahrung mit der Windenergie im Landkreis Cuxhaven seit den 1990er Jahren hat zudem gezeigt, dass die Gemeinden von Windenergieanlagen nachhaltig für die Haushalte profitiert haben, obwohl große Firmen wie Enercon oder Energiequelle ihren Sitz nicht einmal im Landkreis Cuxhaven haben.	Kenntnisnahme
P119	P119.020	SO 09	Die massiven wirtschaftlichen Nachteile durch die industriellen Windstrom-Produktionsanlagen hätten die Gemeinden jedoch in voller Höhe zu tragen. Hierzu wird darauf hingewiesen, dass die Gemeindestraßen, Brücken und Wege nicht dafür ausgelegt sind, den zu erwartenden Baustellenverkehr und die Schwertransporte schadlos zu überstehen. Die Kosten für die Reparatur und Neuherstellung werden die Gemeinden jedoch schon während der Bauphase treffen, was durch Gewerbesteuereinnahmen mit Sicherheit nicht kompensiert werden kann. Auch das wäre ein erheblicher wirtschaftlicher Nachteil für die Samtgemeinde am Dobrock.	Dabei handelt es sich nicht um einen raumordnerischen Belang. Im RROP werden nur Flächen ausgewiesen, die vorrangig für eine Nutzung für Windenergie in Frage kommen. Die Anlagen selbst, sowie die Infrastruktur für diese werden erst im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung festgelegt. Im Zuge der Genehmigung werden die Straßen festgelegt, die die Transporte nutzen. Dabei wird sichergestellt, dass durch eine Nutzung der Infrastruktur keine Schäden entstehen. Sofern dies durch ein rechtswidriges Verhalten dennoch auftritt entsteht eine Entschädigungspflicht für den Spediteur bzw. den Vorhabensträger.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.021	SO 09	Nach § 2 ROG sind darüber hinaus ländliche Räume unter Berücksichtigung ihrer unterschiedlichen wirtschaftlichen und natürlichen Entwicklungspotenziale als Lebens- und Wirtschaftsräume mit eigenständiger Bedeutung zu erhalten und zu entwickeln; dazu gehört auch die Umwelt- und Erholungsfunktion ländlicher Räume. Die prägende Vielfalt des Gesamttraums und seiner Teilräume ist zu sichern. Es ist dafür Sorge zu tragen, dass Städte und ländliche Räume auch künftig ihre vielfältigen Aufgaben für die Gesellschaft erfüllen können.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.022	SO 09	Die vorstehend aufgeführten Ziele des Gesetzes werden ebenfalls nicht bzw. nicht ausreichend von der Planung berücksichtigt. Es kann keinem Zweifel unterliegen, dass das betroffene Gebiet an der Oste eine Erholungsfunktion mit erheblichem weiterem Entwicklungspotenzial hat. Schon dies ist angesichts einer Bevölkerung, die einem zunehmenden Stress in der Arbeitswelt und wegen der gesellschaftlichen wie wirtschaftlichen Entwicklung ausgesetzt ist, schon für sich genommen ein Ziel mit erheblichem Gewicht, das im RROP im Hinblick auf die Planung des Vorranggebiets keine Berücksichtigung findet. Gerade die Gebiete von Osteniederung und Wingst sind als Erholungsräume geradezu prädestiniert und könnten mit positiver Wirkung für den Fremdenverkehr zweifellos noch weiter entwickelt werden. Diese Entwicklung würde durch die Errichtung des industriellen Großwindparks auf Dauer unterbunden.	Eine unzumutbare Einschränkung der Erholungsfunktion durch Windkraftanlagen wird nicht gesehen. Negative Auswirkungen durch Windkraftanlagen auf den Tourismus konnten bislang nicht belastbar dargelegt werden.	Kenntnisnahme
P119	P119.023	SO 09	Eine intakte und attraktive Umwelt ist jedoch auch für das wirtschaftliche Entwicklungspotential einer Region von zunehmender Bedeutung. Insbesondere für hoch qualifizierte Arbeitnehmer spielen Umweltfaktoren im Wohn- und Arbeitsumfeld zunehmend eine Rolle und damit auch für die Ansiedlung und den Erhalt von Betrieben in der Region. Gerade für diese ist es sicher unattraktiv, sich im Bereich einer riesigen Industrieanlage und deren nachteiligen Immissionen anzusiedeln.	Der Nahbereich rund um den Windpark Geversdorf-Oberndorf ist durch eine landwirtschaftliche Nutzung und Einzelgehöfte geprägt. Inwieweit der Windpark negative Auswirkungen auf Firmen haben könnte, die sich lediglich in Geversdorf oder Oberndorf ansiedeln könnten, und somit in großer Entfernung zum Windpark, wird nicht gesehen.	Kenntnisnahme
P119	P119.024	SO 09	Zu berücksichtigen ist auch, dass die prägende Vielfalt des Gesamttraums schon durch die Vielzahl von Biogasanlagen und einer sich damit weiter ausbreitenden Monokultur der Maisanpflanzung beeinträchtigt ist. Diese Verödung würde auf dem Gebiet der Samtgemeinde am Dobrock durch den industriellen Windpark ganz erheblich weiter verstärkt und zementiert werden. Es bestehen jedenfalls erhebliche Zweifel daran, dass es den Zielen der Raumplanung entspricht, das von schützenswerter Natur und Landwirtschaft sowie mittelständischem Gewerbe geprägte Gemeindegebiet in eine öde Fläche mit Energieproduktionsanlagen durch planerischen Zwang umzuprägen. Diesseits wird vielmehr davon ausgegangen, dass die regionale Raumordnung als letztes Ziel das Wohl der Bevölkerung und nicht das Gewinnstreben einiger weniger zu Lasten der Bevölkerung, Natur und Umwelt zu verfolgen hat.	Durch das einheitliche Planungskonzept und die aufgestellten Kriterien wird ein Schutz der Natur und Landschaft sowie der Bevölkerung sichergestellt. Die Fläche des ausgewiesenen Windparks stellt keine schützenswerte Natur- und Landschaft dar. Im Zuge der Genehmigung des Windparks muss die in Anspruch genommene Fläche jedoch kompensiert werden, dies führt dazu, dass höherwertige Ausgleichsflächen und -Maßnahmen geschaffen werden. Der Windpark selbst nimmt nur einen Teil des Gemeindegebietes ein. Inwieweit das restliche Gemeindegebiet durch Biogasanlagen und Monokulturen genutzt wird liegt nicht im Ermessen des Landkreises sondern der Landwirte bzw. der Gemeinde.	Kenntnisnahme
P119	P119.025	SO 09	Daher ist auch nach § 2 Abs. 2 NROG die Siedlungs- und Freiraumstruktur so zu entwickeln, dass die Eigenart des Landes, seiner Teilräume, Städte und Dörfer erhalten wird. Die nicht rückgängig zu machende rücksichts- und maßlose großräumige Umstrukturierung des ländlichen Raumes allein im Interesse der Gewinnmaximierung einiger weniger zu Lasten vieler (angesichts der exorbitanten EEG-Umlage sogar der Gesamtbevölkerung Deutschlands) ist danach sicher nicht gesetzgeberisches Ziel der Raumordnung.	Alle Ziele der Raumordnung werden im Entwurf des RROP 2014 eingehalten. Das zitierte Ziel wird ebenfalls umgesetzt. Durch das einheitliche Planungskonzept wird im gesamten Landkreisgebiet sichergestellt, dass die Windparks auf wenigen großen Flächen konzentriert werden. Diese Flächen stellen keine primär hochwertigen schützenswerten Natur- und Landschaftsräume dar und halten Mindestabstände zur Wohnbevölkerung und untereinander ein. Durch dieses Planungskonzept wird beispielsweise sichergestellt, dass in den Gebieten der Gemeinden Geversdorf und Oberndorf lediglich ein Windpark entstehen kann. Wenn der Landkreis Cuxhaven kein einheitliches Planungskonzept aufstellen würde, würde sich die Errichtung von Windkraftanlagen nach dem BauGB richten. Dieses sieht Windkraftanlagen als privilegiert im Außenbereich an. Dies bedeutet, dass, sofern keine öffentlichen Belange entgegen stehen, überall im Außenbereich Anlagen errichtet werden würden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.026	SO 09	Nach § 2 ROG sind vielmehr die Gestaltungsmöglichkeiten der Raumnutzung langfristig offenzuhalten. Wenn das Gemeindegebiet durch die industriellen Windproduktionsanlagen (und die Biogasproduktion sowie die dazu gehörende Mais-Monokultur) auf Jahrzehnte gravierend umgeprägt wird, wird eine gestalterische Raumnutzung gerade nicht langfristig offen gehalten, sondern blockiert. Der § 2 ROG verlangt dagegen, dass der Raum im Hinblick auf eine langfristig wettbewerbsfähige und räumlich ausgewogene Wirtschaftsstruktur und wirtschaftsnahe Infrastruktur sowie auf ein ausreichendes und vielfältiges Angebot an Arbeits- und Ausbildungsplätzen zu entwickeln ist. Diese Ziele der Raumordnung würden durch den industriellen Großwindpark nicht nur verfehlt, sondern für die nächsten Jahrzehnte verhindert.	Der Windpark Geversdorf-Oberndorf wird auf bislang landwirtschaftlichen Flächen außerhalb der Siedlungsräume umgesetzt. Eine alternative Raumnutzung wird somit nicht verhindert, da andere Nutzung als Landwirtschaft oder aber Windenergie in diesem Bereich nicht möglich wären.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.027	SO 09	Es ist nicht erkennbar, dass die vorstehenden normativen Vorgaben in die planerische Abwägung auch nur ansatzweise Eingang gefunden haben und dokumentiert worden sind. Im Ergebnis haben sie keinerlei Berücksichtigung gefunden. Es liegt daher auch insoweit ein erheblicher Abwägungs- und Dokumentationsfehler vor, der die Unwirksamkeit der Planung zur Folge hat.	Wie in Zusammenhang mit den vorangegangenen Einwendungen dargelegt wurde, liegt weder ein Abwägungsfehler, noch ein Dokumentationsfehler vor.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.028	E 01	2.2. Wie sein Vorgänger RROP 2012 genügt der Entwurf des RROP 2014 auch im Übrigen nicht den Anforderungen, die an ein schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zu stellen sind. Es erfolgt keine substantielle und begründete Differenzierung zwischen „harten“ und „weichen Tabuzonen“, so dass das ganze Konzept an schwerwiegenden Abwägungsmängeln leidet, die zur Rechtswidrigkeit der gesamten Planung führen. Der Differenzierung muss ein anhand der Begründung sowie der Aufstellungsunterlagen und Verfahrensakten nachvollziehbares schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zugrunde liegen, das nicht nur Auskunft darüber gibt, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen wird, sondern auch die Gründe für die beabsichtigte Freihaltung des übrigen Planungsraums von Windenergieanlagen aufzeigt.	Die Begründung wird im Entwurf 2015 umfassender dargestellt. Dabei wird auch die Auswahl und Begründung der Tabuzonen deutlicher dargestellt.	zu berücksichtigen
P119	P119.029	E 01	Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts wie auch des Oberverwaltungsgerichts Niedersachsen, muss sich die Ausarbeitung des Planungskonzepts in einem dreischichtigen Prozess vollziehen. Hierzu gehört auch die Einteilung und insbesondere Abgrenzung in harte Tabuzonen - solche Gebiete, welche schlechthin ungeeignet für die Windnutzung sind und somit außerhalb des Ermessens des Plangebers stehen - und in weiche Tabuzonen, mithin solche Bereiche, welche nach dem Willen des Plangebers aus unterschiedlichen Gründen für die Errichtung von Windenergieanlagen von Anfang an ausgeschlossen sind.	Siehe P119.028	zu berücksichtigen
P119	P119.030	E 01	Im Gegensatz zu den harten Tabuzonen sind die weichen Tabuzonen disponibel, sie stehen im Ermessen des Plangebers. Sie basieren auf allgemeinen Kriterien für das gesamte Kreisgebiet, die auf einer Abwägung der Belange für und gegen die Nutzung der Windenergie entwickelt worden sind. Sie müssen begründet und dokumentiert werden. Weder erfolgt in dem RROP 2014 eine substantielle Abgrenzung der beiden Tabuzonen, noch gibt es eine Beschreibung, aus der deutlich wird, dass seitens der Planer Ermessen ausgeübt wurde. Vielmehr hat der Landkreis in seiner Begründung/Erläuterung zum RROP 2014 lediglich eine allgemeine Beschreibung (S. 6 ebenda) gegeben, wie er gedenkt, die Tabuzonen einzuteilen, ohne dass dieses Konzept mit konkretem Inhalt bei der Planaufstellung und Begründung gefüllt wird.	Siehe P119.028	zu berücksichtigen
P119	P119.031	E 01	Darüber hinaus wird die unzutreffende Behauptung aufgestellt, dass es über die vom Landkreis zitierte Rechtsprechung hinaus keine Entscheidung über die notwendige Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabuzonen gäbe. Das ist falsch.	Siehe P119.028	zu berücksichtigen
P119	P119.032	E 01	Es ist geradezu erschütternd, mit welcher Beharrlichkeit sich der Landkreis über die Empfehlungen der ihm übergeordneten Institutionen (Ministerium, Niedersächsischer Landkreistag) kaltschnäuzig hinwegsetzt. Denn in der Arbeitshilfe "Regionalplanung und Windenergie - Empfehlungen des NLT zu den weichen Tabuzonen" (Stand: 06.02.2014) finden sich für jedes Ausschlusskriterium genaue Angaben von Mindestabständen, aufgeteilt in harte und weiche Tabuzonen, die landesweit gelten sollen und die auf höheren Erfahrungs- und Erkenntniswerten beruhen, als der Landkreis sie selbst zu erreichen vermag. Dabei geht diese Arbeitshilfe von WKA's in einer aktuellen Konfiguration von 2,5 bis 3 MW, einer Nabenhöhe von 150m und einem Rotordurchmesser von 100 bis 120m aus. Es ist ein schwerwiegendes Defizit, das der Landkreis von diesen landesweit anzuwendenden Kriterien, die ja auch für Gerechtigkeit, Transparenz und Gleichbehandlung sorgen sollen, ohne jede Begründung abweicht.	Die vom NLT in der Arbeitshilfe Regionalplanung und Windenergie benannten Abstände und Puffer sind nur Empfehlungen, keine rechtlichen Vorgaben. Dementsprechend sind sie rechtlich gesehen nicht bindend. Es wird auch vom NLT betont, dass die Kriterien je nach Einzelfall angepasst werden müssen und das Papier nur einen Orientierungsrahmen darstellt. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch fachliche Einschätzungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Bei einer kompletten Anwendung aller im NLT-Papier aufgeführten Abstände wären im gesamten Landkreisgebiet nur noch kleine Einzelflächen für die Windkraftnutzung möglich. Es würde somit kein substanzieller Raum für die Windenergie geschaffen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.033	E 01	Die fehlende Abwägung zwischen den genannten Kriterien wird vom Landkreis selbst zugegeben. Denn auf Seite 6 der Erläuterung/Begründung des RROP 2014 wird unumwunden eingestanden, dass man "Ausschlusskriterien, die nicht eindeutig als harte oder weiche Tabuzonen eingeschätzt werden können ... , wie weiche Tabuzonen" behandelt hat. Eine Abwägung hat somit nicht stattgefunden.	Dieses Vorgehen steht nicht in Verbindung mit einer fehlenden Abwägung. Vielmehr wurde die Frage, was unter harten bzw. weichen Tabuzonen zu verstehen ist, bewusst in der Rechtssprechung des BVerwG ausgeklammert. Diese Entscheidung muss von den Landkreisen selbst getroffen werden. In der Folge wurde die Frage, welche Zonen als weich bzw. hart zu verstehen sind von unterschiedlichen Gerichten in unterschiedlichen Bundesländern verschieden interpretiert. In der Arbeitshilfe des NLT und des Landwirtschaftsministeriums wird deshalb empfohlen, um einen erheblichen Abwägungsfehler zu vermeiden, im Zweifel Kriterien als weich einzustufen. Dieser Empfehlung ist der Landkreis gefolgt.	Kenntnisnahme
P119	P119.034	E 01	Weiter heißt es, dass eine "Einzelfallbetrachtung von weichen und harten Tabuzonen, Windenergieanlagen ... zum Zeitpunkt der Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms noch nicht vorliegen" Hierbei handelt es sich um eine reine Schutzbehauptung, um sich den nötigen Abwägungsprozessen, d. h. plausiblen Begründungen und deren Dokumentation, nicht stellen zu müssen. Diese Motivation ist schon deshalb offensichtlich, da zur Berechnung der Pufferzonen zu Ortslagen an anderer Stelle die doppelte Gesamthöhe der bisher höchsten Windanlage vom Typ Fuhrländer FL 2500 als Berechnungsgrundlage genutzt wurde (s.u.).	Die aufgestellten Kriterien können lediglich abstrakt sein, da die genaue Anlagenkonfiguration erst im Rahmen der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz bekannt ist. Dies ist jedoch auch durch die gängige Rechtssprechung akzeptiert. Der angesprochene Fall bezieht sich auf die harte Tabuzone des Abstandes zur Ortslage. Diese Tabuzone wurde aus der Rechtssprechung zur optisch bedrängenden Wirkung abgeleitet. Laut dieser müssen Windkraftanlagen mindestens das 2-fache der Anlagenhöhe als Abstand zur Wohnbebauung einhalten, da sonst eine optisch bedrängende Wirkung vorliegt. Da auf Ebene der Raumordnung noch keine Anlagenkonfiguration vorliegt, wurde zur Bestimmung dieser Tabuzone der "worst-case" angenommen, d.h. die größtmögliche Anlagenhöhe. In der Praxis entfalten jedoch die weichen Tabuzonen des Abstandes von 1000 m zur Ortslage bzw. 500 Meter zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung eine gewichtigere Rolle.	Kenntnisnahme
P119	P119.035	E 01	In dem Unterpunkt "Arbeitsschritt 2 „weiche Tabuzonen: Natur und Landschaft" wird einfach eine Liste mit Ausschlussgebieten und den einzelnen Pufferzonen abgedruckt, ohne diese zu erklären, geschweige denn die Auswahlkriterien darzustellen und zu begründen. Auch hierzu wird mitgeteilt, dass die Ausschlusskriterien nicht danach überprüft worden seien, ob es sich um harte oder weiche Tabuzonen handelt. Auch dies stellt einen Abwägungsausfall dar, der allein schon zur Rechtswidrigkeit des Vorhabens führt. Dieses Vorgehen ist auch deshalb bedenklich, da aufgrund der Ausschlussfunktion der Tabuzonen diese bei der Potentialflächenbetrachtung nicht mehr zur Verfügung stehen.	Die Begründung wird im Entwurf 2015 umfassender dargestellt. Dabei wird auch die Auswahl und Begründung der Tabuzonen deutlicher dargestellt.	zu berücksichtigen
P119	P119.036	E 01	Sinn und Zweck der Differenzierung ist es gerade, dass die weichen Tabuzonen zu begründen sind, sie stehen ja im Ermessen des Plangebers. Dieses Erfordernis der begründeten Trennung von harten und weichen Tabuzonen ist auch deshalb besonders wichtig, weil die weichen Tabuzonen in der nächsten Planungsstufe nicht mehr in den Abwägungsprozess einbezogen werden können.	Die Begründung wird im Entwurf 2015 umfassender dargestellt. Dabei wird auch die Auswahl und Begründung der Tabuzonen deutlicher dargestellt.	zu berücksichtigen
P119	P119.037	E 01	In dem dritten Arbeitsschritt (Bewertung der Potentialflächen = Kreisgebiet nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen) werden also bei dieser unzulässigen Praxis noch Flächen in der Abwägung berücksichtigt, die in Wahrheit nicht mehr zur Verfügung stehen. Auf diese Tabuzonen darf der Planungsträger allerdings nur dann zurückgreifen, wenn sich in dem 3. Arbeitsschritt ergeben sollte, dass der Windenergie in dem Kreisgebiet insgesamt nicht mehr substantiell Raum geschaffen werden kann.	Die Begründung wird im Entwurf 2015 umfassender dargestellt. Dabei wird auch die Auswahl und Begründung der Tabuzonen deutlicher dargestellt.	zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.038	B 10	<p>3. „Bestandschutz“ als trickreicher Hebel zur Errichtung von industriellen Großwindanlagengebieten zu Lasten der <u>Bevölkerung</u>.</p> <p>Gemäß Ziff. 4.2.210 des Begründungsentwurfs sollen Windkraftanlagen jetzt auch erstmals an Standorten errichtet werden dürfen,</p> <ul style="list-style-type: none"> • an denen bereits alte Einzelanlagen stehen, oder • für die es "bauleitplanerisch gesicherte Bereiche" gibt. <p>Mit diesen Ausnahmeregelungen versucht der Landkreis sich seiner originären Aufgabe zu entziehen, die Entstehung von Windparks in dem Kreisgebiet in eigener Verantwortung nach sachlichen Gesichtspunkten zu steuern.</p>	Die bauleitplanerisch gesicherten Bereichen wurden im Zuge einer Ziel-Ausnahme-Regelung dargestellt. Dies ist rechtlich zulässig. Die Regelung zum Repowering wird im Entwurf 2015 angepasst.	zu berücksichtigen
P119	P119.039	B 10	<p>Denn Altanlagen erfüllen oft nicht die heutigen technischen und rechtlichen Anforderungen. Ihre Standorte sind deshalb für die Windenergie nur noch begrenzt nutzbar, d. h. bis zum Ende der betrieblichen Lauffähigkeit der jeweiligen Anlagen. Der Grund liegt z. B. darin, dass sich die Größe der Windräder bisher im Zuge der technischen Entwicklung praktisch in einem Rhythmus von 10 Jahren verdoppelt hat. Der Landkreis erwartet die Fortsetzung dieser Entwicklung auch in der Zukunft.</p> <p>Wenn danach also Windräder in Wetterdeich/Oederquart (Kreis Stade) vor ca. 15 Jahren aus zwingenden Gründen des Landschafts- und Umweltschutzes bis zu einer Höhe von max. 100m gerade noch tolerabel waren, so ist schon heute klar, dass diese Standorte für ein Repowering mit Windrädern in der heute üblichen Höhe von 180- 200m keinesfalls mehr in Betracht kommen.</p>	Bei den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen handelt es sich um Flächen, an denen ein erhebliches öffentliches Interesse besteht, dass diese gesichert und ausgebaut werden. Zudem wird mit dem Vorgehen das Gegenstromprinzip eingehalten. Wenn die Altstandorte repowert werden sollen, muss natürlich dennoch sowohl im Bauleitplanungsverfahren, als auch im Zuge der BlmschG-Genehmigung dargelegt werden, dass keine öffentlichen Belange wie z.B. der Umweltschutz, entgegenstehen.	Kenntnisnahme
P119	P119.040	B 10	Neue Anlagen und auch solche, die als Ersatz für die Altanlagen geplant werden (sog. Repowering), müssen die heute gültigen technischen und rechtlichen Erfordernisse erfüllen. Es gibt keine planungsrechtlich relevanten Gründe, die es rechtfertigen könnten, die Standorte solcher Altanlagen von den Anforderungen an Vorranggebiete nach den heutigen Standards auszunehmen. So der Erste Kreisbaurat Jochimsen in der mündlichen Verhandlung vor dem OVG Niedersachsen am 14.05.2014.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P119	P119.041	B 10	Die 6 Altanlagen in Wetterdeich/Oederquart nahe der Kreisgrenze auf Stader Gebiet sind deshalb wegen ihrer Nähe zu Schutzgütern und der besonderen Schwere der Beeinträchtigung des Landschaftsbildes nur bis zu einer Höhe von max. 100m genehmigungsfähig gewesen, wie sich aus den Baugenehmigungsakten des Landkreises Stade ergibt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P119	P119.042	B 10	Es ist daher mangels rechtmäßiger Planungsgrundlage rechtswidrig, an einem solchen Standort deutlich höhere Anlagen zuzulassen. Dies gilt erst recht im Hinblick auf die Erwartung des Landkreises, dass die Windräder in 10 Jahren voraussichtlich 350m hoch sein werden und 5 - 6 MW leisten. Es macht im Interesse von Umwelt und Natur keinen Sinn und wäre sach- und rechtswidrig, einen rechtlichen Bestandsschutz über die konkrete Einzelanlage hinaus auf einen Standort erweitern zu wollen.	Der Vorrangstandort Geversdorf-Oberndorf entspricht den vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien und hat darin seine Planungsgrundlage. Die Bestandsanlagen auf dem Gebiet des Landkreises Stade unterliegen nicht dem RROP des Landkreises Cuxhaven.	Kenntnisnahme
P119	P119.043	B 10	Vollends unverständlich ist die ungeprüfte - erstmalige - Zulassung von Windparks auch auf solchen Flächen, die lediglich "bauleitplanerisch gesichert" sind. Mit dieser weiten Öffnungsklausel werden pauschal alle Eigenmächtigkeiten der Gemeinden in ihrer Leitplanung abgesegnet. Indirekt sanktioniert der Landkreis so insbesondere alle Anpassungen der Bauleitplanung, die Gemeinden in Umsetzung des gerichtlich für ungültig erklärten RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) beschlossen haben.	Eigenmächtigkeiten der Gemeinden in ihrer Bauleitplanung liegen nicht vor, da diese den Zielen der damals aktuellen Raumordnung, und somit den Ausweisungen der Vorranggebiete in alten RROPs entsprechen musste. Alle Flächennutzungspläne der Gemeinden müssen vom Landkreis Cuxhaven genehmigt werden.	Kenntnisnahme
P119	P119.044	B 10	Konkret betroffen sind die Nachbarn des Sondergebietes für Windenergie Bentwisch/Portshemm, das die Samtgemeinde Am Dobrock in ihrer 7. Änderung des Flächennutzungsplans am 26.02.2014 beschlossen hat. Dem Protokoll dieser Samtgemeinderatssitzung ist im Einzelnen zu entnehmen, dass die Mitglieder dieses Gremiums - fälschlich - von der Rechtskraft des RROP 2012 ausgegangen sind. Der Landkreis hat diese irrige Vorstellung herbeigeführt und auf die gesetzliche Pflicht der Gemeinde verwiesen, das regionale Raumordnungsprogramm schnell gem. § 1 Abs. 4 BauGB auf der Gemeindeebene in der Bauleitplanung umzusetzen. Auch die Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Bauausschusses vom 14.11.2013 beweist diese – rechtswidrige - Einwirkung des Landkreises. Es wird hierzu auf die Niederschrift der 12. öffentlichen Sitzung des Samtgemeinderates am 24.02.2014 und die Niederschrift der 5. öffentlichen Sitzung des Bauausschusses am 14.11.2013 verwiesen.	Das RROP 2012 wurde am 28.06.2012 bekannt gemacht und ist an diesem Tag somit in Kraft getreten. Bis zur Aufhebung des sachlichen Teilabschnitts Windenergie durch das OVG Lüneburg am 14.05.2014 war das RROP 2012 in Bezug auf die Windkraft Planungsgrundlage. An die im RROP 2012 festgelegten Ziele zur Windkraft mussten sich die Gemeinden somit bis 14.05.2014 anpassen. Somit wurden in den angeführten Sitzungen keine falschen Aussagen getroffen. In der Sitzung am 26.02.2014 und auch am 14.11.2013 hatte das RROP 2012 noch Rechtskraft.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.045	B 10	Sämtliche Mitglieder des Samtgemeinderates haben sich daher über ihre rechtliche Pflicht zur Anpassung ihrer Bauleitplanung geirrt, und der Landkreis hat diese falsche Vorstellung bewirkt.	Siehe P119.044	Kenntnisnahme
P119	P119.046	B 10	Unabhängig hiervon ist der Samtgemeinderat gehalten, unverzüglich die Aufhebung des Sondergebietes für Windenergie zu beschließen. Dies ist dem Respekt von dem Recht, d. h. den bekannten Urteilen des niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts geschuldet. Der jetzt für dieses Sondergebiet geplante Bestandsschutz stellt den Versuch einer Umgehung des Rechts dar.	Es besteht für die Samtgemeinde keinerlei Verpflichtung den rechtsgültigen Flächennutzungsplan aufzuheben. Dieser wurde auf Basis eines zum damaligen Zeitpunkt rechtsgültigen RROPs aufgestellt.	Kenntnisnahme
P119	P119.047	B 10	Diese Wertung basiert nicht etwa auf einem Missverständnis. Denn der Erste Kreisbaurat Jochimsen wird in einer Pressemitteilung des Landkreises vom 30.07.2014 wörtlich zitiert: "In den bauleitplanerisch gesicherten Bereichen ist die Errichtung von Windkraftanlagen weiterhin möglich". Danach soll sich im Landkreis Cuxhaven offensichtlich die Regionale Raumordnung nach der Bauleitplanung der Gemeinden richten und nicht umgekehrt, wie in § 1 Abs. 4 BauGB gesetzlich vorgeschrieben: Die Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen.	Siehe P119.039	Kenntnisnahme
P119	P119.048	E 01	<u>4. Unzutreffende und nicht nachvollziehbare Begründung für Mindestabstände zur Wohnbebauung</u> <u>4.1. „Harte Tabuzone“</u> In der Begründung des Entwurfs zur Fortschreibung des Teilabschnitts Windenergie wird die „harte Tabuzone“ von 420 m zur Vermeidung einer optisch bedrängenden Wirkung unter Bezugnahme auf das Urteil des OVG Nordrhein-Westfalen, Az. A 2746/09 damit begründet, dass die höchste bekannte Windenergieanlagen vom Typ Fuhrländer FL 2500 eine Gesamthöhe von 210 m habe. Das Doppelte dieser Höhe, somit 420 m, sei als harte Tabuzone aufzufassen. Die zitierte Entscheidung eignet sich nicht als Grundlage für die Festlegung der harten Tabuzone für den Abstand von der Wohnbebauung. Denn Gegenstand der Entscheidung ist nicht der Abstand zur Grenze eines Vorranggebietes, sondern der Abstand einer schon konkret aufgrund einer Baugenehmigung im Bauzustand befindlichen Windenergieanlage mit einer Höhe von 149,3m von einem bestimmten Wohngebäude.	Der Landkreis Cuxhaven weist lediglich Flächen für die Nutzung von Windkraftanlagen aus, keine einzelnen Anlagen selbst. Somit können Abstände nur zu den Grenzen der Vorranggebiete gesetzt werden. Dies ist jedoch nicht nachteilig für die Bürger. Durch die Bestimmung, dass sich die Windkraftanlagen komplett innerhalb eines Vorranggebietes befinden müssen, d.h. auch die Flügelspitzen, werden Windkraftanlagen nicht an der Grenze eines Gebietes stehen, sondern weiter innerhalb eines Vorranggebietes. Der Abstand zum einzelnen Wohnhaus erhöht sich somit zusätzlich.	Kenntnisnahme
P119	P119.049	E 01	In der Begründung des Entwurfs zur Änderung des RROP 2014 geht der Landkreis davon aus, dass auf der Ebene des regionalen Raumordnungsprogramms noch keine Details hinsichtlich Anzahl oder Größe der Windenergieanlagen bekannt sind. Das ist grundsätzlich zutreffend. Selbst wenn schon Bauanträge gestellt worden sind, bedeutet dies keineswegs, dass Windenergieanlagen wie zunächst beantragt, gebaut werden. Bauanträge können zurückgezogen werden oder auf andere, auch größere Windenergieanlagen umgestellt werden. Wann welche Windenergieanlagen zukünftig im Vorranggebiet errichtet werden, ist somit nicht sicher zu prognostizieren.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P119	P119.050	E 01	Daraus folgt zunächst, dass als Grundlage der Festlegung des Abstandes zur Wohnbebauung die Höhe der derzeit höchsten auf dem Markt verfügbaren Windenergieanlagen nicht herangezogen werden darf. Denn es ist allgemein bekannt, dass die Leistung und Dimension von Windenergieanlagen in den letzten Jahren rasant fortgeschritten ist. Windenergieanlagen, die noch vor kurzer Zeit das Maß aller Dinge waren, werden nun schon wieder „repowert“. Sicher ist, dass die Größe und Leistungsfähigkeit der Windenergieanlagen weiter zunehmen wird. Anlagen bis 300m bzw 350 m sind schon in der Planung und werden eine weiter verstärkte erdrückende optische Wirkung haben. Es ist somit zu erwarten, dass die Tabuzone von 420 m zukünftig einen weit geringeren Abstand zulassen würde als die doppelte Anlagenhöhe mit der Folge der – nicht nur optischen – starken Emissionen der Anlagen, durch die die Wohnbevölkerung geschädigt wird.	Diese Tabuzone wurde aus der Rechtsprechung zur optisch bedrängenden Wirkung abgeleitet. Laut dieser müssen Windkraftanlagen mindestens das 2-fache der Anlagenhöhe als Abstand zur Wohnbebauung einhalten, da sonst eine optisch bedrängende Wirkung vorliegt. Da auf Ebene der Raumordnung noch keine Anlagenkonfiguration vorliegt, wurde zur Bestimmung dieser Tabuzone der worst-case angenommen, d.h. die größtmögliche Anlagenhöhe. In der Praxis entfalten jedoch die weichen Tabuzonen des Abstandes von 1000 m zur Ortslage bzw. 500 Meter zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung eine gewichtigere Rolle.	Kenntnisnahme
P119	P119.051	E 01	Es hätte daher für die Festlegung der harten Tabuzone ein „Puffer“ im Hinblick auf die zu erwartende zukünftige Entwicklung der maximalen Anlagenhöhe berücksichtigt werden müssen, dessen Kriterien nachvollziehbar hätten dokumentiert werden müssen.	Das RROP hat eine maximale Gültigkeit von 10 Jahren. In Bezug auf die technische Entwicklung im Bereich der Windenergie in diesem Zeitraum wird das Vorgehen des Landkreises als angemessen angesehen. Sofern gewichtige Entwicklungen eintreten, kann das RROP auch schon vorzeitig angepasst werden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.052	E 01	Darüber hinaus wird in der Begründung des Entwurfs verkannt, dass die optisch bedrängende Wirkung von Windenergieanlagen mit zunehmender Höhe exponentiell wächst. Eine Windenergieanlage mit einer Höhe von 150 m im doppelten Abstand von 300m ist optisch weit weniger bedrängend, als z.B. eine Windenergieanlage mit einer Höhe von 210 m im Abstand von 420 m. Das liegt u.a. daran, dass die statisch erforderliche Baumasse mit zunehmender Höhe der Anlagen überproportional steigt. So wiegt z.B. die 198 m hohe Windenergieanlage Enercon E-126 mit einer Leistung von 6 MW 2800 Tonnen (!).	Diese Einschätzung wird von der Rechtsprechung bislang nicht geteilt und wird somit nicht zugrunde gelegt.	Kenntnisnahme
P119	P119.053	E 01	Darüber hinaus ist zu berücksichtigen, dass bei einer bestimmten Anlagengröße das „menschliche Maß“ überschritten wird. Der Mensch hat sich in einem langen kulturellen Prozess an die Höhe von Kirch- und Rathautürmen, Industrieschornsteinen, (eher filigrane) Strommasten und Hochhäusern gewöhnt. Diese Bauwerke prägen bisher jedoch weitgehend städtische und industriell geprägte Regionen und sind regelmäßig weit niedriger als derzeit marktgängige und zukünftig zu erwartende Windenergieanlagen.	Auch bei Windkraftanlagen ist bereits ein Gewöhnungseffekt und eine Akzeptanz erkennbar. Ein rechtlich nicht normierter Begriff wie "menschliches Maß" kann nicht unmittelbare Grundlage einer Planung sein, sondern nur mittelbar in ihr Berücksichtigung finden. Dies ist im RROP Entwurf 2014 der Fall.	Kenntnisnahme
P119	P119.054	E 01	Selbstverständlich sind die Kriterien für die Festlegung des Abstands von der Wohnbebauung nicht mathematisch genau zu ermitteln. So kann nicht sicher vorausgesehen werden, inwieweit zukünftig eine Anlagenhöhe von 300 m überschritten wird. Es bedarf daher einer nachvollziehbaren, rationalen Methode, die zukünftige Entwicklung abzuschätzen. Hierfür dürfte sinnvoll sein, den zu betrachteten Zeitraum zu begrenzen (z.B. auf fünf oder zehn Jahre) und dann die Größenzunahme der jeweiligen größten Windenergieanlagen in den letzten (z.B.: zehn) Jahren (z.B.: linear) vorzuschreiben mit einem weiteren Zuschlag für die exponentiell mit zunehmender Größe sich steigernde bedrängende optische Wirkung (z.B. 5% je 10 m Anlagenhöhe). Da schon jetzt Windenergieanlagen mit einer Höhe von 300 m in der Entwicklung sind, ist jedenfalls davon auszugehen, dass mindestens diese Höhe der Abstandsbemessung zugrunde zu legen ist.	Das Vorgehen des Landkreises wird als angemessen angesehen. Im Übrigen wird darauf hingewiesen, dass bis heute es nicht bekannt ist, dass Windenergieanlagen mit 300 m Höhe in der Entwicklung sind. Derzeit sind aufgrund der Logistik größere Anlagen als 210-220 Meter nicht rentabel.	Kenntnisnahme
P119	P119.055	E 01	Der Landkreis hat es jedoch offensichtlich unterlassen, rationale und angemessene Kriterien für die Bestimmung des Abstands von der Wohnbebauung als harte Tabuzone zu entwickeln und zu dokumentieren. Allein der Rückzug auf ein nicht einschlägiges Urteil aus dem Land Nordrhein-Westfalen ersetzt die planerisch geforderten Überlegungen jedenfalls nicht.	Das Vorgehen des Landkreises wird, wie dargelegt, als angemessen angesehen.	Kenntnisnahme
P119	P119.056	E 01	<u>4.2. Weiche Tabuzone (Abstand zur Wohnbebauung)</u> Im Hinblick auf die Siedlungsflächen differenziert der Entwurf der Begründung zwischen Ortslagen und sonstiger wohnbaulicher Nutzung. Der „Puffer“ Ortslagen soll 1000 m (inklusive der 420 m harten Tabuzone) betragen. Die weiche Tabuzone beträgt somit 580 m. Bei der sonstigen wohnbaulichen Nutzung soll der Puffer jedoch lediglich 500 m betragen (inklusive der 420 m harten Tabuzone), somit lediglich 80 m. Die Methode der Differenzierung zwischen Ortslagen und sonstiger wohnbaulicher Nutzung ist zweifellos sachwidrig. In der ursprünglichen Begründung des regionalen Raumordnungsprogramms 2012 wurde angegeben, dass nach einer Einzelfallbetrachtung die Ortslagen um die Bereiche ergänzt worden seien, die in größerer Zahl bebaute Grundstücke in einem engen baulichen Zusammenhang aufweisen. Diese Begründung ist nunmehr gestrichen worden. Eine Begründung hierfür wird nicht gegeben. Dies wäre jedoch erforderlich gewesen, damit nachvollziehbar wird, warum der Landkreis seine Meinung nunmehr geändert hat.	Im Entwurf 2015 wird die Unterscheidung zwischen Ortslage und sonstiger wohnbaulicher Nutzung umfassend vorgenommen.	zu berücksichtigen
P119	P119.057	E 01	Zur Bestimmung der Daten für die Gebiete der Ortslagen wie der sonstigen wohnbaulichen Nutzungen wurde nach der Begründung auf die Datenbestände des amtlichen topographisch-kartografischen Informationssystems zurückgegriffen. Diese Daten seien dann in Abstimmung mit den Gemeinden aktualisiert und unter Rückgriff auf die kommunalen Bauleitpläne an tatsächliche Gegebenheiten angepasst worden. In der Begründung jedoch nicht eingegeben, was wie von wem warum mit den Gemeinden tatsächlich abgestimmt worden ist. Ebenso wenig wird mitgeteilt, was eigentlich unter der Anpassung an die tatsächlichen Gegebenheiten zu verstehen sein soll. Tatsächlich hat es auch überhaupt keine Anpassung an die tatsächlichen Gegebenheiten gegeben. Aus kommunalen Bauleitplänen lässt sich jedenfalls nichts im Hinblick auf die konkrete Wohnbebauung ableiten.	Die Begründung hierzu wird im Entwurf 2015 umfassender dargestellt.	zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.058	E 01	In der weiteren Begründung des Entwurfs wird mitgeteilt, dass die Unterscheidung zwischen „Ortslagen“ und „sonstiger Wohnbaulichen Nutzung“ unabhängig von den bauplanungsrechtlichen Begriffen des Innenbereichs bzw. Außenbereichs erfolge. Das mag zwar im Ansatz richtig sein, ersetzt jedoch keine nachvollziehbare Begründung der vom Planaufsteller vorgenommenen Differenzierung. Eine solche Begründung ergibt sich auch nicht aus den weiteren Ausführungen im Begründungsentwurf. Danach seien die Abstände von 1000 m bzw. 500 m zwischen Wohnnutzung und Rotorblattspitze gewählt worden, um im Rahmen des vorbeugenden Immissionsschutzes für die wohngenutzten Bereiche einen ausreichenden Schutz gewährleisten zu können. Aus dieser Begründung kann keine Differenzierung von Abständen sinnvoll abgeleitet werden.	Im Entwurf 2015 wird die Unterscheidung zwischen Ortslage und sonstiger Wohnbaulicher Nutzung umfassend vorgenommen.	zu berücksichtigen
P119	P119.059	E 01	Im folgenden Satz wird dann ausgeführt, dass Ortslagen gegenüber Außenbereichen vorrangig dem Wohnen dienen, sodass dort ein höherer Schutzanspruch bestehe. Hier wird somit zwischen Ortslagen und Außenbereich differenziert, ohne dass angegeben wird, was nun eigentlich unter „Außenbereich“ zu verstehen sein soll, da dies nach der Begründung jedenfalls nicht der Außenbereich im bauplanungsrechtlichen Sinne sein soll.	Im Entwurf 2015 wird die Unterscheidung zwischen Ortslage und sonstiger Wohnbaulicher Nutzung umfassend vorgenommen.	Kenntnisnahme
P119	P119.060	E 01	Darüber hinaus ist ebenso nicht nachvollziehbar, von welchem Ausgangspunkt aus, in welchem Maß, nach welchen Kriterien die um 520 % größere „weiche Tabuzone“ bei Ortslagen gegenüber „Außenbereichslagen (?)“ bzw. „Wohnbaulicher Nutzung (?)“ bestimmt worden ist.	Im Entwurf 2015 wird die Unterscheidung zwischen Ortslage und sonstiger Wohnbaulicher Nutzung umfassend vorgenommen.	Kenntnisnahme
P119	P119.061	E 01	Die Behauptung in der Begründung, dass Ortslagen gegenüber „Außenbereichslagen“ vorrangig dem Wohnen dienen, ist, wenn die tatsächlichen Verhältnisse im Umfeld des Beklagtengebietes konkret berücksichtigt werden, eindeutig unzutreffend.	Im Entwurf 2015 wird die Unterscheidung zwischen Ortslage und sonstiger Wohnbaulicher Nutzung umfassend vorgenommen.	Kenntnisnahme
P119	P119.062	SO 09	So ist in den Ortskernen der Gemeinden im Gebiet der Samtgemeinde am Dobrock eine Konzentration von Handel, Gewerbe, Dienstleistern, Freiberuflern und Verwaltung im engen Zusammenhang bzw. durchmischt mit der Wohnbebauung festzustellen. Dagegen weisen die hier betroffenen Areale einen weit höheren Anteil an Wohnbebauung und nur wenige - zumeist landwirtschaftlich - genutzte Gebäude auf, nebst einigen Unternehmen aus der Freizeit- und Tourismusbranche, die erst recht von den Emission einer großen Industrieanlage freigehalten werden müssen.	Im Entwurf 2015 wird die Unterscheidung zwischen Ortslage und sonstiger Wohnbaulicher Nutzung umfassend vorgenommen. Die Ortskerne der Gemeinden im Gebiet der Samtgemeinde am Dobrock wurden alle als Ortslage eingestuft.	Kenntnisnahme
P119	P119.063	SO 09	Es ist somit festzustellen, dass es sich z.B. bei den Häusern entlang der Straße Portshemm um eine Siedlung bzw. Ortslage handelt. So ist der Ortsteil Portshemm von Geversdorf als eine Ansiedlung von holländischen Siedlern bereits im 15. Jh. entstanden und wird seither zu Wohnzwecken genutzt. Auch in der amtlichen -aktuellen - Dorfentwicklungsplanung von Geversdorf wird die Siedlung Portshemm als Ortsteil von Geversdorf bezeichnet. Gerade der Ortsteil Portshemm ist dort mit der besonderen Entwicklungsaufgabe Erholung versehen.	Die Einstufung der Siedlungslagen im Bereich des Windparks Geversdorf-Oberndorf wurde im Zuge eines Ortstermines am 12.02.2015 überprüft. An diesem Termin haben Vertreter des Landkreises, der Verwaltung der Samtgemeinde, der Bürgermeister der Gemeinde Oberndorf sowie der Ausschussvorsitzende des Bauausschusses teilgenommen. Das gesamte Gebiet rund um den Windpark wurde zu Fuß bzw. mit dem Auto erkundet und die Nutzungen dokumentiert. Als Ergebnis wurde von allen Beteiligten festgehalten, dass an der bisherigen Ausweisung im Rahmen des RROP Entwurfs 2014 festgehalten wird.	Kenntnisnahme
P119	P119.064	SO 09	Auch die Gemeinde Oberndorf zählt die unmittelbar angrenzende Ortslage von Bentwisch zu ihrem Gemeindegebiet. Sämtliche Häuser entlang der Straße mit dem Namen Bentwisch bilden eine Ortslage. Dies gilt speziell auch für die unmittelbar an das geplante Vorranggebiet angrenzenden Teile von Bentwisch. Dort sind viele nahe beieinander befindliche Wohnhäuser festzustellen, eine zusammengehörige Ansiedlung darstellen. Bentwisch hat z.B. auch seit dem Jahre 1907 einen eigenen, äußerst aktiven Schützenverein, was ein Indiz für einen durch die Nachbarschaft bedingten, gewachsenen sozialen Zusammenhang ist.	Siehe P119.063	Kenntnisnahme
P119	P119.065	SO 09	Das Vorranggebiet muss zu den Wohnhäusern der angrenzenden Straßen Bentwisch, Portshemm und auch Altendecken, Neuenschleuse und Wetterdeich, die westlich angrenzen, deutlich höhere Abstände als vorgesehen einhalten. Denn sämtliche Häuser bilden dort jeweils entsprechende Ortslagen von Oberndorf bzw. Geversdorf.	Siehe P119.063	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.066	SO 09	Für Dörfer (Ortslagen) in Norddeutschland ist es typisch, dass die Wohnhäuser entlang der Straßen errichtet sind. Denn die Aufwendungen der Erschließung sind in den seitlich gelegenen Flächen wegen deren Feuchtigkeit meistens zu teuer gewesen. Wohnhäuser in einer Reihe entlang einer Straße sind danach als die übliche Siedlungsform in der hier betroffenen Region zu bezeichnen. Im Konkreten Fall wird der Zusammenhang der Wohnbebauung nicht nur durch die Straße, sondern auch durch die Oste und den Ostedeich (bzw. Wetterndeich) vermittelt und verstärkt. Es wäre somit ein Fehler, den Siedlungscharakter einer Mehrzahl von Häusern nur dann anzunehmen, wenn sie nah und kreisförmig um einen zentralen Platz errichtet wurden. Entscheidende Merkmale einer Siedlung sind vielmehr die soziale Zusammengehörigkeit ihrer Bewohner, die Koordination der Bedürfnisse und die Einzigartigkeit der jeweiligen historischen Entwicklung sowie eine räumliche Verbindung (z.B. Straße, Deich, Fluss).	Siehe P119.063	Kenntnisnahme
P119	P119.067	SO 09	Vorliegend sind die Ortslagen Bentwisch, Portshemm, Altendecken und Neuenschleuse Straßendörfer, weil sie entlang der Oste als natürlichem seitlichen Hindernis und Versorgungsträger entstanden sind. Sie bilden jeweils Ortslagen von Oberndorf bzw. Geversdorf. Darüber hinaus indiziert auch die historisch tradierte und bis heute geltende Bezeichnung der Ortslagen mit eigenem Namen, dass es sich um gewachsene, kulturell, wirtschaftlich und durch die Bebauung vermittelte soziale Strukturen handelt.	Siehe P119.063	Kenntnisnahme
P119	P119.068	E 01	Die Begründung der Planung lässt auch eine Auseinandersetzung mit der wissenschaftlichen und öffentlichen Diskussion sowie der Rechtslage und Praxis in anderen Bundesländern zu den Mindestabständen zwischen Windkraftanlagen vermissen. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) verlangt bekanntlich einen Mindestabstand zwischen Windkraftanlagen und einer Wohnbebauung von mindestens 2.000 m.	Eine solche Auseinandersetzung muss auch nicht stattfinden. Der Landkreis muss sich an geltende Rechtsvorschriften, Vorgaben und Gesetze der EU, des Bundes und des Landes Niedersachsen halten. Forderungen von Institutionen wie beispielsweise der Weltgesundheitsorganisation oder Gesundheitsämtern anderer Länder bzw. Städte haben keinen rechtlich bindenden Charakter.	Kenntnisnahme
P119	P119.069	E 01	In Nordrhein-Westfalen sieht der Windenergieerlass einen Mindestabstand von 1.500 m vor. Auch in Rheinland-Pfalz wird diese Distanz von 1.500 m verlangt. In Baden-Württemberg wird generell ein Mindestabstand von 2.000 m beachtet und in der Altmark z. B. ein Abstand in Höhe des 10-fachen der Anlagenhöhe. Selbst die bayerische Landesregierung und das Land Sachsen fordern neuerdings, einen Mindestabstand der 10-fachen Anlagenhöhe zwischen Wohnhäusern und Windkraftanlagen gesetzlich zu verankern, und haben eine entsprechende Initiative im Bundesrat angekündigt.	Das Land Niedersachsen hat sich bewusst dafür entschieden von der so genannten Länderöffnungsklausel keinen Gebrauch zu machen und keinen einheitlichen Mindestabstand festzulegen. Vielmehr wurde festgestellt, dass dies von einer Vielzahl an Faktoren im Einzelfall abhängig ist. Regelungen in anderen Bundesländern haben wir für den Landkreis Cuxhaven keine Bindungswirkung.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.070	E 01	Hinzu kommen noch die Erkenntnisse aus den neueren wissenschaftlichen Untersuchungen: Der Infraschall steigt, je höher die Anlagen geraten. Gerade großvolumige Windparks intensivieren und erhöhen die schädlichen Immissionen. Vor allem in ländlichen Gebieten werden die Störungen, verglichen mit vorstädtischen Gebieten, deutlich stärker empfunden.	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Kenntnisnahme
P119	P119.071	E 01	Das Amt für Gesundheit und Umwelt der Freien Hansestadt Bremen empfiehlt deshalb einen Mindestabstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung von einem Zehnfachen der Anlagenhöhe. Zutreffend weisen die Umweltmediziner darauf hin, dass es den Flächenstaaten in Deutschland (wie z. B. in Niedersachsen) am ehesten möglich sei, diese und auch größere Mindestabstände einzuplanen, ohne das Ziel, der Windenergie substanziell Raum zu geben, zu gefährden. Die Festlegung in dem Entwurf des RROP 2014 lässt jegliche Auseinandersetzung mit den Gründen des notwendigen Mindestabstandes zur Wohnbebauung vermissen.	Siehe P119.068	Kenntnisnahme
P119	P119.072	E 01	Angesichts dieser ganz erheblichen Differenzen zu den größeren Abständen, die in anderen Bundesländern wissenschaftlich für erforderlich gehalten werden, ergeben sich erheblich gesteigerte Anforderungen an die Begründung der in dem Entwurf des Landkreises vorgesehenen äußerst geringen Abstände. So aber entsteht der Eindruck, dass das Wohl der betroffenen Bevölkerung im Landkreis Cuxhaven als weniger schutzbedürftig angesehen wird, als das Wohl der Menschen in anderen Bundesländern.	Die Abstände in anderen Bundesländern sind nicht wissenschaftlich hergeleitet, sondern wurden politisch entschieden. Sofern es wissenschaftlich belegte Beweise gäbe, dass ein größerer Mindestabstand zu Windkraftanlagen erforderlich wäre, würde dies auch auf Bundesebene widerspiegelt werden. So müsste beispielsweise des Bundesimmissionsschutzgesetz angepasst werden. Dies ist jedoch nicht der Fall. Die gesetzlichen Mindestabstände werden eingehalten, darüber hinaus wird im Landkreis Cuxhaven ein umfassender Vorsorgeabstand eingehalten.	Kenntnisnahme
P119	P119.073	E 01	Schließlich wird darauf hingewiesen, dass die Grundstücke der betroffenen Wohnbevölkerung häufig weit in Richtung der Grenze des geplanten Vorranggebietes reichen. Die Grundstücksgrenzen liegen somit bei sehr vielen Betroffenen weit weniger als 420 m von der Grenze geplanten Gebietes entfernt. Dabei handelt es sich um Grundstücke, die privat als Erweiterung des geschützten Wohnbereiches genutzt werden. Die Grundstücke sind zumeist gärtnerisch angelegt und dienen der Freizeitgestaltung, der Erholung, dem Spiel der Kinder und sozialen Kontakten zu Verwandten, der Nachbarschaft und Freunden. Im Freien sind die Bewohner und andere Personen auf den Grundstücken den Immissionen der Windenergieanlagen naturgemäß weit stärker ausgesetzt, als im Schutz der Häuser. Sachgerechter Anknüpfungspunkt für die Abstandsbemessung wäre somit nicht der Abstand zur Wohnbebauung, sondern der Abstand zu den privat genutzten, zur Wohnbebauung gehörenden Flächen (Hausgrundstücken).	Die Abstände wurden nicht auf das einzelne Wohngebäude bezogen, sondern auf die Wohnbaufläche. Hierzu gehören auch Hofflächen und Hausgärten.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.074	E 01	<u>5. Willkürliche Abstandsreduzierungen</u> 5.1. Willkürlich reduziert der Entwurf des RROP 2014 den nach LROP vorgegebenen Mindestabstand zwischen Windparks von 5 km auf 4 km. Die "Begründung" besteht aus Leerformeln, obwohl der Landkreis Cuxhaven mit seinen großen und flachen Gebieten erst recht alle Veranlassung hätte, sich an die wohlbedachte und ausgewogene Landesvorgabe zu halten.	Bei den 5 km handelt es sich nicht um eine Vorgabe, sondern eine Empfehlung. Von Seiten des Landes selbst wird betont, dass dies nur einen Orientierungswert darstellt und der Abstand im Einzelfall unterschritten werden kann.	Kenntnisnahme
P119	P119.075	E 01	In den Bereichen entlang der Kreisgrenze soll sogar ein Mindestabstand von 2 km zu Windparks auf der anderen Kreisgrenze ausreichen. Diese drastische Reduzierung soll "größere Tabubereiche an der Kreisgrenze vermeiden". Eine Tabuvermeidungsstrategie ist bei der Planaufstellung jedoch rechtswidrig und daher für den Landkreis tabu. Wörtlich erläutert der Landkreis dieses mehr als ungewöhnliche Ziel: <i>"Da die einzelnen Landkreise ihre Vorrangstandorte primär an eigenen Belangen ausrichten, kommt es relativ häufig zu Vorrangstandorten in der Nähe der Kreisgrenze".</i> Diese Begründung ist planungsrechtlich abwegig und auch im Rahmen von einer vernünftigen Abwägung nicht ansatzweise akzeptabel. Sie belegt im Übrigen, dass auch im vorliegenden Fall die Vorrangfläche vom Landkreis Cuxhaven an den Rand des Kreisgebiets zu lasten der dort lebenden Bevölkerung „abgeschoben“ werden soll.	Der Abstand von 2 km zur Kreisgrenze wird im Entwurf 2015 entfallen.	zu berücksichtigen
P119	P119.076	E 01	Widerstrebende Interessen von benachbarten Landkreisen sind miteinander abzustimmen, und zwar nach ausschließlich planungsrechtlichen Gesichtspunkten. Die Erfordernisse von Umwelt und Natur haben bekanntlich mit politischen Grenzen nichts zu tun. Kein Landkreis darf deshalb immissionsintensive Projekte vorrangig an seine Grenzen setzen. Deshalb ist zwingend die Verständigung über grenzübergreifende Projekte vorgeschrieben (§§ 16, 19, 20 LROP).	Eine Abstimmung der Landkreise untereinander findet statt.	Kenntnisnahme
P119	P119.077	E 01	Zugleich gesteht der Landkreis ein, dass er den Bewohnern an seiner Kreisgrenze ein geringer geschütztes Landschaftsbild und eine weniger geschützte Umwelt zuzumuten bereit ist. Das ist rechtswidrig, weil der Landkreis die planungsrechtlich relevanten Kriterien flächendeckend gleich und gerecht anwenden muss.	Der Abstand von 2 km zur Kreisgrenze wird im Entwurf 2015 entfallen.	zu berücksichtigen
P119	P119.078	E 01	5.2. Der Landkreis weicht ferner in entscheidenden Punkten von weiteren Vorgaben des niedersächsischen Landkreistages und der Landesregierung (Stand: 06.02.2014) ab. Danach sollen die Mindestabstände (weiche Tabuzonen) • zu Brutvogelräumen nationaler, landesweiter und regionaler Bedeutung > 1.200 m und • zu Gewässern, die größer als 10 ha sind wie z. B. die Oste, > 1.200 m ausmachen.	Der Landkreis ist nicht verpflichtet Empfehlungen zu folgen. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch fachliche Einschätzungen gestützt und wurden politisch beschlossen.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.079	U, SO 09	<u>6. Weitere nicht bei der Planaufstellung berücksichtigte Gesichtspunkte</u> <u>6.1. Umweltbericht</u> Der Umweltbericht vom 25.06.2014 basiert auf ungesicherten Unterstellungen. Bereits die allgemeinen Planziele (Ziff. 1.1) begegnen dem Einwand der unzulässigen Vereinfachung und Suggestion. Denn das aufgezeigte Übermaß an geplanter Windenergie im Kreisgebiet verursacht entsprechend unverhältnismäßige Gefährdungen der Gesundheit bei den in der Nähe des Windparks lebenden Menschen und wirkt schädigend auf die Umwelt. Es ist zweifellos nicht richtig, dass der Ausbau der Windenergie an dem geplanten Standort in dem jetzt geplanten Umfang positiv für Mensch und Natur sein könnte.	Der Ausbau erneuerbarer Energien gilt als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Dem Anspruch auf Schutz des Menschen wird durch die Abstände der WEG zu Siedlungen hinreichend Rechnung getragen. So regelt die Technische Anlage Lärm (TA-Lärm) das für verschiedene Nutzungen zumutbare Maß der Immissionsbelastung durch Lärm und Licht. Die von WEA verursachten Störungen erreichen bei dem vorgesehenen Abstand nicht die Dimension einer erheblichen Beeinträchtigung oder gar einer Gesundheitsgefährdung. Auch werden Natur und Umwelt nicht sinnlos geopfert, sondern maßvoll für einen sinnvollen, auch umweltfreundlichen Zweck beansprucht. Die potenziellen Vorranggebiete sowie ihr Umfeld werden speziell auf das Vorkommen von windenergieempfindlichen Arten überprüft und finden eine besondere Berücksichtigung in der weiteren Planung. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.080	U, SO 09	Die Aussagen zu den "bauleitplanerisch gesicherten Bereichen" sind nicht nachvollziehbar. Denn für diese Flächen (z. B. Oberndorf/Geversdorf) haben auf der Gemeindeebene gar keine eigenen Vorprüfungen der Umweltauswirkungen stattgefunden. Die Autoren des Umweltberichts übersehen ferner, dass in diese Kategorie des vermeintlichen Bestandsschutzes auch Flächen einbezogen werden sollen, die noch gar nicht mit Windkraftanlagen bebaut worden sind.	Im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2014 als auch im RROP 2014 selbst wurden potenzielle Vorranggebiet und Repoweringstandorte im LK Cuxhaven dargestellt. Die im Rahmen der SUP zu ermittelnden Umweltwirkungen sind dem Umweltbericht zu entnehmen. Bei Geversdorf/Oberndorf handelt es sich um ein potenzielles Vorranggebiet, in welchem derzeit keine WEA existieren. Bestandsschutz beschränkt sich ausschließlich auf vorhandene WEA (gem. § 35 (4) BauGB) und greift in diesem Fall nicht. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.081	U, SO 09	Die standortbezogenen Informationen und Bewertungen der Umweltauswirkungen sind plakativ und summarisch. Eine sinnvolle Auseinandersetzung mit diesen Angaben – eher Behauptungen - ist in Ermangelung einer nachvollziehbaren Begründung nicht möglich.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen. Eine detaillierte Auseinandersetzung erfolgt im Zuge des Genehmigungsverfahrens. Die Beurteilung potenziell erheblicher Umweltauswirkungen kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.082	U, SO 09	Auch als Vorab-Abschätzung leidet der Umweltbericht an den hier kritisierten Fehlern. Denn zumindest die Ist-Situation der Schutzgüter in der gesamten Fläche, in der sich die Planung auswirken kann, sollte zweifelsfrei, neutral und nachvollziehbar dokumentiert sein. Die Prognosen des Umfangs der vorhersehbaren Beeinträchtigungen müssen sich naturgemäß an dem Planungsstand ausrichten, der bis jetzt bekannt ist. Insoweit sind die Standorte, die möglichen (höchsten) Höhen und die Leistungen der nach der Planung möglichen Windkraftanlagen bekannt. Die Prognosen hätten darauf abstellen müssen und können.	Die Regionalplanung konkretisiert die Landesplanung (LROP) auf der regionalen Ebene und legt die regional angestrebte räumliche Entwicklung fest. Im RROP wird die angestrebte räumliche und strukturelle Entwicklung der regionalen Planungsräume dargestellt. Die RROP werden aus dem LROP entwickelt. Dabei sind die im LROP für den Planungsraum enthaltenen konkreten Ziele der Raumordnung zu übernehmen bzw. näher festzulegen. Die unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen werden untereinander und gegeneinander abgestimmt und in Einklang gebracht. Eine detaillierte Auseinandersetzung erfolgt im Zuge des Genehmigungsverfahrens. Die Beurteilung potenziell erheblicher Umweltauswirkungen kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.083	U, SO 09	Es fehlen ferner Angaben zu den Kriterien der Abwägung und unterschiedlichen Gewichtung bei den einzelnen Schutzgütern. Das gilt insbesondere für die Schutzgüter, deren erhebliche Beeinträchtigung in Kauf genommen wird (menschliche Gesundheit, Landschaftsbild, gefährdete Tiere, Umwelt).	Die Methode des Umweltberichts wurde auch zur Bewertung der potenziell erheblichen Umweltauswirkungen im potenziellen Vorranggebiet für Windenergie Geversdorf/Obersdorf angewandt. Die angewandten Kriterien zur Bewertung der werden im Anhang I zum Umweltbericht beschrieben. Im Ergebnis der zusammenfassenden Einschätzung der Umweltauswirkungen wird von einer potenziell erheblichen Beeinträchtigung des Gebiets Geversdorf/Obersdorf schutzgutübergreifend ausgegangen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.084	U, SO 09	Es fragt sich auch, weshalb jetzt das geplante Vorranggebiet Oberndorf/Geversdorf tolerabel sein soll, obwohl die Bezirksregierung Lüneburg diese Flächen 1997 noch ausdrücklich abgelehnt hatte. Tatsächlich haben sich die geschützten Tierarten und höherwertigen Schutzgüter in der Zwischenzeit dort weiter gefestigt und positiv entwickelt, so dass heute umso mehr der Schutz dieser Gebiete in der Oste-Niederung geboten ist. Dies gilt gerade für die Außendeichflächen unmittelbar entlang der Oste, d. h. in Altendecken und Neuenschleuse, die das Land Niedersachsen großflächig aufgekauft und naturnah belassen oder extensiv genutzt hat. Speziell geschützte Wiesenvögel (Kiebitze, Feldlerche, Wiesenpieper, Kampfläufer usw.) haben so dort ihre Lebensräume festigen können. Auch Rohrweihen und die seltene Rohrdommel haben dort in den großen Röhrichtbeständen ihre feste Heimat gefunden. Diese Flächen erweitern noch teilweise die dort in der Oste-Niederung gelegenen Natura 2000-Schutzgebiete.	Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Der Abstand zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten wird im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Gemäß dieser Kartierung gibt es im potenziellen Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten (Kiebitz) und im Umfeld (Weißstorch, Waldohreule, Rohrweihe, Seeadler). In der Zusammenfassung der Umweltwirkungen bleibt die Einschätzung einer potenziell erheblichen Beeinträchtigungen hinsichtlich der windenergieempfindlicher Brutvogelarten in Bezug auf das potenzielle Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf bestehen.	Teilweise zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.085	U, SO 09	Wiederholte Leerformeln, die einen umfassenden Abwägungsprozess behaupten, können die Offenlegung der konkreten Gesichtspunkte einer Abwägung, und zwar direkt bezogen auf die jeweils widerstrebenden Vorgaben und Schutzgüter, nicht ersetzen. Eine solche Pseudo-Rhetorik führt die gesetzlich vorgeschriebene Beteiligung der Öffentlichkeit ad absurdum.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergienutzung (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die zusammenfassende Eignung eines potenziellen Vorranggebiets bzw. potenziellen Repoweringstandort aus naturschutzfachlicher Sicht, ist in den Prüfbögen dem Punkt 4 zu entnehmen. Es ist möglich auf Grundlage des Umweltberichts (Teil C) eine Öffentlichkeitsbeteiligung gem. § 9 UVPG durchzuführen. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.086	U, SO 09	Gleiches gilt für die bemerkenswerte Eile, mit der der Landkreis dieses Verfahren der Neuaufstellung des RROP 2012 - Abschnitt Windenergie- begonnen hat. Es entsteht der Eindruck, als ob der planende Landkreis sich dieser komplexen Thematik inhaltlich nicht weiter widmen möchte. Das wäre verantwortungslos und rechtswidrig.	Der LK Cuxhaven kommt seinen Pflichten als Träger der Regionalplanung angemessen nach. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.087	SO 09	<u>6.2. Gesundheit</u> Der Schutzbereich des Artikel 2 Abs. 2 Satz 1 Grundgesetz schließt das Recht auf körperliche Unversehrtheit mit ein. Dazu gehört der Schutz der Gesundheit. Außerdem gewährt er Schutz vor nichtkörperlichen Einwirkungen, die in ihrer Wirkung einem körperlichen Eingriff gleichkommen. Dazu gehören nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts auch Lärm und andere Emissionen, die von Gebäuden ausgehen, sofern sie Gesundheitsbeeinträchtigungen auslösen können. Es ist eine Gefährdung der Gesundheit der betroffenen Wohnbevölkerung - somit auch des Unterzeichners und seiner Tochter – zu befürchten. Einschlägige wissenschaftliche Erkenntnisse über die Gesundheitsgefahren, die von den Windkraftanlagen auf die menschliche Gesundheit ausgehen, sind dennoch nicht berücksichtigt worden sind.	Im Zuge des einheitlichen Planungskonzeptes hat der Landkreis Cuxhaven Kriterien zum Mindestabstand aufgestellt, die über den gesetzlich geforderten Vorgaben liegen. Die Vorsorgeabstände stellen sicher, dass eine gesundheitliche Gefährdung durch Windparks verhindert wird. Vor Errichtung der Windkraftanlagen müssen diese gemäß Bundesimmissionsschutzgesetz geprüft und genehmigt werden. Die Vorhabensträger müssen dabei umfangreiche Gutachten vorlegen, dass durch die Anlagen keine unzumutbaren Auswirkungen wie z.B. Lärm oder unzumutbarer Schattenwurf gegeben sind.	Kenntnisnahme
P119	P119.088	SO 09	Es sind derzeit Windkraftanlagen in der Größe von 180 bis 220m Höhe marktgängig. Von der Richtgröße 220m geht der Landkreis in seiner Begründung des RROP 2014 selbst aus (was, wie dargelegt zu gering ist). Diese hohen Anlagen verursachen Schattenschlag (Diskoeffekte), somit schlagende Schallgeräusche und multiple Immissionen, die als Dauerbelästigung eine gesundheitsgefährdende Auswirkung haben. Die konzentrierte Kumulation von mehreren Windkraftanlagen mit bis zu 220m Höhe auf einer zusammenhängenden Fläche stellt einen großvolumigen, weitflächigen und blockartig ausstrahlenden Industriekomplex dar. Die Veränderungen für Mensch und Natur im Umfeld und die mittel- und langfristigen Auswirkungen insbesondere auf die menschliche Gesundheit (Herz-Kreislauf- System) sind nicht ansatzweise dargestellt.	Siehe P119.087	Kenntnisnahme
P119	P119.089	SO 09	Die Gesamtwirkung der wahrnehmbaren und unbewusst aufzunehmenden Schall-immissionen beeinflusst das Herz-Kreislauf-System von Menschen in einem inakzeptablen Ausmaß, wenn die Windenergieanlagen in dem vom Landkreis geplanten Abstand zur Wohnbebauung zugelassen werden.	Siehe P119.087	Kenntnisnahme
P119	P119.090	SO 09	Diese breite Wirkung, d. h. die Kumulation dieser schädlichen Effekte, ist auch in industrienahen Wohngebieten zu beobachten. Dort ist die Lebenserwartung der Menschen deutlich geringer als diejenige der Menschen, die auf dem freien Land leben. Der Grund liegt in der Dauerbelastung des menschlichen Organismus mit industriegeprägten Geräuschen. Im Bundesgesundheitsministerium liegt eine wissenschaftliche Untersuchung mit dem Ergebnis vor, dass die arbeitenden Menschen, die industrienah wohnen, durchschnittlich 15 Jahre früher versterben als diejenigen Menschen in einer ruhigen und naturbelassenen Umgebung.	Siehe P119.087	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.091	SO 09	Besonders gesundheitsschädlich sind die dauerhaften Beunruhigungen des vegetativen Nervensystems, die ein Zusammenziehen der Gefäße und so Bluthochdruck und die Einlagerung von Gefäßkalk hervorrufen. Es ist danach erwiesen, dass die Wahrscheinlichkeit, Herzrhythmusstörungen, frühe Herzinfarkte und Schlaganfälle zu erleiden, wächst, je näher ein Mensch an einer Industrieräusch produzierenden Anlage lebt und wohnt. Es sei hervorgehoben, dass insbesondere Kinder von der Gesundheitsgefahr betroffen sind. Bei ihnen zeigen sich deshalb vermehrt Aufmerksamkeitsdefizitsyndrome (ADS/ADHS).	Siehe P119.087	Kenntnisnahme
P119	P119.092	SO 09	Wenn die bislang ruhig und natürlich wirkende Landschaft nun von heute auf morgen in eine Industrielandschaft verwandelt wird - um eine solche handelt es sich bei einem Windpark mit mehr als siebenunddreißig 180 bis 220 m hohen Anlagen - dann wirken derartig intensive und ungewohnte Reize auf das vegetative Nervensystem der Anwohner, wie sie sonst nur in der Nähe von Flughäfen und industrienahen Wohnorten anzutreffen sind.	Siehe P119.087	Kenntnisnahme
P119	P119.093	SO 09	Anlagen in einer Höhe von mehr als 100m müssen im Übrigen eine sog. Hindernisbefeuerung aufweisen, die tagsüber ständig weiß und nachts rot blinkt. Das charakteristische Blinkmuster wird bei den vielen Windkraftanlagen, dessen Errichtung am Standort Geversdorf/Oberndorf zu erwarten sind, als intensiv störend wahrgenommen werden (sog. Lichtverschmutzung).	Die Hindernisbefeuerung ist gesetzlich vorgeschrieben und somit nicht Gegenstand des RROP.	Kenntnisnahme
P119	P119.094	SO 09	Zu befürchten sind auch Gesundheitsgefährdungen durch den sog. Infra-Schall. Der Planungsträger hätte die aktuellen wissenschaftlichen Gefahreinschätzungen erwähnen und berücksichtigen müssen. Die Erkenntnisse haben sicherere Datenbasen, da auch mittel- und langfristig auftretende Schäden angesichts der längeren Zeit, in der die Untersuchungen laufen, festgestellt werden konnten. Gerade zahlreiche Windkraftanlagen, die weit über 100 m hoch sind, emittieren in ihrer Gesamtwirkung gesundheitsgefährdende Schallwellen, die noch in Entfernungen von bis zu 3.000 m schädlich sein können. Es ist fahrlässig, wenn der Landkreis Cuxhaven eine Fläche für derartige Anlagen als Vorranggebiet in der Samtgemeinde Am Dobrock, Geversdorf, Oberndorf freigeben will, ohne die medizinischen Risiken sicher auszuschließen, und zwar auf der Basis der heute dazu in der Fachwelt gewonnenen Erkenntnisse.	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayerischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht. Durch den Vorsorgeabstand von 500m zur sonstigen wohnbaulichen Nutzung bzw. 1000m zur Ortslage schreibt der Landkreis Cuxhaven dennoch höhere Abstände zum Schutz der Bevölkerung vor, als gesetzlich gefordert.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.095	SO 09	<p><u>6.3. Eigentumsverletzung</u></p> <p>Durch die Ausweisung des Gebietes Geversdorf/Oberndorf als Vorranggebiet für Windenergie werden die benachbarten Grundstückseigentümer in ihrem Eigentum verletzt. Denn es ist bekannt, dass Wohnhäuser in der Nähe von Windparks drastische Wertverluste erleiden und praktisch nicht mehr verkäuflich sind.</p> <p>Die Dimension der Wertreduzierung übersteigt bei weitem die ggf. zu tolerierenden Veränderungen des Umfeldes einer Immobilie, die durch allgemeine Einflüsse der Demografie und wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst werden. Denn der Bau eines Windparks in dem geplanten geringen Abstand ist eine wertmindernde Industrieanlage mit schädlichen Veränderungen für die Lebensqualität in dem gesamten Umfeld.</p>	<p>Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein.</p> <p>Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch.</p> <p>Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.</p>	Kenntnisnahme
P119	P119.096	SO 09	<p>Eine solche Entwicklung müssen wir nicht akzeptieren. Jede Maßnahme mit vergleichbar enteignender Wirkung muss eine Entschädigung enthalten (Art. 14 Abs. 3 S. 1 GG). Denn durch den geplanten äußerst geringen Abstand wird die Schwelle zum Entschädigungsgleichen Eingriff überschritten. Das dürfte in andern Bundesländern mit erheblich weiterem Abstand der Windenergieanlagen anders zu beurteilen sein. Der Landkreis Cuxhaven will sich dagegen sehenden Auges den Entschädigungsforderungen der enteigneten Wohnbevölkerung aussetzen, nur damit einige wenige „Investoren“ sich zu Lasten Dritter bereichern können.</p>	Siehe P119.095	Kenntnisnahme
P119	P119.097	SO 09	<p><u>6.4. Giftiger Ölnebel</u></p> <p>Der BUND weist in seinem Grundsatzpapier RROP 2014 zutreffend darauf hin, dass der Betrieb der Windenergieanlagen zur Immission von giftigem Ölnebel in großen Mengen führt, der sich im Umfeld niederschlägt und den Boden sowie das Oberflächen- und Grundwasser belastet. Ein "mittlerer Windpark" soll so "einige Tonnen Giftnebel p. a." in die Umwelt versprühen. Über die Abzugsgräben gelangt dieses Gift u.a. in die Oste, in der gerade die großen Anstrengungen zur Wiederansiedlung des Stör und anderer empfindlicher Wanderfische laufen. Darüber hinaus wird der Boden kontaminiert mit der nachteiligen Wirkung auf Flora und Fauna aber auch Menschen, die den Giftnebel einatmen.</p> <p>Angesichts der extremen Größe des hier insgesamt geplanten Windparks und der langjährigen Dauer des Betriebes ist es fehlerhaft, dass der Landkreis diese zu erwartende zusätzliche Umweltbelastung nicht ermittelt hat und in die planerische Abwägung eingestellt hat.</p>	<p>Dieser Sachverhalt ist nicht Gegenstand der Raumordnung, sondern des BImSchG-Genehmigungsverfahrens.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.098	SO 09	<p><u>6.5. Hohe Schutzwerte der Oste-Niederung</u></p> <p>Es fällt auf, dass der Änderungsentwurf des RROP 2014 sich nicht mit den hohen Schutzwerten der Oste-Niederung auseinandersetzt. Die Gebiete Natura 2000, FFH, das Naturschutzgebiet Schnook mit den Außendeichflächen der Oste und die Brutvogelgebiete von landesweiter Bedeutung Moorstrichweg, Moorstricher Fleth und Wetterdeich, die allesamt unmittelbar an das geplante Vorranggebiet angrenzen, werden in den ausgelegten Unterlagen nur beiläufig erwähnt. Es fehlen indes Angaben zu den sachlichen Gründen, weshalb nicht bereits die Nähe zu diesen hochwertigen Schutzgebieten ein deutliches Ausschlusskriterium ist. Nachvollziehbare Aspekte des notwendigen Bewertungs- und Abwägungsprozesses werden nicht erwähnt.</p>	<p>Die Abwägung bzw. Ausweisung des Standortes SO 09 wird für den RROP Entwurf 2015 noch einmal geprüft.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.099	SO 09	<u>6.6. Rückforderung von EU-Subventionen</u> Es ist bekannt, dass die Landkreise Cuxhaven und Stade sowie zahlreiche Gemeinden entlang der Oste gemeinsam seit vielen Jahren erhebliche Anstrengungen unternehmen, um die gesamte Niederung der Oste touristisch zu entwickeln. Viele Projekte sind mit zusätzlicher EU -Hilfe realisiert worden. Diese Förderungen gehen von der Mündung der Oste aus bis zum Ort Gräpel im westlichen Teil des LK Stade (Stichworte u. a.: "Deutsche Fährstraße", "Deutsche Milchstraße", Schiffsanleger, Ansiedlung des Stör usw.). Die Straße „Bentwisch“ ist z.B. Teil der Deutschen Fährstraße. Es ist zu erwarten, dass die EU diese Subventionen zurückfordert, wenn sie Kenntnis erhält, dass mit dem geplanten großen Windpark im Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf ein Industriekoloss entsteht, der kontraproduktiv zu den bislang geförderten Zielen wirkt und die bisherigen Investitionen wieder entwertet oder zumindest stark beeinträchtigt.	Im aktuellen Regionalen Entwicklungskonzept Kehdingen-Oste heißt es im Vorwort: " Mit Herzblut arbeiten Aktive für den Erhalt und die Entwicklung ihrer Region: ...dort wird gemeinschaftlich investiert, damit sich die Windräder drehen..." Die SWOT-Analyse ergab: "Als größte Stärken der Region wurden ...die Energieproduktion aus erneuerbaren Quellen...identifiziert" Also kann davon ausgegangen werden, dass Windenergienutzung mit den LEADER Zielen vereinbar ist. Eine Gefahr der Rückforderung von Subventionen wird somit nicht gesehen.	Kenntnisnahme
P119	P119.100	SO 09	<u>6.7. Tourismus an der Oste</u> Das RROP 2012 des LK Cuxhaven erwähnt die herausragende Bedeutung der "besonderen Entwicklungsaufgabe Tourismus" für die Samtgemeinde Am Dobrock und die Orte Wingst, Neuhaus, Belum, Geversdorf und Oberndorf als einem einheitlichen Raum mit der besonderen Entwicklungsaufgabe "Erholung". Die raumplanerische Zielsetzung wird auf die "Sicherung und Entwicklung" der diese Orte umgebenden Landschaft für Erholung und Freizeit, die Umweltqualität, die Ausstattung mit Erholungs-Infrastruktur sowie das kulturelle Angebot ausgerichtet. Diese planungsrechtliche Verankerung und dynamische Fortentwicklung der Einrichtungen für Erholung und Freizeit in dem gesamten Oste-Tal lassen sich mit der parallelen Planung des Großwindparks in demselben Gebiet nicht vereinbaren.	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Kenntnisnahme
P119	P119.101	SO 09	<u>6.8. Naturschutz an der Oste</u> Das EU-gestützte Artenschutzprojekt der Wiederansiedlung des Störs in der Oste läuft seit 2009 und hat bereits messbare Erfolge. Das Medieninteresse ist groß. Diese Aktion wird auch von allen Gemeinden entlang der Oste unterstützt. Sie ist ein Musterbeispiel für den aktiven Naturschutz und die entsprechende Kommunikation, wie sie in dem IBP (Integrierter Bewirtschaftungsplan Elbeästuar) von Februar 2012 gefordert werden. Der IBP ist die grundlegende Leitlinie für das staatliche Handeln in den Ländern Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein, abrufbar unter „www.natura2000-unterelbe.de/links-Geamtplan.php“. Der Oste-Niederung ist dabei als einem Teil des Elbeästuars eine besondere Untersuchung gewidmet (vgl. Kap. 7 a. a. 0). Ein Rückgang der ökologisch existenziell wichtigen Grünlandflächen, der Gräben in den Marschgebieten, des Bewuchses der Ufer und der Verbindungen zu anderen Schutzgebieten wird festgestellt. Deshalb und zugleich fordern die 3 Länder eine ökologische Aufwertung der angrenzenden Flächen. Speziell für die Oste-Niederung wird die Notwendigkeit zur Erhöhung des Flächenanteils mit ästuartypischen Biotopen betont, d. h. die Rückführung von Acker- in Grünland, mehr extensive Grünlandnutzung, die Auwaldentwicklung, Schutzzonen für die Brutplätze des Seeadlers und vermehrt naturnahe Ufer mit Tideröhrichten und feuchten Uferstaudenfluren.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P119	P119.102	SO 09	Es ist so offenkundig, dass das horribale Industrieprojekt inmitten der Oste-Marsch die IBP-Ziele irreparabel beschädigen würde. Die Planung ist rechtswidrig, weil das IBP u. a. die Umsetzung der europäischen Richtlinien FFH, Natura 2000 und des Vogelschutzes bewirkt. Es gelten danach ein absolutes Verschlechterungsverbot und die Pflicht zu Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.103	SO 09	Der Integrierte Bewirtschaftungsplan Elbeästuar (IBP) ist nicht etwa ein Projekt von reinen Naturschützern. Der Plan berücksichtigt vielmehr bereits die Belange der Landwirtschaft, der Wirtschaft und von Energieerzeugern. Der IBP bündelt sämtliche Interessen der drei Bundesländer, die an das Elbeästuar angrenzen. Er ist somit das offizielle Planungsprogramm der drei Landesregierungen auch für die Flächen, in denen der Entwurf nun das WKA-Vorranggebiet vorsieht, danach also in einer - harten - Tabuzone für diesen Zweck.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P119	P119.104	SO 09	Auch die bekannten Anstrengungen des Konzepts Maritime Landschaft Unterelbe, das auf die Förderung des Tourismus und der Naherholung ausgerichtet ist, findet in dem Entwurf keine Erwähnung, geschweige denn eine sachgerechte Abwägung.	Siehe P119.100	Kenntnisnahme
P119	P119.105	SO 09	<u>6.9. Planungsgeschichte</u> Die erhobenen Einwendungen haben auch deshalb Gewicht, weil der LK Stade schon 1997 aus Gründen des Landschaftsschutzes den auf dem Gebiet des LK Cuxhaven geplanten Vorrangstandort Bentwisch/Portshemm abgelehnt hat. Ferner hat die Bezirksregierung Lüneburg als Aufsichtsbehörde damals angeordnet: "Der Vorrangstandort Oberndorf/Portshemm ist aufzugeben. Vor diesem Standort wird ein Vorranggebiet für Natur und Landschaft gemäß LROP tangiert. Außerdem befindet sich der Standort in einem zusammenhängenden Vogellebensraum der Niederungen, der aufgrund des noch lückenhaften Datenmaterials nicht abschließend bewertet werden konnte. Ferner liegt in unmittelbarer Nachbarschaft das geplante Naturschutzgebiet "Schnook, Außendeichsflächen bei Geversdorf". „• Darüber hinaus werden gegen diesen Standort auch aus kultur- und denkmalpflegerischer Sicht Bedenken erhoben.“	Bei der Ermittlung der Vorranggebiete des Entwurfes 2015 wurden aktuelle Daten zugrunde gelegt. Gegen die Ausweisung des Vorranggebietes sprechen keine naturschutzfachlichen Gründe. Die Einschätzung von 1997 ist veraltet.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.106	SO 09	Es wird ferner übersehen, dass das RROP Stade 2004 die Überschreitung der Höhe von 100 m für die schon damals umstrittenen Windkraftanlagen in Wetterdeich definitiv ausgeschlossen hat. In Kap. 3.5 Energie (S. 36) heißt es hierzu wörtlich: <i>"In den Vorrangstandorten für Windenergie Oederquart/Balje-Wetterdeich.... dürfen die Gesamthöhen der Windenergieanlagen 100m nicht überschreiten"</i> . Jedes Repowering dieser 6 Anlagen, das eine Höhererweiterung voraussetzt, wurde ausgeschlossen, und zwar aus zwingenden Gründen des Natur- und Landschaftsschutzes, unmittelbar angrenzend an das jetzt geplante Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf.	Eine solche Einschränkung ist im neuen, rechtsgültigen RROP 2013 des Landkreises Stade nicht mehr gegeben.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.107	SO 09	Der Planungsträger sich jedoch nicht mit dieser Planungsgeschichte und den damals wie heute aktuellen Ablehnungsgründen auseinandersetzt und seine Abwägungen hierzu bekannt gegeben. Es haben damals - ebenso wie heute- wissenschaftliche Daten existiert, aus denen sich Erkenntnisse über die Entwicklungen der einzelnen Schutzgüter der Planung ableiten lassen. Wenn der Planungsträger von bisherigen Erkenntnissen abweicht, so bedarf dies einer sorgfältigen und überzeugenden Begründung.	Der Landkreis Cuxhaven hat ein einheitliches Planungskonzept mit harten und weichen Tabuzonen aufgestellt. Dabei wurden aktuelle Daten zugrunde gelegt. Dem ausgewiesenen Vorranggebiet Geversdorf-Oberndorf stehen keine naturschutzfachlichen Bedenken auf Ebene der Raumordnung entgegen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.108	SO 09	<p><u>6.10. Zerstörung des Landschaftsbildes</u></p> <p>Der Änderungsentwurf enthält keine Abwägung zu dem Gesichtspunkt der Vorbelastung des Gebiets. Es ist nämlich das gesamte Oste-Tal von Hemmoor/Osten bis Neuhaus vollständig frei von großen raumrelevanten Industrieanlagen inklusive Windrädern.</p> <p>Die 6 Altanlagen am Wetterdeich prägen nicht das ansonsten mit ungestörter Weitsicht ausgestattete Gebiet. An ihren Standorten sind Anlagen über 100m Höhe nicht zulässig (s. o.). Es ist eine Verfälschung der Fakten, wenn diese damals ausnahmsweise, zeitlich auf ihre technische Leistungszeit beschränkten und mit strikt begrenzter Höhe genehmigten Anlagen heute als eine industrielle Vorbelastung der Landschaft gewertet werden sollen, um die drastische Intensivierung der Eingriffe in das Landschaftsbild durch 37 doppelt so hohe Anlagen zu relativieren.</p>	<p>In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch fachliche Einschätzungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzgeld gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.</p>	Kenntnisnahme
P119	P119.109	SO 09	<p>Bereits im Jahre 2004 hat der Landkreis Cuxhaven im Rahmen der Aufstellung des RROP Cuxhaven 2004 das von den betroffenen Eigentümern angestrebte Vorranggebiet für Windenergie in Portshemm/Bentwisch geprüft und als nicht geeignet unberücksichtigt gelassen.</p> <p>Es stellt sich somit die Frage, welche Änderungen in tatsächlicher Hinsicht seit 2004 eingetreten sein sollen, die heute eine andere Bewertung dieser Flächen zulassen.</p>	<p>Bei der Erstellung des RROP Entwurfs 2014 wurde nicht auf Einschätzungen aus der Vergangenheit abgestellt, sondern es wurde unvoreingenommen ein einheitliches Planungskonzept erstellt, welches aktuelle Daten berücksichtigt. Diese können in Einzelfällen eine andere Einschätzung als vor einigen Jahren hervorrufen.</p>	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.110	SO 09	Die Nähe zu dem Naturschutzgebiet Schnook, die Vorranggebiete für Natur und Landschaft, Natura 2000, FFH sowie die Funktion dieser Flächen für die Vogelrast- und Vogelbrutgebiete von nationaler und internationaler Bedeutung waren ausschlaggebend, um diesen Flächen die Eignung als Standort eines Windparks abzusprechen. Denn die Höhe der Windräder ist ein entscheidendes Kriterium für die Auswirkungen eines Windparks auf das Landschaftsbild. Hohe Windräder sind weit über die Grenzen einer Gemeinde Tag und Nacht erkennbar. Sie prägen das Landschaftsbild. Der Kölner Dom ist z. B. lediglich 156m hoch. Der Windpark wird also absolut raum- und landschaftsprägende Auswirkungen hervorrufen. Ein besonders hoher Schutzwert des Landschaftsbildes ist deshalb hier in jedem Fall uneingeschränkt gegeben. Er ist Ausnahmen nicht zugänglich.	In Bezug auf die Frage nach Schönheit von Natur und Landschaft hat das Bundesverwaltungsgericht "auf das Urteil eines für die Schönheiten der natürlich gewachsenen Landschaft aufgeschlossenen Durchschnittsbetrachters" (BVerwG NuR 1991, S. 124, 127) abgestellt. Die fachliche Einschätzung, ob eine Windenergieanlage die Landschaft verunstaltet, kann sich somit von der subjektiven Meinung einer Einzelperson unterscheiden. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Des Weiteren wurden Regelungen getroffen, die eine Beeinträchtigung des Landschaftsbildes so gering wie möglich machen. Deshalb wurde ein Mindestabstand zwischen den Windparks festgelegt und ein Passus eingefügt, dass pro Windpark maximal zwei unterschiedliche Anlagenhöhen vorhanden sein dürfen. Weiterhin kann die Gemeinde im Rahmen der Bauleitplanung die Anlagenhöhe begrenzen. Eine Ausweisung als Vorranggebiet bedeutet nicht, dass dort 200-Meter-Anlagen gebaut werden. Ein kompletter Schutz des Landschaftsbildes kann natürlich nicht hergestellt werden. Eine gewisse Beeinträchtigung durch Windkraftanlagen ist immer gegeben. Dies ist auch nicht ausgleichbar. Allerdings muss für die Beeinträchtigung ein Ersatzgeld gezahlt werden, welches für die Naturschutz- und Landschaftspflege verwendet wird.	Kenntnisnahme
P119	P119.111	SO 09	<u>6.11. Denkmalschutz</u> Ein herausragendes Schutzgut sind in diesem Zusammenhang die denkmalgeschützten Bauwerke. Den besonders hohen Maßstab setzt dabei das technische Denkmal Schwebefähre Osten, das weniger als 10 km von dem geplanten Sondergebiet entfernt ist. Es soll demnächst als Weltkulturerbe anerkannt werden. Natürlich ist die verkehrshistorische Bedeutung dieser einzigartigen Ostequerung sinnlich nur vollständig zu erfassen, wenn die Betrachter und weltweit anreisenden Besucher die weite Landschaft der Oste-Niederung auch unbeeinträchtigt von später errichteten Windkraftanlagen wahrnehmen und nacherleben können. Denn nur dann lässt sich erahnen, welchen technischen und zivilisatorischen Fortschritt die Schwebefähre damals für die Bewohner der Ostemarschen bedeutete.	Mögliche negative Auswirkungen auf die Schwebefähre wurden aus Sicht des Denkmalschutzes, sowohl beim Landkreis, als auch beim Landesamt für Denkmalpflege, verneint.	Kenntnisnahme
P119	P119.112	SO 09	Gleiches gilt für den Deichbau, der das geplante Windparkgebiet in Form des Ostedeiches und des Wetterdeiches in allernächster Nähe und zu mehr als die Hälfte seiner Randlinien umgrenzt. Die zivilisatorische und kulturhistorische Bedeutung dieser Deiche kann man nur optisch erkennen und würdigen, wenn die Weite und Flachheit der Landschaft auch ungestört erhalten bleibt. Deshalb stehen diese Deiche auch unter Denkmalschutz.	Der Denkmalschutz einzelner Denkmäler wird im Rahmen der Bauleitplanung und der Genehmigung behandelt.	Kenntnisnahme
P119	P119.113	SO 09	Zu berücksichtigen sind ferner die besondere Reichweite und der hohe Schutzwert der weiteren in dem Verzeichnis der Denkmale eingetragenen Gebäude und Anlagen (§ 3 NdsDSchG), so u. a.: Ostedeich, links und rechts der Oste auf der gesamten Länge zwischen Elbmündung und Gemeindegrenze Osten, und der gesamte Wetterdeich (vgl. Verzeichnis der Baudenkmale für die Gemeinden Geversdorf, Oberndorf, Balje und Oederquart beim niedersächsischen Landesamt für Denkmalspflege in Hannover, u. a. Nr. 352018.00025 bis ... 28; 352042.00055 usw.). Einzelhäuser Wetterdeich 21, Neuer Seeweg 1, Hohenlucht 17, Portshemm 1, Schnook 2, Bentwisch 7 und 23 und zahlreiche weitere Einzeldenkmale und Bestandteile von Gruppen in Oberndorf-Laak, -Bentwisch und Geversdorf-Marne.	Der Denkmalschutz einzelner Denkmäler wird im Rahmen der Bauleitplanung und der Genehmigung behandelt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.114	SO 09	Auch die Marschen sind heute anerkannte Kulturlandschaft. Der nahegelegene Süderdeich gilt als zentrales Schutzgebiet, dem die Felder und Wiesen des Windparkgebietes in ihrer Beschaffenheit teilweise absolut gleichkommen.	Der Denkmalschutz einzelner Denkmäler wird im Rahmen der Bauleitplanung und der Genehmigung behandelt.	Kenntnisnahme
P119	P119.115	SO 09	Die besondere planungsrechtliche Relevanz des Denkmalschutzes für die Windparkplanung hat eindrucksvoll der 32. Deutsche Kunsthistorikertag in Greifswald hervorgehoben und den vielfach publizierten "Greifswalder Appell zur Beachtung der Denkmalwerte in der Landschaft bei der Errichtung neuer Photovoltaik- und Windkraftanlagen" vom 22.03.2013 verabschiedet.	Der Denkmalschutz einzelner Denkmäler wird im Rahmen der Bauleitplanung und der Genehmigung behandelt.	Kenntnisnahme
P119	P119.116	SO 09	Nach allgemeiner Meinung beläuft sich der Mindestabstand von Windkraftanlagen zu Denkmalen auf 100m pro 1 m Höhe der Windkraftanlagen, vorliegend also auf ca. 2.000 m. Der Denkmalschutz ist danach ein zwingendes Ausschlusskriterium.	Ein pauschaler Abstand zu Denkmälern kann nicht zugrunde gelegt werden, da der Abstand zu einem Denkmal von der Art des Denkmals abhängig ist. Alle Denkmäler werden jedoch auf Ebene der Bauleitplanung und im Rahmen der Genehmigung nach Bundesimmissionsschutzgesetz berücksichtigt.	Kenntnisnahme
P119	P119.117	SO 09	<u>6.12. Wirtschaftliche Auswirkungen</u> Auf einen weiteren wirtschaftlichen Gesichtspunkt sei hingewiesen: Der Änderungsentwurf setzt sich in unzulässiger Weise nicht mit den weitreichenden wirtschaftlichen Auswirkungen auseinander, die ein Windpark in der voraussichtlichen Größe von ca. 37 Windkraftanlagen für das nähere Umfeld hervorrufen wird. Es ist amtsbekannt, dass an die betroffenen Landeigentümer Jahrespachten in Höhe von ca. 50.000 € für jede heute übliche Windkraftanlage gezahlt werden. Hinzu kommen Nutzungsentgelte für die Flächen der Zuwegungen und Trassen. Einige Landwirte werden in den Genuss des Vielfachen dieser Jahreszahlungen kommen, da auf ihren Flächen mehrere Windräder aufgestellt werden können. Diese finanziellen Leistungen werden zu einer großen Wettbewerbsverzerrung zwischen den landwirtschaftlichen Betrieben in der Umgebung führen. Es ist absehbar, dass die Landwirte, die nicht mit Flächen in dem Vorranggebiet begünstigt sind, erhebliche Probleme mit ihren Betrieben bekommen. Denn die in großer Dimension gesteigerte Finanzkraft der begünstigten Betriebe wird es diesen erlauben, höhere Pachten für Fremdf Flächen zu bezahlen, so dass kleinere Höfe oder diejenigen Landwirte, die nur mit zugepachteten Flächen wirtschaften, an den Rand ihrer Existenz gedrängt werden. Es ist angesichts der Höhe der in Rede stehenden jährlichen Pachtzahlungen und der Dauer dieser außerordentlichen Einkünfte zu erwarten, dass eine akute Beschleunigung des Konzentrationsprozesses in der Landwirtschaft ausgelöst wird. Für manchen Landwirt, dessen Hof klein ist und in dessen Familie kein Nachfolger bereit steht, werden die hoffremden Windradeinkünfte ferner ein willkommener Anlass sein, um die Landwirtschaft ganz aufzugeben und die frei werdenden Flächen an die plötzlich reich gewordenen Nachbarn zu verpachten.	Dies stellt keinen Belang der Raumordnung dar. Das Raumordnungsgesetz sieht keinen Konkurrenzschutz vor; dies wird im Übrigen auch von keinen anderen Gesetzen oder in der Rechtsprechung auf Ebene der Raumordnung eingefordert.	Kenntnisnahme
P119	P119.118	SO 09	Für manchen Landwirt, dessen Hof klein ist und in dessen Familie kein Nachfolger bereit steht, werden die hoffremden Windradeinkünfte ferner ein willkommener Anlass sein, um die Landwirtschaft ganz aufzugeben und die frei werdenden Flächen an die plötzlich reich gewordenen Nachbarn zu verpachten. Diese vorhersehbare Folge der Windparkerrichtung wird den Konzentrationsprozess unter den landwirtschaftlichen Betrieben rund um das Planungsgebiet noch zusätzlich beschleunigen. Diese drastische und unausgewogene Wirkung widerspricht indes deutlich den Zielvorgaben in § 1 Abs. 5 bis 8 BauGB und in § 2 LROP. Auch unter diesen Aspekten fehlt jegliche Angabe zu der gesetzlich vorgeschriebenen, mit Fakten unterlegten Abwägung zwischen den dort insgesamt aufgeführten Zielen.	Siehe P119.117	Kenntnisnahme
P119	P119.119	SO 09	Der zahlenmäßige Rückgang der landwirtschaftlichen Betriebe und damit auch der Bevölkerung in der Fläche ist gesamtwirtschaftlich in jeder Hinsicht unerwünscht. Er wird im Übrigen auch in der landwirtschaftlichen Fachwelt ausdrücklich beklagt. Bei genauer Betrachtung gibt es keinen Fachmann in Entwicklungs- oder Wirtschaftsfragen, der einer solchen Auswirkung auf die ortsansässige Landwirtschaft etwas Gutes abgewinnen kann, ganz abgesehen von den nachteiligen Folgen für die Umwelt und Natur, die eine schnell weiter konzentrierte und industrialisierte Landwirtschaft hervorrufen kann.	Dies stellt keinen Belang der Raumordnung dar.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.120	U, SO 09	<p>6.13. Gefährdung der Tierwelt</p> <p>Es ist rechtswidrig, ein Vorranggebiet für Windenergieanlagen auszuweisen, ohne zuvor die sich aufdrängenden Beeinträchtigungen der Tierwelt, hier insbesondere der Vogelwelt, in allen Einzelheiten zu überprüfen, zu dokumentieren und die Öffentlichkeit zu beteiligen.</p> <p>Es ist bekannt, dass Windenergieanlagen ausgeprägte Scheuch- und Verletzungsgefahren für viele Vogelarten hervorrufen. Hierzu zählen auch die vom Aussterben bedrohten Tierarten wie der Seeadler, Fledermäuse, die Rohrdommel, Milane, Weihen, Wachteln und der Wachtelkönig. Für Wachteln, Rotschenkel und Kiebitze ist die deutlich negative Wirkung von Windkraftanlagen auf ihre Bestände nachgewiesen (vgl. NABU 2006). Auch die Uferschnepfe, Gänse, Goldregenpfeifer, Pfeifenten und Fledermäuse konnten als eindeutig gefährdet durch Windkraftanlagen ermittelt werden.</p> <p>Sämtliche erwähnten Tiere nutzen auch die großen Flächen des hier betroffenen Vorranggebietes als ihren Lebensraum.</p>	<p>Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Der Abstand zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten wird im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden.</p> <p>Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Teilweise zu berücksichtigen
P119	P119.121	U, SO 09	<p>Die besondere Unfallgefahr gilt auch für sämtliche Storcharten, die in dem hier betroffenen Gebiet leben. Auch auf den Grundstücken Wetterdeich 6 und Portshemm 5 leben Störche. Das Habitat des Weißstorchs überdeckt das gesamte geplante Vorranggebiet Wetterdeich 6 (Frühjahr 2013), Portshemm 5 (Juni 2013), Portshemm 5 (April 2014).</p>	<p>Der Schwarzstorch gehört zu den von Kollisionsrisiken an WEA kaum betroffenen Vogelarten (2001 – 2014: 1 Totfund in Deutschland). Er brütet hauptsächlich in feuchten und ungestörten Auwäldern mit stehenden und langsam fließenden Gewässern.</p> <p>Der Weißstorch gehört zu den von Kollisionsrisiken an WEA mäßig betroffenen Vogelarten (2001 – 2014: 42 Totfunde in Deutschland). Beide Arten gelten als störungssensible Vogelart, auf deren Fortpflanzungs- und Ruhestätten bei der Ausweisung von WEG verstärkt Rücksicht genommen werden muss (Langgemach & Dürr 2014).</p> <p>Gem. NLT (2011 & 2014) ist für den Schwarzstorch eine Abstandsempfehlung von mind. 3.000 m und für den Weißstorch mind. 1.000 m angegeben. Diese Abstände wurden im Umweltbericht berücksichtigt, womit den Belangen dieser Großvögel ausreichend Rechnung getragen wird. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.122	U, SO 09	<p>Speziell in Zeiten von schlechter Sicht sind deutlich erhöhte Kollisionsraten für Graureiher, Greifvögel, Austernfischer, Möwen, Stare und Krähen festgestellt worden. NABU hat deshalb zu Recht einen Mindestabstand von 400 bis 500 m zwischen einer WKA und den Rastplätzen dieser Vogelarten gefordert.</p> <p>Auch diese Fakten und zwingenden Erfordernisse des Tierschutzes werden in dem Umweltbericht und dem avifaunistischen Gutachten nicht oder nur unzureichend erkannt, berücksichtigt und abgewogen.</p>	<p>Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Die angenommenen Abstände zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten werden im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und ggf. angepasst werden. Zu tiefergreifenden Untersuchungen, z.B. für zusätzliche Schutzgebietsabstände, ist die Regionalplanung nicht verpflichtet. Sofern von Belang erfolgen diese im konkreten Genehmigungsverfahren. So lassen sich auch über Anlagen-, Einrichtungs- und Betriebskonstellationen sowie gegebenenfalls über Ersatz- und Ausgleichsmaßnahmen alle Belange von biotopbezogenem Naturschutz regeln.</p>	Teilweise zu berücksichtigen
P119	P119.123	U, SO 09	<p>Vorliegend sind die Flächen in dem Gebiet des Windparks Portshemm/Bentwisch/Wetterdeich/Oederquart als Rastplätze für Zugvögel ständig genutzt.</p>	<p>Je nach Vogelart, Jahreszeit, Aktivität, Nahrungsangebot, Flächennutzung, Witterung, Anzahl der Vogelindividuen und Anlagengröße kann eine potenzielle Beeinträchtigung unterschiedlich groß sein. Unstrittig bilden WEA für einzelne Vogelarten eine tödliche Kollisionsgefahr. Insbesondere für wenig wendige Großvogelarten (z. B. Seeadler, Mäusebussard), welche die Anlagen nicht oder zu spät als Gefahr erkennen, besteht ein generelles Risiko, an WEA zu verunglücken. Die Vogelarten wurden im Entwurf des RROP 2014 entsprechend der Anwendung der Richtlinie der tierökologischen Abstandskriterien (NLT 2014) berücksichtigt. Die Zugvogelgebiete mit nationaler und internationaler Bedeutung im LK Cuxhaven wurden bei der Bewertung berücksichtigt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.124	U, SO 09	Die Oste und die sie umgebende Oste-Niederung sind die Leitlinie für den Vogelzug. Sie bilden den Flugkorridor zu den hochwertigen Vogelschutzgebieten an der Elbmarsch.	Die küstennahen Gebiete, so auch große Teile des LK Cuxhaven, werden größtenteils breitflächig von Vogelzügen überquert. In der Regel können die Leitkorridore des Vogelzuges nicht mit einem angemessenen Aufwand ermittelt werden. Als Leitkorridore des Vogelzuges sind insbesondere die in Nord-Süd-Richtung verlaufenden großen Flüsse, wie die Oste, und ihre Auen anzusehen (vgl. NLT 2011). In diesem Fall sollten die aufgrund der naturräumlichen und topografischen Verhältnisse zu vermutenden Leitkorridore berücksichtigt werden. Entsprechende Untersuchungen zu Flugkorridoren und Zugvögeln werden im Zuge sind jedoch nicht Gegenstand der SUP und werden im Zuge des Genehmigungsverfahrens durchgeführt. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.125	U, SO 09	Die Fledermäuse sind ständige Bewohner und Besucher des Vorranggebietes und auch unseres Grundstücks. Ihre Aufenthalte werden auch durch die div. Waldgebiete im Umfeld der Häuser und die bereits angelegten und fortgeschritten entwickelten Ausgleichsflächen im Nahbereich des geplanten Gebietes (z. B. Moorstrichweg) begünstigt. Dies gilt sowohl für die dauerhaft heimischen Fledermäuse als auch für die vagabundierenden Arten. Die Fledermäuse haben bekanntlich nächtliche Aktionsradien von vielen Kilometern. Der in Portshemm/Bentwisch/Wetterdeich geplante Windpark wird deshalb eine erhebliche Gefahr für die Population der vielen Fledermäuse in diesem Gebiet bedeuten.	Die in Deutschland und der Region vorkommenden Fledermausarten haben sehr unterschiedliche Lebensraumansprüche und Lebensweisen. Die überwiegende Zahl der Arten hält sich meist in bodennahen Luftschichten auf und ist somit nur einem geringen Kollisionsrisiko bzw. einem Risiko durch das Barotrauma durch WEA (Druckschwankungen in Rotorturbulenzen) ausgesetzt. Sechs Arten (beide Abendsegler, drei Pipistrellus-Arten und die Zweifarbfledermaus) bilden vor allem durch ihr saisonales Zugverhalten, die Abendsegler auch durch ihre Jagdflüge deutlich über Baumkronenniveau, eine Risikogruppe. Das Vorkommen windenergieempfindlicher Fledermausarten ist im Rahmen des Genehmigungsverfahrens zu prüfen und zu berücksichtigen. Dann wird festgestellt, ob, wo in einem WEG und in welcher Dichte gerade diese Risikogruppen vorkommen. Dies erfordert nach aktuellem Kenntnisstand mehrstufige Untersuchungen (siehe NLT 2011): An Vorstudien hinsichtlich der Biotopstruktur und bereits bekannter Vorkommen schließen sich aufwendige, mehrmonatige Beobachtungen, Verhöre mittels Ultraschall-Aufzeichnungen und Fänge an. Aufgrund dessen ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen der Fledermäuse bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.126	U, SO 09	Die Unzulänglichkeiten in umweltschutz- und insbesondere artenschutzrechtlicher Hinsicht in dem Umweltbericht sind auch deshalb überraschend, weil die Autoren des Umweltberichts selbst über bessere Kenntnisse verfügen, die sie in der "Begutachtung der Antragsunterlagen zum Windpark Geversdorf/Oberndorf im Landkreis Cuxhaven" - Stand: März 2014 - im Auftrag des Naturschutzamtes des Landkreises im Detail formuliert haben. In diesem Gutachten haben die Bestände von vielen geschützten Tieren Veranlassung gegeben, die Planung des Windparks an vielen Stellen mit dem Kommentar "erheblicher fachlicher Mangel, möglicherweise verfahrenskritisch, Relevanz hoch/sehr hoch" zu versehen.	Mit der SUP soll gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete (bzw. potenzieller Repoweringstandorte) für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen aktuellen Daten und Informationen des LK Cuxhavens. In der Zusammenfassung der Umweltwirkungen bleibt die Einschätzung einer potenziell erheblichen Beeinträchtigungen hinsichtlich der windenergieempfindlichen Brutvogelarten und im Kontext weiterer betroffener Schutzgüter in Bezug auf das potenzielle Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf bestehen (vgl. § 3 und § 14g Abs. 2 Nr 5 UVPG). Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P119	P119.127	U, SO 09	Schon die vorhandenen Grundlagendaten hatten den Autoren keinen ausreichenden Informationsstand vermitteln können, um im Rahmen der speziellen artenschutzrechtlichen Prüfung (saP) und des landschaftspflegerischen Begleitplans (LBP) fachlich richtige Ergebnisse zu ermitteln. Es überrascht, dass die Autoren des Umweltberichts und auch der Landkreis die eigenen vorhandenen Kenntnisse offensichtlich ausblenden, um so unzutreffend pauschal, wie in Ziff. 1.2.2.9 (Standort Geversdorf/Oberndorf) geschehen, zu urteilen.	Die Regionalplanung konkretisiert die Landesplanung (LROP) auf der regionalen Ebene und legt die regional angestrebte räumliche Entwicklung fest. Im RROP wird die angestrebte räumliche und strukturelle Entwicklung der regionalen Planungsräume dargestellt. Dabei sind die im LROP für den Planungsraum enthaltenen konkreten Ziele der Raumordnung zu übernehmen bzw. näher festzulegen. Die unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Ansprüche an den Raum mit seinen ökologischen Funktionen werden untereinander und gegeneinander abgestimmt und in Einklang gebracht. Demnach ist weder die Durchführung von Speziellen artenschutzrechtlichen Prüfungen (SaP) noch die Erstellung Landschaftspflegerischer Begleitpläne (LBP) Aufgabe der SUP bzw. der Regionalplanung. Eine detaillierte Auseinandersetzung artenschutzrechtlicher Belange gem. § 44 BNatSchG stimmt nicht mit der Maßstäblichkeit eines RROP überein. Es ist davon auszugehen, dass den Schutzansprüchen besonders und streng geschützter Tier- und Pflanzenarten bei Durchführung der erforderlichen Maßnahmen im Rahmen des Genehmigungsverfahrens entsprochen werden kann und keine Verbote nach § 44 BNatSchG ausgelöst werden. Die Beurteilung artenschutzrechtlicher Verbotstatbestände kann auf dieser Planungsebene nur eine vorläufige sein. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P119	P119.128	SO 09	<u>6.14. Keine soziale Akzeptanz, fehlende Transparenz</u> Die soziale Akzeptanz von weiteren Windparks in Norddeutschland ist heute angesichts der großen Anzahl von bereits installierten Anlagen allgemein als eine entscheidende Voraussetzung anerkannt. So hat es auch die niedersächsische Landesregierung in dem Energiekonzept 2012, das unverändert bis heute gilt, wie folgt festgelegt: "Der Erhalt der hohen Akzeptanz der Windenergie in der Bevölkerung war und ist für die Landesregierung von besonderer Bedeutung. Nur unter Berücksichtigung der Interessen der betroffenen Anwohner wird es gelingen, die energiepolitischen Ziele zu erreichen."	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P119	P119.129	SO 09	Vorliegend haben sich nahezu alle Anwohner rund um den geplanten Standort Bentwisch/Portshemm/Wetterdeich/Oederquart, mit Ausnahme der begünstigten Landbesitzer, gegen diese Planung ausgesprochen. Viele von ihnen engagieren sich überdies in der Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste. 19 Nachbarn haben bekanntlich Anträge auf Normenkontrolle im Hinblick auf das RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) beim OVG Niedersachsen erhoben (12 KN 140/13). In diesem Verfahren liegt eine endgültige Entscheidung noch nicht vor. Unabhängig hiervon hat das OVG Niedersachsen bekanntlich in zwei Parallelprozessen das RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) für unwirksam erklärt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P119	P119.130	SO 09	Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb der Landkreis Cuxhaven nun so schnell ein neues Verfahren zur Fortschreibung des RROP (Abschnitt Windenergie) begonnen hat, ohne die gebotenen Schlussfolgerungen aufgrund der verlorenen Prozesse zu ziehen.	Der Landkreis Cuxhaven hat sich umfassend mit dem Urteil auseinander gesetzt und dahingehend die Planung überarbeitet. Ein rechtsgültiger Teilabschnitt Windenergie liegt nicht nur im Interesse des Landkreises Cuxhaven, sondern auch im Interesse der Gemeinden und Bürger. Ohne eine rechtsgültige Regelung über ein RROP könnten im gesamten Außenbereich unkoordiniert Windkraftanlagen gebaut werden.	Kenntnisnahme
P119	P119.131	SO 09	Wir lassen nicht unerwähnt, dass dieses hier kritisierte Verfahren geeignet ist, erhebliche Irritationen bei den Bürgern im Hinblick auf die Neutralität und ausschließlich sachliche Ausrichtung der Verwaltungsarbeit hervorzurufen. Es fehlt an Transparenz in jeglicher Hinsicht. Aus welchen Personen bestand z. B. das "beratende Expertengremium", das bei der Festlegung der - hier kritisierten - Abstände und Puffer Unterstützung gewährt hat? Über welche Expertisen haben sie verfügt? Welche Abhängigkeiten zu den interessierten Betreibern hat es gegeben? Wer hat sie ausgewählt und bezahlt?	Der Begriff des Expertengremiums wird im Entwurf 2015 herausgenommen, da er zu Verwirrungen führen kann. Bei der Erstellung der RROP Entwurfs 2014 wurden alle Fachämter des Landkreises Cuxhaven eingebunden, der Prozess wurde zudem durch Beratungen durch das Amt für regionale Landesentwicklung in Lüneburg begleitet. Die Erstellung des Entwurfs ist somit neutral geschehen.	zu berücksichtigen
P119	P119.132	SO 09	Es bedarf auch der Aufklärung, weshalb die Samtgemeinde Am Dobrock mit den Betreibergesellschaften des geplanten Windparks öffentlich-rechtliche Verträge abgeschlossen hat, nach denen diese Unternehmen die gesamten Kosten des Verfahrens zur Änderung des Flächennutzungsplans inkl. Gutachten, tendenziös parteiliche fachanwaltliche Beratung und Ausfahrten zu Besichtigungszwecken übernommen haben. Die Samtgeiende weigert sich jedoch mit windigen Argumenten, dem Unterzeichner Einsicht in den mit den Betreibergesellschaften geschlossenen „städtebaulichen Vertrag“ sowie in die Stellungnahmen, die deren „Fachanwalt“ Dr. Ohms aus Berlin zur Beeinflussung der Samtgemeinde eingereicht hat, zu gewähren.	Das Vorgehen der Samtgemeinde entspricht den gesetzlich vorgegebenen Möglichkeiten des BauGB und ist somit nicht zu beanstanden. Die Problematik der Einsicht in die Unterlagen muss mit der Samtgemeinde geklärt werden, dies ist nicht Gegenstand des Verfahrens.	Kenntnisnahme
P119	P119.133	SO 09	Im Gegensatz zu zahlreichen anderen Gemeinden im Kreisgebiet hat die Samtgemeinde Am Dobrock aufgrund der rechtlichen Instruktionen des Landkreises und des Dr. Ohms dann am 24.02.2014 das Sondergebiet für Windenergie in der 7. Änderung ihres Flächennutzungsplans beschlossen. Diese in fragwürdiger Weise beeinflusste Entscheidung des Samtgemeinderates bildet jetzt - völlig sachwidrig und überraschend - den Anlass, um diesem Sondergebiet nun auch noch einen erweiterten Bestandsschutz als geplantes Vorranggebiet für Windenergie zuerkennen zu wollen.	Wie bereits ausgeführt, geschah der Beschluss der Flächennutzungsplanänderung im rechtlichen Rahmen auf Basis des zum damaligen Zeitpunkt rechtsgültigen RROP 2012.	Kenntnisnahme
P119	P119.134	SO 09	<u>7. Bezugnahme</u> Auf die Einwendungen und Bedenken der Eheleute Siegrun und Carlo van Bernem vom 05.08.2014 wird ausdrücklich Bezug genommen. Wir machen sie uns zu Eigen.	Die Auswertung der angesprochenen Stellungnahme erfolgt unter P052	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120a	P120/A.0 01	SO 09	<u>I. Vorbemerkung</u> Unsere Mandanten sind von dem Raumordnungsprogramm direkt betroffen. Das Wohnhaus unserer Mandanten befindet sich in einer Entfernung von ca. 650 m zu dem geplanten Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf. Das Grundstück ist 6.613 m ² groß. Unsere Mandanten wohnen dort mit ihrer Familie seit 1979. Auf den offenen Grundstücksflächen befinden sich 2 Hegebüsche à ca. 2.200 m ² mit typisch norddeutschem (Wild-)Bewuchs und eine Streuobstwiese. Diese Hilfen des Naturschutzes dienen speziell dem Schutz und als Nahrungsbeitrag für viele Kleintiere. In den alten Bäumen des Grundstücks sind Fledermäuse heimisch. Unsere Mandanten unterstützen seit vielen Jahren zahlreiche Maßnahmen zur Bewahrung der Marschen und ihrer einzigartigen kulturhistorischen und natürlichen Werte. Erfolgreiche Beispiele des Engagements vieler Bewohner der Oste-Niederung sind u. a. die EU-gestützten Artenschutzprojekte zur Wiederansiedlung des Stör in der Oste und zur Sicherung der Habitate des Seeadlers, vieler geschützter Wiesenvögel und des hochgefährdeten Weißstorches.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 02	SO 09	Gegen die Rechtmäßigkeit des aktuellen Entwurfs für die Änderung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Cuxhaven, Teilabschnitt Windenergie 2014 - nachfolgend „RROP 2014“ genannt - sprechen nicht nur die Verletzung von Grundsätzen des Verfahrensrechts (II. bis IV.), sondern auch die drohenden Eingriffe in die Grundrechte unserer Mandanten (VI.) sowie die Kollision mit einzelnen Aspekten des höherrangigen Rechts, d.h. auf europäischer, grundrechtlicher und landesrechtlicher Ebene. Ferner rügen wir die fehlerhafte Beschäftigung in der Abwägung innerhalb der zur Ausweisung als Vorranggebiete möglichen Potentialflächen mit diesen Aspekten (VII. bis VIII.).	Die Argumente werden im weiteren detailliert vorgestellt und an den entsprechenden Stellen im Folgenden ausgewertet.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 03	A	<u>II. Unzulässigkeit von neuen Vorranggebieten für Windenergie</u> Gem. § 9 II 1 Nr. 1 Nds.LROG ist die Ausweisung von neuen Vorranggebieten für Windenergie unzulässig, weil es den Zielen der Landesraumordnung ebenso wie den übrigen Zielen der bestehenden Regionalplanung (RROP 2012) widerspricht.	Der Entwurf des RROP 2014 widerspricht dem genannten Ziel nicht. Die Ziele der Landesraumordnung werden eingehalten.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 04	A	In dem Entwurf findet sich auch keine Abwägung der offenkundig jetzt geänderten Gewichtung des Landkreises, geschweige denn eine Begründung.	Die Begründung wird im Entwurf 2015 umfassender dargestellt. Dabei wird auch die Abwägung deutlicher herausgestellt.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 05	A	<u>1. Willkürliche Zielverschiebung</u> Entsprechend den Vorgaben des LROP hat das RROP 2012 die herausgehobenen Ziele, u. a. • Herstellung gleichwertiger Lebensbedingungen in den Siedlungsbereichen • Dauerhafter Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und Lebensräume von Pflanzen und Tieren • Sicherung und Weiterentwicklung der naturräumlichen, regionalen, siedlungsstrukturellen und kulturellen Vielfalt in Ziff. 1.1.01 aufgeführt. Angesichts des Bevölkerungsrückgangs im Landkreis von ca. 1 % p. a. (> 1.800 Personen) soll auch dieser ungünstigen Entwicklung bei allen Planungen entgegengewirkt werden (so Ziff. 1.1.03). Als besondere Standortvorteile des Landkreises werden insbesondere die „hohe Landschafts- und Lebensqualität mit der Lage an der Nordsee“ betont (Ziff. 1.107).	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 06	SO 09	In weiterer Umsetzung dieser Ziele Tourismus u. a. ausdrücklich der Entwicklungsaufgabe Erholung die (Ziff. 2.1.03/4). Wörtlich heißt es dort „In diesen Standorten sind die natürliche Eigenart der umgebenden Landschaft für Erholung und Freizeit, die Umweltqualität, die Ausstattung mit Erholungsinfrastruktur sowie das kulturelle Angebot zu sichern und zu entwickeln. Durch die Realisierung von touristischen Großprojekten dürfen historisch wertvolle Kulturlandschaften sowie gewachsene Siedlungs-, Versorgungs- und Nutzungsstrukturen nicht wesentlich beeinträchtigt und der Erholungswert der Landschaft nicht gefährdet werden.“ Wie soll ein Windpark in der Dimension eines Großkraftwerkes mit diesen Nutzungs- und Entwicklungsfestlegungen für Oberndorf und Geversdorf vereinbar sein?	Inwieweit Windenergieanlagen tatsächlich negative Auswirkungen auf den Tourismus haben, ist höchst umstritten. Es gibt keine belastbaren Studien, die aufzeigen, dass der Tourismus durch Windenergieanlagen geschädigt wird. Der Landkreis Cuxhaven war in Bezug auf die Windenergie in Deutschland ein Vorreiter, bereits seit den 1990er Jahren gibt es Windenergieanlagen im Landkreis. Negative Auswirkungen auf den Tourismus konnten indes in den letzten Jahrzehnten nicht festgestellt werden. Der Landkreis Cuxhaven geht aufgrund dieser Eigenerfahrung davon aus, dass kein schädlicher Einfluss auf den Tourismus zu erwarten ist.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120a	P120/A.0 07	SO 09	<p>Auch die Ziele und Grundsätze zur Entwicklung der Freiraumstrukturen und Freiraumnutzungen sind im Einzelnen geregelt. Insbesondere ist dort der klare Rechtssatz festgehalten:</p> <p>„Die Inanspruchnahme von Freiräumen für ... Infrastruktureinrichtungen ist zu minimieren. Die Standorte mit besonderer standörtlicher Eignung sollen als Zielraum für naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt werden.“ (so Ziff. 3.1.1.02)</p> <p>Diese planungsrechtlichen Vorgaben des RROP 2012, die explizit für die Standorte Geversdorf und Oberndorf gelten, verbieten dort einen Windpark, da ein solches Industrieprojekt mit den besonderen Entwicklungszielen des Tourismus und der Erholung nicht vereinbar wäre, sie vielmehr zunichte machen würde.</p>	<p>Wie bereits ausgeführt kann nicht davon ausgegangen werden, dass ein Windpark dem Tourismus schadet. Auch die Inanspruchnahme von Freiräumen wurde durch die sehr umfassend aufgestellten Kriterien sehr stark minimiert. Insgesamt nehmen die ausgewiesenen Vorranggebiete lediglich 0,73 % der gesamten Landkreisfläche ein.</p> <p>Inwiefern die Erholung durch Windkraftanlagen, die auf privaten Flächen stehen, die bereits vorher nicht zugänglich waren, eingeschränkt wird, kann nicht nachvollzogen werden.</p>	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 08	SO 09	<p>Auch die in diesem Vorranggebiet gelegenen marschtypischen Beete und Beetstrukturen sind „wegen ihrer kulturhistorischen Bedeutung soweit wie möglich zu erhalten.“ (Ziff. 3.1.1.04). Der Windpark würde sie vernichten.</p>	<p>Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.</p>	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 09	SO 09	<p>Von besonders wichtiger und praktischer Bedeutung ist die Bestimmung als Zielraum für naturschutzrechtliche Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen. Tatsächlich ist die Ostemarsch in dem Dreieck zwischen Osten/Ostemündung und Balje aufgrund ihrer natürlichen Beschaffenheit und Nähe zu den Vogel- und Naturschutzgebieten an der Elbe und Oste in hohem Maße für diese Zwecke geeignet, und es gibt aufgrund der Großprojekte im Land (z. B. Hafenerweiterungen in Cux- und Wilhelmshaven) einen akuten und großen Bedarf nach solchen passenden Flächen.</p> <p>Die als Anlagen 2 und 3 beigefügten Karten zeigen groß- und kleinformatig die vorhandenen, auf Naturschutz ausgerichteten Nutzungen in der Umgebung des geplanten Vorranggebietes und beweisen damit dessen hohe Eignung für diesen speziellen Zweck.</p> <p>Der Entwurf äußert sich zu den Widersprüchen zu diesen bestehenden - und rechtlich gültigen - Festsetzungen des RROP 2012 nicht. Er verstößt deshalb gegen das Raumordnungsrecht.</p>	<p>Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.</p>	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120a	P120/A.0 10	A	<p><u>2. Verstoß gegen Soll-Vorgaben des LROP</u></p> <p>Der Landkreis beruft sich auf das Niedersächsische Landes-Raumordnungsprogramm (LROP), das die Ziele des § 3 Abs. 1 Nr. 2 und 5 des Raumordnungsgesetzes (ROG) konkretisiert. Speziell beruft sich der Landkreis auf die Ziff. 04 im Abschnitt 4.2 (Energie). Dieser sieht im Absatz 1 vor, dass im Landkreis Cuxhaven Vorranggebiete geschaffen werden sollen, welche eine Windenergiemenge von mmd. 300 MW ermöglichen.</p> <p>Gegenwärtig sind im Landkreis schon Windparks mit einer Gesamtleistung von über 540 MW installiert. Zwar nennt das LROP Mindestmengen, so dass man grundsätzlich von einer weiteren Kompetenz des Landkreises ausgehen kann, diese Menge zu überschreiten. Jedoch wurde anscheinend übersehen, dass Absatz 2 des 4.2.04 LROP ausdrücklich einen Ausgleich mit anderen erneuerbaren Energiequellen vorsieht.</p>	<p>Die Vorgabe im LROP stellt keinen Maximalwert, sondern einen Mindestwert dar. Die Energiewende ist ein politisch gewolltes und gesellschaftlich akzeptiertes Ziel. Der Landkreis Cuxhaven verfolgt das Ziel, die Energiewende bestmöglich zu fördern. Damit jedoch kein "Wildwuchs" an Windkraftanlagen entsteht, steuert der Landkreis Cuxhaven die Entwicklung der Windkraft, indem im RROP Vorranggebiete ausgewiesen werden, in denen eine Windenergienutzung möglich ist. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch Fachmeinungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Der Bürger und die Natur werden durch die Vorgaben des Landkreises geschützt. Zuletzt muss betont werden, dass die Windenergie ein privilegiertes Vorhaben im Sinne des Baugesetzbuches ist. Dies bedeutet, dass Windenergieanlagen im Außenbereich gebaut werden dürfen, sofern keine öffentlichen Belange entgegenstehen. Würde der Landkreis Cuxhaven im Regionalen Raumordnungsprogramm keine Vorranggebiete für Windenergie ausweisen, würde dies bedeuten, dass im gesamten Landkreis im Außenbereich unkontrolliert Windenergieanlagen entstehen könnten.</p>	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 11	A	<p>Im Landkreis sind per 21.02.2014 3.745 Photovoltaik-Anlagen mit 78 MW und 72 Biogas-Anlagen mit 30 MW installiert. Danach ist schon jetzt allein im Landkreis Cuxhaven eine Gesamtleistung erneuerbarer Energien von 650 MW installiert. Die Mindestmenge gemäß LROP ist somit schon um den Faktor 2,17, d. h. um deutlich mehr als das Doppelte, überschritten. Die großen Flächen der geplanten neuen Vorranggebiete lassen eine Verletzung des verwaltungsrechtlichen Übermaßverbotes erkennen.</p>	Siehe P120/A.010	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 12	A	<p>Hinzu kommt, dass die sehr hohe Überschreitung der Soll-Vorgabe des LROP es im Rahmen der Abwägung gebietet, deutlich mehr Rücksicht und Planungsraum für die anderen Planungsziele zu gewähren (Erholung, Tourismus, naturschutzrechtliche Ausgleichsflächen usw.). Die kritisierte Planung ist also keinesfalls ausgewogen und deshalb auch nicht mehr verhältnismäßig. Sie ist deshalb rechtswidrig.</p>	Siehe P120/A.010	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 13	E 01	<p><u>III. Keine inhaltliche Abgrenzung zwischen harten und weichen Tabuzonen</u></p> <p>Wie sein Vorgänger RROP 2012 genügt das RROP 2014 nicht den Anforderungen, die an ein schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zu stellen sind. Auch hier erfolgt keine substantielle Differenzierung zwischen harten und weichen Tabuzonen, so dass das ganze Konzept an schwerwiegenden Abwägungsmängeln leidet, welche zur Rechtswidrigkeit der gesamten Planung führen.</p> <p>Ein derartiges Konzept muss ein anhand der Begründung sowie der Aufstellungsunterlagen und Verfahrensakten nachvollziehbares schlüssiges gesamträumliches Planungskonzept zu Grunde liegen, das nicht nur Auskunft darüber gibt, von welchen Erwägungen die positive Standortzuweisung getragen wird, sondern auch die Gründe für die beabsichtigte Freihaltung des übrigen Planungsraums von Windenergieanlagen aufzeigt.</p>	<p>Die Begründung wird im Entwurf 2015 umfassender dargestellt. Dabei wird auch die Auswahl und Begründung der Tabuzonen deutlicher dargestellt.</p>	zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120a	P120/A.014	E 01	Nach der Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts wie auch des Oberverwaltungsgerichts Niedersachsen, muss sich die Ausarbeitung des Planungskonzepts in einem dreischichtigen Prozess vollziehen. Hierzu gehört auch die Einteilung und insbesondere Abgrenzung in harte Tabuzonen - solche Gebiete, welche schlechthin ungeeignet für die Windnutzung sind und sich somit außerhalb des Ermessens des Plangebers stehen - und in weiche Tabuzonen, mithin solche Bereiche, welche nach dem Willen des Plangebers aus unterschiedlichen Gründen für die Errichtung von Windenergieanlagen von Anfang an ausgeschlossen sind. Im Gegensatz zu den harten Tabuzonen sind die weichen Tabuzonen disponibel, sie stehen im Ermessen des Plangebers. Sie basieren auf allgemeinen Kriterien für das gesamte Kreisgebiet, die auf einer Abwägung der Belange für und gegen die Nutzung der Windenergie entwickelt worden sind. Sie müssen begründet und dokumentiert werden. Weder erfolgt in dem RROP 2014 eine substantielle Abgrenzung der beiden Tabuzonen, noch gibt es eine Beschreibung, aus der deutlich wird, dass seitens der Planer Ermessen ausgeübt wurde. Vielmehr hat der Landkreis in seiner Begründung/Erläuterung zum RROP 2014 lediglich eine allgemeine Beschreibung (S. 6 ebenda) gegeben, wie er gedenkt, die Tabuzonen einzuteilen, ohne dieses Konzept freilich ganz oder auch nur ansatzweise anzuwenden.	Siehe P120/A.013	zu berücksichtigen
P120a	P120/A.015	E 01	Darüber hinaus wird die falsche Behauptung aufgestellt, dass es über die vom Landkreis zitierte Rechtsprechung hinaus keine Entscheidung über die notwendige Unterscheidung zwischen harten und weichen Tabuzonen gäbe. Dies entspricht nicht der Rechtslage, zu nennen sind die beiden Urteile des Niedersächsischen Oberverwaltungsgerichts vom 14.05.2014. Diese müssen dem Landkreis bekannt sein, wird doch in beiden Urteilen der Vorgänger des RROP 2014, der RROP 2012, aufgrund der fehlerhaften Differenzierung von harten und weichen Tabuzonen und der daraus resultierenden Abwägungsfehler für rechtswidrig erklärt.	Siehe P120/A.013	zu berücksichtigen
P120a	P120/A.016	E 01	Es ist schon erstaunlich, mit welcher Beharrlichkeit der Landkreis sich auch über die Empfehlungen seiner übergeordneten Institutionen (Ministerium, Niedersächsischer Landkreistag) hinwegsetzt. Denn in der Arbeitshilfe „Regionalplanung und Windenergie — Empfehlungen des NLT zu den weichen Tabuzonen“ (Stand: 06.02.2014) finden sich für jedes Ausschlusskriterium genaue Angaben von Mindestabständen, aufgeteilt in harte und weiche Tabuzonen, die landesweit gelten sollen und die auf höheren Erfahrungs- und Erkenntniswerten beruhen, als der Landkreis sie selbst zu erreichen vermag.	Die vom NLT in der Arbeitshilfe Regionalplanung und Windenergie benannten Abstände und Puffer sind nur Empfehlungen, keine rechtlichen Vorgaben. Dementsprechend sind sie rechtlich gesehen nicht bindend. Es wird auch vom NLT betont, dass die Kriterien je nach Einzelfall angepasst werden müssen und das Papier nur einen Orientierungsrahmen darstellt. Die Tabuzonen entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch fachliche Einschätzungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Bei einer kompletten Anwendung aller im NLT-Papier aufgeführten Abstände wären im gesamten Landkreisgebiet nur noch kleine Einzelflächen für die Windkraftnutzung möglich.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.017	E 01	Dabei geht diese Arbeitshilfe von WKA's in einer aktuellen Konfiguration von 2,5 bis 3 MW, einer Nabenhöhe von 150 m und einem Rotordurchmesser von 100 bis 120 m aus. Es ist ein schwerwiegendes Defizit, dass der Landkreis von diesen landesweit anzuwendenden Kriterien, die ja auch für Gerechtigkeit, Transparenz und Gleichbehandlung sorgen sollen, abweicht. All dies geschieht auch noch ohne Begründung!	Siehe P120/A.016	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.018	E 01	Siehe P119.033	Siehe P119.033	Siehe P119.033
P120a	P120/A.019	E 01	Siehe P119.034	Siehe P119.034	Siehe P119.034
P120a	P120/A.020	E 01	Siehe P119.035	Siehe P119.035	Siehe P119.035

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120a	P120/A.0 21	E 01	Dieses Vorgehen ist auch deshalb bedenklich, da aufgrund der Ausschlussfunktion der Tabuzonen diese bei der Potentialflächenbetrachtung nicht mehr zur Verfügung stehen. Sinn und Zweck der Differenzierung ist es gerade, dass die weichen Tabuzonen zu begründen sind, sie stehen ja im Ermessen des Plangebers. Dieses Erfordernis der begründeten Trennung von harten und weichen Tabuzonen ist auch deshalb besonders wichtig, weil die weichen Tabuzonen in der nächsten Planungsstufe nicht mehr in den Abwägungsprozess einbezogen werden können. In dem dritten Arbeitsschritt (Bewertung der Potentialflächen Kreisgebiet nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen) werden also bei dieser unzulässigen Praxis noch Flächen in der Abwägung berücksichtigt, die in Wahrheit nicht mehr zur Verfügung stehen. Auf diese Tabuzonen darf der Planungsträger allerdings nur dann zurückgreifen, wenn sich in dem 3. Arbeitsschritt ergeben sollte, dass der Windenergie in dem Kreisgebiet insgesamt nicht mehr substantiell Raum geschaffen werden kann.	Die Begründung wird im Entwurf 2015 umfassender dargestellt. Dabei wird auch die Auswahl und Begründung der Tabuzonen deutlicher dargestellt.	zu berücksichtigen
P120a	P120/A.0 22	E 01	Das Niedersächsische Obergerverwaltungsgericht hat dem Landkreis in dem Urteil vom 14.05.2014 auch für das laufende Neuaufstellungsverfahren ausdrücklich entsprechende Hinweise gegeben. Aus dem Vorgebrachten ergibt sich, dass das RROP 2014 mangels hinreichender Abwägungsprozesse, wie schon das RROP 2012, rechtswidrig erstellt wurde.	Die Begründung wird im Entwurf 2015 umfassender dargestellt. Dabei wird auch die Auswahl und Begründung der Tabuzonen deutlicher dargestellt.	zu berücksichtigen
P120a	P120/A.0 23	B10	Siehe Stellungnahme P119.38	Siehe Stellungnahme P119.38	Siehe Stellungnahme P119.38
P120a	P120/A.0 24	B10	Siehe Stellungnahme P119.39	Siehe Stellungnahme P119.39	Siehe Stellungnahme P119.39
P120a	P120/A.0 25	B10	Siehe Stellungnahme P119.40	Siehe Stellungnahme P119.40	Siehe Stellungnahme P119.40
P120a	P120/A.0 26	B10	Siehe Stellungnahme P119.41	Siehe Stellungnahme P119.41	Siehe Stellungnahme P119.41
P120a	P120/A.0 27	B10	Siehe Stellungnahme P119.42	Siehe Stellungnahme P119.42	Siehe Stellungnahme P119.42
P120a	P120/A.0 28	B10	Siehe Stellungnahme P119.43	Siehe Stellungnahme P119.43	Siehe Stellungnahme P119.43
P120a	P120/A.0 29	B10	Siehe Stellungnahme P119.44	Siehe Stellungnahme P119.44	Siehe Stellungnahme P119.44
P120a	P120/A.0 30	B10	Siehe Stellungnahme P119.45	Siehe Stellungnahme P119.45	Siehe Stellungnahme P119.45
P120a	P120/A.0 31	B10	Siehe Stellungnahme P119.46	Siehe Stellungnahme P119.46	Siehe Stellungnahme P119.46
P120a	P120/A.0 32	B10	Siehe Stellungnahme P119.47	Siehe Stellungnahme P119.47	Siehe Stellungnahme P119.47
P120a	P120/A.0 33	E 10	<u>3. Unzulässige verdeckte Entschädigung</u> Es ist ferner völlig sachfremd, in diesem Zusammenhang als Grund für die pauschale Ausnahmeregelung anzugeben, dass „die bereits in größerem Umfang getätigten Investitionen zu würdigen seien. Derartige Ausgleichsleistungen kennt das Raumordnungsrecht nicht, ganz abgesehen davon, dass hier keine Vertrauensstatbestände zugunsten von Investoren oder den Eigentümern der betroffenen Sondergebiete entstanden sind. Denn die Rechtshängigkeit von Normenkontrollklagen gegen das RROP 2012 (Abschnitt Windenergie) war allen Beteiligten bekannt und der immissionsschutzrechtliche Bauantrag für die Windräder befand sich noch im Stadium der Prüfung.	Die bauleitplanerisch gesicherten Bereiche werden als Ziel-Ausnahme-Regelung übernommen. Dabei wird der Rechtsprechung gefolgt, die verlangt, dass bei einer Abwägung bereits getätigte Investitionen berücksichtigt werden müssen.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 34	SO 09	<u>4. Zwischenfazit</u> Es liegt auf der Hand, dass diese rechtswidrigen Ausnahmeregelungen den Abwägungsprozess in dem gesamten Kreisgebiet in eine ungerechte Schieflage gebracht haben. Wie kann der Landkreis noch beanspruchen, objektiv und neutral und ausschließlich nach sachlichen Gesichtspunkten die Vorranggebiete in 3 Planungsschritten ermittelt zu haben, wenn er das Vorranggebiet Oberndorf/Geversdorf von vornherein aus sachwidrigen Erwägungen berücksichtigt hat?	Das Vorranggebiet Geversdorf-Oberndorf wurde nicht aus sachwidrigen Erwägungen berücksichtigt. Die Fläche hat sich im Zuge der gerichtlich vorgegebenen Methodik als Potentialfläche ergeben und wurde im Zuge eines Abwägungsprozesses als Vorranggebiet dargestellt. Dabei wurde auch der Wille der Gemeinde im Zuge des Gegenstromprinzips berücksichtigt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120a	P120/A.0 35	B10	Und wie gedenkt der Landkreis mit den Gemeinden umzugehen, die bislang vernünftiger Weise mit der Anpassung ihrer gemeindlichen Bauleitplanung an die regionale Windparkplanung des Landkreises gewartet haben, bis diese Rechtskraft erlangt hat, d. h. ordnungsgemäß abgeschlossen und genehmigt ist und auch gerichtlich nicht mehr aufgehoben werden kann? Solche Gemeinden hätten vielleicht auch „bauleitplanerisch gesicherte“ Flächen für Windparks erlangt, wenn sie auch auf das ungültige RROP 2012 (Windenergie) vertraut hätten!	Alle Gemeinden konnten auf Basis des bis zum 14.05.2014 rechtsgültigen Teilabschnitts Windenergie des RROP 2012 eine Bauleitplanung betreiben.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 36	B10	Beide Varianten dieses „erweiterten Bestandsschutzes“ führen zu zufälligen und willkürlichen Ergebnissen. Sie basieren nicht auf sachlichen planungsrechtlich und damit zulässigen Erwägungen und entwerfen so die gesamte Planung.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 37	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.79	Siehe Stellungnahme P119.79	Siehe Stellungnahme P119.79
P120a	P120/A.0 38	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.80	Siehe Stellungnahme P119.80	Siehe Stellungnahme P119.80
P120a	P120/A.0 39	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.81	Siehe Stellungnahme P119.81	Siehe Stellungnahme P119.81
P120a	P120/A.0	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.82	Siehe Stellungnahme P119.82	Siehe Stellungnahme
P120a	P120/A.0 41	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.83	Siehe Stellungnahme P119.83	Siehe Stellungnahme P119.83
P120a	P120/A.0 42	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.84	Siehe Stellungnahme P119.84	Siehe Stellungnahme P119.84
P120a	P120/A.0 43	A	Siehe Stellungnahme P119.85	Siehe Stellungnahme P119.85	Siehe Stellungnahme P119.85
P120a	P120/A.0 44	A	Siehe Stellungnahme P119.86	Siehe Stellungnahme P119.86	Siehe Stellungnahme P119.86
P120a	P120/A.0 45	E 01	Siehe Stellungnahme P119.87	Siehe Stellungnahme P119.87	Siehe Stellungnahme P119.87
P120a	P120/A.0 46	E 01	Siehe Stellungnahme P119.88	Siehe Stellungnahme P119.88	Siehe Stellungnahme P119.88
P120a	P120/A.0 47	SO 09	Zur Kennzeichnung der Problematik verweisen wir auf die fachärztliche Stellungnahme des Hals-, Nasen- und Ohrenarztes Dr. med. Helmut Großgerge, Eppendorfer Baum 3, 20249 Hamburg-Eppendorf (Anlage 6). Herr Dr. Großgerge ist selbst mit den Verhältnissen in dem hier betroffenen Planungsgebiet bestens vertraut. Gleichzeitig kennt er die negativen Einflüsse der Immissionen von Industriebetrieben auf die menschliche Gesundheit. Er hat seine Stellungnahme auf einer öffentlichen Informationsveranstaltung der Bürgerinitiative gegen Windindustrie an der Oste abgegeben. Danach besteht die fachärztlich begründete Gefahr, dass ein Windpark im Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf in der zu erwartenden Wucht und Größe <ul style="list-style-type: none"> • eine um 15 Jahre reduzierte Lebenserwartung der in der Nähe wohnenden Bevölkerung hervorruft, • insbesondere Kinder in ihrer Entwicklung schädigt, sie z. B. dramatisch vermehrt den Leiden des sog. Aufmerksamkeitsdefizitsyndroms ADS/ADHS aussetzt, • und besonders für ältere Menschen die Gefahren durch Bluthochdruck, von Schlaganfällen und von Herzinfarkten akut erhöht. Die Gesamtwirkung der wahrnehmbaren und unbewusst aufzunehmenden Schall Immissionen beeinflusst das Herz-Kreislauf-System von Menschen in einem inakzeptablen Ausmaß.	Das fachärztliche Gutachten von Dr. med. Großgerge wird unter P120/B ausgewertet. Im Zuge des einheitlichen Planungskonzeptes hat der Landkreis Cuxhaven Kriterien zum Mindestabstand aufgestellt, die über den gesetzlich geforderten Vorgaben liegen. Die Vorsorgeabstände stellen sicher, dass eine gesundheitliche Gefährdung durch Windparks verhindert wird. Vor Errichtung der Windkraftanlagen müssen diese nach Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt werden. Die Vorhabensträger müssen dabei umfangreiche Gutachten vorlegen, dass durch die Anlagen keine unzumutbaren Auswirkungen wie z.B. Lärm oder unzumutbarer Schattenwurf gegeben sind.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 48	A	Siehe Stellungnahme P119.90	Siehe Stellungnahme P119.90	Siehe Stellungnahme P119.90
P120a	P120/A.0 49	A	Siehe Stellungnahme P119.91	Siehe Stellungnahme P119.91	Siehe Stellungnahme P119.91

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120a	P120/A.0 50	SO 09	Wenn die bislang ruhig und natürlich wirkende Landschaft nun von heute auf morgen in eine Industrielandschaft verwandelt wird - um eine solche handelt es sich bei einem Windpark mit mehr als 37 180 bis 220 m hohen Anlagen -, dann wirken derartig intensive und fremdartige Reize auf das vegetative Nervensystem der Anwohner ein, wie sie sonst nur in der Nähe von Flughäfen und industrienahen Wohnorten anzutreffen sind. Diese dramatische Gesundheitsgefährdung der ländlichen Bevölkerung rund um das die Kreisgrenze überschreitende Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf (LK Cuxhaven), Wetterdeich/Oederquart (LK Stade), zu der sich unsere Mandanten zählen und zugehörig fühlen, setzen wir dem dortigen Änderungsentwurf ausdrücklich entgegen. Mit der Aufnahme des Betriebes dieses Windparks wird nach heutigen Erkenntnissen eine Gesundheitsverletzung gegenüber den Anrainern beginnen.	Im Zuge des einheitlichen Planungskonzeptes hat der Landkreis Cuxhaven Kriterien zum Mindestabstand aufgestellt, die über den gesetzlich geforderten Vorgaben liegen. Die Vorsorgeabstände stellen sicher, dass eine gesundheitliche Gefährdung durch Windparks verhindert wird. Vor Errichtung der Windkraftanlagen müssen diese nach Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt werden. Die Vorhabensträger müssen dabei umfangreiche Gutachten vorlegen, dass durch die Anlagen keine negativen Auswirkungen wie z.B. Lärm oder unzumutbarer Schattenwurf gegeben sind.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 51	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.93	Siehe Stellungnahme P119.93	Siehe Stellungnahme P119.93
P120a	P120/A.0	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.94	Siehe Stellungnahme P119.94	Siehe Stellungnahme
P120a	P120/A.0 53	E 01	<u>b. Mindestabstände zu Wohnhäusern</u> Ferner begegnen die in dem Entwurf als tolerabel vorausgesetzten Mindestabstände zu Ortslagen von 1.000 m und zu Einzelhäusern von 500 m grundsätzlichen Einwänden. Denn das menschliche Leben und die Gesundheit der Menschen, die in Einzelhäusern auf dem Land wohnen, verdienen denselben Schutz vor gesundheitlichen Gefährdungen wie die entsprechenden Schutzgüter der Menschen, die in Ortslagen wohnen. Diese von dem Planungsträger gewählte Differenzierung ist grundrechtswidrig. Es ist absehbar, dass der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte diese willkürliche und ungerechte Differenzierung nicht gelten lassen wird.	Diese Differenzierung ist weder willkürlich, noch wurde sie vom Landkreis Cuxhaven vorgenommen. Sie spiegelt vielmehr die Sichtweise des Gesetzgebers, der Bundesrepublik Deutschland, wider. Der Bund lässt bestimmte Nutzungen nur außerhalb der eigentlich zum Wohnen bestimmten Bereiche zu. Menschen die wiederum in diesen Bereichen wohnen, können deshalb nicht den gleichen Schutz beanspruchen, wie Personen, die innerhalb der zum Wohnen vorgesehenen Bereiche leben.	Nicht zu berücksichtigen
P120a	P120/A.0 54	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.63	Siehe Stellungnahme P119.63	Siehe Stellungnahme P119.63
P120a	P120/A.0 55	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.64	Siehe Stellungnahme P119.64	Siehe Stellungnahme P119.64
P120a	P120/A.0	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.65	Siehe Stellungnahme P119.65	Siehe Stellungnahme
P120a	P120/A.0 57	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.66	Siehe Stellungnahme P119.66	Siehe Stellungnahme P119.66
P120a	P120/A.0 58	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.67	Siehe Stellungnahme P119.67	Siehe Stellungnahme P119.67
P120a	P120/A.0 59	E 01	Siehe Stellungnahme P119.68	Siehe Stellungnahme P119.68	Siehe Stellungnahme P119.68
P120a	P120/A.0 60	E 01	Siehe Stellungnahme P119.69	Siehe Stellungnahme P119.69	Siehe Stellungnahme P119.69
P120a	P120/A.0 61	E 01	Siehe Stellungnahme P119.70	Siehe Stellungnahme P119.70	Siehe Stellungnahme P119.70
P120a	P120/A.0 62	E 01	Siehe Stellungnahme P119.71	Siehe Stellungnahme P119.71	Siehe Stellungnahme P119.71
P120a	P120/A.0 63	E 01	Siehe Stellungnahme P119.74	Siehe Stellungnahme P119.74	Siehe Stellungnahme P119.74
P120a	P120/A.0 64	E 01	Siehe Stellungnahme P119.75	Siehe Stellungnahme P119.75	Siehe Stellungnahme P119.75
P120a	P120/A.0 65	E 01	Siehe Stellungnahme P119.76	Siehe Stellungnahme P119.76	Siehe Stellungnahme P119.76
P120a	P120/A.0 66	E 01	Siehe Stellungnahme P119.77	Siehe Stellungnahme P119.77	Siehe Stellungnahme P119.77

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120a	P120/A.0 67	E 01	Der Landkreis weicht ferner in entscheidenden Punkten von weiteren Vorgaben des niedersächsischen Landkreistages und der Landesregierung (Stand: 06.02.2014) ab: Die Mindestabstände (weiche Tabuzonen) sollen • zu Brutvogelräume nationaler, landesweiter und regionaler Bedeutung > 1.200 m und • zu Gewässern, die größer als 10 ha sind wie z. B. die Oste, > 1.200 m ausmachen. Aus den Karten (Anlagen 2 u. 3) ist ersichtlich, dass diese Tabuzonen dem grenzüberschreitenden Großwind park Oberndorf/Geversdorf/Oederq uart insgesamt entgegenstehen würden.	Der Landkreis ist nicht verpflichtet Empfehlungen zu folgen. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch fachliche Einschätzungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Sie werden somit sehr wohl als sachgerecht angesehen.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 68	SO 09	<u>d. Zwischenfazit</u> Es überrascht, dass der Landkreis die Bewohner rund um das geplante Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf einem deutlich höheren Gesundheitsrisiko auszusetzen bereit ist, als es heute dem weltweit allgemeinen Standard entspricht, ohne hierüber aufzuklären oder auch nur den Versuch von einer Begründung zu unternehmen.	Alle gesetzlich vorgeschriebenen Abstände aus Gründen des Gesundheitsschutzes werden eingehalten. Darüber hinaus hat der Landkreis Cuxhaven über die rechtlichen Vorgaben Vorsorgeabstände festgelegt.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 69	E 01	Die Abweichungen von den empfohlenen Mindestabständen sind nicht gerechtfertigt. Soweit der Landkreis für seine Planung und die Abweichungen von den Vorgaben der Landesregierung und des niedersächsischen Landkreistages überhaupt Gründe angegeben hat, sind sie bemerkenswert sachwidrig und verantwortungslos.	Der Landkreis ist nicht verpflichtet Empfehlungen zu folgen. Die Kriterien für diese Vorranggebiete entsprechen der aktuellen Rechtsprechung, werden durch fachliche Einschätzungen gestützt und wurden politisch beschlossen. Eine Abweichung der Kriterien von den Empfehlungen des NLT muss nicht begründet werden.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 70	E 01	Der Planungsprozess zu den wichtigen Fragen der Mindestabstände zu den div. Schutzobjekten ist nicht dokumentiert, mithin auch nicht transparent, und somit einer wirksamen Beteiligung der Öffentlichkeit nicht zugänglich.	Die Begründung wird im Entwurf 2015 umfassender dargestellt. Dabei wird auch die Auswahl und Begründung der Tabuzonen deutlicher dargestellt.	zu berücksichtigen
P120a	P120/A.0 71	SO 09	<u>2. Eigentumsverletzung</u> Unsere Mandanten wenden ein, dass bereits die Ausweisung des Gebietes Geversdorf/Oberndorf als Vorranggebiet für Windenergie ihr Eigentum rechtswidrig verletzt. Denn es ist bekannt, dass Wohnhäuser in der Nähe von Windparks drastische Wertverluste erleiden und praktisch nicht mehr verkäuflich sind. Die Dimension der Wertreduzierung übersteigt bei weitem die ggf. zu tolerierenden Veränderungen des Umfeldes einer Immobilie, die durch allgemeine Einflüsse der Demografie und wirtschaftlichen Entwicklung beeinflusst werden. Denn der Bau eines Windparks bedeutet die Errichtung einer Industrieanlage mit schädlichen Veränderungen für die Lebensqualität in dem gesamten Umfeld. Eine solche Entwicklung müssen unsere Mandanten nicht akzeptieren. Jede Maßnahme mit vergleichbar enteignender Wirkung würde eine Entschädigung enthalten müssen (Art. 14 Abs. 3 5. 1 GG).	Eine Planung, ob auf Ebene der Bauleitplanung oder der Raumordnung, ist stets mit einer Wertveränderung verbunden. Diese kann sowohl positiv, als auch negativ für Grundstückseigentümer, als auch umliegende Anwohner sein. Zwar schützt das Grundgesetz in Artikel 14 das Eigentum, der wirtschaftliche Wert wird jedoch nicht geschützt. Wenn und soweit Eigentum gekauft wird, ob ein Grundstück oder ein Haus, nutzt der Eigentümer die derzeit vorherrschende Lagequalität. Dies bedeutet jedoch nicht, dass diese unverändert fortbestehen muss. Es existiert kein Recht auf die bestmögliche Nutzung des Eigentums. Aus diesem Grund verkennt die gängige Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts einen allgemeinen Entschädigungsanspruch. Weiterhin ist der Verkehrswert eines Hauses durch eine Vielzahl von Merkmalen geprägt, die durch den Markt bestimmt werden. Insoweit kann die Planung nicht auf eines von vielen verschiedenen Merkmalen Rücksicht nehmen, die den Wert eines Hauses bilden. Zudem wurde durch die Festlegung der Mindestabstände dafür Sorge getragen, dass keine erdrückende Wirkung von Windkraftanlagen ausgeht.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120a	P120/A.0 72	SO 09	Selbst wenn man die Errichtung des Windparks in der Nähe des Wohnhauses unserer Mandanten einmal hypothetisch als Ausdruck der Sozialpflichtigkeit des Eigentums und damit als hinnehmbar für unsere Mandanten einstufen wollte, würde eine solche Wertung zumindest eine rechtsstaatlich geregelte und praktizierte Entstehung der kritisierten Beeinträchtigung voraussetzen. Da hier bereits der Planentwurf und das hierzu praktizierte Verfahren rechtlich fehlerhaft und damit rechtswidrig sind, müssen unsere Mandanten die sie enteignende Wirkung des Vorranggebiets für Windenergie auch keinesfalls hinnehmen.	Siehe P120/A.071	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 73	SO 09	<u>3. Überschwemmungsgefahr</u> Das Wohnhaus unserer Mandanten steht unmittelbar am Oste-Deich. Das Grundstück muss aufgrund von einer in das Grundbuch eingetragenen Dienstbarkeit für die Entnahme von Erde für die Erhaltung der Sicherheit des Oste-Deiches zur Verfügung stehen. Die Deichsicherheit ist bekanntlich entscheidend von dem Ausmaß der beidseitig auf den Deich einwirkenden Umwelteinflüsse, insbesondere das aufräumende Wasser und die Feuchtigkeit, abhängig. Vorliegend ist die Versickerungsfähigkeit der dem Deich nachgelagerten Flächen, zu dem dieses Vorranggebiet für Windenergie gehört, eine wichtige Voraussetzung des insgesamt funktionierenden Hochwasserschutzes. Deswegen sind in diesen Gebieten, die von Hochwasser und Überschwemmungen betroffen sein können, auch keine Bodenversiegelungen zulässig.	Im Beteiligungsverfahren wurden keine diesbezüglichen Bedenken vom Amt für Wasser- und Abfallwirtschaft und dem Deichverband erhoben. Mögliche Beeinträchtigungen durch Bodenversiegelungen werden jedoch im Rahmen der Bauleitplanung und der BImSchG-Genehmigung geprüft.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 74	SO 09	Auf diesem Vorranggebiet und den angrenzenden Flächen des LK Stade sollen mind. 37 neue Windkraftanlagen von jeweils ca. 180 bis 220 m Höhe errichtet werden. Für jede Anlage ist eine Bodenfläche von mi. 30x30 m, also 900 m², in mind. 1 m Stärke zu betonieren. Es werden also Flächen in einer Gesamtgröße von 33.300 m² zubetoniert. Hinzu kommen noch die breiten - ebenfalls zu betonierenden — Zuwegungen für die hohen Kräne und Versorgungsfahrzeuge mit entsprechenden Rangierräumen sowie die Flächen der zu verlegenden Kabeltrassen, die ebenfalls den Boden versiegeln und die Sickerfähigkeit des Grund und Bodens zerstören werden. Wenn man diese Zusatzflächen mit ca. 50 % der Fundamentgrundflächen veranschlagt, so errechnet sich hier für das gesamte Planungsgebiet eine insgesamt zu versiegelnde Bodentfläche von 50.000 m². Wir rügen ausdrücklich, dass die für den Windpark benötigten großflächigen Bodenversiegelungen die Deichsicherheit gravierend beeinträchtigen, und damit nicht nur die unbebauten Teile des Grundstücks unserer Mandanten substantiell beschädigen können, sondern auch das Wohnhaus selbst und die Nebengebäude einer unzulässig gesteigerten Überschwemmungsgefahr aussetzen. Es überrascht, dass der Landkreis zu diesem wichtigen Gesichtspunkt keine Untersuchungen angestellt und Erläuterungen gegeben hat.	Siehe P120/A.073	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.0 75	A	<u>VII. Einzelaspekte</u> Die genauen Abwägungskriterien nennt der Planungsträger in der Begründung zum RROP 2014 nicht, so dass eine Auseinandersetzung mit den Details der gebotenen Abwägung nicht möglich ist. Bereits unter diesem Gesichtspunkt ist, wie gesagt, der Vorgang unzureichend und rechtswidrig.	Die Erläuterung wird im RROP Entwurf 2015 deutlich umfangreicher ausfallen. Die Begründung der Auswahl der Vorranggebiete wird in diesem Zuge detaillierter ausgeführt.	zu berücksichtigen
P120a	P120/A.0 76	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.97	Siehe Stellungnahme P119.97	Siehe Stellungnahme P119.97
P120a	P120/A.0 77	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.98	Siehe Stellungnahme P119.98	Siehe Stellungnahme P119.98
P120a	P120/A.0 78	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.99	Siehe Stellungnahme P119.99	Siehe Stellungnahme P119.99
P120a	P120/A.0 79	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.100	Siehe Stellungnahme P119.100	Siehe Stellungnahme P119.100
P120a	P120/A.0 80	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.101	Siehe Stellungnahme P119.101	Siehe Stellungnahme P119.101
P120a	P120/A.0 81	SO 09	Die beigefügte Karte (Anlage 8) zeigt den Geltungsbereich des IBP. Der geplante Windpark Wetterdeich/Qederquart/Portshemm/Bentwisch ist mit einem roten Kreuz eingezeichnet. Es ist so offenkundig, dass dieses große Industrieprojekt inmitten der Oste Marsch eine Lebensgrundlage der IBP—Ziele irreparabel beschädigen würde. Die Planung ist rechtswidrig, weil das IBP u. a. die Umsetzung der europäischen Richtlinien FFH, Natura 2000 und des Vogelschutzes bewirkt. Es gelten danach ein absolutes Verschlechterungsverbot und die Pflicht zu Erhaltungs- und Wiederherstellungsmaßnahmen.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120a	P120/A.0 82	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.103	Siehe Stellungnahme P119.103	Siehe Stellungnahme P119.103
P120a	P120/A.0 83	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.104	Siehe Stellungnahme P119.104	Siehe Stellungnahme P119.104
P120a	P120/A.0 84	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.105	Siehe Stellungnahme P119.105	Siehe Stellungnahme P119.105
P120a	P120/A.0 85	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.106	Siehe Stellungnahme P119.106	Siehe Stellungnahme P119.106
P120a	P120/A.0	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.107	Siehe Stellungnahme P119.107	Siehe Stellungnahme
P120a	P120/A.0 87	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.108	Siehe Stellungnahme P119.108	Siehe Stellungnahme P119.108
P120a	P120/A.0 88	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.109	Siehe Stellungnahme P119.109	Siehe Stellungnahme P119.109
P120a	P120/A.0	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.110	Siehe Stellungnahme P119.110	Siehe Stellungnahme
P120a	P120/A.0 90	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.111	Siehe Stellungnahme P119.111	Siehe Stellungnahme P119.111
P120a	P120/A.0 91	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.112	Siehe Stellungnahme P119.112	Siehe Stellungnahme P119.112
P120a	P120/A.0 92	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.113	Siehe Stellungnahme P119.113	Siehe Stellungnahme P119.113
P120a	P120/A.0 93	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.114	Siehe Stellungnahme P119.114	Siehe Stellungnahme P119.114
P120a	P120/A.0 94	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.115	Siehe Stellungnahme P119.115	Siehe Stellungnahme P119.115
P120a	P120/A.0 95	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.116	Siehe Stellungnahme P119.116	Siehe Stellungnahme P119.116
P120a	P120/A.0 96	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.117	Siehe Stellungnahme P119.117	Siehe Stellungnahme P119.117
P120a	P120/A.0 97	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.118	Siehe Stellungnahme P119.118	Siehe Stellungnahme P119.118
P120a	P120/A.0 98	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.119	Siehe Stellungnahme P119.119	Siehe Stellungnahme P119.119
P120a	P120/A.0 99	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.120	Siehe Stellungnahme P119.120	Siehe Stellungnahme P119.120
P120a	P120/A.1 00	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.121	Siehe Stellungnahme P119.121	Siehe Stellungnahme P119.121
P120a	P120/A.1 01	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.122	Siehe Stellungnahme P119.122	Siehe Stellungnahme P119.122
P120a	P120/A.1 02	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.123	Siehe Stellungnahme P119.123	Siehe Stellungnahme P119.123
P120a	P120/A.1 03	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.124	Siehe Stellungnahme P119.124	Siehe Stellungnahme P119.124
P120a	P120/A.1 04	SO 09	Die Fledermäuse sind ständige Bewohner und Besucher des Aufenthalte werden auch durch die div. Waldgebiete im Umfeld der angelegten und fortgeschritten entwickelten Ausgleichsflächen geplanten Gebietes (z. B. Moorstrichweg) begünstigt.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120a	P120/A.1 05	SO 09	Unsere Mandanten haben auf ihrem Grundstück 2 Hegebüsche von jeweils ca. 2.200 m² gepflanzt, die neben dem ebenfalls vorhandenen alten und hohen Baumbestand ständig von Fledermäusen genutzt werden. Dies gilt sowohl für die dauerhaft heimischen Fledermäuse als auch für die vagabundierenden Arten. Die Fledermäuse haben bekanntlich nächtliche Aktionsradien von vielen Kilometern. Der in Portshemm/Bentwisch/Wetterdeich geplante Windpark wird deshalb eine — rechtswidrige — Gefahr für die Population der vielen Fledermäuse in diesem Gebiet bedeuten.	Der angesprochene Bereich ist aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung geeignet. Er wird deshalb im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms auch nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. - Infolge der 7. Flächennutzungsplan-Änderung der Samtgemeinde Am Dobrock ist hier jedoch eine Sonderbaufläche Windenergienutzung vorhanden.	Kenntnisnahme
P120a	P120/A.1 06	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.126	Siehe Stellungnahme P119.126	Siehe Stellungnahme P119.126
P120a	P120/A.1 07	U, SO 09	Siehe Stellungnahme P119.127	Siehe Stellungnahme P119.127	Siehe Stellungnahme P119.127
P120a	P120/A.1 08	A	Siehe Stellungnahme P119.128	Siehe Stellungnahme P119.128	Siehe Stellungnahme P119.128
P120a	P120/A.1 09	SO 09	Siehe Stellungnahme P119.129	Siehe Stellungnahme P119.129	Siehe Stellungnahme P119.129
P120a	P120/A.1 10	A	Siehe Stellungnahme P119.130	Siehe Stellungnahme P119.130	Siehe Stellungnahme P119.130
P120a	P120/A.1 11	A	Siehe Stellungnahme P119.131	Siehe Stellungnahme P119.131	Siehe Stellungnahme P119.131
P120a	P120/A.1 12	A	Siehe Stellungnahme P119.132	Siehe Stellungnahme P119.132	Siehe Stellungnahme P119.132
P120a	P120/A.1 13	A	Siehe Stellungnahme P119.133	Siehe Stellungnahme P119.133	Siehe Stellungnahme P119.133
P120a	P120/A.1 14	A	Ausdrücklich mache ich mir für meine Mandanten ergänzend sämtliche Inhalte und Beweisangebote in den folgenden Eingaben, die Ihnen vorliegen, mitsamt ihren Anlagen zu eigen: • unseren Schriftsatz vom 20.01.2014 mit den Befangenheitsanträgen gegen die Gutachtern der Betreibergesellschaften, • Begutachtung des Büros Bosch & Partner im Auftrag des Naturschutzamtes des Landkreises (Stand: März 2014), • unseren Normenkontroll-Eilantrag vom 12.03.2014 an das Obergerverwaltungsgericht Niedersachsen (12 MN 52/14), • Grundsatzpapier des BUND zum RROP 2014 (Neuaufstellung Teilbereich Windkraft) von Juli 2014, • Einwendungen der Eheleute Siegrun und Carlo van Bernem vom 05.08.2014.	Die Auflistung wird zur Kenntnis genommen. Die angesprochenen Einwendungen werden an den jeweiligen Stellen ausgewertet. Ein Befangenheitsantrag gegen Gutachter kann sich nicht an die Raumordnung richten und hat somit keine Relevanz. Der Normenkontroll-Eilantrag wird im Rahmen des Verfahrens behandelt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120b	P120/B.0 1	A	<p>Ich beschäftige mich als HNO-Facharzt mit der Spezialisierung auf kindliche Hörstörungen und Hörverarbeitungsstörungen seit 20 Jahren mit Kindern mit dem so genannten Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom ADS/ADHS. Es gab und gibt eine kleine Gruppe von Kindern mit einer Stoffwechselerkrankung, die die Aufmerksamkeit sehr stark herabsetzt und medikamentös behandelt werden muss. Die Anzahl dieser stoffwechselerkrankten Kinder war und ist gleich und ist im Übrigen auch weltweit verbreitet. Es ist eine Tatsache, die ich beobachte, dass Kinder mit diesem Unruhesyndrom und der schwachen Aufmerksamkeit vor 15 Jahren sehr selten waren. Mit zunehmender unnatürlich werdender Umwelt für die Kinder, der Zunahme der virtuellen Medien, aber auch der Verschmutzung der akustischen Atmosphäre der Kinder in industrienahen Wohnbereichen nimmt das nicht stoffwechselstörungbedingte Aufmerksamkeitsdefizitsyndrom dramatisch zu. Die Kinder können weniger und weniger das abliefern, was sie eigentlich sollten. Sie sind unkonzentriert und können ihre Aufmerksamkeit nicht bündeln. Sie leiden an Geräuschempfindlichkeit und allgemeiner Unruhe, dieses vermischt mit Verhaltensstörungen und sozialer Unangepasstheit. Ich untersuche diese Kinder darauf, ob sie Hörwahrnehmungs- oder Hörverarbeitungsstörungen haben, die diese Aufmerksamkeitsstörung mitbedingen oder verstärken. Es ist sehr auffällig geworden, dass man Kinder mit diesen Störungen nur in industrienahen Wohnbereichen findet. Anders ausgedrückt, in den guten Standorten, wo Ruhe und ein natürlich gemessener Lebensrhythmus herrscht, sind die Kinder intakt. Aus diesem Bereich kommen keine Betroffenen. Aus den reizüberfluteten industrienahen Standorten kommen meine kleinen Klienten mit ihren Eltern. Anders formuliert, während es früher Ausnahmen und Seltenheit war, ist jetzt die Sprechstunde voll von hilfesuchenden Müttern mit ihren Kindern, die in der Schule wegen Unruhe, Hampeligkeit, Störpotenzial, Unangepasstheit und eben auch Unaufmerksamkeit versagen.</p> <p>Jeder kommunalpolitisch Verantwortliche sollte im Auge haben und sich bewusst machen, dass die industriell produzierten Reize das vegetative Nervensystem des heranwachsenden Menschen und eben auch des empfindlichen Kindes überfordert. Zusätzlich zu dem Infraschall ist der unruhig machende diskoartige Schlagschall der Mühlen mit hinzuzuziehen. Das heranwachsende Kind hat Ruhe und Geborgenheit nötig und kann mit diesen unnatürlichen Reizen nur schlecht fertig werden. Das gereizte vegetative Nervensystem reagiert mit Unruhe und Konzentrationsschwäche. Wenn eine bislang still und natürlich wirkende Landschaft nun in eine Industrielandschaft verwandelt wird, so eine Industrielandschaft wird es werden in dieser Windmühlengroßparkanlage mit Mühlen von 200m Höhe in Ballung, dann produziert man Reize, wie sie auch in flughafennahen und industrienahen Wohnorten vorkommen mit den entsprechenden folgen auf das vegetative Nervensystem der Anwohner. Man muss sich im klaren sein, dass das Unruhesyndrom, die Konzentrationsschwäche, die sowieso schon im Kehdinger Raum zunehmend beobachtet wird, hierdurch noch dramatisch verstärkt und intensiviert wird.</p> <p>Wir werden also damit rechnen müssen, dass mehr und mehr konzentrationsschwache Kinder in Folge dieser Industrialisierung zu sehen sind. Es muss im Interesse der Eltern sein, ihren Kindern eine möglichst natürliche und geborgenheitsvermittelnde Umgebung bieten zu können. Die nun sehr bedrohlich und unnatürlich wirkenden Windmühlen in der geplanten Ballung wird das Gefühl von Geborgenheit deutlich vermindern und Unruhe und vegetative Unbehaglichkeit produzieren, die sich dann auch körperlich und im Bewegungsdrang der Kinder in den Schulen ausdrücken wird.</p>	<p>Im Zuge des einheitlichen Planungskonzeptes hat der Landkreis Cuxhaven Kriterien zum Mindestabstand aufgestellt, die über den gesetzlich geforderten Vorgaben liegen. Die Vorsorgeabstände stellen sicher, dass eine gesundheitliche Gefährdung durch Windparks verhindert wird. Vor Errichtung der Windkraftanlagen müssen diese nach Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt werden. Die Vorhabensträger müssen dabei umfangreiche Gutachten vorlegen, dass durch die Anlagen keine negativen Auswirkungen wie z.B. Lärm oder unzumutbarer Schattenwurf gegeben sind.</p>	<p>Kenntnisnahme</p>

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120b	P120/B.0 2	A	Es ist auch eine Beobachtung des Bundesgesundheitsministeriums veröffentlicht worden, dass die arbeitenden Menschen, die industrienah wohnen 15 Jahre früher sterben, als die, die das Glück haben, in einer natürlichen Umgebung leben zu können. Hier gibt es Untersuchungen und Statistiken, je näher man an industriegeräuschproduzierenden Anlagen wohnt und lebt, desto mehr werden Herzrhythmusstörungen, frühe Herzinfarkte und Schlaganfälle beobachtet. Auch wenn die einzeln gemessenen Werte für Infraschall und andere Zwischenphänomene im Toleranzbereich liegen, ist die Kumulation dieser vegetativ beunruhigenden und unerwünschten Effekte zu beachten. In der Summe bedeutet es etwas Schädigendes. Über die Beunruhigung des vegetativen Nervensystems kommt es zur Zusammenziehung der Gefäße, also Bluthochdruck, Einlagerung von Gefäßkalk und dann zu frühen Herzinfarkten und auch Schlaganfällen. Man muss sich im Klaren sein, was man einkauft und auf der Gegenseite bekommt. Es muss sich jeder einzelne überlegen, insbesondere die, die keine Vergütung für das Aufstellen dieser Großanlagen bekommt, was ihm hiermit zugemutet wird. Zusammenfassend muss sich jeder kommunalpolitisch Tätige überlegen, ob er es verantworten kann den ihm anvertrauten wählenden Menschen eine solche Industrielärmbelastung zuzumuten, die in der Folge zunehmende Unruhe der Schulkinder sowie eine reduzierte Lebenserwartung der dort in der Nähe wohnenden Menschen bedeuten. Mit meinen Patientinnen bin ich mir jedenfalls einig, dass es gilt, für unsere Kinder nur das Beste zu wollen und die bestmögliche Umwelt zu schaffen bzw. zu erhalten. Und jeder erwachsene Mensch sollte daran denken, dass er Gesundheit gestalten kann und dafür sorgen kann mit gesunden Blutgefäßen ein hohes Alter zu erreichen. Dieses kann er mit seiner Wahlstimme mitlenken und beeinflussen. Gesundheit ist das höchste Gut und nicht käuflich zu erwerben. Gesundheit lässt sich aber durch Abwehr unvernünftiger maßloser Umwandlung der Umwelt gestalten. Keiner hat etwas dagegen, wenn Mühlen wie an der Al im Hamburger Hafen aufgestellt werden, in schon bestehende Industriegebiete, in denen kein Mensch beeinträchtigt wird. Solche Gegenden gibt es genug in unserem Lande, da denke ich, muss es nicht die Wellnesslandschaft Ostetal sein, die in ihrer Unberührtheit ihres gleichen sucht.	Siehe P120/B.01	Kenntnisnahme
P120C	P120/C.0 1	A	Vor dem Hintergrund verschiedener, nicht zufriedenstellend geklärter Aspekte halten wir es aus vorsorgender gesundheitlicher Sicht für erforderlich, bei Errichtung von modernen Windkraftanlagen (WKA) einen Abstand zur nächstgelegenen Wohnbebauung einzuhalten, der in Metern das Zehnfache der Nabenhöhe der Anlage beträgt. Wenn dieser Abstand unterschritten oder Repowering zugelassen werden soll, ist im Rahmen der Immissionsberechnung ein genereller Zuschlag von 3 UB(A) für eine besondere Lästigkeit des Lärms (rhythmisches Rotorblattschlagen) vorzusehen.	Bei dem Anhang handelt es sich um ein Papier des Gesundheitsamtes der Freien Hansestadt Bremen, Referat Gesundheitshygiene. Die vom Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände von 500m bzw. 1000m zur Wohnbebauung als weiche Tabuzonen werden als ausreichend angesehen, um den Schutz der Bevölkerung zu gewährleisten. Darüber hinaus müssen im Rahmen der Genehmigung nach BImSchG Gutachten vorgelegt werden, dass von den Windenergieanlagen keine schädlichen Umweltauswirkungen ausgehen.	Kenntnisnahme
P120C	P120/C.0 2	A	Unabhängig davon ist grundsätzlich ein Mindestabstand von einer Windkraftanlage zur nächstgelegenen Wohnbebauung von 500 m einzuhalten. Einzelhäuser, Gebiete mit Erholungsfunktion und ruhige Gebiete im Sinne der Lärminderungsplanung sind zusätzlich zu betrachten.	Der im Papier geforderte Mindestabstand von 500m wird vom Landkreis Cuxhaven eingehalten.	Kenntnisnahme
P120C	P120/C.0 3	A	Hintergrund: Im Zusammenhang mit WKA werden Lärm (insbesondere tieffrequenter Schall, Infraschall und rhythmisches Rotorblattschlagen), Schattenwurf und die nächtliche Beleuchtung zur Kennzeichnung für den Luftverkehr problematisiert. Die Belästigungswirkung steigt nach Angaben Betroffener mit zunehmender Höhe und zunehmendem Rotordurchmesser der WKA.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P120C	P120/C.0 4	A	1. Lärm Die Immissionsberechnungen nach den Vorgaben der Technischen Anleitung Lärm (TA Lärm) sind im Allgemeinen gut nachvollziehbar. Eine Ausnahme bildet das sogenannte rhythmische Rotorblattschlagen hoher und besonders leistungsstarker WKA, das von Betroffenen als besonders belästigend wahrgenommen wird, sich aber über die TA Lärm offenbar nicht abbildet. Hier besteht aus unserer Sicht eine Diskrepanz zwischen den Bewertungen nach TA Lärm und dem tatsächlichen Belästigungsgrad einer WKA. Diese Diskrepanz konnte bislang nicht ausgeräumt werden.	Die TA Lärm sowie die Anwendbarkeit dieser stehen in diesem Verfahren nicht zur Diskussion.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120C	P120/C.0 5	A	Die Auswirkungen von tieffrequentem Schall und Infraschall sind offenbar ebenfalls noch nicht ausreichend bewertbar, wie unterschiedliche Abstandsfordernungen zur Vermeidung von Beeinträchtigungen erkennen lassen. Das Robert Koch-Institut sieht in seinen Empfehlungen zu Infraschall und tieffrequentem Schall allgemein (2007) einen "großen Handlungs- und Forschungsbedarf" (http://edoc.rki.de/documents/rki_a_b/re67fIH_RghoUo/PDF/22wFEQ7g9U2VE.pdf) [30.04.13].	Die Frage, ob durch Windkraftanlagen verursachter Infraschall gesundheitsschädlich ist, ist stark umstritten. In Niedersachsen wurde vom Minister für Umwelt, Energie und Klimaschutz, Stefan Wenzel, zu dieser Thematik ausgeführt, dass der von Windenergieanlagen erzeugte Infraschall bei den durch das Bundesimmissionsschutzgesetz erforderlichen Mindestabständen für Schallschutz nicht mehr wahrnehmbar sei. Minister Wenzel hat sich dabei auf Untersuchungen vom Bayrischen Landesamt für Umwelt von 2014, dem Chief Medical Officer of Health Report aus Kanada von 2010 und der "Machbarkeitsstudie zur Wirkung von Infraschall" des Umweltbundesamtes vom Juni 2014 berufen. Auch das Bundesumweltamt geht nach derzeitigem Stand nicht davon aus, dass durch den von Windkraftanlagen erzeugten Infraschall eine Gesundheitsgefährdung besteht.	Kenntnisnahme
P120C	P120/C.0 6	A	2. Schattenwurf Der Umgang mit dem Schattenschwurf ist bislang durch Empfehlungen geregelt, die durch den Einsatz von Schattenschwurf-Abschaltmodulen im Rahmen der Genehmigung von WKA umgesetzt werden. Befindet sich ein Immissionsort im Einflussbereich mehrerer Anlagen, ist die empfohlene maximale Beschattungsdauer für alle einwirkenden Anlagen zusammen zu betrachten und zu bewerten.	Dies ist Gegenstand des Genehmigungsverfahrens.	Kenntnisnahme
P120C	P120/C.0 7	A	3. Nächtliche Befeuerung Die zur Kennzeichnung von Luftfahrthindernissen vorgeschriebene nächtliche Befeuerung wird von Betroffenen als belästigend erlebt. Zur Minderung der Belästigungswirkung im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben sollten mindestens die Empfehlungen aus dem Forschungsvorhaben des Bundesumweltministeriums "Akzeptanz und Umweltverträglichkeit der Hinderniskennzeichnung von Windenergieanlagen" bei künftigen WKA umgesetzt werden (http://sozpsy-forschung.psych.unihalle.de/HKworkshop/proiektbericht/HK_Abschlussbericht_MLU_04_05_10.pdf) [30.04.13].	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P120C	P120/C.0 8	A	4. Abstandsregelungen in den Bundesländern Die Abstandsregelungen von WKA zu allgemeinen und reinen Wohngebieten bewegen sich zwischen 500 und 1000 m. Mehrere Bundesländer sehen einen Abstand von 1000 m zwischen hohen WKA und Wohnbebauung vor, teilweise ergänzt durch weitere Regelungen (z.B. Einzelfälle, Einzelbebauung, Kurgelände, Ausnahmen). Die Bundesländer Sachsen und Sachsen-Anhalt sehen einen Mindestabstand vor, der die Höhe der Windkraftanlage und damit die Veränderung der Immissionen mit zunehmender Höhe berücksichtigt (http://www.bmu.de/fileadmin/bmuimport/files/pdfs/allgemein/application/pdf/abstandempfehlungen_bf.pdf) [30.04.13]. Die teilweise sehr unterschiedlichen Regelungen deuten eine Unsicherheit in der Bewertung an. Generell haben Flächenstaaten eher die Möglichkeit, größere Abstände zur Wohnbebauung vorzusehen, als dies in Stadtstaaten mit ihrer begrenzten Fläche möglich ist. Dies ändert jedoch im Grundsatz nichts an der möglichen Belästigungswirkung und dem erforderlichen vorsorgenden Gesundheitsschutz für Betroffene. Daher kann aus gesundheitlicher Sicht nicht die Größe eines Bundeslandes Kriterium für einen Abstand sein, sondern einzig die Auswirkungen einer Anlage.	Die Abstandsregelungen in anderen Bundesländern sind für den Landkreis Cuxhaven nicht relevant. Das Land Niedersachsen gibt bewusst keinen Mindestabstand vor. Die Ableitung der Mindestabstände wird in der Begründung dargelegt.	Kenntnisnahme
P120C	P120/C.0 9	A	Fazit: Solange keine konkreteren wissenschaftlich begründeten Ergebnisse zu den noch offenen Fragen vorliegen, ist aus gesundheitlicher Sicht eine vorsorgende Abstandsregelung erforderlich, die die Größe einer Anlage und den daraus resultierenden Belästigungsgrad berücksichtigt.	Die im Landkreis Cuxhaven festgelegten Mindestabstände sind ausreichend, um eine Gefährdung auszuschließen.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P120D	P120/D.0 1	A	Die Landschaft in Deutschland ist in hohem Maße kulturbestimmt. In vielen Regionen hat sich die Kulturlandschaft zu einer Denkmallandschaft verdichtet, deren Erforschung, Interpretation und Schutz zu den Kernaufgaben der Kunstgeschichte gehören. Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. sieht, durch die 2011 beschlossene Energiewende und den damit verbundenen Ausbau der erneuerbaren Energien mit neuen Windkraft- und Photovoltaikanlagen die historischen Kulturlandschaften Deutschlands erheblich bedroht. Besonders deutlich ist der Landschaftswandel bereits jetzt in Norddeutschland zu bemerken, wo der weite, unverstellte Blick auf den Horizont zu den identitätsstiftenden Merkmalen der Landschaft zählt.	Beim Anhang handelt es sich um den "Greifswalder Appell zur Beachtung der Denkmalwerte in der Landschaft bei der Errichtung neuer Photovoltaik- und Windkraftanlagen" vom Deutschen Kulturhistorikertag. Der Denkmalschutz wird durch die Beteiligung der fachlich zuständigen Ämter für Denkmalschutz des Landkreises Cuxhaven sowie des Landes Niedersachsen sichergestellt. Im Rahmen des Genehmigungsverfahrens nach BImSchG wird die Denkmalschutzbehörde erneut hinsichtlich der genauen Anlagenstandorte beteiligt, um mögliche Beeinträchtigungen auszuschließen.	Kenntnisnahme
P120D	P120/D.0 2	A	Inzwischen wurde mit dem Bau einer neuen Generation von Windkraftanlagen begonnen, deren Höhe nicht mehr wie früher um die 60 Meter, sondern bis zu 200 Metern beträgt. Sie werden damit deutlich höher als der Kölner Dom. Solche Anlagen sind in der norddeutschen Tiefebene über viele Kilometer sichtbar. Die Anzahl der Windenergieanlagen in Schleswig-Holstein betrug im vergangenen Jahr 185 Anlagen je 1000 Quadratkilometer. In vielen Landesteilen sehen wir die Grenze der Belastbarkeit der überlieferten Kulturlandschaft damit erreicht, manchmal bereits überschritten. In Mecklenburg Vorpommern waten es im vergangenen Jahr 1419 einzelne Anlagen und damit 62 je 1000 Quadratkilometer. Mit einer weiteten massiven Verdichtung der Anlagen ist durch die beschleunigte Umsetzung der Energiewende zu rechnen.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P120D	P120/D.0 3	A	Zehntausende Denkmale werden im gesamten Bundesgebiet durch die Errichtung neuer Photovoltaik und Windkraftanlagen in ihrem Wirkungsraum beeinträchtigt. Um nur ein einziges Beispiel zu nennen: Bereits heute ist die Silhouettenwirkung der Stadt Prenzlau in der Uckermark durch die umliegenden Windkraftanlagen nachhaltig gestört. Ausgerechnet hier, wo der berühmte, weithin sichtbare Schaugiebel und die Türme der Marienkirche das Stadtbild seit Jahrhunderten prägen, werden die historisch gewachsenen Dimensionen durch Windkraftanlagen an der Stadtperipherie ignoriert. Diese Nutzbauten erreichen die Höhe der stadtbildprägenden historischen Denkmäler, ja übertreffen sie an manchen Stellen. Dass damit eine massive Beeinträchtigung von Denkmalwerten verbunden ist, steht außer Frage. Dem Schweigen sämtlicher politischer Parteien zu diesem Problem — auch solcher, denen der Landschafts- bzw. Kulturlandschaftsschutz ureigenste Sorge sein müsste — setzen wir unsere Stellungnahme entgegen.	Siehe Stellungnahme P120/D.01	Kenntnisnahme
P120D	P120/D.0 4	A	Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. wendet sich nicht gegen die Energiewende, plädiert aber dafür, die Bedenken von Denkmalpflegern und engagierten Bürgern ernst zu nehmen, um weitere gravierende Beeinträchtigungen der historischen Kulturlandschaften zu verhindern.	Siehe Stellungnahme P120/D.01	Kenntnisnahme
P120D	P120/D.0 5	A	Der Verband Deutscher Kunsthistoriker e.V. fordert daher die grundsätzliche Beachtung der kulturellen Werte als identitätsstiftende Bausteine der Kulturlandschaften in Deutschland,	Siehe Stellungnahme P120/D.01	Kenntnisnahme
P120D	P120/D.0 6	A	das vollständige Freihalten der wertvollen historischen Kulturlandschaften von den genannten Anlagen,	Siehe Stellungnahme P120/D.01	Kenntnisnahme
P120D	P120/D.0 7	A	die Einhaltung von Mindestabständen zwischen den Windkraftanlagen und den Denkmälern,	Siehe Stellungnahme P120/D.01	Kenntnisnahme
P120D	P120/D.0 8	A	die Einbeziehung der Denkmalpflege als zuständiger Fachbehörde bereits im Vorfeld aller Planungsverfahren und ihre zureichende Ausstattung mit Personal.	Siehe Stellungnahme P120/D.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.01	SO 09	<p><u>1. Allgemeines</u></p> <p>Es wird zur Kenntnis genommen, dass "dem Landkreis (...) bei der Erzeugung von elektrischer Energie durch die Nutzung von Windenergie wegen seiner Lage an der Küste und dem sich daraus ergebenden Windertragspotenzial eine besonders hohe Bedeutung zu (kommt)." So die Begründung/Erläuterung auf S. 5 oben des Entwurfs für eine Fortschreibung des RROP für den Landkreis Cuxhaven 2014.</p> <p>In diesem Zusammenhang wird festgestellt, dass bereits das RROP 2012, das am 28.06.2012 Rechtskraft erlangt hat und nach wie vor rechtsgültig ist, dieser Bedeutung des Landkreises weitgehend und insbesondere in Bezug auf das hier vorrangig im Fokus stehende Vorranggebiet Geversdorf-Oberndorf Rechnung trägt. Soweit der Entwurf einer Fortschreibung hinter den im RROP 2012 ausgewiesenen Vorranggebieten Windenergie zurückbleibt, entbehrt dies einer sachlichen Rechtfertigung.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P121	P121.02	SO 09	<p>Es ist zwar zutreffend, dass es im Hinblick auf die gebotene Verhältnismäßigkeit der von Festlegungen nach § 8 Abs. 7 S. 1 Nr 1 und Nr. 3 i.V.m S. 2 ROG ausgehenden Inhaltsbestimmungen des Grundeigentums und der gemeintlichen Planungshoheit einer bestimmten Kriteriensystematik bedarf, es wäre aber unrichtig, solche Kriterien schematisch anzuwenden und obendrein die Einschätzung eines Instanzgerichts im Einzelfall als maßgeblich für eine metermäßige Bestimmung von "Puffern" zu Ortslagen bzw. Wohnhäusern in einem Raumordnungsplan anzusehen. Ansonsten ist zu berücksichtigen, dass eine meterscharfe Bestimmung durch einen Regionalplan allein schon mit Rücksicht darauf nicht erlaubt ist, dass nach Artikel 28 Abs. 2 GG hinreichende Planungsspielräume für die Gemeinden verbleiben müssen. So muss die Regionalplanung sehr wohl und aus kompetenziellen Gründen darauf achten, der Sache nach nicht Flächennutzungsplanung nach § 5 BauGB zu betreiben und darf weder räumlich noch inhaltlich Festlegungen treffen, für die die Gemeinden zuständig sind.</p>	Der Entwurf des RROP 2014 stimmt mit geltenden Gesetzen und Rechtsprechungen überein. In Bezug auf die Ausschlusswirkung des § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB besitzt die Regionalplanung in Verbindung mit § 8 Abs. 7 ROG eine Planungshoheit. Diese wird mit dem vorliegenden Entwurf ausgefüllt. Eine metergenaue Abgrenzung der Vorranggebiete ist dabei auch auf Ebene der Regionalplanung durch GIS-Systeme möglich. Es werden keine Festlegungen getroffen, die alleine den Gemeinden vorbehalten sind. Die Gemeinden können bspw. die maximale Anlagenhöhe festlegen und die Fläche verkleinern.	Kenntnisnahme
P121	P121.03	E 01	<p>Wir gehen daher davon aus, dass das unter Ziffer 10 S. 4 formulierte Ziel zu Mindestabständen von 1000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzelhäusern rechtswirksam nicht einem RROP festgelegt werden kann. Abgesehen davon erscheinen bestimmte Kriterien, wie etwa der 750 m Abstand zur Oste als willkürlich und weder planerisch noch naturschutzfachlich zu rechtfertigen. Bitte bedenken Sie, es macht einen Unterschied, ob einer Raumordnungsplanung planerisch bestimmte Abstandskriterien nur zu Grunde gelegt, oder ob solche Abstände als Ziel der Raumordnung festgelegt werden.</p>	Im Entwurf des RROP 2015 entfällt der 750 m Abstand zur Oste. Die Mindestabstände zur Wohnbebauung können im Rahmen eines RROP festgelegt werden.	Teilweise zu berücksichtigen
P121	P121.04	A	<p>Im Übrigen ist darauf hinzuweisen, dass die Träger der Regionalplanung gemäß § 5 Abs. 5 S. 2 NROG abweichend von § 7 Abs. 1 S. 2 ROG Festlegungen nicht in sachlichen und nicht in räumlichen Teilprogrammen treffen können. Die gegenwärtige Fortschreibung läuft der Sache nach auf ein sachliches Teilprogramm hinaus.</p>	Der vorliegende Entwurf widerspricht den Vorgaben des NROG nicht. Die Änderung eines sachlichen Teilabschnittes ist nach § 6 NROG zulässig, da das RROP 2012 mit Ausnahme des Abschnitts Windenergie weiterhin gültig ist.	Nicht zu berücksichtigen
P121	P121.05	B 10	<p><u>2. Kommunale Bauleitplanung</u></p> <p>Das RROP erkennt in seiner Fortschreibung, dass "gemäß Gegenstromprinzip dem planerischen Willen der Gemeinden, an den jeweiligen Standorten einen Windpark zu entwickeln, Rechnung..." zu tragen ist. Seite 22 der Begründung/Erläuterung der Fortschreibung.</p> <p>Der Träger der Regionalplanung im Landkreis Cuxhaven meint, dem durch ein neues Ziel unter Ziffer 10 der Fortschreibung des RROP Rechnung tragen zu können. Insofern ist zwar erfreulich, dass die Errichtung von Windenergieanlagen in bauleitplanerisch bereits rechtsgültig gewordenen Sonderbauflächen und Sondergebieten für Windenergienutzung auch außerhalb der festgelegten Vorranggebiete möglich sein sollen, wir meinen aber, dass darüber hinaus ein Erfordernis besteht, die Abgrenzung der Vorranggebiete so vorzunehmen, dass die unter Ziffer 10 der Fortschreibung zum Regionalplan angesprochene Situation explizit bereits Berücksichtigung finden. Nicht ohne Grund sind gemäß § 8 Abs. 2 S. 2 ROG die Flächennutzungspläne entsprechend § 1 Abs. 3 ROG in der Abwägung nach § 7 Abs. 2 ROG zu berücksichtigen. Dies gilt umso mehr als im Wege der Bauleitplanung gesicherte Flächen zur Nutzung der Windenergie auch als Vorranggebiete Windenergie besonders geeignet sind.</p>	Die bauleitplanerisch gesicherten Flächen entsprechen nicht den vom Landkreis Cuxhaven aufgestellten Kriterien und können somit lediglich als Ziel-Ausnahme-Regelung übernommen werden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P121	P121.06	B 07	3. Zielverfehlung und Abwägungsmängel Besonders gravierend im Hinblick auf die vom RROP selbst erkannte Bedeutung des Landkreises Cuxhaven für die Windenergieerzeugung und das Abwägungsgebot in § 7 Abs. 2 Satz 1 ROG ist, wenn die bisherige Ziffer 07 im Zuge einer Fortschreibung des RROP entfallen soll. Hierdurch entstünde eine Disproportionalität zwischen einerseits dem Ziel, der Windenergienutzung hinreichend Raum zu geben und andererseits dem Erfordernis, dies unter möglichst geringer Beeinträchtigung anderer abwägungsrelevanter Belange zu tun, wenn auf eine optimale Ausnutzung der Vorranggebiete verzichtet werden soll. Möglicherweise ist dies auch gar nicht gemeint, wenn eine Streichung der Ziffer 07 des gegenwärtig gültigen RROP erfolgt, gleichwohl muss der Plangeber deutlich machen, dass ausgewiesene Vorranggebiete selbstverständlich soweit dies planerisch und unter Ausnutzung der zur Verfügung stehenden Flächen möglich ist, für Windenergienutzung zur Verfügung stehen.	Die Ziffer 07 des RROP 2012 ist entfallen, da für eine solche Festlegung keine Grundlage auf Ebene der Raumordnung besteht. Der Landkreis Cuxhaven ist überzeugt, dass auch ohne eine solche Festlegung seitens der Investoren ein großes Interesse besteht, die Vorranggebiete und bauleitplanerisch gesicherten Bereiche optimal zu nutzen.	Kenntnisnahme
P121	P121.07	U, SO 09	Planungsgrundlagen Die von uns vertretenen Unternehmen befürchten darüber hinaus erhebliche Abwägungsmängel, wenn einerseits gemäß § 7 Abs. 2 S. 2 ROG das Ergebnis der Umweltprüfung nach § 9 ROG in die Abwägung nach § 7 Abs. 2 S. 1 ROG zu berücksichtigen ist, andererseits die Grundlagen der Umweltprüfung in dem der Fortschreibung des RROP beigelegten Umweltbericht unzutreffend sind. Dabei beziehen wir uns einerseits auf die vorangegangene Stellungnahme der Windpark Infrastruktur Oberndorf Intern GmbH & Co. KG vom 01.08.2014, verweisen aber ausdrücklich und im Kontext des Windvorranggebietes Geversdorf-Oberndorf auf die dem Landkreis im Rahmen der immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren von den Antragsstellern für das Gebiet Geversdorf-Oberndorf vorgelegten Gutachten. So wird die Bedeutung des Gebietes für "windempfindliche Vogelarten" deutlich überschätzt und zum Teil auch Vorkommen von Arten angenommen, die ausweislich der durchgeführten Kartierungen in dem Gebiet regelmäßig überhaupt nicht vorkommen.	Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2012) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Die Kartierung der Avifauna erfolgte Mitte 2012 und ist gem. des Urteils vom BVerfG am 06.11.2013 - 9 A 14.12 - ausreichend aktuell. Gemäß dieser Kartierung gibt es im potenziellen Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten (Kiebitz) und im Umfeld (Weißstorch, Waldohreule, Rohrweihe, Seeadler). Der Abstand zu den Brutvorkommen windenergieempfindlicher Vogelarten wird im Umweltbericht zum Entwurf des RROP 2015 in Bezug auf die aktuellsten Abstandsempfehlungen des NLT (Stand Oktober 2014) geprüft und angepasst werden. In der Zusammenfassung der Umweltwirkungen bleibt die Einschätzung einer potenziell erheblichen Beeinträchtigung hinsichtlich der windenergieempfindliche Brutvogelarten in Bezug auf das potenzielle Vorranggebiet Geversdorf/Oberndorf bestehen (vgl. § 3 und § 14g Abs. 2 Nr 5 UVPG).	Teilweise zu berücksichtigen
P121	P121.08	U, SO 09	Der überwiegend ackerbaulich genutzte Bereich weist eine durchschnittliche und für den Landkreis übliche Struktur auf, die auch andernorts ohne weiteres anzutreffen ist.	Kenntnisnahme. Es folgt keine Anpassung/Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Kenntnisnahme
P122	P122	Z	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22	Siehe Stellungnahme P22
P123	P123	SO 31	Siehe Stellungnahme P29	Siehe Stellungnahme P29	Siehe Stellungnahme P29
P124	P124	SO 31	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3	Siehe Stellungnahme P3
P125	P125.1-3	SO 31	Siehe Stellungnahme P3.1-3	Siehe Stellungnahme P3.1-3	Siehe Stellungnahme P3.1-3
P125	P125.4	SO 31	Ich verführe in den oben genannten Bereich sowohl über Eigentums- als auch Pachtflächen, die von mir intensiv landwirtschaftlich bewirtschaftet werden. Ich fordere für das weitere Verfahren, eine Berücksichtigung meiner Stellungnahme, mit Überarbeitung der Detailkarte 31 zum Standort Osten-Isensee.	Alle im Rahmen der Öffentlichkeitsbeteiligung eingegangenen Stellungnahmen werden vollständig berücksichtigt.	Kenntnisnahme
P126a	P126/A.0 1	SO 2	Zu o. a. Entwurf wird wie folgt Stellung genommen: Trotz Flächen-Veränderungen im Planungsgebiet verweise ich auf anhängende Stellungnahme vom 2. 11. 2012 zu den B-Plänen Nr.52 & 12, sowie der F-Planänderung Nr. 84 Samtgemeinde Bederkesa, die weiterhin gültig und für mich verbindlich ist. Die dazu erfolgte Abwägung ist oberflächlich, unbefriedigend und lässt Fragen im Detail unbeantwortet.	Die angesprochene Stellungnahme wird unter P126/B ausgewertet.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126a	P126/A.0 2	U, SO 02	Im Entwurf Abschnitt 2. "Ermittlung Bestand und Bewertung der Umweltauswirkungen" werden folgende, korrekturbedürftige Angaben festgestellt: Zu 2.27: Plangebiet und Umfeld sind betroffen, da hier Waldohreule brütet und Jagdrevier von Raubwürger ist.	Die Angaben im Prüfbogen sind korrekt. Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Für ausgewiesene Vogelbrutgebiete mit nationaler oder internationaler Bedeutung wird ein Mindestabstand von 200 m zugrunde gelegt. Der Abstand des potenziellen Vorranggebiets Bederkesa-Alfstedt zu den Vogelbrutgebieten "Staader Geest (Tiefeland Ost)" und "Watten und Marschen - Weser" beträgt jedoch mehr als 2.500 m. Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten, zu denen auch die Sumpfohreule zählt, berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P126a	P126/A.0 3	U, SO 02	Zu 2.28: Betroffen sind Plangebiet und Umfeld, da hier Rast- und Überwinterungsgebiet von Sumpfohreule und Bekassine ist.	Die Angaben im Prüfbogen sind korrekt. Die Prüfung der Belange des Vogelschutzes ist hinreichend über die Anwendung des beschlossenen Kriterienkatalogs (s. RROP 2014) sowie im Rahmen der SUP erfolgt. Für ausgewiesene Vogelrastgebiete mit nationaler oder internationaler Bedeutung wird ein Mindestabstand von 500 m zugrunde gelegt. Der Abstand des potenziellen Vorranggebiets Bederkesa-Alfstedt zum Vogelrastgebiet "Staader Geest" (nationale Bedeutung) beträgt jedoch mehr als 1.000 m. Es wurden alle regionale Bedeutung erlangende Vorschriften zu windenergieempfindlichen Vogelarten, zu denen auch die Sumpfohreule zählt, berücksichtigt. Hierzu wurden die Hinweise zur Berücksichtigung des Naturschutzes und der Landschaftspflege sowie zur Durchführung der Umweltprüfung und Umweltverträglichkeitsprüfung bei Standortplanung und Zulassung von WEA des NLT mit dem Stand Januar 2011 als Bewertungsgrundlage verwendet. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126a	P126/A.0 4	U, SO 02	Zu 2.29: Plangebiet und Umfeld sind betroffen wegen geschützter Wallhecken und einer artenreichen Feuchtheide.	<p>Unter dem Punkt 2.29 werden Vorranggebiete für Natur und Landschaft behandelt. Ein solches Gebiet ist weder im Plangebiet noch in Umfeld des potenziellen Vorranggebiets Bederkesa Alfstedt vorhanden. Wallhecken sind geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG bzw. § 22 NAGBNatSchG. Heiden gehören, je nach ihrer Ausprägung, zu den geschützten Biotopen gem. § 30 BNatSchG bzw. § 24 NAGBNatSchG. Gemäß den Daten des LK Cuxhavens befinden sich gesetzlich geschützte Biotop gem. § 30 BNatSchG und geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG weder im potenziellen Vorranggebiet noch im Umfeld.</p> <p>Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: geschützte Biotop gem. § 30 BNatSchG bzw. § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG und geschützte Landschaftsbestandteile gem. § 29 BNatSchG bzw. § 22 NAGBNatSchG) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen
P126a	P126/A.0 5	U, SO 02	Zu 2.3 0: 3 Waldflächen von je > 1 ha sind im Umfeld betroffen: Ökologisch wertvoller Birken-Kiefern-Bruchwald und Fichten — Laubholz- Mischbestände.	<p>Der Waldflächenanteil im LK Cuxhaven beträgt durchschnittlich lediglich etwa 8,6 %. Waldflächen nach § 2 des Nieders. Waldgesetzes (NWaldLG) ab einer Größe von 1 ha sollen daher aufgrund ihrer Funktion für das Klima, die Erholung und als Lebensraum von WEA freigehalten werden. Zum Schutz der Waldränder gilt dies auch für einen Puffer von 100 m. Für das potenzielle Vorranggebiet Bederkesa-Alfstedt werden die Abstandskriterien eingehalten. Eine formale Betroffenheit von Waldflächen > 1 ha im Plangebiet und im Umfeld kann demnach ausgeschlossen werden. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.</p>	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126a	P126/A.0 6	U, SO 02	Zu 2.31: Im Umfeld (Kie-Bi- Bruchwald) betroffen ist ein gesetzlich geschütztes Biotop (§ 30 BNatG).	Gemäß den Daten des LK Cuxhavens befinden sich gesetzlich geschützte Biotope gem. § 30 BNatSchG weder im potenziellen Vorranggebiet noch im Umfeld. Generell soll mit der SUP gewährleistet werden, dass bereits frühzeitig, voraussichtlich erhebliche positive und negative Umweltwirkungen auf die im UVPG (§ 2 Abs. 1 Satz 2) genannten Schutzgüter durch die Ausweisung neuer Vorranggebiete für Windenergienutzung ermittelt, beschrieben und bewertet werden. Die Beurteilung der Umweltwirkungen bzw. der Wirkungen auf die Schutzgüter basiert ausschließlich auf vorhandenen Daten und Informationen des LK Cuxhaven. Originäre Erhebungen zur Umweltsituation werden im Rahmen der SUP nicht durchgeführt (vgl. § 14f Abs. 2 UVPG). Aktualisierungen verwendeter Daten, u.a. Bestandserfassungen zu den Schutzgütern (hier: geschützte Biotope gemäß § 30 BNatSchG bzw. § 24 Abs. 2 NAGBNatSchG) sind erst im Anlagengenehmigungsverfahren von Relevanz. Es folgt keine Anpassung/ Änderung des Umweltberichts für den RROP 2015.	Nicht zu berücksichtigen
P126b	P126/B.0 1	SO 02	1. Die Erfassung der Schutzgüter biologische Vielfalt, Pflanzen und Tiere im Auftrage eines Investors (hier PNE Wind) nebst Schlussfolgerungen aus den Aufnahmen sind Interessen bestimmt und entbehren vielfach fachliche Kenntnisse. Von daher ist ein solches Erfassungsverfahren wegen Befangenheit grundsätzlich abzulehnen. Eine behördlich angeordnete Umweltverträglichkeitsprüfung zur Begutachtung der Funktionen des Naturhaushalts ist hier zwingend.	Die Stellungnahme bezieht sich auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa Im Rahmen des RROP Entwurfs 2014 wurde ein eigener Umweltbericht erstellt, zudem wurden alle für die regionale Ebene relevanten naturschutzfachlichen Belange berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen
P126b	P126/B.0 2	SO 02	2. Da die Planungsentwürfe keine Auskunft über die Standorte und ihre Erschließungsflächen enthalten, ist die vorliegende Biotopkartierung (siehe anliegende Karte) nur Makulatur und zur Beurteilung der Eingriffe wenig geeignet. Denn es fehlt für jeden Biototyp eine genaue Kartierung der Flora speziell mit Angaben von den die jeweilige Gesellschaft bestimmenden Charakterarten.	Die Stellungnahme bezieht sich auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa Im Rahmen des RROP Entwurfs 2014 wurde ein eigener Umweltbericht erstellt, zudem wurden alle für die regionale Ebene relevanten naturschutzfachlichen Belange berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen
P126b	P126/B.0 3	SO 02	In dem Zusammenhang wird auf die Bedeutung im Bestand bedrohter Sippen auf potentiellen Versiegelungsflächen hingewiesen. Von mir festgestellt wurden an Feldwegen im WEA-Planungsgebiet die Rote Liste Arten: Königsfarn - <i>Osmunda regalis</i> [Gefährdungsgrad 3] Heide-Nelke — <i>Dianthus deltoides</i> [Gfd.3; Blume d.J.2012] Niedr. Schwarzwurzel — <i>Scorzonera humilis</i> [Gfd.2]	Die Einwendung bezieht sich nicht auf den RROP- Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa, des Fleckens Bad Bederkesa und der Gemeinde Kührstedt (inzwischen Stadt Geestland). - Die Angaben des Einwenders sind der nachfolgenden Bauleitplanung bzw. dem immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren zuzuordnen. Ein grundsätzlicher Konflikt mit der Darstellung des überwiegenden Teils der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms ist nicht erkennbar.	Nicht zu berücksichtigen
P126b	P126/B.0 4	SO 02	Zu beanstanden ist ferner die unvollständige und teils fehlerhafte Darstellung der Wailhecken [geschützt nach §29 (2) 1 .Satz BNatSchG & §22 (4) NAGBNatSchG], sowie die fehlende Eintragung eines ca.1500 m2 großen Erlengehölzes (HP) von hohem ökologischem Wert. Die Waldabstandsregelung muss hier neu behandelt werden.	Die Stellungnahme bezieht sich auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa Im Rahmen des RROP Entwurfs 2014 wurde ein eigener Umweltbericht erstellt, zudem wurden alle für die regionale Ebene relevanten naturschutzfachlichen Belange berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126b	P126/B.0 5	SO 02	Die Biotopkartierung von 2012 ist auch veraltet; denn große Gmmlandflächen sind zwischenzeitlich in Maisfelder umgewandelt worden. Es bedarf einer behördlichen Überprüfung, ob im Einzelfall Umbruchgenehmigungen vorliegen (2 Abs. 1 S. 2 der VO zur Erhaltung von Dauergrünland v. 6.10.2009).	Die Stellungnahme bezieht sich auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Im Rahmen des RROP Entwurfs 2014 wurde ein eigener Umweltbericht erstellt, zudem wurden alle für die regionale Ebene relevanten naturschutzfachlichen Belange berücksichtigt.	Nicht zu berücksichtigen
P126b	P126/B.0 6	SO 02	3. Schutzgut Fauna: Seeadler: Zahlreiche Beobachtungen belegen das Vorkommen des seltenen, streng geschützten Greifvogels im Einzugsgebiet dieses Vorrangstandortes IEhr Windenergie. In den Gutachten wird er weitgehend ignoriert, geschweige denn auf seine Gefährdung durch WEA aufmerksam gemacht. Über Revierverhalten, Nahrungs- und Bruthabitat haben Dr.J Jacobsen für den Verschönerungsverein Bederkesa, Ausschuss für Natur und Umwelt, und andere ausführlich berichtet.	Die Stellungnahme bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa, des Fleckens Bad Bederkesa und der Gemeinde Kührstedt (inzwischen Stadt Geestland). - Über die Seeadler-Vorkommen als solche dürfte unter den Fachleuten weitgehend Einigkeit bestehen; strittig sind im Wesentlichen die Flugrouten. In der Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die von der BIOS im Januar 2015 abgeschlossen worden ist, wird ausgesagt, dass der Bau bzw. die Inbetriebnahme des Windparks kein signifikant erhöhtes Tötungsrisiko (Kollisionsrisiko) darstellen werden; ein potenzieller Flugkorridor zum am nächsten gelegenen Bederkesaer See würde nicht über das Windparkgebiet führen. In dieser Raumnutzungsanalyse wird jedoch auch ausgesagt, das im Falle einer Realisierung des Windparks die Konstellation der Anlagenstandorte möglichst kompakt gehalten werden sollte. Vor diesem Hintergrund wurde der nordöstliche Teil der Potenzialfläche 012 im Entwurf 2015 des Regionalen Raumordnungsprogramms nicht als Vorranggebiet Windenergienutzung dargestellt. Eine weitere Klärung bleibt nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten. Eine Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, liegt bisher nicht vor; diese ist lt. Weisung des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz jedoch erforderlich. Aus naturschutzfachlicher und -rechtlicher Sicht ist eine Genehmigungsfähigkeit der Windenergieanlagen bis zum Abschluss und zur Auswertung einer den methodischen Mindestanforderungen genügenden Raumnutzungsanalyse zum Seeadler, die eine erfolgreiche Brut- und Aufzuchtphase umfasst, nicht gegeben.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126b	P126/B.0 7	SO 02	Waldohreule: Auf diese Art ist überhaupt nicht eingegangen worden. Mittlerweile haben diese nordischen Nachtgreife nicht nur als Wintergäste sondern auch als Standvögel unsere Region erobert. Sie bmten in den Nadelwaldforsten in unmittelbarer Umgebung des Planungsraumes. Wie andere Eulen sind sie leicht Schlagopfer.	Die Stellungnahme bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa, des Fleckens Bad Bederkesa und der Gemeinde Kührstedt (inzwischen Stadt Geestland). - Für die Waldohreule gibt es keine Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten. Die Bearbeitung dieses Themenbereichs bleibt nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten. - Der Verzicht auf die Angabe von Status, Ort, Datum und Uhrzeit führt dazu, dass eine Einwendung nicht ausreichend geprüft werden kann. Die Einwendung kann demzufolge bei Verzicht auf die erforderlichen Angaben nicht berücksichtigt werden. Ein sehr sorgsamer Umgang mit diesen Informationen ist jedoch erforderlich.	Kenntnisnahme
P126b	P126/B.0 8	SO 02	Raubwürger: Dieser äußerst selten vorkommende Singvogel ist in den Kartierungslisten nicht zu finden. Er zählt ebenfalls zu den europaweit bestandsbedrohten Arten und genießt internationalen Schutz. Er ist im Moor-Biotop und in den Gehölzen der Knicks in letzter Zeit mehrmals beobachtet worden und sogar fotografisch festgehalten. Ein Brutverdacht liegt vor.	Die Stellungnahme bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa, des Fleckens Bad Bederkesa und der Gemeinde Kührstedt (inzwischen Stadt Geestland). - Für die Waldohreule gibt es keine Abstandsempfehlungen der Länderarbeitsgemeinschaft der Vogelschutzwarten. Die Bearbeitung dieses Themenbereichs bleibt nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten. - Der Verzicht auf die Angabe von Status, Ort, Datum und Uhrzeit führt dazu, dass eine Einwendung nicht ausreichend geprüft werden kann. Die Einwendung kann demzufolge bei Verzicht auf die erforderlichen Angaben nicht berücksichtigt werden. Ein sehr sorgsamer Umgang mit diesen Informationen ist jedoch erforderlich.	Kenntnisnahme
P126b	P126/B.0 9	SO 02	Weißstorch: Zahlreiche aufgeführte Bmten dokumentieren einen Anstieg der Population. Abweichend von den Behauptungen der Planer, erstreckt sich das Nahrungshabitat der Störche weit über die Umgebung der Bmtplätze hinaus, wie Beobachtungen belegen. Auf die im August zum Abflug gen Süden sich versammelnden Jungstörche ist überhaupt nicht eingegangen worden. Es wurden in diesem Jahr Gruppen bis zu 20 Exemplare auf Wiesen und nur noch wenig vorhandenen, abgeernteten Getreidefeldern in der hiesigen Feldmark festgestellt. Die Gefahr, dass diese Großsegler in den Sog von Windmüllflügel geraten, ist sehr groß, wie auch bundesweite Statistiken beweisen.	Die Stellungnahme bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa, des Fleckens Bad Bederkesa und der Gemeinde Kührstedt (inzwischen Stadt Geestland). - Die Bearbeitung dieses Themenbereichs bleibt nachfolgenden Planungs- und Verwaltungsverfahren vorbehalten. - Der Verzicht auf die Angabe von Status, Ort, Datum und Uhrzeit führt dazu, dass eine Einwendung nicht ausreichend geprüft werden kann. Die Einwendung kann demzufolge bei Verzicht auf die erforderlichen Angaben nicht berücksichtigt werden. Ein sehr sorgsamer Umgang mit diesen Informationen ist jedoch erforderlich.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P126b	P126/B.1 0	SO 02	Fledermäuse: Das Ergebnis der Erfassung ergab eine hohe Bestandsdichte vieler Arten dieser nachtaktiven Insektenjäger. Zu ihrer Bedeutung und Schutzwürdigkeit hat D. Brill für den Ausschuss Natur und Umwelt des Verschönerungsvereins ausführlich Stellung genommen. Es werden auf Grund von Erfahrungen verheerende Bestandseinbußen erwartet. Nach gerade grotesk ist hier die Äußerung der Planer zu bewerten, dass man die Auswirkungen auf diese Tiere erst nach in Betriebnahme der WEA untersuchen will.	Die Stellungnahme bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa, des Fleckens Bad Bederkesa und der Gemeinde Kührstedt (inzwischen Stadt Geestland). - Für die Bearbeitung des Themenbereichs Fledermäuse ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung von besonderer Bedeutung, da sich im Hinblick auf dieses Schutzgut vielfach Regelungen durch - bisweilen sehr umfangreiche - Abschaltzeiten finden lassen.	Kenntnisnahme
P126b	P126/B.1 1	SO 02	4. Kompensation: Die Eingriffe in Natur und Landschaft sind hier so gravierend, dass die entstehenden Schäden durch Ausgleichsmaßnahmen, wie das BNatSchG in § 15 (2) sie fordert, nicht kompensiert werden können. Ein ggf. erforderlich werdender Ausgleich kann dann nur durch Flächen in unmittelbarer Nähe erfolgen. Von den Vorschlägen wäre nur der Bereich 'Brandhagen' geeignet. Das 'Ringstedter See-Gebiet' kommt nicht infrage, da hier für bereits ein 'Besonderer Schutz nach § 30 BNatSchG' vorliegt und sich somit eine weitere Förderung des ökologischen Zustandes erübrigt. Ebenfalls verbietet sich ein Rückgriff auf den Flächenpool 'Holzburger Moor'. Der im Eigentum des Landes befindliche Moorwald ist öffentlich und kann daher einen Verlust durch Privateigentum nicht ausgleichen. Die Landesforstverwaltung ist nach ihren durch die Landesregierung bestimmten Bewirtschaftungsrichtlinien : 'Langfristig Ökologische Waldentwicklung' (LÖWE) verpflichtet, die Aufgabe der Herstellung naturnaher Waldbiotope in eigener Regie zu übernehmen.	Die Stellungnahme bezieht sich auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa. Die Kompensation wird auf der Ebene der Raumordnung nicht behandelt.	Nicht zu berücksichtigen
P126b	P126/B.1 2	SO 02	Fazit: Der Planungsentwurf für den Windpark Bederkesa-Alfstedt ist fehlerhaft, Die Datenerfassung ist unzureichend mit falschen, Interessen orientierten Schlussfolgerungen. Auf Grund vorstehender Ausführungen können die Potentiale dieses naturnahen Freiraumes zu Gunsten eines WEA-Gewerbegebietes nicht geopfert werden. Somit muss der Windpark abgelehnt werden.	Die Stellungnahme bezieht sich nicht auf den RROP-Entwurf 2014, sondern auf die Bauleitplanung der Samtgemeinde Bederkesa, des Fleckens Bad Bederkesa und der Gemeinde Kührstedt (inzwischen Stadt Geestland). - Für die Bearbeitung diverser augenscheinlich nicht ausreichend geklärter Fragestellungen ist die Ebene der Bauleitplanung bzw. der immissionsschutzrechtlichen Genehmigung zuständig. Es kann derzeit nicht die Aussage getroffen werden, dass im angesprochenen Bereich ein Vorranggebiet Windenergienutzung naturschutzfachlich und -rechtlich nicht möglich ist.	Nicht zu berücksichtigen
P127	P127.01	E 01	Gegenstand dieses RROP-Entwurfs sind Regelungen, die – wenn sie in Kraft treten – zu massiven negativen Auswirkungen auf die Nutzung der Windkraft im Landkreis Cuxhaven und insbesondere auf bestehende Standorte führen. So ist u.a. vorgesehen a) viele bisher im RROP dargestellte Vorranggebiete aufgrund neuer Kriterien ganz oder teilweise zu streichen (nur noch Fortbestand der Bauleitplandarstellung erlaubt), b) eine zielförmige textliche Höhenregelung (weiterhin) vorzusehen, nach der Anlagen mit einer Höhenentwicklung von über 100 Metern erst ab 1.000 m Entfernung zu Wohnnutzungen zulässig sein sollen.	Der Landkreis Cuxhaven hat bei der Erstellung des Entwurfs RROP 2014 die Vorgaben des OVG Lüneburgs bzw. des BVerwG umfassend befolgt. In diesem Rahmen wurden harte Tabuzonen und weiche Tabuzonen bestimmt. Flächen, die diesen Kriterien entsprechen, können nicht nach Durchführung dieser Prüfung nachträglich zum Vorranggebiet erklärt werden. Bereits die Ausweisung als bauleitplanerisch gesicherter Bereich stellt eine Ziel-Ausnahme dar. Die unter Punkt b) angesprochene Regel zum Repowering wird im Rahmen des Entwurfs 2015 neu geregelt.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.02	SO 32	Ein Beispiel für massiv negativ betroffene Windparks ist der Bürgerwindpark Kehdingbruch. Hier sieht der Entwurf des RROP die komplette Streichung des bisherigen Vorranggebietes vor und zudem würde dort bei einem Repowering die regionalplanerische Höhenbegrenzung auf nur 100 Meter greifen. Die Kommune könnte hier keine wirtschaftlich angemessene und wirtschaftlich notwendige Höhe von über 100 Metern für ein mittelfristiges Repowering per FNP-Änderung ermöglichen, wenn das RROP so wie im Entwurf vorgesehen in Kraft treten würde. Die Existenz des Unternehmens Bürgerwindpark wäre dementsprechend perspektivisch mehr als gefährdet durch das RROP (siehe zum Entwurf der RROPHöhenvorgaben und der fehlende Wirtschaftlichkeit auch die weiter unten stehende Begründung der Anregung 2).	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.03	SO 32	Dieser ortsansässige Bürgerwindpark Kehdingbruch - hat – wie viele andere durch den Entwurf des RROP betroffene etablierte Windparks auch – eine recht hohe lokale Akzeptanz, - generiert hohe Steuereinnahmen für die öffentliche Hand in unserer Region (seit 2006 wurden über 1,2 Mio. € alleine schon als Gewerbesteuer für die sechs Windenergieanlagen gezahlt), - stärkt die Wirtschaftskraft und die privaten Einkommen in unserer Region, - stabilisiert über die Pachteinahmen und Gewinnbeteiligungen die hiesigen landwirtschaftlichen Betriebe und damit auch die dörflichen Siedlungen, - zeichnet für positive lokale und regionale Beschäftigungseffekte (Wartung, Verwaltung etc.) verantwortlich und - trägt über regelmäßige Spenden an lokale Einrichtungen und Vereine zum Sozialleben in den lokalen Gemeinschaften bei.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.04	B 10	Dabei ist erläutern auszuführen, dass die Anlagenrealisierung seit langem bundesweit in Richtung von Anlagen mit deutlich über 100 Metern Gesamthöhe geht (vgl. Deutscher Städte- und Gemeindebund, 2012: 16 2): - Jahr 2000: ca. 100 m Anlagenhöhe, Rotordurchmesser 70 m, 1.500 kW - Jahr 2005: ca. 125 m Anlagenhöhe, Rotordurchmesser 80 m, 2.000 kW - Jahr 2012: ca. 170 m Anlagenhöhe. Rotordurchmesser 100 m, 3.000 kW Siehe zur Bestätigung der Entwicklungstendenz auch die nachfolgende Abbildung zu den größten erhältlichen Anlagen: [Tabelle zeigt auf, dass von 1980 bis heute die Nennleistung in kW von 30 auf 7.500, der Rotordurchmesser in m von 15 auf 126, die Nabelhöhe in m von 30 auf 135 sowie der Jahresenergieertrag in KWh von 35.000 auf ca. 20.000.000 gestiegen ist.] Der wesentliche Hintergrund für diese Höhenentwicklung ist, dass entsprechende große und hohe Anlagen energieeffizienter sind und Kosten – über das EEG auch für die Stromkunden – senken.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.05	B 10	Dazu sei auch folgendes Zitat wiedergegeben: „In größeren Höhen herrschen günstigere Windbedingungen mit höheren Windgeschwindigkeiten und gleichmäßigerer Strömung, da die Einflüsse von Gelände -struktur und Bodenrauigkeiten mit zunehmender Höhe deutlich abnehmen.“ Dabei gilt: Bei einer Nabenhöhe von ca. 65 m (diese würde eine Gesamthöhe von 100 m ermöglichen) wird ein um etwa 36 % geringerer Energieertrag erreicht, als bei einer Nabenhöhe von 100 m sowie ein um etwa 45 % geringerer Ertrag als bei einer Nabenhöhe von 120 m.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.06	B 10	Die korrespondierende Markt- und Höhenentwicklung wird bekanntlich sukzessive über die Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nachvollzogen. Das heißt, die Vergütungssätze werden regelmäßig angepasst und auf das reduziert, was bei der regionalspezifischen Windgunst für den wirtschaftlichen Betrieb marktüblicher – also auch entsprechend hoher – Anlagen erforderlich ist. Das ist der generelle Ansatz der Windkraftförderung nach EEG. Insoweit ist klar davon auszugehen, dass Standorte mittelfristig bei einem – in der Fachwelt und Politik weit überwiegend gewünschten – Repowering keine auskömmliche Vergütung mehr bekommen, wenn dort nur Anlagen bis 100 Metern Höhe errichtet werden können. Denn der Gesetzgeber unterstellt, dass Planungsträger den Betrieben immer marktübliche effiziente und hohe Anlagen ermöglichen.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.07	B 10	Dabei hilft auch die hiesige relative Windgunst nicht, denn die Vergütungshöhe des EEG wird – wie vorstehend schon kurz erwähnt – regional nach Windgunst differenziert, um Überförderungen zu vermeiden. Das heißt, in eher windstarken Regionen (wobei z.B. Ost- und Nordfriesland ohnehin viel Windstärker sind) wird insgesamt schlechter vergütet. Man benötigt also auch hier die üblichen Anlagenhöhen, um wirtschaftlich arbeiten zu können.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.08	B 10	Hier sei exemplarisch aus dem geltenden Windenergieerlass NRW zitiert, der bereits im Jahr 2011 – inzwischen ist die Entwicklung der Anlagenhöhen noch weiter fortgeschritten – in Kapitel 4.4.3 folgende Aussage enthielt – und weiterhin enthält: "Bestehende Höhenbeschränkungen etwa von 100 m bilden derzeit in vielen Regionen ein bedeutendes Hemmnis bei der Realisierung geplanter Repowering-Vorhaben. Für die Realisierung von Repowering-Vorhaben eignen sich nur Windenergieanlagen der Multimegawattklasse. Diese erreichen aber eine erheblich höhere Gesamthöhe von 100 m. Die Gemeinden sollten daher die Höhenbegrenzung überprüfen und aufheben, wenn sie ein Repowering ermöglichen wollen."	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.09	B 10	Zu dem auch bei bestehenden Windparks in der hiesigen Region anstehendem Repowering ist dabei anzumerken, dass dadurch keineswegs regelmäßig Verschlechterungen für die Anwohner einher gehen. Denn es werden zwar i.d.R. höhere, aber dafür deutlich weniger und zumeist langsamer / ruhiger laufende Anlagen realisiert. Moderate Erhöhungen der Anlagenhöhen kann der ungeschulte Betrachter zudem kaum wahrnehmen.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.10	SO 32	Zurück zu den obigen Restriktionen im Entwurf des RROP: Die dadurch bedingte drohende Entziehung der spätestens mittelfristigen – sobald die Anlagen ausgetauscht werden müssen – Perspektiven für den Fortbestand von etablierten Windparks wie dem Bürgerwindpark Kehdingbruch durch die Regionalplanung Cuxhaven ist bereits verfassungsrechtlich bedenklich. Denn das Grundgesetz garantiert in Artikel 14 das Eigentum. Für dessen Einschränkung hat die Rechtsprechung hohe Hürden entwickelt. So wird daraus im Planungsrecht – selbst bei Betrieben im Außenbereich – regelmäßig ein gewisser sukzessiver Erweiterungsspielraum für eine Weiterentwicklung abgeleitet. Dies ist in der Regel ein zweidimensionaler Anspruch im Sinne zusätzlicher Flächen. Bei der Windkraftnutzung muss es aber ein dreidimensionaler sein im Sinne der Anpassung der veralteten Höhenregelungen an die Technik-, Anlagen- und Vergütungsentwicklung.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.11	SO 32	Dabei ist es im vorliegenden Fall aufgrund der der genannten Bezugnahme zwischen EEG Vergütungshöhen und Marktentwicklung aber eben – wie dargelegt – noch nicht einmal eine Frage der Weiterentwicklung, sondern schlicht eine Frage der unternehmerischen Existenzsicherung: Ohne eine planerische Basis für eine auskömmliche Höhe der Windenergieanlagen (WEA) beim Repowering gibt es keinen Fortbestand der entsprechenden heimischen Unternehmen.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.12	B 10	Akzeptierte und mit Infrastruktur (Wegen, Leitungen etc.) versehene regionalökonomisch bedeutende Standorte und Bürgerwindparks im Landkreis Cuxhaven stehen somit aufgrund des RROP-Entwurfs vor dem spätestens mittelfristigen Aus. War die Region Cuxhaven in der Vergangenheit – auch planerisch und raumordnerisch – ein Vorreiter im positiven Sinne, so drängt sich nun der Eindruck auf, dass derzeit ausgerechnet in dieser windgünstigen Region und zugleich in Zeiten der gesellschaftlich gewollten Energiewende eher der sprichwörtliche einseitige Kampf gegen Windmühlen (und Windmüller) auf der Agenda des Landkreises steht. Es ist zu hoffen, dass dieser Eindruck durch wesentliche Änderungen des Planentwurfs noch korrigiert wird.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.13	B 10	Dies ist auch regionalökonomisch bzw. regionalpolitisch angezeigt, denn es gilt die – in dieser Region nicht zahlreichen – wirtschaftlichen Chancen zu nutzen, die mit der Windkraftnutzung verbunden sind (Gewerbe- und Einkommenssteuereinnahmen, Pachteinnahmen, Arbeitsplätze etc.). So hat eine Forschungsarbeit ergeben, dass bereits eine einzige inzwischen eher als klein einzustufende 2-MW-WEA eine regionale (d.h. die weitaus höheren zusätzlichen überregionalen Effekte der Anlage sind noch gar nicht eingerechnet) Wertschöpfung von ca. 171.000 € pro Jahr erbringt.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.14	B 10	Man kann – in Ermangelung konkreter Auswertungen – hypothetisch und zurückhaltend davon ausgehen, dass aufgrund der zu starken Restriktionen des Entwurfs des RROP alleine schon auf „Bestandsbereichen“ (d.h. bislang im geltenden RROP und in FNP dargestellt Bereiche für die Windkraftnutzung) im Vergleich zu einer Entwicklung ohne diese Restriktionen kreisweit mindestens 50 moderne WEA als Repowering-Projekte mit einer Größenordnung von jeweils 5 MW (oder eine etwas höhere Zahl von WEA mit z.B. 3 bis 4 MW) verhindert werden auf bestehenden Standorten/Bestandsbereichen. Dies bedeutet unter Übertragung der Berechnungen aus der obigen Forschungsarbeit auf 30 Betriebsjahre gerechnet einen Verlust von ca. über 614 Mio. € rein regionaler Wertschöpfung durch das RROP (noch ohne überregionale Effekte). Dies ist generell nicht hinnehmbar und erst recht nicht in einer strukturschwachen Region.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.15	B 10	Geht man kreisweit von – nach Betrachtung der Karten des Planentwurfs zu urteilen – vermutlich realistischeren ca. 100 verhinderten Repowering WEAs mit jeweils 5 MW aus, beträgt der Verlust rein regionaler Wertschöpfung sogar schätzungsweise über 1,2 Mrd. € über 30 Betriebsjahre. Der Verlust an überregionaler Wertschöpfung ist noch deutlich höher anzusetzen.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.16	B 10	Anzumerken ist ferner, dass die Landesregierung offenbar einen ganz anderen Weg gehen will, als der Kreis. Das Land möchte die Windenergie am Land stark ausbauen und betont dabei die Möglichkeiten des Repowerings, also der Leistungserweiterung gerade solcher Standorte, die jetzt zu einem großen Teil gemäß dem Entwurf des RROP (Streichung als Vorranggebiete und unwirtschaftliche Gesamthöhenvorgabe von nur maximal 100 Meter) vor dem perspektivischen Aus nach dem Ende der Anlagenlaufzeit stehen. Gibt es in der Zukunft aktualisierte Flächenvorgaben für Vorranggebiete seitens der Landesebene – womit zu rechnen ist – dann müssten im Übrigen für die gestrichenen, lokal breit akzeptierten und von den Kommunen gewünschten Bestandsstandorte neue – vermutlich oft umstrittene Standorte – seitens des Kreistages beschlossen werden. Dies macht ersichtlich keinen Sinn. Viel sinnvoller wäre es, die Konzeption des RROP-Entwurfs jetzt so zu korrigieren, dass die Altstandorte weiterhin Vorranggebiete bleiben und repowert werden können, statt ihnen mit dem RROP-Entwurf die Repowering-Perspektiven zu nehmen. Dies ist mittels kleiner Konzeptionsänderungen raumordnerisch und raumordnungsrechtlich problemlos möglich (siehe nachfolgende Anregungen 1-3).	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.17	B 10	In diesem Kontext sei auch aus dem Entwurf des niedersächsischen Windenergieerlasses mit Stand 21.07.2014 zitiert: „Um das Landesziel, bis 2050 mindestens 20 Gigawatt (GW) Windenergieleistung Onshore zu installieren, zu verwirklichen, ist es erforderlich, bei einer künftigen Novellierung des Landes-Raumordnungsprogramms zu prüfen und abzuwägen, wie diese Zielsetzung in verpflichtende Planungsziele überführt werden kann, damit in den Regionalen Raumordnungsprogrammen und bzw. oder den Bauleitplänen entsprechende Festlegungen getroffen werden. Die Berechnungen der Flächenpotentiale für die Windenergienutzung mit Hilfe des Geoinformationssystems des Niedersächsischen Ministeriums für Umwelt, Energie und Klimaschutz haben unter Zugrundelegung der sogen. „harten Tabuzonen“ (siehe dazu die Erläuterungen im nachfolgenden Abschnitt) und Ausschluss von Waldflächen eine landesweite Potentialfläche von insgesamt maximal etwa 18 % der Landesfläche ergeben. Derzeit ist davon auszugehen, dass für die Realisierung von 20 GW (ca. 4.000 Anlagen der 5 MW-Klasse) ein Flächenbedarf von rund 1,4 % der Landesfläche bzw. rund 8 % der Potentialfläche erforderlich ist (rund 68.000 ha). ¹⁴ Für die Träger der Regionalplanung und Gemeinden bedeutet dies, dass sie mindestens 8 % ihrer jeweiligen Potenzialfläche (Planungsraum abzüglich der Flächen für harte Tabuzonen und für nicht vorbelasteten Wald) als Vorranggebiete für die Windenergienutzung vorsehen müssten. ¹⁵ In diese Angebotsplanung sind bereits ausgewiesene Vorranggebiete für die Windenergienutzung einzurechnen. Die anliegende Tabelle 01 gibt den Trägern der Regionalplanung richtungsweisend einen Überblick über die jeweilige Potentialfläche im Planungsraum nach Abzug von harten Tabubereichen und Waldflächen sowie das 8 %-Ziel nachzeitigem Stand. Grundsätzlich ist das Repowering-Potenzial in Niedersachsen zu nutzen. Im Sinne einer Begrenzung des Flächenverbrauchs ist der Bedarf zur Inanspruchnahme von 8 % der Potenzialfläche mit Hilfe von Repowering zu reduzieren.“	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.18	B 10	Die Daten aus der im obigen Entwurf angesprochenen Tabelle sehen dabei für den Landkreis Cuxhaven und das 8-Prozent-Ziel 4.397,17 ha vor: [Tabelle legt dar, dass der Landkreis Cuxhaven um die 8 % zu erreichen eine Fläche von 4.397,17 ha ausweisen müsste] Der RROP-Entwurf sieht hingegen gemäß den Angaben auf Seite 18 der Begründung /Erläuterung gerade einmal 1.502,83 ha Vorranggebiete vor – entsprechend 0,73 % der Fläche des Kreises vor. Das ist deutlich unzureichend für die Erreichung der Landesziele und einer der Gründe dafür, ist der Wegfall der Vorranggebietsdarstellungen und der Repowering-Perspektiven (unzureichende 100 m) durch den Entwurf des RROP für große Teile der Bestandsflächen.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.19	B 10	Vor dem Hintergrund der vorstehenden Ausführungen werden nachstehend Änderungen am RROP-Entwurf angeregt. Die entsprechenden Anregungen sind bewusst konstruktiv und in dem Bemühen um Ermöglichung einer leichten Integration in den Entwurf des RROP formuliert worden. Auch konkurrierende Belange z.B. des Anwohnerschutzes sind hinreichend einbezogen worden in die Erarbeitung der nachstehenden Änderungsvorschläge. Zu bevorzugen sind primär die Anregungen, welche dazu führen, dass die Windkraftnutzung – bei Einhaltung aller nötigen Beschränkungen inkl. des Anwohnerschutzes – möglichst wenig unnötig behindert wird. Dies sind die Anregungen 1, 2 3 und 4. Für den Fall, dass diesen Änderungsvorschlägen trotz aller nachstehenden gewichtigen Argumente nicht gefolgt werden sollte, werden nachstehend aber auch Alternativvorschläge gemacht:	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.20	E 01	<p><u>Anregung 1: Sachgerechte Ausdifferenzierung der weichen Tabukriterien insb. zur angemessenen Berücksichtigung des Bestandes</u></p> <p>Der pauschale Abstand von 1.000 Metern als weiches Tabukriterium soll gestrichen werden und durch die folgenden beiden weichen, sich zum Teil überlagernden Tabukriterien ersetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> • 500 Meter um Ortslagenflächen generell • 650 Meter um solche Ortslagenflächen, die außerhalb eines Puffers von 650 m liegen um <ul style="list-style-type: none"> o zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder o zum Stichtag 01.08.2014 in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellte Flächen (Bestandsbereiche). <p>(Alternative: nur beim zweiten Kriterium jeweils 1.000 Meter statt 650 m; d.h. partielle Fortexistenz des 1.000-Meter-Ansatzes des RROP-Entwurfs außerhalb der Bestandsbereiche)</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Im Ergebnis kann man mit Umsetzung der obigen Anregung die Bestandsbereiche weiterhin im RROP darstellen (unter Einbeziehung der nachstehenden Anregungen zu Abständen zwischen Parks zumindest für Bestandsstandorte). Denn die Bestandsbereiche würden im Kern nicht mehr an einem weichen Tabu von 1.000 Metern scheitern und auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung dürften sich angesichts der Vorbelastung und vorhandener Infrastruktur auch keinerlei belastbaren Argumente gegen den Fortbestand der Darstellung als Vorranggebiete finden.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.21	E 01	Diese entsprechende den Bestand angemessene Bewertung auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung wird hiermit gleich mit angeregt und damit auch die korrespondierende Darstellung aller Bestandsbereiche im RROP.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.22	E 01	<p>Falls die Regionalplanung bei der Konzeptionierung des RROP-Entwurfs, sachlicher Teilabschnitt Windenergie, angenommen haben sollte, dass im ganzen Planungsraum der gleiche Abstand anzuwenden ist, verkennt sie die aktuelle Rechtsprechung zu harten und weichen Tabuzonen.</p> <p>Zunächst sollen hier aber die Begrifflichkeiten dargelegt werden. Das BVerwG stellt zu den Begriffen der harten (1. Stufe des Prüfprozesses) und weichen Tabuzonen (2. Stufe) sowie der nach Anwendung der Tabuzonenkriterien weiter zu prüfenden Potenzialflächen (3. Stufe) im Urteil vom 11.04.2013 (4 CN 2.12) Folgendes fest:</p> <p>[es folgt ein Auszug aus dem Urteil, in dem die Unterscheidung zwischen harten und weichen Kriterien erklärt wird. Diese stimmt mit der im Entwurf des RROP dargelegten Erläuterung überein]</p> <p>Richtig ist zwar, dass einmal gewählte harte und weiche Kriterien im ganzen Planungsraum einheitlich angewendet werden müssen (vgl. BVerwG, Beschluss vom 15.09.2009, 4 BN 25/09). Das heißt, man darf nicht Bereiche zum Tabu erklären – sie quasi aussortieren – und dann auf der Ebene der Potenzialflächenbetrachtung dann doch noch einige (z.B. politisch „gewollte“) Standorte in genau diesen zuvor ausgeschlossenen Tabuzonen wieder in die Standortsuche aufnehmen.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.23	E 01	<p>Man darf z.B. Vogelschutzgebiete nicht erst für den ganzen Planungsraum auf der 1. oder 2. Stufe des Abwägungsprozesses als Tabu definieren und die Bereiche damit generell ausschließen, dann in der 3. Stufe der Potenzialflächenbewertung aber z.B. einzelne ggf. politisch gewollte Standorte in Vogelschutzgebieten wieder aufnehmen.</p> <p>Dies bedeutet aber nicht, dass man die Kriterien nicht wie vorstehend in Anregung 1 vorgeschlagen von vornherein differenziert anhand abstrakter Kriterien festlegen kann, so dass man im Zuge des Auswahlprozesses gar nicht in vorher definierte Tabuzonen geht. Dies lässt das Raumordnungsrecht klar zu.</p> <p>Zum Beispiel darf man als weiches generelles und einheitliches Tabukriterium für Abgrabungskonzentrationszonen festlegen: Bereiche mit schützenswerten Böden, sofern dies keine Standort mit besonders hohen Rohstoffmächtigkeiten von über 20 Metern sind. Ganz im Gegenteil muss man diese differenzierte Kriterienfestlegung für eine sachgerechte Abwägung so vorsehen, wenn man – wie bei der anstehenden Überarbeitung des RROP Cuxhaven vorliegend – nur so raumordnerisch unterschiedlich zu beurteilenden räumlichen Konstellationen Rechnung tragen kann. Dabei sind insbesondere der Bestandsschutz und die Nutzung vorgeprägter Standorte von einem entsprechend hohem Gewicht.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.24	E 01	<p>Dies ist in der Fachwelt und seitens der Gerichte auch breiter Konsens. Exemplarisch zu nennen ist hier z.B. die 51. Änderung des Regionalplans Düsseldorf. Hier wurden für neue Sondierungsbereiche für künftige Abgrabungsbereiche (BSAB) mit Konzentrationszonenwirkung) weniger harte Kriterien festgelegt, wenn es „Erweiterungen“ vorhandener Standorte waren, als für „Neuansätze“ ohne Anschluss alte Standorte. Auch wurden bestehende Abgrabungsbereiche (BSAB) bestätigt (d.h. erneut im Regionalplan als Vorranggebiete dargestellt), welche die härteren Kriterien rissen, die für neue Sondierungsbereiche für künftige, zusätzliche BSAB angewendet wurden. Gründe waren hier u.a. der Vertrauensschutz und die Sicherung lokaler Betriebe.</p> <p>Diesen Ansatz der 51. Änderung des Regionalplans Düsseldorf bewertete auch das OVG Münster im Urteil vom 26.09.2013, 16 A 1294/08 als überzeugend und schlüssig (BVerwG ließ später dagegen auch keine Revision zu): „Der Vorrangstatus der BSAB und die entsprechenden Regelungen in Ziel 1 des Kapitels 3.12 des Regionalplans sollten erhalten bleiben, d. h. diese sollten bestätigt werden, was bereits in den zurückliegenden Jahren im Wege von Abwägungsentscheidungen mehrfach erfolgt sei und nunmehr in die neuerliche Regionalplanänderung eingestellt werde. Damit wurde die Verlässlichkeit der bisherigen Regelungen und die Planungssicherheit für alle Betroffenen gewährleistet. Da mit den Zielen der Raumordnungspläne private Abbauvorhaben im Wege von Abgrabungskonzentrationszonen gesteuert werden, besteht eine Grundrechtsrelevanz im Hinblick auf die Berufsausübung von Vorhabenträgern nach Art. 12 Abs. 1 GG und auf die Eigentumsgarantie von Grundstückseigentümern nach Art. 14 Abs. 1 GG.“</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.25	E 01	<p>Dieses Verfahren der 51. Änderung des Regionalplans Düsseldorf hielt in diversen Verfahren vor den Verwaltungsgerichten (u.a. OVG Münster, Urteil vom 07.12.2009, 20 A 628/05; OVG NRW, Beschluss vom 20.05.2014, Az: 11 A 2921/11; BVerwG, Beschluss vom 18.01.2011, BVerwG 7 B 19.10) stand. Dabei zum Teil (BVerwG, Beschluss vom 22.05.2014, Az.: 4 B 56/13; OVG Münster, Urteil vom 26.09.2013, 16 A 1294/08) auch unter breiter Thematisierung der Differenzierung in harte und weiche Tabuzonen. Man kann und muss Bestandsbereiche daher mit anderen, weniger harten Tabuzonenkriterien versehen, als man sie bei der Planung neuer Bereiche anwendet.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.26	E 01	<p>In diesen Gerichtsverfahren zur 51. Änderung des Regionalplans Düsseldorf hielt im Übrigen auch eine Stichtagsregelung den rechtlichen Angriffen stand, die ähnlich konstruiert war, wie diejenige im obigen Vorschlag und die auch der raumordnungsrechtlich erforderlichen besonderen Berücksichtigung von Bestandsschutzinteressen dient (Ziel 1, Nr. 5 aus Kapitel 3.12 des Regionalplans Düsseldorf, GEP99).</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.27	E 01	<p>Ergänzend sei aus dem Leitsatz 2 des Urteils des OVG Sachsen-Anhalt vom 29.11.2007, 2 L 220/05 zitiert: „2. Vorhandene Windparks, die auf bereits früher ausgewiesenen Eignungsgebieten errichtet wurden, zählen zu dem Tatsachenmaterial, das bei der Abwägung zu berücksichtigen ist. Die Abwägung kann dabei zwar auch von dem planerischen Willen getragen sein, solchen bereits vorhandenen Windparks einen gewissen Vorrang dergestalt einzuräumen, dass die entsprechenden Flächen nach Möglichkeit erneut als Konzentrationsflächen ausgewiesen werden und sich unter Berücksichtigung von Mindestabständen, die nach dem Willen des Plangebers zwischen Windparks eingehalten werden sollen, im Zweifel auch gegenüber sonstigen in Betracht kommenden Ausweisungsflächen durchsetzen sollen. Ein solcher Vorrang des Vorhandenen ist aber selbst ein Kriterium, das in die Abwägung einzubeziehen ist.“</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.28	E 01	<p>Das hohe raumordnungsrechtliche Gewicht des Interesses am Fortbestand vorhandener Vorranggebiete und des korrespondierenden Interesses am Ersatz kleiner dortiger Altanlagen durch neue, größere und leistungsfähigere Anlagen machen auch die nachstehenden Ausführungen des BVerwG im Beschluss 4 BN 65.09 vom 29.03.2010 (zeitlich im Übrigen lange nach Einführung des Prinzips der Unterteilung in harte in weiche Tabukriterien) deutlich:</p> <p>„In der Rechtsprechung des Senats ist geklärt, dass vorhandene Windenergieanlagen als Tatsachenmaterial bei der Abwägung zu berücksichtigen sind (Beschluss vom 23. Juli 2008 a.a.O. juris Rn. 7). Werden Grundstücke mit vorhandenen Windenergieanlagen beim Zuschnitt der Konzentrationsflächen nicht berücksichtigt, sind die Betreiber auf den Bestandsschutz für ihre Anlagen beschränkt. Der Planungsträger hat daher das Interesse der Betreiber, ältere Anlagen durch effizientere neue Anlagen zu ersetzen und diese dabei gegebenenfalls auch neu anzuordnen (Repowering), in der Abwägung zu berücksichtigen (Urteil vom 24. Januar 2008 a.a.O. Rn. 17). Die Beschränkung der Nutzungsmöglichkeiten eines Grundstücks muss vom Planungsträger als ein wichtiger Belang privater Eigentümerinteressen in der Abwägung der öffentlichen und der privaten Belange beachtet werden (vgl. auch zur gemeindlichen Bauleitplanung Urteil vom 31. August 2000 - BVerwG 4 CN 6.99 - BVerwGE 112, 41 <49>; Beschlüsse vom 26. August 2009 - BVerwG 4 BN 35.09 - BauR 2010, 54 und vom 16. Januar 1996 - BVerwG 4 NB 1.96 - Buchholz 406.11 § 1 BauGB Nr. 88 S. 38).“</p> <p>Das BVerwG bestätigt in der Entscheidung ferner mehr als deutlich, dass die Abwägung von dem planerischen Willen geleitet sein kann, „bereits vorhandene Windenergieanlagen einen gewissen Vorrang dergestalt einzuräumen, dass diese Flächen wegen ihres Repowering-Potentials nach Möglichkeit erneut als Konzentrationsflächen ausgewiesen werden.“</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.29	E 01	<p>Zusammenfassen lässt sich das Ganze wie folgt: Ein Planungsträger kann – und muss angesichts des entsprechenden Gewichts des Belangs – der Kraft des Faktischen dadurch Rechnung tragen, dass er bereits errichtete Anlagen und bestehende Plandarstellungen in sein Auswahlkonzept für neue Vorranggebiete mit einbezieht und die weichen Tabukriterien (ist eine Abwägungsfrage im Ermessen des Plangebers Kreistag; daher kein hartes Tabukriterium) entsprechend ausdifferenziert festlegt.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.30	E 01	<p>Allerdings müsste eigentlich unterstellt werden können, dass die untere Landesplanungsbehörde Cuxhaven weiß, dass eine Unterteilung, wie oben angeregt, in zwei verschiedene Werte auf der Ebene der Tabukriterien zulässig ist. Denn das eigene Konzept des sachlichen Teilabschnitts enthält bei anderen Themen diese Unterteilung. So wurden für die Abstände von Windparks untereinander folgende nach Raumsituationen und räumlich unterschiedlichen Gewicht der Belange differenzierte Abstände vorgesehen:</p> <p>[es folgt eine Aufzählung der unterschiedlichen Abstände der Windparks untereinander: 5km in der Oste-Niederung, 2km entlang der Grenze, 4 km sonstige Windparks]</p> <p>Diese räumliche Zonierung mit korrespondierenden unterschiedlichen Abstandsvorgaben wurde im Entwurf des RROP Cuxhaven mit dem standörtlich unterschiedlichen Gewicht entsprechender Belange begründet – ebenso wie es der obigen Anregung 1 immanent ist (wobei die Anregung 1 aus hiesiger Sicht raumordnerisch deutlich naheliegender und zwingender ist). Es dürfte also eigentlich unstrittig sein, dass man wie bei der Anregung 1 räumlich differenziert vorgehen kann.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.31	E 01	<p>Sollte hier die Behauptung aufgestellt werden, dass dies bei Parkabständen nur deswegen gehen würde, weil man auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung agiere, so ist dazu zunächst zu sagen, dass dies nicht stimmt. Denn dies ist nach dem Vorstehenden (siehe u.a. die Verweise zur Rechtsprechung u.a. des BVerwG zu Planungen in NRW) auch auf der Ebene der Tabuflächenbewertung zulässig. Will man seitens der unteren Landesplanungsbehörde Cuxhaven dennoch an dieser etwaig bestehenden Auffassung festhalten, so ist auch dies kein Hinderungsgrund. Denn dann kann man schlicht wie in der weiter unten stehenden Alternative a zur Anregung 1 vorgehen.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.32	B 10	<p>In diesem Kontext ist auf ein weiteres wichtiges Thema einzugehen: Entschädigungen. Im Bauplanungsrecht sind nicht ohne Grund Entschädigungsregelungen zur Streichung bisher über die Bauleitplanung festgelegter Rechte vorgesehen. Für die Ebene der Raumordnung ist höchststrichtrichlich noch nicht entschieden, ob die Streichung von Vorranggebieten – wie im RROP-Entwurf vorgesehen Entschädigungsansprüche auslöst und inwieweit sich der Plangeber mit der Entschädigungsthematik befassen muss. Das BVerwG hatte hierzu 2013 die Revision per Beschluss vom 05.03.2013, 4C1/13 zugelassen.</p> <p>BVerwG-Beschluss vom 05.03.2013, 4 C1/13:</p> <p>„Die Revision ist nach § 132 Abs. 2 Nr. 1 VwGO zuzulassen, weil das Revisionsverfahren zur Klärung der Frage beitragen kann, ob im Falle der Aufhebung eines durch ein Regionales Raumordnungsprogramm festgesetzten Vorrangstandortes für Windenergie durch nachfolgende Änderungen dieses Raumordnungsprogramms Entschädigungsansprüche nach §§ 39 ff., insbesondere § 42 BauGB ausgelöst werden, die im Rahmen der Abwägungsentscheidung über die Änderungen zu berücksichtigen sind (vgl. zu dem entsprechenden Erfordernis im Rahmen der Abwägung bei einem Bebauungsplan: Beschluss vom 21. Februar 1991 – BVerwG 4 NB 16.90 – Buchholz 406.11 § 1 BauGB Nr. 51 = juris Rn. 5).“</p> <p>Siehe auch BVerwG, Beschluss vom 29.07.2013, 4 C 1.13</p> <p>„Insofern wird zu klären sein, ob im Falle der Aufhebung eines durch ein Regionales Raumordnungsprogramm festgesetzten Vorrangstandortes für Windenergie durch eine nachfolgende Änderung, für die der Antragsteller verantwortlich zeichnet, Entschädigungsansprüche nach §§ 39 ff. BauGB, insbesondere § 42 BauGB ausgelöst werden, die im Rahmen der vom Antragsteller zu treffenden Abwägungsentscheidung über die Änderung gegebenenfalls hätten berücksichtigt werden müssen, ob mithin die Änderung des Raumordnungsprogramms wirksam ist.“</p> <p>Es ist aber durch dieses Verfahren 4 C1/13 aufgrund einer Einstellung aus anderen Gründen im Sommer 2014 nicht zu einer höchststrichtrichlichen Klärung der Rechtsfrage durch ein Urteil des BVerwG gekommen, so dass die Entschädigungsfrage weiter offen ist.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.33	B 10	<p>Wenn es bei solchen Fällen Entschädigungen geben muss, dann wird es den Kreis Cuxhaven finanziell in äußerst großem Umfang belasten, wenn der Entwurf des RROP unverändert die Streichung von Vorranggebieten vorsieht. Denn das RROP würde hierdurch wie dargelegt zur Gefährdung der Existenz bedeutender und umsatzstarker regionaler Unternehmen führen und auch hiesigen landwirtschaftlichen Betrieben die Grundlage für wichtige Pachteinahmen entziehen. Selbst für kommunale Haushälter der Städte und Gemeinden kann sich z.B. aufgrund entgangener Gewerbesteuererinnahmen die Frage der Geltendmachung von Entschädigungsansprüchen gegen den Kreis Cuxhaven stellen.</p> <p>Bereits dies ist für jeden verantwortlich handelnden öffentlichen Haushälter auf Kreisebene ein gutes Argument dafür, Vorranggebiete nicht ohne Not – wie beim RROP-Entwurf Cuxhaven vorgesehen – zu streichen.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.34	B 10	<p>Auf die Klärung der Rechtsfragen zur Entschädigung kommt es aber letztlich für die Frage der richtigen regionalplanerischen Konzeption auch gar nicht an. Denn selbst wenn – je nach einer späteren gerichtlichen Klärung – nicht direkt sogar Entschädigungsansprüche gegen den Kreis Cuxhaven drohen sollten, so ändert dies nichts daran, dass die negativen Wirkungen auf vorhandene lokale Unternehmen, auf deren Besitzer, auf Grundstückseigentümer und nicht zuletzt auf die Steuereinnahmen der öffentlichen Hand ganz gravierende Belange sind (sonst wäre der Fall übrigens auch gar nicht erst zum BVerwG gelangt), die raumordnungsrechtlich in der Abwägung und vor allem bei der Plankonzeptionierung nicht so negiert werden dürfen, wie mit dem RROP-Entwurf Cuxhaven seitens der Regionalplanung vorgesehen. Hinzu kommen natürlich die Belange des Klimaschutzes durch den Ausbau erneuerbarer Energien, die bereits in § 2 ROG besonders betont werden.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.35	E 01	<p>Ganz im Gegensatz zur im RROP-Entwurf vorgesehenen weitgehenden Negierung muss die Raumordnung diesen gewichtigen Belangen mit dem Plankonzept besonders Rechnung tragen. Andernfalls liegt sogar der Fall eines Abwägungsausfalls, mindestens aber einer Abwägungsfehleinschätzung vor (unsachgemäße Gewichtung; Grund für „Kippen“ der Planung vor Gericht). Denn wenn die 1.000 m dem Anwohnerschutz dienen sollen – wobei 1.000 Meter dafür generell als überzogen anzusehen sind – so unterstellt der Entwurf des RROP sicherlich, dass dieses Gewicht des Anwohnerschutzes im Planungsraum überall gleich ist. Aufgabe der Raumordnung ist es aber, diese Belange dann mit standörtlich gegenläufigen Aspekten abzuwägen und diese sind im Raum keineswegs gleich verteilt. Vor allem bei im bisherigen RROP vorgesehenen Windenergievorranggebieten oder bei in Flächennutzungsplänen bisher für die Windkraftnutzung gesicherten Standorten sind die zum pauschalen Anwohnerschutz gegenläufigen Abwägungsgesichtspunkte massiv erhöht. Sie überwiegen dort in der Abwägung zumindest soweit, dass allenfalls pauschal 500 Meter auf der Stufe der weichen Tabuzonen angemessen sind.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.36	E 01	<p>Die 1.000 Meter sollten zudem für neue Standorte (nicht die Bestandsbereiche) durch 650 m ersetzt werden. Denn bereits 650 Meter gehen in der Regel (je nach Standort- und Vorhabenskonstellation) über die ohnehin zu beachtenden Regelungen des Immissionsschutzes und die Regelungen zur optisch bedrängenden Wirkung weit hinaus. Mit 1.000 Metern werden die Anwohnerinteressen gegenüber den u.a. im ROG festgelegten raumordnerischen Vorgaben zum Ausbau Erneuerbarer Energien und zu den regionalökonomischen Interessen am Ausbau übergewichtet.</p> <p>Hier sollte man sich auch einmal an den Standards in anderen Regionen orientieren, denn Standards in Deutschland für die Festlegung komplett neuer Gebiete auf der Ebene der Raumordnung sind nach hiesigem Kenntnisstand eher 500-750 Meter (für die Übernahme vom Bestand noch geringere Werte). Man kann davon ausgehen, dass die hiesigen Anwohner nicht sensibler sind, als diejenigen aus anderen Regionen, so dass sich auch aus diesem Blickwinkel die Frage stellt, warum man deutlich überzogene 1.000 Meter festlegen sollte.</p> <p>Siehe hierzu den Sachlichen Teilplan Energie der Bezirksregierung Münster, Entwurf, Stand 30.06.2014, Seite 5:</p> <p>„Kriterien, die einer Abwägung zugänglich sind:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 600 m um ASB (Anm. des Autors: Allgemeine Siedlungsbereiche) und ASB-Z (Anm. des Autors: Allgemeine Siedlungsbereiche besonderer Zweckbestimmung) - 600 m um Siedlungsflächen von Ortsteilen und Splittersiedlungen“ <p>Siehe auch Potenzialstudie Erneuerbare Energien NRW, Teil 1 – Windenergie, LANUV Fachbericht 40, 2012, S. 50-51:28</p> <p>„5.1.1 Siedlung</p> <p>Im Allgemeinen Siedlungsbereich (ASB) sind Ausweisungen von Gebieten für die Windenergienutzung gemäß WEE 3.2.4.3 nicht zulässig. Aufgrund der Lärmimmission und der bedrängenden Wirkung von WEA werden daher die ASB inklusive eines 600 m-Pufferbereichs im Rahmen der Studie als Ausschlussbereich ausgeschlossen (vgl. Anhang 1). Die Datengrundlage wird den aktuellen Regionalplänen entnommen. (...). Für die Wohnnutzung im Außenbereich wurde ein 450 m-Puffer als Ausschlussbereich festgelegt.“</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.37	E 01	<p>Noch einmal zu Klarstellung: Das Immissionsschutzrecht und die Regelungen in der Rechtsprechung zur optisch bedrängenden Wirkung gehen ohnehin vor. Das heißt, sehr laute und sehr hohe Anlage sind auch dann nicht zulässig, wenn sie z.B. in 660 Metern Entfernung zu Wohnnutzungen und in einem Vorranggebiet realisiert werden sollen. Denn Vorranggebiete müssen nicht maximal ausschöpfbar sein – aber wirtschaftlich nutzbar sein (Stichwort unangemessene Höhenbegrenzung auf nur 100 Meter). Hier kann übertragend auf ein Urteil des OVG NRW zu Vorranggebieten für die Rohstoffgewinnung verwiesen werden (OVG NRW, Urteil vom 20.01.2009, 20 A 2034/06). Siehe daraus das folgende Zitat:</p> <p>„Substantiell kann für die Rohstoffgewinnung auch dann Gelegenheit gegeben sein, wenn nicht die Möglichkeit zu einer in jeder Hinsicht bestmöglichen Rohstoffgewinnung eröffnet wird, sei es, dass ein festgesetzter Abgrabungsbereich nicht in voller Fläche und ohne zeitliche Verzögerungen für die Rohstoffgewinnung genutzt werden kann, sei es, dass die Wirtschaftlichkeit der Rohstoffgewinnung aus sonstigen auf die örtlichen Gegebenheiten zurückgehenden Gründen geschmälert ist. Regelungen zum Schutz von Belangen, die vom Abbau der Bodenschätze betroffen waren, sind damit nicht schlechthin ausgeschlossen, sondern nur insoweit, als sie zur Folge haben, dass sie die Gewährleistung der Rohstoffgewinnung, folglich den substantiellen Kern eines auf Rohstoffgewinnung gerichteten Vorhabens, in Frage stellen. Dass Einschränkungen des Abbaus der Bodenschätze ihrerseits im Rahmen einer Planfeststellung für ein Abgrabungsvorhaben einer ordnungsgemäßen Abwägung bedürfen, ist nicht zweifelhaft, jedoch im vorliegenden Zusammenhang nicht entscheidend. Maßgeblich ist mit Blick auf den H. vielmehr, dass dem Abbau der Bodenschätze eine sonstiges verdrängende Ausschließlichkeit lediglich in dem Sinne beigelegt ist, dass keine Inanspruchnahme der Abgrabungsbereiche für andere Zwecke stattfinden darf, nicht jedoch in dem Sinne, dass auf andere Zwecke keine Rücksicht genommen werden muss. (...)</p> <p>Hierfür ist, wie ausgeführt, notwendig, aber auch ausreichend, dass die als Abgrabungsbereich festgesetzte Fläche für diesen Zweck nicht zuletzt auch wirtschaftlich geeignet bleibt.(...)</p> <p>Auch aus den Voraussetzungen für Ziele der Raumordnung, insbesondere dem Aspekt des abschließenden Abgewogeneins (§ 3 Nr. 2 ROG), kann bezogen auf den inhaltlichen Gehalt der Planaussage kein Rückschluss dahingehend gezogen werden, die Gewährleistung des Abbaus der Bodenschätze dränge für die Ebene der Planfeststellung den Schutz anderer Belange stärker zurück, als oben dargestellt worden ist. Eine zielförmige Festlegung von Konzentrationszonen für Abgrabungen verlangt, wie ausgeführt, nicht die Eröffnung optimaler und maximaler Möglichkeiten für auf Abgrabung gerichtete Vorhaben durch Ausblenden aller anderen Belange.“</p> <p>Insoweit ist bei 500 und 650 Metern im RROP Cuxhaven mit Sicherheit nicht zu besorgen, dass der Anwohnerschutz zu kurz kommt.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.38	E 01	In diesem Kontext ist anzumerken, dass dem Windenergiekonzept der Regionalplanung ein ganz gravierender Fehler bei der Trennung in harte und weiche Tabuzonen zugrunde liegt: Der Konzeptgeber nimmt 420 m als hartes Tabu an und leitet dies daraus ab, dass die höchste bekannte Anlage 210 Meter hoch sei (Begründung/Erläuterung, S. 7) und die optisch bedrängende Wirkung gemäß der Rechtsprechung des OVG NRW (Beschluss vom 24.06.2010, 8 A 2764/09) bei unter der zweifachen Anlagenhöhe zweifelsfrei gegeben sei. Harte Tabus können jedoch nach der Rechtsprechung des BVerwG nur angenommen werden, wenn tatsächliche oder rechtliche Gründe einer WEA-Errichtung oder -planung dort zwingend entgegen stehen. Der Konzeptgeber des RROP-Entwurfs sieht selber aber Regelungen für Anlagen bis 100 Metern vor und unterstellt somit, dass diese errichtbar und ggf. auch raumbedeutsam sind. Dann beträgt die für ein hartes Tabu anzunehmende zweifache Anlagenhöhe aber maximal 200 Meter (zweifache Höhe einer 100 m hohen Anlage) und keinesfalls 420 Meter. Selbst bei realistischeren mindestens 150 Metern für neue Anlagen käme man hier nur auf 300 Meter. Auch bundesweit zeigt die Genehmigungspraxis, dass Anlagen bei weit unter 420 Metern Abstand zu Wohnnutzungen im Außenbereich auch heute noch errichtet werden. Dieser eindeutige planungsrechtliche Fehler bezüglich der Ermittlung der harten Tabuzonen ist von den Flächenanteilen her sehr gravierend, so dass bereits deswegen eine erneute Planüberarbeitung und Verfahrens- und Öffentlichkeitsbeteiligung gemäß ROG notwendig ist. Andernfalls ist mit einem Scheitern des RROP vor Gericht bereits aufgrund dieses Fehlers mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit zu rechnen.	Die zweifache Anlagehöhe ist als harte Tabuzone heranzuziehen, da eine Unterschreitung eine gemäß Rechtsprechung unzulässige optisch bedrängende Wirkung entfaltet. Unabhängig von der harten Tabuzone sieht der Kriterienkatalog einen Siedlungsabstand von 500 m zu Einzellagen und 1000 m zu Ortslagen vor, der als Vorsorgeabstand als weiche Tabuzone anzusehen ist. In diesen 500 bzw. 1000 m ist eine harte Tabuzone als zweifache Anlagenhöhe bereits enthalten. Die herangezogene WEA ist die zum Zeitpunkt der Aufstellung größte bekannte Onshore-WEA. Diese wurde gewählt, um in jedem Fall die optisch bedrängende Wirkung ausschließen zu können. Die Wahl ist also keinesfalls willkürlich. In der Praxis werden die 500 bzw. 1000 m weiche Tabuzone die größere Wirkung entfalten, sodass von einer gegen Windenergie gerichteten Auswahl der herangezogenen WEA keine Rede sein kann.	Kenntnisnahme
P127	P127.39	E 01	Die Regionalplanung muss Abstände im Übrigen ohnehin nicht für den Worst-Case der Anlagenkonfiguration festlegen. Hier reicht das ganz normale Fachrecht – insb. das Immissionsschutzrecht vollkommen aus – das auch für andere Wirtschaftsbereiche angewendet wird.	Diese Einschätzung ist nicht richtig. Die Regionalplanung muss vom worst-case ausgehen. Hierbei muss auch berücksichtigt werden, dass das RROP eine Geltungsdauer von 10 Jahren hat und eine weitere Anlagenhöhenentwicklung zu erwarten ist.	Kenntnisnahme
P127	P127.40	E 01	Mit einer in dieser Stellungnahme vorgeschlagenen zweigeteilten Gewichtung mit den 500 und 650 Metern ist zudem der kommunalen Planungshoheit hinreichend Rechnung zu tragen. Diese angemessene Berücksichtigung der kommunalen Planungshoheit ist bei den pauschalen 1.000 Metern ganz offenkundig nicht der Fall. Denn die betreffenden Kommunen haben sich im Falle von FNP-Konzentrationszonen bewusst dafür entschieden, dass sich auf diese Flächen die Windkraftnutzung in ihrer Kommune entfalten soll. Dem gräbt die Regionalplanung mit dem RROP aber aufgrund der vorstehenden genannten Zusammenhänge (EEG reflektiert Anlagenentwicklung und Standorte, auf denen nur Anlagen von bis 100 Metern zulässig sind, haben mittelfristig voraussichtlich wenig bis keine Repowering-Perspektiven) mit einer unsachgemäßen Übergewichtung des Anwohnerschutzes das Wasser bzw. die raumordnerische Grundlage ab.	Eine eigene Planungshoheit besitzt der LK in Verbindung mit der Regionalplanung, sodass er von dieser auch Gebrauch macht. Durch die Formulierung unter Ziffer 10 der "Beschreibenden Darstellung" im Entwurf 2015 ist ein Repowering in dem vorgegebenen Rahmen weiterhin möglich. Zusätzlich ist zu betonen, dass die Belange der Gemeinde im Rahmen des Gegenstromprinzips aufgenommen wurden.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.41	A	<p>Mit dem bisherigen RROP-Entwurf wird dabei auch das in § 1 Absatz 3 Raumordnungsgesetz (ROG) verankerte Gegenstromprinzip missachtet:</p> <p>„Die Entwicklung, Ordnung und Sicherung der Teilräume soll sich in die Gegebenheiten und Erfordernisse des Gesamttraums einfügen; die Entwicklung, Ordnung und Sicherung des Gesamttraums soll die Gegebenheiten und Erfordernisse seiner Teilräume berücksichtigen (Gegenstromprinzip).“</p> <p>Siehe auch die nachfolgenden Ausführungen im Urteil des VG Kassel vom 10.05.2012, 4 C 841/11.N:</p> <p>„Das Gegenstromprinzip ist ein raumordnerisches Prinzip, das die wechselseitige Beeinflussung von örtlicher und überörtlicher, von regionaler und überregionaler Planung kennzeichnet. Hiernach sollen sich die Planungen und Maßnahmen der Teilräume in die Gegebenheiten und Erfordernisse des Gesamttraums einfügen; umgekehrt soll der Gesamttraum bei seinen Planungen und Maßnahmen die Gegebenheiten und Erfordernisse seiner Teilräume berücksichtigen. Damit zeigt sich aber auch das Verhältnis der Planungsebenen zueinander. Während sich die unterstufige Planung in die höherstufige einfügen muss, ist die höherstufige Planung (nur) gehalten, die unterstufige Planung zu berücksichtigen; das Primat hat insoweit die höherstufige Planung (s. Dallhammer, in: Cholewa/Dyong/von der Heide/Arenz, Raumordnung in Bund und Ländern, Kommentar zum ROG 1998, Stand November 2011, Band 1, § 7 Rn 168). Der materielle Gehalt des Gegenstromprinzips in Form eines Rücksichtnahmegebots als grundlegendes Planungsprinzip, das bei Planungen und Maßnahmen auf der Ebene des Gesamttraumes Anwendung zu finden hat, besteht darin, dass grundsätzlich von der Eigenständigkeit der Planungen und Maßnahmen des Teilraumes auszugehen ist, so dass gegenüber den Teilräumen insbesondere die Unterrichts-, Mitteilungs-, Abstimmungs- und Beteiligungsrechte intensiv wahrgenommen, das heißt ernst genommen werden müssen. Es müssen vor allem deren Planungen und Maßnahmen im Zuge der Zusammenstellung des Abwägungsmaterials ermittelt und eingestellt werden. Allerdings erschöpft sich das Rücksichtnahmegebot hierin nicht allein. Da es das originäre Recht der Teilräume ist, ihre „Erfordernisse“ und „Gegebenheiten“ unter Beachtung des geltenden Rechts selbst zu regeln, folgt aus dem Gebot der Rücksichtnahme zwar kein Bestandsschutz, aber eine besonders gewichtige Einstellung in der Abwägung. Die Planungen und Maßnahmen der Teilräume können nicht einfach „weggewogen“ werden; das im Gegenstromprinzip verankerte Rücksichtnahmegebot verlangt vielmehr gewichtige und triftige Gründe für deren Zurücktreten. (Vgl. Dallhammer, a.a.O., Rn. 169).“</p>	Siehe P127.40	Kenntnisnahme
P127	P127.42	E 01	<p>Abschließend ist eines auch mit Blick auf die regionale und lokale Politik klar festzustellen: Die 1.000 Meter sind auf keinen Fall raumordnerisch in dieser Dimension zwingend festzulegende Werte. Der Kreistag als Plangeber kann hier ohne Weiteres deutlich geringere Werte ansetzen, als von der Verwaltung im Entwurf des RROP vorgeschlagen. Dies wird vermutlich auch die Kreisverwaltung als untere Landesplanungsbehörde nicht bestreiten. Der Kreistag muss nach hiesiger Rechtauffassung auch einen anderen Weg – eher den gemäß Anregung 1 – gehen, als denjenigen welchen die Kreisverwaltung derzeit im Entwurf konzipiert hat. Denn die 1.000 Meter sind nach dem vorstehend ausgeführten Sachverhalten als klare Abwägungsfehlschätzung oder -disproportionalität zu werten – mindestens im Hinblick auf den Umgang mit Bestandsbereichen. Eine solche Abwägungsfehlschätzung oder -disproportionalität würde dann ggf. auf gerichtlichem Wege zur erneuten Nichtigkeit des RROP führen (falls der Plan so überhaupt genehmigt wird).</p>	<p>Die Regelung zum Repowering wird im Entwurf 2015 neugefasst.</p> <p>Die Abstände zur Wohnbebauung in Bezug auf die weichen Tabuzonen stellen den politischen Willen des Landkreises Cuxhaven dar. Der Kreistag hätte auch 2000 Meter wie in Bayern festlegen können, die planerische Entscheidung liegt ganz im Ermessen der Politik. Insoweit handelt es sich dabei nicht um einen Abwägungsfehler.</p>	Kenntnisnahme
P127	P127.43	A	<p>Es ist zu hoffen, dass die untere Landesplanungsbehörde / die Kreisverwaltung von sich aus die erforderlichen Entwurfskorrekturen vornimmt und dem Kreistag als Plangeber vorschlägt. Anlass für die vorstehenden beiden Absätze ist jedoch, dass in der regionalen Presse bereits während (!) der laufenden Beteiligung „Gegenreden“ aus der Spitze des Kreishauses gegen einen angemesseneren Umgang mit den Bestandsgebieten zu lesen waren.</p> <p>Dabei ist es im Planungsrecht eigentlich eine der Grundregeln, dass der Gesamtabwägung nicht vorgegriffen werden darf. Erst müssen alle Argumente eingeholt werden und dann schlägt man einen angemessenen Umgang damit vor und ändert dabei den Plan dort, wo es sachgerecht ist. Anders ausgedrückt: Beteiligungsprozesse sind vom Gesetzgeber als Instrument zur Verbesserung der Planung gedacht. Es geht nicht darum, seinen Planentwurf gegen jede Änderungen zu verteidigen – und erst recht nicht während der Beteiligungszeiträume.</p>	Die Regelung zum Repowering wird im Entwurf 2015 neugefasst.	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.44	E 01	<p><u>Alternative a zur Anregung 1: Aufspaltung der Abstände zu Wohnbebauungen in Regelungen auf a) der Ebene der weichen Tabukriterien und b) der Ebene der Potenzialflächenbewertung</u></p> <p>(Anregung ist alternativ zur Anregung 1 zu sehen – wobei Anregung 1 zu bevorzugen ist)</p> <p>Der pauschale Abstand von 1.000 Metern als weiches Tabu soll gestrichen werden und durch die folgenden beiden auf verschiedenen Stufen im Planungsprozess anzuwendenden Kriterien ersetzt werden:</p> <ul style="list-style-type: none"> - 500 m um Ortslagenflächen auf der Ebene der Tabuflächenbewertung als weiches Tabukriterium im gesamten Planungsraum anwenden - 650 m um Ortslagenflächen auf der nachgelagerten Ebene der Potenzialflächenbewertung – d.h. erst nach Abzug der harten und weichen Tabuzonen – anwenden für alle Bereiche in mindestens 650 m Abstand zu Bereichen, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche). <p>(alternativ – wie oben – wieder jeweils 1.000 m bei diesem zweiten Kriterium)</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregung 1 verwiesen. Diese gelten übertragend.</p> <p>Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag jedoch – entgegen der in der Begründung zur Anregung 1 dargelegten Rechtslage – meinen, dass weiche Tabukriterien nicht räumlich differenziert angewendet werden dürfen, so steht dies einer Konzeptänderung mit gleichen Ergebnissen wie bei Anregung 1 dennoch nicht entgegen.</p> <p>Denn dann kann man gemäß der obigen Alternative a zur Anregung 1 schlicht eine Aufspaltung der Abstände zu Wohnbebauungen in Regelungen auf a) der Ebene der weichen Tabukriterien und b) der nachfolgenden Ebene der Potenzialflächenbewertung vorsehen. Auf der Ebene der weichen Tabukriterien wählt man dann ein weniger weitreichendes Kriterium (500 m), dass man daher sachgerecht im ganzen Planungsraum anwenden kann, ohne dass man dadurch in Teilräumen mit besonderen Abwägungsbedingungen – hier: Bestandsbereiche – zu große und nicht zu rechtfertigende Tabuflächen kreiert.</p> <p>Auf der nachfolgenden Ebene der Potenzialflächenbewertung (d.h. nach Anwendung der harten und weichen Tabukriterien) kann man dann räumlich differenziert weitergehende Abstände (650 oder 1.000 Meter) nur für diejenigen Teilbereiche außerhalb der Bestandsbereiche vorsehen.</p> <p>Das korrespondiert für den zweiten Schritt mit den eigenen Planungsansätzen der unteren Landesplanungsbehörde für Abstände zwischen Windparks. Insoweit wird hier schon alleine deswegen wohl seitens der unteren Landesplanungsbehörde Cuxhaven nicht behauptet werden, dass dieser Ansatz raumordnerisch unzulässig sein.</p> <p>Im Ergebnis kann man damit in gleicher Weise die Bestandsgebiete weiterhin im RROP darstellen, wie bei der Anregung 1. Einziger Unterschied, ist dass der weitergehende Puffer von 650 Metern (alternativ 1.000 m) in einer anderen systematischen Stufe im Auswahlprozess für die RROP-Vorranggebiete angewendet wird.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.45	B 10	<p><u>Anregung 2: Keine Festlegung von vorhabensbezogenen Anlagenhöhen auf der Ebene der abstrakten und großmaßstäbigen Regionalplanung</u></p> <p>Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist zu streichen.</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs gibt eine pauschale regionalplanerische Höhenbegrenzung vor. Dies ist auf der Ebene der Raumordnung nicht notwendig und unsachgemäß. Denn dies kann die Bauleitplanung autonom regeln und bereits aufgrund des Subsidiaritätsprinzips ist dies die angemessene Ebene.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.46	B 10	<p>Zudem laufen Höhenbegrenzungen tendenziell der Zielsetzung des § 2 ROG (Grundsatzvorgaben) entgegen, wonach die Grundlagen für den Ausbau der erneuerbaren Energien geschaffen werden sollen. Denn Höhenbeschränkungen mindern die Möglichkeiten der Ausnutzung erneuerbarer Energien.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.47	B 10	<p>Vor allem lasen sich Höhenbeschränkungen bereits gemäß der aktuellen Rechtsprechung ohnehin nicht pauschal, sondern allenfalls ortsbezogen unter Berücksichtigung der lokalen städtebaulichen Belange festlegen. Die Ebene dafür ist die kommunale Bauleitplanung der Städte und Gemeinden und nicht das RROP Cuxhaven. Das VG Stade hat dazu im Urteil vom 14.09.2011, 2 A 866/10 ausgeführt:</p> <p>(es erfolgt eine 4 1/2-seitige Zitierung aus dem benannten Urteil)</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.48	B 10	<p>Selbst wenn man die abwegige gegenteilige Position vertreten würde, d.h. Höhenbegrenzungen der Art des RROP Cuxhaven für theoretisch zulässig erachten würde, ändert dies nichts daran, dass diese spätestens auf der Ebene der Abwägung nicht vorgesehen werden können, denn hier sprechen das Subsidiaritätsprinzip und die Vermeidung der Behinderung des Ausbaus erneuerbarer Energien vom Gewicht her zu klar dagegen.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.49	B 10	Hinzu kommt, dass angesichts der – für die rechtlich maßgeblichen heutigen Verhältnisse – extrem geringen Höhe von 100 Metern im Entwurf des RROP Cuxhaven das Ende lokaler Betriebe (Windparks) droht, wenn ein Repowering durch effizientere hohe neue Großanlagen aufgrund des Endes der Laufzeit der Altanlagen ansteht. Hier ist noch einmal auf die Ausführungen bei Anregung 1 zu verweisen. Dem wird die Abwägung beim Entwurf des RROP Cuxhaven u.a. bezüglich der Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs raumordnungsrechtlich in keinsten Weise gerecht. Das machen die kritischen Ausführungen des BVerwG im bereits bei Anregung 1 zitierten Beschluss 4 BN 65.09 des BVerwG vom 29.03.2010 deutlich, die auch auf dem Repowering klar entgegen stehende Höhenbegrenzungen übertragbar sind. Sie werden daher auch bei dieser Anregung 2 noch einmal zitiert: [es erfolgt die bereits in P127.25 dargestellte Zitierung aus dem Urteil]	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.50	B 10	In Bezug auf die notwendige hinreichende Eröffnung von Repowering-Potenzialen ist ferner die Grundrechtsrelevanz im Hinblick auf die Berufsausübung von Vorhabenträgern (hier Windparkbetreiber) nach Art. 12 Abs. 1 GG und die Eigentumsgarantie von Grundstückseigentümern nach Art. 14 Abs. 1 GG als gewichtiger Belang zu nennen. Hier können die korrespondierenden Ausführungen im Urteil des OVG Münster vom 26.09.2013, 16 A 1294/08 auf die Thematik Windenergie übertragen werden.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.51	B 10	Nicht ohne Grund fährt die Regionalplanung Stade inzwischen eine im Vergleich zum Entwurf des RROP Cuxhaven gänzlich andere Linie und sieht Höhenbegrenzungen offenkundig allenfalls als ein Thema auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung und nicht der Regionalplanung. Siehe dazu Landkreis Stade - Regionales Raumordnungsprogramm, 2013, Abgrenzung der Vorranggebiete Windenergienutzung im Landkreis Stade, Dokumentation des Planungsprozesses, Stand: 18.03.2014, 2014, S. 49:32 „5.2 Höhenbegrenzung In den Vorranggebieten wird keine allgemeine Höhenbegrenzung festgelegt. Die Ausrichtung auf Anlagenhöhen der 3 MW-Klasse eröffnet den Gemeinden / Samtgemeinden den Spielraum, aus städtebaulichen Gründen die Anlagenhöhe durch ihre Bauleitplanung standörtlich zu konkretisieren.“ Der Landkreis Cuxhaven sollte hier dem Beispiel des Nachbarkreises folgen und auch den hiesigen Städten und Gemeinden diese Aufgabe überlassen.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.52	B 10	Regionalplanungsträger gehen aber zum Teil noch weiter. So sieht der im Juni 2014 vom Regionalrat Düsseldorf mit breiter Mehrheit als Entwurf beschlossene Regionalplan nicht nur ebenfalls keine Maximalhöhenvorgaben vor, sondern in Kapitel 5.5.1 stattdessen folgende progressive Grundsatzvorgabe mit Zielrichtung kommunale Bauleitplanung, die u.a. der raumverträglichen Ausnutzung des Energiepotenzials dient: „(G2) Höhenbegrenzungen für Windkraftanlagen sollen höchstens auf Standorten vorgesehen werden, auf denen rechtliche Vorgaben oder besondere städtebauliche Gründe dies erfordern.“ Das heißt, die dortige Regionalplanung sieht im Entwurf nicht nur – gänzlich anders, als beim Entwurf des RROP-Cuxhaven – selber keinerlei regionalplanerische Höhenbegrenzungen vor, sondern strebt ab, dass auch die Kommunen mit diesem Instrument in der kommunalen Bauleitplanung zurückhaltend umgehen (Raumeffiziente Nutzung der regionalen energetischen Potenziale). In den korrespondierenden Erläuterungen wird ausgeführt, dass der Grundsatz dazu beitragen soll, dass die räumlichen Möglichkeiten der Windkraftnutzung möglichst effizient und flächensparend genutzt werden.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.53	B 10	Erneut sei hier auch aus dem geltenden Windenergieerlass NRW zitiert, der bereits im Jahr 2011 – inzwischen ist die Entwicklung der Anlagenhöhen noch weiter fortgeschritten – in Kapitel 4.4.3 folgende Aussage enthielt – und weiterhin enthält: [es folgt das in P127.6 benannte Zitat]	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.54	B 10	Wiederholt seien an dieser Stelle auch die einleitenden Ausführungen zur Erforderlichkeit hoher Anlagen: Die Anlagenentwicklung geht seit langem bundesweit in Richtung von Anlagen mit deutlich über 100 Metern Gesamthöhe, da dies Kosten senkt. Diese Markt- und Höhenentwicklung wird sukzessive über die Regelungen des Erneuerbare-Energien-Gesetzes (EEG) nachvollzogen. Insoweit ist davon auszugehen, dass hiesige Bestandsstandorte mittelfristig bei einem – in der Fachwelt und Politik weit überwiegend gewünschten – Repowering keine auskömmliche Vergütung mehr bekommen, wenn dort nur Repowering-Anlagen bis 100 Metern Höhe errichtet werden können. Denn der Gesetzgeber unterstellt, dass Planungsträger in Wahrnehmung ihrer entsprechenden Verantwortung den Betrieben immer marktübliche effiziente und hohe Anlagen ermöglichen, soweit dies fachrechtlich möglich ist. Dabei hilft auch die hiesige relative Windgunst nicht, denn die Vergütungshöhe des EEG wird regional nach Windgunst differenziert, um Überförderungen zu vermeiden. Das heißt, in eher windstarken Regionen (wobei z.B. Ost- und Nordfriesland ohnehin viel windstärker sind, als das Cuxland) wird insgesamt schlechter vergütet. Man benötigt also auch hier die üblichen Anlagenhöhen, um wirtschaftlich arbeiten zu können.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.55	B 10	<p>Auch der Deutsche Städte- und Gemeindebund macht in seiner Dokumentation Nummer 111 deutlich, dass Höhenbegrenzungen kritisch sind. Es wird danach klar, dass sie nicht so pauschalisierend festgelegt werden dürfen, wie im RROP-Entwurf und dass dies höchstens im standörtlich begründeten lokalen Einzelfall auf der Ebene der kommunalen Bauleitplanung unter Berücksichtigung der standörtlichen städtebaulichen Erfordernisse (z.B. angrenzende kulturhistorisch bedeutende Siedlung mit denkmalgeschützter Silhouette) angezeigt sein kann. Unter anderem heißt es hier:</p> <p>„Höhenbegrenzungen bedürfen sorgfältiger Prüfung und Abwägung: Unter Berücksichtigung der nachfolgend (C 3.3.2) dargelegten Gesichtspunkte kommen in vielen Fällen Höhenbegrenzungen für Windenergieanlagen nicht in Betracht oder es kann auf sie verzichtet werden, weil nachteilige Auswirkungen durch bestimmte Maßnahmen vermieden oder ausgeschlossen werden können. Die Festlegung von Höhenbegrenzungen bedarf daher besonderer Begründung und ist in der Begründung von Flächennutzungsplan und Bebauungsplan darzulegen (vgl. §§ 2 a, 5 Abs. 5 und § 9 Abs. 8 BauGB). (...)“</p> <p>3.3.2 Zu den unterschiedlichen Aspekten zum Thema Höhenbegrenzungen</p> <p>Zu den Anforderungen moderner Windenergieanlagen an große Höhen: Die heutige Technik ermöglicht Windenergieanlagen mit Gesamthöhen von 140 bis 200 Metern. Windenergieanlagen mit großer Höhe produzieren an gleichen Standorten erheblich mehr Strom als kleinere Anlagen. Sie können auch an Standorten eingesetzt werden, die für kleinere Anlagen zu wenig windhöflich wären.</p> <p>Für die planerische Entscheidung sind daher von Bedeutung:</p> <ul style="list-style-type: none"> - höhere Stromerzeugung als erhöhter Beitrag zur Nutzung erneuerbarer Energien, - höhere Wirtschaftlichkeit von Windenergieanlagen mit großer Höhe durch höhere Erträge, - effiziente Nutzung von Windenergie an den ausgewiesenen Standorten durch Windenergieanlagen mit großer Höhe, - im Rahmen des Repowering erhebliche Erhöhung der Stromerzeugung im Vergleich zu den ersetzten Altanlagen.(...)“ 	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.56	B 10	<p>Selbst wenn man dann standörtlich auf der Ebene der Bauleitplanung Höhenfestlegungen vornimmt, müssen diese auch mittel- und langfristig einen wirtschaftlichen Betrieb ermöglichen. Ansonsten fehlt planungsrechtlich das nötige „Erfordernis“ der Windenergieplanung, denn sie wäre nicht umsetzbar. 100 Meter sind daher angesichts der vorstehenden Ausführungen selbst bei standörtlich besonderen Gründen für Höhenbegrenzungen (z.B. Denkmalschutz) deutlich zu niedrig.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.57	B 10	<p>Hierzu sei auch aus der Veröffentlichung „Wirtschaftlichkeit von Standorten für die Windenergienutzung - Untersuchung der wesentlichen Einflussparameter“ vom April 2012 im Auftrag des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) zitiert:</p> <p>[es erfolgt ein drei-seitiger Auszug aus dem benannten Papier]</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.58	B 10	<p>Dass die bisher im Entwurf vorgesehene Regelung in Nr. 10 Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP-Entwurfs nicht sachgerecht und somit raumordnungsrechtlich nicht zu halten ist, verdeutlicht zudem folgendes Beispiel:</p> <p>In einem Abstand von 990 Metern zu Wohnbebauungen ist selbst eine nur 110 m hohe Anlage gemäß RROP-Entwurf unzulässig. Bei 1.000 Metern sind jedoch 210 Meter hohe Anlagen zulässig. Hier ist offensichtlich, dass die 210 Meter hohen Anlagen in einer Entfernung von 1.000 Metern für die Anwohner negativer zu bewerten sind, als die 110 Meter hohe Anlage in einer Entfernung von 990 Meter (wenngleich sicherlich ohne Weiteres die 210 und die 110 Meter Anlage beide raumordnerisch von der Höhe her regelmäßig verträglich sind).</p> <p>Diese bisher im RROP-Entwurf enthaltene Regelung dürfte den Regionalplan im Falle einer gerichtlichen Überprüfung erneut zum „Kippen“ bringen.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.59	B 10	<p><u>Alternative a zur Anregung 2: Differenzierte Regelung zu Höhen in Kapitel 4.2.2, Nr. 10, die zumindest den Bestand angemessen berücksichtigt</u> (Anregung ist alternativ zur Anregung 2 zu sehen – wobei Anregung 2 zu bevorzugen ist) Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist durch den folgenden unmittelbar anschließenden Satz zu ergänzen. „⁵ Dies gilt nicht für Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche).“ <u>Raumordnerische Begründung</u> Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregung 2 verwiesen. Diese gelten übertragend. Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber Höhenregelungen jedoch nicht gänzlich – wie eigentlich angemessen – den Kommunen überlassen will, wird hier zumindest für die Bestandsbereiche eine angemessenere Regelung getroffen. Diese ist gerechtfertigt durch die in der Begründung der Anregung 1 dargelegte besondere raumordnerische Relevanz des Bestandes. Es verbleiben aber generelle Bedenken gegen Höhenfestlegungen auf der Ebene der Regionalplanung gemäß den Darlegungen in der Begründung der Anregung 2.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.60	B 10	<p><u>Alternative b zur Anregung 2: Differenzierte Regelung zu Höhen in Kapitel 4.2.2, Nr. 10, die zumindest den Bestand und die notwendigen Anlagenhöhen etwas angemessener berücksichtigt</u> (Anregung ist alternativ zur Anregung 2 zu sehen – wobei Anregung 2 zu bevorzugen ist) Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist durch den folgenden unmittelbar anschließenden Satz zu ergänzen. „⁵ Dies gilt nicht für Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche); in diesen Gebieten wird die Höhe auf maximal 150 Meter begrenzt.“ (weitere Alternative: „⁵ Dies gilt nicht für Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche); in diesen Gebieten wird die Höhe auf eine Nabenhöhe40 von maximal 100 Metern begrenzt.“) <u>Raumordnerische Begründung</u> Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 2 und Alternative a zur Anregung 2 verwiesen (u.a. Thema Bestandsschutz). Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber nicht so weit gehen will, wie in Anregung 2 vorgeschlagen, wird die Höhenbegrenzungen angesichts des besonderen Gewichtes des Bestandsschutzes jedoch zumindest auf eine Höhe von 150 Metern festgelegt, die der Anlagen und Höhenentwicklung und den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker Rechnung trägt, als die inzwischen viel zu niedrigen 100 Meter (nötige Anpassung der Raumordnung an die Anlagen- und Höhenentwicklung). Es verbleiben aber generelle Bedenken gegen Höhenfestlegungen auf der Ebene der Regionalplanung gemäß den Darlegungen in der Begründung der Anregung 2.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.61	B 10	<p><u>Alternative c zur Anregung 2: Generell geänderte Höhengvorgabe in Kapitel 4.2.2, Nr. 10, Satz 4, die der Anlagen- und Höhenentwicklung und den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker Rechnung trägt</u> (Anregung ist alternativ zur Anregung 2 zu sehen – wobei Anregung 2 zu bevorzugen ist) Die Höhe in Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist statt auf „100“ auf „150“ Meter festzulegen. (weitere Alternative: Änderung auf 100 m Nabenhöhe41, statt wie bisher auf 100 m Anlagenhöhe) <u>Raumordnerische Begründung</u> Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 2 und Alternative a zur Anregung 2 verwiesen. Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber nicht so weit gehen will, wie in Anregung 2 vorgeschlagen, wird zumindest eine Höhe festgelegt, die der Anlagen- und Höhenentwicklung und den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker Rechnung trägt. Im Gegensatz zur Alternative C zur Anregung 2 wird hier eine generelle Anpassung vorgesehen, die nicht nur die Bestandsbereiche erfasst. Diese Alternative C ist im Vergleich zu B auch die sachgemäßere, weitreichendere Variante. Dabei ist anzumerken, dass die bisherige Höhengvorgabe von 100 Metern mindestens inzwischen nicht mehr wirtschaftlich ist und ihr eine hinreichende raumordnerische Begründung gänzlich fehlt. Denn bei einer solch geringen Höhe sind die Auswirkungen auf die einzelnen Standorte erst recht differenziert in die Abwägung einzustellen. Je stärker eine raumordnerische Vorgabe in Raumnutzungsmöglichkeiten eingreift, desto stärker ist sie zu hinterfragen und zu begründen. Daran scheitert die aktuelle Vorgabe im RROP-Entwurf klar. Es verbleiben aber generelle Bedenken gegen Höhenfestlegungen auf der Ebene der Regionalplanung gemäß den Darlegungen in der Begründung der Anregung 2.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.62	B 10	<p><u>Alternative d zur Anregung 2: Räumlich differenziertere Höhengvorgabe, die der Anlagen und Höhenentwicklung und den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker Rechnung trägt</u> (Anregung ist alternativ zur Anregung 2 zu sehen – wobei Anregung 2 zu bevorzugen ist) Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist durch folgenden Satz zu ersetzen: „⁴ Je angefangener 100 Meter Abstand zu Ortslagen ist eine Anlagenhöhe von maximal 30 Metern zulässig.“ In der Erläuterung ist dazu folgendes Rechenbeispiel aufzunehmen: „Satz 4 bedeutet, dass bei einer Entfernung von 610 Metern zu Ortslagen eine Anlagenhöhe von maximal 150 Metern zulässig ist (sechs Mal dreißig Meter = 150 Meter).“</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.63	B 10	<p><u>Raumordnerische Begründung</u> Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 2 und Alternative a und b zur Anregung 2 verwiesen. Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber nicht so weit gehen will, wie in Anregung 2 vorgeschlagen, wird eine differenzierte Abstandsregelung vorgesehen, die der Anlagen- und Höhenentwicklung und den wirtschaftlichen Erfordernissen stärker Rechnung trägt. Dabei geht die Vorgabe deutlich über die fachrechtlichen Erfordernisse hinaus. Denn die Rechtsprechung zur optisch bedrängenden Wirkung geht davon aus, dass von einer optisch bedrängenden Wirkung bei einem Abstand von unter der zweifachen Anlagengesamthöhe auszugehen ist, nicht aber bei einem Abstand von über der dreifachen Anlagengesamthöhe. Bei einer 150 Meter hohen WEA kann danach bei 300 Metern Abstand zu Wohnnutzungen nur eventuell (u.a. eine Frage der Ausrichtung von Wohnräumen), bei 450 Metern Abstand aber mit Sicherheit davon ausgegangen werden, dass der Abstand hinsichtlich der Frage der bedrängenden Wirkung ausreichend ist. Satz 4 würde jedoch bedeuten, dass für eine 150 Meter hohe Anlage mindestens 600 Meter Abstand einzuhalten sind.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.64	B 10	<p>Die von der konkreten Anlage und den Sonderbedingungen des Standortes abhängigen Abstandserfordernisse aufgrund der Immissionssituation (Lärm, Frage schallreduzierten Nachbetriebs etc.) bleiben ohnehin unberührt. Diese werden generell nicht durch raumordnerische Vorgaben eingeschränkt. Hier gilt z.B. die TA Lärm wie für jeden anderen Wirtschaftsbetrieb auch. Zur Lärmthematik ist dabei Folgendes an dieser Stelle relativierend anzumerken: „Normale“ Betriebe können die maßgeblichen Immissionswerte unmittelbar hinter dem „Gartenzaun“ der Nachbarn das ganze Jahr über für die Produktion ausschöpfen. Windenergieanlagen (WEA) erreichen die gleichen zulässigen Werte aber nur selten im Jahr. Denn dafür muss der Wind genau in die betreffende Richtungen mit einer ungünstigen Windgeschwindigkeit wehen. Insoweit ist die Lärmproblematik bei WEA deutlich reduziert.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.65	B 10	Für Einzelhäuser im Außenbereich sind keine regionalplanerischen Höhen- bzw. Abstandsfestlegungen nötig. Hier regelt das Immissionsschutzrecht die erforderlichen Abstände (Immissionen, optisch bedrängende Wirkung etc.) hinreichend. Denn dies sind nur wenige Personen und die Rechtsprechung sieht für Wohnnutzungen im Außenbereich angesichts konkurrierender Nutzungsinteressen ohnehin einen geringeren Schutzanspruch als gegeben an.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.66	B 10	Dabei ist auch hier anzumerken, dass die bisherige Höhenvorgabe von 100 Metern nicht (mehr) wirtschaftlich ist – weder für Repowering-Anlagen noch für ganz neue Anlagenstandorte – und ihr eine hinreichende raumordnerische Begründung gänzlich fehlt. Denn bei einer solch geringen Höhe sind die Auswirkungen auf die einzelnen Standorte erst recht differenziert in die Abwägung einzustellen. Je stärker eine raumordnerische Vorgabe in Raumnutzungsmöglichkeiten eingreift, desto stärker ist sie zu hinterfragen und zu begründen. Daran scheitert die aktuelle Vorgabe im RROP-Entwurf klar.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.67	B 10	Da es bei der Alternative d zur Anregung 2 um eine differenzierte Regelung geht, ist hier noch einmal (siehe auch die Begründung zur Anregung 2) zu verdeutlichen, wie undifferenziert die bisher im Entwurf vorgesehene Regelung in Nr. 10 Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP-Entwurfs ist: In einem Abstand von 990 Metern zu Wohnbebauungen ist selbst eine nur 110 m hohe Anlage danach unzulässig. Bei 1.000 Metern sind jedoch 210 Meter hohe Anlagen zulässig. Hier ist offensichtlich, dass die 210 Meter hohen Anlagen für die Anwohner negativer zu bewerten sind, als die 110 Meter hohe Anlage (wenngleich sicherlich ohne Weiteres die 210 m und die 110 m Anlage raumordnerisch regelmäßig verträglich sind). Diese Regelung dürfte den Regionalplan im Falle einer gerichtlichen Überprüfung zum Kippen bringen. Es verbleiben aber generelle Bedenken gegen Höhenfestlegungen auf der Ebene der Regionalplanung gemäß den Darlegungen in der Begründung der Anregung 2.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.68	B 10	<u>Alternative e zur Anregung 2: Umwandlung von Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs in einen Grundsatz</u> (Anregung ist alternativ zur Anregung 2 zu sehen – wobei Anregung 2 zu bevorzugen ist) Nr. 10, Satz 4 aus Kapitel 4.2.2 des RROP Entwurfs ist wie folgt in einen Grundsatz – statt eines Ziels – umzuwandeln. „ ⁴ In den Flächennutzungsplänen sollen Regelungen vorgesehen werden, die sicherstellen, dass von Anlagen mit über 100 Metern in der Regel ein Mindestabstand von 1.000 m zu Ortslagen und 500 m zu Einzelhäusern eingehalten wird; bei bestehenden FNP Darstellungen, aus Gründen der Wirtschaftlichkeit oder aus wichtigen städtebaulichen Gründen können jedoch abweichende Regelungen vorgesehen werden.“ <u>Raumordnerische Begründung</u> Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 2 und Alternative a zur Anregung 2 verwiesen. Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber nicht so weit gehen will, wie in Anregung 2 vorgeschlagen, wird für die Höhenbegrenzungen angesichts des besonderen Gewichtes des Bestandsschutzes jedoch zumindest eine moderatere Regelung festgelegt, die als Grundsatz der Raumordnung im Sinne des § 3 ROG den Kommunen mehr Spielräume für eine sachgemäße Berücksichtigung der Anlagen und Höhenentwicklung und der wirtschaftlichen Erfordernisse lässt. Anregung 2 und – abgeschwächt – die Alternativen a-d zur Anregung 2 sind aber raumordnerisch deutlich angemessener als Alternative e zur Anregung 2.	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.69	E 01	<p><u>Anregung 3: Verzicht auf pauschale Abstände zwischen Windparks und stattdessen sachgerechte Einzelfallabwägung</u></p> <p>Die pauschalen Abstände zwischen Windparks sind komplett zu streichen und durch eine standörtliche Einzelfallbetrachtung auf der Ebene der Potenzialflächenbewertung zu ersetzen.</p> <p>Raumordnerische Begründung</p> <p>Der aktuelle Stand der Diskussion in der Fachwelt sieht pauschale Abstände zwischen Parks zu recht sehr kritisch. Hier sei exemplarisch Runge zitiert:</p> <p>„Die Vorschrift eines mit traditionell großen Vorsorgemargen versehenen Abstands zwischen Windparks (5 km) führt in den Kerngebieten der Windenergienutzung einerseits zu einer flächendeckenden Gleichverteilung und läuft so andererseits einer großräumigen Konzentration sowie der Freihaltung charakteristischer Landschaftsräume zuwider.</p> <p>•Aus gesamtplanerischer Sicht ist es wünschenswert, dass besonders charakteristische Landschaftsräume visuell unverstellt bleiben. Bei einem weiteren Ausbau der Windenergienutzung sollten daher Windparkabstände untereinander nicht größer als unbedingt notwendig gewählt werden.(...)</p> <p>Empfehlungen</p> <p>A) Entlastung des Landschaftsbilds durch Reduzierung der Anlagenzahl im Repowering</p> <p>B) Erweiterung der bestehenden Vorranggebiete, soweit unter Anlegung des Kriterienkatalogs möglich</p> <p>C) Ausweisung neuer Vorranggebiete; Mindestzwischenabstand in der Regionalplanung nur bei großen Gebieten und nicht oberhalb von 2 – 3 km festlegen</p> <p>D) Freihaltung besonders charakteristischer Landschaftsräume“</p> <p>Auf diese pauschalen Abstände zwischen Windparks sollte verzichtet werden zu Gunsten einer jeweils standortbezogenen Einzelfallbetrachtung im Rahmen der Potenzialflächenbewertung.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.70	E 01	<p>Die Regelungen auf der Landesebene lassen dies rechtlich zu. Denn eine in eine andere Richtung gehende – unabgewogene und räumlich undifferenzierte – „Landesempfehlung“ kann die politischen Entscheider als freie Mandatsträger – sie sind nicht Teil der Verwaltung – nicht binden.</p> <p>Die untere Landesplanungsbehörde Cuxhaven räumt auf Seite 16 der Begründung / Erläuterung selber ein, dass die Landesempfehlung nicht zwingend ist.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.71	E 01	<p><u>Alternative a zur Anregung 3: Sachgerechter differenzierte Abstände zwischen Windparks</u></p> <p>Für Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche) sind im Rahmen des Planungskonzeptes für die Vorranggebiete keine Mindestabstände vorzusehen.</p> <p>Raumordnerische Begründung</p> <p>Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 3 verwiesen.</p> <p>Falls die untere Landesplanungsbehörde oder der Kreistag als Plangeber nicht so weit gehen will, wird angesichts des besonderen Gewichtes der Vorbelastung des Landschaftsbildes und des Bestandsschutzes zumindest eine moderatere Regelung festgelegt.</p> <p>Denn die bestehende Regelung wird dem raumordnerischen Gewicht der Vorbelastung und des Bestandsschutzes in keiner Weise rechtlich ausreichend gerecht. Man kann nicht bestehende Parks mit dem recht schwachen Argument der Freihaltung von – ohnehin nicht mehr bestehenden – Sichtachsen etc. ihrer Zukunftsperspektive durch die Streichung als Vorranggebiet berauben.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.72	E 01	<p>Gerade das Repowering bestehender Standorte durch hohe Anlagen ist besonders akzeptiert. In diesem Kontext sei noch einmal Runge zitiert:</p> <p>„Befragung von Touristen und Anwohnern zur Windenergie 2007 eigene Befragung zur Evaluation des Repoweringvorhabens „Ellhöft“ in einer maximal mit Windanlagen besetzten Region im Auftrag der Landesregierung Schleswig-Holstein. 77% der Befragten zeigten eine positive bzw. sehr positive Haltung zur Windenergie und nur 5% eine negative oder sehr negative Haltung. Lediglich 2% der Touristen zeigten sich auf die Windenergienutzung in der Region angesprochen in ihrer Urlaubsentscheidung beeinflussbar. (Ähnlich: NIT 2000, Benkenstein 2007).</p> <p>Der deutlich größte Teil der Befragten sprach sich für eine Konzentration der Windenergieanlagen in großen Windparks mit großen Anlagehöhen aus (42% bei 4 vorgeschlagenen Varianten).“</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.73	E 01	<p>Eine entsprechende Differenzierung nach Bestand und Neuplanungen ist im Rahmen der Potenzialflächenbewertung nicht nur möglich, sondern zwingend erforderlich für eine sachgerechte Auswahlentscheidung (siehe auch Ausführungen zum Gewicht des Bestandes bei der Begründung der Anregungen 1 und 2). Ansonsten droht eine Abwägungsfehleinschätzung oder -disproportionalität, die zur Nichtigkeit des Planwerkes führt.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.74	E 01	<p><u>Alternative b zur Anregung 3: Teilräumlicher Verzicht auf Mindestabstände zwischen Windparks zur Ermöglichung des Schaufensters „Wind-Bahn Cuxhaven-Hamburg“</u></p> <p>Diese Alternative b zur Anregung 3 kann ggf. mit der Alternative a zur Anregung 3 kombiniert werden.</p> <p>Für Bereiche in einem Puffer von 3 km um die Bahntrasse Cuxhaven-Hamburg sind im Rahmen des Planungskonzeptes für die Vorranggebiete keine Mindestabstände vorzusehen, um das industriepolitische Leuchtturmprojekt „Wind-Bahn Cuxhaven- Hamburg“ zu ermöglichen.</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Hier wird zunächst auf die vorstehenden Ausführungen zur Begründung der Anregungen 3 verwiesen. Darüber hinaus wird Folgendes ausgeführt:</p> <p>Die Windkraftindustrie ist eine der regionalen Schlüsselindustrien und die Industriestandorte Cuxhaven und Hamburg würden von einem erlebbaren Leuchtturmprojekt „Windbahn Cuxhaven-Hamburg“ in Form zahlreicher Windparks entlang der Bahntrasse Cuxhaven-Hamburg enorm profitieren. Es wäre quasi ein bundesweit – auch touristisch – vermarktbare Schaufenster der hiesigen industriellen Leistungsfähigkeit und des hiesigen Bekenntnisses zu dieser klimaschonenden Zukunftstechnologie.</p> <p>Hier kann mit dem RROP-Cuxhaven ein Anfang gemacht werden, der sich im RROP-Stade in Form von RROP-Änderungen fortsetzen kann.</p> <p>Die Bahntrasse Cuxhaven-Hamburg bietet sich hier besonders an, weil sie optimal zur vorherrschenden Windrichtung ausgerichtet ist und es entlang der Bahntrasse besonders viele raumordnerisch restriktionsarme Standorte gibt.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.75	E 01	<p>Außerdem spricht das raumordnerische Kernprinzip der Belastungsbündelung für eine Konzentration entlang der Bahn, denn hier gibt es bereits infrastrukturelle Vorbelastungen (zum Teil auch aufgrund der benachbarten B73). Dafür können andere Räume tendenziell stärker freigehalten werden.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.76	E 01	<p>Die Bahntrasse kann zudem etwaige zusätzlich erforderliche Stromleitungen aufnehmen – wobei man sich nicht wie sonst nötig mit vielen verschiedenen Grundstückseigentümern einigen muss, sondern nur mit der Bahn und wenigen Angrenzern. Ggf. kommt auch die Einspeisung des Stromertrags in das Bahnstromnetz in Frage.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.77	E 01	<p>Eine Barrierebildung oder örtliche visuelle Überlastung ist nicht zu befürchten, denn der Verzicht auf pauschale Abstände bedeutet nicht, dass man sich nicht im Einzelfall standörtlich mit den Wirkungen – einschließlich Barrierewirkungen und Landschaftsbild – auseinandersetzen muss. Im Vorschlag geht es nur darum, hier nicht pauschalisierend vorzugehen, um dieses industriepolitische Leuchtturmprojekt zu ermöglichen.</p> <p>Diese Idee der „Windbahn Cuxhaven-Hamburg“ greift im Übrigen teilweise Ideen aus der Anregung des verstorbenen Hermann Scheer für eine – bisher nicht realisierte – „Energieallee A7“ als „Leuchtturmprojekt einer neuen Raumordnung“ auf.</p>	Siehe P127.01	Kenntnisnahme
P127	P127.78	E 01	<p><u>Alternative c zur Anregung 3: Angemessenere Reduzierung des Mindestabstandes auf 2 km und Ausnahmen für den Bestand.</u></p> <p>Der pauschale Mindestabstand zwischen Windparks ist auf 2 km zu reduzieren. Ggf. kann auf Basis einer Einzelfallbetrachtung dann je nach lokalen Erfordernissen auch ein größerer Abstand vorgesehen werden. Für Bereiche, die zum Stichtag 01.08.2014 als Vorranggebiete für die Windenergie im geltenden RROP oder in Flächennutzungsplänen als Windkraftzonen dargestellt waren (Bestandsbereiche), sind im Rahmen des Planungskonzeptes für die Vorranggebiete keine Mindestabstände vorzusehen.</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Hier wird zunächst auf die Begründung zur Anregung 3 verwiesen und insb. die dort wiedergegebene Empfehlung von Runge, dass der Mindestzwischenabstand in der Regionalplanung nur bei großen Gebieten und nicht oberhalb von 2 – 3 km festgelegt werden soll.</p> <p>Darüber hinaus wird bezüglich der Bestandsbereiche auf die Begründung der Alternative a zur Anregung 3 verwiesen.</p>	<p>Der Abstand der Windparks untereinander soll sicherstellen, dass die Natur, die Landschaft, das Landschaftsbild sowie die Menschen vor einer erdrückenden Wirkung durch eine Vielzahl nah beieinander liegender Windparks geschützt werden. Der Landkreis ist dabei im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Windenergie im Landkreis sowie der Windhöflichkeit von den früher vom Land Niedersachsen empfohlenen 5 km abgewichen. Dies ist rechtlich möglich.</p> <p>Im Entwurf des RROP 2015 wird der Abstand der Windparks untereinander einheitlich auf 4 km innerhalb des Kreisgebietes festgelegt.</p>	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P127	P127.79	E 01	<p><u>Anregung 4: Verzicht auf die regionalplanerische Konzentrationszonenwirkung – Kommunen regeln dies in eigener lokaler Verantwortung</u></p> <p>Auf eine Konzentrationszonenwirkung (Vorranggebiete mit der Wirkung von Eignungsgebieten) per Wahl entsprechender Gebietskategorien oder per textlichen Zielen wird verzichtet. Die Kommunen können dies in eigener lokaler Verantwortung regeln.</p> <p><u>Raumordnerische Begründung</u></p> <p>Eine Konzentrationszonenwirkung ist auf der Ebene der Regionalplanung nicht erforderlich. Sie hat sich in der Vergangenheit zu oft als Bremsschuh für die gesellschaftlich gewollte Energiewende erwiesen. Die Kommunen können Konzentrationszonenregelungen ohne Weiteres selber regeln. Es reicht aus, wenn die Regionalplanung Vorranggebiete darstellt. Außerhalb der Vorranggebiete weitere Windparks verhindern muss sie nicht. Sie kann und sollte daher auf die Wahl der zusätzlichen Konzentrationszonen bewirkenden Kategorie „Eignungsgebiete“ oder entsprechende textliche Regelungen (wie im RROP-Entwurf noch vorgesehen) verzichten.</p>	<p>Es ist zwar richtig, dass außerhalb von Vorranggebieten eine Ausschlusswirkung für Windenergie nicht rechtlich vorgegeben werden muss. Dies entspricht jedoch dem planerischen Willen des Landkreises Cuxhaven. Die Aufgabe der Raumordnung und somit der Regionalplanung ist es, den Raum zu ordnen und für die Zukunft zu gestalten. Der Landkreis hat deshalb ein für das gesamte Kreisgebiet einheitliches Planungskonzept aufgestellt, welches die Entwicklung von Windkraftstandorten steuert. Mithilfe der Kriterien wurden jene Gebiete ausgewählt, in denen sich die Windenergie in besonderen Maße eignet. Im gesamten restlichen Kreisgebiet ist eine Entwicklung von raumbedeutsamen Windkraftanlagen planerisch und auch politisch nicht gewollt. Die Bürger, die Flora und Fauna sowie die Landschaft sollen geschützt werden.</p>	Kenntnisnahme
P127	P127.80	E 01	<p>Räumliche Fehlentwicklungen sind nicht zu befürchten. Denn die Kommunen müssen Konzentrationszonenkonzepte ohnehin räumlich sachgerecht aufstellen, wenn sie wirksam steuern wollen.</p> <p>In anderen Regionen und Bundesländern hat man sich daher bereits generell für einen Verzicht auf die regionalplanerische Konzentrationszonenwirkung entschieden. Hier ist auf Planzeichen „2.ed) Windenergiebereiche (Vorranggebiete ohne die Wirkung von Eignungsgebieten)“ der geltenden Planzeichenerklärung für die Regionalplanung in NRW zu verweisen.</p> <p>Auch Baden-Württemberg ist als insoweit progressives Bundesland zu nennen:</p> <p>„Dafür ist das im Mai 2012 verabschiedete neue Landesplanungsgesetz ein entscheidender Schritt. Es beendet die alte „Schwarz-Weiß-Planung“ für Windkrafttrader-Standorte. Die Regionalverbände können künftig nur noch „weiße“ Vorranggebiete für regional bedeutsame Windkraftanlagen festlegen – also Gebiete, in denen Windkraftanlagen zulässig sind. In allen anderen Gebieten können jetzt auch Städte oder Gemeinden selbstständig planen. Nicht mehr möglich sind „schwarze“ Ausschlussgebiete, in denen der Bau von Windkraftanlagen verboten ist. Das heißt: Anders als früher ist der Bau von Windrädern künftig grundsätzlich erlaubt und nicht mehr grundsätzlich verboten.“</p> <p>Dieser Ansatz in der Anregung 4 kommt auch dem Gebot der Beachtung der kommunalen Planungshoheit entgegen.</p>	Siehe P127.79	Kenntnisnahme
P127	P127.81	A	<p><u>Schlussbemerkungen</u></p> <p>Die vorstehenden Anregungen sind bewusst konstruktiv und konkret gehalten, um die sehr anspruchsvollen und komplexen Aufgaben der Regionalplanung in diesem Themenfeld nicht unnötig zu erschweren und zu sinnvollen Lösungen für unsere Region beizutragen.</p> <p>Es wird darum gebeten, diese Anregungen ebenso konstruktiv in Form einer grundlegenden Überarbeitung des Plankonzeptes umzusetzen. Wichtiger als ein schnelles Inkrafttreten der Neufassung des RROP sachlicher Teilabschnitt Windenergie sind dabei sachgerechte, raumverträgliche Lösungen, welche der für unsere Region wichtigen Windkraftnutzung insbesondere in etablierten Parks nicht ohne jegliche Notwendigkeit die Zukunftsperspektiven zunichtemacht.</p> <p>Ferner wird darum gebeten, diese Anregungen bzw. diese Stellungnahme dem Entscheidungsgremium Kreistag – so wie rechtlich ohnehin geboten – in vollem Umfang vorzulegen.</p>	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P128	P128.01	SO 36	<p>Große Teile der bestehenden Sonderbaufläche sind aus dem jetzigen Entwurf (Stand: Juni 2014) als Vorranggebiet heraus genommen worden. Das entspricht nicht unseren Interessen als ausführendes Planungsbüro und Verwalter der Bestandsanlagen. Die Fläche ist zwar gemäß Ziffer 4.22 Absatz 10 im weiteren mit Windenergieanlagen bebaubar, aber in der Höhe durch die Bestandsanlagen (50 m Nabenhöhe, 72 m Gesamthöhe) beschränkt, was in keiner Weise mehr dem Stand der Technik entspricht. Unter diesen Bedingungen ist ein wirtschaftlicher Betrieb nicht möglich.</p>	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	zu berücksichtigen

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P128	P128.02	SO 36	Dabei waren im vorherigen Verfahren bereits Standorte für ein Repowering mit dem Landkreis (Herr Grotthoff) abgestimmt, bzw. Koordinaten festgelegt, die die Abstandsregelungen von 500 bzw. 1.000 m einbezogen hätten. Dass der Abstand nunmehr auf die Rotorspitzen der WEA bezogen wird, ist aus unserer Sicht fachlich nicht nachvollziehbar. Dies geht mit einem Verlust von nutzbaren Flächen einher, dem kein Gewinn z. B. im Immissionsschutz gegenübersteht.	Laut des Urteils vom Bundesverwaltungsgericht vom 21.10.2004 (Az 4 C 3/04) muss sich die gesamte Windenergieanlage, das heißt auch die Flügelspitzen, innerhalb der Grenzen eines Bauleitplanes befinden. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover im Urteil vom 22.09.2011 (4 A 1052/10) analog auf Vorranggebiete in einem "Regionalen Raumordnungsprogramm" übertragen. Das Argument der Maßstäblichkeit ist insofern hinfällig, da auch ein Flächennutzungsplan nicht parzellenscharf ist. Das Urteil vom Bundesverwaltungsgericht gilt allerdings auch für den Flächennutzungsplan, da es sich nicht auf Bebauungspläne bezieht, sondern auf Bauleitpläne. Das Argument der Genauigkeit des Maßstabes ist weiterhin auch deshalb nicht haltbar, da bei einem Heranziehen des Turms oder des Fundaments der Anlage anstatt der Flügelspitze, diese ebenfalls nicht metergenau bestimmt werden können. Diese Rechtsprechung wurde vom VG Hannover in einem ähnlichen Fall im Urteil vom 30. August 2012 (Az. 12 A 1642/11) wiederholt angewandt. In diesem Fall wurde bestimmt, dass sich die Flügelspitzen innerhalb eines Vorranggebietes befinden müssen. Insofern kann von einer gängigen und rechtsgültigen Rechtsprechung in dieser Thematik ausgegangen werden. Im Übrigen ist davon auszugehen, dass sich die Flügellängen in der Laufzeit des RROP weiter vergrößern. Dies würde bedeuten, dass sich die Abstände zu den Anwohnern weiter minimieren, wenn nur auf den Turm abgestellt werden würde.	Kenntnisnahme
P128	P128.03	SO 36	Unsere Planungen hingegen wurden durch die Bestimmungen des BImSchG gelenkt und hier insbesondere durch die Grenzwerte der Geräuschimmissionen an der umgebenden Wohnbebauung. Die Grenzwerte werden, wie die beigefügte Berechnung belegt unter Einbeziehung des Immissionseintrages der im Bau befindlichen Anlagen des südlichen Teilbereiches und selbst unter Einbeziehung einer Toleranz, ausnahmslos unterschritten.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P128	P128.04	SO 36	Wir haben daher durchaus die Absicht nach dem betrieblichen Ende der Bestandsanlagen eine Erneuerung des Windparks im weiter unten beschriebenen Umfang vorzunehmen. In diesem Zusammenhang sind bereits Anschlussverträge mit den Grundstückseigentümern geschlossen worden. Ebenso wurden Verhandlungen mit den Eigentümern der Bestandsanlagen über die Abgabe der Alten Standorte und eine Fortführung in neue Gesellschaften geführt. Ferner hat es vorbereitende Gespräche mit der Samtgemeinde hierzu gegeben.	Die Formulierung zum Repowering wird im Entwurf 2015 geändert.	zu berücksichtigen
P129	P129.1	SO 14	Bei der Planung von neuen Windkraftanlagen in Ahe, bitte ich sie einen Abstand von mindestens 1000m zur Wohnbebauung einzuhalten. Bei dem Ortsteil Ahe ist von einer Ortslage auszugehen und nicht von einer Einzelbebauung.	Der Standort Ahe entfällt im Entwurf 2015	Kenntnisnahme
P129	P129.2	SO 14	Durch die vorhandene Biogasanlage (Geräusche der Generatoren, Verkehr) und des Windparks Holste-Hellingst OHZ (Geräusche bei entsprechender Windrichtung, 1400m) haben wir schon jetzt eine Beeinträchtigung an unserem Wohnort hinnehmen müssen. Wenn jetzt in einem Abstand von ca. 500m (Ortslage/Wohnhaus) Anlagen in einer Höhe von bis zu 200m errichtet werden sollen, kann ich mir nicht vorstellen, dass der Betrieb ohne Geräusch und vielleicht auch Schlagschatten durchgeführt werden kann.	Siehe P129.1	Kenntnisnahme
P129	P129.3	SO 14	Ich fordere daher einen Abstand von mindestens 1000m zur Wohnbebauung und Abschaltung bei Geräusch und Schlagschatten.	Siehe P129.1	Kenntnisnahme

Lfd. Nr.	Ziffer	Thema	Anregungen und Bedenken	Auswertung/Anmerkungen	Beschlussempfehlung
P130	P130.01	SO 03	der Entwurf des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP) - für den Landkreis Cuxhaven, sachlicher Teilabschnitt Windenergie vom Juni 2014 - enthält entscheidende Veränderungen in dem Vorranggebiet für Windenergiegewinnung am Standort Belum. In Zusammenarbeit mit den Betreibern des Bestandwindparks Belum planen wir derzeit die Komplettierung des Windparks, so wie er von der Gemeinde im Flächennutzungsplan festgesetzt worden ist. Zum neuen Entwurf des RROP möchten wir — auch im Namen der Belumer Windgesellschaft mbH - auf nachfolgende Punkte aufmerksam machen, damit die geplante Veränderung des Vorranggebiets nicht dazu führt, diesen seit langer Zeit geplanten Windpark zunichte zu machen. Zur Übersicht haben wir unserem Schreiben einen Lageplan als Anlage beigefügt.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.02	SO 03	Die Betreibergesellschaft Belumer Windgesellschaft mbH plante für den Bestandwindpark Belum von Beginn an insgesamt 10 Windenergieanlagen (WEA), und zwar gemäß Flächennutzungsplan der Samtgemeinde Am Dobrock mit einer Gesamthöhenbegrenzung von 100m für jede WEA. Von der oben genannten Betreibergesellschaft sind zunächst nur 8 WEA - des Typs AN Bonus 2MW/76 mit einem Rotordurchmesser von 76 m und einer Nabenhöhe von 60m — realisiert worden. Die bauliche Infrastruktur, insbesondere die Zuwegungen sind jedoch für alle 10 WEA gebaut worden. Einer Genehmigung der beiden Anlagen hätte zum damaligen Zeitpunkt nichts entgegen gestanden. Entgegenstehende zivilrechtliche Belange sind zurzeit nicht vorhanden.	Kenntnisnahme	Kenntnisnahme
P130	P130.03	SO 03	Deshalb haben wir seit nunmehr drei Jahren für die Betreibergesellschaft die Planungen der beiden WEA Nr. 8 und 10 wieder aufgenommen. Dazu wurden zahlreiche naturschutzfachliche Gutachten und andere Fachgutachten beauftragt und erstellt sowie vertragliche Verbindungen mit Landeigentümern und Anlagenherstellern eingegangen. Aktuell stehen wir kurz vor der Einreichung der Unterlagen für das BlmSchG-Verfahren. Sollte die im RROP-Entwurf vom Juni 2014 dargestellte Veränderung der Vorrangfläche rechtskräftig werden, so wäre die Errichtung der beiden Anlagen nunmehr aber aufgrund der Veränderung der Fläche aus geschlossen (siehe Anlage).	Für den Entwurf 2015 wurden neue naturschutzfachliche Daten von 2014/2015 genutzt. Dies führt dazu, dass dem bisherigen Vorranggebiet Belum Tabuzonen entgegen stehen. Im Entwurf 2015 wird diese Fläche somit nur noch als bauleitplanerisch gesichert aufgenommen. Durch die neue Regelung zum Repowering im Entwurf 2015 ist dennoch eine Weiterentwicklung des Standorts möglich.	Kenntnisnahme
P130	P130.04	SO 03	Wir gehen davon aus, dass ein Grund für Ihre Verkleinerung der Fläche die heutige durch durchschnittliche Anlagenhöhe von ca. 150m ist, durch welche die immissionsschutzrechtlichen Belange der angrenzenden Wohngebäude berührt werden könnten. In unserem Vorhaben weicht der Anlagentyp zwar von dem ursprünglichen Planung (ebenfalls AN Bonus 2MW/76) ab, jedoch handelt es sich bei den beiden von uns geplanten WEA um den Anlagentyp E70 mit einer Gesamthöhe von lediglich 99m. Unser Vorhaben entspricht somit exakt der ursprünglichen Flächenausweisung im RROP. Die immissionsschutzrechtlichen Belange der Anwohner werden selbstverständlich in jedem Fall eingehalten.	Siehe P130.3	Kenntnisnahme
P130	P130.05	SO 03	Inmitten der Vorrangfläche wird in dem neuen Entwurf ein Teilgebiet für die Windenergienutzung ausgeschlossen. Hier befinden sich Obstbäume, die im Zuge der Ausgleichsmaßnahmen des Wind parks Belum gepflanzt worden sind. Wir erarbeiten derzeit ein Konzept für die Verpflanzung dieser Obstbäume an einen Ort außerhalb der Vorrangfläche. So könnten wir im Zuge der Ausgleichsmaßnahmen für die WEA Nr. 8 und 10 diese Obstbäume versetzen und damit eine Vergrößerung der Vorrangfläche erzielen. Es ist insofern überhaupt nicht nötig, die bestehende und mit der Bauleitplanung der Gemeinde konforme ausgewiesene Fläche, auf der sich bereits WEA befinden, so zu verkleinern, dass in der Mitte quasi ein „Loch“ nicht mit ausgewiesen wird.	Siehe P130.3	Kenntnisnahme
P130	P130.06	SO 03	Damit wird zugleich ein vernünftiges Repowering des Bestandwindparks unmöglich gemacht, da sich die Fläche so drastisch verkleinert und eingeengt wird, dass ein wirtschaftliches Repowering nahezu ausgeschlossen ist. Demnach würde der Bestandwindpark länger als üblich betrieben werden, was einem möglichst effizienten Ausbau der Windenergie langfristig widerspricht.	Siehe P130.3	Kenntnisnahme
P130	P130.07	SO 03	In dem Entwurf soll die geplante Vorrangfläche in südwestliche Richtung erweitert werden und einen Zubau in Hauptwindrichtung ermöglichen. Dieser Zubau würde zu schweren Ertragsverlusten des Bestandwindparks Belum führen, zumal nach heutiger Planung eine Höhenbeschränkung von 1 D0m wohl nicht mehr festgesetzt werden kann.	Siehe P130.3	Kenntnisnahme
P130	P130.08	SO 03	Wir bitten Sie, dieses unbedingt bei der Abwägung des RROP zu berücksichtigen und eine für alle Seiten akzeptable Lösung für die Ausweisung des Vorranggebiets am Standort Belum zu finden. Für Fragen stehen wir Ihnen jederzeit gerne zur Verfügung oder auch für ein persönliches Gespräch.	Siehe P130.3	Kenntnisnahme